ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Kocka, Jürgen

Book — Digitized Version

Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen: Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert

Geschichte der Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, No. 2

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1990) : Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen: Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert, Geschichte der Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, No. 2, ISBN 3-8012-0153-8, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/122875

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

WZB
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).
Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.
The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:
Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000 verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.
More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000.

Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts

Herausgegeben von Gerhard A. Ritter

Band 1:
Kocka, Jürgen
Weder Stand noch Klasse
Unterschichten um 1800
ISBN 3-8012-0152-X

Band 2:
Kocka, Jürgen
Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen
Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert
ISBN 3-8012-0153-8

Band 3:
Kocka, Jürgen
Arbeiterleben und Protest
Entstehung einer sozialen Klasse
ISBN 3-8012-0154-6
(voraussichtlicher Erscheinungstermin: 1992)

Band 4:
Kocka, Jürgen
Zwischen Volksbewegung und Klassenbewegung
Arbeiterorganisationen vom Vormärz bis 1875
(Erscheinungstermin noch ungewiß)

Band 5:
Ritter, Gerhard A. / Tenfelde, Klaus
Lohnarbeit, Arbeiterleben und sozialer Konflikt
Arbeiter im Kaiserreich 1871/75 bis 1914
(voraussichtlicher Erscheinungstermin: 1991)

Band 6:
Ritter Gerhard A.
Der Durchbruch zur Massenbewegung
Die Arbeiterbewegung im Kaiserreich vom Gothaer Einigungskongreß 1875 bis in die 1890er Jahre
(Erscheinungstermin noch ungewiß)

Band 7:
Tenfelde, Klaus
Zwischen Integration und Klassenkampf
Die Arbeiterbewegung im Kaiserreich von den 1890er Jahren bis zum Ersten Weltkrieg
(Erscheinungstermin noch ungewiß)

Band 8:
Tenfelde, Klaus
Machtgewinn und Spaltung
Arbeiter und Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg
(Erscheinungstermin noch ungewiß)

Band 9:
Winkler, Heinrich August
Von der Revolution zur Stabilisierung
Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924
ISBN 3-8012-0093-0

Band 10:
Winkler, Heinrich August
Der Schein der Normalität
Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930
ISBN 3-8012-0094-9

Band 11:
Winkler, Heinrich August
Der Weg in die Katastrophe
Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933
ISBN 3-8012-0095-7

Jürgen Kocka

Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen

Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert



Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts / hrsg. von Gerhard A. Ritter. – Bonn : Dietz.

NE: Ritter, Gerhard A. [Hrsg.]

Bd. 2 Kocka, Jürgen: Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. – 1990

Kocka, Jürgen:
Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen : Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert / Jürgen Kocka. – Bonn : Dietz, 1990
(Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts ; Bd. 2)
ISBN 3-8012-0153-8

Das Projekt „Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts" wurde mit Mitteln der Stiftung Volkswagenwerk und der Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert, der vorliegende Band überdies vom Historischen Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und vom Wissenschaftskolleg zu Berlin.

Abbildung auf der Vorderseite des Umschlags:
Abstich in der Aloishütte, Lithografie, um 1850
Abbildung auf der Rückseite des Umschlags:
Der Leineweber, Aquatintaradierung, um 1820

ISBN 3-8012-0153-8
Copyright © 1990 by Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH Bonn
In der Raste 2, D-5300 Bonn 1
Umschlag: Karl Debus, Bonn
Satz: Fotosatz Froitzheim, Bonn
Druck und Verarbeitung: Kösel, Kempten/Allgäu
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 1990

DEN FREUNDEN UND KOLLEGEN DER BIELEFELDER JAHRE 1973–1988 GEWIDMET

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis VII

Tabellenverzeichnis XII

EINLEITUNG 1

1. KAPITEL: DER GRUNDRISS DES WANDELS 1800–1875 11

1. Modernisierung von außen und oben – die Rolle des Staates 13
a) Die Neuordnung der Landkarte 1795 bis 1815 13
b) Die Reform des Obrigkeitsstaats und die Bürokratisierung der Herrschaft 16
c) Die Einbeziehung des Volkes – Ansätze und Grenzen der Partizipation 20
d) Agrar- und Gewerbereformen: das langwierige Ende von Feudalismus und Korporation 26
e) Vom Antrieb zur Bremsung: die sich verändernde Rolle der Regierungen 33

2. Fortgesetztes Bevölkerungswachstum und beginnende Verstädterung 37
a) Vom agrarischen zum industriellen Bevölkerungswachstum 37
b) Das Wachstum der Städte und die Zunahme der Wanderungen 53

3. Markt und Industrie: die Revolutionierung des Wirtschaftslebens 61
a) „Kapitalismus" und „Industrialisierung" – die Wahl der Begriffe 61
b) Vorindustrielle Jahrzehnte mit frühindustriellen Elementen 64
c) Industrielle Revolution 68

4. Die Zusammensetzung der Bevölkerung im Wandel 76
a) Sektorale und innergewerbliche Verschiebungen 1800 bis 1875 76
b) Soziale Schichtung am Beispiel Preußens 1816 bis 1871 81
c) Zur regionalen Differenzierung 89

5. Zusammenfassung und Hypothese 101

2. KAPITEL: DAS JAHRHUNDERT DES DIENSTMÄDCHENS: HÄUSLICHES GESINDE IM WANDEL 109

1. Von der Hauswirtschaft zur Marktwirtschaft: Ausdifferenzierung und quantitative Entwicklung des Gesindes 112

a) Wandlungen des Gesindebegriffs 112
b) Wachstum und Schrumpfung des häuslichen Gesindes 115

2. Das Dienstmädchen wird Prototyp 120
a) Konzentration in den bürgerlichen Haushalten der Städte 120
b) Frauenarbeit 121

3. Zwischen hausherrschaftlicher Einbindung und vertraglicher Freiheit: der rechtliche Minderstatus des Gesindes 125

4. Weder Familienmitglied noch Lohnarbeiter: sozialökonomischer Status, Arbeits- und Lebensverhältnisse, Erfahrungen 131
a) Arbeitsmarkt, Lohnformen, Vertragsdauer und die Zunahme der Fluktuation 131
b) Der Gesindestatus – lebensgeschichtlich ein Übergangsphänomen 133
c) Ungemessene Arbeit – das Mädchen für alles 136
d) Herrschaft und Dienstboten, Hausfrau und Mädchen: die Distanzen vergrößern sich 139

5. Dienstmädchen und Klassenbildung 143

3. KAPITEL: LANDARBEITER 147

1. Kategorien landwirtschaftlicher Arbeiter im Überblick 149

2. Der langgestreckte Niedergang des landwirtschaftlichen Gesindes 154
a) Auf dem Bauernhof 155
b) Auf dem Gut 158
c) Der Sog der Industrialisierung 161
d) Verschiedene Konsequenzen im bäuerlichen, kleinbäuerlichen und gutswirtschaftlichen Bereich 166

3. Zwischen Untertänigkeit und Lohnarbeit: Kontraktgebundene Tagelöhner 172
a) Insten – Deputatsarbeiter – Gutsarbeiter 172
b) Heuerlinge 180

4. Lohnarbeit und Kleinstbesitz: Häusler und Eigenkätner 183
a) Die Vermehrung der Kleinen 184
b) Stufen der Selbständigkeit: zwischen proletaroider und kleinbäuerlicher Existenz 190

5. Lohnarbeit und Unstetigkeit: Freie Tagelöhner und Wanderarbeiter 196
a) Wachstum und Armut 196
b) Wechsel als Normalität 201

6. Grundlagen und Begrenzungen proletarischer Klassenbildung in der Landwirtschaft 211

4. KAPITEL: HEIMARBEITER UND HAUSINDUSTRIE: HANDWERKLICHE TRADITION UND KAPITALISTISCHE DYNAMIK 221

1. Begriffe und Umriß 224
a) Zur Geschichte des Sprachgebrauchs 224
b) Definitionen 226
c) Größenverhältnisse 231

2. Schrumpfung und Expansion 232
a) Die Krise der Handspinnerei 232
b) Weber 235
c) Metallgewerbe und andere ältere Heimgewerbe 249
d) Die neuen Hausindustrien des 19. Jahrhunderts 256
e) Umstrukturierung und Verstädterung 263

3. Herausforderungen, Konflikte und Verarbeitungspotentiale 265
a) Drei Typen von Heimgewerbetreibenden 265
b) Verleger und Heimgewerbetreibende: „eine Art Kriegszustand"? 269
c) Die Fabrik als Herausforderung und Bedrohung 277
d) Armut und Konjunktur 282

4. Lohnarbeit und Klassenbildung: Tendenzen und Grenzen im Heimgewerbe 288

5. KAPITEL: GESELLEN UND MEISTER 295

1. Wachstum und Transformation: die Entwicklung des Handwerks im Überblick 299
a) Statistische Probleme und ihre sozialhistorische Bedeutung 299
b) Der Umriß in Zahlen 302
c) Berufe und Berufsgruppen 304
d) Phasen der Entwicklung und regionale Unterschiede 310
e) Viel Beständigkeit – wenig Wandel? 316

2. Zwischen Kleinkapitalismus und Proletarität: Varianten der Meisterexistenz im Wandel 318
a) Der Markt zerfrißt den Stand 319
b) Gemeinsamkeiten der Meister und ihre Polarisierung 323

3. Vom Gesellen zum Lohnarbeiter: die Herauslösung aus dem Meisterhaushalt 329

4. Vom Gesellen zum Lohnarbeiter: die Aushöhlung der berufsständischen Identität 335
a) Zunfttradition 335

b) Lehre: Kontinuität und Wandel 337
c) Wanderschaft und berufsständische Tradition 339
d) Berufsständische Identität und ihr Zerfall: der Zangenangriff von Obrigkeitsstaat und Kapitalismus 344

5. Zwischen ständischem Unterschied und Klassenspannung: das Meister-Gesellen-Verhältnis im Wandel 352

6. KAPITEL: EISENBAHNBAUARBEITER 359

1. Eine neue Arbeiterkategorie? 362
a) Wachstum 362
b) Handarbeit auf Großbaustellen: eine lange Tradition 362
c) Die neue Qualität 364

2. Lohnarbeit als Lebensphase 367

3. Manöverexistenz und Protestpotential 369

7. KAPITEL: LOHNARBEIT IM ZENTRALISIERTEN GEWERBEBETRIEB 373

1. Begriff, Kriterien, Überblick 375

2. Manufakturen 378
a) Zwischen Manufaktur und Heimgewerbe: die Zigarrenarbeiter 378
b) Die „Jünger Gutenbergs" und die Teilindustrialisierung des Buchdrucks 383

3. Ständisch-bürokratische Tradition und kapitalistische Expansion: die Bergarbeiter 393
a) Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts 394
b) Der „Take-off" des Bergbaus im dritten Jahrhundertviertel 401
c) Lebensverhältnisse im Umbruch 404
d) Kontinuität und Umbruch am Arbeitsplatz 408
e) Fazit 410

4. Schwerarbeit im Großbetrieb: Eisen und Stahl 413
a) Eine großbetriebliche Tradition 414
b) Stahlzeit: Wachstum, technologischer Wandel und regionale Verschiebung 415
c) Technologischer Wandel und Veränderungen des Arbeitsprozesses: Schmelzer, Puddler, Hammerschmiede, Walzer und andere 419
d) Freiräume, Disziplinierung und die Rolle der betrieblichen Sozialpolitik 426
e) Die fehlende Grundlage der Solidarität 431

5. Handwerker in der Fabrik: die Industrialisierung des Maschinenbaus 437

a) Wachstum 437
b) Vormärz 439
c) Ansätze zur „Massenfabrikation" nach 1850 441
d) Maschinenbauer als Lohnarbeiter 445

6. Das Elend der Fabrikarbeit: Textilindustrie 448
a) Spinnereien, Webereien, Veredelung: die Dominanz der angelernten Arbeitskräfte 449
b) Zwischen Degradierung und Hoffnung: der Übergang in die Fabrik und das Problem der Dequalifizierung 454
c) Die unterschiedliche Bedeutung der Maschinen für die Arbeiter: Entlastung oder Unterjochung und die Tendenzwende in der Arbeitszeit 455
d) Schlechte Entlohnung und soziale Distanz 459

7. Frauen und Männer, Kinder und Erwachsene in der Fabrik 462
a) Größenordnungen und Entwicklungstendenzen 1800 bis 1850 462
b) Geschlechterverhältnis, Lebensalter und Fabrikarbeit um die Mitte des 19. Jahrhunderts 464
c) „Sittlichkeit" und „Verwilderung": Das Neue an der Fabrikarbeit und die öffentliche Kritik 467
d) Rückgang der Kinderarbeit und Ausdehnung der Frauenarbeit seit den 40er Jahren 469

8. Der Kern der Arbeiterklasse? – Ergebnisse und Ergänzungen 474
a) Weitere Industrien 474
b) Lohnarbeit, Maschinisierung und Zentralisation 476
c) Besitzlosigkeit 477
d) Die Herauslösung der Arbeit aus der sonstigen Lebenswelt 477
e) Arbeitszeit, Fabrikdisziplin und ihre Grenzen 481
f) Lohnformen und Löhne 487
g) Überberufliche Kontakte 496
h) Herrschaft, Hierarchie und „Kragenlinie" 497

GRUNDLAGEN DER KLASSENBILDUNG: ERGEBNISSE UND AUSBLICK 507

NACHWORT UND DANKSAGUNG 526

ANHANG

Abkürzungsverzeichnis 529

Anmerkungen 531

Quellen- und Literaturverzeichnis 671

Sach-, Personen- und Ortsregister 713

Bildnachweis 722

Zum Autor 722

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Komponenten des Bevölkerungswachstums 1817–1874	39
Tabelle 2:	Bevölkerungszahl der Staaten des Deutschen Bundes 1816–1875	42
Tabelle 3:	Wachstum der Bevölkerung: Staaten des Deutschen Bundes 1816–30, 1830–45, 1845–60, 1860–75	43
Tabelle 4:	Wanderungsbilanzen der Staaten des Deutschen Bundes 1816–1875	45
Tabelle 5:	Heirats-, Geborenen- und Sterbeziffern in ausgewählten Staaten und Provinzen in Fünf-Jahres-Durchschnitten 1816–1879	46f.
Tabelle 6:	Natürliche Bevölkerungsbewegung in ausgewählten preußischen Regierungsbezirken 1816–1874	50
Tabelle 7:	Verteilung der Bevölkerung auf Ortsklassen 1792–1910	54
Tabelle 8:	Städtische Bevölkerung in Preußen 1816–1910	55
Tabelle 9:	Bevölkerung in Städten mit mehr als 5.000 Einwohnern	56
Tabelle 10:	Verstädterungsgrad ausgewählter Länder und Regionen im Deutschen Reich 1875	57
Tabelle 11:	Wachstum deutscher Städte 1800–1875	58
Tabelle 12:	Die Beschäftigungsstruktur von Industrie und Handwerk 1800–1875	70
Tabelle 13:	Die Beschäftigten des gewerblichen Bereichs 1800–1900	73
Tabelle 14:	Die Beschäftigten in den drei Hauptsektoren der Wirtschaft 1800–1875	77
Tabelle 15:	Die Beschäftigten im Gewerbe 1800–1875	78
Tabelle 16:	Gewerbliche Arbeiter in Deutschland 1875 nach Sparten und Geschlecht in Betrieben mit über 5 Beschäftigten	80
Tabelle 17:	Soziale Gliederung der preußischen Bevölkerung 1846/49	82
Tabelle 18:	Ausgewählte Berufsgruppen in Preußen 1816–1861	84
Tabelle 19:	Gliederung der Erwerbsbevölkerung in Preußen 1846/49 und 1871	86f.
Tabelle 20:	Landwirtschaftliche Bevölkerung in drei preußischen Provinzen 1858	90
Tabelle 21:	Gewerbe-, Handwerker-, Großgewerbe- und Fabrikdichte in den Staaten des Zollvereins und den preußischen Provinzen 1861	94f.
Tabelle 22:	Erwerbstätige nach Sektorzugehörigkeit und Geschlecht in Sachsen 1849–1871	97
Tabelle 23:	Beschäftigte im Gewerbe: Verschiedene Kategorien in Sachsen 1849 und 1861	98
Tabelle 24:	Landwirtschaftliches und häusliches Gesinde in verschiedenen deutschen Staaten und ausgewählten Jahrzehnten 1810–1880	116

Tabelle 25: Kategorien landwirtschaftlicher Arbeitskräfte 1882: Deutsches Reich und ausgewählte Bundesstaaten bzw. preußische Provinzen 153
Tabelle 26: Einkünfte unverheirateter Knechte und Mägde in Preußen nach Provinzen 1848 und 1873 164
Tabelle 27: Tagelohnsätze landwirtschaftlicher Arbeiter in Preußen nach ausgewählten Provinzen 1849 und 1873 200
Tabelle 28: Beschäftigte im Heimgewerbe: Deutschland 1800–1900 231
Tabelle 29: Beschäftigte im Textilgewerbe (ohne Spinnerei) nach Sparten und Status: Zollverein 1861 246
Tabelle 30: Beschäftigte im Handwerk: Deutschland 1800–1900 303
Tabelle 31: Größere Handwerksberufe und Berufsgruppen: Deutscher Zollverein 1861 305
Tabelle 32: Berufsgruppen im Handwerk 1816, 1846 und 1861 306
Tabelle 33: Anteil der Handwerksgesellen in Kost und Logis beim Meister an allen Gesellen ausgewählter Städte in bestimmten Jahren 330
Tabelle 34: Wohnstatus der Gesellen, Lehrlinge und anderer Gehilfen ausgewählter Handwerke in Berlin 1867 331
Tabelle 35: Anteil Verheirateter an ausgewählten Gesellen-, Arbeiter- und Arbeiterinnenkategorien, Leipzig 1849 und 1875 332
Tabelle 36: Leipziger Buchdruckereien und ihre Belegschaften nach Größenklassen 1846 390
Tabelle 37: Förderung, Belegschaften und Produktivität in den Kohlerevieren an Ruhr und Saar 1816–1900 399
Tabelle 38: Löhne in Bielefeld in den 60er Jahren 461
Tabelle 39: Durchschnittliche Wochenstundenzeit in ausgewählten Branchen, 1840er bis 1880er Jahre 485
Tabelle 40: Tägliche Arbeitszeit in Handwerk und Industrie im 19. Jahrhundert 486
Tabelle 41: Verteilung der Lohnformen in der bayerischen Industrie 1873/74 489
Tabelle 42: Durchschnittliche Jahreseinkommen von Gesellen und Fabrikarbeitern in ausgewählten Berufen und Branchen: Nürnberg 1851 493
Tabelle 43: Mittlere Wochenlöhne in ausgewählten Produktionszweigen, Berlin 1853 494
Tabelle 44: Jährliche Nominal- und Realeinkommen der Arbeiter und Gesellen in Industrie und Handwerk: Deutschland 1821–1880 495
Tabelle 45: Numerisches Verhältnis von Arbeitern und Angestellten in bayerischen Fabriken und Manufakturen 1873/74 502

EINLEITUNG

An der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert hatte sich in den deutschsprachigen Gebieten Europas noch keine gesellschaftliche Formation herausgebildet, auf die man rückblickend den Begriff „Arbeiterklasse" anwenden könnte. Zwar gab es riesige Unterschichten, die weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung umfaßten und durch Armut oder Verarmungsgefahr, durch Abhängigkeit und Einflußlosigkeit, durch geringes Ansehen und oft auch durch minderwertige Rechtsstellung gekennzeichnet waren. Auf dem Land rechneten Kötter und Büdner, Einlieger und Häusler, Knechte und Mägde, Heuerlinge, Heimarbeiter und die meisten Handwerker dazu – die unterbäuerlichen Schichten der Landlosen und Landarmen. In der Stadt zählten das Gesinde, die Tagelöhner, die Gesellen und zahlreiche Meister des Handwerks dazu. Auch die städtischen und ländlichen Armen, die Bettler und Vagabunden gehörten natürlich zu den Unterschichten.

Gemeinsam war allen der Mangel an einer für die Familie auskömmlichen Stelle und damit die Unfähigkeit, ein wahrhaft ständisches Leben zu führen. Das Wachstum der Unterschichten dokumentiert, daß die ständische Ordnung an ihrem breiten, unteren Rand zerbröckelte, ausfranste, verkam. Bevölkerungswachstum und Not, der Kapitalismus – vor allem in seiner verlagsindustriellen Form –, die Interventionen der absolutistischen Staaten und schließlich die Aufklärung hatten seit langem die Erosion der ständischen Ordnung vorangetrieben.

Aber die Angehörigen der Unterschichten unterschieden sich voneinander nach Rechtsstatus, sozialökonomischer Lage und Funktion. Nur eine Minderheit von ihnen lebte von freier Lohnarbeit. Von einem spezifischen Gemeinsamkeitsbewußtsein der Unterschichten läßt sich für 1800 kaum sprechen und erst recht nicht von ihrer kollektiven Handlungsfähigkeit – es sei denn in den kurzen und seltenen Augenblicken des Aufruhrs. Weder als Stand noch als Klasse lassen sich die Unterschichten um 1800 begrifflich fassen, obwohl sich Elemente von beidem in ihnen mischten[1].

Die ersten drei Viertel des 19. Jahrhunderts, von denen dieses Buch handelt, stellen eine Epoche des Übergangs dar: vom Feudalismus zum Kapitalismus, von der Agrar- zur Industriegesellschaft, vom absolutistisch-aristokratischen Herrschaftssystem des Ancien régime zum modernen Verfassungs- und Nationalstaat, von der zerbröckelnden Ständegesellschaft zur sich herausbildenden Klassengesellschaft, von der traditionalen, stark segmentierten, religiös durchwirkten und in den oberen Schichten aristokratisch geprägten alteuropäischen Kultur zur mehr oder weniger säkularisierten, antitraditionalen, zunehmend individualisierten und tendenziell die Sozialmilieus übergreifenden Kultur der bürgerlichen Epoche[2].

Zweifellos hatten die damit nur kurz bezeichneten Modernisierungsprozesse bereits lange vor 1800 begonnen. Zweifellos endeten sie 1875 nicht. Teilweise

sind sie noch heute in Gang. Sie liefen überdies nicht völlig parallel, standen vielmehr teilweise in Spannung zueinander, und manchmal blockierten sie sich gegenseitig. Dennoch spricht viel dafür, auch für den deutschsprachigen Bereich die Jahre um 1800 als besonders tiefgreifenden Einschnitt hervorzuheben. Die Ausläufer der Französischen Revolution, die Napoleonische Herrschaft und – als Reaktion darauf – die tiefgreifenden „Reformen von außen und oben" versetzten der alteuropäischen Ordnung einen so harten Stoß, daß sie sich nie mehr davon erholte, so sehr Elemente des Ancien régime im ganzen 19. Jahrhundert fortlebten. Gewerbefreiheit, Marktwirtschaft und andere Bestandteile der kapitalistischen Wirtschaftsweise drangen im Gefolge der Reformen vor. In den 1840er Jahren setzte die Industrialisierung ein. Die nicht in jeder Hinsicht erfolglose Revolution von 1848/49 einerseits, das Reichsgründungsjahrzehnt andererseits stellten erneute Beschleunigungsphasen dar. Mit der „kleindeutschen" Reichsgründung unter preußischer Hegemonie, mit dem Verfassungskompromiß der Reichsverfassung, der die Parlamentarisierung für Jahrzehnte blockierte, mit dem Ende der ersten Industrialisierungsphase 1873 und mit der Konstituierung einer geeinten sozialistischen Arbeiterpartei wurde 1871/1875 ein anderer Einschnitt erreicht, der als chronologischer Endpunkt der folgenden Darstellung dienen soll[3].

Man zögert, diesen über drei Generationen reichenden Umbruch als Revolution zu bezeichnen. Dafür zog er sich zu lange hin, zu sehr unterstand er meist obrigkeitlich-bürokratischer Regie, zu gering war die Rolle der Volks- oder Klassenbewegungen, deren Dynamik zur Definition der modernen Revolution hinzugehört[4].

Aber andererseits zeichnete sich der Umbruch in Deutschland durch besondere Dramatik aus. Denn im deutschen Bereich kam es zu einer auffälligen zeitlichen Überschneidung und damit Überlagerung von drei großen Modernisierungsproblemen: dem Problem der Nationalstaatsbildung, der Verfassungsfrage und den sozialen Konflikten, die als Folge der ersten Industrialisierungsphase notwendig entstanden. Während diese drei Probleme oder Krisen in anderen europäischen Staaten zu verschiedenen Zeitpunkten zur Lösung anstanden und im zeitlichen Nacheinander angegangen werden konnten, drängten im deutschen Fall alle drei in denselben Jahrzehnten – vor allem zwischen etwa 1840 und etwa 1875 – auf die Tagesordnung der Geschichte. Ihre Lösung wurde dadurch außerordentlich erschwert.

Als Teil dieses hingezogenen, aber tiefgreifenden Umbruchs entstand eine Arbeiterklasse. Wie im einzelnen zu zeigen sein wird, setzte sich die Lohnarbeit bis 1875 in breiter Front durch, wenn sie auch in den verschiedensten Arbeiterkategorien in ganz verschiedener Form und wechselnden Einkleidungen auftrat. Aus einem großen Teil der herkömmlichen Unterschichten und aus einem kleinen Teil der kleinbürgerlich-bäuerlichen Mittelschichten kristallisierte sich eine Lohnarbeiterschaft heraus. Sie war ungemein vielgestaltig, in sich differenziert, alles andere als eine einheitliche graue Masse. Die Lohnarbeit setzte sich in den einzelnen Arbeitsbereichen unterschiedlich klar durch. Dennoch gab es gewisse Situationselemente und Erfahrungen, die die lohnabhängigen, handarbeitenden

Gruppen – vom Dienstmädchen über den ländlichen Tagelöhner bis zum Handwerksgesellen und Fabrikarbeiter – teilten, im Unterschied und in Spannung zu den kleinen und großen Bürgern, den Bauern und den Eliten in Stadt und Land. In Teilen der sich herausbildenden Lohnarbeiterschaft zeigte sich so etwas wie ein klassenspezifisches Zusammenhörigkeitsbewußtsein – in Absetzung von denen weiter oben in der sozialen Pyramide, für die umgekehrt die Arbeiter verschiedenster Art zumindest so viel gemeinsam hatten, daß sie mit derselben Bezeichnung, eben „Arbeiter", bedacht und oft in ähnlicher Weise ausgegrenzt wurden.

In Verbindung damit entstand im zweiten Drittel und dritten Viertel des Jahrhunderts die Arbeiterbewegung, in Form von Protesten und Streiks, Kassen und Vereinen, Arbeitergenossenschaften, Arbeitergewerkschaften und zwei Arbeiterparteien, die sich 1863 und 1869 bildeten und 1875 zur Sozialistischen Arbeiterpartei zusammenschlossen, der späteren SPD. Diese Arbeiterbewegung war klein und auch politisch nicht einheitlich – neben dem sozialistisch-sozialdemokratischen Zweig gab es eine starke liberale Arbeiterbewegung; daneben bildete sich ein christlicher, vor allem katholischer Zweig. Aber unübersehbar ist doch, daß eine Arbeiterbewegung bis 1875 entstand, und zwar in der Form, in der sie in späteren Jahrzehnten zur großen Massenbewegung anschwellen und zu einem entscheidenden Faktor unserer Geschichte werden konnte. Sicher, sie wurde nicht nur von Lohnarbeitern getragen, und die große Mehrheit der Arbeiter hatte noch nichts mit der Arbeiterbewegung zu tun. Dieser fehlte es denn auch in ihrem Selbstverständnis und Verhalten nicht an Elementen einer über den Klassenrand hinausreichenden, um die kleinen Selbständigen und manche Intellektuelle werbenden, demokratischen Volksbewegung[5]. Aber städtische und ländliche Lohnarbeiter stellten doch den sozialen Kern dieser Bewegung. Aus diesen Gruppen kam die große Mehrheit ihrer Mitglieder, Wähler und Sympathisanten. Ihnen in erster Linie galt der ganz überwiegende Teil der Anstrengungen und Forderungen, der Solidarität und der Kämpfe der entstehenden Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften zumal, aber auch der Genossenschaften und teilweise auch der entstehenden sozialdemokratischen Partei – die nicht zufällig das Wort „Arbeiter" im Namen trug. Im Kern war die Arbeiterbewegung Klassenbewegung, ihre Entstehung war ein Teil des Klassenbildungsprozesses, dessen Ergebnis und gestaltendes Moment zugleich[6].

Was heißt Klassenbildung[7]? Ausgangspunkt ist die Vorstellung, daß *Stände* das grundlegende Gliederungsprinzip der alteuropäischen Gesellschaftsordnung darstellten, aber in vielfältig bedingten *Dekorporierungsprozessen* auch im deutschsprachigen Bereich schon im 18. Jahrhundert allmählich erodierten. Wie stark diese Erosion bereits Ende des 18. Jahrhunderts fortgeschritten war, zeigte sich am riesigen Umfang der – unterständischen – Unterschichten. Im Verlauf der Umwälzung vom späten 18. Jahrhundert bis in die 1870er Jahre beschleunigten sich die Dekorporierungsprozesse, und die Stände hörten auf, dominantes Gliederungsprinzip der Gesellschaft zu sein. Ständische Restbestände wirkten allerdings weiter, in verblassender Form, überlagert von anderem. Im Prinzip löste die Dekorporierung die herkömmlichen ständischen Zugehörigkeiten und

Unterschiede auf. Sie setzte Individualisierungsvorgänge in Gang und hätte zu einer Staatsbürgergesellschaft relativ freier und gleicher Individuen und Familien geführt, wenn sie nicht unterlaufen und konterkariert worden wäre: durch die Strukturierung neuer sozialer Ungleichheitsmuster, durch die Herausbildung von neuen Zugehörigkeiten und Abgrenzungen, durch die Entstehung neuer gesellschaftlicher Großgruppen mit spezifischen Interessen, Identitäten und Handlungspotentialen, eben durch den Aufbau von *Klassen*. Die zeitlichen Anfänge dieser *Klassenbildungsprozesse* sind schwer zu bestimmen, denn sie setzten ganz allmählich ein, doch ist klar, daß sie im deutschen Bereich um 1800 noch wenig gewirkt hatten. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert dagegen schritten sie klar erkennbar voran, wenn sie auch nie an ein Ende gelangten und immer auch andere Differenzierungen und Zugehörigkeiten eine Rolle spielten. Die Gesellschaft wurde immer mehr zu einer Klassengesellschaft, wenn auch nie hundertprozentig, denn immer gab es auch andere Gliederungsprinzipien, etwa die nach Geschlecht, Alter oder Konfession, und gegenläufige Prozesse, z. B. Interventionen des Staates und die Verstärkung des nationalen Zusammenhangs. Spätestens seit dem zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts gewannen dann neue gegenläufige Prozesse die Oberhand, Klassen-Entbildungsprozesse, wenn man so sagen kann, fanden nun statt[8]. Die Arbeiterklasse ist in den letzten Jahrzehnten zwar nicht ganz verschwunden, aber sie verlor doch an Zusammenhalt und Abgrenzungsklarheit, die Klassenzugehörigkeit verlor für die Individuen an relativem Gewicht und insgesamt an strukturierender Kraft, andere Zugehörigkeiten, Konflikte und Probleme wurden wichtiger: Ein neues, nicht mehr ständisches und nicht mehr klassengesellschaftliches Muster sozialer Ungleichheit entsteht, das sich der griffigen Benennung noch entzieht[9].

Dagegen lassen sich das ständische und das klassengesellschaftliche Ungleichheitsmuster, mit denen es jeder zu tun hat, der sich mit dem 19. Jahrhundert befaßt, relativ klar beschreiben. In der hier gewählten Sprache soll als *Stand* eine gesellschaftliche Großgruppe gelten, deren Mitglieder sich durch spezifisches Recht und eigene Gerichte, ein bestimmtes Maß der Teilhabe an der politischen Herrschaft, durch eine besondere Form des Einkommens bzw. des Auskommens und vor allem durch besondere Lebensführung und Ehre von Mitgliedern anderer Stände und von nicht-ständischen Schichten unterscheiden. Man denke an die frühneuzeitlichen Stände des Adels, des Klerus, des Stadtbürgertums und der Bauern, die allerdings vielfach untergliedert waren. Zum Mitglied eines Standes wurde man durch Geburt oder bewußte Akte der Aufnahme bzw. des Eintritts. Auf der Grundlage der genannten Gemeinsamkeiten entwickelten sich dichte standesspezifische Kommunikationsbeziehungen – zum Beispiel Geselligkeits- und Heiratskreise zwischen den Angehörigen ein- und desselben Standes –, oft über lokale Distanzen hinweg, durch ritualisierte symbolische Praktiken abgestützt. Die ausgeprägte Ungleichheit zwischen den Ständen war traditional, oft auch religiös, legitimiert.

Die Angehörigen von *Klassen* unterschieden sich dagegen nicht durch besonderes Recht, nicht durch spezifische Teilhaberechte und zunächst einmal auch nicht durch besondere Lebensführung von den Angehörigen anderer Klassen.

Vielmehr setzt das vollentwickelte klassengesellschaftliche Ungleichheitsmuster Rechtsgleichheit geradezu voraus, es kann sich auch unter Bedingungen formal gleicher staatsbürgerlicher Mitwirkungsrechte und in bürgerlichen Kulturen entwickeln, die universalistische Geltung zum Programm haben. Klassen sind vielmehr gesellschaftliche Großgruppen, deren Angehörige die ökonomische Stellung und, daraus folgend, gleiche Interessen teilen, sich – der Tendenz nach – auf dieser Grundlage als zusammengehörig begreifen und entsprechend handeln, und zwar in Spannung und im Konflikt mit den Angehörigen anderer Klassen, die eine andere ökonomische Stellung und, daraus folgend, andere, entgegengesetzte Interessen besitzen. *Wie* nun „ökonomische Stellung" definiert wird, danach unterscheiden sich die üblicherweise verwendeten Klassenbegriffe.

Hier und im Folgenden ist die Stellung auf dem Markt – besser auf den Märkten – gemeint, also das „Eigentum" im Sinne des Verfügungsrechts über Produktionsmittel, Arbeitskraft oder spezifische Leistungskompetenz, die im ungleichen Tausch auf dem Markt angeboten und verwertet werden. Wo keine Märkte, dort keine Klassen. Da hier vor allem der proletarischen Klassenbildung, der Entstehung der Arbeiterklasse nachgegangen werden soll, interessieren vor allem jene, die über mehr oder weniger qualifizierte Arbeitskraft verfügten, diese auf Arbeitsmärkten gegen Lohn anboten und darüber mit den Eigentümern von Produktionsmitteln in ein vertraglich begründetes Tausch- und Abhängigkeitsverhältnis gerieten. Der Schwerpunkt liegt also auf der Entstehung von Lohnarbeit. Gefragt wird, inwieweit – in welchen Grenzen, unter welchen Bedingungen, gegen welche konkurrierende Identitäten, aufgrund welcher Einflüsse, im Konflikt mit wem – die durch Lohnarbeit definierte *Klassenlage* dazu führte, daß gemeinsame Interessen bewußt und gemeinsame Erfahrungen gemacht wurden, so daß Kommunikationsbeziehungen, Gemeinsamkeitsbewußtsein und ähnliche Lebensführung (Arbeiterkultur) auftraten, mithin eine *Klassenidentität* entstand, die dann ihrerseits unter gewissen Bedingungen die Grundlage für *kollektives* solidarisches *Klassenhandeln* – für eine Arbeiterbewegung – sein konnte, deren Konflikte und Aktivitäten umgekehrt auf andere Dimensionen des Klassenbildungsprozesses förderlich einwirken mochten[10].

Vom Stand zur Klasse – dies bezeichnet die zentrale Veränderung der sozialen Struktur in der Epoche des Umbruchs vom späten 18. Jahrhundert bis in die 1870er Jahre – und darüber hinaus.

Im vorliegenden Buch geht es allerdings nicht um die proletarische Klassenbildung in ihrer ganzen Breite und all ihren Aspekten, sondern nur um ihren Kern: um den Durchbruch der Lohnarbeit zum strukturbestimmenden Massenphänomen in der Handarbeiterschaft, um die fundamentalen Veränderungen, die damit in den Arbeitsverhältnissen ausgelöst wurden, sowie um die Bedeutung, die dies für die arbeitenden Menschen, die Zusammensetzung der entstehenden Arbeiterschaft und für ihre – immer begrenzt bleibende – Entwicklung zur Klasse hatte.

Lohnarbeit setzte sich in dem Maße durch, in dem abhängig Arbeitende aus den bis dahin bestehenden außerökonomischen Abhängigkeits- und Schutzverhältnissen – aus hausherrschaftlichen, grund- oder gutsherrschaftlichen, zünftig-

korporativen oder auch bürokratisch-militärischen Einbindungen – herausgelöst und auf die Verwertung ihrer Arbeitskraft nach Marktkriterien als Basis des Überlebens verwiesen wurden. Lohnarbeit setzte sich in dem Maße durch, in dem unmittelbare Produzenten ihr Eigentum an Produktionsmitteln, an Boden, Werkzeug und Materialien, soweit sie darüber verfügt hatten, verloren. Lohnarbeit setzte sich um so klarer durch, je ausschließlicher und je langfristiger sich die betreffenden Arbeiter vom Tausch ihrer mehr oder weniger qualifizierten Arbeitsleistungen gegen Lohn ernährten – statt durch gleichzeitige Einkünfte aus anderer Quelle oder schnell wechselnd im Lauf der Zeit. Arbeiter wurden um so eindeutiger zu Lohnarbeitern, je klarer sie ihre Arbeitsleistungen auf der Grundlage eines der Form nach freiwilligen und beiderseits jederzeit kündbaren Vertrags verwerteten. Ihr Kontrahent war der Käufer ihrer Arbeitsleistung, der den Boden, das Werkzeug, die Maschinen, das Rohmaterial – Produktionsmittel also – in Form von Kapital besaß, der sie auf dieser Grundlage in Arbeit nahm, anstellte und befehligte, gegebenenfalls unter Mithilfe von Mittelspersonen wie Faktoren oder Werkmeistern und Managern, und dem das von ihnen miterarbeitete Produkt dann gehörte. Dessen Marktwert überstieg den ebenfalls marktabhängigen Preis für die zu seiner Herstellung nötige Arbeit, also den an die Arbeiter gehenden Lohn[11].

Den Lohnarbeiterstatus definierte somit eine doppelte Abhängigkeit, und eben dies machte seine lebensgeschichtliche Prägekraft und seine klassengeschichtliche Dynamik aus: Da war einerseits die Abhängigkeit vom Markt, und das bedeutete Unsicherheit. Und da war andererseits die Abhängigkeit vom „Lohnherrn" oder „Arbeitgeber"[12], dem Vertragspartner und Antipoden, der durch den Kauf der ihm angebotenen, von der Person des Anbietenden ja nicht zu lösenden Arbeitsleistung vertraglich begrenzte Anordnungsmacht und Herrschaftsbefugnis über den Arbeiter erhielt. An dieser Stelle war die Wahrscheinlichkeit von Spannungen und Konflikten in das Lohnarbeiter-Arbeitgeber-Verhältnis eingebaut: von Spannungen und Konflikten, in denen es um Verteilungs- und um Herrschaftsprobleme zugleich ging[13]. Spannungen und Konflikte dieser Art waren im Prinzip erfahrbar. Auf ihrer Grundlage konnte – über Berufs-, Funktions-, Qualifikations- und andere Unterschiede hinweg – ein übergreifendes Lohnarbeiterbewußtsein entstehen: mentale Basis klassenspezifischer Identität und Vergesellschaftung.

Lohnarbeit in diesem Sinn kristallisierte sich nur selten in reiner Form heraus, schon gar nicht in jenen Jahrzehnten des Übergangs, um die es hier geht. Welche Rolle sie tatsächlich spielte und welche Bedeutung sie hatte, läßt sich nur durch genaue Rekonstruktion der verschiedenen Arbeitsbereiche erschließen, in denen sie sich mehr oder weniger, in den verschiedensten Einbettungen und Verkleidungen, durchsetzte.

Dieses Buch stellt deshalb in gewisser Ausführlichkeit die sehr unterschiedlichen und überdies in sich hoch differenzierten Arbeitsmilieus und die ihnen zugehörigen Arbeiterexistenzen dar – ökonomisch, sozial und kulturell. Es versucht, den Lesern eine umfassende Geschichte der wichtigsten Fraktionen der entstehenden Arbeiterschaft zu bieten: des Gesindes und der Landarbeiter, der ver-

lagsabhängigen Heimarbeiter und der Hausindustrie, der Eisenbahnbauarbeiter, der Handwerksgesellen und Handwerksmeister, der Arbeiter in den Werkstätten und Manufakturen, den Bergwerken und den Fabriken. Diese Teilgruppen der entstehenden Arbeiterschaft sollen hier *von der Arbeitswelt her* dargestellt werden. Wie die sich veränderte und was dies für die arbeitenden Menschen, ihre Verhältnisse und Erfahrungen, ihre soziale Existenz und ihre Identität, ihre Kooperation und Abhängigkeit, ihre Beziehungen zueinander und zum sozialen Gegenüber bedeutete, – darum geht es in diesem Buch.

Die Frage nach der Durchsetzung der Lohnarbeit soll als roter Faden dienen, der die Darstellung zusammenhält, ohne immer sichtbar zu sein. Als Fluchtpunkt der Argumentation dient die Hypothese, daß die verschiedenen handarbeitenden Gruppen ein Stück weit zusammenwuchsen – zu einer Lohnarbeiterschaft, die zwar in sich ungemein vielgestaltig blieb, aber doch zugleich durch bewußtseins- und verhaltensrelevante gemeinsame Merkmale und wechselseitige Verflechtung geprägt war. Durchgehend wird gefragt, was die Veränderungen der Arbeitswelt für die Erfahrungen, das Selbstverständnis und die kollektive Handlungsfähigkeit der jeweiligen Arbeitergruppe bedeuteten: ob sie die Entstehung einer gruppenübergreifenden Klassenidentität förderten oder hemmten, und ob sie den betreffenden Arbeitern den Zusammenschluß zu gemeinsamen Aktionen – auf gruppenspezifischer oder gruppenübergreifender Basis – erleichterten oder erschwerten.

Das Buch behandelt Arbeitswelten und Arbeiterexistenzen in ihren wirtschafts-, sozial- und kulturhistorischen Dimensionen, zugleich im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang. Es geht zwar vom Arbeitsplatz aus, aber bleibt nicht auf ihn beschränkt. Es analysiert nicht nur Strukturen und Prozesse, sondern erschließt auch Erfahrungen und Handlungen. Aber es behandelt, wie gesagt, sein Thema von der Arbeitswelt her. Daraus ergeben sich einige Grenzen, die den Lesern bewußt sein sollten.

Eine ganze Reihe wichtiger Dimensionen und Elemente des proletarischen Klassenbildungsprozesses werden im folgenden nur am Rande behandelt: die Familie, der Haushalt, die Sozialisation der Arbeiter; ihre soziale und regionale Mobilität; Schule und Bildung; das Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Nationalität; Religiosität und Kirchlichkeit; Geselligkeit, Feste und Umgangsformen; rechtliche und politische Aspekte der Arbeiterexistenz; Proteste, Konflikte und Streiks; Genossenschaften, Kassen, Gewerkschaften und Arbeiterparteien. All dies ist gesondert zu behandeln[14].

Was den geographischen Rahmen der Untersuchung betrifft, wird die Darstellung – mit wenigen Abstrichen wie den österreichischen Niederlanden, dem heutigen Belgien – die Geschichte des Alten Reiches und des Deutschen Bundes, also einschließlich Österreichs westlich der Leitha in den Blick nehmen, zusammen mit den Gebieten, die wie Ost- und Westpreußen außerhalb des Alten Reiches und des Deutschen Bundes lagen, jedoch später eindeutig zum Deutschen Reich gehörten. Aber innerhalb dieses Untersuchungsgebiets wird die Darstellung ihre regionalen Schwerpunkte in den seit 1871 zum Deutschen Reich gehörigen Gebieten wählen und das cisleithanische Österreich nur in zweiter Linie mit-

behandeln, dafür aber auch Anfang der 1870er Jahre nicht ganz aus dem Auge verlieren. Zur Begründung sei auf andernorts ausgeführte Überlegungen verwiesen[15].

Unter den genannten Fragestellungen analysieren die Kapitel 2 bis 7 dieses Buches die verschiedenen Teilgruppen der entstehenden Arbeiterschaft. Auf die Untersuchung des vor allem weiblichen häuslichen Gesindes in Kapitel 2 folgt die Darstellung der in sich ungemein vielfältigen Landarbeiterschaft – von den Knechten und Mägden über die Insten und Heuerlinge bis zu den kleinbäuerlichen Häuslern und den freien Tagelöhnern (Kapitel 3). Kapitel 4 wendet sich den verlagsabhängigen Heimarbeitern auf dem Land und in der Stadt zu, einer Schlüsselgruppe in der entstehenden Arbeiterklasse. Kapitel 5 untersucht nicht nur die allmähliche, unvollkommen bleibende Verwandlung vieler Handwerksgesellen in Lohnarbeiter und die Bedeutung der zünftigen Tradition für die Entstehung der Arbeiterklasse, sondern bezieht auch die Meister, vor allem die kleinen in die Untersuchung mit ein. Gehörten sie zur entstehenden Arbeiterklasse? Kapitel 6 ist dem merkwürdigen Übergangstypus des hochmobilen Eisenbahnbauarbeiters gewidmet. Das ausführliche Kapitel 7 behandelt die Arbeiter im zentralisierten Gewerbebetrieb: die für die entstehende Arbeiterbewegung besonders wichtigen Buchdrucker- und Zigarrenarbeiter, die Bergleute, die Hüttenarbeiter und schließlich die Arbeiter in den Fabriken, wobei vor allem die meist hoch qualifizierten, handwerklich geprägten, vorwiegend männlichen, relativ gut gestellten Maschinenbauarbeiter mit der sehr viel umfangreicheren, im Durchschnitt schlechter qualifizierten, zur Hälfte aus Frauen zusammengesetzten Textilarbeiterschaft konfrontiert werden, an der das Elend der Fabrikarbeit jener Zeit besonders eindrücklich zu studieren ist.

Durchweg geht es um die Veränderungen der Arbeitswelt im Zusammenhang des technischen, wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Wandels der Zeit. Es geht um die Veränderungen der Arbeitsvollzüge, der Kooperations- und Abhängigkeitsbeziehungen am Arbeitsplatz. Immer wird versucht, das soziale Gegenüber in die Analyse mit einzubeziehen: die Hausfrau oder Herrin des Dienstmädchens; den Bauern, Gutsherrn oder Verwalter, mit dem es die landwirtschaftlichen Arbeiter zu tun hatten; den Verleger bzw. das Konfektionshaus als Abnehmer und Arbeitgeber der Heimarbeiter; den Meister als Gegenüber des Gesellen; die Prinzipale und Manufakturisten, die Werkstättenleiter und Fabrikunternehmer mit ihren Helfern, Delegierten und ihrer betrieblichen Organisation. Denn nur im spannungs- und konfliktreichen Wechselverhältnis der beiden Seiten konnte sich Klassenbildung vollziehen. Dieses Verhältnis steht im Mittelpunkt des Interesses.

Beim Gesinde, im Fall der meisten Landarbeiter, bei den Heimarbeitern und im Handwerk hatten sich Arbeitssphäre und sonstige Lebensbereiche noch nicht oder kaum getrennt, wie das für die Arbeiter der zentralisierten Gewerbebetriebe typisch wurde. Schon deshalb ist die Untersuchung der Arbeitswelt jener dezentralisiert beschäftigten Arbeiter zugleich eine Untersuchung ihrer Lebenswelt, auf weite Strecken hin jedenfalls. Das Folgende ist deshalb nicht nur eine Geschichte der Handarbeit und der Arbeitsplätze im 19. Jahrhundert, sondern

mindestens ebenso sehr eine Geschichte der Handarbeiter, eine Darstellung ihrer wirtschaftlichen Lage und ihres sozialen Profils, ihrer Traditionen und ihrer Aspirationen, ihrer wichtigsten Lebensprobleme und -strategien, ihrer Mentalitäten und ihrer Kultur – so gut es von diesem Ansatz aus geht.

Selten entstand Lohnarbeit in ganz reiner Form. Oft blieb sie eingebettet – z.B. in Restbestände hauswirtschaftlicher Abhängigkeit – oder vermischt: mit Kleinstbesitz und Resten von Selbständigkeit. Zunfttradition und Lohnarbeit gingen die überraschendsten Symbiosen ein. Es sind diese Mischungs- und Übergangskonstellationen, diese Formen der Dialektik von Traditionsbindung und Klassenbildung, für die sich die folgenden Kapitel vor allem interessieren, aber durchweg unter den vorn aufgeführten Fragestellungen und mit den genannten Fluchtpunkten im Visier.

Ein Schlußkapitel sucht die allgemeineren Ergebnisse zusammenzufassen und auf jene Dimensionen des proletarischen Klassenbildungsprozesses zu verweisen, die in diesem Buch nur ansatzweise diskutiert werden konnten und eine gesonderte Darstellung benötigen[16].

Zunächst jedoch wird im Kapitel 1 ein Überblick über die Triebkräfte und die Grundlinien der Entwicklung gegeben, soweit sie als Elemente eines dynamischen Bedingungsrahmens bekannt sein müssen, um die Frage nach der Durchsetzung der Lohnarbeit, nach dem Wandel der Arbeitswelt und der Geschichte der Arbeiter sinnvoll zu stellen[17].

Denn das ist klar: Die folgenreiche Durchsetzung der Lohnarbeit als eines Massenphänomens war das Resultat vielfältiger wirtschaftlicher, rechtlich-politischer und sozialer Veränderungsprozesse, ohne die sie weder in ihren Ursachen noch in ihrer Bedeutung begriffen werden kann. Die Durchsetzung der Lohnarbeit als eines Massenphänomens war, analytisch gesprochen, das wichtigste Mittelglied, das die großen Wandlungen der Zeit mit der Geschichte der Arbeit, der Arbeiter und der proletarischen Klassenbildung verknüpfte.

Bevölkerungswachstum, Kapitalismus, Staatsbildung und Aufklärung wurden an anderer Stelle als die Kräfte identifiziert, die in wechselnder Verknüpfung die Modernisierung schon vor 1800 vorantrieben[18]. In gewissem Sinn läßt sich sagen, daß dieselben Kräfte für die sich beschleunigende Entwicklung nach 1800 verantwortlich waren, auf die unteren Schichten einwirkten und Prozesse der Klassenbildung teils vorbereiteten, teils vorantrieben. Aber dabei veränderten sie sich oder wurden verändert, ihr relatives Gewicht zueinander verschob sich. Überdies setzten sie soziale Konflikte in Gang, die ihrerseits zu vergleichsweise selbständigen Antriebsfaktoren der weiteren Entwicklung wurden, viel mehr als es im 18. Jahrhundert der Fall war.

1. Kapitel

Der Grundriß des Wandels 1800–1875

1. Modernisierung von außen und oben – die Rolle des Staates

Zu Beginn des Jahrhunderts gingen noch einmal die entscheidenden Anstöße vom Staate aus, von den Regierungen der Staaten, die sich durch die Französische Revolution und ihren Erben Napoleon in ihrer Existenz herausgefordert sahen und stark genug waren, mit einer umfassenden Mobilisierung ihrer inneren Kräfte und d.h. mit einem Schub innerer Reformen zu reagieren, der noch wenige Jahre zuvor gegen all die etablierten Interessen und tief verwurzelten Beharrungskräfte schlechthin unmöglich gewesen wäre: ohne Französische Revolution keine Stein-Hardenbergschen Reformen und kein staatlich gelenkter Modernisierungsschub in den süddeutschen Staaten und westdeutschen Regionen. Österreich wie auch die nord- und mitteldeutschen Staaten – Hannover, Sachsen, die thüringischen und mecklenburgischen Staaten – wurden nur ganz am Rande von der Reformbewegung berührt. Was da zwischen etwa 1800 und etwa 1820 im linksrheinischen Deutschland, in den meisten Rheinbundstaaten und schließlich in Preußen mit charakteristischen Unterschieden geschah, kann man als defensive Modernisierung bezeichnen[1] oder auch als „Reform von außen und oben"[2]: von außen – Frankreich – erzwungen, von oben – durch die staatlichen Regierungen – durchgeführt.

a) Die Neuordnung der Landkarte 1795 bis 1815

1792 begann der Erste Koalitionskrieg zwischen dem revolutionären Frankreich und den verbündeten europäischen Monarchien. 1815 wurde Napoleon endgültig bei Waterloo besiegt, und auf dem Wiener Kongreß handelten die siegreichen Mächte für Deutschland und Europa eine neue Ordnung aus. Dazwischen gab es nur wenige Jahre, in denen nicht irgendwo in Europa Krieg geführt wurde. Unter Napoleons Regie und dem Druck der siegreichen französischen Truppen, die zeitweise fast ganz Europa besetzt hielten, wurden die Grenzen auf der Landkarte neu eingezeichnet. Unter den Stößen von außen zerbrach das Alte Reich.

Die politisch vielgestaltigen, reich gegliederten und schroff fragmentierten deutschen Gebiete links des Rheins wurden größtenteils bereits Mitte der neunziger Jahre von französischen Truppen besetzt und bis 1801 in das französische Staatsgebiet eingegliedert. Sie wurden als Teil Frankreichs verwaltet, bis sie 1815 an Staaten des neugegründeten Deutschen Bundes zurückfielen, an Preußen, das Großherzogtum Hessen und Bayern.

Zwischen 1803 und 1806 wurde unter französischer Vorherrschaft das rechtsrheinische Deutschland neu geordnet. Die große Zahl der kleinen und kleinsten geistlichen und weltlichen Herrschaftsbezirke mit fast allen Reichsstädten verschwanden, d.h. sie wurden den dadurch an Fläche und Bevölkerung stark

zunehmenden, teilweise geradezu neu gegründeten größeren Staaten, vor allem Baden, Württemberg, Bayern und vorübergehend auch Preußen, angegliedert oder neu entstehenden „Kunststaaten" unter französischer Oberherrschaft (Großherzogtum Berg, Großherzogtum Frankfurt und Königreich Westfalen) hinzugefügt. Geistliche Güter und Herrschaftsbezirke wurden „säkularisiert", die weltlichen Kleinstherrschaften „mediatisiert". Die überlebenden größeren Fürstenstaaten erlebten eine Aufwertung: Bayern und Württemberg zu Königreichen, Baden und Hessen-Darmstadt zu Großherzogtümern. Unter dem Protektorat Napoleons schlossen sich die rechtsrheinischen deutschen Staaten (außer Preußen und Österreich) zum locker gefügten, von Frankreich abhängigen „Rheinbund" (1806–1813) zusammen. Sie traten aus dem Alten Reich aus. Der Kaiser in Wien legte die Krone des Reiches nieder und erklärte das Heilige Römische Reich Deutscher Nation für beendet (1806). Proteste und Aktionen zur Verteidigung seines Bestandes blieben aus. All dies stellte eine das alte Recht tief verletzende, tatsächlich fast revolutionäre Umgestaltung des mittleren Europa dar – Ausfluß französischer Entschädigungs- und Hegemonialpolitik, die sich kräftige, von Frankreich beeinflußbare, aber sowohl voneinander wie von den anderen Großmächten unabhängige Mittelstaaten als Gegengewichte gegenüber Österreich und Rußland, z. T. auch gegenüber Preußen, wünschte. Aber als 1813/1815 der französische Einfluß mit der Niederlage Napoleons aufhörte, der Rheinbund zerfiel, die künstlichen „Modellstaaten" Berg, Frankfurt und Westfalen von der Landkarte verschwanden und die Grenzen auf dem Wiener Kongreß neu ausgehandelt wurden, kam niemand ernsthaft auf die Idee, das Alte Reich in seiner Vielfalt und Fragmentierung wieder herzustellen. Es blieb bei der „Flurbereinigung", die das „dritte Deutschland", die vielgestaltigen, „individualisierten" Territorien zwischen den Großmächten Preußen und Österreich, verändert hatte. Zuviele Mächtige hatten direkt und indirekt von der Neuordnung profitiert, als daß sie zum alten Zustand zurück wollten. Daran, daß kein ernsthafter Versuch zu einer wirklichen Restauration der alten staatsrechtlichen Ordnung unternommen wurde, zeigte sich überdies, wie sehr sie sich schon überlebt hatte, bevor sie durch gewaltsame Stöße von außen beseitigt wurde.

Zum 1815 gegründeten Deutschen Bund, einem lockeren Staatenbund relativ souverän bleibender Fürstenstaaten und Städte, der bis 1866 die staatsrechtliche Gestalt Deutschlands darstellte, gehörten (1815) nur noch 41 Mitglieder: 6 Königreiche, 16 (Groß)herzogtümer, 9 Fürstentümer und 4 Freie Städte. Bis 1866 sank die Zahl als Folge von Zusammenschlüssen und dergleichen auf 34. Dagegen hatte das Alte Reich, gut zwei Jahrzehnte zuvor noch etwa 300 einigermaßen souveräne Hoheitsgebiete umfaßt, eine noch viel größere Zahl nur formal unabhängiger, reichsunmittelbarer Kleinsteinheiten gar nicht einmal mitgezählt[3].

Dabei hatte das Territorium leicht zugenommen: Die im Deutschen Bund zusammengeschlossenen Staaten erstreckten sich über 11.443 Quadratmeilen, das Alte Reich von 1792 über 11.250. Auch die meisten Herrschaftsgebiete, die als solche das Revirement überstanden, hatten sich in ihrem Umfang stark verändert: Die Markgrafschaft Baden z. B. hatte 1792 nur 62 Quadratmeilen umfaßt, 1816 dagegen als Großherzogtum 278! Bayern hatte sich nicht nur zum König-

reich gemausert, sondern überdies von 861 auf 1.388 Quadratmeilen vergrößert. Württemberg von 166 auf 354, Hannover von 512 auf 699. Das allzu fest mit Napoleon verbündete Sachsen verlor dagegen etwa zwei Drittel seines Gebiets an die benachbarten Staaten. Und auch die beiden Großmächte verlagerten ihre territorialen Schwerpunkte als Folge des großen Revirements. Österreich verlor seine Besitzungen im Westen, vor allem die ehemals habsburgischen Niederlande (ab 1830 größtenteils Belgien) und den Breisgau; es gewann Gebiete in Galizien, Oberitalien und Dalmatien hinzu; es wuchs gewissermaßen nach Südosten aus Deutschland heraus. Preußen hatte Anfang 1792 3.524 Quadratmeilen mit 5,7 Millionen Einwohnern umfaßt. Zwischen 1792 und 1802 verdoppelte es seine Fläche durch Erwerbungen im Osten (Polen) wie im Westen (Hannover, Ansbach/Bayreuth, Eichsfeld, Hildesheim, Münster und Paderborn). Nach der tiefen Niederlage von Jena und Auerstedt (1806) verlor es all seine westelbischen Gebiete und den größten Teil der bis 1792 polnischen Territorien. 1815 gewann es jedoch nicht alles im Osten wieder, was es dort zwischen 1792 und 1806 erbeutet hatte. Rußland schob nämlich seine Grenzen weit nach Westen vor und behielt „Kongreßpolen" mit Warschau als Mittelpunkt unter seiner Oberherrschaft. Dafür wurde Preußen mit großen Erwerbungen im Westen entschädigt: mit einem Teil Sachsens, mit Westfalen und der Rheinprovinz – mit Gebieten also, die sich bald als gewerblich-industrielle Schatzkammern erweisen sollten, ohne daß dies den vorindustriell geprägten Staatsmännern, die in Wien Europa umverteilten, bewußt gewesen wäre. 5.104 Quadratmeilen und 10,4 Millionen Einwohner zählte das Königreich 1816. Es hatte sich ausgiebig nach Westen hin verlagert, war tief ins altbesiedelte deutsche Gebiet hineingewachsen. Während Anfang 1792 Preußen nur mit 1.626 Quadratmeilen zum Reich gehört hatte, also mit weniger als der Hälfte seines Territoriums, gehörte es nun mit 3.357 Quadratmeilen zum Deutschen Bund, also mit zwei Dritteln seines Gebiets. Dagegen hatte der zum Alten Reich bzw. zum Deutschen Bund gehörige Teil Österreichs von 3.919 auf 3.580 Quadratmeilen leicht abgenommen. (Die Quadratmeile entspricht 55.063 Quadratkilometer)[4].

In den Staaten des Deutschen Bundes – auch in ihren zum Bund gehörigen Gebieten – lebten bedeutende nicht-deutsche Minderheiten: z. B. Polen in Schlesien, Tschechen in Österreich[5]. Auch gehörten nicht-deutsche Herrscher dem Deutschen Bund an: das britische Königshaus für Hannover, der dänische König für Holstein und Lauenburg, der niederländische König für Luxemburg und später auch für Limburg. Es gab eine umfangreiche deutschsprechende Bevölkerung außerhalb des Deutschen Bundes, z. B. in der Schweiz, im Elsaß, in Schleswig, in den preußischen Ostprovinzen – kein Wunder angesichts der ethnischen Mischsiedlung im mittleren Europa. Aber insgesamt entsprach das Territorium, über das sich der Deutsche Bund ab 1815 erstreckte, dem deutschen Sprachraum viel stärker als das Territorium des Alten Reiches vor 1800.

b) *Die Reform des Obrigkeitsstaats und die Bürokratisierung der Herrschaft*

Der Wechsel der Herrschaft, modern ausgedrückt: der Wechsel der staatlichen Zugehörigkeit, war für die Untertanen des Ancien régime nichts Ungewöhnliches gewesen. Dafür hatten Kriege und dynastische Transaktionen als Folge von Ehen, Erbschaften und Tauschakten im kleinräumigen Mitteleuropa beständig gesorgt. Der Wechsel der Herrschaft, der staatlichen Zugehörigkeit, muß jedoch in den Jahren vor und nach 1800 zur Massenerfahrung geworden sein. Was bedeutete das? Man muß sehen, daß diesmal der Wechsel des Herrschers oft mit einer qualitativen Veränderung der Herrschaft verbunden war. Die territoriale Flurbereinigung ging in großen Teilen Deutschlands mit der inneren Modernisierung von Politik und Verwaltung zusammen. Die Herrschaft verlor – der Tendenz nach – was sie im Ancien régime, vor allem außerhalb der großen Staaten, ausgezeichnet hatte: ihre extreme Kleinräumigkeit, ihre auffallende Mehrstufigkeit, ihre traditional-persönliche Einfärbung. Aber man muß nach Regionen unterscheiden:

1. Links des Rheins wurden die alten, dort besonders kleinräumigen Strukturen konsequent verändert und durch eine vergleichsweise moderne, zentralisierte Verwaltung unter französischer Leitung ersetzt. Die Befreiung von den feudalen Grundlasten – ohne Entschädigung für die bisher Berechtigten – und die Chance, Teile der enteigneten Klostergüter für nicht allzu teures Geld zu erwerben, die Aufhebung von grundherrlichen Jagdprivilegien und die Kommunalisierung des Jagdrechts, das Verbot der körperlichen Züchtigung, die die Polizei bei einfachen Vergehen und Übertretungen gegenüber Angehörigen der „unteren Volksklassen" bis dahin angewandt hatte, die neue Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz und viele Bestandteile des jetzt hier neu eingeführten französischen, nach-revolutionären Rechts – all das scheint lebhafte Zustimmung in der breiten Bevölkerung gefunden zu haben. Freiheitsbäume wurden errichtet. Aber die bald darauf folgende Verdichtung der behördlichen Verordnungen im täglichen Leben, die Intensivierung der polizeilichen Kontrollen, die Zunahme der öffentlichen Steuern anstelle der abgeschafften Feudallasten und die kriegsbedingten Lasten anderer Art, z. B. die Einquartierung von Soldaten, wohl auch die Arroganz mancher der neuen Beamten wirkten bald abkühlend, verärgernd und manchmal verbitternd – zumal die neue bürokratische Herrschaft nicht zu Unrecht als Fremdherrschaft empfunden wurde, als Herrschaft von Fremden im Interesse eines anderen, mächtigen Reiches. In Absetzung davon begann man sich als Deutscher zu fühlen[b].

2. Rechts des Rheins kam es in den stark erweiterten süddeutschen Rheinbundstaaten und in den auf napoleonische Anordnung neu gegründeten Satellitenstaaten Westfalen, Frankfurt und Berg zu zentralisierenden Verwaltungsreformen, die stark vom französischen Einfluß geprägt waren und immer auch der Integration, der Vereinheitlichung und staatlichen Durchdringung der neu zusammengefügten oder neu hinzugefügten, bis dahin selbständigen Territorien dienten. Während sie in den sich etablierenden süddeutschen Staaten (und in

Sachsen-Weimar) Wurzeln schlugen und die napoleonische Zeit überlebten, wurden sie in den weithin als „künstliche" Produkte der Fremdherrschaft angesehenen „Modellstaaten" weniger akzeptiert und teilweise nach 1815 rückgängig gemacht. Auch östlich des Rheins – vorübergehend in Westfalen und Berg, etwas dauerhafter in Süddeutschland – wurde das neue, nachrevolutionäre, bürgerliche, französische Recht, der Code Napoléon, rezipiert, wenn auch nur selektiv und partiell. Die Reformen erfolgten in spät-absolutistischem und zugleich aufklärerischem Geist, sehr stark „von oben" geleitet, etatistisch und zunächst ohne viel Beteiligung der Bevölkerung.[7]

Die Säkularisierung zerstörte die ökonomische Basis der Geistlichkeit, entzog ihr wichtige soziale und politische Funktionen und nagte an ihrer so lange unbefragt geltenden Autorität. Die Deklarierung der religiösen Toleranz entsprach nicht nur aufklärerischen Zielen und bürgerlichen Rechtsprinzipien, sie stand auch im Dienst der Staatsräson jener sich rasch vergrößernden und dadurch multikonfessionell werdenden süd- und westdeutschen Staaten. Die Rationalisierung und Bürokratisierung der bis dahin noch sehr herkömmlich arbeitenden Verwaltungen machte gewisse Fortschritte. Dazu gehörten die Systematisierung der Instanzenzüge und Kompetenzverteilungen, die verstärkte Erschließung staatlicher Einkünfte in Form von Steuern statt von Einkünften aus Domänen und Regalien, auch durch den Abbau adliger Steuerprivilegien und neue Formen der Staatsverschuldung. Der moderne Beamtenstatus mit dem Recht auf lebenslange Stellung, dem Senioritätsprinzip und der Pensionsberechtigung wurde zur Realität, zunehmend aufgrund generell geregelter Qualifikationen und im höheren Bereich auf der Grundlage von Universitätsexamen. All dies beförderte die Emanzipation des traditionellen Fürstendieners zum modernen Beamten, trug zur Beschneidung der Fürstenmacht bei, vergrößerte die Effizienz der Verwaltung, und band sie an rechtlich normierte Verfahren. Aber gleichzeitig wurden dadurch die Zugriffsmöglichkeiten des Staats gegenüber den Individuen und die Macht der Beamten gegenüber den Untertanen und Staatsbürgern gestärkt. Zugleich beschränkte man die Selbstverwaltung der Gemeinden und ihrer Honoratioren nach französisch-zentralisierendem Vorbild. Erst nach 1818 gewannen die süddeutschen Gemeinden allmählich Selbstverwaltungskompetenzen zurück. Die grundherrliche Patrimonialgerichtsbarkeit und Polizeihoheit, soweit sie um 1806 noch bestanden hatte, wurde teilweise abgeschafft, teilweise – so in Bayern – beibehalten aber staatlicher Kontrolle unterworfen. Der Adel verlor einen Teil seiner herkömmlichen Sonderstellung. Aber anders als links des Rheins wurden in den Rheinbundstaaten wie auch in Preußen und den anderen deutschen Staaten die alten Feudalrechte nicht revolutionär und entschädigungslos abgeschafft, sondern teilweise nur umgewandelt, entschädigt oder in abgeschwächter Form festgeschrieben, auch im Interesse der neuen französischen Herren, ihrer Rechte und Einkünfte. Immerhin, vor allem die vielen kleinen geistlichen, aber teilweise auch die bis dahin so zahlreichen weltlichen Herrschaftsträger unterhalb der zentralen Ebene wurden durch Säkularisierung, Mediatisierung und Verwaltungsreformierung zutiefst geschwächt. Eine unmittelbare Beziehung zwischen den einzelnen Untertanen und dem die Macht tendenziell monopolisierenden Staat ent-

stand. Das war ein „von oben" initiierter und durchgesetzter Prozeß, in dem sich antiständische, antifeudale Emanzipation mit verstärkter staatsbürokratischer Disziplinierung paarte.[8]

Die Konflikte des späten 18. Jahrhunderts gingen damit verstärkt weiter. In Bayern z. B. setzten die Reformbeamten unter Montgelas die Kampagne gegen die Vielzahl der Feiertage fort, auf denen vor allem die ländlichen Arbeitskräfte bestanden. Das herkömmliche Advents- und Weihnachtssingen auf der Straße wurde als „Deckmantel des Müßiggangs und niedrigste Bettelei" verboten (1803). Christmetten sollten auf den Morgen verlegt werden, um den „nächtlichen Unfug" auszutrocknen. Volkstümliche Proteste waren die Antwort. Langfristig sollte die 1802/03 auch in Bayern deklarierte Volksschulpflicht der barocken Volksfrömmigkeit mit ihren abergläubischen Elementen und ihrem traditionalistischen Lokalismus das Wasser abgraben und weltlich-staatliche, überlokale, gesamtbayerische Identifikationen vermitteln.

Erst recht merkten es die Bewohner der bisher reichsunmittelbaren Städte und der geistlichen Fürstentümer, als sie in die modernen Flächenstaaten einverleibt wurden, daß sie bis dahin vergleichsweise gemütlich gelebt hatten. Als Biberach nach dem Frieden von Lunéville an Baden kam (1802) und vier Jahre später für Villingen an Württemberg abgetreten wurde, huldigten die Bürger zweimal ergeben den neuen Herren: staatlichen Beamten, die von außerhalb kamen und im Rathaus die Macht übernahmen, begleitet und unterstützt von französischen Generälen. Aber das Stadtgericht verlor an Bedeutung, der Amtsbürgermeister an Macht, mit dem demonstrativen Pomp bei den Begräbnissen der Honoratioren war es vorbei, die Zunfthandwerker durften keine Waffen mehr tragen und verloren an Einfluß auf die Ordnung des städtischen Gewerbes zugunsten des behördlichen Konzessionssystems. „Ja, die gute alte Zeit war vorbei; man war einfacher, praktischer, toleranter geworden – und plagte sich wie ehedem – nur halt verständiger." So kommentierte es ein zurückblickender Biberacher Bürger mit viel Sinn für die alte, vergehende Volkskultur. Wie die von der Selbstverwaltung ohnehin ausgeschlossenen und den Zunftgebräuchen fern stehenden Angehörigen der Biberacher Unterschichten den Umbruch beurteilten, ist nicht ersichtlich.[9]

3. Wenig änderte sich – bis 1848/49 – an den Strukturen von Verwaltung und Politik im nach-josephinischen Österreich, das nicht so tief in den französischen Einflußbereich geriet wie das rheinbündische Deutschland und von Napoleon nicht so existentiell bedroht wurde wie Preußen. Es hatte überdies eine Phase heftiger, aber größtenteils scheiternder Reformversuche im späten 18. Jahrhundert hinter sich, zeigte gewisse Ermüdungserscheinungen auf diesem Gebiet und wurde durch seine ungeheuer komplizierten, notwendig dezentralen Innenstrukturen an durchgreifenden Reformanstrengungen gehindert. Im Windschatten der Reform standen auch die meisten nord- und mitteldeutschen Kleinstaaten. Obwohl zum Rheinbund gehörig, hatten sie teilweise die vorrevolutionäre Staats- und Sozialverfassung recht unversehrt beibehalten (so besonders die mecklenburgischen Großherzogtümer), oder ihre Rechts- und Verwaltungsreformen waren schnell an die Grenze der Kleinräumigkeit und darin noch möglicher

patriarchalischer Strukturen gestoßen, so etwa Anhalt-Köthen und Lippe-Detmold. Auch das mit Napoleon eng verbündete und 1815 entsprechend amputierte Königreich Sachsen war mit Änderungen ungemein vorsichtig. Und die Reformen in Hannover und Braunschweig, Oldenburg und Kurhessen erfolgten unter der Regie der übergestülpten, nicht einwurzelnden, französisch beherrschten Modellstaaten Napoleons und wurden mit deren Auflösung größtenteils rückgängig gemacht – Teil der staatlich-dynastischen Restauration nach 1815. Sachsen, Braunschweig, Hannover und Kurhessen holten ihre Verwaltungs- und Verfassungsreformen erst nach 1830 nach, als eine erneute Revolution im westlichen Europa und starke Unruhen in Teilen Deutschlands solche Veränderungen nahelegten.[10] So war das dritte Reformzentrum – neben dem Linksrheinischen und neben den süddeutschen Staaten – das nach 1806 auf seine ostelbischen Gebiete zurückgedrängte Königreich Preußen.

4. Hier war die Situation nach der Niederlage von 1806 dramatisch in Bewegung geraten, aber ganz anders als in den süd- und westdeutschen Rheinbundstaaten. Anders als dort ging es in Preußen nämlich nicht um die Konsolidierung eines neuen und vergrößerten Staates und die Integration neuer Gebiete. Das wurde für Preußen erst nach 1815 zum schwer lösbaren Problem, als der Staat seine alten Gebiete größtenteils zurückerhielt und ganz neue hinzugewann. Auch bestand in Preußen kein Nachholbedarf an Absolutismus gegenüber Kleinräumigkeit und Traditionalismus wie im „individualisierten" Deutschland des Westens, Südwestens und teilweise des Südens. Hier ging es um Überleben und Erneuerung eines amputierten Reststaats angesichts drohenden staatlichen Untergangs, um Leistungssteigerungen aller Art, nicht zuletzt zur Aufbringung der Kontributionen, die der Sieger Napoleon forderte.

Trotzdem stand auch in Preußen ebenso wie im Süden die Reform von Regierung und Verwaltung im Zentrum der Erneuerung. An der Spitze ersetzte das leistungskräftigere Ressortprinzip das System der Ober- und Nebenbehörden, das die Koordinationskraft des Königs längst überfordert hatte. Ein modernes Ministerium entstand. Auf den mittleren Ebenen wurden die Verwaltungen kollegial und arbeitsteilig reorganisiert. Verwaltung und Justiz wurden getrennt. Die Umwandlung des alten Fürstendieners in den modernen Beamten wurde abgeschlossen. Die Bürokratie gewann auf Kosten der monarchischen Spitze an Macht und Gestaltungskraft dazu. Der bürokratische Staat emanzipierte sich aus der Patrimonialgewalt des Fürsten, wurde gewissermaßen selbständig, der Tendenz nach zur Anstalt, so mächtig der König auch blieb und mit ihm ein Stück der patrimonialen Tradition. Die staatlichen Einnahmen wurden vom fürstlichen Haushalt getrennt, vergrößert, vereinheitlicht und stabilisiert, u. a. durch Einführung verschiedener direkter Steuern (Gewerbe-, Einkommens- und Vermögenssteuern, später Klassensteuern), doch behielten die Grundbesitzer und insbesondere die Adeligen gewichtige Steuervorteile.[11]

c) *Die Einbeziehung des Volkes – Ansätze und Grenzen der Partizipation*

Das war ein wichtiger, aber doch nur ein erster Schritt – auch nach den Maßstäben der meist jungen, gebildeten, von den Lehren Immanuel Kants und Adam Smiths beeindruckten Reformbeamten um Stein und Hardenberg, Frey und Schön, Scharnhorst, Boyen und Humboldt. Auch ihrer Überzeugung nach hatte die derart gestärkte und konsolidierte Bürokratie weitergehende Reformen anzustoßen und – zu lenken.

Denn das hatte man von den Franzosen und vom Erfolg ihrer Volksheere gelernt: Ohne die „Teilnahme" des Volkes an den staatlichen Dingen, ohne seine Partizipation, ohne das „patriotische" Interesse der Vielen an den Zwecken des Staates waren diese unter den neuen, von der Französischen Revolution veränderten Bedingungen nur schwer zu verwirklichen. Der bloße Gehorsam der Untertanen reichte den Staatsmännern nicht mehr aus, aktives, sogar opferbereites Engagement des „Volkes" für den Staat sollte hinzukommen. Wie konnte man dieses bekommen, ohne jenen aufs Spiel zu setzen? Und am oft bewunderten englischen Beispiel hatte man beobachtet, wie eine nicht merkantilistisch gegängelte, von ständisch-zünftigen Fesseln befreite, marktregulierte Wirtschaft den Wohlstand, die Finanzkraft und damit die Macht eines Staates wachsen lassen konnte. Der Pionier der Industrialisierung hatte Maßstäbe gesetzt. Konnte man ihn imitieren? Wie ließ sich das entschiedene, für diese Beamten an den Spitzen der deutschen Regierungen nur allzu selbstverständliche Ja zur Maßgeblichkeit des reformierten und dadurch gestärkten bürokratischen Obrigkeitsstaats mit dem nötigen Minimum an freiheitlichen, Partizipation ermöglichenden Institutionen einerseits, mit sozialökonomischer Modernisierung und Freisetzung andererseits vereinbaren und verknüpfen? Dies war die Grundfrage, die sich im bedrohten, herausgeforderten Preußen zwar dringlicher stellte als im Süden, aber auch dort nicht ganz fehlte. In der Beantwortung dieser Frage gingen Preußen und das südliche Deutschland verschiedene Wege.

„Man muß die Nation daran gewöhnen, die Geschäfte selbst zu führen und aus diesem Zustand der Kindheit herauszukommen." Mit dieser Begründung dekretierte der preußische Staat seine Kommunalreform. Während die süddeutschen Regierungen in ihren Territorien die herkömmlicherweise nicht unbedeutende, aber unter dem Einfluß reformskeptischer Patrizier, Kaufleute und Zunftmeister stehende städtische Selbstverwaltung im Interesse ihrer Reformpolitik – nach französischem Muster – entschieden beschnitten, drängte die Städteordnung des Freiherrn von Stein (1808) den preußischen Städten, die im Laufe des 18. Jahrhunderts weitgehend zu Ausführungsorganen des absolutistischen Staates herabgesunken waren, mehr Selbstverwaltung auf als sie wollten. Denn mit dem Recht, die Polizei und die kommunale Verwaltung in staatlichem Auftrag selbst zu führen und über Einnahmen und Ausgaben z. T. wieder selbst zu entscheiden, gingen finanzielle Verpflichtungen einher, die die Stadtbürger wenig schätzten. Doch die preußischen Städte waren im ganzen zu schwach, um sich gegen die ungeliebte neue Städteordnung wirksam zu wehren. Und in den nächsten Jahr-

zehnten wurden die städtischen Repräsentationsorgane, die Stadtverordnetenversammlungen und Magistrate, für die wahl- und teilnahmeberechtigten Bürger – festansässige, männliche, Steuern bezahlende Einwohner mit Grundbesitz oder Gewerbebetrieb – zur Plattform der Willensbildung und Interessenartikulation, schließlich auch manchmal gegen den Staat, der sie ursprünglich verordnet hatte. Auch die süddeutschen Staaten übernahmen nach 1818 Teile des preußischen Modells und gewährten ihren Städten stärkere Selbstverwaltung, wenngleich durch Wahlrechts- und Bürgerrechtsbestimmungen meist auf eine Minderheit der Einwohner beschränkt und ungleich verteilt.[12]

Die preußischen Regierungsbeamten planten eine entsprechende Reorganisation der *Land*gemeinden, aber die scheiterte am Widerstand der lokalen Herrschaftseliten, vor allem der adeligen Gutsherren Ostelbiens und des von ihnen beeinflußten Hofs. So blieb Preußen im großen und wichtigen ländlichen Bereich hinter den süddeutschen Staaten zurück, die die zentralstaatliche Macht auch außerhalb der Städte geltend machten, keine so scharfe Stadt-Land-Differenz zuließen und allmählich gemeindliche Selbstverwaltung auch auf dem Lande etablierten. Am Scheitern der preußischen Landgemeindereform zeigten sich die Grenzen bürokratischer Reformmacht ohne volkstümliche Abstützung. Auch zeigte sich daran die soziale Machtverteilung im damaligen Preußen, die sich wieder voll bemerkbar machte, nachdem mit der Niederlage Napoleons der dringlichste Reformdruck verebbt war.[13]

Dasselbe gilt für den in Preußen ebenfalls scheiternden Versuch der Reformer unter Hardenberg, auf gesamtpreußischer Ebene eine „Nationalrepräsentation" einzuführen, die als parlamentarisches Gegengewicht zur monarchisch-bürokratischen Machtkonzentration hätte dienen und dem wahlberechtigten Teil des Volkes Mitsprache sichern sollen. Nur dezentral, auf Provinzebene, kamen in Preußen Landtage zustande. Auch die Forderung nach einer geschriebenen, das Volk und die königliche Regierung bindenden, Grundrechte sichernden Verfassung fand in Preußen keine Erfüllung.[14] Das waren Grenzen der Reform und, wenn man will, der Modernisierung, durch die sich Preußen und ganz ähnlich Österreich von den meisten anderen deutschen Staaten unterschieden. Denn zwischen 1814 und 1821, also primär schon in der Phase ausklingender Reformtätigkeit, gaben sich 14 Staaten – darunter alle größeren süddeutschen Staaten – geschriebene Verfassungen, z.T. nach langwierigen Auseinandersetzungen. Bis Mitte der zwanziger Jahre hatte die Mehrheit der 41 Staaten des Bundes die Bestimmung des Artikels 13 der Bundesakte von 1815 erfüllt: „In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden."[15]

Allerdings in äußerst unterschiedlicher Weise und mit sehr verschiedenen Motiven: In einigen der konservativeren, nicht absolutistisch geprägten Staaten (wie Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, Anhalt und Reuß), aber auch in Hannover ab 1819 und in den vier freien Städten Hamburg, Bremen, Lübeck und Frankfurt führte man die altständischen Verfassungen des 18. Jahrhunderts weiter oder stellte sie wieder her. Altständisch-patrizische Stadtverfassungen und – in den Fürstenstaaten – ständisch gewählte, ständisch zusammengesetzte und ständisch abstimmende, selten zusammentretende Versammlungen

mit geringer Kompetenz gegenüber dem Landesherrn kennzeichneten dort das alte und das neue System. – In den kleinen Staaten, Nassau, Waldeck, Sachsen-Weimar, Schwarzburg-Rudolstadt u.a., gab es die verschiedensten Mischformen. – Am anderen Ende des Spektrums standen die „konstitutionellen Monarchien" Bayern, Baden, Württemberg und Hessen-Darmstadt, das Deutschland südlich der Mainlinie (abzüglich Österreichs), das „konstitutionelle Deutschland", wie man auch sagte. Das dort vorherrschende Verfassungsmodell wurde im großen und ganzen von Braunschweig, Sachsen, Hannover und Kurhessen übernommen, als es dort in Folge der Unruhen von 1830 zu einem neuen Schub der Verfassungsgebung kam. 1850 wurde es auch in Preußen akzeptiert. Im Grunde bestimmte es die deutsche Verfassungswirklichkeit bis zum Ersten Weltkrieg.

Ein dualistischer Grundzug kennzeichnete diese Verfassungen. Der Monarch blieb der Idee nach Träger der Souveränität, nicht das Volk. Er übte mit seinen, von ihm ernannten, von der Volksvertretung weder zu wählenden noch abzuwählenden – höchstens anzuklagenden – Ministern die Staatsgewalt aus. Doch wurde seine Macht durch die Verfassung beschränkt. In wichtigen Bereichen war seine Tätigkeit an die Gesetzesform gebunden. Die geschriebene Verfassung garantierte den Untertanen die Grundrechte, unabhängige Justiz und geregelte Mitwirkungs- vor allem auch Widerspruchsrechte bei der Gesetzgebung, etwa im Finanzwesen. Die Volksvertretungen bestanden gewöhnlich aus zwei Kammern, die in den verschiedenen Staaten unterschiedlich gewählt wurden: Ständisches und Zensuswahlrecht vermischten sich und erlaubten es, gewissen Sozialgruppen, vor allem dem Adel, besonders gewichtige Repräsentation zu verschaffen und das Wahlrecht im übrigen an ein relativ hohes Besitzminimum – in der Regel Grundbesitz – oder Bildung zu binden. Eine breitere Einbeziehung des Volkes unterhalb der Mittelschicht verhinderte man so. Aber anders als die altständischen Versammlungen des 18. Jahrhunderts, wie sie teilweise im Norden fortlebten, bestand jedenfalls die Zweite Kammer dieser Landtage aus Abgeordneten, die von den wahlberechtigten Bürgern in räumlich definierten Wahlkreisen gewählt wurden und nach Diskussion frei, nur ihrem Gewissen folgend, entschieden, nicht mehr aus ernannten Vertretern der Stände mit der Verpflichtung, nach ständischer Zugehörigkeit abzustimmen. Insgesamt stellen diese Verfassungen Kompromisse zwischen Monarch, Adel und Reformbeamtentum dar, zu denen sich allmählich und konfliktverschärfend das erstarkende, wohlhabende und liberale Bürgertum gesellte. Die Verfassungen kamen aber auch konservativen Mitsprachebedürfnissen durchaus entgegen und konnten reformskeptischen Kräften als Plattform dienen – als Mittel zur Verhinderung radikaler, gründlicher Sozial- und Wirtschaftsreformen. Als gesamtstaatliche Verfassungen förderten sie den Zusammenhalt jener neu zusammengefügten süddeutschen Staaten, und sie erleichterten deren Finanzpolitik, denn zu neuen Steuern und vor allem Anleihen konnten sich diese konstitutionellen Staaten leichter entschließen als die weiterhin absolutistischen Staaten ohne Verfassung (wie Preußen und Österreich).[16]

Zweifellos war die *verfassungspolitische* Reformtätigkeit in Preußen begrenz-

ter als in den süddeutschen Staaten. Das Verfassungsversprechen des Königs von 1815, mit dem er die öffentliche Meinung und den Einsatz des Volkes gegen den wieder bedrohlichen Napoleon hatte gewinnen wollen, wurde nicht eingelöst, und dies sollte die politische Diskussion bis zur Revolution von 1848/49 beeinflussen. Mit Ausnahme der städtischen Selbstverwaltung – und auch diesen preußischen Vorsprung holte man im Süden und Westen allmählich auf – entwickelten sich konstitutionell-repräsentative Formen politischer Partizipation in Preußen viel langsamer als in Süddeutschland. Auf anderen Gebieten dagegen betrieb Preußen die konsequentere, radikalere Reformpolitik und entwickelte dabei nicht-repräsentative, direkte Formen der Einbeziehung des Volkes in die staatliche Politik. Die Heeresreform und die Bildungsreform sind die wichtigsten Beispiele.

Daß „die Regierung gleichsam mit der Nation ein Bündnis" schließe, der Nation „das Gefühl der Selbständigkeit einflöße" und aus gebückten Untertanen freie, sich mit dem Vaterland voll identifizierende Bürger mache, forderte der preußische General von Scharnhorst, selbst Sohn eines Bauern, ganz allgemein und besonders mit Bezug auf die von ihm maßgeblich mitbestimmte Heeresreform. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die Milderung des alten Kadavergehorsams und die weitgehende Abschaffung der herkömmlichen Prügelstrafe, die Aufstellung von „Landwehr" und „Landsturm", die das Adelsmonopol auf Offiziersstellen brachen, gewisse volkstümliche Elemente enthielten und den Graben zwischen Militär und entstehender bürgerlicher Gesellschaft überbrücken sollten – das waren Schritte zur begrenzten Demokratisierung und militärischen Leistungssteigerung zugleich, die zwar weit hinter den Zielen der Reformer zurückblieben, aber nur gegen den Widerstand des adeligen Offizierscorps und überhaupt der Konservativen durchgesetzt werden konnten. Vor allem die allgemeine Wehrpflicht des „Volkes in Waffen" – das ist im heutigen Bewußtsein nicht mehr präsent – galt den Zeitgenossen als weitgehender Schritt zur staatspolitischen Beteiligung der Männer aller Stände und wurde – sowohl von ihren Verteidigern wie von ihren Gegnern – im Zusammenhang einer umfassenden anti-absolutistischen, freiheitlichen Gesellschafts- und Staatsreform begriffen, zu der auch neue Volksvertretungsrechte und -institutionen gehören würden.

Der Wahlspruch der Landwehr hieß: „Mit Gott für König und Vaterland". Neben die herkömmliche Loyalität zu Monarchie und Religion sollte die Identifikation mit Staat und Nation treten – noch ohne Spannung und Widerspruch. Das war neu, hatte national-demokratische Obertöne und erschreckte die Konservativen ebenso wie sie der Aufruf des Königs 1813 irritierte, der sich auf Drängen seiner Beamten und Militärs „an mein Volk" wandte und den „Befreiungskrieg" gegen Napoleon zu einem patriotischen Krieg, zu einem Krieg des Staates *und* des Volkes zu erklären suchte. Welch ein Unterschied zu 1806, als es noch geheißen hatte: „Der König hat eine Bataille verloren, Ruhe ist die erste Bürgerpflicht."

Preußen ging auf diesem Weg der volkstümlichen Fundierung des Kriegs weiter als die anderen Staaten. Nirgendwo sonst gewann der Krieg gegen Napoleon

schließlich so viele nationale Obertöne und so viele volkstümliche Unterströmungen wie in Preußen. Aber auch die meisten anderen Staaten modernisierten ihr Heerwesen Anfang des 19. Jahrhunderts durch schrittweise Einführung von Elementen der allgemeinen Wehrpflicht. Utz Jeggle hat untersucht, was das in einem schwäbischen Dorf von wenigen hundert Seelen bedeutete: Bisher hatten die Kiebinger ihren Wehrbeitrag erfüllt, indem sie ein paar dörfliche Außenseiter oder Abenteurer – meist aus der untersten Schicht – auftrieben oder fremde Jugendliche gewissermaßen aufkauften, mit einem Handgeld versahen, anwarben, betrunken machten und stellvertretend zu den Soldaten des österreichischen Kaisers schickten. Nach 1806 aber gehörte man zum neuen Württemberg. Jetzt wurde gemustert und gelost. Jetzt traf es Söhne angesehener Familien. Das Militär wurde aufgewertet, bald sollten die Veteranen einen Ehrenplatz in der Kiebinger Kirche erhalten. „Jetzt diente man nicht mehr der Gemeinde, sondern dem Vaterland" – Württemberg oder gar Deutschland? Sechzehn Kiebinger fielen 1812 in Rußland. Fast zwei Geburtsjahrgänge waren ausgelöscht. Eine Tafel in der Friedhofskapelle erinnerte an sie.

Das waren wichtige Schritte zur Immediatisierung und Einbeziehung der Unterschichten, zur „Nationalisierung der Massen" (George Mosse), wenn auch zunächst auf einzelstaatlicher Ebene. Überall unterlief man allerdings in den folgenden Jahrzehnten dieses Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht wieder: durch langjährige Dienstzeiten, durch die Gewährung von Loskauf- und Stellvertretungsmöglichkeiten für die Söhne der Wohlhabenden, durch vielfältige Exemtionen und durch Einfrieren der Friedensstärken trotz Wachstums der Bevölkerung, so daß meist weniger als die Hälfte der wehrpflichtigen jungen Männer wirklich militärisch erfaßt wurden und die Söhne der Mittel- oder Oberschicht regelmäßig das schwänzten, was später die „Schule der Nation" genannt werden sollte.[17]

Auf „den dreifachen Primat der Waffen, der Wissenschaft und der Verfassung" wollte der Reformer von Gneisenau die neu zu erringende Größe Preußens bauen. Die Verfassungsreform scheiterte und die Heeresreform gelang, beides hing innerlich zusammen. Das Dritte, die staatliche Institutionalisierung von Wissenschaft und Bildung, war ein erfolgreicher Kernbestandteil der damaligen Reformen in Deutschland und besonders in Preußen.

Langfristig gesehen, haben sich Wissenschaft und Bildung auf Emanzipation und Demokratisierung ambivalent ausgewirkt. Aber in den ersten anderthalb Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts war der Bildungsgedanke vornehmlich eine emanzipatorische, traditionskritische, mobilisierende, wenn auch keineswegs revolutionäre Kraft. Die sich nunmehr in den Schriften der Philosophen, Pädagogen und Literaten machtvoll entfaltende und auf die Politik vor allem in Preußen durchschlagende Bildungsidee war ein Erbe, eine Fortsetzung der Aufklärung. Doch ging die neuhumanistische Bildungsidee mit ihrer Betonung individueller Selbsttätigkeit zur Veredelung des Menschen und zur Entwicklung all seiner Möglichkeiten über die späte Aufklärung mit ihren utilitaristischen Neigungen hinaus. Bildung wurde jetzt als ein Prozeß individueller Vervollkommnung verstanden, der seinen Zweck in sich selbst trage und um seiner selbst willen zu

fördern sei, der jedoch gerade dadurch – indirekt – Gesellschaft und Staat zugute zu kommen versprach, im Unterschied zur direkten Ausbildung für bestimmte vorgegebene Zwecke, Berufe und Funktionen. Bildung wurde – meistens – als allgemeine Menschenbildung propagiert, nicht als standes- und klassenspezifisch gestufte Sozialisation; nicht als Mittel zur Befestigung herkömmlicher sozialer Ungleichheit, sondern als Bemühung um deren Auflockerung mit prinzipiell egalisierenden Implikationen. Bildung bezweckte eine radikale Erneuerung des Menschen – durch Befreiung von obrigkeitsstaatlicher Gängelung und überkommener Unmündigkeit aller Art, in Durchbrechung ständischer Privilegien, als a-christliche Alternative zur kirchlichen und außerkirchlichen Religiosität – wenn sich auch gerade in der protestantischen Geistlichkeit enge Verschmelzungen zwischen Bildungsglauben und Religiosität ergaben. Gerade wegen dieser utopischen Dimension konnte Bildung als „Rettungsmittel" (Fichte 1808) für den darniederliegenden preußischen Staat empfohlen werden, als Mittel der Freisetzung, Modernisierung und zugleich Integration bisher schlafender oder unterdrückter Energien.[18]

Weit öffnete sich der Staat – zuerst und vor allem der preußische – Anfang des 19. Jahrhunderts der im späten 18. Jahrhundert entstandenen Bildungsidee und ihren hauptsächlichen Trägern, dem beamteten und nicht-beamteten Bildungsbürgertum, in der Hoffnung, „die Regierung durch die Kenntnisse und das Ansehen aller gebildeten Klassen zu verstärken, sie alle durch Überzeugung, Teilnahme und Mitwirkung bei den National-Angelegenheiten an den Staat zu knüpfen" (von Stein 1807).[19] Der Staat machte die Bildung zu seiner Veranstaltung, allerdings nicht ohne sie an die Realität seiner Bedürfnisse und die Wirklichkeit der sozialen Ungleichheit anzupassen, was sie einen Teil ihres utopischen Überschwangs kostete. Dafür zwei Beispiele: In Berlin entstand 1810 die neue Universität als „von allem Zunftzwang befreite allgemein wissenschaftliche Bildungsanstalt" (von Beyme), in der zweckfrei und nicht berufsbezogen die „Einsicht in die reine Wissenschaft" (von Humboldt) vermittelt werden sollte, mit der Philosophie als Zentrum. Sie wurde zum Modell für die Erneuerung der Universität auch in den anderen deutschen Staaten und in manchem anderen Teil der Welt. Aber natürlich hatte sie von Anfang an nicht nur latente berufsbezogene Funktionen, sondern auch ausdrücklich den Zweck, „zum Eintritt in die verschiedenen Zweige des höheren Staats- und Kirchendienstes tüchtig zu machen", Beamte, Geistliche und andere Akademiker auszubilden und damit Berechtigungen zu verteilen – Basis von Anspruch auf Einkommen, Ansehen und Macht, Grundlage von Überlegenheit über andere.[20]

Und zweitens: Das staatliche Bildungswesen etablierte sich entgegen manchen Vorstellungen der Reformer in dreistufig-hierarchischer Gliederung: Universität – Gymnasium – Volksschule, mit zahlreichen weiteren, jetzt nicht zu diskutierenden, sich im Lauf der Jahrzehnte herausbildenden Nebenformen: Mittelschulen, gewerbliches und technisches Schulwesen etc. Zwar war das neue, staatliche, die alten, oft privaten Lateinschulen ablösende, in Preußen und anderen deutschen Staaten, jedoch weniger in Österreich, von der neuhumanistischen Bildungsidee geprägte, den alten Sprachen viel Raum gebende Gymnasium

gerade in der frühen Zeit nicht exklusiv. Die Mehrzahl der Gymnasiasten strebte gar kein Universitätsstudium an und ging nach Absolvierung der unteren oder mittleren Klassen mit gestuften „Berechtigungen" in die verschiedensten Laufbahnen ab – ein Hauch von Gesamtschule, wie man etwas übertreibend gesagt hat. Und bis hinunter in das Kleinbürgertum schafften es die Familien, ihre Söhne – nicht die Töchter – aufs Gymnasium zu schicken. Aber dennoch verschärfte die dezidierte hierarchische Gliederung des neuen Schulwesens langfristig die soziale Ungleichheit. Seit den 1860er Jahren wurde das Gymnasium exklusiver. Der Unterschied zwischen „Gebildeten" und „Volk" wurde als stark erfahrene, Lebenschancen beeinflussende Unterscheidung mit dem staatlichen Ausbau des Bildungswesens und seiner allgemeinen Bedeutungszunahme tiefer und wichtiger.[21]

Trotzdem: Auch für die mehr als 90% der Kinder, die weder eine höhere noch eine Mittelschule besuchten, änderte die Bildungsreform einiges in den nächsten Jahren und Jahrzehnten: Sie brachte den Ausbau der „Volksschule", die Durchsetzung der Unterrichtspflicht, vor allem die allmähliche Formierung eines eigens ausgebildeten, der Tendenz nach vollberuflich tätigen und staatlich besoldeten Volksschullehrerstandes. Die ersten Lehrerseminare gründete Bayern 1809, 1872 gab es 64 davon allein in Preußen. Zweifellos stellte sich durch das staatliche Volksschulwesen eine unmittelbare Beziehung zwischen dem Staat und der Masse der Einwohner her, die im 18. Jahrhundert noch kaum existiert hatte. Als Schule für Untertanen? Als Voraussetzung von Mündigkeit, Ansprüchen und Partizipation? Es muß später danach gefragt werden, was und in welcher Verdünnung, Überformung und Brechung von der neuen Großmacht „Bildung" bei den unteren Schichten ankam, und was das für sie bedeutete.[22]

d) Agrar- und Gewerbereformen: das langwierige Ende von Feudalismus und Korporation

Kapitalistisch-marktwirtschaftliche Prinzipien hatten sich vor allem im Großhandel, im Verlags- und Manufakturgewerbe sowie ansatzweise in der exportorientierten Großlandwirtschaft schon lange vor der Reformzeit geltend gemacht. Aber ihrer maßgeblichen Durchsetzung standen im 18. Jahrhundert vielfältige Hindernisse entgegen: die feudal-herrschaftliche und die dörflich-genossenschaftliche Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft in großen ländlichen Bereichen; die zünftig-genossenschaftliche Struktur großer Teile des städtischen Gewerbes; und die obrigkeitsstaatliche Dauerintervention in ökonomische und soziale Vorgänge mit ihren partikularistisch-fragmentarisierenden Folgen[23]. Gerade rechtliche Festlegungen standen – außer den unzureichenden Verkehrsverhältnissen und nicht genug ausgeprägter Nachfrage – der schnelleren Durchsetzung kapitalistischer Wirtschaftsformen im Wege. Die Beseitigung dieser Barrieren war ohne staatliche Hilfe schlecht denkbar.

Ihre Schwächung und Durchlöcherung hatten auch im mittleren Europa

längst begonnen. Ihre volle Beseitigung sollte noch lange dauern, in der Landwirtschaft meist bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, im Gewerbe der meisten deutschen Staaten bis in die 1860er Jahre. Aber die Reformpolitik der Regierungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts stellte einen entscheidenden Schub der Beschleunigung auch auf diesem Gebiet dar. Auch in dieser Hinsicht erwies sich Preußen als der entschiedenere Reformstaat – trotz oder auch wegen seiner verfassungspolitischen Rückständigkeit[24] – im Vergleich zu fast allen anderen deutschen Staaten, mit Ausnahme der linksrheinischen Gebiete und ihren französisch geleiteten Agrar- und Gewerbereformen. Die folgende Skizze der Agrar- und Gewerbereformen stellt die preußische Entwicklung ins Zentrum und ergänzt sie durch vergleichende Blicke auf die nicht-preußischen Gebiete.

Stark vergröbert, lassen sich innerhalb der Agrarreformen drei Bündel von Maßnahmen und Veränderungen unterscheiden. *Erstens* hob man durchweg entschädigungslos die persönlichen Abhängigkeiten der ländlichen Untertanen von ihren Grundherrschaften auf, soweit sie, vor allem im Osten, noch bestanden. Das war die eigentliche „Bauernbefreiung", die in Preußen 1807, in Bayern 1808, in Holstein 1805 und in Mecklenburg 1820 dekretiert wurde (mit Einschränkungen bis 1848), in Baden aber schon 1783 erlassen, in Preußen schon im späten 18. Jahrhundert auf den Staatsgütern praktiziert und für viele Untertanen, vor allem westlich der Elbe, durch Nichtgeltendmachung herkömmlicher Pflichten bereits faktisch bestanden hatte. Eindrucksvoll formulierte das preußische Oktober-Edikt von 1807: „Mit dem Martinitage 1810 hört alle Gutsuntertänigkeit in unseren sämtlichen Staaten auf. Nach dem Martinitage 1810 gibt es nur noch freie Leute." Damit wurde die volle bürgerliche Rechts- und Eigentumsfähigkeit der erwachsenen, männlichen Untertanen hergestellt.

Zweitens ging es um die Verwandlung von Grund und Boden – bisher meist gestuftes Feudaleigentum von Herren und Bauern oder genossenschaftliches Eigentum einer Dorfgemeinde mit daranhängenden Rechten und Pflichten in beiden Fällen – in Individualeigentum mit individuellen Verfügungsrechten, also auch mit dem Recht zur Verwertung auf dem damit entstehenden Markt. Es ging um die Aufteilung des genossenschaftlichen Landes – der Allmende, der Gemeinheiten – auf Bauern und Herren, auch um die Beseitigung von Gemengelagen, die die Wahrnehmung individueller Verfügungsrechte und damit die rationelle Bewirtschaftung erschwert hatten. Grundherren und Bauern hatten, so die moderne Deutung des alten Feudalverhältnisses, den Grund und Boden gemeinsam besessen, jene als Obereigentum, diese als Untereigentum, jeweils mit besonderen Rechten und Pflichten. Während im revolutionären Frankreich und in den deutschen Gebieten links des Rheines die Ansprüche und Rechte der Herren fast durchweg entschädigungslos – das herkömmliche Recht brechend – abgeschafft wurden, verlangte der nichtrevolutionäre, legale Charakter der Transformation östlich des Rheines, das Prinzip der Entschädigung ernst zu nehmen. Selbst als die revolutionär legitimierte Frankfurter Nationalversammlung sich 1848 mit dem Thema beschäftigte, konnte sie sich nicht entschließen, für die entschädigungslose Aufhebung der übriggebliebenen Feudallasten einzutreten. Die bürgerliche Eigentumsgarantie schützte den ökonomisch-privatrechtlichen

Kern der vorbürgerlichen Eigentumsrechte, die ihre öffentlich-rechtliche Dimension gleichwohl verloren.

Die Festsetzung der Entschädigungen war ein politischer Prozeß und trug zur Verzögerung des gesamten Regelungs- und Ablösungsprozesses entscheidend bei. Die Art und die Höhe der Entschädigungen und damit das, was die bisher abhängig-pflichtigen Untertanen für ihre neue Selbständigkeit aufzubringen hatten, variierte u. a. mit der Qualität ihres bisherigen Rechts, der Art ihrer bisherigen Pflichten und der Größe ihres bisherigen Eigentums. Je besser sich einer bisher gestanden hatte, desto besser schnitt er jetzt ab – und umgekehrt. Die Seite, die den Boden hinfort zum vollen Eigentum übernahm, der bisher pflichtige Bauer, hatte den bisherigen Mit- oder Obereigentümer, den berechtigten Grundherrn, zu entschädigen, entweder mit einem Teil (meist zwischen einem Drittel und der Hälfte) der Fläche oder durch Entschädigungszahlungen, die als zu verzinsende Summe festgelegt wurden und in der Regel über Jahrzehnte ratenweise abzuzahlen sein sollten. Entsprechend wurden Hand- und Spanndienste, Fronarbeitspflichten aber auch Naturalabgaben der Untertanen an die Herren „kapitalisiert" und schrittweise abgelöst: durch Entschädigungssummen, die meist das 20- bis 30fache des geschätzten Wertes der abzulösenden Leistung pro Jahr darstellten. Umverteilungen und soziale Verlagerungen waren die Folge, auf die später zurückzukommen sein wird. Aber manche der vielfältigen Feudallasten, insbesondere solche, die ökonomisch nicht besonders ins Gewicht fielen, wurden auch entschädigungslos aufgehoben, vor allem nach 1848, als die Bauern die versprochenen, aber teilweise noch ausstehenden Entlastungen teilweise gewaltsam angemahnt hatten.

In den gutsherrschaftlichen Gebieten des Ostens führten die Reformen zu tiefgreifenden Veränderungen der Arbeitsverfassung, die nun zunehmend auf Lohn- statt auf Fronarbeit angewiesen war, wenn auch mit der Gesindeordnung von 1810 und der Ansiedlung von sog. „Insten" auf den Gütern manches vom alten Zustand unter neuen Bedingungen und neuem Namen bewahrt wurde. Darauf ist später zurückzukommen. In Sachsen und Hessen fanden entsprechende Reformen größtenteils zwischen 1832 und den 1850er Jahren statt, in Hannover auch, hier übrigens weniger unter der Regie der regierenden Beamten – wie sonst fast überall –, sondern auf Initiative der Zweiten Kammer und ihrer gemäßigt liberalen Mehrheit. In diesen Fällen spielten die Unruhen von 1830 und die bäuerliche Bewegung in der Revolution von 1848/49 eine antreibend-beschleunigende Rolle. In Österreich waren sehr frühe Ansätze unter Joseph II. gescheitert. Erst 1848 wurde die Agrarreform hier ernsthaft fortgeführt und dann in relativ bauernfreundlicher Weise vollzogen.

In den grundherrschaftlichen Gebieten des Südens, Südwestens und Westens bestand weniger Anlaß zur tiefgreifenden Reform; Fronarbeit spielte hier eine geringe Rolle; Geldabgaben herrschten vor; der grundherrliche Obereigentümer hatte sich hier schon weit in Richtung des bloßen Rentenempfängers entwickelt. Andererseits standen hier jeder tiefgreifenden Reform starke Interessen entgegen. Nur allmählich setzten in Süddeutschland weitere Ablösungen ein; sie blieben immer wieder stecken und wurden über längere Zeit der privatrechtlichen

Vereinbarung zwischen den unmittelbar Beteiligten überlassen. Gerade die „landständischen" Mitspracherechte der Kammern mußten es in jenen frühkonstitutionellen Staaten erschweren, die Reformen schnell und gründlich voranzubringen. Aber die Bauernproteste von 1848/49 beschleunigten den Ablösungsprozeß auch hier, wenn er auch z. B. in Bayern erst nach dem Ersten Weltkrieg wirklich zum Abschluß kam.[25]

Drittens gehörte zu den Agrarreformen – und hier hingen sie am direktesten mit der bereits erwähnten Reform von Verwaltung und Regierung zusammen – die Beschneidung der obrigkeitlichen Befugnisse der Grundherrschaft. Die Verbindung des landwirtschaftlichen Obereigentums mit herrschaftlichen Befugnissen war ein Grundmerkmal des Feudalismus gewesen. Eben deshalb hatte es im Acien régime so viel gestufte Herrschaft und kaum unmittelbare Beziehungen zwischen Untertanen und Staat gegeben. Die ungetrennte Vielfalt der grundherrlichen Befugnisse und die mehrdimensionale Abhängigkeit der Bauern – sie war zugleich ökonomischer, sozialer, kultureller und politischer Art – kann als Indiz für die noch nicht durchgeführte Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Teilsysteme gelten. Die Wirtschaft war im 18. Jahrhundert noch kein sich selbst regulierendes Teilsystem, wie es der marktwirtschaftlichen Theorie entsprach und 1776 im kapitalistischen Manifest des Adam Smith gefordert worden war. Aber besonders westlich der Elbe hatte solche Rollendifferenzierung schon im 18. Jahrhundert große Fortschritte gemacht, z. B. in der Form, daß adelige Grundherren obrigkeitliche Befugnisse bereits an den Landesherrn abgegeben oder verloren hatten.[26]

Die Reformen um 1800 beschleunigten diesen Prozeß in vieler Hinsicht, auch in dieser: Durch die Aufhebung der Selbständigkeit vieler kleiner und kleinster Herrschaftsbereiche, durch Mediatisierung und Säkularisierung, durch ihre Einbeziehung in die dadurch sich ausdehnenden größeren Staaten wurden viele der bisherigen Herren der Tendenz nach privat: reich zwar und angesehen, einflußreich natürlich, aber doch nicht mehr Obrigkeit. Besonders die neu gegründeten größeren Staaten südlich des Mains – Württemberg, Hessen, Baden und Bayern zumal – bemühten sich nicht ohne Erfolg, die Autonomie der adeligen Herren, ihre Steuerprivilegien und ihre separate Gerichtsbarkeit zu reduzieren und die staatliche Macht in den zentralen, monarchisch-bürokratisch organisierten Staatsapparaten zu konzentrieren. 1813 fiel z. B. die Patrimonialgerichtsbarkeit in Baden. Zentralisation und Monopolisierung staatlicher Macht waren die konsequente Fortsetzung der bereits im 18. Jahrhundert beobachtbaren „inneren Staatsbildung"[27] und zugleich Momente jenes umfassenden Prozesses, in dem sich das einstmals ungeschiedene ökonomisch-sozial-kulturell-politische Gesamtsystem in relativ autonome, Selbstregulierung zumindest beanspruchende Teilsysteme ausdifferenzierte: in Marktwirtschaft, politisches System, Bildungssystem, Kirchen, Kulturbetrieb mit Selbstwertanspruch und Ablehnung der Instrumentalisierung –, in Teilsysteme also, deren gleichwohl notwendiger Zusammenhalt langfristig zum Problem werden sollte.[28]

Es zeigt den Modernitätsrückstand des ostelbischen Deutschlands und somit auch Preußens, dieses in anderer Hinsicht wie Gewerbefreiheit und Bildung viel-

leicht modernsten deutschen Staates, daß die Ausdifferenzierung zwischen Obrigkeit und Landbesitz vor allem östlich der Elbe aufsehenerregend stecken blieb, obwohl sie von den Reformern, vor allem mit dem Gendarmerie-Edikt Hardenbergs von 1812, angestrebt wurde.

Dieses sah ja eine Reform der ländlichen Selbstverwaltung vor, die Ersetzung der gutsherrlichen Patrimonialgerichtsbarkeit durch eine staatliche Gerichtsverwaltung, die Entmachtung der häufig noch adligen, aber zunehmend auch bürgerlichen Gutsbesitzer als Träger der lokalen Obrigkeit, die Herstellung eines unmittelbaren Verhältnisses zwischen Gutsuntertanen und Staat, die Verwandlung der Gutsuntertanen in Staatsbürger. Die napoleonische Herausforderung dauerte aber nicht lange genug, die Adelsopposition war zu stark: Das Edikt scheiterte, die herrschaftlichen Funktionen der Besitzer besonders berechtigter Güter, der „Rittergüter", wurden bestätigt und ihr Einfluß auf die lokale Selbstverwaltung, auf Gutsbezirk und Gemeinde, auf die Kreisversammlung und die Ernennung des Landrats, befestigt. 1849 zwar verloren die preußischen Gutsherren die Patrimonialgerichtsbarkeit. Sachsen folgte 1855. Die Polizeigewalt des Gutsherrn, sein Einfluß auf Kirche und Schule, seine steuerlichen Privilegien bestanden jedoch weiter. Schrittweise eingeschränkt (so 1872 in Preußen), fielen ihre letzten Reste erst in der Weimarer Republik (1928). Ein Stück Feudalismus überlebte also weit in das Industrialisierungszeitalter hinein.[29]

Ähnlich zäh, ungleichmäßig und stockend verlief der Abbau der genossenschaftlich-zünftigen Gewerbeverfassung in den Städten, die Durchsetzung der freien Marktkonkurrenz im städtischen Gewerbe, vor allem im kleingewerblichen Bereich. Auch hierbei gingen die linksrheinischen Gebiete unter französischer Regierung voran. Sie hoben die Zünfte konsequent auf und führten die Gewerbefreiheit ein, unter Beibehaltung der polizeilichen Aufsicht und des Koalitionsverbots. Preußen folgte 1807–1811. Zwar hob man hier die Zünfte nicht ganz auf, als Innungen bestanden sie weiter, aber sie verloren ihren Einfluß auf die Zulassung zu den Gewerben. Jeder konnte jetzt jedes Gewerbe beginnen und überdies verschiedene zugleich, ohne deshalb genötigt zu sein, irgendeiner Zunft beizutreten. Selbst von Prüfungen sah man ab, außer in einzelnen Berufen. Die Zahl der Lehrlinge und Gehilfen – die Behörden vermieden lieber das zünftig klingende Wort „Geselle" – war jetzt rechtlich nicht mehr begrenzt, ihre Stellung „bloß durch freien Vertrag bestimmt". Wie Bürger nun landwirtschaftliche Güter erwerben und Landwirte werden konnten, stand den Adeligen in Preußen rechtlich nun nichts mehr im Weg, „bürgerliche Geschäfte" zu betreiben. Gerwerberechtlich schwand der Land-Stadt-Unterschied dahin: Ein Gewerbeschein berechtigte seinen Inhaber, „in dem ganzen Umfange unserer Staaten, sowohl in den Städten als auf dem platten Lande" seinem Erwerb nachzugehen.[30] Auf die Entstehung eines gesamtstaatlichen, weder regional noch berufsständisch fragmentierten Marktes zielte die dies dekretierende Bürokratie, die etwa gleichzeitig die zahlreichen Binnenzollschranken abbaute. Bis 1818 wurde Preußen ein einheitliches Zollgebiet.

All dies gelang nur, weil die städtischen Gewerbe schwach waren und ihnen trotz der neuen Städteordnungen kaum Einflußmöglichkeiten auf die wirtschafts-

liberalen Beamten in der Berliner Zentrale zur Verfügung standen. Diese setzten sich über den Protest der Handwerker und Stadtbürgervertreter hinweg, die zum Zunftrecht zurück wollten, auf die neue „Gewerbeanarchie" schimpften, unter der neuen Konkurrenz teilweise tatsächlich litten und überdies noch für Entschädigungen aufkommen sollten, welche zur Ablösung von zünftigen Monopolen, von „Realberechtigungen" und „Gerechtigkeiten" bezahlt werden mußten.[31] Nur wenig gaben die Berliner Beamten nach, etwa wenn sie darauf verzichteten, die Gewerbefreiheit in allen 1815 neu hinzukommenden Provinzen durchzudrücken. Im übrigen setzten sie darauf, daß ihnen langfristig der wirtschaftliche Erfolg recht geben würde. So zwangen sie dem städtischen Wirtschaftsbürgertum die Gewerbefreiheit auf. Im Unterschied zu den Gutsbesitzern war dieses zunächst zu schwach, um sich wirkungsvoll zu wehren.

Kaum ein anderer Staat folgte diesem Beispiel, mit Ausnahme Nassaus und Sachsen-Weimars. Bayern ging einen anderen Weg. Zwar stellte es schon 1807 als erster deutscher Staat ein einheitliches inneres Zollgebiet her und schwächte die Zünfte 1804, ihre Polizeigewalt und ihre monopolistische Zulassungsgewalt zumal. Aber an deren Stelle trat als Regulierungsmechanismus nicht wie in Preußen der Markt, sondern – ganz auf der Linie der süddeutsch-etatistischen Reformpolitik – der Staat. Erst die Zentrale, bald die Gemeinden – diese unter erheblichem Zunft- oder Gewerbevereinseinfluß – vergaben und verweigerten Konzessionen zur gewerblichen Niederlassung, die oft an die ebenfalls streng gehandhabten, seit 1818 wieder bestehenden, Mitte der 20er Jahre verschärften gemeindlichen Zuzugs-, Seßhaftigkeits- und Heiratsgenehmigungen geknüpft waren. Viele andere Staaten verfuhren ähnlich und verbanden ein modifiziert aufrechterhaltenes Zunftsystem mit einem staatlichen Konzessionssystem, in verschiedenen Mischungen, so Baden, Kurhessen und Sachsen. Eine dritte Gruppe von Staaten behielt das alte, wenngleich schon im 18. Jahrhundert durchlöcherte Zunftsystem bei oder stellte es, nach Abzug der französischen Besatzer, wieder her, so das Königreich Hannover, die Elbherzogtümer, Mecklenburg, Frankfurt, Lübeck, Bremen und Hamburg. Auch Sachsen reformierte kaum. Im einzelnen bestanden unzählige Verknüpfungen, Übergänge, Variationen und Ausnahmen.

In den drei Jahrzehnten zwischen Reform und Revolution, etwa von 1818 bis 1848, verlor dann das Prinzip der Gewerbefreiheit rechtlich eher an Boden als daß es dazu gewann. Sicherlich galt das für Bayern und ein wenig auch für die gesamtpreußische Gewerbeordnung von 1845. In Österreich wurde die Errichtung von Fabriken in den 1820er Jahren erschwert. Doch gab es auch gegenläufige Tendenzen, so z. B. im Königreich Württemberg, das die zunächst nur wenig veränderte Zunftverfassung in den dreißiger Jahren etwas liberalisierte. In der Revolution von 1848/49 setzten sich die massenhaft protestierenden Handwerker in ihrer großen Mehrheit für die verstärkte Beschneidung der Konkurrenz, für die Milderung der Gewerbefreiheit und teilweise für die Rückkehr zu starken Zünften und zünftigen Monopolen ein. In einigen Staaten kam ihnen die Gesetzgebung gleich nach 1848 ein Stück weit entgegen, so in Preußen 1849, wo nun der Beginn eines selbständigen Handwerksbetriebs vom Beitritt zu einer Innung oder doch vom Nachweis der Befähigung vor einer Prüfungskommission des Hand-

werks abhängig gemacht wurde, die gleichzeitige Ausübung mehrerer Handwerke durch Ortsstatut verboten werden konnte und die Gesellen- und Lehrlingsverhältnisse wieder genauer reguliert wurden. In Hannover nahm man unter dem Eindruck der Revolution ein gerade erst erlassenes liberalisierendes Gesetz (1847) wieder zurück. Erst in der allseits liberalen Atmosphäre der sechziger Jahre setzte sich überall eine strikt zunftfeindliche, wirtschaftsliberale Gesetzgebung durch, die nun auch gewichtige Verteidiger fand: nicht nur bei den Beamten, sondern auch in dem an Zahl und Wohlstand zunehmenden Wirtschaftsbürgertum, vor allem oberhalb des Handwerkerstandes. In der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes wurde dies festgeschrieben und später auf das Deutsche Reich ausgedehnt.[32]

Es scheint, als ob die stark verzögerte Einführung der Gewerbefreiheit die *wirtschaftliche* Entwicklung und auch die Industrialisierung des zweiten Jahrhundertdrittels nicht besonders behindert hat. Zwar war der wirtschaftsliberalste Staat – Preußen – auch industriell der erfolgreichste, und die restriktivsten kamen eher am Ende der Schlange: Bayern und Mecklenburg. Aber die Aufrechterhaltung zünftiger Bestimmungen in schnell industrialisierenden Staaten wie Sachsen weisen in die andere Richtung.[33] Man muß bedenken, daß das Zunft- und Konzessionssystem, wenn man wollte, sehr flexibel gehandhabt werden konnte (wie z. B. im hochindustrialisierten Sachsen), so daß es den wachstumsmäßig entscheidenden, größeren Teil des Gewerbes – verlegte Heimarbeit und schnell wachsende, oft außerhalb der Städte lokalisierte Industrie – gar nicht betreffen und behindern mußte. Es kam dann nur darauf an, begrifflich, rechtlich und faktisch die Unterscheidungslinie zwischen „Handwerk" und „Industrie" deutlich genug zu ziehen. – Aber *sozialgeschichtlich* dürfte dieses lange Überlegen zünftig-ständischer Reststrukturen – durch das sich die deutsche Entwicklung von der englischen und französischen unterschied – große Bedeutung gehabt haben, z. B. für das Verhältnis von Gesellen und Meistern sowie für den Übergang vom Gesellen zum Arbeiter. Weiter unten ist danach zu fragen.[34]

Die regionalen Unterschiede bei der Durchsetzung der „Gewerbefreiheit" ähnelten denen beim Vordringen der Agrarreform im Prinzip: die linksrheinischen Gebiete nach französischem Modell; das verfassungspolitisch langsame und gerade deshalb wirtschaftspolitisch forsche Preußen; viel zögerlicher, obwohl etatistischer die südlichen Rheinbundstaaten, vor allem Bayern; lange ohne größere Veränderung: Österreich, Sachsen, Mecklenburg; restaurativ in Hannover. Aber der zeitliche Rhythmus war anders: Während die Reformzeit auch die gewerbliche Liberalisierung förderte und die Restauration sie bremste – ganz ähnlich wie im Bereich der Agrarreform –, wirkten 1848/49 die Proteste der primär Betroffenen, der meisten Handwerker nämlich, auf die Umkehrung des Reformprozesses hin; anders als im Fall der Agrarreformen. Für deren Durchsetzung fand sich je später desto klarer – bis 1848 – eine protestierende, bäuerliche und kleinbäuerliche Mehrheit, für die Durchführung der Gewerbereformen nie, ganz im Gegenteil. Sie war das Werk von beamteten und zum Teil auch von wirtschaftsbürgerlichen Minderheiten, früh etwa in der Rheinprovinz. Erst im liberalen Aufschwungsjahrzehnt der sechziger Jahre kam sie zum erfolgreichen

Ende, als die industrielle Entwicklung schon weit fortgeschritten war und wenigstens regional eine kräftige Bourgeoisie entstand, die Rückendeckung geben konnte.

Was hier an den Agrar- und Gewerbereformen gezeigt wurde, ließe sich auch an der Entwicklung eines gesamtdeutschen Handelsrechts (vor allem 1847, 1857–61), am Steuerrecht und in anderen Rechtsbereichen illustrieren: Mit typischen regionalen Unterschieden und in einem langwierigen Prozeß nicht ohne Rückschläge wurden zwischen 1800 und 1870 wirtschaftsliberale Grundprinzipien durchgesetzt. Im Prinzip sollte danach jeder frei entscheiden, wie, wo und wann er eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben wollte. Im Grundsatz sollte jedes Wirtschaftssubjekt ungehindert mit einem anderen die Bedingungen der Überlassung von Gütern und Diensten festsetzen können: das Recht zur freien kontraktlichen Vereinbarung, in Form von Kauf-, Miet-, Pacht-, Tausch- und eben auch Lohnverträgen. Das Recht auf Individualeigentum wurde garantiert, sei es an Konsumgütern, sei es an Produktionsmitteln, und dazu gehörte das Recht, frei über seine Verwendung zu entscheiden, es zu veräußern, zu vererben oder als Pfand für die Schuldenaufnahme zu verwenden. Im Prinzip gewährleistete die Individualisierung der Eigentumsrechte in höherem Maße als bisher, daß die Konsequenzen wirtschaftlicher Entscheidungen zum Schaden oder Nutzen des Entscheidenden ausschlugen; eben dies sollte ihm – aus der Sicht der sich durchsetzenden wirtschaftsliberalen Vertreter dieses Systems – als Anreiz dienen, schädliche Handlungen zu unterlassen und vorteilhafte Entscheidungen zu treffen, wobei sie voraussetzten, daß die Verfolgung individueller wirtschaftlicher Vorteile indirekt auch zur Mehrung des wirtschaftlichen Gemeinwohls beitragen würden, solange sie im Rahmen der staatlich gesetzten, nicht dem „Spiel der freien Kräfte" überlassenen Spielregeln, der Gesetze, blieben.

e) Vom Antrieb zur Bremsung: die sich verändernde Rolle der Regierungen

Es wird deutlich geworden sein: Die ersten ein bis zwei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts stellten eine Zeitspanne schnellster Veränderungen dar. Das Ancien régime ging zu Ende und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft wurden gelegt: unter dem Druck der Herausforderung, die von den Erben der Französischen Revolution ausging und sich über ganz Europa verbreitete; und mit den sich verändernden monarchisch-bürokratischen Staatsregierungen als Hauptträgern der Modernisierung. Die Resultate dieser „Reform von außen und oben" blieben zweifellos unvollkommen, gemessen an den revolutionären Zielvorstellungen der Zeit und gemessen an den Maßstäben der entschiedeneren unter den Reformern. Letztlich blieben eben die reformierenden Regierungen in vielem stark angewiesen auf die Unterstützung mächtiger, angesehener und besitzender Sozialgruppen (insbesondere auf den Adel, aus dem sie ja teilweise selbst kamen). Letztlich bestand wohl auch ein gewisser Widerspruch zwischen dem

Ziel, eine relativ freie Gesellschaft mündiger Subjekte mit eigener Dynamik hervorzubringen, und dem *Mittel*, dies durch bürokratische Reform von oben und unter maßgeblicher obrigkeitsstaatlicher Anleitung zu tun.

Soziale Basis und monarchisch-bürokratische Prägung der Reformen schlossen eine radikaldemokratische oder bonapartistische Umgestaltungspolitik letztlich aus; ob sich für eine solche genügend große Teile der unteren Schichten hätten finden und mobilisieren lassen, muß man ohnehin bezweifeln. Fragt man nach den „Truppen" der Reformer, nach denen, die sozialgeschichtlich hinter ihnen standen, so sieht man, wie sehr sie im luftleeren Raum zu agieren hatten. Es stellte sich überdies heraus, daß die verschiedenen Dimensionen des angestrebten Modernisierungsprozesses sich gegenseitig behindern konnten: die frühe Einführung der bürgerlich-rechtsstaatlichen Eigentumsgarantien ohne vorausgegangene Revolution und die Gewährung verfassungsmäßiger Mitspracherechte erschwerten eine tiefgreifende Sozial- und Wirtschaftsreform. Die alternativen Varianten, die in Preußen und Süddeutschland gewählt wurden, weisen ebenso darauf hin wie die zähe Langwierigkeit des Reformverlaufs selbst, der sich insofern sehr von der französischen, revolutionären Lösung abhob. Angesichts dieser Schwierigkeiten ist es erstaunlich, wie weit die Reformer kamen. Ihre Hauptressourcen bestanden nicht so sehr in der Unterstützung mächtiger oder wenigstens umfangreicher sozialer Gruppen als vielmehr in ihrer Bildung und Organisation, in gewissen Reformtraditionen wie im Selbsterhaltungs- und Machtwillen ihrer Staaten, vor allem aber in den sozialen und politischen Zwangslagen, in denen sich ihre Staaten sahen, in der napoleonischen Herausforderung, die einige der deutschen Staaten bei Strafe ihres Untergangs zur entschiedenen Flucht nach vorn zwang.

Mit der Niederlage Napoleons 1815 ebbte diese Herausforderung ab. Zwar hörten die Modernisierungsleistungen der Staaten in den folgenden Jahrzehnten nicht völlig auf. Durch den Ausbau des Verkehrs-, Transport- und Nachrichtenwesens, der Kanäle, Straßen, außerhalb Preußens auch der Eisenbahnen in staatlicher Regie, des Telegraphen seit den vierziger Jahren, des nun ebenfalls verstaatlichten, flächendeckenden Postverkehrs und durch den Abbau der Zölle trugen die Staaten weiterhin zur Herausbildung weiträumiger Märkte bei, die ihrerseits Voraussetzungen der überlokalen, überberuflichen Klassenbildung waren.[35] Der für die wirtschaftliche Leistungssteigerung aber auch für die Bewußtseinsveränderungen in der Bevölkerung und damit für die verschiedenen sozialen Bewegungen der folgenden Jahrzehnte ungemein wichtige Ausbau des allgemeinen und des gewerblich-technischen Schulwesens war weiterhin eine Leistung der Staaten. In Preußen z. B. wuchs die Zahl der Volksschüler von 1,4 Millionen 1822 auf 3,9 Millionen 1871 und damit schneller als die Bevölkerung. 1822 entfielen nur 12, 1871 schon 16 Volksschüler auf 100 Einwohner.[36] Bis 1875 wurde der Analphabetismus in der deutschen Bevölkerung stark reduziert – deutlicher als in den meisten anderen europäischen Ländern, und dies war vor allem ein Erfolg der staatlichen Schulpolitik, die sich gegen den Widerstand der Städte und Gemeinden, der Bauern und Fabrikanten, der Eltern und Kinder durchzusetzen wußte. In Preußen dürften 1850 etwa 20% der über zehn Jahre alten Bevölke-

rung, 1871 weniger als 10% Analphabeten gewesen sein. In den anderen deutschen Staaten verhielt es sich ähnlich, mit einem gewissen Rückstand in Österreich und Mecklenburg. Dagegen dürfte die Analphabetenrate in England um 1860 noch 30% betragen haben.[37] Schließlich ist nicht zu übersehen, daß sich die Staaten im Reichsgründungsjahrzehnt zu einem neuen Modernisierungsschub aufrafften. Was an rechtlichen Schranken der ungehemmten Entwicklung marktwirtschaftlich-kapitalistischer Verhältnisse wie der berufsspezifischen oder klassenmäßigen Organisationsbildung noch entgegengestanden hatte – Reste der Zunftordnungen, Vereinigungs- und Koalitionsverbote –, wurde, wie schon erwähnt, in den liberalen 60er Jahren regierungsseitig abgeräumt. Und die Nationalstaatsbildung, die zu einem guten Teil ein Werk der Staatsräson war und unter der überlegenen Regie des preußischen Beamten- und Militärstaats vonstatten ging, war unbestreitbar eine Modernisierungsleistung besonderer Art: als Bedingung erneut beschleunigten industriekapitalistischen Wachstums[38] wie als Beitrag zur allmählichen Politisierung breiter Bevölkerungsschichten über ihre engen traditionalen Bindungen hinaus – was unbeabsichtigt auch der Klassenbildung zugute kommen mußte. In gewisser Weise war diese Bismarcksche Reichsgründung wiederum eine Flucht nach vorn, in der der Obrigkeitstaat jahrzehntealte Herausforderungen und oppositionelle Strömungen aufnahm, modifizierte und sich dadurch stärkte.

Aber dennoch gilt, – und dies besonders für den Zeitraum von 1818 bis 1860 – daß die staatlichen Regierungen in wichtigen, entscheidenden Hinsichten aus Motoren der Entwicklung zu Instanzen der Eindämmung wurden. Eine ganze Reihe der Staaten außerhalb Preußens versuchten seit ca. 1820, aus malthusianischer Furcht vor „Übervölkerung" und vor dem Anschwellen des „Pöbels", das sich beschleunigende Bevölkerungswachstum durch Heirats- und Niederlassungsbeschränkungen zu bremsen. Erst in den sechziger Jahren wurde das Heiraten dort freigegeben.[39] Das mittelstandsfreundliche Festhalten an Begrenzungen der Gewerbefreiheit, aber auch die gängelnde Erschwerung von Kapitalkonzentration in Form von Aktiengesellschaften auf jeden Fall bis zur Revolution und abgeschwächt bis in die Liberalisierungsphase der sechziger Jahre, waren industrialisierungshinderliche Maßnahmen, wenngleich ihre Wirkungen in der Forschung als nicht besonders gravierend eingeschätzt werden.[40] Die Neuordnung, die unter der Regie der Großmächte auf dem Wiener Kongreß ausgehandelt wurde, verknüpfte Außen- und Innenpolitik. Es gelang die Herstellung eines – wenn auch immer gefährdeten und nie reibungslos funktionierenden – neuen Gleichgewichtssystems zwischen den Staaten, das die immer vorhandenen und in Zukunft noch wachsenden Expansionsgelüste der großen Mächte durch die Verankerung von Gegenkräften einigermaßen im Zaume hielt und die nationalen Bewegungen, die seit der Französischen Revolution und den napoleonischen Kriegen in Erscheinung getreten waren und jederzeit wieder das vor-nationalstaatliche Mächtesystem zusammen mit dem verfassungspolitischen Status quo in Frage stellen konnten, eindämmen sollte. Der als Teil dieses Gleichgewichtssystems in Wien aus der Taufe gehobene Deutsche Bund sicherte nicht nur einen gewissen Zusammenhang zwischen den deutschen Staaten und Städten, sondern

stellte auch – unter Führung der beiden verfassungspolitisch konservativen Großmächte Preußen und Österreich – ein Bollwerk gegen nationalstaatliche Bewegungen und liberale Verfassungsforderungen dar. Jedenfalls verstärkte er die in den einzelnen Staaten, mit charakteristischen Unterschieden, ohnehin vorhandenen Neigungen zur Kontrolle und Unterdrückung selbständiger gesellschaftlicher und politischer Bewegungen zunehmend oppositioneller Art.[41]

Nach dem Wegfall der äußeren Herausforderung wurden die staatlichen Regierungen von einflußreichen, wenig an Veränderung interessierten, gesellschaftlichen Gruppen wieder abhängiger; und das Interesse an der Erhaltung ihrer Macht ließ die Fürsten und hohen Beamten gegenüber sich verselbständigenden, ihrer Kontrolle sich entwindenden Kräften der Veränderung mißtrauisch sein, so sehr sie auch mitgeholfen hatten, sie in Bewegung zu setzen. Doch diese wirkten fort, auch ohne den Anstoß, die Absegnung und Unterstützung „von oben".

2. Fortgesetztes Bevölkerungswachstum und beginnende Verstädterung

Das rasche Bevölkerungswachstum[42] war eine in der Wirkung kaum zu überschätzende dynamische Kraft im hier interessierenden Zeitraum (1800 bis 1875) und, darüber hinaus, im ganzen 19. und frühen 20. Jahrhundert. Es hatte dramatische Auswirkungen, aber es war nicht neu. Im Grunde setzten sich, jedenfalls bis nach 1850, nur die Tendenzen der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts beschleunigt fort. Nur allmählich kam es seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu einer qualitativen Veränderung des Wachstums, die mit der nunmehr durchgreifenden Industrialisierung zusammenhing und im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert zu einer erneuten Beschleunigung führte.

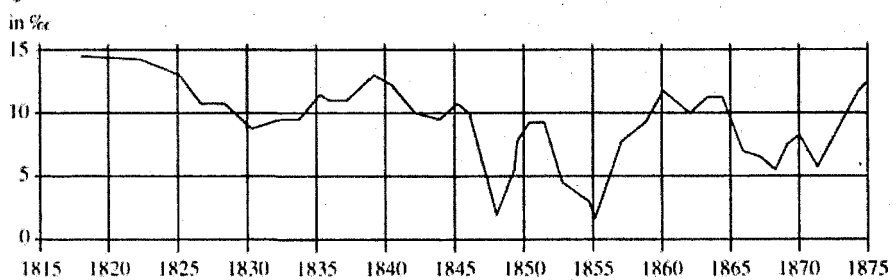
a) Vom agrarischen zum industriellen Bevölkerungswachstum

Die auf dem Gebiet des Deutschen Reiches von 1871 lebende Bevölkerung zählte ungefähr (in Millionen):[43]

1780	21	1850	35
1800	23	1875	43
1825	28	1900	56
		1914	67

Der Zuwachs in den fünfzig Jahren nach 1800 betrug 52% und im folgenden Halbjahrhundert 60%. Das zweite Jahrhundertviertel sah ein etwas schnelleres Wachstum (+ 25%) als das erste (+ 22%) und als das dritte (+ 23%).[44] Die Graphik läßt das Wachstum der deutschen Bevölkerung (aber ohne den zum Deutschen

Wachstum der deutschen Bevölkerung 1817–1875
(jährliche Wachstumsraten in ‰; Territorium des Deutschen Reiches von 1871)



Quelle: W. G. Hoffmann u.a., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin (West) 1965, S. 172–173

Bund gehörigen Teil Österreichs) in seinem zeitlichen Verlauf erkennen. Sie gibt die jährlichen Wachstumsraten (in ‰) wieder. Am schnellsten wuchs die deutsche Bevölkerung um 1820: etwa 14–15‰ pro Jahr. Solche Raten wurden erst wieder im letzten Jahrfünft des 19. und im ersten Jahrfünft des 20. Jahrhunderts erreicht, dann nie wieder. Nach einem Rückgang von der Mitte der 20er Jahre bis 1830 hielten sich die Daten dann bis Mitte der 40er Jahre, im einzelnen schwankend, auf ungefähr gleichem Niveau (um 10‰), wobei zu Anfang der 30er ein Zwischentief und um 1840 ein Zwischenhoch erreicht wurde. Mitte der 40er bis Mitte der 50er Jahre ließ dann das Wachstum sehr deutlich nach, mit ausgeprägten Tiefpunkten 1848 und 1855 (nur noch zwischen 1–2‰). Es folgte ein keineswegs spektakulärer Aufstieg bis 1863 (auf etwas über 10‰) und ein erneuter Rückgang im Reichsgründungsjahrzehnt, wenn auch nicht mehr so tief wie in den 40er/50er Jahren. Erst ab 1872 zog das Wachstum wieder an, hielt sich für ein paar Jahre (1875–1878) auf 12–13‰, sackte dann wieder ab (in den 80er Jahren), bevor es Anfang der 90er Jahre zu einer erneuten sehr stabilen Beschleunigung ansetzte, die nur ganz allmählich vor dem Ersten Weltkrieg abzuflauen begann. Für den Zeitraum von 1817 bis 1875 gilt: sich durchhaltendes, durch keine Schrumpfungen unterbrochenes Wachstum; hohe Wachstumsraten im Vergleich zur Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, wenn auch noch unter den Raten, die wir aus heutigen „Entwicklungsländern" kennen (über 20‰ jährlich); kein klarer Trend der Beschleunigung oder Verlangsamung, aber ausgeprägte Schwankungen: eine sehr unstetige Kurve.

Rechnerisch hängt das Bevölkerungswachstum von der Zahl der Geborenen, der Zahl der Gestorbenen und der Zahl der Zuwanderer bzw. Wegwanderer ab. Tabelle 1 stellt die Veränderung dieser Größen – pro Jahr und pro 1.000 Einwohner – dar. Drei Phasen lassen sich unterscheiden: 1817–21, Anfang der 20er bis Mitte der 60er Jahre, 1863/64 bis 1875. Die hohen Heirats- und Geborenenziffern der Jahre zwischen 1817 und 1820/21 gingen primär auf besonders häufige Heiraten und Geburten in den vergleichsweise dünn besiedelten ostelbischen Großlandschaftsgebieten zurück, wo – wie schon in den vorhergehenden Jahrzehnten – aufgrund von Erschließung neuen Nutzlandes, Intensivierung der Arbeitsmethoden und Veränderungen der Arbeitsverfassung vorübergehend besonders großer Menschenbedarf bestand und nach den Reformen wenig Heiratshindernisse übriggeblieben waren; außerdem dürfte man Nachholbedarf nach den Kriegsjahren (besonders 1813) gehabt haben.[45] Daß seit 1871 so viel mehr Leute heirateten und so viel mehr Kinder geboren wurden als in den Jahrzehnten zuvor war teilweise ebenfalls ein Ergebnis des Nachhol- und Korrekturvorgangs, der nach Kriegen, wie auch nach Epidemien, einzusetzen pflegte; denn Kriege, Epidemien und überhaupt große Notzeiten führten dazu, daß Heiraten verschoben wurden und – zeitlich leicht nachhinkend – ansonsten zu erwartende Geburten ausfielen. Die leichte, aber erkennbare, wenn auch bald durch die Kriege gestörte Steigerung von Heirats- und Geborenenziffern seit 1863/64 ging zum Teil auf das Konto von Steigerungen in den industrialisierenden Gebieten vornehmlich des Westens

Tabelle 1: Komponenten des Bevölkerungswachstums 1817–1874 (Gebiet des Deutschen Reiches von 1871, auf 1.000 Einwohner)[51]

	Geborenenüberschuß	Geborenenziffer	Sterbeziffer	Auswanderung Übersee
1817–19:	12,84	40,16	27,32	
1820–24:	15,46	39,57	24,11	0,08
1825–29:	10,84	37,10	26,26	0,09
1830–34:	6,84	35,76	28,92	0,36
1835–39:	9,57	36,41	26,85	0,63
1840–44:	10,21	36,44	26,24	0,69
1845–49:	8,21	35,57	27,37	1,84
1850–54:	8,95	35,57	26,62	4,25
1855–59:	8,60	35,19	26,59	2,13
1860–64:	11,48	36,56	25,08	1,23
1865–69:	9,60	37,37	27,77	2,82
1870–74:	10,24	38,43	28,19	2,37
1817–44:	10,96	37,57	26,62	0,37
1845–74:	9,51	36,45	26,94	2,44

Quelle: W. G. Hoffmann u. a., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Berlin (West) 1965, S. 172 f.

und in den süddeutschen Ländern, wo in jenen Jahren endlich die rechtlichen Niederlassungs- und Heiratsbeschränkungen aufgehoben wurden, die dort meist seit den 1820er Jahren bestanden.[46]

Ansonsten blieben aber von Anfang der 20er bis Mitte der 60er Jahre die Heirats- und Geborenenziffern bemerkenswert konstant. Die vorübergehenden Einbrüche am Anfang der 1830er Jahre, 1847/48 und um die Mitte der 50er Jahre scheinen hinreichend durch Nahrungsmittelteuerung und -knappheit sowie Epidemien – vor allem Cholera und Kindbettfieber – erklärbar zu sein. Übrigens schwankten Heirats- und Geborenenziffern, in leichter zeitlicher Versetzung, einigermaßen parallel.[47] Dies verweist auf das Fehlen kurzfristiger Veränderungen der innerehelichen Fruchtbarkeit. Eine völlige Parallelität der Heirats- und Geburtenhäufigkeitskurven wurde allerdings schon durch die seit Beginn des 19. Jahrhunderts zunehmenden regional stark variierenden unehelichen Geburten verhindert.[48] Das Schwanken der Sterbeziffern resultierte größtenteils aus Ernährungsschwierigkeiten in Teuerungsjahren und im Anschluß an diese – so vor allem 1818/19, 1846–49 und Mitte der 50er Jahre – sowie aus Cholera-, Kindbettfieber- und vereinzelt noch Pockenepidemien, vor allem 1831/32, Mitte der 40er Jahre, 1852, 1866 und 1871. 1870/71 machten sich zusätzlich die Kriegstoten in den Sterbeziffern bemerkbar.[49]

Starken Einfluß auf die Schwankungen des Bevölkerungswachstums jener Jahrzehnte hatte die Auswanderung. Wie man ebenfalls aus Tabelle 1 ersehen kann, war die Auswanderung in den 20er Jahren noch minimal; jährlich gingen zwischen 1.100 und 5.000 Personen nach Übersee. In den 30er Jahren stieg

die jährliche Ziffer immerhin bereits auf 7.000 bis 26.000, aber in diesem Jahrzehnt entwickelte der landwirtschaftliche Arbeitskräftebedarf im Nordosten noch so viel Sogkraft, daß die Zahl der Zuwanderer, aus Polen vor allem, die der Auswanderer noch übertraf und somit die Wanderungsbilanz der 30er Jahre positiv war, das Bevölkerungswachstum also durch die Wanderungen insgesamt beschleunigt wurde. Erst nach 1900 übertraf die Zahl der Einwanderer wieder die Zahl der Auswanderer. Im Zeitraum dazwischen – von ca. 1840 bis 1892 war Deutschland dagegen ein ausgesprochenes Auswandererland, das unter dem Strich an Bevölkerung abgab. Besonders die ökonomische Misere der „hungrigen" 40er und 50er Jahre, verstärkt durch den politischen Druck nach der scheiternden Revolution, ließ die Auswanderungszahlen emporschnellen: auf 80.000 1847, auf 176.000 1852, auf 239.000 1854, auf 103.000 1857 – um einige Spitzenjahre zu nennen. Im Jahr 1854 verlor Deutschland 0,7% seiner Bevölkerung nach Übersee – wobei zu sagen ist, daß mehr als 90% der überseeischen Auswanderung in die USA gingen und die Auswanderung in andere europäische Länder neben der Überseewanderung kaum ins Gewicht fiel. Nach kurzem Rückgang um 1860 erreichte die jährliche Auswanderung 1866, 1867, 1869, 1870 und 1872 noch einmal Werte zwischen 120.000 und 140.000 – Werte, die nach deutlichem Rückgang in den 70er Jahren in den 80ern mit ihrer gebremsten Konjunkturentwicklung wiederum erreicht und übertroffen wurden, bevor sie seit 1892 eine anhaltende Talfahrt antraten. Ca. 3 Millionen Menschen wanderten zwischen 1816 und 1875 aus den deutschen Gebieten (ohne Österreich) nach Übersee aus, besonders aus dem dicht bevölkerten Südwest-Deutschland, wo das Bevölkerungswachstum die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten besonders deutlich überstieg. Die Motive und Ursachen waren vielfältig, aber vor allem reagierten die Auswanderer auf die sie abstoßende Armut, Arbeitsknappheit und Enge in ihren Herkunftsgebieten und erst in zweiter Linie auf die Attraktivität der „Neuen Welt", von der ihnen die Briefe früherer Auswanderer und die Werber der Schiffahrtsagenturen erzählten. Die negative Wanderungsbilanz verlangsamte insgesamt das Bevölkerungswachstum seit den 40er Jahren sehr. Im großen und ganzen fielen Auswanderungsspitzen mit reduzierten Geborenen- und gestiegenen Sterbeziffern zeitlich zusammen; so kumulierten ihre Wirkungen auf das Wachstum der Bevölkerung insgesamt.[50]

Es ist nicht zu bezweifeln: Im Untersuchungszeitraum von 1817 bis 1875 stieg die Geborenenziffer – Geborene pro 1.000 Einwohner pro Jahr – insgesamt nicht.[52] 1845–1874 war sie sogar geringer als 1817–1844, und vermutlich lag sie in den Jahren vor 1817 nicht oder kaum tiefer als in den Jahren danach. Zwischen den letzten Jahren des 18. Jahrhunderts und 1816/17 scheinen die Heirats- und Geborenenziffern dagegen gestiegen zu sein.[53] Umgekehrt ging die Gestorbenenziffer im Gesamtzeitraum nicht zurück; vielmehr lag sie 1845–1874 ein wenig höher als 1817–1844. Die Kriegswirren vor 1815 und die extrem hohen Nahrungsmittelpreise bis 1807 dürften die Sterbeziffern erhöht haben; sie dürften insgesamt vor 1816/17 auf einem leicht höheren Niveau gelegen haben als nach 1816/17. Insgesamt beeindruckt das trotz Schwankungen gleichbleibende Niveau der Geborenen-, Sterbe- und Geborenenüberschußziffern im Laufe dieser sechs

Jahrzehnte, während die Auswandererziffern klar anschwollen und wieder abfielen. Insgesamt gilt, daß das Muster, das 1817 erreicht war – hohe Sterblichkeit, noch höhere Geburtlichkeit, deshalb ein bedeutender Geborenenüberschuß – im großen und ganzen beibehalten wurde. Die entscheidenden Veränderungen lagen im späten 18. und frühesten 19. Jahrhundert. Sie wurden bereits diskutiert.[54] Und ein neuer Veränderungsschub setzte erst nach Beendigung unseres Zeitraums ein: Erst seit den späten 70er Jahren begannen die Gestorbenenziffern kontinuierlich zu fallen und somit das Bevölkerungswachstum noch einmal schneller zu werden. Denn die Geborenenziffern blieben noch hoch und fingen erst seit den 1890er Jahren sehr langsam an, dem Abstieg der Gestorbenenziffern zu folgen.[55]

Allerdings: Blickt man näher hin, erkennt man nicht nur Schwankungen, sondern auch Veränderungstrends zwischen dem Beginn des Jahrhunderts und 1875. Man sieht, daß die relative Konstanz auf der Oberfläche das Ergebnis von gegenläufigen und sich gegenseitig neutralisierenden Trends im einzelnen war.

Tabelle 2 gibt die Einwohnerzahlen für die Staaten des Deutschen Bundes (ohne Österreich) in den Jahren 1816, 1830, 1845,1860 und 1875 an. Tabelle 3 läßt erkennen, welche Gebiete wann besonders schnell wuchsen und welche besonders langsam. Um mehr als 100 % stieg die Bevölkerung 1816 bis 1875 außer in den Städten Berlin, Bremen, Hamburg und Frankfurt nur in drei preußischen Ostprovinzen – Westpreußen, Ostpreußen und Pommern – und in den beiden gewerblich-industriell fortgeschrittensten Teilen Deutschlands, im Königreich Sachsen und in der preußischen Rheinprovinz, daneben in Niederösterreich, dank der schnell wachsenden Riesenstadt Wien (1815: 244.000, 1870: 834.000). Die Werte für Preußen insgesamt sind zwar durch die Gebietserweiterungen von 1866/67 „verzerrt", aber auch der Blick auf die einzelnen preußischen Provinzen zeigt, daß deren Bevölkerung meist schneller wuchs als die Bevölkerung in Mittel- und Süddeutschland oder in Österreich. Eine deutliche Gewichtsverschiebung zugunsten Preußens ist unübersehbar.

Die anfangs (1816–1830) ganz eindeutig am schnellsten wachsenden nordostdeutschen agrarischen Regionen mit vorwiegender Groß-Landwirtschaft, vor allem Westpreußen, Ostpreußen, Posen, Pommern und Mecklenburg, verloren ihre Spitzenstellung seit den 30er Jahren und kehrten zum damaligen Normalmaß des Wachstums zurück. Das Gesamtwachstum verzögerte sich damit ein wenig. Es wäre noch weiter zurückgegangen, wenn es nicht andere Regionen durch Wachstumsbeschleunigung kompensiert hätten. Diese Kompensation erbrachten nicht die süddeutschen Staaten. Ihre schon am Anfang des 19. Jahrhunderts bescheidenen Wachstumsraten nahmen seit den 20er Jahren noch weiter ab, näherten sich um 1850 sogar Null an und zogen erst in den 60er und 70er Jahren ein wenig an. Vielmehr machten die industrialisierenden Regionen gut, was die großagrarischen nachließen. Neben den Städten wuchsen nur Sachsen und Sachsen-Anhalt, Rheinland und Westfalen, daneben Braunschweig und Nassau 1860–1875 schneller als 1816–1830. Das waren die gewerblich weit entwickelten Gebiete, in denen sich vor allem seit den 40er Jahren Fabrikindustrie durchzusetzen begann. Allerdings traten diese gewerblich-industriellen Regionen erst am

Tabelle 2: Bevölkerungszahl der Staaten des Deutschen Bundes 1816–1875 (ohne Österreich)

Einwohnerzahlen	1816	1830	1845	1860	1875
Kgr. Preußen	10.349.031	12.988.172	15.941.155	18.264.706	25.693.634
Westpr.	571.081	787.873	998.859	1.163.400	1.342.750
Ostpr.	886.174	1.241.202	1.472.053	1.644.900	1.856.421
Posen	820.176	1.070.334	1.341.445	1.453.400	1.606.084
Pommern	682.652	901.535	1.147.803	1.362.100	1.462.290
Schlesien	1.942.063	2.442.666	3.027.017	3.339.200	3.843.699
Brandenburg (o. Berlin)	1.085.899	1.332.482	1.632.600	1.916.400	2.159.553
Berlin	197.717	239.233	359.811	437.100	966.858
Provinz Sachsen	1.197.053	1.440.635	1.726.698	1.947.000	2.168.988
Westfalen	1.066.270	1.245.304	1.447.040	1.596.300	1.905.697
Rheinprovinz	1.870.908	2.238.688	2.728.527	3.170.800	3.804.381
Hohenzollern (vor 1849 selbst.)	50.060	58.205+	63.800	64.500	66.466
Schleswig-Holstein (mit Lauenburg) ab 1866 pr. Provinz	689.266	789.777	888.750	1.004.473	1.073.926
Mecklenburg-Schwerin u. Mecklenburg-Strelitz	379.930	532.868	609.279	645.699	649.458
Lübeck	36.600	39.100	42.162	43.720	56.912
Bremen	50.139	60.170	75.370	95.678	142.200
Hamburg (mit Bergedorf) HH 1817 / B 1815	155.613*	181.412	213.406	259.397	388.618
Kgr. Hannover (ab 1866 pr. Provinz)	1.328.351	1.646.745	1.773.711	1.869.600	2.017.393
Oldenburg (incl. Fst. Birkenfeld u. Fst. Lübeck)	221.399*	247.464+	275.081	294.600	319.314
Braunschweig	225.273	244.508+	268.500	278.600	327.493
Sachsen	1.192.789	1.402.066	1.799.300	2.176.900	2.760.586
Sachsen-Anhalt (Herzogtum Anhalt)	120.453	133.232	151.000	179.000	213.565
Thüring. Staaten	698.394*+	821.866*+	923.900	994.600	1.099.386
Schaumburg-Lippe/Lippe-Detmold	103.600	120.127+	133.675	138.100	145.585
Waldeck-Pyrmont	52.557	57.794+	57.300	58.200	54.743
Großherzogtum Hessen	587.995	730.658+	844.800	851.900	884.218
Frankfurt	47.850*	57.200	67.400	83.200	103.136
Kurhessen	567.868	662.400	751.900	734.400	788.886
Nassau	301.907*	355.815	417.400	449.050	575.876
(Frankfurt + Kurhessen + Nassau) ab 1867 pr. Prov.	–	–	–	–	1.467.898
Baden	1.005.899	1.200.471	1.349.884	1.352.500	1.507.179
Württemberg	1.410.327	1.575.051	1.706.500	1.708.000	1.881.505
Bayern	3.560.000	4.133.760	4.467.400	4.656.800	5.022.390
davon Pfalz	446.168*	537.858	601.400	602.500	641.254
Dt. Reich von 1871 (ohne Elsaß-Lothringen)	23.085.241	27.980.656	32.742.700	36.048.700	41.243.430
(mit Elsaß-Lothringen)	–	–	–	–	42.775.234

* anderes Jahr

\+ interpoliert

Quelle: A. Kraus (Bearb.), Quellen zur Bevölkerungsstatistik Deutschlands 1815–1875, Bd. 1 (= Quellen zur Bevölkerungsstatistik Deutschlands 1815–1875, hg. v. W. Köllmann), Boppard 1980.

Tabelle 3: Wachstum der Bevölkerung: Staaten des Deutschen Bundes 1816–30, 1830–45, 1845–60, 1860–75 (nach Tabelle 2 errechnet)

Bevölkerungswachstum in %	1816–1830	1830–1845	1845–1860	1860–1875	1816–1875
Kgr. Preußen	25,50	22,74	14,58	40,67	148,27
Westpr.	37,96	26,78	16,47	15,42	135,12
Ostpr.	40,06	18,60	11,74	12,86	109,49
Posen	30,50	25,33	8,35	9,51	95,82
Pommern	32,06	27,32	18,67	7,36	114,21
Schlesien	25,78	23,92	10,31	15,11	97,42
Brandenburg (o. Berlin)	22,71	22,52	17,38	12,69	98,87
Berlin	21,00	50,40	35,38	98,49	389,01
Provinz Sachsen	20,35	19,86	12,76	11,40	81,19
Westfalen	16,79	16,20	10,31	19,38	78,73
Rheinprovinz	19,66	21,88	16,21	19,92	103,34
Hohenzollern (vor 1849 selbst.)	16,27	9,61	1,10	3,00	32,77
Schleswig-Holstein (mit Lauenburg) ab 1866 pr. Provinz	14,58	12,53	13,02	6,19	55,80
Mecklenburg-Schwerin u. Mecklenburg-Strelitz	40,25	14,34	5,98	0,58	70,94
Lübeck	6,83	7,83	3,70	30,17	55,50
Bremen	20,01	25,26	26,94	48,62	183,61
Hamburg (mit Bergedorf)	16,58	17,64	21,55	49,82	149,73
Kgr. Hannover (ab 1866 pr. Provinz)	23,97	7,71	5,41	7,91	51,87
Oldenburg (incl. Fst. Birkenfeld u. Fst. Lübeck)	11,77	11,16	3,46	8,39	44,23
Braunschweig	8,54	9,81	3,76	17,55	45,38
Sachsen	17,55	28,33	20,99	26,81	131,44
Sachsen-Anhalt (Herzogtum Anhalt)	10,61	13,34	18,54	19,31	77,30
Thüring. Staaten	17,91	12,41	7,65	10,54	57,42
Schaumburg-Lippe/ Lippe-Detmold	15,95	11,28	3,31	5,42	40,53
Waldeck-Pyrmont	9,96	–0,85	1,57	–5,94	4,16
Großherzogtum Hessen	24,26	15,62	0,84	3,79	50,38
Frankfurt	19,54	17,83	23,44	23,96	115,54
Kurhessen	16,65	13,51	–2,33	7,42	38,92
Nassau	17,86	17,31	7,58	28,24	90,75
(Frankfurt + Kurhessen + Nassau) ab 1867 pr. Prov.	–	–	–	–	–
Baden	19,34	12,45	0,19	11,44	49,83
Württemberg	11,68	8,35	0,09	9,22	33,41
Bayern	16,12	8,07	4,24	7,85	41,08
davon Pfalz	20,55	11,89	0,18	6,43	43,72
Dt. Reich von 1871	21,21	17,02	10,10	14,41	78,66

Ende des Untersuchungszeitraums (1860–1875) voll in die Rolle der Hauptträger des Bevölkerungswachstums ein. In den 40er und 50er Jahren ging die Wachstumsgeschwindigkeit auch in der Rheinprovinz, in Sachsen und in Westfalen gegenüber den vorangehenden Jahrzehnten zurück. Die Auswanderung, die Epi-

demien, die Verengung des Nahrungsspielraums trafen eben nicht nur die agrarischen, sondern auch die frühindustriellen Gebiete.

Tabelle 4 zeigt, daß diese Langzeitverschiebung zwischen den Hauptwachstumsgebieten teilweise auf Wanderungen zurückzuführen war. Die nordostdeutschen Agrargebiete wurden etwa seit den 40er Jahren von Zuwanderer- zu Auswanderungsregionen. Die süddeutschen Länder gaben – mit Ausnahme Badens und vielleicht noch Bayerns am Anfang – über den ganzen Zeitraum hinweg Menschen ab, und zwar in sehr großer, zunehmender und am Ende nur wenig abnehmender Zahl. Die meisten dieser Abwanderer gingen nach Übersee. Aber ein wachsender Teil von ihnen wurde in den industrialisierenden Regionen gebraucht: Mehr Zu- als Abwanderer hatten – auf Tabelle 4 – durchweg die Städte sowie Sachsen, meistens die Rheinprovinz und am Ende auch Westfalen und Braunschweig. Tatsächlich wiesen 1860–1875 nur noch die industriell entwikkelten Regionen und Städte eine positive Wanderungsbilanz auf, alle anderen Regionen nicht mehr (oder noch nicht wieder).

Aber Tabelle 5 läßt erkennen, daß die natürliche Bevölkerungsbewegung (ausgedrückt in Heirats-, Geborenen- und Gestorbenenziffern pro 1.000 Einwohner pro Jahr) ähnlich variierte wie die Wanderungen; beide reagierten wohl teilweise auf ähnliche oder gleiche Anreize und Anstöße, vermutlich ökonomischer Art.[56] Drei Gebiete lassen sich unterscheiden:

1. Extrem hohe Heirats- und Geborenenziffern, allerdings auch hohe Gestorbenenziffern und trotzdem noch ein weit überdurchschnittlicher Geborenenüberschuß – das kennzeichnete in den frühen Jahren die nordostdeutschen, großlandwirtschaftlichen, dünn besiedelten Gebiete, in Tabelle 5 repräsentiert durch Ostpreußen und Pommern. Diese „agrarische Bevölkerungswelle" wurde seit dem 18. Jahrhundert in Ostelbien durch die Erschließung neuen Nutzlandes ermöglicht und angetrieben, durch die immer arbeitsintensivere Modernisierung der landwirtschaftlichen Arbeitsmethoden auf den großen, exportorientierten Gütern bei langfristig steigenden Agrarpreisen, schließlich durch die Reformen mit dem von ihnen beschleunigten Übergang zur Lohnarbeit und mit ihrer Beseitigung von Ehehindernissen für die unteren Schichten. Aber die Intensität dieser Nachfrage nach Arbeitskräften nahm allmählich ab, das Land begann, sich relativ zu den Arbeitsmöglichkeiten zu füllen, sowohl die Heiratsziffern als auch die Geborenenziffern ließen nach. Die Sterblichkeitsziffer nahm mit dem Rückgang der Geburtlichkeit ab – zwischen beiden Größen bestand im 19. Jahrhundert fast immer ein durch die hohe Säuglingssterblichkeit vermittelter Zusammenhang. Aber die Sterbeziffer sank hier langsamer als die Geborenenziffer, und so ging der Geborenenüberschuß zurück. Erst gegen Ende des Zeitraums kam es im Nordosten wieder zu einer gewissen Erhöhung des Geborenenüberschusses – vielleicht jetzt doch als Kompensation für die ausgeprägte Abwanderung, die die örtliche Nachfrage nach Arbeitskräften erhöhte.

2. Viel tiefere und nach den ersten Jahren weiter sinkende, gewissermaßen eingedämmte Heirats- und Geborenenziffern, aber auch niedrigere Gestorbenenziffern, fanden sich in Süd- und Südwestdeutschland, übrigens auch in Österreich. Dicht bevölkerte, vorwiegend landwirtschaftliche, von protoindustriellen

Tabelle 4: Wanderungsbilanzen der Staaten des Deutschen Bundes 1816–1875 (ohne Österreich)*

Wanderungsbilanz in abs. Zahlen	(1816–1830)	(1830–1845)	(1845–1860)	(1860–1875)
Kgr. Preußen	+415.178	+711.794	−327027	+5.679.713**
Westpr.	+61.681	+71.426	+10.435	−92.545
Ostpr.	+74.029	+59.699	+6.959	−81.777
Posen	+62.161	+67.225	−24.666	−183.854
Pommern	+32.267	+30.698	−38.731	−204.106
Schlesien	+90.724	+194.477	−43.534	−103.830
Brandenburg (o. Berlin)	−20.681	+53.395	−65.659	−76.031
Berlin	+33.007	+133.539	+88.353	+338.408
Provinz Sachsen	+860	+40.253	−68.325	−130.063
Westfalen	+27.763	−11.217	−51.706	+19.292
Rheinprovinz	+86.977	+72.516	−8.039	+18.946
Hohenzollern (vor 1849 selbst.)	–	–	−5.945	−5.858
Schleswig-Holstein (mit Lauenburg) ab 1866 pr. Provinz	–	–	−33.010	−97.617
Mecklenburg-Schwerin u. Mecklenburg-Strelitz	(+44.352)	(−28.301)	(−59.185)	(−100.186)
Lübeck	–	–	+359	+7.032
Bremen	+11.419		+10.261	+26.201
Hamburg (mit Bergedorf)	–	+24.691	+35.485	+103.540
Kgr. Hannover (ab 1866 pr. Provinz)	+67.015	−76.369	−131.530	−114.742
Oldenburg (incl. Fst. Birkenfeld u. Fst. Lübeck)	–	–	−14.128	−15.448
Braunschweig	–	−2.024	−14.358	+7.436
Sachsen	–	+161.361	+30.104	+105.311
Sachsen-Anhalt (Herzogtum Anhalt)	–	–	+277	−3.881
Thüring. Staaten	–	–	−79.811	−72.369
Schaumburg-Lippe/Lippe-Detmold	–	–	(−15.449)	−15.499
Waldeck-Pyrmont	–	–	−6.976	−10.151
Großherzogtum Hessen	–	–	−121.084	−101.486
Frankfurt	–	–	+7.477	+10.228
Kurhessen	–	−34.083	−94.235	−34.017
Nassau	+2.301	−1.247	–	–
(Frankfurt + Kurhessen + Nassau) ab 1867 pr. Prov.	–	–	–	−10.028
Baden	+11.808	−48.227	−154.691	−69.360
Württemberg	−12.932	−79.711	−190.419	−101.632
Bayern	–	−46.714	−206.756	−200.242
davon Pfalz	–	−56.356	−98.198	−77.953
Dt. Reich von 1871	–	–	−1.219.307	−1.140.474

* Bevölkerungsüberschuß (+) bzw. -defizit (−) als Resultat von Zu- und Abwanderung

** Der Zuwachs ist teilweise auf die Annexionen von 1866/67 zurückzuführen.

Quelle: A. Kraus (Bearb.), Quellen zur Bevölkerungsstatistik Deutschlands 1815–1875, Bd. 1 (= Quellen zur Bevölkerungsstatistik Deutschlands 1815–1875, hg. v. W. Köllmann), Boppard 1980.

Tabelle 5: Heirats-, Geborenen- und Sterbeziffern in ausgewählten Staaten und Provinzen in Fünf-Jahres-Durchschnitten 1816–1874

Gebiet	1815/1816–1819				1820–1824				1825–1829				1830–1834				1835–1839				1840–1844			
	HZ	GZ	StZ	GÜ	HZ	GZ	StZ	GÜ	HZ	GZ	StZ	GÜ	HZ	GZ	StZ	GÜ	HZ	GZ	StZ	GÜ	HZ	GZ	StZ	GÜ
Ostpreußen	14,2	54,7	31,3	23,4	9,9	49,0	27,2	21,8	8,4	43,8	28,9	14,9	9,0	39,9	33,9	6,0	9,0	38,6	30,7	7,9	9,8	40,3	28,3	12,0
Pommern	11,1	40,1	23,3	16,8	9,5	40,4	21,4	19,0	8,7	38,4	23,7	14,7	8,9	37,4	27,2	10,2	8,8	37,5	22,3	15,2	9,0	38,2	22,6	15,6
Mecklenburg-Schwerin	9,3	41,0	22,4	18,6	8,3	36,4	17,6	18,8	7,9	35,1	19,7	15,4	7,7	33,9	22,3	11,6	7,6	34,3	20,0	14,3	7,4	33,2	21,3	11,9
Kgr. Sachsen	–	–	–	–	–	–	–	–	8,0	40,4	28,6	11,8	8,1	38,4	28,9	9,5	8,3	38,3	27,7	10,6	8,5	38,7	28,5	10,2
Westfalen	9,1	34,3	26,7	7,6	8,5	35,5	23,5	12,0	8,6	35,4	24,8	10,6	8,5	33,9	26,9	7,0	9,0	36,6	26,5	10,1	8,1	35,0	25,2	9,8
Rheinprovinz	7,5	34,7	26,4	8,3	7,6	35,3	22,4	12,9	7,9	34,6	23,0	11,6	8,1	34,4	25,7	8,7	8,3	36,7	25,7	11,0	8,0	35,7	25,0	10,7
Baden	7,0	36,8	28,3	8,5	6,8	38,0	23,9	14,1	6,6	36,3	24,9	11,4	7,7	37,0	27,6	9,4	8,1	39,8	29,1	10,7	7,7	38,8	28,1	10,7
Württemberg	(5,9)	35,5	30,1	5,4	(6,9)	38,0	27,3	10,7	–	36,1	27,4	8,7	8,2	39,2	32,2	7,0	8,1	42,0	32,7	9,3	8,0	42,1	32,1	10,0
Bayern (rechtsrh.)	–	–	–	–	–	–	–	–	6,7	33,0	27,1	5,9	6,4	32,9	28,4	4,5	6,1	33,3	28,5	4,8	6,5	33,5	29,0	4,5
Bayern (linksrh. = Pfalz)	–	39,9	–	–	–	38,3	–	–	8,2	35,4	22,5	12,9	8,6	38,0	24,2	13,8	8,6	40,8	27,5	13,3	7,7	38,5	24,9	13,6
Stadt Berlin	12,9	33,2	29,3	3,9	10,0	33,1	29,7	3,4	9,9	35,1	27,7	7,4	8,8	33,8	32,0	1,8	9,9	33,5	29,0	4,5	9,1	31,5	25,1	6,4
Hamburg	–	–	–	–	7,8	29,4	25,2	4,2	8,8	30,4	28,0	2,4	9,3	31,5	33,4	–1,9	8,8	32,2	28,2	4,0	9,5	31,9	26,7	5,2

Gebiet	1845–1849				1850–1854				1855–1859				1860–1864				1865–1869				1870–1874			
	HZ	GZ	StZ	GÜ	HZ	GZ	StZ	GÜ	HZ	GZ	StZ	GÜ	HZ	GZ	StZ	GÜ	HZ	GZ	StZ	GÜ	HZ	GZ	StZ	GÜ
Ostpreußen	9,6	39,7	37,2	2,5	9,7	43,4	35,2	8,2	9,7	42,8	32,7	10,1	9,1	43,6	29,2	14,4	8,2	39,3	32,7	6,6	8,7	38,8	28,4	10,4
Pommern	8,5	37,9	25,5	12,4	8,4	38,1	24,3	13,8	8,3	46,8	23,9	12,9	8,1	38,6	22,2	16,4	8,3	38,2	27,6	10,6	8,6	38,2	23,5	14,7
Mecklenburg-Schwerin	7,2	32,2	21,8	10,4	7,7	32,0	21,7	10,3	7,4	31,3	22,9	8,4	7,8	31,2	20,3	10,9	9,7	31,6	22,0	9,6	8,7	32,1	21,8	10,3
Kgr. Sachsen	8,3	39,3	28,7	10,6	8,7	39,7	27,2	12,5	8,3	38,7	27,7	11,0	8,8	40,2	26,7	13,5	9,5	40,4	28,8	11,6	9,5	41,8	28,8	13,0
Westfalen	8,0	33,5	25,5	8,0	8,0	33,3	23,0	10,3	8,2	33,8	24,3	9,5	8,1	35,1	24,3	10,8	8,9	36,4	25,5	10,9	9,6	38,9	28,9	10,0
Rheinprovinz	7,5	34,3	24,8	9,5	7,5	33,9	23,0	10,9	7,7	33,9	23,7	10,2	7,7	34,9	22,8	12,1	8,1	36,3	25,3	11,0	8,6	38,2	27,5	10,7
Baden	6,9	37,2	27,4	8,8	5,7	33,8	27,7	6,1	6,3	33,0	25,8	7,2	8,1	35,3	25,0	10,3	8,5	37,7	27,7	10,0	8,8	38,9	29,2	9,7
Württemberg	6,9	39,7	30,5	9,2	5,7	36,5	30,1	6,4	6,2	35,8	29,9	5,9	7,7	38,9	29,4	9,5	8,9	41,5	31,3	10,2	9,7	43,2	32,3	10,9
Bayern (rechtsrh.)	6,4	33,4	27,9	5,5	6,4	33,3	28,8	4,5	6,1	33,2	28,5	4,7	7,7	35,2	28,7	6,5	9,3	37,8	31,3	6,5	9,4	39,7	32,6	7,1
Bayern (linksrh. = Pfalz)	7,5	37,8	23,7	14,1	5,9	34,1	22,9	11,2	7,0	32,3	23,2	9,1	7,2	34,2	21,8	12,4	8,7	35,8	24,7	11,1	9,3	39,8	26,4	13,4
Stadt Berlin	8,8	31,3	25,8	5,5	9,4	33,0	24,3	8,7	9,7	34,0	26,5	7,5	10,7	35,8	25,9	9,9	11,6	38,4	31,8	6,6	12,7	38,9	31,8	7,1
Hamburg	8,7	31,6	29,0	2,6	8,6	29,2	24,9	4,3	8,2	28,5	25,3	3,2	8,7	29,7	23,3	6,4	11,1	32,4	25,3	7,1	10,9	36,2	28,8	7,4

HZ = Heiratsziffer
GZ = Geborenenziffer
StZ = Sterbeziffer
GÜ = Geborenenüberschuß

Quelle: A. Kraus (Bearb.), Quellen zur Bevölkerungsstatistik Deutschlands 1815–1875, Bd. 1 (= Quellen zur Bevölkerungsstatistik Deutschlands 1815–1875, hg. v. W. Köllmann), Boppard 1980.

Verdichtungsregionen durchsetzte Realteilungsgebiete (wie große Teile von Baden und Württemberg) oder mittel- bis großbäuerliches Land mit Anerbenrecht (so in Bayern), jeweils ohne viel gewerbliche Dynamik, größtenteils vorindustriell – das war die süddeutsche Situation, in der nicht viel Platz für eine zunehmende Bevölkerung bestand. Auf zwei Wegen trugen die Bayern, die Württemberger, die Badenser, die Österreicher dem Rechnung: Durch soziale Kontrollen und rechtliche Beschränkungen unterschiedlicher Art wurde Heiratsverzicht oder Heiratsverschiebung praktiziert und zum Teil erzwungen. Insbesondere von den unteren Schichten, und vor allem in Bayern. Außer in Preußen wurden rechtliche Ehehindernisse für die ärmere Bevölkerung fast überall wieder errichtet, in verschiedener Gestalt und Intensität: ein „staatlich verordnetes Zwangszölibat für Mittellose".[57] Von 10.000 Erwachsenen waren Anfang der 50er Jahre in Frankreich 7.358 verheiratet, verwitwet oder geschieden; in England 6.219, in Sachsen 6.517, in Preußen 6.126, aber in Bayern nur 5.329 – ein Unterschied, der sich durch abweichende Altersstrukturen nicht erklären läßt.[58] Auch Ansätze von innerehelicher Geburtenregelung sind z. B. in Bayern erkennbar.[59] Der Geborenenüberschuß blieb hier vergleichsweise gering. Trotzdem vermehrte sich im Süden Deutschlands die Bevölkerung schneller als es die vorindustrielle, mittel- und kleinbäuerliche Wirtschaft verkraften konnte. Massenhafte Abwanderung war deshalb der zweite Weg zur Anpassung des Bevölkerungswachstums an die beschränkten ökonomischen Möglichkeiten. Erst in den 60er und 70er Jahren nahmen Heirats- und Geborenenziffern ein wenig zu, bei ungefähr gleichbleibenden Sterbeziffern. Die Intensivierung der gewerblichen Entwicklung und die Liberalisierung des Ehe-, Niederlassungs- und Gewerberechts mögen dem zugrunde gelegen haben.

3. Was nun die gewerblich entwickelten Gebiete – Sachsen, Rheinprovinz und Westfalen (in dieser Reihenfolge) – betrifft, hatten sie Anfang des 19. Jahrhunderts trotz ihrer protoindustriellen Verdichtungsregionen nicht die hohen Verehelichungs- und Geborenenziffern – allerdings auch nicht die hohe Sterblichkeit – der agrarischen Gebiete Ostelbiens. Sicherlich war noch um die Mitte des Jahrhunderts die Verehelichungsquote im Rheinland, in Westfalen und in Sachsen geringer als in den ostelbischen Provinzen, obwohl das Durchschnittsalter der Bevölkerung Ostelbiens etwas niedriger lag als im Westen. Vor allem im *städtischen* Gewerbe war die Verheiratung der unteren Schichten weniger üblich, möglich und notwendig als in den heimgewerblich-ländlichen Gebieten oder in den großlandwirtschaftlichen Gebieten des Ostens.[60] Aber in bezug auf Heiratshäufigkeit, Geborenenziffern und Geborenenüberschuß rangierten die gewerblich fortgeschrittensten Gebiete leicht vor den gebremsten, nur langsam industrialisierenden Gebieten des Südens. Vor allem aber, und das bezeichnete das Neue: in den gewerblich fortgeschrittensten Gegenden gingen Heirats- und Geborenenziffern einerseits von 1820 bis 1850 nur sehr wenig zurück, anders als im Osten und teilweise im Süden. Und andererseits wuchsen in Sachsen, im Rheinland und dann auch in Westfalen seit den 50er oder 60er Jahren Heirats- und Geborenenziffern an, und mit ihnen der Geborenenüberschuß, weil in den industrialisierenden Gebieten die Sterblichkeit zwar leicht stieg, aber nicht so

schnell wie die Geburtlichkeit. Hier stellte sich eine neue, nicht mehr agrarische, sondern industrielle Variante beschleunigten Bevölkerungswachstums vor, die die Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten tragen sollte. Vermutlich nahm nun auch die Verheiratungschance für die Unterschichten in den gewerblich-industriellen Gebieten (besonders in den Städten) deutlich zu. Weshalb und mit welcher Bedeutung, wird noch zu besprechen sein.

Man kann diese zentrale Verschiebung der Grundlagen des Bevölkerungswachstums noch genauer erkennen, wenn man kleinere und sozialökonomisch homogene Einheiten vergleicht (Tabelle 6). Wir wählen verschiedenartige preußische Regierungsbezirke, wobei wir den Anteil der Bevölkerung, der von der Landwirtschaft im Haupt- oder Nebengewerbe lebte (mit Angehörigen), als ein Mittel der Kennzeichnung wählen: Gumbinnen (mit 61 % landwirtschaftlicher Bevölkerung, vorwiegend großlandwirtschaftlich und Gutsbesitz, Getreideproduktion für den Export, übrigens zu etwa 21 % Masuren um 1867); Münster (mit 59 % der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebend, vorwiegend mittel- und großbäuerliche Familienbetriebe mit Anerbenrecht, diversifizierte Landwirtschaft ohne vorwiegende Marktorientierung); Minden (mit 54 % der Bevölkerung von einer teils mittel-, teils kleinbäuerlichen Landwirtschaft lebend, teils mit protoindustrieller Tradition); Aachen (mit 46 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft, protoindustriell heimgewerblich und früh-fabrikindustriell geprägt, alte Industrien besonders Textil); Arnsberg (mit 40 % in der Landwirtschaft, lange ländlich-bäuerlich, dann rasch industrialisierend, z.T. Schwerindustrie und Metallverarbeitung); sowie Berlin (fast ausschließlich städtisch, mit nur 0,2 % in der Landwirtschaft tätig, Verwaltungs- und Industriemetropole).

Deutlich wird aus Tabelle 6, wie in der Spanne vor 1828 die ostelbisch-großlandwirtschaftlich geprägten Regierungsbezirke den Ort des schnellsten Bevölkerungswachstums darstellten – durch außergewöhnlich hohe Heirats- und Geborenenziffern und trotz hoher Sterblichkeit. Den zweithöchsten Geborenenüberschuß wies der protoindustriell geprägte Regierungsbezirk Minden auf. Agrarkapitalistisch und heimgewerblich-handelskapitalistisch geprägte Bezirke trugen schon die Beschleunigung des Bevölkerungswachstums im 18. Jahrhundert.[61] Dies galt im frühen 19. Jahrhundert noch immer. Weit unten rangierte Münster. In diesem vorwiegend landwirtschaftlichen Gebiet mit Anerbenrecht und mittleren bzw. größeren Höfen betrieben die Bauern eine Politik der Besitzsicherung mit Hilfe von Geburtenbeschränkung durch Verschiebung der Heirat und vielleicht auch durch Beschränkung der innerehelichen Fruchtbarkeit. Alternative Erwerbsmöglichkeiten standen kaum zur Verfügung, weder als Knecht oder Inste auf einem großen Gut wie im Osten noch als heimgewerblich tätiger Heuerling wie in der Bielefelder Gegend nebenan. Die sozialen Kontrollen funktionierten, und die Gegend war vergleichsweise wohlhabend (ähnlich wie in großen Teilen von Bayern). Nicht nur niedrige Heirats- und Geborenenziffern, auch sehr geringe Sterblichkeit kennzeichnete den Bezirk, und daran änderte sich nicht viel im 19. Jahrhundert. Trotzdem wanderten wahrscheinlich viele nichterbende Söhne und Töchter ab, die Einwohnerzahl des Bezirks wuchs von 1816–1875 nur um 26,5%, während Düsseldorf 147%, Königsberg 106% und

Tabelle 6: Natürliche Bevölkerungsbewegung in ausgewählten preußischen Regierungsbezirken 1816–1874 (auf 1000 Einwohner)

	1816-28				1829-40				1841-55				1856-71				1872-74				1816-74			
	HZ	GZ	StZ	GÜ	HZ	GZ	StZ	GÜ	HZ	GZ	StZ	GÜ	HZ	GZ	StZ	GÜ	HZ	GZ	StZ	GÜ	HZ	GZ	StZ	GÜ
Gumbinnen	21,7	53,7	32,0	21,7	18,0	42,1	33,4	8,7	19,3	42,3	36,7	5,6	18,3	43,6	32,4	11,2	18,3	41,4	29,3	12,1	19,3	45,2	33,5	11,7
Münster	15,5	31,1	23,5	7,6	15,7	30,0	25,4	4,6	14,8	29,5	24,0	5,5	14,7	30,0	24,3	5,7	18,2	33,5	26,9	6,6	15,3	30,3	24,4	5,9
Minden	19,5	42,0	27,9	14,1	17,5	41,6	30,7	10,9	16,7	38,0	28,0	10,0	18,7	36,5	26,3	10,2	19,3	38,6	23,4	9,2	15,2	39,5	28,2	11,3
Aachen	14,2	34,8	25,4	9,4	15,6	36,0	28,5	7,5	14,5	34,7	26,5	8,2	14,1	35,2	25,5	9,7	16,3	38,9	28,7	10,2	14,7	35,4	26,5	8,9
Arnsberg	17,8	37,4	25,7	11,7	17,5	37,7	27,3	10,4	16,7	36,4	25,3	11,1	18,7	40,9	29,9	11,0	22,3	47,5	31,9	16,6	17,9	38,7	27,4	11,3
Düsseldorf	15,9	35,5	24,5	11,0	17,3	37,7	27,3	10,4	16,1	37,1	25,5	11,6	17,1	39,1	26,7	12,4	20,5	44,4	29,5	14,9	16,8	37,8	26,2	11,6
Berlin	21,5	35,8	29,5	6,3	18,4	34,8	31,5	3,3	18,2	33,4	26,6	6,8	21,6	38,1	30,1	8,0	28,7	41,8	32,4	9,4	20,3	35,9	29,5	6,4
Preußen insges.	19,2	43,2	27,9	15,3	17,9	39,6	30,3	9,3	17,5	39,4	29,6	9,8	17,2	39,9	28,2	11,7	20,2	41,6	29,3	12,3	18,0	40,6	29,0	11,6

HZ = Heiratsziffer
GZ = Geborenenziffer
StZ = Sterbeziffer
} jeweils auf 1000 Einwohner
GÜ = Geborenenüberschuß

Quelle: A. v. Fircks (Bearb.), Rückblick auf die Bewegung der Bevölkerung im preußischen Staate während des Zeitraums vom Jahre 1816 bis 1874 (= Preußische Statistik. Amtliches Quellenwerk, Bd. 48a), Berlin 1879, S. 20, 53, 137 und G. v. Viebahn, Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschlands, Bd. 2, Berlin 1862, S. 604

Minden immerhin 41% zulegten. Arnsberg, Aachen und Düsseldorf lagen mit ihren Heirats-, Geborenen- und Geborenenüberschuß-Ziffern zunächst in der Mitte. In der Großstadt Berlin heiratete man viel, nicht zuletzt dank der jungen, von Zuwanderern bestimmten Alterszusammensetzung. Aber die Geborenenzahl blieb sehr gering, wie in den meisten Städten im Vergleich zum Land.[62] Die Berliner Sterblichkeit war hoch wie fast überall im städtischen Milieu des 18. und frühen 19. Jahrhunderts. Die schlechten hygienischen Verhältnisse in den eng besiedelten Städten lagen dem teilweise zugrunde. Und sowohl die Epidemien als auch die Nahrungsmittelteuerungen trafen das Volk in den Städten härter als die Bewohner des platten Landes. Im 18. Jahrhundert und zumeist auch noch im 19. Jahrhundert galt: Der Tod war in den Städten näher als auf dem Land. Und so war es schon lange vor der Industrialisierung.[63] In Berlin war er noch näher als in vielen anderen Städten, aufgrund der dort ungemein hohen Kindersterblichkeit (einschließlich Säuglingssterblichkeit).

Im Lauf des Jahrhunderts verloren die ostelbisch-agrarischen Bezirke (Königsberg und Gumbinnen) ihre Führungsposition. Auch der protoindustrielle Bezirk (Minden) büßte seine Dynamik ein, wie die Heimindustrie und das Verlagswesen überhaupt. Schon um die Mitte des Jahrhunderts wuchs er langsamer als der Durchschnitt. Die industrialisierenden Bezirke (Arnsberg und Düsseldorf) gewannen zögernd an Boden, und in den frühen 70er Jahren trugen sie mehr zum Bevölkerungswachstum bei als die anderen – dank steigender Verheiratungs- und Geborenenziffern, nicht aufgrund zurückgehender Sterblichkeit. Diese stieg in den industrialisierenden Städten sogar besonders deutlich an, und das wieder lag an der hier überstark wachsenden Kindersterblichkeit.[64]

Deren Wachstum resultierte aus zunehmender Säuglingssterblichkeit (d.h. Sterblichkeit der Kinder unter einem Jahr), die bis Mitte der 70er Jahre überall in Preußen wie in den meisten anderen deutschen Staaten stieg. Man macht vor allem das abnehmende Stillen dafür verantwortlich, das in den industrialisierenden Städten mit der zunehmenden außerhäuslichen Erwerbstätigkeit der Mütter zusammengehangen haben mag, aber kein rein städtisches Phänomen war. Wahrscheinlich hingen zunehmende Geburtlichkeit und zunehmende Säuglingssterblichkeit wechselseitig eng zusammen. Dagegen nahm die Sterblichkeit der über ein Jahr alten Kinder und auch der Erwachsenen seit den 1830er Jahren im gesamtpreußischen Durchschnitt ab – wohl vor allem dank verbesserter Hygiene und seit den 1860er Jahren dank sich bessernder Ernährung, denn die medizinischen Heilungsmöglichkeiten machten noch kaum Fortschritte, und die medizinische Versorgung der Bevölkerung (Zahl der Ärzte pro 1.000 Einwohner) war bis in die 80er Jahre eher rückläufig, hielt mit dem rasanten Bevölkerungswachstum nicht mit; erst seit den 80er Jahren wendete sich dieser Trend zum Besseren.[65] Im Rheinland und in Westfalen wuchs dagegen auch die Sterblichkeitsziffer derer, die dem Säuglingsalter entwachsen waren, jedenfalls von den 1840er Jahren bis etwa 1880, dann nicht mehr. Wahrscheinlich hing dies mit den Folgen der Industrialisierung in diesen

Gebieten zusammen, über die noch im einzelnen zu sprechen ist. Allerdings nahm die Erwachsenen-Sterblichkeit auch im kaum industrialisierenden Bayern und Württemberg bis 1880 zu.[66] Die Kausalfragen sind auf diesem Gebiet besonders schwer zu beantworten.

In extremer Form zeigte sich am Beispiel Berlins, was sich auch in anderen Städten, wenn auch nicht in allen, abspielte: ein unterdurchschnittlich bleibender, aber wachsender Geborenenüberschuß dank häufiger Heirat und Geburten (bis in die 70er Jahre), während die Sterblichkeit zwar überdurchschnittlich blieb, aber sich dem Landesdurchschnitt immerhin annäherte.[67] Wie erwähnt, war die Zahl der Geburten pro 1.000 in den Städten des 18. und frühen 19. Jahrhunderts in der Regel viel niedriger und die Zahl der Gestorbenen pro 1.000 in der Regel höher gewesen als auf dem Lande. Im großen und ganzen war dies auch 1875 noch so. Aber einerseits hatte sich die Sterblichkeitsdifferenz zwischen Stadt und Land verringert. Andererseits zeichnete sich in dem gewerblich besonders fortgeschrittenen Sachsen schon von 1846 bis 1849 ein Gleichstand in der Geburtlichkeit zwischen Stadt und Land ab. Auch in Württemberg bestand in dieser Hinsicht kein großer Stadt-Land-Unterschied.[68] Und 1872/75 wurden in den Städten Preußens erstmals mehr Kinder pro 1.000 Einwohner geboren als auf dem Lande.[69] Das städtische Leben konsolidierte sich. Am Ende unseres Untersuchungszeitraums übertrafen die Städte erstmals das Land an Zahl der Geborenen. Es sollte allerdings noch etwa drei Jahrzehnte dauern, bis die Städte das Land auch in puncto Überlebenschancen überrundeten: Bis zur Jahrhundertwende war die Säuglingssterblichkeit in den Städten höher als auf dem Lande, jedenfalls in Preußen. Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts drehte sich auch das um – wohl dank der jetzt sich voll bemerkbar machenden besseren ärztlichen Versorgung in den Städten.[70]

Demographische Prozesse sind komplex, weil von sehr vielen Faktoren verursacht, die sich überdies auch meist gegenseitig bedingen. Ihre Darstellung ist kompliziert, einfache Formeln verbieten sich. Aber halten wir fest: Trotz großer Wanderungsverluste vor allem nach Amerika wuchs die deutsche Bevölkerung zwischen dem Jahrhundertbeginn und 1875 fast auf das Doppelte. In diesem Zeitraum setzte sich das rasante Bevölkerungswachstum des späten 18. Jahrhunderts fort. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts sollte es noch einmal zulegen, bevor es dann seit Anfang des 20. Jahrhunderts langsam abzuflachen begann. Bis etwa 1850 wurde das Wachstum vor allem von einer agrarischen Bevölkerungswelle getragen, die primär den damals modernsten, schon sehr kapitalistisch wirtschaftenden, großbetrieblichen Anbaugebieten des Nordostens entsprach. Als sie um die Mitte des 19. Jahrhunderts abebbte, weil sie sich erschöpft hatte, trat eine neue gewerblich-industrielle Bevölkerungswelle an ihre Stelle, die ihre Schwerpunkte in den schnell industrialisierenden Regionen des Westens und in Sachsen hatte. Dagegen blieb der süd- und südwestdeutsche Bereich, der sich weder als landwirtschaftlich modern noch als industrialisierungsfreundlich erwies, demographisch gebremst; hier wuchs die Bevölkerung langsamer, jedoch selbst dann noch zu schnell im Vergleich zu den wirtschaftlichen Möglichkeiten – riesige Auswanderung war die Folge. Die Städte hatten im 18. und frühen 19. Jahrhundert

zu den demographischen Sorgenkindern gehört; ihr Wachstum hatten sie vornehmlich der Zuwanderung verdankt. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts änderte sich das. Zwar blieb die Sterblichkeit gerade in den schnell industrialisierenden Städten ungemein hoch, vorübergehend wuchs sie sogar dank anschwellender Säuglingssterblichkeit. Aber mit der zunehmenden Verheiratung der städtischen Unterschichten und den Wandlungen ihres Lebens stiegen die städtischen Geburtenziffern noch schneller. Die demographische „Leistungsfähigkeit" der Städte wuchs, sie überrundeten das Land. Daß dies bis in die 1880er Jahre nicht durch den Rückgang des Sterbens sondern durch vermehrtes Gebären geschah, verweist auf wesentliche Eigenarten der damaligen Industrialisierung, die Fortschritte erbrachte, jedoch mit hohen Kosten – ein sehr dynamisches System mit bemerkenswert großem Verschleiß.

b) Das Wachstum der Städte und die Zunahme der Wanderungen

Wie gesagt, die Städte trugen nun zunehmend aus eigener Kraft zu ihrem Wachstum bei. Besonders schnell wachsende Städte expandierten zwar weiterhin vorwiegend aufgrund von Wanderungsgewinnen. So wuchs Berlin von 1816 bis 1871 von 198.000 auf 826.000 Einwohner, und dies verdankte es zu 61% seiner positiven Wanderungsbilanz. In Hamburg trugen Wanderungen sogar 77% zum Gesamtwachstum bei (1830–1870). Aber in anderen Städten resultierte das Bevölkerungswachstum bereits primär aus eigenem Bevölkerungsüberschuß: so zu Dreivierteln im Fall der rheinischen Städte Rheindahlen und Rheydt, als sie 1834–1858 von 4.500 auf 6.000 bzw. von 5.300 auf 9.800 wuchsen.[71] Im *Kreis* Düsseldorf lebten 1824 57.000 und 1854 84.000 Menschen; der Wanderungsgewinn dieser gut zwanzig Jahre machte nicht einmal ein Viertel des Geborenenüberschusses aus, trug also nur bescheiden zum Bevölkerungszuwachs bei. Die Einwohnerschaft der *Stadt* Düsseldorf wuchs von knapp 80.000 (1876) auf gut 92.000 (1880). Das waren Jahre mit hoher Wanderungsmobilität, mit vielen Zu- *und* Abwanderern, und trotzdem lag der Wanderungsgewinn (8.052) nur wenig über dem Geborenenüberschuß (6.920). Die natürliche Bevölkerungsvermehrung trug also fast ebenso viel zum Wachstum der Stadt bei wie der Wanderungsgewinn.[72] Und in Barmen, das von 1810 bis 1910 seine Einwohnerzahl verzehnfachte (von 16.289 auf 169.214) rangierte der Geborenenüberschuß fast durchweg vor dem Wanderungsgewinn, mit Ausnahme der ersten Jahre (1811–1815) und des Jahrzehnts zwischen 1860 und 1870, als die Bevölkerung der Stadt geradezu sprunghaft wuchs.[73] Die Beschleunigung des Wachstums der Städte im 19. Jahrhundert resultierte also zunehmend aus der wachsenden demographischen „Leistungsfähigkeit" der Städte selbst.

Wenn die Bevölkerung in den Städten schneller wächst als die ländliche Bevölkerung, wenn also der Anteil der Stadtbewohner an der gesamten Bevölkerung steigt, spricht man von Verstädterung.[74] Jedenfalls in einigen Regionen wuchsen im späten 18. Jahrhundert die Städte etwas schneller als das sie umge-

Tabelle 7: Verteilung der Bevölkerung auf Ortsklassen 1792–1910 (in %):

Ortsgrößenklassen	1792*	1819**	1819'	1830'	1871°	1910°°
unter 10.000	93,2	92,1	91,2	92,3	82,5	58,8
10.000 < 25.000	2,4	2,8	3,5	3,1	6,1	14,4
25.000 < 50.000	1,5	1,7	2,0	1,8	2,6	
50.000 < 100.000	1,1	1,5	1,7	1,5	3,8	5,4
über 100.000	1,7	1,9	1,5	1,3	5,0	21,3
Bevölkerungszahl	25.100.473	31.039.500	21.557.000	27.777.409	39.052.474	64.926.000

* Reich ohne österreichische Niederlande
** Deutscher Bund
' Deutscher Bund ohne Österreich und Luxemburg
° Deutsches Reich ohne Schleswig und Elsaß
°° Deutsches Reich

Quelle: W. Franke, Die Volkszahl deutscher Städte Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts, in: Zs. d. Preuß. Statist. Amtes 62, 1922, S. 102–117 (für 1792 und 1819)
H.P. Thümmler, Zur regionalen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 1816–1871, in: JbWG 1977/I, S. 55–72, 65 (für 1830 und 1871)
G. Hohorst u.a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 2: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870–1914, München 1978², S. 52 (für 1910)

bende Land, dank hinreichender Zuwanderung. In der preußischen Kurmark z.B. expandierte die ländliche Bevölkerung zwischen 1788 und 1801 um knapp 8%, die städtische (ohne Militär) um gut 16%, bzw. um gut 13%, wenn man das besonders schnell expandierende Berlin beiseite läßt.[75] Insgesamt wuchs aber die Bevölkerung der mittleren und größeren Städte – jenen mit 10.000 Einwohnern und mehr – nur um eine Spur schneller als die Bevölkerung in den kleineren Orten und auf dem Lande. Für 1792–1819 läßt das Tabelle 7 erkennen.

Zwischen 1792 und 1819 wuchsen die als solche überlebenden Residenzstädte und andere Mittelpunkte von Verwaltungsgebieten am schnellsten: Karlsruhe z.B. von 3.800 auf 15.800 Einwohner, Hannover von 11.900 auf 27.500, Berlin von 150.800 auf 200.900 und Wien von 207.000 auf 253.800. Das gleiche gilt für einige Häfen wie Rostock von 10.800 auf 15.500, Bremen von 30.000 auf 40.600 oder Emden von 8.000 auf 11.500. Hamburg vergrößerte sich von 100.200 auf 125.500. Auch einige westliche Gewerbestädte wuchsen schnell, so Krefeld von 6.400 auf 15.900. Aber größer war die Zahl der Städte, die schrumpften oder stagnierten. Dazu gehörten Augsburg, Nürnberg, Clausthal, Zittau, Mannheim und Stargard, auch Brixen, Trient und Arnsbach. Wenig verschob sich insgesamt, wie Tabelle 7 zeigt.[76]

Zwischen 1819 und 1830 nahm der Verstädterungsgrad ebenfalls nicht zu; wahrscheinlich ging er sogar leicht zurück.[77] Das schnelle Bevölkerungswachstum führte in diesen Jahrzehnten nur zur Verdichtung der ländlichen und vielleicht auch der kleinstädtischen Bevölkerung, nicht aber zur Verschiebung der Bevölkerungsanteile zugunsten der mittleren und größeren Städte. Man kann

Tabelle 8: Städtische Bevölkerung in Preußen 1816–1910 (in % der Gesamtbevölkerung) (rechtlicher Stadtbegriff)

	1816	1840	1871	1910
Östliche Provinzen*	26,9	22,9	24,2	33,7
Mittlere Provinzen**	30,3	30,4	37,0	50,7
Westliche Provinzen***	24,6	25,6	34,2	50,7
Preußen insgesamt	27,9	27,2	33,2	47,2⁴

* Ostpreußen, Westpreußen, Posen
** Brandenburg, Provinz Sachsen, Schlesien, Pommern
*** Rheinland, Westfalen
⁴ Enthält die ansonsten nicht einbezogenen, 1866/67 neu hinzugekommenen Provinzen (Hannover, Hessen-Nassau, Schleswig-Holstein) mit einem Städteanteil von 29,2 (1871) und 44,9 (1910) %.

Quelle: H. Matzerath, The Influence of Industrialization on Urban Growth in Prussia (1815–1914), in: H. Schmal (Hg.), Patterns of European Urbanization since 1500, London 1981, S. 145–179, 153, 156, 160.

sich vorstellen, wie sich das Land demographisch aufgefüllt haben muß.

Erst nach 1830, im Grunde sogar erst seit den 1840er Jahren, setzte eine solche Verschiebung – die Verstädterung – ein, wenn zunächst auch nur langsam: die Verschiebung in den vier Jahrzehnten vor 1871 war um ein Vielfaches geringer als die in den vier Jahrzehnten danach (Tabelle 7). Aber bereits jetzt zeigte sich ein Muster der Konzentration, das sich im ganzen 19. Jahrhundert fortsetzte: die größten Städte wuchsen schneller als die mittleren und die kleinen.

Unter Verwendung eines rechtlichen Stadtbegriffs, gemäß dem auch sehr kleine Orte als Städte zählten, hat Horst Matzerath diesen Befund für Preußen bestätigt, wie Tabelle 8 zeigt.[78] Von 1816 bis Anfang der 40er Jahre stagnierte der städtische Anteil an der preußischen Bevölkerung oder er ging leicht zurück.[79] Wie Tabelle 8 zeigt, nahm der städtische Anteil an der schnell wachsenden Bevölkerung der Ostprovinzen bis 1840 ab – Bevölkerungswachstum ohne Verstädterung – , während der Verstädterungsgrad in Rheinland und Westfalen nur ganz leicht anzog – trotz des schnellen Wachstums früher Gewerbestädte wie Krefeld und Barmen.[80] Übrigens wuchs auch im gewerblichen hochentwickelten Königreich Sachsen der Anteil der Städter an der Gesamtbevölkerung zwischen 1815 und 1834 nur ganz geringfügig[81], und dasselbe galt für das Großherzogtum Baden zwischen 1812 und 1849.[82]

Erst seit den mittleren 40er Jahren, seitdem die Eisenbahnen sich fühlbar machten und Fabriken in größerem Umfang gebaut wurden, kam die Verstädterung wirklich auf den Weg. Von 9% auf fast 14% sprang der Anteil der in Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern lebenden Bevölkerung in Sachsen zwischen 1834 und 1848 hoch. Von 27% 1840 auf 33% 1871 erhöhte sich der Anteil der preußischen Bevölkerung, der überhaupt in Städten wohnte (Tabelle 8), obwohl gleichzeitig das Bevölkerungswachstum insgesamt ein wenig nachließ. Nun faßte

Tabelle 9: Bevölkerung in Städten mit mehr als 5.000 Einwohnern (in % der Gesamtbevölkerung)[86]

mehr als 5.000 Einwohner		5.000–20.000	20.000–100.000	über 100.000	Bevölkerungszahl insgesamt in Tausend
1819+	10,4	5,1	3,4	1,9	31.039
1819++	11,5	5,9	4,3	1,3	24.414
1875++	26,4	12,0	8,2	6,2	42.727
1910++	70,1	14,1	34,7	21,3	64.926

\+ Territorium des Deutschen Bundes von 1815

++ Territorium des Deutschen Reiches von 1871

Quelle: W. Franke, Die Volkszahl deutscher Städte Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts, in: Zs. d. Preuß. Statist. Amtes 62, 1922, S. 102–117, hier 118, 120 (für 1819); A.F. Weber, The Growth of Cities in the 19th Century. A Study in Statistics (1899), ND Ithaca, N.Y. 1963, S. 90 (für 1875); G. Hohorst u.a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 2: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870–1914, München 1978², S. 43 (für 1910).

auch im Osten der Verstädterungsprozeß Fuß, jedoch langsamer als in den mittleren oder gar den westlichen Provinzen. Dort setzten sich die Städte mit Montanindustrie und Metallverarbeitung an die Spitze des Wachstums: Essen und Dortmund, Hoerde, Bochum und Duisburg. Ältere kleine Städte schrumpften, so vor allem im Münsterland, in der Eifel, im Hunsrück und im Harz, im schlesischen Riesengebirge und anderswo (Tecklenburg, Freystadt, Monschau, Berleburg und Kupferberg). Industrielle Standortfaktoren und die Verbindung zur Eisenbahn machten viele Städte groß, wie sie umgekehrt andere abschnürten und ins Abseits drängten.

Zwischen 1840 und 1870 kam die Verstädterung auch im Süden in Gang. In Österreich nahm der Bevölkerungsanteil der Städte mit 10.000 Einwohnern und mehr von 5,1% 1837 auf 9,3% 1869 und 15,8% 1890 zu – ein rasches Wachstum, wenn auch auf viel tieferem Niveau als in Sachsen oder Preußen.[83] In Bayern wuchsen 1840–52 und 1852–71 nicht nur die Städte schneller als das Land, sondern wie in Preußen, Sachsen und anderswo die großen Städte schneller als die kleinen und München rascher als alle anderen.[84] Überall blieb allerdings die Geschwindigkeit der Verstädterung bis 1870 weit unter dem, was nach 1870 üblich wurde.[85] Die große Zeit der schnellen Verstädterung war in Deutschland das Kaiserreich, nicht das Jahrhundertdrittel davor. Auch die folgende Tabelle 9 zeigt das. Sie gibt an, wieviel Prozent der gesamten Bevölkerung in Städten mit mehr als 5.000 Einwohnern lebten.

Die innerdeutschen Unterschiede im Verstädterungsgrad waren und blieben ausgeprägt. Mitte der 50er Jahre lebten in Preußen 7,3% der Bevölkerung in Städten mit 30.000 Einwohnern und mehr, während für Sachsen die entsprechende Zahl mit 10,5%, für Österreich mit 4,6% und für Hannover mit 3,0% angegeben wird. Das westliche Europa war stärker verstädtert. Die Zahlen für

Tabelle 10: Verstädterungsgrad ausgewählter Länder und Regionen im Deutschen Reich 1875
(Prozentuale Verteilung der Bevölkerung auf unterschiedliche Ortsgrößenklassen)

	Bevölkerung in Orten mit weniger als 2.000 Einw.	Bevölkerung in Orten mit 2.000–5.000 Einw.	Bevölkerung in Orten mit 5.000–20.000 Einw.	Bevölkerung in Orten mit 20.000–100.000 Einw.	Bevölkerung in Orten mit mehr als 100.000 Einw.
Rheinprovinz (Pr.)	39,7	17,8	21,6	17,4	3,5
Ostpreußen	78,3	8,8	6,3	–	6,6
Kgr. Bayern	74,0	8,2	8,0	6,0	3,8
Württemberg	66,3	14,7	10,5	2,7	5,7
Kgr. Sachsen	47,3	16,8	16,0	8,2	11,8
Deutsches Reich	61,0	12,6	12,0	8,2	6,2

Quellen: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1, Berlin 1880, S. 6; Statistik des Deutschen Reiches 25/II, 1877, S. 88

Belgien, die Niederlande und England lauteten 13,1%, 16,8% und 32,1%, für Frankreich dagegen nur 8,4%. Mindestens die Größenordnungen dürften damit richtig getroffen sein.[86] Tabelle 10 illustriert die innerdeutschen Unterschiede für 1875.

1819 hatte es im Bereich des Deutschen Bundes drei Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern gegeben: Wien, Berlin und Hamburg. 1875 gab es 15 Städte mit 100.000 und mehr Einwohnern auf demselben Territorium: Wien, Berlin und Hamburg weiterhin an der Spitze, dann München, Breslau, Prag, Dresden, Köln, Triest, Königsberg, Leipzig und Magdeburg (davon 12 im Deutschen Reich). 1819 gab es im Deutschen Bund 191 Städte mit 5.000–20.000 Einwohnern und 30 Städte mit 20.000–100.000 Einwohnern. Die entsprechenden Zahlen für das Deutsche Reich von 1875 betrugen 591 und 88.[87] Tabelle 11 nennt die Städte, die 1875 50.000 und mehr Einwohner zählten und zeigt ihr Wachstum seit 1800. Oben wurden die mit dem schnellsten Wachstum eingeordnet: Städte, die um 1800 noch recht klein waren und insofern leichter hohe Wachstumsraten erzielen konnten. Städte mit Montan- und Maschinenbauindustrie (Dortmund, Essen) wuchsen schneller als die älteren Textilstädte (Aachen, Augsburg); Chemnitz und Barmen diversifizierten. Industrie- und Hauptstädte expandierten schneller als Handels- und Hafenstädte.[88]

Verstädterung und regionale Mobilität[89] hängen viel weniger eng zusammen als man zunächst annehmen sollte. Wanderungen, und zwar häufige Wanderungen, gab es lange vor der Verstädterung.[90] Stephen Hochstadt vermutet, daß die deutschen Städte um 1800 mobiler, fluider waren als heute.[91] Zunehmend resultierte das Wachstum der Städte aus städtischem Geborenenüberschuß. Der Wanderungsgewinn betrug in der Regel nur einen Bruchteil des

Tabelle 11: Wachstum deutscher Städte 1800–1875

Stadt	Einwohnerzahl in Tausend 1800	1875	Wachstum in % 1800–1875
1. Dortmund	4	58	1350,0
2. Essen	4	55	1275,0
3. Krefeld	7	63	800,0
4. Düsseldorf	10	81	710,0
5. Chemnitz	11	78	609,1
6. Stuttgart	18	107	494,4
7. Hannover	18	107	494,4
8. Berlin	172	967	462,2
9. Barmen	16	86	437,5
10. München	40	193	382,5
11. Elberfeld	17	81	376,5
12. Stettin	18	81	350,0
13. Posen	16	61	337,5
14. Leipzig	30	127	323,3
15. Breslau	60	239	298,3
16. Magdeburg	23	88	282,6
17. Altona	23	84	265,2
18. Dresden	60	197	228,3
19. Braunschweig	30	66	210,0
20. Halle a.d.S.	20	61	205,0
21. Nürnberg	30	91	203,3
22. Aachen	27	80	196,3
23. Köln	50	135	170,0
24. Mainz	21	56	166,7
25. Bremen	40	103	157,5
26. Danzig	41	98	139,0
27. Kassel	23	53	130,4
28. Augsburg	26	57	119,2
29. Frankfurt	48	103	114,6
30. Hamburg	130	265	103,8

Quellen: Für 1800: W. Franke, Die Volkszahl deutscher Städte Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts, in: Zs. d. Preuß. Statist. Amtes 62, 1922, S. 112–117; Th. Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983, S. 113

Für 1875: Statist. Jb. f. d. Dt. Reich 2, 1881, S. 7

Wanderungsvolumens, und beide Größen entwickelten sich keineswegs parallel. 1855 z.B. registrierte man in Düsseldorf 7.742 Wanderungsbewegungen, d. h. Zuwanderungen und Abwanderungen zusammen, aber insgesamt einen Wanderungsverlust von nur sechs bei einer Einwohnerzahl von 44.307. Dagegen führten 1852 in derselben Stadt 7.265 Wanderungsbewegungen zu einem Wanderungsgewinn von 1.011, bei einer Einwohnerzahl von 42.733.[92] Im Regierungsbezirk Düsseldorf wurden von 1824 bis 1854 1,3 Millionen Wanderungsvorgänge, d. h. Zu- und Abwanderungen, verbucht; im selben Zeitraum betrug der Wande-

rungsgewinn, also die Differenz zwischen Zu- und Abwanderungen, nur 65.526, d.h. 5%.[93] Wie man daraus vermuten und mit anderen Informationen belegen kann, blieb immer nur ein kleiner, im Umfang stark wechselnder Anteil der Zuwandernden für längere Zeit am Ort. In Berlin etwa wurde 1885 festgestellt, daß 32% der männlichen und 27% der weiblichen Zuwanderer weniger als ein halbes Jahr anwesend waren; nur 26% der Männer und 40% Frauen blieben länger als fünf Jahre.[94] Ein sehr großer Anteil der Wanderungen war Kurzzeitwandern und hing nicht direkt mit der Verstädterung zusammen, sondern mit der Schwierigkeit, sich am Heimatort ausreichend zu ernähren, mit der Wahrnehmung kurzzeitiger, z.B. saisonbedingter Arbeiten in Landwirtschaft, Bauwesen und anderen Bereichen sowie mit der Suche nach Arbeit. Sehr häufig kehrten Zuwanderer nach einiger Zeit zu ihrem Herkunftsort zurück. Der Übergang zur Nichtseßhaftigkeit war fließend. Es bestand keine Einbahnstraße vom Land zur Stadt, vielmehr ein „pulsierender Wechsel".[95]

Dennoch: Die Verstädterung wäre ohne umfangreiche Wanderungen vom Land zur Stadt nicht möglich gewesen. Der Geborenenüberschuß in den Städten blieb trotz aller Konsolidierungstendenzen im größten Teil des Untersuchungszeitraums hinter dem Geborenenüberschuß auf dem Lande zurück. Ohne massenhafte Land-Stadt-Wanderung keine Verstädterung. Diese war Grund unter anderen für regionale Mobilität, die im übrigen viele Formen und Ursachen hatte, in der aber die unteren Schichten und insbesondere die Arbeiter eindeutig dominierten. Fast immer war die Zuwanderung in städtische Kreise größer als in ländliche; oft wanderten aber auch mehr Leute aus städtischen als aus ländlichen Kreisen ab.[96] Etwa zur gleichen Zeit, als die Verstädterung Tritt faßte, erhöhten sich die Wanderungsraten: Um je 3% pendelte sowohl die Zu- wie die Abwanderungsrate – jeweils pro Kopf der Einwohnerschaft – im Regierungsbezirk Düsseldorf von 1818 bis 1830. Ab etwa 1830 stiegen sie beide relativ parallel, fast durchweg mit einem kleinen Vorsprung bei der Zuwanderung. Um 1840 erreichten sie eine erste Spitze: über 7% die Zuwanderungs-, über 6% die Abwanderungsrate; dann schwankten und sanken sie, erreichten aber Mitte der 50er Jahre wieder dasselbe Niveau und stiegen dann, unterbrochen durch Phasen schwankender Stagnation, weiter. 1865 pendelten sie um je 10%. D.h. seit 1830 hatten sie sich mehr als verdreifacht.[97] Und Düsseldorf war kein außergewöhnlich mobiler Bezirk. Andere Orte wie Rheydt, Duisburg oder Berlin[98] zeigten ähnlich hohe, zum Teil höhere und langfristig durchweg steigende Mobilitätsziffern; allerdings fehlen in der Regel die Daten für einen Langzeitvergleich, wie er im Fall Düsseldorfs möglich ist. Eine Erhebung von 1871 ergab, daß 41% der Bevölkerung des Düsseldorfer Regierungsbezirks nicht mehr in der Gemeinde ihrer Geburt lebten; die entsprechende Zahl für ganz Preußen war 43%. Und das war nicht viel weniger als 1907, als 48% der Reichsbevölkerung außerhalb der Gemeinde ihrer Geburt lebten.[99]

Es ist zweifellos richtig, daß die regionale Mobilität der deutschen Bevölkerung im späteren Kaiserreich noch einmal zunahm, übrigens wiederum parallel mit der sich dann ebenfalls beschleunigenden Verstädterung, bevor sie dann seit 1920 endgültig zu sinken begann. Die Düsseldorfer Raten erreichten 1920 eine

Höhe von 14%, nach 10% 1865 und 3% 1825.[100] Es ist auch richtig, daß die Fernwanderungen – vor allem aus dem agrarischen Nordosten in die Industrialisierenden Gegenden Mittel- und Westdeutschlands – erst nach 1870 anschwollen und innerhalb unseres Zeitraums die Nahwanderung eindeutig vorherrschte, wenn auch in den Wanderungen von 1870 wie schon in den vorangehenden Jahrhunderten ein bemerkenswerter Anteil von Fernwanderung enthalten war, vor allem aus Städten in Städte.[101] Die Struktur der Wanderungen und die Zusammensetzung der wandernden Populationen änderte sich; z. B. nahm die Familienwanderung zu, obwohl die Mehrheit der Wanderungen jüngere, unverheiratete Männer waren und blieben. Dies ist noch gesondert zu diskutieren, mit Blick auf die Arbeiter und ihre Klassenbildung.[102] Hier sollte zunächst nur ein Eindruck davon vermittelt werden, daß die gesellschaftliche Wirklichkeit auch in Hinsicht der Wanderungen längst vor 1875 kräftig in Bewegung geraten war und sich fortgesetzt beschleunigte, in deutlicher Steigerung gegenüber dem 18. Jahrhundert, wenn auch noch weniger radikal als im späten Kaiserreich. Wer gegenüber den Jahrhunderten zuvor mobiler geworden war, das war wohl vor allem die aus Feudalbindungen zunehmend befreite und allmählich in den Vestädterungssog geratende Landbevölkerung; kaum aber galt dies für die Handwerker, Kaufleute und Gelehrten, die im 16. Jahrhundert möglicherweise wanderungslustiger waren als im 19.[103]

3. Markt und Industrie: die Revolutionierung des Wirtschaftslebens

a) „Kapitalismus" und „Industrialisierung" – die Wahl der Begriffe

Die bevölkerungsgeschichtliche Bewegung hing mit der wirtschaftsgeschichtlichen eng zusammen. Die vorstehende Skizze über Demographie, Verstädterung und Wanderung ist immer wieder auf ökonomische Bedingungen gestoßen, besonders auf eine tiefgreifende Veränderung, die sich zwischen den späten dreißiger und frühen fünfziger Jahren durchgesetzt zu haben scheint und die Struktur des bevölkerungsgeschichtlichen Wandels wie die Land-Stadt-Relationen zutiefst veränderte: die erste Phase der Industrialisierung, die Industrielle Revolution. Was die rasante Vermehrung der Bevölkerung jener Jahrzehnte für Gesellschaft, Staat und die vielen Einzelnen bedeutete, hing zentral davon ab, wie weit die wirtschaftliche Entwicklung Schritt hielt und die wachsende Einwohnerzahl zu „verkraften" vermochte. Hielt sie Schritt, hinkte sie nach oder lief sie voraus?

Es ist durchaus möglich, den Zeitraum zwischen 1800 und 1875 wirtschaftsgeschichtlich als Einheit zu begreifen, nämlich als Phase der sich beschleunigenden Durchsetzung der kapitalistischen Wirtschaftsweise, wenngleich diese Sichtweise keine ganz scharfe Abgrenzung gegenüber den Jahrzehnten zuvor und danach ergibt. Denn der Kapitalismus befand sich bekanntlich längst vor 1800 auf dem Vormarsch, und umgekehrt war sein Siegeszug 1875 noch keineswegs zuende.[104] In den ersten drei Vierteln des Jahrhunderts – und zwar schrittweise auf den ganzen Zeitraum verteilt – wurden die rechtlich-institutionellen Hindernisse abgebaut, die der Durchsetzung einer kapitalistischen Marktwirtschaft im Wege standen. Obrigkeitsstaatliche Gängelung trat zurück; viel mehr als vor 1800 – und immer klarer bis 1875 – wurde das wirtschaftliche System seinen eigenen Regelungsmechanismen überlassen. Erst seit den späten siebziger Jahren sollte sich dieser wirtschaftsliberale Trend wieder wenden. – Ständisch-feudale Strukturen wurden zunächst geschwächt und schließlich weitgehend abgebaut – zugunsten strikt individualisierter, marktkonformer Eigentumsrechte. Kleinräumige Fragmentierung durch Grenzen und Zölle machte neuer Weiträumigkeit Platz – eine wichtige Bedingung der Herausbildung von Märkten.[105] Die Differenzierung der wirtschaftlichen Rollen nahm zu und damit die Möglichkeit ihrer marktmäßigen Koordination: Die Selbstversorgung der Haushalte ging zurück, die Marktquote der landwirtschaftlichen Betriebe nahm zu, die Arbeitsteilung verfeinerte und profilierte sich – Voraussetzung der Vermehrung von Tauschvorgängen zwischen den Trägern der verschiedenen Rollen.[106] Gleichzeitig – und darin bestand eine wichtige weitere Voraussetzung marktförmiger Prozesse – entwickelte sich die überlokale Integration der sich herausbildenden Wirtschaftsgesellschaft: der Ausbau des Verkehrs- und Nachrichtensystems und die Verdichtung überlokaler Kommunikation.[107]

Sicher ließe sich nachweisen, daß im Resultat die Integration der Märkte zunahm, zunächst und vor allem des Kapitalmarktes. Seine überregionale Erstreckung trat immer deutlicher hervor, die Häufigkeit marktmäßiger Transaktionen nahm mit der Entstehung der Börsen zu, und eine gewisse regionale Angleichung der Kapitalkosten fand statt.[108] Eine gründliche Untersuchung des relativ zur Bevölkerung zunehmenden, sich arbeitsteilig verfeinernden Handels und der Verbrauchsgewohnheiten würde zeigen, daß die überlokalen und überregionalen Warenströme an Volumen und die entsprechenden Tauschakte an Häufigkeit zunahmen. Allerdings führte das im Untersuchungszeitraum noch nicht zur Nivellierung regionaler Preis- und Lohnunterschiede; zumindest die letzteren scheinen vielmehr eher zugenommen zu haben, doch der Trend ist weder eindeutig noch gut erforscht. Die Zunahme von Marktintegration kann ja zunächst durchaus zur schärferen Durchzeichnung regionaler Unterschiede führen die durch Tradition, ungleiche Faktorausstattung oder verschiedene Standortbedingungen begründet sind.[109] Daß die Wanderungen von arbeitsuchenden und -findenden Menschen an Häufigkeit zu- und an Weiträumigkeit jedenfalls nicht abnahmen, wurde bereits erwähnt – ein wichtiges Indiz für die Durchbildung von Arbeitsmärkten.[110] Unternehmensgeschichtliche Untersuchungen können zeigen, daß die zum Selbstzweck werdende und im Prinzip grenzenlose Gewinn- und Akkumulationsorientierung wirtschaftlicher Entscheidungen im Einzelfall immer klarer hervortrat und insgesamt einen wachsenden Anteil der wirtschaftlichen Entscheidungsträger leitete, das „Nahrungs"-Denken zurückdrängend, wenn auch gerade in dieser Hinsicht die kapitalistischen Unternehmer während des ganzen 19. Jahrhunderts im Vergleich zur großen Zahl nicht oder kaum kapitalistisch orientierter Handwerker und Bauern in der Minderheit blieben. Die Bourgeoisie, das kapitalistisch orientierte Wirtschaftsbürgertum, blieb eine kleine Minorität, aber sie gewann an wirtschaftlicher Macht, in zweiter Linie auch an politischem Einfluß und in dritter Linie an sozialer Maßgeblichkeit dazu.[111] Wie sich im Zuge der allmählichen Durchsetzung des Kapitalismus in den verschiedenen Wirtschafts- und Lebensbereichen soziale Ungleichheitsmuster und politische Einflüsse, Erfahrungen und Lebensweisen veränderten, wird vor allem in Bezug auf die Arbeiter zu diskutieren sein.

Gerade wenn man über Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte schreibt, empfiehlt es sich sehr, diese Langzeitperspektive – die Durchsetzung des Kapitalismus – im Auge zu behalten, welche die vorindustrielle und industrialisierende Jahrzehnte verknüpft. Denn die Arbeiterklasse – soweit sie sich denn überhaupt herausbildete – hatte ihre vorindustriellen Wurzeln. Auch die Anfänge der Arbeiterbewegung reichen in die Zeit vor Beginn der Industriellen Revolution zurück.

Aber der heutige wirtschaftsgeschichtliche Forschungsstand ist mehrheitlich anders organisiert. Für ihn steht das Phänomen der Industrialisierung im Vordergrund, und von da aus sind die entscheidenden Ordnungsbegriffe und Datierungsvorstellungen geprägt: industrielle im Unterschied zu vorindustrieller Wirtschaft und Gesellschaft; Frühindustrialisierung; manchmal noch Industrielle Revolution, auf jeden Fall Hochindustrialisierung. Vom Aufbruch zur Industria-

lisierung oder ihrer Anlaufperiode wird gesprochen, von ihrem Durchbruch oder ihrem *take-off*. Selbst der neueste unter diesen, die Forschung organisierenden Begriffen – „protoindustriell" – verortet, was er bezeichnet, nämlich die kapitalistisch eingebundene Heimindustrie relativ zur Industrialisierung. „Kapitalismus" gehört nicht zu den zentralen Ordnungsbegriffen der vorherrschenden, nichtmarxistischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, anders als bei Marx, Sombart oder Weber.[112]

Teilweise resultiert dies aus einem politisch-ideologisch bedingten Verdrängungsvorgang: Nur mit spitzen Fingern, gewissermaßen mit Anführungszeichen, glaubt man sich eines Begriffes bedienen zu können, der so sehr zum kritisch-polemischen Instrument in der politischen Auseinandersetzung geworden ist. „Kapitalismus" scheint Unfeines zu assoziieren, nämlich Ungleichheit, Abhängigkeit, Profitorientierung als Motivation – nicht aber Wachstum, Modernisierung und Fortschritt.[113] Teilweise aber hat der Siegeszug des Industrialisierungs- auf Kosten des Kapitalismusbegriffs auch sachlich überzeugendere Gründe: Er spiegelt die Einsicht in die fundamentale Wirkungsmöglichkeit der Industrialisierung wider, die das Leben der Menschen in gut einem Jahrhundert umfassender und tiefgreifender umgekrempelt hat als irgendein anderer Prozeß in der Menschheitsgeschichte seit der Seßhaftigkeit in der Jungsteinzeit.[114] Als Strukturwandlungs- und Wachstumsprozeß, der bis heute andauert, hat sie das Leben der Menschen in den industrialisierenden und in den nicht-industrialisierenden Gebieten der Erde auf eine neue Grundlage gestellt. Und auch wer primär an der Geschichte des Kapitalismus interessiert ist, wird der Industrialisierung größtes Interesse entgegenbringen. Denn sie erst machte den Kapitalismus zum dominanten Ordnungsprinzip der Wirtschaft, sie erst entfaltete ihn voll. Das gilt entsprechend für die Geschichte der Arbeiterklasse: So sehr diese als Produkt der kapitalistischen Umstrukturierung zu begreifen ist und mit ihren Wurzeln in die vorindustrielle Zeit zurückreicht, so richtig ist es doch, daß sie sich schnell und umfassend erst mit der Industriellen Revolution entwickelte – zusammen mit der Lohnarbeit, die ebenfalls viel älter ist als die Industrialisierung, aber erst mit dieser zum Massenphänomen wurde.

Den Kapitalismus-Begriff kann der Industrialisierungs-Begriff nicht ersetzen; soweit er an dessen Stelle trat, hinterließ er ein Vakuum. Denn auf die Eigentums- und Verkehrsverhältnisse, auf Abhängigkeit und Ungleichheit lenkt er die Aufmerksamkeit nicht mit Notwendigkeit. Vieles, was bei Sombart noch Standardwissen war, sucht man in heutigen Handbüchern vergebens, und das hängt mit jener begrifflichen Verschiebung zusammen.[115] Aber umgekehrt weist „Kapitalismus" zu wenig auf jene gewichtigen Momente hin, die mit der Industrialisierung neu hinzu kamen: das fast permanente Wachstum vor allem und den Durchbruch der zentralisierten Produktion auf maschineller Grundlage in der Fabrik.

Kapitalistische Verkehrsformen ermöglichten im 19. Jahrhundert die Ingangsetzung der Industrialisierung. Grundsätzliche Alternativen bestanden in dieser Hinsicht wohl nicht: Es ist nicht vorstellbar, daß die Industrialisierung damals als verwaltungswirtschaftlich organisierter, zentral geplanter und von Bürokratien gesteuerter Prozeß auf den Weg gekommen wäre. Dies zu glauben hieße, die

Voraussicht und die Steuerungsfähigkeit, die Spielräume und die Kapazitäten der damaligen Bürokratien extrem zu überschätzen. Scheint die Leitung eines höchst arbeitsteiligen gesamtwirtschaftlichen Prozesses auf industrieller Basis die Steuerungskapazität von Verwaltungen doch selbst heute noch glatt zu überfordern! Der Markt scheint als wirtschaftliches Steuerungsinstrument unersetzbar, wenngleich ergänzungs- und seinerseits korrekturbedürftig. Auch genossenschaftliche Alternativen zur individualkapitalistischen Organisation der Industrialisierung bestanden vermutlich nicht, wenn diese denn in Schwung kommen sollte. Dafür verletzte sie zu viele herkömmliche Interessen, war sie zu wenig planbar und voraussehbar, fand sie zu wenig Konsens in der breiten Bevölkerung und insbesondere bei den am Herkömmlichen orientierten Handwerkern, die am ehesten für genossenschaftliche Unternehmungen in Frage gekommen wären. Überdies waren und sind die eingebauten Strukturschwierigkeiten genossenschaftlicher Unternehmungen riesig. Die kapitalistische Organisation der Industrialisierung war also wohl unumgänglich, wenn diese überhaupt in Gang kommen sollte. Marktmäßige Mobilität von Arbeitskräften, Qualifikationen, Produktionsmitteln und Kapital mußten schon gegeben und unternehmerisches Streben mit Innovations- und Risikobereitschaft mußte schon vorhanden sein, damit die Industrialisierung auf den Weg kommen konnte. Aber einmal in Gang gesetzt, veränderte sie den Kapitalismus zutiefst und tut dies noch heute.[116]

b) Vorindustrielle Jahrzehnte mit frühindustriellen Elementen

Unter industrialisierungsgeschichtlichen Gesichtspunkten soll hier der Untersuchungszeitraum von 1800 bis 1875 in zwei große Abschnitte eingeteilt werden: in eine vorindustrielle Phase mit starken „protoindustriellen" und „frühindustriellen" Elementen von 1800 bis etwa 1840 einerseits und andererseits in die Phase der Industriellen Revolution. So soll hier die erste Industrialisierungsphase genannt werden, die etwa um 1840 begann und deren Ende üblicherweise 1873 datiert wird, als mit der „Gründerkrise" das industrielle Wachstum in eine Phase vorübergehender Stockung geriet, jedoch weder langfristig abbrach, noch rückläufig wurde. Es hatte, wie man sagen kann, die institutionellen Voraussetzungen seiner Fortsetzung erreicht: Die Industrialisierung war auf Dauer gestellt, die Durchbruchsphase beendet. Allerdings ist die Zäsur zwischen vorindustrieller Phase und Industrieller Revolution nicht auf ein bestimmtes Jahr festzulegen. Vielmehr handelt es sich um eine „Spanne der Zäsur", die von den späten 1830er Jahren bis in die frühen 1850er Jahre reicht.

Diese Datierung ist weder ungewöhnlich noch selbstverständlich. Zwei Einwände seien hervorgehoben. Zum einen ist unbestreitbar, daß die regionalen Unterschiede ungemein ausgeprägt waren. Ist es dann aber nicht künstlich, von einer „deutschen Industrialisierung" zu sprechen, wenn die Entwicklung am Niederrhein der in Nordfrankreich ähnlicher war als der im zurückgebliebenen Pommern? Was bedeutet dann die Annahme einer Zäsur in den 1840er Jahren?[117]

Das Argument ist stark, doch geht es hier nicht um die Geschichte der Industrialisierung allein, sondern um Industrialisierung als Teil eines umfassenden Wandlungsprozesses, zu dem auch die Herausbildung einer staatlich verfaßten Gesellschaft, einer deutschsprachigen Kultur und eines Nationalstaats gehörte – mit dem Ziel, die Geschichte von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland zu schreiben. Von solchen Fragestellungen her kommt die Auflösung der Industrialisierung in regionale Einheiten ebensowenig in Betracht wie ihre Thematisierung als ausschließlich europäisches Phänomen – so sehr diese Differenzierungen und Zusammenhänge im Auge zu behalten sind.

Andere bestreiten die Möglichkeit, eine scharfe Zäsur als Beginn der Industrialisierung zu entdecken; sie betonen den graduellen Charakter dieser Prozesse und vermeiden es, von „Revolution" zu sprechen.[118] In der Tat, scharf ausgeprägte Brüche fehlen in der Entwicklung der meisten Indikatoren: Fabrikgründungen gab es im Rheinland, in Sachsen und an anderen Orten schon seit den 1780er Jahren, vor allem im Textilbereich. Das Sozialprodukt und die Investitionsquote stiegen nicht erst seit den 1840er Jahren. Die anteilsmäßige Umverteilung der erwerbstätigen Bevölkerung vom agrarischen zum gewerblichen Sektor war längst im Gange und umgekehrt wurden die älteren Formen der gewerblichen Produktion – das Handwerk und das verlagskapitalistisch eingebundene Heimgewerbe – auch nach 1850 durch die rasch vordringenden Fabriken nicht wirklich verdrängt. Wo immer man genauer hinblickt, entdeckt man im Wandel die Kontinuität.

Dies ist einzuräumen, und in der Darstellung werden die Kontinuitäten sich immer wieder in den Vordergrund drängen. Doch weiß man als Historiker ohnehin, daß solche komplexe Prozesse wie die Industrialisierung niemals ganz scharf zu datieren sind. Man ist sich der Tatsache bewußt, daß die gleichwohl zu Darstellungszwecken notwendige Periodisierung immer einen Schuß Dezision enthält. Und man hofft, daß der Leser dies weiß. Und schließlich kann man darauf verweisen, daß trotz aller Kontinuitäten und regionaler Unterschiede in den 1840er Jahren gleichwohl eine deutliche Beschleunigung des Wandels eintrat, so daß die von vielen Autoren geteilte Vorstellung eines „take-off", eines „Großen Spurts", eines „Durchbruchs", einer „Schwelle" nicht abwegig ist. Im deutschen Fall brachte der Eisenbahnbau seit den späten dreißiger Jahren eine neue Qualität ins Spiel. Er trieb die Investitionen außerhalb der Landwirtschaft geradezu sprunghaft nach oben, er riß andere Branchen mit sich, so vor allem den Maschinenbau, die Metallproduktion und den Bergbau, und er gab dem Ausbau der Märkte eine neue Dynamik. Die deutsche Entwicklung gewann jetzt – seit den vierziger Jahren – Anschluß an die internationale, kommerziell-gewerblich bestimmte Konjunktur. Die meisten Indikatoren signalisieren neue Beschleunigung. In all dem unterschied sich das dritte Jahrhundertviertel sehr klar von dem zweiten und ersten. Daher ist es richtig, an der Vorstellung eines einigermaßen identifizierbaren Beginns der Industrialisierung und an der Etikettierung ihrer ersten Phase von den 1840er Jahren bis zur Mitte der siebziger Jahre als „Industrielle Revolution" festzuhalten.[119]

Die napoleonische Zeit mit ihren Kriegen und Kontributionen, ihren vorüber-

gehenden und bleibenden Grenzveränderungen, ihren Handelsblockaden und Nachfrageveränderungen, begünstigte zwar einige Gewerbe und Regionen, z. B. die Armeelieferanten und die von der englischen Konkurrenz vorübergehend geschützten Textil- und Metallverarbeitungsbetriebe. Sie begünstigte auch die einsetzende Zuckerrübenverwertung, insgesamt vielleicht die linksrheinischen Gebiete mit Anschluß an den französischen Markt, sowie Hamburg, das von der Besetzung Amsterdams profitierte. Während viele verarmten, entstanden auch große Vermögen neu. Spekulation machte sich breit, der Grundstücksmarkt florierte. Auch mag „der rasche Wechsel von Gunst und Ungunst, von Glück und Zusammenbruch" zur Erschütterung und Auflockerung der traditionellen Wirtschaftsstruktur beigetragen, die überkommenen Traditionen in Frage gestellt und viele für Neuerungen bereitgemacht haben.[120] Aber zunächst hemmten der politische Wirrwarr und die unmittelbaren Kriegsauswirkungen das Wirtschaftsleben und schädigten vor allem die ausfuhrabhängige Produktion: die exportorientierte Großlandwirtschaft und die Leinen-, meist verlagsabhängigen Seiden- und Wollgewerbe, die ihre ausländischen Märkte teils vorübergehend, teils ganz verloren.[121] Zum Teil schon vor 1815, zum Teil in den folgenden Jahrzehnten hatten Landwirtschaft und Gewerbe, Handel und Verkehr die Anstöße und Auswirkungen der Reformen zu verarbeiten und – man denke an die ständig wechselnden, sich erweiternden Zollgebiete und die vielen Winkelzüge der Agrar- und Gewerbepolitik – ständig auf neue Situationen einzugehen. Immer stärker beeinflußte das wirtschaftlich fortgeschrittene England die deutsche Entwicklung: durch Exporte (vor allem Garne und industrielle Fertigprodukte) in den nur wenig durch Zölle geschützten deutschen Wirtschaftsraum, als Konkurrent, dessen Vorsprung man aufholen wollte, aber auch als Quelle für begehrte Fachleute, Informationen und Maschinen wie als nachzuahmendes Vorbild schlechthin.[122]

Insgesamt war der wirtschaftliche Fortschritt schon im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts bedeutend. Die Agrar- und Gewerbereformen des Jahrhundertbeginns wirkten sich zumindest nicht hinderlich aus; wahrscheinlich gehörten sie zu den wichtigsten Antriebsfaktoren. Die Ausweitung der Nutzfläche (um etwa 20%) sowie die Steigerung der Produktivität (bei Getreide pro Flächeneinheit um knapp 10%) durch verbesserte Anbaumethoden und Hinwendung zu ertragreicheren Blattfrüchten (Kohl, Kartoffel) haben die landwirtschaftliche Produktion schon zwischen 1800 und 1835 schneller wachsen lassen als die Bevölkerung, obwohl nach 1815 zunächst die kriegsbedingten Rückgänge gutgemacht werden mußten. Um ca. 35% wuchs die Bevölkerung von 1800 bis 1835, aber um knapp 60% die pflanzliche und um knapp 50% die tierische Produktion. Während die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Arbeitskräfte zwischen 1800 und 1850 um ca. 20% zunahm, verdoppelte sich die landwirtschaftliche Produktion (im Volumen und nach ihrem Wert in konstanten Preisen). Im selben Zeitraum wuchs die Bevölkerung lediglich um etwa die Hälfte. Auch nach 1850 ging die Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion weiter, vor allem durch intensivere Nutzung des Bodens, bis 1860 zudem noch durch Erschließung von neuem Land, seit den 1860er Jahren auch ansatzweise durch Maschinisierung und künstlichen Dünger;

diese technischen Fortschritte wirkten sich allerdings erst nach 1875 wirklich aus.[123] Der Ausbau der Kapazitäten, gute Ernten, begrenzte Kaufkraft im Innern und vorübergehend hohe englische Einfuhrzölle ließen die Agrarpreise seit 1818 abstürzen, auf weniger als ein Drittel ihrer Höhe von 1817. Seit der Mitte der zwanziger Jahre erholten und stabilisierten sie sich jedoch, wenngleich auf einem deutlich tieferen Niveau als vor 1818. Die seit Mitte der zwanziger Jahre wieder wachsende, bald wieder unbeschränkte Ausfuhr von Agrarprodukten vor allem ins industriell fortgeschrittene England trug dazu bei, daß die als Verkäufer auftretenden Landwirte in den nächsten Jahrzehnten, wie schon vor 1818, in aller Regel auf ihre Kosten kamen – bis zum Beginn der agrarischen Strukturkrise um die Mitte der 1870er Jahre. Die Mißernten der vierziger und fünfziger Jahre ließen die Nahrungsmittelpreise sogar zeitweise wieder auf das hohe Niveau der Jahre vor 1818 klettern. Bis Anfang der siebziger Jahre blieb Deutschland ein Agrarausfuhrland, das mehr landwirtschaftliche Güter aus- als einführte.[124]

Während die Wasserstraßen (Kanäle und schiffbare Flüsse) im ersten Drittel des Jahrhunderts kaum über den 1800 erreichten Stand hinaus ausgebaut wurden, wohl aber ihre Leistungskraft mit der Einführung der Dampfschiffahrt seit den 1820er Jahren zunahm, wuchsen die befestigten Straßen („Kunststraßen") von 1800 bis 1835 ungefähr auf das Vierfache. Die Reisegeschwindigkeit der Pferdefuhrwerke verdoppelte sich. Die Transport- und Verkehrsdichte nahm zu. Auf der Ruhr wurden 1814 60.000 t Kohle befördert, 1835 aber 400.000.[125]

Die Zahl der vornehmlich im Gewerbe Beschäftigten wuchs zwischen 1800 und 1835 um ca. 45%, also ebenfalls rascher als die Bevölkerung insgesamt. Die Zahl der in größeren zentralisierten Betrieben (Bergwerken, Manufakturen, ersten Fabriken) Tätigen stieg schneller als die im Verlag, und diese wiederum schneller als die Zahl der Meister, Gesellen und Lehrlinge im Handwerk.[126] Und das war keineswegs *nur* ein Prozeß der „Übersetzung", d.h. der Einstellung unterbeschäftigter, nicht ausgelasteter Personen. Auch die Produktion nahm zu. Immerhin verdoppelte sich in jenen dreieinhalb Jahrzehnten die Menge des pro Jahr im Deutschen Bund geförderten Roheisens, und dasselbe galt in etwa für die Stahlerzeugung.[127] Seit dem späten 18. Jahrhundert begann man vereinzelt Dampfmaschinen in den Bergwerken aufzustellen und Koks (statt Holzkohle) zum Verhütten zu benutzen. Einzelne Dampfmaschinen wurden von mechanischen Werkstätten seit ca. 1815 gebaut. Seit den 1780er Jahren entstanden Spinnfabriken. Bis 1835 drangen sie bei der Herstellung des Baumwollgarns und teilweise auch bei der Wollgarnherstellung vor, kaum aber in der in Deutschland besonders verbreiteten, weiterhin vornehmlich heimgewerblichen Flachsspinnerei, deren Produkte unter entsprechenden Konkurrenzdruck der im In- und Ausland maschinell hergestellten anderen Garne gerieten.[128]

Doch darf man das alles nicht überschätzen. Bis etwa 1840 blieb die Maschinisierung weitgehend auf die Garnherstellung beschränkt. Die Garnverarbeitung etwa – das Weben vor allem – blieb noch eine Domäne der Handarbeit, vornehmlich des Heimgewerbes. Das protoindustrielle Heimgewerbe expandierte in jenen Jahrzehnten, absolut und relativ hielt es zumindest seinen Anteil, so elend sich viele Heimarbeiter auch standen. 1834 wurden in Deutschland erst 5% des

Roheisens mit Koks erschmolzen, während im holzarmen, gewerblich weiter entwickelten England schon um 1800 die Holzkohle fast ganz durch den Koks ersetzt worden war.[129] Krupps Gußstahlfabrik in Essen beschäftigte 1835 nur 67 Personen, durchaus ein größerer Betrieb für die damalige Zeit. Erst in diesem Jahr stellte sie die erste Dampfmaschine auf. In ganz Preußen gab es 1837 erst 419 stehende Dampfmaschinen und 4 Dampfschiffe. Während die britische Dampfmaschinenkapazität 1840 620.000 und die französische 90.000 PS betrug, lag die deutsche Vergleichszahl bei 40.000.[130] Nur jede zehnte gewerblich tätige Person war hier 1835 in zentralisierten größeren Betrieben tätig, und dazu zählten nicht nur Manufakturen, Fabriken und Berkwerke, sondern auch Getreide- und Ölmühlen, kleine Destillerien und ländliche Hammerwerke. 90% der primär gewerblich Tätigen gehörten zum Heimgewerbe oder zum Handwerk – etwa zu gleichen Teilen (die Abgrenzung war oft schwierig). Auch das Handwerk wuchs, absolut und pro Kopf der Bevölkerung, wenn auch langsamer als das Großgewerbe.[131]

Im Vergleich zu England war Deutschland Ende der 30er Jahre sicherlich ein unterentwickeltes Land.[132] Überdies waren die regionalen Unterschiede so ausgeprägt geblieben wie 1800. Die landwirtschaftliche Leistungssteigerung lag insgesamt wohl noch vor der gewerblichen. Diese vollzog sich insgesamt noch in den alten, überkommenen Organisationsformen. Es ist nicht zu bezweifeln und wird später genauer zu besprechen sein, daß die wirtschftliche Entwicklung bis in die vierziger und fünfziger Jahre nicht ausreichte, der rasch sich vermehrenden Bevölkerung Arbeit und Auskommen zu sichern: Außer der Auswanderung weisen darauf die verbreitete Unterbeschäftigung jener Jahrzehnte und die sich verschärfende Armut, vor allem in den vierziger Jahren hin.[133] Aber deutlich ist auch: Die Bevölkerungsvermehrung lief dem Wirtschaftswachstum auch vor Beginn der Industriellen Revolution nicht einfach davon. Zur Katastrophe wie in Irland ist es im deutschen Bereich nicht gekommen. Insgesamt betrachtet und Verteilungsfragen beiseite gelassen, hielt dieses mit jener einigermaßen mit. Wahrscheinlich ist das Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung schon im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts leicht gewachsen.[134]

c) Industrielle Revolution

Doch der wirkliche Durchbruch kam erst mit dem Eisenbahnbau der späten 1830er und 40er Jahre. 1835 wurde die erste, 6 km lange deutsche Eisenbahnstrecke von Nürnberg nach Fürth eröffnet. Das Streckennetz im Deutschen Bund umfaßte um 1840 579, um 1850 7.123, um 1870 aber schon 24.769 Kilometer.[135] Der Kapitalbedarf des Eisenbahnbaus war für damalige Verhältnisse riesig. Die 6 km von Nürnberg bis Fürth kosteten umgerechnet etwa 350.000 Mark (wie sie nach 1871 im Reiche galt. Drei Mark entsprachen anderthalb Gulden bzw. einem Taler der vorausgehenden Jahrzehnte). Das Kapital wurde, wenn es nicht aus den staatlichen Haushalten kam – so vor allem außerhalb Preußens – durch

Aktiengesellschaften zusammengebracht. Diese moderne Unternehmensform setzte sich gegen das Mißtrauen der Regierungen und des Publikums mit dem Eisenbahnbau durch und stand in der Folgezeit als Rechts- und Finanzierungsform auch den industriellen Gründungen zur Verfügung, vor allem im kapitalaufwendigen Montanbereich. Schon 1851 dürfte im Deutschen Bund mehr als 1 Milliarde Mark in Eisenbahnen investiert worden sein. Im Vergleich dazu: Die Telegraphenbauanstalt Siemens & Halske wurde 1847 mit ca. 20.000 Mark gegründet. Eine große Baumwollspinnerei und -weberei brauchte um 1850 ein Kapital von ca. 200.000 Mark. Ein Hüttenwerk neu anzulegen, mochte 600.000 bis 1 Million Mark kosten, eine Zeche – nach dem Übergang vom Stollen- zum Schachtbau seit den dreißiger Jahren – 1,5 bis 2 Millionen Mark. Bis 1850 wurden insgesamt 100 Millionen Mark in *industriellen* Aktiengesellschaften investiert und davon 85% im Montanbereich. Aber das war nur der zehnte Teil der für die Eisenbahnen zusammengebrachten Summen.[136]

Der Eisenbahnbau entwickelte vielseitige Nachfrage, vor allem nach Schienen, Lokomotiven, Waggons und Geräten. Es kam zu einer Welle von Gründungen im Montanbereich und in der metallverarbeitenden Industrie, die ihrerseits ausgerüstet werden mußten. Tabelle 12 läßt erkennen, daß der Montanbereich wie die metallherstellenden und -verarbeitenden Gewerbe ungemein schnell wuchsen, während der an sich größte gewerbliche Bereich (Textil- und Lederherstellung sowie -verarbeitung) nur langsam expandierte und anteilsmäßig verlor. In England war die Textilindustrie der wichtigste Wachstums- und Führungssektor der ersten Industrialisierungsphase gewesen, in Deutschland spielte neben den Eisenbahnen der Bereich „Metall" diese Rolle. Die Eisenbahnen verringerten andererseits die Transportkosten erheblich, vor allem seit den 1850er Jahren. Das verbilligte die Preise der transportierten Verbrauchsgüter. Oft realisierte die Eisenbahn erst, was der binnenstaatliche Zollabbau, der Zollverein und die zwischenstaatlichen Handelsverträge als bloße Möglichkeit geschaffen hatten: einen überlokalen, überregionalen Markt und damit auch Konkurrenz. Soweit regionale Preisunterschiede durch das schiere Fehlen von überregionaler Konkurrenz bedingt gewesen waren, erfuhren sie einen Ausgleich.[137] Es gab Gewinner und Verlierer: Die verkehrsmäßige Erschließung des Landes – auch durch die gleichzeitig ausgebauten Land- und Wasserstraßen – und die Einführung der Kohle als Haupt-Energieträger der Industriellen Revolution bedeuteten, daß nunmehr die Energie zu den Produktionsstätten gebracht werden konnte; diese mußten nicht mehr am Ort der Energie – oft an Wasserläufen im Gebirge – errichtet werden. Standortverschiebungen großen Ausmaßes waren die Folge. Die Eifel, das Siegerland, der Schwarzwald, der Harz, die Steiermark, der Thüringer Wald erlebten Prozesse der gewerblichen Entleerung. Andere traditionsreiche Gewerbegebiete mit günstigeren Standortbedingungen expandierten: Rheinland, Westfalen, Sachsen, Braunschweig, Brandenburg mit Berlin, die Hansestädte, Oberschlesien, Wien, Böhmen; nur wenige entstanden neu, so das Ruhrgebiet. Insgesamt begann ein Prozeß der regionalen Konzentration des Gewerbes zugunsten der Städte und auf Kosten des Landes.[138]

Dem lag allerdings neben der Verkehrsrevolution auch die Revolutionierung

Tabelle 12: Die Beschäftigungsstruktur von Industrie und Handwerk 1800–1875 (Territorium des Deutschen Reichs von 1871)

Wirtschaftssektoren	1800		1835		1850		1861		1875	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
1. Bergbau	40	1,8	80	2,5	95	2,7	174	4,2	286	5,3
2. Steine, Erden Chemie	70	3,1	150	4,6	166	4,7	282	6,7	398	7,3
3. Metallerzeugung und -verarbeitung	170	7,6	250	7,7	333	9,4	459	11,0	751	13,8
4. Feinmechanik	20	0,9	30	0,9	37	1,0	62	1,5	83	1,5
5. Textil, Leder, Bekleidung	1.170	52,2	1.585	48,8	1.638	46,1	1.814	43,4	2.048	37,8
6. Holz, Druck, Papier	230	10,3	360	11,1	397	11,2	502	12,0	652	12,0
7. Nahrung	300	13,4	470	14,5	520	14,6	586	14,0	676	12,5
8. Baugewerbe	240	10,7	325	10,0	368	10,4	473	11,3	530	9,8
9. Gesamtbeschäftigung	2.240	100,0	3.250	100,0	3.554	100,0	4.178	100,0	5.424	100,0

Quelle: W. Fischer u.a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 1: Materialien zur Statistik des Deutschen Bundes 1815–1870, München 1982, S. 54

der Produktion selbst zugrunde, wie sie sich vor allem seit den 40er Jahren in Teilen des Gewerbes abspielte. Den Kern dieses technisch-organisatorischen Wandels machte *einerseits* der Einsatz von Dampfmaschinen und damit von Kohleenergie aus, während die vorindustrielle Zeit nur Wasserkraft und Wind, tierische und menschliche Kraft als Energiequellen gekannt hatte. In Preußen arbeiteten 1835 nur 500, 1873 aber über 25.000 Dampfmaschinen. In Sachsen gab es davon 1846 227 mit insgesamt 2.751 PS, 1861 waren es 912 mit 15.144 PS und 1875 2.818 mit 57.287 PS. Die Zahl der gewerblich genutzten Dampfmaschinen stieg im langsamer industrialisierenden Bayern von 79 (1846) über 456 (1861) auf 1.817 (1875). Die entsprechenden Zahlen für Baden betrugen 24, 226 und 659. 1852 zählte man in Preußen 180 Maschinenbauanstalten mit insgesamt 9.800 Beschäftigten, 1875 waren es 1.196 mit 162.000 Beschäftigten.[139] Die gesamte Steinkohlenförderung des Deutschen Bundes belief sich 1835 schätzungsweise auf 2 Millionen Tonnen. Bis 1870 erhöhte sie sich auf mehr als das zehnfache, nämlich auf 26,5 Millionen Tonnen. In ihrer ersten Phase wurde die Industrialisierung von Kohle und Dampfkraft bewegt. Hoch griff der preußische Statistiker Ernst Engel, als er 1875 in einem öffentlichen Trinkspruch mit Bildern aus dem bürgerlichen Eheleben die Vermählung des Dampfes mit der Maschine feierte, die hundert Jahre vorher erstmals James Watt gelungen war. Er wußte warum.[140]

In enger Verbindung mit der Ausnutzung neuer Energiequellen durch Kraftmaschinen breiteten sich *andererseits* Bearbeitungs-, Verarbeitungs- und Werkzeugmaschinen aller Art aus: Spinnmaschinen vor allem, daneben allmählich auch mechanische Webstühle, Rotationspressen, Mühlen- und Sägewerke, Drehbänke, Hobel-, Bohr- und Feilmaschinen, Dampfhämmer und vieles andere mehr. Dies war ein sehr langwieriger Prozeß gegen viele Widerstände, wie sich an der lange nur sehr zögernden Maschinisierung der Garnverarbeitung und Tuchherstellung studieren läßt.[141] Die wirtschaftliche Verwendung von Kraft- und Werkzeugmaschinen setzte einerseits ein gewisses Maß an Zentralisierung der Produktionsvorgänge und damit eine gewisse Betriebsgröße voraus, andererseits benötigte sie arbeitsteilige Organisation, die ihrerseits besondere Lenkungs- und Koordinationsbedürfnisse hervorbrachte. Deshalb setzte sich die Fabrik, der größere, zentralisierte Produktionsbetrieb auf maschineller Grundlage allmählich durch, in der sich mit der fortschreitenden Arbeits- und Kompetenzverteilung auch die Rolle des Unternehmensleiters von der der ausführenden Arbeiter klar trennte, der Chef also nicht mehr in der Art des Handwerkmeisters mitarbeitete.[142]

Schließlich ist auf die Durchsetzung chemisch-technischer Innovationen zu verweisen, in der Papierherstellung und im Bereich der Glas- und Keramikindustrie, in der Herstellung von Farben, Arzneien und vor allem in der Metallproduktion. 1875 wurde etwa fünfmal soviel Roheisen produziert wie 1835. Bis in die frühen 70er Jahre hatte man auch im deutschen Hüttenwesen den Übergang von der Holzkohle zum Koks vollzogen und einschneidende technologische Neuerungen eingeführt: die Benutzung der Gichtgase zum Frischen und Puddeln, die Bessemer-Birne seit Mitte der 50er, die Siemens-Martin-Öfen seit 1865 und anderes mehr. „Wir leben jetzt in der Stahlzeit", schrieb Alfred Krupp 1871 an

den neuen Kaiser Wilhelm I., und er dachte nicht nur an die von ihm hergestellten Kanonen des soeben siegreich beendeten Kriegs gegen Frankreich, sondern auch an die Schienen und Lokomotiven, die Bahnhofshallen und Brücken, die Fabrikbauten und Ausstellungspaläste aus Stahl, die das Bild der Landschaft und die Architektur der Städte kräftig veränderten: sichtbare und eindrucksvolle Wahrzeichen der Industriellen Revolution, die uns heute teils rühren, teils heroisch anmuten und Gegenstand nostalgisch-musealer Bemühungen geworden sind. In Krupps Essener Gußstahlfabrik, die 1822 gegründet worden war und 1835 67 Personen beschäftigt hatte, arbeiteten jetzt (1871) knapp 9.000 Personen, und bis 1873 wuchs die Belegschaft auf knapp 12.000 (mit Außenwerken auf 16.000), bevor die „Große Depression" ab 1873 zu vorübergehender Schrumpfung führte.[143]

Kraftmaschinen und neue Energie, Bearbeitungsmaschinen und die Fabrik, chemisch-technische Neuerungen und neue Werkstoffe – vieles andere könnte man nennen an Erfindungen und Innovationen. Der Fortschritt war schnell und wurde als solcher erlebt. Mit geradezu emphatischen Worten begrüßte die erste Auflage des „Brockhaus" 1838 die „brausenden Dampfkolosse", die beschleunigt eine „neue Weltperiode" herbeiführten, in der sich die Völker zu einem friedlichen Reich der Sittlichkeit und Freiheit zusammenfinden würden. „Nach diesem wahrhaft göttlichen Ziel hat die Geschichte zwar von jeher ihren Lauf gerichtet, doch auf den stürmend vorwärts rollenden Rädern der Eisenbahnen wird sie es um Jahrhunderte früher erreichen." Und der liberale Publizist und Historiker Gervinus meinte 1853, daß die zunehmende Naturerkenntnis den Aberglauben in immer engere Räume verweise. „Die Dampfmaschinen, Eisenbahnen und Telegraphen bringen, wie einst die Druckerkunst und die erweiterte Schiffahrt, eine Beschleunigung, eine Verbreitung, eine Gemeinsamkeit aller einzelnen Fortschritte hervor, die zum Vorteile der allgemeinen Zivilisation selbst die Zeiten und Räume besiegt."[144]

Der technisch-organisatorische Wandel veränderte die gewerbliche Arbeit und ihre Organisation zutiefst. Darauf ist später im einzelnen einzugehen. Er erforderte überdies, wenn er denn wirksam werden sollte, große Investitionen. Der Anteil des erwirtschafteten Produkts, der reinvestiert wurde, also zur Finanzierung produktiver Anlagen (vor allem Fabriken und Verkehrsmittel) benötigt wurde, stieg stärker als je zuvor in der Geschichte, über 10% in der ersten Industrialisierungsphase.[145] Reinvestition und Kapitalbildung gehörten zu diesem Prozeß wesensmäßig dazu. Handlungsgeschichtlich gesehen, war das ein teils freiwilliger, teils erzwungener Sparvorgang riesigen Ausmaßes und der Verzicht auf gegenwärtigen Verbrauch in der Hoffnung – oder mit der Vertröstung – auf zukünftige Erfolge. Insgesamt führte dieser zunehmend kapitalintensive, technisch-organisatorische Wandel zu Produktivitätssteigerungen, d. h. zur Verbesserung der Zweck-Mittel-Relation in allen Wirtschaftssektoren, am meisten im sich industrialisierenden Gewerbe und im Verkehrswesen.

Die ökonomische Überlegenheit der Fabrik zeigt sich u. a. in der weit überdurchschnittlichen Zunahme der Fabrikarbeiter.[146] Wie Tabelle 13 zeigt, ging diese nicht auf Kosten des ebenfalls wachsenden Handwerks – wenigstens nicht

generell –, wohl aber seit 1850 auf Kosten des nunmehr schrumpfenden, der Konkurrenz unterliegenden Heimgewerbes (Verlag), das in den ersten Jahren der Industrialisierung, in den 40er Jahren, ebenfalls noch expandiert hatte und sich in einzelnen Regionen (z. B. Sachsen) auch noch nach 1850 weiter ausbreitete.[147]

Die Produktivitätszuwächse in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen lagen dem Phänomen zugrunde, durch das sich die Zeit seit Beginn der Industrialisierung von der vorangehenden Geschichte vielleicht am gründlichsten unterscheidet: dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum. Wachstum hatte es vorübergehend und langsam auch in vorindustrieller Zeit gegeben; aber jetzt wurde es schneller und zum – nur noch kurzzeitig unterbrochenen – Normalzustand. Zum ersten Mal seit vielen Jahrhunderten, vielleicht zum ersten Mal in der Geschichte, bot sich damit die Chance, das Problem der Knappheit und des Hungers auch für die große Mehrheit der Bevölkerung zu lösen. Rückblickende Schätzungen des Sozialprodukts lassen dieses beschleunigte Wachstum zwischen 1840 und 1850 noch nicht recht erkennen. Die bereits stattfindenden Umwälzungen brauchten offenbar ihre Zeit, bevor sie sich als Gesamtwachstum niederschlugen. Aber dann ging es los: Von 1850 bis 1875 verdoppelte sich das Sozialprodukt beinahe, während es von 1825 bis 1850 nur um ein gutes Viertel gewachsen war. Jetzt übertraf das Wachstum der Wirtschaft das der Bevölkerung bei weitem; das Sozialprodukt pro Kopf stieg – alle diese Schätzungen sind sehr ungenau – ungefähr von 265 auf 427 Mark von 1850 bis 1875 in konstanten Preisen.

Tabelle 13: Die Beschäftigten des gewerblichen Bereichs 1800–1900 (Territorium des Deutschen Reichs von 1871)

	(1) Verlag		(2) Manufaktur Fabrik, Bergbau		(3) Handwerk		(4) Gewerbe insgesamt	
	in Mio	in % von (4)	in Mio	in % von (4)	in Mio	in % von (4)	in Mio	in % von (4)
1800	1,0	45	0,1	5	1,1	50	2,2	21
1835	1,4	44	0,3	9	1,5	47	3,2	23
1850	1,5	39	0,6	16	1,7	45	3,8	26
1873	1,2	22	1,8	33	2,4	44	5,4	30
1900	0,7	7	5,7	60	3,1	33	9,5	37

Quelle: F.-W. Henning, Die Industrialisierung in Deutschland 1800 bis 1914, Paderborn 1973, S. 130. Modifikation: unten 603 f., Anm. 14.

Wachstum des Sozialprodukts hieß keineswegs notwendig Wachstum der Kaufkraft der Vielen. Ob dies mit jenem parallel geht, hängt von der Verteilung und Verwendung des Zuwachses ab. In der Tat wurde der sehr ungleich verteilt, wie noch zu zeigen sein wird. Aber er war nun doch groß genug, um seit Mitte

der 1850er Jahre eine sehr langsame, aber merkbare Zunahme der Massenkaufkraft und einen allmählichen Anstieg der Löhne der Arbeiter zur Folge zu haben, einen Lohnanstieg, der nunmehr, abgesehen von einer vergleichsweise kurzen Unterbrechung in der Depression Mitte der 70er Jahre, anhalten sollte bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs.[149] Insofern stellen die 40er/50er Jahre eine wichtige Trendwende dar.

Die konjunkturellen Schwankungen des Wachstums waren in jenen frühen Jahrzehnten ausgeprägter als später. Auch konjunkturgeschichtlich erweisen sich die 1840er Jahre als Jahrzehnt einer kritischen Wandlung. Bis in die 1840er Jahre sind vor allem die Schwankungen der Ernteerträge und damit die landwirtschaftlichen Zyklen für die Schwankungen des Wachstums und damit für die ökonomische Situation der verschiedenen Schichten verantwortlich und also die krisenhaften Konjunktureinbrüche von jenem „alten Typ" gewesen, der für die Frühe Neuzeit typisch war. Ungewöhnliche Verteuerungen des Brotgetreides und anderer landwirtschaftlicher Produkte führten in Deutschland 1804/05, 1816/17 und auf jeden Fall noch einmal 1846/47 zu Hungerkrisen dieser Art, wobei 1846/47 auch die mittlerweile weit verbreitete Kartoffel angesichts schlechter Ernten und empfindlicher Ernteschäden knapp und teuer wurde. Zweifellos spielten auch noch in den folgenden Jahren einheimische Ernteschwankungen eine wichtige Rolle: 1855 zum Beispiel trieb die schlechte Ernte den Getreidepreis vorübergehend höher als er 1847 gestanden hatte, und auch die etwas weniger ausgeprägte Preissteigerung von 1867/68 war primär erntebedingt.[150] Umgekehrt gingen auch vor den 40er Jahren Konjunktureinflüsse von Handel und Gewerbe aus. Aber seit den 40er Jahren wurden die nicht-landwirtschaftlichen Investitions-, Nachfrage- und Produktionsschwankungen für die wirtschaftliche Entwicklung prägend; sie überlagerten den landwirtschaftlichen Zyklus, milderten oder verschärften ihn. Rezessionen und Einbrüche dieser „neuen Art" fanden 1840 bis 1844, 1848 bis 1852, 1858 bis 1861 und 1866 bis 1869 statt. Insgesamt rechnet man, trotz dieser Einbrüche, die Zeit von den 40er Jahren bis 1873 als eine „lange Welle" günstigen industriewirtschaftlichen Wachstums, das in den „Gründerjahren" 1871 bis 1873 Spitzenwerte bis zu jährlich 8 Prozent erreichte, bevor es mit der „Gründerkrise" 1873 bis 1877 kurzfristig in Schrumpfung umschlug und überhaupt in eine Phase der Verlangsamung und häufigeren Unterbrechung überging.[151]

Verglichen mit Westeuropa begann die Industrialisierung in Deutschland vergleichsweise spät und verlief dann relativ rasch. Exakte Vergleiche sind schwierig: wegen der großen regionalen Unterschiede, die es schwer machen, von „der deutschen", „der französischen" oder „der englischen Industrialisierung" zu sprechen; weil die Daten oft auf groben Schätzungen beruhen müssen;[152] und weil es verschiedenartige Wege der Industrialisierung gab, so daß ein und derselbe Indikator für verschiedene Länder und Regionen nicht gleichermaßen aussagekräftig ist.[153]

Dennoch: Die meisten meßbaren Faktoren zeigen, daß die deutsche Wirtschaft nach Mitte der 30er Jahre nicht nur deutlich hinter der englischen, sondern auch hinter der französischen zurücklag: Roheisen- und Textilproduktion, Eisen-

bahnschienen und Verstädterungsgrad, auch die Verteilung der erwerbstätigen Bevölkerung auf die verschiedenen Sektoren. Für die 70er Jahre dagegen lassen dieselben Indikatoren erkennen, daß die Wirtschaft in Deutschland – aufs ganze gesehen – ihren Rückstand gegenüber der französischen so gut wie aufgeholt, gegenüber der englischen aber nur wenig verringert hatte. Erst im späten Kaiserreich holte man den englischen Vorsprung in einigen Hinsichten auf, längst nicht in jeder. So differenziert, trifft die alte These von der relativen „Verspätung" des deutschen Industrialisierungsbeginns und des relativ raschen Tempos der deutschen Industrialisierung im Vergleich zu den großen westeuropäischen Ländern durchaus zu, wenn es sich auch nur um einen graduellen Unterschied auf sehr allgemeinen Niveau handelt, den man gerade für die Zeit bis 1875 nicht überbetonen sollte.[154]

Doch dies sind nur die gröbsten Grundlinien der sich durchsetzenden Industrialisierung, gewissermaßen aus der Vogelperspektive beschrieben. Zwei Einschränkungen und Qualifikationen sind unbedingt nötig. Erstens: Auch 1875 hatte die Industrialisierung erst begonnen, Land und Leben zu verändern; viel vom Alten lebte unter und neben dem Neuen fort; trotz allem war die Entwicklung um 1875 noch sehr am Anfang, denkt man daran, was in den folgenden Jahrzehnten geschah und natürlich erst recht aus heutiger Perspektive. Und zweitens: Es bestanden riesige regionale Unterschiede. Nach dem Industrialisierungsgrad mochte das Rheinland dem belgisch-nordfranzösischen Gewerbegebiet um 1860 ähnlicher sein als Pommern oder Oberbayern. Barmen erinnerte den Reisenden von 1830 vielleicht eher an Manchester als an Rottweil.[155] Die Grenzen und die regionale Vielfalt des deutschen Industrialisierungsprozesses jener Zeit können auch an den Dimensionen gezeigt werden, die für ein Buch über Arbeiter besonders wichtig ist: an der sich verändernden Gliederung der Bevölkerung nach Sektorzugehörigkeit, Berufsgruppe und Schicht.

4. Die Zusammensetzung der Bevölkerung im Wandel

a) Sektorale und innergewerbliche Verschiebungen 1800 bis 1875

Überall hat die Industrialisierung langfristig zu einer Umverteilung der erwerbstätigen Bevölkerung, der Beschäftigten, geführt: auf Kosten der Landwirtschaft, zugunsten von Gewerbe und Dienstleistungen. Tabelle 14 gibt – auf das Territorium des Reiches von 1871 bezogen – einen Überblick, der genauer aussieht, als er in Wirklichkeit ist. Denn die frühen Zahlen bis 1861 sind das Resultat von „Hochrechnungen" und teilweise sehr unsicheren Schätzungen. Überdies sind sie nach Kategorien des 20. Jahrhunderts geordnet, die ein Maß an tatsächlicher Unterscheidbarkeit zwischen Landwirtschaft und Gewerbe, zwischen Gewerbe und Handel, zwischen Erwerbsarbeit und Nicht-Erwerbsarbeit voraussetzen, das, wie man weiß,[156] je früher desto weniger real vorhanden war.

Immerhin zeigt die Tabelle nicht nur den industrialisierungstypischen, aber schon vor der Industriellen Revolution beginnenden Rückgang des landwirtschaftlichen Anteils – übrigens einschließlich der Forstwirtschaft –, sondern auch, daß die absolute Zahl der landwirtschaftlich Beschäftigten nicht ab-, sondern kontinuierlich zunahm. Zwar reichte ein immer kleinerer Teil der gesamten Erwerbsbevölkerung zur Ernährung der ganzen Bevölkerung aus, und die Landwirtschaft konnte seit den 30er/40er Jahren die schnell wachsende Bevölkerung nicht mehr mit Arbeitsplätzen und Verdienstmöglichkeiten ausreichend versorgen, wie sich an der ländlichen Armut und Not, an Auswanderung, Abwanderung und ansetzender Verstädterung zeigte, aber landwirtschaftliche Arbeitsplätze gingen im ganzen 19. Jahrhundert nicht verloren. Die absolute Verringerung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte setzte erst nach dem Ersten Weltkrieg ein und erst seit den 1950er Jahren wurde sie – jetzt aber mit atemberaubender Schnelligkeit – vorangetrieben.[157]

Was die Landwirtschaft anteilsmäßig verlor, gewann zunächst vor allem das Gewerbe, d. h., Industrie, Handwerk und Bergbau und – bis 1875 insgesamt nur zögernd – der Bereich „Dienstleistungen". Dazu gehörten vor allem die „häuslichen Dienste", 1875 mit 1,49 Millionen meist weiblichen Beschäftigten immer noch der größte Dienstleistungsbereich; es folgten Handel, Banken, Versicherungen und Gaststätten mit ca. 1,12 Millionen Beschäftigten, öffentlicher Dienst und freie Berufe mit 590.000, das Militär mit 430.000 und das Verkehrswesen mit 350.000 Beschäftigten. 1825 verhielten sich die drei Sektoren Landwirtschaft – Gewerbe – Dienstleistungen wie 6:2:2, 1875 aber wie 5:3:2. Etwa um 1870 unterschritt der landwirtschaftliche Anteil an allen Beschäftigten die 50-Prozent-Marke. Aber erst seit 1905 beschäftigte das Gewerbe allein mehr Menschen als die Landwirtschaft.

Was den gewerblichen Bereich, betrifft, so hat Karl Heinrich Kaufhold für den deutschen Bereich (ohne Österreich) 1800 und 1846/48 Schätzungen vorge-

Tabelle 14: Die Beschäftigten in den drei Hauptsektoren der Wirtschaft 1800–1875 (Territorium des Deutschen Reichs von 1871)

	in 1.000				in %			
	Landwirtschaft	Gewerbe	Dienstleistungen	Gesamtbeschäftigung	Landwirtschaft	Gewerbe	Dienstleistungen	Gesamtbeschäftigung
1800	6.510	2.240	1.785	10.536	62	21	17	100
1825	7.434	2.772	2.394	12.600	59	22	19	100
1849	8.298	3.491	3.024	14.813	56	24	20	100
1861	8.253	4.361	3.353	15.967	52	27	21	100
1875	9.230	5.439	3.974	18.643	50	29	21	100
1900	9.754	9.525	6.269	25.548	38	37	24	100
1913	10.701	11.720	8.547	30.968	35	38	28	100

Quelle: W. Fischer u.a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 1: Materialien zur Statistik des Deutschen Bundes 1815–1870, München 1982, S. 52f.; W. G. Hoffmann u.a., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin (West) 1965, S. 205.

legt, die hier wiedergegeben werden sollen. Es wurde versucht, seine Angaben für 1875 zu ergänzen, obwohl die Quellenlage keine volle Vergleichbarkeit zwischen 1846/49 und 1875 herzustellen erlaubt. Denn 1875 zählten die Statistiker – anders als 1846/48 – nicht mehr, wie viele Handwerksbetriebe es im Unterschied zu anderen gewerblichen Betrieben gab, sondern sie teilten nach Betriebsgrößen ein. Wir setzen die Gewerbebetriebe mit 5 Beschäftigten oder weniger den Handwerksbetrieben gleich und hoffen, so annähernd Vergleichbarkeit zu erreichen.

Tabelle 15: Die Beschäftigten im Gewerbe 1800–1875 (Territorium des Deutschen Reichs von 1871)

	um 1800		1846/48		1875	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Handwerk (bzw. Betriebe bis zu 5 Personen)	1.230	75	2.000	68,4	2.736	50,7
Textilgewerbe[a]	340	20,7	570	19,5	706	13,1
Berg- und Hüttenwesen	40	2,4	155	5,3	433	8,0
Sonstiges Großgewerbe[b]	30	1,8	200	6,8	1.520	28,2
Gewerbe insgesamt	1.640	100	2.925	100	5.395	100
Anteil der gewerblich Tätigen an allen Erwerbstätigen	ca. 1/5		ca. 1/4		ca. 30%	

Quellen: K. H. Kaufhold, Handwerk und Industrie 1800 bis 1850, in: HbDWS, Bd. 2, S. 321–368, 354 (für 1800 und 1846/48). Die Zahlen für 1875 errechnet nach A. Thomaschewski, Die Gewerbezählung im Deutschen Reich am 1. Dezember 1875. Nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amts, Berlin 1879, S. 6f., 21, 24ff.

Erläuterungen zu Tabelle 15

a) Ohne (meist nebenberuflich arbeitende) Heimspinner und ohne die Beschäftigten in Mechanischen Spinnereien (diese unter „Großgewerbe"). In der Kategorie überwogen verlegte Heimarbeiter, bes. Weber, daneben Handwerksmeister und -gesellen in wechselnden Graden von Abhängigkeit. Zum Textilbereich zählten: 513.019 in Kleinbetrieben (bis 5 Personen) Beschäftigte sowie 192.628 in Großbetrieben (über 5 Personen, aber ohne Mechanische Spinnereien) Beschäftigte.

b) Manufakturen, Verlage (ohne Textil) und Fabriken, auch größere Werkstätten. Für 1875 verstehen sich die Zahlen für alle aufgeführten Gewerbegruppen ohne Gärtnerei, Fischerei, Handelsgewerbe, Verkehrsgewerbe und Beherbergung/Erquickung. Betriebe mit 5 Beschäftigten und weniger gelten als Handwerksbetriebe, Betriebe mit 6 Beschäftigten und mehr als Großgewerbe. Die Beschäftigten in den Maschinenspinnereien wurden auf 221.120 geschätzt und, schon wegen der Vergleichbarkeit, zum Großgewerbe geschlagen.

Nicht nur die Zunahme des gewerblichen Anteils an allen Erwerbstätigen läßt die Tabelle 15 erkennen, sondern auch innerhalb des Gewerbes die industrialisierungstypische Gewichtsverschiebung von Handwerk und Textilverlag hin zum Großgewerbe außerhalb des Textilbereichs, insbesondere zur Fabrik. Man sieht, wie das Handwerk und das Textilgewerbe – dieses vorwiegend in Form von Verlag und Heimarbeit – zwar nicht in absoluten Zahlen, aber ihrem Anteil am gesamten Gewerbe nach abstiegen, wie der Montanbereich kontinuierlich an Boden gewann und das Fabrikwesen (einschließlich der Mechanischen Spinne-

reien) machtvoll durchbrach. Dieses Wachstum des Großgewerbes zeichnete sich übrigens vor allem seit den 1830er Jahren ab, die sich in dieser Hinsicht als „Markscheide in der gewerblichen Entwicklung Deutschlands" erweisen.[158]

Die etwa 5,4 Millionen Menschen, die 1875 im Deutschen Reich im gewerblichen Sektor (Industrie, Handwerk, Bergbau) tätig waren, teilten sich folgendermaßen auf:

1. 70.000 (1,3%) waren *Unternehmer im weitesten Sinn*, nämlich Eigentümer, Leiter und Direktoren in Betrieben mit mehr als 5 Personen.
2. 85.000 (1,5%) wurden als technisches, kaufmännisches und Aufsichtspersonal gezählt, also als *Angestellte*, durchweg in Betrieben mit mehr als 5 Personen.
3. 2,2 Millionen (40%) waren zumeist kleine *„Selbstständige"*, die entweder allein bzw. mit Familienangehörigen arbeiteten (Heimarbeiter und Alleinmeister – die große Mehrheit) oder Handwerksbetriebe mit mindestens einem und höchstens 5 Gehilfen leiteten (also Handwerksmeister als Arbeitgeber – eine beträchtliche Minderheit).
4. Die stärkste Kategorie mit 3,1 Millionen (57%) stellten die gelernten und ungelernten Arbeiter in Handwerk, Industrie und Bergbau (einschließlich Gesellen, Lehrlinge, Tagelöhner, aber ohne Alleinmeister, formal selbständige Heimarbeiter und Angestellte). Von diesen 3,1 Millionen wiederum arbeiteten
   - 1,1 Millionen (20%) in Betrieben mit bis zu 5 Beschäftigten und waren also wohl meistens Handwerksgesellen, -gehilfen und -lehrlinge,
   - 2 Millionen (37%) in Betrieben mit mindestens 6 Beschäftigten, also wohl meist in der Industrie. Von diesen 2 Millionen industriellen Arbeitern gehörten 400.000 zum Bereich Bergbau, Hütten und Salinen, 380.000 zur Textilindustrie, 310.000 zur Metallverarbeitung und Maschinenproduktion, 210.000 zum Nahrungs- und Genußmittelbereich, 160.000 zum Baugewerbe und 160.000 zur Industrie Steine/Erden. Der Rest verteilte sich auf 9 kleinere Bereiche.[159] Sicherlich waren nicht alle Betriebe, die mehr als 5 Beschäftigte hatten und in diese Kategorie aufgenommen sind, Fabriken im eigentlichen Sinn, wenn man darunter zentralisierte Produktionsstätten mit wenigstens ein paar Maschinen und, sozialgeschichtlich wichtiger, mit einer klaren Trennung zwischen Unternehmerrolle und Arbeiterrolle versteht. Aber die große Mehrheit der hier gemeinten 2 Millionen arbeitete tatsächlich in größeren Betrieben, etwa 1,8 Millionen in Betrieben mit mehr als 10 und von diesen etwa 1,4 Millionen in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten. Sie dürften auf jeden Fall als Fabrikarbeiter richtig beschrieben sein.[160]

Tabelle 16: Gewerbliche Arbeiter in Deutschland 1875 nach Sparten und Geschlecht in Betrieben mit über 5 Beschäftigten

	Beschäftigte	davon				
		männl.	in %	weibl.	in %	in %
I. Kunst- u. Handelsgärtnerei	4.049	2.897	71,5	1.152	28,5	0,2
II. Fischerei	333	326	97,9	7	2,1	0,02
III. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen	406.295	395.820	97,4	10.475	2,6	20,4
IV. Industrie der Steine u. Erden	161.719	146.419	90,5	15.300	9,5	8,1
V. Metallverarbeitung	125.507	113.319	90,3	12.188	9,7	6,3
VI. Maschinen, Werkzeuge etc.	186.412	184.762	99,1	1.650	0,9	9,3
VII. Chemische Industrie	33.338	28.137	84,4	5.201	15,6	1,7
VIII. Industrie der Heiz- u. Leuchtstoffe	25.006	22.706	90,8	2.300	9,2	1,3
IX. Textilindustrie	387.555	198.438	51,2	189.117	48,8	19,4
X. Papier und Leder	82.858	57.002	68,8	25.856	31,2	4,2
XI. Ind. d. Holz- u. Schnitzstoffe	81.431	73.526	90,3	7.905	9,7	4,1
XII. Nahrungs- und Genußmittel	239.836	166.348	69,4	73.488	30,6	12,0
XIII. Bekleidung und Reinigung	62.457	34.174	54,7	28.283	45,3	3,1
XIV. Baugewerbe	158.196	155.163	98,1	3.033	1,9	7,9
XV. Polygraphische Gewerbe	37.157	30.997	83,4	6.160	16,6	1,9
XVI. Künstlerische Betriebe für gewerbliche Zwecke	3.473	3.382	97,4	91	2,6	0,2
	1.995.622	1.613.416	80,8	382.206	19,2	100

Quelle: StdDtR 35, T. 1 (=Die Ergebnisse der Gewerbezählung vom 1. December 1875 im Deutschen Reich), Berlin 1879, S. 852 (% gerundet)

b) *Soziale Schichtung am Beispiel Preußens 1816 bis 1871*

Feinere und aussagekräftigere, aber ähnlich kontinuierliche und zeitüberspannende Datenreihen zum Verhältnis von Handwerk und Industrie, zur Verteilung der Berufe und Berufsgruppen, zur Gliederung der Bevölkerung nach Schichten und Klassen – möglichst noch regional differenziert – liegen nicht vor.[161] Man muß sich das Gesamtbild stückweise erschließen und kann dem Leser nicht ganz ersparen, ein wenig von dieser Sucharbeit mitzuvollziehen. Am ehesten erlaubt die preußische Statistik der Jahrhundertmitte die soziale Gliederung der Bevölkerung in einer Weise zu rekonstruieren, die sich gegen die Kategorienbildung und Interpretationsabsichten dieses Buches nicht völlig sperrt und an die Unterschicht-Definition anschließt, die früher für das späte 18. Jahrhundert gegeben wurde.[162] Allerdings ist man zu unsicheren Ergänzungsschätzungen gezwungen, und das entstehende Bild ist im Detail zweifellos ungenau. Tabelle 17 lehnt sich an die Einteilung des preußischen Chef-Statistikers Dieterici für 1846 an, ergänzt und korrigiert sie aber aus anderen Quellen und durch zusätzliche Schätzungen.

Einige Einschränkungen und Erläuterungen sind zu notieren, damit Tabelle 17 nicht mißverstanden wird. Wenn hier 43 % bis 44 % der Bevölkerung als „selbsttätig" oder „erwerbstätig" erscheinen, so entspricht das der meist fürs 19. Jahrhundert geschätzten Erwerbsquote ziemlich genau.[163] Man muß allerdings bedenken, daß die meisten der als „Angehörige" geführten Personen an der „Erwerbstätigkeit" kräftig teilhatten, z. B. Frauen und Kinder in Bauern-, Kleinbauern- und Heimarbeiterfamilien und darüberhinaus im Unterschichten-Bereich allgemein. Umgekehrt dürften – gerade in der bösen Zeit der 40er Jahre – sehr viele „Selbsttätige" stark unterbeschäftigt, d. h. nur zeitweise in Arbeit und teilweise von Unterstützung abhängig gewesen sein. In der Wirklichkeit bestand eben noch keine scharfe Trennung zwischen „selbsttätiger" Erwerbsarbeit einerseits, innerhäuslicher Arbeit bzw. Freistellung von Arbeit andererseits. Außerdem darf Tabelle 17 keine schärfere Trennung von gewerblicher und landwirtschaftlicher Tätigkeit suggerieren als es in der Wirklichkeit gab. Der größte Teil der vornehmlich gewerblich tätigen Unterschicht, aber auch viele Handwerker-, Volksschullehrer- und Pfarrersfamilien besaßen und bearbeiteten ihren landwirtschaftlichen Kleinbetrieb als Nebeneinnahme.[164] Saisonaler Wechsel war überdies häufig; gerade in den Unterschichten bemühte man sich um mehrere Lohnarbeiten zugleich. 1876 schrieb das Königliche Statistische Bureau in Berlin: „Die Menschen wechseln sowohl ihren Beruf, als sie auch verschiedene Berufe theils nebeneinander, theils in bestimmter Zeitfolge, den einen z. B. im Winter, den anderen im Sommer betreiben. Sodann ist die Beschäftigung einer der größten Gruppen erwerbsthätiger Personen ihrer Natur nach eine ebenso wechselnde wie unbestimmte; es ist die der persönliche Dienste Leistenden, wozu die Tagelöhner und Handarbeiter das weit überwiegende Contingent stellen. Man wird in Gegenden, wo Landwirthschaft und Industrie intensiv nebeneinander betrieben werden, der Bezeichnung Tagelöhner oder Handarbeiter gegenüber immer im Zweifel sein, ob man es mit einer Hülfskraft der Landwirthschaft und Viehzucht etc. oder der Industrie, des Handels und Verkehrs zu thun habe."[165] Das Phänomen der gewerblich-landwirtschaftlichen Mischexistenz prägte sich in den ersten Jahrzehnten der Industrialisierung sogar noch deutlicher aus als vorher. Der Statistiker v. Viebahn beobachtete in Preußen 1848 bis 1858 einen leichten Rück-

Tabelle 17: Soziale Gliederung der preußischen Bevölkerung 1846/49

		Erwerbstätige		Erwerbstätige mit Angehörigen	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %
I.	Oberschicht				
	1. Großgrundbesitzer mit 600 Morgen u. mehr	15	0,2		
	2. Bildungsbürger/Staatsbeamte	66,5	1,0		
	3. Wirtschaftsbürger	82	1,2	600	3,7
	4. Offiziere	6,5	0,1		
	5. Rentiers, Pensionäre	23	0,3		
	Oberschicht (1–5)	193	2,8	600	3,7
II.	Mittelschicht				
	6. Bauern mit 30–60 Morgen	384	5,5	1.700	10,5
	7. Kleinbauern mit 5–30 Morgen	520	7,5	1.900	11,7
	8. Gewerblicher Mittelstand (oft mit landwirtschaftlicher Nebenbeschäftigung und landwirtschaftlichem Kleinstbesitz)	611	8,7	2.400	14,8
	9. Kleinere Beamte und Angestellte (oft mit landwirtschaftlicher Nebenbeschäftigung und landwirtschaftlichem Kleinstbesitz)	120	1,7	200	1,2
IIa.	Mittelschicht (6–9)	1.635	23,5	6.200	38,3
IIb	Davon: Untere Mittelschicht an der Grenze bzw. *im Übergang zur Unterschicht*				
	a) Kleinbauern (1/2 aller Kleinbauern mit 5–30 Morgen)	260	3,7		
	b) Alleinmeister (2/3 aller Handwerker)	305	4,4	1.500	9,3
	c) Kleinstangestellte (1/4 aller Angestellten)	19	0,3		
	zusammen (a + b + c)	584	8,4	1.500	9,3
IIc	Mittelschicht im engeren Sinn (IIa minus IIb)	1.051	15,1	4.700	29,0
III.	Unterschicht				
	10. Primär landwirtschaftliches Gesinde	1.000	14,3	1.200	7,4
	11. *Hausgesinde*	175	2,5		
	12. Primär landwirtschaftliche Tagelöhner/Handarbeiter (z.T. mit landwirtschaftlichem Kleinstbesitz)	588	8,4		
	13. Sonstige Tagelöhner, Handarbeiter, Gewerbsgehülfen (z.T. mit landwirtschaftlichem Kleinstbesitz)	1.165	16,7	3.700	22,8
	14. Handwerksgesellen (ohne Weber)	385	5,5	500	3,1
	15. Manufaktur- und Fabrikarbeiter (oft mit landwirtschaftlichem Kleinstbesitz)	272	3,9	900	5,6
	16. Bergarbeiter (oft mit landwirtschaftlichem Kleinstbesitz)	54	0,8		
	17. Weber (zum großen Teil mit landwirtschaftlicher Nebenbeschäftigung)	500	7,2	1.500	9,3
	18. Krämer, Höker, Schankwirte	94	1,3	200	1,2
	19. Soldaten	139	2,0	1.400	8,6
	20. Bettler, Landstreicher, Arme, sonstige Unterschicht	770	11,0		
IIIa	Unterschicht (10–20)	5.142	73,8	9.400	58,0
IIIb	Unterschicht im weiteren Sinn (einschließlich untere Mittelschicht IIc)	5.726	82,2	10.900	67,3
	Summe 1–20	6.970	100,0	16.200	100,0

Quelle: J. Kocka, Zur Schichtung der preußischen Bevölkerung während der industriellen Revolution, in: W. Treue (Hg.), Geschichte als Aufgabe. Fs. f. O. Büsch. Berlin (West) 1988, S. 357–390, 368f. (dort S. 370ff. die Quellenangaben, Begriffserläuterungen und Informationen über Schätzannahmen etc.)

gang der sich „vom Landbau als Hauptgewerbe nährenden Bevölkerung" und eine Zunahme „der Personen, welche Landwirtschaft als Nebengewerbe betrieben". Er fuhr fort: „Es ist eine besonders in der Nähe großer Städte, in Fabriklandschaften und bei den mit Landwirthschaft verbundenen Gewerbzweigen (Brennerei, Rübenzuckerfabrikation) oft wiederkehrende Wahrnehmung, daß die gewerbliche Beschäftigung die Hauptnahrung wird. Andererseits stellt sich bei den gewerbtreibenden Klassen auf dem Lande und in den kleinen Ackerstätten immer mehr das Verlangen nach einigem Grundbesitz ein. Schneider, Schuhmacher, Maurer, Zimmerleute, Schmiede, Wagner und Weber u. dgl. verwenden die Ersparnisse in ihren Gewerben zum Ankauf kleiner Grundstücke, lassen durch Frauen und Kinder den Feldbau besorgen, sind in dringlichen Fällen auch selbst dabei thätig, ersetzen hierdurch manchen Arbeiter und verbessern um so erheblicher ihr Loos, je mehr sie ihren Bedarf an Nahrungsmitteln selbst zu bauen im Stande sind."[166]

Tabelle 17 geht mit dem Begriff „Oberschicht" relativ großzügig um. Auch Staatsbeamte ohne akademische Bildung sowie mittelgroße Unternehmer und einzelne Einzelhandelskaufleute zählen dazu. Trotzdem umfaßte die Oberschicht nur knapp 3% der Selbsttätigen und knapp 4% der Bevölkerung. – Selbst wenn man die gut 2/3 der selbständigen Handwerker, die weder Gesellen noch Lehrlinge beschäftigten und oft von Kaufleuten, Manufakturen, Magazinen oder Fabriken abhängig gewesen sein dürften, zur Mittelschicht zählt, gehörten zu dieser nur etwa 1/6 der Erwerbstätigen und nur etwas mehr als 1/4 der Bevölkerung. 30 Morgen haben der Aufstellung als Kriterium gedient, unterhalb derer die Spannfähigkeit eines Hofes nicht gesichert war und dieser oft nicht mehr reichte, eine Familie zu ernähren. An dieser Stelle wurde die Grenze zwischen Vollbauern und Kleinbauern gezogen. Je nach Fruchtbarkeit, Art der Nutzung und Anbaumethoden ernährten allerdings oftmals auch Flächen unter 30 Morgen (7,5 ha) ihre Familien. Insofern gibt die Zahl von 380.000 Bauernstellen in Tabelle 17 das Minimum an.[167]

Daß sich die Industrialisierung noch ganz am Anfang befand, zeigt die Zusammensetzung der Unterschichten: mehr Heimarbeiter als Handwerksgesellen, mehr Handwerksgesellen als Fabrik-, Manufaktur- und Bergarbeiter. Im übrigen waren die Unterschiede zwischen verschiedenen Unterschichtsgruppen – zwischen Gesinde und landwirtschaftlichen Tagelöhnern, zwischen Tagelöhnern und Gewerbsgehilfen, zwischen Gewerbsgehilfen und Fabrikarbeitern, zwischen Gewerbsgehilfen und Handwerksgesellen – in der Realität fließend und in der Statistik nicht ohne Willkür zu ziehen. Die Gruppe der Weber bestand größtenteils aus Heimarbeitern, aber Heimarbeiter verbergen sich wahrscheinlich auch in anderen Kategorien. Es dürfte nicht nur schwer, sondern letztlich auch falsch sein, mehr Genauigkeit erreichen zu wollen.

Die Quellenlage erlaubt es nicht, genau dieselben Schemata für 1816 und 1875 zu entwerfen, um die Veränderungen genau zu erfassen. Die teilweise recht unsicheren Angaben zum Strukturwandel 1816 bis 1871 in den Tabellen 18 und 19 vermitteln jedoch einen Eindruck. Welches waren die wichtigsten Trends?

1. Der landwirtschaftliche Bereich verlor anteilig an Boden. Bei einer ungefähr gleichbleibenden Zahl von Großgrundbesitzern und Vollbauern dürfte das im Vergleich zur ersten Jahrhunderthälfte stark verlangsamte, gleichwohl nicht ganz aufhörende Wachstum der Kleinbauernstellen dafür verantwortlich sein, daß die Position der Landwirte in der Ober- und Mittelschicht zwischen 1846 und 1871 nicht drastischer zurückging als von etwa 13% auf 9 bis 10% aller Erwerbs-

Tabelle 18: Ausgewählte Berufsgruppen in Preußen 1816–1861

	1816		1837		1846		1861		Differenz	davon weiblich in %			
	in 1.000	in % der Erwerbstätigen	in 1.000	in % der Erwerbstätigen	in 1.000	in % der Erwerbstätigen	in 1.000	in % der Erwerbstätigen	1816–61 (in %)	1816	1837	1846	1861
Hausgesinde	94	2,1	122	2,0	175	2,4	267	3,4	+ 184%	76	78	77	80
Vornehmlich landwirtschaftl. Gesinde	987	22,0	1.011	16,5	1.098	15,7	1.209	15,3	+ 23%	54	52	51	52
Tagelöhner/Handarbeiter	880	19,6	1.262	20,6	1.470	21,1	2.229	28,1	+ 153%	42	41	41	46
Handwerksgesellen	145	3,2	245	4,0	385	5,5	558	7,0	+ 285%	vermutlich: 0			
Sonstige Gewerbsgehilfen	141	3,1	208	3,4	216	3,1	177	2,2	+ 26%	6	5	6	8
Fabrikarbeiter (einschließlich Manufakturarbeiter)	95	3,1	204	3,3	272	3,9	424	5,3	+ 346%	18	21	23	21
Bergarbeiter (einschließlich Salinen)	17	0,4	34	0,6	54	0,8	117	1,5	+ 577%	–	–	–	–
Handwerksmeister	259	5,7	375	6,1	457	6,5	535	6,7	+ 107%	–	–	–	–
Angestellte (Handel, Gewerbe, Landwirtschaft)	43	1,0	65	1,1	76	1,1	96	1,2	+ 123%	24,5	19,2	17,3	14,7
Geschätzte Zahl der Erwerbstätigen	4.489	100	6.133	100	6.982	100	7.927	100	+ 77%				
Gesamtbevölkerung	10.349.000		10.098.000		16.133.000		18.491.000		+ 79%				

Quelle: JbSPS 2, 1867, S. 231–265, 261–264: Neuberechnungen, Extrapolationen und Schätzungen der damaligen Statistiken mit dem Ziel, in sich vergleichbare Reihen für die verschiedenen Berufsgruppen innerhalb der „arbeitenden Classen" zu präsentieren. Angesichts der sich mit der Zeit stark verändernden Erhebungsmethoden und -einteilungen sind die Ergebnisse notwendig ungenau. Die Quelle macht selbst auf die großen Unsicherheiten aufmerksam und stellt die den eigenen Schätzungen zugrunde liegenden Entscheidungen und Annahmen einigermaßen klar dar. Es ist unwahrscheinlich, daß man heute – ohne die Spezialkenntnisse jener Fachleute der 1860er Jahre, die Zugang zu Urmaterial gehabt haben dürften – bessere Ergebnisse erzielen kann. Die Zahlen der obigen Tabelle resultieren vor allem aus eigener Umrechnung der Prozentwerte S. 261–264. Die innere Vergleichbarkeit der Reihen dürfte so am größten werden. Die Zahlen für 1846 und 1861 sind sicherer als die für 1816 und 1837. – Im übrigen vgl. die unter Tabelle 17 genannte Schrift, dort S. 377, 378f. die Quellenangaben, Begriffserläuterungen, Kategorisierungsentscheidungen etc.

tätigen. Auch in der Unterschicht wuchs der gewerbliche Bereich schneller als der landwirtschaftliche. Das (vornehmlich) landwirtschaftlich arbeitende Gesinde wuchs 1816 bis 1861 deutlich langsamer als die Bevölkerung, sämtliche Kategorien des gewerblichen Personals dagegen schneller als diese. Zwischen 1846 und 1871 nahm das landwirtschaftliche Gesinde nicht mehr zu, im Gegenteil. Dahinter verbirgt sich teilweise die langfristige Umwandlung von landwirtschaftlichen Arbeitern im Gesindestatus in landwirtschaftliche Arbeiter ohne Gesindestatus. Damit nahm die Zahl der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter zu, die aber meist als „Häusler" oder dergleichen landwirtschaftlichen Kleinstbesitz nebenher hatten oder die nur temporär in der Landwirtschaft arbeiteten, daneben aber im Gewerbe, beim Straßenbau und durch allerlei Hilfsarbeiten hinzuverdienten. Weiterhin blieb die Zahl der „halb-leibeigenen", kontraktlich langfristig gebundenen Gutstagelöhner (Insten etc.) groß und stabil. Die an sich ältere landwirtschaftliche Wanderarbeit begann seit Mitte des Jahrhunderts an Bedeutung zu gewinnen. In Tabelle 19 gehören diese unterschiedlichen und unstabilen Typen von Handarbeitern oft mit landwirtschaftlich-gewerblicher Mischtätigkeit sowie mit Individual- und Familieneinkommen aus verschiedenen Quellen, zur Kategorie „Handarbeiter in der Landwirtschaft und ohne feste Zuordnung"; diese wuchs von 1846 bis 1871 von gut einem Fünftel auf gut ein Viertel aller Erwerbstätigen.

Im übrigen sei noch einmal auf die riesige und offenbar bis in die 70er Jahre nicht abnehmende landwirtschaftliche Nebentätigkeit verwiesen, die von diesen Tabellen nicht wiedergegeben wird, weil die entsprechenden Personen in ihren „hauptberuflichen" Tätigkeiten aufgeführt werden: als Heimarbeiter, Handwerker, Fabrikarbeiter, Gastwirte, aber auch als Pfarrer oder Beamte. Unter den „Dienenden", dem Gesinde, nahm 1846 bis 1871 der Anteil des primär im Haus beschäftigten Gesindes (Dienstmädchen, Küchenpersonal u.a.) zu, von etwa 2,5% auf über 4% aller Erwerbstätigen. Der Bedarf an persönlichen Dienstleistungen wuchs mit der Mittelschicht und derem Wohlstand. Erst viel später sollte sich dieser Trend wenden.

2. Die Zahl der Selbständigen nahm zu und nicht ab. Tabelle 18 zeigt das für die Handwerksmeister, deren Zahl schneller als die Bevölkerung wuchs. Auch die Zahl der „Fabrikunternehmer" expandierte, wenngleich schon langsamer als die gesamte Bevölkerung, u.a. weil bereits 1846 bis 1861 in einigen Sparten Konzentration stattfand und die Zahl der Anstalten und Werke zurückging, so in der Eisen- und Stahlerzeugung, in der Metallverarbeitung, bei den Mechanischen Spinnereien, in der Leder- und Papierbranche.[168] Auf jeden Fall expandierten die Kategorien der unselbständig im Gewerbe Beschäftigten viel schneller als die der Selbständigen. So wuchs die Zahl der Gesellen 1816 bis 1861 fast auf das Dreifache, die der Meister aber nur auf das Doppelte. Die durchschnittlichen Betriebsgrößen wuchsen also auch im Handwerk, und zwar seit den 1830er Jahren.[169] Berg- und Fabrikarbeiter nahmen schneller zu als alle anderen, wenn auch nicht so schnell, wie manchmal geschrieben wird.[170] Das Heimgewerbe schrumpfte in Preußen von 1846 bis 1871 absolut und relativ, obwohl die Zahlen gerade in diesem Punkt besonders unvollkommen sind. Insgesamt blieb der

Tabelle 19: Gliederung der Erwerbsbevölkerung in Preußen 1846/49 und 1871

1846/48	in 1.000	in %	1871	in 1.000	in %
I/II. Ober- und Mittelschicht (einschließlich Alleinmeister, Kleinstbauern, Kleinsthändler und kleine Angestellte)			I/II. Ober- und Mittelschicht (einschließlich Alleinmeister, Kleinstbauern, Kleinsthändler und kleine Angestellte)		
1. Großgrundbesitzer, Vollbauern und Kleinbauern (mit mindestens 5 Morgen)	920	13,2	1. Großgrundbesitzer, Vollbauern und Kleinbauern	1.000	9,4
2. Bildungsbürger, Beamte, Offiziere, Angestellte Bildungsbürger, Staatsbeamte: 66.500 = 1,0% Kleinere Beamte und Angestellte: 120.000 = 1,7% Offiziere: 6.500 = 0,1%	195	2,8	2. Bildungsbürger, Beamte, Offiziere, Angestellte Freie Berufe (selbständig): 90.578 = 0,9% Angestellte und Beamte – öffentlicher Dienst, Schulen, Kirchen: 161.833 = 1,5% – in Handel und Verkehr: 110.120 = 1,0% – in Bergbau u. Industrie: 42.151 = 0,4% – Offiziere u. Militärbeamte: ca. 15.000 = 1,0%	420	3,9
3. Wirtschaftsbürgertum 82.000 = 1,2% Gewerblicher Mittelstand: 611.000 = 8,7% Krämer, Höker, Schankwirte: 94.000 = 1,3%	788	11,3	3. Unternehmer/Selbständige – Handwerk/Industrie/Bergbau in Betrieben über 5 Personen: 35.000 = 0,3% – . . . Betrieben bis 5 Personen: 778.000 = 7,3% – Handel, Transport, Verkehr, Gastwirtschaft in Betrieben über 5 Personen: 4.000 – . . . Betrieben bis 5 Personen: 318.000 } = 3,0%	1.135	10,6
4. Rentiers/Pensionäre	23	0,3	4. Rentiers/Pensionäre	275	2,6
I/II. Ober- und Mittelschicht (1–4)	1.926	27,6	I/II. Ober- und Mittelschicht (1–4)	2.830	26,6
IIb. Davon: Untere Mittelschicht und bereits in Unterschicht	678	9,7	IIb. Davon: Untere Mittelschicht und bereits in Unterschicht	1.000	9,4
I/IIb. Ober- und Mittelschicht im engeren Sinn	1.248	17,8	I/IIb. Ober- und Mittelschicht im engeren Sinn	1.830	17,2

III. Unterschicht			III. Unterschicht		
5. Gesinde	1.275	18,3	5. Dienende	1.596	15,0
– primär Landwirtschaft: 1.000.000 = 14,3%			(davon im landwirtschaftlichen Hausern/Familien: 985.000 = 9,3%		
– primär Gewerbe: 100.000 = 1,4%					
– primär Hausgesinde: 175.000 = 2,5%					
6. Handarbeiter/Tagelöhner (Landwirtschaft, Gewerbe, Mischformen)	1.564	22,4	6. Handarbeiter in der Landwirtschaft und ohne feste Zuordnung	2.844	26,7
7. Vornehmlich gewerbliche Arbeiter	1.296	18,6	7. Vornehmlich gewerbliche Arbeiter	2.515	23,6
– Handwerksgesellen (ohne Weber etc.): 385.000 = 5,5%			– im Handwerk bis 5 Personen pro Betrieb: 614.000 = 5,8%		
– sonstige Gewerbsgehilfen: 185.000 = 2,6%			– in Handel, Verkehr, Transport, Gastwirtschaften, bei Freiberuflichen, in Verwaltungen etc.: 332.000 = 3,1%		
– Heimarbeiter (Weber etc.): 400.000 = 5,7%			– in Handwerk, Industrie, Bergbau, in Betrieben über 5 Personen: 885.000 = 8,3%		
– Manufaktur- und Fabrikarbeiter: 272.000 = 3,9%			– im Heimgewerbe (Textil): 228.000 = 2,7%		
– Bergarbeiter: 54.000 = 0,8%			– in Bergwerken: 396.000 = 3,7%		
8. Soldaten	139	2,0	8. Militärpersonen:	250	2,4
9. Bettler, Landstreicher, Arme und andere Unterschichten	770	11,0	9. Bettler, Vagabunden, Ortsarme, Anstaltsinsassen und andere Unterschichten	600	5,6
IIIa. Unterschicht (5–9)	5.044	72,4	IIIa. Unterschicht (5–9)	7.805	73,4
IIIb. Unterschicht im weiteren Sinn (einschließlich Untere Mittelschicht = IIb.)	5.722	82,1	IIIb. Unterschicht im weiteren Sinn (einschließlich Untere Mittelschicht = IIb.)	8.805	82,8
Erwerbstätige insgesamt (1–9)	6.970	100	Erwerbstätige insgesamt (1–9)	10.635	100
Gesamtbevölkerung	16.200		Gesamtbevölkerung	24.640	

Quelle: Kocka, Zur Schichtung (wie unter Tabelle 17), S. 380f. – Dort S. 381–384 die nötigen Quellenangaben im einzelnen, Begriffserläuterungen, Zuordnungsentscheidungen, Schätzungen etc.

Anteil der nicht landwirtschaftlich tätigen Selbständigen (einschließlich der kleinen Selbständigen in Handwerk und Handel) an allen Erwerbstätigen zwischen 1846 und 1871 in etwa konstant – um 11% –, während der *Anteil* der selbständigen Landwirte abnahm.

3. Vom Beginn bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts nahmen die Unterschichten vermutlich leicht zu. Wenn 1846 81 bis 86% der „Selbsttätigen" (Erwerbstätigen) und 69 bis 77% der Gesamtbevölkerung dazu rechneten, so dürfte das den Umfang der „unteren Hälfte" der Bevölkerung Ende des 18. Jahrhunderts etwas übertroffen haben, obwohl genaue Zahlenvergleiche nicht möglich erscheinen.[171] Das rasante Bevölkerungswachstum vor der Industrialisierung füllte offensichtlich vor allem die Unterschichten auf. Tabelle 19 zeigt, daß sich mit der Industrialisierung in diesem Punkt etwas änderte. Zwischen 1846 und 1871 blieben Mittel- und Oberschicht, zusammengenommen, recht konstant. Bei ungefähr gleich bleibendem Anteil der Unternehmer und Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft und bei schrumpfendem Anteil der Landwirte ist dieser Befund auf das bereits deutliche Wachstum des „neuen Mittelstands", der freiberuflichen Akademiker, der Beamten und Angestellten, daneben auch auf die Zunahme der Rentiers und auskömmlich gestellten Pensionäre zurückzuführen. Diese Tendenz sollte sich in den folgenden Jahren verstärkt fortsetzen. Auch andere Studien[172] haben gezeigt, daß sich die Zahl der für Unterschicht-Angehörige im Prinzip verfügbaren Aufstiegsstellen in der Mittelschicht mit der Industrialisierung vermehrten, so sehr es richtig ist, daß viele dieser „Aufstiegsstellen" nach Einkommen, Ansehen, Sicherheit und Einfluß kaum besser ausgestattet waren als manche Unterschichtspositionen selbst. Immerhin: Weniger auf die Vermehrung des in seinen unteren Rängen von Proletarisierung bedrohten „alten Mittelstandes", sondern vornehmlich auf die Zunahme von Angestellten- und Beamtenstellen ist es zurückzuführen, daß die schnelle Bevölkerungsvermehrung zur Zeit der Industriellen Revolution nicht die weitere Aufblähung der Unterschichten bewirkte – ein Befund, der sich wohl erst nach 1850/60 wirklich herausstellte.[173]

4. Der hohe Frauenanteil an den Angestellten (Tabelle 18) kommt dadurch zustande, daß die Wirtschafterinnen auf landwirtschaftlichen Gütern dieser Kategorie zugerechnet wurden; ansonsten scheinen die Stellen der Kommis, Verwalter, Buchhalter usw. von Männern besetzt gewesen zu sein; auch der Gesellenstatus war Männersache. Die häuslichen Dienste oblagen den Frauen, wenn auch nicht so deutlich wie später. Etwa die Hälfte der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, einschließlich das landwirtschaftliche Gesinde, war um die Jahrhundertmitte weiblich. In der Fabrikarbeiterschaft und unter den gewerblichen Arbeitskräften überhaupt stellten Frauen von Anfang an eine wichtige Minderheit: um 30%.[174] Im übrigen: Mithelfende Familienangehörige wurden nicht gezählt, und vor allem deshalb gab es an Frauen-Erwerbsarbeit viel mehr, als die Statistik zeigt.

5. Insgesamt weist die Entwicklung keine sichtbaren Brüche auf. Im Vormärz war auf dem Weg, was sich nach 1850 fortsetzte. Insbesondere Tabelle 18 vermittelt diesen Eindruck. Die Entwicklung verlief langsam, nicht revolutionär. Und

wie wenig weit sie selbst Anfang der 70er Jahre vorangekommen war, zeigt sich auf Tabelle 19 u. a. daran, daß die riesige Kategorie „Handarbeiter in der Landwirtschaft und ohne feste Zuordnung" größer blieb als die Gruppe aller primär gewerblich tätigen Arbeiter zusammen.

c) Zur regionalen Differenzierung

Im letzten Abschnitt wurde nur auf Preußen insgesamt geschaut. Jedenfalls von den größeren Staaten hat nur Preußen in jenen Jahrzehnten eine Statistik hervorgebracht, die eine Umrechnung nach Schichten in der Gliederung erlaubt, wie sie den Tabellen 17 bis 19 zugrunde liegt. Außerdem zählte Preußen 1865 immerhin fast 20 Millionen Einwohner, während im ganzen Deutschen Bund ohne Österreich knapp 40 und mit dem zugehörigen Teil Österreichs knapp 48 Millionen Menschen lebten. 1875 umfaßte es 25.694.000 Köpfe und damit etwa 60% der Bevölkerung des Deutschen Reiches. Man bekommt also mit Preußen einen hinreichend großen Teil Deutschlands zu fassen, um einigermaßen repräsentative Aussagen erwarten zu können, zumal das Königreich insgesamt außerordentlich verschiedene Regionen umfaßte: ausgesprochen landwirtschaftliche Gebiete vor allem im Osten; Industriegebiete vor allem im Westen, in der vom Königreich Sachsen übernommenen, gleichnamigen Provinz und um Berlin; aber auch eine große Vielfalt von landwirtschaftlichen Besitzverhältnissen und Gewerbearten. Doch ist es notwendig, die großen regionalen Differenzierungen innerhalb und außerhalb Preußens wenigstens anzudeuten. Aus Quellengründen beschränkt sich das Folgende im wesentlichen auf das Territorium des Zollvereins.[175]

Nicht nur die Größe des landwirtschaftlichen Anteils an der Erwerbsbevölkerung, sondern auch die landwirtschaftlichen Eigentums- und Arbeitsverhältnisse, wie auch die Art des Verhältnisses zwischen landwirtschaftlicher und gewerblicher Tätigkeit variierten außerordentlich, und eben davon wurde die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung, auch der Unterschichten, stark beeinflußt. Im Vergleich zwischen drei preußischen Provinzen 1858 wird das deutlich (Tabelle 20).

In den Ostprovinzen – hier am Beispiel der Provinz Preußen – war die Verbindung der Landwirtschaft mit dem Gewerbe gering. Nur knapp 9% der Bevölkerung betrieben hier die Landwirtschaft als Nebengewerbe. Wenn knapp 50% der Bevölkerung – zu vier Fünfteln hauptberuflich – von der Landwirtschaft lebten, dann lag das nicht zuletzt an dem hohen Anteil von Gesinde und Tagelöhnern, die fast ein Drittel der landwirtschaftlichen Bevölkerung stellten, wobei zu dieser neben Gesinde und Tagelöhnern die Eigentümer und Pächter mit ihren Angehörigen rechnen. Neben Bauernland war hier extensiv bewirtschafteter Gutsbesitz stark vertreten, der Gesinde und Tagelöhner in großer Zahl beschäftigte. Auf eine Besitzung kamen hier 6,7 landwirtschaftlich beschäftigte Einwohner.

Ganz anders in der dicht besiedelten Rheinprovinz. Hier war der landwirtschaftliche Anteil der Bevölkerung nicht viel kleiner: 45%. Denn neben hoch-

Tabelle 20: Landwirtschaftliche Bevölkerung in drei preußischen Provinzen 1858

	Von der Landwirtschaft lebende Personen insgesamt		Davon: als Hauptgewerbe		als Nebengewerbe	
	absolut	in % d. Bev.	absolut	in % d. Bev.	absolut	in % d. Bev.
Provinz Preußen	1.359.289	49,5	1.122.594	40,9	236.695	8,6
Provinz Brandenburg	860.619	36,9	622.239	26,7	238.380	10,2
Rheinprovinz	1.404.912	45,4	983.600	31,8	421.312	13,6
Kgr. Preußen	8.055.759	45,4	5.878.437	33,1	2.177.322	12,3

	Von der landwirtschaftlichen Bevölkerung waren:							
	Eigentümer, Pächter und Angehörige		Gesinde		Tagelöhner u. Handarbeiter		Nebengewerbliche Landwirte mit Angehörigen*	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Provinz Preußen	699.183	51,4	202.170	14,9	221.241	16,3	236.695	17,4
Provinz Brandenburg	440.284	51,2	101.467	11,8	80.488	9,4	238.380	27,7
Rheinprovinz	827.956	58,9	104.053	7,4	51.591	3,7	421.312	30,0
Kgr. Preußen	4.162.874	51,7	951.321	11,8	764.242	9,5	2.177.322	27,0

Quelle: G. v. Viebahn, Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschlands, Bd. 2: Bevölkerung, Bergbau, Bodenkultur, Berlin 1862, S. 604.

* Die Kategorie enthält eine kleine Minderheit von Gesinde und Tagelöhnern ohne Angehörige.

gradig gewerblichen Gebieten, z. B. dem Regierungsbezirk Düsseldorf mit nur 30% landwirtschaftlicher Bevölkerung, umfaßte die Rheinprovinz auch stark landwirtschaftlich geprägte Gebiete, den Regierungsbezirk Koblenz z. B. mit 65% landwirtschaftlicher Bevölkerung, darunter vielen Weinbauern. Von den 45% war immerhin fast ein Drittel mit der Landwirtschaft als Nebenerwerb befaßt, in der Hauptsache betrieben sie ein Gewerbe. Damit hing die starke Parzellierung des landwirtschaftlichen Besitzes zusammen: auf eine landwirtschaftliche Besitzung kamen hier nur 1,7 landwirtschaftlich tätige Einwohner. Der Gutsbetrieb fehlte fast ganz, der bäuerliche Großbetrieb war selten, in der Regel wurde die Landwirtschaft von den Eigentümern und Pächtern mit ihren Angehörigen betrieben. Während die Zahl der oft – sehr ärmlichen – landwirtschaftlich-gewerblichen Mischexistenzen, der Heimweber, Landhandwerker, Handarbeiter wechselnder Zuordnung, hoch lag, war die des Gesindes und der reinen landwirtschaftlichen Tagelöhner sehr gering. Diese Gruppe stellte hier nur 11% der landwirtschaftlichen Bevölkerung, im Vergleich zu fast einem Drittel im Osten. Während in der Provinz Preußen auf 42.079 Eigentümer, jetzt ohne Angehörige gerechnet, 168.958 Gesindepersonen und gedungene Handarbeiter kamen – das war ein Verhältnis wie 1:4 –, standen in der Rheinprovinz den 176.068 meist sehr kleinen, oft zugleich auf gewerbliche Einkünfte angewiesenen Eigentümern und Pächtern (ohne Angehörige) nur 155.644 Dienstboten und Handarbeiter gegenüber; das war ein Verhältnis wie 1:0,8.

Die Provinz Brandenburg lag nicht nur geographisch in der Mitte. Hier entfielen 5,2 landwirtschaftlich tätige Einwohner auf eine Besitzung, im Vergleich zu 7,3 in der Provinz Preußen und 1,7 im Rheinland. Der Anteil der nebenberuflichen Landwirte war etwas kleiner als im Westen aber größer als im Osten, und mit dem Anteil von Gesinde und Tagelöhnern verhielt es sich umgekehrt. Daß in den Gebieten wie der Provinz Preußen der Anteil des Gesindes und der landwirtschaftlichen Tagelöhner an den Unterschichten sehr viel größer war als in den Gebieten, deren landwirtschaftliche Struktur der der Rheinprovinz glich, liegt auf der Hand. Landwirtschaftlich-gewerbliche Mischexistenz prägte die Unterschichten im Westen sehr viel mehr als im Osten.

Außerhalb Preußens glichen Mecklenburg und Teile von Böhmen und Mähren in den hier diskutierten Punkten dem ostelbischen Preußen, mit Einschränkung auch das Braunschweiger Gebiet, die Lausitz und das östliche Sachsen. Der fränkische Teil Bayerns und die bayerische Pfalz, Württemberg, Baden und Hessen glichen eher der Rheinprovinz, wobei hier aber mit den Besitz- und Erbrechten die Verhältnisse auf kleinstem Raum wechselten. Insbesondere wo die Grundstücke zwischen den Erben unbegrenzt aufgeteilt werden konnten, war die Tendenz zu Zersplitterung und Kleinstbesitz groß und die Grenze zwischen landwirtschaftlicher und gewerblicher Bevölkerung vor allem in den Unterschichten völlig verwischt, so z. B. in Sachsen-Weimar, Baden, Württemberg und Hessen, hier aber mit Inseln des Anerbenrechts. Landwirtschaftliche Tagelöhner und landwirtschaftliches Gesinde hatten unter solchen Verhältnissen wenig Platz, Kleinstbesitzer mit landwirtschaftlich-gewerblicher Mischexistenz herrschten vor.[176]

Hannover, der größere Teil Sachsens und Bayern nahmen mittlere Positionen ein, in je verschiedener Weise und mit ausgeprägten Unterschieden auf kleinstem Raum. Formen ungeteilter Hofvererbung herrschten vor, große und mittlere Höfe bestimmten das Bild, aber der stark mit Tagelöhnern und Gesinde arbeitende Großgrund- und Gutsbesitz war hier weniger vertreten als in Ostelbien. Landwirtschaftlich-gewerbliche Mischexistenzen traten in Nordwestdeutschland und Bayern wohl weniger massenhaft auf als im Südwesten und Westen, sie fehlten jedoch keineswegs: um Hildesheim, Clausthal und Osnabrück ähnlich wie im benachbarten Mindener und Tecklenburger Land, in den ostfriesischen Küstengebieten mit ihrer Schiffahrt, sehr stark in den sächsischen Textilgebieten und ansatzweise auch in den vergleichsweise noch wenig gewerblich durchdrungenen altbayerischen Gebieten, zumal in Nachbarschaft der Gewerbestädte Niederbayerns und auch im Alpengebiet mit seiner Branntweinbrennerei, Bierbrauerei und Holzschnitzerei. Von der bayerischen Gesamtbevölkerung von 4.370.977 entfielen 1840 zwei Drittel auf die Landwirtschaft, nämlich 605.693 Familien mit 2.869.702 Köpfen, die sich folgendermaßen aufteilten:[177]

	Familien		Köpfe	
1. Ausschließlich Land- und Forstwirtschaft betreibende Gutsbesitzer, Bauern, Pächter und Verwalter (auch Kleinbauern)	335.481	(55%)	1.401.049	(49%)
2. Zugleich Gewerbe betreibende Landwirte, Pächter und Verwalter	86.985	(14%)	385.485	(13%)
3. Landwirtschaftliche Tagelöhner mit Grund- oder Hausbesitz	96.876	(16%)	375.003	(13%)
4. Besitzlose landwirtschaftliche Tagelöhner	83.921	(14%)	241.614	(8%)
5. Landwirtschaftlich arbeitendes Gesinde				
a) männlich: 214.712				
b) weiblich: 251.221	2.430	(0,5%)	466.551	(16%)
	605.693	(100%)	2.869.702	(100%)

Allzuviel dürfte sich diese Aufteilung um 1840 weder vom späten 18. Jahrhundert noch von den frühen 1870er Jahren unterschieden haben. Kaum ein anderes Land – vielleicht außer Mecklenburg – änderte sich in jenen Jahrzehnten so langsam wie das rechtsrheinische Bayern.

Natürlich variierte die Zusammensetzung der Bevölkerung und auch der Unterschichten, je nachdem, ob eine Region gewerblich stark entwickelt war oder nicht. Faßt man Handwerk und Kunstgewerbe, Manufaktur, Fabrik und Hausindustrie (aber ohne Bergwerke) zusammen und vernachlässigt man die gewerbliche Nebenbeschäftigung der landwirtschaftlichen Bevölkerung ebenso wie die Tagelöhner und Handarbeiter, erhält man eine breit variierende *Gewerbequote* – gewerbliche Erwerbstätige pro 1.000 Einwohnern –, die seit 1861 vom Spitzenwert 185 für das Königreich Sachsen bis zum Tiefstwert 50 für Posen und

die Provinz Preußen reichte. Die obersächsischen Staaten, das Königreich Sachsen, Thüringen und Anhalt, führten die Rangliste an. Es folgten Württemberg und Braunschweig, dann Baden und das Großherzogtum Hessen, während Preußen weit unten rangierte, noch hinter Bayern und Lippe, nur noch vor Waldeck, Oldenburg und Hannover (bevor dieses 1866 zur preußischen Provinz wurde). Seinem unterentwickelten Osten verdankte Preußen diese deutlich unterdurchschnittliche Stellung. Die Gewerbequote innerhalb Preußens variierte von den an Württemberg erinnernden 136 Hohenzollerns, den 129 der Rheinprovinz und den 123 der Provinz Sachsen, bis hinab zu 50 im Osten. Im Durchschnitt des Zollvereins kamen 109, im Durchschnitt Preußens 96 bis 97 gewerblich Tätige auf 1.000 Einwohner. Näheres zeigt Tabelle 21.

Die Gewerbequote korrelierte in etwa mit der *Handwerkerquote*. Nach der Zahl der Handwerker pro 1.000 Einwohner führten Thüringen, Württemberg, Sachsen und Anhalt; weit hinten lagen Preußen und Oldenburg, allerdings auch Baden. Und unter den preußischen Provinzen hatten das kleine Hohenzollern, die gewerbereiche Provinz Sachsen und Brandenburg mit Berlin die höchste, die ostelbischen Provinzen die niedrigste Handwerkerdichte, mit Westfalen, der Rheinprovinz und Schlesien in der Mitte. Auch hier läßt Tabelle 21 Einzelheiten erkennen.

Mit Gewerbequote und Handwerkerdichte korrelierte der Anteil der in Fabrik, Manufaktur, Verlag und größeren Werkstätten wie Mühlen Beschäftigten nur zum Teil. In Bezug auf diese *Großgewerbequote*[178] führten die obersächsischen Staaten, darauf folgten Württemberg und Baden. Waldeck, Oldenburg und Hessen rangierten weit unten, Preußen und Bayern gleich auf in der Mitte. Die entwickeltste preußische Provinz, die Rheinprovinz, konnte mit Thüringen durchaus konkurrieren; die Provinz Sachsen und Westfalen folgten: Ostelbien bildete wieder das Schlußlicht.

Meistens gingen also Handwerkerdichte und Anteil des großgewerblichen Personals, jedenfalls im groben, Hand in Hand. Das Königreich und die Provinz Sachsen standen beide Male am oberen Ende, die preußischen Ostprovinzen, Hannover und Oldenburg immer am unteren Ende der Rangskala. Aber umgekehrt mußte sich das handwerkerdichte Hohenzollern mit einem fünften Platz auf der Großgewerbe-Rangliste begnügen, und Nassau-Frankfurt rangierte nach Handwerkerdichte weit über, in der Großgewerbe-Rangordnung weit unter dem Durchschnitt. Wiederum sei für Einzelheiten auf Tabelle 21 verwiesen. Preußen als ganzes bildete das Schlußlicht, gemessen an der Handwerkerdichte, aber es rangierte in der Großgewerbe-Rangliste nahe der Mitte.

Aber „Großgewerbe" in diesem Sinn umfaßte vieles: Mühlen und Verlage, Bergwerke, Hüttenwerke und Fabriken aller Art. Allein 45,6 % des großgewerblichen Personals waren mit der Weberei und angelagerten Arbeiten beschäftigt, in Sachsen sogar 70 %. Das waren größtenteils dezentralisiert arbeitende Hausindustrielle.[179] Deshalb konnte auch ein Land wie Lippe oberhalb des Durchschnitts rangieren. Die Spinnerei und die Textilindustrie traten besonders im Königreich Sachsen, in Brandenburg und im Rheinland, die Metallwarenfabrikation in den preußischen Westprovinzen, in Franken und Baden hervor, die

Tabelle 21: Gewerbe-, Handwerker-, Großgewerbe- und Fabrikdichte in den Staaten des Zollvereins und den preußischen Provinzen 1861

a) Staaten des Zollvereins:

Im Gewerbe Beschäftigte pro 1.000 Einwohner:		Handwerker pro 1.000 Einwohner:		Großgewerbliches Personal pro 1.000 Einwohner:		Dampfmaschinen im Gewerbe: PS pro 1.000 Einwohner:	
Kgr. Sachsen	185	Thüringen	86	Kgr. Sachsen	96	Braunschweig	52
Thüringen	153	Württemberg	81	Braunschweig	83	Oldenburg	40
Anhalt	152	Sachsen	80	Anhalt	66	Anhalt	38
Württemberg	137	Anhalt	79	Thür. Staaten	62	Preußen	37
Braunschweig	124	Braunschweig	78	Württemberg	49	Kgr. Sachsen	36
Baden	114	Großh. Hessen	72	Baden	46	Baden	18
Großh. Hessen	112	Bayern	69	Lippe	43	Großh. Hessen	16
Bayern	109	Waldeck	66	Preußen	37	Württemberg	15
Lippe	106	Lippe	62	Bayern	35	Bayern	14
Preußen	97	Baden	62	Großh. Hessen	34	Thüringen	10
Waldeck	94	Oldenburg	61	Oldenburg	28	Waldeck	5
Oldenburg	92	Preußen	56	Waldeck	25	Lippe	4
Zollverein	109	Zollverein	63	Zollverein	41	Zollverein	29

b) Preußische Provinzen:

Im Gewerbe Beschäftigte pro 1.000 Einwohner:		Handwerker pro 1.000 Einwohner:		Großgewerbliches Personal pro 1.000 Einwohner:		Dampfmaschinen im Gewerbe: PS pro 1.000 Einwohner:	
Hohenzollern	136	Hohenzollern	89	Rheinprovinz	62	Westfalen	78
Rheinprovinz	129	Prov. Sachsen	72	Prov. Sachsen	47	Rheinprovinz	66
Prov. Sachsen	123	Brandenburg	68	Westfalen	47	Prov. Sachsen	47
Brandenburg	120	Westfalen	64	Brandenburg	43	Brandenburg	46
Westfalen	113	Rheinprovinz	62	Hohenzollern	41	Schlesien	26
Schlesien	99	Schlesien	56	Schlesien	40	Hohenzollern	25
Pommern	67	Pommern	48	Pommern	15	Pommern	14
Posen	50	Prov. Preußen	39	Posen	13	Prov. Preußen	7
Prov. Preußen	50	Posen	36	Prov. Preußen	9	Posen	6
Preußen (1861)	97	Preußen (1861)	56	Preußen (1861)	37	Preußen (1861)	37
Neue Provinzen 1866:		Neue Provinzen 1866:		Neue Provinzen 1866:		Neue Provinzen 1866:	
Nassau-Frankfurt	632	Homburg	85	Kurhessen	31	Hannover	27
Homburg	122	Nassau-Frankfurt	73	Homburg	30	Homburg	20
Kurhessen	94	Hannover	62	Hannover	24	Nassau-Frankfurt	9
Hannover	90	Kurhessen	60	Nassau-Frankfurt	20	Kurhessen	4
Preußen 1868	96	Preußen 1868	58	Preußen 1868	35	Preußen 1868	34

Quelle: Viebahn (wie unter Tab. 20), S. 742f. (Handwerker), 1034 (Großgewerbliche Arbeiter), 1037 (PS), 745 (Gesamtbevölkerung).

Papier-, Holz- und Lederwarenherstellung in Thüringen, Bayern und der Rheinprovinz.

Fragt man dagegen, wo die meisten und stärksten *Maschinen* standen, wo also Fabriken im modernern Sinn – zentralisierte größere Produktionsanstalten mit Maschinen – am häufigsten waren, ergibt sich eine andere Rangfolge. In dieser Hinsicht führten Westfalen und die Rheinprovinz vor Braunschweig und der Provinz Sachsen, Brandenburg, Anhalt und Preußen in den Grenzen von 1861 insgesamt. Erst dann kam das Königreich Sachsen! Und sämtliche süddeutsche Staaten rangierten zusammen mit Thüringen unterhalb des Zollvereinsdurchschnitts. Gut mit Wasserkraft versorgt, ohne eigene Kohle und lange für importierte Kohle nur schwer erreichbar, verspürten sie wenig Drang hin zur Dampfkraft. Die preußischen Ostprovinzen bildeten wie immer das Schlußlicht.

Wie sich an Ostelbien zeigt, konnte die gewerblich-industrielle Rückständigkeit so ausgeprägt sein, daß sie in jeder Hinsicht durchschlug. Aber in anderen Fällen bestand ein kompensatorisches Verhältnis: moderne, leistungskräftige Fabriken gerade dort, wo das traditionale Kleingewerbe wenig dicht entwickelt war, wie z. B. in Braunschweig und Anhalt mit seinen Zuckerfabriken, wie in Oldenburg mit Eisengießereien und Maschinenbau neben Schiffsbau und Branntweinbrennerei und wie überhaupt im preußischen Durchschnitt, während die gewerbe- und handwerkerdichten obersächsischen und süddeutschen Staaten unter dem Gesichtspunkt der Fabrikindustrialisierung mit Dampfkraftverwendung zurückhingen. Und während das kleine dichtbesiedelte Hohenzollern, diese preußische Exklave in Württemberg, die Rangliste der preußischen Provinzen in der Handwerkerdichte anführte, gemessen an der Dampfkraft lag es weit zurück. Industrielle Modernität und traditional-gewerbliche Rückständigkeit gingen nicht selten Hand in Hand, mit relativ vielen Fabrikarbeitern und relativ wenigen Handwerkern. Im Ganzen genommen, war das die Situation Preußens. Die süddeutsche Situation stellte sich umgekehrt dar. Und Sachsen lag in der Mitte.[180]

Sachsen war ein bemerkenswerter Fall: einerseits das Land mit dem höchsten gewerblichen Anteil, das Land der frühesten und fortgeschrittensten Industrialisierung – zusammen mit der Gegend um Barmen, Elberfeld und Solingen, die seit 1815 zu Preußen gehörte; andererseits ganz stark auf der „alten" Textilindustrie fußend, mit riesigen und bis in die 70er Jahre steigenden Heimarbeiteranteilen, nicht sehr modern. Die Tabellen 22 und 23 mögen das zeigen:

Ein landwirtschaftlicher Anteil von nur 26% der Erwerbstätigen schon 1849, der bis 1871 auf 19% sank (allerdings ohne landwirtschaftliche Nebenbeschäftigung), ein gewerblich-industrieller Anteil von 42% 1849 und 49% 1871 – das waren, im Durchschnitt eines ganzen Staates und nicht etwa einer Stadtregion, für die damalige Zeit Spitzenwerte. Daß 1861 bis 1871 das Wachstum des sekundären Sektors bereits etwas nachließ, während Handel und Verkehr kräftig anzogen, paßt ins Bild. Bemerkenswert auch der hohe und wachsende Frauenanteil unter den Erwerbstätigen in Gewerbe, Handel und Verkehr – bei gleichzeitig ausgeprägter Familieneinbindung dieser weiblichen Erwerbstätigen, etwa im Vergleich zur Landwirtschaft, wo die Frauen die Mehrheit der Erwerbstätigen stellten und sehr viele von ihnen ohne Familie gewesen sein müssen.

Tabelle 22: Erwerbstätige nach Sektorzugehörigkeit und Geschlecht in Sachsen 1849–1871 (in % aller Erwerbstätigen)

Stellung im Beruf	Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei, Jagd, Fischerei und Weinbau		Bergbau, Hüttenwesen, Industrie und Bauwesen		Handel und Verkehr		Persönliche Dienste Leistende und sonst nicht einzuordnende Handarbeiter und Tagelöhner	
	m	w	m	w	m	w	m	w
	1849							
Selbstthätige	21,88	33,02	47,60	32,27	5,68	2,11	13,89	19,47
Zusammen	25,64		42,43		4,48		15,77	
Überhaupt	20,86	22,84	48,61	44,27	6,10	5,52	15,09	17,73
Zusammen	21,88		46,38		5,80		16,44	
	1861							
Selbstthätige	18,68	25,01	51,72	41,86	7,11	3,47	13,05	19,59
Zusammen	20,90		48,26		5,83		15,35	
Überhaupt	17,85	18,93	52,22	48,64	7,67	7,23	14,11	16,57
Zusammen	18,40		50,39		7,45		15,36	
	1871							
Selbstthätige	16,76	24,01	52,48	43,99	9,44	7,94	10,24	9,82
Zusammen	19,35		49,45		8,90		10,09	
Überhaupt	15,83	16,58	53,17	50,55	9,91	10,33	11,59	12,03
Zusammen	16,21		51,83		10,13		11,82	

Quelle: Zeitschrift des Königl. Sächsischen Statistischen Bureau's 21, Dresden 1875, S. 47, 48

Tabelle 23 schlüsselt den gewerblich-industriellen Bereich für 1849 und 1861 etwas genauer auf. Hier wird eine Eigenart der sächsischen Industrialisierung

Tabelle 23: Beschäftigte im Gewerbe: Verschiedene Kategorien in Sachsen 1849 und 1861 (in % aller Erwerbstätigen)

	1849			1861		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Bergbau und Hüttenwesen	3,18	0,01	2,11	3,87	0,05	2,52
Fabrikindustrie	3,24	3,53	3,34	5,73	6,69	6,07
Hausindustrie	17,06	18,87	17,67	17,53	22,57	19,31
Handwerk	20,88	0,57	14,03	20,86	0,77	13,79
Freie Gewerbe	2,69	0,38	1,92	3,28	0,56	2,32
Handarbeiter	3,53	11,26	6,13	5,70	14,56	8,88
Gewerbe und Industrie insgesamt (in % aller Erwerbstätigen)	50,58	34,62	45,20	57,06	45,20	52,89
Gewerbe und Industrie (absolut)	313.783	109.241	423.024	417.554	179.558	597.112

Quelle: Zeitschrift des Statistischen Bureau's des Königl. Sächs. Ministerium des Innern 9, 1863, S. 74–75. Es liegt ein einigermaßen moderner Fabrikbegriff zugrunde: Gewerbe in geschlossenen Etablissements (Spinnerei, Maschinenbau, chemische Fabriken, Papierherstellung etc.); als Hausindustrie gilt die gesamte Weberei, Wirkerei, Stickerei, Klöppelei, Näherei etc.; als Handwerk die früher wesentlich innungsmäßig betriebenen Gewerbe; der Rest (z. B. Druckgewerbe, Kunstgewerbe) als „freie Gewerbe" zusammengefaßt. Handarbeiter: solche ohne bestimmte Beschäftigung in bestimmten Werkstätten.

deutlich, die weder den gesamtdeutschen noch den preußischen Durchschnitt kennzeichnete: der ungemein umfangreiche und selbst auf fortgeschrittener Industrialisierungsstufe noch wachsende hausindustrielle Bereich, der größtenteils zur Textilbranche gehörte und auch nach 1861 noch dreimal soviel Menschen beschäftigte wie die Fabrikindustrie.[181]

All dies mag ein wenig verwirren. Heben wir also einige gewerbliche Zentren, die wichtigsten Fabrik- und Verlagsgebiete um 1860, abschließend hervor. Mit den Worten v. Viebahns: „In Bezug auf die örtliche Vertheilung verhält es sich mit den Fabriken anders als mit den Handwerkern. Sind diese mehr oder minder gleichmäßig über das ganze Land vertheilt, so tritt die Fabrik-Industrie dagegen in einzelnen Provinzen, Distrikten und Städten conzentrirt auf, besonders da, wo sich große Steinkohlelager in der Nähe befinden oder auf guten und billigen Wegen leicht erreichen lassen, oder da, wo die Arbeiter geschickt und die Arbeitslöhne billig sind. Zu den industriellsten Gegenden Deutschlands gehören Sachsen und die preußische Rheinprovinz, Westphalen, Schlesien, die Harzgegend, Franken, Schwaben, Thüringen, Brandenburg, Oberhessen, einzelne Gegenden Württembergs, das Badische, Wiesenthal und der Schwarzwald. Das

wichtigste Rohmaterial für den Fabrikbetrieb ist die Steinkohle, der die heutige Industrie die große Ausdehnung verdankt [...] Die wichtigsten preußischen Kohlendistrikte liegen an der Ruhr und Saar, in Oberschlesien und in Kurhessen am Meißner; die bayerischen in der Pfalz, die sächsischen bei Zwickau und im Plauenschen Grunde."[182]

Die regionalen Unterschiede waren also beträchtlich. Wie änderten sie sich im Zuge der Industriellen Revolution? Was die Handwerkerdichte betrifft, so lautete die Rangliste der erfaßten Staaten auch schon Mitte der 40er Jahre: Königreich Sachsen, Baden, Bayern, Großherzogtum Hessen, Kurhessen, Preußen und Nassau. Vergleicht man den Anteil der Bevölkerung, der in Verlagen, Manufakturen, frühen Fabriken, Mühlen, Brauereien usw. beschäftigt war, so führte auch schon 1846 das Königreich Sachsen die Liste an, schon damals dank eines weit überdurchschnittlichen Textilbereichs. Es folgte Preußen, knapp vor Bayern, Baden, den beiden Hessen und Nassau. Die Zahl der im Gewerbe installierten Dampfmaschinen war Mitte der 40er Jahre noch kaum der Rede wert: Mit 15 Dampfmaschinen pro 100.000 Einwohner führte Sachsen die Liste an vor Preußen mit 9, Baden und dem Großherzogtum Hessen mit je 6 – diese Rangordnung sollte sich bis 1861 zugunsten Preußens ändern. 2 bis 3 Dampfmaschinen pro 100.000 Einwohner meldeten das Kurfürstentum Hessen und Bayern.[183]

Im Zeitraum von 1861 bis 1875 vermehrten die ohnehin schon gewerbedichten Gebiete Sachsen, Anhalt und Braunschweig ihre gewerbliche Bevölkerung besonders schnell, um 30%, 46% und 42%, während die Zahl der gewerblich Beschäftigten in allen 1861 zum Zollverein gehörigen Staaten im Durchschnitt nur um 27% wuchs. Einige gewerblich weniger entwickelte Staaten blieben bis in die 70er Jahre noch weiter zurück: Oldenburg und Waldeck z.B. Aber es gab auch Gegenbewegungen: Preußen insgesamt holte etwas auf, durch Zunahme der gewerblich Erwerbstätigen um 30%, die Lippeschen Fürstentümer auch (+ 74%), während das bis dahin recht weit vorn stehende Württemberg nachließ (nur + 12%); auch Bayern und Hessen verloren an Boden (nur + 20% und + 3%), während Baden leicht überdurchschnittlich zulegte (+ 31%). Insgesamt verschoben sich die Gewichte zugunsten Deutschlands nördlich der Mainlinie.[184]

Gemessen an der Gewerbedichte, fielen 1861–1875 die ohnehin rückständigen östlichen Provinzen Preußens weiter zurück, ebenso Hannover. Unterdurchschnittlich stark vermehrte sich auch das Gewerbe in der Provinz Sachsen, und nicht mehr als durchschnittliches Wachstum erreichte das Rheinland. Brandenburg, Westfalen und Schlesien expandierten am schnellsten: die Provinzen mit Bergwerken, Schwerindustrie, Metallverarbeitung und anderen besonders wachstumskräftigen Branchen.[185] Auch gemessen an den Pferdestärken der installierten Dampfmaschinen baute Westfalen mit dem rasant wachsenden Ruhrgebiet seinen Vorsprung aus, und Schlesien gewann kräftig an Boden, auch gegenüber dem weniger montan- und schwerindustriell geprägten Rheinland und der Provinz Sachsen.

Immer wichtiger wurden in jenen Jahren die Montanindustrie, die Kohleförderung, die Eisen- und Stahlproduktion. Das begünstigte einige wenige Regionen in Deutschland, die – außer Lothringen – vornehmlich in Preußen lagen, das

Ruhrgebiet, das Saargebiet und Schlesien, auf Kosten anderer, die bisher ebenfalls Kohle gefördert und Metall hergestellt hatten: der Pfalz, des Siegerlands, des Harz, Oberbayerns u. a. Seit den 1850er Jahren entstand mit atemberaubenden Wachstumsraten das Ruhrgebiet in einem vorher kaum industriell entwickelten Gebiet – Verkörperung des Fortschritts und seiner Kosten. Dagegen fiel die zunehmend mechanisierte Textilindustrie anteilsmäßig zurück. Auch andere Konsumgüterindustrien stagnierten oder bewegten sich nur wenig, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie z. B. Die ungleiche Verteilung dieser und anderer Industrien mit verschiedenen Entwicklungsgeschwindigkeiten auf die verschiedenen Staaten und Regionen lag vor allem den regionalen Verschiebungen zugrunde, die sich 1861 bis 1875 abzeichneten.[186]

Im übrigen: Trotz des rapiden Wachstums und der Vervollkommnung des Verkehrssystems, trotz tiefgreifender technologisch-organisatorischer Innovationen und Umstrukturierungen blieb das regionale Ungleichheitsmuster, das sich in vorindustrieller Zeit herausgebildet hatte, in den Jahrzehnten der Industriellen Revolution im Grundsatz erhalten.

5. Zusammenfassung und Hypothese

Auf den vorangehenden Seiten wurden jene Aspekte des gesellschaftlichen Wandels zwischen 1800 und 1875 skizziert, deren Kenntnis für das Verständnis und die Einordnung der folgenden Darstellung unerläßlich ist. Es sollte der gesellschaftsgeschichtliche „Rahmen" aufgezeigt werden, innerhalb dessen die nunmehr zu thematisierende Geschichte der Arbeitsverhältnisse und Arbeitserfahrungen, der Arbeiterexistenzen und der proletarischen Klassenbildung vor sich ging. Natürlich handelte es sich um einen dynamischen Rahmen, ein sich änderndes Bedingungs-, Handlungs- und Wirkungsgeflecht, und innerhalb der enggezogenen Grenzen eines solchen Einleitungskapitels wurde versucht, auch den Wandel des Rahmens zu erklären.

Dies geschah durch die Diskussion von drei entscheidenden Entwicklungsprozessen und ihren Antriebskräften.

Abschnitt 1 stellte die primär von Beamten geleitete Modernisierung von Staat und Gesellschaft dar: vom Ancien régime zum System der bürgerlichen Gesellschaft im nationalen Verfassungsstaat. Abschnitt 2 diskutierte die demographische Bewegung. Abschnitt 3 analysierte die sozialökonomische Dynamik der Zeit, die Durchsetzung des Kapitalismus und die Industrielle Revolution. Der soziographische Abschnitt 4 stellte sodann Wandlungen dar, die sich zu einem guten Teil als Folgen jener drei Entwicklungen begreifen lassen: Veränderungen in der Verteilung der Bevölkerung auf Wirtschaftssektoren, Sparten und Schichten. Fassen wir die wichtigsten Ergebnisse knapp zusammen.

1. Die durch Französische Revolution und Napoleon angestoßenen Reformen zwischen 1800 und 1820, dann – sehr viel schwächer – die Revolution von 1848/49 und schließlich die Umwälzungen des Reichsgründungsjahrzehnts haben die Landkarte Europas, das politische System und die Bedeutung der Politik für die Menschen tief verändert. An der Stelle des „Flickerlteppichs" des Alten Reiches mit seinen Hunderten mehr oder weniger souveräner Hoheitsgebiete wurde zunächst der locker gefügte Deutsche Bund, und aus diesem entstand das kleinere, weil die österreichischen Länder ausgrenzende, Deutsche Reich, ein zwar föderalistisch dezentralisierter und weiterhin auch von nicht-deutschen Minderheiten bewohnter, aber im übrigen doch vergleichsweise zentralisierter und ethnisch homogener Anstalts- und Nationalstaat.

Die politische Herrschaft wurde – der Tendenz nach – zentralisiert, ihre Mehrstufigkeit reduziert, ihre einstmals extreme Kleinräumigkeit ging verloren, die Trennung von Staat und Gesellschaft schritt entschieden voran: durch die erzwungene Übertragung ständischer – z. B. grundherrlicher, kirchlicher oder zünftiger – Hoheitskompetenzen auf staatliche Organe einerseits, durch die rechtlich-verfassungsmäßige Begrenzung staatlicher Machtfülle andererseits. Der Übergang vom monarchischen zum bürokratischen Absolutismus,

vor allem zu Beginn des Jahrhunderts; seine Transformation und Bändigung durch Verfassung und parlamentarische Mitwirkung der Staatsbürger in der „konstitutionellen Monarchie" seit dem zweiten Jahrzehnt des Jahrhunderts im Süden, seit der Mitte des Jahrhunderts in Preußen und seit 1871 im Reich; schließlich die schrittweise zunehmende, nationalstaatlich-volkstümliche Fundamentierung staatlicher Herrschaft bis hin zur vergleichsweise frühen Einführung des demokratischen Männer-Wahlrechts in Bismarcks Verfassungen – dies waren die drei wichtigsten verfassungsgeschichtlichen Innovationen des Zeitraums.

Ganz auf der Linie des aufgeklärten Absolutismus des 18. Jahrhunderts bedeutete diese Modernisierung der Herrschaft zunehmende Disziplinierung: die Infragestellung herkömmlicher Bräuche, die Regulierung des Lebens, die Mediatisierung von Volkskultur durch Erziehung. Aber andererseits – und im Kontrast zum 18. Jahrhundert – brachten die Reformen des 19. auch zunehmende Beteiligung der breiten Bevölkerung an der Politik: Die Loyalität und die Teilnahme des Volkes wurden wichtig, neue – zunächst allerdings noch sehr ungleich verteilte – Einwirkungsmöglichkeiten entstanden, und mit der verstärkten Indienstnahme der Massen gingen auch neue Emanzipationschancen Hand in Hand. An der Kommunalreform in Preußen und an den Verfassungsreformen des Südens, an der allgemeinen Wehrpflicht und vor allem an der Bildungs- und Schulreform wurde dies vorne gezeigt, ohne daß schon den Wirkungen in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen im einzelnen nachgespürt worden wäre.[187]

In den Agrar- und Gewerbereformen mischten sich ebenfalls obrigkeitlicher Zwang und dadurch ermöglichte Freisetzung. Sie stießen auf heftigen Widerstand, zogen sich geradezu quälerisch langsam fast über den gesamten Untersuchungszeitraum hin und wiesen ausgeprägte regionale Unterschiede auf. Doch überall brachten sie letztlich die feudale Agrarverfassung und die korporative Gewerbeverfassung zu Ende, die große Teile der ländlichen Gesellschaft und des städtischen Gewerbes bis zum Ende des 18. Jahrhunderts gebunden hatten. Sie schufen die Rahmenbedingungen für den Durchbruch des Kapitalismus in Landwirtschaft und Gewerbe.

Im Unterschied zu Frankreich verliefen die genannten Modernisierungsprozesse im deutschen Bereich nicht revolutionär. Im Unterschied zu England fanden sie als beamtenstaatlich geleistete Reformen „von oben" statt, unter bürokratischer Regie. Eben deshalb verliefen sie so zögernd. Von den Regierungen gingen auch bremsende Wirkungen aus, je später desto mehr. Vom Alten überlebte sehr viel und prägte das Neue.

2. Als Ergebnis staatlicher Politik läßt sich das rasante Bevölkerungswachstum der Zeit nur zum sehr kleinen Teil erklären. Von 23 auf 43 Millionen wuchs die Bevölkerung auf dem Gebiet des 1871 gegründeten Deutschen Reichs in den ersten drei Vierteln des 19. Jahrhunderts. Dies geschah trotz hoher Auswanderung: ca. 3 Millionen Deutsche emigrierten zwischen 1816 und 1875, meistens nach Nord-Amerika. Auswanderungs-, konjunktur- und epidemienbedingt schwankten die jährlichen Wachstumsraten um 9 ‰ mit Ausschlä-

gen über 14 ‰ um 1820 und unter 1 ‰ in den hungrigen 40er Jahren. Diese Raten lagen über dem europäischen Durchschnitt von 6–7 ‰, aber weit unterhalb der mehr als 20 ‰, die heute in Entwicklungsländern zu beobachten sind.

Die Geborenenziffer lag hoch – bei ca. 37 auf 1.000 Einwohner im jährlichen Durchschnitt – aber sie stieg 1816–1875 nicht. Auch die Sterbeziffer zeigte trotz aller Schwankungen weder einen steigenden noch einen fallenden Trend, sie pendelte um 27 auf 1.000 Einwohner im jährlichen Durchschnitt. Aus der Differenz speisten sich, statistisch gesehen, Bevölkerungszunahme und Auswanderung. Offenbar setzte sich in diesen Jahrzehnten ein Muster fort, das schon im 18. Jahrhundert entstanden war. Erst in den 1880er und 1890er Jahren sollte es sich einschneidend ändern: als erneute Beschleunigung aufgrund abnehmender Sterblichkeit, bevor dann seit Beginn des neuen Jahrhunderts auch die Geborenenziffer zu sinken anfing und eine säkulare Wachstumsabschwächung begann.

Doch unterhalb der Oberfläche spielten sich auch schon vor 1875 gravierende Wandlungen ab. Während im ersten Drittel des Jahrhunderts das rasche Bevölkerungswachstum vor allem aus den vielen Geburten in ländlichen Regionen mit modernisierender Großlandwirtschaft – vor allem im Nordosten – gespeist wurde, resultierte es im dritten Viertel des Jahrhunderts vor allem aus dem „Geborenenüberschuß" der gewerblich-industriellen Städte, deren demographische Leistungsfähigkeit dank zunehmender Geburtenhäufigkeit wuchs. Dieser Übergang vom agrarischen zum industriellen Bevölkerungswachstum war eine Folge der einsetzenden Industrialisierung. Das Leben in den Städten änderte sich, die Zusammensetzung der unteren Schichten auch, in diesen nahmen die Verheiratungsquote und damit die Geborenenziffer zu, während die Sterbeziffer noch keineswegs sank, sondern mit zunehmender Kindersterblichkeit sogar ein wenig anstieg.

Das Wachstum der Städte speiste sich zunehmend aus dieser Quelle, dem „natürlichen Bevölkerungswachstum" der Städte selbst. Doch weiterhin fiel die Zuwanderung stark ins Gewicht. Am schnellsten expandierten die Zentren von Gewerbe und Industrie. Essen wuchs von 4 auf 55.000, Chemnitz von 11 auf 78.000, Berlin von 172 auf 967.000 – jeweils 1800 bis 1875. Das Wachstum der Städte war natürlich nicht erst ein Phänomen des 19. Jahrhunderts. Doch der *Anteil* der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung wuchs erst seit den 1840er Jahren. Bis dahin füllte der demographische Zuwachs vor allem das Land. Erst als die Industrialisierung neue Arbeitsplätze in den Städten entstehen und die Zuwanderung aus dem überfüllten Umland anschwellen ließ, begann die *Verstädterung*.

Bis 1875 herrschte eindeutig Nahwanderung vor, nur allmählich kam die Fernwanderung auf, vor allem aus dem ländlichen Osten in die schnell wachsenden Industriegebiete des Westens. Auf der Flucht vor Armut und Not, auf der Suche nach neuer Arbeit, in der Hoffnung auf verbesserte Chancen und aus vielen anderen Gründen wanderten Millionen. In den unteren Schichten war man mobil, oft gezwungenermaßen. Die Wanderungshäufigkeit stieg.

3. Die ersten drei Viertel des 19. Jahrhunderts stellten eine Epoche der beschleunigten Durchsetzung kapitalistischen Wirtschaftens dar.[188] Darin lag,

wirtschaftsgeschichtlich gesprochen, ihre Einheit. Im übrigen sind zwei Phasen deutlich zu unterscheiden. Für die deutsche Entwicklung ist es legitim, an der Vorstellung von einer relativ scharfen Zäsur zwischen vorindustrieller Zeit und Industrialisierung um ca. 1840 festzuhalten.[189]

Auch in den ersten vier Jahrzehnten des Jahrhunderts gab es Wachstum und wirtschaftliche Modernisierung. Die landwirtschaftliche Produktion wuchs schneller als die Bevölkerung, und der gewerbliche Bereich vergrößerte seinen Anteil. Neben dem hochentwickelten, weiterhin wachsenden Handwerk bestand ein expandierendes Verlagswesen, die Proto-Industrie, in der sich der Verkauf auf überlokalen Märkten mit herkömmlicher Heimarbeit verband – diese oft im Familienverband und auf dem Lande. Auch Fabriken fehlten nicht ganz, vor allem in der Spinnerei-Branche. Der Bau von Chausseen und Kanälen kam voran. Dennoch waren die in den 1830er Jahren noch etwa dreimal so viele Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt wie im Gewerbe; neun von zehn gewerblich Beschäftigten arbeiteten im Handwerk oder als verlegte Heimarbeiter, nur knapp 10 % gehörten zu Manufakturen, Fabriken oder Bergwerken. Das wirtschaftliche Wachstum war zu langsam, als daß die Zunahme der Not hätte verhindert werden können, die im Pauperismus der 40er Jahre ihren tiefsten Punkt und ihre größte Verbreitung fand.

Die grundlegende Veränderung kam mit den Eisenbahnen seit den späten 30er Jahren. Nie zuvor war solch eine Welle von Kapital außerhalb der Landwirtschaft investiert worden. Die Integration der Märkte beschleunigte sich. Die Nachfrage nach Material und Maschinen trug zu einem Schub von Fabrik-Neugründungen bei, im Maschinenbau und in der Hüttenindustrie vor allem, mit Wirkung auf den Bergbau und andere Sparten. Vieles andere kam hinzu, monokausale Erklärungen verbieten sich. Es handelte sich um einen komplizierten Prozeß mit zahlreichen Wechselwirkungen. Jedenfalls war dies eine Zeit schnellen organisatorisch-technischen Fortschritts und damit zusammenhängender Produktivitätssteigerungen. Der Einsatz von Maschinen wurde zum Massenphänomen, die Fabrik zur zeittypischen Produktionsstätte. Während 1835 nur 9 % aller gewerblich Beschäftigten in Fabriken, Manufakturen und Bergbau gearbeitet hatten, stieg diese Ziffer bis 1873 auf 33 %. 1875 waren ebenso viele Menschen in Gewerbe und Dienstleistungen beschäftigt wie in der Landwirtschaft. Während seit Jahrhunderten mehr Agrarprodukte aus- und eingeführt worden waren, änderte sich die Balance in den 1870er Jahren: Deutschland wurde aus einem Agrarexport- zu einem Agrarimport-Land. Schätzungsweise verdoppelte sich das Sozialprodukt von 1850 bis 1875, während es im zweiten Jahrhundertviertel vermutlich nur um ungefähr ein Viertel gewachsen war. Das Wachstum blieb konjunkturell schwankend und sehr ungleich verteilt. Aber die Talsohle der Armut war erreicht und durchschritten. Seit den späten 50er Jahren begannen die realen Verdienste der meisten ein wenig zu wachsen, die verbreitete Unterbeschäftigung ließ allmählich nach. Mit dem tiefen Konjunktureinbruch von 1873 endete die erste Industrialisierungsphase, die etwa um 1840 begonnen hatte und als „Industrielle Revolution" bezeichnet werden kann. Natürlich blieben die regionalen Unterschiede beträchtlich.

4. Was all dies für die Zusammensetzung der Bevölkerung, ihre Verteilung auf Wirtschaftssektoren, Sparten und Schichten bedeutete, zeigte der 4. Abschnitt dieses Kapitels. Die typische Verschiebung der erwerbstätigen Bevölkerung von der Landwirtschaft zum Gewerbe und zu den Dienstleistungen läßt Tabelle 14 erkennen, die Umverteilung der im Gewerbe Tätigen von Handwerk und Heimgewerbe auf das zentralisierte Gewerbe und vor allem auf die Fabrikindustrie zeigt Tabelle 15. Dabei kann es sich nur um Annäherungswerte handeln. Denn in der Wirklichkeit bestand keine scharfe Trennung zwischen den Sektoren, Mischtätigkeiten und schneller Arbeitsplatzwechsel waren gerade in den Unterschichten häufig. Zudem sind die Quellenprobleme beträchtlich. Von allem anderen abgesehen, veränderten die zeitgenössischen Statistiker ihre Kategorien angesichts sich wandelnder Wirklichkeit. Vor allem die Umstellung der Kategorien in den 1860er Jahren erschwert die Herstellung langer Reihen bis heute.

Das trifft erst recht für den Versuch zu, die Schichtung der Bevölkerung im Wandel jener Jahrzehnte zu erfassen. Die Tabellen 17, 18 und 19 können zumindestens einen groben Eindruck von den Größenverhältnissen vermitteln. Mehr als vier Fünftel aller Erwerbstätigen – und gut zwei Drittel, wenn man die Angehörigen hinzuzählt – gehörten zur Unterschicht und unteren Mittelschicht, also zu jenen Kategorien, aus denen sich die Arbeiterklasse allmählich herauskristallisierte. Selbst wenn man großzügig definiert und die selbständigen Handwerksmeister – allerdings ohne die Masse der meist proletaroiden Alleinmeister – hinzurechnet, gehörten um die Mitte des Jahrhunderts zum Bürgertum nicht mehr als etwa 7 % der Erwerbstätigen und etwa 10 % der Bevölkerung. Innerhalb der Unterschichten, so ist klar zu erkennen, stellten die landwirtschaftlichen Arbeiter – einschließlich der Arbeiter ohne feste Zuordnung – sowohl Mitte der vierziger wie Anfang der siebziger Jahre die größte einzelne Gruppe dar. Man sieht daran, wie wenig weit die Industrialisierung selbst noch am Ende unseres Untersuchungszeitraums vorangekommen war. Die weiterhin große Zahl der Heimarbeiter weist in dieselbe Richtung. Selbst in der eher männlich zusammengesetzten gewerblichen Arbeiterschaft stellten Frauen von Anfang an eine gewichtige Minderheit dar, etwa 30 %. In der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft war ihr Anteil höher, im häuslichen Gesinde dominierten sie. Wenn in den folgenden Kapiteln über die verschiedenen Arbeiterkategorien gehandelt wird, erlaubt der Blick in die Tabellen 17 bis 19 ihre quantitative Einordnung.

Zum anderen zeigen die Tabellen gewisse Trends: z. B. den leicht abnehmenden Anteil der landwirtschaftlichen Arbeiter, den Rückgang des Gesindes und die rapide Zunahme der zunächst sehr kleinen Fabrik- und Manufaktur-Arbeiterschaft. Tabelle 18 zeigt auch die Abnahme des weiblichen Anteils an den als erwerbstätig erfaßten Personen. Das hing mit der besonders schnellen Zunahme der primär männlichen Arbeiterkategorien, der Handwerksgesellen, Fabrikarbeiter und Bergarbeiter, zusammen, während die vorwiegend oder zur Hälfte mit Frauen besetzten Kategorien (Gesinde, landwirtschaftliche und sonstige Handarbeiter und Tagelöhner) langsamer zunahmen.[190]

Aus Tabelle 19 geht schließlich hervor, daß in der ersten Phase der Industria-

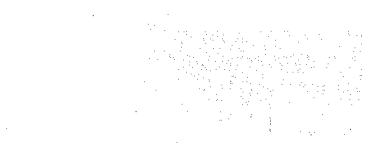
lisierung die Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden zunahm und ihr Anteil an der gesamten Erwerbsbevölkerung ziemlich konstant blieb. Die Zahl der selbständigen Landwirte änderte sich wenig, ihr Anteil nahm ab. Gleichzeitig wuchsen das Bildungsbürgertum und – schon damals – der „neue Mittelstand" von Angestellten und Beamten, absolut wie ihrem Anteil nach. Zwischen 1846 und 1871 blieb deshalb der Anteil der Ober- und Mittelschicht zusammengenommen recht konstant. Das Bevölkerungswachstum dürfte *bis* zum Beginn der Industrialisierung vor allem in die Unterschichten geflossen sein und diese ausgeweitet haben. Dieser Trend setzte sich aber in der Industriellen Revolution nicht fort. Vielmehr nahm jetzt die Zahl der Positionen in den Mittelschichten – Aufstiegsstellen also – ähnlich schnell zu. Dies gilt auch für später. Für die Bewertung der gesamt-gesellschaftlichen Folgen der Industrialisierung ist dies nicht ohne Bedeutung.

Man kann die Vorläufigkeit solcher Ergebnisse nicht leugnen. Viel hängt dabei von den begrifflichen Definitionen ab, die methodischen Unsicherheiten sind groß. Die regionalen Unterschiede waren beträchtlich und – trotz des rasanten Wandels jener Jahrzehnte – vergleichsweise konstant.[191] Im übrigen sagen solche Schichtungsschemata nur wenig Direktes zum Problem der Klassenbildung aus, wie es vorn gestellt wurde.[192] Dazu ist vielmehr erforderlich, die sich ändernde Qualität der Arbeitsverhältnisse und Arbeitserfahrungen zu untersuchen, um von dort her auf sich wandelnde kollektive Identifikationen, Abgrenzungen und Handlungspotentiale zu schließen. Dies soll in den folgenden Kapiteln in bezug auf die verschiedenen Unterschichten- bzw. Arbeiterkategorien geschehen. Leitend ist dabei folgende Hypothese: Die drei fundamentalen Veränderungsprozesse, die im 1. Kapitel analysiert wurden – die staatlich gelenkte Modernisierung von politischem System und Gesellschaft, das Bevölkerungswachstum sowie die Durchsetzung des Kapitalismus und die Industrielle Revolution – trugen gemeinsam und entscheidend dazu bei, daß sich in großen Teilen der herkömmlichen Unterschichten die Lohnarbeit durchsetzte und dadurch aus ihnen wie auch aus Teilen der unteren Mittelschicht eine Arbeiterklasse entstand. Immer mehr Angehörige der Unterschichten und auch einige wenige aus den Mittelschichten wurden – oft nur in Ansätzen und der Tendenz nach, immer häufiger aber auch ganz und gar – zu Lohnarbeitern.[193] Das heißt, sie wurden aus außerökonomisch bestimmten Abhängigkeits- und Schutzverhältnissen zu Haushalt, Herrschaft, Korporation oder Staat entlassen, soweit sie darin eingeschlossen gewesen waren. Sie verloren ihr Eigentum an Produktionsmitteln, Boden und Werkzeug, soweit sie über solches verfügt hatten. Immer ausschließlicher ernährten sie sich vom Tausch ihrer mehr oder weniger, hoch oder niedrig qualifizierten Arbeitsleistungen gegen Lohn, auf der Grundlage eines der Form nach freiwilligen und beiderseits jederzeit kündbaren Vertrags mit einem Gegenüber: mit dem „Käufer" ihrer Arbeitsleistung, der den Boden, das Werkzeug, die Maschinen, das Rohmaterial – die Produktionsmittel also – in Form von Kapital besaß, der sie auf dieser Grundlage in Arbeit nahm, anstellte und befehligte, gegebenenfalls unter Mithilfe von Mittelspersonen wie Faktoren oder Werkmeistern und Managern, und dem das von ihnen miterarbeitete Produkt dann

gehörte. Dessen Marktwert überstieg – als Funktionsbedingung des Systems – den ebenfalls marktabhängigen Preis für die zu seiner Herstellung nötige Arbeit, also den an die Arbeiter gehenden Lohn.

Freisetzung aus vor-kapitalistischen, nicht-marktmäßigen Einbindungen, Eigentumslosigkeit, zunehmende Abhängigkeit vom Lohn, d. h.: vom Markt *und* vom „Lohnherrn" oder „Arbeitgeber" – das definierte den Lohnarbeiterstatus, der überdies, als Konsequenz der zunehmenden Bedeutung großer Kapitalien und der eingebauten Schwierigkeit, solche als Lohnarbeiter zusammenzubringen, dazu tendierte, sich auf Lebenszeit zu verfestigen.

Es wurde gezeigt, daß das Lohnarbeitsverhältnis für die Unterschichten des späten 18. Jahrhunderts noch kaum charakteristisch war. Jene Unterschichten waren ja gerade durch ihre Heterogenität gekennzeichnet. Sie bestanden aus Individuen und Familien, die ihr durchweg geringes oder gefährdetes Einkommen aus sehr verschiedenen Quellen bezogen und sehr verschiedene Stellungen im System der Produktion einnahmen. Echte Lohnarbeiter waren da noch in der Minderheit gewesen. Eben daraus erklärte sich ihre geringe Neigung und Fähigkeit zu kollektiver, gruppenübergreifender Aktion mit.[194] Es ist unschwer zu sehen, wie die auf den vorangehenden Seiten beschriebenen Prozesse grundsätzlich die Verbreitung der Lohnarbeit vorangetrieben haben müssen: die Brechung der feudalen und zünftig-ständischen Institutionen und Traditionen; die schnelle Zunahme ständisch nicht mehr eingebundener Bevölkerungsmassen; die Durchsetzung des Marktprinzips vor und vor allem in der Industriellen Revolution, die überdies die herkömmlich vorherrschende Haushaltseinbindung der arbeitenden Bevölkerung der Tendenz nach sprengte. Wenn jetzt genauer gefragt wird, wie sich die skizzierten Veränderungen auf die verschiedenen Unterschichten-Gruppen auswirkten und wie sie sie verarbeiteten und beeinflußten, so soll dies die Leitfrage sein: Inwieweit, in welcher Form, in welchen Grenzen setzte sich Lohnarbeit in der jeweiligen Unterschichten-Kategorie durch? Was bedeutete die Durchsetzung von Lohnarbeit – soweit sie überhaupt geschah – für die Struktur, die Lage, die Einstellung und das Verhalten der jeweiligen Kategorie? Von dieser Fragestellung hängt die im folgenden gewählte Abgrenzung der Unterschichten-Kategorien ab. Sie werden nach dem Grad ihrer Annäherung an den Lohnarbeiterstatus geordnet: Das sich diesem kaum annähernde Gesinde wird zuerst, die dem Typus am nächsten kommenden Fabrikarbeiter werden zuletzt behandelt.



2. Kapitel

Das Jahrhundert des Dienstmädchens: häusliches Gesinde im Wandel

Die Einbindung eines großen Teiles der abhängig für andere Arbeitenden in das Haus ihrer Arbeitgeber stellte im 18. Jahrhundert eine der wichtigsten Barrieren dar, die einer eindeutigeren Durchsetzung und Verbreitung von Lohnarbeit im Wege standen. Vorn wurde das geschildert: Das Gesinde, die Dienstboten (die beiden Begriffe werden hier wie in den meisten Quellen synonym verwendet) unterschieden sich in wichtigen Hinsichten vom Typus des freien Lohnarbeiters. Nicht nur ihre Arbeitskraft unterstellten sie der Verfügung des Arbeitgebers, sondern als ganze Personen unterstanden sie der hausherrlichen Befehlsgewalt, ihrer Dienstherrschaft – in den Grenzen, die durch Tradition, allgemeine Gesetze, Gesindeordnungen und Arbeitsmarktsituation gezogen waren. Soweit das Verhältnis zwischen Herrschaft und Gesinde – außerhalb des Gesindezwangsdienstes nämlich – überhaupt ein prinzipiell nach Angebot und Nachfrage geregeltes Tauschverhältnis auf Vertragsbasis darstellte, war es dies nur in einer durch Recht und Tradition, Befehle und Bindungen anderer Art überdeckten, eingeschränkten Form: Weder lag ein Tausch von exakt gemessenen und eindeutig vorweg bestimmten Leistungen und Gegenleistungen zugrunde, noch konnte das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung kurzfristig in Reaktion auf sich wandelnde Angebots- und Nachfragebedingungen geändert werden, wie beim Tausch von gemessener Arbeitsleistung gegen Geldlohn, noch konnte das zumeist auf ein Jahr festgelegte Verhältnis leicht und bedingungslos gelöst werden. Während zur Definition des Lohnarbeiterstatus seine Dauerhaftigkeit trotz möglicherweise schnell sich ändernder Tätigkeiten gehört, zeichnete sich das Dienstbotenverhältnis durch seinen Übergangscharakter aus – trotz vieler Ausnahmen.[1]

Zum Gesinde gehörige Personen waren mit Hausarbeit und persönlicher Bedienung ihrer Herrschaft, aber auch mit wirtschaftlichen Tätigkeiten in Landwirtschaft und Gewerbe beschäftigt, und dies oft zugleich; manche von ihnen halfen mit bei der Durchführung öffentlich-rechtlicher Aufgaben und der Ausübung von Herrschaft, sei es als Sekretär eines adligen Herrn, als Schreiber des Gutsherrn oder auch nur durch ihren Beitrag zur Repräsentation, wie die vielen, oft unterbeschäftigten, Lakaien und Kammermädchen in dem mit Dienern oft überbesetzten Adels- oder Beamtenhaus. In seiner Zugehörigkeit zum Haus, zur Ökonomie und zur Politik *zugleich* verkörperte das Gesinde die noch weitgehend ungeschiedene Einheit dieser Sphären im Ancien régime, in dem sich das Haus noch nicht zur privaten Familie bürgerlichen Typs, die Wirtschaft noch nicht zur selbstregulierten Marktwirtschaft und die Politik noch nicht zur relativ autonomen Sphäre jenseits der privaten und gesellschaftlichen Positionen, Bedürfnisse und Interessen ausdifferenziert hatte, wie es bald Hegel beschreiben und Marx kritisieren sollte.[2] Doch zwischen dem späten 18. Jahrhundert und 1875 änderte sich Entscheidendes.

1. Von der Hauswirtschaft zur Marktwirtschaft: Ausdifferenzierung und quantitative Entwicklung des Gesindes

a) Wandlungen des Gesindebegriffs

Die Ausdifferenzierung von Haus, Wirtschaft und Politik, die schon vor 1800 auf dem Weg war, machte im neuen Jahrhundert rasche Fortschritte. Dieser Vorgang war ein zentraler Bestandteil der sich nunmehr durchsetzenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Wirtschaftliche Abläufe wurden zunehmend marktwirtschaftlich geregelt[3] und insofern der nicht marktförmig, sondern herrschaftlich strukturierten Hauswirtschaft schrittweise entzogen – in den verschiedensten Bereichen verschieden schnell und bei zäher Fortdauer hauswirtschaftlicher Organisationsformen vor allem in der Landwirtschaft, in der Heimarbeit und in manchen Dienstleistungen (Gastgewerbe z.B.), aber auch, obgleich in eingeschränktem Maß, im Handwerk. Allmählich wurden auch nicht-ökonomische Funktionen des Hauses durch darauf spezialisierte, außer-häusliche Institutionen wahrgenommen: Erziehungsaufgaben etwa durch Schulen. Indem die gesamtgesellschaftliche Arbeitsteilung wuchs, nahm der Bedarf an innerhäuslicher Kompetenz- und Funktionsvielfalt ab. Daß die Grundherren aufhörten, Obrigkeiten zu sein und öffentliche Macht auszuüben, gehörte zu den zentralen, wenn auch nur in jahrzehntelangen Prozessen durchsetzbaren Bestandteilen der Reform. Auch die Landesherrschaft veränderte sich: Die öffentlichen Haushalte verselbständigten sich gegenüber den damit gleichsam „privat" werdenden fürstlichen Haushalten, mit denen sie bis dahin meistens verschmolzen waren; der Staat – erst jetzt kann man eigentlich diesen modernen Begriff zur Kennzeichnung öffentlicher Herrschaft verwenden – entstand als System von Ämtern und anderen Institutionen *neben* dem Haus des Fürsten, das damit an öffentlich-rechtlichen Funktionen einbüßte; die staatlichen Funktionen wurden zur Aufgabe der öffentlichen Beamten, die sich schrittweise aus dem Status des Fürstendieners emanzipierten. Diese verloren ihre öffentlich-rechtlichen Kompetenzen.[4] Entmischungen vollzogen sich auf allen Gebieten. Das Haus und mit ihm die Familie verloren damit – ebenfalls nur langsam, in Jahrzehnte dauernden, sehr differenzierten Prozessen – einen Teil ihrer Funktionen als Ort der Produktion, der Ausübung auch „öffentlicher" Aufgaben und anderer Funktionen, z.B. in der Erziehung. Sie wurden privater, getrennter von den Sphären der Wirtschaft, der Öffentlichkeit und der Politik. Die Privatisierung des Begriffs „Familie" reflektierte diesen Prozeß.[5]

Das bedeutet, daß um 1875 manche Funktionsträger nicht mehr – oder kaum bzw. nur noch auf ganz problematische Weise – zum Gesinde gehörten, die am Ende des 18. Jahrhunderts noch wie selbstverständlich dazurechneten. Wie das

Haus Funktionen verlor, differenzierten sich aus dem durch Hauszugehörigkeit definierten Gesinde einzelne Kategorien heraus und hörten auf, Gesinde zu sein. *Nach Tätigkeit und Stellung wurde das Gesinde damit homogener.* 1875 war es eindeutiger als um 1800 ein Teil der Unterschichten, weil gerade die ehemals nicht unbedeutende Minderheit der *qualifizierten*, gehobenen und mit Herrschaftsausübung verknüpften Gesindetätigkeiten (Tätigkeiten des Hauslehrers, des Sekretärs, des Haushofmeisters etc.) entweder verschwanden oder im Zuge des skizzierten Ausdifferenzierungsprozesses aus dem Haus ausschieden und aufhörten, von Gesindepersonen wahrgenommen zu werden. Dasselbe geschah mit zahlreichen niedrigen *gewerblichen* Gesindetätigkeiten, und numerisch fiel gerade dies ins Gewicht. Insgesamt nahm der Anteil des Gesindes an der arbeitenden Bevölkerung – und den Unterschichten – ab, und in sich strukturierte es sich um: Ein Kern von wirklich mit häuslichen Diensten im engeren Sinn beschäftigten Personen trat in den Vordergrund, trennte sich schärfer, wenn auch weiterhin nicht vollkommen, vom gewerblichen und landwirtschaftlichen Gesinde, das allmählich abnahm und in der gewerblichen oder landwirtschaftlichen Arbeiterschaft aufging.[6]

Genaueres ergibt ein Blick auf Veränderungen der rechtlichen und statistischen Gesindebegriffe, deren genaue Abgrenzung immer umstritten war und regional variierte.[6a] Zwar fielen Handwerkerhaushalt und -werkstatt auch in der Frühen Neuzeit nicht völlig in eins; ihrer besonderen Qualifikation und ihrer zünftigen Organisation hatten Meister, Gesellen und Lehrlinge eine gewisse Identität jenseits der Hauswirtschaft zu verdanken; nach rechtlicher Lage und Gesellung, nach Lebens- und Arbeitsformen, nach Selbstverständnis und Ansehen unterschieden sich schon vor 1800 die Handwerksgesellen und – weniger deutlich die Lehrlinge – vom Gesinde, obgleich sie i. d. R. wie dieses auf Zeit zum Haushalt des Meisters gehörten, der insofern einem Dienstherrn glich. Früh hörten die Statistiker, die Gesetzesmacher und die Gerichte überdies auf, die Manufaktur- und Fabrikarbeiter zum „Gesinde" zu rechnen; zu offensichtlich war die Trennung zwischen dem Haushalt des Unternehmers und diesen frühen großgewerblichen Institutionen. Aber bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es vor, daß Gesellen, Lehrlinge und andere „Gewerbegehilfen" zum Gesinde gerechnet wurden, so etwa in der hessischen Statistik der frühen 20er Jahre. Noch 1823 erschien auf dem Buchmarkt ein Ratgeber, der die Rechte und Pflichten des „Haus-, Brot- und Lehrherrn gegenüber Gesinde, Gesellen und Lehrlingen" gemeinsam behandelte.[7]

Noch 1839 fiel es dem scharfsichtigen preußischen Staatswissenschaftler und Statistiker J. G. Hoffmann sehr schwer, zwischen gewerblich-landwirtschaftlichem und häuslichem, nämlich zu persönlichen Dienstleistungen angestelltem Gesinde zu unterscheiden; er rechnete noch jene gewerblichen Gehilfen, die im Hause der Herrschaft lebten *und* Arbeiten verrichteten, „zu denen gemeinhin jeder gesunde Mensch fähig ist und die keiner besonderen Erlernung bedürften", zum Gesinde – das mithin durch Hauszugehörigkeit und nichtqualifizierte, abhängige Arbeit definiert wurde.[8]

Die preußische Statistik führte bis 1858 einen Posten, in dem sie landwirt-



Die Gesindestube. Kolorierte Radierung von J. Voltz, 1823

schaftliches und gewerbliches Gesinde zusammenfaßte: „Anzahl der als Knechte und Jungen – bzw. als Mägde u. dgl. – zum Betriebe der Landwirthschaft oder anderer Gewerbe gehaltenen Dienstboten". Erst seit 1858 differenzierte sie zwischen beiden Kategorien. 1861 zählten zum landwirtschaftlichen Gesinde 1.059.000 Personen oder 5,8% der Bevölkerung, zum gewerblichen Gesinde aber immerhin 150.000 Personen oder 0,8% der Bevölkerung; in den vorhergehenden Jahren dürfte der gewerbliche Anteil noch höher gelegen haben.[9] Zu diesem „gewerblichen Gesinde" zählten wohl Brau-, Bäcker- und Müllerknechte, Kellner und Kellnerinnen, Gehilfen von Brennereien, Ziegeleien und anderen landwirtschaftlichen Nebengewerben, sicher auch viele Ladendiener und Verkäuferinnen, die zugleich Botengänge machten und bei allem Nötigen aushalfen, Lehrlinge, die ja oft zugleich im Haushalt anfaßten, Boten, wenig qualifizierte Gehilfen und Gehilfinnen von Transportunternehmen, Badeanstalten, Friseuren und anderen nicht-zünftigen Gewerben.[10] Teilweise dürften diese Funktionsgruppen statistisch auch zum häuslichen Gesinde gerechnet worden sein.

Aber die erwähnte hessische Statistik begann spätestens seit 1834, unter Dienstboten nur noch solche Personen zu verstehen, die „für die Besorgung des Ackerbaus, des Viehbestandes oder für die persönliche Bedienung Kost und Lohn empfingen".[11] Das Deutsche Handelsgesetzbuch von 1861 und die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes von 1867 scheinen die Klärung vorange-

trieben zu haben. Am Ende der 60er Jahre stellte man in Preußen offiziell fest, daß Komptoirbediente und Markthelfer, Stiefelputzer und Aufwarter, Handlungsdiener, Gewerbsgehilfen und Wirtschaftslehrlinge wie auch landwirtschaftliche Deputat-Tagelöhner (Einlieger und Instleute) rechtlich nicht als Gesinde zu gelten hätten.[12] Auch „Hausoffizianten" (Sekretäre, Verwalter, Schreiber z. B.), Erzieher und Erzieherinnen (Hauslehrer z. B.) und andere Personen, die qualifizierte Dienstleistungen erbrachten oder gehobene Tätigkeiten ausübten, rechneten bereits im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts nicht mehr zum Gesinde; schon im 18. Jahrhundert hatten ihnen die meisten Gesindeordnungen eine gewisse Sonderstellung eingeräumt.[13] Die laufenden Verbeamtungs- und die beginnenden Professionalisierungsprozesse trugen dazu bei, daß diese Funktionsträger aus der Hausgemeinschaft und dem Gesindebegriff ausgegrenzt wurden. Von „Hausbeamtinnen" sprach man Ende des 19. Jahrhunderts und meinte Reisebegleiterinnen, Gesellschafterinnen, Wirtschafterinnen; hier blieb die Abgrenzung zum Gesinde schwierig. Mit der großen, noch gesondert zu besprechenden Ausnahme vieler Landarbeiter, die weiterhin rechtlich, statistisch und umgangssprachlich zum Gesinde rechneten, bestand dieses *um 1875* weitgehend aus Personen, die – wenn auch oft nicht ausschließlich – *häusliche* Dienstleistungen in einem engeren Sinn erbrachten, nicht über spezielle oder höhere Qualifikationen verfügten und im Haus ihres Arbeitgebers bzw. ihrer Herrschaft lebten. Die gewerblichen Arbeitnehmer waren weitgehend ausgeschieden, die ehemals bedeutsame obere Schicht des Gesindes – meist männlich, oft älter und auf Lebenszeit dienend – war gegenüber dem 18. Jahrhundert stark reduziert. Unschärfen bestanden allerdings weiter. Wie weiterhin manche ländlichen Handwerker zum landwirtschaftlichen Gesinde geschlagen wurden, so zählte zu den häuslichen Dienstboten auch noch um 1870 eine kleine Minderheit von Personen, die sowohl häuslichen wie auch gewerblichen Tätigkeiten nachgingen. Die Trennung von Haus und Betrieb, die Ausdifferenzierung zwischen Haus- und Marktwirtschaft war 1875 noch nicht abgeschlossen.[14]

b) Wachstum und Schrumpfung des häuslichen Gesindes

Herkömmlicherweise überstieg das landwirtschaftlich-gewerbliche Gesinde an Zahl bei weitem die „Dienstboten zur persönlichen Bequemlichkeit der Herrschaft", also das häusliche Gesinde, zu dem Lakaien, Kutscher, Jäger und Gärtner, Köchinnen, Kammer- und Stubenmädchen, Wärterinnen und Ammen rechneten. In Preußen zählte man 1816 zum landwirtschaftlich-gewerblichen Gesinde 987.000, aber zum häuslichen nur 94.000 Personen; 1861 betrugen die beiden Zahlen in Preußen 1.209.000 (davon 150.000 primär für gewerbliche, 1.059.000 primär für landwirtschaftliche Zwecke) und 267.000 (häuslich). In Mecklenburg zählten die Statistiker 1871 65.000 Personen zum landwirtschaftlichen und 20.000 zum häuslichen Gesinde. Auch in Staaten ohne verbreiteten Großgrundbesitz, aber mit vorherrschend mittel- bis großbäuerlichen Besitzstrukturen überwog das

landwirtschaftliche Gesinde bei weitem: Zu diesem zählte man etwa in Bayern 1847 460.000 Personen, dagegen nur 40.000 zum häuslichen Dienst.

Doch das Verhältnis veränderte sich, zunächst und vor allem in den Gebieten, in denen landwirtschaftliche Klein- und Kleinstbetriebe vorherrschten und wenig Bedarf an familienfremden, landwirtschaftlichen Arbeitskräften jeder Art gegeben war: In Hessen z.B. zählte man 1861 fast 27.000 zum landwirtschaftlichen und 23.000 zum häuslichen Gesinde; bis 1871 sank dieses zwar auf 21.000 ab, übertraf damit aber das noch stärker reduzierte landwirtschaftliche Gesinde um 3.500. Und auch im Durchschnitt des Königreichs Preußen überholte das zunächst noch stark wachsende häusliche Gesinde bis 1882 das seit den frühen 60er oder späten 50er Jahren rapide schrumpfende landwirtschaftliche Gesinde, aus dem der gewerbliche Anteil wohl weitgehend schwand: 846.000 landwirtschaftliche und 886.000 häusliche Gesindepersonen (von diesen allerdings gut ein Drittel als häusliches Gesinde von Landwirten und insofern wohl in aller Regel doch noch zugleich mit landwirtschaftlichen Dingen befaßt). Insgesamt aber galt noch 1882 im Deutschen Reich: 3,5% der Bevölkerung gehörten zum landwirtschaftlichen, nur 2,9% zum häuslichen Gesinde (und von diesem dienten immerhin 31% in den Haushalten von Landwirten).[15]

Tabelle 24: Landwirtschaftliches und häusliches Gesinde in verschiedenen deutschen Staaten und ausgewählten Jahrzehnten 1810–1880 (in % der Bevölkerung)

	Zeitraum 1810–20	Zeitraum 1840–50	Zeitraum 1860–70	Zeitraum 1880–90
Vorwiegend landwirtschaftliches Gesinde				
Preußen	9,5*	6,8*	6,6*	3,1
Mecklenburg	–	–	11,7	–
Oldenburg	–	5,1	–	4,9–5,1
Sachsen	–	7,5	–	3,5
Bayern	10,8	–	–	6,6
Hessen	–	–	3,2	–
Vorwiegend häusliches Gesinde (oft einschl. gewerbliches Gesinde)				
Preußen	0,9	1,1	1,5	3,2
Oldenburg	–	–	3,1	2,5
Sachsen	–	–	2,2	2,7
Bayern	–	0,9	–	1,7
Hessen	–	–	2,7	2,6
Hamburg	10,5	–	12,1	5,0–6,0

Quelle: W. Kähler, Gesindewesen und Gesindedrecht in Deutschland, Jena 1896, S. 341.; JbSPS 2, 1867, S. 231–265, 261; Statistik des Deutschen Reichs, N. F. 4/III, 1884, S. 1846–1849. (Die in derselben Spalte – etwa 1860–70 – untereinanderstehenden Zahlen beziehen sich i.d.R. nicht auf genau dasselbe Jahr, aber auf dasselbe Jahrzehnt).

* Darin „gewerbliches" Gesinde, das 1861 0,8 % der Bevölkerung ausmachte (was für landwirtschaftliches Gesinde im eigentlichen Sinn 5,8 % übrigließ).

Tabelle 24 enthält beträchtliche Unsicherheiten und ist mit großem Vorbehalt zu lesen. Zu sehr variierten die Erfassungsmethoden von Staat zu Staat und manchmal auch von Stichjahr zu Stichjahr, vor allem änderten sie sich zwischen 1861 und 1882. Die Unterscheidung zwischen landwirtschaftlich(-gewerblichem) und häuslichem Gesinde blieb vor allem auf dem Lande faktisch fließend und statistisch prekär. Die Definition und die Zuordnung des gewerblichen Gesindes – knapp 1 % der Bevölkerung um 1860 jedenfalls in Preußen, viel weniger (zwischen 0,1 und 0,25 %) zur gleichen Zeit nach den Definitionen und Berechnungen der Oldenburger Statistiker[16] – wechselten stark, und meistens ist unklar, wie es statistisch behandelt wurde. Sicherlich lagen den sich abzeichnenden statistischen Bewegungen zu einem beträchtlichen Teil Neudefinitionen der Begriffe und damit Erfassungsänderungen zugrunde, Verengungen des Begriffs „Gesinde" und besonders des Begriffs „gewerbliches Gesinde", die aber – dies sei wiederholt – realgeschichtliche Veränderungen und Ausdifferenzierungsprozesse reflektierten.

Genauere Vergleiche zwischen Stichjahren und Staaten verbieten sich auf so einer schwankenden Grundlage, aber insgesamt scheint der Trend hinreichend klar: Während das landwirtschaftliche bzw. das landwirtschaftlich-gewerbliche Gesinde schrumpfte – anteilsmäßig wohl schon seit 1816[17], absolut seit den 1840er oder 1850er Jahren[18] und besonders schnell in den 60er und 70er Jahren –, nahm das primär häusliche Gesinde kontinuierlich zu. Es vergrößerte seinen Anteil an der Bevölkerung vermutlich bis in die Jahre der Reichsgründung.[19] Spätestens seit den 1880er Jahren, vermutlich aber bereits seit etwa 1870, stagnierte es jedoch absolut, und sein Anteil an der Bevölkerung wurde rückläufig. 1882 zählte die Reichsstatistik 1.723.000 Beschäftigte zur Kategorie „Häusliche Dienste", 1895 1.772.000 und 1907 1.736.000. Das entsprach 3,8 %, 3,4 % und 2,8 % der Bevölkerung.[20] Der Erste Weltkrieg und die nachfolgende Inflation beschleunigten den Abbau des Gesindes dann ganz radikal.

Wir haben zu erklären versucht, warum das landwirtschaftlich-gewerbliche Gesinde schrumpfte: Letztlich lagen diesem Prozeß die Durchformung der Marktwirtschaft und die Ausdifferenzierung von Haus, Ökonomie und Politik zugrunde. Aber warum schwoll in denselben Jahrzehnten das häusliche Gesinde an? Und warum wendete sich dieser Trend in den 1870er Jahren?

Die Vermehrung des häuslichen Gesindes in den ersten drei Vierteln des 19. Jahrhunderts resultierte aus zwei zusammenwirkenden Faktorenbündeln: einerseits aus dem Aufstieg und der Zunahme eines zunehmend anspruchsvollen, genügend finanzkräftigen und Dienstboten nachfragenden Bürgertums und andererseits aus der Verfügbarkeit eines schnell wachsenden, geographisch mobilen Reservoirs von jungen, meist weiblichen und zum Dienst für wenig Lohn bereiten Personen vornehmlich aus den Unterschichten, wobei dieses Reservoir mit der schnellen Bevölkerungszunahme, der verbreiteten Armut, der Überbesetzung des Landes mit unterbeschäftigten Personen und vor allem mit dem Mangel an alternativen – und gar attraktiven – Beschäftigungsmöglichkeiten in der Stadt zusammenhing. Die erste der beiden Bedingungen bestand im Prinzip auch nach den 1870er Jahren fort wenn auch vielleicht in abgeschwächter Form: Der

Wohlstand insgesamt wuchs, die mittleren und oberen Schichten wurden weder ärmer noch weniger umfangreich, eine Umverteilung zu ihren Ungunsten fand zweifellos nicht statt. Es geht nicht an, die Abnahme der Dienstbotenquote seit den 70er Jahren mit einer überproportionalen Zunahme der zur Dienstbotenhaltung ökonomisch unfähigen Schichten unterbürgerlicher und kleinbürgerlicher Art zu erklären. Im Vormärz hatte sich gezeigt, daß eine damals tatsächlich überproportional wachsende, ihren Bevölkerungsanteil vergrößernde Armenbevölkerung mit der gleichzeitigen Zunahme der Dienstboten im Dienst der relativ schmalen Mittel- und Oberschicht, einschließlich des Kleinbürgertums, durchaus vereinbar war. Jetzt, seit den 70er Jahren, war es umgekehrt.

Dies lag am Dahinschwinden der zweiten oben genannten Bedingung für die Ausdehnung des häuslichen Gesindes in den ersten drei Vierteln des 19. Jahrhunderts: Nachdem die Industrialisierung ihre erste Phase durchlaufen, sich als dynamischer, Beschäftigung schaffender Prozeß voll etabliert und die vorindustrielle „Reservearmee" weithin aufgezehrt hatte, nachdem auch die tiefen Konjunktureinbrüche der 70er Jahre mit ihrer Massenarbeitslosigkeit vorbei waren, verschärften sich die schon in den Städten der 60er und frühen 70er Jahre beobachtbaren Engpässe; das Angebot-Nachfrage-Verhältnis verschob sich langfristig. Angesichts nunmehr entstehender, zahlreicher anderer, oftmals attraktiver erscheinender Beschäftigungsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen der Unterschichten in der Stadt – Fabrik, Einzelhandel, neue Formen von Heimarbeit – und angesichts steigender Ansprüche der Dienstboten in der neuen Arbeitsmarktsituation wie unter dem Eindruck veränderter Lebensverhältnisse überhaupt nahm die sich Dienstboten leistende Schicht nicht weiter „nach unten" zu, wie sie es in den Jahrzehnten zuvor getan hatte. Dienstbotenarbeit wurde dafür zu teuer.

Veränderungen im unteren Bereich dieser bürgerlichen Schichten kamen hinzu: Im Vergleich zum vorwiegend selbständigen Kleinbürgertum des Vormärz und der Jahrhundertmitte war der „neue Mittelstand" der Angestellten und Beamten im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert zwar nicht ärmer; aber die ihm zugehörenden Familien wohnten unter den nunmehr stärker verstädterten Bedingungen enger; ihre Haushalte waren in viel ausgeprägterer Weise privat, von der Produktion und von der Repräsentation getrennt; ihr Bedarf an permanenten Dienstboten war insofern weniger zwingend – zumal die Entlastung des Haushalts durch die zunehmende Kommerzialisierung ehemals innerhäuslich erledigter Aufgaben Ende des 19. Jahrhunderts weitere Fortschritte machte: Man denke an die Vermehrung der Wäschereien und Reinigungsunternehmen, den Rückgang der im übrigen erstaunlich lange überdauernden partiellen Selbstversorgung auch städtischer Familien, den Rückgang der arbeitsamen Kleinviehhaltung, des Selbernähens, des Selberbackens usw., an Haushaltsvereinfachungen durch Einführung pflegeleichten Geschirrs und einfacher Haushaltsmaschinen, an die Erleichterung bei der Wasserversorgung und Abfallbeseitigung, an das reichere Angebot leistungskräftiger Reinigungsmittel etc.[21] Schließlich wird ein kleiner Teil der Abnahme des häuslichen Gesindes seit den 70er Jahren auf die statistische Eliminierung der bis dahin noch als Gesinde

gezählten Gewerbegehilfen, der Kellner, Bäckergehilfen, Brauknechte etc. zurückzuführen sein, die je später desto klarer als Arbeiter kategorisiert wurden.[22]

2. Das Dienstmädchen wird Prototyp

a) Konzentration in den bürgerlichen Haushalten der Städte

Solche Überlegungen führen jedoch über den Untersuchungszeitraum (1800–1875) hinaus. Für diesen ist festzuhalten: In den ersten anderthalb Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts gingen die im späten 18. Jahrhundert teilweise extrem hohen Gesindequoten (Hamburg 1791 angeblich mit 18–22% der Einwohner als Dienstboten) merklich zurück. Die Einwirkungen der Kriege waren dafür mitverantwortlich, aber auch die Mediatisierung und die Säkularisierung, die nicht nur viele regierende Höfe und prachtvolle Klöster endgültig auflösten, sondern auch deren oft riesiges Gesinde „freisetzten".[23] Seit den 1820er Jahren nahm die Gesindehaltung vor allem in den Städten zu. Das war nun eindeutig eine Sache des aufstrebenden, sich ausdehnenden, wohlhabender werdenden und anspruchsvoller lebenden Bürgertums, und damit sind Unternehmer und Manager, Kapitalisten und Rentiers ebenso gemeint wie die höheren und mittleren Beamten, die freien Berufe und das Bildungsbürgertum überhaupt, bis hinunter in die Schicht der bessergestellten Handwerksmeister, Kleinhändler, Wirte und Makler. Zur Entfaltung und Darstellung bürgerlicher Kultur in Absetzung zu den unteren „handarbeitenden Classen" und Schichten gehörte die Entlastung von den einfachsten Tätigkeiten des Haushalts dazu: und damit das Personal, zumindestens aber ein Mädchen. Das war ein gesamteuropäisches Phänomen.[24]

Die Vergleichbarkeit der Zahlen läßt wieder sehr zu wünschen übrig. Zwischen 4% (Köln) und 20% (München) der Einwohner sollen im Vormärz in den Städten zum Gesinde gezählt haben, i.d.R. zwischen 7 und 10%. Am bedeutendsten war die Dienstbotenhaltung in den blühenden großen und mittleren See- und Handelsstädten und in einigen Residenzstädten. Früh und rasch industrialisierende Städte waren unterdurchschnittlich stark mit Dienstboten bestückt, z.B. Barmen und Duisburg. Kleine Residenzstädte wie prosperierende mittlere und kleine Gewerbe- und Handelsstädte standen in der Mitte.[25] Oft war in einer Stadt die Zahl der Dienstboten doppelt so groß wie die Zahl der Gesellen und Lehrlinge, so in Weimar und Bremen sowie fast in Nürnberg und Basel in den 20er, 30er und 40er Jahren. Um die Jahrhundertmitte stellten die Dienstboten in den großen Städten zwischen einem Fünftel (Bochum) und einem reichlichen Viertel (Weimar) aller Beschäftigten. Eindeutig war häusliche Gesindehaltung ein städtisches Phänomen. So wurden im ganzen Regierungsbezirk Düsseldorf 1861 nur 0,7% aller Männer und 2,7% aller Frauen (über 14 Jahre) zum häuslichen Gesinde gezählt. In der Stadt Düsseldorf betrugen dagegen dieselben Zahlen im gleichen Jahr: 2,5% und 15,6%. Im Regierungsbezirk Münster umfaßte das häusliche Gesinde 1861 0,4% der männlichen und 2,1% der weiblichen Zivilbevölkerung über 14 Jahre, in der Stadt Münster dagegen 2,3 und 13,2%.[26] Dies galt auch für die 60er und frühen 70er Jahre, obgleich in einigen

rasch industrialisierenden und ihre Arbeiterbevölkerung überproportional vermehrenden Städten wie Berlin und Hamburg, wo sich viele alternative Beschäftigungsmöglichkeiten auch für Frauen der unteren Schichten boten, der Gesindeanteil bereits leicht zurückging – spätere gesamtgesellschaftliche Entwicklungen antizipierend.[27]

In Berlin hatten 1871 17,3% aller Haushalte Dienstboten, in Hamburg 21,6% und in Bremen 24%. In den folgenden Jahrzehnten fiel dieser Anteil auf (1900) 12,4% in Berlin, 12,3% in Hamburg und 14% in Bremen. Wenn man in ganz grober Annäherung für die Städte der Reichsgründung sagen kann, daß die Grenze zwischen Dienstboten haltenden und Dienstboten entbehrenden Haushalten in etwa in eins fiel mit der – ohnehin nicht ganz eindeutig zu bestimmenden – Grenze zwischen Oberschicht/Mittelschicht einerseits und Unterschicht andererseits, so gilt je später desto mehr, daß Dienstbotenhaltung zum Luxus wurde, den sich nur die Oberschicht und die wohlhabende Mittelschicht leisten konnte.[28] Der Dienstbotenanteil einer Stadt kann geradezu als Wohlstands-Index dienen, übrigens auch für den Vergleich von Stadtteilen. Er korrelierte im Stadtviertelvergleich mit der Durchschnittszahl der heizbaren Zimmer und Badeeinrichtungen pro Wohnung; er stieg und fiel mit dem durchschnittlichen Einkommen der Bewohner.[28a] Vergleicht man die Zahl der Berliner Dienstboten mit der Zahl der in den Familien lebenden Einwohner (also ohne Einzelpersonen, Mieter usw.), dann entfielen in der feinen äußeren Friedrichstadt oder im guten Stadtteil Dorotheenstadt nur knapp vier Familienmitglieder auf einen Dienstboten, im proletarischen Wedding dagegen fast 40. In der äußeren Friedrichstadt und in der Dorotheenstadt hielt nahezu jeder zweite Haushalt Dienstboten, in Wedding und Moabit jeder zehnte![29] Nach Berufsgruppen gegliedert, rangierten in Berlin 1867 die Rentiers und die Hofbeamten mit 26 Bedienten pro 100 Personen an der Spitze; es folgten eine ganze Reihe von Unternehmer- und Kaufmannskategorien wie Brauer, Spediteure und Großhändler, Mineralwasser-Fabrikanten, aber auch Bäcker und – Kirchenleute; etwa in der Mitte standen die Staats- und Gemeindebeamten mit den Lehrern (11–12 Bediente pro 100). Ganz unten rangierten die größtenteils verlegten Massenhandwerke und Arbeitergruppen (soweit überhaupt aufgeführt): Weber mit 0,8 Bedienten pro 100 Personen, Schuster, Eisen-Arbeiter und Maschinenbauer mit jeweils 1,3, Tischler und Schneider mit 1,4.[30]

b) Frauenarbeit

In dem Maß, in dem aus dem häuslichen Gesinde die verkappten Gewerbegehilfen und die höheren, oft besonders qualifizierten Chargen ausschieden, und in dem Maß, in dem das nicht-landwirtschaftliche Gesinde tatsächlich zum Hausgesinde und das Haus zum separaten, von Markt und Öffentlichkeit abgetrennten Bereich wurde, im selben Maß wurde das Hausgesinde zur Domäne von Mädchen und jungen Frauen. Denn mit der – noch längst nicht vollkommenen, aber

im 19. Jahrhundert voranschreitenden – Disjunktion von Haus und Markt, von Familie und Gewerbe, von Privatsphäre und Öffentlichkeit ging eine Disjunktion der zeitgenössisch dominierenden Vorstellungen über das Hand in Hand, was Sache der Männer und was Sache der Frauen sei. Stärker als im Ancien régime wurden Haus und Familie als Reich der Frau, der Ehefrau und Mutter eingeschätzt und stilisiert, während Erwerbsleben und Öffentlichkeit dem Manne obliegen sollten. „Der Mann muß hinaus/in's feindliche Leben/Muß wirken und streben/Und pflanzen und schaffen/Erlisten, erraffen[...]/Und drinnen waltet/ Die züchtige Hausfrau,/Die Mutter der Kinder,/Und herrschet weise/Im häuslichen Kreise[...]". Was diese post-revolutionäre, anti-revolutionäre Ballade Friedrich Schillers, die 1800 veröffentlicht wurde, ausdrückte und in der Zukunft zu verfestigen mithalf, war eine Vorstellung von der richtigen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, eine Vorstellung, die sich im 19. Jahrhundert siegreich durchsetzte. Die *sozialen* Wunsch-Attribute von Mann und Frau differenzierten sich schärfer als früher. Eine ideologische Aufwertung von Haus und Heim, von Familie und Frauenrolle war damit ebenso verknüpft wie die Rechtfertigung der Ausgrenzung von Frauen aus dem als kämpferisch, hart und männlich geschilderten Erwerbs- und Öffentlichkeitsleben. Realisiert wurde diese Norm am ehesten im Bürgertum; in den unteren Schichten hatte sie wenig Chancen, aber wahrscheinlich ihre Bedeutung als Wunsch und Traum.[31]

Daß häuslicher Dienst vor allem Frauensache sei, setzte sich als selbstverständliche Vorstellung bei den Gesinde einstellenden Frauen und Männern des Bürgertums wie bei den stellungssuchenden Mädchen und Frauen der Unterschichten durch, denen sich überdies – außer der landwirtschaftlichen Arbeit und der Heimarbeit, später der Fabrikarbeit – wenig Alternativen boten; auch bei den Söhnen und Männern der Unterschichten, die sich nicht zuletzt deshalb lieber andere Stellungen suchten, als in den zunehmend als weiblich empfundenen häuslichen Dienst zu drängen. Bevor sich Haus und Gewerbe, Haus und Öffentlichkeit so scharf geschieden hatten, war das anders gewesen; wo sie noch in enger Verknüpfung verharrten wie in der Landwirtschaft, blieb es auch anders.

1816 zählte man in ganz Preußen 22.300 häusliche Dienstboten männlichen Geschlechts (Lakaien, Kutscher, Jäger, Gärtner, Köche, Burschen usw.) und 71.800 Mädchen und Frauen (Kammer- und Stubenmädchen, Köchinnen, Wärterinnen, Ammen usw.): ein Verhältnis von 1:3,2. 1861 wurden in denselben Kategorien 53.300 männliche und 214.200 weibliche Dienstboten aufgezählt: ein Verhältnis von 1:4,0. In einzelnen Städten verlief diese „Feminisierung" des häuslichen Gesindes rascher.[32] Im landwirtschaftlichen Gesinde Preußens standen sich dagegen 1816 454.600 männliche und 532.800 weibliche Personen gegenüber; 1861 betrugen die Ziffern 558.700 (Männer) und 500.400 (Frauen). Hier im landwirtschaftlichen bzw. landwirtschaftlich-gewerblichen Bereich zeichnete sich also keine „Feminisierung" ab, sondern eine kleine Verschiebung zugunsten der Jungen und Männer.[33]

Männer hielten sich im häuslichen Gesinde, vor allem in Häusern mit *mehreren*, dann durchweg spezialisierten und oftmals hierarchisch geordneten Dienstboten, oft in den gehobenen, übergeordneten Positionen sowie in jenen, die

besondere Körperkraft brauchten; bestimmte Gesindeberufe blieben auch (Köche) oder ausschließlich (Jäger, Kutscher, Hausknechte) männlich besetzt. Oder sie hielten sich, wo mit den häuslichen Pflichten gewerbliche verbunden waren: in den Häusern von Landwirten, Fuhrunternehmern, Fischern, Brauern usw. 1819 arbeiteten im Hause des Hamburger Großkaufmanns Godeffroy zwei Diener, ein Hausknecht, drei Hausmädchen, ein Koch, eine Unterköchin, eine Magd, ein Kutscher, daneben Gärtner und Gartenarbeiter. 1865 beschäftigte der Frankfurter Bankier Moritz von Bethmann in seinem Haus 15 Dienstboten für sich, seine Frau und seine 17jährige Tochter: eine Erzieherin, zwei Diener, einen Hausknecht, zwei Kutscher (für vier Pferde), zwei Kammerjungfern, ein Hausmädchen, eine Köchin, ein Küchenmädchen, eine Haushälterin, einen Gärtner und zwei Gartengehilfen. Das war die Größenordnung vornehmer und wohlhabender Adelshäuser. Sicher hatte dieses Gesinde viel Langeweile, was aber seiner repräsentativen Funktion nur zugute kam. „Bei der Gräfin hatte ich wenig Arbeit, ein feines Leben", erinnerte sich die 1844 in Lütjenburg geborene Sophia Lemitz, die Ende der 60er Jahre in einem Herrenhaus bei Kiel als „Jungfer" angestellt war.[34]

Aber die Häuser mit mehreren Dienstboten waren die Ausnahme. Selbst in Berlin, wo, wie in anderen Residenzstädten, Verwaltungs- und Geschäftsmetropolen relativ viele Haushalte mit mehreren Dienstboten existiert haben dürften, hatten 1867 ¾ aller überhaupt Dienstboten haltenden Haushalte nicht mehr als eine Person in Dienst, und das heißt: ein „Mädchen für alles". Von gut 150.000 Haushalten besaßen 79,2 % keine Dienstboten, 15,1 % stellten einen (oder eine), 3,9 % zwei, 1,1 % drei und 0,7 % vier bzw. mehr Personen in Dienst. Von jener großen Mehrheit aller Dienstboten, die allein dienten, waren 94 % weiblich; von denen, die zu zweit dienten (meist Stubenmädchen und Köchin), waren 84 % Frauen; unter denen, die zu dritt in einem Haushalt angestellt waren, machten Frauen 77 % aus; und in der sehr kleinen Haushaltungsklasse mit vier und mehr Dienstboten stellte sich das Verhältnis von Frauen zu Männern wie 6:4.[35]

Auch im 18. und frühen 19. Jahrhundert hatten Mädchen und Frauen im häuslichen Gesinde die Mehrheit gestellt. Ihr numerisches Übergewicht in diesem Bereich nahm aber langfristig zu, und zwar sowohl als der häusliche Dienst expandierte (bis in die 1870er Jahre), wie auch als er schrumpfte (seitdem). In den 70er Jahren dürfte der vornehmlich städtische häusliche Dienst zu knapp 90 % weiblich besetzt gewesen sein; zweifellos lag dieser Frauen-Anteil um 1800 noch sehr viel niedriger.

In den 70er Jahren arbeiteten etwa ein Drittel der überhaupt erwerbstätigen Frauen in diesem Bereich. Dies entsprach ungefähr dem Anteil aller erwerbstätigen Mädchen und Frauen, die als landwirtschaftliches Gesinde und Tagelöhnerinnen der verschiedensten Art in der Landwirtschaft beschäftigt waren, und überstieg ein wenig die Zahl der in Gewerbe, Handel und sonstigen Dienstleistungen beschäftigten weiblichen Erwerbstätigen. Bis 1907 verschob sich diese Relation: Die „Persönlichen Dienste" beschäftigten dann nur noch ein Viertel der überhaupt erwerbstätigen Frauen; ein gutes weiteres Viertel arbeitete in der Landwirtschaft; und knapp die Hälfte der erwerbstätigen Frauen hatten Arbeits-

plätze in den expandierenden Bereichen des Gewerbes, des Handels und der sonstigen Dienstleistungen gefunden.[36]

Auch um 1875 war das häusliche Gesinde keine homogene Kategorie. Ob das Mädchen neben den häuslichen Pflichten auch Stalldienst zu leisten hatte, den Hof besorgte und bei der Ernte half[37] *oder* ob es die Besorgung des Haushalts mit der Tätigkeit als Serviererin in der Gastwirtschaft der Herrschaft zu verknüpfen und dadurch möglicherweise besondere Anstrengungen zu tragen hatte[38] *oder* ob es, wie in der großen Mehrzahl der Fälle, nur mit häuslichen Arbeiten beschäftigt war, das machte einen großen Unterschied. Ob man spezialisierte Arbeiten im mehrköpfigen, hierarchisch geordneten und funktional differenzierten Gesinde-Team eines hochherrschaftlichen oder großbürgerlichen Haushalts zu leisten hatte oder, wie in der großen Mehrzahl der Fälle, als Mädchen für alles zuständig war, das fiel entscheidend ins Gewicht. Der Livreediener beim reichen Frankfurter Bankier und der Lakai an einem der noch immer zahlreichen Höfe unterschieden sich natürlich weiterhin in den meisten Hinsichten vom Hausburschen des Gastwirts und vom Knecht des Bauern, die Wirtschafterin des großen Guts von der gelernten Köchin im städtischen Haushalt des hohen Beamten, und diese wiederum vom nichtspezialisierten Stuben- und Kammermädchen ohne vorherige Lehre.[39] Wie die wenigen Dienstmädchen-Autobiographien aus jener Zeit zeigen, variierten Kost und Wohnverhältnisse, Lohn und Behandlung, Zufriedenheit und Zumutungen ganz ungemein mit der sozialen Stellung der Herrschaft und vor allem mit deren persönlichen Eigenarten.[40] Immerhin: zunehmend und vor allem stellte das häusliche Gesinde eine primär städtische, dominant weibliche Kategorie von Personen dar, die vorwiegend niedere häusliche Arbeiten in bürgerlichen Haushalten zu leisten hatten, welche meistens nur ein „Mädchen für alles" hielten. In diesem Sinne verstanden, war 1875 das Dienstmädchen zum Prototyp des häuslichen Gesindes geworden.

3. Zwischen hausherrschaftlicher Einbindung und vertraglicher Freiheit: der rechtliche Minderstatus des Gesindes

Im rechtlichen Status des häuslichen Gesindes erhielt sich die alte hausherrschaftliche Einbindung, die fürs 18. Jahrhundert vorgestellt worden ist.[41] Aber während diese einstmals für abhängig Arbeitende den weitverbreiteten Normalfall dargestellt hatte, war sie bis 1875 zu etwas Besonderem, zur Ausnahme geworden, zum überlebenden Relikt in einer Situation, die ansonsten kaum noch hauswirtschaftlich und hausherrschaftlich geprägt war, sondern durch Marktwirtschaft und sich durchsetzende Lohnarbeit einerseits, durch staatsbürgerliche Rechtsgleichheit und -freiheit andererseits. Immer ausgeprägter und offensichtlicher wurde der Unterschied zwischen den dominanten Strukturprinzipien der Zeit und jenem rechtlichen Relikt, für dessen Fortexistenz sich gleichwohl starke Interessen einsetzten.

Das Gesinde – und zwar das häusliche ebenso wie das landwirtschaftliche und das gewerbliche – unterstand im gesamten 19. Jahrhundert einem Recht, das seine Arbeit und seine Lebensverhältnisse anders und intensiver regelte, als es bei den anderen abhängig Arbeitenden der Fall war. Dieses territorial unterschiedliche und sich allmählich verändernde Sonderrecht, das erst in der Revolution von 1918 fiel, schrieb im wesentlichen die Rechtsgrundsätze fort, die am Ende des 18. Jahrhunderts die Gesindeverhältnisse regelten. Die entsprechenden, gegenüber früheren Gesindeordnungen vorsichtig reformierten Rechtsgrundsätze des preußischen Allgemeinen Landrechts (1794) dienten der preußischen Gesindeordnung von 1810 als Vorbild; sie wiederum prägte die meisten (zwischen 1800 und 1850 erlassenen) Gesindeordnungen in den anderen deutschen Staaten und einzelnen Regionen; vor dem Ersten Weltkrieg gab es in Deutschland etwa 60 einzelstaatliche bzw. nur regional gültige Gesindeordnungen.[42]

Erlassen wurden diese Gesindeordnungen durchweg zum Zeitpunkt der Aufhebung der Erbuntertänigkeit, und die fiel bekanntlich in den verschiedenen Staaten in verschiedenen Jahren. Sie sollten – meist auf Wunsch und auf Druck der landwirtschaftlichen Arbeitgeber und vor allem mit Bezug auf das *landwirtschaftliche* Gesinde – die zentralen Bestandteile der Freizügigkeitsbeschränkungen und Disziplinierungsmöglichkeiten erhalten, die für die bisher erbuntertänige Bevölkerung insgesamt, einschließlich des Zwangsgesindes, durch die Reformen im Prinzip wegfielen. Die Gesindeordnungen sollten dem gefürchteten Arbeitskräftemangel bzw. dem gefürchteten Mangel an billigen und fügsamen Arbeitskräften vor allem im landwirtschaftlichen Bereich und – weniger wichtig – im häuslichen Dienst entgegenwirken; daneben sollten sie die Wiederholung der sozialen und politischen Unruhen erschweren, wie sie in den 1790er Jahren und im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts aufgetreten waren.[43] Die

Gesindeordnungen ließen diese primären Zwecksetzungen in vielen Einzelbestimmungen erkennen. Sie reflektierten und kodifizierten den Status des Gesindes zwischen gehorsamspflichtiger Zugehörigkeit zum Hause der Herrschaft – aber nicht zu deren Familie –[44] und vertraglich vereinbarter „Lohnarbeit" im Sinne einer zeitlich begrenzten Pflicht zur Erbringung von Arbeitsleistungen für einen Arbeitgeber im Austausch für bestimmte Gegenleistungen in Form von Naturalien und Geldlohn.

Um dieser sozialen Realität verstärkend Rechnung zu tragen und um jenen Zwecken zu genügen, schrieben die Gesindeordnungen in asymmetrischer Weise fest, was den Gesindestatus vom Typus des Lohnarbeiters unterschied. Sie begrenzten die Freizügigkeit der Dienstboten und unterstellten sie nicht nur als Arbeitskräfte der Verfügungsgewalt ihrer Arbeitgeber, sondern auch als Personen der Hausgewalt ihres Herrn. Es waren schließlich genau diese, die Gesindeordnungen vom sich allmählich herausbildenden liberalen markt- und lohnarbeitsgemäßen Arbeitsrecht unterscheidenden Bestimmungen, an denen sich die liberale und die sozialdemokratische Kritik des späteren 19. und frühen 20. Jahrhunderts entzündete.[45]

Im Unterschied zum Arbeitsvertrag des normalen Lohnarbeiters sah der Dienstvertrag des Gesindes keine jederzeitige (etwa 14tägige) Kündbarkeit vor, sondern er galt meist für längere Zeit, in Preußen Mitte des Jahrhunderts ein Vierteljahr für das städtische, ein Jahr für das ländliche Gesinde; er verlängerte sich stillschweigend um ein zweites Vierteljahr bzw. Jahr, falls er nicht sechs Wochen (städtisches Gesinde) bzw. ein Vierteljahr (ländliches Gesinde) vor dem Ziehtermin gekündigt wurde oder besondere Kündigungsgründe wirksam wurden.[46] Die Gesindeordnungen sahen besondere Ziehtage vor, in Preußen den 2. 1., 2. 4., 2. 7. und 2. 10. für das städtische, den 2. 4. für das ländliche Gesinde – mit Ausnahmen und regionalen Unterschieden.[47] Sie sahen vor, daß kontraktbrüchiges Gesinde, das den bereits zugesagten Dienstantritt ohne zwingende Gründe verweigerte oder den Dienst unberechtigt verließ, durch „polizeiliche Zwangsmittel" zum Antritt bzw. zur Fortsetzung des Dienstes auf Kosten des Gesindes oder der Polizeikasse „angehalten" werden mußte, sofern die Herrschaft das forderte. Dagegen konnten Kontraktbrüche freier Lohnarbeiter vom Arbeitgeber nur gerichtlich und rein zivilrechtlich verfolgt werden, und das hieß: mit großem Aufwand und ohne kurzfristige Erfolgschance.[48] 1854 wurde diese Bestimmung verschärft und präzisiert, u. a. als Verbot von kollektiven Aktionen, Zusammenschlüssen und Arbeitsniederlegungen.[49]

Seit 1846 wurden Gesindebücher – statt einfacher Zeugnisse – obligatorisch gemacht. „Bei Entlassung des Gesindes ist von der Dienstherrschaft ein vollständiges Zeugnis über die Führung und das Benehmen desselben in das Gesindebuch einzutragen." Es mußte beim erneuten Vertragsabschluß vorgelegt werden, es sei denn, die neue Herrschaft bestand nicht darauf – dies unter der offen eingestandenen Annahme, „daß das Gesetz nur im Interesse der Herrschaft die Verbindlichkeit zur Anschaffung des Gesindebuchs ausgesprochen habe".[50]

Ähnlich wie die Pflichten der Kinder gegenüber ihren Eltern und der Frau gegenüber dem Mann waren die Pflichten des Gesindes gegenüber der Herr-

schaft ausdrücklich unspezifisch. „Gemeines Gesinde, welches nicht ausschließend zu gewissen bestimmten Geschäften gemiethet worden, muß sich allen häuslichen Verrichtungen nach dem Willen der Herrschaft unterziehen". Es hatte seine Dienste allen zur herrschaftlichen Familie gehörenden Personen und ihren Gästen zu leisten. Bei Auseinandersetzungen über die Verteilung der Tätigkeiten entschied allein der Wille der Herrschaft. Umgekehrt wurde ein Rechtsanspruch auf die Gewährung der üblichen Geschenke ausdrücklich verneint.[51] Nicht nur zu nichtspezifischen Dienstleistungen war das Gesinde verpflichtet, sondern es hatte sich auch „der häuslichen Ordnung, wie sie von der Herrschaft bestimmt wird, zu unterwerfen."[52] Überdies war es verpflichtet, auch außerhalb des Dienstes das Beste der Herrschaft zu fördern und Schaden abzuwenden (§ 70). Es war also insgesamt nicht nur zu gewissen Leistungen während der (ohnehin ungemessenen) Arbeitszeit, sondern auch zu gewissen Verhaltensweisen und Einstellungen verpflichtet; die Identifikation mit der Herrschaft war seine gesetzliche Pflicht. Pflichtwidriges Benehmen des Mitgesindes hatte es der Herrschaft anzuzeigen (§ 71). Diese hatte auch über das allgemeine Betragen des Gesindes zu wachen und es etwa zum Besuch des Gottesdienstes anzuhalten (§ 84). Ohne Genehmigung der Herrschaft durfte es sich „auch in eigenen Angelegenheiten vom Hause nicht entfernen" (§ 74). Der Herr konnte das Gesinde mit sofortiger Entlassung bestrafen, wenn es über Nacht aus dem Hause geblieben war, sich dem Trunk und dem Spiele widmete, schwanger wurde oder „sich durch lüderliche Aufführung ansteckende oder ekelhafte Krankheiten zugezogen hatte" (§§ 125, 128, 130, 133).[53] Der Hausvater besaß gegenüber den „in seinem Lohn und Brodte stehenden Personen das Recht der häuslichen Polizei".[54] Dazu gehörte jedenfalls östlich der Weser und jedenfalls bis 1832 ein („mäßiges") Züchtigungsrecht, das in Preußen 1832 erneut eingeschränkt und 1849 abgeschafft wurde, aber in den östlichen Provinzen auch danach praktiziert worden ist und anderswo auch formal fortbestand – in Österreich etwa bis 1911.[55]

Den über ein lohnarbeiterspezifisches Vertragsverhältnis hinausreichenden Herrschaftsbefugnissen des Dienstherrn entsprachen gewisse weiterreichende Fürsorgepflichten: Neben der Pflicht zur Verköstigung des Gesindes „bis zur Sättigung" (§ 83) und der Verantwortung, es nicht über seine Kräfte anzustrengen (§ 85) gehörte dazu die Pflicht zur Verpflegung des erkrankten Dienstboten, allerdings nur, falls keine zur Verpflegung verpflichteten und fähigen Verwandten am Ort wohnten, und nur bis zum Ende der vereinbarten Dienstzeit; danach trat die Gemeinde oder die als Gemeinde fungierende Gutsherrschaft ein, sofern der Dienstbote ansässig war; ansonsten wurde er abgeschoben (§§ 85–89).[56]

Kein Zweifel, die Herrschaftsbefugnisse der Herrschaft überschritten das sich herausbildende Normalmaß des Lohnarbeitsvertrags erheblich entschiedener als seine Fürsorgeverpflichtungen. In vielen Beziehungen war das, was vom feudalen Gegenseitigkeitsverhältnis im Gesinderecht überlebte, asymmetrisch: zum Vorteil des Herrn und zum Nachteil der Diener. Ausdrücklich maß die preußische Gesindeordnung mit zweierlei Maß; sie widersprach dem – an sich längst erklärten und sich ansonsten schrittweise durchsetzenden – Prinzip der Rechtsgleichheit und kannte zweierlei Menschenwürde, die des Herrn und die des

Knechts. Ehrbarkeit und Bescheidenheit verlangte sie vom Gesinde (§ 77), aber nichts dergleichen von der Herrschaft. „Ausdrücke oder Handlungen, die zwischen andern Personen als Zeichen der Geringschätzung anerkannt sind, begründen gegen die Herrschaft noch nicht die Vermuthung, daß sie die Ehre des Gesindes dadurch habe kränken wollen" (§ 78). Scheltworte oder „geringe Thätlichkeiten" hatte das Gesinde zu tolerieren (ohne das Recht auf gerichtliche Genugtuung), wenn es die Herrschaft „durch ungebührliches Betragen zum Zorn" gereizt hatte (§ 77). „Außer dem Falle, wo das Leben oder die Gesundheit des Dienstboten durch Mißhandlungen der Herrschaft in gegenwärtige und unvermeidliche Gefahr geräth, darf er sich der Herrschaft nicht thätlich widersetzen" (§ 79). Die Herrschaft durfte bei Verdacht die Durchsuchung der „Privat"-Dinge des Gesindes von der Polizei verlangen und ggf. selbst durchführen, sinngemäß äquivalente Rechte des Gesindes bestanden natürlich nicht.[57] Stand im Streit zwischen Gesinde und Herrschaft über die ausbedungene Lohnhöhe Aussage gegen Aussage, so stellte die Gesindeordnung für die Rheinprovinz 1844 fest, der Herrschaft auf ihren Eid zu glauben (und nicht dem Gesinde).[58] Nach dem Modell des Verhältnisses unmündiger Kinder zum wohlwollend-überlegenen, strengen und fürsorglichen Vater wurde hier das Verhältnis zwischen Erwachsenen normiert, die aufgrund der Bedingungen, unter denen sie zusammengekommen waren, viel weniger Interessengemeinsamkeit und Gefühlsbindung, viel mehr Spannungen und Fremdheit haben mußten als Kinder und Eltern. Schon die genaue Kodifizierung eines im Grunde im bürgerlichen Zeitalter nur unkodifiziert erträglichen Verhältnisses erhellt das Problem. Die genaue Kodifizierung des patriarchalischen Prinzips widersprach seinem Anspruch. Sie verwies auf die Regelungsbedürftigkeit offenbar konfliktreicher Sozialbeziehungen, während zum Patriarchalismus Herrschaft und Akzeptanz in traditionaler, nicht „gesatzter", eher selbstverständlicher Weise gehören.[59]

Das hier in den Hauptzügen geschilderte preußische Gesinderecht galt nicht in allen preußischen Provinzen gleich. Die Rheinprovinz z. B. erhielt, wie ausgeführt, ihr Gesinderecht erst 1844, und dann in einer etwas liberaleren Fassung. Die Gesindeordnung anderer deutscher Staaten und Regionen unterschied sich von der preußischen in Einzelheiten. Einige wenige wie die von Schleswig-Holstein sahen auch polizeiliche Zwangsmaßnahmen gegen die ihre Pflichten verletzende – z. B. die zugesagte Aufnahme des Dienstboten verweigernde – Herrschaft vor und gewährten dem Gesinde das Recht zum Rücktritt vom bereits eingegangenen Vertrag bis vier Wochen vor dem Antrittstermin. Das preußische Gesetz von 1854, das ein Koalitionsverbot enthielt und die Strafen für Kontraktbruch verschärfte, hatte in den meisten anderen Staaten keine Parallele. Manche Ordnungen, wie die von Braunschweig, Sachsen und Wien, schrieben ausdrücklich vor, daß das Gesinde jeden nach dem Ermessen der Herrschaft seinen Verhältnissen nicht angemessenen Aufwand in Kleidung, Vergnügen und sonstigen Genüssen zu vermeiden habe.

Die Ziehtage variierten mit den regionalen Gebräuchen. Die badische Gesindeordnung von 1868 brach mit dem herkömmlichen Prinzip, indem sie die liberalen Grundsätze der 60er Jahre konsequent auf Dienstboten anwandte und – fran-

zösischen Vorbildern folgend – kein Sonderrecht für Dienstboten vorsah. Sie schaffte das Züchtigungsrecht ab und entkleidete das Gesindeverhältnis seiner öffentlich-rechtlichen Momente, die es in den älteren, im größten Teil Deutschlands weiter geltenden Ordnungen zweifellos besaß. Diese zeigten sich an der fast automatischen polizeilichen Ahndung des Kontraktbruchs wie auch – im Vormärz – an der Existenz öffentlicher Gesindeämter für Vermittlung und Aufsicht in vielen Gemeinden. Das badische Modell beeinflußte Bayern und Württemberg, als sie gegen Ende des 19. Jahrhunderts unter dem Eindruck der Kodifizierung des Privatrechts allgemein (Entstehung des BGB) ihre Gesindeordnungen überarbeiteten. Soweit sich jetzt gewisse Angleichungen des Gesinderechts an das allgemeine Arbeitsvertragsrecht durchsetzten, so vor allem in Süddeutschland, geschah dies nach Beendigung des hier interessierenden Zeitraums. Insgesamt aber entsprachen die Regelungen in den anderen deutschen Staaten und Regionen den hier am preußischen Beispiel gezeigten Prinzipien, und diese hielten sich im großen und ganzen bis 1918.[60]

Sicherlich entsprach die Wirklichkeit des Dienstbotenalltags den rechtlichen Bestimmungen nur zum Teil; aus diesen läßt sich jene nicht ableiten. Norm und Realität klafften oft auseinander. Viele der skizzierten Paragraphen zielten viel stärker aufs landwirtschaftliche Gesinde und trafen am häuslichen Gesinde vorbei: die preußischen Koalitionsverbote z. B., denn Koalitionen des häuslichen Gesindes lagen im 19. Jahrhundert ohnehin außerhalb des Bereichs der realen Möglichkeiten; dagegen brauchte man keine Gesetze. Das Züchtigungsrecht war westlich der Weser wohl schon Ende des 18. Jahrhunderts weit aus der Mode gekommen, und in den 1870er Jahren spielte es wohl noch auf vielen Gütern des Ostens eine praktische Rolle, aber kaum in den Gesinde haltenden Haushalten der städtischen Bürger. Die oft sehr persönlichen Verhältnisse zwischen Hausfrau und Dienstmädchen im bürgerlichen Haushalt waren nicht selten von wechselseitigem Vertrauen geprägt oder auch von Spannungen sehr privater Art, die mit jenen Rechtssätzen nicht einzufangen waren. Und 1869 schrieb ein informierter Beobachter über Preußen: „Es ist unzweifelhaft, daß der Dienst- oder Gesindevertrag sich durch keinerlei gesetzliche Bestimmungen von einem ersichtlichen Mangel an Erzwingbarkeit befreien läßt."[61] Größeren Schadenersatz zu leisten, war das Gesinde ja meist finanziell nicht wirklich in der Lage, die Aussicht auf Polizeistrafen motivierte es angeblich wenig, und entgegen ihrem Zweck konnten die Gesindeordnungen den häufigen Stellungswechsel nicht recht verhindern, als das Gesinde in den 60er und frühen 70er Jahren mit dem Konjunkturaufschwung knapp zu werden begann. In Zeiten der „Leuteknappheit" stellten die Herrschaften Dienstboten durchaus auch dann ein, wenn diese kein Gesindebuch vorweisen konnten oder darin das letzte Testat fehlte. Gegen die Kräfte des Marktes erwies sich das Recht auch in diesem Fall als zu schwach.

Aber der Ausgang anderer Konfliktfälle wurde doch vom bestehenden Gesinderecht mitbestimmt: Dienstboten stellten es bei ihren Entscheidungen in Rechnung.[62] Das Bild des Gesindes im Recht verweist auf seine in der Zeit vorherrschende Einschätzung, auf seine untergeordnete und diskriminierte Stellung in der Meinung der Mittel- und Oberschichten. Das Gesinderecht ist überdies inter-

essant als ein Beispiel für die Bereitschaft jenes Systems, vorbürgerliche Normierungen und Rechtsungleichheiten langfristig zu akzeptieren, die den ansonsten sich durchsetzenden bürgerlichen Rechtsprinzipien und Gleichheitsgrundsätzen hart widersprachen. Diese Gesindeordnungen – aber natürlich nicht die häusliche Gesindehaltung als solche – reflektierten ein gravierendes „Defizit an Bürgerlichkeit" der deutschen Gesellschaft im 19. Jahrhundert.[63] Und wenn das deutsche Recht – anders und deutlicher als das französische und englische[64] – reliktartig vorkapitalistisch und vorbürgerlich geprägte Grundsätze des 18. Jahrhunderts konservierte und den Gesindestatus zwischen hausherrschaftlicher Einbindung und verträglicher Freiheit festlegte, dann entsprachen diesem rechtsgeschichtlichen Befund zahlreiche soziale und ökonomische Momente in der Situation des Gesindes, das sich eben auch sozial- und wirtschaftsgeschichtlich vom Typus des Lohnarbeiters unterschied. Dabei ist anders als im Recht zwischen häuslichem und landwirtschaftlichem Gesinde sehr klar zu unterscheiden.

4. Weder Familienmitglied noch Lohnarbeiter: sozialökonomischer Status, Arbeits- und Lebensverhältnisse, Erfahrungen

a) Arbeitsmarkt, Lohnformen, Vertragsdauer und die Zunahme der Fluktuation

Für den Standort im Gefüge der sozialen Klassen und Schichten sind Art und Höhe des Einkommens von größter Bedeutung. Im Unterschied zum Typus des Lohnarbeiters erhielten Dienstmädchen im Untersuchungszeitraum etwa zwei Drittel bis drei Viertel ihres Verdienstes in Form von „Kost und Logis", nur etwa ein Viertel bis ein Drittel in Form von Geld.[65] Der hohe Naturallohnbestandteil war typisch für hauswirtschaftliche Einbindung: Er setzte der Marktintegration des Gesindes sehr enge Grenzen; er verlieh gewisse, in den Jahrzehnten großer Not nicht unwichtige Sicherheit. Er begrenzte zugleich die Wahlfreiheit der Dienstmädchen als Konsumenten; in bezug auf die Kost und die Gegenstände des täglichen Gebrauchs, die Wäsche und Einrichtungsgegenstände nahm ihnen die Herrschaft diese Entscheidung ab, was im Aufschwung der Löhne und Ansprüche seit den 50er Jahren zunehmend als Einschränkung erfahren worden zu sein scheint. Oft speiste das Mädchen mit am Tisch der Herrschaft – im bäuerlichen und kleinbürgerlichen Haushalt war das eher der Fall als in großbürgerlichen und herrschaftlichen Häusern, wo das Gesinde in der Küche oder in besonderen Gesinderäumen aß.[66] In der Mehrheit der Fälle aßen Herrschaft und Gesinde dasselbe, und selbst wenn, wie im Fall des getrennten Essens nicht selten, die Speisezettel von Herrschaft und Gesinde differierten, blieben sie bei Verköstigung im Haus eng miteinander verkoppelt; es bestand insofern eine gewisse Nähe und Gemeinsamkeit zwischen Herrschaft und Dienstboten, die der spätere Übergang zum Kostgeld oder gar zum reinen Geldlohn auflöste.[67] Für die Unterbringung galt ähnliches: Ob der Knecht im Stall bei den Pferden schlief oder die Magd die Kammer mit den Töchtern des Bauern teilte, ob das Haus in der Stadt eine kleine separate Mädchenkammer zur Verfügung stellte oder das Dienstmädchen mit einer schlecht ventilierten, nicht heizbaren Bodenkammer, einem Verschlag neben der Küche, einem Bett im Bad bzw. auf dem Korridor oder gar mit einem niedrigen, engen Loch auf dem extra eingezogenen Hängeboden vorlieb nehmen mußte – in jedem Fall korrelierten der Wohlstand der Herrschaft und die Lebensqualität des Gesindes aufs engste und offensichtlichste.[68]

Nur ganz langsam scheint der Naturallohnbestandteil des Gesindeeinkommens gefallen zu sein, als die Geldlohnbestandteile zwischen Anfang der 50er Jahre und Anfang der 70er Jahre um 50 bis 100% (nominell) wuchsen.[69] Die Entstehung alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten mit der sich durchsetzenden Industrialisierung hob nicht nur die Gesindeverdienste an, sie änderte auch deren Struktur und soziale Bedeutung, obschon nur im Ansatz.



Vor einem Gesinde-Vermietungs-Büro. Holzstich um 1860

Der am ehesten variable Geldlohnbestandteil wurde im vorhinein für die Vertragsdauer – zwischen einem Jahr und wenigen Monaten – festgelegt, wenn auch wohl meist quartalsweise oder monatlich ausgezahlt. Es bestand also kein genaues Äquivalenzverhältnis zwischen zu leistender Arbeit und zu zahlendem Entgelt wie im Fall der Zeit- oder Stücklohn erhaltenden Fabrikarbeiterin. Dies folgte aus dem ungemessenen, durchwachsenen und nicht genau zu quantifizierenden Charakter der Hausarbeit, die man vom Gesinde verlangte; es lag insofern ganz im Interesse der Herrschaft und war von Alters her üblich. Für das Gesinde folgte daraus eine gewisse arbeitsmarktunabhängige Sicherheit auf Zeit, die nicht unwichtig war in jenen Jahrzehnten verbreiteter Not und Unterbeschäftigung, vor allem bis in die 50er Jahre.[70] In Zeiten des Aufschwungs der Konjunktur und der Ansprüche (60er/70er Jahre) mußte dies Arrangement dem Gesinde aber eher als Fessel erscheinen.

Der vergleichsweise großen Unabhängigkeit von den Schwankungen des Marktes entsprach die relativ ausgeprägte Abhängigkeit von der Herrschaft: Ein Teil des Einkommens kam traditionell in Form von vertraglich nicht festgelegten und also nicht einklagbaren Geschenken und Trinkgeldern. Doch ging dieser

nicht-standardisierte, individuell variable, persönlicher Willkür Raum gebende, zusätzliche Abhängigkeit begründende Lohnbestandteil nach 1800 zurück; er wich standardisierten „Abfindungen" und wurde in den vertraglich festgesetzten Lohn integriert, ohne ganz zu verschwinden.[71]

Parallel dazu kam es immer häufiger vor, daß Gesindeverträge auf kürzere Fristen abgeschlossen wurden, vor allem seit den 1850er Jahren in den größeren Städten. Primär war dies auf den Wunsch der Dienstboten zurückzuführen, sich weniger lang zu binden und häufiger die Stellung zu wechseln, sei es, weil sich häufig die Arbeitsbedingungen alsbald als schwer erträglich herausstellten, sei es, weil sie neue Chancen suchten, Neues kennenlernen wollten und sie „Veränderung und Abwechslung" als normal einschätzten.[72] Sicherlich neigten auch manche bürgerliche Dienstherren zur kurzfristigen Entlassung von Dienstboten, wenn sie verreisten – die Sommerreise kam ja im Bürgertum seit etwa 1850 in Mode; Baden-Baden, Wiesbaden, Karlsbad und andere derartige Orte hatten Hochbetrieb; 1842 erschien die erste Auflage des „Baedecker" für Deutschland.[73] Aber im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts schwoll die Fluktuation der Dienstboten größtenteils *gegen den Willen der Dienstherrschaften* an, oft mit Unterstützung sich ausbreitender gewerblicher „Gesindemakler". Weit verbreitet war nun die Klage der Herrschaften, „daß man nicht darauf rechnen darf, eine Magd über ein Jahr zu halten".[74] Gesindeerziehungs-Vereine wurden gegründet und vergaben Medaillen an Dienstboten, die langjährig die Stellung gehalten hatten. Örtlich suchte man die Polizei zu bewegen, mehrmalige Stellungswechsel in ein und demselben Jahr mit Strafen zu unterbinden. Dies alles hatte wenig Erfolg. Während die Fluktuationsraten in den Kleinstädten um 1850 noch deutlich unter 10% lagen, wechselten in Kassel im selben Jahr die Hälfte aller Dienstboten die Stellung, davon ein Drittel mehr als einmal. In Berlin entfielen auf einen Dienstboten 1861 1,1, 1871 1,6, 1882 0,8 und 1895 1,2 Stellenwechsel. Das waren Fluktuationsraten meist zwischen 100 und 200%.[75] All dies lockerte die Bindung der Dienstboten an die sie anstellenden Familien[76] und erhöhte ihre Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt[77], der sich für sie seit etwa 1850, unterbrochen von den Jahren des Konjunktureinbruchs, immer günstiger gestaltete. Gewisse Annäherungen an den Status des Lohnarbeiters sind nicht zu übersehen.[78]

b) Der Gesindestatus – lebensgeschichtlich ein Übergangsphänomen

Doch galt das nicht in jeder Beziehung. Zum Typus des Lohnarbeiters gehört im Prinzip seine Lebenslänglichkeit. Dienstmädchen aber war man um 1875 meist nur für einige Jahre, zumeist wohl für etwa ein Jahrzehnt. Eindeutiger noch als zu Jahrhundertbeginn stellte der häusliche Dienst im Reichsgründungsjahrzehnt lebensgeschichtlich eine Durchgangsstufe, ein Übergangsphänomen dar. Diese langfristige Veränderung hing mit der langfristigen Abnahme an oft älteren, oft lebenslang dienenden, höher qualifizierten Funktionsträgern und Gewerbegehil-

fen im Gesindestatus zusammen und zugleich mit dem Rückgang des Männeranteils am häuslichen Gesinde. 1871 standen 79% der Hamburger Dienstboten im Alter zwischen 16 und 30 Jahren. 1882 zählten 83% der Dienstboten im Deutschen Reich 30 Jahre und weniger; zwei von dreien waren 25 und jünger; bis 1907 verjüngte sich die Kategorie im Durchschnitt noch weiter. Nur 1% der weiblichen und nur 10% der männlichen häuslichen Dienstboten waren 1882 verheiratet. Bekanntlich lag der Frauenanteil am häuslichen Gesinde im selben Jahr bereits knapp unter 97%.[79] Im Untersuchungszeitraum wurde die Stellung des häuslichen Dienstboten in der überwiegenden Zahl der Fälle eine Durchgangsposition für ledige junge Frauen. Wo kamen sie her, und wo gingen sie hin?

Schon im 18. und frühen 19. Jahrhundert waren die häuslichen Dienstboten in den Städten stärker vertreten als auf dem Land; in den ersten drei Vierteln des 19. Jahrhunderts nahmen Zahl und Anteil der in Städten wohnenden häuslichen Dienstboten kräftig zu. 1882 stellten häusliche Dienstboten in Großstädten (mit 100.000 Einwohnern und mehr) 5,6%, in Orten mit weniger als 2.000 Einwohnern (kleinstädtischer und ländlicher Bereich) dagegen nur 2,2% der dort jeweils lebenden Bevölkerung. Aber die Mehrheit der Deutschen (58,2%) lebte 1882 noch in Kleinstädten und auf dem Lande; deshalb war der Anteil des kleinstädtisch-ländlichen Hausgesindes nicht gerade klein: er betrug 43,2% aller häuslichen Dienstboten (absolut: 572.870).[80] Auch von ihnen waren über 96% weiblich. Es ist anzunehmen, daß diese Dienstmädchen und Mägde jeweils aus der engsten Umgebung stammten, vom Lande kamen und auf dem Lande blieben.

Aber je größer die Stadt, desto höher der Anteil der vom Lande Zuwandernden am häuslichen Gesinde. In Bremen z.B. stammten 1823 62,5 und 1842 71,4% der Dienstboten von auswärts; blickt man nur auf die weiblichen Dienstboten Bremens, so kamen 1823 55,7%, 1842 65,7% und 1864 85% von außen. In Hamburg stammten 1871 nur 21% der Dienstboten aus dem Stadtgebiet. Unter den Berliner Dienstmädchen waren im selben Jahr gar nur 7% in Berlin geboren. 7% der Leipziger Dienstmädchen (aber 27% der berufstätigen Leipzigerinnen überhaupt) stammten 1875 aus Leipzig. In Wien waren 1880 nur 7,3% der Dienstmädchen in der Stadt geboren. Da die Töchter der städtischen Unterschichten andere Berufe vorzogen, der Bedarf an Dienstboten die städtischen Ressourcen überstieg, die ländliche Bevölkerung in die Städte drängte, die zuwandernden Töchter der ländlichen Unterschichten aber kaum berufliche Alternativen zum häuslichen Dienst erblicken konnten und die Herrschaften Mädchen vom Lande vorzogen – sie galten als „ländlich und sittlich" (Bismarck 1851), weniger anspruchsvoll und, auf sich gestellt, als ziemlich fügsam –, waren Zuwanderer unter den Dienstmädchen ganz überproportional vertreten und die städtischen Dienstmädchen ganz überwiegend vom Lande. Übrigens vergrößerte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts das Einzugsgebiet, aus dem die großen Städte ihre Dienstmädchen rekrutierten.[81]

Was die soziale Herkunft betrifft, überwogen die Töchter von Bauern, Kleinbauern und Tagelöhnern der verschiedensten Art, von Arbeitern und Handwerkern. 1875 stammte das häusliche Gesinde wohl eindeutiger und klarer aus den Unterschichten als um 1800, vor allem in den größeren Städten.[82] Auch das hing

mit seiner Homogenisierung zusammen, mit der Entstehung beruflicher Alternativen und vermutlich auch mit der abnehmenden Wertschätzung für den häuslichen Dienst. Nach sozialer Herkunft und beruflicher Zusammensetzung gehörte das häusliche Gesinde um 1875 eindeutiger zum Unterschicht-Bereich als um 1800.

Was die Dienstmädchen taten, nachdem sie ihre letzte Stellung verließen, ist weniger klar. Viele von ihnen heirateten, zumeist Männer mit Berufen im gewerblich-städtischen Bereich. Heirateten sie „nach oben"? Dafür spricht manches. Die Einkünfte der Dienstmädchen variierten sehr. Bremer Dienstmädchen z. B. verdienten im Durchschnitt des Jahres 1829 18, 1846 18–20 Taler pro Jahr, mit Variationen zwischen 10 und 30. Zur selben Zeit lag in Bremen der durchschnittliche Lohn männlicher Dienstboten bei 25 Taler. Rechnet man Kost und Logis dazu, dann stand sich, so hieß es, das in Stellung befindliche häusliche Personal ein wenig besser als die Kutscher und Fuhrknechte, Wäscherinnen und Näherinnen, ungelernten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Von etwa 1850 bis 1875 stieg der Lohn für ungelernte Arbeit generell, oftmals zwischen 60 und 100% – schneller als die Preise und schneller als der Lohn für gelernte Arbeit. Die Dienstboten hielten voll mit. In Neustadt, einer westpreußischen Kleinstadt, stieg der durchschnittliche Jahreslohn für Dienstmädchen von 20 Talern 1850 auf 23 bis 25 Taler 1860 und auf 30 Taler 1870. In Oldenburg verdiente 1850 ein Hausmädchen 17 bis 23 Taler oder 51 bis 69 Mark pro Jahr, eine Köchin bis zu 100 Mark und eine Amme bis zu 120 Mark. 1876 erreichten Kleinmädchen – eine neue untere Kategorie – 100 Mark, Hausmädchen 120 Mark, Köchinnen bis zu 150 Mark und Ammen zwischen 180 und 200 Mark. Insgesamt sollen sich die Unterschiede zwischen den niedrigsten und den höchsten Löhnen etwas abgeflacht haben. Doch die regionalen Differenzen blieben ausgeprägt. In einem kleinen westpreußischen Dorf diente 1861 das 24jährige Mädchen des Lehrers für 9 Taler im Jahr und einige Kleidungsstücke. Gleichzeitig konnten in gut zahlenden Städten wie Bremen und Berlin qualifizierte Dienstmädchen, z. B. Köchinnen, im Jahr bis zu 50 oder 60 Taler verdienen, der Taler immer zu 3 Mark gerechnet. In Süddeutschland waren die Löhne geringer und noch differenzierter. Selbst in ein und derselben Stadt kam es für ein und dieselbe Kategorie von Dienstmädchen noch in den 80er Jahren zu Bezahlungsunterschieden in Relation von 1:2 – je nach Finanzkraft der Herrschaft.[83]

Meistens konnten die Dienstmädchen, die ja Kost und Logis kostenlos hatten, jenen Teil ihres Geldlohnes sparen, der nicht für die offenbar sehr häufige Unterstützung der elterlichen Familie, zum Kauf von Kleidern und für sonstige Ausgaben gebraucht wurde – sofern nicht das gesamte Geldeinkommen von der Finanzierung einer Pflegestelle für das uneheliche Kind oder andere Sonderlasten aufgezehrt wurde. „Wenn der Löhnungstag war, kam immer was nach der Sparkasse und wenn es ein paar Taler waren", schrieb Sophia Lemitz in ihren Lebenserinnerungen. In einzelnen Fällen wurden Dienstboten im Testament der Herrschaft bedacht, doch ließ dies wohl nach und betraf eher die lange dienenden, also schon älteren Ausnahmen. Eine Mitgift anzusparen und damit die eigenen Heiratschancen zu verbessern, war das ausdrückliche Ziel vieler Dienstmädchen.

Was sie in besseren bürgerlichen Haushalten lernten, wertete sie in der gehobenen Arbeiterschaft und im niederen Kleinbürgertum als Heiratspartner auf. Gelernte Arbeiter, Handwerker, kleinere Beamte, Militärs und Angestellte – das waren vermutlich die guten Partien, die Dienstmädchen machten, wenn sie erfolgreich waren. Die Heirat mit dem bürgerlichen Kunstkritiker oder dem alternden Rentier blieb sicher die absolute Ausnahme, die Hochzeit mit dem Sohn der großbürgerlichen Herrschaft oder dem freundlichen Baron blieb der Traum, der von den neuen Märchenerzählerinnen – Marlitt, Courths-Maler – und ihren Trivialromanen immer wieder genährt wurde.[84]

Typische Berufstätigkeiten, die sowohl nicht-heiratende wie auch heiratende und mitverdienende ehemalige Dienstmädchen aufnahmen, lassen sich nur sehr eingeschränkt als Aufstiegspositionen verstehen: Sie wurden Näherinnen, Plätterinnen, Fabrikarbeiterinnen, Heimarbeiterinnen, Verkäuferinnen. Viele mögen auch aufs Land zurückgegangen sein. Und häufig folgte auf die Jahre des häuslichen Dienstes ein Abstieg: zur Bettelei, zum Unterstützungsfall und zur Prostitution, besonders wenn Krankheit, die Geburt eines unehelichen Kindes oder ein anderer Unglücksfall die Betreffende aus der Bahn geworfen hatte.[85]

Wie häufig die Dienstmädchenstellung zu – fast durchweg bescheidenen – sozialen Aufstiegen führte, ist also nicht ganz klar. Unbezweifelbar aber diente sie als Schleuse und als erste Station für die Land-Stadt-Wanderung junger Frauen aus der ländlichen Unterschicht; und diese Wanderung erschien vielen Mädchen vom Lande bereits als Aufstieg per se.[86] In aller Regel stellte der Dienstmädchenstatus eine Durchgangsposition dar und war nicht auf Dauer.

c) Ungemessene Arbeit – das Mädchen für alles

Vom Typus des Lohnarbeiters unterschied sich das häusliche Gesinde überdies durch die Art seiner Arbeit. Diese blieb ungemessen und die Arbeitszeit unbegrenzt, denn im Grunde hatte das Dienstmädchen der Herrschaft ständig zur Verfügung zu stehen. In einigen herrschaftlichen Häusern muß die faktische Arbeitszeit extrem kurz gewesen sein – mit langen Phasen des Wartens und des Nichtstuns. Dienstmädchen in Gastwirtschaften und in anderen kleinbürgerlichen Haushalten mit angelagertem Gewerbebetrieb mutete man oftmals extrem lange Arbeitszeiten und anstrengendste Arbeit zu. Ein „Mädchen für alles" berichtete um 1900:

> „Ich ging, [...] noch nicht 14 Jahre alt, in Stellung, war ein gesundes kräftiges Mädchen und hing mit ganzer Seele an meinem Beruf. Ich kam mit 15 Jahren auf eine Stelle als Mädchen für Alles. Ich hatte ein kleines Kind zu besorgen, zu kochen und sämtliche Hausarbeit. Nachmittags mußte ich mit dem Kind ausgehen, so daß alles für den Abend liegen blieb. Die große Wäsche hatte ich allein zu besorgen und zwar die Nacht durch und als nach einer solchen die Herrschaften eingeladen waren und nachts 3 Uhr nach Hause kamen und mich schlafend fanden, da hagelte es Vorwürfe über Unzuverlässigkeit und was

noch alles, und als ich mir erlaubte, zu sagen, ich hätte doch vorige Nacht gar nicht geschlafen, da hieß es: Solch' eine Frechheit! Sie sollen aber auch ein Zeugnis dafür bekommen und das habe ich, nachdem ich 1 1/4 Jahre da war, auch erhalten. Auf der Polizei aber wurde erwidert: ‚Sie werden es wohl verdient haben.'"[87]

14 bis 18 Stunden pro Tag (vom Aufstehen um 5.30 oder 6 Uhr früh bis zum Schlafengehen um 10 Uhr oder 11 Uhr abends), das war wohl die Regel im zweiten Drittel und dritten Viertel des 19. Jahrhunderts, mit Schwankungen von Tag zu Tag, mit Überanstrengungen und geruhsamen Phasen, die vor allem am Nachmittag lagen, wenn vielleicht das Kind spazierenzufahren war oder die Herrin schlief. Dies war poröse, durchwachsene, gemischte Arbeit zumeist. Von Fall zu Fall war es anders, vieles hing von der individuellen Konstellation und der persönlichen Eigenart der beteiligten Personen ab.

Nur, eine klare Scheidung zwischen Arbeitszeit und Freizeit gab es für die „dienstbaren Geister" so gut wie nie – mit Ausnahme der offenbar weitverbreiteten, vielleicht jedes zweite Dienstmädchen betreffenden Übung, daß es jeden zweiten Sonntagnachmittag frei erhielt. Es hing ganz von der einzelnen Herrschaft ab, wie oft man ansonsten Ausgang erhielt: einmal im Winter oder einmal im Monat zum Tanz, ein anderes Mal zur Kirmes oder zum Theater, immer auf Ersuchen, auch zum Verwandtenbesuch. Den Besuch von Freundinnen mochte man nachmittags in der Küche empfangen. Auf dem Land war es lockerer: „An schönen Sommerabenden gingen die Köchin und ich, wenn wir abkommen konnten, an die See" – für ein, zwei Stunden, und dort traf man sich mit anderen jungen Leuten aus dem Dorf, zur Unterhaltung und zum „Schabernack". So berichtet ein Mädchen von seiner Stellung bei einem Fischer in einem Dorf an der Ostsee um 1870. In der nächsten Stellung – im distinguierten Danziger Haushalt eines pensionierten Generals – wurde ihr der selbständige Ausgang zum Tanz verboten; das sei sehr gewissenhaft gewesen von der Frau Generalin, sagt die Betroffene in der Rückschau. Dafür wurde sie von der Familie vereinzelt zu öffentlichen Tanzunterhaltungen mitgenommen, zu denen man die noch junge Tochter ausführte. Man saß dort gemeinsam am Tisch und wartete auf Tänzer: Ansätze zu gemeinsamer Freizeit von Herrschaft und Gesinde. Wie sehr war das die Ausnahme, wie sehr die Regel? Man weiß es nicht.[88]

Der bürgerliche Haushalt im zweiten Drittel und dritten Viertel des 19. Jahrhunderts war komplex und umständlich, anspruchsvoll und arbeitsreich. Ordentlich und sauber, gepflegt und gemütlich, erbaulich und repräsentativ sollte er sein. Zuwendung und Sorgfalt erforderte die Erziehung der Kinder. Je idealisierter und hymnischer das Bild von der bürgerlichen Familie im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde, desto schützender und vollkommener hatte ihr Gehäuse zu sein. Solide und standesgemäß sollte es den Besuchern, Gästen und äußeren Beobachtern erscheinen. Der Haushalt des Kaufmanns oder Unternehmers, des Arztes oder Beamten, Direktors oder auch Künstlers hatte ambitiösere Zwecke und kompliziertere Aufgaben als der bäuerliche oder der kleinbürgerliche Haushalt des frühen 19. und 18. Jahrhunderts. Allein der Speisezettel der bürgerlichen Küche übertraf an Differenziertheit, was außerhalb der Festtage bei Bauern und

Handwerkern üblich (gewesen) war. Doch sehr häufig mußten diese Zwecke und Aufgaben mit geringeren finanziellen und personellen Mitteln erfüllt werden, als sie dem adligen oder patrizischen Haus früherer Jahrzehnte zur Erfüllung seiner ebenfalls äußerst anspruchsvollen Funktionen zur Verfügung gestanden hatten. Erst in späteren Jahrzehnten sollten Geräte, putzleichte Oberflächen, Fertig- und Halbfertigprodukte der verschiedensten Art und die Ausdifferenzierung des Warenmarktes die Haushaltsführung erleichtern. Vor 1875 war das noch kaum der Fall. Viele Haushalte stellten ihr Brot, ihre Kleider, ihre Scheuer- und Putzmittel noch selber her. Eigene Kleintierhaltung war auch in den Städten und nicht nur in den Unterschichten gang und gäbe.[89]

Klare Muster der Arbeitsteilung zwischen Hausfrau und Dienstmädchen gab es wohl nicht; mit fast allem wurde – auch – das Mädchen befaßt: Kochen und Servieren, Putzen und Waschen, Nähen und Kinderhüten, Bedienung des Mannes und manchmal der Frau. Beim Einkauf hatte es zu helfen, Botengänge und andere Sonderaufträge kamen hinzu, wie das spätabendliche Abholen der Tochter von ihrer Einladung. Die Hausfrau teilte ein und beaufsichtigte, schmeckte das Essen ab und verwaltete die Vorräte; im übrigen arbeitete sie mit in dem Maß, wie es notwendig war, wenn auch wohl meist unter Vermeidung der härtesten, niedersten, schmutzigsten Arbeiten. Zu Anfang wird manches vom Lande kommende Mädchen stark überfordert gewesen sein. Es lernte „on the job", von einer erfahrenen Hausfrau oder von Arbeitskollegen. In späteren Stellungen war es dann wahrscheinlich der jungen Ehefrau hoffnungslos überlegen und stolz darauf. Die Zeugnisse notierten besondere Fähigkeiten: „gewandt in ihrem Fach und sauber, serviert auch gut und putzt vorzüglich Silber".[90]

Viel Zeit verging, um ein Beispiel zu geben, mit dem gründlichen Putzen des Silbers, des Kupfer-, Messing- und Zinngeschirrs. Pflegeleichtes Geschirr setzte sich erst später durch. Chemische Putzmittel (außer Seife und Soda) waren noch kaum zu kaufen. Zum Messingputzen nahm man z. B. „Ziegelmehl": „man erhält es, wenn man zwei Ziegelsteine aneinander reibt". In einem vielgelesenen Handbuch für Haushaltung hieß es:

> „Wöchentlich einmal werde der Herd, nachdem er am frühen Morgen inwendig gehörig gereinigt ist, gründlich geputzt. Folgende Weise ist zu empfehlen: Vorab wird die Platte etwas naß mit Hammerschlag oder Steinkohlenasche abgescheuert und wenn die Flecken entfernt sind, abgewaschen und abgetrocknet. Dann nehme man an einem wollenen Lappen einige Tropfen Öl und putze dieselbe mit Ruß blank, oder wende zum Trockenputzen ohne weiteres heißen Sand an; die übrigen blanken Theile werden trocken gescheuert. Dann wird der Herd wie ein Ofen ringsumher mit Eisenfarbe geputzt."[91]

Die Vorbereitung von Familienfesten und Abendgesellschaften, die große Wäsche über mehrere Tage (vielleicht alle zwei oder vier Wochen) stellten besondere Belastungen dar, und zwar für Hausfrau und Mädchen gemeinsam, sofern nicht mehrköpfiges Gesinde vorhanden war und sofern nicht eine Wäsche- oder Kochfrau zusätzlich für Tages- oder Stundenlohn vorübergehend ins Haus geholt werden konnte.[92]

Die Arbeit der damaligen „Mädchen für alles" – also der großen Mehrheit des

häuslichen Gesindes – war zweifellos vereinnahmend, belastend und anstrengend; früh hatten die meisten Mädchen das Arbeiten gelernt, als Kinder in ländlichen Unterschichten- und Bauernfamilien; dieses Training brachten sie mit in die Stadt, zusammen mit niedrigen Ansprüchen; sie waren belastbar und ausnutzbar – in einem heute nur schwer noch vorstellbaren Ausmaß.[93] Aber die Arbeit dieser Dienstmädchen war auch vielseitig und nicht routinisiert; anschaulich und erlebbar war das Ergebnis ihrer Arbeit, durchschaubar und verständlich ihr Zusammenhang. Sicher, es war beaufsichtigte und fremdbestimmte Arbeit, aber die, die beaufsichtigte, arbeitete zuallermeist wenigstens teilweise mit – ähnlich wie der Handwerker in der Werkstatt, anders als der Unternehmer in der Fabrik.

d) Herrschaft und Dienstboten, Hausfrau und Mädchen: die Distanzen vergrößern sich

Zu dieser Arbeitssituation gehörten sehr persönliche Befehls- und Gehorsamsbeziehungen, Spannungen und Identifikationen. Eben dieser Charakter der Herrschafts- und Sozialbeziehungen ließ sie stark variieren – je nach Persönlichkeit. Die Rollen waren weniger exakt definiert als auf dem Feld oder in der Fabrik. Schließlich bewegte man sich im bürgerlichen Bereich. Diese Konstellation enthielt besondere Chancen: lohnende persönliche Beziehungen bis hin zur langjährigen Zuneigung zwischen Herrschaft und Mädchen; dieses konnte Neues lernen und seinen Gesichtskreis erweitern, wie es ihm zuhause unmöglich gewesen wäre. Jenen stark persönlich geprägten Beziehungen war aber auch ein Schuß Willkür[94] und Unberechenbarkeit eigen, und sie konnten zusätzliche Abhängigkeit mit sich bringen: angewiesen sein auf das Wohlwollen und die gute Laune der „gnädigen Frau", manchmal auch umgekehrt auf die Ehrlichkeit und Diskretion[95] des Mädchens. Dieses erlebte die Herrschaft ganz hautnah, von Frau zu Frau. Es sollte betont werden: Wenn auch, rechtlich gesehen, der Hausherr das Mädchen anstellte und im Streitfall vor Gericht zu erscheinen hatte, wenn er natürlich auch zwischendurch zu bedienen war und punktuell ganz entscheidend Gewalt über das Mädchen ausüben konnte, den Alltag von Arbeit und Herrschaft bestimmte für das Mädchen die „gnädige Frau". Anders als in der Landwirtschaft, der Heimarbeit und der Fabrikarbeit waren hier Untergebene *und* Vorgesetzte weiblich.[96]

Das färbte die Beziehungen in variantenreicher Weise. Da gab es die Solidarisierung des Dienstmädchens mit der Herrin und ihrer Tochter gegen die Tyrannei des groben, herrischen Hausvaters. Da gab es die gemeinsame Abwehrhaltung der Herrin und der Untergebenen gegenüber dem erotisch-sexuellen Appetit des Mannes, der auf das „Mädchen für alles" zielte. Aber es gab auch die Konkurrenz zwischen Herrin und Mädchen in hauswirtschaftlicher oder erotischer Hinsicht.[97] Es ist unmöglich zu sagen, wie gewichtig die Rolle war, die Erotik und Sexualität, Verführung und Vergewaltigung in den sozialen Beziehungen jener Haushalte spielten. Sehr verschiedene Konstellationen werden sich

ergeben haben. Aber sicher ist wichtig, daß die meist sehr jungen und oft frisch zugewanderten Frauen in den städtischen Dienstmädchenstellungen wenig soziale Kontakte besaßen, geradezu isoliert waren und auf echte oder gespielte Zuwendung seitens männlicher Mitglieder des Haushalts oft teils dankbar, teils hilflos reagiert haben dürften, zumal wenn sie sich diesen unterlegen und gehorsamspflichtig fühlen mußten oder wenn sie Versprechen hörten, die ihren Hoffnungen auf Lageverbesserung und Aufstieg entgegenkamen. Zur ökonomischen wird häufig die sexuelle Ausbeutung gekommen sein – und die Grenze zwischen Gewalt und Verführung war sicherlich oft hauchdünn. Vor allem weil ein uneheliches Kind das Dienstmädchen seine Stelle kosten und es in katastrophale Krisen stoßen konnte, führt diese Problematik an die dunkelsten Seiten des Dienstmädchenlebens heran. Dienstmädchen waren nicht nur unter den unehelichen Müttern, sondern auch unter den Kindsmörderinnen hoch überrepräsentiert. Unter 120 aus der einschlägigen Literatur zusammengesuchten Kindsmörderinnen in Deutschland im 19. Jahrhundert (vor allem im Vormärz) befanden sich 82 Dienstmädchen.[98]

Aber auch abgesehen vom Einfluß der Geschlechterspannung auf das Befehl-Gehorsam-Verhältnis von Herrin und Magd, enthielt dieses viele Ambivalenzen, Faktoren, die gegeneinander wirkten und in verschiedenen Fällen zu sehr verschiedenen Resultaten geführt haben müssen. Einerseits befand sich das Mädchen im innersten Bereich des bürgerlichen Lebens: in der zunehmend als intim und privat verstandenen Familie. Es sah und hörte fast alles – gerade in den mittelgroßen und kleineren Haushalten ohne Möglichkeit zur Differenzierung zwischen Herrschafts- und Dienstmädchenräumen. Für das vom Lande kommende und in der Stadt alleinstehende Mädchen war der damit gegebene Familienanschluß meist ein hochwillkommenes Mittel, Anpassungsschwierigkeiten zu überwinden; es erhoffte sich Schutz und Geborgenheit; in gewisser Hinsicht Fortsetzung dessen, was es gewohnt war: Leben in Haus und Familie, häusliche oder hausnahe Arbeit; in anderer Hinsicht erwartete es etwas Neues, nämlich die große interessante Welt der Stadt mit aufregenden Erlebnissen und Möglichkeiten; es war bereit zur Identifikation mit diesem Milieu, seinen Werten und seinen Vertretern, und zu diesen gehörte vor allem die Herrin. Diese mag häufig ein mütterliches Verhältnis zum Neuankömmling entwickelt und im täglichen Umgang befestigt haben, wohl auch Erziehungsaufgaben gesehen und akzeptiert haben, wie dies die Sozialreformer der Zeit nahelegten.[99]

Andererseits war das Verhältnis zwischen Herrin und Mädchen von Distanz und Spannung geprägt. Die eine hatte zu befehlen, die andere sich unterzuordnen, und zwar als ganze Person, mit Haut und Haar. Je knapper die Ressourcen waren, desto weniger Spielraum blieb für Großzügigkeit, desto schärfer die Ausnutzung des Mädchens, desto größer die Wahrscheinlichkeit, daß die der Konstellation eigenen Zwänge auf die schwächste Stelle hin abgelenkt wurden: als Ausbeutung des Mädchens und als Grobheit, vor allem im beengten mittel- und kleinbürgerlichen Milieu. Dort klafften die repräsentative Außensicht des Haushalts und seine innere sparsame Begrenztheit oft scharf

auseinander.[100] Das Mädchen durchschaute diese Diskrepanz nicht nur, sondern es gehörte zu ihren Haupt-Leidtragenden.

Je geplanter und rationaler die Haushaltsführung im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde, desto präziser die Vorgaben der Herrin und desto schärfer die Kontrolle des Mädchens. „Selbst das pünktlichste und willigste Dienstmädchen bedarf der Beaufsichtigung. [...]. Oder wollt ihr etwa von ihr, der Fremden, größeres Interesse für einen Haushalt verlangen, als ihr selbst ihm bezeigt?"[101] Den Rhythmus bestimmte die Herrin. Sie verwaltete die Schlüssel für Schränke und Vorratsräume. Sie verteilte die Vorräte und schloß nicht selten die übrigbleibenden Essensreste weg – voll Mißtrauen gegen die Eigentumsbegriffe des Mädchens. Meldungen über „kriminelle Dienstboten" waren an der Tagesordnung: „Wie das Polizeiblatt meldet, haben in den letzten Monaten die Diebstähle der weiblichen Dienstboten sich in einer wahrhaft erschreckenden Weise vermehrt; denn es vergeht fast kein Sitzungstag des Kriminalgerichts, an welchem nicht ungefähr ein Drittel der anstehenden Sachen wider Dienstmädchen verhandelt würde. Leichtsinn und Putzsucht dürften in den meisten Fällen die Haupttriebfeder dazu sein."[102]

Herrin und Mädchen kamen i. d. R. aus verschiedenen Milieus mit verschiedener Bildung und Sprache; dies galt um so mehr, je häufiger die Mädchen von außerhalb zuzogen. Je wichtiger die Bildung in den bürgerlichen Häusern wurde, desto mehr trug die Unbildung der meisten Dienstmädchen zu ihrer fortschreitenden Ausgrenzung bei.[103] Zwei andere Mechanismen wirkten in die gleiche Richtung: Je eindeutiger sich die Familie nicht mehr durch gemeinsame Hauszugehörigkeit, sondern durch Verwandtschaft, persönliche Nähe, Intimität und Liebe definierte, desto klarer gehörte das Dienstmädchen nicht wirklich dazu. Seine Zugehörigkeit zur Hausgemeinschaft des Ancien régime (oder zum bäuerlichen Haus des 19. Jahrhunderts) war unproblematischer als seine Zugehörigkeit zur bildungs- und wirtschaftsbürgerlichen Familie des 19. Jahrhunderts; Handwerker- und Kleinhändlerfamilien nahmen eine Übergangsstellung ein. Die Auflösung der Tischgemeinschaft in mittel- und großbürgerlichen Häusern weist darauf ebenso hin wie auf die scheidende Kraft wichtiger werdender Bildung.[104] Im Grunde sprengte die dauernde Anwesenheit überdies kurzfristig wechselnder Fremder die Familie in ihrem modernen, bürgerlichen und intimen Selbstverständnis, so sehr das Dienstmädchen andererseits bürgerliche Lebensweise durch Entlastung der Frau erst ermöglichte. War das ebenfalls ein Grund für den Rückgang der Dienstbotenhaltung seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts?

Schließlich das Verhältnis von Repräsentation, Einbeziehung und Ausgrenzung. Daß man sich ein Mädchen leistete, welches die Visitenkarte des Besuchers in Empfang nahm und das Essen servierte, die gemeinsten Arbeiten übernahm und der „gnädigen Frau" die nötige Muße ermöglichte, das war ein zentrales Element bürgerlicher Selbstdarstellung und Abgrenzung gegenüber Kleinbürgertum und Unterschichten. Aber eben dieses Distanzierungsbedürfnis mußte – anders als im Haus der Bauern und traditionellen Kleinbürger, ähnlich aber den adligen und den patrizischen Häusern des 18. und 19. Jahrhunderts – auch zur Betonung der Distanz zwischen Herrschaft und Dienstmächen führen: die diffe-

rentielle Anrede (du versus Sie, Vorname versus „gnädige Frau“ und „gnädiger Herr“), die Betonung der Etikette, manchmal der separate „Dienstboteneingang“, die standesgemäß abhebende Bedienstetenkleidung, das Häubchen, die Schürze, wenn möglich die räumliche Ausdifferenzierung der Sphäre der Herrschaft und der Sphäre des Mädchens, der Verzicht aufs gemeinsame Essen – all das gehörte in diesem Zusammenhang.[105]

5. Dienstmädchen und Klassenbildung

Nach Bezahlungsart, Vertragsdauer und Arbeitsmarktabhängigkeit traten die lohnarbeiterähnlichen Momente in der Dienstbotensituation über die Jahrzehnte hinweg stärker hervor, besonders seit 1850. Auf dem Weg vom alteuropäischen Haus des 18. Jahrhunderts zur bürgerlichen Familie des 19. wurde das häusliche Gesinde etwas homogener, seine Ausgrenzung und Abgrenzung gegenüber der Herrschaft nahmen zu. Besonders die wachsende Fluktuation auf dem Hintergrund anschwellender Wanderungen vom Land in die Stadt bedingte und signalisierte die fortschreitende Lockerung des hauswirtschaftlich-hausherrlichen Verhältnisses. Die steigenden Löhne und die sich öffnenden Beschäftigungsalternativen seit der Mitte des Jahrhunderts kamen hinzu, und das verführerische Beispiel anderer Beschäftigungsbereiche, in denen Arbeiter und Arbeiterinnen größere Freiheiten gewannen, taten ein übriges. Jedenfalls nach Meinung zuverlässig urteilender zeitgenössischer Beobachter stiegen die Ansprüche der Dienstboten. Die zunehmende Distanz zur Herrschaft prägte zunehmend die Einstellungen:

„Das Gesinde fühlt sich jetzt ebenso wie die gesammte arbeitende Klasse freier und selbständiger den Arbeitgebern gegenüber", schrieb nicht ohne Verständnis und Sympathie der sozialreformerisch gesinnte Freiherr von der Goltz 1873. Das Gesinde sehe in seiner Dienstherrschaft „gewöhnlich nichts Anderes als seine Arbeitgeber und Lohnauszahler, das gegenseitige Verhältnis ist zu einem reinen Kontraktverhältnis geworden." Mit Privatangelegenheiten gingen die Dienstboten heute kaum mehr vertrauensvoll zur Herrschaft. Sie zögen „Berathung mit ihresgleichen" vor. Nachlassende „Pietät" gegenüber der Dienstherrschaft sei zu konstatieren ebenso wie ein „übermäßiger Drang nach individueller Ungebundenheit". Aber das sei ein „Zeichen der Zeit", das man in allen Ständen finde; die „herrschende Klasse" sei zum Teil selber schuld. Und wenn man die Putz- und Verschwendungssucht des Hausgesindes kritisiere, dann dürfe man den zunehmenden Kleiderluxus in den höheren Ständen nicht übersehen; das Gesinde ahme bloß nach. „Die Richtung der Jetztzeit strebt nach einer gewissen Ausgleichung der Ständeunterschiede."[106]

Diese Diagnose stand nicht allein. Auch andere Zeitgenossen konstatierten zunehmende Entfremdung zwischen Gesinde und Herrschaft, ja ein „Verhältnis der Feinschaft" zwischen beiden und vor allem: größere Selbständigkeit, wachsende Ansprüche, marktbezogenes Verhalten der Dienstboten wie nie zuvor.[107] Dies ging über die herkömmliche Dienstmädchenschelte hinaus, unterschied sich von der jahrhundertealten Klage der Herrschaften über die Unbotmäßigkeit und Faulheit, die Unsittlichkeit und Unzuverlässigkeit des Gesindes.[108] Die großen Veränderungen des 19. Jahrhunderts gingen eben auch am häuslichen Gesinde nicht ganz vorbei.

Doch es zog aus seiner ansetzenden Emanzipation nicht die Konsequenz kol-

lektiver Unmutsäußerungen und artikulierter Proteste. Abgesehen von einigen ganz punktuell bleibenden Petitionen und Versammlungen über Dienstbotenprobleme im Revolutionsjahr 1848 kam es erst Ende der 90er Jahre, und dann wohl weitgehend beschränkt auf Berlin, zu Versammlungen und schwachen Organisationsversuchen von Dienstmädchen – gegen soziale und rechtliche Benachteiligung, besonders gegen das noch nicht ganz aufgehobene Züchtigungsrecht, die überlangen Arbeitszeiten, ungleichen Kündigungsbedingungen und den Ausschluß aus der gesetzlichen Sozialversicherung.[109] Das wundert wenig:

Der enge persönliche Kontakt mit der Herrschaft, die kaum als Lohnarbeit zu erkennende Arbeit, die extreme Isolierung der Dienstboten voneinander oder aber ihre streng hierarchische Ordnung in großen Herrschaftshäusern, die mangelnde Freizeit, die fehlende Trennung von Arbeits- und Wohnsphäre, der Mangel an jedem Privatbereich jenseits der Sphäre von Arbeit und Herrschaft, die mangelnde Herauslösung der Dimension „Arbeit" aus den sonstigen Lebensbereichen, das schiere Fehlen eines eigenen Raums außerhalb der Räume der Herrschaft und unabhängig von deren Einfluß, wo sich eigenständiges Leben, separate Erfahrungen und autonome Interessenartikulation hätten abspielen können – diese Elemente der sich zwar lockernden, aber überlebenden hauswirtschaftlichen und hausherrlichen Einbindung erklären, ja übererklären das Ausbleiben kollektiver Aktionen, Proteste und Organisationen; wahrscheinlich hätte es der spezifischen gesinderechtlichen Hemmnisse gegen kollektive Interessenwahrnehmung gar nicht bedurft; sie standen gegen etwas, das gar nicht drohte, jedenfalls was das *häusliche* Gesinde im 19. Jahrhundert betraf.

Weitere Faktoren kamen hinzu: die trotz aller Tendenz zur Verengung des Angebots doch recht schwache Arbeitsmarktsituation dieser ungelernten Arbeitskräfte; ihre Desorientierung und gesellschaftliche Isolation nach der Wanderung vom Land in die Stadt; ihre Sozialisationserfahrungen als Mädchen und als Bewohner des Landes, nämlich: ein Training in Arbeit und Anspruchslosigkeit, Leidensfähigkeit und Unterordnung; damit verbunden, Erfahrungen, die ihnen den Wechsel in die Stadt oft bereits als Fortschritt erscheinen ließen. Schließlich und vor allem: Diese Mädchen und jungen Frauen mochten nicht wissen, wie ihr Leben später aussehen würde; sie mochten oft träumen und Illusionen nachhängen; aber sie wußten, was sie in absehbarer Zeit *nicht* mehr sein würden, nämlich Dienstmädchen. Der *Übergangscharakter* des häuslichen Gesindedienstes legte kollektive Anstrengungen zu seiner Veränderung nicht gerade nahe. Unerträglich werdende Situationen löste man nicht durch Engagement an Ort und Stelle, sondern durch Wechsel in einen anderen Haushalt und schließlich in ein anderes Beschäftigungsfeld.[110]

Dieser Lösung ihrer Probleme bediente sich ein wachsender Teil der vom Land in die Stadt migrierenden Mädchen und Frauen aus dem Unterschichtenbereich, als sich alternative Beschäftigungsmöglichkeiten in großer Zahl boten. Die Folge war das anteilsmäßig abnehmende Angebot von Kräften für den häuslichen Gesindedienst in der Stadt, trotz weiter zunehmender Land-Stadt-Wanderung im letzten Viertel des 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert. Vor die Wahl gestellt zwischen häuslichem Gesindedienst und Fabrikarbeit, Verkaufstä-

tigkeit u.dgl., entschieden sich immer mehr Mädchen vom Lande gegen das Mädchen für alles. Dessen unbestreitbare Vorteile – relative Sicherheit, gewisse Geborgenheit, Familienanschluß, Ähnlichkeit mit bisherigen Arbeitserfahrungen, Chancen zur Weiterbildung und zu Kontakten mit der Welt des Bürgertums – wogen für sie leichter als seine Nachteile: vor allem wohl die Freiheitseinschränkungen, die mit ihm verbunden waren und die die Mädchen an Freizeit und Konsum, an Geselligkeit und Familiengründung hinderten und zu einem Maß an umfassender Unterordnung zwangen, welches je später desto ungewöhnlicher war: ein Relikt, das man allmählich verließ, statt es gründlich zu verändern.

Das häusliche Gesinde hat im Untersuchungszeitraum so gut wie keinen direkten Beitrag zur Artikulation von Klasseninteressen, zu klassenspezifischen Aktionen und den Organisationen der Arbeiterbewegung geleistet – aus den angegebenen Gründen. Sein Beitrag zur proletarischen Klassenbildung lag auf anderem Gebiet; es stellte die wohl *wichtigste Kontakt-Kategorie* dar, die Erfahrungen zwischen dem sich herausbildenden und ausdifferenzierenden Bürgertum und der entstehenden Arbeiterklasse vermittelte. In den Jahren des Dienstes bei städtisch-bürgerlichen Herrschaften erwarb sich die junge Frau vom Lande solide Kenntnis von dem Glanz und dem Elend, dem Anspruch und der Wirklichkeit des bürgerlichen Lebens – von innen und in seinen diversen Schattierungen, allerdings meist lokal sehr begrenzt. Sie konnte später davon erzählen. Umgekehrt mochte sie die Frauen des Bürgertums mit einigen ländlichen Unterschichtenerfahrungen bekanntmachen, und sie beeinflußte wohl deren Kinder: Sie half mit bei der Erziehung der Kleinen, hielt auch mit den Älteren engen Kontakt. Volkstümliche Flüche und Zoten, Lieder und Sprüche, blutrünstige und lustige Geschichten, von den Eltern prüde verschwiegene Informationen zum Geschlechtsleben und vielleicht auch erste sexuelle Demonstrationen lernten die Söhne und Töchter der Bürger nicht selten vom unterbürgerlichen Dienst- oder Kleinmädchen. Allerdings kämpften die bürgerlichen Pädagogen des späten 18. und 19. Jahrhunderts gegen diesen Einfluß – Teil der fortschreitenden Distanzierung zwischen gebildetem Bürgertum und Gesinde.[111]

Aber ebenso wichtig war, daß das Dienstmädchen, zur selektiven Aufnahme bereit und wohl von der Überlegenheit der Welt der Herrschaft beeindruckt, bürgerliche Haushalts- und Lebensform, Bildungsinhalte und Normen kennenlernte und teilweise rezipierte. Die nahm es mit, wenn es nach Beendigung der Dienstjahre ins städtisch-proletarische oder kleinbürgerliche Milieu hinüberwechselte oder auch aufs Land zurückkehrte. Als Frau eines Handwerkers oder Fabrikarbeiters oder als Heimweberin, Verkäuferin oder Waschfrau transportierte sie später Erfahrungen aus der bürgerlichen Welt – gefiltert, ausgewählt und vielleicht anverwandelt – in die entstehende proletarische Lebenswelt und Kultur hinein. Wie und mit welchen Konsequenzen, davon wissen wir wenig.[112]

3. Kapitel

Landarbeiter

1. Kategorien landwirtschaftlicher Arbeiter im Überblick

Es war die zwar immer nur temporäre und sich allmählich lockernde, aber trotzdem fortbestehende Einbindung in das Haus, die eine über Ansätze hinausgehende Umwandlung des häuslichen Gesindes in Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter verhinderte. Herkömmlicherweise war auch die landwirtschaftliche Arbeit vorwiegend hauswirtschaftlich organisiert, wenn auch die Großlandwirtschaft schon vor 1800 die Einheit von Haus und Betrieb gesprengt und obwohl eine solche Einheit für die großen kleinbäuerlich-unterbäuerlichen Schichten im Grunde nie bestanden hatte. Auch im 19. Jahrhundert blieben Haus und Betrieb im landwirtschaftlichen Bereich sehr viel enger verknüpft als in Gewerbe und Handel. Das galt vor allem in der *bäuerlich* strukturierten Landwirtschaft, für die – i. d. R. durch Vererbung nicht teilbare – landwirtschaftliche Betriebe mit keinen oder nur wenigen zusätzlichen Arbeitskräften kennzeichnend waren, vorwiegend in Westfalen, Nordwestdeutschland, Bayern und großen Teilen Österreichs, aber als ein Element unter anderen so gut wie überall in Deutschland zu finden. Dasselbe galt in modifizierter Form für die *kleinbäuerlich-parzellierte* Landwirtschaft mit ihren kleinen, teilbaren Stellen, die weder die Arbeitskraft der sie besitzenden Familien ausschöpften noch diese ernährten: vorwiegend im Westen und Südwesten, aber auch in Teilen Schlesiens, Thüringens, Sachsens und Hessens, inselweise in den meisten Regionen darüber hinaus. Z. T. künstlich konservierte, rechtlich verfestigte und oftmals pervertierte Restbestände jener Einheit von Haus und Betrieb überlebten in Form patriarchalischer Herrschaft auch in der dritten in Deutschland vertretenen Hauptvariante landwirtschaftlicher Besitzverteilung und Betriebsformen: im landwirtschaftlichen Großbetrieb *(Gutsbetrieb)*, der die Arbeitskraft einer Familie bei weitem überstieg, vorwiegend mit familienfremden Arbeitskräften ausgestattet war und in den Gebieten der ehemaligen Gutsherrschaft vorherrschte (also östlich von Elbe und Böhmerwald vor allem, ganz dominant im Nordosten).[1]

Aber im Unterschied zur Haushaltsarbeit des häuslichen Gesindes war landwirtschaftliche Arbeit nicht so eindeutig und notwendig im Haus lokalisiert; allein die räumliche Erstreckung und oftmals Entfernung der Äcker, Weiden und anderen Nutzflächen bewegte die landwirtschaftliche Arbeit aus dem Haus im eigentlichen, engeren Sinn heraus – eine zunächst räumliche Ausdifferenzierung, die zwar im Kleinstbetrieb nicht der Rede wert war und auch im bäuerlichen Mittelbetrieb sehr begrenzt blieb, auch vorübergehend zurückgenommen wurde – z. B. bei den gemeinsamen Mahlzeiten im Haus in den Pausen der Arbeit auf nahe gelegenen Feldern –, die aber doch ihre sehr erfahrbaren und strukturbildenden sozialen Konsequenzen hatte, wie sich etwa an der herkömmlichen, allerdings nie vollkommenen Frau-Mann-Arbeitsteilung zwischen Haus (später zusätzlich des Stalles) und Feld zeigte.[2] Und im Unterschied zum Haushalt als



Erntearbeit in Nord- und Westdeutschland mit der üblichen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung: die Männer schlugen das Getreide, die Frauen banden die Garben. Holzstich um 1860

Arbeitsplatz des häuslichen Gesindes zielte die Arbeit in vielen – im 19. Jahrhundert: in der großen Mehrheit – der landwirtschaftlichen Betriebe auf die Herstellung von Produkten, die zum kleinen oder zum größeren Teil auf dem Markt abgesetzt werden sollten. Dies war eindeutig so in den Gutsbetrieben, zunehmend im bäuerlichen Bereich und ansatzweise selbst im Kleinstbetrieb, besonders wenn er sich spezialisierte.[3] Schließlich ist zu bedenken, daß Stellen, Höfe und Güter im Unterschied zu Haushalten selbst Gegenstand von Angebot und Nachfrage sein konnten und tatsächlich in zunehmendem Ausmaß verkauft und gekauft wurden, zur Gänze oder zum Teil. Sie wurden zu Waren auf einem sich vor allem seit den Reformen schnell durchbildenden Markt für Grund und Boden. Etwa zwei Drittel aller preußischen Rittergüter dürften von den 1820er bis in die 1870er Jahre durch Verkauf oder Versteigerung den Besitzer gewechselt haben. Der Warencharakter des Bodens war im 19. Jahrhundert bei den größten Gütern und den kleinsten Stellen stärker ausgeprägt als bei den bäuerlichen Höfen, die aufgrund starker (außerökonomischer!) Familienbindung weniger oft auf den Markt kamen und seltener den Besitzer wechselten.[4] Aus diesen drei Gründen setzte sich Lohnarbeit in der Landwirtschaft viel stärker durch als im Bereich des häuslichen Gesindes – am stärksten im großbetrieblich-gutswirtschaftlichen Bereich, am wenigsten im bäuerlich-familienbetrieblichen Bereich.

Aber die Fortdauer hauswirtschaftlicher Momente – die partielle Selbstver-

sorgung und Naturalwirtschaft, die Verknüpfbarkeit häuslicher und landwirtschaftlicher Arbeitsvollzüge, die Tradition der rechtlichen und z. T. sozialen Einbeziehung von Arbeitskräften in den Haushalt sowie bestimmte Eigenarten der landwirtschaftlichen Arbeit, etwa saisonal stark wechselnde Belastungen – setzten der konsequenten Durchbildung von Lohnarbeit recht deutliche Grenzen, viel stärker als im gewerblichen Bereich. Wo feudale Reststrukturen überlebten, wie vor allem auf den Gütern des Ostens, wirkten sie in die gleiche Richtung. Die Besitzverhältnisse, Agrarverfassungen und Betriebsformen wechselten vielgestaltig von Region zu Region, von Ort zu Ort, oft in buntem Gemisch und mit Abwechslung auf kleinstem Raum. Ähnlich vielgestaltig und mitunter verwirrend stellten sich die verschiedenen Formen dar, in denen sich Lohnarbeit mit Nicht-Lohnarbeit mischte. Vielfältig waren die Kategorien landwirtschaftlicher Arbeiter. Es empfiehlt sich jedoch, nach dem Grad der Herausbildung von Lohnarbeit zwischen vier Kategorien zu unterscheiden:[5]

1. Das *landwirtschaftliche Gesinde* teilte mit dem häuslichen Gesinde denselben, oben beschriebenen, rechtlichen Status; es umfaßte vor allem unverheiratete Personen, Knechte und Mägde, die bei ein und demselben Dienstherrn für längere Zeit angestellt waren und nur für diesen arbeiteten.

2. Zu den *kontraktlich gebundenen landwirtschaftlichen Arbeitern* rechnen zum einen die Insten (auch Dreschgärtner, Lohngärtner, Dienstleute, Kätner und anders genannt – je nach Region) und andere langfristig gebundene Tagelöhner größerer Höfe und Güter, vorwiegend im Osten; zum andern eine spezifische Form von Heuerlingen, wie sie vor allem in Westfalen, Hannover und Oldenburg häufig vorkam. Sowohl bei den Insten wie bei den Heuerlingen handelte es sich i. d. R. um Familien, die nicht oder nicht ganz dem Gesinderecht unterstanden, sich aber vertraglich auf längere Zeit an einen Arbeitgeber, also an ein Gut oder einen Bauernhof, gebunden hatten. Sie leisteten ihrem Gutsherrn oder Bauern Dienste für Lohn, aber zugleich bewirtschafteten sie in eigener Regie ein Stückchen Land, das sie von jenem zur Nutzung auf Zeit erhielten; ihr Lohn bestand aus Naturalien, Betriebsmitteln für ihren Eigenbetrieb und Geld; bei den Insten, aber kaum bei den Heuerlingen bestand dieser Lohn partiell aus Anteilen am Ertrag des Gutes.

3. Weder kontraktlich gebunden noch im Gesindestatus waren die *Klein- und Kleinstbauern* (i. d. R. Familien), die Kötter und Eigenkätner, Brinksitzer und Büdner, Gärtner und Häusler, Söldner und Gütler, die ein Stückchen Land zu vollem Eigentum hatten und selbständig bewirtschafteten, jedoch davon nicht ausschließlich lebten bzw. leben konnten, sondern zugleich meist unregelmäßige Arbeit für Lohn bei oft wechselnden Besitzern von größeren Höfen und Gütern leisteten. Das Mischungsverhältnis zwischen dem Verdienst aus dem Eigenbetrieb und der landwirtschaftlichen Lohnarbeit variierte, und häufig kam irgendein Einkommen aus anderer Arbeit hinzu. Diese freien Tagelöhner mit selbständiger Kleinlandwirtschaft werden im folgenden, in Anlehnung an die Quellensprache, als *Häusler* bezeichnet.

4. waren da die Tagelöhner ohne selbständige Landwirtschaft, die *besitzlosen* (oder doch fast besitzlosen) *freien Tagelöhner*, die sich zumeist als Mieter („Ein-

lieger") einquartierten, weder Gesindestatus noch langfristige Kontraktbindung an ein und denselben Arbeitgeber kannten, alleinstehend oder in Familie sein konnten und ihr Leben (fast) ausschließlich von vornehmlich landwirtschaftlicher Lohnarbeit für Bauern oder Gutsbesitzer fristeten. Zumindest in der Zeit ihrer Anwesenheit, der arbeitsreichen Saison, rechneten auch die *Wanderarbeiter* zu dieser Kategorie. In ihrer Heimat mochten sie sich auf Familien aus allen vier Kategorien verteilen oder auch zu den sehr zahlreichen landwirtschaftlich-gewerblichen Mischexistenzen gehören.

Aus Tabelle 25 geht hervor, in welchem Größenverhältnis die unterschiedlichen Kategorien landwirtschaftlicher Arbeitskräfte am Ende des hier interessierenden Zeitraums zueinander standen. Das „häusliche Gesinde" der Landwirte wurde mit aufgeführt, da es teilweise auch zu landwirtschaftlichen Arbeiten eingesetzt wurde. Spalte 6 nennt die Anteile für kontraktlich gebundene und freie, besitzlose Tagelöhner zusammen, wobei sich, aufs ganze Reich gesehen, beide Kategorien in etwa die Waage gehalten haben dürften (mit einem Übergewicht der kontraktlich Gebundenen über die Freien von 2:1 in den östlichen Gebieten wie Ostpreußen, Pommern und Brandenburg, mit einem Verhältnis von etwa 1:1 in Schlesien und den norddeutschen Gebieten wie Provinz Sachsen, Hannover, Schleswig-Holstein, Hzgt. Braunschweig, Kgr. Sachsen und mit einem fast gänzlichen Mangel an Insten, Gutstagelöhnern usw. in den west-, mittel- und süddeutschen Bereichen). Insgesamt standen im Deutschen Reich 1882 den 2,253 Mio. hauptberuflich selbständigen Landwirten[6] und den etwa 1,873 Mio. mithelfenden Familienangehörigen (zusammen knapp 50%) 385.000 Angehörige des häuslichen Gesindes (knapp 5%), 1,570 Mio. Knechte und Mägde („landwirtschaftliches Gesinde", 19%), 870.000 Tagelöhner mit selbständiger Klein- und Kleinstlandwirtschaft („Häusler", 10%) und 1,374 Mio. kontraktlich gebundene und freie, besitzlose Tagelöhner (zusammen gut 16%, davon je die Hälfte kontraktlich gebunden bzw. frei) gegenüber.

Gefragt werden soll nach der genaueren Verteilung, den Ähnlichkeiten und Unterschieden zwischen diesen in Wirklichkeit nicht immer scharf voneinander unterschiedenen Kategorien und nach ihren Arbeits- und Lebensverhältnissen im Wandel der Zeit. Bis zu welchem Grad, inwiefern, in welchen Grenzen, aus welchen Gründen und mit welchen Konsequenzen wurden sie zu Lohnarbeitern?

Tabelle 25: Kategorien landwirtschaftlicher Arbeitskräfte 1882:
Deutsches Reich und ausgewählte Bundesstaaten bzw. preußische Provinzen

		1 Selbständige	2 Mithelfende Familienangehörige	3 Häusliches Gesinde von Landwirten	4 Landwirtschaftliches Gesinde	5 Häusler	6 Freie u. kontraktl. geb. Tagelöhner	7 Summe 1–6	
		%	%	%	%	%	%	%	absolut
Deutsches Reich		27,1	22,5	4,6	18,9	10,4	16,5	100	8 320 621
Kgr.	Preußen	24,7	17,2	6,3	17,5	12,7	21,6	100	4 828 820
Prov.	Ostpreußen	18,5	11,1	7,2	19,9	11,9	31,4	100	490 521
Prov.	Pommern	18,8	10,8	7,7	18,1	19,1	25,6	100	259 976
Prov.	Schlesien	24,2	17,1	4,4	18,6	6,8	29,0	100	787 635
Prov.	Brandenburg	22,0	15,8	5,9	21,5	14,8	20,0	100	418 528
Prov.	Schlesw.-Holstein	23,3	10,4	13,0	27,1	16,6	9,6	100	208 621
Prov.	Hannover	30,9	18,9	7,5	21,2	14,0	7,4	100	438 590
Prov.	Sachsen	21,4	14,1	5,8	16,3	16,3	26,1	100	374 706
Prov.	Westfalen	31,4	23,4	8,8	17,3	12,5	6,7	100	292 469
Prov.	Hessen-Nassau	33,3	25,6	3,8	12,1	11,6	13,7	100	246 118
Prov.	Rheinprovinz	34,9	30,6	4,8	10,2	9,8	9,7	100	546 687
Grhzgt.	Oldenburg	32,5	21,0	7,9	21,9	12,8	3,9	100	77 148
Hzgt.	Braunschweig	19,2	16,7	1,7	27,2	15,7	19,6	100	59 438
Hzgt.	Anhalt	18,1	10,4	5,5	19,4	18,3	28,3	100	32 575
Fst.	Lippe-Detmold	28,0	11,9	8,2	31,0	16,7	4,1	100	20 772
Kgr.	Sachsen	24,9	19,8	2,3	34,5	4,1	14,2	100	284 921
Grhzgt.	Sachsen-Weimar	31,1	22,0	4,2	16,8	10,9	14,9	100	56 035
Fst.	Schwarzb.-Sond.	28,5	18,1	3,9	10,6	19,6	19,4	100	11 698
Grhzt.	Hessen	35,5	28,1	3,8	11,3	9,8	11,5	100	159 705
Kgr.	Bayern	27,4	35,9	0,5	23,9	3,6	8,8	100	1 475 973
Kgr.	Württemberg	39,6	28,6	3,6	14,6	7,2	6,4	100	398 686
Grhzgt.	Baden	39,9	32,8	2,7	12,4	5,0	7,2	100	333 508

Quelle: StdDtR 4, 1884, S. 2–35

2. Der langgestreckte Niedergang des landwirtschaftlichen Gesindes[7]

Als nach Aufhebung der Erbuntertänigkeit – gestaffelt zwischen dem späten 18. und der Mitte des 19. Jahrhunderts – in den verschiedenen Staaten und Regionen Gesindeordnungen neu erlassen oder tiefgreifend verändert wurden, da zielten sie insbesondere auf das Gesinde in der Landwirtschaft. Als der Gesindezwangsdienst fiel und die Fronleistungen der Bauern allmählich abgelöst wurden, sollte durch Begrenzung der Freizügigkeit und durch Bereitstellung zusätzlicher Disziplinierungsmittel die Versorgung der Bauernhöfe und vor allem der Güter mit kontinuierlich verfügbaren, in ihren Ansprüchen maßvollen und ihrer Marktmacht begrenzten Arbeitskräften sichergestellt werden. Zu Beginn des Jahrhunderts, als die ausstrahlungskräftige preußische Gesindeordnung (veröffentlicht 1810) ihre Gestalt erhielt, war ja das Bewußtsein der Zeitgenossen noch nicht von der malthusianischen Furcht vor „Überbevölkerung" geprägt, wie sie in den folgenden Jahrzehnten (bis etwa 1850) in den Vordergrund rücken sollte; eher noch von der Erinnerung an „Leuteknappheit", die örtlich und saisonal – gerade im schwach besiedelten Osten – auch im späten 18. Jahrhundert immer wieder aufgetreten war und seit den 1850er Jahren erneut zum Hauptproblem landwirtschaftlicher Arbeitgeber werden sollte; von dem hohen Arbeitskräftebedarf der sich intensivierenden Landwirtschaft; von den Forderungen und Protesten einer in den Jahren des Umsturzes zwischen 1790 und 1810 unruhig gewordenen ländlichen Bevölkerung; von Lohnsteigerungen in dieser Zeit und von der Furcht, daß die „Leute" die gewährte Freiheit wahrnehmen und den Dienst entweder quittieren oder nur noch zu stark erhöhten Preisen leisten würden. Dem suchten die Gesindeordnungen entgegen zu steuern. Die Betonung der häuslichen Einbindung und die Stärkung der hausherrschaftlichen Gewalt boten sich dafür an. Die Gesindeordnungen machten die Bauernbefreiung für einen großen Teil der bisher Berechtigten überhaupt erst erträglich. Ein großer Teil der landwirtschaftlichen und häuslichen Arbeitskräfte geriet damit in eine Situation minderen Rechts oder blieb in ihr, in drückenden Freizügigkeitsbeschränkungen und ungleichen Bindungen, die um so auffallender und drückender werden mußten, je klarer sich die rechtliche Situation der anderen Arbeitnehmer liberalisierte und Grundsätze der Rechtsgleichheit allgemein anerkannt wurden. Im vorangehenden Kapitel wurden die hauptsächlichen Bestimmungen der Gesindeordnungen bereits dargestellt.[7a]

a) Auf dem Bauernhof

In der Tat entsprach ja das hauswirtschaftlich-hausherrschaftliche Modell, das im Zentrum dieser Gesindeordnungen stand, in wichtigen Aspekten durchaus der landwirtschaftlichen Wirklichkeit sowohl um 1810 oder 1815 wie auch noch um 1875 oder später. Auf den Höfen der Bauern bestand engste Verbindung zwischen Haus und Betrieb. Den Großteil der Arbeit leistete die Familie. Nur ergänzend traten familienfremde Arbeitskräfte hinzu, wenn der Betrieb das erforderte; soweit es sich dabei um permanent eingestellte Arbeitskräfte handelte, um Knechte und Mägde, blieb ihre Zahl auf den Höfen zwischen 5 und 20 ha auf ein bis zwei Personen beschränkt. Diese gehörten in der Tat zum Haushalt des Bauern, in der prinzipiell und zeitlich begrenzten, aber durch und durch wirklichen Art, die wir bereits fürs 18. Jahrhundert geschildert haben.[8]

Zwar gab es Ansätze zur Spezialisierung zwischen Knechten und Mägden auf den größeren Bauernhöfen: Die Magd arbeitete hauptsächlich im Haus und darüber hinaus im Stall, zusammen mit den weiblichen Familienmitgliedern, nur während der Arbeitsspitzen half sie auf dem Feld. Die Kühe, das Melken, das Verarbeiten der Rohstoffe (Buttern, Spinnen, Dreschen) – das waren die Schwerpunkte ihrer im übrigen äußerst gemischten Tätigkeit. Knechte dagegen waren eher zuständig für die Feldarbeit und andere Tätigkeiten außerhalb des Hauses im engeren Sinn, für schwere Arbeiten, die viel Körperkraft brauchten, und vor allem – auf den größeren Höfen – für die Pferde. Oft schlief ja der Knecht in einem Nischenbett im Pferdestall oder in einer Kammer darüber, während die Magd in einer Kammer des Wohnhauses untergebracht sein mochte, vielleicht bei den Kindern. Eher schon fehlte – in den kleinen und mittleren Wirtschaften – der Knecht als die Magd,[9] und dann verschliff sich die ohnehin nicht scharf durchgezogene Arbeitsteilung noch weiter. Nur bei den größeren Bauern ergaben sich weitergehende Differenzierungen zwischen Großknecht, Mittelknecht und Dienstjunge, zwischen Großmagd, Kleinmagd und Kuhmagd, Hütejungen und dergleichen, damit auch Hierarchien und Aufstiegschancen.[10] Vorherrschend aber war das „Mädchen für alles", auf dem Bauernhof noch ausgeprägter multifunktional als im bürgerlich-städtischen Haushalt, weil es in Haus und Betrieb zugleich eingesetzt wurde. Und es gab auch Jungen und Knechte für alles. „Noch ließ es die Witterung nicht zu, daß ich draußen auf der Weide meines Amtes als Kuhhirte walten konnte. Deshalb mußte ich mich in Haus und Hof nützlich machen, so gut ich konnte. Während Vater und Sohn [...] die Frühjahrssaat in die Erde brachten, fütterte ich daheim das Vieh, mistete die Ställe aus und war mit der Frau im Hausgarten tätig. Essen mußte ich mit am Familientisch [...]" In guter Erinnerung behielt der Landarbeiter Franz Rehbein sein Jahr als Junge und Knecht auf einem kleineren, ansonsten nur von der Familie bearbeiteten Bauernhof in Holstein Anfang der 70er Jahre.[11]

Der soziale Kontakt zwischen Bauer, Familie und Gesinde war und blieb eng. Man schlief im selben Haus (wenn auch meist nicht im selben Raum), saß um denselben Tisch und aß – meist schweigsam und bloß mit dem Löffel – aus denselben Schüsseln und Pfannen. Jedenfalls war das die Regel. An großen Fami-

lienfesten, z.B. einer Hochzeit, nahm auch das Gesinde teil. Zur Kirche ging man in der Regel gemeinsam. Oftmals dienten in vorwiegend bäuerlichen Regionen mit Anerbenrecht – in Westfalen, Hannover und großen Teilen Bayerns – auch die nachgeborenen Söhne und Töchter der Bauern neben Söhnen und Töchtern der Unterschicht.

Die Knechte und Mägde waren meist jung und unverheiratet. Das galt für das bäuerliche Gesinde ebenso wie für das Gesinde auf großen Gütern. Mit der Verheiratung wechselten sie in die Kategorien der kontraktlich gebundenen Tagelöhner oder tagelöhnernden Kleinstbesitzer über (dazu die folgenden Abschnitte 3 und 4), oft auch in die gewerbliche Heimarbeit, wenn nicht gar in den wachsenden gewerblich-städtischen Bereich. Je später desto klarer war der Gesindestatus auch im landwirtschaftlichen Bereich ein Übergangsphänomen, auf eine Phase im Lebenszyklus großer Teile der ländlichen Unterschicht beschränkt. Um 1880 betrug der Anteil der Verheirateten im landwirtschaftlichen Gesinde nur 6%. Nur im katholischen Südosten, in Österreich und Bayern, fanden sich häufiger ältere Knechte und Mägde, „Ehehalten" im Ledigenstand auf Dauer. Im Unterschied zum häuslichen Gesinde überwogen im landwirtschaftlichen Gesinde die Männer, besonders deutlich im gutswirtschaftlichen Bereich; in einigen bäuerlichen Gebieten gab es 1882 mehr Mägde als Knechte:[12]

	männlich	weiblich
Ostpreußen	77.268	20.360
Provinz Sachsen	38.781	22.381
Rheinland	38.529	17.309
Württemberg	36.086	22.023
Bayern	167.984	185.148
Deutsches Reich	962.621	607.336

Man wird sich hüten, die Lage der Bauernknechte und Mägde zu idyllisieren. Sie waren Haushaltsmitglieder zweiter Klasse und kein Teil der Familie: Weder Erbe noch Mitgift erhielten sie. Erkrankten sie für länger oder verarmten sie aus anderen Gründen, schoben Dienstherr und Gemeinde sie möglichst ab. Um nicht armenrechtlich verantwortlich zu werden, trachtete man danach, ihre Aufenthaltsdauer an ein und demselben Ort nicht über jene Spanne sich ausdehnen zu lassen, die entsprechend den wechselnden Heimat- und Armengesetzgebungen Ansprüche gegenüber der Gemeinde begründete – in der Regel drei Jahre. Bäuerliche Gemeinden verhielten sich dabei nicht anders als die armenrechtlich zuständigen Gutsbezirke. Dies trug zur Mobilität des Gesindes bei. Knechte und Mägde waren minderberechtigte Dorfmitglieder auf Zeit. Ließen sie sich etwas zu Schulden kommen, erlitten sie Unfälle, wurden sie krank oder die Frauen schwanger, konnte sie das schnell in eine soziale Rand- und Notzone bringen, in der der weitere Abstieg wahrscheinlich war.[13]

Der Gesindestatus schob die Heirat hinaus: Wo Tagelöhner unter den landwirtschaftlichen Arbeitskräften stark vertreten waren oder gar dominierten (wie im Nordosten), lag das durchschnittliche Heiratsalter niedriger als in Gegenden, in denen das Gesinde den größten Teil der landwirtschaftlichen Arbeiter stellte (wie in Bayern oder im Münsterland). So erklären sich die regionalen Unterschiede im Bevölkerungswachstum mit.[14] Mit der oft lange hinausgeschobenen Verheiratung, aber auch mit ihren verschiedenen, wechselnden Arbeitssituationen und dadurch gegebenen Kontakten hing es zusammen, daß viele Mägde uneheliche Kinder hatten. Nun war das im bäuerlichen Lebenszusammenhang zumeist kein moralisches Unglück und kein Grund zur Stigmatisierung, sondern durchaus üblich – anders als für das städtische Bürgertum und die dortigen Dienstmädchen. Aber auf den Höfen war für die unehelichen Kinder der Mägde meist kein Platz; sie mußten oft zu Pflegeeltern gegeben werden; elternlose Kinder, kinderlose Mütter, unbekannte Väter, sehr ungewöhnliche Verwandtschaftsbeziehungen und Auseinandersetzungen über die Alimentierung oder über nachträgliche Heirat gehörten zu diesem System; überdies hatte die Magd meist für ihr Kind Pflege- und Kostgeld zu zahlen, was die Mitgiftersparnis erschwerte oder verhinderte und damit ihre langfristigen Lebenschancen erheblich reduzierte. Wenn keine Chance auf spätere Heirat mit dem Vater des Kindes bestand, wenn gar mehrere Kinder von mehreren Vätern kamen, dann galt auch im bäuerlichen Umkreis die Magd bald als „liederlich", büßte sie die Ehrbarkeit ein, begann ihr Abstieg.[15]

Die Nähe zur Familie des Bauern hatte überdies ihre bedrückenden Seiten: engste Beaufsichtigung, wenig Freiheit, keine Privatsphäre, dauernde Unterwerfung unter Befehle, der Zwang ständig verfügbar zu sein und ungemessene Arbeit zu leisten, so ähnlich, wie es vorn für die städtischen Dienstboten gezeigt wurde. Die Arbeit war hart, auch für Personen, die als Kinder unterbäuerlicher und bäuerlicher Familien von Kindesbeinen an Arbeit gewöhnt waren. Die diskriminierenden Bestimmungen der Gesindeordnungen, die oben vorgestellt wurden, trafen das landwirtschaftliche Gesinde in stärkerem Maß als das häusliche. Züchtigung und andere Formen der Gewaltanwendung hielten sich länger als Bedrohung des landwirtschaftlichen denn als Gefahr für das städtische Gesinde. Die strafrechtliche Ahndung der Kontraktbrüche und die polizeiliche „Wiederzuführung" des entlaufenen Gesindes nach Auftrag durch den Dienstherrn wurden eher auf dem Lande als in den Städten praktiziert. Wo Alternativen bestanden – etwa in heimgewerblich verdichteten, ländlichen Textilregionen – waren Mägde und Knechte knapp; dort zogen die jungen Leute die selbständige, Verheiratung ermöglichende, vielleicht einträglichere, wenn auch unsicherere Heimarbeiterstellung vor.[16]

Trotzdem ist richtig: Die mit den konstitutiven Eigenarten des bürgerlichen Haushalts zusammenhängenden Distanzierungsprozesse, die Herrschaft und Dienstmädchen in den städtisch-bürgerlichen Haushalten zunehmend trennten,[17] fanden in den bäuerlichen Haushalten nur ganz langsam statt. Viel vom gemeinsamen Arbeits- und Lebenszusammenhang blieb hier erhalten. Das galt auch für den kleinbäuerlichen Haushalt, sofern dort nicht überhaupt auf Gesinde verzich-

tet wurde. Klassenmäßige Polarisierung breitete sich im Verhältnis der Bauern und Kleinbauern zu ihrem Gesinde noch langsamer aus als im Verhältnis der städtischen Herrschaft zu ihren Dienstboten.

b) Auf dem Gut

Anders aber stellte sich die Situation schon Anfang des 19. Jahrhunderts in den vorwiegend großbetrieblich-gutswirtschaftlichen Gebieten dar. Als Beispiel diene Schönweide, ein adliges Gut in Ostholstein nahe bei Plön.[18] „Anfang vorigen Jahrhunderts bestand der Haupthof [...] aus dem herrschaftlichen *Wohnhaus* (mit einigen Domestiquenstuben), dem *Haushaltungshaus* mit einigen Kammern, einer ‚Speisestube für die Bauleute', und einer Stube für die Haushälterin; dann einem *Gerichtshaus* mit Gerichtsstube (ungewöhnlich!), einer Stube für den Schreiber und den Gärtner; dem *Torhaus* mit der sog. Burgstube, dem Aufenthaltsraum für die dienstpflichtigen Untergehörigen, zuweilen auch als Arrestlokal benutzt; schließlich *Scheune, Kuhhaus, Kutscherstall, Kutschenremise, Hühnerstall, Meierei, Backhaus, Buttermühle* usw. Dicht beim Hof gab es auch eine Ziegelei, die nicht nur für den Gutsbezirk, sondern für das Umland produzierte." Zum Guts*bezirk* (als Verwaltungs- und Gerichtsbezirk) gehörten zwei Dörfer und zwei weitere Meierhöfe, insgesamt knapp 1.000 Personen (1855). Wenn es heißt, daß ein Viertel der Gesamtfläche vom Haupthof her bewirtschaftet wurde – der große Rest von den Meierhöfen und einer bedeutenden Zahl abgelöster oder in Ablösung begriffener, selbständig wirtschaftender Erbpächter, Hufner und Bauern –, so wurde diese verbliebene Eigenwirtschaft des Gutes primär durch Gutstagelöhner und freie Tagelöhner ausgeführt – die Erbuntertänigkeit war schon 1805 aufgehoben worden. Aber außerdem beschäftigte das Gut zahlreiche Knechte und Mägde, vielleicht 20 bis 30 Personen oder auch mehr. Sie waren nach Funktion und zum Teil auch nach hierarchischer Stellung verschieden. Eine ganze Reihe der Mägde arbeitete in der Meierei und versorgte das Milchvieh unter Leitung eines „Holländers" und seiner Frau. Sie wohnten auch beisammen in der Meierei „unter recht spartanischen Verhältnissen", „förmlich kaserniert"; sie schliefen in sog. „Volksbetten", je zwei gemeinsam. Sie leisteten schwere, wenig abwechslungsreiche Arbeit. Es gab zweifellos auch andere Mägde und sehr verschiedene Knechte; auf anderen Gütern jedenfalls unterschied man Schweinemägde, Hofmägde, Küchenmägde, Stallmägde u. a., Großknechte, Schafmeister, Ochsenknechte, Kutscher, Pferdeknechte, Hütejungen und andere mehr. Daneben gehörten niedere Aufsichtsbeamte zum Gutsgesinde, Bauernvögte, Oberschweizer, Forstaufseher, Waldwärter, wohl auch einzelne Handwerker wie Stellmacher, Schmiede, Müller und Ziegler.[19] Mindestens bei der Ernte und bei anderen Stoßarbeiten wurden diese Gesindepersonen auf den Feldern eingesetzt – wie andere Landarbeiter auch. In viel geringerem Maße als das vorwiegend weibliche Gesinde der Bauern hatte das vorwiegend männliche der Güter im Haus der Herrschaft, in viel größerem Maße als jenes hatte es im

landwirtschaftlichen Betrieb zu tun.[20] Die meist unverheirateten Knechte und Mägde eines großen Gutes lebten in gesonderten Leute- oder Gesindestuben; zum Teil schliefen sie im Stall.

Auf dem Gut diente eine weitere, sehr zahlreiche Kategorie von Knechten und Mägden, die nicht in jenen 20 bis 30 enthalten sind. An sich waren sie Knechte und Mägde der Gutstagelöhner, mit diesen kamen sie zur Arbeit aufs Gut, ihren Befehlen unterstanden sie, und in ihren meist armseligen Katen schliefen sie. Diese „Scharwerker" oder „Hofgänger" galten als die unterste und armseligste Klasse des ländlichen Gesindes – abhängig von Abhängigen und äußerst knapp von diesen gehalten.

Natürlich bestand eine riesige Distanz zwischen dem Gutsgesinde und den Scharwerkern einerseits, der Herrschaft andererseits. Vom gemeinsamen Essen im Herrenhaus konnte keine Rede sein; das Gesinde, die Gutstagelöhner und anderen Arbeiter erhielten ein anderes Essen als die Herrschaft, oft von Gutsangestellten – oder einer Art Essenspächter – speziell für „die Leute" hergerichtet. In den abendlichen Spinnstuben saß dieses Gesinde mit den Tagelöhnern des Gutes zusammen, aber nicht mit der „gnädigen Frau" und ihrer Tochter. In den separaten „Arbeiterhäusern" großer Güter waren Gesinde und Tagelöhner gemeinsam untergebracht. Den Herrn sah man selten. Anders als der Bauer legte er selber nicht mit Hand an. Auch um 1820 dürfte das nicht sehr viel anders gewesen sein als es Franz Rehbein um die Mitte der 70er Jahre auf einem hinterpommerschen Gut erlebte. Zu tun hatte es dort das Gesinde in der Regel mit dem befehlsgewohnten Vogt und seiner Trillerpfeife. Wenn „der gnä' Herr" auf dem Pferd zur Inspektion angeritten kam, war dies ein ungewöhnlicher Augenblick, in dem Herrschaft und Gehorsam, oft wohl auch Arroganz und Devotheit geradezu sinnbildlich erfahrbar wurden.

> „De gnä' Herr!' murmelte es allgemein, und fleißiger noch rührten sich die Hände. Jetzt setzte der Vogt seine Kartoffelkiepe auf die Erde, wischte sich schnell die Hände an den Hosen ab und ging seinem Gebieter entgegen. Sechs Schritte vor ihm blieb er stehen, nahm kurz die Hacken zusammen und zog ehrerbietig seine Mütze. Wie das aussah! Dort der Herr, hoch zu Roß, jeder Zug aristokratische Vornehmheit; hier der Vogt, barhäuptig in urpommerscher Hölzernheit – ein Charakterbild disziplinierter Demut. Beide kamen näher. Nun zogen auch die Tagelöhner mechanisch ihre Kopfbedeckung, die sie solange in der Hand hielten, bis der ‚Herr' leicht an seinen graugrünen Agrarierhut tippte."

Der „Patriarchalismus" dieser Herrschaft mochte sich darin verwirklichen, daß er zur „Kartoffelhochzeit", dem Fest am Ende der Ernte, einige Korbflaschen Branntwein spendierte; seine und seiner Familie Teilnahme an dem schnell zur Alkoholorgie ausartenden Fest dagegen war unwahrscheinlich.[21]

Hier war der Unterschied zwischen Gesinde und Herrschaft schroff und besonders krass erlebbar, weil durch ständische Restbestände nicht etwa verkleidet sondern verschärft. Denn die aus der Eigentumsordnung und dem Arbeitsprozeß folgende Differenz wurde von Unterschieden der Lebensweise und von politisch-administrativen Befehls- und Gehorsamsverhältnissen deckungsgleich

überlappt und daher verstärkt: ganz ähnlich wie im Ancien régime, das hier, wenn auch geschwächt, die Zeit der Reform überlebt hatte. Der Unterschied in der Lebensweise trat nicht nur allen sichtbar hervor, er wurde auch demonstrativ ausgespielt, als Mittel der Distanz- und Herrschaftssicherung. Er spiegelte sich in der Gutsarchitektur wider und er setzte sich fort bis in die Körperhaltung und Gestik. „Mit ungezwungener Eleganz saß er im Sattel, die rechte Hand leicht auf die Lende gestemmt." Und bei anderer Gelegenheit: „In ehrerbietiger Ungelenkigkeit zogen Knechte und Tagelöhner ihre Mützen; ich heute ebenfalls. Die Frauen und Mädchen gaben ihrer Unterwürfigkeit dadurch Ausdruck, daß sie den etwas zur Seite geneigten Kopf möglichst tief zwischen die Schultern duckten. ‚Guten Tag, Leute!' grüßte der Gutsherr jetzt in kühler Herablassung. ‚Gun Dag, Herr!' klang es allseitig zurück. Rasch betupfte der Gnädige Mund und Nase mit seinem Taschentuch und hielt sodann eine kurze Ansprache an die Versammelten[...]"[22] Solch ständische Darstellung von Überlegenheit oder Distanz stand dem Gutsherrn übrigens auch dann zur Verfügung, wenn es mit seinem Einkommen nicht zum besten bestellt war. Sie war keine Funktion des Reichtums, obwohl sie auf lange Sicht durch allzugroße Sparsamkeit, Einkommensausfälle und Verschwendung in Frage gestellt wurde.

Erleichtert wurde sie ihm bis 1848, in Ausläufern bis in die 70er Jahre und zum Teil noch länger – vor allem in Preußen und Sachsen, Mecklenburg und Holstein – durch die ihm auch nach den Reformen verbliebenen politisch-administrativen Rechte. Wiederum am Beispiel des Gutes Schönweide im östlichen Holstein gezeigt: Der Gutsherr erließ bindende Anordnungen, die mit seinem Namen gezeichnet waren und in der Durchfahrt des Torhauses wie in den beiden Krügen aushingen; so wurden auch landesherrliche Edikte bekanntgemacht. Ihm unterstand ein „Gerichts- und Polizeidiener" mit mannigfachen Verpflichtungen, die in einer Dienstinstruktion (von 1848) etwa so festgelegt waren: Als Holzvogt führte er Aufsicht in den „Försten, Mören und Seen". Als Gerichtsdiener war er für den äußeren Ablauf der Gerichtstage verantwortlich, mußte Vorladungen übermitteln, Haussuchungen durchführen und gegebenenfalls Verbrecher über die Grenze geleiten. Als Polizeidiener mußte er die Aufsicht über den Zustand von Wegen und Fußsteigen führen, auf die Handwerksburschen, Vagabunden und Bettler im Gutsbereich achten, die Krüge im Gute unter besondere Aufsicht nehmen, bei öffentlichen Lustbarkeiten und Tanzgelagen zugegen sein, bei Feuersbrünsten helfen und schließlich „auf die Sicherheit der Felder und Gärten ein wachsames Auge haben". Er trug so etwas wie Uniform. – Darüber hinaus benannte der Gutsherr den allerdings vom König zu bestätigenden rechtskundigen Gerichtshalter, z.B. einen Notar aus der benachbarten Stadt. Der Vollzug kleiner Strafen lag bei Gutsherr und Polizeidiener. Der Gutsherr war Kirchenpatron und Bauherr des Schulhauses, er beeinflußte die Auswahl der Lehrer und der Unterrichtsstoffe, er hatte Maßnahmen gegen Seuchen zu ergreifen und Hebamme oder Arzt zu bestellen. Er war zugleich Bau-, Fremden- und Armenpolizei.[23]

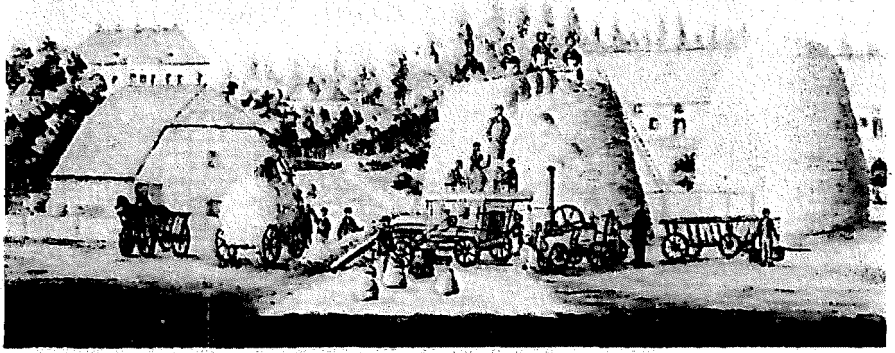
Anders als das Verhältnis zwischen Bauernfamilie und bäuerlichem Gesinde war das zwischen Gutsherrschaft und Gutsgesinde in doppelter Weise vom haus-

herrschaftlich-hauswirtschaftlichen Prinzip entfernt: Zum einen sprengte die großbetriebliche – letztlich aus der Einbindung des Gutes in agrarkapitalistische Zusammenhänge erklärbare – Situation das hausherrschaftlich-hauswirtschaftliche Modell. Zum anderen wurde dieses dadurch verformt, daß – wegen der die Reform überlebenden Rudimente ständisch-feudaler Herrschaft und Verwaltung – die Differenz zwischen Gesinde und Hausherr in eins fiel mit der Differenz zwischen Untertan und Herrschaft im außer- und überhäuslichen Sinn. In dieser großbetrieblichen, gutsherrschaftlich getönten Situation stand die Wirklichkeit zum hausherrschaftlich-hauswirtschaftlichen Modell der Gesindeordnungen in schroffem Widerspruch. Hier war dieses Modell zur bloßen Ideologie geworden und die altväterlich klingende Gesindeordnung zum bloßen Herrschaftsinstrument. Vermutlich aber war sie gerade mit Blick auf solche Sozial- und Herrschaftsverhältnisse festgeschrieben worden.

c) *Der Sog der Industrialisierung*

Setzten sich Elemente der Lohnarbeit im ländlichen Gesindeverhältnis durch? Näherte sich der landwirtschaftliche Gesindestatus dem Lohnarbeiterstatus an? Die Antwort auf die Frage variiert je nachdem, ob man auf kleinbäuerliche, bäuerliche oder gutswirtschaftliche Konstellationen blickt. Aber ein Bündel von Wirkungsfaktoren war überall an der Arbeit und trug zur Herausforderung, Destabilisierung und Umwandlung des ländlichen Gesindeverhältnisses bei: *Zum einen* handelt es sich um Sogwirkungen der sich seit der Jahrhundertmitte machtvoll durchsetzenden Industrialisierung und um Einflüsse des damit verbundenen sozialen und mentalen Wandels: Es wurde für die landwirtschaftlichen Arbeitgeber zunehmend schwieriger, Knechte und Mägde zu akzeptablen Bedingungen zu finden. *Zum andern* veränderten der sich allmählich durchsetzende Kapitalismus und neue Techniken den landwirtschaftlichen Betrieb stellenweise so, daß die Anstellung von Gesinde weniger wünschenswert erschien als die Ausnutzung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte anderer Art. Der erste der beiden Faktoren war im Falle des Gesindes eindeutig wichtiger als der zweite; dieser jedoch war für die Krise des Instenverhältnisses entscheidend, die im folgenden Abschnitt behandelt werden soll.

Das Gesinde stellte den abhängigsten, aber nicht den ärmsten Teil der landwirtschaftlichen Arbeiter dar. Freiheitsbeschneidung und Lebensminimumsicherung bedingten sich gegenseitig. Angesichts des wachsenden Überangebots von Arbeitskräften auf dem Lande und noch fehlender Beschäftigungsalternativen in den Städten stiegen die Löhne der Knechte und Mägde im *Vormärz* real sicherlich nicht; wahrscheinlich sanken sie sogar leicht ab wie das reale Einkommen anderer landwirtschaftlicher Arbeiter auch, das sich zwar zwischen etwa 1817 und 1825 mit fallenden Nahrungsmittelpreisen etwas hob, aber im Pauperismus der 30er und 40er Jahre, als die Preise kletterten und ein Überangebot an Arbeitskräften bestand, umso rascher zurückging.[24] Aber da die Einkommen des



Erntearbeiten auf Gut Schlieffenberg in Mecklenburg 1855

landwirtschaftlichen Gesindes zu einem noch größeren Teil als im Falle des häuslichen Gesindes in den Städten und als im Falle anderer landwirtschaftlicher Arbeiter aus Naturalien bestanden (Kost und Beherbergung, Kleidungsstücke, Garne und Leinwand zur Verarbeitung, zum Teil auch Saatgut zur Verwendung im „eigenen" Stück Garten),[25] trafen die Preissteigerungen, die ja die wichtigste rechnerische Ursache der Kaufkraftverluste breiter Bevölkerungsschichten darstellten,[26] im Vormärz das Gesinde vergleichsweise wenig. Es gehörte in der Regel nicht zu den pauperisierten Schichten, es sei denn, es stand im Dienste bei kleinen notleidenden Bauern und natürlich im Fall der nicht seltenen Arbeitslosigkeit. 1832 hieß es im Fürstentum Lübeck: „Die Lage eines Dienstboten[...] ohne selbstständige Oeconomie [und Familie, J. K.] ist bei weitem gesicherter, glücklicher als die eines Tagelöhners." Aber: „Der Zulauf von Dienstboten aus dem Auslande, verbunden mit dem Gesetz, daß sie durch 6jährigen Dienst Heimath gewinnen, fixiert hier eine große Anzahl von Eigenthumslosen[...] [E]rste, gleichförmige Vorkehrung der Polizei gegen Aufnahme aller Dienstboten aus der Fremde könnte viel abwehren, wäre zugleich heilsam für Wiederherstellung der Ordnung unter dem zum Theil verwilderten Gesinde auf dem Lande."[27] Immerhin berücksichtigte die erste große Enquête über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der ländlichen Arbeiter in Preußen 1849 die Knechte und Mägde nicht gesondert, vermutlich weil sie den Initiatoren, dem Kgl. preußischen Landes-Ökonomie-Kollegium, noch nicht als „ländliche Arbeiter", sondern noch als Hausgenossen der Bauern und anderer Dienstherren galten; vermutlich aber auch, weil sie ökonomisch nicht zum notleidendsten Teil der Bevölkerung gehörten und in der vorausgehenden Revolution nicht besonders gefährlich geworden waren.[28]

Die nächste große Enquête über ländliche Arbeiter veranstaltete der „Kongress der deutschen Volkswirte" 1873.[29] Jetzt wurde nach dem Gesinde als einer Kategorie landwirtschaftlicher Arbeiter neben anderen gefragt. Es ergab sich, daß weiterhin der Barlohn nur den kleineren Teil dessen ausmachte, was der Bauer oder Gutsbesitzer für die einzelne Magd oder den einzelnen Knecht an Kosten aufzubringen hatte. An einem Beispiel: Nach den Untersuchungen eines mecklenburgischen „Patriotischen Vereins" von 1872 betrugen die Kosten, die ein mecklenburgischer Knecht im Jahresdurchschnitt seinem Dienstherrn verursachte:[30]

1. Bargeld (incl. des stellenweise üblichen „Sackgeldes" und des stellenweise verabreichten Leins)	135 Mark
2. Miete	3 Mark
3. Alle 2 Jahre ein Rock à 10 Taler	15 Mark
4. Wohnung, Feuerung, Licht, Wäsche	15 Mark
5. Beköstigung	294 Mark
6. Arzt, Apotheke, Krankenpflege	6 Mark
Summe	468 Mark

Ebenfalls aus der Sicht des Dienstherrn berechnet, gehörten zum jährlichen Lohn einer mecklenburgischen Magd 1872:

1. Bargeld	66 Mark
2. Miete	3 Mark
3. 1 Pfund Wolle	2 Mark
4. 12 Ellen Flächsen-Leinen	9 Mark
5. 12 Ellen Heden-Leinen	6 Mark
6. 16 Quadrat-Ruten Land zum Bebauen mit Lein	6 Mark
7. Weihnachtsgeschenk	2,5 Mark
8. Wohnung, Feuerung, Licht, Wäsche	18 Mark
9. Beköstigung	240 Mark
10. Arzt, Apotheke, Krankenpflege	6 Mark
Summe	358,5 Mark

Nach sonstigen Angaben der Enquête von 1873 schwankte das Verhältnis von Bar- und Naturallohnbestandteilen im Gesindeeinkommen – gerechnet als Unkosten der Arbeitgeber für das Gesinde – zwischen 5:1 (vor allem im Osten und bei Mägden) und 2,5:1 (vor allem im Westen und bei Knechten).

All solche Angaben sind sehr problematisch. Denn sie basieren auf Arbeitgeberschätzungen, die zur Beschönigung der Realität neigten und sich zum Teil auf Naturalien bezogen, deren genauer Marktpreis unklar sein mußte. Außerdem war der Verlust, den der Arbeitgeber durch Gewährung von Kost, Wohnung und anderen Naturalien erlitt, nicht unbedingt identisch mit dem Gewinn, den die dienende Person daraus zog. Fest jedoch steht: Unter den rasanten Steigerungen der Nahrungsmittelpreise zwischen 1850 und 1872 bzw. 1873 – über 90%, wenn man das vergleichsweise billige Jahr 1850 mit dem teuren Boom-Jahr 1873 vergleicht und dabei die höheren städtischen Preise miteinbezieht – hatte das

Tabelle 26: Einkünfte unverheirateter Knechte und Mägde in Preußen nach Provinzen 1849 und 1873 (in Mark pro Jahr)

	Barlöhne (Durchschnitte)				Wert von Verköstigung, freier Wohnung etc. *pro Gesindeperson*
	Knechte		*Mägde*		
	1849	1873	1849	1873	1873
Ostpreußen	45–60	60– 90	30–36	36– 60	180
Westpreußen		75–100		60– 75	150
Brandenburg	ca. 90	90–150		60– 90	
Pommern		75–135		60– 90	180–270
Posen		75–100		54– 84	150–225
Schlesien	36	75–105		45– 75	225
Sachsen		150–210		75–120	
Schleswig-H.		150–240		75–135	225–270
Hannover		120–225		60–120	
Westfalen	120–150	150–300		90–150	
Hessen-N.		150–210		75–105	240–270
Rheinland	60–180	150–270	54–108	90–150	

Quelle: W. Asmis, Zur Entwicklung der Landarbeiterlöhne in Preußen, in: Landwirtschaftliche Jbb. 52, 1919, S. 457–614, hier: 479, 492, 501, 521 f., 535, 548, 557, 563, 571, 577, 592. Es handelt sich um grobe Durchschnittsschätzungen aufgrund zahlreicher Einzelangaben aus Umfragen bei Bauern, Gutsbesitzern und landwirtschaftlichen Vereinen.

Gesinde kaum zu leiden, denn es versorgte sich größtenteils nicht auf dem Markt. Fest steht auch, daß die Barlöhne der Knechte und Mägde zwischen 1850 und 1873 im Durchschnitt kräftig anzogen, und zwar stärker als die Preise jener Waren (Genußmittel, Kleidungsstücke, Rohstoffe, Hausrat, Erholung, Vergnügen etc.), zu deren Kauf diese Barlöhne vor allem dienen mochten.[31] Wenn auch die Zahlen stark variierten und die Verdienste der Mägde weiterhin um 30 bis 50% hinter denen der Knechte zurückblieben, dürfte sich das Gesinde in seiner Mehrzahl doch 1873 oder 1875 nach Einkommen und Kaufkraft etwas besser gestanden haben als ein Vierteljahrhundert zuvor.[32] Insgesamt scheint auch noch um 1870 und später der Verdienst des durchschnittlichen Knechtes, die Beköstigung und sonstigen „Emolumente" eingerechnet, den oft unstetigen Verdienst vieler freier Landarbeiter übertroffen zu haben.[33] Der Gesindestatus bot bescheidene Sicherheit auf Zeit.

Dennoch begann das landwirtschaftliche Gesinde seit den frühen 1860er Jahren zu schrumpfen, und zwar nicht nur relativ zur weiterhin schnell wachsenden Bevölkerung sondern auch absolut. In den Jahrzehnten davor – seit dem Ende der schweren Agrarkrise der 1820er Jahre – war es dagegen gewachsen, wenn auch langsamer als das häusliche Gesinde und als andere Kategorien landwirtschaftlicher Arbeiter.[34] Ebenfalls seit den früheren 60er Jahren wurden die Klagen landwirtschaftlicher Arbeitgeber über „Leutemangel" unüberhörbar, und

zwar – das ist wichtig – vor allem Klagen über die Schwierigkeit, genug „brauchbare" und „treue" Knechte und Mägde zu finden.[34a] Es ist deshalb sehr unwahrscheinlich, daß die allmähliche Schrumpfung des landwirtschaftlichen Gesindes auf abnehmende Nachfrage und entsprechende personalpolitische Präferenzen der Bauern und Gutsbesitzer zurückging. Vielmehr resultierte sie aus rückläufigem Angebot, aus der abnehmenden Bereitschaft von Söhnen und Töchtern der ländlichen Unterschichten, angesichts sich jetzt bietender attraktiverer Alternativen als Knechte und Mägde auf Höfen und Gütern zu dienen. Attraktiver war es, als Inste oder freier Tagelöhner zu arbeiten oder – besser noch – selbständig zu werden oder doch wenigstens eine gewerbliche Tätigkeit zu übernehmen, wenn möglich in der Stadt. „Nach den in der Enquête [1873] gemachten Angaben sind es besonders die Dienstboten oder überhaupt unverheirathete jugendliche Personen, welche vom Lande nach den Städten ziehen, und zwar scheint dies noch mehr bei dem weiblichen als bei dem männlichen Geschlecht der Fall zu sein. Als Ursachen dieser Erscheinung werden häufig angegeben: die Aussicht auf einen höheren Verdienst, auf ein freieres, ungebundenes, genußreiches Leben und auf eine weniger anstrengende Thätigkeit."[35]

Unter den Bedingungen des wirtschaftlichen Wachstums und des industriellen Aufschwungs, wie sie sich seit Mitte der 50er Jahre durchsetzten, in dem sich von den Städten her verstärkenden Klima zunehmender Erwartungen und wachsender Ansprüche, erst recht in der Phase der beschleunigten Industrialisierung und des überschäumenden Optimismus in den frühen 70er Jahren galten die bescheidenen Sicherheiten auf Zeit, die der Gesindestatus bot, wenig, die ihm eigenen Beschränkungen und Bedrückungen um so mehr. Dazu gehörte sicherlich der hohe Natural-Lohnanteil, der die Freiheit der Knechte und Mägde als Konsumenten beschnitt. Wichtiger noch waren die anderen Beschränkungen der Freiheit, die mit jenem hauswirtschaftlich geprägten Relikt verbunden waren, insbesondere auch der erzwungene Heiratsaufschub, der um so störender wirken mußte, als jetzt in den 60er Jahren die sonstigen Heiratsbeschränkungen für die Unterschichten fielen, wo sie – außerhalb Preußens – noch bestanden hatten.

Vor allem männliches Gesinde war am Anfang der 70er Jahre oft nur noch schwer zu finden; die anziehenden Knechtlöhne spiegeln das. Nach Ableisten ihres Militärdienstes, so berichten die Quellen, kehrten viele junge Männer nicht mehr ins Dorf zurück, wenn dort nur die Stelle eines Knechts oder Gutstagelöhners auf sie wartete. Auf die Frage der Enquête: „Welche Art von männlichen Dienstboten wird gehalten?" lautete 1873 die sarkastische, auf den Sieg von 70/71 anspielende Antwort aus einem Bezirk: „Keine. Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte."[36] Und 1866 bereits schrieb der junge Gustav Schmoller: „Wer sich rühren kann, wer geschickt und anstellig ist, geht in die Stadt, in die Fabrik" und – so muß man für die Mädchen ergänzen – in den häuslichen Dienst beim städtischen Bürgertum.[37] Die zur Prämierung von treuen Dienstboten begründeten „Dienstboten-Belohnungsvereine"[38] seien zur Erfolglosigkeit verurteilt: „Nach 10jährigem ausgezeichneten Dienst eine Bibel und zehn Thaler zu bekommen, kann keinen großen Reiz haben. So viel mehr verdient ein guter Arbeiter im ersten Jahr, wenn er in eine Fabrik geht." Vielmehr,

so meinte Schmoller, solle man das Züchtigungsrecht abschaffen, wo es noch bestehe; man höre auf, die Dienstboten mit „du" anzureden und mute ihnen keine Arbeitszeit von drei Uhr früh bis neun Uhr abends zu, „wenn die Arbeitszeit anderer Arbeiter soviel kürzer ist". „Man gebe gute Kost, gute Behandlung und setze klar die Gegenleistung fest; [...] ebenso führe man möglichst feste Arbeitszeit ein und bezahle das Plus besonders." – „Mit dem Tage, wo wir Landwirthe wohl oder übel unsern Leuten ein ebenso angenehmes Leben werden bieten können, wie die Besitzer großer Fabriketablissements, werden die Klagen über schlechte Dienstboten [...] verstummen", schrieb der Vorstand eines landwirtschaftlichen Vereins. Und ein sächsischer Beamter: „das Selbstgefühl der Dienstboten hat sich gesteigert, sie sind nicht schlechter, sie sind besser geworden im Laufe der letzten Jahre; sie fallen weniger dem Trunk anheim, der Stand ist gewiß sittlich gehoben; allein sicher sind sie nicht disciplinirter, gefügiger in die nothwendige Ordnung des Dienstes geworden."[39] Von zunehmenden Spannungen und schnellerem Stellungswechsel wird berichtet. Kontraktbrüche häuften sich, jedenfalls in der Provinz Sachsen, vielfach gefördert von Arbeitskräfte suchenden Arbeitgebern, die kontraktbrüchiges Gesinde als freie Arbeiter weiterbeschäftigten.[39a]

d) Verschiedene Konsequenzen im bäuerlichen, kleinbäuerlichen und gutswirtschaftlichen Bereich

Die Industrialisierung als Herausforderung, die Stadt als Lockung, die Fabrik als Modell – große Teile der ländlichen Unterschicht scheinen die neue Zeit nicht als hereinbrechendes Unheil und Verlust, sondern als Chance der Befreiung aus einer gedrückten, beengten, ungeliebten Situation begriffen zu haben. Diese Herausforderungen und Lockungen wirkten am deutlichsten in der Nähe der expandierenden industriellen Städte,[40] weniger auf dem gewerblich unterentwikkelten platten Land, stärker in Sachsen und in der Rheinprovinz, weniger in Bayern und Pommern, aber prinzipiell doch überall. Das Gesinde allerdings veränderte und verringerte sich sehr ungleichmäßig in den verschiedenen Regionen. Dies weist darauf hin, daß nicht nur Kräfte von außen (von der Stadt und der Industrialisierung), sondern auch regional differierende Bedingungen in der Landwirtschaft selbst das Gesindeverhältnis beeinflußten.

Dieses veränderte sich am wenigsten dort, wo Haus und Betrieb tatsächlich aufs engste verknüpft waren, in den bäuerlichen Bereichen, in denen der mittlere oder größere Familienbetrieb vorherrschte: im nordwestlichen Deutschland vor allem (etwa Oldenburg, Hannover, Braunschweig, Waldeck, im westlichen Schleswig-Holstein und in großen Teilen Westfalens), im Königreich Bayern, in Teilen Sachsens und inselweise auch anderswo. Auch in diesen Bereichen gab es zwar zunehmend Sorgen um die Sicherung des Gesindebedarfs, auch hier wehrten sich Dienstherrschaften gegen häufiges Entlaufen und rasche Fluktuation mit Gesindebüchern, Treueprämien und polizeilichen Mitteln. Die überlokale „Ver-

marktung" des Gesindes nahm überall zu: neben den sich weiterhin haltenden „Gesindemärkten", auf denen zu bestimmten Terminen stellungsuchende Knechte und Knechte suchende Bauern persönlich zusammenkamen und ihre Wahl trafen, kamen verstärkt Agenten und Gesindevermittlungen in Mode, die Knechte und Mägde überregional vermittelten; die Fluktuation und vor allem auch die Distanzen, über die hin Gesinde rekrutiert wurde, nahmen zu. Die Ansprüche wuchsen, die Löhne stiegen, auch im bäuerlichen Bereich lockerte sich das Verhältnis von Herrschaft und Gesinde mit dem verstärkten Eindringen der Geldwirtschaft. So entstanden in größeren Bauernhöfen gesonderte Gesindestuben; es scheint, als ob sich die Frauen der Bauernfamilien und die Mägde um 1875 seltener in den Spinnstuben zusammensetzten als 1800; separate Mägdespinten entwickelten sich etwa in der Oberlausitz. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es in Westfalen häufiger vor, daß sich Bauern und Bauersfrauen vom Gesinde mit „Sie", „Herr" und „Frau" anreden ließen, während man sich früher geduzt hatte. Bürgerliche Vorstellungen über Familienleben und Lebensart machten sich bemerkbar und förderten die Distanzierung.[41]

Aber in den mittelbäuerlichen Gebieten blieb das Gesinde bei weitem die zahlreichste Kategorie landwirtschaftlicher Arbeitskräfte; nur ganz langsam nahm es ab, und wohl kaum vor den 1850er Jahren.[42] Die Bauern verdienten genug, um die steigenden Ansprüche der Knechte und Mägde zu befriedigen. Andererseits rechneten sie nicht so scharf wie mancher Gutsbesitzer im Osten, der dabei entdecken mochte, daß er sich mit Saisonarbeitern besser stand als mit dem ganzjährig durchzuhaltenden Gesinde. Wie Tabelle 25 zeigt, lag in den mittel- und großbäuerlichen Gebieten, etwa in Westfalen und Oldenburg, auch noch 1882 der Gesindeanteil sehr hoch, der Anteil besitzloser Lohnarbeiter dagegen sehr niedrig. Der enge soziale Kontakt zwischen der Bauernfamilie und ihrem pro Haushalt wenig zahlreichen Gesinde überdauerte, der gemeinsame Essenstisch blieb zumeist noch erhalten; nach Arbeits- und Lebenserfahrung, Lebensstandard und Brauchtum unterschieden sich Herrschaft und Gesinde weiterhin wenig. Als man in Preußen, vor allem auf Druck der agrarischen Großunternehmer, 1854 das Kontraktbruchgesetz verschärfte und überdies auf andere Kategorien landwirtschaftlicher Arbeiter ausdehnte, fand diese Maßnahme im westfälischen Provinziallandtag nur eine schwache Mehrheit. Die Kritiker dieser spezifisch preußischen Innovation meinten, ein solches Gesetz sei in Westfalen sowohl unnötig als auch schädlich: „Unser Bauer kennt nicht die Bestimmungen der Gesindeordnung, aber trotzdem gibt ihm seine natürliche Stellung, die er im Hause einnimmt, vollständige Gewalt, nicht nur die übrigen Hausgenossen, sondern auch das Gesinde in Zucht und Zügel zu halten. Das Geheimnis dieser persönlichen Gewalt beruht aber lediglich darin, daß sich der Dienstbote als Glied der Familie fühlt, daß er teilnimmt an derselben Mahlzeit, an derselben gemeinschaftlichen Hausandacht, daß er Platz hat, wie die übrigen Mitglieder der Familie, an demselben Herde." Dies war sicher nicht frei von ideologischer Stilisierung, aber das Ziel der Argumentation beweist ihre Ernsthaftigkeit. Und man fügte hinzu, in Westfalen bestehe die Gewohnheit, daß „jeder tüchtige Landwirt, Gutsbesitzer oder sonstige Einwohner seine Kinder, Knaben oder

Mädchen, bei Andern verdingt, vermietet, um sie Erfahrungen sammeln und sie in guten Wirtschaften den Wirtschaftsbetrieb erlernen zu lassen."[43]

Starke Auflösungserscheinungen kennzeichneten dagegen das Gesindeverhältnis dort, wo die Einheit von Haus und Betrieb durch zunehmende Zerstückelung unterlaufen wurde und gleichzeitig die Kommerzialisierung – dank dezentralisierter Gewerbe, dichter Besiedelung und zahlreicher, naher Städte – Fortschritte machte: in den vorwiegend klein- und kleinstbäuerlichen Gebieten des Westens und Südwestens, im Rheinland, in Baden und Württemberg, in Hessen und Minden-Ravensberg, in den südlichen Teilen Sachsens und Schlesiens.[44] Hier waren die Wirtschaften sehr früh zu klein, um die Familie, geschweige denn ganzjähriges Gesinde, zu beschäftigen und zu ernähren. Hier gab es schon immer relativ wenig Knechte und Mägde. Nur saisonweise benötigte man familienfremde Arbeitskraft. Schon im 18. Jahrhundert kannte man in Hessen halbjährliche Gesindeverträge für Beschäftigung vom Frühjahr bis Herbst.[45] Im kleinbäuerlichen Weinbaudistrikt bei Koblenz gab es sehr wenige Dienstboten um 1848 (kaum 1 % der Bevölkerung), oft waren es Söhne und Töchter bemittelter Winzer, die neben voller Kost und Nahrung 20–35 Taler (Knechte), 11–14 Taler (Mägde), Kleidung und einen Taler „Treuegeld" bekamen, wenn sie zum jährlichen Kündigungstermin der – hier nicht automatischen – Kündigung zustimmten. Daneben aber gab es „Knechte für ein halbes Jahr, indem zwei ziemlich begüterte Winzer, von denen aber keiner einen Knecht das ganze Jahr hindurch beschäftigen kann, zusammen einen Knecht auf die halbe Zeit dingen. Außerdem giebt es noch Winterknechte, welche für die Anlage neuer Weinberge etc. für die Dauer eines Winters in Dienst genommen werden. Endlich finden für die Zeit der Weinlese eine große Zahl fremder Arbeiter Beschäftigung – Männer und starke Burschen als Träger zu 8 Sgr., Knaben, Mädchen und Frauen für 4 Gr. täglichen Lohn, Wohnung und Essen, so wie einige Pfund Trauben zur Mitnahme in die Heimath. Von Dienstleuten, welche ohne Grundeigenthum ausschließlich einer Gutsherrschaft zur Verfügung stehen, weiß man auf dem linken Rheinufer nichts."[46] Und auch andernorts wurde es bis 1875 üblich, die Laufzeit von Gesindeverträgen zu kürzen und zum Monats- bzw. Wochenlohn überzugehen. Das folgte aus den Bedürfnissen der Kleinbetriebe, es kam aber auch der Tatsache entgegen, „daß die Glieder der ländlichen Arbeiterklasse heutzutage sich nur ungern dem Gesindedienst widmen; sie scheuen die Gebundenheit und stete Beaufsichtigung bei demselben. Deshalb wird vielfach ein wöchentlich oder monatlich kündbares Verhältnis einer auf Jahresfrist eingegangenen Verbindlichkeit vorgezogen."[47]

In den klein- und kleinstbäuerlichen Gebieten mit Erbteilungsrecht nahm die Zersplitterung der Besitzverhältnisse nach den Reformen noch zu;[48] die Neigung der Besitzer zur schärferen Kalkulation dürfte mit ihrer starken Einbindung in den Markt und mit den steigenden Löhnen für familienfremde Arbeitskräfte gewachsen sein. Die Kurzfristigkeit der Verdingungen prägte sich stärker aus. Aber eben dies zerstörte das herkömmliche Gesindeverhältnis. „[...]Das Gesinde wird zum Arbeiter, der gegen Kost und Wochenlohn seinen Dienst leistet und ohne Kündigung seine Stelle jederzeit wechseln kann."[49]

Häufig aber wurde der Knecht zu einem Arbeiter, der gleichzeitig seine eigene Kleinstelle erwarb oder pachtete, was in jenen Teilungsgebieten leicht möglich war: die Erträge aus dieser eigenen Stelle ergänzte er durch ganz temporäre landwirtschaftliche Lohnarbeit zur Erntezeit oder durch gewerbliche Teilarbeit der verschiedenen Art. Er wurde zum Kleinbauern oder Tagelöhner mit selbständiger Kleinstlandwirtschaft. Während das Gesinde abnahm, bildete sich hier deshalb eine separate Lohnarbeiterschicht nur in sehr begrenztem Ausmaß heraus. In Tabelle 25 repräsentieren die preußische Rheinprovinz, Hessen-Nassau, Baden und Württemberg diesen Typus ländlicher Besitzverhältnisse, obwohl in diesen drei Regionen auch andere Besitzverhältnisse nicht fehlten[50] und der Trend deshalb zahlenmäßig nicht rein in Erscheinung tritt. Immerhin sieht man das Wesentliche: den sehr hohen Arbeitsbeitrag der Familienmitglieder selbst, vergleichsweise wenig Gesinde und vergleichsweise wenig Tagelöhner ohne Besitz.

Wieder anders verlief die Entwicklung in den großbetrieblich-gutswirtschaftlichen Gebieten, die im Nordosten und Osten dominierten, aber inselartig auch anderswo zu finden waren: um Magdeburg z. B., bei Weimar, östlich von Paderborn, oder im Fürstentum Lippe. Als mit den Agrarreformen den Gütern der Gesindezwangsdienst verlorenging und die Frondienste der nun nicht mehr erbuntertänigen Bauern zwar nicht schlagartig, aber doch schrittweise abgebaut wurden,[51] als sich die Nutzfläche der Gutswirtschaften durch die Übernahme von Bauernland, die Angliederung von Gemeindeland und die Erschließung neuer Böden vergrößerte und zugleich die Arbeitsintensität aufgrund neuer Anbaumethoden und -schwerpunkte wuchs, deckten die Gutsunternehmer ihren drückenden Arbeitskräftebedarf zunächst durch vermehrte Einstellung von Gesinde (daneben durch Ansetzung von „Gutstagelöhnern" – dazu im nächsten Abschnitt). Durch die Gesindeordnung gebundenes Personal trat teilweise an die Stelle feudal gebundener Untertanenarbeit. Nach dem Einbruch der 1820er Jahre nahm die Zahl des Gesindes auf den Gütern zu, wenn auch langsamer als andere Kategorien landwirtschaftlicher Arbeiter.[52] Um 1860 stellte das landwirtschaftliche Gesinde in den vorwiegend gutsherrschaftlichen Bezirken Ostelbiens einen etwa gleich großen Anteil an der gesamten Bevölkerung wie in dem mittelbäuerlich-großbäuerlich strukturierten Regierungsbezirk Münster.[53] Das landwirtschaftliche Gesinde war hier im Osten noch immer die größte Kategorie landwirtschaftlicher Arbeiter, vor den kontraktlich gebundenen und den besitzlosen freien Tagelöhnern.[54] Erst in den 60er und 70er Jahren setzte ein deutlicher Prozeß der Verschiebung vom Gesinde zu den Tagelöhnern ein. 1882 verhielt sich die Zahl der landwirtschaftlichen Tagelöhner mit und ohne kontraktliche Bindung zum gesamten Gesinde (einschließlich des häuslichen) in den östlichen Gebieten etwa wie 2:1.[55]

Sicherlich waren die Kräfte des Wandels und die Infragestellungen des Gesindeverhältnisses in den großbetrieblich-gutswirtschaftlichen Gebieten auch schon vor 1860 sehr stark gewesen. Anders als der typische bäuerliche Hof als Familienbetrieb unter konservativer Leitung wechselte das typische, zunehmend nach kapitalistischen Grundsätzen geleitete Gut häufig den Besitzer: als verschuldetes

Opfer der Agrardepression in den 20er oder späten 70er Jahren oder als Ware mit steigendem Wert und Gegenstand der Spekulation im landwirtschaftlichen Aufschwung seit den 30er Jahren bis 1873. Im Laufe einer Generation (1835–1864) sollen auf 100 Rittergütern in Schlesien 229 Veränderungen erfolgt sein, in Posen 221, in Pommern 204, in der Neu- und Kurmark 202 bzw. 151. Das entsprach einer durchschnittlichen Besitzdauer von nur 14–15 Jahren.[56] Angesichts rapide steigender Preise sollen einzelne Güter in fünf Jahren drei- bis viermal den Besitzer gewechselt haben, jedesmals zu einem deutlich höheren Preis. Für das Gesinde bedeutete das: schnell wechselnde Herrschaften, die das Gut als Prestigeobjekt und als Mittel zum Gewinn ansahen und die ihre Personalpolitik entsprechend orientierten: „Der Güterhandel und Güterwucher hat teilweise die ländlichen Dienstboten demoralisiert. Wie das Gut, so galten die Menschen als Ware."[57] Die neuen – immer öfter aus dem Bürgertum stammenden – Gutsherren, Pächter und Verwalter verhielten sich zunehmend marktkonform und profitorientiert. In den Agrardepressionen der 20er und frühen 30er Jahre kam es zu konjunkturbedingten Entlassungen. Um dem Gut Verpflichtungen im Rahmen des Armen- und Gemeinderechts zu ersparen, verhinderten Gutsherren langfristige Dienstverhältnisse. Das Bewußtsein verbreitete sich unter diesen landwirtschaftlichen Unternehmern, „daß die Arbeitskosten einen Teil der Erzeugungskosten ausmachen, weshalb es in unserem gewerblichen Interesse liegt, die Arbeit so wohlfeil als möglich zu erzielen". So sah es ein Teilnehmer einer landwirtschaftlichen Versammlung 1849 in Schlesien. 1848 zitierte der Kammerrat und Herrschaftsbesitzer v. Münchhausen aus der schlesischen Grafschaft Glatz zustimmend das Prinzip der Pariser Kaufleute „laissez-nous faire", und im selben Geist forderte man aus dem pommerschen Köslin, daß „die Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu denjenigen gehören, die der freien Konkurrenz überlassen werden müssen[...]".[58] All dies trug nicht dazu bei, die Legitimität des Gesindewesens bei Knechten und Mägden zu kräftigen. Warum sollten sie nicht auch die Vorteile des sich durchsetzenden Marktprinzips wahrzunehmen versuchen, wenn sie seine Nachteile längst zu spüren bekommen hatten? Der wachsende Bargeld-Anteil an den Löhnen mancher Knechte und Mägde spiegelte deren allmähliche Verselbständigung aus dem Haushalt der Dienstherrschaft und – in manchen Fällen – ihren schrittweisen Übergang in den Status eines Gutsarbeiters oder Deputatisten.[58a]

Im Unterschied zu den dicht gewirkten Herrschafts-Gesinde-Beziehungen auf vielen bäuerlichen Höfen bestand auf vielen Gütern nur noch eine Karikatur des hausgenossenschaftlichen Modells. Aber anders als in den kleinbäuerlichen Gebieten des Westens oder Südwestens wich zumindest auf den Gütern des Ostens das ausgehöhlte Gesindeverhältnis den Kräften des Marktes nicht still und leise. Mit obrigkeitlicher Hilfe, mit Zähnen und Klauen verteidigten hier die landwirtschaftlichen Unternehmer, was davon übriggeblieben war: nämlich seine rechtliche Form, die eben dadurch zum bloßen Disziplinierungsmittel verkam. Das Kontraktbruchverbot, das Recht auf polizeiliche Hilfe bei der Zwangsrückführung entlaufenen Gesindes, die Chance, Verweigerungen der Arbeitnehmer als Ungehorsam von Untertanen zu bestrafen und schließlich die Möglichkeit,

kollektive Forderungen nach verbesserten Arbeitsbedingungen effektiv zu verhindern – diese und andere Aspekte des Gesinderechts zementierten ein eklatantes, arbeitgeberfreundliches Ungleichgewicht. Um seine Sicherung ging es aus der Perspektive der landwirtschaftlichen Unternehmer wie auch darum, daß möglichst viele ihrer Arbeitnehmer als Gesinde in diesem Sinn galten, auch wenn es sich um *verheiratete* Knechte und Mägde handelte, die auf dem Gut, bis zu einem gewissen Grad, ihren eigenen Haushalt hatten, nicht mehr von der Herrschaft verköstigt wurden und wie Tagelöhner landwirtschaftliche Arbeiten auf dem Feld und im Walde taten, also nichts mit herkömmlicher hausnaher Gesindetätigkeit zu tun hatten.[59]

1854 gelang es der Lobby der landwirtschaftlichen Großunternehmer Ostelbiens, in Preußen ein Gesetz durchzusetzen, das die zentralen Bestimmungen der Gesindeordnung verschärfte und sie zugleich auf andere landwirtschaftliche Arbeiter ausweitete. Dies war eine Reaktion auf die fortschreitende Lockerung des Gesindeverhältnisses, die zunehmende Fluktuation und die wachsende Schwierigkeit, die landwirtschaftlichen Arbeiter als Gesinde zu definieren. Die Strafen für Ungehorsam und Entlaufen wurden erhöht. Mit Gefängnis bis zu einem Jahr wurden solche Personen bedroht, „welche die Arbeitgeber oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern verabreden, oder zu einer solchen Verabredung Andere auffordern." Und diese Bestimmungen sollten über Knechte und Mägde hinaus gelten, u.a. für dienstpflichtige Bauern, Gutstagelöhner und Handarbeiter anderer Art.[60]

Das war ein einzigartiger Coup auf dem Höhepunkt der Reaktionszeit: Es war gelungen, den repressiven Kern der Gesindeordnung auch auf solche Arbeitskräfte der Güter auszudehnen, die nicht (mehr) als Gesinde definiert werden konnten, weil sich ihre reale Arbeits- und Lebenswirklichkeit zu weit vom hausherrschaftlich-hauswirtschaftlichen Modell entfernt hatte. Sicher hängt die seit Mitte der 50er Jahre beobachtbare Abnahme des Gesindes auch im gutswirtschaftlichen Osten mit dieser gesetzlichen Neuerung zusammen. Denn ein Hauptmotiv war ja nun entfallen, die eigenen „Leute" in den unpopulären Gesindestatus zu pressen. Ohnehin sprach auch in den Augen des Arbeitgebers manches dafür, Tagelöhner zu bevorzugen. Denn sie konnte er im Akkord bezahlen und saisonweise beschäftigen. Die privatwirtschaftlich längst sinnvolle, aber bisher aus Disziplinierungsmotiven und Konfliktgründen zurückgedämmte Umwandlung von Gesindestellen in Insten- und vor allem in freie Tagelöhnerstellen beschleunigte sich.

3. Zwischen Untertänigkeit und Lohnarbeit: Kontraktgebundene Tagelöhner

a) Insten – Deputatsarbeiter – Gutsarbeiter

Vor allem in den kleinbäuerlichen Regionen und verspätet im gutswirtschaftlichen Bereich, viel weniger auf den Höfen der mittleren und größeren Bauern nahm der Anteil des Gesindes an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte seit den 50er Jahren ab. Dies wurde in den letzten Abschnitten gezeigt. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und noch um 1860 stellte das Gesinde die Mehrheit der familienfremden landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, am Ende der 70er Jahre dagegen nur noch eine große Minderheit. In dem Maß, in dem das Gesinde zurückfiel, rückten die landwirtschaftlichen Tagelöhner vor – deutliches Indiz für die Tatsache, daß kapitalistische Strukturprinzipien auch für die Organisation der landwirtschaftlichen Arbeit schrittweise an Bedeutung gewannen. Aber „Tagelöhner" in der Landwirtschaft, das bedeutete sehr Verschiedenes, je nach Region und Agrarverfassungstyp. Und in der großen Mehrzahl der Fälle blieb die Realität des landwirtschaftlichen Tagelöhners noch deutlich vom Typus des freien Lohnarbeiters unterschieden.

Das galt insbesondere für die kontraktlich gebundenen Gutstagelöhner, die vornehmlich in Ostelbien auftraten und dort im ganzen Untersuchungszeitraum die „freien Tagelöhner" an Zahl übertrafen.[61] Ihre Bezeichnung variierte je nach Region: Dienstleute, Insten, Instleute, Hoftagelöhner, Gärtner, Dienstgärtner, Laßgärtner, Dreschgärtner, Arröder, Komorniks (in Posen) etc. Anders als beim Gesinde handelte es sich bei diesen Dienstleuten durchweg um Familien, die häufig selbst Gesinde („Scharwerker", „Hofgänger") hielten. Ein mecklenburgisches Gut von 500 ha mochte etwa 20 solcher Instenfamilien „angesetzt" haben, ein schleswig-holsteinischer Hofbesitzer (Hufner) vielleicht zwei oder eine.[62]

Vereinzelt gab es – nicht erbuntertänige, kontraktlich gebundene – Insten schon im 18. Jahrhundert. Doch im wesentlichen entstand die Kategorie im Anschluß an die Reformen – nach der Aufhebung der Erbuntertänigkeit und im Zuge der oft sehr langwierigen Ablösung der Zwangsdienste – aus bis dahin erbuntertänigen, zu Frondiensten verpflichteten Kleinbauern, deren Stelle zu klein und deren Besitzrechte zu schlecht waren, als daß sie „reguliert" worden wären, d. h. gegen Abtretung eines Teils der Stelle oder gegen Zahlung einer größeren Entschädigungssumme zum Volleigentümer ihres bisher nur als Teileigentum besessenen Grund und Bodens geworden wären.[63] Die Kategorie füllte sich weiterhin aus anderen Landlosen und Landarmen auf, aus nichterbenden Kindern von Bauernfamilien sowie aus heiratenden Knechten und Mägden.[64]

Im einzelnen unterschieden sich die Kontrakte zwischen Gutsherrn und Gutstagelöhnern, aber im wesentlichen handelte es sich um jährlich oder halbjährlich

kündbare Verträge, gemäß denen die Gutstagelöhner (Insten) verpflichtet waren, täglich – meist ganztägig – auf dem Gut Arbeit zu leisten, zu diesem Zweck auch noch eine weitere Arbeitskraft (Scharwerker, Hofgänger) zu stellen und auf Verlangen die Ehefrau als dritte Arbeitskraft mitzubringen.[65] Im Sommer wurden die Insten zu den verschiedensten Arbeiten auf Hof und Feld verwandt, im Winter vor allem zum Getreidedreschen, das ohne Maschinen oft mehr als sechs Monate in Anspruch nahm. Insgesamt setzte sich das jährliche Einkommen einer Instenfamilie aus folgenden Bestandteilen zusammen: a) aus einem deutlich unter den ortsüblichen Sätzen für freie Arbeiter liegenden Geld-Tagelohn, abgestuft für den Insten und jede andere mitgebrachte Arbeitskraft; b) aus etwa 1/3 bis 3 Morgen Land auf dem Gut zur selbständigen Bestellung – z.T. mit den Pferden und Geräten der Herrschaft – und mit dem Recht zur freien Verwertung des Ertrags zur eigenen Verköstigung wie auch zum Verkauf; c) aus möblierter Unterkunft auf dem Gut, meist in Form einer separaten Kate, sowie aus Brennstoff und Futter zumindest für eine Kuh und freier ärztlicher Verpflegung; d) einem Anteil (11.–25. Teil) des von ihr auszudreschenden Getreides, d.h. dem größtenteils natural gezahlten Drescherlohn.[66]

Als Empfänger von Tagelohn waren die Gutstagelöhner Lohnarbeiter, in anderer Hinsicht nicht: Durch den Drescherlohn, der in den 70er Jahren ungefähr ein Drittel des jährlichen Gesamteinkommens einer Instenfamilie ausmachte und durchweg die Tagelohn-Jahressumme überstieg, war die Instenfamilie am Ertrag des Gutes beteiligt; ihr Einkommen schwankte sehr deutlich mit dem Ernteerfolg und dem Marktpreis des Getreides. Das begründete eine partielle Interessenübereinstimmung zwischen dem Gutsbesitzer und dieser Kategorie von gebundenen Arbeitern.[67] Zumindest in guten Jahren konnte die Instenfamilie etwas von ihrem Getreideanteil verkaufen, und auch ein Teil ihres Kleinviehs war für den Markt bestimmt; möglichst hohe Getreide- und Viehpreise wünschte sich also der Inste, und er beobachtete den Markt; sein Vieh war nicht nur sein Stolz, sondern auch eine wichtige Einnahme.[67a] Umgekehrt erhielt er ja die sonstige Kost und die Rohstoffe größtenteils von seinem Herrn; als Käufer und Konsument hing er vom Warenmarkt deshalb nur wenig ab. Ohnehin bestand der Lohn nur zum kleineren Teil aus Geld, doch der Geldanteil an seinem Lohn wuchs mit der Zeit und nahm von Osten nach Westen zu: Er betrug Anfang der 70er Jahre etwa 14% in Ostpreußen, 20% in Pommern, 28% in Brandenburg und 45% in Schleswig-Holstein, während er in den stärker kommerzialisierten Regionen Schlesien und Sachsen bereits 50% deutlich überstieg.[68]

Um so abhängiger war der Inste von seinem Arbeitgeber, sprich: seinem Herrn, der ihn bei der Zuteilung von Wohnung und Arbeit, Kost und Naturalien ohne Vertragsverletzung stark benachteiligen oder begünstigen konnte und der über ihn fast all die Gewalt besaß, die wir weiter vorn am Beispiel des Gutsgesindes kennengelernt haben.[69] Aber auch hier ist eine Einschränkung nötig: so abhängig und subaltern der Gutstagelöhner auch war, so hatte er selbst doch auch jemandem zu befehlen, dem Scharwerker, den er vertragsgemäß zu besorgen hatte – oft seine eigenen Kinder, oft andere Halbwüchsige oder auch Greise, Krüppel und Randexistenzen anderer Art, die als Gesinde der Insten in den

meist armseligen Katen mit untergebracht waren, fast durchweg ohne separaten Raum: eine „halboffene Familienstruktur" auf dem Lande.[70] Und so verteilten sich die Einnahmen einer vollbeschäftigten Gutstagelöhnerfamilie mit zwei bis drei kleinen Kindern im ostpreußischen Kreis Gerdauen (Regierungsbezirk Königsberg) 1872, aus Arbeitgeberperspektive:

		Mark
I.	Geldlohn (pro Jahr):	
	1. Tagelohn für die Sommerarbeit des Mannes und des Scharwerkers	36
	2. Tagelohn der Frau im Sommer	30
	3. Tagelohn des Mannes und des Scharwerkers im Winter an Tagen, an denen nicht gedroschen wurde	24
	Geldlohn insgesamt	90
II.	Naturallohn (pro Jahr):	
	1. Wohnung	60
	2. Brennholz	42
	3. Gedüngtes und bearbeitetes Kartoffelland (1 Morgen)	36
	4. Gedüngtes und bearbeitetes Leinland (1/6 Morgen)	6
	5. Weide und Winterfutter für die Kuh, 2 Schweine und 2 alte Gänse nebst deren Junge	99
	6. Getreide (im Sommer vom Gutsherrn zu liefern)	78
	7. 54 Scheffel Getreide Drescherlohn	243
	8. Abfallgetreide beim Dreschen	6
	9. Ärztliche Behandlung und Medizin	9
	Naturallohn insgesamt	579
III.	Ertrag aus der eigenen Benutzung und weiteren Verarbeitung der erhaltenen Naturalien (pro Jahr):	
	1. Ertrag aus der Nutzung des Kartoffellandes	39
	2. Ertrag aus der Nutzung des Leinlandes	30
	3. Wert der in der Winterarbeit der Frau gesponnenen und gewebten Stücke	30
	4. Ertrag aus der Schweinenutzung	45
	5. Ertrag aus der Gänse- und Hühnerhaltung	36
	Erträge insgesamt	180
	Insgesamt	849

Sicherlich konnte die Familie einen Teil der Naturalien, vor allem einen Teil des Getreides, verkaufen, an der Gesamtsumme der Einnahmen änderte sich dadurch vermutlich nicht viel. Ob kleine Zusatzeinnahmen durch Arbeit der Kinder hinzu kamen, ist unbekannt. Dieselbe Quelle nennt als Minimum-Bedarf einer fünfköpfigen Familie in Ostpreußen um 1872/73, von Kreis zu Kreis variierend und offensichtlich sehr unsicher geschätzt, 540 bis 900 Mark. Die Ausgabenseite dieser Modell- und Haushaltsrechnung führt Gesamtausgaben von 826,30 Mark auf. Davon entfallen 483,50 Mark auf Nahrung, 120 Mark auf Klei-

dung; die Wohnung erscheint auch auf der Ausgabenseite mit 60 Mark, für Heizung und Beleuchtung (Holz, Petroleum) werden 45,50 Mark eingesetzt, auf Seife und Tran zum Stiefelschmieren entfallen fast 15 Mark, zur Unterhaltung des Küchengeschirrs, des Mobiliars und des Handwerkszeugs werden 22,50 Mark für nötig gehalten, 9 Mark (wirklich?) erhalten Arzt und Apotheke. Der Scharwerker bekommt 60 Mark bar (neben der Verköstigung), die Abgaben an Staat und Kirche werden mit 6 Mark, das Schulgeld mit 3 Mark beziffert. „Die gemachten Angaben wurden auf Grund eigener Aussagen von Arbeitern durch den Generalreferenten der Enquête in Gemeinschaft mit einer Anzahl im Kreise Gerdauen angesessener Gutsbesitzer festgestellt und sind deshalb als durchaus zuverlässig zu betrachten", meint von der Goltz. Daß die Ausgaben immer so hübsch unter den Einnahmen lagen, ist unwahrscheinlich. Aber die Größenordnungen dürften richtig angegeben sein.[71]

Faktisch unterschied sich das Instenverhältnis nicht allzusehr vom alten Feudalverhältnis zwischen Gutsherrschaft und erbuntertänigen, dienstpflichtigen (Klein)-Bauern vor der Reform,[71a] wenn die rechtlichen Bedingungen auch anders geworden waren – beidseitige Kündbarkeit! – und das Element des äquivalenten Tausches von Arbeit gegen Lohn ebenso hinzugekommen war wie die Ertrags- und Gewinnbeteiligung – beides wichtige Konzessionen an das aufsteigende Marktprinzip. Diese merkwürdige Mixtur aus Lohnarbeit und Gesindestatus, Kleinbauernexistenz und Untertänigkeit, Kapitalismus und Feudalismus hatte für beide Seiten gewisse Vorteile: Dem Gutsbesitzer garantierte sie Berechenbarkeit und Stetigkeit beim Einsatz der Arbeitskräfte und ein fügsames Arbeitspotential, das sich in Grenzen als elastisch erwies. Denn bei Spitzenbedarf konnten innerhalb der Instenfamilie Arbeitskraftressourcen – Frau und Kinder! – mobilisiert werden, die außerhalb der Stoßzeit nicht voll zu entlohnen waren. Vor allem auf unterentwickeltem Arbeitsmarkt und solange die anfallende Arbeit im Wechsel von Feldarbeit und Dreschen einigermaßen aufs Jahr verteilt werden konnte, enthielt diese vergleichsweise langfristige Bindung und Alimentierung von Arbeitskräften Vorteile für den landwirtschaftlichen Arbeitgeber.[71b]

Die Insten lebten meist dürftig und in bemerkenswerter Unfreiheit, die sich zur faktischen (wenn auch nicht rechtlichen) Schollengebundenheit steigern konnte, wenn sie sich von ihrer Dienstherrschaft Vorschüsse geben ließen und sich bei ihr langfristig verschuldeten. Die Arbeitszeit war lang und faktisch ungemessen, Sonntagsarbeit nicht selten. Der ganztägige, wochenlange Dienst auf dem Gut und die Bearbeitung des eigenen Haushalts und Feldes, vor allem am Sonntag wie in der Zeit vor und nach Sonnenuntergang,[71c] bedeuteten doppelte Belastung, besonders für die oft überanstrengte Frau, vor allem im Sommer. Unterwerfung wurde täglich gefordert, das Leben war fremdbestimmt und eng. Eine Tradition der Untertänigkeit setzte sich fort.[72]

Eine mißratene Kartoffel- oder Getreideernte, eine längere Krankheit des Insten oder seiner für das Wohlergehen der Familie entscheidenden Frau, eine sehr große Kinderzahl – all das drückte sie schnell unter die Armutschwelle. Im Vormärz trugen sie, insbesondere in Schlesien und Posen, ihren Anteil an der

allgemeinen Not. Angesichts des Überangebots an stellungsuchenden Familien fiel es in den 20er, 30er und 40er Jahren nicht schwer, zu *den* Insten zu gehören, „welche wegen Faulheit und Nichtsnutzigkeit der Weiber", „infolge eigener Trunksucht oder wegen zu zahlreicher Familie" „oder wegen Untreue aus dem Dienst entlassen werden und keinen neuen wieder vorfinden."[73] Besonders wenn sie älter wurden, fiel es ihnen oft nicht leicht, ihre Stelle zu halten oder eine entsprechende neu zu finden. Denn in Preußen waren die meisten Gutsbezirke zugleich Gemeinden im Sinne des Armenrechts, und spätestens seit 1842 waren die Gemeinden verpflichtet, Personen, die keine Arbeit fanden, arbeitsunfähig waren und nicht anderweitig ernährt wurden, zu unterstützen, sofern sie seit drei Jahren (ab 1871: seit zwei Jahren) ihren „gewöhnlichen Aufenthalt" am Ort gehabt hatten, auch wenn sie woanders her stammten, nicht ausdrücklich als Gemeindemitglieder aufgenommen worden waren und keine Steuern gezahlt hatten. Der Gutsherr mußte also erwarten, daß länger ansässige Insten, sobald sie älter und unterstützungsbedürftig wurden, ihm zwar nicht als Dienstherrn und Arbeitgeber, wohl aber als Gemeindevorsteher zur Last fallen würden. „Manche nehmen[...] keinen Instmann zu sich, welcher das fünfzigste Lebensjahr überschritten hat, andere kündigen wieder jedem, welcher bis zu diesem Alter gelangt ist." Der altersbedingte Abstieg zum freien, besitzlosen Tagelöhner und Einlieger in einem aufnahmebereiten Dorf war dann die noch vergleichsweise harmloseste Folge. – Oder die Gutsherren gestatteten zuziehenden Instleuten nicht, ihre etwa noch lebenden Eltern – voraussichtliche Unterstützungsfälle – mitzubringen. „Die gesetzlich gültige Art der Armenversorgung ruft einen beständigen Kampf zwischen den Dienstleuten und den Gutsherren hervor."[74] Letztlich lag dem die Identität von Gutsherrschaft und Gemeinde, von gutsherrlicher Privatkasse und öffentlicher Armenkasse zugrunde – Ausdruck der unvollendeten Reform, Rudiment des Ancien régime, dessen Dysfunktionalität unter den sich ändernden Umständen wuchs.[75]

Dennoch muß die Situation des Insten dem Gesinde oftmals erstrebenswert erschienen sein: Sie erlaubte die frühe Heirat, ja forderte sie; die Familie gehörte dazu. Mit der „eigenen" Kate gewährte sie mehr separate Eigenständigkeit als der Gesindestatus. Heiratendes Gutsgesinde rückte oft in den Status von Insten ein, besonders nach 1854, als die Insten in Preußen genauso dem Kontraktbruchgesetz und dem Koalitionsverbot unterstanden wie das Gesinde auch.[75a] Und was wohl vor allem zählte: Die Insten gehörten trotz aller Enge und Dürftigkeit ihres Lebens nicht zu den Allerärmsten. Die gesamtpreußische Enquête von 1849 ergab, daß sich die Insten und anderen Gutstagelöhner besser standen als die Häusler einerseits, die meist noch „dürftiger" und „haltungsloser" lebenden Einlieger und besitzlosen Landarbeiter andererseits. Dies galt für alle Provinzen, bis auf Westfalen und die Rheinprovinz, wo die Insten so gut wie ganz fehlten. Zwischen 1849 und 1873 wuchs das (geschätzte) durchschnittliche Jahreseinkommen einer Gutstagelöhnerfamilie in Ostpreußen von 300–360 auf 600–840 Mark, in Brandenburg von ca. 300 auf 600–900 Mark und in der Provinz Sachsen von 375–510 auf 600–900 Mark, so daß trotz der großen Preissteigerung jenes inflationären Vierteljahrhunderts unterm Strich ein wenn auch sehr bescheidener Zuge-

winn an realem Einkommen zu verzeichnen war. 1872 schrieb von der Goltz, die materielle Lage der Insten sei im ganzen Deutschen Reich so, „daß der Arbeiter mit seiner Familie ein gesichertes, wenn auch öfter dürftiges, Auskommen hat, vorausgesetzt daß nicht ungewöhnliche und verhängnißvoll wirkende Umstände eintreten." Noch 1873 rangierte das Jahreseinkommen der kontraktlich gebundenen Tagelöhner, vor allem Insten, in den östlichen Teilen Deutschlands vor dem der „freien Tagelöhner mit Grundbesitz" (Häusler etc.) und dem der „freien Tagelöhner ohne Grundbesitz", während sich dieses Verhältnis im nordwestlichen und mittleren Deutschland umgekehrt darstellte und weiterhin im Westen und Südwesten kontraktlich gebundene Tagelöhner ganz fehlten. Die Mischung zwischen Ertragsbeteiligung, Eigenproduktion – auch zum Verkauf – und langfristiger Absicherung durch den Vertrag hatte ihre materiellen Vorzüge, wenn sie auch durch bemerkenswerte Freiheitsbeschränkungen erkauft werden mußte.[76]

Doch unter sich wandelnden Bedingungen trug das System die Keime seiner Auflösung in sich. *Einerseits* streifte wohl eine Minderheit von Insten die „Schlaffheit", „Gleichgültigkeit" und „Indolenz" etwas ab, die ihnen von zeitgenössischen Beobachtern immer wieder vorgeworfen wurden. Wenn auch längst nicht so intensiv wie das besonders mobile unverheiratete Gesinde, nahmen junge Instenfamilien an der Abwanderung in die Städte und über den Ozean teil. In den USA, so lautete eine zeitgenössische Begründung, könnten sie sich den Wunsch nach der eigenen Scholle und der damit verbundenen Unabhängigkeit erfüllen, der zwar unter den kleinbäuerlichen Besitzverhältnissen in West- und Südwestdeutschland, nicht aber in der nordostdeutschen Gutswirtschaft realisierbar sei. Die allgemeine Steigerung der Ansprüche gehe an den Insten nicht spurlos vorbei. Sie seien beeinflußt durch die Städte, den Militärdienst, die Fabrikarbeiter. In dem neuen Anspruch, mit „Ihr" oder „Sie" statt mit „du" oder „er" angeredet zu werden, spiegele sich neues Selbstbewußtsein wider.[77] *Andererseits* begann es, in den 60er Jahren an Scharwerkern zu fehlen. Wenn jemand schon Diener werden sollte, dann nicht als Diener von Dienern, in engen, armseligen Katen, sondern als Diener eines Herrn und möglichst in der Stadt. Der Mangel an Scharwerkern untergrub auf lange Sicht das Instenverhältnis. Noch wichtiger aber war *schließlich*, daß die Gutsbesitzer zwar zunehmend über Leutemangel klagten, aber damit zunächst den Mangel an Gesinde, dann zunehmend an freien, saisonal einsetzbaren Tagelöhnern meinten, während sie vor der langfristig wirksamen Ansetzung weiterer Instenfamilien zurückschreckten. Dies aus der Einsicht, daß die Bezahlung und Verköstigung einer Instenfamilie übers ganze Jahr, also einschließlich der winterlichen Phasen partieller Unterbeschäftigung, dem Gut vergleichsweise teuer kamen und daß man wirtschaftlicher fuhr, wenn man einen großen Teil der nur stoßweise anfallenden Arbeiten durch freie Tagelöhner oder Wanderarbeiter erledigen ließ, selbst wenn die einen höheren Stundenlohn verlangten – vorausgesetzt, man konnte sie anwerben.[78]

Warum setzte sich diese Einsicht bei den Arbeitgebern erst jetzt, in den 1860er und 70er Jahren, durch? *Zum einen* lernten die Gutsunternehmer, schär-

fer zu rechnen, da die Lohnkosten dank zunehmender Arbeitsintensität und steigender Löhne anschwollen, es bei der aufwärtsgerichteten Preisentwicklung teilweise um sehr hohe Gewinne ging und die Verwandlung der Gutsherrn in Agrarkapitalisten insgesamt weiter fortschritt. *Zum andern* prägte sich der Stoßzeitcharakter landwirtschaftlicher Arbeiten tatsächlich allmählich schärfer aus. Dies lag (a) daran, daß der Anbau von Hackfrüchten neben dem Getreide an Ausdehnung gewann. Während das Verhältnis der für Sommer und Winter benötigten Arbeitsmengen in der traditionellen Körnerwirtschaft 1,4:1,0 betrug, stand diese Verhältniszahl für Fruchtwechselsysteme bei 2,6:1,0, und die saisonale Differenz des Arbeitskräftebedarfs war auf den Zuckerrübengütern des dritten Jahrhundertviertels noch viel ausgeprägter. Große Güterkomplexe in der Provinz Sachsen mochten 3000 Arbeiter im Sommer und 300 im Winter benötigen. Die anlaufende Maschinisierung hatte (b) denselben Effekt. Seit der Mitte des Jahrhunderts setzten die großen Güter Dreschmaschinen ein. Dies führte nicht nur zu sehr prinzipiellen Konflikten mit den dreschenden Insten, die plötzlich einen geringeren Anteil am Drusch erhalten oder ihre nicht mehr zweckrationalen Anteilsrechte in ein Fixum umwandeln lassen sollten, ohne zu verstehen, warum. Sie wehrten sich, auch gegen die Maschinen. Die sich trotzdem allmählich auf den größeren Gütern durchsetzende Maschinisierung entzog ihrer Anteilsbezahlung den Boden; diese ging relativ zu den festen Lohn-Bestandteilen allmählich zurück. Vielmehr reduzierten die Dreschmaschinen auch gründlich die im Winter anfallende Arbeit und machten es für die Gutsbesitzer oder -verwalter schwieriger, eine größere Anzahl von Insten einigermaßen wirtschaftlich übers ganze Jahr zu beschäftigen.[79]

Wo der Ackerbau intensiviert wurde, bedeutete das also damals, daß der Bedarf an ständigen Arbeitskräften je Flächeneinheit langsamer stieg als der Bedarf an Saisonarbeitskräften. Der technisch-organisatorische Fortschritt verringerte den Anreiz zur Anstellung von Insten und begrenzte ihre weitere Vermehrung. Temporäre Arbeit, Saisonarbeit schien nun vielen Arbeitgebern eindeutig ökonomischer, und die konnte man auf den Gütern und größeren Bauernhöfen im gewünschten Maß eher von den freien Tagelöhnern erhalten. Deshalb wuchs spätestens seit der Mitte des 19. Jahrhunderts deren Zahl am schnellsten, wenn sie auch weiterhin nur eine Minderheit aller landwirtschaftlichen Arbeitskräfte stellten.

Die sich abzeichnende Dysfunktionalität des herkömmlichen Insten im zunehmend kapitalistischen System der großbetrieblichen Gutswirtschaft hatte jedoch noch andere Gründe und Konsequenzen: Insten pflegten zwar lange Stunden, aber ohne große Hast zu arbeiten. Die Idee der gemessenen Arbeit für gemessenen Lohn in möglichst kurzer Zeit war ihnen fremd. Akkordlohnbezahlung ließ sich im Rahmen des Instenverhältnisses kaum realisieren. Als es einzelne Gutsunternehmer dennoch versuchten, stießen sie auf Ablehnung. Doch zumindest beim Heuen, Grabenziehen, Düngen, Roden, Torfstechen, Mähen und teilweise beim Dreschen mochten immer mehr Unternehmer nicht auf den Akkord verzichten; seit dem Vormärz propagierte man ihn als Mittel zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und als Instrument der Erziehung der Arbeiter, deren Verhalten

im Lichte kapitalistischer Rationalität in der Tat träge und desinteressiert erscheinen mußte. Die Überzeugung griff um sich, daß die Leistungsfähigkeit von Insten begrenzt sei.[80] Auch sah man, daß ein den Gutstagelöhnern eingeräumtes Stück Acker durchschnittlich weniger an Ernte erbrachte als die Felder des Gutes, und daß man aus Rentabilitätsgesichtspunkten eher weniger als mehr Land an die Insten vergeben sollte. Steigende Grundrenten reizten die Gutsbesitzer, die Landanteile der Arbeiter zu reduzieren, wie ihr Interesse bei steigenden Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse darin bestand, Löhne eher in bar als in Naturalien zu zahlen. Dies war in den 60er Jahren der Fall, anders als 40 Jahre vorher.[80a]

Immer häufiger kam es deshalb auch im Osten vor, daß die Gutstagelöhnerfamilie zwar weiterhin in ihrer Kate auf dem Gutshof ansässig war, ein Stück Land für eigenen Anbau und Tierhaltung bekam, auch die sonstigen Hilfestellungen des Gutes nach Instenart entgegennahm und dafür – als Familie – dem Gutsbesitzer Gehorsam und Leistungen bot, aber sich von der eigentlichen Instenfamilie dadurch unterschied, daß in ihrem weiterhin größtenteils aus Naturalien bestehenden Lohn die variable Erfolgsbeteiligung fehlte. Diese wurde immer öfter durch ein vertraglich vereinbartes Fixum, ein festes „Deputat" (Getreide, Kartoffeln, Flachs, etc.) ersetzt, und entsprechend sprach man von „*Deputatsarbeitern*", „Deputanten" oder „Deputatisten". Die hatte es in kleiner Zahl auch in den vorangehenden Jahrzehnten gegeben. Insbesondere Großknechte, Statthalter, Vögte, Oberschäfer und ähnliche Gutsangestellte mit Aufsichtsfunktion hatten diesen Status besessen. Jetzt wurde er ausgeweitet. – In anderen Fällen blieben den kontraktlich gebundenen Tagelöhnerfamilien zwar die Wohnung auf dem Hof und das kleine Stück Land zur eigenen Nutzung im Rahmen der Gutswirtschaft erhalten, aber die Naturallieferungen fielen weg; an ihre Stelle trat der Wochenlohn, meist bar. Diese festen „*Gutsarbeiter*" lebten meist auskömmlich und sicher, sie wurden zu qualifizierteren Arbeiten verwandt, mit Gespanndienst und Maschinenarbeit z. B., und stellenweise entwickelten die Güter so etwas wie „Lehrgänge", um sie heranzubilden. Noch weiter ging die Entwicklung, wenn zwar die kontraktliche Bindung beibehalten, aber das überlassene Stück Land auf ein Gärtchen reduziert, die unentgeltliche Wohnungsnutzung aufgehoben und die Erlaubnis zur Viehhaltung eingeschränkt oder abgeschafft wurde. – Schließlich mochte der weiterhin kontraktlich gebundene, also fürs ganze Jahr fest von einem Betrieb engagierte Tagelöhner, gegebenenfalls mit seiner Familie, sein Domizil außerhalb des ihn beschäftigenden Gutes oder Hofes beziehen: im Dorf, mit ganz selbständigem Haushalt, auf Miete, als „Häusling" oder „Einlieger", wie man sagte.[81]

Abbau der Ertragsbeteiligung, zunehmende Geld- und abnehmende Naturallohnbestandteile, die Einschränkung der eigenwirtschaftlichen Komponente des Arbeiterhaushalts, dann auch der Abschluß des Kontrakts mit einzelnen Familienmitgliedern statt mit der ganzen Familie, die Herauslösung des Arbeiterhaushalts aus der Wirtschaft des Arbeitgebers bis hin zur räumlichen Separierung – das waren meist zum Teil, manchmal ganz, in den verschiedensten Verknüpfungen vollzogene Schritte auf dem Weg zum Lohnarbeiter; Schritte, die Freiset-

zung aus der Abhängigkeit vom Herrn und zugleich größere Abhängigkeit von Marktmechanismen bedeuteten. Die Insten verschwanden damit nicht gleich von der Bildfläche. Noch 1893 beschrieb sie Max Weber als den „Hauptstamm" und die „social wie wirtschaftlich weitaus interessanteste(n) Kategorie der ländlichen Arbeiterschaft des Ostens". Aber jedenfalls seit der Jahrhundertmitte dürfte ihr Anteil an der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft insgesamt rückläufig gewesen sein. Und für Gustav Schmoller war schon 1866 klar, daß das Instenverhältnis eine „Zwischenstufe zwischen dem hörigen und dem freien Arbeiter" darstellte, auf der man auf Dauer nicht anhalten konnte.[82]

b) Heuerlinge

Der Inste war – in der geschilderten Form – vor allem ein Phänomen der Getreide produzierenden ostelbischen Gutswirtschaft. Mit gewissen Schattierungen trat er auch auf den gutswirtschaftlichen Inseln westlich der Elbe auf, so z. B. im westlichen Sachsen, in Schleswig-Holstein, in der Paderborner Gegend und anderswo.[83] Gewisse Elemente des Insten-Status fanden sich aber auch in der bäuerlichen Landwirtschaft, so vor allem beim nordwestdeutschen Heuerling. Über die Bauernhöfe in Minden-Ravensberg und anderen Teilen Westfalens hieß es 1836:

> „So findet man auf jedem Erbe eine oder ein paar kleine Wohnungen für Arbeiterfamilien. Die Heuerlinge treiben gewöhnlich ein Handwerk, wie Leineweben, Holzschuhmachen. Der Hofbauer vermietet ihnen außer der Wohnung und einem Gärtchen etwas Land und läßt sie ihr Vieh, unter dem Schutzmantel seines Rechtes, in die Mark oder Gemeinweiden eintreiben. Die Abgabe, welche sie zu entrichten haben, ist nicht groß; dagegen ist der Taglohn, den sie erhalten, auch nur geringe. Der Hof- oder Herrbauer bestellt ihr Feld mit seinem Gespanne, wofür sie ihm zu jeder Zeit bei der Arbeit zu Gebote stehen. Die Arbeitstage werden auf einem Kerbstock eingeschnitten und später [gegen die vom Heuerling zu zahlende Pacht und Miete] ausgeglichen, so daß am Ende selten jemand bares Geld herausbekommt."[84]

Das Verhältnis zwischen Heuerling und Bauer unterschied sich vom Verhältnis zwischen Insten und Gutsunternehmer in mehrfacher Hinsicht: Heuerling und Bauer waren nicht durch Ertragsbeteiligung größeren Ausmaßes verbunden, ein Äquivalent für den Drescherlohn fehlte. Der Heuerling pachtete das Land und den Kotten für sich und seine Familie vom Bauern großteils für Geld; nur zum kleineren Teil zahlte er mit seinen und seiner Familie Arbeitsleistungen dafür, denn der bäuerliche Betrieb – erst recht der kleinbäuerliche – benötigte nur einen begrenzten Teil seiner Arbeitszeit, meist weniger als die Hälfte. Den größeren Teil ihrer Zeit – und auch das unterschied sie von der Instenfamilie – benutzte die Heuerlingsfamilie zur Bestellung ihres gepachteten Stücks Land (ungefähr in der Größe, wie wir sie bei den Insten kennengelernt haben) und vor allem für meist gewerbliche Arbeit, die leicht zur Hauptarbeit werden konnte: für protoindu-

strielle Heimarbeit (Spinnen, Weben und Wirken vor allem) und für handwerkliche Arbeit anderer Art. War somit das Verhältnis zwischen Heuerling und Bauern lockerer, weil stärker durch Geld vermittelt als das Verhältnis zwischen Insten und Gutsherrn, so gehörte der Heuerling andererseits enger zum Haus der Bauern als der Inste zum Haus seines Dienstherrn: Die sozialen Distanzen waren geringer, die Arbeitskontakte zwischen Bauern und Heuerling eng, lange hielt sich die Tischgemeinschaft zwischen Bauersfamilie, Heuerlingsfamilie und Gesinde.

Aber im Kern glichen sich Insten- und Heuerlingsverhältnis durchaus. Sowohl Inste als auch Heuerling waren zu ungemessenen Diensten auf einem sie umgreifenden Guts- bzw. Bauernhof verpflichtet und hatten zugleich einen kleinen Teil von diesem auf Zeit zur eigenen selbständigen Bewirtschaftung, wobei sie ein Anrecht auf Benutzung von Ressourcen des Gutes oder des Hofes besaßen. Beide waren in gewisser, im Vergleich zum Gesinde gelockerter Form hauswirtschaftlich-hausherrschaftlich eingebunden, verköstigt und kontrolliert, wenngleich sie in separaten Katen oder Kotten mit eigener Familie wohnten. In beiden Fällen trat Lohnarbeit auf Vertragsbasis als eingebetteter und nicht dominanter Teil komplexer Kooperations- und Herrschaftsbeziehungen auf. Beide Konstruktionen dienten dazu, den saisonalen, stoßweise auftretenden Bedarf eines größeren landwirtschaftlichen Betriebs an familienfremden Arbeitskräften zu befriedigen, ohne daß dieser dazu gezwungen war, die entsprechenden Arbeitskräfte ganzjährig zu alimentieren und ohne daß er sich darauf verlassen mußte, ad hoc freie – und vermutlich teurere – Lohnarbeit auf dem Markt zu rekrutieren. Und schließlich erwies sich das Heuerlingsverhältnis wie das Instenverhältnis als transitorisches Phänomen, weniger allerdings aufgrund von technisch-organisatorischen Fortschritten der markteingebundenen landwirtschaftlichen Arbeit wie im Osten als vielmehr aufgrund von Veränderungen der Demographie und des Marktes: Die Zunahme der Arbeit suchenden ländlichen Bevölkerung erhöhte nicht nur die Zahl von Heuerlingen je Hof – oft auf 10 bis 20 –, sie trieb auch zusammen mit den steigenden Preisen für landwirtschaftliche Produkte die Nachfrage nach Pachtland nach oben; der durchschnittliche Umfang des gepachteten Landes sank ebenso ab wie das durchschnittliche Quantum der vom Heuerling für den Bauern zu leistenden Arbeit. Immer eindeutiger hing die Heuerlingsfamilie von ihrer marktbezogenen, gewerblichen Beschäftigung ab, deren überfüllter und krisenhafter Zustand sie immer häufiger in Not und Elend abgleiten ließ. Die soziale Distanz zwischen Bauer und Heuerling vergrößerte sich, je mehr ihre Beziehung geldlich vermittelt war. Ohne daß sich die Bezeichnung änderte, wandelte sich der Heuerling überkommenen Typs zu einem Heuerling, der im wesentlichen Mieter („Einlieger") des Bauern war und sich nach Beschäftigung und Sozialbeziehungen zunehmend aus dem landwirtschaftlich-bäuerlichen Kontext herauslöste.[85] Unter bäuerlichen statt gutswirtschaftlichen Verhältnissen, unter Bedingungen einer viel dichteren Besiedlung und angesichts der längst bestehenden, engen Verknüpfung zwischen Landwirtschaft und Gewerbe in Form protoindustrieller Heimarbeit wandelte sich der Heuerling nicht wie der Inste zum landwirtschaftlichen Lohnarbeiter mit Restbindung ans

Gut oder zum landwirtschaftlichen Lohnarbeiter anderer Art, sondern zu einem primär gewerblich tätigen Mieter, bis er mit der Heimindustrie ganz aus dem ländlichen Kontext verdrängt wurde.[86]

4. Lohnarbeit und Kleinstbesitz: Häusler und Eigenkätner

Ausgeprägte Reste hauswirtschaftlicher Einbindung und feudaler Abhängigkeit waren dafür verantwortlich, daß sich Gesinde, Insten und Heuerlinge vom Typus des reinen Lohnarbeiters klar unterschieden. Auch im Status der jetzt zu charakterisierenden dritten Kategorie landwirtschaftlicher Arbeiter war Lohnarbeit nur ein konstituierendes Merkmal unter anderen. Es geht um die kleinen und kleinsten Häusler und Büdner, Brinksitzer und Eigenkätner, Kötter und Colonisten, Gütler und Söldner, um die „Tagelöhner mit selbständiger Landwirtschaft" – so die Sprache der Statistiker Anfang der 1880er Jahre.

Weder hausherrschaftliche Einbindung noch teilbetriebsartige Einbeziehung in die Wirtschaft des Herrn, weder spezielle Rechtsverhältnisse noch quasi-feudale Abhängigkeit charakterisierten sie; vielmehr unterschieden sie sich vom reinen Typus des Lohnarbeiters durch ihre Eigentums- und Verfügungsrechte an landwirtschaftlich nutzbarem Boden, durch ihren landwirtschaftlichen Kleinbesitz (manchmal auch Pacht) mit zugehöriger eigener Behausung. Wie sehr sie sich faktisch vom Typus des Lohnarbeiters unterschieden, hing von der Leistungskraft ihrer landwirtschaftlichen Stelle ab und damit von dem Mischungsverhältnis, in dem ihre Einkünfte aus selbständiger landwirtschaftlicher Arbeit mit ihren zusätzlichen Einkünften aus Lohnarbeit standen. Das Gemeinsame und zugleich Charakteristische der dieser Kategorie Zugehörigen – meistens Familien – war jedenfalls, daß sie von ihrem durchweg sehr kleinen, nicht-spannfähigen landwirtschaftlichen Besitz nicht ausreichend leben konnten und daneben – in erheblichem Ausmaß und oftmals sogar vorwiegend – Einkommen aus Lohnarbeit bezogen, die sie, meist temporär und für wechselnde Arbeitgeber, auf Gütern und Bauernhöfen wie auch in nicht-landwirtschaftlichen Tätigkeiten leisteten. Von den Zeitgenossen wurden sie nicht oder nicht eindeutig zu den Bauern, sondern zumeist zu den landwirtschaftlichen Arbeitern gerechnet – auf jeden Fall bis in die 1870er Jahre, aber auch noch danach, obwohl die tendenzielle Einengung des Arbeiter- auf den Lohnarbeiterbegriff diese nur teilweise Lohnarbeit leistenden Kleinstbesitzer je später desto mehr an den Rand des Bedeutungsfeldes von „Arbeiter" rückte und sich eine zunehmend konsolidierte Oberschicht von Häuslern seit den 60er Jahren in der Tat immer deutlicher von der Masse der Landarbeiter abhob.[87]

Diese Kategorie von klein- und unterbäuerlichen Existenzen war keineswegs neu, man kennt sie bereits als massenhaftes Phänomen des 18. Jahrhunderts. Aber in zweierlei Hinsicht änderte sich nun ihre Situation grundlegend: *Einerseits* löste sich im Zuge der Agrarreformen auf, was ihnen an Pflichten und Rechten gegenüber Feudalherren (vor allem persönliche Abhängigkeit und Handdienstverpflichtungen) und gegenüber Dorfgemeinden (vor allem das Recht zur Allmendebenutzung) eigen gewesen war. Allerdings zog sich diese Freisetzung

ganz besonders lang hin, da die Inhaber von Kleinstellen im Unterschied zu den spannfähigen Bauern zumeist erst sehr spät – in Preußen erst nach 1840 – in die Regulierungen einbezogen wurden und bis dahin viele von ihnen weiterhin den Berechtigten, vor allem den Gütern, Frondienste leisten mußten.[88] Vor allem im Westen, im Südwesten und im Süden kam die Aufteilung der Allmende überdies nur sehr langsam in Gang, oft erst in der zweiten Hälfte, wenn nicht gar erst im letzten Viertel des Jahrhunderts, so daß auch in dieser Hinsicht für viele Kleinstellenbesitzer das 18. Jahrhundert bis ins späte 19. reichte – zu ihrer Erleichterung. *Andererseits* nahm ihre Zahl explosionsartig zu, vor allem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

a) Die Vermehrung der Kleinen

Die Kategorie läßt sich statistisch nicht sauber abgrenzen. Denn gewissermaßen stufenlos war der Übergang vom unregelmäßig Anstellung findenden Tagelöhner mit Nebeneinkünften aus landwirtschaftlichem Kleinstbesitz zum Kleinbauern, der ab und zu „tagelöhnerte", um etwas dazu zu verdienen oder auch, um dem Nachbarn aus einem Engpaß zu helfen. Stufenlos und statistisch nicht faßbar war auch der Übergang vom primär landwirtschaftlichen Tagelöhner mit Kleinstbesitz zum Heimarbeiter oder Landhandwerker mit Kleinstbesitz. Meist mischten sich im Arbeitsleben der unterbäuerlichen Existenzen landwirtschaftliche Tätigkeiten mit gewerblichen und mit Phasen der ausgeprägten Unterbeschäftigung.

Aber man kann die obere Grenze abstecken und sagen, wer auf keinen Fall zu den Häuslern gehörte: die Vollbauern, die Besitzer oder Pächter von Bauernhöfen, die zumindest die ganze bäuerliche Familie beschäftigten und ernährten, wenn nicht außerdem familienfremde Arbeitskräfte. Diese Grenze zwischen Vollbauernhöfen und klein- bzw. unterbäuerlichen Stellen, die ungefähr mit der Grenze zwischen spannfähigen und nicht-spannfähigen Wirtschaften in eins fiel, haben wir fürs späte 18. Jahrhundert bei 4–8 ha angesetzt.[89] Im Laufe des 19. Jahrhunderts sank sie dank des Übergangs zum Anbau von Kartoffeln en masse mit ihrem höheren Kaloriengehalt pro Flächeneinheit, mit der Ausweitung der Hackfruchtkulturen und dank der Verbesserung der Anbaumethoden überhaupt – trotz der Erschließung zusätzlicher Böden oft mit unterdurchschnittlicher Fruchtbarkeit, auf die die Häusler häufig angewiesen waren. Nach Meinung des sachkundigen Alexander v. Lengerke reichten um die Mitte des 19. Jahrhunderts im Osten 15–30 Morgen (also 3,75–7,5 ha) „mäßig mit Zins und Abgaben belasteter Acker, bei guter und tüchtiger Bearbeitung und mit Zuhülfenahme des erreichbaren Stadtdüngers vollkommen [aus], um eine Familie ganz angemessen zu ernähren, wohingegen geringerer Flächenbesitz gewöhnlich die Bedürfnisse einer Familie nicht liefert[...]" „Ungünstiger gestellt sind aber die meisten Häusler, die fern von den Forsten oder der Kreisstadt auf den Dorfangern oder den Weide-Terrains der Dörfer während oder nach der Separation sich angekauft haben." Sie kämen mit 15 Morgen nicht aus. Dagegen im Münsterland: „[...]hat

er aber ein seinen Wirthschafts-Verhältnissen angemessenes Haus, einen Garten von ⅛–½ Morgen, 4–5 Morgen Ackerland mittlerer Güte hypothekenfrei, oder doch nicht mehr Zins als der Heuerling Miethe (6 Rthl.) zu zahlen, kann er seine erübrigten Producte versilbern: so ist er auch im Stande, wenn er in einem Dorfe wohnt, durch die gewöhnlich vorkommenden Arbeiten die laufenden Ausgaben zu verdienen, wohl gar – wenn er nicht zu viele Kinder hat – etwas zu erübrigen, wie dies häufig sich ereignet."[90] Zumindest bei Flächen unter 10 Morgen (2,5 ha) mußte ein größerer, oftmals der größte Teil des Einkommens aus Tagelohnarbeiten kommen, meinte von der Goltz 1872; die Mehrzahl der Eigenkätner im nordöstlichen Deutschland aber besäßen ja nur 3, 4, 5 bis höchstens 10 Morgen.[91] Eine relativ gut gestellte Pfälzer Häuslerfamilie bewirtschaftete einen Hektar eigenen Landes und pachtete ein Viertel Hektar dazu; fast die Hälfte ihres Einkommens stammte 1872 aus auswärtiger Tagelohnarbeit der Eltern und Kinder.[92]

Anfang der 80er Jahre setzte sich unter den Statistikern eine Sichtweise durch, gemäß der Stellen bis zu 2 ha Parzellenbesitz ohne selbständige Betriebsführung – gewissermaßen landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetriebe – darstellten, während Wirtschaften von 2–5 ha als Kleinbetriebe galten, die unter günstigen Verhältnissen einen selbständigen Betrieb ohne Nebenverdienst erlaubten. Wirtschaften mit 5–20 ha trugen ihre Familien und benötigten bereits häufig familienfremde Arbeiter dazu; der Betrieb in den großen Bauernwirtschaften zwischen 20 und 100 ha beruhte vornehmlich auf familienfremder Arbeit, doch arbeitete hier die Familie meist mit; ebendies war in den Großbetrieben über 100 ha nur noch selten der Fall.[93] Etwa gleichzeitig stellte ein Beobachter für den Regierungsbezirk Kassel fest, daß auf Stellen bis zu 2 ha die landwirtschaftliche Tätigkeit nur zum Nebenerwerb ausreiche; daß bei 2–3 ha ein Nebengewerbe einzelner Familienmitglieder nötig sei; daß Betriebsflächen zwischen 3 und 5 ha der Familie eine knappe, allenfalls ausreichende bäuerliche Nahrung boten und Höfe über 5 ha ihre Familien zureichend ernährten.[94]

4 bis 8 ha oder 16 bis 32 Morgen um 1800, 2 bis 4 ha oder 8 bis 16 Morgen um 1875 – dies bezeichnet wohl ganz grob die Grenze zwischen Bauern und Häuslern. Allerdings mögen hochspezialisierte Anbauer von Früchten, Gemüse, Wein oder Hopfen auch mit weniger Fläche ausgekommen sein, während bei schwierigen Böden das Existenzminimum höher lag (natürlich erst recht bei vorherrschender Viehwirtschaft z. B. in den Alpen).[95] Zweifellos existierten voll lebensfähige Kleinstbetriebe eher im Südwesten und Westen des Reiches als im Norden und Osten.[96] Wohl überall in Deutschland haben sich die Kleinstellen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts rasant vermehrt. Zumeist setzte sich ihre Expansion auch im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts fort, wenn auch verlangsamt. Bisweilen hielt sie bis zum Ende des Jahrhunderts an. In einzelnen Regionen aber stagnierte ihre Zahl seit etwa der Mitte des Jahrhunderts, und manchmal schrumpfte sie sogar.

1816 zählte man in Preußen 376.641 Bauernwirtschaften mit mehr und 533.176 mit weniger als 15 Morgen (3,75 ha) Fläche, dazu 12–14.000 registrierte Rittergüter, also insgesamt 933.000 landwirtschaftliche Betriebe aller Größenordnungen. 1849 betrug die Gesamtzahl schon 1,79 Mio., also fast das Doppelte.

Diese exorbitante Vermehrung der landwirtschaftlichen Betriebe fand vor allem zwischen 1816 und der Mitte der 30er Jahre statt und war zum größten Teil der Zunahme kleiner, nicht spannfähiger Betriebe im Anschluß an die Reformgesetze zu verdanken. Zweifellos konnten auch ärmere Interessenten ein kleines Stück Land in den 20er Jahren mit ihren tiefstehenden Produkt- und Bodenpreisen erwerben, leichter jedenfalls als in den folgenden Jahrzehnten, als die Preise für landwirtschaftlichen Grund und Boden mit den Preisen für landwirtschaftliche Produkte anzogen.[97] Von den 1,79 Mio. preußischen Landwirtschaftsbetrieben des Jahres 1849 entfielen 1,392 Mio. oder knapp 78% auf Kleinbetriebe unter 30 Morgen (7,5 ha) bzw. 0,87 Mio. oder 49% auf Zwergbetriebe unter 5 Morgen (1,25 ha). 1855 gehörten in Preußen von insgesamt 2,05 Mio. landwirtschaftlichen Betrieben 1,04 Mio. oder 51% zur kleinsten Kategorie (unter 5 Morgen), und insgesamt 1,63 Mio. (oder 80%) gehörten zur Größenordnung bis zu 30 Morgen.[98]

In Bayern war der Anteil der spannfähigen Bauernhöfe größer. Doch selbst dort hatten 1839 immerhin 37% aller Besitzungen nur 6,6 Morgen und weniger; weitere 26% umfaßten zwischen 6,6 und 20 Morgen; fast zwei Drittel aller Besitzungen gehörten also mit 5 ha und weniger zur kleinbäuerlichen Kategorie. – Und schließlich noch Württemberg mit seinen Realteilungsgebieten: dort zählte man um 1860 459.600 landwirtschaftliche Betriebe. 63% davon umfaßten weniger als 5 Morgen; weitere 16% 5–10 Morgen und weitere 14% 10–30 Morgen. Etwa vier Fünftel der Güter gehörten somit der klein- und kleinstbäuerlichen Kategorie an.[99]

Seit den 1850er Jahren wuchs die Kategorie landwirtschaftlicher Tagelöhner mit Kleinstbesitz langsamer. Zwar nahm der Arbeitskräftebedarf landwirtschaftlicher Betriebe weiter zu, dank der Intensivierung der Bearbeitungsmethoden und der verstärkten Hinwendung zu Hackfrüchten und spezialisierten Kulturen. Aber was nun vor allem gesucht wurde, waren Arbeitskräfte in der Saison. Und der Landesausbau näherte sich seinen Grenzen. Mit der guten landwirtschaftlichen Konjunktur und den schnell steigenden Preisen für landwirtschaftliche Produkte wurde überdies Nutzland begehrter, teurer und für die Kleinen schwerer erreichbar.[99a] Und schließlich – aber doch erst seit den späten 50er Jahren in größerem Ausmaß – wandte sich ein wachsender Anteil der unterbäuerlichen Existenzen gewerblichen Arbeiten zu, immer häufiger in den aufnahmebereiten Städten.

1882 schließlich entfielen von den landwirtschaftlichen Betrieben auf die Größenklassen:[100]

	unter 2 ha		2–5 ha	
	in 1000	in %	in 1000	in %
in Preußen	1.865	61,3	493	16,2
in Württemberg	165	53,6	81	26,4
in Bayern	262	38,5	165	24,3
im Deutschen Reich	3.062	58,0	981	18,6

Danach gab es im Deutschen Reich 1882 etwa 3,1 Mio. Klein- und Kleinststellenbesitzer. *Davon* zählten die Statistiker ein knappes Drittel, nämlich 0,866 Mio., als landwirtschaftliche Tagelöhner mit selbständigem Kleinstbesitz, als Häusler in unserer Terminologie (Tabelle 25). Übrigens waren die meisten von ihnen Männer, etwa 86%. Der größte Teil der 3,1 Mio. Klein- und Kleinststelleninhaber von 1882 widmete sich hauptberuflich bereits nicht-landwirtschaftlichen Tätigkeiten: Heimarbeit, Landhandwerk, Straßenbau, Transportarbeiten, als Stadtrandbewohner und Pendler gewerblichen Tätigkeiten in der Stadt; denn für 1882 nannte die Statistik bereits 2,11 Mio. nebenberufliche Selbständige in der Landwirtschaft.[100a]

Blickt man auf den Untersuchungszeitraum insgesamt, herrscht der Eindruck vor, daß die Klein- und Kleinststellen in den stark gutswirtschaftlich bestimmten Regionen besonders schnell zunahmen. In Pommern z.B. entfiel auf sie 1816 ein Anteil von 36%, 1867 aber 66%, während der Anteil der Bauernstellen von 59 auf 31% und der Anteil der Rittergüter von 5 auf 3% abnahm.[101] Wohl nur in einigen Gebieten Ostelbiens gab es 1882 mehr Häusler als Gesindepersonen, so vor allem in Mecklenburg, daneben in Pommern und Westpreußen, wie Tabelle 25 zeigt. Aber auch aus den Parzellengebieten (Oberhessen, Württemberg) und primär bäuerlichen Regionen (Westfalen, Bayern) wird die Zunahme der Klein- und Kleinststellen gemeldet.[102] In der mittel- bis großbäuerlich geprägten, früh mit landwirtschaftsnahen Fabriken durchsetzten Magdeburger Börde nahm von 1837 bis 1858 die Zahl der spannfähigen Wirtschaften von 19.000 auf 14.000 ab, die der nicht spannfähigen dagegen von 20.500 auf 31.000 zu. Hier wuchs auch in den folgenden Jahrzehnten der Anteil der Kleinst- oder Parzellenbauern, der Landarbeiter mit Kleinstbesitz, kräftig weiter: auf den gleichzeitig an Durchschnittsgröße zunehmenden, meist Kartoffeln, Rüben und andere Hackfrüchte für den Verkauf anbauenden, modernen landwirtschaftlichen Großbetrieben wurden sie ebenso gebraucht wie – nach der Ernte – in den zahlreichen Zucker- und Stärkefabriken wie z.T. auch in den nahen Städten. Im Kreis Wanzleben entfielen 1858 79%, 1882 aber 92% der Besitzungen auf die Größenklasse bis zu 20 Morgen, während der Anteil dieser Kategorie am Gesamtareal sogar leicht abnahm (von 14 auf 13%).[102a] In Mecklenburg und Schleswig-Holstein, in Hannover, Westfalen, Braunschweig und im Lippischen, aber auch in Württemberg und in der Umgebung großer Städte wie Lübeck und Bremen gab es 1882 mehr Häusler als freie oder kontraktlich gebundene Tagelöhner.

Agrarreform und Landesausbau, Bevölkerungsdruck und der Mangel an alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten erklären das Phänomen des überproportionalen Häuslerwachstums vor allem in der ersten Jahrhunderthälfte zum großen Teil. Die noch kaum anders zu deckende, stoßweise auftretende, saisonal begrenzte Nachfrage nach Arbeitskräften seitens der im Ausbau befindlichen landwirtschaftlichen Großbetriebe stellt den andern Teil der Erklärung dar. Dieser Faktor wirkte weiter und konnte unter bestimmten Bedingungen – so in der Magdeburger Börde mit ihrer marktorientierten, großbäuerlichen Intensiv-Landwirtschaft in enger Symbiose mit landwirtschaftsnaher Industrie –

zur weiteren Zunahme der Häusler führen – bei gleichzeitiger Besitzkonzentration auf der anderen Seite.

Es ist viel darüber geschrieben worden, wer sozial und ökonomisch die Verlierer bzw. Gewinner der Agrarreformen des Jahrhundertbeginns gewesen sind; der bis zu den Reformen grundherrliche und teilweise gutswirtschaftlich tätige Adel, der durch die Reformen Berechtigungen verlor und Entschädigungen erhielt, oder die bis dahin pflichtigen Bauern, deren Untertänigkeit, Dienstverpflichtungen und Abgaben aufgehoben wurden und die durch Landabtretung und Zahlung die ehemaligen Herren entschädigen mußten. Dies braucht hier im Detail nicht dargestellt zu werden. Die Wirkungen variierten mit der Region. Was die Umverteilung des Landes betrifft, steht für die Gebiete mit Gutsherrschaft, vor allem für die östlichen und mittleren Provinzen Preußens, in den Grundlinien folgendes fest:

1. Der Großgrundbesitz und insbesondere die an Zahl leicht zunehmenden Rittergüter verbuchten insgesamt einen deutlichen Zuwachs an Land, zum kleineren Teil durch Übernahme bisherigen Bauernlands (Abtretungen, „Bauernlegen", Kauf, Erschließung bisher unbenutzten Landes), vor allem aber durch Aneignung des Löwenanteils des bisher gemeinsam mit Bauern und Kleinbauern genutzten Gemeindelandes (Allmende, Wald).[103]

2. Die spannfähigen Bauern gingen an Zahl *leicht* zurück und verloren *etwas* an Boden. Von 1816 bis 1859 verringerte sich in Preußen (ohne das Rheinland) die Zahl der Bauern um etwa 2%, vor allem durch Verkäufe, Aufteilungen und Zwangsversteigerungen als Folge wirtschaftlicher Mißerfolge unter den Bedingungen der Konkurrenz, der teils ablösungsbedingten Verschuldung und der Tiefkonjunktur der 20er Jahre. Die von Bauern bearbeitete Fläche schrumpfte um 2,7%. Das war die Bilanz aus den Verlusten aus Verkäufen und Zwangsverkäufen, aus Abtretungen an die Gutsbesitzer und aus den Zugewinnen durch Übernahme des kleineren Teils – etwa 14% – des bisherigen Gemeindelands. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß Bauern häufig besseres Land abgaben und schlechteres Land bekamen, und wenn man bedenkt, daß sie bei der Verteilung des von ihnen bis dahin mitbenutzten Gemeindelandes ganz eindeutig den Kürzeren zogen, bleibt als Ergebnis festzuhalten, daß sie sich im großen und ganzen behaupten konnten – ganz anders als in England, wo die frühe Kommerzialisierung der Agrarwirtschaft zum Verschwinden der Bauern führte. Dort traten Großgrundbesitzer, Pächter und Landarbeiter an ihre Stelle.[104]

3. und in bezug auf unser Thema besonders wichtig: Obwohl die traditionell so zahlreichen Klein- und Kleinstbauern im Unterschied zu den an Zahl viel geringeren spannfähigen Bauern zunächst nicht zur „Regulierung", d.h. zur rechtlich geregelten Ablösung von Dienstpflichten und Abgaben gegen Entschädigung durch einen Teil des Landes oder durch Geld, zugelassen wurden und ihr Land in einer Minderheit der Fälle an den bisherigen Herrn verlorenging, bestand doch ihre Mehrheit weiter und wurde allmählich in die Ablösung wie in die Separationen einbezogen; bis 1848 waren in Preußen immerhin schon 72% aller Handdienstpflichten, d.h. der nicht-spannfähigen Bauern, abgelöst, der Rest kam in den Jahren nach der Revolution an die Reihe. Gleichzeitig kamen

zahllose neue Kleinst- und Kleinbauern dazu. Bis dahin landlose Tagelöhner und verheiratetes Gesinde, nicht erbende Söhne und Töchter von Bauern sowie überhaupt die nachwachsenden Generationen der sich so schnell vermehrenden ländlichen Unterschichten befriedigten ihren Landhunger, wenn auch mangels Mitteln nur in kleinsten Häppchen, von denen sie, wie sich herausstellen sollte, oft weder leben noch sterben konnten: durch Ankauf von Parzellen aus bisherigem Bauern- oder Gutsland, das zum Verkauf angeboten wurde, sowie durch Ansiedlung auf bisherigem Gemeindeland und neu erschlossenem Nutzboden. Auch Bauern, die einen Teil ihres Landes als Ablösung abtraten oder zur Begleichung der Schulden verkaufen mußten, sanken in die Kategorie der kleinbäuerlichen Häusler ab. Der zunehmende Bevölkerungsdruck (a), die große Sehnsucht der kleinen Leute nach der eigenen Stelle und nach der von dieser erhofften Unabhängigkeit (b), die Verfügbarkeit von Land als Folge des rapiden Landesausbaus, der Teilungen und des teilweise erzwungenen Verkaufs von Höfen, Gütern oder Teilen davon (c) – das alles führte dazu, daß die Zahl der Häusler und Büdner, Gärtner und Colonisten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts schneller wuchs als die Zahl des Gesindes, der Insten und – zumindest zunächst – auch der besitzlosen Tagelöhner. Hinzu kam (d), daß die Gutsbesitzer und größeren Bauern – vor allem in der Zeit der agrarischen Krise der 20er Jahre – mehr Land hatten, als sie ökonomisch verwenden und sinnvoll bestellen konnten; sie waren also nicht sehr begierig, sich jedes kleinste Stückchen Land einzuverleiben, zumal sie wußten, daß ihnen die sich ansiedelnden kleinen Häusler in der Saison als vorübergehend benutzbare und dann wieder entlaßbare Tagelöhner zur Verfügung stehen würden.[105]

In den Gebieten der Grundherrschaft bewirkten die Reformen fast keinerlei Umverteilung des Bodens. Weil Fronarbeit schon vor den Reformen nicht mehr ins Gewicht fiel, ging es hier bei den Reformen nicht um tiefe Eingriffe in die Arbeitsverfassung wie in Ostelbien, sondern nur um die Aufhebung der verbliebenen persönlichen Abhängigkeiten und die Ablösung von Abgaben, allerdings auch um die Aufteilung von Gemeindeland und die Individualisierung der Eigentumsrechte. Diese – weniger dringlichen und weniger einschneidenden – Reformen zogen sich in Mittel- und vor allem in Süddeutschland, in Bayern und Österreich, in Baden und Württemberg, sehr in die Länge; immer wieder blieben sie stecken und liefen sie auf; im Südwesten z.B. kam es nie zu den radikalen Gemeinheitsteilungen preußischen Typs; dörflich-genossenschaftliche Rechte überlebten in Bayern teilweise bis heute. Die Ablösungen der Dienste durch einmalige Zahlungen bzw. durch allmählich abzustotternde Schulden gerieten in Württemberg, Baden, Bayern und Österreich bauernfreundlicher als in Preußen, u.a. weil sie dort später kamen und die Bauern nicht in einer tiefen landwirtschaftlichen Krise, wie im Preußen der 20er Jahre, antrafen. Direkte Einwirkungen der Reformen auf die Besitzverteilung ergaben sich in Gebieten der Grundherrschaft zwar nicht, aber durch Zurückdrängung des grundherrlichen Einflusses und durch die – auch psychisch bedeutsame – Emanzipation der unteren Schichten förderten die Reformen auf dem Hintergrund des Bevölkerungsdrucks die weitere Unterteilung, die „Zersplitterung" des Landes, vor allem in den

Gebieten mit Realteilungsrecht. Angesichts des Landhungers der anschwellenden Unter- und Kleinbauernschicht war die kommerziell betriebene Güterzerstückelung ein lukratives Geschäft; die es betrieben, nannte man in Württemberg „Hofmetzger". So wuchs auch außerhalb Ostelbiens und der norddeutschen Bauernregionen die Zahl der Kleinstbauern überdurchschnittlich schnell. In den Parzellengebieten stellten sie ohnehin die absolute Mehrheit der landwirtschaftlichen Bevölkerung dar, allerdings in engster Verknüpfung zum Gewerbe und meistens mit gewerblicher Nebenbeschäftigung. Wo dies fehlte oder im Niedergang begriffen war, konnten die sich vermehrenden landwirtschaftlichen Zwergbetriebe bald den Punkt erreichen, an dem sich ihre Überlebensunfähigkeit herausstellte. Insbesondere soweit die Auswanderung und – vor allem seit der Jahrhundertmitte – die Stadtwanderung alternative Lebensmöglichkeiten anboten und dem ländlichen Bevölkerungsüberdruck Ventile öffneten, kam es dann zur Auflösung und Aufsaugung von Zwergbetrieben und zu gewissen Tendenzen der Konzentration: in Sachsen und Hessen seit den späten 40er Jahren, in Württemberg seit der Depression der Jahre seit 1873.[106]

b) *Stufen der Selbständigkeit: zwischen proletaroider und kleinbäuerlicher Existenz*

Insgesamt schwappte also die Bevölkerungswelle der ersten Jahrhunderthälfte, die sich noch nicht in städtisch-gewerblichen Arbeitsplätzen verlaufen konnte, vor allem in die Häuslerbevölkerung hinein. Ein kleines Stück Land zu kaufen, oft etwas abseits und auf nicht allzu günstigem Boden, dazu reichte das Ersparte, die Mitgift, die kleine Erbschaft oft aus; und selbst die kleinste Häuslerstelle schien Selbständigkeit zu versprechen, eine Basis für die Familiengründung zu sein und den Mann vom „Heuerling" – im abschätzigen Sinn einer von andern geheuerten Arbeitskraft – zum „Bauern" zu machen.[107] Lieber wurde man Häusler und – oft nur scheinbar – sein eigener Herr als der Knecht oder der Inste eines andern. Aber jedenfalls im Osten und Norden, wo der größte Teil des Landes auf Güter und Vollbauernhöfe verteilt war und die trotzdem immer zahlreichere Häuslerbevölkerung gewissermaßen in den Ritzen und an den Rändern des Bauern- und Gutslandes siedelte, blieb die Realität des Häuslerlebens hinter solchen Erwartungen meist empfindlich zurück.

Im gutswirtschaftlichen wie auch im mittel- bis großbäuerlichen Bereich stellten die Häusler den wichtigsten Puffer dar, der die Stöße des saisonalen Arbeitsbedarfswechsels der Güter und Höfe abfederte, bevor der Arbeitsmarkt eine hinreichende Anzahl von besitzlosen, nur zur Miete wohnenden landwirtschaftlichen Tagelöhnern oder gar Wanderarbeitern anbot. Häusler waren insofern für die im Ausbau befindlichen, ihren Arbeitskräftebedarf steigernden Güter und Höfe von großer Wichtigkeit. Sie stellten eine jederzeit abrufbare Eingreifreserve dar, sie standen zur Abdeckung der Arbeitsspitzen zur Verfügung und warteten wohl oft sehnsüchtig darauf, für einige Wochen zur Erntezeit regelmäßig zu

verdienen. Ihrer konnten sich die Güter und Höfe bedienen, ohne sich darum sorgen zu müssen, wie sie außerhalb der saisonalen Stoßzeiten über die Runden kämen. Ihr Kleinstbesitz nahm sie ja zurück, dort verbrachten sie die langen Monate winterlicher Unterbeschäftigung, die allerdings oft gemildert wurden durch Heimarbeit, handwerkliche Tätigkeit oder Hilfsarbeiten anderer Art, vielleicht auch durch Beteiligung am Drusch auf Akkordbasis oder an den winterlichen Arbeiten im Torf, im Wald oder auf dem Weinberg. So externalisierte das Gut einen Teil seiner Arbeitskosten; es verschob die Folgen des ungleichmäßigen Arbeitsanfalls nach außen. Die Häusler, das waren die unstetig beschäftigten und oft marginalen Existenzen, die durch ihre erzwungene Elastizität die ökonomische Leistungsfähigkeit der Güter und Höfe ebenso ermöglichten wie das vergleichsweise stetige Beschäftigungsverhältnis der Knechte und Mägde, Insten und Heuerlinge, die insofern zur bessergestellten „Stammarbeiterschaft" zählten.

Mit ihrer marginalen Lückenbüßerposition im damaligen Wirtschaftssystem und mit der zunehmenden Über-Besetzung der Häusler-Stellen hingen drei für diese Kategorie entscheidende Lebensumstände zusammen: *Einerseits* konnten sich die meisten Häuslerfamilien nur über Wasser halten, wenn Mann, Frau und arbeitsfähige Kinder zum Einkommen der Familie beitrugen. Dies allerdings galt auch für andere Kategorien der Unterschichten, in denen meistens der materielle Spielraum für die Freisetzung von Frauen und Kindern vom Erwerbsleben fehlte, wie sie im Bürgertum zunehmend praktiziert wurde. Die Kinder der Häusler wurden sehr früh „vermietet". Der Mann ging wechselnden Beschäftigungen nach, vor allem außerhalb des Hauses. Auf der Frau lastete der Hauptteil der Arbeit im eigenen „Gütlein" neben zeitweiliger Lohnarbeit und der Versorgung des Haushalts. Es „greift Nichts so mächtig in das Wohl und Weh der Familie ein, als die Eigenschaft der Frau."[108]

Zum andern hatten die Häusler – anders als die Knechte, Mägde und Insten, auch anders als die Mehrzahl der städtischen Handwerker und die Fabrikarbeiter, aber ähnlich den städtischen „Tagelöhnern" – mehrere Tätigkeiten in schnellem Wechsel oder zugleich nebeneinander auszuüben. Die gesamtgesellschaftliche Arbeitsteilung und die Stetigkeit einzelner Verrichtungen waren nicht genügend weit fortgeschritten; von einer Tätigkeit allein konnte man in dieser Unterschicht nur selten leben. Wie schon im 18. Jahrhundert vermischten sich in einer breiten unteren Schicht nicht nur Einkommen aus Besitz und selbständiger Arbeit mit Einkommen aus Lohnarbeit und Vermietung,[109] sondern auch landwirtschaftliche und gewerbliche Arbeit in schneller Fluktuation. Die meisten Häusler hatten mehrere Berufe und deshalb im Grunde keinen. Sie wurden durch keine spezifische Berufserfahrung entscheidend geprägt, sondern durch die Erfahrung wechselnder, austauschbarer Arbeitsinhalte. Vielleicht war ihnen gerade deshalb – wegen mangelnder Identifikation mit einem Beruf – der wenn auch kleine Besitz so wichtig: als Quelle des Selbstbewußtseins und des Selbstwertgefühls. Das unterschied sie von (gelernten) Lohnarbeitern im entwickelten industriellen System. *Schließlich* lebten trotz Familienökonomie und „Mehrberuflichkeit" sehr viele Häusler in den armseligsten Verhältnissen. Knappheit und

Unsicherheit prägten ihr Leben. Im Lebensstandard rangierten sie unter dem Gesinde und unter den Insten, auf jeden Fall in der ersten Hälfte des Jahrhunderts und vor allem in den östlichen Gebieten. Ein Bericht des Landwirtschaftlichen Vereins aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen (1849) illustriert diesen dreifachen Befund:

> „Sind die Kartoffeln gerathen, ist das Brodgetreide nicht zu theuer und seine Kuh nicht zu schlecht, so leidet er keine Noth, zumal wenn er es versteht, durch Anfertigung von Besen, hölzernen Löffeln usw. sich einen kleinen Nebenverdienst zu verschaffen, oder wenn sein Wohnort so günstig gelegen ist, daß er an der Chaussee, in der Königl. Forst oder bei einem benachbarten Gutsbesitzer Arbeit findet. Treten dagegen obige Umstände nicht ein, mißrathen die Kartoffeln, steigt der Preis des Brodgetreides: so sieht sich der Eigenkäthner auch wohl genöthigt, seinem Kinde, das er den Sommer über öfter zum Hüten vermiethet, im Winter den Bettelstab zu reichen, auch wohl selbst darnach zu greifen." „In der Regel halten alle diese Häusler eine, selten zwei Kühe, einige Schafe und Schweine und kaufen im Frühjahr ein Pferd zur Bestellung ihres Ackers, welches sie gewöhnlich, aus Futtermangel, im Herbst wieder verkaufen. Die Bestellung ihres Ackers ist oberflächlich, die Düngungsmittel sind äußerst dürftig[...] in Nothjahren, wozu schon gewöhnlich trockene oder die hier nicht seltenen nassen Sommer, bei der mangelhaften Bestellung ihrer Äcker zu rechnen sind, ist ihr Auskommen im Allgemeinen nicht gesichert, zumal sie dann gerade meist auf die alleinigen Erträge ihres Grundstücks gewiesen sind; denn in trockenen Sommern werden Tagelöhner zur Erndte weniger gesucht, während sie in sehr nassen mit dem eigenen Felde sich mehr zu beschäftigen haben[...] Im Durchschnitt kann man daher die Lage der Häusler im hiesigen Kreise als eine armselige bezeichnen, wo nicht eine industrielle Thätigkeit Einzelner eine Ausnahme macht."[110]

Die Häusler gehören zu den Kategorien, deren Lebensbedingungen sich vom späten 18. Jahrhundert bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts verschlechterten. Sie trugen – neben den Einliegern – die Hauptlast des zunehmenden Widerspruchs zwischen dem schnellen Bevölkerungswachstum und dem langsameren Wirtschaftsausbau, der sich im Pauperismus jener Jahrzehnte ausdrückte und in den 40er/50er Jahren dramatisch zuspitzte, als Mißernten verschärfend hinzutraten. Auf sie, daneben auf die Einlieger und Wanderarbeiter, konzentrierten sich die harten Folgen der zunehmenden saisonalen Unregelmäßigkeit landwirtschaftlicher Arbeit. Und die Auswirkungen der Reform auf die Häusler und Kötter, Söldner und Brinksitzer erwiesen sich als sehr ambivalent. Einerseits erhöhte sie ihre Chancen, überhaupt in den Besitz eines Stückes Land zu gelangen; es macht durchaus Sinn, wenn man hört, daß dort, wo die Aufteilung der Allmende steckenblieb oder auf sich warten ließ, bisweilen unterbäuerliche Dorfbewohner auf schnellere Teilungen drängten, weil sie auf diese Weise ein Stück Land erwerben wollten.[111] Andererseits: „Die Käthner der Umgebung standen vor der Separation, wie auch die losen [gemeint sind: die besitzlosen] Familien, sich sehr gut; durch Ausführung der Separationen haben sie mittelbar sehr viel verloren."[112] In der Tat: Mit der Individualisierung der Eigentumsrechte zerstörten die Reformen das gerade für den kleinen und kleinsten Besitzer wichtige Recht, das Gemeindeland als Weide fürs Kleinvieh und den Gemeindewald zum Holzsam-

meln zu benutzen. Und mit der Hörigkeit blieben auch jene Reste herrschaftlicher Fürsorgepflichten auf der Strecke, die Ende des 18. Jahrhunderts – unvollkommen genug – noch existiert hatten.[113]

Man muß aber nach Zeit und Ort differenzieren. Die Phase der großen Not und der schnellen Expansion war für die Häusler die erste Hälfte des Jahrhunderts, einschließlich der 1850er Jahre. Anfang der 1870er Jahre gehörten sie zwar immer noch zu den ärmsten Bewohnern des Landes, vor allem im Osten. Aber der Aufschwung der vorangehenden Jahrzehnte, die voll in Gang befindliche Land-Stadt-Wanderung und die steigenden landwirtschaftlichen Löhne hatten auch ihre Lage verbessert. Die drückendste Not war im Regelfall vorbei. Und 1873 rangierten die Häusler und anderen „freien Tagelöhner mit Grundbesitz" im gesamtdeutschen Durchschnitt des Jahreseinkommens *vor* den „kontraktlich gebundenen Tagelöhnern" wie erst recht vor den „freien Tagelöhnern ohne Besitz". Wo nahe Städte, gute Verkehrsverbindungen, vielleicht auch die Nachfrage ländlicher Fabriken, günstige Bodenverhältnisse und entsprechende Vorbilder der Güter und Großbauernhöfe es nahe legten, stellten sich neuerungsbereite Häusler allmählich auf marktgängige Spezialisierungen um, z. B. auf Tabak, Zuckerrüben, vorübergehend auch auf Flachs, Zichorien und Brennstoffkartoffeln, vielleicht auch auf Schweinemast oder Hopfen; sie entwickelten sich zu erfolgreichen Kleinunternehmern, so etwa in der sehr früh kapitalistisch geprägten Landwirtschaft der preußischen Provinz Sachsen und im Herzogtum Braunschweig seit den 1850er Jahren. Der Vater des Sozialdemokraten Wilhelm Keil war im kurhessischen Dorf Helsa Kleinbauer mit 10 Morgen, Schneider und Kohlenfuhrmann zugleich: „An dem allgemeinen Aufschwung, der dem Frieden von Frankfurt/Main [1871] folgte, hatten auch die kleinen Dorfgemeinden ihren bescheidenen Anteil. Meinen Eltern gelang es trotz Krankheiten und rasch wachsender Kinderschar – wir waren schließlich sieben Geschwister – bei allerbescheidenster Lebensführung sich aus dürftigsten Verhältnissen soweit heraufzuarbeiten, daß sie ein stattliches Haus ihr eigen nannten, von dem die Not ferngehalten wurde. Dazu war allerdings tagtägliche fleißige Arbeit nicht nur der Eltern, von früh bis spät, sondern auch die regelmäßige Hilfeleistung von uns Kindern, von früher Jugend an, nach Maßgabe unserer Kräfte erforderlich."[114]

Überdies gab es für ländliche Kleinstbesitzer ein geographisches Armutsgefälle: Vor allem in den Parzellengebieten des Südwestens und Westens war ihre Lage viel besser als im Norden und Osten. Man muß bedenken, daß in diesen Gebieten, im Rheinland, in Hessen, Württemberg und Baden die Häuslerexistenz den Normalfall darstellte; hier fehlten die großen Güter, hier befanden sich die Kleinbauern nicht in der Puffer- und Lückenbüßersituation, die ihnen in bäuerlich und gutswirtschaftlich geprägten Gegenden allein übrigblieb. Hier war es leichter als im agrarischen Osten, das Einkommen durch gewerbliche Nebenarbeit zu ergänzen. In Thüringen und Hessen, in Württemberg und weiten Teilen des Rheinlands stand die Aufteilung der Allmende überdies um 1870 noch ganz am Anfang; das mochte dem landwirtschaftlich-arbeitsökonomischen Fortschritt im Wege stehen, aber den Kleinstbesitzern kam das Fortleben solch genossenschaftlicher Tradition sehr zugute. In Realteilungsgebieten bestanden bessere

Chancen als in den Gebieten des bäuerlichen Anerbenrechts und der Gutswirtschaft, das eigene Stückchen Land durch Sparsamkeit und Zukäufe, Heirat und Erbschaft im Lauf eines Lebens zu vergrößern. Der südwestdeutsche Häusler galt reformerisch gesonnenen Sozialpolitikern als Modell, wenn sie den Landwirten des Nordens und Ostens vergeblich empfahlen, Land zugänglich zu machen, um statt Tagelöhnern, Knechten und Insten allmählich einen lebensfähigen Kleinbauernstand entstehen zu lassen.[115]

Aus dem rheinpfälzischen Dirnstein (Bezirksamt Frankenthal) stammt die folgende Einnahmerechnung einer Häuslerfamilie von 1872, die aus Mann, Frau, einem gerade aus der Schule entlassenen Kind und zwei kleinen Kindern bestand: mit Häuschen (Wert 900 Mark, Hypothekenschuld von 690 Mark), einer Kuh (162 Mark), einem Kalb (33 Mark), etwas Hausmobiliar und Ackergeräten, daneben 1 ha eigenem Land zuzüglich 1/4 ha Pachtland.[116]

		Mark
I.	Einkommen aus Tagelohn (pro Jahr):	
	1. Tagelohn des Mannes à 1,40 Mark pro Tag, abzüglich der auf die eigene Wirtschaft verwendeten Tage	378
	2. Tagelohn der Frau (80–90 Pfg.) und der Kinder (die Frau meist durch Haushalt und Eigenwirtschaft beschäftigt)	291
	Geldlohn insgesamt	669
II.	Einkommen an Naturalien (pro Jahr):	
	1. Wohnungsausnutzung im eigenen Hause	61,80
	2. 1.800 Liter Milchertrag à 4 Kreuzer oder 1,20 Mark	205,80
	3. Ein selbst fettgemachtes Schwein	49,80
	4. 16 Zentner Korn vom eigenen Land	150,90
	5. 40 Malter Kartoffeln vom eigenen Land	137,10
	6. 200 Zentner Gelb- und Dickrüben vom Pachtlande	137,10
	Summe aus Naturalien	742,50

Ein Teil der erzeugten Naturalien (etwa 900 Liter Milch) wurde verkauft, so daß sich die Geldeinnahmen der Familie insgesamt auf 906 Mark beliefen. Am Gesamteinkommen von 1.411,50 Mark änderte sich dadurch nichts. Von den selbst bereitgestellten Naturalien verbrauchte man den größten Teil selbst: im Wert von 504 Mark, einschließlich Wohnung. An Bargeld gab die Familie gut 762 Mark aus, davon knapp 600 für Essen, Kleidung, Heizung und Beleuchtung (Öl). „Für Wein, Bier, Kuchen, Festlichkeiten, Vergnügen" wurden 34,20 Mark eingesetzt, ebenso viel wie für die anfallenden Hypothekenschulden. An Pachtzinsen fielen 54 Mark, für Steuern, Umlagen und Brandkasse fast 18 Mark an. Kleineres kam hinzu – auch hier fast 9 Mark für „Oekonomiegeschirr, Arzt und Apotheke", und insgesamt errechnet sich aus allen Ausgaben die Summe von knapp 1.266 Mark. Das hieß, man sparte bald 150 Mark pro Jahr. Die Richtigkeit der Angaben vorausgesetzt, handelte es sich um eine überdurchschnittlich gut gestellte Häusler- oder Kleinbauernfamilie in einer vergleichsweise behaglichen Gegend Deutschlands.

In den durch vorherrschenden Kleinstbesitz geprägten Dörfern des Westens,

Südwestens und Südens fehlten die schroffen Unterschiede des Reichtums und der sozialen Stellung, die Gräben und Klüfte, wie sie im Osten und Norden Kleinbauern von Vollbauern und gar erst von Gutsherren absetzten. Auch im Königreich Sachsen rechneten die Kleinstellenbesitzer oft mehr zu den kleinen Bauern als zu den Landarbeitern. Was Max Weber 1893 mit leichter Stilisierung über die hessischen, württembergischen und rheinischen Dörfer sagte, galt auch im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts: Dort gebe es keine „ländliche Arbeiterfrage". „Nicht als ob die Schwierigkeit, sich Arbeitskräfte zu beschaffen, für die Landwirte eine geringe oder die Lage der Landarbeiter eine glänzende wäre; im Gegenteil. Aber in dem Sinne existiert dort keine ländliche Arbeiterfrage, als ein sozial geschiedener, sich aus sich selbst erzeugender ländlicher Arbeiterstand dort so gut wie nicht besteht. Es ist die Gegend mit stark parzelliertem, im Erbgange regelmäßig weiter geteiltem Besitz: der Boden geht dort von einer Hand zur anderen, – der kleine Stellenbesitzer scharrt sein Leben lang Land zusammen bis zur bäuerlichen Selbständigkeit; stirbt er, so bricht das Kartenhaus häufig wieder zusammen, die Erben teilen, der Prozeß beginnt von neuem. Es besteht keine soziale Scheidewand zwischen dem kleinen Stellenbesitzer, welcher Arbeit sucht und dem größeren bäuerlichen Besitzer, welcher Arbeit bedarf. Dieser leistet dem kleinen Spannhilfe, der kleine Stellenbesitzer dem größeren Handhilfe. In unorganischer und individualistischer Weise wird so das gemeinwirtschaftliche Moment der alten organisierten Feldgemeinschaft der Dorfgemeinde ersetzt." Kleinstellenbesitzer, die nebenher Tagelöhner seien, herrschten zwar vor. Doch sie verlangten, als „gleichberechtigte Partei unter Abstreifung aller Kennzeichen eines Herrschaftsverhältnisses behandelt zu werden." Sie leisteten ihre Arbeit gewissermaßen als „Gefälligkeit", weniger als Pflicht. „Der Mann würde glauben, sich zu verkaufen, wenn er die Arbeit als dauernde Kontraktpflicht übernähme."[117] Vom Typus des Lohnarbeiters unterschieden sich *diese* Häusler weiterhin zutiefst – und zunehmend.

5. Lohnarbeit und Unstetigkeit: Freie Tagelöhner und Wanderarbeiter

a) Wachstum und Armut

Im Laufe des Jahrhunderts reichten das Gesinde, die kontraktlich gebundenen Arbeiter (Insten, Heuerlinge, Gutstagelöhner etc.) und die Häusler – neben den Bauern und ihren mithelfenden Familienangehörigen – immer weniger aus, den anfallenden landwirtschaftlichen Arbeitskräftebedarf zu erfüllen. Dies lag *zum einen* am immer stärker ausgeprägten Saison- und Stoßzeitcharakter der landwirtschaftlichen Arbeit, der die Bereitschaft der Bauern und Gutsbesitzer, Dauerarbeitskräfte einzustellen, begrenzte. Neue Möglichkeiten der Technik und Arbeitsorganisation, genauere Rentabilitätserwägungen und verschärfte Konkurrenzbedingungen legten es den landwirtschaftlichen Arbeitgebern nahe, einen zunehmenden Anteil der anfallenden Arbeit durch schnell einstellbare und schnell entlaßbare Lohnarbeiter besorgen zu lassen – sofern sie der Markt bereitstellte – statt durch dauerhaft eingestellte Arbeitskräfte. *Zum andern* ist an die sozialen Grenzen zu erinnern, die der Vermehrung der Häuslerstellen vor allem nach Beendigung des Landesausbaus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entgegenstanden. Zwar diskutierte man Umverteilungsmaßnahmen und probierte sie aus.[118] Aber gegen den massiven Widerstand der Besitzenden kamen sie nicht weit. Landwirtschaftliche Nutzfläche war begehrt, ihr Preis stieg an. Auch kleinstes landwirtschaftliches Eigentum war oft nur noch schwer erwerbbar, vor allem in den gutswirtschaftlichen und in den mittel- bis großbäuerlichen Regionen. *Schließlich* öffneten sich mit der Industrialisierung neue Beschäftigungs- und Verdienstalternativen, die es schwerer machten, bestimmte unattraktive Typen landwirtschaftlicher Arbeiter – vor allem Gesinde – hinreichend zu rekrutieren.

Alles zusammengenommen erklärt, warum ein zunehmender Teil der landwirtschaftlichen Arbeit im 19. Jahrhundert durch „freie Lohnarbeit" wahrgenommen wurde. Für die erste Hälfte des Jahrhunderts kam ein weiteres Moment hinzu. Solange die Bevölkerung schneller wuchs als die verfügbaren Arbeitsmöglichkeiten, blähte das resultierende Überangebot an Arbeitskräften das Reservoir der ohnehin nicht kontinuierlich beschäftigten „freien Tagelöhner" über das Maß hinaus auf, das durch Nachfrage gerechtfertigt wurde. Wer es nicht fertigbrachte, ein Stückchen Land zu ergattern, und wer zugleich den Sprung in eine Gesinde-, Insten- oder Heimarbeiterstelle entweder nicht schaffte oder nicht wollte, der wurde eben, sofern er nicht abwanderte, „Losgänger" oder „herrenloser Tagelöhner", wie man um 1850 sagte, und als solcher „Einlieger", „Mieter" oder vielleicht „Eigenkätner". Erst mit der Industrialisierung begann sich dies allmählich zu ändern.

Freie Tagelöhner – und damit sind hier und im folgenden Tagelöhner ohne eigenen Grundbesitz,[119] ohne hausherrschaftliche oder feudale Bindung und ohne längerfristige Kontrakte gemeint – gab es schon vor den Reformen. Das ist gegen die ältere Sichtweise festzuhalten.[120] Aber ihre eigentliche Vermehrung kam doch erst nach Aufhebung der Untertänigkeit, mit den zusätzliche Arbeitskräfte fordernden Agrarreformen und der noch einmal anschwellenden Bevölkerungsvermehrung in Restaurationszeit und Vormärz. Nur ein Beispiel, keineswegs das extremste: In 16 Dörfern der Magdeburger Börde ging von 1785 bis 1842 die Zahl der Bauern und Halbbauern leicht zurück (von 565 auf 522); zugleich vermehrten sich die Häusler von 128 auf 516; zudem gab es 1842 984 Einlieger, die 1785 noch gar nicht erwähnt worden waren.[121]

Was Einkommen und Lebensstandard betraf, standen sich die meist nicht regelmäßig arbeitenden freien Tagelöhner durchweg noch schlechter als die Häusler; ganz deutlich fielen sie hinter dem Gesinde und erst recht hinter den Insten zurück. Sie litten unter dem Pauperismus des Vormärz mehr als alle anderen Angehörigen der ländlichen Unterschichten, wobei allerdings der Unterschied zu den kleinen Häuslern und den krisengeschüttelten Heimarbeitern im konjunkturellen Tief oft nicht scharf markiert war. Die besitzlosen Tagelöhner galten als „das Proletariat in der ländlichen Arbeiterklasse",[122] als Abschaum der Bevölkerung, als Kern der Landarbeiterfrage, die ja bis in die 1850er Jahre um die ländliche Überschußbevölkerung kreiste, um die Unmöglichkeit, ihr zureichend Arbeit und Einkommen zu verschaffen, wie auch um die Gefahren, die daraus für die Stabilität der Gesellschaftsordnung entstehen mochten. „(N)ur die Mieths- und Eigenkäthner (selbständige Tagelöhner), welche zu keinen bestimmten Arbeiten verpflichtet sind, erregen durch ihren starken Zuwachs und durch die Unsicherheit der Existenz (fast nur auf erschöpfte Kartoffelgärten basirt) ernstliche Besorgnis", schrieb der preußische Beamte und Agrarwissenschaftler Freiherr von Haxthausen mit Blick auf die Provinz Preußen in den 1830er Jahren. Und als ein Ergebnis der ersten systematischen Landarbeiter-Enquête, die selbst eine Reaktion auf die Revolution darstellte, wurde aus Arbeitgeberperspektive 1849 formuliert: „Allgemeiner und entschiedener tritt die Mißlichkeit der Lage des ländlichen Arbeiters jedenfalls bei dem Einlieger und Heuerling hervor; seine Existenz ist weit überwiegend eine dürftige und haltungslose. Wir gewahren diese namentlich in Preußen. Hier bringen es im Regierungs-Bezirk Königsberg diese Leute – freilich ebensowohl wegen Unlust als mangelnder Gelegenheit zur Arbeit – selten weiter als bis zur Befriedigung der allernothwendigsten Lebens-Bedürfnisse, oft nicht 'mal so weit; zumal in Jahren des Mißwachses und der Theuerung. Ganz ähnlich verhält es sich in Litthauen; mißräth des Arbeiters hauptsächlichstes Nahrungsmittel – die Kartoffel: so geräth der herrenlose Tagelöhner sofort in Noth und Elend." „Die ungebundene Stellung als Einlieger gewöhnt den Mann häufig an Nichtsthun. Er lebt aus der Hand in den Mund und wird, wenn er nichts hat oder Alles verloren hat, ein natürlicher Feind jedes Besitzenden."[123]

Während nach 1850 das landwirtschaftliche Gesinde zu schrumpfen begann, die Zunahme der Insten allmählich abflaute und auch der große Expansions-



Auszahlung der Tagelöhner durch den Inspektor. Lithographie um 1880

schub der Häuslerstellen mit dem Landesausbau vorbei war, wurde das sich gleichwohl fortsetzende Wachstum der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft nun ganz primär von freien Tagelöhnern getragen. Deren Zahl muß zwischen 1850 und 1875 schnell zugenommen haben.[124] Trotzdem stellten sie auch noch Mitte der 70er Jahre nur eine Minderheit aller landwirtschaftlichen Arbeiter dar. Vermutlich galt das auch noch in späteren Jahrzehnten. Vier Regionen und Agrarverfassungen muß man zumindest unterscheiden:[125]

1. Relativ zu Gesinde, kontraktlich gebundenen Arbeitern und Häuslern dominierten freie Tagelöhner wohl nur in der preußischen Provinz Sachsen und partiell in Schlesien, in Teilen des Königreichs Sachsen um Leipzig und Zwickau, in Sachsen-Anhalt, im sächsisch-thüringischen Bereich, in Teilen des Herzogtums Braunschweig (um Helmstedt, Holzminden und Gandersheim), lokal begrenzt sicher auch anderswo, so in den Kreisen Dannenberg und Gifthorn der Provinz Hannover und in einigen niederbayrischen Landstrichen. Das waren mittel- bis großbäuerlich strukturierte, kapitalistisch bereits sehr durchsetzte Gebiete, oft stadt- und gewerbenah, ohne starke gutsherrschaftliche Prägung, mit diversifizierter Landwirtschaft und hohem, saisonal schwankendem Arbeitskräftebedarf, teilweise durch landwirtschaftsnahe Fabriken verstärkt.

2. Ungefähr gleichauf mit Gesinde und tagelöhnerndem Kleinstbesitz (ca. 1:1:1) war die freie Tagelohnarbeit in einigen Gebieten mit kleinbäuerlicher Struktur vertreten, nämlich dort, wo diese bereits kapitalistisch stark integriert und gewerblich durchdrungen waren: in der Rheinprovinz, im Großherzogtum Hessen, vor allem in Hessen-Nassau. In diesen Bereichen dominierten allerdings klar – weit vor dem Gesinde, den tagelöhnernden Kleinstbesitzern und den

freien Tagelöhnern – die bäuerlichen Familienbetriebe und damit die Mitglieder der Bauernfamilien als Arbeitskräfte. Starke saisonale Schwankungen des Arbeitskräftebedarfs, die traditionell geringe Verbreitung des landwirtschaftlichen Gesindes im kleinbäuerlichen Bereich und die im Prinzip leichte Zugänglichkeit von nicht-landwirtschaftlichen Ergänzungsbeschäftigungen dürften hier die Entstehung und Vermehrung eines sehr flexiblen freien Lohnarbeitertypus erleichtert haben.

3. Zahlreich, wenn auch deutlich an zweiter oder dritter Stelle – hinter den kontraktlich gebundenen Arbeitern und teilweise auch hinter dem Gesinde – fanden sich schließlich freie Tagelöhner in den gutswirtschaftlich bestimmten Regionen des Ostens und Nordens, in den Provinzen Pommern, Posen und Brandenburg, Ost- und Westpreußen, in Lauenberg sowie Teilen Schleswig-Holsteins und Hannovers. Saisonale Schwankungen des Arbeitskräftebedarfs waren in diesen Getreideregionen geringer als anderswo. Traditionen der haus- und gutsherrschaftlichen Einbindung lebten hier kräftig fort, und der Lohnarbeit hervortreibende Sog der Industrialisierung hatte in diesen primär agrarischen Gebieten noch nicht so umstürzend gewirkt wie etwa in der Magdeburger Börde oder im Rheinland.

4. Im übrigen Deutschland, vor allem in Westfalen und Bayern, in Württemberg und Baden, fielen die freien Tagelöhner weit hinter Gesinde und Häuslern zurück. In diesen traditionell geprägten Gebieten blieb das Neue begrenzt, das Wachstum langsam, die kapitalistische Umwandlung auf Ansätze beschränkt – sei es auf mittel- und großbäuerlicher, sei es auf klein- und kleinstbäuerlicher Basis. Die bayrischen und westfälischen Bauern griffen weiterhin auf Familienarbeit und Gesinde zurück. Wo Häusler stark dominierten wie im Südwesten, konnten sie saisonal wechselnden Arbeitsbedarf selbst auffangen. Freie Lohnarbeit setzte sich hier nur spurenweise durch.

Im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts hörte die Landarbeiterfrage auf, ein Problem des sozial brisanten Arbeitskräfteüberschusses zu sein, sie wurde – in der Sicht der Arbeitgeber und Sozialpolitiker – vor allem ein Problem des Arbeitskräftemangels. Neben dem Gesinde fehlte es, so die Klagen der Arbeitgeber seit den frühen 60er Jahren, auch zunehmend an Tagelöhnern, vor allem in der Saison.[126] Konnten die freien Tagelöhner von dieser neuen Arbeitsmarktsituation profitieren und ihre vormärzliche Elendsgeschichte endgültig hinter sich lassen?

In einzelnen Regionen, wie es scheint, ja. Für das Herzogtum Braunschweig hat man wahrscheinlich gemacht, daß der Aufschwung der Landwirtschaft, die Vermehrung der landwirtschaftsnahen Fabriken, der Sog der Städte und die damit angekurbelte Nachfrage nach ländlichen Arbeitern deren Einkommen aus Tagelohn zwischen 1850 und 1870 nominell auf das Doppelte steigen ließ, wodurch sie Anfang der 70er Jahre erstmals jene Summe erreichten, die von zeitgenössischen Beobachtern als Existenzminimum beschrieben wurde.[127]

Sicher stiegen die Tagelöhne überall an.[127a] Doch zeigt der Vergleich der Tagelohnsätze, wie sie 1849 und 1873 in der Landwirtschaft gezahlt wurden (Tab. 27), daß die Steigerungsraten nicht durchweg die Steigerung der Preise (für

Lebensmittel zwischen 1849 und 1873 über 90%) erreichten. Vor allem nahm die Streuung der Sätze innerhalb ein und derselben Region zu, offenbar dank stärker ausgeprägter Unterschiede zwischen höheren Sommer- und niedrigeren Winterlöhnen. Männer und Frauen wurden um 1873 eher noch unterschiedlicher bezahlt als um 1849. Gelang es den freien Tagelöhnern im Unterschied zum Gesinde, zu den Insten und zu einem Teil der Häusler also nicht, vom Sog der ersten Industrialisierungsphase zu profitieren? Verloren sie, die ihre Bedürfnisse ja zum überwiegenden Teil über den Markt decken mußten, in diesem inflationären Vierteljahrhundert an Kaufkraft?

Tabelle 27: Tagelohnsätze landwirtschaftlicher Arbeiter in Preußen nach ausgewählten Provinzen 1849 und 1873 (in Pfennig)

Provinz	Männer		Frauen	
	1849	1873	1849	1873
Westpreußen	60–100	90–175	40– 60	50– 90
Brandenburg	ca. 100	70–220	ca. 50	40–120
Pommern	50–100	60–250	50– 75	40–140
Schlesien	40– 60	40–140	25– 40	25– 70
Sachsen	75–125	50–200		40–100
Schleswig-Holstein		70–250		50–125
Hannover		70–225		50–100
Westfalen	40–100	75–200		50–150
Rheinprovinz	40–120	70–200	30– 70	50–125

Quelle: wie zu Tabelle 26 oben S. 164

Nun wird man die Aussagekraft der Tagelohnsätze nicht überschätzen dürfen. Die tatsächlichen Einkünfte lagen oft höher. Auch freie Tagelöhner erhielten oftmals einen Teil ihres Einkommens in Form von Naturalien (zumindest Verköstigung, teilweise auch Unterkunft während der mehrwöchigen oder mehrmonatigen Beschäftigung). Selbst die „freien Tagelöhner", per definitionem ohne Grundbesitz, versuchten oft, ein Stückchen Land zu pachten, um etwas Kartoffeln und Gemüse anzubauen, eine Kuh oder eine Ziege oder etwas Federvieh zu halten, ein paar Schweine zu füttern. Das ergab zusätzliche Einkünfte. Auch nahm die Akkordarbeit im dritten Jahrhundertviertel rasch zu. Man kann annehmen, daß 1872 die freien Tagelöhner im südlichen und westlichen Deutschland durchschnittlich mindestens ein Drittel, im nördlichen und westlichen Deutschland mindestens ein Viertel der von ihnen geleisteten Arbeitstage im Akkord standen. Im Akkord aber verdiente man zwischen 25 und 130, im Durchschnitt 70% mehr als im Tagelohn. Nur in seltenen Fällen dürfte überdies der Tagelohn des Mannes der einzige Verdienst der Familie gewesen sein. Bei den Tagelöhnern ohne Grundbesitz verdienten die Frau und die Kinder 1872/73 im Durchschnitt ein Drittel des Gesamteinkommens der Familie. Schließlich variierten die

Tagelöhne stark von Region zu Region: von 1,90 Mark im Ober-Elsaß bis zu 70 Pfennig im Regierungsbezirk Oppeln, bei einem Durchschnitt von 1,40 Mark (1872). Die Löhne differierten stärker als die Nahrungsmittelpreise. Die Nähe von Städten, Fabriken und Baustellen trieb sie ebenso hoch wie die Arbeitskräfteknappheit in dünnbesiedelten Gebieten, etwa im Regierungsbezirk Stralsund. Die Produktivität des Bodens spielte eine Rolle ebenso wie das Anspruchsniveau der arbeitenden Bevölkerung. Dieses, darüber war man sich einig, lag im Süden und Südwesten höher als anderswo, in Schlesien besonders tief. Durchschnittszahlen verwischen das alles.[128]

Trotz dieser Einschränkungen kann kein Zweifel daran bestehen, daß auch 1873 die freien Tagelöhner die ärmste Landarbeiterkategorie darstellten. Eindeutig hinkte ihr – unter der über-optimistischen Ausnahme regelmäßiger Arbeit errechnetes – Jahresverdienst von 609 Mark (Reichsdurchschnitt) hinter dem der kontraktlich gebundenen Tagelöhner (693 Mark) und erst recht hinter dem der Häusler (720 Mark) her.[129] Zweifellos blieben die realen Einkommen vieler freier Tagelöhner oft weit hinter diesen Zahlen zurück, denn ihre Beschäftigung erstreckte sich selten kontinuierlich übers ganze Jahr – der Stoßzeitcharakter und die Diskontinuierlichkeit landwirtschaftlicher Arbeit hatten ja zugenommen. Die saisonbedingten Ausfälle wurden für diese Arbeiterkategorie nicht wie bei Knechten, Mägden und Insten durch langfristige Kontrakte und nicht wie bei den Häuslern durch eine kleine Eigenwirtschaft abgefedert. Ihre Marktabhängigkeit war fast total. Selbst noch im Aufschwungjahr 1873 stieß es auf außerordentliche Schwierigkeiten, *allein* vom Tagelöhnern zu leben. Selbst die „Leutenot" jener Jahre brachte es offenbar nicht fertig, die landwirtschaftlichen Löhne so anzuheben, daß sie als Grundlage einer stabilen, wenn auch ärmlichen Lohnarbeiterexistenz hingereicht hätten.[130]

b) Wechsel als Normalität

Verständlich wird dieser marktwirtschaftlich zunächst unerwartete Befund, wenn man dreierlei bedenkt. Zum einen gehörten zur Kategorie der freien Tagelöhner schon deshalb die Ärmsten der landwirtschaftlichen Arbeiter, weil der durchaus verbreitete Wunsch nach Eigentum und Selbständigkeit die erfolgreicheren freien Tagelöhner schnell aus dieser Kategorie ausscheiden ließ – durch Kauf oder Pacht eines Stückchens Boden, durch Besitz eines kleinen Häuschens, durch Betrieb einer noch so kleinen, ergänzenden Landwirtschaft. Sie wurden dadurch zum „Tagelöhner mit Grundbesitz", zum Häusler, wie wir hier im Anschluß an den zeitgenössischen Wortgebrauch sagen (siehe letzten Abschnitt). Freier Tagelöhner war man denn häufig wohl nur während einer bestimmten Phase des Lebens, bevor man zum Häusler aufstieg, zum Bettler, Vagabunden oder Asylbewohner abstieg oder in die Stadt abwanderte; oder nach dem Abstieg aus gewerblicher Arbeit im Alter.

Zum andern gab es auch noch im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts Regio-

nen mit einem geradezu vormärzlichen Ungleichgewicht zwischen rasch wachsender Bevölkerung und weiterhin unzureichenden Arbeitsmöglichkeiten, vor allem im agrarischen Osten und in ehemals blühenden, nunmehr krisenbedrohten Heimarbeitergebieten ohne Anschluß an lokale Industrialisierung (z.B. im Eichsfeld). Wanderarbeiter hatte es in der Landwirtschaft mit ihrer saisonal schwankenden Arbeitskraftnachfrage immer gegeben. Jetzt, im dritten Viertel des Jahrhunderts, nahm ihre Zahl kräftig zu, wenn sie auch erst gegen Ende des Jahrhunderts zum vieldiskutierten Massenphänomen wurden. Durch vermehrten Einsatz von angeworbenen, zuwandernden und nach der Ernte wieder abziehenden Saisonarbeitern aus unterentwickelten Gebieten gelang es den landwirtschaftlichen Arbeitgebern in den nachfragestarken Gebieten, die Zahlung höherer, stabilerer Löhne an die einheimischen Arbeitskräfte zu umgehen. Ein überregionaler Arbeitsmarkt für landwirtschaftliche Arbeitskräfte entstand, und das drückte die Löhne. Die Eisenbahnen halfen dabei mit.[131]

Schließlich hatte die landwirtschaftliche Tagelöhnerei oftmals nur ergänzenden Charakter. Die genannten Sätze erhielten ja auch die Feldarbeiter, die nach Einbringung der Rübenernte in die nächstgelegene Zuckerfabrik gingen; die Maurergesellen und Fabrikarbeiterinnen aus der nächsten Stadt, die während der Saison aufs Land kamen, um auf Zeit Landarbeiter zu werden; die besitzlosen Heuerlinge, deren Familien sich durch Leinenweberei schlecht und recht über Wasser hielten; die zahlreichen „Tagelöhner" und „Handarbeiter" männlichen und weiblichen Geschlechts, die zwischendurch in der Landwirtschaft arbeiteten, sich aber davor und danach auf Eisenbahnbaustellen, im Straßenbau, bei der nächsten Fabrik, als Dienstboten oder als Schiffsleute verdingen mochten. Solche „Mischexistenz" erforderte Flexibilität, Einfallsreichtum und Anpassungsbereitschaft; sie hatte in der Unterschicht eine lange Tradition. In der Phase der Industriellen Revolution war sie weiter verbreitet als je, weil die saisonalen Schwankungen der Landwirtschaft hervortraten und das Anstellungsverhalten der landwirtschaftlichen Arbeitgeber stärker als je bestimmten, und weil umgekehrt auch die gewerbliche Wirtschaft noch nicht jene Kontinuität und Stetigkeit gewonnen hatte, die sie auf späteren Stufen der Industrialisierung auszeichnete. Das dritte Jahrhundertviertel war eine Phase zunehmender Fluktuation und Beweglichkeit. Ein *wachsender* Teil der Unterschicht fluktuierte zwischen Landwirtschaft und Gewerbe hin und her. Das relativiert jede Klassifizierung und macht die freie landwirtschaftliche Tagelöhnerei zu einem außerordentlich schwer faßbaren, fast ephemeren Phänomen.[132] Entsprechend vielgestaltig waren die sozialen Profile, die sich in der Kategorie „freie Tagelöhner ohne Grundbesitz" verbargen, in der übrigens fast ebensoviele Frauen und Mädchen wie Männer und Jungen zusammengefaßt wurden (1882).[133]

In dem oberhessischen Postort Halsdorf, der 1867 79 Häuser und 527 Einwohner zählte, registrierte man im selben Jahr 35 Tagelöhner-Haushalte, einschließlich Einpersonen-Haushalte; ihre Zahl hatte in den vorangehenden Jahrzehnten überproportional zugenommen. 19 von ihnen wohnten zur Untermiete (z.T. in zwei reinen Mietshäusern), 4 Haushalte hatten je einen Viertelsanteil an einem gemeinsamen Haus, und 12 besaßen ein eigenes Häuschen. Durchweg herrschten



Waldarbeiter bei Dresden um 1870

unvollständige Familien vor: Witwer und Witwen, alleinstehende Mütter mit teils mehreren Kindern, Alte beiderlei Geschlechts, die Frau eines meist abwesenden Postillions. In den arbeitsreichen Monaten des bäuerlichen Wirtschaftsjahres gingen alle aufs Feld, von Sonnenaufgang bis -untergang. Die Nahrung war dann vergleichsweise reichlich, enthielt dreimal die Woche auch Fleisch und täglich Branntwein; Brot und Suppen herrschten vor. Die Not kam im Winter. Das Leineweben, Korbflechten und Besenbinden zu Hause brachte wenig ein. Mit Forstarbeit im Wald und mit Steineklopfen mochte man 80 Pfennig bis 1,10 Mark pro Tag verdienen, aber solche Arbeit war knapp. Die Arbeit der Frauen konzentrierte sich aufs Spinnen, Stricken und Waschen, was kaum mehr als 20 bis 30 Pfennig pro Tag ergab. Wer irgend konnte, erwarb oder pachtete ein Stückchen Nutzland dazu.[134]

Ein anderes Beispiel: Normalerweise erledigte das hinterpommersche Gut Friederikenhof des Herrn v. Damerow seine Arbeiten mit Hilfe von Gesinde, Insten und Hofgängern. Aber zur Kartoffelernte im Herbst stellte es in den 70er Jahren für drei bis vier Wochen etwa 30 freie Tagelöhner zusätzlich ein: Frauen, Schulkinder, nur wenige Männer aus der anderthalb Gehstunden entfernten Kleinstadt. Zusammen mit den Insten und dem Gesinde brachten sie Kartoffeln ein, nachdem sie der „Vogt" – eine Art Vorarbeiter – auf dem Wochenmarkt

angeworben hatte und der Lehrer in der Schule vor Beginn der „Kartoffelferien" die besonderen Verdienstmöglichkeiten auf den umliegenden Gütern hevorgehoben hatte. Früh um fünf wurden sie von einem Fuhrwerk des Gutes abgeholt, pünktlich um 6 Uhr begann die Arbeit. Man bekam seine Reihe zugeteilt, die Erwachsenen zwei, die Kinder eine, jeder hatte die Kiepe vor sich und durchwühlte die vorher vom Knecht umgepflügten Stauden und Furchen, um die Knollen einzusammeln, die dann zum Gut abtransportiert wurden. Der Vogt beaufsichtigte, zwischendurch kam der Inspektor, um nach dem Rechten zu sehen, hoch zu Roß, mit gespornten Stiefeln und wuchtiger Reitpeitsche. Wie ein Offizier seine Kompanie, so schritt er die Linie der emsig tätigen „Leute" ab, „der Vogt stets bemüht, einen halben Schritt rückwärts an der linken Seite seines Vorgesetzten zu bleiben", er hatte es beim „Kummiß" so gelernt, wie er sagte. Um 10 Uhr rief seine Trillerpfeife zum 15minütigen Frühstück, um 1 Uhr zum 3/4stündigen Mittagessen; das Brot hatte man mitgebracht, dazu gab es „Leutekaffee" vom nahen Gut, aus gebrannten Gerstenkörnern und Zichorie. Bei beginnender Dunkelheit um 6.30 Uhr war Feierabend. Jede erwachsene Person, die ein Kind als Helfer gestellt hatte, durfte sich einen kleinen Korb voll Kartoffeln mitnehmen und – zu Fuß – den anderthalbstündigen Heimweg antreten. Dies für ca. drei Wochen, auch sonntags, bei jedem Wetter. Für den 13jährigen Franz Rehbein, der dies später berichtete, und seine Mutter, eine Schneiderswitwe, die ansonsten sich und ihre Kinder „als Waschfrau bei den Honoratioren, als Küchenarbeiterin in dem ‚ersten Hotel' des Orts und nicht zuletzt als Feldarbeiterin bei Ackerbürgern" durchbrachte, waren 25 Pfennig pro Tag für den Jungen und 50 Pfennig pro Tag für die Frau viel Geld. Im Anschluß daran – die Ferien waren zu Ende – nahm der Junge noch drei weitere Wochen Urlaub von der Schule, um als Scharwerker (Hofgänger) bei einem Insten des Gutes zu dienen, dessen Sohn erkrankt war. Danach konnte die Mutter keinen weiteren Schulurlaub mehr erwirken. Neben der Schule trug der Junge als Stiefelputzer und Faktotum einer Gymnasiastenverbindung ein wenig zum Familieneinkommen bei.[135]

Auch in den Steuerkatastern des gut untersuchten württembergischen Dorfes Kiebingen fanden sich 1864 unter 211 veranschlagten Haushaltsvorständen 20 „Taglöhner" (neben 47 Bauern, 4 Weingärtnern, 2 Schäfern, 5 Gemeindearbeitern und etwa 120 Trägern von Handwerkerbezeichnungen). Zu vier Fünfteln gehörten sie der untersten Steuerklasse an. Sie waren die Söhne und Töchter von Tagelöhnern, Weingärtnern und schlecht gestellten Handwerkern, nur im Ausnahmefall stammten sie aus einer Bauernfamilie. Die Tagelöhnersituation war unsicher, ärmlich und wenig angesehen, doch in 50% der Fälle, in jedem zweiten Fall, wurde sie – vom Vater auf den Sohn – „vererbt". Zwar ging der Anteil der Tagelöhner an der Gesamtbevölkerung Kiebingens von 1823 bis 1864 etwas zurück, vor allem zugunsten der Bauhandwerker, der Maurer, Steinhauer, Ziegler und Zimmerleute. Doch bedeutete dies in Wirklichkeit wenig. Denn Tagelöhner wie Bauhandwerker lebten extrem unsicher und mobil, von allen Marktschwankungen direkt betroffen und zum „ständigen Pendeln zwischen lokaler agrarischer Selbstversorgung und externen Verdienstchancen" gezwungen. Permanente Arbeitsmöglichkeiten für familienfremde Arbeitskräfte bot die kleinbe-

triebliche Landwirtschaft dieses Realteilungsgebiets kaum, nur zur Ernte benötigte man zusätzliche Helfer. Feste Stellen und Dauerarbeitsplätze besaßen diese Tagelöhner nicht, ihr Arbeitsjahr setzte sich vielmehr aus freiwilligen oder erzwungenen Phasen heimatlicher Feldarbeit einerseits und auswärtiger Wanderarbeit andererseits zusammen, in wechselnden und nicht voraussagbaren Mischungen. Viel Zeit verging mit Arbeitsuche. Anspruchslose Anpassungsfähigkeit war verlangt. Die Einbindung dieser Menschen in Arbeit, Familie und Gemeinde war außerordentlich locker. Irreguläres, saison- und konjunkturbedingtes Hin- und Herwandern über kürzere Distanzen prägte ihre Existenz, mit Phasen des Sichnachaußenwendens bei sich bietenden neuen Verdienstchancen, mit Etappen des Rückzugs ins Dorf, wenn die Konjunktur, der Winter, die Gesundheit oder die Altersschwäche es verlangten.[136]

Allerdings bildeten sich Muster heraus, an denen sich die Erwartungen der Wandernden, ihrer Familien und Gemeinden trotz aller Fluidität orientieren konnten. Schließlich unterschieden sich die Regionen nach Entwicklungsstand, Fruchtbarkeit, Klima, landwirtschaftlicher Schwerpunktbildung, Bevölkerungsdichte, Einkommenshöhe, Art der Beziehung zwischen Landwirtschaft und Gewerbe sowie nach spezialisierten Qualifikationen, und diese Unterschiede erwiesen sich als mittelfristig stabil. Aus positiven Wandererfahrungen wurden erfolgreiche Gewohnheiten, die die Eltern an die Kinder weitergaben. Typische Wanderer-Ströme entstanden, die sich nur langsam veränderten. Teilweise gab es sie seit vielen Generationen, größtenteils entstanden sie erst mit den beschriebenen innerlandwirtschaftlichen Veränderungen im 19. Jahrhundert. Mit den Eisenbahnen nahmen das Volumen und die Distanz der Wanderungen zu. In den 1860er Jahren fielen die letzten Freizügigkeitsbeschränkungen. Anfang der 70er Jahre waren die Wanderungsmuster klar erkennbar.[137] Einige Beispiele mögen das illustrieren:

Bis ins 16. Jahrhundert reichte die periodische „Hollandgängerei" von ländlichen Arbeitern aus Westfalen, Lippe und Hannover zurück. Kurz nach Pfingsten trafen sich bis ins 20. Jahrhundert hinein kleinere Trupps von armen Heuerlingen, Köttern und Landarbeitersöhnen – durchweg Männer – zur Wanderung auf den Landstraßen und später auf den Kreisbahnhöfen, um für vier bis sechs Wochen bei der arbeitsintensiven holländischen Heuernte etwas dazuzuverdienen. Andere gingen zum Torfstechen. Bevor die Ernte zu Hause begann, war man zurück. „Die Handwerker und Hollandsgänger können auskommen, dagegen bringen auch Letztere, besonders die Torfgräber, häufig Wechselfieber zurück."[138]

Das dichtbesiedelte thüringische Eichsfeld mit seiner Realteilung, Heimindustrie und Armut war ein typisches Abwanderungsgebiet, vor allem seit den 1830er und 1840er Jahren, als die Hausweberei in ihre große Krise geriet und die Familien nicht mehr ernährte. Aus purer Not oder zielgerichteter Strebsamkeit wanderten hier die jungen Männer und Frauen oft schon im Februar weg und kamen erst im Spätherbst wieder. Vor allem im arbeitsintensiven Rübenanbau der Börde, Sachsens und Braunschweigs fanden sie Arbeit. Die Hackarbeit auf den Rübenfeldern begann ja schon früh im Jahr, und die Ernte konnte dort bis in den November dauern.[139]



Fulder Erntearbeiter. J. F. Dielmann, 1835

Ebenfalls auf acht bis neun Monate ließ man sich in der Neumark, in Hinterpommern, Westpreußen, Posen und Schlesien anwerben, um vom Frühjahr bis zum Spätherbst in Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Braunschweig, Oldenburg und sicherlich auch anderswo zu arbeiten. Auch hier gaben vor allem die dichter besiedelten, parzellierten Gegenden wie der Oder- oder Warthebruch jedes Jahr Ströme von daheim unterbeschäftigten, in der Fremde Arbeit suchenden Menschen ab. Paarweise – der Schnitter oder Mäher mit seiner „Sommerfrau", der Binderin –, auch in ganzen Familien oder in kleinen Gruppen suchte und fand man Tagelohn bei der Getreideernte, die vor allem auf den größeren Höfen und den Gütern von ganzen Kolonnen eingebracht wurde, und zwar von Männern und Frauen in traditionell festgelegter, regional leicht variierender Arbeitsteilung und Formation, unter Leitung von Vormähern oder Vormäher-Paaren, meist im Akkord.[140]

Vor allem mit der Ausweitung des Rübenanbaus und der Durchsetzung der Zuckerrübenverarbeitung seit dem Vormärz wurde der wachsende Saisonarbeiterbedarf immer häufiger durch darauf spezialisierte Agenten befriedigt. Oft auf eigener Erfahrung als Wanderarbeiter fußend, warben sie im Osten ganze Züge von Landarbeitern an: Männer und Frauen, Jugendliche und Alte, ganze Familien und Alleinwandernde, in den 70er Jahren noch vor allem Deutsche, aber zunehmend auch Polen, Masuren, Kaschuben, Russen und andere Nationalitäten, durchweg aus dem unterbäuerlichen Sozialbereich. Die Armut zu Hause vertrieb diese Leute, und die besseren Verdienste im Westen verlockten sie,

jedes Jahr wieder, bis man vielleicht einmal auf Dauer in der Fremde blieb oder genug gespart hatte, um zu Hause ein Stück Land zu erwerben und in Zukunft den jährlichen Fernwanderungen fernbleiben zu können. Der junge Franz Rehbein hat Anfang der 80er Jahre an einem solchen „Sachsengängerzug" von Hinterpommern in die Magdeburger Börde teilgenommen und darüber berichtet: über die Anwerbung durch den Agenten, die bunt zusammengewürfelte Reisegruppe von 45 Personen, den überfüllten Eisenbahnwagen IV. Klasse, die allgegenwärtige Schnapsflasche, die Lichter der Großstadt Berlin, die mitleidige Verachtung der Passanten für die im Wartesaal des Schlesischen Bahnhofs lagernden Schwärme von Wanderarbeitern verschiedener Nationalität mit ihrem fremdartigen, hinterwäldlerischen Aussehen, ihren selbstgewebten groben Kleidern oder Schafspelzen, ihren Knieschürzen und Pumphosen, Kopftüchern, Tagelöhnermützen und tief über die Ohren gezogenen „Pudeln". Man bezeichnete sie unterschiedslos und abschätzig als „Polacken", während für diese ostelbischen Landarbeiter alle westlichen Regionen unter den Sammelbegriff „Sachsen" fielen.[141]

In der Ankunftsregion teilte der mitreisende Agent die Leute auf seine Auftraggeber auf, die ihm meist erst Anfang des Jahres ihren Bedarf für die Saison genannt hatten. Meist arbeiteten die Fremden auf größeren Höfen und Gütern, und zwar in Kolonne, wobei der Agent als Kolonnenführer und Zwischenunternehmer fungierte, der den Vertrag mit dem Auftraggeber abgeschlossen hatte und den Verkehr mit ihm monopolisierte. Es war seine Aufgabe, „die Leute" einzusetzen, zu beaufsichtigen und zu entlohnen, meist im Gruppen-Akkord. Dafür erhielt er Monatslohn und Prämien. Den Gutsbesitzer oder -inspektor bekamen die Saisonarbeiter kaum zu Gesicht.

Die Unterbringung variierte. Einzeln oder in kleinen Gruppen vermittelte Saisonarbeiter kamen in Gesindestuben und Tagelöhnerkaten unter und lebten gemeinsam mit den einheimischen Landarbeitern. Für die großen Kolonnen stand dagegen manchmal nur ein Stall zur Verfügung, mit selbst zu benutzender Kochstelle und behelfsmäßigem Strohlager, zugig, eng, dreckig und sehr primitiv.[142] Aber immer häufiger stellten die Höfe, Güter und Zuckerfabriken eigens dafür gebaute „Arbeiterkasernen" bereit, in denen die Kolonnen zusammen mit ihren Aufsehern und deren Familien gemeinsam und sehr einfach hausten. Die sächsische Regierung erließ schon 1857 und wieder 1874 eine „Polizei-Verordnung betr. die Unterbringung der für den Betrieb von Zucker- und Zichorien-Fabriken, sowie ähnlicher gewerblicher oder landwirtschaftlicher Etablissements beschäftigten Arbeiter", die Minimumstandards sowie Haus- und Polizeiordnungen für die „Arbeiterkasernen" dekretierte. So wurde die Trennung der Geschlechter und ein separater Raum für jede Familie vorgeschrieben. Kinder unter 16 durften nicht aufgenommen werden. Nahrungsmittel wurden häufig vom Aufseher beschafft und an die einzelnen verkauft.[143] Später entstanden oft Läden in der Nähe dieser Massenquartiere. Während der Saison war die Freizeit knapp, der Kontakt zu den Einheimischen blieb sehr begrenzt, wenn er nicht überhaupt durch Sprachschwierigkeiten blockiert wurde. Die einheimischen Arbeiter scheinen die lohndrückenden Zuwanderer auf Zeit nicht gerade geschätzt zu haben, im Dorf begegnete man ihnen mit Distanz. Mit einigen

Ersparnissen – etwa 100 bis 300 Mark pro Saison – trat man dann im Herbst die vom Arbeitgeber zusammen mit der Anreise vorausbezahlte Rückreise an. Damit konnte man zu Hause auch Phasen winterlicher Arbeitslosigkeit überstehen, wenn man nicht in der Forstwirtschaft, beim Straßenbau oder in der Heimarbeit unterkam oder sich um die eigene Kleinstelle kümmern mußte, die in der Saison von anderen Familienmitgliedern versorgt worden war.[144]

Doch die meisten Saisonarbeiter des dritten Jahrhundertviertels beschränkten sich auf kürzere Distanzen und wanderten in weniger organisierter Form. Je mehr ostdeutsche Landarbeiter nach Westen zogen, desto häufiger drängten polnische und russische Saisonarbeiter aus Russisch-Polen und Galizien vor allem seit den 70er Jahren auf die ostdeutschen Güter, die ihre Anspruchslosigkeit zu schätzen wußten, bis Bismarck 1885/86 aus nationalpolitischen Gründen die Zuwanderung ausländisch-polnischer Arbeiter vorübergehend erschwerte.

Die holsteinischen Marschen und die Insel Fehmarn hatten schon im 18. Jahrhundert Saisonarbeiter zur Getreideernte angezogen: Kleinbauern aus den Geestdistrikten, Landarbeiter ohne festen Arbeitsvertrag aus Holstein und Dänemark, wohl auch unterbeschäftigte Arbeiter aus der Stadt. Deren Anteil – wandernde Handwerker aller Art, städtische Gelegenheitsarbeiter und Arbeitslose – nahm nun seit den 70er Jahren zu, als sich auch hier der Dampfdrusch durchsetzte. Für ein paar Wochen halfen sie beim Maschinendreschen aus, das von darauf spezialisierten Lohnunternehmen betrieben wurde; sie wanderten mit den Maschinen von Hof zu Hof. Dabei führten sie den Einheimischen ungewohnte Lebensformen vor: vom Schlafen auf Feldern und in Scheunen bis hin zu Randale und Streiks. Als „Monarchen" bezeichnete man diese Erntearbeiter im äußersten Norden, die nach der Saison wieder verschwanden.

Im mittleren und südlichen Deutschland kamen die Wanderarbeiter meist aus den ärmeren, gebirgigen Distrikten, und sie gingen zur Ernte in die fruchtbaren Täler und Ebenen: aus Tirol, Vorarlberg und der Alb ins schwäbische Unterland; aus dem Bayrischen Wald und aus Böhmen nach Niederbayern; von der Rhön, vom Vogelsberg und aus dem Westerwald vor allem ins Rheinland und in den Südwesten; aus der Eifel und dem Hunsrück ins Rhein- und ins Saarland. Dabei kam ihnen zustatten, daß die Ernte in den Ebenen früher reifte als im Gebirge und daß im Westen, Südwesten und Süden sehr verschiedenartige Kulturen von Handelspflanzen angebaut wurden: Hopfen, Wein, Tabak, zunehmend auch Obst und Gemüse neben Viehzucht und Getreide-, Kartoffel- und Rübenanbau. Solche Kulturen benötigten Pflege und Arbeit zu unterschiedlichen Zeiten im Jahr. Die Feingliederung der Landschaft, klimatische Unterschiede und landwirtschaftliche Vielfalt auf engstem Raum erwiesen sich als Glück und Vorteil: denn sie erst erlaubten die Streckung und Verteilung der Arbeit weit über die kurze Saison hinaus, die die reine Getreidewirtschaft kennzeichnete – solange die Menschen bereit waren, der Arbeit im saisonalen Rhythmus nachzuziehen.[145]

Soweit landwirtschaftliche Lohnarbeit nicht in Kleinstbesitz oder – wie beim Gesinde, bei Insten und Heuerlingen – in irgendeine Form der Hausherrschaft eingebunden war, erwies sie sich in jenen Jahrzehnten als temporär, nicht-kontinuierlich und mit ständigem Ortswechsel verknüpft. Reine Lohnarbeit und Wan-

dern gehörten in der Landwirtschaft des 19. Jahrhunderts zusammen. Das sollte dieser Abschnitt gezeigt haben.

Doch es gab eine wichtige Ausnahme: örtlich eng benachbarte oder gar interdependente Arbeitsplätze in Landwirtschaft und Gewerbe, die sich in der Ausnutzung ein und derselben Arbeitskraft saisonal abwechselten, ohne diese zum Ortswechsel zu zwingen. Herkömmlicherweise hatte ebendies die Verknüpfung von landwirtschaftlicher Tätigkeit und gewerblicher Heimarbeit einigermaßen gewährleistet. Doch hatte dieses symbiotische System immer nur einen Teil der ländlichen Bevölkerung einzubinden vermocht. Bald lief ihm das Bevölkerungswachstum davon. Und im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts geriet die Hausindustrie in eine tiefe Krise; davon wird noch zu sprechen sein. Ihre Bedeutung als landwirtschaftliche Nebenbeschäftigung nahm rapide ab. Immer weniger war sie in der Lage, die an Heftigkeit zunehmenden saisonalen Schwankungen des landwirtschaftlichen Arbeitskräftebedarfs zu kompensieren.[146] Die Zunahme der saisonalen Wanderung erklärt sich teilweise aus diesem Zusammenhang. Hausindustriell geprägte, bevölkerungsdichte Mittelgebirgsgegenden wurden zu den Hauptabgaberegionen für Saisonwanderer. Das schnelle Bevölkerungswachstum, die genannten innerlandwirtschaftlichen Veränderungen und die Krise der Hausindustrie wirkten zusammen, um die landwirtschaftliche Saisonwanderung im dritten wie im vierten Jahrhundertviertel anschwellen zu lassen. Das haben wir verfolgt.

Nur allmählich entwickelten sich *neue* Formen der komplementären Arbeitskraftnutzung zwischen Landwirtschaft und Gewerbe und damit die Möglichkeit zum Abbau der Saisonwanderung auf lange Sicht: Einerseits nahm die Verstädterung zu und kam die Industrialisierung der Städte voran, immer mehr Landarbeiter wohnten in der Nähe von Gewerbestädten mit wachsendem Arbeitskräftebedarf. Über die bevölkerungsreichen, gewerbedichten, landwirtschaftlich parzellierten Gebiete des Königreichs Sachsen, der Provinz Sachsen, der Rheinprovinz und Badens schrieb von der Goltz 1871:

> „In diesen und anderen Gegenden Deutschlands giebt es eine nicht geringe Anzahl von Familien bei welchen man kaummehr weiß, ob man sie zu der ländlichen oder zu der industriellen Arbeiterbevölkerung rechnen soll. Der Mann ist im landwirthschaftlichen Gewerbe thätig, Frau und Kinder suchen in einer Fabrik ihre Beschäftigung oder auch umgekehrt; es kommt nun gleichfalls nicht selten vor, daß ein und dieselbe Person bald auf dem Felde, bald in einem industriellen Etablissement ihre Kräfte gegen Lohn verwerthet. Wir haben ferner Fabrikarbeiter, welche eigenen Grund und Boden besitzen und selbst gleichsam landwirthschaftliche Unternehmer sind; in einem solchen Falle pflegt von der Frau und den Kindern der kleine landwirthschaftliche Betrieb besorgt zu werden. Diese innige Berührung und Vermischung der ländlichen mit der industriellen Arbeiterklasse, welche jetzt blos vereinzelt sich findet, nimmt voraussichtlich immer mehr zu."[147]

Allerdings: Je entwickelter und kapitalintensiver die Fabrik, desto kontinuierlicher ihr Arbeitskräftebedarf. Schwankte er, dann mit der Konjunktur, i.d.R. nicht mit den Jahreszeiten. Die Komplementarität zwischen Landwirtschaft und

Fabrikarbeit war deshalb nur mit Friktionen zu haben.[148] Andererseits zogen Fabriken aufs Land, um die Ernte zu verarbeiten:

> „Dies gilt namentlich für die Runkelrübenzucker-Industrie; ferner, wie wohl in geringerem Maße, für die Stärke- und Syrupfabrikation, sowie für die Verarbeitung von Kartoffeln auf Spiritus. Diese und andere Betriebszweige wurden gewöhnlich auf dem Lande und als integrirende Theile einer Gutswirthschaft gehandhabt; die in ihnen beschäftigten Arbeiter leben auf dem Lande und werden häufig einen großen Theil des Jahres zu landwirthschaftlichen Verrichtungen herangezogen. Besonders trifft dies für die bei der Rübenzucker-Industrie thätigen Personen zu, da jene der Natur der Sache nach bloß in einigen Wintermonaten stattfinden kann, während wiederum der Anbau der Runkelrübe während des Sommers geschehen muß."[149]

Erst die ländliche oder landnahe Industrialisierung ließ pure Lohnarbeit in landwirtschaftlich-gewerblichen Mischungsverhältnissen zur Grundlage einer stetigen Arbeiterexistenz werden. Die Landwirtschaft allein schaffte dies im 19. Jahrhundert nicht.

6. Grundlagen und Begrenzungen proletarischer Klassenbildung in der Landwirtschaft

„Das Ackerbauproletariat, die Landtaglöhner", schrieb Friedrich Engels 1870, „das ist die Klasse, aus der sich die Armeen der Fürsten der großen Masse nach rekrutieren. Das ist die Klasse, die jetzt die große Menge der Feudalherren und Junker kraft des allgemeinen Stimmrechts ins Parlament schickt; das ist aber auch die Klasse, die den industriellen Arbeitern der Städte am nächsten steht, die mit ihnen dieselben Lebensbedingungen teilt, die sogar noch tiefer im Elend steckt als sie. Diese Klasse, die ohnmächtig ist, weil sie zersplittert und zerstreut ist, deren verborgene Macht Regierung und Adel so gut kennen, daß sie absichtlich die Schulen verkommen lassen, damit sie nur ja unwissend bleibe, diese Klasse lebendig zu machen und in die Bewegung hineinzuziehen, das ist die nächste, dringendste Aufgabe der deutschen Arbeiterbewegung."[150]

Der „(Neue) Social-Democrat" des ADAV und der „Volksstaat" der SDAP ließen keinen Zweifel daran, daß sie das „ländliche Proletariat" als Teil der von der Arbeiterbewegung zu vertretenden Arbeiterklasse begriffen, so sehr ihnen die Schwierigkeiten bewußt waren, die einer Aufrüttelung der Landarbeiter und Kleinbauern im sozialdemokratischen Sinn entgegenstanden, und obwohl das Schwergewicht ihrer Anstrengungen auf dem gewerblich-städtischen Bereich lag.[151] Und die landwirtschaftlichen Arbeitgeber nahmen die sozialdemokratische Agitation in der ländlichen Arbeiterschaft durchaus ernst.[152] Hatte sich bis 1875 tatsächlich so etwas wie eine ländliche Arbeiterklasse, gar als Teil eines Gesamtproletariats, herausgebildet?

Die Frage wird erst später genau zu beantworten sein, denn die Erörterung verschiedener sozialer, kultureller und politischer Aspekte des Klassenbildungsprozesses steht ja noch aus. Ohne Berücksichtigung der Gemeinschaftsbeziehungen, Ungleichheit und Machtverteilung in den Dörfern, der Nachbarschaft, Familie und Kirche, des Schulwesens und der Verwaltung sind Tendenzen und Grenzen der Klassenbildung auf dem Lande nicht hinreichend zu erfassen. Dazu folgt das Nötigste später.[152a] Bisher wurden im wesentlichen die sich verändernden Arbeits- und Verdienstverhältnisse der unterschiedlichen Landarbeiterkategorien dargestellt, wenn auch unter ständiger Einbeziehung der daraus folgenden Konsequenzen für ihre Lebensweise und ihre vermutlichen Erfahrungen. Die Frage nach dem Grad, der Art, den Gründen und Grenzen der Herausbildung von Lohnarbeit leitete die Darstellung. Die Ergebnisse sollen jetzt kurz zusammengefaßt, ein wenig ergänzt und daraufhin abgeklopft werden, was sie für die Frage nach der ländlich-proletarischen Klassenbildung bedeuten.

Zwar ging der *Anteil* der Landwirtschaft an allen Erwerbstätigen im 19. und 20. Jahrhundert kontinuierlich zurück, die *absolute Zahl* der primär mit Landwirtschaft Beschäftigten nahm dagegen im ganzen 19. Jahrhundert zu, bis etwa

zum Ersten Weltkrieg. Erst danach drehte sich dieser Aufwärtstrend um, zunächst langsam und nach 1950 mit atemberaubender Geschwindigkeit. Daß der Bedarf an landwirtschaftlicher Arbeitskraft im 19. Jahrhundert zunahm, war unmittelbar eine Folge des resoluten Landesausbaus – vor allem bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts – und der Intensivierung der Landwirtschaft – dies über den Gesamtzeitraum hin. Je intensiver und effizienter die Anbaumethoden wurden, desto mehr Leute brauchte man. Die ehemals eindeutiger vorherrschende reine Getreidewirtschaft brauchte weniger Bearbeitung als der absolut und relativ zunehmende Anbau von Hackfrüchten: von Kartoffeln, Rüben, Gemüse und Futterpflanzen für die sich verbreitende Stallfütterung. Nach zeitgenössischen Schätzungen wuchs der Bedarf an Handarbeit pro Morgen (rund ein Viertel ha) von 12–20 Arbeitstagen jährlich in der Körnerwirtschaft auf 30–50 jährliche Arbeitstage in der Fruchtwechselwirtschaft, die sich im zweiten Drittel des Jahrhunderts vor allem in den größeren Betrieben regional schnell durchsetzte. In der sog. „Industriewirtschaft", d.h. bei besonders intensiven, Fruchtwechsel nicht achtenden Bebauungsweisen, z.B. bei Konzentration auf die sehr arbeitsintensiven Zuckerrüben oder bestimmte Handelspflanzen, konnte sich der Arbeitskräftebedarf pro Morgen und Jahr noch einmal verdoppeln.[153] Die seit den 1840er Jahren zögernd einsetzende Maschinisierung landwirtschaftlicher Teilfunktionen vor allem beim Dreschen, Mähen, Säen und Pflügen war noch nicht durchschlagend genug, um diesen Trend zu kompensieren; die dadurch erzielte Arbeitskrafteinsparung hielt sich noch in engen Grenzen.[154]

Blickt man auf die ersten drei Viertel des 19. Jahrhunderts insgesamt, dann ist unbezweifelbar, daß ein zunehmender Teil dieser wachsenden Menge landwirtschaftlicher Arbeit in Form von Lohnarbeit geleistet wurde, von Lohnarbeit in eingebetteter wie in reiner Form. Dieser Trend sollte sich in den folgenden Jahrzehnten fortsetzen. Drei Befunde sind auseinanderzuhalten:

1. Zwar war auch noch um 1880 die Zahl der Selbständigen (ohne Kleinstbauern wie Häusler) und der mithelfenden Angehörigen ihrer Familien ungefähr gleich groß wie die Zahl aller abhängigen Arbeitskräfte, wozu Gesinde, Häusler, kontraktlich gebundene und freie Tagelöhner rechnen, die nebenberuflichen Landwirte nicht einmal mitgezählt (Tab. 25). Und in der großen Mehrzahl der Fälle war die Selbständigkeit der Bauern selbst erst ein Produkt des 19. Jahrhunderts, Resultat der Bauernbefreiung zu seinem Beginn und der allmählichen Ablösungen in den folgenden Jahrzehnten. – Aber unbestreitbar nahm die Zahl der Bauern und Gutsbesitzer zwischen den Reformen und 1880 nicht, kaum oder doch in jedem Fall ungleich zögernder zu als die Zahl der abhängigen Landarbeiter, die Häusler mit einbegriffen.

2. Innerhalb des Lagers der abhängig Arbeitenden war Lohnarbeit im Vollsinn des Wortes und als Massenphänomen überhaupt erst ein Produkt des 19. Jahrhunderts. Davor hatte landwirtschaftliche Lohnarbeit in reiner Form nur ausnahmsweise existiert und massiert nur als Spurenelement innerhalb feudal oder hauswirtschaftlich strukturierter Arbeitsverhältnisse. Erst die Reformgesetze verwirklichten auch in der Landwirtschaft jenes Maß an persönlicher Freisetzung und Vertragsfreiheit, ohne das reine Lohnarbeit nicht möglich ist. Und

wenn auch im gesamten Zeitraum jene Kategorien abhängig Arbeitender die erdrückende Mehrheit bildeten, deren Status sich vom reinen Lohnarbeiter durch verschiedenartige zusätzliche Einbindungen – bei Gesinde und Instleuten – oder Ressourcen – man denke an Kleinstbauern, an Häusler – unterschied, wuchs doch die Kategorie der freien Lohnarbeiter ohne jede zusätzliche Einbindung und ohne Besitz wahrscheinlich schon im Vormärz, auf jeden Fall aber im dritten Jahrhundertviertel deutlich schneller als die anderen Arbeiterkategorien. Diese begannen zu schrumpfen, wie das landwirtschaftliche Gesinde seit den 1850er Jahren, oder verlangsamten ihr Wachstum, wie die kontraktlich gebundenen Tagelöhner und Häusler, seit etwa der Mitte des Jahrhunderts.

3. Schließlich trat in den weiterhin hauswirtschaftlich (Gesinde) bzw. quasi-feudal (Insten etc.) eingebundenen Arbeiterkategorien das Lohnarbeitsmoment stärker in Erscheinung. Sie näherten sich dem Typus des Lohnarbeiters an. Sehr deutlich ließ sich das am landwirtschaftlichen Gesinde der großen Güter und an der Verschiebung vom fast noch untertänigen Insten zum Deputatisten und Gutsarbeiter beobachten, deutlich auch am Gesinde in parzellierten Gebieten, am wenigsten noch am Gesinde der mittleren Bauern. Scharf differenzieren muß man mit Bezug auf die Häusler. Während ihre Masse primär vom Tagelohn lebte und den freien Tagelöhnern sehr nahe stand, gab es doch in dieser Kategorie alle möglichen Übergänge und auch eine sich im dritten Jahrhundertviertel konsolidierende Kleinbesitzer-Oberschicht, die sich nach Einkommensart, Unsicherheitsgrad, Selbstverständnis und wohl auch Einkommenshöhe sehr deutlich von den sonstigen Landarbeitern abhob.

Diesem Vormarsch der Lohnarbeit in verschiedener Form lagen folgende Faktoren in wechselnden Verknüpfungen zugrunde: 1. die anti-feudalen Reformen, die zur Freisetzung einer sich primär durch Vertragsbeziehungen regulierenden Wirtschaftsgesellschaft auch auf dem Lande entscheidend beitrugen; 2. die Durchbildung von Arbeitsmärkten in der Folge von Bevölkerungswachstum, verkehrsmäßiger Erschließung des Landes – vor allem durch die Eisenbahnen im dritten Jahrhundertviertel – und der Ausweitung überregionaler Angebots-Nachfrage-Beziehungen, die sich im zunehmenden Saisonwandern auch weiträumig greifen lassen; 3. die Zunahme der saisonalen Schwankungen, des Stoßzeitcharakters der Landwirtschaft als Folge veränderter Anbauschwerpunkte, intensiverer Anbauweisen und einsetzender Maschinisierung, worauf die zunehmend marktintegrierten, immer stärker kapitalistisch disponierenden landwirtschaftlichen Arbeitgeber mit deutlich abnehmender Neigung zur hauswirtschaftlichen oder quasi-feudalen Einbindung von Dauerarbeitskräften wie Gesinde und Insten reagierten, zumal bei steigenden Lohnkosten, Bodenpreisen und Gewinnchancen; 4. der mit der Industrialisierung beginnende Sog alternativer, attraktiverer Arbeitsplätze in Gewerbe und Stadt, wachsende Ansprüche nach dem industrialisierungsbedingten Ende des Pauperismus und die damit verknüpfte Unlust von Söhnen und Töchtern auch der ländlichen Unterschicht, in traditionellen Formen zu „dienen"; dann auch 5. die letztlich sozialen, weil mit den Schwierigkeiten einer an sich denkbaren Umverteilung zusammenhängenden Grenzen, die nach weitgehender Beendigung des Landesausbaus der schnellen

Vermehrung an sich begehrter Häuslerstellen im Wege standen. All dies trieb den allmählichen Übergang zur Lohnarbeit voran, wir haben es im einzelnen geschildert. Vor allem das dritte Jahrhundertviertel brachte einen Beschleunigungsschub auf diesem Weg.

Damit müssen neue Gegensatz- und Zugehörigkeitserfahrungen, zumindest im Ansatz, verbunden gewesen sein. Über Jahrhunderte hinweg haben Bauern, Kleinbauern und landlose Einlieger – trotz aller gravierenden Interessengegensätze und Ungleichheiten, durch die sie sich unterschieden – gegenüber dem berechtigten Feudalherrn als pflichtige, in wechselnden Graden erbuntertänige Subjekte in einem Boot gesessen und waren überdies, mit Abstufungen, genossenschaftlich verbunden gewesen – man denke an das Recht zum Genuß der dörflichen Gemeinschaftseinrichtungen und besonders zum Zugriff auf die Allmende. Diese Grundstruktur war im 18. Jahrhundert schon arg unter Druck geraten. Sie hatte gebröckelt, aber gefallen war sie noch nicht. Mit den Reformen jedoch fiel dieser Kern des alten Systems, wenn auch – im nichtrevolutionären Deutschland – keineswegs über Nacht, sondern nur allmählich und schrittweise über viele Jahrzehnte, in regional unterschiedlichen Emanzipationsprozessen. Was nicht in den ersten zwei Jahrzehnten des Jahrhunderts hinweggespült worden war, erhielt einen entscheidenden Stoß in der Revolution 1848/49. Danach blieben nur noch verblassende Reste herrschaftlicher Privilegien und bäuerlich-kleinbäuerlicher Pflichten feudalen Musters übrig. Reste genossenschaftlicher Dorforganisation allerdings hielten sich länger, vor allem in kleinbäuerlichen Gebieten. Trotz aller Verzögerungen und Ungleichzeitigkeiten: mit dieser fundamentalen Reform schwand ein Stück Kitt endgültig dahin, das bäuerliche und unterbäuerliche Schichten in gemeinsamer Abwehr- oder Anspruchshaltung gegenüber den Herrschaften und in gemeinsamer Nutzung kollektiver Rechte verbunden hatte. Die für den Feudalismus zentrale, „ständische", Konfliktlinie zwischen Untertanen und Herren zerfaserte überall, aber besonders gründlich dort, wo Herr und Arbeitgeber nicht identisch gewesen waren, also außerhalb der gutswirtschaftlichen Bezirke. Traditionelle Zusammengehörigkeiten der ehemaligen Untertanen lockerten sich, wenn da auch gerade in den ehemals grundherrschaftlichen Bereichen des Westens, Südens und Südwestens vieles zäh überlebte. So entstand Raum für die Herausbildung neuer oder doch für die Verschärfung anderer Frontlinien, etwa solcher, die sich aus dem Interessengegensatz und der Erfahrungsdifferenz zwischen Besitzern und Arbeitgebern einerseits, Arbeitskraft anbietenden Klein- und Nichtbesitzern andererseits ergeben mochten. Die Erscheinungsformen dieser modernen, klassenspezifischen Frontlinie und ihre Wirkungen auf Erfahrungen, Bewußtsein und Handlungsdispositionen variierten je nach dem Kontext, in dem sie sich durchsetzte; und mit dem Kontext variierten die Faktoren, die ihr Hervortreten bremsten und milderten.

Da war zum einen die Gutswirtschaft. Hier überdauerte ein feudal-ständischer Herrschafts-, Ansehens- und Anspruchsüberschuß auf seiten der großbetrieblichen Arbeitgeber. Während diese sich im Außenverhältnis konsequent kapitalistisch verhielten, verteidigten sie im Innenverhältnis vorkapitalistische Herrschafts- und Kooperationsformen, Rechte und Bräuche, die einerseits,

gegenüber den Insten z.B., das alte Untertänigkeitsverhältnis unter neuen Bedingungen und andererseits, gegenüber dem Gesinde, das hauswirtschaftliche Muster unter ihm diametral entgegengesetzten großbetrieblichen Voraussetzungen fortsetzen sollten – mit staatlicher Unterstützung, von den Gesindeordnungen bis zum Kontraktbruchgesetz und Koalitionsverbot. Wir haben gesehen, wie sich Lohnarbeit trotzdem ein Stückweit durchsetzte – als Aushöhlung des krampfhaft aufrecht erhaltenen Gesindeverhältnisses, für das man bald kaum noch Nachwuchs rekrutieren konnte: als sehr allmähliche, anpassungskluge Veränderung der Insten zu Deputatisten und Gutsarbeitern auf Kontraktbasis; oder als totaler Bruch mit dem hausherrschaftlich-patriarchalen Muster durch schnell wechselnde Lohnarbeit sans phrase, vor allem in Gestalt der wandernden Saisonarbeiter.

Aber wir haben ebenfalls gesehen, daß bis in die 70er Jahre die große Mehrheit der Arbeiter auf den Gütern nicht zu freien Tagelöhnern wurde, sondern einerseits hausherrschaftlich eingebundenes Gesinde und andererseits quasifeudal gebundene Instleute und dergleichen blieben, die oftmals ihrerseits Dienstleute beschäftigten. Angesichts dieser fortdauernden vorkapitalistischen Situationselemente und der besonderen Kontrollbefugnisse des Gutes ist nicht zu erwarten, daß die für das Verhältnis von kapitalistischen Arbeitgebern und Lohnarbeitern an sich typische Gegensatz- und Spannungslinie im Gutsbereich klar und offen hervortrat, so sehr sie sich im Laufe des 19. Jahrhunderts untergründig aufgeladen haben muß. Übrigens spiegelte sich das in den Erntebräuchen wider, die in den ostelbischen Getreideregionen um 1870 noch lebendiger waren als in den meisten anderen Teilen Deutschlands. Symbolische Inbesitznahme des Feldes durch die Landarbeiter, Gesten der Überwältigung des Herrn, der oftmals aggressive Spott und die Forderungen, mit denen die Landarbeiter die Arbeitgeber in Form von Liedern und Sprüchen, Gesten und Festbräuchen konfrontierten – all das signalisierte durchaus Distanz und Spannung entlang der sich herausbildenden Klassenlinie. Doch sie manifestierten sich eben in einer beidseitig akzeptierten, traditional legitimierten, rituell entschärften Form, die letztlich das gegebene Ungleichheits- und Abhängigkeitsverhältnis bestätigte, nicht aber in Frage stellte.[154a]

Auf dem Bauernhof hatte sich Lohnarbeit im Rahmen hauswirtschaftlich-hausherrschaftlicher Strukturbedingungen durchzusetzen – in Konkurrenz zum Gesindeverhältnis. Wir haben beschrieben, woran sich das zeigte: an der sich weitenden sozialen Distanz zwischen den Bauern und dem Gesinde vor allem seit Mitte des Jahrhunderts, an kürzeren Vertragszeiten, sich wandelnden Bezahlungsformen, Rekrutierungsschwierigkeiten, Kontraktbrüchen und neuen Disziplinierungsversuchen, schließlich am Ausweichen auf temporäre Lohnarbeit. Aber i.d.R. wurden die hausherrschaftliche Organisation und das Gesindeverhältnis auf dem überschaubaren Hof, auf dem der Bauer und seine Familie mitarbeiteten, weniger gründlich in Frage gestellt oder verdrängt bzw. in geringerem Maße zum krampfhaft verteidigten Anachronismus als auf dem großbetrieblichen Gut. Die Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Spannung blieb auf dem Hof im Gesinde-Herrschafts-Verhältnis eingebettet, verborgen und domestiziert.

Aber auch außerhalb des Gutes und außerhalb des einzelnen Hofes fanden sich Situationen, in denen der Interessenunterschied zwischen bäuerlichen Besitzern und unterbäuerlichen Klein- und Nichtbesitzern zunehmend erfahrbar geworden sein und Spannungen begründet haben muß. Während sich Häusler und freie Tagelöhner mit kleinem oder ohne Besitz für möglichst hohe Löhne zu verdingen wünschten, glich der Bauer dem Gutsherrn in seinem Wunsch nach niedrigen Löhnen, auch wenn er nur kurzfristig familienfremde Hilfe benötigte. Während der Einlieger oder der Häusler oftmals nach dem Kauf oder der Pacht von Nutzfläche strebte, dies natürlich zu niedrigem Preis oder Zins, lagen die Interessen des verkaufenden bzw. verpachtenden Bauern oder Gutsherrn genau entgegengesetzt. Während Häusler und Einlieger ähnlich wie manche Insten und andere kontraktlich gebundenen Tagelöhner mindestens teilweise ihre Nahrungsmittel kauften und an niedrigen Warenpreisen interessiert sein mußten, stand es bei Bauern und Gutsherren genau umgekehrt, denn sie waren in dieser Hinsicht autark und meistens Verkäufer. Interessendivergenzen zwischen Bauern und Gutsherren einerseits, Häuslern und Tagelöhnern andererseits konnten sich überdies leicht in bezug auf die Gemeinde-Abgaben, die dörfliche Armenpolitik und das volle Niederlassungsrecht ergeben. Und wer kam zuerst dran, wenn die Ernte reif, das Wetter gut war und der Bauer absprachegemäß nicht nur das eigene Kartoffelfeld, sondern auch den Acker des Häuslers mit seinem Gespann aufpflügen sollte? Auch der Zugang zur Allmende, sofern sie noch bestand, war für die Kleinen wichtiger als für die Großen des Dorfes. Überdies: Wer weiß, wie stark das Selbstbewußtsein eines Bauern, vor allem im Anerbengebiet, auf dem Besitz des Hofes beruhte, wie sehr er bereit war, auch die Interessen einzelner Familienmitglieder, etwa der nachgeborenen Kinder, dem Interesse des Hofes nachzuordnen – „Erst der Hof, dann der Bauer" –, der wird sich nicht darüber wundern, daß die Besitzdifferenz zwischen Bauern einerseits, Häuslern und Tagelöhnern andererseits ständisch überhöht und verschärft war. Nicht nur durch Reichtum unterschied man sich, sondern auch nach Lebensführung; nicht nur Interessen trennten, auch soziale und kulturelle Distanzen, die sich in getrennten Heiratskreisen ebenso spiegelten wie in der Sitzordnung der Kirche und der Gräberordnung des Friedhofs.[155]

Jedoch auch hier gab es Gegentendenzen, die diesem ständisch überhöhten Besitzklassenunterschied entgegenwirkten: gemeinsame Festbräuche, Verwandtschaftsbeziehungen und Nachbarschaftskontakte reichten über Besitzklassen hinweg, ohne sie aufzuheben. Das Dorf war klein, man kannte sich, verlor sich nicht aus den Augen. Für Anonymität war kein Platz. Ungleichheit und Gemeinsamkeit schlossen sich nicht aus. „So hatten z.B. in den Schwarzwalddörfern die Großbauern ihren besonderen Tisch und bekamen Flaschen und Gläser zu ihrem Wein; die Halbbauern saßen wieder gesondert und hatten glatte Schoppengläser; und wiederum in einer anderen Ecke der Wirtshausstube befand sich der Tisch für die Häusler, die ihren Wein in gerippten Gläsern erhielten."[156] Die Ungleichheit war ausgeprägt, aber meistens, so scheint es, weder explosiv noch dichotomisch. Denn zwischen den Vollbauern einerseits, den besitzlosen Tagelöhnern und Dorfarmen andererseits befanden sich Häusler und Kleinbauern aller Schat-

tierungen. Häusler aber waren Bauern im kleinen, Möchtegern-Bauern zumeist, vom Besitzdenken geprägt, wie es die agitierenden Sozialdemokraten zu ihrem Leidwesen entdeckten.[157] Vor allem in manchen Realteilungsgebieten, in der Rheinprovinz, in Rheinpfalz, Hessen-Darmstadt, Baden und Württemberg, „findet", schrieb von der Goltz 1871, „ein ganz allmählicher Übergang statt von der Klasse der ländlichen Tagelöhner zu der Klasse derjenigen Grundbesitzer, welche lediglich aus den Erträgen ihrer Landwirthschaft ihren Lebensunterhalt bestreiten".[158]

Sind sich die unterschiedlichen Kategorien landwirtschaftlicher Arbeit in den ersten drei Vierteln des 19. Jahrhunderts ähnlicher geworden, so daß es um 1875 berechtigter war als um 1800 oder 1820, von *einer* Landarbeiterschaft oder gar von einem zunehmend geschlossenen Agrarproletariat zu sprechen?[159] Natürlich kann man die Zunahme der Lohnarbeiterkomponente in allen vier untersuchten Kategorien als Ausdruck dieser Tendenz interpretieren: das ist in der Tat ein zentrales Ergebnis. Überdies teilten Landarbeiter aller vier Typen gewisse Erfahrungen: die Zuspitzung der Krise des Pauperismus und die Verschlechterung ihrer materiellen Situation bis in die 50er Jahre hinein, eine zögerlich-bescheidene Besserung seitdem, die aufrüttelnde Wirkung von Industrialisierung und Urbanisierung im dritten Jahrhundertviertel, die allmähliche Intensivierung der Arbeit. In keiner der vier Kategorien konnten Familien allein von der Arbeit des Mannes leben, immer arbeiteten alle mit, wenn auch in der Regel nicht gemeinsam. Auf den Feldern der Güter und größeren Höfe arbeiteten Knechte und Mägde, Häusler, kontraktlich gebundene und freie Tagelöhner jedenfalls in der Saison oft Seite an Seite, ohne Arbeitszeitunterschied: 10 bis 16 Stunden im Sommer, 7 bis 10 Stunden im Winter, wobei offenbar im Norden die Sommerzeit etwas länger und die Winterzeit etwas kürzer war als im Süden.[160]

An sehr harte und lange, jedoch poröse Handarbeit war man gemeinsam gewöhnt. Auch die Zeit nach der Arbeit verbrachte man oftmals zusammen, wenn auch ohne die Häusler: die Leute- und Gesindestuben eigneten sich schlecht für Exklusivität.

Häufig und immer häufiger wechselten Personen im Laufe ihres Lebens von einer Landarbeiterkategorie in die andere, wobei die des Gesindes eine typische Anfangs- und Abstromkategorie, die der Gutstagelöhner und Häusler begehrte Zustromkategorien und die der freien Tagelöhner eine typische Übergangs- oder Abstiegskategorie darstellten. In ein und derselben Familie waren zu ein und demselben Zeitpunkt meist verschiedene Landarbeiterkategorien vertreten. Zwischen diesen bestanden überdies zahllose Übergangsformen. Und wie ausführlich gezeigt worden ist, zählte auch die Grenzscheide zwischen Landwirtschaft und Gewerbe wenig. In diesem unteren Bereich der Gesellschaft waren die meisten weder in dem einen noch in dem anderen Bereich fest verankert, sie wechselten hin und her, mehr aus Not als aus Neigung. Als Familie ernährte man sich häufig aus Landwirtschaft und Gewerbe zugleich. Dies war nicht neu, ließ sich vielmehr schon in der Vormoderne beobachten, aber zweifellos gewann dieses Entgrenzungsphänomen im 19. Jahrhundert an Ausmaß dazu. Man sollte nicht sagen, daß diese männlichen und weiblichen „Tagelöhner" und „Handar-

beiter" unqualifiziert waren. In Wirklichkeit vermochten sie vieles, brauchten Geschick, Anpassungsfähigkeit, manchmal sogar Unternehmungsgeist. Aber mit spezialisierten Qualifikationen konnten sie wenig anfangen. Die hätten sie nicht getragen, die konnte man sich nicht leisten. Und eben dadurch unterschied sich dieser in sich fluide Teil eines agrarisch-gewerblichen Proletariats scharf vom zünftigen Handwerker, vom lebenslangen Vollbauern, vom späteren Fabrik-Facharbeiter wie natürlich auch vom Kaufmann oder Akademiker, die alle – neben anderem – über spezialisierte Qualifikationen verfügten und damit über „Berufe". Die Scheidelinie zur Armenbevölkerung hin war im Grunde viel weniger scharf gezogen.

Insofern fand wohl tatsächlich so etwas wie ein „Unifizierungsprozeß" statt. Aber nicht strikt auf Klassenbasis! Wie die Familien Tätigkeiten in verschiedenen Landarbeiterkategorien und Wirtschaftssektoren mischten, um zu überleben, so mischten und addierten sie – zugleich oder nacheinander – Einkommen verschiedener Art, will sagen: verschiedene Klassenlagen. „Lohnarbeit pur" war die Ausnahme, Einkommensmischung aus Lohnarbeit, Alimentation durch die Herrschaft, Pacht und meist prekärer Selbständigkeit die Regel. Die Möglichkeit einer Vergesellschaftung, einer „Identitätsbildung", auf der Basis von Lohnarbeit als solcher blieb deshalb ähnlich begrenzt wie die Möglichkeit der Vergesellschaftung auf der Basis eines scharf profilierten Berufes. Die Ausdifferenzierung von Wirtschaft und Gesellschaft hatte vor allem im ländlichen Bereich noch nicht jenen Grad erreicht, der lebenslange klassen- oder berufsspezifische Zugehörigkeiten ermöglichte oder erzwang.

Das Resultat dieser Vereinheitlichungs- und Verflechtungstendenzen des 19. Jahrhunderts war also ein landwirtschaftliches Proletariat, das weder strikt landwirtschaftlich noch strikt proletarisch war. Überdies hatte der Vereinheitlichungsprozeß klare Grenzen. Überkommene Unterschiede und Fragmentierungen innerhalb der Landarbeiterschaft waren nicht zu übersehen. Wir haben sie ausführlich dargestellt. Selbst rechtliche Unterschiede dauerten fort: zwischen Gesinde, Insten und den anderen landwirtschaftlichen Arbeitern. Die regionalen Unterschiede waren riesig und nahmen kaum ab. Und so sehr die Wanderarbeiter Brücken zwischen den Regionen herstellten und Erfahrungen überregional vermittelten, so abgeschottet blieben sie doch oft in der Fremde, auch von den anderen Arbeitern.

An zwei Stellen vor allem bildeten sich überdies neue Differenzierungen heraus. *Erstens* konsolidierte sich eine Oberschicht von Kleinstbauern, von Häuslern mit Aufstiegschancen, im Südwesten vor allem, aber eben auch in Braunschweig, der Provinz Sachsen und anderswo, nicht zuletzt als Folge der fortschreitenden Kommerzialisierung der Landwirtschaft und unter Ausnutzung neuer Chancen, die die nahen Städte und die Industrialisierung boten. Wenn die damaligen Sozialdemokraten den baldigen Untergang des Kleinbauerntums prognostizierten, besaß diese Voraussage in säkularer Perspektive durchaus ihren wahren Kern. Kurzfristig war sie nicht nur wenig werbewirksam, sondern auch falsch.[161]

Zweitens ist unübersehbar, daß mit der Fortentwicklung der landwirtschaftli-

chen Anbaumethoden und der ansetzenden Maschinisierung[162] die qualifizierten und kontinuierlich wahrzunehmenden Tätigkeiten zunahmen, die man nicht dem meist einjährig wechselnden Gesinde oder gar den Saisonarbeitern überlassen konnte. Tätigkeiten, die auf den Höfen sehr oft vom Bauern und seiner Familie selbst erledigt wurden, auf den großen Höfen und Gütern aber kontinuierlich angestelltes, qualifiziertes Personal erforderten: vor allem Deputatisten und andere Gutstagelöhner mit Langzeitverträgen kamen dafür in Frage, gewissermaßen eine „gelernte", nichtselbständige, kontinuierlich arbeitende, ein wenig „verberuflichte" Oberschicht unselbständiger Landarbeiter, die sich im Laufe der Zeit eher deutlicher von der Masse des landwirtschaftlichen Proletariats abhob, als daß sie einnivelliert worden wäre.[163] Das war ein vergleichsweise stabiler, nicht allzu schlecht dastehender, etwas qualifizierter, permanenter, wenn auch mit Freiheit bezahlender kleiner Kern von großbetrieblichen Arbeitnehmern im Meer der fluktuierenden, unspezialisierten, die Schwankungen und Stöße von Saison, Konjunktur und Lebensschicksalen voll austragenden Landarbeiter.

So wird man im Ergebnis die Grenzen der Herausbildung einer einheitlichen Landarbeiterklasse ebenso betonen wie die unleugbaren Tendenzen, die in diese Richtung drängten, die Grenzen der Herausbildung von Lohnarbeit ebenso wie diese selbst. Und man wird sich nicht allzusehr wundern, wenn der Anteil der Landarbeiter an der Klassenbewegung der Arbeiter insgesamt sehr begrenzt blieb.



4. Kapitel

Heimarbeiter und Hausindustrie: Handwerkliche Tradition und kapitalistische Dynamik

Herkömmlicherweise denkt man vor allem an Gesellen und Fabrikarbeiter, an Handwerker, Arbeiter und Handwerker-Arbeiter, wenn nach dem Zusammenhang zwischen sich durchsetzender Lohnarbeit im Gewerbe , Klassenbildung und Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert gefragt wird. Zu recht, die beiden nächsten Kapitel werden dies zeigen. Aber in den letzten Jahren ist klar geworden, daß aus dieser Sicht eine Kategorie von gewerblichen Arbeitern leicht zu kurz kommt, die in den ersten drei Vierteln des 19. Jahrhunderts riesengroß war und deren Bedeutung für die proletarische Klassenbildung einschließlich der frühen Arbeiterbewegung häufig unterschätzt, wenn nicht gar übersehen worden ist: die Heimarbeiter und Hausindustriellen, die ihrem Status nach zwischen selbstständigen Handwerkern und abhängigen Werkstatt- oder Fabrikarbeitern standen. Von ihnen handelt dieses Kapitel.

1. Begriffe und Umriß

a) Zur Geschichte des Sprachgebrauchs

„Das Wesentliche liegt in den zwei verschiedenen socialen Klassen, die zusammenwirken: ein handwerksmäßiger Körper hat einen kaufmännischen Kopf." Als Gustav Schmoller 1890 die Hausindustrie mit diesen Worten kennzeichnete,[1] war sie längst zu einem besonderen, oft problematisierten Phänomen geworden, das seinen historischen Höhepunkt überschritten hatte. 90 Jahre vorher, zu Beginn des Jahrhunderts, hatte dieses Phänomen so sehr zur Normalität gehört, daß ein besonderer Begriff zu seiner Bezeichnung – wie „Heimarbeit", „Heimgewerbe" oder „Hausindustrie" – noch nicht notwendig geworden war. Eher bestand das Bedürfnis, zwischen kapitalistischem und nicht-kapitalistischem Gewerbe zu unterscheiden. Der zeitgenössische Begriff der „Industrie" bezog sich um 1800 nicht nur auf die ohnehin noch verschwindend geringe Zahl zentralisierter Gewerbebetriebe, also auf Manufakturen, Werkstätten und Fabriken im modernen Sinn. Vielmehr meinte er meistens soviel wie Massenfertigung gewerblicher Produkte für den überlokalen Markt in zentralisierter und dezentralisierter Form und schloß so zumindest auch das Verlagswesen mit ein. Auch der zeitgenössische Begriff der „Manufaktur" umschloß zentralisierte und dezentralisierte große Unternehmen, die arbeitsteilig für den überlokalen Markt produzierten. Noch Marx begriff das Verlagsgewerbe als dezentralisierte Variante der Manufaktur, sonst hätte er – angesichts der sicherlich auch ihm nicht unbekannten geringen Zahl zentralisierter Manufakturen im 18. und 17. Jahrhundert – jene Zeit nicht als „Manufakturperiode" bezeichnen können. Ähnlich schloß der Begriff „Fabrik" – oder „Fabrique" – dezentralisierte Produktion für den überlokalen Markt durchweg ein: „Fabrikant" konnte manchmal soviel wie Verleger, manchmal soviel wie „verlegter Handwerker" bedeuten. „Fabrikarbeiter" faßte meist Lohnarbeiter in zentralisierten Fabriken und Heimarbeiter im hausindustriellen Verlagssystem zusammen.[2]

Seit Jahrhunderten war die häusliche oder hausnahe Organisation des Gewerbes vorherrschend gewesen: im Handwerk, im Heimgewerbe, als Ergänzungs-, Füll- oder Nebenarbeit der bäuerlichen Höfe und des häuslichen Gesindes. Haus und Gewerbe gehörten auch noch um 1800 im Normalfall zusammen. Warum hätte man dafür einen speziellen Begriff haben sollen? Erst wenn etwas besonders wird, braucht es einen eigenen Namen.[3]

Erst in dem Maß, in dem es in den nächsten Jahrzehnten üblicher wurde und die Aufmerksamkeit der Zeitgenossen gefangennahm, daß die Ausübung des Gewerbes häufig in Distanz zum Haushalt des Gewerbetreibenden geschah, entstand das Bedürfnis nach einer besonderen Bezeichnung für jenes Gewerbe, das gleichwohl weiterhin im Hause des Gewerbetreibenden verblieb. Während zu Beginn des Jahrhunderts noch die kategoriale Trennung zwischen nichtkapitali-

stischem und kapitalistischem Gewerbe – hier Handwerk, dort dezentralisierte und zentralisierte Industrie oder Fabrik – dominiert hatte, wurde sie nunmehr durch die kategoriale Trennung zwischen häuslichen bzw. hausnahen dezentralisierten und hausfernen zentralisierten Gewerbeformen überlagert.

Sehr früh versuchte Moritz Mohl in seiner Untersuchung über die Württembergische „Gewerbs-Industrie" von 1828 zwischen dem „kleinen Gewerbebetrieb" zumindest formal selbständiger Einzelmeister auf eigene Rechnung (a), den nicht mehr auf eigene Rechnung arbeitenden, oft von „Verlegern" abhängigen kleinen Gewerbsleuten (b) und den „eigentlichen Fabrik-Arbeitern" in der „Fabrikation im Großen" (c) zu unterscheiden. Ähnliche Kategorisierungen finden sich auch im zweiten Jahrhundertdrittel.[4]

Spätestens in den 1860er Jahren wurde der Begriff der einerseits vom eigentlichen Handwerk, andererseits von der zentralisierten Fabrikindustrie unterschiedenen Hausindustrie im Sprachgebrauch fest verankert. Die Gewerbeordnungen jener Jahre schrieben Pflichten und Rechte des „selbständigen" Gewerbebetriebes fest, und sie näherten sich der Erkenntnis, daß nicht nur der „gemeinen Lohn- und Handarbeit" und nicht nur „jeder Beschäftigung als Lehrling, Geselle, Gehülfe und Arbeiter" das Merkmal der Selbständigkeit fehlte, sondern auch „die sogenannten Hausindustriegewerbe der Weberei, Wirkerei, Klöppelei, Stickerei, Strohflechterei u.s.f." nicht zu den selbständigen Gewerbebetrieben zu rechnen seien, sofern ihr Betrieb „regelmäßig nicht für eigene Rechnung, sondern nur gegen Lohn und ohne Verwendung von Gehülfen erfolgt" (unbeschadet der Beschäftigung von Familienmitgliedern, die nicht als „Gehülfen" betrachtet werden sollten).[5] Seit dem Ende der 60er Jahre wurde die Unterscheidung zwischen zentralisiertem Fabrikbetrieb und dezentralisierter Haus-Industrie als den zwei Varianten des für überlokalen Bedarf produzierenden, vom Handwerk zu unterscheidenden Großgewerbes üblich.

Die Wiener Weltausstellung von 1873 forderte zur Ausstellung von Produkten der „Hausindustrie" auf und gab damit Anlaß zur Diskussion des Begriffs. Der Internationale Statistische Kongreß in Budapest 1876 bemühte sich um eine Definition von „Hausindustrie". Der preußische Chef-Statistiker Engel scheiterte noch 1875 und 1876 mit seinem Plan, gesonderte Informationen über Hausindustrien zu erheben. Doch seit 1882 trennten die Berufszählungen zwischen Hausindustriellen, die „zu Hause für fremde Rechnung" arbeiteten, Beschäftigten des Handwerks und Beschäftigten der Industrie. 1879 erschien Alphons Thuns bahnbrechende Studie über die „Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter", die es zu bemerkenswerter begrifflicher Klarheit brachte. Und 1889 veröffentlichte der „Verein für Sozialpolitik" erstmals Bestandsaufnahmen der Hausindustrie der verschiedenen Branchen. In den nächsten Jahrzehnten kam er wiederholt auf das Thema zurück.[6]

Nicht zuletzt speiste sich dieses wachsende Interesse an Hausindustrie aus sozialpolitischen Motiven. Die Arbeiterschutzgesetze jener Jahrzehnte, zum Beispiel das Kinderarbeitsverbot oder die Arbeitszeitbegrenzung für Frauen, galten nämlich in der Regel nur für Werkstätten und Fabriken, die Heimarbeiter kamen nur zum kleinen Teil in ihren Genuß: Anlaß für Unternehmer, in Heimarbeit



Heimfabrikation von Strohhüten in Württemberg. Holzstich 1860

auszuweichen und Grund für Reformer, das Problem zu thematisieren, um die Schutzgesetze auf die Hausindustrie auszudehnen.[7]

Terminologie und Abgrenzungskriterien wechselten. Die einen benutzten die Begriffe „Heimarbeit" und „Hausindustrie" synonym, andere differenzierten zwischen hausindustrieller Heimarbeit und hausindustrieller Werkstattarbeit, wieder andere wollten zwischen Heimarbeitern und Hausindustriellen einen Unterschied im Grad der Abhängigkeit vom kaufmännischen Auftraggeber und Abnehmer, dem Verleger sehen.[8] Mancher rechnete die selbständigen, nicht verlegten, aber für überlokale Märkte produzierenden Handwerker („Kaufsystem") zur Hausindustrie, die meisten aber setzten Hausindustrie und Verlagswesen gleich.[9]

b) Definitionen

Dies braucht hier nicht im einzelnen nachgezeichnet zu werden.[10] Zu klären aber ist, wie die Begriffe im folgenden gebraucht werden sollen. In der folgenden dreigliedrigen Typologie sind die *nebenberuflich* Heimgewerbe Treibenden nicht gesondert aufgeführt, gleich, ob sie für den Eigenbedarf arbeiten oder ihre Produkte verkauften. Im Prinzip haben wir sie bereits in den vorangehenden Kapiteln behandelt: die kleinen und größeren Bauern, die Heuerlinge und Insten, die Mägde und Knechte , die Tagelöhner, Tagelöhnerinnen und anderen ländlichen Arbeiter, die nebenher oder zeitweise Heimgewerbe betrieben, vor allem im Textilbereich. Der Übergang von der vor allem landwirtschaftlich tätigen und nur nebenberuflich mit Spinnen, Weben oder Sticken befaßten Häuslerfamilie zur Heimarbeiterfamilie mit landwirtschaftlichem Nebeneinkommen war aller-

dings fließend. – Im Anschluß an frühere Abgrenzungen[11] unterscheiden wir zwischen Handwerkern (Meistern), Heimgewerbetreibenden (Verlag) und Arbeitern in zentralisierten Betrieben (großen Werkstätten, Manufakturen und vor allem Fabriken). Innerhalb der Kategorie „Heimgewerbetreibende" kann zwischen Heimarbeitern und Hausindustriellen unterschieden werden.

1 Die *Handwerker* (Meister) zeichneten sich durch folgende Merkmale aus:
   a) Selbständigkeit (die gegebenenfalls durch genossenschaftliche Bindungen, z. B. in Zünften, oder durch obrigkeitliche Restriktionen, nicht jedoch durch Abhängigkeit von einem Abnehmer begrenzt sein durfte). Zur Selbständigkeit gehörten:
      - beim Verkauf die Möglichkeit der Wahl zwischen mehreren Abnehmern auf dem Markt;
      - die eigenständige Versorgung mit Rohstoffen oder halbfertigen Produkten auf dem Markt;
      - das Eigentum an den Produktionsmitteln und die freie Verfügung darüber;
      - die Arbeit in kleinen Betriebseinheiten, in der Regel zu Hause oder wohnungsnah, jedenfalls ohne Anwesenheit eines bestimmenden und kontrollierenden Vorgesetzten (Arbeitgebers);
   b) Produktion vorwiegend für den lokalen Markt;
   c) die Möglichkeit, Gehilfen – vor allem Gesellen und Lehrlinge – zu beschäftigen und zu kontrollieren, jedoch ohne sich auf reine Dispositionstätigkeit zurückzuziehen, d. h. ohne die manuelle Mitarbeit aufzugeben.

2 Für *Heimgewerbetreibende* war folgendes kennzeichnend:
   a) eine deutliche Begrenzung ihrer Selbständigkeit aufgrund ihrer Abhängigkeit von Kaufmann-Verlegern oder anderen Abnehmern ihrer Produkte, z. B. von anderen Meistern, von Fabriken, Konfektionshäusern oder Magazinen. Dazu gehörte,
      - daß der Heimgewerbetreibende die Produkte seiner Arbeit an einen einzigen, vorweg feststehenden Abnehmer (zugleich Auftraggeber) abgab;
      - daß dieser – und nur dieser – den Heimgewerbetreibenden mit Rohstoffen oder Halbfertigprodukten versorgte, ihm diese „vorlegte" (deshalb „Verleger");
      - daß der Heimgewerbetreibende gleichwohl sein Werkzeug als Eigentum hatte und autonom einsetzte, wenngleich mit der Auftragsvergabe seitens des Verlegers auch Verfügungen über die Art und die Einordnung seiner Arbeit verbunden sein konnten und dies seine Autonomie einschränkte;
      - daß die Arbeit in kleinen Betriebseinheiten stattfand, in der Regel in der eigenen oder selbst gemieteten Wohnung des Heimgewerbetreibenden oder doch wohnungsnah, jedenfalls ohne Anwesenheit eines bestimmenden und kontrollierenden Vorgesetzten oder Arbeitgebers.

b) Produktion für überlokale Märkte.
c) Die Möglichkeit der Mitarbeit von Familienmitgliedern und die Möglichkeit, Gehilfen – auch Gesellen und Lehrlinge – zu beschäftigen und zu kontrollieren, bei gleichzeitiger manueller Mitarbeit.

Zum Heimgewerbe gehörte also die Organisationsform des Verlags. Von *Heimarbeit* und *Heimarbeitern* soll die Rede sein, wenn das Heimgewerbe tatsächlich von einzelnen oder mit ihren Familien im Wohnbereich betrieben wurde, von *Hausindustrie* und *Hausindustriellen* dagegen, wenn es sich um wohnungsnahe Werkstättenverhältnisse unter deutlicher Einbeziehung familienfremder Arbeitskräfte handelte. Der Übergang zwischen Heimarbeit und Hausindustrie war ungemein fließend.

3 Situation und Status der in *zentralisierten Betrieben* beschäftigten *Arbeiter*, der Arbeiter in größeren Werkstätten, Manufakturen und vor allem Fabriken, sind durch folgende Merkmale zu charakterisieren:
a) Unselbständigkeit aufgrund der Abhängigkeit vom Unternehmer als Arbeitgeber. Das bedeutete, im Vergleich zu Handwerkern und Heimgewerbetreibenden:
   - Der Unternehmer besaß einen Monopolanspruch auf die Verwertung des Arbeitsprodukts bzw. der Arbeitsleistung der beschäftigten Arbeiter.
   - Der Unternehmer stellte die zu bearbeitenden Rohstoffe bzw. Halbfertigprodukte bereit.
   - Die Arbeiter hatten die Produktionsmittel nicht als Eigentum, und sie unterstanden in der Art und Einordnung ihrer Arbeit der Verfügungsmacht des Unternehmers.
   - Die Arbeit fand in größeren Betriebseinheiten statt, in klarer Trennung und örtlicher Distanz zu den Wohnungen der Arbeiter, unter den Anordnungen und Kontrollen des oder der anwesenden Vorgesetzten, des Unternehmers oder seiner Delegierten.
b) Produktion für überlokale Märkte.
c) Den Arbeitern fehlte in der Regel die Möglichkeit, mit Mitgliedern ihrer Familie zusammen zu arbeiten oder ihrerseits Gehilfen anzustellen; dagegen fand zumindest örtliche, häufig arbeitsteilige Kooperation zwischen den oft zahlreichen Arbeitern statt.

Selbstverständlich traten in der Wirklichkeit zahlreiche Mischformen auf, die sich in der vorstehenden Typologie nicht wiederfinden. Sie lassen sich aber mit ihrer Hilfe als Übergänge von einem Typus zum anderen beschreiben. Einige Beispiele:

Nach dieser Definition gehört der nicht-verlegte, aber primär an Kaufleute statt an Verbraucher verkaufende, vor allem für überlokale Märkte produzierende Kleingewerbetreibende – beispielsweise der ostwestfälische oder niedersächsische Leinenweber des Vormärz – in die Kategorie der selbständigen Handwerker, nicht zu den Heimgewerbetreibenden. Schließlich arbeitete er an seinem

eigenen Webstuhl in seinen eigenen oder gemieteten vier Wänden. Er kaufte sich seinen Rohstoff – das Garn aus meist einheimischem Flachs – selbst, und er konnte, das ist entscheidend, beim Verkauf seiner Ware zwischen mehreren Leinenkaufleuten wählen, an mehrere zugleich liefern, und daneben auch an den Verbraucher direkt verkaufen. Aber faktisch konnte die Abhängigkeit von den in der Regel wenig zahlreichen Leinenkaufleuten in Bielefeld oder Osnabrück außerordentlich drückend werden, besonders wenn diese kooperierten, wozu ihnen die Existenz einer von ihnen beeinflußten, wenn auch an sich behördlich geleiteten Schau-, Prüf- und Preisfestsetzungsanstalt (Legge) manche Handhabe bot. Ohnehin waren die primär an sie verkaufenden Weber – ähnlich den verlagsmäßig organisierten Heimgewerbetreibenden, aber im Unterschied zu den für lokalen Bedarf arbeitenden Bäckern, Tischlern, Maurern oder Hufschmieden – eindeutig in internationale Märkte eingebunden und damit wie Heimgewerbetreibende von einer kapitalistischen Dynamik und ihren Konjunkturen abhängig, die sie kaum durchschauten, aber in ihren Konsequenzen hautnah zu fühlen bekamen. Derart in ein „Kaufsystem" eingebundene Handwerker sind als Zwischenstufe bzw. als Übergang zwischen Handwerkern und Heimgewerbetreibenden anzusehen. Dies umso mehr, als ein und derselbe Weber zu Zeiten auskömmlicher Nachfrage selbständig im Kaufsystem arbeiten, aber bei nachlassender Konjunktur gezwungen sein mochte, die Abhängigkeit von einem Verleger zu akzeptieren oder als Geselle bei einem besser gestellten Kollegen unterzuschlupfen – bis auf weiteres oder auf Dauer. Tabelle 28 bezieht diese Textilhandwerker im Kaufsystem größtenteils mit ein. Damit folgt sie der vorwiegenden Praxis der zeitgenössischen Statistiker.[12]

Wie der Unterschied zwischen selbständigem Handwerk und Heimgewerbe manchmal verfloß, so auch der zwischen Heimgewerbe und zentralisiertem Betrieb. Zum Beispiel waren Kombinationen zwischen Verlag und Manufaktur oder Verlag und Fabrik gerade im Textilbereich häufig: Ein Teil der Beschäftigten eines Unternehmens arbeitete in dessen zentralisierten Werkstätten, z.B. Bleicher, Färber, Drucker, Appreteur, Scherer, Walker, teilweise Weber; ein anderer, meist größerer Teil – Weber, Spinner – als verlegte Heimarbeiter. Zwischen beiden Teilen der Belegschaft kam es zu Wechseln. In der Literatur werden solche Kombinationen oft als „dezentralisierte Manufakturen" bezeichnet[13]; wir sprechen im folgenden auch von „Manufakturen mit Verlagsanteil" bzw. „Fabriken mit Verlagsanteil". – Ein anderes Übergangsphänomen: Der Status eines Heimgewerbetreibenden näherte sich dem eines im zentralisierten Betrieb beschäftigten Arbeiters an, wenn der Verleger den Heimarbeitern oder Heimarbeiterinnen auch noch das Gerät – zum Beispiel eine Stick- oder Nähmaschine – stellte, das sie bei sich zu Hause bedienten, ohne es zu besitzen. – Ein anderes Beispiel: In den frühen Textilfabriken kam es durchaus vor, daß Spinner und Weber ihre Kinder zur Erledigung von Hilfsarbeiten mitbrachten oder familienfremde Personen als Gehilfen selbständig anstellten. Das Heimgewerbe ragte gewissermaßen in die frühe Fabrik hinein.[14] – Oder man denke an die hausindustrielle Nähwerkstatt, die in mehreren Zimmern einer großstädtischen Mietswohnung von einer Näherin betrieben wurde, die für ein Konfektionsgeschäft arbei-

tete, d.h. von diesem Stoff und zugeschnittene Teile sowie Muster und andere Arbeitsvorgaben erhielt und für Stücklohn ausschließlich an diesen Auftraggeber lieferte, gleichzeitig aber 20 bis 30 junge Frauen beschäftigte und sich auf deren Anleitung und Kontrolle beschränkte, ohne sich selbst noch mit Nadel und Nähmaschine abzugeben: Hier avancierte die Hausindustrielle zur Zwischen-Unternehmerin. Dieser im „Schwitzsystem" der Riesenstädte vor allem im späteren 19. Jahrhundert nicht seltene Fall rangierte zwischen Heimgewerbe und zentralisiertem Werkstattbetrieb.[15]

Und wie kategorisiert man die Solinger Messerschleifer, die einige wenige Gesellen und Lehrlinge beschäftigen mochten, in eigenen Werkstätten, in den Schleifkotten, mit Wasserkraft und gemieteter Dampfkraft arbeiteten und sich gegen die Beherrschung durch Unternehmer wehrten, welche Kaufleute waren, aber Verlegern ähnelten, indem sie den Schleifern halbfertiges Material zur Bearbeitung gemäß Auftrag vorschossen und die Schleifer zu Teilarbeitern in einem von ihnen organisierten arbeisteiligen Gesamtprozeß machten?[16]

Gerade weil die Wirklichkeit so verwickelt war, bedarf es scharfer begrifflicher Instrumente. Der leitenden Frage nach der Durchsetzung der Lohnarbeit entsprechend basiert die hier vorgeschlagene Abgrenzung der Heimgewerbetreibenden von den selbständigen Handwerkern einerseits, von den Werkstatt- und Fabrikarbeitern andererseits auf der Verknüpfung zweier Kriterien: des Kriteriums der Einbeziehung in kapitalistische Märkte und des Kriteriums der Abhängigkeit von unternehmerischer Herrschaft. Die Heimgewerbetreibenden glichen sich – bei aller Unterschiedlichkeit im übrigen – in der vermutlich erfahrungsprägenden Tatsache, daß sie in kapitalistische Märkte eingebunden waren und aufgrund der dadurch gegebenen Abhängigkeit von den zu Verlegern werdenden Kaufleuten einen großen Teil ihrer Selbständigkeit verloren hatten. Sobald sie beim Verkauf ihrer Produkte nicht mehr zwischen verschiedenen, konkurrierenden Abnehmern wählen konnten, sondern an *einen* Abnehmer gebunden waren, von dem sie Rohstoff und Halbfertigprodukt zur auftragsgemäßen Bearbeitung übernahmen, verkauften sie im Grunde nicht mehr ihr Arbeitsprodukt für einen bestimmten Preis auf dem Markt, sondern ihre Arbeitsleistung für einen bestimmten Lohn innerhalb eines lockeren Beschäftigungsverhältnisses. Anders als selbständige Handwerker und ähnlich den Arbeitern in zentralisierten Betrieben waren sie Lohnarbeiter.

Andererseits blieb, in marxistischen Kategorien, ihre Subsumtion unter das Kapital noch weitgehend „formell". Das heißt, sie behielten Eigentum an Produktionsmitteln, und sie wurden noch nicht der unternehmerischen Herrschaft unmittelbar – „reell" – untergeordnet. Sie konnten sogar selbst als Arbeitgeber auftreten und ihre Arbeit im Kreis der Familie oder doch in Nähe zu ihr, ohne scharfe Trennung von Erwerbsarbeit und Haushalt, durchführen. Sie behielten damit ein wichtiges Stück erfahrungsrelevanter und lebensprägender Selbständigkeit, das man nicht als bloße „Schein-Selbständigkeit" abtun sollte. All dies machte sie den selbständigen Handwerkern ähnlich und unterschied sie von den Lohnarbeitern in zentralisierten Betrieben.[17]

c) *Größenverhältnisse*

Statistische Angaben zur Entwicklung des Heimgewerbes sind bis zur reichsweiten Berufszählung von 1882 äußerst ungenau. Dies folgt mit Notwendigkeit aus den genannten begrifflichen Abgrenzungsschwierigkeiten, den zahlreichen Mischformen in der Realität und aus gravierenden Unzulänglichkeiten der Quellen. Doch der Grundriß ist klar, Tabelle 28 gibt eine Schätzung wieder, die das tatsächliche Ausmaß des Heimgewerbes aber eher unter- als übertreibt. Die Zahlen sind als Mindestziffern zu lesen.[18]

Tabelle 28: Beschäftigte im Heimgewerbe: Deutschland 1800–1900

Jahr	absolut (in Mill.)	in % aller Beschäftigten	in % aller im Gewerbe Beschäftigten
1800	1,0	9	43
1835	1,4	10	43
1850	1,5	10	38
1873	1,2	6	22
1900	0,7	2,7	7

Quelle: F.-W. Henning, Industrialisierung und dörfliche Einkommensmöglichkeiten, in: H. Kellenbenz (Hg.), Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jahrhundert, Stuttgart 1975, S. 155–176, 159 (Gebiet des Deutschen Reiches von 1871). Siehe Anm. 18.

Die *Zahl* der Heimgewerbetreibenden wuchs auf jeden Fall bis zur Jahrhundertmitte. Danach begann sie langsam zu schrumpfen, jedoch nahm sie in einzelnen Regionen weiterhin zu, so noch bis in die 60er Jahre in Sachsen, und noch Mitte der 70er Jahre gab es in Deutschland nicht weniger Heimgewerbetreibende als 1800, wenn auch ihr Anteil an der gewerblichen Bevölkerung insgesamt vor allem dank des schnellen Wachstums der Fabriken deutlich gesunken war.

Diese Gesamtentwicklung war das Resultat einer Reihe gegenläufiger Teilprozesse. Während einzelne Kategorien stark dezimiert wurden, hielten sich andere trotz des Industrialisierungsdrucks, während wieder andere kräftig wuchsen und geradezu neu entstanden. Die innere Zusammensetzung des Heimgewerbes änderte sich entsprechend. Falsch wäre es, jedenfalls bis 1875, von einem eindeutigen Prozeß der Verdrängung durch Fabrikarbeit zu sprechen. Es war viel komplizierter. Und selbst in der Phase des wirklichen Niedergangs des Heimgewerbes, also im letzten Jahrhundertviertel, nahm die Zahl einzelner Hausindustriellen- und Heimarbeiterkategorien weiterhin zu. Allerdings kann man aus zunehmenden Zahlen nicht auf verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen schließen. Expansion und Not gingen vielmehr oft Hand in Hand.

Zu Beginn des Jahrhunderts waren acht bis neun von zehn Heimarbeitern im Textilbereich tätig, Ende der 70er Jahre nur noch etwas mehr als jeder zweite.[19] Hinter dieser relativen und absoluten Schrumpfung des heimgewerblichen Textilbereichs verbirgt sich vor allem der dramatische Niedergang der Handspinnerei.

2. Schrumpfung und Expansion

a) Die Krise der Handspinnerei

Wenn man weiß, daß im Bereich der Wolle vor Einführung der Maschinenarbeit ein einziger Weber das Arbeitsprodukt von sieben bzw. im Bereich der Baumwolle von drei bis vier Spinnern verarbeitete, und wenn man gleichzeitig bedenkt, daß die Weber um 1800 die insgesamt bei weitem größte einzelne Berufsgruppe des gewerblichen Bereiches darstellten, dann kann man sich vorstellen, daß um 1800 mehr Menschen mit der Herstellung von Garn beschäftigt waren als in allen anderen Heimgewerben zusammen.[20] Der größte Teil des Flachs- und Wollgarns wurde allerdings herkömmlicherweise und so auch noch um 1800 im Nebengewerbe, als Füll- und Ergänzungsarbeit, hergestellt, wenn und soweit andere Beschäftigung fehlte: von Mägden und Knechten, in den Familien der Heuerlinge und Insten, Häusler und Hofbauern, von Tagelöhnerinnen, Tagelöhnern und Soldaten, in Familien kleinerer Gewerbetreibender anderer Art – zumeist, aber nicht ausschließlich, von Frauen und Kindern. Oft wurde das gesponnene Garn auch im selben Haushalt, in derselben Werkstatt weiter verarbeitet: Spinnen und Weben unter einem Dach. Manches diente dem Eigenbedarf, das meiste ging auf den Markt. Spinnerinnen und Spinner gab es also sehr viele, vor allem auf dem Land, aber eben meist nur nebenher und ohne spezifische Qualifikationen. Von den zeitgenössischen Statistikern wurden sie nicht als solche registriert, sondern als Knechte, Mägde, Häusler, Tagelöhner, Bauern, Weber, Soldaten etc. geführt. Das so erzielte Nebeneinkommen stellte jedoch meist keine Nebensache dar, sondern sehr oft etwas, von dem die ohnehin kärgliche Existenz der Betreffenden entscheidend abhing.[20a]

Der Übergang zum Spinnen als Haupterwerb war fließend. „Berufsspinner" herrschten wohl im kleinen, Qualifikationen erfordernden Seidenbereich vor, und sie waren zahlreich in der Wollgarn- und Baumwollgarnherstellung, also in den drei Branchen, die im Gegensatz zum primär ländlichen Leinen schon um 1800 vor allem in Städten oder in Stadtnähe betrieben wurden. Aber auch in den Dörfern der großen, Garn exportierenden Leinenregionen (z.B. Minden-Ravensberg, Böhmen, Oberlausitz) fehlte es an „Berufsspinnern" nicht ganz. Die Zahl der Familien, die ausschließlich oder fast ausschließlich vom Spinnen zu leben versuchten und nicht durch eigenbewirtschaftetes Land oder Einbindung in einen bäuerlichen Hof zusätzlich abgesichert waren, nahm im Vormärz übrigens zu – als Folge des rasanten Bevölkerungswachstums, das nicht mehr durch Landesausbau und noch nicht durch neue industrielle Arbeitsplätze in den Städten aufgenommen wurde und das sich gerade in dieses Gewerbe ergoß, für dessen Betrieb kaum Kapital und keine speziellen Qualifikationen erforderlich waren.[21]

„Leinwand war seit Jahrhunderten der Hauptstoff für Ober- und Unterklei-

der, für Bett- und Tischzeug aller Stände" (Schmoller), Flachsgarn und Leinengewebe wurden überdies seit Jahrhunderten exportiert. Entsprechend umfangreicher und verbreiteter war das Spinnen des Flachsgarns als die Woll- oder gar als die Baumwollspinnerei. Im Leinengewerbe versorgten sich die meisten der meist ländlichen Garnproduzenten selbständig mit Flachs, durch eigenen Anbau, durch Bezug vom Bauern oder durch Kauf beim Detailhändler. Und sie verkauften das Garn an wechselnde Abnehmer: auf den Garnmärkten an Weber, an hausierende Garnhändler oder auch an Manufakturen. Sie arbeiteten also im Kaufsystem. Verlagsähnliche und verlagsmäßige Beziehungen fehlten zwar auch in der Flachsgarnspinnerei zu Beginn des Jahrhunderts nicht ganz, doch sehr viel stärker traten sie in der Wollgarnherstellung auf. Ein besonderer „Faktor" sorgte hier oft für die Vermittlung zwischen Spinnern und Verlag bzw. Manufaktur, manche Kasernen glichen Spinn-Werkstätten, und bisweilen spannen ganze Dörfer für die Tuchmanufakturen der nahegelegenen Stadt, vor allem um Berlin und in Schlesien. Erst recht waren die Baumwoll- und Seidengarnspinner meist in verlagsmäßige oder verlagsähnliche Verhältnisse eingebunden, mußten sie doch ihren Rohstoff von auswärts beziehen und an Abnehmer liefern, die bereits einige Prozesse der Gewebeherstellung in eigenen Werkstätten dezentralisiert hatten (Manufaktur mit Verlagsanteil)[22]

Kein anderes Gewerbe hat sich im frühen 19. Jahrhundert besser für durchgreifende Maschinisierung geeignet als das schon vorher auf standardisierbare Massenproduktion angelegte, relativ wenig Qualifikation erfordernde, durch große Gleichmäßigkeit und Monotonie gekennzeichnete Spinnen der hauptsächlichen Gewebe. In keinem anderen Gewerbe versprach damals die konsequente Maschinisierung größeren Nutzen, größere Kostenersparnis und größeren Produktivitätszuwachs als im ungemein arbeitsintensiven, große Menschenmengen beschäftigenden und dennoch angesichts steigender Nachfrage im 18. Jahrhundert zeitweilig zum Engpaß werdenden Spinnbereich. In keinem anderen Gewerbe der ersten Jahrhunderthälfte erwies sich die Überlegenheit der Maschine, war sie erst einmal erfunden und eingeführt, als so eindeutig und erdrückend wie in der Spinnerei. In den 1840er Jahren dürfte ein Arbeiter mit Hilfe einer modernern Spinnmaschine 500mal soviel produziert haben wie ein Handspinner. Und Weber konnten mit Maschinengarn täglich ein Drittel mehr zustande bringen als mit dem unregelmäßigeren handgesponnenen Garn. In der Spinnerei begann eigentlich die Industrielle Revolution, in der Spinnerei setzte sich die Fabrik erstmals als Massenphänomen durch, zuerst in England und zunächst bei der Baumwolle, später auf dem Kontinent und auch in der Wollspinnerei, am langsamsten im mitteleuropäischen Leinengewerbe.[23]

Nichts prägte die Geschichte der deutschen Hand- und Heimspinner im 19. Jahrhundert mehr als der Zusammenprall mit der Fabrik. Zunächst kamen nicht die Fabriken selbst, sondern nur ihre Produkte, vor allem – seit der Aufhebung der als Schutzglocke wirkenden Kontinentalsperre – aus England: die Fabrik als überlegener Konkurrent, aber noch nicht als Schöpfer neuer Arbeitsplätze. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte dagegen die Maschinisierung der Spinnerei selbst in den fortgeschrittensten deutschen *Baumwoll*gebieten, im

Rheinland, um Chemnitz, Augsburg und Berlin, kaum begonnen, trotz vereinzelter Fabrikgründungen seit den 1780er Jahren. In mehreren, jeweils von tiefen Flauten und konjunkturbedingten Fehlschlägen unterbrochenen Schüben wurden jedoch in den folgenden Jahrzehnten zahlreiche Fabriken gebaut. Schon 1850 war so gut wie die gesamte Baumwollgarnproduktion maschinisiert, wenn auch noch nicht in Form voll mechanisierter Verfahren. Und das Produktionsvolumen stieg rasant: von 1863 Tonnen Baumwollgarn im Jahr 1815 auf 11.615 Tonnen im Durchschnitt der Jahre 1844 bis 1848. In den folgenden zweieinhalb Jahrzehnten vervierfachte sich die Baumwollproduktion noch einmal.[24]

Langsamer kam die Maschinisierung in der ebenfalls expandierenden *Woll*garnherstellung voran. Zunächst, von etwa 1815 bis etwa 1835, setzten viele Verleger und Meister kleine, handgetriebene Spinnmaschinen ein, die im dezentralisierten Gewerbe Platz hatten; nur vereinzelt gründete man richtige Fabriken. Seit etwa 1835 gewann dann der Großbetrieb schnell an Boden. Um 1850 standen 80 bis 90% der Spindeln in den neugegründeten Kammgarn- und Streichgarnfabriken, und bis zur Mitte der 70er Jahre war die Wollgarnherstellung fast zu 100% maschinisiert. Von 1834 bis 1870 nahm die Menge der im deutschen Gebiet hergestellten Wollgarne auf mehr als das Dreifache zu.

Dagegen sperrte sich die *Flachs*garnerzeugung sehr lange gegen die Überführung in die Fabrik. Zunächst stieß die maschinelle Verarbeitung des Flachses überall auf größere technische Schwierigkeiten. Doch bald spann man in England nicht nur Wolle und Baumwolle in der Fabrik, sondern auch Flachs. Anders in Deutschland: Die extreme Dezentralisation des Gewerbes, in dem sich bis dahin noch nicht einmal verlagsmäßige Koordination durchgesetzt hatte; die ländlich-landwirtschaftliche Einbindung der Produzenten, die ihnen zwar Verelendung nicht ersparte, aber vielen von ihnen das Überleben am Ort trotz hoffnungsloser Konjunktur ermöglichte; die überlegene Konkurrenz der sich durchsetzenden Baumwolle und der Vorsprung der englischen Industrie; die „selbstausbeuterische" Vermehrung des Handgarn-Ausstoßes trotz rapide sinkender Preise, jedenfalls bis in die 1840er Jahre; das demographisch mitbedingte Überangebot an billigsten Arbeitskräften und, mit all dem zusammenhängend, die fehlende oder schwach bleibende Motivation der Kaufleute und Verleger, diesen Bereich zu industrialisieren und dafür Kapital festzulegen – all das führte dazu, daß in Deutschland die Maschinisierung der Flachsspinnerei bis 1850 nur etwa 5%, bis 1873 nur etwa 25% der Gesamtproduktion erreichte; erst im letzten Jahrhundertviertel brach sie sich Bahn.

Mit dieser im Vergleich zur Baumwolle und Wolle und im Vergleich zu England unbestreitbaren Verzögerung hing es zusammen, daß die Gesamtmenge des in Deutschland produzierten Leinengarns seit etwa 1840 rückläufig war, ganz anders als im Falle der Baumwolle und Wolle: angesichts abnehmender Qualität, rückläufiger Exporte, zunehmender Garnimporte, drückender Baumwollkonkurrenz und schließlich rückläufigen Flachsanbaus. Am insgesamt schrumpfenden Gesamtvolumen nahm der Anteil der Fabrikproduktion um ein Vielfaches zu, und so verlor die Handspinnerei schnell an Boden. Seit ca. 1840 begann die krisenhafte Schrumpfung der Flachs-Handspinnerei, die bis dahin an Produk-

tionsvolumen und Beschäftigtenzahl trotz sinkender Preise gewachsen war. Die ungünstige Marktlage und die zunehmenden Unregelmäßigkeiten des immer stärker verelendeten Gewerbes trugen dazu bei, daß die Handspinner, soweit sie dies überhaupt blieben, im dritten Viertel des Jahrhunderts immer mehr in verlagsartige Abhängigkeit von Kaufleuten, Meistern, Verlegern und allmählich entstehenden Mechanischen Webereien gerieten. Viele aber wanderten ab, wechselten die Tätigkeit oder starben, ohne ersetzt zu werden.

Dennoch wird für 1870 geschätzt, daß neben dem maschinell hergestellten und dem importierten Flachsgarn noch eine große Bedarfslücke blieb, die von handgesponnenem Garn in einem Umfang gedeckt wurde, dem die Leistung von ca. 350.000 vollbeschäftigten Spinnkräften entsprach. Doch die tatsächliche Zahl der Flachs-Berufsspinner wird Anfang der 70er Jahre sehr viel tiefer gelegen haben, denn ein großer Teil jenes Garnes entstand im Nebengewerbe. Genaue Angaben sind schwierig. Die preußischen Gewerbetabellen verzeichneten die hauptberuflichen Spinner von Flachsgarn erst seit 1849. Von 1849 bis 1861 ging die Zahl der „für eigene Rechnung arbeitenden" Spinner von 58.000 auf 6.000, die der „Gehülfen" von 26.000 auf 9.000 zurück. Der Verlust an Arbeitsplätzen für Spinner zwischen 1850 und der Mitte der 70er Jahre überstieg im Reichsgebiet sicher deutlich die Hunderttausender Grenze: ein sterbendes Gewerbe. Doch erst im letzten Viertel des 19. Jahrhundert wurde die heimgewerbliche Handspinnerei endgültig von der Fabrik verdrängt.[25]

Zusammenfassend kann zu den Spinnern gesagt werden: Im Baumwollbereich wurden die schon um 1800 teilweise verlegten Handspinner bis 1850 durch die schnell expandierende, sich erfolgreich etablierende und Arbeitskräfte nachfragende Maschinenspinnerei verdrängt.[26] Dasselbe geschah mit den Wollspinnern etwa ein Jahrhundertviertel später. Dagegen vermehrte sich die ohnehin viel größere Zahl der größtenteils ländlichen, größtenteils nicht-verlegten Handspinner des Leinengewerbes trotz radikal sinkender Garnpreise und drückender Not, angesichts ausbleibender Maschinisierung und fehlender Alternativen, bis in die 1840er Jahre.[27] Im dritten Jahrhundertviertel setzte in der Flachs-Handspinnerei dann auch zahlenmäßig der Zusammenbruch ein, während die Maschinisierung ein Stückchen vorankam, aber die Gesamtproduktion stagnierte. Die fortexistierenden Flachs-Spinner wurden zunehmend in Verlagsbeziehungen eingebunden. Bei der Abschätzung der Konsequenzen wird zu bedenken sein, daß ein sehr großer Teil der Handspinnerei, vor allem im Leinengewerbe, nebenberuflich betrieben wurde.

b) Weber

Deutlich anders verlief die Geschichte der Weber, der zweiten Großkategorie unter den Heimarbeitern des 19. Jahrhunderts.

Im Durchschnitt höher qualifiziert, unter sich viel differenzierter, beruflich spezifischer und mit stärkerer Tendenz zur Vollberuflichkeit als die Spinner, hat-

ten es die Weber, anders als diese, bis 1850 noch kaum, von 1850 bis 1875 nur allmählich mit der Fabrik als direkter Konkurrenz zu tun. Bis zur Jahrhundertmitte wuchs ihre Zahl, seitdem begann sie in Maßen zu schrumpfen. Erst das letzte Jahrhundertviertel sah ihren Untergang.

Um 1800 entfielen fast die Hälfte aller Webstühle auf Leinen, 27% auf Wolle, 14% auf Baumwolle und 12% auf Seide, jedenfalls in Preußen. Die Leinenweberei war sehr viel stärker als die Spinnerei in einzelnen Gewerbelandschaften zentriert: in einem mittelgebirglichen Gürtel, der von Schlesien über die Oberlausitz bis nach Böhmen reichte, im östlichen Westfalen, südlichen Niedersachsen und nördlichen Hessen, im Rheinland und im westlichen Münsterland sowie in einem süddeutschen Gebiet, zu dem die Schwäbische Alb, die Gegend um Ulm, Teile des Allgäus und Oberschwaben gehörten; Leinenregionen gab es überdies in Vorarlberg, Tirol und Niederösterreich. Die Leinenweberei wurde vor allem auf dem Lande betrieben, teilweise nebenberuflich, zum größeren Teil durch kleine, meist allein und im Familienverband arbeitende Handwerker mit selbständigem Garneinkauf und eigenem Verkauf an verschiedene, wechselnde Abnehmer, meist Kaufleute, auf lokalen, oft behördlich überwachten Märkten. In die Abhängigkeit von Verlagen oder Manufakturen mit Verlagsanteil war nur eine Minderheit eingebunden, am ehesten dort, wo man webte, ohne daß genügend Flachs vor Ort angebaut wurde, so daß man zur Beschaffung des Rohstoffs auf Kaufleute angewiesen war, die dadurch allmählich zu Verlegern wurden.[28]

Die Woll-, Baumwoll- und Seidenweberei wurde dagegen stärker in den Städten betrieben. Die oftmals zünftigen, Gesellen und Lehrlinge beschäftigenden Wollweber arbeiteten teilweise als selbständige Handwerker im Kaufsystem, teilweise als Hausindustrielle in Abhängigkeit von Verlegern und Tuchmanufakturen mit einem dezentralisierten Teil; manche von ihnen wechselten zwischen Kauf- und Verlagssystem hin und her. Das Baumwollgewerbe konzentrierte sich in der Chemnitzer Gegend, im Vogtland, im Rheinland, in und um Berlin, Wien, Bayreuth, Augsburg und Hof. In der Baumwollweberei herrschte – schon angesichts der einzuführenden Rohstoffe – wie in dem noch kleineren, auf wenige Städte wie Berlin und Krefeld zentrierten Seidengewerbe schon um 1800 das Heimgewerbe vor: in der Form des Verlags und der Manufaktur mit Verlagsanteil, mit ausgeprägter Arbeitsteilung und strenger Koordination durch die Verleger bzw. Manufakturiers, die hier wie in der Wolltuchherstellung die abschließenden Arbeitsgänge, also etwa das Färben, Drucken und Appretieren, in eigenen Werkstätten besorgen ließen.[29]

Leinen

Unterschieden sich Leinen-, Woll-, Baumwoll- und Seidenweber also bereits deutlich in der Ausgangssituation um 1800, gilt dies erst recht für ihre Geschichte seitdem. Am katastrophalsten verlief die Entwicklung in der Leinenweberei. Nachdem der Schock einigermaßen überwunden war, den die Kontinentalsperre und die Wirren der napoleonischen Kriege diesem exportorientierten Gewerbe versetzt hatten, waren es im Grundsatz vier zusammenwirkende Momente, die der Krise der Leinenweberei zugrunde lagen:

1. liefen die Baumwollstoffe und die Leinenimporte aus England und Irland dem deutschen Leinen immer klarer den Rang ab. Teilweise aus englischen, zunehmend aus deutschen Quellen kommend, erwiesen sich die Baumwollstoffe für die Leinengewebe als überaus gefährliche Konkurrenten, weil ihre Herstellung früher und konsequenter industrialisiert wurde, sie also immer billiger angeboten werden konnten, weil sie unter der Leitung von Verlegern und Fabrikanten viel besser auf Nachfrageverschiebungen und Moden reagieren konnten als das meistens im Kaufsystem organisierte und insofern viel schwerfälligere Leinengewerbe, und weil sie das Leinen an „Geschmeidigkeit, Weichheit und Leichtigkeit" (v. Viebahn) übertrafen. Die Leinenimporte aus England und Irland bezogen anfangs ihre Überlegenheit vor allem aus der Tatsache, daß ihre Hersteller das billigere und regelmäßigere Maschinengarn verwebten, später – seit Mitte der 30er Jahre – aus schnell fortschreitender Maschinisierung der Leinenweberei selbst. Die englische Überproduktion der 30er und 40er Jahre drückte auf den deutschen Markt, zumal dort, wo wie in Preußen der Zollschutz einer zunehmend liberalen Wirtschaftspolitik zum Opfer gefallen oder doch scharf reduziert worden war. In fallenden Preisen drückte sich diese verschlechterte Wettbewerbssituation des deutschen Leinens aus. Besonders die gröberen, einfacheren Leinensorten waren betroffen. Für eine Elle schlesischer Leinwand erzielte man 1816 durchschnittlich sechs, 1846 nur noch durchschnittlich vier Silbergroschen.[30]

2. drängten vor allem bis in die 1850er Jahre die schnell wachsende „Überschuß"-Bevölkerung, d.h. die anderweitig keine ausreichende Arbeit und kein hinreichendes Auskommen findenden Menschen, überdurchschnittlich stark in die – größtenteils ländliche – Leinenweberei. Diese war in der Regel nicht oder nicht mehr durch Zunftschranken geschützt; sie schreckte niemanden durch erhebliche Qualifikations- oder Kapitalvoraussetzungen ab. Zwar stellten sich manche qualifizierten Leinenweber auf die expandierende Baumwollweberei um oder wanderten in andere Bereiche ab. Aber aus der zusammenbrechenden Handspinnerei und überhaupt aus der großen und wachsenden, unterbeschäftigten und notleidenden ländlichen Unterschicht wurde diese Luft schaffende Reduzierung des für fast jeden Preis produzierenden Arbeitskräfteangebots in der Leinenweberei durch immer neuen Zustrom bei weitem kompensiert. Erst seit Mitte der 50er Jahre begann sich dies zu ändern, als die Industrialisierung in den städtischen Fabriken, im Eisenbahn- und Straßenbau, im Verkehrswesen wie auch in Form neuer ländlicher Industrien alternative Arbeitsplätze hervorbrachte, die dann auch von den in die Enge getriebenen Webern – und vor allem von ihren Kindern – ergriffen wurden. Ihr oft zitiertes „Kleben" an einem niedergehenden Gewerbe sollte man deshalb weniger mit ihrem „Konservativismus" oder ihrer angeblichen traditionsgebundenen Unfähigkeit zu marktrationalem Verhalten[31] erklären als mit dem eklatanten Mangel an Arbeitsplatz-Alternativen, vor dem sie bis in die 1850er Jahre standen.

3. führten der allmähliche Übergang zur Verwendung von Maschinengarn auch im deutschen Bereich und der Rückgang der sich für die Bauern immer weniger lohnenden, einheimischen Flachsproduktion dazu, daß Heimweber

immer häufiger seit der Jahrhundertmitte ihr Material von Kaufleuten vorgeschossen bekamen. Außerdem hatte die krisenhafte Situation des Vormärz zu Qualitätseinbußen und vielen Unregelmäßigkeiten, ja Betrügereien im Verhältnis zwischen Webern und Kaufleuten geführt, besonders dort, wo wie in Schlesien und Hannover die Leggen im Zeichen wirtschaftsliberaler Politik aufgehoben worden waren. Schon aus Konkurrenzgründen waren die Leinenkaufleute zunehmend daran interessiert, diesen Unregelmäßigkeiten entgegenzuwirken und ihre Kontrollen über die Produktion zu verstärken. Die veränderte Rohstoffbeschaffungssituation und die vom Absatz ausgehenden steigenden Kontrollbedürfnisse, wohl auch die schrittweise Mechanisierung und Zentralisation einzelner Fertigungsschritte etwa des Bleichens und der Appretur, waren dafür verantwortlich, daß sich im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts die Leinenweber rasch und konsequent aus exportorientierten Handwerkern in Hausindustrielle und Heimarbeiter, die Leinenkaufleute in Verleger verwandelten.

4. ist auf die Resistenz der Leinenweberei gegen ihre Maschinisierung zu verweisen. Gewisse Verbesserungen – der schon 1738 erfundene Schnellschütze, die Verbesserungen durch Jacquard seit 1808, Trittmechanismen und anderes mehr – waren ja auch an den zu Hause aufgestellten, nicht-maschinisierten Webstühlen anzubringen, und dies geschah. Im Vergleich zu Wolle und Baumwolle war es technisch schwierig und ökonomisch weniger zwingend, die Herstellung von Leinenstoffen zu maschinisieren; auch in England geschah dies in größerem Ausmaß erst seit Mitte der 1830er Jahre. Aber in den meisten deutschen Leinenregionen kam die außerordentliche Billigkeit der ja übermäßig vorhandenen, durch landwirtschaftlichen Nebenbetrieb oft ein wenig abgesicherten Arbeitskräfte hinzu, die den Kaufleuten und Verlegern bis in die 1850er Jahre wenig Anreiz bot, mit erheblichen Investitionen auf den für sie ohnehin riskanteren, sie stärker bindenden Fabrikbetrieb umzuschalten. Vor allem der Schritt vom vorherrschenden Kauf- ins Fabriksystem war sehr weit. Bis 1850, so schätzt man, waren nur drei Prozent der Leinengewebeherstellung industrialisiert. Die Errichtung von Mechanischen Webereien – oft in Verknüpfung mit Maschinenspinnereien – machte zwar nach 1850 und vor allem seit den 60er Jahren rasche Fortschritte. Gleichwohl waren 1873 nur etwa 15% der Produktion industrialisiert. Im Grunde waren es die Maschinisierung und ihre eklatante Verzögerung zugleich, die die Lage der Handweberei verschärften – als Konkurrenz zum einen, als langsames Hinausziehen ihres Todeskampfes zum anderen. Dieser ging erst im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, dann aber rasch, zu Ende. „Die Berufsbezeichnung ‚Leinenweber', in Berufsstatistiken einzelner Dörfer bis 1873 häufig zu finden, war um 1900 fast vollständig verschwunden."[32]

In den verschiedenen Regionen wurde auf die Krise des Leinengewerbes, die seit den 30er Jahren hart auftrat und ihren Höhepunkt zugleich mit dem allgemeinen Pauperismus in den 40er und frühen 50er Jahren erreichte, verschiedenartig reagiert. Wo schon zu Jahrhundertbeginn große Teile der Leinenweber als Heimgewerbe im Verlag organisiert waren, reichte die Anpassungsfähigkeit – die Steuerungsmöglichkeit der Verleger – oftmals aus, um schon in den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts auf die weniger bedrängte, expandierende und zum

Teil ins Fabrikwesen übergehende Baumwollweberei umzusatteln, so im West-Münsterland, in der Oberlausitz und vor allem im Rheinland. Wo dies nicht gelang, reagierten die Weber auf die fallenden Leinenpreise oftmals mit dem zunehmend verzweifelten Versuch, den Ertragsrückgang pro Stück durch Verlängerung der Arbeitszeit und Mehrproduktion auszugleichen. Preisverfall, Produktionssteigerung und entsetzliche Not gingen Hand in Hand, die Qualität der Arbeit ließ weiter nach, man hat von „Selbstausbeutung" gesprochen – bis die Kräfte überspannt waren und es dann doch zu ganz abrupten Zusammenbrüchen kam. So hörte die oberhessische Leinenweberei schon in den 1830er Jahren auf zu bestehen. Zwischen 1837 und 1846 brach die Leinenproduktion im Leinenzentrum Tecklenburg fast ganz zusammen bzw. sie schrumpfte auf das sehr viel tiefere Niveau, das zur Deckung des lokalen Bedarfs – fast durchweg im Nebengewerbe – ausreichte. Massenhafte Abwanderung, die Zunahme der landwirtschaftlichen Wanderarbeit und Reagrarisierung waren die Folgen, hier wie im Eichsfeld oder etwas später im Bayrischen Wald. Andernorts mochte es nach anhaltender Krise gelingen, ein anderes ländliches Exportgewerbe zu etablieren und damit Ersatzarbeitsstellen zu schaffen – so in Vorarlberg und der nordöstlichen Schweiz in den 40er und 50er Jahren die Heimstickerei, im Erzgebirge die Spitzenklöppelei oder etwas später in Ostwestfalen die Tabakindustrie und die Möbelherstellung. Im Sonderfall rettete die Spezialisierung auf besondes qualifizierte Tätigkeiten und besondere Produkte – etwa auf die früh im Verlagsystem betriebene Damast- oder Plüschweberei, wenn nicht gar auf Seide. Vergleichsweise glimpflich verlief die Entwicklung in Württemberg. Insgesamt aber überwog eine Kombination von Elend und Ausharren, bis der beschleunigte Übergang vom Handwerk zum Heimgewerbe, vom Kauf- zum Verlagsystem seit der Jahrhundertmitte, die beschleunigte, aber regional sehr unterschiedliche Maschinisierung seit den 60er Jahren und vor allem das Auftauchen alternativer Arbeitsplätze mit der jetzt tüchtig trittfassenden Industrialisierung Auswege aus der Sackgasse zu weisen begannen und die rasche Schrumpfung des Gewerbes in Gang setzten.[33]

Baumwolle

Die Baumwollweberei[34] entwickelte sich weder völlig losgelöst von der Leinenweberei noch gänzlich anders als diese. Leinen- und Baumwollstoffe waren für die Verbraucher bis zu einem gewissen Grad substituierbar, die Preisentwicklungen in beiden Bereichen beeinflußten einander. Die Handweber konnten auf ihren Stühlen meist ebensogut Leinen wie Gewebe aus Baumwolle oder Wolle herstellen, jedenfalls in der frühen Zeit. Auch noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es nicht selten vor, daß einzelne Unternehmen je nach sich ändernden Absatzchancen die Rohstoffe wechselten oder kombinierten. Es gab Übergänge einzelner Weber und ganzer Weberdistrikte vom Leinen zur Baumwolle. Und in zahlreichen Textilregionen wurde beides gewebt, so in Böhmen, in Württemberg, im Bergischen Land, in Teilen von Sachsen, im westlichen Münsterland, in den Gegenden um Augsburg und Wien wie in den schlesischen Dörfern, in denen 1844 der sog. Weberaufstand ausbrach. Die Importe aus England



„Sturm". Blatt 5 aus dem Zyklus „Weberaufstand" von Käthe Kollwitz, Radierung 1897

bedrängten auch die deutsche Baumwollstoffproduktion sehr. Die Überfüllungs-, Unterbeschäftigungs- und Hungerkrise mit ihrem Höhepunkt in den 40er und 50er Jahren machte auch den Baumwollwebern schwer zu schaffen.

Aber es gab auch wichtige Unterschiede. Die Baumwollweberei hatte anders als die Leinenweberei im 18. Jahrhundert nur in kleinem Umfang existiert; als Massengewerbe des 19. Jahrhunderts war sie vergleichsweise neu, von Anfang an als Heimgewebe, also verlagsmäßig, organisiert. In der Baumwollweberei war die Einbindung ins ländlich-landwirtschaftliche Milieu weniger durchgängig verbreitet als im Leinengewerbe. Handwerkliche Produktion für lokale Bedürfnisse und Betrieb im Nebengewerbe spielten in der Baumwollweberei eine viel geringere Rolle als im Leinenbereich. Über zunftmäßige Tradition verfügten die Baumwollweber nur in vergleichsweise geringem Maße, obwohl sie bisweilen zunftartige Ordnungen anstrebten und teilweise erreichten, besonders dort, wo die Baumwollweberei das Erbe der vergehenden Leinenweberei antrat, wie etwa im Wuppertal und in großen Teilen Sachsens.

Die durch die Notwendigkeit des Rohstoffimports bedingte verlagsmäßige Organisation und technische Eigenarten wie etwa die größere Reißfestigkeit des Baumwollfadens trugen dazu bei, daß die Baumwollweberei rascher maschinisiert wurde als die Herstellung von Leinengeweben, insbesondere dort, wo es

kein massenhaftes, für geringste Preise arbeitendes Weberproletariat gab, das es den Verlegern leicht machte, nicht zum Maschinenstuhl überzugehen. 1861 betrug der Anteil der Maschinenstühle an allen Baumwollwebstühlen in Baden schon 42%, in Bayern und im Rheinland immerhin 22% und 20%, während es die beiden Regionen mit der insgesamt umfangreichsten Baumwollweberei, nämlich Sachsen und Schlesien, nur auf 4% bis 5% brachten. 1873 dürften knapp 50% der gesamten Baumwollgewebeherstellung maschinell betrieben worden sein – gegenüber 15% des Leinens. Eine vermutlich repräsentative Stichprobe preußischer Baumwollwebereien aus dem Jahre 1877 fand heraus, daß von 106 Unternehmen 52 reine Fabriken mit insgesamt 10.800 Maschinenstühlen, 35 Verlage mit 2.500 dezentralisiert aufgestellten Handstühlen und 19 gemischte Strukturen waren, also Fabriken mit Verlagsanteil, die 2.000 Maschinenstühle und 1.100 fast durchweg dezentralisiert aufgestellte Handstühle beschäftigten. Fabrik und Verlag, Maschinen- und Handweberei gingen da eine enge Symbiose ein. Die Gründung von Mechanischen Webereien, übrigens oft im Verbund mit Maschinenspinnereien und angegliederten Veredelungsbetrieben, konnte in jener Phase der Entwicklung durchaus die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der heimgewerblichen Handweberei zur Folge haben. Doch spätestens seit den frühen 1860er Jahren ging auch in der Baumwollweberei der Expansion der Fabrik die Schrumpfung des Heimgewerbes parallel.[35]

Anders als die Leinenherstellung und trotz vieler, mit dem Wechsel der internationalen Nachfrage zusammenhängender Rückschläge und Flauten war die Baumwollweberei ein insgesamt rasch wachsendes Gewerbe. Die Wirkungen der Arbeitskräfte einsparenden Maschinisierung wurden durch die sich ausweitetende Nachfrage zum Teil ausgeglichen; die Zahl der Baumwollweber wuchs insgesamt. Während es um 1800 drei- bis viermal soviele Leinen- wie Baumwollweber gegeben hatte, zog die schnell expandierende Baumwollweberei mit der in einzelnen Regionen bereits zusammenbrechenden, andernorts nur noch langsam wachsenden Leinenweberei in den späten 40er Jahren gleich. 1861 zählte man im Zollverein bereits 175.000 Baumwollwebstühle (davon 23.500 maschinell), im Vergleich zu 121.000 Leinenwebstühlen (davon nur 300 maschinell) und etwa 78.000 Stühlen im Wollbereich. Diese Entwicklung setzte sich im Prinzip fort, wenn auch der den Rohbaumwollimport unterbrechende amerikanische Bürgerkrieg, die Angliederung Elsaß-Lothringens mit seiner die Konkurrenz verschärfenden Weberei und die Depression seit 1873 gerade die Baumwollindustrie arg trafen, ihren Ausbau unterbrachen und die Not der Weber in den 60er und 70er Jahren verschärften.[36] Horst Blumberg hat die sich verändernde Verteilung der Webstühle auf die drei wichtigsten Branchen geschätzt (in Prozent):[37]

Jahr	Baumwolle	Leinen	Wolle
1846	42	44	14
1861	46	35	19
1875	47	32	21

Wolle

Ähnlich wie die Baumwollverarbeitung hatte sich die Wollweberei, soweit sie nicht im ländlichen Nebengewerbe größtenteils für Eigenbedarf oder als normales Handwerk für lokalen Verbrauch betrieben wurde, in den Städten und deren näherer Umgebung entwickelt – auf der Basis der Schafwolle, eines Rohstoffs, der viel häufiger als der Flachs über einige Distanz herbeigeschafft werden mußte und früh auf Ergänzung durch Importe angewiesen war. Die rheinischen Bezirke Aachen und Lennep, die Regierungsbezirke Erfurt und Merseburg, Brandenburg, die Lausitz, das Vogtland, die Bezirke von Glauchau und Meerane, dann Oberfranken, die Rheinpfalz, zahlreiche Orte in Württemberg und Bayern, die Gegend um Reichenberg und andere böhmische Bezirke, Wien, dann auch Gegenden in der Steiermark, Kärnten und Tirol – das waren unterschiedlich spezialisierte Zentren der Tuch- und Kammgarngewebeproduktion.[38]

Wie für die Baumwolle und anders als für das Leinen war das 19. Jahrhundert für die Wolle eine insgesamt gute Zeit. Zwar kam es in den ersten drei Jahrzehnten des Jahrhunderts zu Störungen, die mit dem Verlust wichtiger Exportgebiete zusammenhingen. Das Wollgewerbe blieb damals weit hinter der rapide expandierenden Baumwollbranche zurück. Selbst noch 1875 rangierte die Wolle, dem Produktionsvolumen und der Beschäftigtenzahl nach, nur an dritter Stelle: weit hinter der Baumwolle und auch noch hinter dem Leinen. Doch seit etwa 1830 übertrafen die Zuwachsraten bei der Wolle nicht nur die im Leinengewerbe, sondern auch die im Baumwollbereich, vor allem dank der schnellen Ausdehnung der Kammgarnweberei. Die Zahl der Handstühle wuchs in der preußischen Wollweberei von 15.000 im Jahr 1831 auf über 33.000 im Jahr 1861, und zwar ziemlich kontinuierlich. Der Pauperismus des Vormärz und der 50er Jahre scheint das stärker für bessergestellte Verbraucherschichten produzierende, in sich hoch diversifizierte und spezialisierte, oft besondere Qualifikationen erfordernde Wollgewerbe weniger brutal getroffen zu haben als die Leinen- und Baumwollbranchen. Auch die den Baumwollbereich so heftig mitnehmenden Einbrüche der 60er und frühen 70er Jahre berührten das Wollgewerbe nur in abgeschwächter Form, bis der Konjunktureinbruch von 1873 den gesamten Textilbereich vorübergehend stagnieren ließ. Insgesamt erzielten die Weber der Wollindustrie einen etwas höheren und etwas gleichmäßigeren Verdienst als die hausindustriellen Weber von Baumwolle oder gar Leinen.

Nach langsamem Beginn im Vormärz – 1850 dürften nur 6% der hergestellten Wollwaren maschinell gefertigt worden sein – beschleunigte sich die Industrialisierung der Wollweberei im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts, vor allem seit

den 60er Jahren. Jetzt erst begannen die aus dem Boden schießenden Mechanischen Webereien die Hausindustrie zu verdrängen: In Preußen ging die Zahl der Handstühle von 1861 bis 1875 erstmals seit 1830, ein wenig zurück, nämlich von 33.000 auf 30.000, und das trotz des preußischen Gebietszuwachses. Dagegen dürfte sich im selben Zeitraum die Zahl der in preußischen Fabriken gehenden Maschinenstühle vervier- bis verfünffacht haben. In der württembergischen Wollweberei gingen von 1861 bis 1875 die dezentral aufgestellten (handwerksmäßig betriebenen) Handstühle von 1.841 auf 732 und die in Manufakturen stehenden Handstühle von 971 auf 336 zurück, während die Zahl der Kraftstühle in den Fabriken von 76 auf 224 zunahm. Während 1849 und 1861 der Anteil der Maschinenstühle an allen Webstühlen des Wollgewerbes im Zollverein nur 3% bzw. 8% ausgemacht hatten, stieg dieser Anteil bis 1875 im Deutschen Reich auf 34%. Dort standen 1875 56.200 Handstühle 29.300 Maschinenstühlen gegenüber. Wenn man berücksichtigt, daß der Maschinenstuhl im Wollbereich damals nur eineinhalb bis zweimal soviel wie ein Handwebstuhl produzierte, wird deutlich, daß Mitte der 70er Jahre gut 50% der Produktion maschinell hergestellt wurde. Dies entsprach ungefähr dem Fabrikanteil an der Baumwollstoffproduktion, während bekanntlich der Fabrikanteil an der Leinenproduktion gleichzeitig nur etwa 15% ausmachte.[39]

Doch zwei wichtige Merkmale hoben das Woll- vom Baumwollgewerbe ab: Zum einen konnten viele Wollweber im Unterschied zu den meisten Baumwollwebern auf eine alte und oft zünftige Handwerkstradition zurückblicken, zu der Selbständigkeit, relativ hohe Qualifikation und ausgeprägtes berufsständisches Bewußtsein gehörten. Zum zweiten hatte ein großer Teil dieser Zeug- und Tuchmacher, dieser Teppich-, Samt-, Merino- und Flanellweber, dieser Produzenten einfarbiger und bunter Streichgarntuche und Kammgarnstoffe unterschiedlichster Qualität, Faserung und Form – anders als die Baumwollweber – zu Beginn des Jahrhunderts als selbständige Handwerker im Kaufsystem und für lokalen Kundenbedarf gearbeitet. Sicherlich: Manchmal waren die Wollweber schon im 18. Jahrhundert oder noch früher von Verlegern abhängig geworden, teilweise im Rahmen von tarifvertragsähnlichen Abmachungen, die ihre Zünfte mit den zuständigen Kaufmann-Verleger-Gilden über Rechte und Pflichten beider Seiten, über Stücklöhne wie über Arbeits- und Lieferbedingungen abgeschlossen hatten. Aber hauptsächlich war die Umwandlung der selbständig, wenn auch häufig für überlokale Märkte produzierenden Handwerker in Heimgewerbetreibende, die von anderen Meistern, Verlegern und Manufakturen in bezug auf Aufträge, Rohstoffversorgung und Absatz abhängig wurden, in der Wollverarbeitung ein Phänomen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als die überlokale Verflechtung und damit die Abhängigkeit der Produzenten von überlokalen Märkten zunahmen, das Verbraucherverhalten modischer wurde und die schützenden Zunftregeln entweder, wie in Preußen, außer Kraft gesetzt wurden, oder, wie in Sachsen, allmählich bröckelten.

Auch kam in jenen Jahren die Mechanisierung der den Produktionsvorgang abschließenden Arbeitsschritte, des Scherens, Walkens, Pressens, der Appretur und des Färbens, deutlich voran; das beförderte die Teil-Zentralisierung der Pro-

duktion in den Werkstätten einzelner aufsteigender Meister, Kaufleute und Manufakturiers, die die kleinen, bei sich zu Hause webenden Meister eben dadurch leichter in verlagsmäßige Abhängigkeit von sich zu bringen vermochten, besonders dann, wenn sie gleichzeitig den Spinnvorgang in die eigene Regie übernahmen: sei es durch die Beschäftigung verlegter Handspinner, durch die Beauftragung kleiner „Lohnspinnereien", die von ihnen Rohstoff und Aufträge erhielten und insofern ebenfalls „verlegt" wurden, sei es durch maschinelles Spinnen in der eigenen Werkstatt. So entstanden vor allem im Streichgarnbereich und besonders im Westen interessant kombinierte Unternehmen verschiedenster Art, die Tuchhandlungen genannt werden mochten, aber tatsächlich Manufakturen oder Fabriken mit Verlagsanteil darstellten.

Aufgrund bewußter Dezentralisationsentscheidungen mochte der Verlagsanteil solcher Unternehmen mit der Zeit übrigens wieder wachsen. Der Unternehmer schaffte sich so einige Managementprobleme vom Hals und gewann an Flexibilität für Zeiten der Flaute. Und wichtiger noch: Neben diesen halbzentralisierten, kombinierten Großbetrieben hielt sich ein großer Bereich selbständiger Weber, die mit oder ohne Gesellen, für Händler und Kunden im Kaufsystem arbeiteten. Dies galt vor allem für die Kammgarnverarbeitung, wo die sehr teure Maschinenspinnerei meist separat von der Weberei betrieben und auch einige der Hilfs- und Veredelungsarbeiten, das Färben, das Drucken, die Appretur, oftmals in selbständigen, Aufträge von verschiedenen Webern und Kaufleuen übernehmenden Spezialbetrieben wahrgenommen wurden. Die Situation war komplex. Doch fraglos nahm insgesamt der Anteil von Heimarbeitern und Hausindustriellen an den Wollwebern vom Beginn des Jahrhunderts bis in die 50er Jahre auf Kosten des Handwerkeranteils zu.

Dieser Trend kehrte sich erst um, als auch die Wollweberei in breiter Front zentralisiert wurde, d.h. mit durchschlagender Maschinisierung seit etwa der Jahrhundertmitte. Zwar gingen Zentralisierung und Maschinisierung manchmal nicht völlig parallel: Einerseits kam es vor, daß von einer genossenschaftlich betriebenen Dampfmaschine aus die Kraft durch Transmissionen über ganze Straßenzüge hinweg in die Wohnungen oder Werkstätten kleiner Meister geleitet wurde, die so ihren eigenen mechanischen Webstuhl betrieben und das hohe Gut der Selbständigkeit mit dem Nutzen der Maschine zu vereinbaren suchten. Andererseits richteten manche Unternehmer auch Werkstätten für Handweber ein; sie zentralisierten also, noch bevor dies die Maschinisierung erforderte, einen Teil der Weberei, um die Produktion besser überwachen zu können und wohl auch, um an Löhnen zu sparen. Denn in Werkstätten beschäftigte Weber wurden oft nur wie Gesellen bezahlt, und die erhielten um etwa ein Drittel weniger als die in dieser Hinsicht noch als Meister geltenden Heimarbeiter und Hausindustriellen. Aber in breiter Front fand die Zentralisierung der Wollweberei und damit die Umwandlung von Handwerkern und Heimgewerbetreibenden in Lohnarbeiter zentralisierter Betriebe doch erst mit der Maschinisierung, in den Fabriken, statt, also seit etwa der Jahrhundertmitte. Seit den 60er Jahren nahm, wie gezeigt, die Zahl der heimgewerblichen Wollweber deutlich ab. Ihr Durchschnittsalter stieg an, denn die jüngeren wurden seltener.[40]

Seide

Schließlich ein Wort über die Seidenweberei. Im Vergleich zu den 175.000 Baumwoll-, den 120.000 Leinen- und 78.000 Woll-Webstühlen, die man im Zollverein 1861 zählte, nahmen sich die 39.000 Webstühle des Seidengewerbes recht bescheiden aus. Zwar hatte die unter der künstlichen Schutzglocke merkantilistischer Förderungspolitik im 18. Jahrhundert entstandene Seidenproduktion in Berlin und Potsdam den frischen Wind der Gewerbefreiheit nicht überstanden; sie war stark geschrumpft. Dennoch standen neun von zehn Seidenwebstühle des Zollvereins auch noch um 1860 in Preußen, vor allem in Krefeld, dem nach Lyon zweitgrößten Seidenstandort des Kontinents, daneben an anderen niederrheinischen Plätzen und in Elberfeld. Auch in Bayern, Württemberg und Baden hatte sich lokal Seidenweberei entwickelt, in den 60er und 70er Jahren kamen Standorte in Tirol, Mähren, Böhmen und Niederösterreich dazu.

Seidenstoffe wurden seit jeher für überlokalen Verkauf in besser situierte Kreise produziert. Um so mehr fällt das undramatische, aber stetige, von tiefen Einbrüchen verschonte Wachstum der Branche in jenen Jahrzehnten auf. Von 1816 bis 1861 wuchs die Zahl der Webstühle in Preußen von knapp 7.000 auf über 31.000, und obwohl auch diese Branche 1873 ihre Einbuße erlitt, soll es 1875 in Preußen knapp 47.000 Seiden-Webstühle gegeben haben.[41] Schon um 1800 herrschte die Organisationsform des Verlags eindeutig vor, und daran änderte sich wenig bis in die 1870er Jahre. Die Technik dieses Gewerbes war zu kompliziert, als daß sie sich der Maschinisierung leicht geöffnet hätte. 1861 wurden in Preußen nur 573, 1875 nur 723 Maschinen-Webstühle gezählt; die sehr kleine badische Seidenweberei zeigte sich zwar etwas maschinisierungsfreundlicher, doch insgesamt war und blieb die Heimarbeit vorherrschend, an der ganze Familien und Haushalte, kaum aber familienfremde Kräfte teilnahmen. Selbst die Zentralisierung der Hilfs- und Veredelungsarbeiten blieb sehr begrenzt, sie wurden jedenfalls in Krefeld häufig von kleinen, oftmals verlegten spezialisierten Betrieben, etwa Lohnfärbereien, wahrgenommen.

Soweit sich an der ausgeprägt hausindustriellen Organisationsform und dem Status der Weber überhaupt Veränderungen ergaben, zeigten sie in Richtung größerer handwerklicher Selbständigkeit: Während im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert die komplizierten, in den Häusern der Weber aufgestellten Stühle dem Unternehmer gehörten, nutzten in Krefeld die Weber die Revolution von 1848 zum billigen Ankauf der Stühle und zur Rückkehr in eine prekäre Selbständigkeit. Vorübergehend setzten sie ihre gesetzliche Anerkennung als Meister durch und organisierten sich in einer Innung, die mit den Kaufmann-Verlegern einen auf dem Rathaus bekräftigten Tarifvertrag – eine „Lohnliste", wie es hieß – aushandelte. In den folgenden Jahren kam es vor, daß einzelne Seidenweber für mehrere Firmen zugleich arbeiteten. Im ganzen aber herrschte ein gelockertes Verlagssystem vor; die meisten Seidenweber, die teils in den Städten, teils in deren nächster Umgebung wohnten, stellten also einen kontinuierlich zunehmenden Anteil an der Heimarbeiterschaft.[42]

Ergänzungen

Die Unterscheidung zwischen Leinen-, Baumwoll-, Woll- und Seidengewerbe, die unsere Darstellung der Spinner- und Weberverhältnisse geleitet hat, ist sicherlich grundlegend. Denn je nach zu verarbeitendem Rohstoff unterschieden sich die Arbeits- und Absatzbedingungen, Betriebsformen, Maschinisierungstendenzen und Konjunkturen, d.h. die entscheidenden Bestimmungsfaktoren für das Wachstum bzw. die Schrumpfung, die Beharrung und den Wandel der Textil-Heimgewerbe, um die es hier ging. Aber die Unterscheidung zwischen Leinen-, Baumwoll-, Woll- und Seidenarbeitern ist sehr grob. Drei Ergänzungen seien abschließend angedeutet.

Mit den Jahrzehnten wuchs die Neigung, gemischte Gewebe zu produzieren, also etwa Seide mit Baumwolle und Mohair zu versetzen und das Ergebnis „halbseiden" zu nennen. Insbesondere Wolle und Baumwolle wurde häufig gemischt, und, wenn nicht gemischt, so doch oftmals in ein und derselben Region schwerpunktmäßig produziert. Im Einzelfall ergaben sich vielfältige Kombinationen.

Jeder der vier Bereiche war überdies in sich reich gegliedert und umfaßte zahlreiche Teilgewerbe mit speziellen Eigenarten.[43] Es sei an die Bandwirker und Posamentierer erinnert, die vor allem aus Wolle und Baumwolle Bänder, Litzen, Gurte, Schnürriemen, Kordeln, Borten, Säume und dergleichen herstellten, Schwerpunkte in der Rheinprovinz (Elberfeld, Barmen, Lennep, Köln und Umgebung) und Sachsen (u.a. Lausitz, Dresden) hatten, an speziellen Stühlen vor allem im Verlagssystem arbeiteten und örtlich schon seit den 50er Jahren unter der Verdrängungskonkurrenz der Fabriken mit ihren Maschinenstühlen und Klöppelmaschinen litten.[44] Oder man denke an die auf Woll- oder Baumwollbasis arbeitenden Strumpfwirker, von denen es 1861 im Zollverein immerhin 18.000 Meister und 16.000 Gehilfen gab, vor allem in Sachsen. Dort überlebten Strumpfwirkerzünfte bis in die 60er Jahre, doch sie verhinderten weder den frü-

Tabelle 29: Beschäftigte im Textilgewerbe (ohne Spinnerei) nach Sparten und Status: Zollverein 1861[47]

	(1) Handwerksmeister u. Hausindustrielle	(2) Gesellen Gehülfen	(3) sonstige Beschäftigte	(4) Summe
Leinen	87.800	39.800	4.800	132.400
Spitzen und Tüll*	–	–	8.900	8.900
Baumwolle	77.900	80.400	34.700	193.000
Wolle	32.100	52.900	49.800	134.900
Bandwirker**	2.900	3.000	10.300	16.200
Strumpfwaren**	18.000	16.100	8.300	42.400
Seide	18.800	17.400	20.100	56.300
Andere Gewerbe***	9.100	12.400	5.800	28.400
Insgesamt	246.700	222.100	143.700	612.500

* meist Leinen / ** Wolle und Baumwolle / *** u.a. Schals und Teppiche

Quelle: G. v. Viebahn, Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschlands, Teil III, Berlin 1868, S. 952



Kinder im Erzgebirge bei der Herstellung von Klöppelspitzen in Heimarbeit.

hen Übergang des Gewerbes vom Kauf- ins Verlagssystem noch die Entstehung von Manufakturen mit Verlagsanteil, noch die rasche Maschinisierung seit den 60er Jahren.[45] Man könnte auch gesondert auf die Spitzenklöppelei und die Tüllherstellung (meist auf Leinenbasis) eingehen, d.h. auf vor allem ländliche, stark von Frauen und Kindern betriebene Heimarbeit mit Schwerpunkt in den sächsisch-schlesisch-böhmischen Mittelgebirgen.[46] Doch ergäben sich daraus nur Verfeinerungen, keine grundsätzlichen Veränderungen des vorn entwickelten Bildes.

Schließlich muß nachgetragen werden, daß es in jeder der vier Sparten Arbeitskräfte verschiedener Art gab. Das soll in Tabelle 29 veranschaulicht werden, wenn sie auch nicht sehr verläßlich ist.

Hausindustrielle und Heimarbeiter im Sinn der hier verwendeten Definition befinden sich in Spalte (1) wie in Spalte (3). In Spalte (2) werden handwerklich qualifizierte Gesellen und Hilfspersonen anderer Art aufgeführt. In Spalte (3) stecken Heim-, Manufaktur- und Fabrikarbeiter verschiedenster Qualifikationen. Sehr viele Hilfskräfte der Weber sind in dieser Tabelle gar nicht erfaßt, nämlich die ungemein zahlreichen Spuler, Zuhelfer und Stuhlkinder, die aus den Familien der hausindustriellen Weber rekrutiert wurden. Die Zählung von 1861 berücksichtigte sie ebenso wenig wie fast alle nebengewerblich tätigen Personen. Mitgezählt wurden dagegen die qualifizierten Hilfsgewerbe der Weber (verteilt auf Spalten 1, 2 und 3). Es handelt sich um Tuchscherer, Walker, Appreteure, Färber, Drucker u.a., die zu Beginn des Jahrhunderts noch zu einem großen Teil

als selbständige Handwerker oder Hausindustrielle – meist mit Gesellen – ihre Leistungen anboten. Diese Kategorien von Handwerkern und Hausindustriellen nahmen schon seit den 30er Jahren schnell ab, denn ihre Funktionen wurden früh zentralisiert und in den Werkstätten der Manufakturen und entstehenden Fabriken wahrgenommen. Die Tabelle differenziert nicht zwischen Heimgewerbetreibenden und Fabrikarbeitern dieser Berufe (3). Für die heimgewerbliche Baumwollweberei hat man geschätzt, daß auf einen Webstuhl je ein Weber und je eine Hilfsperson entfielen, im dezentralisierten Wollgewerbe dürfte der Hilfspersonenanteil eher noch höher gelegen haben, im Leinengewerbe tiefer. Die Überführung in die Fabrik verminderte dann den Anteil der ungelernten Hilfsarbeiter beträchtlich.[48]

Dagegen läßt die Tabelle in groben Zügen erkennen, daß das Verhältnis von selbständigen und verlegten Meistern zu Gesellen in den verschiedenen Branchen stark variierte: In der niedergehenden Leinenweberei entfiel durchschnittlich nicht einmal mehr ein Geselle auf zwei Meister, und die Beschäftigung von zwei oder mehr Gesellen durch einen Meister war um 1861 anders als um 1800 die Ausnahme. Vermutlich unterschieden sich in diesem Gewerbe „Meister" und „Gesellen" in ihrer Bedrängtheit nur wenig. Der Meister-Gesellen-Unterschied verlor hier an Bedeutung. Dagegen hielt die heimgewerbliche Wollweberei etwas von der handwerklichen Grundstruktur aufrecht. Es gab deutlich mehr Gesellen als Meister, auch verlegte Meister beschäftigten Gesellen, die ihre Lehrzeit und vielleicht auch ihre Wanderjahre ordnungsgemäß hinter sich gebracht hatten. Auch zahlten die Verleger für die Arbeit der Meister mehr als für die der Gesellen. Bis in die 60er Jahre kam es überdies vor, daß Zunftordnungen mit ihrer klaren Differenzierung zwischen Meistern und Gesellen innerhalb der Verlagsorganisation fortexistierten.

Kurzum: Die gemeinsame Abhängigkeit der heimgewerblichen Meister und ihrer Gesellen von ihren Verlegern dürfte gewisse Unterschiede zwischen ihnen überall abgeschwächt haben. Meist war überdies die Mithilfe der Familienmitglieder viel wichtiger als die Mitarbeit eines familienfremden Gesellen, so im Leinen- wie im Seidengewerbe. Gleichwohl blieb ein Kern der handwerklichen Grundstruktur, vor allem in den höher qualifizierten und bessergestellten Hausindustrien, z. B. in der Tuchmacherei, erhalten. Traditionen des Handwerks lebten vor allem im *städtischen* Heimgewerbe kräftig fort.[49]

Zusammenfassung

Zusammenfassend bleibt in bezug auf die heimgewerblichen Weber (im weitesten Sinn) festzuhalten: Insgesamt gewannen Baumwolle, Wolle und Seide auf Kosten des Leinens. Die Maschinisierung spielte in allen vier Webbranchen bis 1850 eine ungemein untergeordnete Rolle. Nach 1850 und vor allem seit 1860 brach sie in der wachsenden Baumwoll- und Wollweberei durch, kaum jedoch bei Leinen und Seide. Während das sich gegen die Industrialisierung sperrende Leinengewerbe nunmehr rasch verkam, florierte die Seide auch ohne Maschinen.

Eindeutig nahm die Zahl der heimgewerblichen Weber in der ersten Jahrhunderthälfte zu. Dies lag an der Vermehrung der ohnehin primär verlagsmäßig

organisierten Baumwoll- und Seidenweberei einerseits, andererseits an der fortschreitenden Einbeziehung der zu Beginn des Jahrhunderts noch stark handwerklich betriebenen Wollweberei ins Verlagssystem.
Zwischen 1850 und 1875 ging die Zahl der heimgewerblichen Weber vermutlich ein wenig zurück. Zwar vermehrte sich ihre Zahl in der Leinenweberei, denn hier setzte sich nunmehr das Verlagssystem zum erstenmal auf breiter Front durch, auf Kosten des Kaufsystems. Aber der Anteil des Leinens am gesamten Textilbereich war bereits stark gesunken, und nun schrumpfte die Weberpopulation auch absolut. Daneben trug die Verdrängung der Heimweberei durch Zentralisierung und Maschinisierung, wie sie sich im Baumwoll- und Wollbereich allgemein erst seit Anfang der 1860er Jahre, aber in einzelnen Berufen (Bandweberei, Hilfsgewerbe der Tuchscherer, Färber etc.) schon seit den 40er und 50er Jahren bemerkbar machte, zur Reduzierung der Heimweberei insgesamt schon vor 1875 bei. Dies um so mehr, als der Einbruch von 1873 vor allem auf die Heimarbeit durchschlug. Doch die Schrumpfung der heimgewerblichen Weberei blieb insgesamt bis 1875 sehr begrenzt. Symbiotische Verhältnisse zwischen Heimarbeit und Fabrikarbeit waren noch häufig, vor allem im Wollgewerbe. Manchmal nahm die Zahl der Heimarbeitsplätze sogar als Folge von Fabrikgründungen zu. Fabrikarbeit wuchs in dieser Phase der Entwicklung schneller Expansion nicht notwendigerweise auf Kosten der Heimarbeit. Die wirkliche Vernichtung der Hausweberei geschah erst im letzten Jahrhundertviertel.

c) *Metallgewerbe und andere ältere Heimgewerbe*

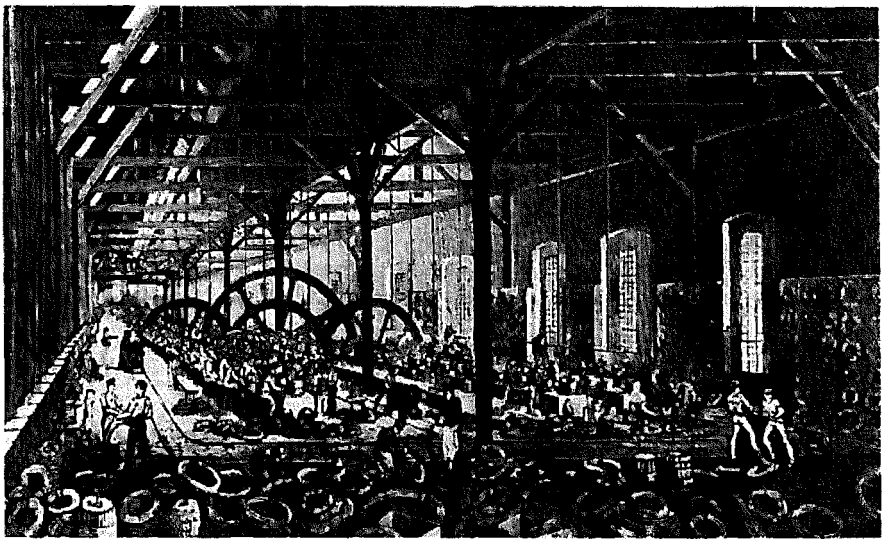
Warum setzte sich das verlagsmäßige Heimgewerbe im Textilbereich so weitgehend durch? Die Erzeugnisse dieses Bereichs eigneten sich aufgrund ihrer relativen Gleichförmigkeit und ihres verbreiteten Konsums für standardisierte Massenproduktion. Sie waren aufgrund ihrer Haltbarkeit, ihres geringen Gewichts und anderer Eigenschaften transportierbar. Sie wurden mit Hilfe von Techniken hergestellt, die noch keine Zentralisierung nahelegten. Und sie konnten nicht überall gleich gut, d. h. gleich wirtschaftlich hergestellt werden. Vielmehr wurde die Konzentration ihrer Produktion auf bestimmte Gewerbegebiete durch die örtliche Kumulierung von entsprechend qualifizierten und willigen Arbeitskräften, das Vorhandensein oder die Beschaffbarkeit der jeweils nötigen Rohstoffe und durch gute Möglichkeiten zu überörtlichem Absatz gefördert, also durch Bedingungen, die räumlich nicht gleichmäßig verteilt waren.[50] Außerhalb des Textilbereichs erfüllten zu Beginn des 19. Jahrhunderts nur wenige Gewerbe diese Bedingungen, am ehesten einige Metallgewerbe.

Verlagsmäßige und verlagsähnliche Verhältnisse gab es jedoch in der vornehmlich ländlichen *Metallerzeugung*. In der Grafschaft Mark z. B. standen die Schmiede und die Inhaber kleinbetrieblicher Hammerwerke in engen Abhängigkeitsbeziehungen zu den sog. Reidemeistern. Das waren Unternehmer, die den Absatz der von den Hammerwerken und Schmieden gelieferten halbfertigen

Metalle besorgten, oft die nötigen Rohstoffe, also etwa Roheisen aus dem Westerwald oder dem Siegerland, beschafften und überdies häufig Miteigentumsrechte an den Hämmern besaßen. Die auf diese Weise verlegten Meister beschäftigten Gesellen und andere Arbeiter; mehrere Monate im Jahr ruhten die Hammerwerke, während Meister und Gesellen landwirtschaftlichen Tätigkeiten nachgingen. Ähnlich war es in der Drahtproduktion, z.B. in der Umgebung von Altena und Iserlohn. Teilweise pachteten die handwerklich arbeitenden Produzenten, die „Zöger" oder wie sie sonst genannt werden mochten, die Produktionsmittel von den Reidemeistern, teilweise arbeiteten sie für mehrere Reidemeister zugleich, und so unterschied man sich ein wenig vom reinen Typus der verlagsmäßigen Heimgewerbe.

Diese Produktionsform hielt sich in der Metallherstellung bis weit ins 19. Jahrhundert. So entstand z.B. noch in den 1820er Jahren bei Hohenlimburg ein Walzwerk für Draht, mit dem u.a. Ketten gefertigt wurden. Da Maschinen hierfür erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und auch dann nur zögernd entwickelt wurden, übernahmen bis zu sechshundert Heimarbeiter die Kettenproduktion am eigenen Schmiedefeuer. Allerdings ging die Hausindustrie in der Metallerzeugung im zweiten Drittel und dritten Viertel des 19. Jahrhunderts eindeutig zurück. Die Einführung der Dampfkraft, der Übergang zur Steinkohle und die Einführung neuer Weiterverarbeitungstechniken, etwa des Puddelverfahrens und der Walzwerke, führten oft nicht nur zur örtlichen Verlagerung der Produktionsstätten, sondern vor allem auch zu ihrer Zentralisierung.[51]

Noch länger hielt sich der dezentralisierte Betrieb in der *Metallverarbeitung*, in der sog. „Kleineisenindustrie", die im Gegensatz zur Metallerzeugung vor allem in den Städten und deren nächster Umgebung lokalisiert war. Die Produktion von Nadeln und Nägeln, Schrauben und Schnallen, Sägen, Feilen, Messern, Sensen und einfachen Waffen wurde um 1800 in den darauf spezialisierten Regionen – in der Grafschaft Mark, dem Herzogtum Berg, dem Niederrheingebiet, Berlin, Nürnberg und Fürth mit Umgebung, Schmalkalden, der Steiermark, im oberen Erzgebirge und anderswo – in den verschiedensten Formen betrieben: als landwirtschaftliches Nebengewerbe in verlagsmäßiger Abhängigkeit, so wie es vermutlich bei den 86 Nadelsteckern einer Iserlohner, größtenteils dezentralisierten „Stecknadelfabrik" der Fall war, die von vier Kaufleuten geleitet wurde und außerdem sechs Meister, 37 Gesellen und 60 Lehrlinge beschäftigte; als selbständiges, für lokalen Bedarf arbeitendes Handwerk, wie es für die vielen Grobschmiede zutraf, die Pflüge, Spaten und Hufbeschläge für ihren ländlichen Umkreis herstellten; als selbständiges, für den überregionalen Absatz arbeitendes Handwerk, dessen Produkte an Kaufleute und Handelshäuser verkauft oder auf Märkten und Messen angeboten wurden, und wofür die Remscheider Feilenmacher als Beispiel dienen können; oder eben als verlagsmäßig organisierte Hausindustrie, wie sie größtenteils die Solinger Schwerter- und Messerproduzenten betrieben. Die Herstellung in zentralisierten Manufakturen machte den kleinsten Teil aus. Aller Art Mischungsverhältnisse traten auf. Dort, wo sich starke Zünfte halten oder im Laufe des 18. Jahrhunderts neu bilden konnten, gingen Zunfthandwerk und kapitalistisches Verlagswesen spannungsreiche Ver-



Arbeitssaal der Drahtzieherei von Funke, Borbet & Co. Holzstich um 1870

bindungen ein. Ähnlich den Tuchmachern und Strumpfwirkern in Sachsen und anderswo benutzten die hochqualifizierten, vor allem städtischen, Gesellen und Lehrlinge beschäftigenden, oftmals eng spezialisierten Messerschleifer, Feilenhauer, Sensenschmiede und Werkzeugmacher ihre Zünfte, um in Verhandlungen mit den ebenfalls organisierten Kaufmann-Verlegern tarifvertragsähnliche Abmachungen zu erreichen, die vor allem Stückpreise bzw. Stücklöhne für verschiedene Produkte festsetzten.[52]

Was mit diesen Gewerben in den ersten drei Vierteln des 19. Jahrhunderts geschah, läßt sich nur schwer kurz zusammenfassen. Zu unterschiedlich stellte sich die Situation von Branche zu Branche, von Spezialisierung zu Spezialisierung, von Ort zu Ort dar. Generalisiert man trotzdem, hat man dreierlei zu unterscheiden:

1. Die Nachfrage stieg an, die metallverarbeitenden Gewerbe wuchsen. In Remscheid waren 1816 805 Meister mit 463 Gesellen und 284 Tagelöhnern in der Metallverarbeitung beschäftigt, 1826 waren es 807 Meister mit 596 Gesellen. Für 1842 wird allein die Zahl der Schmiede – also ohne Schleifer, Gießer und Hauer – mit 937 angegeben. 1854 gab es 1.340 einschlägige Fabrikationsstätten mit rd. 2.500 bis 3.000 Arbeitern. Und 1876 waren es 1.115 selbständige Meister mit rd. 1.850 Gesellen und Lehrlingen gegenüber 2.964 Arbeitern in der Klein- und 2.547 Arbeitern in der Großindustrie der Gemeinde. Im ganzen Zollverein beschäftigten 1861 ca. 2.000 Verlage, Manufakturen und Fabriken, die Eisen-, Blech-, Draht- und Stahlwaren, Schneidegeräte, Handwerkszeug, Kochgeschirr, Waffen und andere Metallgegenstände herstellten, ca. 32.700 Personen. Dazu kam das „Direktionspersonal", noch einmal knapp 1.700 Personen. Selbständige Handwerker waren dabei nicht mitgezählt.[53]

2. ist deutlich, daß ein kleiner, leider im Umfang nicht genau zu bestimmen-

der Teil dieser vielfältigen Produktion bis 1875 zentralisiert, d.h. in Manufakturen und Fabriken verlagert und damit dem Heimgewerbe entzogen wurde. Vor allem galt dies für die zunehmend maschinelle Herstellung einfacher Massenprodukte wie Nähnadeln, daneben für Pfannen und Kessel aus Gußeisen – dieses wurde von zentralisierten Gießereien hergestellt, die auch zur Zentralisierung gewisser Weiterverarbeitungen drängten –, aber auch für die Herstellung von komplizierteren, die intensive Kontrolle des Produktionsvorgangs nahelegenden Metallgegenstände wie Waffen. Einzelne Heimgewerbe starben zweifellos aus. In den 30er Jahren begann der Remscheider Kaufmann Mannesmann mit der Vereinigung von Feilenschmieden und Feilenhauern, Schleifern und Härtern in neu errichteten Werkstätten, um die „gleichmäßige Güte" der Produkte zu verbessern und den Wettbewerbsvorteil einzuholen, den seiner Beobachtung nach die englischen Feilen etwa in Rußland genossen. Wie so oft, war auch hier die Zentralisierung nicht durch Maschinisierung bedingt, diese begann vielmehr in dieser Firma, ähnlich wie bei Henckels in Solingen, erst Anfang der 70er Jahre: als Antwort auf die großen Streiks der Gründerzeit. Andere dezentralisierte Metallgewerbe fühlten sich früh durch Fabrikkonkurrenz bedroht, so die Schmalkaldener Ahlenproduzenten und die Nagelschmiede in den Dörfern des Taunus in den 1840er Jahren. Andernorts entstanden Metallgewerbe von Anfang an in zentralisierter Form, so die Maschinenbauanstalten der Industriellen Revolution, die „Etablissements für Eisenbahnbedarf" oder auch seit den 1840er/50er Jahren die umfangreiche Schirmgestell- und Taschenbügelherstellung in der Nähe von Solingen.[54]

Doch blieb die Verdrängung der heimgewerblichen Produktionsweise durch die Fabrik in der Metallverarbeitung bis 1875, ja bis zum Ende des Jahrhunderts, außerordentlich begrenzt. Um beim gut erforschten Beispiel des Solinger Bezirks zu bleiben: Hier wurden gegen Ende des 19. Jahrhunderts 80% der deutschen Schneidewaren und 90% des deutschen Schneidewaren-Exports produziert. 12.000 bis 13.000 Personen fanden 1895 in diesem Gewerbe Nahrung als Schmiede, Härter, Schleifer, Reider und in Hilfsgewerben der verschiedensten Art. Noch 1895 war nur jeder Dritte davon Fabrikarbeiter, zwei Drittel arbeiteten in der Hausindustrie bzw. in eigenartigen, halbdezentralisierten Übergangsformen. „Der ganze Solinger Bezirk war selber eine Art ‚Fabrik' – wenn ihr auch das Dach fehlte – in der einige Tausend Heimarbeiter zu Hause in ihren kleinen Werkstätten und einige Tausend Schleifer in größeren Produktionseinheiten in den wassergetriebenen Schleifkotten arbeiteten, während im Zentrum die Kontors der ‚Verleger-Kaufleute' standen. Die ‚Förderbänder' dieser ‚Fabrik' waren vielfach die Frauen und Kinder der Heimarbeiter und Schleifer. In Lieferkörben und Karren wurden die Schneidwaren in ihren verschiedenen Verarbeitungsstufen durch Frauen und Kinder zu diesen Kontors zurückgebracht und neue Rohstoffe bzw. Halbfertigprodukte abgeholt. Die letzte Verarbeitungsstufe der Schneidwaren, das Polieren, Putzen und Verpacken, war als einzige Stufe in den Kontors der Verleger-Kaufleute zentralisiert [...]."[55]

Während das Schmieden des Stahls seit den 1860er Jahren teilmechanisiert und in Schlägereien zentralisiert, während auch das Härten der Klingen allmäh-

lich von den Schlägereien an sich gezogen wurde, so daß heimgewerbliche Schmiede und Härter ihr Brot verloren oder wechseln mußten,[56] blieb das „Reiden", das Zusammenstellen von Klingen und Griffen nach vorgegebenem Muster, im 19. Jahrhundert noch ganz und gar im heimgewerblichen Familienbetrieb. Das Schleifen jedoch, der technisch schwierigste, viel Können und Fingerspitzengefühl erfordernde Arbeitsgang, geschah zwar weiterhin hausindustriell-dezentralisiert, jedoch in speziellen, vom Wohnbereich getrennten Werkstätten, den Schleifkotten, in denen die Schleifer in kleinen und größeren Gruppen – manchmal nur zu fünft oder sechst, manchmal in Gebäuden mit mehr als hundert Schleifplätzen – nebeneinander arbeiteten, einander auch ab und zu halfen und in Fällen der Not unterstützten. Die Schleifsteine und anderen Arbeitsgeräte waren persönliches Eigentum des einzelnen Schleifers, der oftmals auch einen Anteil am Schleifkotten besaß oder mietete, darin gewissermaßen seine eigene Werkstatt führte, sich die Zeit selbst einteilen konnte, zumeist allein oder mit einem Lehrling bzw. Gesellen ohne Vorgesetzten – auch für verschiedene Auftraggeber neben- oder nacheinander – arbeitete und diese Reste individueller Selbständigkeit verteidigte, obwohl er sich andererseits streng nach den Vorgaben der Verleger-Kaufleute zu richten hatte, die von diesen bezogenen Halbprodukte verarbeitete und nur eine Stufe in einem von den Kontoren aus gelenkten, vielstufig gegliederten Arbeitsprozeß vollzog.

Auch die Einführung der Dampfkraft seit den 1850er Jahren vermochte dieses System zunächst nicht grundsätzlich zu verändern. So wie viele Schleifer seit langem ihre Schleifplätze von den oftmals berufsfremden Schleifkottenbesitzern gemietet hatten, so mieteten sie nun – in den rasch entstehenden Dampfschleifereien – die Energie mit, die sie bisher mit Hilfe kleiner Wasserwerke der Wupper und ihren Nebenflüssen entnommen hatten. Komplizierte Treibriemensysteme übertrugen die Energie von der zentral aufgestellten Dampfmaschine in die Abteile. Allmählich verlagerten sich freilich die Schleifereien vom Flußufer auf die verkehrsmäßig günstiger gelegenen Höhen, die Arbeit wurde regelmäßiger, weil unabhängiger von den durch Austrocknen und Frieren des Flusses bis dahin erzwungenen langen Pausen, und die Durchschnittsgröße der Kotten nahm zu: aus elenden, kleinen, hölzernen Wasserkotten waren bis in die 70er Jahre große zweistöckige Gebäude geworden, oft zwei nebeneinander, im Fachwerkbau errichtet und mit Kalk oder Lehm verschmiert.[57]

Diese Solinger Mischung aus Resistenz, Anpassungsfähigkeit und technologischer Rückständigkeit war ein sehr spezieller, nicht typischer Fall, u. a. Resultat der einzigartigen Quasi-Monopol-Stellung, die sich ein hochspezialisiertes, für weltweiten Export produzierendes, gleichwohl lokal konzentriertes Gewerbe über Jahrhunderte zu schaffen gewußt hatte. Schon im benachbarten Remscheid sah die Organisation der Schleiferei anders aus. Andere Gewerbe wurden von anderen Bedingungen regiert. Doch insgesamt gilt, daß sich in der Kleineisenindustrie der zentralisierte Betrieb, die Fabrik, nur sehr langsam durchsetzte, und dies geschah angesichts der bedeutenden Expansion des ganzen Bereichs bis 1875 nur zum kleineren Teil in Form der Verdrängung etablierter Handwerke und Hausindustrien, zum größeren Teil in Form von Neugründungen, und vor allem:

in mannigfachen Übergangs- und Mischformen. Die Fabrik-Industrialisierung dieser Branche blieb bis zum Ende der Industriellen Revolution außerordentlich begrenzt.

3. Andererseits ist nicht zu bezweifeln, daß sich im metallverarbeitenden Gewerbe von 1800 bis 1875 der Kapitalismus in Form verlagsmäßiger und verlagsähnlicher Beziehungen immer dominanter und prägender durchsetzte. Dies lag zum einen an der zunehmenden Bedeutung des überlokalen Absatzes angesichts der Intensivierung des Verkehrs, der Reduzierung von Zollschranken und der Durchbildung weiträumiger Warenmärkte mit wechselnder Nachfrage und zum anderen an der sich auch im Rahmen dezentralisierter Produktionsverhältnisse zunehmend verfeinernden Arbeitsteilung. Die Konkurrenz zwischen den Handwerkern, die Ungleichheit zwischen ihnen wie auch ihre Abhängigkeit von den Kaufleuten nahmen mit der sich verschärfenden Konkurrenz auch im Kaufsystem zu.[58] Der Übergang vom Kauf- zum Verlagssystem war oft schleichend.[59] Und innerhalb des Verlagssystems verschärfte sich die Abhängigkeit der Hausindustriellen von ihren Verlegern in dem Maß, in dem aufgrund zunehmender Arbeitsteiligkeit, neuer und wechselnder Nachfrage sowie verschärfter überregionaler Konkurrenz die Eingriffe der Verleger in die Produktion an Häufigkeit und Intensität gewannen.[60]

In dieselbe Richtung wirkte der Abbau der Zunftordnungen. Sofern sie nicht schon wie in der preußisch beherrschten Grafschaft Mark im 18. Jahrhundert effektiv ausgehöhlt worden waren, fielen sie der Gewerbefreiheitspolitik des 19. größtenteils zum Opfer: in Preußen während der ersten anderthalb Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts, in Sachsen, Süddeutschland und Hamburg bis in die 1860er Jahre. Mit den Zünften zerbröckelte ein wichtiger Schutz, der die ihnen angehörenden Handwerker, selbst wenn sie verlegt und in Wirklichkeit Hausindustrielle waren, zur gemeinsamen Abwehr allzu weitgehender Zugriffe der Kapitalisten befähigt hatte. „Die Arbeiter haben durch die Aufhebung der Zunftverfassung den erheblichsten Verlust hinsichtlich der Lohnbestimmung erfahren. Früher traten sie in geschlossenen, festgefügten Zünften der Kaufmannschaft entgegen; jetzt mußten sie allein, Mann für Mann, ohne Coalitionsrecht, den Kampf um den Lohn aufnehmen. Dieser wirtschaftliche Faustkampf war ein ungeordneter und wilder; je nach dem launenhaften Begehr des Weltmarkts wurde er mit wechselndem Siege geführt."[61]

Nimmt man all dies zusammen – die Expansion der Branche insgesamt, die sehr begrenzt bleibende Fabrik-Industrialisierung und die Durchsetzung des Kapitalismus in dezentralisierter Form –, dann wird klar, daß sich die heimgewerbliche Betriebsform im metallverarbeitenden Gewerbe in den ersten drei Vierteln des 19. Jahrhunderts ausgedehnt haben muß und – angesichts der viel stärker abgebremsten Entwicklung und früheren Maschinisierung des Textilbereichs – der metallgewerbliche Anteil an allen Heimgewerben gewachsen sein dürfte. Insgesamt war der hausindustrielle Werkstattbetrieb im sperrigen Metallbereich stärker vertreten als im Textilbereich, der sich zur Einbettung in Hof, Haushalt und Familie und damit zur Heimarbeit leichter eignete. Handwerkliche Traditionen und damit auch eine relativ scharfe Ausdifferenzierung zwischen

Meistern, Gesellen, Lehrlingen und sonstigen Arbeitern überlebten in der Hausindustrie des Metallbereichs deutlicher als im Textil-Heimgewerbe.

Soviel zum Textil- und Metallbereich. Die in diesen Bereichen beobachtbaren Variationen heimgewerblicher Arbeit traten auch in anderen – durchweg kleineren, oftmals regional eng begrenzten – Branchen und Spezialisierungen auf, mit charakteristischen Besonderheiten, denen hier nicht gründlich nachgegangen werden muß. Einige Hinweise müssen hier genügen:

In der nordböhmischen, stark ländlich geprägten Glasindustrie, die aus einer Vielzahl spezialisierter Handwerke bestand – Glashüttenmeister, Glasschneider, Kugler, Schleifer, Maler, Vergolder etc. –, hatten sich verlagsmäßige und verlagsähnliche Verhältnisse schon vor Beginn des 19. Jahrhunderts weitgehend herausgebildet, wobei die verarbeitenden Berufe vor allem von den als Verlegern die Produktion koordinierenden zahlreichen Glashändlern und international verzweigten Handelskompanien, in zweiter Linie von den das Glas herstellenden Hütten abhängig wurden. Die spätestens 1835 auslaufenden Zunftregelungen hatten auch hier den Übergang vom Handwerk zur Hausindustrie nicht gebremst. Bis in die 1870er Jahre spielte die Fabrikkonkurrenz noch kaum eine Rolle, das Gewerbe expandierte als Hausindustrie, doch litt es unter Übersetzung, unter der zunehmenden und kaum geregelten Konkurrenz der Verleger sowie unter ausgeprägten konjunkturellen Schwankungen.[62]

Ähnlich verlief die Entwicklung in der teils städtisch, teils ländlich geprägten, kaum nebenberuflich wahrgenommenen, handwerklich hochqualifizierten und in sich vielfältig spezialisierten, stark exportorientierten Musikinstrumenten-Macherei des sächsischen Vogtlandes. Auch hier bestand eine ältere zünftige Tradition, die noch im 19. Jahrhundert fortwirkte, als rudimentäre Regelsammlung für das Verhältnis von Meistern, Gesellen und Lehrlingen wie auch als Erinnerung an Verlorenes, das man dann und wann – vergeblich – zu restituieren versuchte. Erst im 19. Jahrhundert ging der Übergang vom Kauf- ins Verlagssystem allmählich vonstatten, während das Gewerbe maßvoll expandierte und einigermaßen florierte.[63]

Die Situation der thüringischen Spielzeugmacher stellte sich im Vormärz und im dritten Viertel des Jahrhunderts gedrückter, aber prinzipiell ähnlich dar. Das Gewerbe wurde teils in Kleinstädten wie Sonnenberg, teilweise in den umliegenden Dörfern betrieben. Häufig entstand es aus landwirtschaftlicher Nebenarbeit. Dennoch kam es gegen Ende des 18. Jahrhunderts unter obrigkeitlicher Regie zur Gründung von Zünften und Korporationen sowie zu dem Versuch, das Verhältnis von Produzenten und Kaufleuten in Form von Statuten und paritätisch zusammengesetzten Kommissionen – einer Art von Gewerbegerichten – zu ordnen. Das Arrangement hielt den ökonomischen Zwängen – der Dynamik des Marktes, der Konkurrenz der Kaufleute und der Unabkömmlichkeit (!) der Produzenten – nicht stand. Auch hier konnten die teilweise bis 1862 überlebenden Zünfte nicht verhindern, daß durchgreifender technologischer Wandel, z. B. die Ersetzung der Teigwaren als Rohstoff für Spielzeug durch gepreßtes Papiermaché seit etwa 1800, ganzen Sparten, z. B. den zünftigen Bossierern, trotz heftiger, jahrzehntelanger Gegenwehr die Existenzgrundlage entzog. Auch verhinderten

sie nicht die zunehmend verlagsmäßige Abhängigkeit der Spielzeugmacher von den Kaufmann-Verlegern und ihren Faktoren. Auch schützten die Zünfte nicht vor der Übersetzung des Gewerbes in der Krise der 40er und 50er Jahre, noch vor der eklatanten Saison- und Konjunkturabhängigkeit des Geschäfts. Aber starke Zünfte scheinen den Übergang zu zentralisierten Manufakturen und Fabriken ein wenig verzögert zu haben, die erst nach Erklärung der Gewerbefreiheit 1858 und 1862 sehr allmählich entstanden, ohne doch schon zu einer größeren Bedrohung für die Heimarbeiter zu werden. Das Thüringer Spielzeugwaren-Gewerbe expandierte weiterhin vor allem in dezentralisierter Form. 1880 existierten in Sonnenberg 48 Exportgeschäfte und 321 Spielwarengewerbe-Betriebe, von denen 273 weniger als fünf Gehilfen, 39 fünf bis elf Gehilfen und nur neun 20 Gehilfen und darüber beschäftigten.[64]

Viel bewegter und krisenhafter verlief die Entwicklung der Schwarzwälder Uhrmacherei. Das war ein durch und durch ländliches, aus landwirtschaftlichem Nebenbetrieb hervorgehendes und in diesen unter Krisenbedingungen oftmals zurückkehrendes Gewerbe ohne zünftige Tradition, das im 18. Jahrhundert in einer Art Kaufsystem betrieben wurde. Von 1800 bis 1850 expandierte es weit über den Bedarf hinaus, und in der Mitte des Jahrhunderts litt es stark an Übersetzung, während die zerstreut lebenden, untereinander kaum kommunizierenden und mit Selbstorganisationsversuchen scheiternden Uhrmacher in sehr ausgeprägte und drückende, verlagsartige Abhängigkeit von den an Zahl eher abnehmenden Spediteuren und Packern gerieten. Zwischen 1851 und 1875 entstanden dann Manufakturen und Fabriken, die zunächst nur Bestandteile, bald aber auch ganze Uhren herstellten. „Langsam, aber stetig fortschreitend, bemächtigte sich das Kapital, das bisher den Absatz beherrscht hatte, nunmehr auch der Produktion." Immer häufiger wurden die heimgewerblichen Uhrmacher zu bloßen „Zusammensetzern" fabrikmäßig hergestellter Bestandteile, die sie an Manufakturen lieferten, statt an Packer und Spediteure wie früher. Gegen die rasch wachsende Fabrikkonkurrenz konnten sich die Heimgewerbetreibenden nicht halten. Seit den 70er Jahren ging es schnell mit ihnen bergab, und in den 90er Jahren überlebte von ihnen nur noch ein kleiner Rest.[65]

d) Die neuen Hausindustrien des 19. Jahrhunderts

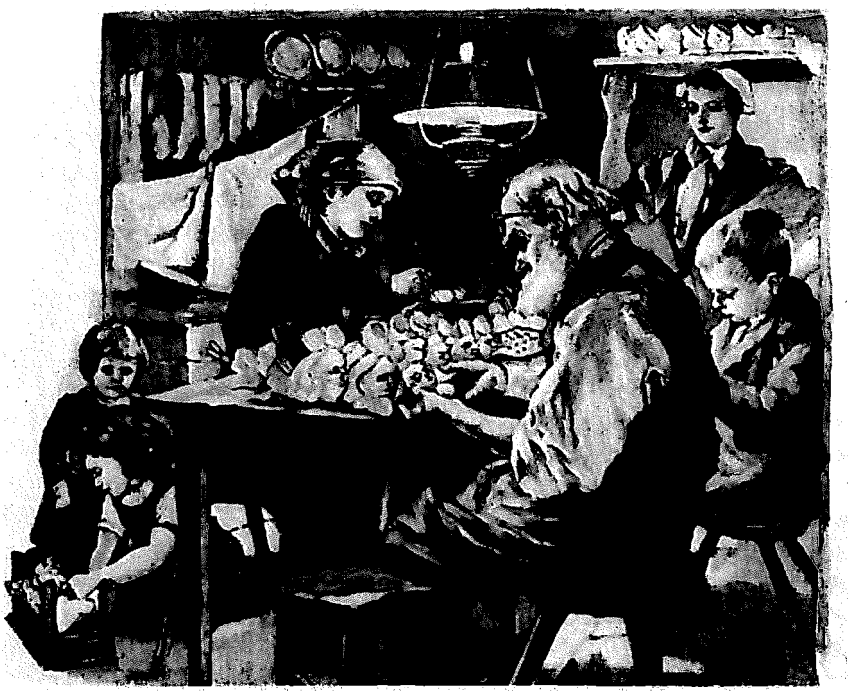
Bei allen Unterschieden zwischen den bisher behandelten Branchen hatten sie doch – von der weit verbreiteten Handspinnerei bis zur Schwarzwälder Uhrmacherei – eines gemeinsam: Es handelte sich um *ältere* Hausindustrien, die entweder als solche zumindest ins 18. Jahrhundert zurückreichten oder sich im 19. Jahrhundert aus Handwerken entwickelten, die ihrerseits bereits seit langem im Kaufsystem für den überlokalen Markt produzierten. Dagegen arbeiteten die jetzt zu erwähnenden Handwerke traditionell fast nur für den lokalen Bedarf, bis sie seit den 1830er und 1840er Jahren teilweise in Hausindustrien

transformiert wurden. Es handelt sich um *neue* Hausindustrien, deren Umfang während des gesamten 19. Jahrhunderts rapide wuchs.

In der Schuhmacherei, dem größten der traditionellen Handwerke, hatte es zwar seit langem einzelne Schuhmacherdörfer und -flecken gegeben, die über Hausierer, reisende Angehörige und Jahrmärkte für den überlokalen Verbrauch produzierten, z. B. Pirmasens, Erfurt, Kahlau und Eisenstadt im Burgenland. Aber erst in den 1850er und 60er Jahren gaben diese Schuster die kaufmännische Funktion an Kaufmann-Verleger ab und verwandelten sich damit in Heimgewerbetreibende. In den großen Städten wurde es seit den 1840er Jahren häufiger, daß sog. „Sitzgesellen" oder „Hausgesellen" nach Feierabend oder auch teilweise tagsüber nebenher „selbständig" arbeiteten, d. h. nicht für ihren Meister in dessen Werkstatt, sondern bei sich zu Hause für andere Meister und Händler nach deren Aufträgen und mit deren Rohstoffen oder Halbprodukten. Aus Gesellen von Meistern wurden damit verlagsmäßig abhängige Heimgewerbetreibende. Seit den 40er Jahren wurden Sohlen aufgenagelt statt wie bisher angenäht; spätestens in den 1860er Jahren gab es Maschinen zum Anschrauben der Sohlen. Die Steppmaschine setzte sich ebenfalls in den 60er Jahren durch. Größere Geschäfte bildeten sich heraus, die Teile en gros erzeugten, z. B. Schäfte, Absätze und Verzierungen, und sie zum Weiterverarbeiten nach draußen vergaben: immer öfter an weibliche Heimarbeiter, die die Teile zum Stücklohn bearbeiteten. Die Vereinigung von Schaft und Sohle mochte dann teils zentral, teils in Heimarbeit erfolgen.

Vor allem seit den 1850er Jahren traten große Magazine auf den Plan, die Rohstoffe und Halbstoffe kauften, das Zuschneiden besorgten, die Aufträge an zu Hause arbeitende Schuhmacher, Hausgesellen, oft auch an Landhandwerker oder an frisch rekrutierte, angelernte Frauen arbeitsteilig vergaben und einige Arbeitsvorgänge zentralisierten, um dann die standardisierte Ware zu relativ billigen Preisen anzubieten. In Erfurt arbeiteten schon 1849 neben 410 Meistern mit 411 Gehilfen fünf Schuhfabriken mit 148 Arbeitern, größtenteils Heimarbeitern. 1855 sollen von 2.671 Schuhmachermeistern in Wien nur noch 800 bis 900 auf eigene Rechnung für lokale Kunden, etwa 100 für den Export und 1600 bis 1700 zum Stücklohn für größere Meister, Kaufleute und Magazine beschäftigt gewesen sein. 1867 zählte man in Pirmasens, einer Stadt mit 8.000 Einwohnern, 13 größere und 63 kleinere Schuhwaren-Geschäfte mit 17 Buchhaltern, 54 Zuschneidern, 1.154 Arbeitern und 466 Arbeiterinnen, aber nur 60 bis 90 Näh-, Sohlschneide- und andere Maschinen. Pirmasens lieferte 130.000 Dutzend Paar Stiefel und Schuhe, die zum Teil bis nach Ost- und Westindien, nach Australien und Südamerika versandt wurden. Aber auch außerhalb der traditionellen Schuhmacherzentren und -metropolen trat das Verlagssystem auf. 1856 ist eine erste „Schuh- und Stiefelhandlung" im Hause eines Düsseldorfer Lederfabrikanten nachgewiesen, die für Einzelhändler beachtliche Rabatte bot – trotz der Beschwerden der 1848/49 wieder gegründeten Schuhmacher-Innung.

Ein nicht genau zu bestimmender, schnell wachsender Teil der kleinen Meister und einige Gesellen wurden zu verlegten Heimgewerbetreibenden, und die Zahl der neu rekrutierten, schnell angelernten, meist weiblichen und auf Teilar-



Thüringische Familie bei der Herstellung von Spielzeug in Heimarbeit. Holzstich um 1880

beiten beschränkten Heimarbeiter nahm zu, während die Zentralisation der Produktion zunächst über Anfänge nicht hinauskam.[66]

Ganz ähnliche Entwicklungen ergaben sich in der Handschuhmacherei. In Wien allein waren Mitte des Jahrhunderts 250 Geschäfte etabliert, die einschließlich der Näherinnen über 4.000 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigten. Der lokale Vertrieb ging auf Modehandlungen und Magazine über. Ähnliches galt für die Kürschnerei, die Mützen- und Teile der Hutproduktion sowie für das fest in weiblicher Hand befindliche Putzmachergewerbe und für die rasch aufblühende Produktion künstlicher Blumen und Federn.

Zunächst in den großen, dann auch in mittleren Städten entstanden seit den 1820er Jahren kaufmännisch geleitete Möbelmagazine. Ohne daß der zentralisierte Maschinenbetrieb schon einen nennenswerten Umfang erreicht hätte, machte die Arbeitsteilung in der Möbeltischlerei schnelle Fortschritte. Aus den Werkstätten zahlreicher kleiner Meister wurden hausindustrielle Betriebe. „Die einzelnen Produkte wurden jedes für sich in kleinen Sonderbetrieben mit handwerksmäßiger Technik erzeugt; aber für den Absatz wurden sie durch kapitalistische Unternehmungen zusammengefaßt. Mit der Ausdehnung des Exports wurde die Berliner Tischlerei immer mehr mit dem Getriebe des Weltmarktes verflochten, der unter dem wechselnden Einfluß der Konjunktur auf- und niederschwankt. Die alte Gleichmäßigkeit der Produktion und die Sicherheit der Exi-

stenz hat damit aufgehört. Monate lang wird in rasender Hast gearbeitet, dann stehen die Hobelbänke vielleicht für lange Zeit wieder ganz verlassen da. ‚Wenn hinten, weit in der Türkei, die Völker aufeinanderschlagen', verlieren Berliner Tischlermeister ihre Existenz und ihre Gesellen fliegen aufs Pflaster, weil die Ausfuhr stockt." So hieß es in bezug auf die Mitte der 60er Jahre. Erst im Boom der frühen 70er Jahre schritt die Maschinisierung etwas voran: Fräs- und Sägemaschinen wurden teils in der hausindustriellen Werkstatt, teils in darauf spezialisierten Lohnschneidereien aufgestellt. Nun entstanden in Berlin auch einige große Möbelfabriken, unter ihnen die Aktiengesellschaft „Renaissance", die zwei Dampfmaschinen betrieb und 245 Arbeiter zentral, 20 Büroangestellte und 160 Heimarbeiter beschäftigte.[67]

Auch im Bekleidungsgewerbe hatte es früh verlagsähnliche Beziehungen gegeben, wenn auch eher am Rande: bei der Erfüllung von Uniform-Heeresaufträgen und bei der unzünftigen, oft illegalen Produktion für Jahrmärkte und Kleiderhändler. Im übrigen aber war die Herstellung von Kleidungsstücken, soweit sie nicht wie meistens in häuslicher Arbeit für Eigenbedarf geschah, die Sache von Handwerkern: von zünftigen Schneidern und Pfuschern, die die von den Kunden bereitgestellten Stoffe entweder in der eigenen Werkstatt oder im Hause des Kunden verarbeiteten. Mit dem Aufkommen der billigeren, bunten und wandelbareren Baumwollstoffe, mit der Zunahme von markteingebundenen Erwerbstätigen und städtischen Haushalten, die ihre Kleidung nicht mehr selbst herstellten, sondern, jedenfalls teilweise, kauften, und mit dem Eindringen modischer Gesichtspunkte ins Verbraucherverhalten breiter Schichten kam es seit den 1830er Jahren häufiger vor, daß städtische Schneider selbst erworbene Stoffe auf Vorrat verarbeiteten, ein gut sortiertes Lager anlegten und an lokale Kundschaft verkauften. Dieser Übergang vom Lohn- zum Preiswerk hatte zur Folge, daß eine bessergestellte Schicht von Meistern entstand, die en gros einkauften, in Lagerbestände und Ladeneinrichtungen investierten und kaufmännisch kalkulieren lernten. Doch das sprengte den Rahmen der Handwerkswirtschaft noch nicht.

Gleichzeitig aber entstanden – als zweite Antwort auf dieselbe Änderung der Nachfrage und ebenso nur in den Städten – Kleidermagazine und Konfektionshäuser, die nicht nur fertige Stücke „von der Stange" verkauften – zunächst vor allem einfache Arbeitskleidung und Röcke, Schlafröcke, Schals und Pelerinen neben Tüchern, Kragen, Manschetten, Strümpfen und Wäsche –, sondern auch Aufträge für Maßkleidung annahmen. Mit eigenem, fest angestellten Personal besorgten diese Häuser meist nur das Zuschneiden und das Zusammensetzen der Teile, Kontrollen und Ergänzungen; den größten Teil der Arbeit aber vergaben sie mit genauen Vorschriften und oft aufgesplittert in kleinste Teile nach draußen, an kleine Meister, „Sitzgesellen" und Näherinnen, die damit zu ihnen in verlagsmäßige Beziehungen traten, auch wenn sie weiterhin einen Teil ihrer Zeit für Arbeit „auf eigene Rechnung" verwandten und sich oft nicht an einen Auftraggeber dieser Art fest binden mußten. Diese Konfektionshäuser konnten schon beim Einkauf den Vorteil des Massenumsatzes ausnutzen; sie lieferten rasch und vergleichsweise billig zu Festpreisen, sie beobachteten die internationale Mode und verwandten moderne Werbemethoden. Sie vergrößerten ihre Überlegenheit über



Beim Herrenschneider. Kolorierte Federlithographie um 1870

den normalen Handwerksbetrieb in dem Maß, in dem die Arbeitsteiligkeit und die Standardisierung der Produktion zunahmen, zunächst im Wäschebereich, allmählich auch in der Herstellung einfacher Ober- und Arbeitskleidung. All dies geschah, bevor sich der Einfluß der Maschinisierung bemerkbar machte.[68]

Die Nähmaschine setzte sich für Wäsche seit den 50er Jahren, für Oberkleidung erst seit den späten 60er Jahren durch. Nur im Ausnahmefall wurden sie zentral in Nähsälen, in der Regel aber dezentral aufgestellt, in den Werkstätten und Nähstuben. Zumindest in den ersten Jahren scheinen sie häufiger von Näherinnen in Heimarbeit und ihren Zwischenmeisterinnen gekauft worden zu sein als von zünftigen Kleidermachern, wohl auch von fachfremden Familien, die so ihren Frauen und Töchtern ein Instrument an die Hand geben wollten, mit dem sie effektiver zum Familienbudget beitragen konnten. Schon 1869 sahen Beobachter im „Maschinennähen die unerläßliche Vorbedingung zu lohnenden Konfektionsarbeiten". So beschleunigte die Nähmaschine die heimgewerbliche Umgestaltung des Bekleidungsgewerbes, die allerdings lange zuvor und ohne Zutun der Maschinisierung in Gang gekommen war.[69] Maschinen, die Zentralisierung verlangten, blieben selten und kamen erst später auf, so seit Ende der 70er Jahre das „Zuschneiden der Stoffe in Stößen durch rotirende Bandmesser mittels Dampfkraft".[70] Bis 1875 ging es um die Folgen des Eindringens des Kapitalismus ins Schneidergewerbe, dagegen noch nicht um dessen Industrialisierung.

Die Durchsetzung des Heimgewerbes in der Kleiderherstellung begann in den

Metropolen. Ein Wiener Konfektionär, so hieß es in einem Ausstellungsprospekt schon 1835, „beschäftiget 80 Arbeiter im eigenen Hause, außerdem 25 arbeitsbedürftige Meister zum Nähen der Beinkleider, und 30 weibliche Individuen zum Verfertigen der Westen, und betreibt einen ausgedehnten Handel mit Kleidungsstücken aller Art in den Provinzen Österreichs, und selbst im Auslande". Bereits 1838 gab es mindestens 22 und 1844 mindestens 105 „Herrengarderobe-Artikelhandlungen" in Berlin, 1854 waren es 111 und 1867 137. Als „Berliner Mantelkönig" galt in den 50er und 60er Jahren der Konfektionär Hermann Gerson, der regelmäßig nach Paris fuhr, um sich Anregungen zu holen und seine Kollektionen durch Mannequins vorführen ließ. Sein Geschäft habe 1851 etwa 16.000 bis 20.000 fertige Mäntel, Mantillen etc. geliefert, schrieb v. Viebahn. „In zwei Geschäftshäusern werden unter Leitung von fünf Handwerksmeistern und drei Direktrizen 120-140 Arbeiterinnen, außerdem aber in den Wohnungen etwa 150 Meister mit durchschnittlich zehn Gesellen, welche nur für dies Haus arbeiten, und im Ganzen in solchen fertigen Artikeln, das Weißwaarenfach mitgerechnet, 1.600-2.000 Personen, je nachdem es stille oder lebhafte Zeit ist, beschäftigt; in dem Verkaufslokal selbst arbeiten gegen 100 Kommis, Aufseher, Ladenjungfern und Diener." In der Provinz verlief die Entwicklung etwas bescheidener, aber im Prinzip ähnlich. Die verbesserten Verkehrsverhältnisse erleichterten es den durchweg städtischen Magazinen, ihren Einzugsbereich bis weit in die ländliche Umgebung auszudehnen. Mitte der 50er Jahre gab es in Düsseldorf acht, in Mainz und Köln je dreizehn Konfektionshäuser. Das kleine Halberstadt wies 1869 acht Kleiderläden auf, und selbst in Kleinstädten hatten sie sich etabliert.[71]

Innerhalb eines halben Jahrhunderts, zwischen 1825 und 1875, hatte sich in diesem bis dahin fast ausschließlich handwerklichen und für lokale Kundschaft produzierenden Gewerbe die Hausindustrie soweit durchgesetzt, daß schließlich in Zentren wie Berlin und Wien die Mehrheit der kleinen Meister und viele Gesellen ganz oder zum Teil in die Abhängigkeit von Verlegern neuer Art, von Magazinen und Konfektionshäusern unter kaufmännischer Leitung, geraten und zumindest teilweise zu Heimgewerbetreibenden geworden waren. Die herkömmlichen Meister wußten, daß der Konfektionär „als Kapitalist mit Waffen versehen (ist), gegen die wir nicht kämpfen können". Als sie sich 1848 ungehindert treffen konnten, gehörte das Verbot der Kleidermagazine zu ihren vordringlichsten Forderungen, jedoch vergeblich. Wo Zunftordnungen bis in die 60er Jahre fortbestanden oder in milder Form in den 30er und 40er Jahren reaktiviert wurden, war es den Konfektionären ein leichtes, sie durch Einstellung eines zünftigen Strohmanns als „Werkführer" zu umgehen. Auf effektive Beschränkungen oder Verbote ließen sich die Behörden nicht ein.[72]

„Je mehr das Magazinsystem siegt", schrieb Schmoller 1870, „desto mehr findet die Beschäftigung weiblicher Hände in der Schneiderei statt; in allen Geschäften, welche fertige Kleider liefern, seien es Herren- oder Frauenkleider, wendet man mehr und mehr Mädchen an, was schon aus den täglichen Annoncen der Zeitungen zu sehen ist, welche Mädchen suchen, ‚die auf Herrenarbeit geübt sind'. Und nicht bloß aus den untern Ständen rekrutirt sich die Zahl dieser weiblichen Hände; der ganze Überschuß von Töchtern aus dem Krämer-, Handwer-

ker- und Beamtenstand, die nicht so glücklich sind, in den Hafen einer auskömmlichen Ehe einzulaufen, sehr viele Wittwen sind froh, solche Beschäftigung zu finden".[73] Dies traf auch auf andere neue Hausindustrien zu, auf die Weißwarennäherei, die Verfertigung von Handschuhen und Krawatten, zum Teil auch auf die Schuhmacherei. Dadurch unterschieden sich die neuen Hausindustrien relativ deutlich von den älteren, die auch noch Ende der 70er Jahre, obschon seit jeher unter Mithilfe der Frauen und anderer Familienangehöriger, primär von Männern geleitet wurden: so die Leinenweberei zu 65%, die Wollweberei zu 84% und die heimgewerbliche Herstellung von Metallwaren zu 98%. Wie erklärt sich diese Wandlung?

Zum einen trugen die neuen Heimgewerbe eindeutig städtischen, ja tendenziell großstädtischen Charakter. Ihr Aufstieg lief der ja erst seit den 50er Jahren beobachtbaren Verstädterung parallel, ja folgte aus ihr. Denn in den großen, zunehmend fabrikindustriell geprägten Städten mit ihren primär männlich besetzten Fabriken standen für die Töchter und Frauen, abgesehen vom wenig geschätzten Hausdienst, wenige Erwerbstätigkeiten bereit – anders als auf dem Lande. Andererseits reichten die Löhne der Männer zur Ernährung der Familien nicht aus. Eine Reservearmee von Frauen entstand, die zu billigster Heimarbeit bereit waren, zumal ihnen diese mit ihren innerhäuslichen Pflichten eher vereinbar erschien als außerhäusliche Erwerbstätigkeit. Frauen hatten eigentlich immer in der Heimarbeit kräftig mitgewirkt, jedoch als Teile ihrer Familien, die als Produktionseinheiten und Arbeitsverbände fungierten. Auch die Näherin, die Putzmacherin, die Stiefelschaftschneiderin, die in Berlin, Wien oder Pirmasens im sich ausdehnenden Bereich eines städtischen Heimgewerbes für einen Zuverdienst arbeitete, war in aller Regel als Ehefrau oder Tochter Mitglied einer Familie; aber diese hatte meistens schon aufgehört, Arbeitsverband und Produktionseinheit zu sein. Nicht als Mitglied einer Familie, sondern als einzelne Arbeitnehmerin trat sie in das Heimgewerbe ein, und als solche fiel sie Schmoller – und den Statistikern – auf.[74]

Zum anderen wurde in vielen neuen Heimgewerben die Zerteilung der Arbeit sehr viel weiter vorangetrieben als in den alten. So entstand eine Vielzahl von Teilarbeiten, die von Kräften ohne handwerkliche Ausbildung, eben auch von Frauen, wahrgenommen werden konnten. Der weit getriebenen Arbeitsteilung und Dequalifizierung entsprachen im dezentralisierten Betrieb aufwendige Formen der Koordination und Überwachung: die große Bedeutung der oftmals mitarbeitenden, oft aber auch nur noch koordinierend-beaufsichtigenden Zwischenmeister und Subunternehmer beiderlei Geschlechts, die Vielstufigkeit des berüchtigten „Schwitzsystems" in den überfüllten Werkstatt-Wohnungen der großstädtischen Mietshäuser hatten hier ihre Wurzel. In diesen neuen Varianten entfernten sich Heimarbeit und Hausindustrie mehr denn je von ihren handwerklichen Traditionen, die zerstört auf der Strecke blieben. Es sei betont, daß dieser Prozeß im dritten Jahrhundertviertel erst begann.[75]

e) Umstrukturierung und Verstädterung

Hier konnten und sollten nicht alle Heimgewerbe besprochen werden. Weder von den bayerischen Kraxenwarenmachern noch von den verlegten Brauern und Böttchern, weder von den Seifensiedern und Kerzenmachern noch von den Bürstenbindern oder Korbflechtern war die Rede. Auch wurde die bewußte Dezentralisierung bereits bestehender Manufakturen, Werkstätten oder Fabriken nicht ausführlich behandelt, aus der eine neue Art von „sekundären" Heimarbeitern oder Hausindustriellen hervorging. So kam es etwa in der Tabakverarbeitung seit den 1860er Jahren zu einer deutlichen Abnahme der zentralisierten Betriebe, zu ihrer Zerstreuung in heimgewerblicher Form und damit zu einer gewissen Verländlichung des Gewerbes.[76] Vollständigkeit wurde nicht angezielt. Doch der Grundriß der Entwicklung müßte deutlich geworden sein. Ich fasse einige zentrale Punkte zusammen:

Innerhalb des vergleichweise konstanten Gesamtumfangs von Heimarbeit und Hausindustrie zwischen 1800 und 1875 spielten sich dramatische Verschiebungen ab. Die vor allem von der Fabrikkonkurrenz oder anders motivierten Zentralisationstendenzen verursachten Schrumpfung des heimgewerblichen Bereichs im zweiten und besonders im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts wurde fast ganz durch immer neue Gewinne kompensiert: in Form von Zuzügen aus den sich heimgewerblich umbildenden Handwerkern oder in Form anderer Neurekrutierungen im Rahmen des erstaunlich dynamisch bleibenden Verlagssystems.

Dadurch verschob sich das Gewicht zwischen den heimgewerblichen Branchen. Zwar beschäftigte der Textilbereich auch noch am Ende des Untersuchungszeitraums den größten Teil aller Heimgewerbetreibenden, 1882 etwa 60%. Aber um 1800 dürfte dieser Anteil knapp 90% betragen haben. Bis auf die Wollweberei und Teile der Stickerei zeigten die Textil-Heimgewerbe auch in den folgenden Jahrzehnten schrumpfende Tendenz.

Umgekehrt beschäftigte das Bekleidungsgewerbe 1882 28% aller Heimgewerbetreibenden, mit Schwerpunkten in der Schneiderei und der Kleiderkonfektion, der Näherei und der Schuhmacherei[77] – mit deutlich zunehmender Tendenz. Um 1800 hatten diese Gewerbe noch völlig zum Handwerk gezählt und in jeder Übersicht über das Heimgewerbe gefehlt.

Das verlagsmäßig organisierte Metallgewerbe dürfte sich 1800 bis 1875 in absoluten Zahlen in etwa gehalten haben – bei starken Umstrukturierungen im Innern. Um 1875 dürfte es 5 bis 7% aller Heimgewerbetreibenden beschäftigt haben, mit schrumpfender Tendenz. Von den übrigen Branchen erreichte nur noch die heimgewerbliche Holzverarbeitung (einschließlich Schnitzerei) eine ansehnliche Größe von über 5%, mit der deutlich wachsenden heimgewerblichen Möbel- und Parkett-Tischlerei als Kern.[78]

Es wäre also in bezug auf das zweite und dritte Viertel des 19. Jahrhunderts falsch, pauschal vom Niedergang des Heimgewerbes zu sprechen. Was für die Handspinnerei und einzelne andere Sparten, für die Schachtelmacher und Nähnadelhersteller z.B., zutraf, galt für Heimarbeit und Hausindustrie insgesamt nicht. Doch ist zu bedenken, daß die nicht zum Heimgewerbe gehörenden Berei-

che der Wirtschaft, einerseits maßvoll das Handwerk und andererseits rasant die große Industrie, tüchtig expandierten, während Heimarbeit und Hausindustrie ihren Umfang bestenfalls hielten. Innerhalb jeder Branche gerieten damit Heimarbeiter und Hausindustrielle bis in die 70er Jahre hoffnungslos in die Minderheit: Im Textilbereich war 1882 immerhin noch fast jeder dritte Beschäftigte heimgewerblich tätig. Im Bekleidungsbereich entfielen auf Heimarbeit und Hausindustrie 10,5%. In der Metallverarbeitung gehörten weniger als 4% aller Beschäftigten ins Heimgewerbe.[79]

Insgesamt durchlief das Heimgewerbe im 19. Jahrhundert einen Prozeß der Verstädterung. Aufs Ganze gesehen, schritt die Entflechtung von Heimgewerbe und Landwirtschaft voran. Um 1800 dürfte die Mehrzahl der Heimgewerbetreibenden auf dem Lande gelebt haben.[80] Doch in den folgenden Jahrzehnten brach die Handspinnerei zusammen, wurde die Leinenweberei reduziert und mußte ein guter Teil der heimgewerblich-dezentralisierten Metallerzeugung zunehmender Zentralisation weichen. Das heißt, gerade mit den besonders ausgeprägt ländlichen, häufig in engster Verknüpfung mit der Landwirtschaft betriebenen, ins ländlich-landwirtschaftliche Milieu eingebetteten Heimgewerben ging es teilweise dramatisch bergab. Einzelne ländliche Gewerberegionen entwickelten sich zu dominant landwirtschaftlichen Regionen zurück, so etwa das Tecklenburger Land, Gegenden um Osnabrück, der Bayrische Wald, auch das Siegerland und Lippe-Detmold. Was jahrhundertelang funktioniert hatte, ging nun allmählich zu Ende: die landwirtschaftlich-gewerbliche Symbiose, die in den gewerblich verdichteten ländlichen Regionen ihren deutlichsten Ausdruck gefunden hatte.

Das verbleibende Heimgewerbe trat schärfer als solches hervor.[81] Sowohl im Textil- als auch im Metallheimgewerbe überlebten am ehesten jene Sparten, die großteils oder vorwiegend städtische Schwerpunkte besaßen. Und zu den neuen Hausindustrien gehörte ihre städtische Basis wesentlich dazu. Um 1875 lebte eine deutliche Mehrheit der Heimgewerbetreibenden in den Städten, und ihr großstädtischer Anteil expandierte am stärksten. Ihrer Mehrzahl fehlte jene landwirtschaftlich-ländliche Einbettung, die für die meisten Heimarbeiter und Hausindustriellen um 1800 noch selbstverständlich gewesen war.[82]

3. Herausforderungen, Konflikte und Verarbeitungspotentiale

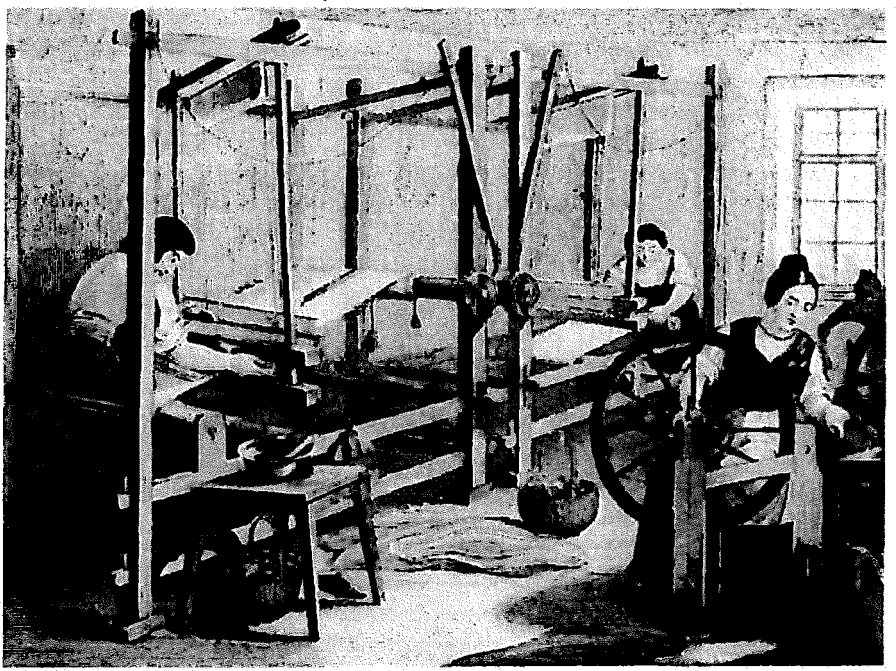
Wie erfuhren die Heimgewerbetreibenden diese Strukturwandlungen? Wie reagierten sie darauf? Wie nahmen sie darauf Einfluß? Was verstanden sie als ihre Hauptprobleme, wie verarbeiteten sie sie? Und was bedeutete das für die Herausbildung kollektiven Bewußtseins und kollektiver Handlungspotentiale? Wie verhielt sich dies alles zum Phänomen der proletarischen Klassenbildung, um die es in diesem Buch geht?

Soweit es überhaupt Antworten auf diese Frage gibt, setzen sie eine systematische Unterscheidung zwischen verschiedenen Typen von Heimgewerbetreibenden voraus. Denn im Überblick wird klar, daß verschiedene Typen von Heimgewerbetreibenden ganz verschiedene Entwicklungsgeschichten hatten. Je nach Entwicklungsgeschichte und damit verbundenen Eigenarten variierten ihre Situationen, Erfahrungen und Reaktionen auf die Herausforderungen des 19. Jahrhunderts.[83]

a) Drei Typen von Heimgewerbetreibenden

Ländlich eingebundene Heimarbeiter

Die gewerbliche Warenproduktion auf dem Lande, die Verknüpfung von ländlich-handwerklicher Produktion und überregionalem kapitalistischen Vertrieb wurde in den letzten Jahren in weiterführender Weise unter dem Stichwort „Protoindustrialisierung" thematisiert.[84] Die Handspinner und die meisten Weber vor allem im Leinen- und Baumwollgewerbe exemplifizieren diesen Typus von Heimgewerbetreibenden am deutlichsten. Heimgewerbetreibende dieses Typs lebten nicht nur auf dem Lande, sie waren vielmehr häufig aufs engste ins ländlich-landwirtschaftliche Milieu eingebunden, sei es als Heuerlinge, sei es als Insten, sei es als heimgewerblich tätige Häusler mit landwirtschaftlicher Nebenbeschäftigung, sei es als zuverdienende Mitglieder von Bauernfamilien oder in anderer Form – häufig mit einem kleinen Stück eigenen oder gepachteten Landes, mit Erfahrungen und Interessen, die sie mit dem primär landwirtschaftlich tätigen Teil der ländlichen Unterschichten eng verbanden, teilweise noch mit feudalen Restbindungen belastet. Heimarbeit dieser Art war häufig aus landwirtschaftlicher Nebenarbeit hervorgegangen, als Folge des Bevölkerungsdrucks einerseits, als Ergebnis kaufmännisch-verlegerischer Anwerbung andererseits, manchmal auch als Resultat gutsherrschaftlicher Veranlassung. Für Heimgewerbetreibende dieses Typs paßt der Begriff „Heimarbeiter" vorzüglich. Hier waren Haushalt und Erwerbsbetrieb noch räumlich identisch und funktional eng verflochten. Der Raum, in dem der Webstuhl und vielleicht auch ein Spulrad standen, wurde meist gleichzeitig als Wohn- und Schlafraum genutzt. Man produ-



Heimweber. Kolorierte Federlithographie um 1870

zierte daheim, die Familie war oft Produktionseinheit und Arbeitsverband, so oft auch unvollständige Familien und familienfremde Hilfskräfte vorkamen.

Wie die Protoindustrialisierungs-Debatte gezeigt hat, pflegten sich Heimarbeiter dieser Art durchaus ein Stück weit von ihrem ansonsten landwirtschaftlich geprägten Milieu abzuheben. Jedenfalls in einigen Regionen entwickelten sie ihren besonderen Lebensstil. In Zeiten guter Konjunktur konnten sie sich Dinge leisten, die in den Augen der Bauern, Kleinbauern und Landarbeiter, aber auch nach Meinung kritischer bürgerlicher Beobachter, ein wenig wie Luxus erschienen: nicht dem Herkommen entsprechende Nahrungsmitel, z. B. Weißbrot und Kaffee, städtische Kleidung mit gewissen modischen Elementen, ungewöhnliche Haushaltsgegenstände, kleine Ansätze zum demonstrativen Konsum besonders unter den Jüngeren, unübliche Verhaltensweisen, z. B. das Rauchen von Frauen in der Öffentlichkeit. Wenn die Nachfrage nachließ und die Löhne fielen, mußten sie extrem lange Arbeitszeiten in Kauf nehmen oder aber, bei weiterer Verschärfung, mit Not, Hunger und Beschäftigungslosigkeit rechnen. Heimarbeiter konnten es sich im Durchschnitt leisten, früher zu heiraten als ihre bäuerlich-kleinbäuerliche Umgebung, hing ihre Verheiratung doch nicht von dem Erwerb oder der Übernahme einer Stelle ab, und auch die Zustimmung einer Herrschaft benötigten sie nicht, im Unterschied zum Gesinde. Auch Männer spannen und webten, und viel spricht dafür, daß die in der bäuerlich-kleinbäuerlichen Kultur so ausgeprägte Rollen- und Herrschaftsdifferenz zwischen Männern und Frauen in den Familien dieses Typs von Heimgewerbetreibenden etwas zerbröckelte:

Schritte auf dem Weg zur Emanzipation der Frau, jedoch meist unter drückenden, beengenden, ärmlichen Bedingungen, die jedweder Art von Emanzipation schroffe Grenzen entgegensetzten.

Aber andererseits stammten diese Heimarbeiter zumeist aus ländlich-landwirtschaftlich-unterbäuerlich-bäuerlichem Milieu, und in dieses Milieu blieben sie eingebunden: durch landwirtschaftliche Tätigkeit nebenher zumal in der Saison, durch Heirats- und Geselligkeitsbeziehungen, durch spezifische Rechts- und Wohnarrangements wie im Falle der Heuerlinge, durch Teilnahme an der dörflichen Geselligkeit und den dörflichen Festen. Diese „protoindustriellen" Heimarbeiter sprengten ihre ländliche Gesellschaft nicht. Auch in ihren Wertungen und Lebensweisen blieben sie Teil ihrer ländlichen Unterschicht. Ihre Hoffnungen zielten wohl mehr auf ein Stück auskömmliches Land als auf zünftig-handwerkliche Selbständigkeit. Ihren Ärger und ihre Proteste richteten sie, wenn überhaupt, gegen die Vollbauern des Dorfes, die Grundherrschaft, den Entzug der Allmende-Rechte und die Privatisierung des Waldes (die ihre gewohnheitsmäßige Selbstversorgung mit Holz zum „Waldfrevel" machte) oder gegen noch existierende gutsherrschaftliche Lasten wie „Stuhlgeld", andere Abgaben oder Dienstleistungen, weniger gegen die Kaufherren und Verleger, denen sie ihr Garn oder ihr Leinen regelmäßig lieferten. 1848 zeigte sich das.

Im 19. Jahrhundert, mit dem Zusammenbruch der Handspinnerei und der Krise des Leinens, nahm diese Kategorie von Heimgewerbetreibenden ab. Im Zuge der allmählichen Verstädterung des Heimgewerbes verlor sie relativ an Boden. In anderen Fällen lockerte sich die Bindung ans landwirtschaftliche Milieu, sei es aufgrund schneller Zunahme (so daß ein steigender Anteil von ihnen nur noch als bloße Mieter oder „Einlieger" existierten, statt als Heuerlinge herkömmlicher Art in den bäuerlichen Hof wirklich integriert zu sein), sei es durch fortschreitenden Abbau feudaler Restbindungen, sei es durch intensivierte Kontrolle und regelmäßigere Inanspruchnahme durch die Verleger. Doch insgesamt überlebte der Typus, und dort, wo es gelang, niedergehende alte durch erfolgreiche neue ländliche Heimgewerbe zu ersetzen, erhielt er auch Zuwachs.[85]

Verlegte Handwerker

Scharf abzuheben von diesem Typ der aus landwirtschaftlicher Nebenarbeit hervorgehenden und landwirtschaftlich eingebundenen Heimgewerbetreibenden ist ein zweiter Typus, den Friedrich Engels am Beispiel des Textilbereichs, so analysierte: „Und in der Textilindustrie hatte der Kaufmann angefangen, die kleinen Webermeister direkt in seinen Dienst zu stellen, indem er ihnen das Garn lieferte und gegen fixen Lohn für seine Rechnung in Gewebe verwandeln ließ, kurz indem er aus einem bloßen Käufer ein sogenannter Verleger wurde [...]. Was konnte nun den Kaufmann bewegen, daß Extrageschäft des Verlegers auf sich zu nehmen? Nur eins: die Aussicht auf größeren Profit bei gleichem Verkaufspreis mit dem andern. Und diese Aussicht hatte er. Indem er den Kleinmeister in seinen Dienst nahm, durchbrach er die hergebrachten Schranken der Produktion, innerhalb deren der Produzent sein fertiges Produkt verkaufte und nichts anderes. Der kaufmännische Kapitalist kaufte die Arbeitskraft, die einstweilen

noch ihr Produktionsinstrument besaß, aber schon nicht mehr den Rohstoff. Indem er so dem Weber regelmäßige Beschäftigung sicherte, konnte er dagegen den Lohn des Webers derart drücken, daß ein Teil der geleisteten Arbeitszeit unbezahlt blieb. Der Verleger wurde so Aneigner von Mehrwert über seinen bisherigen Handelsgewinn hinaus. Allerdings mußte er dafür auch ein zusätzliches Kapital anwenden, um Garn etc. zu kaufen und in der Hand des Webers zu belassen, bis das Stück fertig war, für das er früher erst beim Einkauf den ganzen Preis zu zahlen hatte [...]."[86]

Hochqualifizierte Tuchmacher oder Messerschleifer, bis dahin selbständige Tischler- oder Schneidermeister exemplifizierten diesen Typ, der auch in anderen Sparten, auch in der Leinen- und Baumwollweberei nicht ganz fehlte und auch ehemalige Gesellen dieser Handwerke einschloß. Solche Heimgewerbetreibenden fanden sich eher in den Städten als auf dem Land, oftmals gehörten sie Zünften an und eine Minderheit von ihnen beschäftigte Gesellen und Lehrlinge. Ihr Beruf war klar profiliert, dank klar definierter, meist hoher handwerklicher Qualifikationen. Darauf gründeten ihr Stolz und ihr Anspruch auf auskömmliche Nahrung, ehrbare Anerkennung und Autonomie bei der Arbeit. Landwirtschaftliche Tätigkeit trat bei ihnen zurück, blieb gegebenenfalls eher der Familie überlassen.

In vielen Fällen mögen auch bei diesen Heimgewerbetreibenden Werkstatt und Wohnung eins gewesen sein. Oftmals ragte der Betrieb dieser verlegten Handwerker aber auch ein Stück aus dem Haushalt heraus und fand in wohnungsnahen, aber nicht mit der Wohnung identischen Werkstätten statt. Zwar halfen die Familienmitglieder auch hier häufig mit, beim Transport und bei anderen Hilfstätigkeiten zum Beispiel, doch fungierte hier die Familie weniger eindeutig als Arbeitseinheit als bei den Spinnern und Webern, die den vorhin besprochenen Typ exemplifizierten. Die Heimgewerbetreibenden dieses zweiten Typs waren vorwiegend Männer, wie herkömmlicherweise die Handwerker auch. Man zögert, von „Heimarbeitern" zu sprechen und zieht den Begriff „Hausindustrielle" vor.

Heimgewerbetreibende dieses Typs waren im 18. und frühen 19. Jahrhundert in der Minderheit. Doch im zweiten Drittel und dritten Viertel des 19. Jahrhunderts nahm ihre Zahl zu, dank der zunehmenden Durchsetzung des Verlags in bis dahin handwerklich strukturierten Bereichen, im Wollgewerbe, in der Metallverarbeitung und in den neuen Hausindustrien der großen Städte. Erst im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts verlor diese Kategorie an Boden: durch die Ausdehnung von Manufaktur und Fabrik zum einen, durch weitere Aufspaltung ihrer Tätigkeiten zum andern. In den Jahrzehnten, in denen die Industrialisierung in Gang kam und die Arbeiterbewegung entstand, besaßen sie großes Gewicht.[87]

Hausindustrielle Teilarbeiter in der Stadt

Die klarste Verkörperung des dritten hier zu unterscheidenden Typs war die Berliner oder Wiener Näherin, die bei sich zu Hause oder in einer Wohnung mit einigen wenigen anderen Näherinnen arbeitete und von einem Zwischen-Unternehmer männlichen oder weiblichen Geschlechts Anweisungen und Material

erhielt, der oder die an ein Konfektionsgeschäft oder Warenhaus lieferte. Sie leistete relativ gering qualifizierte und leicht erlernbare, hochspezialisierte und fremdbestimmte Teilarbeit in oder nahe ihrer Wohnung, aber in der Regel nicht im Familienbetrieb. Dieser Typus von Heimgewerbe kam, wie gezeigt, in größerem Maße erst mit den neuen großstädtischen Hausindustrien auf, in der Schneiderei, Weißnäherei, Schuhmacherei, Holzverarbeitung, Anfertigung bestimmter Schmuckgegenstände etc. Ein großer Anteil von Frauen und Jugendlichen, lange Arbeitszeiten und niedrige Bezahlung, ungesunde Arbeitsbedingungen in kleinen, in den Wohnhäusern gelegenen Werkstätten, harte Ausbeutung durch selbst im Konkurrenzkampf stehende Agenten, Zwischen-Unternehmer und Verkaufsorganisationen – das charakterisierte dieses „Schwitzsystem" in den deutschen Großstädten wie im damaligen London, Paris oder New York. Im Unterschied zum ersten Typus fehlte dieser Art von Heimarbeit jede ländlich-landwirtschaftliche Einbettung und Abfederung, im Unterschied zum zweiten Typus die handwerkliche Tradition. Bis 1875 entwickelte sich diese proletarischste Form der Heimarbeit nur in Ansätzen. Dennoch, sie nahm zu, und bis zum Ende des Jahrhunderts scheint sie das allgemeine Bild der Heimarbeit als einer besonders unterlegenen, ohnmächtigen, wenig qualifizierten und für die Arbeiterbewegung kaum erreichbaren Variante proletarischer Arbeit geprägt und die Erinnerung an die älteren Typen des Heimgewerbes weitgehend verdrängt zu haben.[88]

Möglicherweise könnte man weitere Typen von Heimgewerbetreibenden unterscheiden.[89] Zweifellos stellten sich in der Realität diese drei Typen nicht immer in säuberlicher Trennung dar. Doch Typologien vereinfachen immer und für den gegenwärtigen Gedankengang reicht diese dreigliedrige Unterscheidung aus, die gleichzeitig eine klärende Zusammenfassung der vorher beschriebenen Branchenvielfalt sein sollte. Die sich zunächst etablierende, dann entfaltende und schließlich verschärfende Dominanz der Verleger, die bedrohliche Überlegenheit der Fabrik und schließlich die weitverbreitete Armut stellten drei zentrale Herausforderungen dar, mit denen Heimarbeiter und Hausindustrielle im 19. Jahrhundert zu tun hatten. Diese Herausforderungen betrafen die drei Typen von Heimgewerbetreibenden in verschiedener Weise und riefen bei ihnen unterschiedliche Reaktionen hervor.

b) Verleger und Heimgewerbetreibende: „eine Art Kriegszustand"?

Das Prinzip

Es war die Abhängigkeit vom Verleger, die den Status der Heimarbeiter und Hausindustriellen definierte und vom Status der Handwerker abgrenzte. Daß es sich um eine indirekte, nicht durch ständige Anwesenheit und Kontrolle realisierte Form von Abhängigkeit handelte, unterschied den Heimgewerbetreibenden vom Arbeiter der Werkstätten, Manufakturen, Fabriken und anderen zentralisierten Betriebe. Als Verleger fungieren zunächst und vor allem Kaufleute,

daneben aufsteigende, größere Meister und Manufakturiers, später auch Konfektionshäuser, Magazine und Fabriken. Verleger nahmen nicht nur wie Kaufleute im Kaufsystem die Verwertung der Produkte als Waren auf überlokalen Märkten wahr; das taten sie auch und gerade daraus wuchs ihnen oftmals die finanzielle Kraft und die Überlegenheit an Kenntnissen, Beziehungen und Entscheidungsspielräumen zu, um sich gegebenenfalls zu Verlegern aufschwingen zu können. Doch darüber hinaus nahmen die Verleger die Versorgung der Produzenten mit Rohstoffen wahr, und sie etablierten sich in bezug auf „ihre" Produzenten als ausschließliche Auftraggeber und Abnehmer; erst dies gab ihnen die Möglichkeit zu zunehmenden Eingriffen in die Produktion und damit in die Autonomie der Produzenten. Diese Eingriffe reichten von der genauen Spezifikation des Auftrags vor seiner Inangriffnahme auf der Grundlage des zur Verfügung gestellten Materials bis hin zur Organisation eines arbeitsteilig-dezentralisierten Arbeitsprozesses, innerhalb dessen die einzelnen Produzenten zu eng spezialisierten Teilarbeitern wurden, im Grenzfall überdies unter Verwendung von Werkzeug, das dem Verleger gehörte.[90] Der Verleger investierte also sein Kapital nicht nur wie normale Kaufleute in die Lagerhaltung und den Vertrieb, sondern auch in die Rohstoffe bzw. Halbprodukte, in Koordinationsmechanismen, Kontrollpersonal und manchmal in Werkzeuge. Wenn er überdies in Werkstätten und Produktionsmittel investierte, die der Zentralisierung einiger Arbeitsgänge, z.B. der Abschlußarbeiten, oder der Fabrikation von Rohstoffen, etwa Garnherstellung, dienten, ergänzte sich der Verlag durch ein Stück Manufaktur oder Fabrik und wuchs der Unternehmer über seinen Status als Verleger hinaus, verband er diesen mit dem Status des Manufakturiers oder Fabrikanten – was die verlegten Heimgewerbetreibenden nur umso deutlicher zu Teilarbeitern machte.

Natürlich verwandte der Verleger einen Teil des erwirtschafteten Ertrags zur Finanzierung dieser Investitionen, und Friedrich Engels sprach deshalb, von seinen theoretischen Voraussetzungen her zu Recht, vom Verleger als „Aneigner von Mehrwert über seinen bisherigen Handelsgewinn hinaus". Ermöglicht wurde dies durch eine Veränderung in der Art des Tauschverhältnisses zwischen Produzent und Kapitalist. Während im Kaufsystem der Kaufmann dem Handwerker Preise pro Stück zahlte, die im Prinzip *nach* der Fertigung des Produkts bei prinzipiell gegebener Konkurrenz zwischen mehreren Nachfragern ausgehandelt wurden, bezahlte der Verleger seine Heimarbeiter bzw. Hausindustriellen im Stücklohn, der im Prinzip vor der Herstellung des Produkts bei gleichzeitiger Ausschaltung von konkurrierenden Abnehmern festgesetzt wurde. Daß dem Ausschluß konkurrierender Abnehmer keine Ausschließung konkurrierender Anbieter entsprach – der Verleger bezog Waren von mehreren Heimarbeitern zugleich und konnte zwischen ihnen wählen und wechseln –, das verweist auf die grundsätzliche Asymmetrie des Verhältnisses, die Überlegenheit des Verlegers und die Unterlegenheit des Produzenten.

Formelle Subsumtion gegen Selbständigkeit der Produzenten

Wo immer Heimarbeit und Hausindustrie auf der Grundlage vorher bestehenden Handwerks entstanden oder expandierten, also Heimarbeiter und Hausindu-

strielle aus Handwerkersmeistern rekrutiert wurden, hatte dieser Vorgang etwas von einer Unterwerfung an sich. Zwar fuhren – unter sonst gleichen Bedingungen – oftmals Heimarbeiter langfristig besser als Handwerker im Kaufsystem. Das läßt sich am Vergleich verschiedenartig organisierter Leinengebiete unter ähnlichen Krisenbedingungen zeigen: Im Rheinland und im westlichen Westfalen, wo der Verlag dominierte, fand man Wege aus der Krise heraus: in die Baumwolle und relativ früh zur Fabrik. In Schlesien, wo das Kaufsystem herrschte, verrannte sich das Kleingewerbe in quälende Sackgassen, und in Minden-Ravensberg gelang eine Lösung der bedrückenden Krise erst, als man um 1850 tatkräftig begann, vom Kaufsystem ins Verlagssystem überzuwechseln (und ein wenig zu industrialisieren). Die Steuerungs- und Erneuerungspotentiale des stärker koordinierten Verlagssystems reichten eben weiter als die des konsequenter dezentralisierten Kaufsystems.[91] Gegenüber diesem brachte das Verlagssystem überdies eindeutige Produktivitätsforschritte mit sich.

Selbst kurzfristig verdiente der verlegte Weber, Messerschmied oder Schneider nicht notwendigerweise weniger als sein Kollege, der als selbständiger Handwerker im Kaufsystem oder für lokale Kundschaft arbeitete. Dies hing ganz von der Konjunktur ab. Ausdrücklich wird aus der krisengeschüttelten schlesischen Textilregion 1844 berichtet, daß es den verlegten Baumwoll-Webern zwar nicht gut, aber besser als den selbständigen Leinewebern gehe. „[...] aber sie sind von den sogenannten Fabrikherren in ihren Wohnungen gegen einen Lohn pro Stück mit Arbeit immer versehen, und sie dürfen auf fortwährende Beschäftigung rechnen. Besteht die Familie aus Mann, Frau und vier Kindern, von denen das jüngste 5 Jahr, das älteste 9 Jahr alt ist, so kommt die Familie doch noch immer bei guter Arbeit und angestrengtem Fleiß zu einem wöchentlichen Verdienst von 1 Thlr. 15 Sgr. bis 2 Thlr."[92]

Trotzdem begaben sich die selbständigen Handwerker nicht gern in die größere Abhängigkeit, die das Verlagssystem für sie bedeutete. Im 18. Jahrhundert wehrten sich die Zünfte der Leinenweber, Tuchmacher, Bandwirker oder Messerschleifer, langfristig erfolglos, gegen das Verlegtwerden. Wenn sie es nicht verhindern konnten, versuchten sie, mit den Kaufmann-Verlegern und ihren Gilden Bedingungen auszuhandeln, die gegenseitige Rechte und Pflichten, vor allem Lohnsätze festlegten und den Produzenten genossenschaftlich ein Stück der Autonomie erhielten, die sie individuell in stärkerem Maße zu verlieren drohten. Darüber kam es in Ausnahmefällen sogar zu gewerkschaftsähnlichen Aktionen der Zünfte gegen die Kaufleute, und die obrigkeitliche Aushöhlung der Zünfte im späten 18. wie ihre weitgehende Entmachtung im frühen 19. Jahrhundert – jedenfalls in Preußen und links des Rheins – stellten nicht nur einen Sieg der Gewerbefreiheit sondern auch einen Vorteil für die Verleger dar.[93]. Zünfte, die bis zum Anfang der 60er Jahre fortexistierten, wie in der Weberei von Chemnitz, Glauchau und Meerane, oder zeitweise als Innungen wieder zum Vorschein kamen, wie in Preußen nach 1845/9, versuchten, wenn auch meistens erfolglos, ähnliche Funktionen wahrzunehmen. Wo sie der Gewerbefreiheitspolitik zum Opfer gefallen waren, gehörte die Forderung nach Wiedereinrichtung von Zünften, paritätischen Schlichtungsstellen, „Fabriksatzungen" und „Lohnli-

sten" zu den Forderungen handwerklich qualifizierter Hausindustrieller. 1848/49 hatten manche von ihnen damit auch vorübergehend einigen Erfolg, und als sie in den 60er und 70er Jahren Gewerkschaften gründeten, knüpften diese manchmal an jenen Forderungen an.[94]

Aber auch unzünftige Handwerker (Meister) mieden die feste Bindung an einen Verleger so lange wie möglich: im schlesischen oder ostwestfälischen Leinengewerbe des Vormärz, in der Lausitzer Bandweberei wie im städtischen Tischler-, Schuhmacher- und Schneidergewerbe der 60er und 70er Jahre. Erst angesichts starker Konjunkturrückgänge, Unterbeschäftigung und Preiseinbrüche oder eines Überwechselns zu einem anderen, nicht mehr vor Ort beziehbaren Rohstoff – vom Leinen zur Baumwolle oder auch vom hand- zum maschinengesponnenen Garn – mochten sie sich dazu gezwungen sehen. Anerkannte Selbständigkeit rangierte unter den Prioritäten der Handwerker und der Heimgewerbetreibenden mit handwerklichem Hintergrund ganz oben, und in Zeiten des Protests trat diese Orientierung am Leitbild des selbständigen Handwerksmeisters immer wieder hervor: am „Ideal des kleinen Bourgeois", wie Thun bissig bemerkte.[95]

Anders jedoch dürfte es bei jenen Knechten, Mägden, Tagelöhnern und Häuslern, ihren Frauen, Söhnen und Töchtern gewesen sein, die, bedrängt von Not und ohne die prägende Erfahrung oder Erinnerung langjähriger handwerklicher Arbeit von Verlegern angeworben wurden. Anders war es wohl auch bei den Gesellen, die auf diese Weise die Abhängigkeit vom Meister gegen die viel indirektere Abhängigkeit vom Verleger eintauschten. Und wiederum anders dürften die Mädchen und Frauen der großen Städte, die vom expandierenden Konfektionswesen aufgesogen wurden, ihre Verlagsabhängigkeit beurteilt haben. Auf dem Vergleichshintergrund des Dienstmädchenlebens, der Fabrikarbeit oder ähnlicher, für sie erfahrbarer und denkbarer Alternativen litten sie eher unter dem jämmerlichen Lohn und den bösen Arbeitsbedingungen der „Schwitzhöllen" als unter der Autonomieeinschränkung per se, die das Verlagsprinzip mit sich brachte.[96]

Zweifellos: Auf dem Hintergrund handwerklicher und bäuerlicher Erfahrung wurde die Lohnarbeit im Verlag schon an sich als Selbständigkeitsverlust und Degradierung erfahren. Die Durchsetzung des Verlags im 18. und 19. Jahrhundert wurde schon deshalb von einer Welle von Enttäuschungen, Spannungen und Konflikten begleitet. Für die große Masse der Verlagsarbeiter mit ländlich-unterbäuerlichem und städtisch-proletarischem Hintergrund sowie für solche mit starken vorausgehenden Abhängigkeits-, Not- und Abdrängungserfahrungen dürften dagegen die verlagsbedingten Einbußen an Selbständigkeit kaum ein Hauptproblem dargestellt haben.

Die Besonderheiten dezentraler Kontrolle

Überhaupt scheint es so, daß gerade jene Momente des Verlagssystems, die den Heimgewerbetreibenden zu ihrer Genugtuung ein im Fabriksystem nicht mehr realisierbares Maß an Selbständigkeit sicherten, zugleich für besondere Unzuträglichkeiten verantwortlich waren, mit denen die Heimgewerbetreibenden

anders als die Fabrikarbeiter typisch konfrontiert waren. Die lange Leine, mit der der Unternehmer die Arbeiter im dezentralisierten System des Verlages führte, wurde oftmals zur Schlinge – aber nicht für den Verleger, sondern für die Produzenten. Exemplifizieren wir dies am gut untersuchten rheinischen Baumwollgewerbe.

Die großen Baumwoll-Verleger hatten, so klagte ein Landrat 1851 im Kreis Adenau, „ihre Einrichtungen so getroffen, daß sie jeden Augenblick, weil die Webstühle zum größten Teil von den Werkmeistern beschafft sind, ohne irgendwelchen Schaden zu leiden, die Arbeit einstellen können".[97] Das ist generalisierbar: Ohne Bindung des Verlegers durch größere Investitionen war das Verhältnis zwischen ihm und den Heimgewerbetreibenden so beschaffen, daß er die Risiken des Marktes unmittelbar an die Produzenten weitergeben konnte. Entsprechend wechselten sich für die Weber Zeiten höchster Arbeitszeitanspannung mit Zeiten bedrohlicher Unterbeschäftigung ab, die häufigen Koordinationsprobleme führten überdies zu unbezahlten „Untagen" oder „Passtagen", es gab keine Kündigungszeiten, ausbleibende Aufträge konnten abrupt zu Beschäftigungslosigkeit führen. Die täglichen Arbeitszeiten waren zweifellos für heutige Begriffe ungeheuer lang, und angesichts rückläufiger Reallöhne wurden sie in den mittleren Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts eher noch länger. Damals dürften sie effektiv ca. 11 bis 13 oder 14 Stunden betragen haben, an sechs Tagen der Woche. Sonntagsarbeit fehlte nicht. Aber auch in „normalen" Jahren kam der Weber wohl nur in Ausnahmefällen auf die vollen 300 Arbeitstage, eher schon auf 250.[98] Zu den 1848/49 teilweise durchgesetzten Forderungen der rheinischen Baumwollweber gehörten jedenfalls die nach Kündigungsfristen und nach Vergütung von nichtverschuldeten Wartezeiten. Damit bewegte sich der Status der Heimarbeiter, gemäß ihrem eigenen Wunsch, ein wenig stärker auf ein voll durchgebildetes, stetiges Anstellungsverhältnis zu, nicht aber auf größere „Selbständigkeit" im Sinne von Handwerksmeistern.

Im Regierungsbezirk Düsseldorf gab es 1850 241 Baumwollverlage, die insgesamt 22.160 Leute beschäftigten, der kleinste 30, der größte 382, im Durchschnitt 139. Zur gleichen Zeit beschäftigte die Firma C. & F. Troost in Mülheim/Ruhr ca. 1.650 Weber, davon 1.500 verstreut im Münsterland, daneben 479 Arbeiter zentralisiert in eigenen Werkstätten. Es gab noch größere Unternehmungen.

Die bedeutendste Bonner Baumwoll-Weberei der Zeit unterhielt 362 Webstühle, davon 153 in den Arresthäusern von Köln und Aachen. Die mehr als 200 richtigen Heimweber verteilten sich auf 25 Orte im näheren und weiteren Einzugsbereich von Bonn, wobei die Entfernung bis zum entlegensten Weberdorf in der Eifel rund 50 km betrug.[99] Es kamen noch größere Entfernungen vor, allerdings auch lokal zentriertere Verlage. Insgesamt war die dezentralisierte Grundstruktur für das verlegte Heimgewerbe typisch, und daraus folgte mehreres:

Zum einen kannten sich Verleger und Heimgewerbetreibende, Unternehmer und Arbeiter wenig. Jede Woche oder alle vierzehn Tage mochte der Weber den meist in der Stadt wohnenden Verleger in seinem meist im Wohnhaus untergebrachten Kontor oder in seiner vom „Werkmeister" geleiteten „Wiegkammer" aufsuchen, wo vielleicht die Löhne nach Produktarten differenziert angeschlagen

waren, die gelieferten Stücke geprüft und entlohnt wurden und, wenn es gut ging, der Weber einen neuen Auftrag mitnehmen konnte, der ihn und seine Familie wiederum für ein paar Tage oder Wochen beschäftigen würde. Auch ein Vorschuß mochte dabei sein oder zwischendurch abgeholt werden, wenn die Bearbeitungszeit sich allzusehr ausdehnte. Der soziale Verkehr zwischen Unternehmern und Arbeitern war auf kurze Kontakte beschränkt. Auch wenn, was vorkam, Heimarbeiter viele Jahre, ja ausnahmsweise ihr ganzes Erwerbsleben bei ein und demselben Verleger blieben, damit zu dessen „Stamm" zählten und darauf rechnen konnten, in Flauten wenigstens ein paar Aufträge weiterzubekommen und im Alter etwas freiwillige Unterstützung zu erhalten, selbst dann dominierten soziale Distanz und Fremdheit. Erst recht galt dies in bezug auf das schneller wechselnde Personal. Umso leichter muß es diesen Unternehmern gefallen sein, den Druck des Marktes – und damit die Not – einfach weiterzureichen.

Für die Verleger mochten die Weber teils einfältig und rechtschaffen, teils träge und faul, jedenfalls außerordentlich anders erschienen sein. Der Weber sei, meldete sich eine Handelskammer zu Wort, „nichts als eine Maschine, welche die ihr gegebenen und vom Werkmeister der Fabrikherren vorgerichteten Muster mechanisch webt, ohne daß weder mit der Erfindung des Dessins noch mit der dazu erforderlichen Vorrichtung der Geräthschaft der Weber irgendetwas zu thun hätte". Umgekehrt kommt in der recht detailreichen Autobiographie des Wuppertaler Heimweber-Sohnes Hermann Enters der „Kaufmann" nicht als Person, sondern nur als Rollenträger, als Gegner des Vaters vor, mit dem dieser über die Lohnhöhe, unerwartete Lohnabzüge wegen angeblicher Webfehler und die verweigerte Entschädigung für langwierige Vorbereitungsarbeiten böse stritt. Wie Verleger ihre Weber durch versteckte Lohnsenkungen – etwa durch stillschweigende Verlängerung der zu verwebenden „Kette" bei gleichbleibender Lohnzahlung pro Stück – betrogen, so diese ihre „Brotherren" oder „Dienstherren" durch kleine Unterschlagungen oder Unregelmäßigkeiten anderer Art. Die Quellen sind voll davon. Und wenn diese Spannungen – selten genug – zu offenen Konflikten führten, sich Heimarbeiter zusammenrotteten und vor die Häuser der Verleger zogen wie 1844 in Peterswaldau, Langenbielau und anderen schlesischen Textilorten, dann wurden die aufbrechende Gewalt, die Aggressivität auf der einen, das Mißtrauen und die Angst auf der anderen Seite, sicher durch die soziale Kluft gefördert, die zwischen den Kontrahenten bestand.[100]

Zum anderen folgte aus dem dezentralen Charakter des Verlags und dem von den Heimgewerbetreibenden hochgeschätzten Fehlen direkter und dauernder Aufsicht über ihre Arbeit, daß jene punktuellen Eingriffs- und Kontrollmöglichkeiten, die dem Verleger als einzige zur Verfügung standen, besonders großes Gewicht erhielten. Neben der genauen, auch oft schriftlichen Spezifizierung des Auftrags, der Festlegung des Liefertermins und der genauen Kontrolle durch Wiegen, Abmessen und Fehlersuche bei der Ablieferung mußte sich der Unternehmer auf finanzielle Anreize und Drohungen, Belohnungen und Strafen verlassen. Ansatzpunkt konnte dafür nur das Arbeits*ergebnis*, nicht der Arbeits*prozeß* sein, der dem Unternehmer ja unzugänglich und unüberschaubar blieb. Von

daher erklärt sich die ausschließliche Dominanz des *Stück*lohns und die oft Erbitterung hervorrufende Weigerung des Verlegers, die zum Teil umfangreichen Vorbereitungsarbeiten, das „Vorrichten", zu honorieren, das am Webstuhl tagelang geleistet werden mußte, bevor ein Auftrag im neuen Muster gewebt werden konnte. Von daher erklärt sich weiterhin die große Bedeutung der offenbar oft als sehr ungerecht empfundenen Strafgelder bzw. Lohnabzüge als nicht sehr effektive, aber harte und grobe Mittel zur Erzwingung von Qualität und vor allem von Marktangemessenheit, die im dezentralen System anders nicht gewährleistet werden konnten, aber angesichts scharfer Konkurrenz und modisch wechselnder Nachfrage absatznotwendig waren. Ganz gleich, ob er sie verschuldet hatte oder nicht – wie sollte dies der Verleger auch wirklich prüfen können –, mußte der kleine Produzent für etwaige Mängel gradestehen, und was ein Mangel war, entschied der Verleger auf der Grundlage der oft schriftlich – auf dem „Scheerzettel" – fixierten Vertragsbedingungen.

Aus der dezentralisierten Struktur und ihrer geringen Kontrolldichte erklärt sich auch, daß Verleger versuchten, mit Hilfe von Vorschüssen zusätzliche Abhängigkeit und Willfährigkeit ihrer Heimarbeiter zu erzwingen, vor allem in qualifizierten Gewerbearten und bei besserer Konjunktur, sobald nämlich Arbeiter knapp wurden. Dazu gehörten – als andere Seite derselben Medaille – die Versuchung der Produzenten, Vorschüsse nicht zurückzuzahlen, und die Suche der Verleger nach zusätzlicher Sicherung: durch Arbeitsbücher oder „Los-Scheine", wie sie im Rheinland bis in die 1850er Jahre üblich waren, aber auch anderswo existierten.[101]

Es ist unübersehbar, daß Verleger oft Bedarf an Kontrollen über Arbeiter und Arbeitsprozesse hatten, den sie im dezentralen System nicht befriedigen konnten. Der offenbar recht folgenlose und nur vereinzelt begonnene Versuch, Arbeitsordnungen aufzustellen und den Heimarbeitern bei Auftragvergabe zur „Genehmigung" vorzulegen, weist darauf hin.[102] Sicher stand – neben Profitstreben, Konkurrenzkampf und Habsucht – dieses nicht hinreichend befriedigte Kontroll- und Disziplinierungsmotiv auch hinter der starken Verbreitung des „Trucksystems" im Verlagswesen, also hinter der Praxis mancher Unternehmer, nicht voll mit Geld zu entlohnen, sondern teilweise in Ware, wobei der Verleger nebenher als Einzelhandelskaufmann auftrat, dem Heimarbeiter Nahrungsmittel, Zigarren, Spazierstöcke, Textilien, Strohhüte, Bücher und andere nicht unbedingt nötige, oftmals zweitklassige Waren aufdrängte und dabei noch einmal seinen Schnitt machte, besonders da oftmals überhöhte Preise angerechnet wurden. Dies seit den 1820er Jahren öffentlich stark kritisierte „Trucksystem" – truck heißt soviel wie Tausch – wurde in Preußen 1849 gesetzlich verboten und verebbte dann allmählich.[103]

Schließlich machte das dezentrale System den Einsatz von Zwischeninstanzen, von Mittelspersonen nötig. Ihr Status variierte. Die Spielarten reichten vom festangestellten Boten, der die Kommunikation in räumlich besonders ausgedehnten Verlagen aufrechterhalten mußte, über den Meister, der für seinen Ort eine Art Generalvertretung innehatte, bis hin zum selbständigen „Faktor" oder Zwischenunternehmer, der die Aufträge des städtischen Verlegers selbständig

weitergab, wobei sich der Verleger nicht darum kümmerte, wieviel von der dem Faktor gezahlten Pauschalsumme an die Produzenten weiterfloß, an wen, zu welchen Bedingungen, vielleicht auch gegen welche Bestechungen und in Verbindung mit welchen anderen Auflagen. Hier lag zweifellos die Quelle für sehr viele Reibungen und Verbitterungen; die zeitgenössische Kritik an der Willkür, der Selbstherrlichkeit, der Habsucht dieser Mittelspersonen war weit verbreitet, die Innungen prangerten sie an, Behörden beklagten den Übelstand. Ein immer häufigerer Sonderfall war der männliche oder weibliche Zwischenunternehmer in den großstädtischen neuen Hausindustrien, die ganze Zimmer und Wohnungen von Näherinnen, Strickerinnen oder Teilarbeitern anderer Art im Auftrag und nach den Anweisungen eines Konfektionärs oder Warenhauses beschäftigten und beaufsichtigten, manchmal bei eigener Mitarbeit, aber oftmals als pure Aufseher und Antreiber.

Auch wenn man annehmen kann, daß diese Faktoren und „Schwitzmeister" nicht notwendig schlechter und böswilliger waren als andere Menschen: in ihnen personifizierte sich die ins dezentrale System eingebaute Reibung. Sie waren das Scharnier, in dem Produzenten- und Verlegerinteressen aufeinander stießen, und ihre Existenz trieb das dem Verlag eigentümliche Prinzip der geringen Kommunikationsdichte zwischen Arbeitgebern und Arbeitern auf die Spitze der Anonymität. Um so ungeschminkter trat das Band hervor, das das System einigermaßen zusammenhielt: das Prinzip des Tausches, und die Produzenten konnten froh sein, wenn es sich als „cash" niederschlug und nicht als „kind".[104]

„Alle Parteien befinden sich in einer Art Kriegszustand und jeder sucht den andern zu übervortheilen, zu täuschen, zu betrügen." Diese auf Weberdörfer und -distrikte gemünzte Bemerkung Gustav Schmollers von 1870 traf sicher nicht überall und nicht immer in gleicher Weise zu. 1847, auf dem Höhepunkt einer Krise urteilte die Handelskammer Mönchengladbach über die großteils ländlichen Baumwollweber des Bezirks: „Alle Achtung verdient aber die Haltung unserer Arbeiter-Classe; sie hat ihre Leiden mit Ruhe und Ergebung in das Unabänderliche ertragen und sich nirgendwo zu Exzessen hinreißen lassen, die anderswärts vielfach die Begleiter weit geringerer Noth gewesen sind."[105] Warum diese Gegensätze und Spannungen nicht häufiger und stetiger zu Konflikten wurden, warum der von Schmoller apostrophierte Kriegszustand eher ein Zustand des „Kalten Krieges" war, der nur selten in einen heißen umschlug, wird noch einige Male zu erläutern sein. Daß diese Gegensätze und Spannungen gleichwohl ab und zu explodierten oder stetigeren Aktionen und Bewegungen als Antrieb dienten, werden wir noch sehen: bei der Untersuchung der sozialen Proteste, der Genossenschaftsbewegung, der Frühformen des Tarifwesens und der sozialen Basis der frühen Sozialdemokratie. Wir werden sehen, daß den drei verschiedenen Typen von Heimgewerbetreibenden sehr verschiedene Reaktions- und Verarbeitungsmöglichkeiten zur Verfügung standen.[106]

c) *Die Fabrik als Herausforderung und Bedrohung*

Heimarbeiter und Hausindustrielle contra Verleger und Faktoren, das war die eine große Frontlinie, die das Verlagssystem und damit die soziale Situation der Heimgewerbetreibenden prägte. Teils verstärkt, teils relativiert wurde sie durch eine zweite, die zwischen Verlag und Fabrik, zwischen dezentralem Heimgewerbe und Arbeit im zentralisierten Betrieb.

Schon 1828 verglich Moritz Mohl am Beispiel der Garnherstellung, vor allem in Württemberg, Heimgewerbe und Fabrikarbeit. Er fand, daß diese vor jenem viele Vorzüge besaß, die sie eigentlich auch für die Arbeiter selbst zur besseren Alternative machte. Entgegen verbreiteten Ansichten sei Maschinenarbeit nicht notwendig eintöniger und unqualifizierter als Handarbeit zu Hause. Maschinenspinner verdienten in der Regel besser als Handspinner. Ihre Beschäftigung sei regelmäßiger, ihre Arbeitszeit gemessen und begrenzt. So viel an den Fabriksälen, ihrem Lärm, ihrem Staub und ihrer schlechten Luft oft auszusetzen sei, der feuchte Keller, der Stall oder die überfüllte Wohn-Werkstatt der Heimgewerbetreibenden sei unter gesundheitlichen und hygienischen Gesichtspunkten keineswegs vorteilhafter, eher im Gegenteil. Mohl widersprach dem Vorurteil, „daß Maschinenarbeiter so wie Arbeiter in großen Etablissements überhaupt in sittlicher Hinsicht durchgängig ein Gesindel seyen", und er wies den Vorwurf zurück, daß die beobachtbaren Schwierigkeiten des württembergischen Gewerbes dem Fabriksystem anzulasten seien. „Nicht weil unsere Gewerbe im kleinen betrieben wurden, waren sie sicher, sondern weil sie sicher waren, konnten sie im kleinen betrieben werden."[107]

Vieles an dieser Argumentation war richtig. Immer wieder sind einsichtige bürgerliche Beobachter in den folgenden Jahrzehnten bei Vergleichen zwischen Heimgewerbe und Fabrikindustrie zu ähnlichen Ergebnissen gelangt.[108] Aber abgesehen von gleich zu erwähnenden Ausnahmen, die seit den 1860er Jahren schnell zahlreicher wurden, überzeugten diese Argumente die unmittelbar Betroffenen, die Heimgewerbetreibenden, nicht.

Es ist kaum zu bezweifeln, daß die allermeisten Heimarbeiter und Hausindustriellen, die vor allem von Unternehmerseite initiierte Zentralisation der Produktion und die Einsetzung von Maschinen als Bedrohung erlebten oder in anderer Weise negativ beurteilten. Auch in Deutschland gab es wie in anderen Ländern zahlreiche Versuche, die Maschinisierung mit Gewalt zu verhindern, durch Vernichtung erstmals aufgestellter Spinn- oder Webmaschinen, durch gewaltsame Zusammenrottungen gegen frühe Fabriken, durch „Maschinenstürmerei", durch Bedrohung von Fabrikanten.[109] Mit Petitionen an Regierung und König oder als Mitglieder von Organisationen wie dem Herforder „Verein für Leinen aus reinem Handgespinst" kämpften Heimgewerbetreibende zusammen mit Handwerkern und anderen für gesetzliche Verbote der Maschinenarbeit, manchmal, wie in Lippe-Detmold, mit vorübergehendem Erfolg.[110] Qualifizierte Heimgewerbetreibende schauten mit Verachtung auf die Fabrikarbeiter herab, die Fabrikschlote wurden als „Hungertürme" beschimpft, die frühen Fabriken hatten ihre Schwierigkeiten, qualifiziertes Arbeitspersonal zu rekrutieren: „Man

erklärte den Hauswebern, als sie die fertige Ware zurückbrachten, daß sie zwar Arbeit bekommen könnten, aber nur, wenn sie in der Fabrik arbeiteten." Nach 1870 setzte sich zumindest in einigen Orten die Dezentralisierung der Tabakverarbeitung auch auf Drängen der Arbeiter durch, die hausindustrielle Tätigkeiten unter Mithilfe und Mitverdienst der ganzen Familie der bis dahin vorherrschenden Arbeit in zentralisierten Werkstätten vorzogen.[111]

Es gibt eine lange Diskussion darüber, wie rational bzw. irrational diese Maschinen- und Fabrikfeindschaft war.[112] Was waren ihre Motive, und wie stand es mit ihrer Berechtigung auf kurze oder lange Sicht?

Es kann gar kein Zweifel daran bestehen – die Skizze der Entwicklung in den einzelnen Gewerben hat es gezeigt –, daß die Einführung der Maschinenarbeit, auch wenn sie sich zeitweise in lebensfähige Symbiosen mit dem fortbestehenden Heimgewerbe einbinden ließ und langfristig zu Produktivitäts- und Nachfragesteigerungen führte, die gerade auch den Handarbeitenden und den ärmeren Kreisen der Bevölkerung zugute kamen, kurz- und mittelfristig die Einkommensmöglichkeiten vieler Heimarbeiter und Hausindustrieller bedrohte und untergrub: zunächst durch empfindlichen Druck auf die Preise, dann durch Entzug von Beschäftigung, bis hin zur Zerstörung der Existenzgrundlage, und zwar häufig ohne daß für die betroffene Region und das betroffene Gewerbe solche Ersatzarbeitsplätze entstanden, die von den Arbeitern ohne Widerstreben und ohne Schwierigkeiten einnehmbar gewesen wären. Am deutlichsten traf dies auf die Handspinner zu, aber, wie vorn gezeigt, mit vielen Unterschieden, über mehrere Vermittlungsstufen und zu verschiedenen Zeiten auch auf zahlreiche andere Sparten, vor allem seit der Mitte des Jahrhunderts.[113]

Auch wenn die betroffenen Spinner, Weber und anderen Heimgewerbetreibenden die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge durchschaut hätten und wenn sie zudem in die Zukunft hätten blicken können, stünde kaum zu erwarten, daß sie als Fortschritt begrüßt oder auch nur akzeptiert hätten, wofür sie als Individuen, als Familien und ganze Berufsgruppen durch Verarmung, Degradierung und erzwungenen Wechsel bezahlten. Immerhin ging die Maschinisierung in aller Regel nicht von den Produzenten, sondern von den Verlegern bzw. den Leitern kombinierter Verlag-Manufaktur-Betriebe aus, daneben von neu gründenden Kaufleuten anderer Art, zum kleinen Teil nur von aufsteigenden Meistern. Im spannungsreichen Gleichgewicht zwischen Heimgewerbetreibenden und Verlegern verschob sie die Gewichte zugunsten der letzteren. Besonders die hochqualifizierten Heimgewerbetreibenden hatten allen Grund zum Protest, denn Maschinisierung von Teilvorgängen, wie des Scherens in der Wollwarenherstellung, bedeutete in der Tat die partielle Ersetzung handwerklicher, gelernter Arbeit durch weniger qualifizierte, angelernte, beaufsichtigte Arbeit, zunehmend durch billiger arbeitende Frauen.[114]

Sicherlich traten anfangs auch ganz irrationale Ängste vor den neuen Maschinen auf. So zerstörten Weber in einem sächsischen Weberdorf unter Führung des Gemeindevorstands, eines kleinen Verlegers, 1842 die mechanischen Webstühle, die ein besonders avantgardistischer Unternehmer, in Teile zerlegt und in Baumwollgarn versteckt, aus England herausgeschmuggelt und dann bei sich aufge-

stellt hatte. Sie setzten das Gebäude in Brand und bedrohten den Fabrikanten mit dem Tod. Es wird berichtet, daß sich bei den Webern die Vorstellung festgesetzt hatte, „die neuen Webstühle könnten ohne jede menschliche Bedienung völlig fertige Gewebe herstellen".[115] Sicherlich machten Heimgewerbetreibende, Handwerker und große Teile der Öffentlichkeit überhaupt die Fabrik und die Maschinen oft für Schwierigkeiten verantwortlich, die ganz andere Gründe hatten; die Maschine beschäftigte die Phantasie der Menschen nicht nur als Fortschrittssymbol, sondern auch als symbolische Verkörperung bedrohlichsten Wandels. Und sicher gab es andere Fehleinschätzungen auf seiten der Heimarbeiter und Hausindustriellen. Ihr Denken war teils kleinbäuerlich, teils handwerklich geprägt und damit an Wirtschaftsordnungen ohne allzu große Wachstumsdynamik gewöhnt. Sie waren sicherlich in der Regel davon überzeugt, daß für jeden Artikel eine fest bestimmte Nachfrage vorhanden sei. Es lag ihnen fern, die fast unbegrenzte Ausweitbarkeit von Nachfrage zu erkennen und in der das Produktionsvolumen so sehr ausweitenden Fabrikarbeit nicht nur eine Bedrohung sondern auch eine Chance zu sehen. Trotzdem, so gänzlich irrational war ihre Maschinen- und Fabrikfeindschaft nicht, wie die vorangehenden Überlegungen zeigen sollten.

Allerdings wäre es falsch, die Ablehnung der Fabrik durch viele Heimgewerbetreibende ausschließlich mit Maschinisierungsskepsis und -feindschaft gleichzusetzen. Wie Heimgewerbetreibende häufig gegen Maschinen nichts einzuwenden hatten, wenn sie sie – klein und erschwinglich – bei sich zu Hause oder in der eigenen Werkstatt einsetzen konnten,[116] so störte sie umgekehrt an der Fabrik weniger deren anfangs ja ohnehin außerordentlich bescheidene Maschinenausstattung als vielmehr deren zentrale Organisation und damit verbundene Disziplin.

In der Tat gingen Kaufleuten und Verleger im Textilgewerbe, in der Metallverarbeitung, in der Uhrmacherei und in anderen Branchen häufig nicht primär deshalb zur zentralen Produktion über, weil sie Dampfkraft und Maschinenarbeit besser ausnutzen wollten, sondern vor allem zu dem Zweck, die Heimgewerbetreibenden intensiver zu lenken und zu kontrollieren, um sich so besser den wechselnden Nachfragen anpassen, Liefertermine zuverlässiger einhalten und in der Konkurrenz besser bestehen zu können. Innerhalb des dezentralisierten Verlagssystems war es, wie gezeigt, schwierig, Unregelmäßigkeiten abzustellen, Pünktlichkeit zu erzwingen und den oft beklagten „Konservativismus" der Heimarbeiter zu überwinden. Sie hielten nämlich gern an althergebrachten Mustern fest und ließen sich nur schwer zur modischen Neuerung überreden; und in Zeiten hoher Nachfrage und steigender Löhne arbeiteten sie manchmal vielleicht sogar weniger als mehr. Die Verlegung der Arbeit in zentralisierte Werkstätten bot sich deshalb unter gewissen Bedingungen dem Unternehmer – trotz ihrer hohen Kosten – als ökonomische Alternative an, vor allem seit den 1860er Jahren, als ohnehin höhere Löhne gezahlt werden mußten und Veränderungen der Absatzorganisation – immer weniger Produkte auf Vorrat zum Verkauf auf Messen, immer häufiger Lieferung an Grossisten gemäß detaillierten Aufträgen oder pünktliche Versendung in den Export – von den Verlegern größere Genauigkeit

forderten, wenn sie bestehen wollten. Der Zugewinn an Lenkungs- und Kontrollfähigkeit interessierte viele Unternehmer an der zentralisierten Produktion zunächst mehr als die damit zugleich eröffnete Chance schrittweiser Maschinisierung, die jedoch oftmals nicht lang auf sich warten ließ, nachdem einmal der entscheidende Zentralisierungssprung getan war.[117]

Anders gewendet folgt daraus: Die Tatsache, daß der Übergang in die Fabrik für viele bis dahin heimgewerblich tätigen Arbeiter tatsächlich eine Einbuße an Autonomie, Verantwortung und Freiheit bedeutete, war ein wichtiger Grund für die Entstehung der frühen Fabriken und zugleich eine sehr reale, keineswegs eingebildete Ursache ihrer großen Unpopularität bei den an dezentralisiertes Arbeiten gewohnten und Selbständigkeit hochachtenden Heimarbeitern, Hausindustriellen und Handwerkern überhaupt.

Die mit der zentralisierten Arbeit gewöhnlich verbundenen Disziplinierungsmittel – von der detaillierten Arbeitsordnung über die ständige Aufsicht des Vorgesetzten bis hin zu der Idee, die Gebäude einer neuen Spielzeugmanufaktur mit Fenstern aus Milchglas auszustatten, damit die darin arbeitenden Spielzeugmacherinnen nicht hinausschauen und nicht abgelenkt werden konnten – stießen ab. Die oft langen Wege zur Arbeit störten. Die Arbeit in Familie und eigener Behausung, so eng und ärmlich, anstrengend und „selbstausbeuterisch" sie sein konnte, hatte offenbar etwas an Geborgenheit vermittelt und an Selbständigkeit belassen, was jenen Heimarbeitern sehr wichtig war und in Manufaktur und Fabrik verloren ging. Zu Hause konnte man sich die Zeit eben selbst einteilen, die Arbeit durch Pausen unterbrechen, unregelmäßig sein. Bei schlechter Auftragslage mußte – und konnte! – man nebenher anderes betreiben. Wenn man für einige Tage oder Wochen die gewerbliche Heimarbeit mit Feld- oder Gartenarbeit tauschte, wurde dies möglicherweise auch als Abwechslung empfunden. Im zentralisierten Betrieb hörte alles dies auf oder wurde doch schwerer.[118] Auch und gerade deshalb brachte er ja einen Fortschritt an Produktivität. Und so erklärt sich, daß sich ältere Heimarbeiter oft nur noch schwer selbst für unqualifizierte Fabrikarbeit eigneten. Natürlich kamen Gesichtspunkte sozialer Rangordnung, auch wohl soziale Vorurteile hinzu: Solange der Produzent Heimgewerbetreibender blieb und zumindest die Arbeit der Familie anleitete, „dünkt er sich sein eigener Herr, er hungert, aber er hungert innerhalb seiner 4 Pfähle, er ist ein Bettler auf eigene Faust; in der Fabrik wird ihm auch nichts geschenkt, und er verliert die Freiheit seiner Bewegung. Er mag sich nicht durch ein Glockenzeichen an die Arbeit commandiren und von ihr wieder abbefehlen lassen, er will seine Kartoffeln essen, wenn er Hunger hat und nicht, wenn es die Hausordnung verstattet. Auch hält er noch auf äußere Geltung, und da spielt denn doch der Meister oder Fabrikant eine andere Rolle in der Schützengesellschaft und auf der Kneipe, als wie der Fabrikarbeiter".[119]

Sicherlich brachte die Fabrikindustrialisierung schon in den 60er und 70er Jahren eine erste Lockerung der tiefen vor- und frühindustriellen Krise, die den Vormärz und auch noch die 50er Jahre geprägt und besonders das Überleben der unteren Schichten erschwert hatte. Und es ist nicht zu sehen, in welch anderer Form die Rettung aus der ansonsten drohenden krisenhaften Stagnation oder gar

Katastrophe hätte gelingen können. Schwer bestreitbar erscheint überdies, daß die Industrialisierung auf der Basis von Fabrik und Markt auch in der langfristigen Bilanz viel mehr Zugewinn als Verlust gebracht hat, gerade für die unteren und mittleren Bevölkerungsschichten, jedenfalls im industrialisierten Teil der Welt. Aber „irrational" war die Maschinen- und Fabrikskepsis der Heimgewerbetreibenden und Handwerker jener Jahrzehnte eigentlich nicht. Vielmehr war sie verständlich aus ihrer Lebenswelt und im Grunde auch nicht ohne tiefere Berechtigung. Denn sie vor allem waren es, die einige der „Kosten", die mit jener Industrialisierung verbunden waren, besonders hautnah erfuhren, deutlich erkannten und zu tragen hatten. Zweifellos, diese Industrialisierung hatte ihre „Kosten": die Vernichtung nicht konkurrenzfähiger Gewerbe, zunächst die Verschärfung des aus vorindustrieller Zeit überkommenen Pauperismus und die Zunahme von Disziplin in vielfachem Sinn.

Drei zusammenhängende Einschränkungen seien angefügt: *Zum einen* gingen das Elend und die Bedrückungen der Heimgewerbetreibenden der Industrialisierung voraus, sie wurden durch diese verschärft, aber dann eben auch überwunden. *Zum anderen* kennt man zahlreiche Beispiele dafür, daß Heimgewerbetreibenden die größere Sicherheit und die höhere Entlohnung der Fabrikarbeit wichtiger erschienen als die Unzuträglichkeiten, die mit ihr verbunden waren. Besonders die jüngeren Heimgewerbetreibenden und die Kinder der Älteren gingen oft ohne allzu großes Bedauern in die neue Arbeitswelt über, vor allem seit den 60er Jahren.[120]

Schließlich wurden unterschiedliche Typen von Heimgewerbetreibenden sehr verschiedenartig von der Herausforderung der Fabrik betroffen. Die Heimarbeiter mit ländlicher Einbindung – die Handspinner als Prototyp – litten sehr unter der neuen Maschinenkonkurrenz; ihre Reaktionen waren relativ hilflos; ihr Abstieg vergleichsweise schnell; viele von ihnen wechselten in andere Gewerbe, wanderten ab oder versuchten, den nie aufgegebenen landwirtschaftlichen Nebenerwerb neu zu intensivieren; wenn sie Glück hatten und nicht allzu zahlreich waren, nahm sie die Landwirtschaft wieder auf. Reagrarisierung und Deindustrialisierung waren die Folgen; in der Regel wurden schmerzliche Umstellungen von ihnen verlangt.[121] – Für die Heimgewerbetreibenden des dritten, des neuen, großstädtischen Typs spielte die Fabrik als Herausforderung im Untersuchungszeitraum noch kaum eine Rolle. – Wieder stellen die handwerklich geprägten Heimgewerbetreibenden, oftmals aus zünftiger Tradition mit relativ hoher Qualifikation, die interessanteste Gruppe dar. Von ihrem handwerklichen Selbstbewußtsein her mußte ihnen die Fabrik als besonders gravierende Herausforderung erscheinen. Ihre relativ hohe Qualifikation machte sie andererseits auch für die entstehende Fabrikindustrie begehrt. Und sie befanden sich am ehesten in einer Lage, deren Herausforderung aktiv zu verarbeiten und nicht bloß zu erleiden – auf welche Weise, das bleibt zu sehen.

d) Armut und Konjunktur

Berichte vom Elend der Heimarbeiter sind zahlreich und eindrücklich.[122] Geht man die Armuts- und Elendsschilderungen durch, die über die Arbeiter des mittleren 19. Jahrhunderts leicht greifbar sind, so merkt man, daß sehr oft das Schicksal von Heimarbeitern und Hausindustriellen beschrieben wird.[123] Auch wenn man von den katastrophalsten Krisensituationen – z. B. den schlesischen Webern der 40er Jahre – absieht und so etwas wie die Normalität des Heimarbeiterlebens abzuschätzen versucht, stößt man auf sehr kärgliche Existenzen in äußerst gedrängten Wohnverhältnissen und mit einer Versorgungslage nahe dem Minimum, auf Familien, in denen alle, meist aus mehreren Quellen, zum Einkommen beitrugen, auf viel Arbeit von Kindheit an, wenig Muße und fast keine Feste, auf die Kunst der Improvisation, um unter Bedingungen äußerster Knappheit und auffälliger Unsicherheit gleichwohl zu überleben.[124] Es kann kein Zweifel bestehen, daß in der Regel Arbeiter gleicher Qualifikation in ein und derselben Sparte mehr und regelmäßiger verdienten, wenn sie in die Fabrik gingen als wenn sie bei sich zu Hause arbeiteten.[125] Es wundert wenig, daß die Heimarbeiter und Hausindustriellen den allgemeinen Einbruch der Reallöhne, der in den 1840er und 50er Jahren fast überall in Landwirtschaft und Gewerbe stattfand, voll und ganz miterlitten, die niedergehenden Kategorien sogar in besonders dramatischer Form: Die nominalen Löhne der Spinner haben sich von 1833 bis 1850 mehr als halbiert.[126] Und es scheint, als ob einige Kategorien von Heimarbeitern sich dem seit Ende der 50er Jahre bemerkbar werdenden, in den 60er und frühen 70er Jahren unübersehbaren Aufwärtstrend der nominalen und realen Löhne entweder gar nicht mehr (so die Handspinner) oder nur sehr zögernd (so teilweise die Weber) anzuschließen vermochten.[127]

Zweifellos bestand eine besondere Affinität zwischen Heimarbeitern und Armut. Das lag, kurz gesagt, an zwei Gründen: Zum einen stellten die ländliche Heimarbeit, dann aber auch die neuen städtischen Hausindustrien den zuströmenden Neuankömmlingen nur sehr geringfügige Hindernisse entgegen. Weder gab es nennenswerte Kapitalerfordernisse, noch wurden in den großen Massengewerben bedeutende Anforderungen an die Qualifikation der Anfänger gestellt, noch bestanden effektive Zunftschranken. Die heimgewerbetypische Verknüpfung von Gewerbe und Haushalt legte es überdies den Frauen nahe, sich um Arbeitsplätze dieser Art zu bemühen. Heimarbeit wurde zunehmend zur Arbeit von Frauen, die geringeren Lohn erhielten als Männer. In höherem Maß als das Handwerk und die zentralisierte Industrie wurde das Heimgewerbe (oder doch große Teile davon) zum weit offenen Auffangbecken für die wenig qualifizierten, an der Krise des Pauperismus leidenden Existenzen und – später – für solche, die wegen geringer Qualifikation oder wegen Bindung an Familie und Haushalt für andere, besser bezahlte Arbeitsplätze nicht recht in Frage kamen.

Zum anderen prägte sich der Produktivitätsunterschied zwischen Heimgewerbe und Industrie je länger desto deutlicher aus. Im Laufe der Zeit nahm die Konkurrenzfähigkeit des Heimgewerbes ab, nicht weil es schlechter, sondern weil die Konkurrenten besser wurden. Oftmals geriet es in eine Art Lückenbü-

ßer-Position. Um 1875 war es zwar nicht weniger umfangreich, aber vom Stellenwert her eher marginal und unterlegener als um 1800, und zwar durchweg dort, wo es direkt oder vermittelt durch Substitutionsprozesse mit kostengünstigerer Maschinenproduktion zu konkurrieren hatte.

Beides drückte aufs heimgewerbliche Lohnniveau. Nimmt man hinzu, daß die beginnende Arbeiterschutz- und Kassengesetzgebung des Vormärz und des dritten Jahrhundertviertels[128] die Heimgewerbetreibenden aussparte und sie in der illusionären Hoffnung auf die Selbststeuerungsfähigkeit der Familien oder aus deplazierter Rücksicht auf deren Autonomie, vielleicht auch wegen mangelnder Kontrollmöglichkeiten oder aus anderen Gründen, sich selbst überließ, dann versteht man, warum das Heimgewerbe der Ort vergleichsweise kärglicher Einkommen, tiefer Not und größter Mißstände war – auch was die Kinderarbeit betrifft, die effektiv seit den 50er Jahren in den größeren Werkstätten und Fabriken zurückgedrängt wurde.[129]

Aber andererseits war Armut damals ein weit verbreitetes Phänomen und keineswegs spezifisch fürs Heimgewerbe.[130] Extreme Not wurde überdies, wie es scheint, am häufigsten und eindringlichsten bei den noch nicht verlegten, selbständig im Kaufsystem arbeitenden und hoffnungslos unterbeschäftigten Spinnern und Webern (besonders von Leinen) beobachtet, also nicht primär bei den verlegten Heimarbeitern und Hausindustriellen, um die es hier geht.[131] Und vor allem: je nach Ort, Branche und Jahrzehnt entwickelten sich die heimgewerblichen Verdienstverhältnisse ungemein unterschiedlich.

Weber verdienten mehr als Spinner, das ist bekannt. Innerhalb der Weberbevölkerung gab es eine klare Hierarchie: Die Produzenten von Leinen rangierten ganz unten, die Baumwollweber verdienten nicht viel mehr; die qualifizierten Zeug- und Tuchmacher (Wolle) standen sich besser, am besten waren die Seidenweber situiert. In der Produktion feiner Tuche konnten sich Heimgewerbetreibende eher behaupten als bei der Herstellung einfacher und grober Stoffe. Die schlesischen und böhmischen Textilhandwerker standen hinter den rheinischen und württembergischen zurück.[132] Wenn die Nachfrage schnell genug wuchs, die Produktivitätsdifferenz zwischen Handarbeit und Fabrikarbeit nicht zu ausgeprägt war und sich der nachwachsenden Generation in neuen Fabriken oder anderen Branchen akzeptable Alternativbeschäftigungen boten, führte die allmähliche Maschinisierung einer Branche für die ihr treubleibenden, an Zahl weniger und im Durchschnitt älter werdenden Heimarbeiter nicht notwendig zu Unzuträglichkeiten, erst recht nicht, wenn sie Spezialisierungen fanden, die von der Fabrik nicht oder nicht in gleicher Qualität hergestellt werden konnten. Es gab Orte, wie das württembergische Kuchen, wo der Übergang von der Hand- zur Maschinenweberei nach 1850 ohne ersichtliche Verelendung und ohne größeres Krisenbewußtsein verlief, während nebenan, im rasch industrialisierenden Esslingen, die sich nicht schnell umstellenden Heimweber in tiefe Armut verfielen, bevor sie verschwanden. Mit ihrer häufigen Bindung an häuslichen und landwirtschaftlichen Kleinstbesitz waren gerade die ländlichen Heimarbeiterfamilien zu bodenständig, als daß sie leicht den besseren Verdienstmöglichkeiten hätten nachwandern können.[133]

Ähnlich stark variierten die Verdienste in anderen Branchen. Ein Beispiel: Während sich die heimgewerblichen Nagelschmiede, Bohrer, Zuschläger, Ahlenschmiede und Schleifer im kurhessischen Schmalkalden um 1850 trotz vierzehn- bis sechzehnstündiger Arbeitszeiten unter kümmerlichsten Umständen durchzuschlagen versuchten, entstand das offenbar nicht untypische Portrait (1851) einer sechsköpfigen Solinger Reider-Familie, die durch das Zusammensetzen von Waffen für ein Verlagshaus und einige kleine Ergänzungsverdienste aus eigenem Garten und eigener Kleinstviehhaltung regelmäßig genug einnahm, um mit vier Mahlzeiten pro Tag in einem gemieteten Haus mit fünf Zimmern, eines davon war noch untervermietet, daneben Küche und Werkstatt, bescheiden-auskömmlich zu leben, wenn sie auch bis auf den Tabak- und geringfügigen Alkoholgenuß der Männer und ein paar Kirmesbesuche pro Jahr kein Vergnügen und keine Abwechslung kannte, kein Vermögen besaß und auch keine nennenswerten Ersparnisse erwirtschaftete.[134] Und es steht außer Zweifel, daß die meisten Heimgewerbetreibenden, sofern sie nicht angesichts überlegener Fabrikkonkurrenz ganz die Segel streichen mußten oder gerade, wie viele Baumwollweber, von ausgeprägten Absatzstockungen im internationalen Handel betroffen waren, am allgemeinen Aufstieg der Reallöhne seit Anfang der 60er Jahre bis Mitte der 70er Jahre ihren spürbaren Anteil hatten.[135]

Zweifellos wäre es also eine irreführende Verkürzung, sich die Geschichte der Heimarbeit und der Hausindustrie im 19. Jahrhundert ausschließlich als eine Geschichte des Elends vorzustellen. Wäre sie dies gewesen, ließe sich nicht erklären, warum so viele diese Arbeits- und Existenzform so entschieden verteidigten.

Das Besondere der Heimarbeiter und Hausindustriellen war nicht ihre Armut an sich, vielmehr deren konjunkturelle Wechselhaftigkeit. In stärkerem Maß als im Fall des Gesindes und der ländlichen Arbeiter schwankte ihr Einkommen mit dem Auf und Ab der Nachfrage für die von ihnen hergestellten Waren. Der rasche und offenbar nicht voraussehbare Wechsel von kurzfristigem Wohlstand und bedrückender Armut kennzeichnete ihre Existenz. Wie es Thun 1879 in bezug auf die Krefelder Seidenweber formulierte: „Endgültig wird die Lage der Kaufleute und Weber bestimmt durch die Konjunktur, unberechenbar in ihrem Entstehen, unabsehbar in ihrem Verlaufe, die Signatur des heutigen Wirthschaftslebens, – sie wirkt entscheidend. Ob die Weber ein leichtsinniges Völkchen, ob sie gut essen und trinken, tanzen und singen, ob sie Excesse verüben oder ob sie friedlich leben, ob sie gesund sind oder krank, ob sie den Bourgeois oder Sozialdemocraten spielen, – alles das hängt von der Konjunktur ab. Das Lebensschifflein des Webers wird bald hoch emporgeschleudert auf den Wellenhäuptern einer stürmischen Konjunktur, bald tief in das Chaos und in die Verzweiflung gezogen; selten schwellt auf ruhiger See ein stetiger Wind seine Segel."[136]

Dies lag *zum einen* daran, daß die meisten Heimgewerbetreibenden – anders als die Handwerker für lokalen Verbrauch und in höherem Maß als die landwirtschaftlichen Produzenten – Waren für Märkte produzierten, die extremen konjunkturellen Schwankungen unterlagen und in ihrer weiträumigen, grenzüberschreitenden Erstreckung von vielfachen Störungen und Einflüssen, Zöllen und

Währungsveränderungen, von Kriegen und internationalen Verschiebungen, von der Konkurrenz und der Nachfrage in fernen Ländern abhängig waren. Beispielsweise führten der amerikanische Bürgerkrieg (1861–1865), die damit verbundene Dollarabwertung und die folgende Schutzzollgesetzgebung zu tiefen Einbrüchen im deutschen Baumwollwaren-Export und, u.a. im sächsischen Weberdistrikt um Glauchau und Meerane, seit 1862 zu massenhafter Arbeitslosigkeit, während der ansonsten vorherrschende wirtschaftliche Aufwärtstrend die Preise für Güter des täglichen Bedarfs in die Höhe trieb. Ob die Glauchauer Weber den Mechanismus durchschauten, ist fraglich:

„Wir Lohnweber befinden uns in einem sehr traurigen, hilfsbedürftigen Zustand. Unsere Arbeitslöhne sind durch die hohen Zölle und durch die herabgedrückten Warenpreise, welche auf unsere Waren von anderen Ländern aufgelegt worden sind, soweit darnieder, daß wir Weber nicht mehr imstande sind, reell und rechtschaffen bestehen zu können [...]. Durch die teuren Lebensbedingungen, kostspielige Brennmaterialien, schwere Miete, hohe Steuern, geringen Verdienst und durch die vielseitig ungerechneten Lohnabzüge, welche uns von unseren Arbeitgebern, ihren Einkaufskomptoristen und Faktoren (oder vielmals zu sagen Zwacktoren) gemacht werden, ist es soweit gekommen, daß der gesamte Weberstand in unserem Vaterlande Sachsen, besonders aber, was die Manufakturwarengeschäfte Glauchaus betrifft, zu einem allgemeinen Bettelhaufen geworden ist. – Schon mehrere hunderte von Webern, welche nicht mehr imstande gewesen sind, den betreffenden Hausbesitzern die Miete zahlen zu können, sind in den Ämtern angeklagt, damit dieselben herausgesetzt werden mögen, obwohl sich sehr viele Familienväter darunter befinden, welche öfter 4–8 Kinder haben, die nur mit Quark und Kartoffeln, mit Salz und trocken Brot ihr Dasein fristen. Wo ferner auch sehr viele Weber ihre Habe zum Leihhaus haben tragen müssen und sie nie wieder haben einlösen können, wobei oft Betten und andere Sachen zum Verfall gekommen sind. Es scheint uns Webern bald, wie auch noch anderen Leuten, ganz so, als wenn durch all diese Not Öl ins Feuer gegossen werden solle, um dadurch wieder eine 48er oder 49er Zeit ins Leben zu rufen, was die Regierung, wies scheint, so haben will. – Wir Lohnweber sind gar nicht mehr imstande, selbst helfen zu können, der Arbeitgeber aber hingegen weiß sich zu helfen. Wenn es gar nicht mehr gehen will, so versetzt er seine Gläubiger und Schuldner und gibt vom Hundert nur 50% oder wird insolvent und macht einen betrügerischen Bankerott. – Wir Lohnweber müssen, was die Lohnabzüge betrifft, einem raubähnlichen Spiele unterliegen, und wir möchten die hohe königliche Regierung dringend ersuchen, daß sie diesem Unwesen und raubähnlichen Spiel ein Ende macht."[137]

In den späten 60er und frühen 70er Jahren verbesserte sich die Lage, und auch die Verdienste der Weber stiegen an. Aber bald machten sich die Verschärfung der Konkurrenz durch die Annexion des Elsaß mit seiner umfangreichen Baumwollproduktion und seit 1873 die Depression bemerkbar. Der sächsische Weber-Distrikt, den August Bebel im Reichstag vertrat, wurde erneut zum Krisengebiet.

Zum anderen resultierte die ausgesprochene Wechselhaftigkeit der Heimarbeiter- und Hausindustriellenexistenz aus der Konstruktion des Verlags an sich, der, wie gezeigt, die Schwankungen des Marktes rasch und ungefiltert an die Pro-

duzenten weitergab. In Zeiten starker Nachfrage konnten die Heimgewerbetreibenden dieses Prinzip auch durchaus zu ihren Gunsten wenden. So ließen sich Baumwollweber von mehreren konkurrierenden Unternehmern Aufträge geben, um dann davon die bevorzugt zu erledigen, die ihnen am vorteilhaftesten erschienen, während sie die anderen zurückstellten oder sogar unbearbeitet zurückgaben – sehr zum Ärger der betroffenen Verleger, die so ihre eigenen Termine in Gefahr geraten sahen. In solchen Zeiten steigender Nachfrage wurden qualifizierte Heimarbeiter oftmals umworben. Nicht nur die Löhne trieb dies kurzfristig hoch, die Verleger boten auch Vorschüsse und, wie es heißt, „Geschenke", um die begehrten Produzenten an sich zu binden.[138]

Aber bei nachlassender Nachfrage schlug diese Situation ebenso schnell in ihr Gegenteil um: ins Bangen um Aufträge, in rasch sinkende Löhne und Beschäftigungslosigkeit – bis hin zur Bedrohung der Existenz. Die notleidende Heimarbeiterfamilie war dann schnell darauf angewiesen, daß ihr der Verleger einen Vorschuß gewährte, der Vermieter die Miete stundete und der Krämer anschrieb. Vielleicht sprangen auch Verwandte und Nachbarn mit kleinen Darlehen ein. Diese Borgwirtschaft war weit verbreitet und in ihrer Abwicklung häuften sich Unterschlagungen, Klagen, Pfändungen und Unregelmäßigkeiten aller Art.[139]

Die Krisen der Jahre 1816/17, 1830/31, 1846/48 und 1857 bis 59 trafen die Heimgewerbetreibenden hart, im übrigen gab es eine Vielzahl hier nicht zu berichtender lokaler und branchenspezifischer Flauten, deren Wirksamkeit örtlich begrenzt, aber für die Betroffenen kaum weniger fühlbar war. In einzelnen Gewerben kamen überdies heftige saisonale Nachfrageschwankungen hinzu, die besonders dann zu Beschäftigungslosigkeit und Not der Beteiligten führten, wenn die Flauten wie im Spielwarengewerbe regelmäßig in den Winter fielen und also nicht mit dem Rhythmus der Nachfrage nach landwirtschaftlicher Arbeit harmonierten.[140]

Offenbar wurden in den ja durchaus vorhandenen Phasen der Vollbeschäftigung und der vergleichsweise guten Verdienste nicht ausreichend Rücklagen gebildet, die in den mageren Zeiten als Lebensgrundlage hätten dienen können. Einesteils und vor allem lag dies an der insgesamt dürftigen Verdienstlage selbst in den besseren Zeiten. Le Plays Portrait einer Solinger Reider-Familie von 1851 macht dies exemplarisch klar. Obwohl die Einkommen bei Mitarbeit aller zur bescheidenen Deckung der notwendigen Bedürfnisse reichten, Ersparnisse für Zeiten der Krise oder fürs Alter legte man nicht beiseite. Dazu reichte es nicht. Und dies war eine der besser gestellten Familien im Heimgewerbe![141]

Andererseits wurden die dennoch gegebenen kärglichen Chancen zur Rücklagenbildung oftmals nicht ausgenutzt. In vielen dieser Familien waren zukunftsorientiertes Spar- und marktkonformes Arbeitsverhalten nicht allzu ausgeprägt. Aus steigenden Löhnen pro Stück zog man manchmal die Konsequenz, weniger lange und weniger angestrengt zu arbeiten. Dies entsprach dem herkömmlicherweise unter Handwerkern verbreiteten Streben nach standesgemäßer auskömmlicher Nahrung statt nach Kumulation.[142]

Daneben ist die Neigung zur „Verschwendung", zum – wenn auch bescheidenen – Luxuskonsum in Zeiten guten Verdienstes gerade den ländlichen Heimar-

beiterfamilien von zeitgenössischen Kritikern immer wieder vorgehalten worden, sicher nicht ohne Übertreibung, aber auch nicht ohne wahren Kern. Darin mischte sich Altes und Neues. In der herkömmlichen Unterschichtenexistenz, aus der viele Heimarbeiter stammten, gab es wenig Möglichkeiten, Anreiz oder Zwang, langfristig planende Verhaltensstrategien zu entwickeln, freiwillig momentanen Verzicht zugunsten späterer Entschädigungen zu üben und sparen zu lernen. Solches Verhalten aus dem Stand zu praktizieren, mußte um so schwieriger sein, als man es nicht mit generationenlang zusammengetragenem Landbesitz, sondern mit schnell erworbenem Geld zu tun hatte, das den im übrigen Besitzlosen die Chance bot, sich so zu verhalten, als ob man etwas besäße, und durch imitierend-demonstrativen Konsum die Unterlegenheit gegenüber Kaufleuten, bessergestellten Meistern, Verlegern und Bauern wenigstens zeitweise zu mildern.[143]

Im übrigen soll man die These von der Verschwendungssucht dieser Schichten nicht überzeichnen und die mentalitätsgeschichtliche Erklärung nicht überanstrengen. Die Realität war meistens zu kärglich, es gab da nicht viel zu verschwenden, und also gibt es auch nicht viel zu erklären. Überdies: wo Heimgewerbetreibende es sich langfristig leisten konnten, fehlte es auch bei ihnen an Sparneigung und Zukunftsvorsorge nicht ganz. Der Erwerb oder die Vergrößerung eines Stückchens zu bewirtschaftenden Landes konnten bei ländlichen Heimarbeitern diesem Zweck dienen, während solche mit städtischem Kontakt schon in den 40er Jahren einem Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit beitreten oder seit der Mitte des Jahrhunderts Ersparnisse bei einer kommunalen Sparkasse deponieren mochten.[144]

4. Lohnarbeit und Klassenbildung: Tendenzen und Grenzen im Heimgewerbe

Als Gustav von Gülich um 1840 die Weber und Spinner Minden-Ravensbergs beschrieb, rechnete er sie natürlich zu den „arbeitenden Classen". Die preußischen Statistiker nahmen die heimgewerblichen Weber schon im Vormärz nicht in die Handwerkertabelle auf. Als „Arbeiter" wurden sie zeitgenössisch bezeichnet, die Verleger oftmals als „Fabrikanten", „Manufakturherren", „Brotherren", Unternehmer, Arbeitgeber oder „Kapitalisten". Selbstverständlich bezog Ferdinand Le Play Mitte des Jahrhunderts die verlegten Solinger Schneidwarenproduzenten in seine empirischen Erhebungen über „europäische Arbeiter" ein. Als „Fabrikarbeiter" wurden die verlegten Weber von der Handwerkskammer Gladbach 1850 bezeichnet: „Es sind in pekuniärer Hinsicht die Lohnarbeiter durchschnittlich auch nicht besser gestellt als die im Fabriklokal des Dienstherren beschäftigten. Es kommen daher auch häufiger Wechsel in den Arbeitsstätten vor, und ist heute ein Weber äußerlich Meister, Arbeiter im eigenen Hause, welcher morgen als Arbeiter in der Fabrik erscheint, ohne daß aber im Grunde seine eigentliche Stellung zur Fabrik als Lohnarbeiter dabei sich ändert."[145] Von „selbständigen Lohnarbeitern" sprach O. Schwarz 1869. Als „Stücklohnarbeiter" und „Lohnarbeiter" bezeichnete Alphons Thun 1879 die von ihm untersuchten rheinischen Hausindustriellen des Textil- und Metallgewerbes. Als „Wahn" erschien es ihm, wenn sie sich als Handwerksmeister gerierten. Von den Hausindustrien und ihren „Arbeitern" sprach der Verein für Sozialpolitik, als er sich in den 1890er Jahren für die Teil-Umwandlung städtischer Massenhandwerke in verlegte Heimgewerbe interessierte.[146]

All das war nicht ohne Berechtigung. Deutlicher als das Gesinde und die durch Kleinstbesitz oder besondere Dienstverhältnisse gebundenen Häusler und Insten gehörten die Heimarbeiter und Hausindustriellen der entstehenden Arbeiterklasse an. Vor allem die Analyse ihres Verhältnisses zu den Verlegern[147] sollte klar gemacht haben, daß sie im Kern Lohnarbeiter waren: In der Regel unterstanden sie keiner feudalen und – wenn man nur auf die meist männlichen Vorstände der heimgewerblichen Familien blickt – keiner hausherrschaftlichen Einbindung.[148] Vielmehr tauschten sie ihre Arbeitsleistung auf vertraglicher Basis gegen Lohn. Sie arbeiteten für die Entlohnung durch einen kapitalbesitzenden und sie auf dieser Grundlage beschäftigenden Unternehmer, nach dessen Direktiven und zu dessen Profit. Im Streit um Löhne, Lohnabzüge, Aufträge und Lieferbedingungen erlebten sie den Verteilungskonflikt zwischen Kapital und Arbeit in ziemlich unverhüllter Form. Eben dies unterschied sie von den selbständigen Handwerkern ihres Gewerbes. Ihre Einbindung in kapitalistische Zusammenhänge erfuhren sie erst recht an der eklatanten Abhängigkeit ihrer Beschäftigung, ihres Einkommens und damit ihrer Lebenschancen von den Konjunkturen überregionaler Warenmärkte.

Der totalen Durchsetzung des Lohnarbeitsprinzips im Heimgewerbe standen allerdings hohe Barrieren entgegen. Diese Barrieren verloren jedoch im Untersuchungszeitraum an Bedeutung. Die Durchsetzung der Lohnarbeit kam somit ein Stück voran – jedoch weiterhin innerhalb deutlich sichtbarer Grenzen.

1. Vor allem die Heimgewerbetreibenden des ersten Typs[149] blieben in sozial relevanter Weise ländlich-landwirtschaftlich eingebunden: durch Nebeneinkünfte aus landwirtschaftlichem Kleinstbesitz, als Heuerlinge oder landwirtschaftliche Helfer anderer Art, als Nutznießer dörflicher Allmenderechte (wo diese überdauerten), als Teil des unterbäuerlich-bäuerlichen Milieus und seiner Kultur. Ausländische Beobachter lobten diese „fabrique demirurale"[150] als Basis sozialer Stabilität, die man in der durchkommerzialisierten Agrarverfassung Englands längst nicht mehr finde. In der Tat: In konjunkturellen Krisen fing das Land die an Beschäftigungsmangel und unzureichendem Einkommen aus gewerblicher Tätigkeit leidenden Heimarbeiter auf. Aber diese ländlich-landwirtschaftliche Einbindung bedeutete oftmals auch zusätzliche Belastung und Abhängigkeit, die sich für die Heuerlinge in besonderen Abgabe- und Dienstverpflichtungen gegenüber berechtigten Vollbauern oder, in anderen Fällen, gegenüber der zuständigen Gutsherrschaft konkretisierte, dies letztere dort, wo wie in der Lausitz und in Böhmen bis in die 30er Jahre bzw. 1848/49 gutsherrschaftliche Restbestände überlebten und es vorkam, daß Heimarbeiter als abhängige Insten oder Häusler ihrer Herrschaft „Stuhlgelder" oder Naturalzins zu zahlen hatten. Landwirtschaftlich eingebundene Heimarbeiter fühlten sich oft noch stärker als Mitglieder der dörflichen Unterschicht denn als Angehörige einer gewerblichen Berufsgruppe oder als Lohnarbeiter eines Verlegers. Sie mochten durchaus an sozialen Protesten teilnehmen: an Maschinenstürmereien z.B., an illegalen Landnahmen, an Krawallen gegen die lokale Staatsgewalt oder auch an Protesten gegen feudale Zwangsabgaben. Im Namen vor-marktwirtschaftlicher, anti-individualistischer, oftmals religiös fundierter Gerechtigkeitsvorstellungen standen sie in ausgeprägter Distanz zu der Kultur des aufsteigenden Bürgertums und den Erwartungen der kapitalistischen Verleger. Aber der Kristallisation von Spannungen und der Herausbildung kollektiver Handlungspotentiale an der Frontlinie zwischen Lohnarbeit und Verlagskapital stand ihre ländlich-landwirtschaftliche Einbettung entgegen. Sie erklärt mit, warum das heimgewerbliche System sich trotz seiner vielfältigen Spannungen so lange hielt. Sie stand der Herausbildung proletarischen Klassenbewußtseins bei Heimarbeitern und Hausindustriellen entgegen.[151]

All das traf für die oftmals städtischen, handwerklich qualifizierten Heimgewerbetreibenden des zweiten Typs sehr viel weniger, für die Arbeiter der neuen großstädtischen Hausindustrien des dritten Typs gar nicht mehr zu.[152] Diese beiden Kategorien nahmen jedoch auf Kosten der ersten im ganzen 19. Jahrhundert zu. Die Verstädterung des Heimgewerbes schritt voran. Auch auf dem Lande bröckelte die heimgewerblich-landwirtschaftliche Symbiose, lösten sich die Restbestände feudaler Einbindung von gleichzeitig verlagsabhängigen Heimarbeitern bis zur Jahrhundertmitte weitgehend auf. Landwirtschaftlichen Nebenbetrieb meldete die Statistik von 1882 nur noch bei jedem fünften Heimgewerbetreiben-

den.[153] Zumindest in dieser Hinsicht verloren die Barrieren und Grenzen, die der Durchsetzung der Lohnarbeit entgegenstanden, zwischen 1800 und 1875 viel an Gewicht.

2. Überhaupt war die Zugehörigkeit zum Verlag für die meisten Heimgewerbetreibenden merkwürdig instabil, nicht definitiv, geradezu verfließend. Die Beziehungen zwischen den Mitgliedern des Verlags waren natürlich stetiger und formalisierter als die zwischen Verkäufern und Käufern, Lieferanten und Abnehmern auf dem Markt. Immerhin galten Verlage, rechtlich gesehen, als Firmen. Auf der anderen Seite waren die Beziehungen im Verlag viel weniger stetig und formalisiert als die zwischen Unternehmern, Arbeitern und Angestellten einer Fabrik oder eines Handelshauses. Denn die Mitgliedschaft in einem Verlag kam für die Masse der Beteiligten nicht durch eine Anstellung zustande, die durch Entlassung zu beenden gewesen wäre, sondern sie entstand durch Übernahme eines Auftrags, und dieses Verhältnis endete nach Erledigung des Auftrags gewissermaßen automatisch, wenn es nicht durch einen weiteren Auftrag erneuert und fortgesetzt wurde. Deshalb wußten Verleger oft gar nicht so genau, wieviele Arbeiter sie beschäftigten, zumal die ja ihrerseits Gesellen und Hilfskräfte anstellten und mit Familienangehörigen zusammenarbeiteten. Damit hing weiter zusammen, daß die Zahl der Beschäftigten mit der Konjunktur schwankte, und für die Arbeiter bedeutete dies, daß sie Tätigkeit, Status und Einkommensart häufig wechselten und kombinierten. Wie es ein kluger Beobachter der Verhältnisse in der Oberlausitz formulierte: „Doch ein näheres Eingehen auf die Lage der unzünftigen Weber ließe erkennen, daß einer so großen unselbständigen Bevölkerungsmasse die Bildung einer Korporation nicht entspreche. Umfaßte sie doch nicht blos Männer, sondern auch Weiber und Kinder, betrieben jene doch nicht ausschließlich, sondern zum Theil nur periodisch das Würken, bald dies, bald das verrichtend, heute z.B. als Maurer oder landwirthschaftlicher Tagelöhner arbeitend, um morgen die Kelle oder den Pflug mit dem Würkstuhl zu vertauschen."[154] Soweit der Verlag die Produzenten zu Lohnarbeitern machte, tat er dies in einer typisch ephemeren, wenig definitiven Form, die wohl nur begrenzt als Basis einer beruflich spezifischen Lohnarbeiteridentität dienen konnte.

Dies galt noch am wenigsten für den handwerklich geprägten zweiten der oben unterschiedenen Typen von Heimgewerbetreibenden. Die ihm zuzurechnenden Tuchmacher, Feilenhauer, Schneider oder Tischler besaßen ein relativ klares berufliches Profil, doch sie wiederum oszillierten oftmals zwischen handwerklicher „Selbständigkeit" und verlagsgebundener Lohnarbeit. Da dieser zweite Typus von Heimgewerbetreibenden im Untersuchungszeitraum anteilsmäßig hinzugewann, läßt sich von einer begrenzten Tendenz zur Verfestigung und Verstetigung des Verlagsverhältnisses sprechen. Eben denselben Effekt hatte es, wenn die Heimgewerbetreibenden, aber auch einige Verlage selbst, Kündigungsfristen und die Bezahlung von Wartegeldern zwischen den Aufträgen forderten und teilweise durchsetzten,[155] weil dies die Vorstellung einer stetigen Beschäftigung mit gegenseitigen Verpflichtungen auch unabhängig von bestimmten Aufträgen implizierte: ein kleiner Schritt auf dem Weg der Heraus-

bildung eines stetigen Lohnarbeiterverhältnisses, hier auf Wunsch der Betroffenen selbst.

3. Heimgewerbe war herkömmlicherweise Familienbetrieb. Heimgewerbetreibende gehörten meistens Familien an, die Produktions-, Konsum- und Reproduktionseinheiten zugleich darstellten und den Einzelnen mehrdimensional und intensiv einbanden. Eben dies trug zur relativen Isolierung der Heimgewerbetreibenden voneinander bei und erschwerte die Verständigung zwischen ihnen, auch wenn sie oftmals in Dörfern und Stadtteilen lebten, in denen die große Mehrheit der Bevölkerung ein und demselben Gewerbe nachging.[156]

Für die Frauen und mitarbeitenden Kinder vollständiger Familien galt, daß sie sich primär in innerfamilialer, hausherrschaftlicher Abhängigkeit vom Gatten und Vater befanden, der sich gewissermaßen zwischen sie und den Verleger schob. Sie lassen sich deshalb nur sehr eingeschränkt als Lohnarbeiter bezeichnen. Ihr Lohnarbeiterstatus war innerfamiliär gebrochen und mediatisiert.

Häufig wird überdies die Loyalität zur Familie für die Heimgewerbetreibenden eine sehr viel konkretere Erfahrung gewesen sein als die Loyalität zur Berufsgruppe[157] oder gar die äußerst abstrakte Loyalität zur Arbeiterschaft insgesamt, zur Klasse. Es scheint, als ob die Familie Enttäuschungen, Ärger und Aggressionen gewissermaßen aufsaugte, und diese deshalb nicht als Energie für kollektive Aktionen zur Verfügung standen. Die Familie konnte für den Einzelnen eine Institution des, allerdings begrenzten, Schutzes sein, in materieller wie in emotionaler Hinsicht. Die Familie trug zur Individualisierung der Erfahrungen von Not und Deprivation bei, sie schwächte Proteste, bevor sie erst eigentlich entstanden.[158] Wieweit sie selbst spezifische Spannungen und Konflikte hervorbrachte, etwa zwischen Männern und Frauen, Eltern und Kindern, bliebe gesondert zu überlegen.

Die enge Einbindung in die Familie war vor allem bei den ländlichen Heimarbeitern des ersten Typus gegeben, nur mit gewissen Einschränkungen bei den häufiger in Werkstätten tätigen Heimgewerbetreibenden des zweiten Typs, und mit noch größerer Einschränkung bei denen des dritten Typs, die zwar meist in Wohnungen oder Wohn-Werkstätten arbeiteten, aber in der Regel nicht mehr in Familienbetrieb, sondern zunehmend als – vornehmlich weibliche – Einzelpersonen. Angesichts der quantitativen Verschiebung zwischen diesen drei Kategorien von Heimgewerbetreibenden dürfte das familiale Syndrom insgesamt im Untersuchungszeitraum etwa schwächer geworden sein. Es gab jedenfalls am Ende des Untersuchungszeitraums einzelne Heimgewerbe, in denen der Familienbetrieb fast gar keine Rolle mehr spielte, dagegen die Lohnarbeit nichtverheirateter Frauen dominierte: z. B. die Näherei, die 1882 zu 72% von ledigen Frauen und zu 19% von Witwen betrieben wurde.[159] Doch blieben Familienbindung, Familiennähe und örtliche Zerstreuung prägende Merkmale der meisten heimgewerblichen Arbeiten.

4. So sehr Heimgewerbetreibende im Kern Lohnarbeiter waren, so wenig erfuhren sie den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zugleich als Herrschaftskonflikt. Denn anders als Fabrikarbeiter und Handwerksgesellen, anders auch als viele Landarbeiter und Gesindepersonen arbeiteten sie ohne direkten Vorge-

setzten, ohne Anwesenheit ihres Unternehmers, von diesem entfernt, insofern in eigener Regie und auf den ersten Blick „selbständig". Schließlich besaßen die Heimarbeiter und Hausindustriellen die Produktionsmittel selbst oder doch einen erheblichen Teil davon, und ihnen gehörte – als Eigentum oder zur Miete – der Raum, in dem sie produzierten. In dieser nur sehr langsam bröckelnden Konstellation – Produzenteneigentum an den Produktionsmitteln und -räumen, räumliche Distanz zum Unternehmer, keine permanente Vorgesetztenkontrolle – lag zweifellos der wichtigste Unterschied zwischen dem Status des Heimgewerbetreibenden und dem reinen Typus des Lohnarbeiters begründet. Diese Konstellation ist als Basis eines am Modell des selbständigen Meisters orientierten, sich von sonstigen Lohnarbeitern absetzenden Sonderbewußtseins besonders beim handwerklich qualifizierten zweiten Typ, aber in eingeschränkter Form auch beim ländlich eingebundenen ersten Typ von Hausindustriellen und Heimarbeitern nicht zu überschätzen.

Als „Meister" anerkannt und abgesichert zu sein, war vielen von ihnen ein sehnlicher Wunsch, und wenn sie, wie in der Revolution 1848/49, die Wiedereinrichtung, Neugründung oder Stärkung ihrer Zünfte und Innungen forderten, so hofften sie, durch genauere Regelung des Lehrlingswesens, Einrichtung obligatorischer Meisterprüfungen, oft auch durch Ausschluß von Frauenarbeit und durch Erschwerung von Manufaktur- bzw. Fabrikgründungen eben dies zu erreichen. Allerdings: da sie sich zugleich in einem lohnarbeiterähnlichen Spannungs- und Abhängigkeitsverhältnis zu den Verlegern befanden, wuchs ihren Zünften – soweit sie in einer Minderheit der Fälle bis in die 1860er Jahre überlebten oder im Umkreis der Revolution 1848/49 kurzfristig wiederbelebt wurden – gleichzeitig eine quasi gewerkschaftliche Funktion zu, nämlich die der Artikulation und Vertretung von kollektiven Interessen in der Auseinandersetzung mit den Verlegern über Arbeitsbedingungen und Löhne.[160]

Überhaupt scheint im Laufe der Zeit die Orientierung am Modell des selbständigen Meisters für die große Masse der Heimarbeiter und auch für viele Hausindustrielle angesichts der harten Realität ihrer lohnarbeitsmäßigen Abhängigkeit allmählich in den Hintergrund getreten zu sein. Für den dritten oben genannten Typ von vornehmlich weiblichen Heimgewerbetreibenden spielte diese Orientierung ohnehin kaum eine Rolle.

Besonders kompliziert stellt sich die Situation bei jenen vornehmlich städtischen, handwerklich geprägten Heimgewerbetreibenden des zweiten Typs dar, die ihrerseits Gesellen, Lehrlinge und andere familienfremde Hilfspersonen beschäftigten. Da dürfte manchmal das Spannungsverhältnis zwischen „Meister" und Geselle das zwischen Produzenten und Verleger übertönt haben. Immerhin beanspruchte oftmals der hausindustrielle „Meister" einen beträchtlichen Teil des vom Verleger an den Gesellen gezahlten Lohns als „Meistergeld", zumal wenn der am gar nicht so billigen Jacquard-Webstuhl oder gar an der teuren Bandmühle arbeitete, und die dem „Meister" gehörten. Immerhin zahlte nicht nur der Verleger an den „Meister" Vorschüsse, sondern auch dieser an den Gesellen, für die er sich schlimmstenfalls durch Beschlagnahme von dessen Kleiderkiste schadlos hielt. Immerhin trat der Meister den bei ihm gegen Entgelt

logierenden Gesellen und Lehrlingen als kontrollierende Autorität gegenüber. Und Differenzen zeigten sich in der Frage, ob die „Selbständigkeit", also wohl das Recht zum selbständigen Verkehr mit dem Verleger, an obligatorische Meisterprüfungen gebunden sein sollte, wie es die „Meister" zugleich mit ihrem Ruf nach Zünften oder Innungen forderten, aber die Gesellen keinesfalls wünschen konnten. Bezeichnenderweise kam es vor, daß der Geselle, sobald sich die Möglichkeit bot, von der hausindustriellen Werkstatt in die neu entstehende Fabrik wechselte, die nicht nur besser und regelmäßiger zahlte, sondern ihn auch von den spezifischen Bedrückungen und Beengungen befreite, die die hausindustrielle „Meisterwerkstatt" für die in ihr arbeitenden Gehilfen bereit hielt, nämlich: eine Art doppelter Abhängigkeit vom Verleger und vom verlegten „Meister" zugleich.[161]

Entsprechend galt für eine kleine Minderheit von Heimgewerbetreibenden, daß sie nicht nur Lohnarbeiter (gegenüber dem Verleger) sondern auch Arbeitgeber (gegenüber ihren Gesellen) waren. Die zweite Rolle relativierte die erste.

Allerdings: Die gleichzeitig als Arbeitgeber fungierenden Heimgewerbetreibenden stellten immer nur eine Minderheit dar, die sich am ehesten in den qualifiziertesten, besser gestellten, städtischen Hausindustrien fand. Und diese Minderheit nahm eindeutig ab. Außerdem: Je länger und intensiver die „Meister" ins Verlagsverhältnis eingebunden waren, desto stärker war die Tendenz, daß sich die Status- und Funktionsdifferenz zwischen ihnen und den wenigen Gesellen mit der Zeit abschliff. Auch aus diesen wurden mit der Zeit oftmals verlegerabhängige Heimgewerbetreibende. Die Abhängigkeit von Verlegern und Markt höhlte die aus der Handwerkstradition überkommene Differenz zwischen Meistern und Gesellen allmählich aus.[162]

Insgesamt besteht wenig Zweifel: Die Heimgewerbetreibenden waren im Kern Lohnarbeiter, und um 1875 waren sie es in höherem Maße als zu Beginn des Jahrhunderts. Doch Eigenarten ihrer Situation und ihres Bewußtseins sorgten auch noch im letzten Viertel des Jahrhunderts dafür, daß sie sich vom reinen Typus des Lohnarbeiters weiterhin deutlicher unterschieden als die meisten Fabrikarbeiter und viele Handwerksgesellen, die es nunmehr zu behandeln gilt.

5. Kapitel

Gesellen und Meister

Um 1800 hatte sich Lohnarbeit im Handwerk nur ansatzweise durchgesetzt. Auf zwei Meister entfiel kaum mehr als ein Geselle oder Lehrling. Die große Mehrzahl der Meister – fast alle auf dem Lande und jeder zweite in der Stadt – arbeitete allein, ohne Gesellen oder Lehrling. In entsprechend ärmlichen, prekären Verhältnissen lebten viele von ihnen, im Grenzbereich zwischen Unter- und Mittelschicht. Doch sie besaßen ihr eigenes Werkzeug, sie bearbeiteten wechselnde Kundenaufträge oder verkauften ihre Produkte an wechselnde Abnehmer, sie arbeiteten auf eigene Rechnung. Sie waren rechtlich und ökonomisch selbständig. Die Grenzen dieser Selbständigkeit wurden in aller Regel nicht durch offene oder verdeckte Lohnabhängigkeit markiert, wie es bei den Manufakturarbeitern, Tagelöhnern und Heimgewerbetreibenden der Fall war, sondern durch zünftig-genossenschaftliche Einbindung der meisten städtischen Handwerker oder durch feudale Verpflichtungen gegenüber der Grund- bzw. Gutsherrschaft. Dies letztere galt für eine große Minderheit der ländlichen Handwerker, von denen es bekanntlich sehr viele gab: Man schätzt, daß jeder zweite Meister – aber nur eine kleine Minderheit der Gesellen und Lehrlinge – um 1800 auf dem Lande lebte und arbeitete.

Was die Gesellen betrifft, so unterschieden sie sich um 1800 ebenfalls in aller Regel sehr deutlich vom Typus des Lohnarbeiters: Der Gesellenstatus war für die meisten von ihnen ein auf mehrere Jahre begrenztes Durchgangsstadium auf dem Weg zur späteren Selbständigkeit. Das Verhältnis der Gesellen zum Meister besaß viele Dimensionen. Das zwischen ihnen durchaus bestehende ökonomische Tauschverhältnis auf vertraglicher Grundlage – Arbeitsleistung gegen Lohn – war in vielfältige nicht-ökonomische Beziehungen eingebettet, so vor allem in hausherrschaftliche: Die meisten Gesellen und so gut wie alle Lehrlinge gehörten auf Zeit zum Haushalt des Meisters und unterstanden seiner Hausgewalt. Überdies war das Meister-Gesellen-Verhältnis zugleich ein Ausbildungsverhältnis. Schließlich wurde es durch eine Vielzahl ständisch-zünftig-traditionaler Regeln geprägt, die den Spielraum beider Seiten stark einschränkten, zusätzliche Abhängigkeit konstituierten, aber auch tragfähige Gemeinsamkeiten zwischen Meistern und Gesellen nebst Lehrlingen begründeten. Gesellen gehörten den Zünften als minderberechtigte Mitglieder an. Nach Selbstbewußtsein, Moralvorstellungen und Lebensführung gehörten sie eher zu ihrem Berufsstand als zu einer berufsübergreifenden Schicht von abhängig Arbeitenden oder gar einer Klasse. In einigen Gewerben näherte sich allerdings der Status der Gesellen dem der Lohnarbeiter an, vor allem in den Baugewerben. Es gab immer Gesellen, die niemals Meister wurden. Und in den häufigen, im späten 18. Jahrhundert noch einmal zunehmenden Auseinandersetzungen der Gesellen mit ihren Meistern ging es oft auch um Löhne, Arbeitsbedingungen und Rechte, also um Streitpunkte, die denen in späteren Lohnarbeiterstreiks glichen.[1]

Fragt man nach der Durchsetzung der Lohnarbeit im Handwerk während des 19. Jahrhunderts, hat man an zwei Stellen zu suchen: einerseits bei den Meistern, von denen sich eine große Minderheit zu kapitalabhängigen Heimgewerbetreibenden wandelte, darüber wurde im vorangehenden Kapitel ausführlich gesprochen; andererseits bei den Gesellen, die zunehmend zu Lohnarbeitern in direkter

Abhängigkeit von kleinen oder größeren Arbeitgebern wurden, wobei jedoch ihre Einbindung in handwerkliche Verhältnisse und Traditionen nur sehr langsam dahinschwand und ihre Situation, ihr Selbstbewußtsein und ihr Verhalten langfristig färbte.

1. Wachstum und Transformation: die Entwicklung des Handwerks im Überblick

a) Statistische Probleme und ihre sozialhistorische Bedeutung

Will man die quantitative Entwicklung des Handwerks im 19. Jahrhundert insgesamt skizzieren und dabei nach Meistern, Gesellen und Lehrlingen differenzieren, so ist man auf sehr grobe und im einzelnen anfechtbare Schätzungen angewiesen. Denn die überlieferten Statistiken sind nicht nur unvollständig, sie wurden auch nach Kriterien gesammelt und geordnet, die die Abgrenzung des Handwerks von Fabrikindustrie und Heimgewerbe erschweren und manchmal unmöglich machen. Überdies variierten die Erfassungskriterien der Statistiker von Region zu Region, und sie änderten sich mit der Zeit. Dies sei kurz erläutert, denn in den Wandlungen der sozialstatistischen Begriffsraster kamen die sich verändernden Vorstellungen der Zeitgenossen von ihrer sozialen Wirklichkeit zum Ausdruck, und diese Vorstellungsveränderungen reflektierten – und beeinflußten – sozialstrukturelle Veränderungen, die in jenem Zeitalter rapiden Wandels stattfanden.

Im 18. und noch im frühen 19. Jahrhundert unterschied jedenfalls die preußische Gewerbestatistik nicht nach Betriebsformen, sondern hob, unscharf genug, die im eigentlichen Sinn kapitalistisch, nämlich für überlokale Märkte produzierenden Gewerbe – „alle für den Handel arbeitenden zünftigen und unzünftigen Gewerbe, die Lager hielten oder Messen und Märkte bezögen oder ihre Waaren durch eine Zwischenhand in den Handel brächten" – von solchen Gewerben ab, „welche nur auf Bestellung und für die Konsumption ihres Wohnortes arbeiteten". Für jene wurden bisweilen die Begriffe „Fabrik" oder „Manufaktur" benutzt, diese konnten gegebenenfalls als „Handwerk" bezeichnet werden. Eine solche Klassifikation unterschied nicht notwendig zwischen Selbständigen und unselbständig Arbeitenden. Hinter dieser Sichtweise standen letztlich merkantilistische Gewerbeförderungsinteressen, die sich vom Ausbau der „Fabriken" und „Manufakturen" einschließlich der Verlage die Förderung des Landes und die Stärkung des Staates bzw. des Fürsten erhofften.[2]

Erst als zentralisierte Unternehmen mit gewissem Maschinenbetrieb in nennenswertem Maße entstanden, die Aufmerksamkeit aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen auf sich zogen und als „Fabriken" bezeichnet wurden, setzte sich der moderne Begriff des Handwerks allmählich durch, indem er seine Definition aus der Abgrenzung zu jenen bezog und gleichzeitig mit dem Unterschied zwischen Selbständigen und Unselbständigen Ernst machte, der ja in der zünftigen Tradition – als Unterschied zwischen Meistern und Gesellen bzw. Lehrlingen – fest verankert war und der als Unterschied zwischen Fabrikherren und Arbeitern innerhalb der sich herausbildenden „großen Industrie" eine neue brisante

Bedeutung erhielt. Seit den 30er Jahren war dieser Trend klar, und Dieterici, der damalige Chef des Berliner Statistischen Bureaus formulierte es 1848: „Es bestehen Fabriken, in denen der Fabrikherr mit oft bedeutendem Capital, mit Intelligenz und Geisteskraft das Ganze leitet, und in der Regel nicht selbst Hand anlegt, wogegen in den Werkstätten, Werkmeister, Arbeiter, Tagelöhner, Frauen und Kinder die Waaren verfertigen. Andererseits bestehen in den Ländern Handwerke, früher in streng zünftiger Verfassung. Hier sind in der einzelnen Werkstatt einige Gesellen und Lehrlinge, der Herr und Meister arbeitet in der Regel mit. In den Fabriken unterstützen die menschliche Arbeit Naturkräfte, meist Wasser und Dampf. Bei den Handwerkern werden in der Regel nur kleinere Instrumente angewendet, die Säge, der Bohrer, der Ambos, der Hammer u.s.w.". Der sozialpolitisch-ideologische Hintergrund dieser begrifflichen Abgrenzung von Handwerk und Fabrik scheint im Lichte des Kommentars auf, den Dieterici anfügte: „Es mag aber doch hervorgehoben werden, daß, wie weit auch die Fabrikation in einem Lande gehe, Handwerke immer daneben bestehen werden [...]. In neuester Zeit kommt noch eine andere Betrachtung hinzu. Man klagt viel über das sich mehrende Proletariat. Sind es die Handwerker und mechanischen Künstler, in denen verhältnismäßig zu viel Meister und Gesellen vorhanden sind?"[3]

Es gab zumindest eine weitere, sehr wichtige Bedeutungsdimension in der begrifflichen Unterscheidung zwischen Handwerk und „Fabrik". „Fabrikanten" – diese einschließlich Verlegern, Manufakturiers und anderer Leiter kapitalistischer Großgewerbe verstanden – waren von zünftigen Beschränkungen befreit, die in bezug auf die Anzahl und Art der anzustellenden Gehilfen, die Beschränkung der zu produzierenden oder zu vertreibenden Produkte, die Zahl der Lehrjahre usw. für die zum Handwerk rechnenden Gewerbetreibenden lange galten – vor allem außerhalb Preußens und der linksrheinischen Gebiete bis in die 60er Jahre, wenn auch in abnehmender Intensität und mit zunehmenden Einschränkungen. Daß Handwerk etwas mit Zunft oder Zunfttradition zu tun habe, die Fabrik und andere Großgewerbe dagegen nicht, diese Vorstellung wirkte sich auf den Sprachgebrauch auch noch aus, als die Zeit der Zünfte längst zu Ende gegangen war: ein Indiz für das zähe Fortleben ständischer Traditionen in der nachständischen Welt des mittleren Europas.[4]

Die (a) Unterscheidung zwischen Produktion im Kleinen für lokalen Bedarf und im Großen für überlokale Märkte, (b) die Differenzierung zwischen maschinenlosem Klein- und maschinellem Großbetrieb sowie (c) die Gegenüberstellung von zünftigem Handwerk und unzünftiger Fabrik ergaben jeweils leicht unterschiedliche Abgrenzungen. Durcheinander und nebeneinander gebraucht, führten sie zu Unschärfen der statistischen Aufnahmen wie zu regional und über die Zeit schwankenden Einordnungen, die den Vergleich und die Zusammenfassung der statistischen Erhebungen außerordentlich erschweren. Besonders wo mit der Gewerbefreiheit die Unterscheidung zwischen zünftigem und nicht-zünftigem Gewerbe ihre Basis verlor, zeigte sich, daß die Unterscheidung des kleinbetrieblichen Handwerks von der großbetrieblichen Fabrik angesichts zahlreicher Übergänge zwischen beiden nicht ganz ohne Willkür zu treffen war. Auch die eben-

falls zwischen den 30er und 60er Jahren bewußt werdende Unterscheidung zwischen wirklich selbständigen Handwerkern und verlagsmäßig abhängigen Heimgewerbetreibenden war nicht ohne fließende Übergänge und deshalb statistisch schwer einlösbar.[5] „Für die Eintheilung der Industriezweige in Handwerk und Fabrikation lassen sich heutzutage keine überall stichhaltigen Gründe mehr anführen", schrieb das Königlich Preußische Statistische Bureau 1863.[6]

Zwar löste sich die begriffliche Unterscheidung zwischen „Handwerk" und „Industrie", die in den meisten anderen Sprachen kein Pendant hat und alles andere als selbstverständlich ist, im Deutschen nicht auf. Sie existiert vielmehr bis heute. Das lag zunächst einmal an der sehr zögerlichen Auflösung der vom Unterschied zwischen Handwerk und sonstigen Gewerben geprägten Zunftstruktur in Mitteleuropa. Daß sich die Gewerbefreiheit in den meisten deutschen Territorien erst in den 60er Jahren voll durchsetzte, ist auch in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Aber selbst wo die Zünfte beseitigt und die Gewerbefreiheit eindeutig festgeschrieben wurden, wie in der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes von 1869, die dann ins neue Deutsche Reich übernommen wurde, blieben Restbestände eines Handwerker-Sonderrechts erhalten, etwa wenn die Möglichkeit des Fortbestands von Zünften als Innungen für Handwerker – nicht aber für Kaufleute und Fabrikanten – auf freiwilliger Basis ausdrücklich vorgesehen und wenn im Titel über Arbeitnehmerrechte und -pflichten zwischen Gesellen und Farbrikarbeitern differenziert wurde.[7] Daß die als Vorbild dienende peußische Gewerbeordnung von 1845 und ihre Modifizierungen 1849 und 1854 trotz ihres generellen Bekenntnisses zur Gewerbefreiheit zahlreiche Restbestände eines Handwerker-Sonderrechts enthielten, ist unübersehbar. Sie sahen die Möglichkeit zur Gründung von Innungen vor, sie enthielten Regelungen zum Verhältnis zwischen Lehrlingen, Gesellen und Meistern im Handwerk im Unterschied zur Fabrik und zu anderen Gewerbebetrieben, sie kodifizierten Reste bzw. Ansätze zum Handwerker-„Befähigungsnachweis", kannten getrennte Abteilungen für Handwerker, Fabrikanten und Kaufleute in den Gewerberäten von 1849 etc.[8] Und in späteren Jahren und Jahrzehnten (1881, 1884, 1887, 1897, 1935, 1953) stärkte der Gesetzgeber die Handwerksinnungen mit öffentlich-rechtlichen Kompetenzen, machte sie zunächst halb, dann ganz obligatorisch und richtete (1897) überdies besondere Handwerkskammern ein, die neben die schon bestehenden Industrie- und Handelskammern traten. Ob ein Betrieb zum Handwerk oder zur Fabrikindustrie rechnete, blieb also eine praktisch wichtige Frage, die in einem breiten Überschneidungsbereich nur durch Enumeration des Gesetzgebers oder durch richterliches Urteil zu entscheiden war.[9] Treibende Kraft hinter dieser erneuerten rechtlich-organisatorischen Zementierung des Unterschieds zwischen Handwerk und Großgewerbe war die aus der Revolution 1848/49 hervorgehende, lange an ständisch-zünftigen Vorbildern orientierte Handwerksmeister-Bewegung, die für ihre Forderungen nach korporativer Eigenständigkeit des Handwerks politische Mehrheiten und Regierungsunterstützung fand – auch aus sozial integrativen Gründen.[10] Nicht zuletzt aufgrund ihrer rechtlich festgeschriebenen, praktischen Bedeutung blieb die Unterscheidung zwischen Handwerk und Industrie im allgemeinen Sprachgebrauch gegenwärtig.

Aber sozialökonomische Kriterien – Betriebsgröße, Maschinenbesatz, Produktion für den lokalen Bedarf oder für überlokale Märkte, Arbeitsteiligkeit, Mitarbeit oder Nicht-Mitarbeit des Leiters, Qualifikation der Mitarbeiter – lieferten spätestens seit den 60er Jahren keine *hinreichenden* Kriterien mehr für die Aufteilung der Betriebe und Unternehmen auf die Kategorien „Handwerk" und „Industrie". So klar die Zuordnung in den meisten Fällen auch weiterhin gewesen sein dürfte, die letztlich nur dezisionistisch, durch Selbstzurechnung oder aber auch durch Gerichtsurteil aufzulösende Überschneidungszone von Zweifelsfällen wurde immer größer. Die Statistischen Ämter zogen daraus und wohl auch aus sich verschiebenden Erkenntnisinteressen die Konsequenz und strukturierten ihre Klassifikationen um. Seit den 60er und 70er Jahren unterschieden sie nach Sektoren, Branchen und Betriebsgrößen, also zwischen Klein-, Mittel- und Großbetrieben, nicht mehr zwischen Handwerk und Nicht-Handwerk. Dieser Bruch in den Erhebungsmethoden reduziert die Brauchbarkeit der überlieferten Daten für den Langzeitvergleich ganz erheblich und, wie es scheint, in einer nicht mehr revidierbaren Weise. Auf Langzeitreihen über diese statistische Wasserscheide der 60er/70er Jahre hinweg wird in der Regel notgedrungen verzichtet.[11] Wenn man sie trotzdem versucht, sind sie ausgesprochen vage und grob.

Für die Zeit seit den 70er Jahren behilft man sich, indem man die statistisch ausgewiesenen Kleinbetriebe (bis fünf Personen) als Handwerksbetriebe deutet, sicher mit einigem Recht. Aber es ist zu bedenken, daß dadurch auch zahlreiche Heimgewerbetreibende statistisch zu Handwerkern avancieren und so mancher andere Betrieb nun als „Handwerk" firmiert, der sehr wenig mit dem zu tun hatte, was das Handwerk ursprünglich ausmachte: wirklich selbständige, qualifizierte, nicht allzu arbeitsteilige Handarbeit mit enger Beziehung zu Haushalt und Familie, ohne scharfe Trennung von Disposition und Ausführung im Arbeitsvollzug. Die Aushöhlung des Handwerks mag im späten 19. Jahrhundert weiter fortgeschritten gewesen sein, als es die Statistik der Kleinbetriebe erkennen läßt. Könnte man die Heimgewerbebetriebe (meist ohne Gehilfen) säuberlich ausklammern, träte der Trend zum größeren Betrieb im Handwerk noch stärker hervor. Unter wachstums- und industrialisierungsgeschichtlichen Fragestellungen mag diese stillschweigende Verschiebung der Thematik vom Handwerk zum Kleingewerbe weniger erheblich sein als wenn man nach der Durchsetzung von Lohnarbeit, der Verbreitung des Kapitalismus und der Bildung von Klassen fragt, wie es hier geschieht.[12]

b) Der Umriß in Zahlen

Wir versuchen, an der Abgrenzung von Handwerk als gewerblicher Betriebsform im Unterschied zu Heimgewerbe und zentralisiertem Großgewerbe, d. h. Manufaktur, Bergwerk und Fabrik, festzuhalten und erinnern an die wichtigsten Kriterien: Wir betonen die Selbständigkeit des Betriebsleiters, des Meisters, ungeachtet möglicher genossenschaftlich-zünftiger Begrenzungen und haben bereits

gezeigt, woraus sie besteht. Im Handwerksbetrieb herrscht qualifizierte, nicht allzu arbeitsteilige Handarbeit vor, der Maschineneinsatz bleibt peripher. Im Falle der Beschäftigung von Gehilfen kommt es darauf an, daß der Meister unmittelbar mitarbeitet und sich nicht wie der Unternehmer in der Fabrik auf Planung, Anordnung und Leitung beschränkt. Der damit gegebene Verzicht auf eine klare Trennung von Disposition und Ausführung ist nur im kleinen Betrieb möglich, der überdies haushalts- und familiennah betrieben werden kann. Handwerker produzierten vorwiegend, aber nicht ausschließlich für den lokalen Markt.[13]

Versucht man auf dieser Grundlage einen Überblick über die quantitative Entwicklung im 19. Jahrhundert zu geben, so spricht viel für die Schätzungen in Tabelle 30.

Tabelle 30: Beschäftigte im Handwerk: Deutschland 1800–1900

Jahr	(1) absolut (in Mio.)	(2) in % aller Beschäftigten	(3) in % aller im Gewerbe Beschäftigten	(4) Anteil von Gesellen und Lehrlingen an Spalte (1) (in %)
1800	1,1	10	50	35
1835	1,5	11	47	39
1850	1,7	11	45	46
1873	2,4	13	44	56
1900	3,1	12	33	66

Quelle: F.-W. Henning, Industrialisierung in Deutschland 1800–1914, Paderborn 1973, S. 20, 130 (Gebiet des Deutschen Reiches von 1871). Siehe Anm. 14.

Allerdings sind sie nur als grobe Orientierungen zu benutzen. Der vorangehende Abschnitt hat deutlich gemacht, warum. Insbesondere die Abgrenzung zum Heimgewerbe ist mit den zur Verfügung stehenden Daten nicht genau lösbar. Tabelle 30 dürfte vor allem für die erste Jahrhunderthälfte eine Reihe von Textilhandwerkern, vor allem Leinen- und Baumwollwebern, nicht enthalten, weil sie in großer Ähnlichkeit zu ihren verlegten Berufsgenossen als Heimarbeiter gerechnet wurden und oben in Tabelle 28 zum Heimgewerbe gerechnet sind. Umgekehrt dürfte Tabelle 30 vor allem für die zweite Jahrhunderthälfte eine wachsende Zahl von verlegten Handwerkern, zumal aus der Textil- und Lederverarbeitung, enthalten, die eigentlich zu den Heimgewerbetreibenden rechnen, aber statistisch nicht abtrennbar sind.[14]

Insgesamt zeigt sich, was in den Grundlinien bekannt und unumstritten ist: eine statistisch eindrucksvolle Vermehrung der absoluten Zahlen von Handwerkern bzw. Kleingewerbetreibenden durchs ganze Jahrhundert hindurch – das Gegenteil von Schrumpfung. Der Anteil des Handwerks an allen im Gewerbe Beschäftigten nahm zwar kontinuierlich ab, von der Hälfte auf ein Drittel, dank des viel rascheren Wachstums der „großen Industrie", anfangs auch des Verlagswesens. Aber da der Anteil des Gewerbes an allen Erwerbstätigen kräftig wuchs

(vgl. vorn S. 77), beschäftigte das Handwerk um 1900 geringfügig mehr Prozent aller Erwerbstätigen als 1800 und 1835. Gleichzeitig expandierte die Zahl der Gesellen und Lehrlinge viel schneller als die der Meister, vor allem seit den 30er Jahren. Das numerische Verhältnis von Meistern und Gesellen/Lehrlingen kehrte sich im Lauf des Jahrhunderts um, von 3:1 auf 1:3.

c) Berufe und Berufsgruppen

Nichts dürfte den sozialen Charakter und die soziale Bedeutung, die Technologie und die Arbeitsorganisation eines Handwerks stärker beeinflußt haben als die Natur der Stoffe, die es verarbeitete, und die Art der Bedürfnisse, die es erfüllte. Es ist üblich, diese beiden Kriterien zu kombinieren und zwischen Nahrungsmittel-, Bekleidungs-, holzverarbeitenden, metallverarbeitenden und Baugewerben zu unterscheiden, ohne daß so alle Handwerksberufe erschöpfend kategorisierbar wären. Schon in den 60er Jahren wurde diese Einteilung gewählt, und noch die neueste Handwerkergeschichte bleibt dieser Tradition treu.[15] Tabelle 31 stützt sich auf die Klassifikation und die Ergebnisse der zeitgenössischen Statistik, informiert über die größeren Handwerke auf dem Territorium des Zollvereins 1861 und ordnet sie in das genannte Fünfer-Schema ein, um dann der Verschiebung zwischen den Berufsgruppen genauer nachgehen zu können.

Auch in Tabelle 31 wird versucht, das Heimgewerbe nicht mitzuerfassen. Auch hier gelingt es nur unvollkommen, es gilt entsprechend, was vorn zu Tabelle 30 gesagt wurde.[16] Tabelle 31 folgt der zeitgenössischen Statistik auch insofern, als sie den Buchdruck, die mechanischen Werkstätten, das tabakverarbeitende Gewerbe und ähnliches nicht zum Handwerk zählt.[17] Sie weist von den 100–150 Handwerksberufen, die jedenfalls in großen Städten damals gezählt werden konnten, nur eine Auswahl aus. Die meisten kleineren Berufe wie Schornsteinfeger, Seifensieder, Friseure, Tuchscherer, Schwerdtfeger, Tapezierer, Schirmmacher, Buchbinder, Haarkammacher, Watten- und Dochtmacher etc. läßt sie aus. In einigen Zeilen werden Berufe zusammengefaßt aufgeführt, dies gibt die Quelle vor.

Abgesehen von einigen Ausreißern nach oben – Handschuhmacher, Buntstikker – und nach unten – Schnitzer und Schachtelmacher – lag die durchschnittliche Betriebsgröße der Nahrungsmittel-, der Bekleidungs-, Textil- und Lederverarbeitungshandwerke wie auch der holzverarbeitenden Handwerke 1861 bei 1,5-2 Beschäftigte pro Betrieb, einschließlich des Meisters, im Mittel bei 1,7 in erstaunlicher Regelmäßigkeit. Die metallverarbeitenden Handwerke hoben sich ein wenig ab, oft mit 2,0 Beschäftigten pro Betrieb. Die Bauhandwerker dagegen ragten weit aus dem Durchschnitt heraus, zusammen mit dem schwer einzuordnenden Gewerbe der Schiffsbauer und -zimmerer. Diese Branchen sprengten oft schon die Maße des Handwerks. Im übrigen: rund 50% aller Gesellen und Lehrlinge gehörten Anfang der 1860er Jahre den vier größten Berufen an: denen der Maurer, Zimmerer, Schuhmacher und Schneider. Tabelle 32 beschreibt, wie sich

Tabelle 31: Größere Handwerksberufe und Berufsgruppen: Deutscher Zollverein 1861

		Meister/ Selbständige	Gesellen/ Lehrlinge	Gesellen/Lehrlinge pro 1 Meister
Nahrungsmittelhandwerke		119.768	82.149	0,7
darunter:	Bäcker	58.818	45.516	0,8
	Fleischer	54.262	30.089	0,6
	Kuchenbäcker, Konditoren	4.764	5.440	1,1
Bekleidungshandwerke, Textil, Leder		432.446	299.792	0,7
darunter:	Wollspinner u. -stricker	3.852	8.453	2,2
	Flachsspinner u. -stricker	7.853	8.980	1,1
	Seiler u. Reepschläger	9.591	7.553	0,8
	Färber	7.259	5.456	0,8
	Posamentierer	5.355	5.441	1,0
	Hutmacher, Filzmacher	3.117	5.362	1,7
	Schneider, Näherinnen	169.924[1]	98.772[2]	0,6
	Putzmacher u. -macherinnen	12.832[3]	11.751[4]	0,9
	Buntsticker, Blumenmacher	1.936	7.811	4,0
	Schuhmacher	189.006	127.875	0,7
	Handschuhmacher	1.854	6.520	3,5
	Kürschner, Mützenmacher	8.045	5.992	0,7
	Riemer, Sattler, Beutler	20.314	14.795	0,7
	Gerber	11.992	14.309	1,2
Holzverarbeitende Handwerker		225.129	165.894	0,7
darunter:	Tischler u. Möbelmacher	86.912	77.994	0,9
	Böttcher	36.525	19.721	0,5
	Grobschnitzer, Schachtelmacher	10.472	1.912	0,2
	Korbwarenmacher	13.343	5.698	0,4
	Drechsler, Bernsteindreher	14.772	8.878	0,6
	Räder- u. Stellmacher	37.393	20.349	0,5
	Wagenbauer	5.968	4.544	0,7
	Schiffsbauer u. -zimmerer	849	6.729	7,9
Metallverarbeitende Handwerke		140.382	136.872	1,0
darunter:	Grob- u. Sensenschmiede	74.249	59.744	0,8
	Schlosser, Messer- u. Büchsenschmiede	41.728	50.492	1,2
	Klempner	8.503	9.696	1,1
Bauhandwerke		105.868	342.678	3,2
darunter:	Maurer	27.031	194.058[5]	7,2
	Zimmerleute	20.344	123.688[6]	6,1
	Maler, Anstreicher	12.896	16.069	1,2
	Dachdecker	6.744	8.508	1,3
	Steinmetzen, Steinhauer	6.315	16.852	
Sonstige		78.121	71.695	0,9
darunter:	Barbiere	14.097	7.367	0,5
	Töpfer	11.183	12.748	1,1
	Glaser, Glasbläser u. -schleifer	12.538	6.819	0,5
Insgesamt		1.101.715	1.099.080	1,0

Quelle: G. v. Viebahn, Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschlands, Bd. 3, Berlin 1868, S. 578–743. Berücksichtigt wurden alle Berufe, die entweder bei den Meistern (Selbständigen) oder bei den Gesellen/Lehrlingen mindestens 5.000 Köpfe zählten. Abweichend von Viebahns Anordnung wurden „Wagen- und Schiffbau" den holzverarbeitenden Handwerken (nicht dem Baugewerbe zugerechnet). „Stoffbereitung f. Gewerbe" wurde teilweise (Textil, Gerber) dem Bereich „Bekleidungshandwerke. . .", teilweise (Schornsteinfeger, Seifensieder etc.) dem Bereich „Sonstige" zugeschlagen. Zu „Sonstige" wurden auch die „Persönlichen Dienste" sowie aus den „Stein- und Erdenarbeitern" die Töpfer und Glaser gezählt, während daraus die Steinmetzen, Steinhauer und Steinsetzer/Pflasterer zu den Bauhandwerken gehören.

[1]) Die Quelle unterscheidet zwischen 135.733 Männern und 34.191 Frauen.
[2]) Die Quelle unterscheidet zwischen 82.670 Männern und 16.102 Frauen.
[3]) Die Quelle unterscheidet zwischen 12.361 Frauen und 471 Männern.
[4]) Die Quelle unterscheidet zwischen 11.412 Frauen und 339 Männern.
[5]) Eingeschlossen sind 14.845 „Flickarbeiter", d. h. halbselbständige Gesellen oder minderberechtigte Meister. Dazu Viebahn, Statistik, Bd. 3, S. 632.
[6]) Eingeschlossen sind 10.031 „Flickarbeiter".

die Verteilung der Handwerker auf diese vier Berufsgruppen von 1816 bis 1861 veränderte.

Tabelle 32: Berufsgruppen im Handwerk 1816, 1846 und 1861 (in %)

	Insgesamt			Meister			Gesellen u. Lehrlinge		
	1816	1846	1861	1816	1846	1861	1816	1846	1861
Nahrungsmittel-handwerke	11,4	9,4	9,1	13,2	11,4	10,9	8,4	7,1	7,5
Bekleidungshandw., Textil, Leder	43,8	38,9	33,3	45,9	45,5	39,3	40,9	31,1	27,3
Holzverarb. Handwerke	13,1	16,6	17,8	14,4	18,9	20,4	10,8	13,9	15,1
Metallverarb. Handwerke	17,4	16,1	12,6	17,7	16,7	12,7	17,0	15,3	12,5
Bauhandwerke	12,4	17,5	20,4	7,4	6,2	9,6	20,8	30,8	31,2
Sonstige	1,9	1,5	6,8	1,8	1,3	7,1	2,1	1,8	6,5
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: K.H. Kaufhold, Handwerk und Industrie 1800 bis 1850, in: HbDWS 2, S. 321–368, 325 (1816 u. 1846); G. v. Viebahn, Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschlands, Bd. 3, Berlin 1868, S. 737 (1861). Die Zahlen für 1846 und 1861 beziehen sich auf Preußen, die für 1861 auf den Zollverein. Vgl. dazu Anm. 18.

Abnehmende Anteile bedeuten nicht schrumpfende absolute Zahlen. Im Gegenteil: Angesichts der insgesamt deutlich expandierenden Gesamtbeschäftigtenzahl (s. Tabelle 30) wuchsen die absoluten Zahlen aller in Tabelle 32 aufgeführten Berufsgruppen, wenn man Meister und Hilfskräfte zusammennimmt und auf den ganzen Zeitraum von 1816 bis 61 blickt.[18]

Genau ein Drittel der Handwerker gehörten 1861 im Zollverein dem Bereich der *Textil- und Lederverarbeitung* an. Innerhalb dieses Bereiches mit über 730.000 Beschäftigten dominierten ganz eindeutig die Schuhmacher und Schneider, die beiden größten Handwerksberufe überhaupt, mit jeweils mehr als 300.000 Beschäftigten. Langfristig nahm dieser Bereich jedoch anteilsmäßig ab, sogar schneller als es die Zahlen zeigen, denn vor allem im Schneider- und daneben im Schuhmachergewerbe schritt die Umwandlung des Handwerks in arbeitsteilige Heimgewerbe schon vor der Mitte des Jahrhunderts kräftig voran, ohne daß die statistischen Klassifizierungen dies ausreichend spiegelten. Neue Vertriebs- und Organisationsformen stülpten große Teile dieses Massenhandwerks um. Dagegen blieben technische Veränderungen zweitrangig, bis auf die Stepp- und Nähmaschinen seit den 50er und 60er Jahren. Mit der Fabrik als Konkurrenz hatten es diese Gewerbe bis 1875 kaum zu tun.[19]

In der Textil- und Lederverarbeitung war die Anforderung an Kapital und Qualifikationen zumeist recht gering, der Zudrang in den Jahrzehnten des Pauperismus entsprechend groß. Viele ärmliche Alleinmeister existierten neben wenigen großen Betrieben, die gleichzeitig Lager hielten und Verkaufsgeschäfte betrieben. Es fiel relativ leicht, sich selbständig zu machen, aber die Selbständig-

keit war häufig prekär. Es gab viel mehr Selbständige als Hilfskräfte, und zeitweise schrumpfte die Betriebsgröße: ein schlechtes Zeichen. Immerhin, auch noch 1861 gehörten vier von zehn Meistern und fast drei von zehn Gesellen den textil- und lederverarbeitenden Gewerben an.[20]

Die Handwerker in den *metallverarbeitenden Berufen*, die Schlosser, Klempner, Schmiede verschiedener Art usw. brauchten meist mehr Kapital und Qualifikation zur Selbständigkeit als die Schuster und Schneider. Hier war das Verhältnis zwischen Selbständigen und Hilfskräften im Durchschnitt ausgeglichen und relativ stabil. Im übrigen unterschied sich die Entwicklung der einzelnen Berufe sehr. Die Zahl der Waffen-, Messer- und Nagelschmiede war schon vor 1850 stark rückläufig, während Schlosser und Klempner an Boden gewannen, zumal wenn es ihnen gelang, sich in Richtung Reparatur, Installation und Handel zu erweitern. In einigen metallverarbeitenden Handwerken drang das Verlagsprinzip vor, das wurde schon besprochen. Vor allem aber trat hier mehr als in allen anderen Handwerken seit den 30er Jahren die Fabrik als überlegene Konkurrentin auf. Trotz wachsender Nachfrage drängten Verlag und Fabrik den Anteil der Metallhandwerker am gesamten Handwerk zurück: von 17–18% auf 12–13% aller im Handwerk Beschäftigten.[21]

Höhere Kapital- und Qualifikationsanforderungen sowie rasch wachsende Nachfrage trugen dazu bei, daß sich die *Tischler, Drechsler und Stuhlmacher*, Möbelschreiner und Möbelpolierer, die Böttcher, Stellmacher und Kunstschnitzer in der Regel ebenfalls ein wenig besser standen als die Schneider und Schuster. Die Zahl der Selbständigen überstieg hier auch noch 1861 die der Hilfskräfte, aber die durchschnittliche Betriebsgröße nahm geringfügig zu. Neben dem im Tischlergewerbe früh auftauchenden Verlagswesen machten sich seit der Mitte des Jahrhunderts auch die ersten Fabriken als Konkurrenten bemerkbar. Doch die Nachfrage wuchs mit dem Ausbau der Gewerbe und des Verkehrs, der zunehmenden Arbeitsteilung und rückläufigen Selbstversorgung, schließlich mit der Verstädterung und dem Bauboom gewaltig an, der Verlag blieb in der Holzverarbeitung begrenzter als bei den Schneidern und Schustern, und die Fabrik setzte sich hier langsamer durch als in der Metallverarbeitung. Die holzverarbeitenden Handwerke wuchsen überdurchschnittlich schnell. 15% aller Gesellen und 20% aller Meister gehörten Anfang der 60er Jahre zu diesem Bereich.[22]

Noch schneller wuchs nur das *Baugewerbe*. Auch auf dem Lande nahm der Bauhandwerker immer häufiger dem Landmann den Bau seines Hauses ab. Seit der Mitte des Jahrhunderts schritt die Verstädterung eilig voran und die Land-Stadt-Wanderung schnellte nach oben. Wohnraum war knapp, die Mieten stiegen, der Bau, der Verkauf und die Vermietung von Wohnungen wurden zum unternehmerischen Geschäft und oftmals zum Gegenstand von Spekulation.

An der Technik des Bauens änderte sich wenig. Maschinen spielten auf den Baustellen des 19. Jahrhunderts noch keine Rolle, weder die Fabrik noch der Verlag faßten in diesem Gewerbe Fuß. Kapitalistische Praktiken drangen hier in anderer Form ein. Zunehmend traten zwischen Bauherrn und Bauhandwerker besondere Bauunternehmer, die – teils auf der Basis eines vom Baumeister gezeichneten Plans – mit den Maurer-, Zimmerer-, Dachdecker- und Malermei-



Zimmerleute. Kolorierte Federlithographie um 1870

stern abschlossen, die ihrerseits eine oft größere Anzahl von Gesellen und anderen Hilfskräften beschäftigten und sie oftmals mit Hilfe eines weiteren Zwischenglieds, des Poliers, auf wechselnden Baustellen einsetzten. Der selbständige Bauhandwerker mußte Geräte, Kenntnisse und Beziehungen besitzen.

Dies und die Notwendigkeit der Koordination von Arbeit in großem Maßstab dürfte für die Entwicklung „handwerklicher Großbetriebe" verantwortlich gewesen sein, die sich im Baugewerbe bei großen regionalen Unterschieden früh herausbildeten. Schon zu Beginn des Jahrhunderts waren bei Maurern und Zimmerleuten zehn bis zwanzig Gesellen und Lehrlinge je Meister keine Seltenheit. Schon vor 1800 kam hier der Typus der lebenslangen, verheirateten, nicht mehr im Meisterhaus wohnenden Gesellen auf, der oft zur selbständigen Ausführung von Nebenarbeiten berechtigt war, zwar keine Lehrlinge ausbilden durfte, aber doch eine Art Zwischenstellung zwischen Meistern und Gesellen einnahm („Flickarbeiter"). 1816 gab es im preußischen Baugewerbe etwa doppelt, Anfang der 60er Jahre fast siebenmal so viel Hilfskräfte wie Meister. Da gerade im Baugewerbe die Verhältnisse regional ungemein variierten und in Süd- und Südwestdeutschland auch unter Maurern und Zimmerleuten der Kleinbetrieb vorherrschte,[23] zeigt Tabelle 32 für 1861 im Durchschnitt des Zollvereins etwas geringere Werte.

Auch innerhalb ein und derselben Region streuten die Betriebsgrößen breit; vor allem in den großen Städten gab es zahlreiche Betriebe mit 20, 30 und mehr

Hilfskräften; sie sprengten das Handwerksmaß bei weitem. Fast jeder dritte Geselle und Lehrling gehörte Anfang der 60er Jahre zum Baubereich, und neben Schneidern und Schuhmachern stellten Maurer und Zimmerleute die größten *Gesellen*berufe dar. Hier – und im Gewerbe der Schiffszimmerer – hörte der Gesellenstatus am eindeutigsten auf, bloßes Durchgangsstadium zu sein. Dazu dürfte auch der ausgeprägte Saisoncharakter des Baugewerbes beigetragen haben, indem er den Wunsch bzw. die Möglichkeit der Gesellen, sich selbständig zu machen, gering hielt. Denn viele von ihnen behielten ihre ländliche Verwurzelung bei, wohnten mit ihrer Familie und einer kleinen Stelle auf dem Dorf und verdingten sich nur in der warmen Jahreszeit zur Bauarbeit in den Städten.[24]

Wiederum ganz anders stellten sich Situation und Entwicklung der *Nahrungsmittelhandwerke* dar. Gleichmäßig verbreitet, wenn auch viel stärker in den Städten als auf dem Land, wuchs die Zahl dieser den Grundbedarf sichernden Berufe mit der zu versorgenden, mit steigender Arbeitsteilung immer weniger selbstversorgten, immer mehr auf Kauf von Lebensmitteln angewiesenen Bevölkerung. Zwar ging angesichts des schnellen Wachstums des Baugewerbes und der holzverarbeitenden Handwerke zunächst einmal der Anteil leicht zurück, der auf Bäcker, Fleischer u.ä. entfiel. Aber im Durchschnitt handelte es sich um stabile, relativ auskömmliche, teilweise wohlhabende Handwerke, in denen sich im Untersuchungszeitraum kaum etwas änderte. Die Technik des Arbeitsvollzugs blieb im wesentlichen gleich, die Vertriebsformen veränderten sich wenig, Fabriken tauchten nur als seltene Ausnahmen in den großen Städten auf, verlagsmäßige Beziehungen spielten keine Rolle, in den kleineren Städten blieb es bei der häufigen Kombination von Tätigkeiten, etwa von Bäckerei, Brauerei und Schankwirtschaft in ein und derselben Hand. Auch die Verbindung mit dem landwirtschaftlichen Nebenbetrieb war häufig. Angesichts relativ hohen Kapitalbedarfs, beträchtlicher Verwurzelung im jeweiligen Milieu und starker Tendenz zur Vererbung der Stellen über die Generationen hinweg hielt sich die Überbesetzung dieser Handwerke sehr in Grenzen. Die Zahlenrelationen blieben stabil. Ganz langsam nur wuchs die durchschnittliche Betriebsgröße, auch in den 60er und 70er Jahren überstieg die Zahl der Meister die der Hilfskräfte um 25%. Sicherlich: Vor allem der städtische Konsum differenzierte sich in jenen Jahrzehnten aus, im Bürgertum stiegen die Ansprüche, in den 60er und 70er Jahren die der unteren Schichten auch. Einzelne Handwerksbetriebe machten Filialen auf. Trotzdem: die Nahrungsmittelhandwerker wurden vom Wandel der Zeit am wenigsten berührt. Auch das Meister-Gesellen-Lehrlings-Verhältnis blieb hier am stärksten dem Herkommen verhaftet.[25]



Metzgerei. Kolorierte Federlithographie um 1870

d) Phasen der Entwicklung und regionale Unterschiede

Es ist nötig, die bisher meist auf den Gesamtzeitraum 1816 bis 1861 bezogenen bisherigen Aussagen zu differenzieren. Im Hinblick auf das Wachstum des Handwerks und die Meister-Hilfskräfte-Relation, also die Betriebsgröße, lassen sich – jedenfalls für Preußen – im Untersuchungszeitrum drei Phasen unterscheiden.[26]

Von 1800 bis Anfang der 30er Jahre nahmen die Gesellen und Lehrlinge an Zahl eher etwas langsamer zu als die Meister, die durchschnittliche Betriebsgröße stagnierte bei 1,5 Beschäftigten pro Betrieb, die Meister natürlich mitgerechnet. Nur im Baugewerbe zeichneten sich bereits Konzentrationstendenzen ab: von 2,7 auf 3,3 Beschäftigte pro Betrieb. Insgesamt wuchs das Handwerk in etwa so schnell wie die Bevölkerung. Auf tausend Einwohner kamen etwa 21,5 Meister, das Baugewerbe nicht mitgezählt.

Seit den frühen 30er Jahren beschleunigte sich das Wachstum des Handwerks über das Wachstum der Bevölkerung hinaus. Das Handwerk nahm von der in den Jahrzehnten des sich zuspitzenden Pauperismus dringend nach Arbeit und Einkommen suchenden, erheblich unterbeschäftigten Bevölkerung einen wachsenden Anteil auf. Die Zahl der selbständigen Handwerker nahm schneller zu als die Bevölkerung; auf tausend Einwohner entfielen 1831 21,6, am Ende der 40er Jahre aber 22,6 Meister. Die Zahl der Gesellen und Lehrlinge wuchs gleichwohl noch schneller, und damit stieg die durchschnittliche Betriebsgröße an: sehr

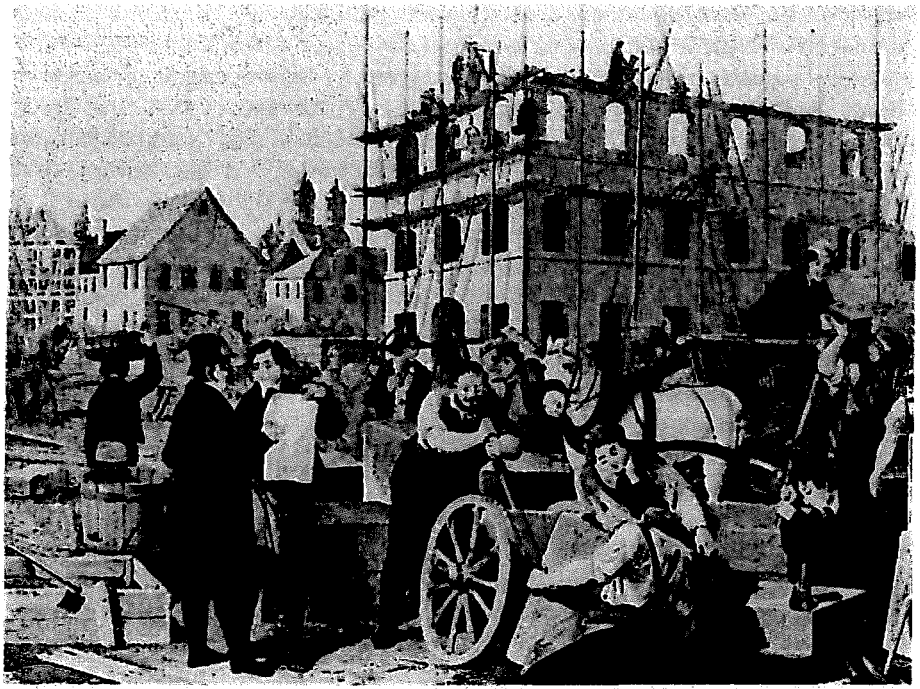
schnell im Baugewerbe – von 3,3 auf 5,2 Beschäftigte pro Betrieb –, langsam in allen anderen Berufsgruppen, nämlich von 1,5 auf 1,8 in den Metallhandwerken, und von 1,5 auf 1,6 oder von 1,4 auf 1,5 in den anderen Bereichen. In vielen Branchen muß es zur Übersetzung gekommen sein. Am Tiefpunkt der Krise und in der darauffolgenden Revolution (1846–1849) wurden allerdings zahlreiche Hilfskräfte entlassen, und auch das Wachstum der Selbständigen verlangsamte sich.

Die dritte Phase reichte von ca. 1850 bis zum Ende unseres Untersuchungszeitraums (1875) und darüber hinaus. Die Zahl der Betriebe – also der selbständigen Handwerker – pro 1.000 Einwohner sank wieder ein wenig, auf 21,8 im Jahr 1858. Das heißt, jeder Handwerksbetrieb versorgte nun im Durchschnitt einen etwas größeren Kundenkreis, was ihm sicherlich zustatten kam. Jetzt begann die Industrialisierung zu greifen, sog Arbeitskräfte an und linderte ganz allmählich ein wenig den Druck, den eine unterbeschäftigte, Arbeit suchende Bevölkerung auf das Handwerk im Vormärz ausgeübt hatte. Die Industrialisierung schaffte überdies neue Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten. Damit erhöhte sie die Nachfrage nach den vom Handwerk angebotenen Produkten. In dieser leicht entspannten Situation nahm die Zahl der Gesellen und Lehrlinge wieder deutlich schneller zu, während das Wachstum der Meister sich im Vergleich zum Vormärz verlangsamte und etwa von 1858 bis 1861 in Preußen rückläufig war. Rechnet man Meister, Gesellen und Lehrlinge zusammen und bezieht sie auf die Bevölkerung insgesamt, dann sank die Handwerkerdichte nicht, sondern stieg. Die wachsende Nachfrage beschäftigte einen wachsenden Anteil der Bevölkerung im Handwerk. Die Konzentration schritt voran, die durchschnittliche Betriebsgröße wuchs auf (1858) 7,9 im Bauhandwerk, auf 1,7 im sonstigen Handwerk, wobei nur die Metallbranchen mit 1,9 ein wenig herausragten. 1861 hielten sich Meister und Gesellen/Lehrlinge in etwa die Waage, die durchschnittliche Betriebsgröße (einschließlich des Bauhandwerks) betrug 2,0.

Übrigens entfielen (1858) von den Hilfskräften insgesamt etwa zwei Drittel auf Gesellen und ein Drittel auf Lehrlinge.[27]

Die folgenden anderthalb Jahrzehnte lassen sich nicht mehr so gut dokumentieren. Doch die wichtigsten Trends der 50er setzten sich in den 60er Jahren beschleunigt fort: Die Zahl der Gesellen und Lehrlinge expandierte. Das Wachstum der Selbständigen-Zahlen kam dagegen in einzelnen Berufen zum Stocken oder verlief doch viel langsamer als das der Hilfskräfte. Die durchschnittliche Betriebsgröße stieg nunmehr schneller als bisher: von 2,0 1861 auf knapp 2,3 Mitte der 70er Jahre und auf knapp 3 gegen Ende des Jahrhunderts (siehe Tabelle 30).[28]

Überhaupt kann man sagen, daß die Trends, die zum Teil seit den 1830er Jahren (Wachstum der Betriebsgröße), zum Teil seit ca. 1850 (beginnende Stagnation bzw. verlangsamtes Wachstum der Meisterzahlen bei Expansion der Hilfskräfte) auftraten, sich in der ganzen zweiten Hälfte des Jahrhunderts fortsetzten: Die Handwerkerdichte – der Anteil aller im Handwerk Beschäftigten, nicht nur der Meister, an der Einwohnerzahl – nahm nicht ab, sondern zu. Das Bauhandwerk wuchs kräftig weiter, und auch der relative Rückgang der Textil-,



Steinhauer und Maurer. Nach einem Steindruck aus „30 Werkstätten von Handwerkern", Stuttgart um 1870

Bekleidungs- und Lederhandwerke setzte sich fort. Im Unterschied zum Trend bis 1860 verloren die holzverarbeitenden Handwerke im letzten Drittel des Jahrhunderts – relativ zum Handwerk insgesamt, nicht absolut – an Boden, während die Nahrungsmittelhandwerke, anders als bis 1860, ihren Anteil an der Handwerksbevölkerung leicht vergrößerten.

Zu den langsamer wachsenden, wenn nicht gar schrumpfenden Berufen gehörten die Schuhmacher, Böttcher, Gerber, Kürschner, Glaser und Seiler, sicher auch die Schmiede. Zu einer mittleren Gruppe rechneten die Zimmerleute, Stellmacher und Drechsler. Relativ expansiv blieben die Fleischer, Bäcker, Konditoren und Barbiere, die Maurer und Tischler, die Schneider und sicher auch die Schlosser und Klempner. Die Expansion als solche sagt jedoch wenig über den wirtschaftlichen Erfolg eines Gewerbes und die Auskömmlichkeit seiner Angehörigen.[29]

Es wären zahlreiche weitere Differenzierungen anzuführen. Zwei Andeutungen sollen genügen: zum Unterschied zwischen Land- und Stadthandwerk und zu den regionalen Unterschieden.

Im Lauf des Jahrhunderts flachte der anfangs sehr ausgeprägte Unterschied zwischen Land- und Stadthandwerker ab. Mit der Durchsetzung der Gewerbefreiheit hörte die Zunftzugehörigkeit auf, die meisten Stadthandwerker vor den meisten Landhandwerkern auszuzeichnen, wie es noch um 1800 der Fall gewesen

war. Auch in Hinblick auf die Betriebsgröße glich man sich an: In Preußen verdreifachte sich die Zahl der Gesellen und Lehrlinge auf dem Land (1825–1858), während sie sich in den Städten nur verdoppelte. 1858 betrug in Preußen die durchschnittliche Betriebsgröße auf dem Lande 1,8 und in den Städten 2,2 Beschäftigte pro Betrieb. Weiterhin fehlten auf dem Lande viele spezialisierte und für den gehobenen Bedarf arbeitende Handwerker wie Buchbinder, Goldschmiede, Schlosser und Kürschner. Weiterhin galt das städtische Handwerk als qualifizierter als das billiger arbeitende Landhandwerk. Aber die Unterschiede traten zurück, auch weil sich das Landhandwerk aus seiner engen Symbiose mit der Landwirtschaft ein Stück weit löste. Die Austauschbeziehungen nahmen zu, Stadt und Land standen um 1870 mit ihren jeweiligen Handwerkern weniger autark nebeneinander als dies hundert Jahre vorher der Fall gewesen war. Zunehmend rekrutierte sich die städtische Handwerkerbevölkerung aus dem umliegenden Land statt aus dem eigenen städtischen Milieu.[30]

Es kann hier nicht darum gehen, die regionalen Unterschiede in der Dichte, Zusammensetzung und Entwicklung des Handwerks ausführlich nachzuzeichnen und verständlich zu machen. Insgesamt waren die Handwerke sehr viel regelmäßiger verbreitet als die im letzten Kapitel behandelten Heimgewerbe, die ja geradezu davon lebten, daß sie lokal, regional oder in bestimmten Stadttypen konzentriert waren. Dies wundert wenig: Während die Heimgewerbe für den Export produzierten, befriedigte das Handwerk zum allergrößten Teil örtlichen Bedarf, ausgenommen einzelne, für den gehobenen oder spezialisierten Bedarf produzierende Gewerbe wie Goldschmiede und Schiffszimmerer, die quantitativ kaum ins Gewicht fielen. Preußen, das im vorangehenden Überblick über die Handwerksentwicklung vorrangig als Beispiel und Materialbasis diente, war in sich überdies heterogen genug, um insgesamt ein nicht untypisches Bild zu ergeben. Aber die einzelnen Regionen unterschieden sich doch sehr nach Handwerkerdichte[31], Gewerberecht, landwirtschaftlicher Struktur, Bevölkerungsentwicklung, Kommerzialisierungsgrad und Industrialisierungsmuster, und als Folge davon variierten auch Struktur und Entwicklung des Handwerks.

Im früh industrialisierenden, gewerbedichten Sachsen begann das Wachstum der Meisterzahlen früher als in Preußen zurückzubleiben, bei gleichzeitig weiter expandierenden Gesellen- und Lehrlingszahlen. In bezug auf die durchschnittliche Betriebsgröße rangierte das sächsische Handwerk noch nicht 1810, aber spätestens in den 1840er Jahren klar vor dem preußischen. 1849 beschäftigten Maurerbetriebe in Sachsen durchschnittlich 27 Personen, in Preußen nur fünf. Nicht 1:1 wie in Preußen, sondern 1:1,7 lautete die Meister-Hilfskräfte-Relation in Sachsen 1861.

Auch im industriell eher rückständigen Bayern (ohne die Pfalz) war der durchschnittliche Handwerksbetrieb ein wenig größer als in Preußen. 1810/1815 galt das noch nicht. Aber in den darauffolgenden Jahrzehnten blieb die Vermehrung der Meisterzahlen weit hinter der preußischen Entwicklung und der Gesellenexpansion im eigenen Land zurück, sei es aufgrund des geringeren Bevölkerungswachstums, sei es als Folge des relativ strengen bayerischen Konzessionssystems oder aus anderen Gründen. Schon um 1847 stand das Meister-Hilfskräfte-

Verhältnis in Bayern bei 1:1; im preußischen Handwerk wurde dieser Punkt erst Anfang der 60er Jahre erreicht. Dafür nahm die durchschnittliche Betriebsgröße jedenfalls in München zwischen 1850 und 1860 wieder deutlich ab.

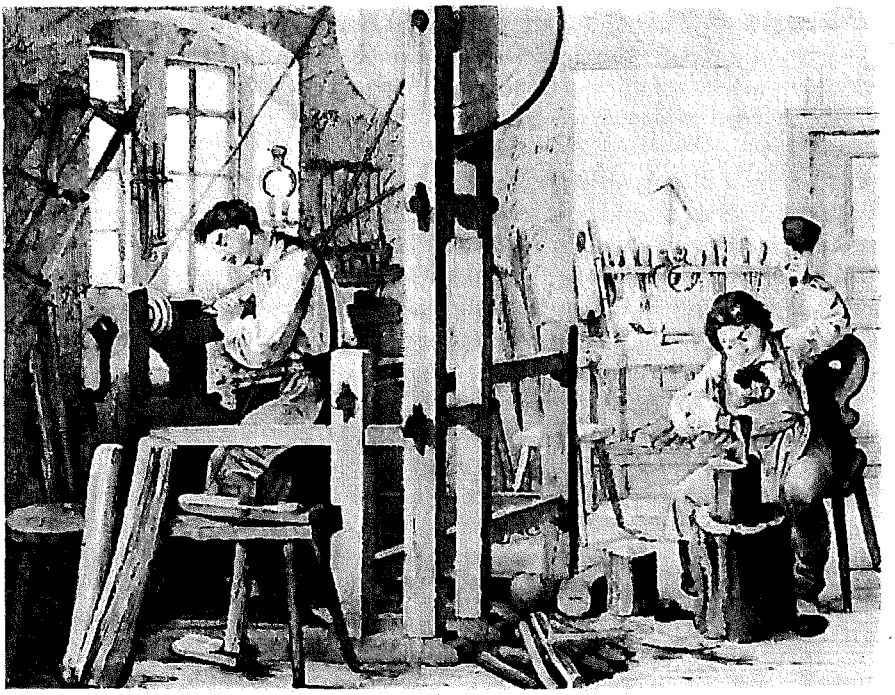
Die seit der französischen Besetzung von Zunftregeln befreite, später auch dem Münchener Konzessionssystem nicht unterworfene, schon in der Landwirtschaft extrem kleinbetriebliche Pfalz hatte sehr viel weniger Handwerker pro Kopf der Bevölkerung als das rechtsrheinische Bayern mit seiner protektionistischen Gewerbepolitik, zugleich viel mehr Kleinbetriebe und Alleinmeister. 1847 sollen vier Meister auf einen Gesellen gekommen sein! In den folgenden Jahrzehnten wurde das Wachstum zwar auch hier vor allem von der Vermehrung der Gesellen getragen, doch blieb diese südwestliche Region ungemein kleinbetrieblich.

Mit Einschränkung galt dies auch für Baden und Württemberg, wo bis 1862 ein gemäßigter Zunftzwang herrschte. Angesichts einer sehr kleinbetrieblichen Ausgangsstruktur zu Beginn des Jahrhunderts änderten selbst die Stagnation und ein gewisser Rückgang der Meisterzahlen in den 40er und 50er Jahren nichts an der Unterrepräsentation der Gehilfen und Lehrlinge im Vergleich zum Zollverein insgesamt. Ihr Anteil stieg zwar seit spätestens Mitte der 30er Jahre, aber in beiden Staaten stand die Meister-Hilfskraft-Relation 1861 bei nur 1:0,8.

Wie die folgende Zusammenstellung für 1861 noch einmal zeigt, blieben die regionalen Unterschiede in den durchschnittlichen Betriebsgrößen im engen Rahmen, bis auf die regional offenbar recht unterschiedlich organisierten und zudem vielleicht auch unterschiedlich erfaßten Baugewerbe. In den Großstädten herrschten allerdings besondere, die Konzentration befördernde Bedingungen, wie die beigefügten Zahlen für Berlin zeigen.[32]

	Zollverein	Preußen	Sachsen	Bayern	Württemberg	Berlin
Bäcker	1,77	1,79	2,00	1,83	1,46	4,48
Schuhmacher	1,68	1,63	1,80	1,83	1,67	2,43
Tischler	1,90	1,84	2,40	2,09	1,76	3,94
(Grob)Schmied	1,80	1,79	2,10	1,85	1,80	6,13
Zimmerer	6,07	5,40	25,20	9,37	1,91	15,68

Insgesamt weisen der Vorsprung Sachsens in der handwerklichen Betriebsgröße und der Langzeittrend der Entwicklung darauf hin, daß die Industrialisierung die Betriebe wachsen ließ, und zwar nicht nur durch anteilige Vermehrung der relativ großbetrieblichen Handwerke (vor allem im Baugewerbe), sondern auch durch Expansion und Konzentration innerhalb der meisten anderen Sparten. Das Beispiel Bayerns und insbesondere auch der Vergleich seiner rechtsrheinischen Territorien mit der Pfalz läßt zum anderen vermuten, daß die resolute Einschränkung der Gewerbefreiheit durch die Kombination herkömmlicher Zunftschranken und staatlicher Konzessionspolitik durchaus nicht ohne Wirkung war und durch Behinderung von Neugründungen die durchschnittliche Betriebs-



Drechslerwerkstatt. Kolorierte Federlithographie um 1870

größe nach oben zu treiben half. Auch Sachsen paßt in dieses Bild. Daß es umgekehrt in Württemberg und Baden sehr viel mehr Selbständige als Hilfskräfte gab, muß angesichts der sehr lockeren, liberalen Durchführung der Gewerbefreiheitsbeschränkungen in diesen Staaten kein Gegenargument sein.[33] Daß hohe Gewerbedichte und geringe durchschnittliche Betriebsgröße Hand in Hand gehen konnten (Württemberg, Baden, Pfalz), aber nicht mußten (Sachsen), ist unübersehbar. Immer spielten die verschiedensten Faktoren zusammen. Eine genaue Erklärung dieser – im übrigen nicht allzu ausgeprägten – regionalen Unterschiede im Wachstums-, Schrumpfungs- und Konzentrationsmuster des Handwerks ist hier weder möglich noch notwendig. Insgesamt ergibt der Vergleich genügend interregionale Ähnlichkeiten, um weiterhin vom deutschen Handwerk insgesamt zu spechen und eher nach Branchen oder nach Meistern und Gesellen bzw. nach Stadt und Land zu differenzieren als nach einzelnen Staaten und Regionen.[34]

e) Viel Beständigkeit – wenig Wandel?

Ältere Befürchtungen und Lehrmeinungen, das Handwerk werde insgesamt langfristig von der Industrie verdrängt, sind längst widerlegt. Bis heute zeigt sich, daß es zahlreiche alte und neue, über Marktprozesse artikulierbare und zu dekkende Bedürfnisse gibt, deren ökonomische Erfüllung eher dezentral und kleinbetrieblich als großbetrieblich und zentral möglich ist. Auch und gerade zentrale Verwaltungswirtschaften haben dies lernen müssen. Das galt erst recht fürs 19. Jahrhundert. Insgesamt ist das Handwerk von Kapitalismus und Industrialisierung nicht erdrückt oder zerstört worden. In Abwehr älterer Thesen hat die jüngere Handwerksgeschichte sehr stark die „beachtliche Beständigkeit" und „erstaunliche Konstanz" der handwerklichen Verhältnisse betont.[35]

Diese Interpretation hat viel für sich, und zweifellos kann man nicht von einem allgemeinen Niedergang oder einer allgemeinen Krise des Handwerks im 19. Jahrhundert sprechen. Auch die vorangehenden Zahlen signalisieren viel Regelmäßigkeit und Beständigkeit: so die erstaunlich übereinstimmenden Meister-Gesellen-Relationen bzw. Betriebsgrößen über die Branchen hinweg, bis auf einige wenige Ausreißer, so vor allem im Baugewerbe, die sich sehr in Grenzen haltenden regionalen Unterschiede, das Fehlen dramatischer Umbrüche in der Verteilung auf die Berufsgruppen, das unbeirrbar gemächliche Wachstum und die anteilsmäßige Konstanz einzelner Sparten, so z.B. des Nahrungsmittelhandwerks.

Aber selbst die obigen Zahlen, die Durchschnitte angeben und insofern zur Glättung von Unterschieden neigen, zeigen Wandel und Umschichtung, Schrumpfung neben Expansion[36]: die Ausdehnung der durchschnittlichen Betriebsgröße, besonders deutlich in den 60er und 70er Jahren, als trotz insgesamt günstiger Konjunktur und schnellen Wachstums in zahlreichen Branchen die Selbständigenzahlen stagnierten oder schrumpften, während sie jedenfalls in Preußen zur Zeit des Pauperismus der 40er Jahre eher gewachsen waren; die rasante Expansion des Baugewerbes, das zu den großen Konjunkturgewinnern des 19. Jahrhunderts gehörte; den offenbar unaufhaltsamen, zumindest *relativen* Niedergang vieler Gewerbe, so der Schuhmacher und Schneider, der Metallhandwerker, soweit sie produzierten und nicht nur vertrieben, installierten und reparierten, und in der zweiten Jahrhunderthälfte auch vieler Holzhandwerker. Sicherlich gingen einzelne Handwerkerberufe zugrunde – die Seifensieder, die meisten Weber, die Besenbinder und Seiler. Andere Berufe entstanden oder expandierten rasch: die Friseure und viele Installateure. Erst recht sollte sich dies seit dem Ende des 19. Jahrhunderts fortsetzen, als mit dem Elektromotor die Energiequelle der kleinen Werkstatt Verbreitung fand und mit neuen Entwicklungen immer neue Berufe entstanden, der des Kraftfahrzeugmechanikers zum Beispiel.

Die aufs Handwerk bezogenen Krisenerwartungen und Untergangsprognosen des 19. Jahrhunderts kamen jedoch nicht von ungefähr. Die Erfahrungen des Wandels müssen tief und eindrücklich gewesen sein. Wieso hätten sonst die auf Kontinuität ihrer Erhebungen erpichten Statistiker in den 60er Jahren ihre Klas-

sifikationen so durchgreifend geändert, daß das Handwerk als statistische Erhebungskategorie praktisch verschwand und von heute schreibenden Historikern nur mühsam rekonstruiert werden kann?

Zweifellos fanden gravierende Veränderungen statt, die sich in den zur Verfügung stehenden statistischen Aufnahmen nicht spiegeln. Dies wird im folgenden besonders untersucht. Dabei soll vor allem nach der Bedeutung von vier Faktoren gefragt werden, deren Wirksamkeit in den vorangehenden Abschnitten bereits häufig deutlich wurde:

Lohnarbeit setzte sich offenbar am wenigsten in den Nahrungsmittelgewerben, am stärksten im Baugewerbe – hier auf der Seite der Gesellen – und zum Teil auch in der Textil- und Lederverarbeitung durch, hier in Form des vordringenden Verlagsprinzips auf der Meisterseite. Metall und Holz rangierten in dieser Hinsicht in der Mitte. Was bedeutete das für Meister und Gesellen über die bereits konstatierte Ausdehnung der durchschnittlichen Betriebsgröße hinaus?

In engstem Zusammenhang damit steht die Beseitigung der Zunftverfassung und des staatlichen Konzessionssystems zugunsten der *Gewerbefreiheit*. Wir haben diese regional so ungleich verlaufenden und zeitlich so lang sich dahinziehenden Prozesse bereits oben geschildert.[37]

Technische Veränderungen spielten in der Metallverarbeitung eine große, in der Holzverarbeitung eine sehr gemäßigte, in der Textil- und Lederverarbeitung eine periphere, in den Bau- und Nahrungsmittelhandwerken so gut wie gar keine Rolle. Der direkte Einfluß der Fabrik auf das Handwerk blieb bis 1875 sehr begrenzt. Dennoch: was bedeutete er für die Gesellen, die Meister und ihr Verhältnis zueinander?

Schließlich soll der Bedeutung von *Armut* und *Elend* nachgegangen werden. Was bedeutete die Zuspitzung der Armut, der Unterbeschäftigung und Überbesetzung von den 30er Jahren bis etwa 1850, was die sehr allmähliche Entspannung der Verhältnisse und die zögerliche Linderung der Not seit Mitte der 50er Jahre für die sozialen Verhältnisse im Handwerk?

2. Zwischen Kleinkapitalismus und Proletarität: Varianten der Meisterexistenz im Wandel

Zu den tragenden Prinzipien des Handwerkssystems gehörte die begründete Aussicht der Gesellen, selber einmal Meister werden zu können. Es ist klar, daß dieses Prinzip nur dann einigermaßen verwirklicht werden konnte, wenn das numerische Verhältnis von Meistern einerseits, Gesellen und Lehrlingen andererseits sich nicht über bestimmte Schwellenwerte hinweg verschob. Auch die Zeitgenossen wußten das. Sie stellten Berechnungen an, deren Ergebnisse mit den Annahmen über das zukünftige Wachstum von Bevölkerung und Bedarf, über den zu erwartenden Abstrom von Gesellen in andere Berufe wie über die mittlere Lebenserwartung der Meister variierten. 1829 berechnete der preußische Beamte Johann Gottfried Hoffmann, daß „nur etwa halb soviel Gehülfen als Meister sein können", wenn nicht viele Gesellen vergeblich nach ihrer Selbständigkeit streben sollten. Und 1870 führte Schmoller zustimmend eine Rechnung an, gemäß der zwischen Gesellen und Meistern höchstens numerischer Gleichstand bestehen und maximal ein Lehrling auf drei Gesellen kommen durfte, wenn denn über die Zeit hinweg das Gleichgewicht erhalten und die Selbständigkeitschance der Gesellen bewahrt werden sollte.[38]

Andererseits führte der Nationalökonom Bruno Hildebrand für die 1840er Jahre aus, daß ein Handwerksmeister erst, wenn er zumindest zwei Gesellen und einen Lehrling beschäftigte, in der Lage sei, etwas zu erübrigen.[39] Wenn man aber nichts erübrigen und zurücklegen konnte, dann lebte man von der Hand in den Mund, unsicher und unbürgerlich, so daß man die Normen standesgemäßer Lebensführung nicht einhalten konnte, die doch umgekehrt für die Handwerkerexistenz von zentraler Bedeutung war. Zwei Gesellen und einen Lehrling pro Meister ließen herkömmlicherweise die meisten Zunftordnungen zu – eine wichtige Bestätigung von Hildebrands Schätzung.[40]

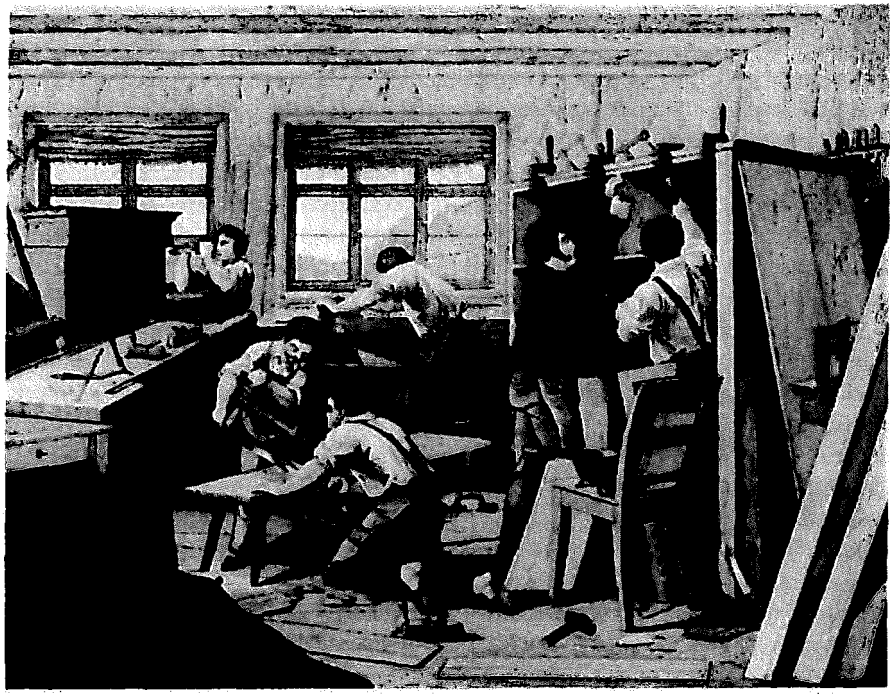
Die Berechnung der Gesellen-Meister-Relation, deren deutliche Überschreitung die Erosion des Systems bedeutete, muß und kann hier nicht weiter präzisiert werden. Viel mehr als ein Geselle pro Meister durfte es rechnerisch wohl nicht sein. Man mag auch einräumen, daß Hildebrand vielleicht ein wenig übertrieb, erst recht mit Bezug auf spätere Jahrzehnte, in denen die Einkommen und dann auch die Produktivität der Handwerker pro Kopf stiegen. Trotzdem wird hier ein Dilemma, ein eingebauter Widerspruch des Handwerkssystems deutlich, der es zumindest unter den Bedingungen jener Jahrzehnte – Unterbeschäftigung, Überbesetzung des Handwerks, relativ niedrige Arbeitseinkommen, im Vergleich zu später geringe Produktivität handwerklicher Arbeit – über sich selbst hinaustrieb: Standesgemäßes Leben erforderte eine Meister-Gesellen-Relation, die im Interesse der Vermeidung eines mit Handwerksprinzipien im Grunde nicht vereinbaren „ewigen Gesellenstandes" zu vermeiden war.

a) Der Markt zerfrißt den Stand

Tatsächlich erodierte das Handwerkssystem auf beide Arten zugleich. Sehr allmählich, zunächst auf wenige Berufsgruppen beschränkt, in verschiedenen Berufen zu verschiedener Zeit und keineswegs überall, überschritt die numerische Gesellen-Meister-Relation jene destabilisierende Schwelle, die in der Nachbarschaft von 1:1 lag.[41] Dies war ein zentraler Aspekt des Übergangs vom Gesellen zum Lohnarbeiter, darauf bleibt gleich zurückzukommen. Zum anderen beschäftigte nur eine Minderheit der Handwerksmeister mindestens zwei Gesellen. Nur eine Minderheit von selbständigen Handwerkern entsprach also dem handwerksgemäßen Standard, zu dem ehrbar-ständische Lebensführung zentral hinzugehörte. Darum geht es jetzt.

Die große Mehrheit der Landhandwerker arbeitete zu Beginn des Jahrhunderts und auch noch 1875 ohne Gesellen und Lehrlinge.[42] In den Städten unterschieden sich die Verhältnisse sehr. Einige Beispiele: In Augsburg lag der Anteil der Einmannbetriebe an allen Handwerksbetrieben in den ersten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts deutlich über 50%. Der Anteil der Meister mit einem Gesellen betrug 20%, und weitere 20% hielten sich zwei, drei, vier oder mehr Gehilfen. Sowohl der Anteil der Alleinmeister wie der der gutgestellten Handwerker mit mindestens zwei Gesellen zeigten steigende Tendenz.[43]

Für Köln hat man berechnet, daß 1840 30%, 1849 22% und 1858 wieder 25% der Meister mindestens tausend Taler pro Jahr an Einkommen hatten und damit die Grenze zur Wohlhabenheit überschritten. 1861 waren 28% der Kölner Meister gewerbesteuerpflichtig, d.h. sie beschäftigten mehr als einen Gesellen oder hatten einen entsprechend hohen Umsatz. Diese Oberschicht der Handwerker, Handwerker im Vollsinn des Wortes, umfaßte in Jahren guter Konjunktur 25–30%, in Krisenjahren nur 20% aller Meister. 50–55% (bzw. 60% in der Krise) arbeiteten mit einem oder gar keinem Gesellen bzw. Lehrling. Weitere 20% waren nur formal selbständig, in Wahrheit aber lohnabhängig, oftmals verlegt.[44] Auch in Berlin waren von 1830 bis 1850 nur ein Fünftel bis ein Viertel aller Meister gewerbesteuerpflichtig, mit deutlich abnehmender Tendenz und einem nochmaligen Steuerbefreiungsschub 1849 und 1850. Von den Bäckern, Fleischern und Schornsteinfegern waren 1841 alle gewerbesteuerpflichtig, von den Zimmerleuten, Maurern und den Meistern anderer Baugewerbe zwischen 70 und 90%. Bei einzelnen Selbständigen des Baubereichs fanden sich die größten Vermögen von Handwerkern überhaupt. Dagegen hatten nur 15% der Schneider- und Schuhmachermeister und gar nur 11% der Baumwoll- und Leinenweber diese Steuer zu zahlen, in der Regel sehr kleine Beträge. Die Meister der Metall-Handwerke wurden zu etwa zwei Dritteln zur Steuer herangezogen – bis auf die viel ärmeren Feilenhauer und Nadler –, die Tischler, Drechsler und Böttcher dagegen nur zu etwa einem Drittel. Was all das bedeutet, wird klar, wenn man weiß, daß in Berlin gewerbesteuerpflichtig war, wer sein Gewerbe mit mehr als einem erwachsenen Gehilfen und einem Lehrling betrieb oder wer „auch außer den Jahrmärkten Lager von fertigen Waaren" für den Verkauf hielt. Auch innerhalb der einzelnen Handwerke bestanden riesige Unterschiede. Bei den



Tischlerwerkstatt. Kolorierte Federlithographie um 1870

Tischlern zahlten 5% der steuerpflichtigen Betriebe ein Drittel der Steuersumme, die in diesem Beruf überhaupt aufgebracht wurde.[45]

Blickt man auf die Betriebsgröße, so findet man in Berlin schon 1827 zwei Kategorien von Handwerkern. Bei den Bäckern, Fleischern, Schornsteinfegern, Klempnern und einer Reihe anderer Metallberufe beschäftigte die große Mehrheit der Meister zwei Gesellen, viel kleinere Anteile entfielen auf die mit einem oder drei Gesellen. Allein arbeitende Meister und solche mit vier Gesellen und mehr gab es in diesen Handwerken kaum. Hier war die Handwerkerwelt offenbar noch in Ordnung. Vergleichsweise hohes Betriebskapital, wenig Konkurrenz durch Importe, die Fortexistenz von Zünften trotz Abschaffung des Zunftzwangs, ausreichende Versorgung und hohe Berufsvererbung kennzeichneten diesen Bereich.[46] Dagegen wies eine zweite Gruppe von Handwerkern, zu denen die Schneider, Schuhmacher, Tischler, Stellmacher und Böttcher rechneten, eine unausgeglichene, der Tendenz nach polare Struktur auf. Von den 465 zünftigen Schneidermeistern, die es 1827 in Berlin gab, arbeiteten 307, also die große Mehrheit, ohne Gesellen, 68 mit einem, 60 mit zwei oder drei Gesellen, aber 32 Meister beschäftigten vier Gesellen und mehr, wobei es einer schon auf 33 Gesellen brachte. Umgekehrt hieß dies, daß 283 oder 57% aller Gesellen bei 32 oder 7% aller Meister beschäftigt waren. Die Berliner Alleinmeisterquote variierte 1827 von 66% bei den Schneidern und Böttchern über die 62% der Schuster und Kupferschmiede und die 49% der Tischler bis zu 20% bei den Klempnern und

Töpfern sowie 6% bei den Bäckern. Zweifellos waren das sehr große Unterschiede, aber abgesehen von den Bäckern wogen unter den Meistern der fünf oder sechs größten Handwerke eindeutig die Alleinmeister vor – und dies 1827, die Unzünftigen nicht gerechnet. Dieses Grundmuster blieb in den folgenden Jahrzehnten erhalten.[47]

In Großstädten und besonders in Berlin waren die Betriebe im Durchschnitt größer, die Polarisierung deutlicher ausgeprägt und die Gruppe der Alleinmeister umfangreicher als in den kleineren Städten jener Zeit. Dort war der Anteil der bessergestellten Meister oft etwas größer. Aber auch in Wismar mit seinen 1819 8.000 und 1850 12.000 Einwohnern arbeiteten 1819 58% und 1851 49% aller Meister allein, während der Anteil der bessergestellten Meister (mit zwei Gesellen und mehr) von 12 auf 21% stieg und die mit einem Gesellen (oder 1–2 Lehrlingen) bei einem Anteil von 29 bzw. 30% blieben. Von 67 Wismarer Schneidermeistern beschäftigten 1851 nur zwölf zwei Gesellen und mehr, von 106 Schustern waren sechzehn und von 24 Tischlern immerhin vierzehn in diesem Sinn auskömmlich gestellt.[48] – Von insgesamt 37 Konstanzer Schuhmachern gehörten 1849 vierzehn in diese wohlhabende Kategorie.[49] – In Stade wurden 1861 227 Handwerksmeister gezählt, davon 30% Alleinmeister, 31% mit einem Gesellen und 39% mit zwei Gesellen und mehr.[50]

Allgemein und ganz grob kann man festhalten, daß im zweiten Drittel des Jahrhunderts nur 20 bis 30% aller selbständigen Handwerker zwei und mehr Hilfskräfte hielten, in der Regel zur Gewerbesteuer herangezogen wurden und eindeutig zur bürgerlich-kleinbürgerlichen Mittelschicht gehörten. Hierzu zählten die allermeisten Nahrungsmittelhandwerker (Bäcker mehr als Fleischer), die meisten Selbständigen in den Bauhandwerken, zahlreiche Metallhandwerker, eine beträchtliche Minderheit der holzverarbeitenden Berufe und eine sehr kleine Minderheit der Schuster und Schneider.

Weitere 20 bis 30% der Meister beschäftigten eine Hilfskraft. Sie galten in der Regel als zu arm, als daß man sie zur Gewerbesteuer herangezogen hätte. Folgt man Hildebrands Kriterien, dann gehörten sie ökonomisch und von der Lebensführung her eher zu den Unterschichten. Gleichzeitig waren sie kleine Arbeitgeber. Das macht ihre Zurechnung schwierig.

Eindeutig zu den Unterschichten wird man dagegen die 40 bis 60% aller selbständigen Handwerker zählen, die ohne Gesellen und Lehrlinge arbeiteten: die „Alleinmeister". Die Mehrzahl der ländlichen Handwerksmeister und in den Städten die meisten Schneider, Schuster und Böttcher, wohl auch die Mehrzahl der Tischler, Stellmacher, Kupferschmiede und anderen Metallhandwerker rechneten hinzu, kaum aber Nahrungsmittelhandwerker und auch nicht – außerhalb des Südwestens – die Bauberufe. Von diesen 40 bis 60% war eine beträchtliche Minderheit – Anfang der 1860er Jahre vielleicht ein Viertel mit wachsender Tendenz – lohnabhängig: die zahlreichen Schneider, Schuhmacher und Tischler in verlagsmäßiger oder verlagsähnlicher Abhängigkeit, auch einige verlegte Metall- und Textilhandwerker, soweit sie nicht überhaupt wie die meisten Weber, Spinner oder Nadler als Heimgewerbetreibende – nicht als Handwerker – rechneten und schon von der zeitgenössischen Statistik in den „Fabriken-Tabellen" gezählt

wurden. Die meisten dieser Alleinmeister waren arm, aber selbständig, wenn auch keine Arbeitgeber.

Es hatte innerhalb des Handwerks immer ausgeprägte Unterschiede des Einkommens, des Vermögens, des wirtschaftlichen Erfolgs gegeben, auch unter den Meistern ein und desselben Gewerbes, in ein und derselben Stadt und trotz aller auf genossenschaftliche Gleichheit der Meister zielenden Zunftregeln.[51] Im Laufe des 19. Jahrhunderts schritt die innere Ausdifferenzierung der selbständigen Handwerkerschaft jedoch stark voran, die Ungleichheitsspannen wuchsen. Was im 18. Jahrhundert trotz allem noch insgesamt einen Stand gebildet hatte, differenzierte sich nun zunehmend nach ökonomischen Erfolgen, auch wenn man nur auf die Selbständigen blickt. Man kann von zunehmender Polarisierung sprechen.

Die Zahl der Alleinmeister wuchs, und ihr Anteil an allen Handwerkern auch, zumindest bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Gleichzeitig nahm der an sich kleine Anteil zu, der auf die großen Betriebe entfiel. Die Spitzen – größere Betriebe mit mehr als 10, 20, ja 50 Beschäftigten, vor allem in den Baugewerben – entwuchsen dem handwerklichen Maß, auch wenn man sie zeitgenössisch noch als Handwerker bezeichnete. In Düsseldorf zählte man 1875 bei den Maurern und Zimmerleuten 172 Betriebe, davon 146 mit bis zu fünf Beschäftigten, zwölf mit sechs bis zehn, elf mit 11 bis 50, zwei mit 51 bis 200 und einen mit über 200 Beschäftigten. Die größeren, erfolgreicheren Handwerksbetriebe gingen durchweg vom „Lohnwerk", der Produktion nach Auftrag und oft mit Materialien des Kunden zum „Preiswerk" über, zur Produktion auf Vorrat und für den Markt; dazu brauchte man ein Lager und möglichst auch ein Ladengeschäft. Der Kapitalbedarf stieg, man lernte es, schärfer zu rechnen, beim Einkauf der Rohstoffe auf die wechselnden Marktbedingungen zu achten und selbst Handel zu treiben. Die Zunftordnungen versuchten lange, die Funktionen der Handwerker und Händler sauber zu trennen, jenen den Verkauf und diesen die Produktion zu verbieten. Nicht immer gelang das, es gab Schlupflöcher genug, aber innovative, zur Akkumulation drängende Selbständige fanden sich doch behindert. Mit der sich durchsetzenden Gewerbefreiheit bröckelte und fiel diese Behinderung.[52] Die Märkte dehnten sich aus. Von auswärts gelieferte Waren verschärften die Konkurrenz für die Handwerke, die transportable, nicht verderbliche Produkte herstellten, also für die meisten Textil-, Bekleidungs-, Leder-, Holz- und Metallhandwerke, nicht aber für die Nahrungsmittel- und Baugewerbe! In Branchen mit Fabrikkonkurrenz, bei Nadlern und Lichtziehern, Kattundruckern und Färbern, Metallhandwerkern der verschiedensten Art, konnte dies zur Existenzgefährdung werden. Das Verlagswesen drang vor, wir haben es bereits besprochen. Proteste und Niedergang waren die Folgen.

Aber es entstanden auch neue Chancen. Eine schmale Oberschicht von Handwerkern benutzte sie und mauserte sich vom Handwerker zum Unternehmer, sei es als Verleger von ehemaligen Meisterkollegen und neu rekrutierten Heimarbeitern, sei es als Bau-„Handwerker" mit zahlreichen Beschäftigten, sei es als Werkstattbesitzer und Kleinfabrikant, der selbst nur noch leitete und verkaufte, aber nicht mehr mit Hand anlegte. In einigen Metallgewerben versprach der

Übergang von der Neuproduktion zur Installation, zum Vertrieb und zur Reparatur wirtschaftlichen Erfolg.[53] Die Einkommen der Meister wurden ungleicher, innerhalb der Meisterschaft ein und desselben Gewerbes wuchs die Differenz zwischen Arm und Reich – am wenigsten in den Nahrungsmittelgewerben, am stärksten bei den Schneidern, Schustern, Holz- und Metallhandwerkern. Und die Einkommensunterschiede zwischen den Branchen prägten sich schärfer aus.[54] Die Entwicklung der Marktverhältnisse bedingte und der allmähliche Abbau der Zunftordnung erleichterte die Ausdifferenzierung der Handwerkerschaft. Der Markt zerfraß den Stand.

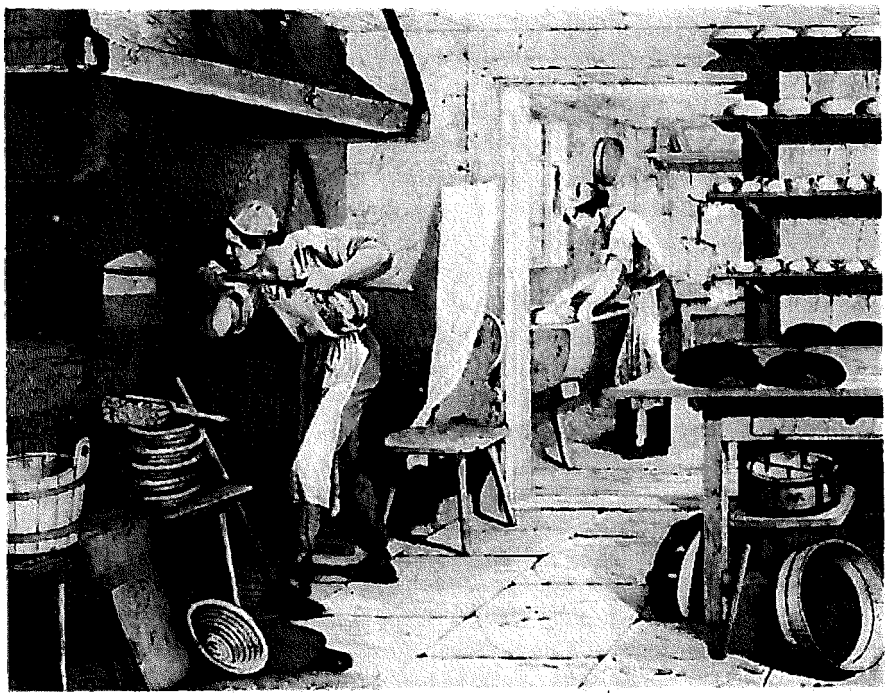
b) Gemeinsamkeiten der Meister und ihre Polarisierung

Sicherlich gab es Bewegungen zwischen diesen Schichten, also innerhalb der selbständigen Handwerkerschaft: Abstiege vor allem in Krisenjahren und Aufstiege in Zeiten der Hochkonjunktur. Auf verschiedenen Stationen seines Berufslebens konnte ein und derselbe Handwerker verschiedenen Meisterkategorien angehören.[55] Die teils bis in die 60er Jahre fortlebenden oder als Innungen trotz prinzipieller Gewerbefreiheit wieder gestärkten Zünfte umfaßten nicht bloß wohlhabende, sondern auch ärmere Meister. Das war wichtig. Denn die Zünfte und Innungen halfen mit, Reste genossenschaftlicher Solidarität über ökonomische Unterschiede hinweg zu erhalten: etwa Krankenunterstützung und Sterbegeld von Meistern für Meister, Ehrenerweisungen bei der Beerdigung und Hilfestellungen für Meisterwitwen, manchmal auch Absprachen und gemeinsames Verhalten gegenüber wandernden oder streikenden Gesellen. Sie halfen mit, gewerbeweit gültige Kriterien bei der Ausbildung für den Beruf und beim Zugang zu ihm zu bewahren: durch die Abnahme von Prüfungen bzw. die Beeinflussung städtischer oder staatlicher Prüfungen durch Vorschriften gegenüber ihren Lehrlinge haltenden Mitgliedern, schließlich durch Betreiben von Sonntagsschulen. Zusammenkünfte der Zunft- und Innungsmeister halfen mit, Kontakte und Gemeinsamkeiten zwischen den Meistern gleichen Berufs zu bewahren.[56]

Allerdings verloren die Zünfte und Innungen auch in den Staaten ohne Gewerbefreiheit rasch an Wirkung. Die Regierungen beschnitten ihre Funktionen und reduzierten damit ihre Attraktivität. Sie rekonstruierten sie und faßten teilweise verschiedene Berufe zu Innungen oder Zünften neuer Art zusammen. Dies schadete der herkömmlich-berufsbezogenen Solidarität. Nur alle drei Jahre kamen die Zunftmeister in Schwäbisch-Hall noch zusammen, und selbst dann war der Besuch der Versammlungen oft schlecht und mußte durch die Androhung von Geldbußen stabilisiert werden. Gemeinsamkeit stiftende Gebräuche und Riten verloren an Kraft, die nicht-ökonomischen Funktionen der Zünfte traten zurück. Der Individualisierung des Meisterverhaltens setzten sie zumindest in den größeren Städten nur geringen Widerstand entgegen.[57] In dem Maß, in dem die Möglichkeit bestand, die Zugehörigkeit zu Zünften und Innungen zu

vermeiden, gehörten ihnen zwar weiterhin viele Meister der herkömmlich geprägten, bessergestellten Handwerke – besonders aus dem Nahrungsmittelgewerbe – an, aber die massenhaft von Alleinmeistern geprägten Berufe der Schneider, Schuster und Tischler blieben ihnen größtenteils fern. Zunftmeister mochten die unzünftigen, auf der Grundlage eines von der Behörde vergebenen Gewerbescheins arbeitenden „Patentmeister" verachten und diskriminieren, die umfassend-integrierende Wirkung ihrer an Bedeutung verlierenden Organisationen stellte das nicht wieder her. Ohne behördlichen Zwang wurden die Innungen zu Interessenorganisationen der bessergestellten Meister, bis seit dem Ende des Jahrhunderts Innungen zunächst lokal und später generell wieder obligatorisch gemacht wurden und sich ihr Charakter damit erneut änderte.[58]

Es wundert deshalb wenig, daß das selbständige Handwerk im Grunde zunehmend in zwei Lebenskreise, auch wohl zwei Kulturen zerfiel, vor allem in den größeren Städten. Die oberen 20 bis 30% führten ein kleinbürgerlich-bürgerliches Leben: mit Hausbesitz und größerer Familie, nicht reich, aber gesichert, seßhaft und angesehen. Die Söhne schickte man oft für ein paar Jahre aufs Gymnasium, in einer Minderheit der Fälle sogar bis zur Reifeprüfung mit Anschluß an die Hochschulen oder andere Aufstiegsschleusen wie etwa die Lehrerseminare, sofern nur einer den väterlichen Betrieb übernehmen wollte, worauf er vorbereitet wurde. Eine maßvolle Mitgift ermöglichte den Töchtern eine gewisse Partie: die Ehe mit einem anderen Handwerker, einem Kaufmann oder mittleren Beamten, vielleicht auch in die Akademikerschaft hinein. Anschluß an die Honoratioren der Stadt suchten und fanden diese bessergestellten Handwerkerfamilien zwar in der Regel nicht, die Distanz zum reichen und gebildeten Besitz- und Bildungsbürgertum nahm eher zu. Sie besuchten ihre eigenen Vereine, etwa die seit den 20er Jahren massenhaft entstehenden Schützen-, Gesangs- und Turnvereine, daneben auch, vor allem im Süden, die Gewerbevereine. Verbindungen bestanden, wie es scheint, vor allem zu den nicht akademisch gebildeten mittleren und kleineren Beamten, den Einzelhändlern, Gastwirten und kleinen Unternehmern anderer Art. Das – außerhalb des Südwestens – zunehmend plutokratisch strukturierte, also das Recht zur Stimmabgabe an Vermögen und Einkommen bindende kommunale Wahlrecht grenzte diese obere Handwerkerschicht auch politisch von der Handwerkermehrheit ab. So erlaubte die revidierte Städteordnung Preußens von 1831 in der Kleinstadt Rheine (2.000 bis 3.000 Einwohner) um die Mitte des Jahrhunderts nur 46 von 169 Handwerkern die Stimmabgabe bei der Wahl der Stadtverordneten. Alle Bäcker und Brauer gehörten dazu, zwei von drei Uhrmachern und immerhin fünf von zehn Tuchmachern, aber nur zwei von vierzehn Schuhmachern und nur einer von dreizehn Schneidern. Nach der Einführung des voll entwickelten Dreiklassen-Gemeinderatswahlrechts nach der Revolution von 1848/49 gehörten 1863 in Rheine der Ersten, wohlhabenden, Wählerklasse insgesamt 20 Personen an, darunter nur ein Handwerker, ein selbständiger Maurer. Die Zweite Klasse zählte 62 Personen, darunter acht Handwerker, davon allein fünf aus den Nahrungsmittelgewerben, aber auch ein Lohgerber. Im Unterschied zu zahlreichen Fabrikarbeitern, Tagelöhnern und Gesellen waren zwar fast alle Meister wahlberechtigt, aber sie gehörten in ihrer großen



In der Backstube. Kolorierte Federlithographie um 1870

Mehrheit der Dritten Wählerklasse an, mit 121 bei insgesamt 265 Wahlberechtigten.[59]

Wie im kleinen Bürgertum insgesamt, fanden sich in dieser handwerklichen Oberschicht recht verschiedene politische Orientierungen, jedenfalls bis 1848/49 und wohl auch noch Anfang der 60er Jahre: die wirtschaftsliberalen Anschauungen des aufstrebenden, Marktchancen wahrnehmenden Kleinunternehmers, das defensiv-zünftige Credo des behäbig-begrenzt-traditionalen Nahrungsmittelhandwerkers, Interesse am genossenschaftlichen Gedanken bei anderen. Umgekehrt fanden sich defensiv-zünftige Forderungen auch in den Kreisen der bedrängten Alleinmeister. Obwohl man es versucht hat, ist eine generelle Korrespondenz zwischen Betriebsgröße und Branchenzugehörigkeit einerseits, allgemein-politischen oder sozialpolitischen Orientierungen andererseits für die Mitte des Jahrhunderts nicht klar zu belegen – abgesehen davon, daß sich die weniger gutgestellten Schreiner, Schuster, Schneider und Metallhandwerker politisch stärker engagierten als die bessergestellten Bau- und Nahrungsmittelhandwerksmeister, bei denen überdies wirklich radikale Optionen und Agitationen die Ausnahme blieben, anders als bei den Schustern und Schneidern. Die sich in den 60er Jahren getrennt von der Arbeiterbewegung konstituierende Handwerkerbewegung, die im Kern eine Handwerksmeisterbewegung war, sich für die Wiedereinführung von Zunftregeln und Handwerkerprivilegien in angepaßter Form einsetzte, die Gewerbefreiheit kritisierte und auch allgemein-politisch allmählich ins

konservative Fahrwasser einschwenkte, scheint ihre Basis vor allem in diesem oberen Viertel der Meister gefunden zu haben.[60]

„Neben den großen Handwerksherren arbeiten unter dem Namen von Meistern eine Unmasse kleiner Handwerker für Magazine [...] oder als Flicker und Pfuscher; sie leben von der Hand in den Mund, nehmen gelegentlich ein Almosen oder betteln um Arbeit; ein kräftiges Selbstständigkeitsgefühl, Sinn für Handwerksehre, kann sich im Großen und Ganzen in ihnen nicht finden; das Handwerk und der Handwerksgeist prägt sich nicht mehr in den Meistern aus. Neben den atomistischen und unruhigen Arbeitern und Tagelöhnern, neben den nur locker mit dem städtischen Leben verbundenen Beamten, Soldaten und Pensionairen, neben der Winterbevölkerung der Gutsbesitzer und Rentner, neben den im bewegten geistigen Leben sich umtreibenden Advocaten, Ärzten und Lehrern sind auch die Meister eine atomistische und unruhige Menge geworden, die als Einzelne dastehen und haltlos den Eindrücken des Tages preis gegeben sind."

Diese Diagnose des Bonner Jura-Professors Clemens Theodor Perthes[61] war sicher übertrieben, aber sie entbehrte nicht eines wahren Kerns. Die Hälfte bis zwei Drittel aller Handwerksmeister beschäftigten keine Hilfskräfte, sie unterschieden sich scharf von der soeben beschriebenen kleinbürgerlichen Handwerker-Elite und gehörten in fast jeder Hinsicht zu den Unterschichten. Die große Masse dieser proletaroiden Handwerksmeistermehrheit stellten die Schneider und Schuhmacher, daneben die Tischler, Böttcher und Stellmacher, doch gab es wohl keinen Beruf, der nicht mit einem Anteil in dieser proletaroiden Selbständigenschicht vertreten gewesen wäre. Nach Einkommen und Lebensverhältnissen, in bezug auf die beengte Wohnung und die Unsicherheit der Existenz unterschied sich die große Mehrheit dieser Alleinmeister nicht von den Gesellen und von den Heimgewerbetreibenden desselben Berufs. Während so manche Bäcker und andere gutgestellte Handwerker ihren Lebensabend als Rentner zubrachten, arbeiteten die kleinen Schuster und Schneider, solange sie konnten. Die Berufsvererbung vom Vater auf den Sohn kam bei ihnen seltener vor, jedenfalls in den 60er und 70er Jahren. Da boten sich nämlich Alternativen, und so etwas wie eine Flucht aus den bedrückten Handwerken setzte ein. In schlechten Jahren fielen nicht nur arbeitslose Gesellen, sondern auch unterbeschäftigte Meister in großer Zahl der kommunalen Armenunterstützung zur Last. Auch in den besseren Jahren war die Armut nah, das Familieneinkommen mußte oft aus mehreren, wechselnden Tätigkeiten zusammengesetzt werden, auf dem Land half oft der Zuverdienst aus Kleinstlandwirtschaft. In den Städten wohnten die armen Massenhandwerker zusammen mit Tagelöhnern und Fabrikarbeitern in den schlechteren Vierteln.

Der Übergang vom selbständigen Alleinmeister zum verlegten Heimarbeiter war oftmals fließend. Wie es ein wegen unrechtmäßiger selbständiger Tätigkeit – Pfuscherei – vernommener Schreiner, dem vermutlich die Ablegung der Meisterprüfung oder die Lösung eines Gewerbescheins zu teuer gewesen waren, 1855 in Düsseldorf berichtete: „[...] so führte ich die Arbeiten in meiner Wohnung accordmäßig aus, und habe ein solches Verhältnis bis jetzt beibehalten. Ich über-

nahm nämlich von dem einen oder dem anderen Schreinermeister ein Stück Arbeit gegen Accord, Zeichnung und Zugabe des Materials, und überlieferte es sodann vollständig fertig." Aber auch Wechsel zwischen Gesellen- und Alleinmeisterstatus kamen nicht selten vor. Ein 52jähriger Schuhmacher: „Seit etwa dreißig Jahren arbeite ich selbständig, mit einigen Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit, in welchem Falle ich bei anderen Meistern als Geselle wohnte." Oft geschah aber das Gegenteil, nämlich die Flucht in die Selbständigkeit, die Schmoller für die 1840er Jahre so beschrieb: „Der Absatz stockte, Jeder schränkte sich ein; einzelne Geschäfte nun, die längst nur noch nothdürftig existirt hatten, brachen zusammen. Das war aber die Minderzahl; in der Hauptsache blieben die alten Geschäfte zunächst, sie hatten nur nicht genug zu thun. Sie entlassen also Hunderte früher beschäftigter Gesellen. Von diesen wissen viele keinen andern Ausweg, als sich selbst zu etabliren und so die Konkurrenz zu vermehren." Wenn man schließlich bedenkt, daß selbständig wohnende Gesellen nebenher „auf eigene Rechnung" arbeiteten oder sich allmählich in verlegte Heimarbeiter wandeln konnten, versteht man, daß unter dem Einfluß des sich durchsetzenden Kapitalismus in den davon besonders betroffenen Massenhandwerkern eine Übergangs- und Mischzone entstand, in der die Unterscheidung zwischen „Selbständigkeit" und „Unselbständigkeit" nicht mehr recht griff. Besonders galt dies für das weitgehend verlagsmäßig durchdrungene Schneidergewerbe in den großen Städten gegen Ende unseres Untersuchungszeitraums. Der Berliner Statistiker Schwabe kapitulierte 1867 vor der Aufgabe, in diesem Gewerbe zwischen Meistern und Gehilfen zu unterscheiden. Die Schneider gehörten für ihn zu den „Berufsklassen, wo man die Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern nicht in Beziehung setzen kann." Bei unscharfen Abgrenzungen gegenüber den verschiedenen Formen der Unselbständigkeit, von schwankenden Marktbedingungen abhängig, immer nah an der Schwelle zu Armut und Elend, stellten die Alleinmeister in ihrer Mehrheit für beobachtende Zeitgenossen nichts weiter als eine besondere Art von Tagelöhnern dar. Auf dem Tiefpunkt der Krise in den späten 40er Jahren sah der bereits zitierte Bruno Hildebrand „die bei weitem größere Zahl der Handwerksmeister als Proletarier" an.[62]

Ein Teil – in den 1860er Jahren vielleicht ein Viertel – dieser proletaroiden Kleinmeister, die die Statistiken als Handwerker füllen, setzte sich in Wirklichkeit aus Heimgewerbetreibenden zusammen, also – im wesentlichen – aus Lohnarbeitern. Sie wurden bereits ausführlich behandelt.[63]

Die anderen ähnelten ihnen nach Armut und Lebensunsicherheit, Arbeits- und Lebensverhältnissen, vielen Erfahrungen und Kenntnissen. Die Übergänge waren fließend, das wurde gezeigt. Vermutlich kamen alle möglichen Arten von Selbsteinschätzung, Kollektivbewußtsein und Orientierung vor. Man weiß, daß Schuster und Schneider, neben Maurern und Zimmerleuten, besonders häufig als Teilnehmer von Protestaktionen und als Mitglieder von demokratischen und sozialistischen Vereinen auftraten, im Vormärz, in der Revolution und später; ohne Zweifel waren dies nicht nur Gesellen, sondern oftmals auch Meister, vermutlich vorwiegend kleine. Ohnehin gehörten viele von ihnen den Zünften und Innungen nicht an und galten den Zunftmeistern als „Pfuscher". Auch in den

gemäßigt-liberalen Gewerbevereinen und in der restaurativ gesinnten späteren Handwerksmeisterbewegung spielten sie eine eher marginale Rolle. Kleine Meister mochten sich mitunter als „Proletarier" bezeichnen und sich in Streiks auf die Seite der Gesellen schlagen, besonders wenn sie Erfahrungen als verlegte Heimarbeiter hatten und es zugleich gegen das Kapital in Gestalt von Magazinen oder Konfektionshäusern ging.[64]

Zwei Einschränkungen drängen sich auf: Zum einen lassen sich auf dem gegenwärtigen Wissensstand auch auf der untersten Stufe, im breiten Sockel der selbständigen Handwerkerschaft, keine eindeutigen Entsprechungen zwischen sozialökonomischer Position und politischer Orientierung feststellen. Während der gutgestellte Drechslermeister August Bebel einen Betrieb mit neun Gehilfen besaß, als er wegen sozialdemokratischer Betätigung und „Hochverrats" in Festungshaft genommen wurde, gab es umgekehrt sicherlich auch viele proletaroide Kleinmeister, die sich unter Druck und in Abwehr von Gewerbefreiheit und Konkurrenz, Kapitalismus und Industrialisierung zünftig-ständisch und allgemein konservativ orientierten.[65]

Zum andern ist zu bedenken, daß sich auch kleine Meister häufig und dezidiert als Meister fühlten. In einer Handwerkstradition, in der dank lange überlebender Zunftordnungen die Unterscheidung zwischen Meistern und Gesellen und die Hochschätzung der Selbständigkeit in Abgrenzung zu Lohnabhängigkeit und Dienst tief verwurzelt und bewußtseinsprägend waren – ungleich verwurzelter und prägender als etwa in England –, lag es auch noch dem ärmsten Schneider, Schuster und Tischler nah, sich als „Meister" zu fühlen, solange er in eigenen – oder gemieteten – vier Wänden mit eigenem Werkzeug arbeitete, ohne von einem Vorgesetzten kontrolliert, einem Zwischenmeister bedrängt oder einem „Fabrikanten", sprich Verleger, bzw. Konfektionär angestellt zu sein. Deshalb waren sie – anders als viele Gesellen und graduell sogar anders als manche lohnabhängigen Heimarbeiter desselben Berufs – für die entstehende Arbeiterbewegung nur sehr schwer zu erreichen. Wie es ein gewerkschaftlich engagierter Schuhmacher aus Berlin 1875 ausdrückte, als es um das Verhältnis von Kleinmeistern und Gesellen in diesem Gewerbe und um die lohndrückende Abhängigkeit der Handwerker von „Bazaren" und „Fabriken" ging: „[...] würden die Herren Kleinmeister mit den Gesellen Hand in Hand gehen, so wäre es überhaupt gar nicht möglich, daß die Großfabrikanten so viel Gesellen beschäftigen. Aber die Kleinmeister haben einen zu großen Dünkel auf den ‚Titel', denn es wäre ja eine Schande, sich soweit herabzulassen, um mit den Gesellen gemeinschaftlich die Lage des Gewerbes zu besprechen."[66]

So prekär und arbeiterähnlich sich die Situation der meisten Handwerksmeister auch ausnahm, so deutlich unterschieden sie sich – soweit noch nicht verlegt – weiterhin vom Typus des Lohnarbeiters, und zwar sowohl in ihrer grundsätzlichen sozialökonomischen Stellung wie auch nach Selbstverständnis und Verhalten.[66a] Das war bei den meisten Gesellen anders.

3. Vom Gesellen zum Lohnarbeiter: die Herauslösung aus dem Meisterhaushalt

Um 1800 wohnten wohl alle Lehrlinge und die allermeisten Gesellen im Hause des Meisters. Zwar gab es Ausnahmen: Im Baugewerbe herrschte bereits der selbständig wohnende, verheiratete Geselle vor, ohne große Aussicht, einmal selbst Meister zu werden. Auch in anderen Gewerben, vor allem im Textilbereich, fehlte es nicht an älteren, oft mit der eigenen Familie zusammenwohnenden Gesellen, die in Distanz zur Zunft teils für ihren Meister, teils auf eigene Rechnung (etwa als Flickarbeiter), teils für größere Betriebe verlagsmäßig tätig waren und somit zum Heimarbeiter wurden. Wandergesellen, die für ein paar Wochen oder Monate bei einem Meister Arbeit fanden, bevor sie weiterzogen, übernachteten bisweilen in der Herberge. Trotzdem, mindestens 80% der Gesellen dürften um 1800 im Haushalt ihres Meisters Kost und Logis erhalten haben.

Damit hing eine zentrale Differenz zwischen Meistern und Gesellen zusammen: Jener war verheiratet, ja mußte es sein, denn als Junggeselle oder Witwer konnte er kaum jene vielfältigen, keineswegs aufs Ökonomische beschränkten Kontroll-, Versorgungs- und Ausbildungsleistungen erbringen, die er seinen Lehrlingen und Gesellen nach Recht und Tradition schuldete. Diese dagegen hatten unverheiratet zu sein und waren es wohl auch in aller Regel. Nur so konnte der Geselle dem Haushalt des Meisters auf Zeit angehören. Nur so konnte er diesen gegebenenfalls auch schnell wieder verlassen, in der Regel allein, ausnahmsweise aber auch auf Verabredung mit anderen, ebenfalls familienlosen Kollegen zum Zweck des Boykotts. Die Verheiratung des Gesellen mußte die auf Familienlosigkeit angelegte Gesellenkultur und die darauf beruhende Fähigkeit zur kollektiven Aktion ebenso empfindlich tangieren wie sie die spezifische Eigenart des Meister-Gesellen-Verhältnisses zu sprengen geeignet war. So erklärt sich, daß einerseits die Gesellen mit ihrem vehementen Kampf „gegen die Weiberkerle" und ihrer Diskriminierung von verheirateten Kollegen, andererseits die Zünfte, Magistrate und Zunftordnungen trotz vieler Ausnahmen aufgrund ökonomischer und bevölkerungspolitischer Interessen die Verknüpfung von Gesellenstatus und Ehelosigkeit bis ins frühe 19. Jahrhundert zu sichern versuchten – in Mitteleuropa, nicht aber in England und kaum auf dem westlichen Kontinent.

Durch seine Verknüpfung mit Ehe- und Familienlosigkeit war der Gesellenstand zwar in besonderer Weise benachteiligt, zugleich aber um so deutlicher als unselbständig-minderberechtigtes Übergangsstadium definiert: nicht primär als auf Dauer gestellte Klassenlage, sondern als Lebensphase der jüngeren Jahre, an deren Ende nicht nur die berufliche Selbständigkeit, sondern, in Verbindung damit, die Gründung der eigenen Familie und gegebenenfalls das bis dahin vorenthaltene Stadtbürgerrecht stehen würde. Ehelosigkeit und Einbindung in den

Meisterhaushalt hingen engstens zusammen, und gemeinsam bildeten sie das zentrale Scharnier, an das sich die Eigenarten anschlossen, durch die sich der Gesellenstatus vom Typus des Lohnarbeiters unterschied: die weit über ein Vertragsverhältnis und übers Ökonomische hinausreichende Mehrdimensionalität des Meister-Gesellen-Verhältnisses, sein lebensphasenspezifischer Übergangscharakter, eine besondere Gesellenkultur.[67] Dieses Scharnier verlor im 19. Jahrhundert bedeutend an Tragfähigkeit.

Tabelle 33: Anteil der Handwerksgesellen in Kost und Logis beim Meister an allen Gesellen ausgewählter Städte in bestimmten Jahren (in %)

Konstanz 1774	90
Nürnberg 1790	90
Durlach Ende 18. Jh. (ohne Bau)	80–85
Kiel 1803 (mit Lehrlingen)	64
Berlin 1827	ca. 50
Zürich 1836	60
Chemnitz 40er Jahre	33
Nürnberg 1850	(mind.) 76
Wien (Stadtteil Schottenfeld) 1857	52
Kiel 1864 (mit Lehrlingen)	63
Wien (Stadtteil Hernals) 1880 (mit Lehrlingen)	29

Die Werte in Tabelle 33[68] sind nicht völlig vergleichbar, weil die Erhebungsgrundlagen und -methoden leicht variierten. Offensichtlich wechselten die Verhältnisse von Ort zu Ort sehr. Doch der Gesamttrend ist klar: Der Anteil der beim Meister wohnenden Gesellen nahm deutlich ab, besonders in Industriestädten wie Chemnitz und Riesenstädten wie Berlin, sehr viel langsamer in alten, nur langsam wachsenden Gewerbestädten wie Nürnberg. Um 1875 lebte sicherlich nur noch eine Minderheit aller Gesellen im Haus ihres Meister. Während vor allem die Gesellen der Nahrungsmittelhandwerke weiter in großer Zahl bei ihren Meistern wohnten, hörte dies im Baugewerbe frühzeitig und gründlich, bei den Schneidern, Schuhmachern, Tischlern und Schlossern allmählich auf.[69] Tabelle 34 zeigt dies am Beispiel Berlins, wo 1867 die Herauslösung der Gesellen aus den Meisterhaushalten besonders weit vorangeschritten war.[70] Tabelle 34 läßt auch erkennen, wo die Berliner Gesellen wohnten, wenn sie nicht bei ihrem „Brotherrn" Kost und Logis erhielten.

Nur die Gesellen des Baugewerbes wohnten ähnlich wie die männlichen Arbeiter (u. a. Fabrikarbeiter) in größerem Maße in eigenen Wohnungen, meist vermutlich mit Familie und bis ins Alter.[71] Die Schneider und Schuster hatten das Haus des Meisters ebenfalls größtenteils verlassen, aber nur jeder vierte von ihnen hatte es zur eigenen Wohnung, jeder zweite dagegen nur zu einer Schlafstelle gebracht. Die Näherinnen glichen den Arbeiterinnen darin, daß sie so gut wie gar nicht beim Arbeitgeber wohnten, aber in erheblichem Umfang, nämlich zu einem Drittel, bei Angehörigen unterkamen.

Sei es aufgrund beengter ökonomischer Spielräume, sei es, weil die Vorstel-

Tabelle 34: Wohnstatus der Gesellen, Lehrlinge und anderer Gehilfen ausgewählter Handwerke in Berlin 1867 (in %)

	Beim Brotherrn	In eigener Wohnung	Bei Angehörigen	Als Untermieter	Als Schlafgänger
Bäcker	68,5	13,6	6,4	1,3	10,2
Schlächter	69,6	9,0	12,4	1,4	7,6
Schneider männl.	12,0	27,1	9,4	5,1	46,4
Schneider weibl.	0,7	25,7	36,5	13,8	23,3
Schuhmacher	20,7	22,0	12,3	2,7	42,3
Tischler	12,9	38,6	17,2	2,8	28,5
Drechsler	16,9	28,5	26,3	2,5	25,8
Maurer	2,5	48,6	9,9	2,2	36,8
Zimmerleute	3,3	54,0	11,2	2,6	28,9
Zum Vergleich:					
Arbeiter ohne nähere Angabe					
männl.	1,5	50,8	12,6	1,8	33,3
weibl.	0,4	35,8	35,4	7,4	21,0
Dienstmädchen	94,0	2,2	1,3	0,7	1,8

Quelle: H. Schwabe, Resultate der Berliner Volkszählung vom 3. December 1867, Berlin 1869, S. XCVII-XCVIII. Gezählt wurden alle unselbständig Arbeitenden des jeweiligen Gewerbes, also neben Gesellen und Lehrlingen auch Gehilfen anderer Art (männlich und weiblich).

lung vom Zusammenhang zwischen Familiengründung und Selbständigkeit in den Köpfen der jungen Handwerker und ihrer möglichen Bräute die gesetzlichen und zünftigen Ehehindernisse überlebte, sei es aus anderen Gründen, der Anteil der verheirateten Gesellen lag tiefer und wuchs langsamer als der Anteil der nicht mehr beim Meister lebenden Gesellen. In Konstanz waren 1774 nur 5,6%, in Wien (Schottenfeld) 1857 nur 6,6%, in Wien (Hernals) 1880 knapp 30% aller Gesellen verheiratet. Noch 1882 zeigt die Statistik des Deutschen Reiches unterschiedliches Heiratsverhalten von Fabrikarbeitern und Handwerksgehilfen: Die Verheiratetenquote der Fabrikarbeiter im Alter von 20 bis 29 betrug um 40%, die der 20- bis 29jährigen Gehilfen (wohl einschließlich Lehrlinge) betrug im Schlosserberuf 25%, bei den Tischlern 16% und bei den Bäckern nur 6%.[72] Auch in den höheren Altersgruppen zeigte sich diese Differenz, wenn auch abgeschwächt, wobei zu bedenken ist, daß der Anteil der im Handwerk abhängig Beschäftigten, der Gesellen, Lehrlinge und anderen Gehilfen, in den höheren Altersgruppen auch im späteren 19. Jahrhundert stark rückläufig war. In den Berufen der Bäcker, Schneider und Schuhmacher waren in der Altersgruppe von 30 bis 40 1882 weniger als einer von vier Handwerkern abhängig, drei von vieren waren selbständig. Bei den Tischlern und Klempnern zeigte sich ein ähnlicher Trend, wenn auch weniger ausgeprägt.

Mit anderen Worten: Auf die 1840er Jahre bezogen, hatte Stephan Born, der Führer der „Arbeiter-Verbrüderung", gemeint, daß es im Handwerk wohl Arbeitgeber und Arbeitnehmer gab, „der Meister aber war in der Regel nichts anderes als ein ehemaliger Geselle. Es waren zwei Altersstufen vorhanden, keine

zwei Klassen".[73] Sicherlich war man einige Jahrzehnte später weit von diesem „klassenlosen" Zustand entfernt. Aber selbst noch am Ende des 19. Jahrhunderts hielt sich in einigen der großen Handwerke ein durchschnittlicher Altersunterschied zwischen Meistern und Gesellen. Weil sich eben doch zahlreiche Gesellen selbständig machten oder in andere Bereiche, in Fabrik, Heimgewerbe und Transportwesen, abwanderten, in denen es längst normal war, in abhängiger Stellung verheiratet zu sein, blieb – trotz eines zunehmenden Anteils älterer und verheirateter Gesellen – ihr Durchschnitt jünger und häufiger unverheiratet als der Durchschnitt der Meister und der Fabrikarbeiter.[74] Dies mag mehr für die Dörfer und Kleinstädte als für die Großstädte und Metropolen gegolten haben.[75] Aber selbst in einer Stadt wie Leipzig blieb die Verheiratetenquote der Handwerksgesellen deutlich hinter der der Werkstätten- und Fabrikarbeiter zurück. Tabelle 35 illustriert das. Sie läßt zugleich die typischen Unterschiede zwischen den Berufen und die – nicht wegzudiskutierende – Zunahme verheirateter Handwerksgesellen zwischen 1849 und 1875 erkennen.

Tabelle 35: Anteil Verheirateter an ausgewählten Gesellen-, Arbeiter- und Arbeiterinnenkategorien, Leipzig 1849 und 1875 (in %)

		1849	1875
Männer:	Schneider	10	32
	Schuhmacher	8	13
	Fleischer	2	4
	Schlosser	23	33
	Buchbinder	5	32
	Zigarrenarbeiter	31	69
	Fabrikarbeiter (ungelernt)	38	88
	Maurer	74	51*
Frauen:	Aufwärterinnen	5	10
	„Handarbeiterinnen" (ungelernt)	6	8
	Fabrikarbeiterinnen (ungelernt)	0	1
	Zigarrenarbeiterinnen	9	11
	Näherinnen	3	3
	Dienstmädchen	0,02	0,2

* Der überraschende Rückgang des Verheiratetenanteils unter den Maurergesellen könnte mit der Abwanderung dieser verheirateten Gesellen aufs Land zusammenhängen.

Quelle: H. Zwahr, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, Berlin (Ost) 1978, S. 126f.

Die Verheiratung oder der Wunsch nach Verheiratung kann also in sehr vielen Fällen nicht der Grund oder Anlaß für die Lösung des Gesellen aus dem Meisterhaushalt gewesen sein. Zweierlei war dafür wichtiger: „Ich habe zehn Gesellen", erklärte ein Leipziger Schuhmachermeister 1850, „aber alle in Schlafstelle. Seitdem das Ministerium Oberländer den Gesellen leider so viel Freiheit gegeben hat, wollen die Gesellen nicht mehr beim Meister schlafen. Übrigens hätte ich auch für zehn Gesellen keine Lokalitäten zum Schlafen, sondern kaum für sechs."[76]

Einerseits war da die wachsende Größe jener Handwerksbetriebe, die überhaupt Gesellen beschäftigten, im Zuge der zunehmenden Polarisierung der Meisterpopulation. In Berlin dürften in den 40er Jahren zwei Drittel aller Gesellen in Betrieben mit vier und mehr Gesellen beschäftigt gewesen sein! Und von 57 Tischlergesellen, die es 1851 im kleinstädtischen Wismar überhaupt gab, war mehr als die Hälfte, nämlich 33, in Betrieben beschäftigt, die zwischen vier und neun Gesellen zählten.[77] Der Trend zum größeren Betrieb setzte sich oberhalb des breiten Sockels der Alleinmeister fort, und er half mit, „Kost und Logis" zu sprengen. Nimmt man hinzu, daß auch in den Familien der kleinbürgerlichen Meister der Anspruch auf bürgerliche Privatheit – dem Zug der Zeit folgend – gewachsen sein dürfte, dann versteht man, daß auch Meister gegen die durch Zunftregeln und Magistratsanordnung festgelegte Wohnpflicht der Gesellen protestierten: als „lästige Geschäftsschranke, als Störung des häuslichen Glücks".[78] Je schärfer die (größeren) Meister zu rechnen lernten und je marktbezogener sie sich verhielten, desto häufiger mögen sie bezweifelt haben, ob die Gesellen im Haus nicht eher eine ökonomische Last darstellten, die die Flexibilität des Betriebs verringerte.

Andererseits drängten viele Gesellen selbst zunehmend auf selbständiges Wohnen, vor allem die älteren. Denn das Leben im Haus der Meisterfamilie schloß für den Gesellen zahlreiche Beschränkungen, Kontrollen und Anpassungszwänge ein: vom Ärger über unzureichendes Essen bis zur Überwachung seines Kirchgangs, vom Kampf um den Hausschlüssel bis zur erzwungenen sexuellen Abstinenz. Je normaler es im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde, daß auch Angehörige der Unterschicht – Kleinbauern, Landarbeiter, Tagelöhner und Fabrikarbeiter – allein oder mit eigener Familie selbständig lebten, desto deutlicher mußte die hausherrschaftliche Abhängigkeit als Benachteiligung und soziale Inferiorität erfahren werden, erst recht mit zunehmendem Alter. In dem Maße, in dem sich Ideen der Freiheit und Ansprüche auf individuelle Selbstbestimmung auch im Volke durchsetzten, desto störender und bedrückender mögen zahlreiche Gesellen ihre Abhängigkeit von einem Meister empfunden haben, der ihnen nicht nur als Arbeitgeber und Betriebsleiter, sondern auch als Hausherr und gegebenenfalls als väterlicher Autokrat gegenübertrat. 1848 gehörte das Recht auf die eigene Schlafstelle und persönliche Selbständigkeit zu den Forderungen der Gesellen. Hierbei machten die Behörden rasch Zugeständnisse. Langfristig kamen der Abbau der Zunftregeln und schließlich die Aufhebung der Niederlassungsbeschränkungen auch außerhalb Preußens den Gesellenwünschen entgegen. Aber noch Ende des Jahrhunderts streikten Bäcker, Schuhmacher und andere Gesellen gegen die Reste der Wohnpflicht in einigen Gewerben.[79] Insgesamt stellte die Herauslösung der Gesellen aus dem Haushalt der Meister einen Prozeß der Emanzipation dar, der allerdings im 19. Jahrhundert noch unvollständig blieb, von der sozialkonservativen Kritik als Verfallsprozeß beschrieben wurde[80] und für die Gesellen in der Tat neben Freisetzung und neuen Chancen auch einige Verluste und Risiken enthielt.

Im Verhältnis von Meistern und Gesellen trat nun das Element des Tausches – Lohn gegen Arbeit – reiner hervor. Man kann rechnen, daß Kost und Wohnung

Mitte des Jahrhunderts 50 bis 60% des Gesamtlohns ausgemacht hatten. Der Barlohnanteil lag also bei 40 bis 50%.[81] Nunmehr wurde alles bar ausgezahlt. Die Marktabhängigkeit des Gesellen nahm damit zu. Er gewann damit zweifellos ein Stück begehrter Dispositionsfreiheit, er verlor aber auch ein Stück Gemeinsamkeit, das ihn – oft in enger, persönlicher und freundschaftlicher Weise – mit der Meisterfamilie verbunden hatte. Er schlief nicht mehr im Meisterhaus, sondern – vielleicht – als Schlafbursche im gemieteten Bett einer anderen Unterschichten-Wohnung oder in seinem eigenen Domizil. Ein Übergangsstadium bezeichnete übrigens das „Kostgeld": Versorgung im Meisterhaus, aber anders als im traditionellen System nach Geldwert berechnet und vom Lohn abgezogen.[82]

Mit dem Übergang zum vollen Barlohn bot sich überdies dem Meister die Chance, verstärkt leistungsbezogene Entlohnung – Stücklohn und Akkord statt des bis dahin üblichen Wochenlohns – einzusetzen: eine finanzielle Anreiz- und Steuerungsmethode, die unter bestimmten Bedingungen die direkte Daueraufsicht ersetzen konnte. In Gewerben, die dezentralisierte Produktion erlaubten, mochte es manchem Meister im nächsten Schritt bequemer und billiger erscheinen, den Gesellen in dessen Wohnung arbeiten zu lassen. „Er spart, wenn er die Leute zu Hause arbeiten läßt, Licht und Heizung, oft auch das Handwerkszeug", natürlich auch Raum. Damit wurde das Meister-Gesellen-Verhältnis erst recht auf seinen neuen Kern reduziert: auf den Tausch.[83] Aber auch wenn der Geselle täglich in die Werkstatt des Meistes ging und dort nach dessen Anordnungen arbeitete, verschob der Auszug aus dem Meisterhaus das herkömmliche Meister-Gesellen-Verhältnis ein Stück weiter in Richtung des modernen Kleinunternehmer-Lohnarbeiter-Verhältnisses.

Auch die Spannungsursachen, Konfliktanlässe und Streitgegenstände verschoben sich mit. Wenn bisher der Streit um die Qualität des Essens und um das Recht auf einen eigenen Hausschlüssel wichtiger gewesen waren, trat nun der Konflikt über Lohn und Arbeitszeit in den Vordergrund. Die Trennung von Tisch und Bettstelle im Meisterhaus vergrößerte die soziale Distanz und reduzierte die soziale Kontrolle. Sie schuf neue Möglichkeiten zur Vergesellschaftung – und Politisierung – der Gesellen unter sich, so daß als deren Selbstbezeichnung „Arbeiter" aufkommen und zur Abgrenzung gegenüber den „Kapitalisten" dienen konnte.[84]

Allerdings prägte sich gleichzeitig eine alte Trennungslinie um so schärfer aus, die zwei Kategorien von Gesellen nach Erfahrung und Interessen voneinander trennte: die unverheirateten, beim Meister hausenden, wanderfähigen, „klassischen" Gesellen und die an Zahl rasch zunehmenden Gesellen mit separater Wohnung und eigener Familie, die ortsgebunden waren und an der männerbündischen Geselligkeit ihrer ledigen Berufskollegen kaum noch teilnahmen. Die unverheirateten, aber außerhalb des Meisterhaushalts lebenden Gesellen stellten eine Existenzform des Übergangs dar. In mehreren Gewerben, so besonders bei den Zimmerern und Maurern, entstanden getrennte Organisationen für „einheimische" und „fremde" Gesellen, die sich nicht selten befehdeten.[85]

4. Vom Gesellen zum Lohnarbeiter: die Aushöhlung der berufsständischen Identität

a) Zunfttradition

Zünfte waren nach Art der Berufsarbeit spezialisierte, ständige Vereinigungen von Handwerkern, die ihren Angehörigen mit behördlicher Unterstützung das örtliche Monopol zur Ausübung eines bestimmten Gewerbes zu gewährleisten und sie gleichzeitig darauf zu beschränken suchten. Jedenfalls in der Frühen Neuzeit und im 19. Jahrhundert hing ihre Wirksamkeit nicht nur von der Einigungskraft ihrer Mitglieder, sondern auch von ihrer obrigkeitlichen Anerkennung als Zwangskorporationen ab. Dadurch unterschieden sie sich von den freien Vereinen, den Assoziationen des bürgerlichen Zeitalters.

Mit dem Monopolanspruch nach außen ging nach innen die zünftige Regelung der Arbeit und des Lebens der Mitglieder Hand in Hand. Zünfte zielten insofern auf die genossenschaftliche Gleichheit und die standesgemäß-auskömmliche „Nahrung" ihrer Mitglieder. Für diese nahmen sie nicht nur ökonomische Funktionen der Markt- und Berufszugangskontrolle wahr, sondern gleichzeitig soziale, kulturelle und rechtlich-politische. Es war ja gerade eine im Vergleich zu später unübersehbare Besonderheit der herkömmlichen Handwerkswelt, daß in ihr Ökonomie, Lebensführung und Politik im engsten Gemenge lagen. Zur zünftigen Regelung der wirtschaftlichen Vorgänge gehörten die ständische Normierung der Lebensführung unter dem Gesichtspunkt der standesspezifischen „Ehre" und die öffentlich-politische Vertretung ihrer Mitglieder als Stand, in wechselseitiger Verzahnung. In all diesen Hinsichten stellten zünftige Regelungen eine prinzipielle Alternative zu marktwirtschaftlichen Regelungen dar. Zunft und Kapitalismus standen in Spannung.[86]

Zünfte waren zunächst und vor allem Vereinigungen selbständiger Handwerker. Aber da zu ihren Funktionen die Kontrolle des Zugangs zum Beruf wie die Ausbildung und Sozialisation des Nachwuchses gehörten, kümmerten sie sich auch um die zukünftigen Zunftmitglieder, die Gesellen. Die zünftige Einrichtung des „Meisterrechts" und die Festschreibung anderer vor Erlangung der Meisterschaft zu erfüllenden Bedingungen dienten nicht nur Ausbildungs- und Sozialisationszwecken, sondern auch der zünftigen Arbeitsmarkt- und Berufszugangskontrolle („Schließung"). Mit Hilfe der Obrigkeit gelang es den Zünften, Vorkehrungen zum Schutz vor der ungebremsten Wirkung des Marktes ein ganzes Stück weit durchzusetzen, wenn auch immer große Teile des Gewerbes, die Verlage, Manufakturen, „Künstler", Pfuscher etc., unzünftig blieben und insofern dem Handwerk nicht wirklich angehörten. Durch diese Vorkehrungen entstand eine tiefe, bald rechtlich verfestigte Zäsur im typischen Handwerkerleben, die den Meister-Gesellen-Unterschied, wie wir ihn kennen, überhaupt erst konstituierte.

Durch die Normierung von Lehre und Gesellenzeit, die Verpflichtung zum Wandern, durch Vorschriften zu Arbeit und Lebensführung von Lehrlingen und Gesellen, durch die abgestufte Festschreibung von deren Rechten und Pflichten im Unterschied zu den Rechten und Pflichten der Meister strebten die Zünfte nach Regulierung der Existenz all jener, die einmal selbständige Handwerker werden wollten. Dazu gehörte die Tolerierung und lockere Beaufsichtigung der im übrigen recht autonomen, sich aus eigenen Bedürfnissen der Geselligkeit, Absicherung, Abgrenzung und Einflußausübung zusammenschließenden Gesellengilden oder -brüderschaften.

In diesem vermittelten Sinn – als Objekte zünftiger Regelung, als minderberechtigte, aber halb-autonom vergesellschaftete Junior-Mitglieder und zumindest potentielle Vollmitglieder der Zukunft – gehörten die allermeisten Gesellen um 1800 dem Zunftzusammenhang an.[87]

Dies ist festzuhalten: Die scharfe Untergliederung zwischen Gesellen und Meistern wie die zwischen Gesellen und Lehrlingen und damit die Existenz einer relativ klar abgrenzbaren Gesellenschaft waren Resultate des Zunftsystems, seiner Kraft und seines langen Überlebens. Die Zünfte im hier gemeinten Sinn aber waren ein Phänomen Mitteleuropas. In England führten die sehr viel frühere Kommerzialisierung des Gewerbes vor allem in Form des Verlags wie die fehlende Abstützung des Zunftwesens durch Stadtregierungen und Landesherren zur Erosion des Zunftsystems lange vor dem 18. Jahrhundert. Auch in Frankreich überlebte das Zunftsystem nicht bis ins Jahrhundert der Industrialisierung. Die aushöhlenden Kräfte des Verlagswesens wurden hier durch die anti-ständische Politik des Absolutismus und die traditionsbrechenden Wirkungen der Großen Revolution ergänzt, die östlich des Rheines fehlte. Dagegen mangelte es in Ost- und Südosteuropa an einer anderen Voraussetzung des Zunftsystems: an der starken Selbstentfaltungsfähigkeit städtisch-gewerblicher Gruppen, an der Beschränkung obrigkeitlich-zentraler Eingriffe und an der Entwicklung eines vergleichsweise autonomen Stadtbürgertums.[88] Dieser Abschnitt über Meister und Gesellen behandelt offenbar ein sehr mitteleuropäisches Phänomen.

Sicherlich ging die Wirklichkeit des Gesellenlebens in den zünftigen Regeln nicht auf. Die Realität entfernte sich oft von der Norm. Aber wenn sich auch in der Forschung die Meinung durchgesetzt hat, daß die obrigkeitlich entschärften Zunftordnungen des 19. Jahrhunderts wirtschaftsgeschichtlich wenig Einfluß ausübten und weder die Entstehung von großen Betrieben noch das Wirtschaftswachstum hemmten,[89] sozialgeschichtlich war die Zunfttradition keinesfalls ohne Gewicht. Was bedeuteten diese zünftige Einbindung und was deren allmählicher Abbau im 19. Jahrhundert für die Gesellen unter den hier interessierenden Fragen nach der Durchsetzung von Lohnarbeit und Klassenbildung? An Veränderungen der Handwerkslehre und der Gesellenwanderschaft soll dies im folgenden dargestellt werden.

b) *Lehre: Kontinuität und Wandel*

Die autobiographischen Berichte schildern die Handwerkslehre als hart und bedrückend.[90] Sie dauerte meist drei bis fünf Jahre, aber für Meistersöhne konnte sie kürzer und bei fehlendem Lehrgeld wie in besonders begehrten Berufen auch länger sein. Den zumeist zwischen zwölf, später vierzehn und achtzehn Jahren zählenden Lehrlingen wurden nicht nur berufliche Kenntnisse vermittelt. Zu den gesetzlichen Pflichten des Meisters gehörte es, für ihre sittlich-moralische Erziehung zu sorgen und sie vor „Lastern und Ausschweifungen" zu bewahren – so die typische Formulierung im Hamburger Generalreglement von 1840. Tatsächlich zog man sie zu vielerlei Hilfsarbeiten in der Werkstatt und Gesindearbeiten im Haushalt heran. Und sie hatten sich nicht nur der hausherrlichen Gewalt, sondern oft auch den Anordnungen der Meistersfrau und der Gesellen zu unterwerfen.[91]

Die in den verschiedenen Ländern zu verschiedenen Zeitpunkten durchgesetzten Reformen des Handwerksrechts vom Beginn des Jahrhunderts bis zur Gewerbeordnung von 1869 bewirkten vor allem (a) die Lockerung bzw. Abschaffung herkömmlicher Zugangsbeschränkungen, z.B. von Berufsverboten für Juden, für Abdeckersöhne oder für Personen unehelicher Geburt, von bisherigen Erschwernissen des Zugangs für Bauernsöhne, etc.; (b) die Betonung des Lesens, Schreibens und Rechnens, später auch des vorangehenden Schulbesuchs, als Zugangsvoraussetzung; (c) die Einführung individuell abzuschließender, schriftlicher Verträge als Grundlage des Lehrverhältnisses in Ergänzung und Relativierung von Zunftgebräuchen und Meisterwillkür; (d) die Festschreibung einzuhaltender Rahmenbedingungen, etwa die Anhebung des Mindestalters von zwölf auf vierzehn, so 1864 in Hamburg; die Festlegung von Obergrenzen für die Einschreibegebühr oder für die Probezeit); (e) die allmähliche Schwächung der Innungen meist zugunsten der Eingriffsrechte städtischer oder staatlicher Behörden bei der Abnahme der Gesellenprüfungen. 1845 sah die preußische Gewerbeordnung erstmals die Möglichkeit einer Lohnzahlung an den Lehrling vor. Allmählich wurde seine Verpflichtung zum Wohnen im Hause des Lehrherrn gelokkert, so 1845 in Preußen und 1861 in Sachsen.[92] Ganz allmählich kamen Handwerkerfortbildungsschulen auf – städtische, staatliche oder von Innungen bzw. von Vereinen betriebene –, die die Lehre beim Meister ergänzten.

Doch die Erlaubnis zum Besuch solcher Schulen mußte den Meistern meist mühsam abgerungen werden. Ihre Wirkung blieb äußerst begrenzt. Im Großherzogtum Hessen besuchten nur etwa 10% oder – zieht man die überrepräsentierten Bauhandwerkslehrlinge ab – nur etwa 2% aller Lehrlinge 1866 nebenher eine solche Schule.[93] In den meisten Staaten außerhalb Preußens blieb das paternalistisch-hausherrschaftliche Modell für die Normierung des Meister-Lehrlings-Verhältnisses bis in die 1860er Jahre bestimmend: Der nicht aufs Ökonomische eingegrenzten, vertraglich kaum limitierten Anordnungsgewalt und Fürsorgepflicht des Hausherrn entsprach die unspezifisch-allgemeine Gehorsams- und Dienstpflicht des Jungen. An den vorgesehenen Strafen ließ sich der Unterschied der bestehenden Verhältnisse zum Prinzip freier Lohnarbeit auf Vertragsbasis able-



Messerschmiede. Kolorierte Federlithographie um 1870

sen: Nicht etwa Geldstrafen und Entlassung drohten dem Lehrling im Falle von Ungehorsam und Nachlässigkeit, sondern eine ganze Palette abgestufter Strafen, die von der Züchtigung durch den Meister über die Abmahnung durch den Zunftvorstand und die Verhängung des Arrests bei Wasser und Brot durch eine städtische Amtsperson bis zur „Verabschiedung" reichten. Die Entlassung war also ultima ratio, wie umgekehrt die Aufkündigung der Lehre durch den Lehrling nur unter besonderen Bedingungen erlaubt war und ansonsten mit schweren Strafen bedroht wurde.[94]

Sicherlich änderte sich vieles. Das überquellende Arbeitskräfteangebot der 40er Jahre führte punktuell zur „Lehrlingszüchterei".[95] Dagegen wirkte die Konjunktur der 60er und frühen 70er Jahre in die umgekehrte Richtung: Lehrlinge wurden knapp, Lehrgeld kam aus der Mode, die Fluktuation nahm zu, auch vor Beendigung der Lehre und nicht selten in die besser bezahlenden Fabriken. Insgesamt scheint der Anteil der Lehrlinge mit ländlicher und unterbürgerlicher Herkunft zugenommen zu haben. Mit der Lockerung der Zugangsbeschränkungen und der Entflechtung von Meisterhaushalt und Lehre wurde dies möglich. Die Berufsvererbungsquote im Handwerk fiel. Wachsender Bedarf, zunehmende Migration und an Kraft verlierende Zugangsbarrieren wirkten zusammen. An der Veränderung der Lehrlinge merkte man es: Das Handwerk verlor an ständischer Distinktion.[96] Eine wachsende Minderheit der Lehrlinge hörte in den 60er und 70er Jahren auf, im Hause des Lehrherrn zu wohnen. In den 60er Jahren

brachen die gewerberechtlichen Reformen mit ihrer liberalisierend-versachlichenden Tendenz auf breiter Front durch. Im Zeichen der Gewerbefreiheit verlor die Gesellenprüfung – vorübergehend – ihren obligatorischen Charakter.

Solche Veränderungen konstatierte 1875 eine Enquête des Bundesrats. Trotzdem zog sie als Resümee, „daß die neuere gewerbliche Entwickelung die alte Bedeutung des Lehrlingsverhältnisses im wesentlichen unberührt gelassen hat, soweit das eigentliche Handwerk in Betracht kommt; hier besteht noch überall eine feste Grenze zwischen Lehrling und Gesellen, sie giebt sich in dem Unterschied der gesellschaftlichen Stellung, in der Abhängigkeit des Lehrlings von Meister und Gesellen ebensowohl kund, wie in den verschiedenen Arbeits- und Lohnverhältnissen".[97] Insgesamt blieb die Lehre unter der Regie der Meister – und nicht der Gesellen oder Behörden. Sicher zeichneten sich Individualisierungstendenzen ab, sicher lockerte sich das Meister-Lehrlings-Verhältnis ein wenig. Aber aufs ganze gesehen verlor die Lehre nur wenig von ihrer großen Bedeutung für die berufsspezifische Sozialisation des Nachwuchses, der hier nicht nur berufliche Fertigkeiten lernte, sondern auch im engen Zusammenleben mit Meisterfamilie und Gesellen in eine für das Handwerk und den jeweiligen Beruf typische Kultur eingeführt wurde. Daß diese berufsständische Kultur mit ihren spezifischen Normen und Lebensführungspraktiken durchgehend männlich geprägt war, liegt auf der Hand. Nur im Ausnahmefall erlaubten es die Zunftregeln. Frauen als Lehrlinge anzunehmen und als Gesellen zu beschäftigen.[97a] Die überlieferte Form der Berufserziehung trug zur Absicherung des Männermonopols im Handwerk bei.

c) Wanderschaft und berufsständische Tradition

Der junge Handwerker mochte achtzehn Jahre alt sein, wenn er die Lehre beendete, „freigesprochen" wurde und unter Beachtung der berufsspezifischen Formeln, Rituale und Gebühren von den Gesellen des Orts als ihresgleichen akzeptiert wurde.[98] Aber erst etwa zehn Jahre später – im Alter von knapp dreißig, manchmal etwas früher, oft noch später – mochte er sich als Meister selbständig machen, falls er nicht in eine unzünftige Position auf dem Lande, im Verlagswesen, in der Fabrik oder in anderen Arbeitsbereichen abwanderte oder einfach Geselle blieb wie die meisten im Baugewerbe, oder aber – umgekehrt – als Meistersohn den Weg abkürzen konnte.[99] Das war eine Phase langedauernder Abhängigkeit und Zweitrangigkeit, bis weit ins Erwachsenenalter hinein, teilweise gesetzlich und statutarisch erzwungen, teilweise durch Brauch und Tradition gewährleistet.

Im Zentrum dieser langen Übergangsphase stand eine mehrjährige Wanderschaft: drei bis fünf Jahre im Durchschnitt, mit großen Abweichungen vor allem nach oben. Im frühneuzeitlichen England war sie unbekannt, dafür dauerte dort die Lehre meist länger. In Frankreich war das Gesellenwandern schwächer entwickelt und im späten 18. Jahrhundert nicht mehr obligatorisch.[100] In den deut-

schen Staaten dagegen schrieben die Zunftartikel und das Gewerberecht eine mehrjährige Wanderpflicht der Gesellen seit dem 16. Jahrhundert fest, wenn auch Ausnahmen möglich und Durchbrechungen häufig waren. Wo der gesetzlich-statutarische Wanderzwang fiel – in Preußen größtenteils schon 1811 und endgültig 1831, in den meisten anderen Staaten erst nach der Mitte des Jahrhunderts – wanderten viele Gesellen dennoch weiter; es gehörte dazu und lag vor allem so lange nahe, wie dauerhafte und als akzeptabel geltende Handwerkerstellen, sei es für Selbständige im Handwerk selbst, sei es für handwerklich qualifizierte Arbeiter in Großbetrieben, knapp waren. Erst seit dem dritten Viertel des Jahrhunderts ging das Gesellenwandern zurück.[101]

Seit mindestens der zweiten Häfte des 18. Jahrhunderts wurde über Sinn und Unsinn, Nutzen und Nachteil des obligatorischen Gesellenwanderns öffentlich debattiert. Die Kritiker hielten es für einerseits überflüssig und andererseits schädlich, da es die Gesellen zum unsteten Leben, zum Betteln und „Fechten" verleite und viele von ihnen zu Taugenichtsen und „Herumläufern" verkämen. Sie „arbeiten wenig oder nichts, und was sie den Tag über erbettelt, verfressen und versaufen oder verspielen sie des Abends in den Wirtshäusern. Sie nehmen eher keine Arbeit an, als bis sie die Noth dazu treibet; und wenn sie einige Wochen gearbeitet und ein paar Gulden gesammelt haben, sagen sie die Arbeit auf und wandern wieder fort; welches dem Nahrungsstande gar nicht beförderlich ist".[102] Das Argument hielt sich in den folgenden Jahrzehnten, vor allem bei den Vertretern der Gewerbefreiheit. Dazu kam die im Vormärz und in der Revolutionszeit zunehmende Besorgnis, daß die wandernden, sich zünftiger und staatlicher Aufsicht entziehenden jungen Handwerker zu Trägern aufrührerischen Betragens und sozialen Sprengstoffs würden, zum „Heerd, auf welchem mancher politische Gifttrank gebraut ward, der von hier aus schnell in weite Kreise des Volkslebens verbreitet [wird]. Der Handwerksbursche ist beweglicher und entzündlicher wie der Bauernbursche [...]"[103]

Die Verteidiger des Gesellenwanderns brachten vor, es diene der fachlichen Ausbildung und allgemeinen Horizonterweiterung der jungen Handwerker; es befördere überdies den überregionalen Wissensaustausch, den Technologietransfer und damit das Gewerbe.[104] Folgt man den Autobiographien der Handwerker, die sich ja besonders gern mit ihren Wanderjahren befaßten, dann gewinnt man den Eindruck, daß in der Tat Neugier und Lernbedürfnis so manchen frischgebackenen Gesellen auf die Reise getrieben haben. Das Urteil der Wandergesellen über ihre oft sehr schnell wechselnden Arbeitsplätze hing nicht zuletzt davon ab, ob man dort etwas Neues dazulernen konnte. Und wenn es die Schneider nach Berlin und Paris, die Buchdrucker nach Leipzig und die Metallhandwerker besonders nach Chemnitz zog, dann nicht zuletzt aus fachlichen Gründen.[105] In der Rückschau zumindest erscheint manche dieser mehrjährigen Wanderungen durch Deutschland und Europa als kleinbürgerlich-bürgerliche Bildungsreise. Über Theaterbesuche und Sehenswürdigkeiten, Naturschönheiten und interessante Begegnungen, neue Freundschaften und Merkwürdigkeiten aller Art berichten die entspechenden Erinnerungsbriefe und -schriften ausführlich und gern. Selbst wenn man nicht jeden Bericht in diesen aus der verschönenden Per-

spektive des Alters geschriebenen Jugenderinnerungen zum Nennwert nehmen darf, bleibt genug um zu begreifen, daß jene mehrjährigen Wanderungen zu Fuß und mit Postwagen, mit Schiff und Eisenbahn, allein und in Gruppen aus den jungen Reisenden oft andere Menschen gemacht haben müssen: durch vielfältige Erfahrungen und Anregungen, Abenteuer, Bildung und Qualifikation. Wenn aus jungen Handwerkern Fabrikgründer wurden, wie so oft vor allem im metallverarbeitenden Bereich, lag dem nicht selten eine Erfahrung, eine Anregung, eine Information zugrunde, die von der Wanderschaft ins Ausland mitgebracht und nun ausgenützt wurde. Sicherlich trug die Bekanntschaft mit fremden Lebensverhältnissen und neuartigen Ideen – vor allem im politisch fortschrittlicheren Westen Europas – dazu bei, daß sich bei einigen der wandernden Gesellen Kritik an der heimischen Unterdrückung und Bereitschaft zum politischen Engagement herausbildete. In den liberalen, demokratischen und sozialistischen Bewegungen der ersten Jahrhunderthälfte spielten Gesellen mit Wandererfahrung eine bedeutende Rolle. Reisen bildete, auch in diesem Punkt. Die halbabsolutistischen Regierungen des Deutschen Bundes wußten, warum sie das Gesellenwandern in die Schweiz, nach Frankreich und nach Belgien zeitweise verboten, wenn auch regelmäßig ohne allzu viel Erfolg.[106]

Doch dies ist nur die eine Seite. Sieht man sich die Wandergebote und die Zusammenhänge ihrer Entstehung näher an, dann bleibt wenig Zweifel, daß die massive Institutionalisierung des Wanderzwangs zumindest auch ein konkurrenzregulierendes Instrument der Nahrungssicherung, eine Strategie der Entlastung und des Schutzes darstellte, durch die sich die Meister eine große Zahl potentieller Konkurrenten auf längere Zeit vom Leibe hielten, ohne auf ihre Zuarbeit verzichten zu müssen und ohne sie zu einem sozial explosiven Protestpotential anwachsen zu lassen. Während ihres langen Wartens auf die spätere Selbständigkeit wurden, so kann man den Wanderzwang interpretieren, die Gesellen auf Reisen geschickt. Ansässig vor Ort, wären sie sicher ungeduldiger geworden, hätten sie sicherlich ihre trotz guter Qualifikation und ausgeprägter Ehransprüche prinzipiell untergeordnete und minderberechtigte Situation nur schwer ertragen. Das Wandern dagegen unterstrich das Transitorische ihrer Existenz und machte sie so akzeptabler. Wenn sie an einem Ort ihre Arbeit und Lebensgrundlage verloren, bestand Hoffnung auf Besserung am andern. Das Wandern hatte insofern eine Ventilfunktion. Es stellte den Wechsel auf Dauer und verhinderte damit die Entstehung festgefügter Sozialbeziehungen, in denen die Gesellen auf Unzuträglichkeiten wahrscheinlich mit systematischeren Veränderungsanstrengungen an Ort und Stelle reagiert hätten – statt im Zweifelsfall abzuwandern und ihr Glück woanders zu suchen. Insofern war die Institution des Gesellenwanderns eine jener Vorkehrungen, die den Meister-Gesellen-Unterschied gegen an sich möglichen Protest der minderberechtigten, zu langen Karenzzeiten verurteilten Gesellen abzuschirmen und die ungleiche Verteilung des Mangels an Nahrung und Stellen zu erhalten half. Zu dieser Interpretation paßt, daß das Gesellenwandern in den Jahrzehnten zunehmender Arbeitsplatzknappheit vom späten 18. Jahrhundert bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts an Verbreitung gewann, aber rückläufig wurde, als seit dem dritten Viertel des 19. Jahrhunderts das Überange-

bot an gewerblichen Arbeitskräften dahinzuschmelzen begann und eine Phase wachsender Nachfrage nach gewerblichen Arbeitskräften einsetzte.[107]

Wenn man sich diese Zusammenhänge klar macht, erscheint das Wandern zugleich als Ausdruck eines zahlenmäßigen Ungleichgewichts zwischen der Nachfrage nach und der Verfügbarkeit von handwerklichen Vollstellen, als spezifische Form der Arbeitsplatzsuche, als verdeckte Form der Stellenlosigkeit und als Mechanismus zum interregionalen Arbeitsmarktausgleich. Es wundert nicht, daß in den besonders angespannten Jahrzehnten zwischen 1830 und 1860 die große Mehrheit der Gesellen in Städten wie Berlin, Hamburg, Frankfurt oder Leipzig wieder abzog, ohne einen Arbeitsplatz zu finden.[108] Sofern noch zünftige Ordnungen bestanden, zogen sie allerdings zumeist erst nach Erhalt eines „Geschenks" bzw. einer Wegzehrung ab, das sie von der örtlichen Gesellenschaft des jeweiligen Berufs, der örtlichen Meisterzunft oder – im Ausnahmefall – von einer behördlichen Stelle erhielten.[109]

Wenn das „Geschenk" in den Jahren der Not nicht reichte oder wegen Verletzung der Zunftregeln versagt wurde oder in gewerbefreien Gebieten ausfiel, wenn die Arbeitssuche lange erfolglos blieb oder der Geselle aus anderen Gründen dauernd beschäftigungslos war, mochte er sich aufs „Fechten", d.h. aufs Betteln, verlegen, wodurch er seine Gesellenehre nicht unbedingt beeinträchtigt sah, aber leicht in Konflikt mit der Polizei oder dem Bettelvogt geriet.[110]

Für eine nicht unbedeutende Minderheit der Gesellen, die den ärmeren Handwerken angehörten und ihre Zunft- und Familienbindungen in den langen Jahren der Wanderschaft verloren, war der Übergang in die Bettelei, das Vagabundentum und die Kriminalität fließend. Sie mischten sich unter die vielen Tausende von Nomaden – Wanderarbeiter, Hausierer, Spielleute, Schausteller, Kesselflicker, Lumpensammler, Bettler, Obdachlose, Migranten aller Art, die die Straßen Deutschlands um die Mitte des Jahrhunderts bevölkerten, und sie verloren den Anschluß an die kleinbürgerliche Existenz des ehrbaren Handwerks. Auch auf diese Weise trug das Wandern dazu bei, den Konkurrenzdruck des nach Meisterstellen strebenden Nachwuchses etwas zu lindern: durch den Abstieg ins Lumpenproletariat. Im 18. Jahrhundert hatte die Anwerbung erfolgloser Handwerksgesellen zum Militär eine ähnliche Funktion gehabt.[111]

Aber für die große Mehrheit der Gesellen hielten sich die Zeiten der Beschäftigungslosigkeit und der vergeblichen Arbeitssuche doch sehr in Grenzen. Für eine Stichprobe von Gesellen, die zwischen 1815 und 1860 im Chemnitz Halt machten, hat man aufgrund ihrer Wanderbücher berechnet, daß sie sich während fünf Sechstel ihrer zurückliegenden Wanderzeit in einem Arbeitsverhältnis befanden. Immerhin: zwei von zwölf Monaten hatten sie für Wanderung, Arbeitssuche und mehr oder weniger freiwilligen „Müßiggang" verwendet. Meist allerdings blieben sie nur ein paar Wochen oder Monate bei ein und demselben Meister, bevor sie sich erneut auf den Weg machten.[112]

Das Wandern half nicht nur mit, einen überlokalen und überregionalen Arbeitsmarkt herzustellen. Es war überdies die wohl wichtigste Ursache, die Handwerksgesellen, wenn auch nach Berufskreisen gegliedert, zu einer überregionalen, gewissermaßen gesamtdeutschen Gruppe werden zu lassen, die bei

allen regionalen Unterschieden über gemeinsame Erfahrungen, Umgangsformen und Erkennungszeichen verfügte, über die lokalen und regionalen Grenzen hinweg verknüpft war und dies immerhin so, daß der reisende Geselle bei fehlender Arbeit oder sonstiger Not auf die Unterstützung der Berufsgenossen und immer auf ihre Gesellschaft rechnen konnte. Dieser durch die Lehre, gemeinsame Bräuche, ähnliche Arbeitserfahrungen und vielfältige Kontakte gestützte Zusammenhang hatte die Gesellen vor allem im 18. Jahrhundert zu solidarisch-kollektiven Aktionen gegen Meister, Zünfte und Obrigkeiten in den Stand gesetzt. Durch ganz Mitteleuropa – mit Abstechern nach Paris, Brüssel und Amsterdam, nach Mailand und Venedig, Laibach und Warschau, Kopenhagen und Stockholm – führten die im übrigen sehr individuell gestalteten, vom Herkunftsort stark mitbestimmten Reisewege, mit Schwerpunkt auf dem deutschsprachigen Raum.[113] Während Nahrungsmittel- und Metallhandwerker weit ausgriffen – Routen mit mehr als 1.500 km Länge waren allerdings selten –, tendierten die Textilhandwerker zur kleineren Rundreise im „Inland", jedenfalls hat man das so für Sachsen eruiert.[114] Wie immer die Reise verlief und wo immer er hinkam, suchte der wandernde Geselle zuerst den Kontakt zu den Berufsgenossen. Der 1842 geborene, von 1860 bis 1867 wandernde Oldenburger Klempner Christian Mengers beschrieb das am Beispiel Dessaus:[115]

„Jeder Beruf hatte seine eigenen Handwerksgebräuche, die Zunftformeln, die man genau kennen mußte; z. B. beim Umschauen nach Arbeit, wenn man sein Geschenk holte, beim Ausschenken usw. Diese Formeln kannte jeder abgefundene oder zünftige Geselle. Wer nicht abgefunden war, wurde überhaupt von jeder Lade ausgeschlossen, hatte keinen Anteil an der Gemeinschaft der zünftigen Gesellen und keinerlei Anspruch auf Unterstützung in Notfällen. Die Fremdenstube auf den Herbergen war nur für die zugereisten Gesellen verschiedener Berufe. Sattler, Klempner, Schmiede, je nachdem es die Umstände erforderten, waren vielleicht auf derselben Herberge vereint. Jeder Beruf hatte sein eigenes Schild, jeder mußte sein Schild (Insignium) kennen und sich an den Tisch setzen, über dem sein Schild hing. Die in Arbeit stehenden Kollegen waren moralisch verpflichtet, ab und zu auf der Herberge zu erscheinen und einmal nachzusehen, ob Fremde zugereist waren. In der Regel wurden diese dann „ausgeschenkt", d. h. mit Bier oder auch ausnahmsweise mit einem Imbiß traktiert. Dabei ging es so zu: Der Arbeitsgeselle tritt ein. „Fremde Klempner hier?" – Der Fremde: „Zu dienen." Dabei mußte er aufstehen und zwei Knöpfe seines Rockes von links nach rechts zuknöpfen. – „Seien Sie willkommen. Was sind Sie für ein Landsmann, wo haben Sie zuletzt gearbeitet? Kann ich Ihnen aufwarten?" – Der Fremde: „Steht in guter Hand." – „Womit kann ich dienen?" Der Fremde: „Mit Rat und Tat und guten Worten, mit Bier und Wein von allen Sorten." – „Bitte setzen Sie sich. Hier, trinken Sie erst einmal, wohl bekomms!"

„Am andern Morgen hielt ich Umschau, d. h. ich mußte, wie das in größeren Städten üblich war, vom Altmeister das Umschaubuch holen. In diesem war das Verzeichnis sämtlicher Meister eingetragen; diejenigen, die einen Gesellen suchten, waren vorgemerkt. Ich hatte Glück, es war bei vier Meistern Arbeit angesagt, ich ging aber zunächst zum Altgesellen, empfing dort mein Gesellengeschenk und erkundigte mich nach den Verhältnissen der betr. Meister. Da der Altgeselle als Vertrauensmann seines Gewerks stets über die Situation und

den Charakter der Meister orientiert war, konnte man seine Auskunft als glaubwürdig annehmen. Er empfahl mir als den besten von den Vieren Meister Mischke an der Grimmaischen Straße. Meister Mischke hieß mich freundlich willkommen. Er war ein Mann in den mittleren Jahren, etwa ein 40er. Seine Frau, eine freundliche sympathische Erscheinung, mochte um 6 Jahre jünger sein als ihr Gemahl. Nachdem er mein Wanderbuch durchgesehen, wurde ich eingestellt; für den Rest dieses Tages konnte ich es mir auf Kosten des Meisters gemütlich machen, d. h. mir die Stadt ansehen und mich zum Abendbrot wieder einfinden. Der Lehrling mußte mir meinen Berliner von der Herberge abholen, das war Handwerks-Brauch. Am andern Morgen um 5 Uhr wurde mir schon von Meister Mischke mein Arbeitsplatz angewiesen, und damit war ich wieder in gewohnter Tätigkeit [...]".

Die lokalen Gepflogenheiten variierten. Vor allem dürften andernorts die Gesellen weniger Einfluß auf die Arbeitsvermittlung gehabt haben. In großen Städten wie Wien besaßen die größeren Berufe, z. B. die Schneider, eigene Herbergen, die anderen Berufen nicht offenstanden. Manchmal waren die Herbergen auch konfessionell gebunden.[116] Zwischendurch müssen die Herbergen überfüllten Heimen obdachloser Männer geglichen haben, nicht immer ging es so harmonisch ab wie im geschilderten Fall. Aber das Wesentliche wird daraus klar: die Erkennungsfunktionen der berufsspezifischen Formeln und Rituale, die allerdings durch die seit dem 18. Jahrhundert üblich werdenden schriftlichen Ausweise – zuerst Kundschaften, dann Wanderbücher – allmählich obsolet wurden;[117] die Einbettung des ankommenden Gesellen in sein berufsspezifisches Milieu; die Herberge als Unterkunft, Kommunikationszentrum und Arbeitsvermittlung. Neben der Familie des Meisters und neben den in der Fremde gern begrüßten Landsleuten[118] stellten die Berufsgenossen den wichtigsten Geselligkeitskreis der wandernden Gesellen dar – auf der Wanderung selbst wie auf den einzelnen Stationen. Die zugleich disziplinierende Fürsorge für wandernde und in Not geratene Berufsgenossen und die Mithilfe bei der Organisation des Herbergslebens waren die wichtigsten Aufgaben, zu deren Wahrnehmung sich Reste von Gesellen-Selbstverwaltung vor allem außerhalb Preußens bis in die 60er Jahre hielten – wenn auch meist unter obrigkeitlicher Aufsicht und unter Kontrolle der von Meistern besetzten Zünfte.[119] Vor allem im Baugewerbe und besonders im nördlichen Deutschland überlebten überdies autonome und oftmals wegen behördlicher Verfolgung geheime Bruderschaften der wandernden Gesellen auf beruflicher Grundlage, mit Resten eigener Gerichtsbarkeit, geheimen Riten und Formeln und oftmals in Abgrenzung zu den fest ansässigen Gesellen desselben Berufs.[120]

d) Berufsständische Identität und ihr Zerfall: der Zangenangriff von Obrigkeitsstaat und Kapitalismus

Die Erfahrungen der jungen Handwerker während Lehre und Wanderschaft halfen mehr als alles andere mit, jenen berufsständischen Zusammenhalt zu begrün-

den, der zwar immer prekär und locker, oft eher virtuell als tatsächlich war, aber dennoch die Gesellen auch noch in den ersten zwei Dritteln des 19. Jahrhunderts vor fast allen anderen Teilen der entstehenden Arbeiterschaft auszeichnete. Dieser Zusammenhalt basierte auf gemeinsamen beruflichen Fertigkeiten und einigermaßen übereinstimmenden berufs- und stellungsbezogenen Interessen; zu ihm gehörten gemeinsame Formen der Lebensführung, Ehrbegriffe und Normen; in gegenseitigem Erkennen und verdichteter Kommunikation wurde er realisiert und durch Reste eines spezifischen gemeinsamen Rechts ebenso abgestützt wie durch die Erwartungen Dritter, die die Gesellen sowohl von den Meistern wie auch von anderen Teilen der handarbeitenden Bevölkerung unterschieden. Als Genossen dieses oder jenes Berufs mit entsprechenden Fertigkeiten, Standards und Kollegen hoben sich auch die noch im Meisterhaushalt lebenden Gesellen über die sonstigen Hausgenossen hinaus. Berufsständische Identität brach und relativierte ihre hausherrschaftliche Einbindung – ganz anders als es jemals beim Gesinde, bei Insten und Heuerlingen der Fall sein konnte. Auf diesem berufsständischen Zusammenhalt beruhte die kollektive Handlungs- und Protestfähigkeit der Gesellen, die sich die Organisatoren der Streiks des 19. Jahrhunderts und auch noch die frühen Gewerkschaften ein wenig zunutze machen konnten. Es handelte sich um einen überregionalen Zusammenhalt mit tendenziell gesamtdeutscher Erstreckung, und es mag durchaus sein, daß die frühen Neigungen der Gewerkschaften zu zentraler, reichsweiter Organisation von diesem Erbe beeinflußt wurden.[121]

Berufsständische Identität zeichnete sich durch zwei zusätzliche Momente aus: Zum einen definierte sie Gesellen als zukünftige Meister und betonte damit bei aller Unterschiedlichkeit das den Gesellen und Meistern Gemeinsame. Darauf kommen wir gleich zurück. Zum anderen grenzte sie die Gesellen scharf ab. Sie grenzte sie ab gegenüber den Gesellen der anderen Berufe, obwohl die Kontakte auf den Herbergen, beim Wandern, auf Handwerkerfesten und sonst, die Ähnlichkeiten der Lebenssituation und gemeinsame Interessen berufsübergreifende Brücken bauten. Vor allem aber grenzte sie sie gegenüber anderen Teilen der handarbeitenden Bevölkerung ab. Selbstbewußt-standesgemäß blickten Gesellen auf Gesinde und Heimarbeiter herab. Von einer durch und durch männlichen Kultur geprägt, verachteten sie die Zusammenarbeit mit Frauen. So oft sie den ökonomischen Anreizen der Fabrikarbeit auch nachgaben, so wenig respektierten sie sie, denn sie brach mit den Standards ehrbarer, qualifizierter, ganzheitlicher Arbeit, an denen ihr Stolz und ihr Selbstbewußtsein hingen. Und weil ihre Existenz so stark durch Formen und Formeln, durch Symbole und Selbstdarstellung geprägt war, erwiesen sie sich oft als sehr intolerant gegenüber jeder Verletzung der standesgemäßen Normen, um so mehr, je stärker ihre standesgemäße Herausgehobenheit real bedroht war. Ihre Neigung zum Pathos steht in diesem Zusammenhang, ihr Moralisieren auch. Schnell wurden heiratende Kollegen zu verachteten „Weibergesellen", und an der Diskriminierung von Gesellen, die unzünftige Arbeiten übernahmen, beteiligten sich auch ihre Kollegen.[122]

Es ist einzuräumen, daß diese berufsständische Exklusivität der Gesellen

mehr ein Phänomen des 18. als des 19. Jahrhunderts war und überhaupt häufig durchbrochen wurde. Wie verbreitet sie letztlich war, wissen wir nicht. Es ist ja bekannt, daß viele Gesellen sich früh als „Arbeiter" definierten und verhielten: als Aktivisten früher radikaler Bewegungen und als Verbündete anderer Angehöriger der Unterschicht.[123] Aber zweifellos stellte auch noch zur Zeit der entstehenden Arbeiterbewegung, also im zweiten Drittel und dritten Viertel des 19. Jahrhunderts, die berufsständische Tradition der Gesellen nicht nur eine wichtige Grundlage ihrer kollektiven Handlungsfähigkeit dar, sondern auch eine Grenze ihrer Solidarität mit anderen Arbeitern.[124] Allerdings schwächte sie sich kontinuierlich ab. Staat und Kapitalismus arbeiteten gemeinsam an ihrer Aushöhlung.

Seit der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts verstärkten die sich kraftvoll entfaltenden Territorialstaaten ihre Eingriffe ins Gewerbe. Aus Interesse an Gewerbeförderung und wirtschaftlicher Modernisierung bemühten sich die Fürsten und ihre Beamten, die herkömmlichen Privilegien des Zunfthandwerks zu schwächen. Seit dem Ende des 18. und vor allem im 19. Jahrhundert kam – angesichts revolutionärer Erfahrungen und aufrührerischer Gesellen – das Motiv der sozialen Kontrolle hinzu. Die Erfolge der obrigkeitlichen Interventionen blieben im 18. Jahrhundert äußerst begrenzt. Aber die Reformen des 19. verschoben die Gewichte eindeutig zugunsten der staatlichen, mehr oder weniger für Gewerbefreiheit eintretenden Obrigkeiten und zuungunsten der zünftigen Freiheiten und Privilegien. Zwar gelang es *den Meistern* auch noch in den ersten zwei Dritteln des 19. Jahrhunderts, einen guten Teil ihrer Rechte zu verteidigen: als Leiter ihrer kleinen Betriebe wie als Mitglieder von Zünften, die zwar eine radikale Beschneidung und staatliche Beaufsichtigung ihrer Kompetenzen erfuhren, aber teils überlebten, teils als Innungen wiederbelebt wurden. Dagegen setzte sich die obrigkeitliche Regulierungsgewalt – nicht ohne Unterstützung der Meister – seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert gegen die berufsständische Autonomie der *Gesellen* voll durch.

Nachdem das 18. Jahrhundert mit einer grandiosen Welle von Handwerksgesellenboykotten geendet hatte und die sozialen Befürchtungen im Gefolge der Französischen Revolution angeschwollen waren, benutzten die landesherrlich-einzelstaatlichen Behörden und städtischen Magistrate die ersten Jahre des 19. Jahrhunderts, die durch Übersetzung und wirtschaftliche Krisen ohnehin in ihren Leistungen (etwa für arbeitslose Genossen) überforderten Bruderschaften zu schließen oder der strikten Kontrolle von Meisterzünften und städtischen Behörden zu unterstellen. Die „Lade" war herkömmlicherweise das finanzielle und symbolische Herzstück der Gesellenautonomie, ihre Beschlagnahme oder Unterstellung unter fremde Kontrollen bezeichnete regelmäßig den entscheidenden Bruch. Die Kontinuität der Gesellenboykotte und -aufstände brach schlagartig ab. Nur in wenigen Territorien blieben die Gesellenorganisationen relativ unbeeinträchtigt, so vielleicht in der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt. Nur in sehr kleinem Ausmaß überlebten einige von ihnen als geheime Gesellschaften, so vor allem im Baugewerbe. Oft existierten sie in domestizierter Schrumpfform fort: als Kooperation der Gesellen zur Einbringung von Kassen- und Fürsorgelei-

stungen für wandernde und in Not geratene Kollegen sowie als Mitorganisatoren des Herbergslebens, das im übrigen unter behördliche oder zünftige Kontrolle geriet, mit dem Herbergsvater als Kontrollagenten. Unter Aufsicht der Zünfte und Innungen, unter Kontrolle der städtischen Behörden und mit reduzierter Funktion mochten auch neue Gesellenorganisationen entstehen. Aber als im dritten Viertel des Jahrhunderts Gewerkschaften entstanden, konnten sie, das sei gegen weitverbreitete Fehlurteile betont, nur sehr wenig an die älteren Organisationstraditionen der Gesellen anschließen.[125]

Mit ihren Organisationen kam den Gesellen ein Grundpfeiler ihrer berufsständischen Identität abhanden, denn zu ihr gehörte ein Minimum an rechtlicher Absicherung und institutioneller Verfestigung.[126] Die staatlich durchgesetzte Aufhebung der Gewerbefreiheit gehört in denselben Zusammenhang. Mit der Aufhebung der Zünfte ging endgültig in den 60er Jahren – teilweise schon vorher – jenes System der „Geschenke", Rechte und Pflichten zugrunde, das als Gerüst des Gesellenwanderns und damit der immer neuen Belebung des berufsständischen Gesellen-Zusammenhalts gedient hatte.[127] Aber die behördlichen Eingriffe reichten noch tiefer, an den verschwindenden Organisationen vorbei richteten sie sich auf die einzelnen Gesellen. An der Gängelung der Wanderschaft läßt sich das zeigen.

Auf die zeitweilig gültigen einzelstaatlichen Wanderverbote und auf die zeitweilige Sperrung des als politisch gefährlich geltenden westlichen Auslands für wandernde Gesellen durch deutsche Behörden in den 30er, 40er und 50er Jahren wurde bereits verwiesen. Seit 1731 waren die „Kundschaften" obligatorisch. Das waren von Zünften und Meistern ausgestellte Ausweispapiere der wandernden Gesellen, die über deren Lehre, zünftige Freisprechung und Reiserouten, über ihre bisherigen Arbeitsplätze und eventuell über ihre Zusammenstöße mit der Obrigkeit Auskunft gaben und bei jeder neuen Anstellung vorgelegt werden mußten: Instrumente zünftiger Gesellenkontrolle mit obrigkeitlicher Rückendeckung, oftmals gegen Gesellenwiderstand durchgesetzt, aber gleichzeitig von den Gesellenorganisationen für eigene Zwecke benutzt. Es ist bezeichnend für die zunehmende Durchstaatlichung der Gesellenkontrollen, daß diese „Kundschaften" zwischen 1808 und 1829 durch behördlich ausgestellte Wanderbücher ersetzt wurden. Zusammen mit Reisepässen und Visen dienten die bei Ankunft in einer Stadt bei der Polizei abzugebenden und bei der Abreise abzuholenden, kontinuierlich zu führenden Wanderbücher zur intensiven Kontrolle der Gesellen und ihrer Wanderungen – bis hin zum Voraus-Visieren von Wanderrouten, die dann ohne erneute Genehmigung nicht verlassen werden durften. Es ging den Obrigkeiten um die Kanalisierung eines leicht zu sozialen Turbulenzen führenden Wanderstroms, um die Verhinderung des massenhaften Bettelns und – seit der Revolution von 1830 zunehmend – um die politische Kontrolle der Wandergesellen, unter denen man zu recht die Träger demokratischer, sozialistischer und auch revolutionärer Ideen vermutete, besonders wenn sie aus dem westlichen Ausland in den zensurgeplagten Deutschen Bund zurückkehrten. Klagen über das endlose Warten auf Polizeistationen und Zollämtern, Berichte über schikanöse Durchsuchungen und Befragungen, Erinnerungen an das Katz-und-

Maus-Spiel mit Gendarmen und Bettelvögten, und die Kritik an den vielfältigen Kontrollen des einstmals viel freieren Herbergslebens durchziehen die Erinnerungen an die Wanderjahre.[128] „Vom Staate kennen sie nichts als die Polizei, aber diese freilich genau", schrieb Perthes 1856 über die Wanderer auf Deutschlands Straßen, darunter die Gesellen. In seinem Rechtskommentar listete gleichzeitig Ludwig von Rönne die Vielzahl der polizeilichen Gesellenkontrollen auf, die in Preußen meist schon seit den 1820er Jahren galten: von der „Beaufsichtigung wandernder Gewerbsgehilfen" und der Herbergskontrolle über das „Verbot willkürlichen Feierns der Gewerbegehilfen" und das „Verbot der Neujahrsgratulation von seiten der Gesellen und Lehrburschen" bis hin zur „Beschränkung der Zahl des Leichengefolges bei Begräbnissen der Handwerksgesellen" und zur Verfolgung anderer „Mißbräuche".[129] Und der wirtschaftsliberale Kritiker des Gesellenwanderns, Victor Böhmert, schrieb 1858: „Der polizeiliche Druck, der auf den wandernden Gesellen lastet, spricht sich gleich im Anfange des Wanderbuches in einer Reihe der lästigsten Anordnungen und Vorschriften, z.B. dem Vorweisen von Reisegeld, der Ertheilung von Zwangspässen u.s.w. aus. Er offenbart sich ferner in den meisten Fällen in einer lieblosen und barschen Behandlung gegen die Gesellen, da nun einmal die seltsame Voraussetzung gilt, daß die Vermuthung gegen die Wanderburschen streite, und es rechtfertige, ihnen mit Argwohn und Strenge entgegenzutreten."[130]

Das gibt den Blick frei auf einen sehr grundsätzlichen Zusammenhang. Sicherlich ließen die damaligen staatlichen Kontrollen so manches Schlupfloch und blieben an Effektivität weit hinter den Maßstäben des 20. Jahrhunderts zurück. Doch wie die Alltagswirklichkeit der Gesellen in einem für ihre westeuropäischen Kollegen undenkbaren Ausmaß obrigkeitsstaatlich-bürokratisch durchdrungen war, so wurden ihr Verdruß und ihre Mißstimmungen, ihre Vorbehalte und schließlich ihre Proteste immer auch gegen die Obrigkeit, gegen den Staat gelenkt: erfahrungsbegründete Voraussetzung der Neigung so mancher von ihnen, in revolutionären Situationen ihren Protest nicht nur radikal, sondern auch fundamental – gewissermaßen systemisch – zu fassen. Dies ist jetzt nicht weiter zu verfolgen. Hier kommt es vielmehr darauf an zu verstehen, daß auch im Alltag und unterhalb der Ebene der ohnehin sehr geschwächten Organisationen die berufsständische Autonomie der Gesellen durch bürokratische Gängelung eingeebnet wurde, und zwar durch Eingriffe, die von den Gesellen über die sie unterscheidenden Berufsgrenzen hinweg in prinzipiell gleicher Weise erfahren wurden. So brachten ihnen staatliche Eingriffe bei, daß sie gewissermaßen in einem Boote saßen. Übrigens wirkte die staatliche Kassengesetzgebung lange vor der Bismarckschen Sozialversicherung in die gleiche Richtung. Als die in eigener Regie der Meister und Gesellen betriebene Sicherung gegen Notfälle, Krankheit, Sterbefälle und Beschäftigungslosigkeit nicht mehr ausreichte, teils weil die Zunfttradition zerschlagen worden war, teils weil die Probleme übermächtig wurden, dekretierten die Regierungen seit den 20er Jahren die Errichtung von meistens lokalen Kassen. Aber diese versorgten in der Regel nicht die Gesellen eines Berufs für sich. Oft beschränkten sie sich nicht einmal auf Gesellen des Handwerks. Vielmehr schlossen sie häufig Gesellen verschiedenen Berufs und Fabrik-

arbeiter zusammen, wie überhaupt das entstehende Arbeitsrecht bald die beruflich-ständischen Differenzierungslinien übersprang und verwischte.[131] Durch Verfolgung und Fürsorge trug damit der Staat zur Klassenbildung bei.

Die allmähliche Durchsetzung des Kapitalismus wirkte in dieselbe Richtung und trug kräftig dazu bei, daß das berufsständische Profil der Gesellen allmählich zerrann. Von den Gesellen, die in den zunehmend verlegten Massenhandwerken Heimarbeiter wurden und sich damit nach Kapitalabhängigkeit, Arbeitsteilung, Zukunftsperspektive und meist auch Familienstand eklatant von der klassischen Gesellenexistenz entfernten, wurde bereits hinreichend gesprochen.[132] In ähnlicher Weise wurde die Ausfransung des Gesellenstandes in eine allmählich entstehende Lohnarbeiterschaft hinein durch die Ausbreitung der Fabriken gefördert. Nehmen wir Berlin als Beispiel: Vereinzelt waren zünftige Gesellen schon im 18. Jahrhundert in die Fabrik übergewechselt, gegen den Widerstand der Zünfte und oftmals bei Verlust ihrer zünftigen Rechte. Noch um 1820 wurden zünftige Gesellen, die in Fabriken oder bei unzünftigen Meistern arbeiteten, mit Geldstrafen belegt. 1827 war das vorbei, und 1842 war die Fabrikarbeit von Gesellen in dieser relativ gewerbefreien, früh industrialisierenden, großen Stadt so üblich geworden, daß der Magistrat sich angesichts des damit verbundenen „unaufhörlichen Arbeitswechsels" nicht mehr in der Lage sah, eindeutig zwischen Handwerksgesellen und Fabrikarbeitern mit handwerksmäßiger Ausbildung zu unterscheiden. „Der Geselle, der heute bei einem Meister in Arbeit steht, beginnt morgen bei einem Fabrikherren zu arbeiten und umgekehrt."

Insbesondere die Gesellen des Schmiede- und Schlosserhandwerks nahmen gutbezahlte Stellen in der entstehenden Maschinenbauindustrie an, auch Tischler und Schreiner fanden nach ihrer Ausbildung entsprechende Arbeit in den neuen Fabriken. Aber auch Maurer, Zimmerer und Gesellen aus anderen Berufen retteten sich in den notvollen, überbesetzten 40er Jahren vorübergehend in die Fabrik, wobei sie berufsfremde Tätigkeiten in Kauf nahmen und mit ungelernten Tagelöhnern zusammenarbeiteten.[133]

Auch die Fabriken im früh industrialisierenden Chemnitz zogen die Handwerksgesellen kräftig an: solche, die wie die Metall- und Textilhandwerker beim Wechsel ihren qualifizierten Beruf beibehielten und solche, die wie Sattler und Strumpfwirker in der Eisengießerei beim Gang in die Fabrik auch den Beruf austauschten, neu angelernt oder ungelernt tätig wurden und bei anderer Gelegenheit genauso gut in den arbeitsintensiven Eisenbahnbau wechseln mochten. Seit Mitte des Jahrhunderts bildeten die neuen Großwerkstätten der Maschinenbauindustrie und des polygraphischen Gewerbes übrigens selber Gesellen aus: Schlosser, Dreher, Modelltischler, Former, Schriftsetzer und andere, von denen sich einige bald, mit Wanderbüchern ausgerüstet, auf den Weg machten. In den 1840er Jahren arbeitete jeder vierte in Chemnitz über sein Wanderbuch identifizierbare und insofern als zünftig geltende Geselle wenigstens teilweise in der Fabrik.[134]

Andernorts gab es vergleichbare Vermischungen, wenn auch vermutlich meistens in geringerem Ausmaß.[135] Sicherlich haben die Gesellen häufig den Übergang in die Fabrik als Problem empfunden, als Herausforderung ihrer handwerk-

lichen Vorstellungen von guter Arbeit und ehrbarem Verhalten, als schwierige Umstellung auf striktere Entlohnungsmethoden (oftmals Akkord), regelmäßigere Arbeitszeit und größere Arbeitsteiligkeit. In den Augen ihrer noch handwerklich-zünftig geprägten Kollegen verloren sie an Ansehen. So beschrieb der von 1836 bis 1839 wandernde, zünftige Gerbergeselle Johann Eberhard Dewald, wie neugierig er sich den für ihn neuen größeren Werkstätten („Fabriken") näherte; daß er auch durchaus „unbekannte Geheimnisse der Gerberei" in ihnen lernte; wie er aber dennoch enttäuscht von ihnen war, weil die Fabrikgesellen „ehrbaren Zunftgebrauch" nicht respektierten. „Ist überhaupt in einer Fabrik, wie der hiesigen, anders, als in einem meisterischen Hause kein Zusammenhalt nit unter den Gesellen. Läuft jeder seinen Weg und dreht sich nit viel nach dem anderen. Eine zunftmässige Ausführung ist überall unter den Kollegen nit zu finden und kein Umgang, wie unter ordentlichen Gesellen. Zudem gefällt mir das Arbeiten nit, dieweil jeder den langen Tag die gleiche Arbeit verrichten muß und dabei das Ganze aus den Augen verliert. Muß wohl in einer Fabrik solcherweis geschehen, kann mich aber nit darein schicken und mein immer, ich triebe mein Gewerb nur halb."[136]

Sicherlich wird der Wechsel in die Fabrik insbesondere dann oft als Abstieg und Verlust empfunden worden sein, wenn er zugleich einen Berufswechsel bedeutete und zu neuer, un- oder angelernter Tätigkeit zwang, zusammen mit Tagelöhnern und gar mit Frauen. Aber mindestens so häufig, und mit der Zeit sehr viel häufiger, wird der Wechsel in die Fabrik – vor allem in die gut angesehenen Maschinenfabriken – als Fortschritt erfahren worden sein: als Begegnung mit interessanten Neuerungen, als Zugang zu besseren Verdiensten, auch als Befreiung von der häufig doch sehr persönlichen Meisterherrschaft.[137] Man muß auch bedenken, daß in den meisten Fabriken der damaligen Zeit, vor allem im metallverarbeitenden Gewerbe, die Maschinen eine sehr untergeordnete Rolle spielten, die Rationalisierung kaum begonnen hatte und der hier angestellte Schlosser, Klempner, Schmied oder Uhrmacher sehr gute Chancen hatte, seine handwerkliche Tätigkeitsform unter neuen Bedingungen fortzusetzen.[138] Schließlich war die Not sehr groß; die relativ sicheren und relativ hohen Fabriklöhne mögen manches zünftige Bedenken in den Hintergrund gedrängt haben.

Allerdings: Obwohl die Fabrik sicherlich von den meisten Gesellen nicht als Unglück empfunden wurde, entfernte sich ihre Existenz als handwerklich qualifizierte Fabrikarbeiter doch schnell von der klassischen Handwerksgesellenexistenz. Man gründete eine Familie, die Selbständigkeit verblaßte als Ideal, man löste sich aus der Junggesellenkultur der Herbergen und wandernden Gesellen, Handwerksgebräuche hatten in der Fabrik nicht so recht Platz, das Gegenüber war nun ein nicht mehr mitarbeitender Unternehmer mit seiner Organisation, man wurde zum Lohnarbeiter *sans phrase*.

Das eindringende Verlagswesen, die sich ausbreitende Fabrik, auch der handwerkliche oder quasi-handwerkliche „Großbetrieb" mit seinen meist lebenslangen Gesellen (vor allem im Baugewerbe), die vielfältigen Staatseingriffe, die Zerrüttung der Zunfttradition und schließlich ihre Auflösung – all das trug vor allem im dritten Viertel des Jahrhunderts zur Entstehung einer merkwürdigen

Mischsituation bei, in der sich zwar noch viel von der berufsständischen Tradition der Gesellen hielt, aber der darauf fußende korporative Zusammenhalt schnell abschwächte. Vor allem in den Massengewerben der Schuster und Schneider, aber auch in den höher qualifizierten metall- und holzverarbeitenden Gewerben und anderswo gab es zahlreiche Gesellen, die *noch* ständisch-zünftig geprägt waren, aber schon mit der nachständisch-kapitalistischen Wirklichkeit in enge Berührung gekommen waren: im Verlag, in der Fabrik und auf andere Arten. Der Begriff des „Gesellen" änderte sich und verschwamm.[139]

Ganze Bereiche blieben zwar traditional, so vor allem im Nahrungsmittelgewerbe. Aber insgesamt nahmen die Unterschiede in der Gesellenschaft zu. Am deutlichsten zeigte sich dies, sogar in ein und derselben Branche, z. B. bei Zimmerern und Maurern, in den Spannungen zwischen unverheirateten, „fremden" Gesellen des klassischen Typs und den einheimischen, oft schon verheirateten Gesellen. Hier stießen verschiedene Erfahrungen und Interessen aufeinander, so daß man sich manchmal separat zusammenschloß und geradezu bekämpfte. Und in einem sehr großen, schnell wachsenden Randbereich franste die Gesellenschaft aus, verschwamm sie in eine sich allmählich bildende, allgemein-gewerbliche Arbeitnehmerschaft, die zwar in sich weiterhin vielfältig differenziert war, aber doch den ehemals so scharfen ständisch-nichtständischen Unterschied zwischen Gesellen des Handwerks und Arbeitern des Großgewerbes hinter sich gelassen hatte.

Sicher werden viele Gesellen diesen Niedergang berufsständischer Einbindung als Verlust empfunden haben, jedenfalls in einzelnen Aspekten.[140] Wahrscheinlich resultierte ein beträchtlicher Teil ihrer Bereitschaft zum Engagement und Protest aus ihrer Erfahrung des Zusammenpralls zwischen der alten Kultur des Handwerks, der sie sich noch zugehörig fühlten und der neuen Welt der Märkte und Fabriken, des Kapitalismus und der Bürokratie, in die sie zunehmend hineinwuchsen.[141] Aber zugleich mögen viele von ihnen diese Zerstörung der Zunfttradition als Befreiung empfunden haben. Denn von der entmündigenden Einbindung in den Haushalt der Meister über die Privilegierung von Meistersöhnen bis hin zur Dominanz der Meisterzünfte im Prüfungs- und Kassenwesen hatten die Zunftordnungen, soweit sie im 19. Jahrhundert überlebten, ihnen auch viele Nachteile gebracht. Das wird noch klarer, wenn man auf das sich verändernde Verhältnis von Gesellen und Meistern blickt.

5. Zwischen ständischem Unterschied und Klassenspannung: das Meister-Gesellen-Verhältnis im Wandel

Zunächst ist zu bedenken, daß 80–90% aller Gesellen bei 20–30% aller Meister beschäftigt waren. Fragt man nach dem Verhältnis zwischen Gesellen und Meistern in einem direkten Sinn, dann geht es um das Verhältnis der Gesellen zu einer kleinbürgerlichen Handwerksmeister-Oberschicht. Denn die Masse der Meister beschäftigte keine Gesellen.[142]

In den vorangehenden Abschnitten wurde gezeigt, daß sich tendenziell die bessergestellten Meister zu kleinkapitalistischen Unternehmern und ihre Gesellen zu Lohnarbeitern entwickelten, wenn auch die Grenzen dieser Wandlungen klar erkennbar blieben. Je mehr dies geschah, desto deutlicher reicherte sich das ehemals primär ständische Meister-Gesellen-Verhältnis durch Elemente eines spannungsreichen Klassenverhältnisses an. Mit der Bindung des Gesellen an den Haushalt des Meisters wie mit zahlreichen zünftigen Regeln und Bräuchen verfielen jene Momente, die die Durchschlagskraft marktttypischer Regelungsmechanismen konterkariert und das Meister-Gesellen-Verhältnis von einem reinen Lohn-Arbeit-Tauschverhältnis auf vertraglicher Basis unterschieden hatten. Wenn der Meister dem Gesellen nicht mehr zugleich als hausherrlich-patriarchalische Autorität entgegentrat, begegnete er ihm um so reiner als Arbeitgeber und Chef. Wenn die Arbeitsweise, die Lohnverhältnisse wie überhaupt die gegenseitigen Rechte und Pflichten nicht mehr durch zünftige Tradition und zünftige Ordnung geregelt wurden, dann um so klarer durch die Gesetzmäßigkeiten des Tausches, durch marktbezogenes Kalkül unter dem Druck der Konkurrenz. Die hausherrschaftlich-zünftige Einbettung bröckelte, der kleinkapitalistische Kern des Meister-Gesellen-Verhältnisses trat damit um so reiner hervor.

Diese Formulierungen übertreiben, denn, wie gezeigt, die hauswirtschaftliche Verankerung des Handwerks und seine zünftige Organisation verschwanden nicht völlig und schon gar nicht über Nacht. Genug überlebte davon, um die Entwicklung in den ersten drei Vierteln des 19. Jahrhunderts weiterhin deutlich zu prägen. Eben die Mischung des Alten und Neuen erweist sich als interessant, es war, wie so oft, eine Übergangszeit. Klassengesellschaftliche Strukturen und Erfahrungen kristallisierten sich nur langsam heraus, in spannungsreichem Gemenge mit ständischen Strukturen und Erfahrungen, die zäh überlebten und noch das prägten, was sie zerstörte. Aber die Haupttendenz ist so richtig gezeichnet.

Auch im Handwerk wurden die Lohnverhältnisse kapitalistischer, markt- und leistungsbezogener, kalkulierter. Mit dem Rückgang von Kost und Logis setzte sich endgültig der Geldlohn durch.[143] Die staatliche Festsetzung von Lohntaxen, wie sie vor allem im Baugewerbe lange überlebt hatte, hörte spätestens in den 60er Jahren auf. Das Übliche verlor an Bedeutung, Angebot-Nachfrage-Mecha-

nismen setzten sich reiner durch, die Lohnfindung wurde damit vermutlich umstrittener. Stücklohn und Akkord drangen vor, der ansonsten übliche Wochenlohn trat etwas zurück. Damit nahmen die Lohndifferenzen zu, und die Verdiensthöhen schwankten nun stärker mit der Marktlage. In den Berliner Massenhandwerken der Schneider, Schuhmacher und Tischler wie auch bei den Buchbindern, Hutmachern und Drechslern herrschte Mitte des Jahrhunderts der Stücklohn vor. Die Maurer, Maler, Steinsetzer, Töpfer und Sattler arbeiteten vornehmlich im Akkord. Die Arbeitszeit wurde, so scheint es, nun schärfer bemessen und ebenfalls umstrittener. Gewohnheitsmäßige Arbeitszeitregelungen wie der alt-ehrwürdige „Blaue Montag" gerieten verstärkt ins Kreuzfeuer der von Behörden und Meistern geübten Kritik, ohne daß sie doch gleich verschwanden. Jedenfalls in einigen Städten scheint die durchschnittliche Arbeitszeit im Handwerk von den 40er bis in die 70er Jahre zugenommen zu haben. 1848/49 und wieder in den 60er Jahren meldeten sich die Gesellen mit Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung zu Wort. Handwerksgesellen beteiligten sich in großer Zahl an den Streiks der 70er Jahre. Lohn- und Arbeitszeitkonflikte standen im Zentrum dieser Kämpfe. Die Enquête von 1875 beschrieb das Meister-Gesellen-Verhältnis als ein reines Vertragsverhältnis, das durch häufigen Arbeitsplatzwechsel der Gesellen, auch unter Inkaufnahme des Vertragsbruchs, besonders locker und instabil sei.[144]

Die typische Gesellenexistenz des dritten Jahrhundertviertels sah keineswegs so aus, daß ein einzelner Geselle mit ein und demselben Meister langjährig, in engem persönlichen Kontakt und mit Anschluß an dessen Familie zusammenarbeitete. Das kam vor, aber die Regel war es nicht. Die meisten Gesellen jener Zeit arbeiteten in Werkstätten mit drei, vier, fünf und mehr Gesellen, die häufig wechselten und deren Vertrautheit mit dem Meister sich in engen Grenzen gehalten haben muß. Das allmähliche Wachstum der durchschnittlichen Betriebsgröße unterstrich die soziale Distanz zwischen Gesellen und Meistern, natürlich besonders im geradezu großbetrieblich durchsetzten Baugewerbe.

Sicherlich sank mit der allmählich zunehmenden Betriebsgröße seit den 30er Jahren auch die Chance der Gesellen, selbständig zu werden. Aber hier muß man sehr differenzieren. In den Baugewerben war die Selbständigkeitschance seit jeher gering, sie nahm weiter ab. In allen kapitalintensiven Gewerben (Bau, Metallverarbeitung, Nahrungsmittelgewerbe u.a.) wurden die Schranken ein wenig höher, die bis zur Selbständigkeit zu überwinden waren, doch handelte es sich dabei um sehr allmähliche, undramatische Änderungen, denn große, kapitalintensive Veränderungen der Technologie blieben im damaligen Handwerk bekanntlich aus. Kaum dürfte sich die Selbständigkeitschance in den Massenhandwerken der Schneider, Schuster und Tischler verringert haben. Gerade in schlechten Jahren flüchtete man dort geradezu in die Selbständigkeit. In diesen wie in vielen anderen Handwerken bestand das Problem eher in der Entwertung der Selbständigkeit durch indirekte Abhängigkeit, Unterbeschäftigung und Armut als in der Schwierigkeit, sich selbständig zu machen. Selbständigkeit war oftmals nicht unerreichbar, aber prekär. Während sich in Graz 1857 bis 1869 nur knapp 10% der in der Stadt bleibenden Gesellen und Arbeiter der metallverar-

beitenden Gewerbe und kein einziger Buchdruckergehilfe selbständig machten, schafften es immerhin 46% der Tischlergesellen und 38% der Gesellen und Gehülfen des Schneidergewerbes. In den folgenden Jahrzehnten nahm die Chance zum „Aufstieg" in die „Selbständigkeit" allerdings auch in diesen Sparten ab.

Wenn man schließlich bedenkt, daß der allmähliche Abbau der Zunftordnungen trotz aller Variationen und Rückschläge letzlich doch die Privilegien reduzierte, die die Meistersöhne bei der Konkurrenz um Meisterstellen genossen hatten und auch andere Barrieren entfernte, die den Zugang zur Selbständigkeit erschwert hatten, wenn man weiterhin bedenkt, daß „Platz wurde", weil im industrialisierenden dritten Jahrhundertviertel viele Gesellen sich anderen Bereichen zuwandten – der Heimarbeit, der Fabrik, dem arbeitsintensiven Transport- und Verkehrswesen, auch dem dörflichen Handwerk –, ohne daß dies immer als Abstieg oder Scheitern erfahren wurde, wenn man schließlich im Auge behält, daß in den meisten Gewerben die Zahl der Meisterstellen absolut weiter wuchs, dann gebietet sich Vorsicht gegenüber der gängigen These, daß mit der Industrialisierung die Selbständigkeitschance der Gesellen erfahrbar abnahm und so etwas wie ein Stau nach Selbständigkeit strebender, aber daran gehinderter, „ewiger" Gesellen entstand: als Basis von Proletarisierung und Protest. Es war viel komplizierter. Wie vorn gezeigt, blieb der Handwerksgeselle höheren Alters – außerhalb des Baugewerbes – selbst noch gegen Ende des Jahrhunderts die Ausnahme. Etwas von einer Altersstufendifferenz blieb im Gesellen-Meister-Verhältnis erhalten, ganz wandelte es sich nicht in eine Klassendifferenz um.[145]

Auch in anderen Hinsichten blieben Gesellen und Meister in den meisten Handwerken anders und näher aufeinander bezogen, als es bei Fabrikarbeitern und Fabrikunternehmern in aller Regel der Fall sein konnte. Der persönliche Kontakt, die prinzipiell gleiche Berufserfahrung und -fertigkeit, die gemeinsame Teilhabe an geschickter Handarbeit, die dadurch geprägte Arbeitskultur – ähnliche Kleidung, ähnliche Gestik, ähnliche Flüche, ähnliche Sprichworte, ähnliche Feiergewohnheiten – all das verband über die Meister-Gesellen-Linie hinweg. Allerdings galt dies nur, solange der Betrieb nicht zu groß und der „Meister" nicht zu wohlhabend wurde, wie 1865 ein Leipziger Bauklempner, der selten ohne Zylinderhut auftrat und von dem es hieß, „er habe acht Gesellen in Arbeit, acht auf der Herberge und acht auf der Landstraße, d. h. die Gesellen wechselten bei ihm wie in einem Taubenschlag die Tauben".[146]

In gewisser Hinsicht wurden sich Meister und Gesellen in dem Maße ähnlicher, in dem sich die Gesellen aus dem Meisterhaushalt lösten: Der lebenspraktisch zentrale Unterschied des Familienstandes (verheiratet – unverheiratet) trennte Meister und Gesellen noch um 1800 in durchschlagender Weise, um 1875 nur noch in geringem Maß. Man hat nicht zu Unrecht herausgearbeitet, daß sich Meister und Gesellen, soweit sich diese aus dem Meisterhaushalt gelöst und selber Familien gegründet hatten, in wichtigen Lebensbereichen außerordentlich ähnelten. Hinsichtlich der Herkunft und der Berufswahl der Söhne – Berufsvererbung war häufig –, der Familiengröße und der Wohnverhältnisse glichen die Handwerksgesellen den Handwerksmeistern mehr als den ungelernten Arbeitern

und Tagelöhnern – jedenfalls in Düsseldorf. Auch in den Vereinen und Bewegungen der Revolution von 1848/49 sah man dort Gesellen und Meister häufig vereint.[147] Und sicherlich litten die Mehrzahl der Meister und die Mehrzahl der Gesellen von den 20er Jahren bis in die 50er Jahre unter dem Rückgang ihrer realen Einkommen um etwa 20 bis 30 % ähnlich, wie sie auch gemeinsam an dem Aufstieg seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre partizipierten.[148]

Die Situation stellt sich jedoch anders dar, wenn man die Gesellen beschäftigende Oberschicht der Meister mit den bei ihnen beschäftigten Gesellen vergleicht. Hier muß es sehr große Lebensführungs- und Verdienstunterschiede gegeben haben. Für Nürnberg hat man geschätzt, daß um die Mitte des Jahrhunderts die Meister, einschließlich der kleinen, 30–100 % mehr verdienten als die Gesellen (den Naturallohnbestandteil eingerechnet). In Wolfenbüttel lag der versteuerbare Durchschnittsverdienst der Handwerksmeister im zweiten Jahrhundertviertel um ca. 100 % höher als der versteuerte Durchschnittsverdienst der Gesellen, wobei auf beiden Seiten die Ärmsten als nicht steuerpflichtig wegfielen und bei den Gesellen nur bessergestellte und selbständig wohnende erfaßt wurden, vor allem solche des Baugewerbes. Die Angaben für Wismar 1831 ergeben ein ähnliches Bild. Und vor allem: Soweit dies aus den verstreuten Angaben überhaupt erkannt werden kann, vergrößerte sich der Einkommensabstand zwischen Gesellen und Meistern. Von der Mitte der 20er Jahre bis zur Mitte der 50er Jahre verarmten beide, jene aber mehr als diese. Vermutlich prägte der Aufschwung des Reichsgründungsjahrzehnts die Wohlstandsungleichheit noch deutlicher aus.[149]

Es ist also durchaus verständlich, wenn Schmoller 1870 nach der Schilderung einiger der auf den letzten Seiten angedeuteten Veränderungen über den Handwerksmeister schrieb: „Und darum steht er vielfach auf Kriegsfuß mit seinen Arbeitern. Dem Meister an Bildung gleichstehend, empfinden die ältern Gesellen den drückenden Unterschied zwischen Unternehmer und Arbeiter doppelt [...] sie sind heute mit die unzufriedensten Elemente der Gesellschaft. Aus ihnen vor Allem rekrutirt sich die sozialdemokratische Partei". In der großen Streikwelle der frühen 70er Jahre kam dieser Gesellen-Meister-Gegensatz voll zum Ausdruck, Gesellen beteiligten sich in großer Zahl, und viele Meister gehörten zu den angegriffenen Arbeitgebern. Und 1875 stellte eine Enquête des Bundesrates in bezug auf das Handwerk ganz nüchtern fest: „Die Vereinigung der Meister und Gesellen in gemeinsamen Innungen oder in ähnlichen Verbänden scheint sehr selten zu sein. Die Arbeitgeber sind fast sämtlich, die Arbeitnehmer großen Teils dem Gedanken abhold [...] [I]nnerhalb der Vereinigungen den Meistern und Gesellen die gleichen Rechte zu geben, wird von der großen Mehrzahl der ersteren und vielfach auch von den letzteren als unthunlich bezeichnet".[150]

Diese – gleichwohl nicht vollständige[151] – Aufspaltung der Handwerker an der Meister-Gesellen-Linie resultierte vor allem, wie im einzelnen gezeigt, aus dem Siegeszug von Kapitalismus, Industrialisierung und bürokratischem Staat, aus der konfliktreichen Zurückdrängung der alten ständisch-zünftigen Strukturen zugunsten einer modernen bürgerlichen Gesellschaft. Sie war ein Teil der sich

herausbildenden Klassengegensätze, in denen sich Meister und Gesellen als Selbständige und Arbeiter des Handwerks auf verschiedenen, entgegengesetzten Seiten verorteten.

Aber das ist nicht die ganze Erklärung. Denn es gab, wie gezeigt, eine umfangreiche Zwischengruppe, die kleinen Meister, die weder als Arbeiter noch als Arbeitgeber klassifizierbar sind. Und wenn man in das früher und konsequenter kapitalistisch geprägte England blickt, dann sieht man, daß dort die sich herauskristallisierende klassengesellschaftliche Spannungslinie nicht an derselben Bruchstelle verlief wie in Deutschland. Dort waren zwar „apprentices" traditionell relativ klar definiert, und um diese Abgrenzung bemühten sich Handwerkerorganisationen des 18. wie Gewerkschaften des 19. Jahrhunderts. Deutlich abgegrenzt waren auf der anderen Seite die wirklichen „masters", d.h. die Arbeitskräfte beschäftigenden Kleinunternehmer. Aber dazwischen verflossen die Unterschiede zwischen „journeymen" und „small masters" im späten 18. wie im 19. Jahrhundert, erst recht unter dem Ansturm des Verlagswesens, in dem viele von ihnen zu gleich abhängigen Heimarbeitern wurden. In vielen Situationen nahmen die kleinen Meister in England Partei für die Gesellen und umgekehrt – bei gemeinsamer Frontstellung gegen die größeren Unternehmer und ihr Kapital. Die Klassenlinie war insofern entweder weniger scharf ausgeprägt oder sie verlief an einer etwas verschobenen Stelle: nicht so sehr zwischen Produktionsmittelbesitzern („Selbständigen") und Lohnarbeitern, sondern zwischen Arbeitgebern einerseits, Arbeitern und Kleinsthandwerkern andererseits, auch wenn diese „selbständig" waren. Ähnlich stellt sich die Situation in den USA dar.[152]

Letztlich war es die in Deutschland stärker als im Westen verwurzelte und lange überlebende zünftig-ständische Tradition mit ihrer in Recht, Sprache und Sozialverhalten tief eingegrabenen Unterscheidung zwischen selbständigen Meistern und unselbständigen Gesellen, die der sich allmählich herausbildenden klassengesellschaftlichen Spannung ihren genauen Ort, ihre präzise Gestalt und ihre schroffe Ausprägung gab. Es wurde bereits gezeigt, wie das ständisch geprägte und durch behördliche Verordnungen künstlich gestärkte Sonder- und Selbständigkeitsbewußtsein der kleinen Meister sie daran hinderte, mit den Gesellen zu kooperieren, obwohl es ihre tatsächliche Armut und manche gemeinsame Interessen eigentlich nahelegten.[153] Umgekehrt muß es den sich allmählich in Lohnarbeiter verwandelnden Gesellen deshalb besonders nahegelegen haben, ihre – und andere – Meister nicht als soziale Alliierte, sondern als soziale Gegner zu verorten, weil sie täglich die Distanzierungs-, Überlegenheits- und Privilegierungsansprüche erlebten, mit denen ihnen die Meister entgegentraten und die nicht erst Produkt der neuen klassengesellschaftlichen Gegensätze, sondern vielmehr ständisch-zünftig begründet und oft – bis in die 1860er Jahre – rechtlich fixiert waren.

Zu denken ist an die hausherrliche Autorität des Meisters und die damit verknüpften vielfältigen Verzichts- und Unterordnungsleistungen der Gesellen. Zu denken ist auch an die vielfältigen Kontroll- und Aufsichtsrechte, die die staatlich akzeptierten Zunftordnungen wie die Gewerbegesetze den Meistern zusprachen: von der Reglementierung des Privatlebens der Gesellen (einschließlich des Ver-

bots des Bordellbesuchs und des Umgangs mit „leichtfertigen Frauenzimmern") durch die einzelnen Meister bis hin zur Überwachung des Finanzgebarens der Gesellenkasse durch die Meisterinnung im Auftrag der städtischen Obrigkeit. Zu denken ist weiter an die asymmetrische Gestaltung des handwerklichen Arbeitsrechts: Meister prüften, Gesellen wurden geprüft; Meister bildeten Lehrlinge aus, Gesellen war dies verboten; Meister organisierten das „Zuschickwesen" (die örtliche Arbeitsvermittlung), Gesellen hatten sich einzufügen; der Meister konnte den Gesellen innerhalb einer achttägigen Probezeit fristlos entlassen, verließ hingegen der Geselle seine Arbeitsstelle in dieser Zeit, mußte er mindestens drei Monate wandern. Zu denken ist schließlich an die obrigkeitliche Unterdrükkung oder Verkrüppelung der Gesellenbrüderschaften bei gleichzeitiger Duldung, ja Förderung der Meisterzünfte und -innungen, wenngleich nach Beschneidung ihrer Kompetenzen und unter behördlicher Überwachung. Zur Meisterschaft gehörte meistens das städtische Bürgerrecht, den Gesellen wurde es oftmals vorenthalten. Auch das Eheschließungs- und Niederlassungsrecht differenzierte in den meisten Staaten zwischen Meistern und Gesellen. Meister und Gesellen gehörten oft nicht denselben städtischen Vereinen an. Wenigstens die wohlhabenden Meister konnten über aktives und passives Wahlrecht städtische Politik beeinflussen, Gesellen in der Regel nicht (außer im Südwesten).[154]

Es ist ganz klar: Das Verhältnis von Meistern und Gesellen war herkömmlicherweise durch Ungleichheit, Herrschaft und Unterordnung, Vorrechte und Verzichte geprägt. Dies gehörte zur ständisch-zünftigen Tradition. Daß daraus auch Spannungen und Konflikte entstanden, beweist die lange Geschichte der Gesellenproteste, die zwar zu Beginn des 19. Jahrhunderts dank des kombinierten Zugriffs von Obrigkeit und Meistern zunächst einmal abbrach, aber 1848/49 wieder zum Vorschein kam und in den 60er Jahren, klassengesellschaftlich verformt, in die beginnende Geschichte der modernen Streiks und Arbeiterproteste mündete.[155] Selbst die Lieder der Handwerksgesellen belegen, daß sie gegenüber ihren Meistern nicht nur freundliche Gefühle hegten, sondern auch unterdrückten Haß, Mißgunst und trotzigen Widerstand. Die Lieder priesen nicht nur die Freiheit des Wanderns, die Kraft der Gesellen, gutes Essen und guten Wein, die freundlichen Herbergen, Freundschaft, Zärtlichkeit und Liebe, sondern auch den mutigen Ungehorsam gegenüber den Anordnungen des häßlichen Meisters und seiner Frau. Im Schwung des Liedes nahm man phantastische Revanche für die vielen kleinen Unterdrückungen des Alltags, indem man des Meisters Tochter zum Gram des Vaters verführte, dem bösen und bald auch sterbenden Bettelvogt die Frau abspenstig machte oder die Meister in solidarischem Kampf der „Brüder" vernichtend aufs Haupt schlug, nachdem sie sich an der Gesellenlade vergriffen hatten. Aus einem langen Lied mit dem Titel „Gesellenaufstand":[156]

„Nun, ihr Meister, ihr Großprahler
Zahlet erst sechs tausend Thaler
Erst vor eure Gesellen [...]

Allen die da widersprechen,
Wollen wir den Hals zerbrechen:
Ja sie müßen weichen [...]

Nun das Liedlein das ist aus.
Meister muß sein Hab und Haus,
All sein Gut verkaufen –

Um und um und abermal
Und zum Thor rauß laufen."

Es ist deutlich, daß die zünftig-ständische Tradition in Deutschland zwar lang überlebte, aber nur in asymmetrischer Form. Sie begünstigte die Meister und benachteiligte die Gesellen, nicht zuletzt dank der einseitigen obrigkeitsstaatlichen Interventionen, die die Privilegien und Kompetenzen der Meister und ihrer Organisationen auch deshalb geschont hatten, damit sie die Gesellen disziplinierten und sie als Quellen sozialer Instabilität kontrollierten. Es ist sehr gut verständlich und war nur konsequent, daß 1848/49 und erst recht in den folgenden Jahrzehnten vor allem die Meister und die von ihnen getragene Handwerkerbewegung, weniger die Gesellen und schon gar nicht die von ihnen mitgetragene Arbeiterbewegung, für die Aufrechterhaltung und Restauration der Zunftordnungen eintraten.[157] Die Überwindung dieser Zunftordnung stellte für die Gesellen vor allem eine Befreiung dar.

Wenn Gesellen gegen ihre Meister aufbegehrten und sich unabhängig von ihnen organisierten, wie sie es erstmals im Sommer 1848 taten, als der Frankfurter Handwerkerkongreß in eine Meister- und eine Gesellenversammlung zerfiel und sich diese als „Allgemeiner deutscher Arbeiterkongress" konstituierte, dann stand dahinter zunächst und vor allem ein Protest gegen Bevormundung und Unterprivilegierung, wie sie diese ständisch-zünftige Tradition für die Gesellen bereithielt. Aber die damit scharf definierte ständisch-zünftige Bruchlinie, die offenbar in England und Frankreich nicht in dieser Schärfe existierte, eignete sich vorzüglich zur klassenmäßigen Ausfüllung, die mit der fortschreitenden Durchsetzung von Kapitalismus und Industrialisierung rasch vorankam. Die ständische Meister-Gesellen-Differenz wurde von der klassengesellschaftlichen Unternehmer-Arbeiter-Spannung oft ununterscheidbar überlagert. Diese wurde von jener verstärkt und präzisiert.

6. Kapitel

Eisenbahnbauarbeiter

Wenn man langsame Veränderungen langer Dauer mit Hilfe von Prozeßkategorien und Richtungskriterien – z. B. vom Stand zur Klasse – analysiert, stößt man ständig auf Phänomene des Übergangs. Gerade die verbreitete, jeweils anders akzentuierte Mischung von Tradition und Erneuerung fordert die geschichtswissenschaftliche Analyse heraus, einerseits weil sie die Tragfähigkeit des jeweiligen Forschungsansatzes auf eine viel spannendere Probe stellt als die noch ungebrochene Tradition oder die bereits erfolgreiche Modernisierung. Zum anderen weil es tatsächlich die ganz spezifische Verknüpfung alter und neuer Situationsmerkmale ist, die das Besondere eines historischen Phänomens ausmacht, wenn es denn in generalisierenden Kategorien erfaßt und damit in größere Zusammenhänge eingeordnet werden soll.

Für den Blick aus dem 20. Jahrhundert, der bis zum 18. zurückreicht, ist das 19. eine Epoche des Übergangs – auch in der Arbeitergeschichte. In den vorausgehenden Kapiteln wurde das klar. Die landwirtschaftlichen Arbeiter zwischen feudalen Traditionen und Agrarkapitalismus, das Heimgewerbe zwischen handwerklichem Herkommen und verlagskapitalistischer Einbindung, das Handwerk zwischen ständischer Differenzierung und Klassenspannung – all dies wurde ausführlich analysiert. Im nächsten Kapitel wird sich zeigen, daß derart gemischte Verhältnisse in jenen Jahrzehnten auch für die Arbeiter der „großen Industrie" kennzeichnend waren, wenn auch viel weniger und in abnehmender Weise. Jetzt aber soll noch kurz auf eine Arbeiterkategorie eingegangen werden, die in vielen Hinsichten noch vor- und frühindustriell geprägt war, aber mit ihren Arbeitsplätzen zum modernsten Teil der sich industrialisierenden Wirtschaft gehörte: die Eisenbahnbauarbeiter.

1. Eine neue Arbeiterkategorie?

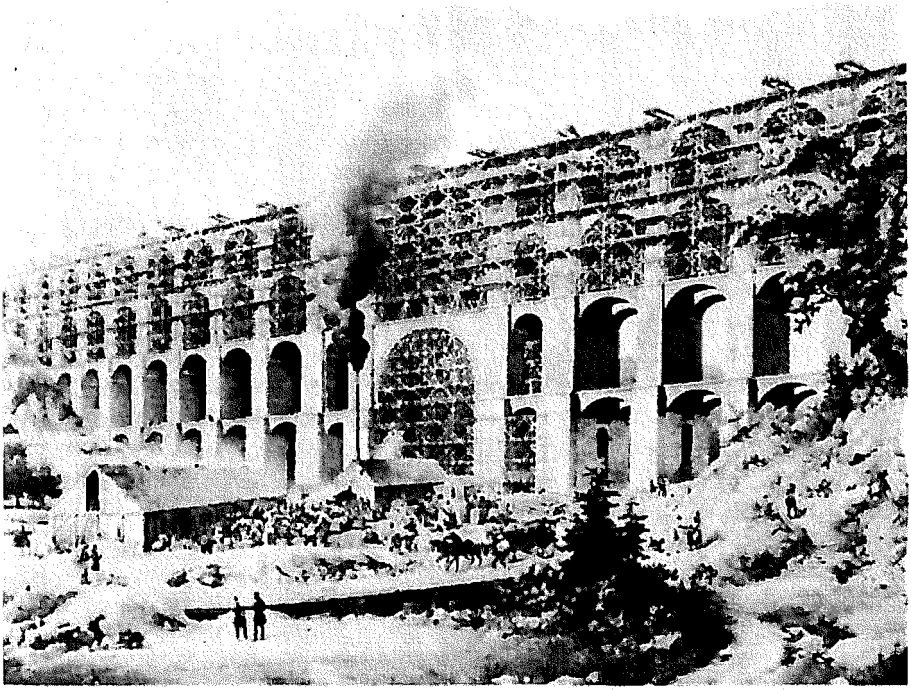
a) Wachstum

Auf dem Territorium des Deutschen Bundes wurden zwischen 1835 und 1870 knapp 25.000 km Eisenbahnstrecke gebaut. Allein zwischen 1871 und 1875 nahm das Schienennetz auf dem Gebiet des Deutschen Reiches von 21.500 auf 28.000, in der Habsburger Monarchie von 7.500 auf 10.300 zu.[1] Es wird geschätzt, daß 1841 30.000, 1851 90.000, 1860 171.000 und 1875 541.000 Arbeiter beim Eisenbahnbau in Deutschland (Territorium des Deutschen Reiches) beschäftigt waren, bei sehr starken Schwankungen von Jahr zu Jahr. Das sind riesige Zahlen. 1861 beschäftigte der Eisenbahnbau mehr Menschen als alle Nahrungsmittelhandwerke zusammen. Im Spitzenjahr 1875 gab es mehr Eisenbahnbauarbeiter als Berg- und Hüttenleute im ganzen Montanbereich. Danach ging die Zahl der Eisenbahnbauarbeiter zurück, der Eisenbahnstreckenbau verlangsamte sich.[2]

In den 50er Jahren variierte die Länge der einzelnen Eisenbahnstrecken zwischen knapp 30 und über 500 km. Um die dafür nötigen Herstellungsarbeiten in einigermaßen überschaubarer Zeit zu Ende zu bringen und das eingezahlte Kapital zu verzinsen, beschäftigten die privaten Eisenbahngesellschaften und staatlichen Eisenbahnbehörden regelmäßig mehrere Tausend Bauarbeiter gleichzeitig: von 1.000 oder 2.000 bis zu 15.000 und mehr. Die Baustellen erstreckten sich über mehrere Kilometer. Langsam wanderten sie durch das Land. Im Durchschnitt der 40er Jahre dauerte der Bau einer Eisenbahnlinie 19 Monate bis zur ersten Teileröffnung und 27 Monate bis zur vollen Indienststellung.[3]

b) Handarbeit auf Großbaustellen: eine lange Tradition

Großbaustellen waren keine Neuerung des Eisenbahnzeitalters und nicht auf den Eisenbahnbau beschränkt. Um Chausseen, Kanäle, Festungsanlagen, Deiche und Häfen zu bauen oder Sümpfe trockenzulegen, hatte man auch in vorindustrieller Zeit große Arbeitermassen in Anspruch nehmen müssen. Bis zu den Agrarreformen hatten die Grund- und Gutsherrschaften, die Städte, Landesherren und kirchlichen Bauherren dabei auf die Frondienste der pflichtigen Landbevölkerung zurückgegriffen, daneben auch auf Soldaten. Seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts dominierte die Lohnarbeit, früh in Form des Gedinges bzw. des Gruppen-Akkords, der ja auch aus der Landwirtschaft bekannt war.[4] Unter den Stichworten „Tagelöhner" und „Handarbeiter" verzeichneten die zeitgenössischen Statistiken bekanntlich sehr große Zahlen.[5] Darin steckten nicht zuletzt die ungelernten Arbeiter der verschiedenen Großbaustellen. Diese deckten auch in früheren Jahrzehnten einen Teil ihres Arbeitskräftebedarfs durch Anwerbung fremder Saisonarbeit.



Eisenbahnbauarbeiter um 1850

Die bereits behandelten[6] Saison- und Wanderarbeiter haben sich eben nicht nur für die Ernte- und andere landwirtschaftliche Stoßarbeiten verdingt, sondern auch auf Baustellen aller Art. Der Ausbau des Verkehrssystems seit Beginn des Jahrhunderts vermehrte diese Arbeitsplätze. Sie boten den Arbeit suchenden ländlichen und städtischen Kümmerexistenzen, den ihrem Beruf entfremdeten Handwerkern, notleidenden Heimarbeitern und anderen Unterschichten-Angehörigen Gelegenheit zu harter, ungelernter Arbeit und temporärem Verdienst. Auch im dritten Jahrhundertviertel gab es große Baustellen mit riesigen Arbeiteransammlungen außerhalb des Eisenbahnbaus. So heißt es über die Meliorationsarbeiten, Kanalbauten und Dammkonstruktionen im Oderbruch Mitte des 19. Jahrhunderts:

„Im Juli und August des Jahres 1851 waren nahe an 6.000 Arbeiter, die Beamten mit ihren Familien und die zahlreichen Schenkwirthe, Wäscherinnen etc. ungerechnet, in fünf bis sechs beweglichen, aus Brettern bestehenden Dörfern, auf dem Platze. Die Arbeiter lagen unter dem Bretterdach auf dem Erdboden; je 20 bis 30 zusammen; Weiber und Kinder wurden, der Regel nach, nicht geduldet. Jedes Dorf hatte seine eigene Obrigkeit: Baumeister, Bauaufseher, Gensd'armen, jede Hütte ihren Schachtmeister und ihre gewählten Repräsentanten; jedes Dorf hatte auch seine gehörige Anzahl Victualienbuden und Schenken, wo der Auswurf des Proletariats den Lohn der schweren Arbeit seinem Lieblingsgötzen opferte [...]".[7]

Mit militärischer Zielsetzung wurde Ende der sechziger Jahre der Hafenausbau im Jadegebiet – seit 1869 unter dem Namen Wilhelmshaven – betrieben. 1868 lebten dort neben 5.500 Einheimischen ca. 1.000 in Baracken und 2.000 in Privatquartieren untergebrachte Arbeiter, von denen ca. 80% „gewöhnliche Erdarbeiter" waren. Die meisten von ihnen kamen aus Schlesien und waren oft „schon jahrelang bei Eisenbahnarbeiten und anderen großen Erdarbeiten" beschäftigt gewesen.[8]

Die Verrichtungen, die die Erdarbeiter – immerhin 80 bis 90% der Eisenbahnbauarbeiter insgesamt – zu leisten hatten, entsprachen ganz dem Herkömmlichen. Sie gruben, schippten und karrten, trugen Berge ab, füllten Gräben aus und bereiteten die Trassen, auf die andere Arbeiter später die Schienen montierten. Teils brachten sie ihre Hacken, Schaufeln und Schubkarren mit, teils erhielten sie das größere Gerät vom Unternehmer. Es war harte, wenig qualifizierte Knochenarbeit, fast durchweg von Männern betrieben. Frauen arbeiteten nur ausnahmsweise mit. Bei der Auswahl und Anstellung zählten Kraft und Ausdauer mehr als Geschicklichkeit. Maschinen fehlten. Bis in die 70er Jahre änderte sich daran fast nichts.[9]

Die Arbeitssituation und die Arbeitserfahrungen der Eisenbahnbauarbeiter standen somit fest in älteren Traditionen. Dieser Arbeitertypus war insofern nicht wirklich neu. Zweierlei aber unterschied ihn von den Erdarbeitern früherer Großbaustellen ganz gravierend.

c) *Die neue Qualität*

Zum einen war da die beispiellose Expansion des Bereichs. Ihr sprungartiges Wachstum machte die Eisenbahn nicht nur zu einem zentralen Antriebsfaktor der Industriellen Revolution. Auch sozialgeschichtlich waren Geschwindigkeit und Größendimension entscheidend. Denn der damit gegebene dramatisch steigende Arbeitskräftebedarf konnte nur über ausgedehnte Zuwanderungen gedeckt werden. Zwar beschäftigten die Eisenbahn-Großbaustellen neben den zuziehenden Wanderarbeitern auch zahlreiche Einheimische, die ihr Einkommen als Heuerlinge, Kötter oder Tagelöhner gern durch relativ gut bezahlte Erdarbeiten ergänzten und dafür auch mehrstündige An- und Abmarschwege in Kauf nahmen, bis die Baustelle weiterzog. Aber der Anteil der nichtansässigen Arbeiter muß im Vergleich zu den frühen Deich-, Chaussee- und Festungsbauten radikal zugenommen haben. Er muß auch im Lauf der zweiten Jahrhunderthälfte gewachsen sein. Dadurch trug der Eisenbahnbau zur Verringerung der verbreiteten Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit weit über seine aktuelle örtliche Begrenzung hinaus bei, und er wirkte mobilisierend. Auch deshalb wurde er zum sozialen Problem. „Es etablirt sich, unter den Impulsen der wachsenden Industrie und des steigenden Verkehrslebens in immer umfassenderen Dimensionen ein Nomadenthum von Arbeiterheeren, das sich aus allen deutschen Landestheilen zusammenwürfelt und durch das benachbarte Ausland wesentlich verstärkt

wird".[10] Diese „Volksschicht, deren Ursprung ländlich, deren Beschäftigung großenteils industriell ist", bildete für Karl Marx „die leichte Infanterie des Kapitals, die es je nach seinem Bedürfnis bald auf diesen Punkt wirft, bald auf jenen".[11]

Der Eisenbahnbau brachte Menschen aus verschiedensten Unterschichtenmilieus und zerstreuten Regionen zusammen: zahlreiche Heuerlinge und Heimarbeiter, Landarme und Landlose aus landwirtschaftlichem Milieu, Tagelöhner und Gelegenheitsarbeiter aus Stadt und Land, absteigende Handwerker und andere. Die Minderheit der aus fernen Regionen Kommenden wuchs im Lauf der Industrialisierungsjahrzehnte. Besonders die Gegenden mit krisengeschütteltem Heimgewerbe und überforderter Landwirtschaft, beispielsweise Schlesien, schickten ihre daheim nicht auskömmlich versorgten Leute noch auf die entferntesten Baustellen, Werber und Mundpropaganda sorgten für die nötigen Informationen. In der Regel wanderten die Männer allein.[12] Am Ende des Jahrhunderts stellten dann Italiener und Osteuropäer größere Anteile. Der sprunghaft wachsende Eisenbahnbau hat damit einen gewichtigen Beitrag zum Anstieg der regionalen Mobilitätsraten und Wanderungsfrequenzen geleistet, den man im Zeitalter der Industriellen Revolution bekanntlich beobachten kann.[13] Die Zeitgenossen sorgten sich „über den Einfluß des Wegzuges der Eisenbahnarbeiter auf Religiosität, Kirchlichkeit, Familien- und Gemeinde-Wohl". Entfremdung von den gewohnten Verhältnissen, Auswirkungen auf künftige Generationen, zunehmende Selbständigkeit und wachsende Ansprüche seien die Folge.[14]

Zum andern wurden die Eisenbahnbauarbeiter kapitalistischen Regeln strikter unterworfen als ihre Vorläufer auf den grund- und landesherrlichen, gemeindlichen oder kirchlichen Groß-Baustellen früherer Zeiten. Denn die Erdarbeiten wurden nun in der Regel von Unternehmern geleitet, denen die Eisenbahngesellschaften – oft per Versteigerung – die einzelnen Bauabschnitte zur selbständigen Erledigung nach vorher festgesetzten Preisen – im Spezial-Akkord oder als „Entreprise" – übertrugen. Die außerhalb Preußens vorherrschenden und nach 1849 auch in Preußen anteilig zunehmenden Staatsbahnen bedienten sich für die Erdarbeiten ebenfalls relativ selbständiger, privater Zwischen-Unternehmer, behielten sich aber die Ober-Aufsicht und gewisse Entscheidungen vor, auch was die Behandlung der Arbeiter betraf. Vereinzelt wurden auch andere Arrangements gefunden.[15]

Unterhalb dieser abschnittsweise zuständigen Unternehmer rangierten die sog. Schachtmeister, die ihrerseits Kolonnen („Schachten") von 100 bis 150 Erdarbeitern leiteten. Sie rekrutierten und entließen selbständig, sie organisierten und kontrollierten die Arbeit, sie handelten die Gruppenakkorde mit den Unternehmern aus und verteilten den Lohn – als Akkord- und Zeitlohn – an die ihnen unterstehenden Arbeiter und Arbeiter-Kleingruppen. Akkord überwog eindeutig.

Bei allen Variationen im einzelnen war das ein hochgradig dezentralisiertes Arbeitssystem, das weniger durch direkte Kontrolle und Reglementierung als durch indirekt wirkende finanzielle Hebel zusammengehalten wurde. Der Gruppenakkord veranlaßte die Arbeiter, sich gegenseitig zu kontrollieren. Man müsse

die Arbeiten so einrichten, schrieb 1845 die Zeitung der Eisenbahn-Unternehmer und -manager, „daß ein Arbeiter den anderen treibt und keiner müßig sein kann, ohne daß zugleich andere müßig sein müssen – vorausgesetzt nämlich, daß alle rottenweise in einem Akkord arbeiten, also ohne eigenen Schaden nicht müßig stehen können".[16] Das System funktionierte nach marktwirtschaftlichen Methoden. Karl Fischer, jahrelang Eisenbahnbauarbeiter auf westdeutschen Baustellen, erinnerte sich an die 60er Jahre: „[...] wie brummten meine Knochen! Das war ein Stück Arbeit, das will ich Jedem versichern. Wer das nicht mitgemacht hat, der kennt das nicht. Aber es ging alles nur um das liebe Geld, das mußte man haben, das war der ganze Zwang, anders war da keiner."[17] Der Anreiz für die jeweils höhere Ebene war dabei groß, sich auf Kosten der nachfolgenden zu bereichern: die Unternehmer auf Kosten der Schachtmeister und diese auf Kosten der Arbeiter, durch Lohn- und Akkorddrücken oder auch durch Elemente des Truck-Systems. Wie in jedem mehrstufigen Zwischenmeister- oder Subunternehmer-System lagen Spannungen und Konflikte nahe, auch übrigens zwischen den einzelnen Arbeitergruppen, den verschiedenen Schachten.[18]

Und die enge Korrelation zwischen Bezahlung und Arbeitsergebnis ließ die Arbeiterverdienste kräftig schwanken. Von der Bodenbeschaffenheit, dem Wetter, der Kooperation des Arbeitskameraden, den Entscheidungen des Schachtmeisters und der eigenen Gesundheit hing ab, was nach Abzug der häufig einbehaltenen Krankenkassenbeiträge und der eventuell fälligen Schulden-Rückzahlung alle 14 Tage am Samstag bar ausgezahlt wurde. Arbeitsmarktschwankungen schlugen unmittelbar auf Beschäftigung und Verdienste durch.[19] Wenn Neuankömmlinge den Schachtmeister fragten, was sie denn zukünftig an Verdienst zu erwarten hätten, blieb ihnen der eine eindeutige Antwort schuldig, denn genau voraussagbar war das nicht.[20]

Die Marktabhängigkeit der Eisenbahnbauarbeiter war also ungemein ausgeprägt: in ihrem Verdienst und – im Falle der zahlreichen Nicht-Ansässigen, Nicht-Einheimischen – auch in ihrem Verbrauch: Sowohl bei der Anmietung überfüllter Quartiere wie bei der Versorgung mit Nahrung und Kleidung hingen sie vom Wirt, beim häufigen Kauf gebrauchter Kleidungsstücke vom Trödelladen, vom Vermieter ab, der – vielleicht selbst ein armer Heimweber oder Kleinbauer – die temporäre Überfüllungskonjunktur nutzte und seine Schlafplätze gleich mehrfach vergab, so daß, wie Karl Fischer schaudernd berichtete, er in einem breiten Bett auf dem Dachboden bei sommerlicher Hitze gleich mit zwei Arbeitskollegen zusammen zu schlafen hatte, „und zeitweise kam auch noch der Lehrling dazu".[21]

2. Lohnarbeit als Lebensphase

Was diese Eisenbahnbauarbeiter trotz ihrer Lohn-, Markt- und Unternehmer-Abhängigkeit vom reinen Typus des Lohnarbeiters gleichwohl gravierend unterschied, war der durch und durch temporäre Charakter ihres Arbeitsverhältnisses, das nur kurze Phasen ihres Lebens füllte, bevor sie in das alte Arbeitsmilieu zurückkehrten oder in ein neues weiterwanderten. Eisenbahnbauarbeit war Saisonarbeit. Bei Anbruch der schlechten Witterung verschwanden die Arbeiter, Schachtmeister und Unternehmer aus ihren immer nur temporären Unterkünften und Arbeitsverhältnissen. Wie Karl Fischer schrieb: „Aber nach und nach waren alle Fremden abgereist und die Buden standen leer, und ich war zuletzt ganz allein, und wie wohl es blos noch Tagelohn gab, wollte ich doch bleiben, bis die Arbeit fertig wäre, denn ich wußte nicht wohin; alle, die schon abgereist waren, hatte kein Einziger gewußt wohin, und waren alle ohne Ziel und auf gut Glück losgegangen."[22] Ob man im nächsten Frühjahr bei derselben Gesellschaft oder gar beim selben Schachtmeister weitermachen, zu einer anderen Großbaustelle wandern, obdachlos sein, ins landwirtschaftlich-heimgewerbliche Milieu zurückkehren oder vielleicht ins Bergwerk oder Stahlwerk wechseln würde, das wußte man häufig zunächst selber nicht.

Karl Fischer zwar stellte sich auf der Suche nach Arbeit beim Schachtmeister als „Eisenbahnarbeiter, Berg- und Thalversetzer" vor. „Ich kann hacken, schippen, karren".[23] Aber war er das wirklich? Hatte er nicht die Lehre in einer Wagenfettfabrik absolviert und war so etwas wie ein gelernter Böttcher? Soll man ihn nicht eher als Former im Stahlwerk bezeichnen, da er diese Arbeit nach seiner über mehrere Baustellen gehenden Lebensphase als Erdarbeiter und nach zwischenzeitlicher Vagabondage dann 16 Jahre lang ausübte?[24] Eisenbahnbauarbeiter war man eben oft nur für wenige Monate, bestenfalls für einige Jahre – ganz in der Tradition der herkömmlichen Wanderarbeit. Primär war man etwas anderes und zeitweise mehreres zugleich.

Denn das war ja auch eine Eigenart des dezentralisierten Arbeitssystems auf den Eisenbahn-Großbaustellen: Die einzelnen Arbeiter entschieden ziemlich frei, ob sie von einer der zahlreichen Akkordstellen auf eine der weniger zahlreichen, weniger einbringenden, aber auch bequemeren Zeitlohnstellen überwechseln, am Nachmittag früher aufhören oder ein paar Tage „blau machen" wollten. Sicherlich, das bedeutete Verdienstausfall für sie, aber keine Störung für das Arbeitssystem im ganzen.[25] So zeigte sich die ungelernte Arbeit beim Eisenbahnbau als durchaus vereinbar mit anderen Erwerbstätigkeiten – etwa als Gelegenheitsmaurer, als Weber, als landwirtschaftlicher Helfer. Die in der Nähe ansässigen Eisenbahnbauarbeiter werden solchen Kombinationen sehr oft nachgegangen sein. Das Überleben aufgrund mehrerer zugleich betriebener Tätigkeiten war ja alte Unterschichten-Tradition.

Die Eisenbahnbauarbeiter-Existenz jener Zeit erweist sich als Durchlauf-Position, die Personen aus den verschiedensten Unterschichten-Milieus auf gewisse Zeit ähnlichen Erfahrungen aussetzte und zusammenbrachte, bevor sie sie erneut in die verschiedensten Unterschichten-Lebenskreise entließ.

3. Manöverexistenz und Protestpotential

Paul Göhre, der evangelische Pfarrer, engagierte Sozialreformer und teilnehmende Beobachter des Arbeiterlebens, hat die Eisenbahnbauarbeiter jener Jahrzehnte rückschauend als „eine der niedrigsten Schichten der modernen Arbeiterklasse" bezeichnet. Unter ihnen seien Angehörige aller Handwerke, ungelernte Arbeiter, namentlich aber junge Leute vom Dorfe und aus der Umgegend vorherrschend gewesen. Sie führten, so Göhre, „ein Leben halb Handwerksburschentum halb Mannöverexistenz [...]: ohne Seßhaftigkeit, ohne Heim, ohne irgendwelchen eigenen Besitz, fast ohne jede Verbindung mit der übrigen Bevölkerung, erst recht ohne jede Beziehung zu den allgemeinen und öffentlichen Vorgängen in der Welt; ein Leben in und mit der Natur, in ihrem Schmutz und ihrer Schönheit, in ihren Unbilden und ihrer Sonnenlust. Ein Leben des Zufalls, der Gedankenlosigkeit, riesiger körperlicher Anstrengung, vielfacher Ausbeutung durch Quartierwirt und Unternehmertum; darum ein Leben aus der Hand in den Mund, voller Demoralisierung, Herdendasein".[26]

Richtig ist, daß die Eisenbahnbauarbeiter kein gutes Leben führten. Als Eisenbahn-Erdarbeiter verdingte man sich, wenn nichts anderes übrigblieb. Es war harte, wenig befriedigende, perspektivlose Arbeit, ständig von Unfallgefahr bedroht. Es war ein rauhes, ungeborgenes Leben nah dem Existenzminimum, ungesichert und in wechselnden Quartieren, meist ohne familiäre oder gemeindliche Bindung, zeitweise im behelfsmäßigen Baracken-Massenlager – oft mit Stroh als Schlaf-Unterlage, dem Kleiderbündel als Kopfkissen, ungeheizt, da für den Winter nicht vorgesehen. Die gesundheitlichen Verhältnisse ließen unter den schlechten hygienischen Bedingungen sehr zu wünschen übrig. Karl Fischers Angst vor Krätze kam nicht von ungefähr. Im heißen Sommer 1868 erkrankten die Erdarbeiter an der Jademündung mehrheitlich an Malaria.[27]

Was man in Phasen guten Verdiensts hätte sparen können, wurde eher im Wirtshaus ausgegeben. „An solchen Regentagen gingen viele voller Freuden ins Wirtshaus, und welche auch blos deshalb, weil sie sich in ihrem Logis den ganzen Tag nicht aufhalten konnten. Denn für Quartier war nicht gesorgt, und Jeder mußte zusehen, wo er in der Stadt oder Umgegend Unterkommen fand. Welche lobten ihre Quartiere und welche sagten, sie hätten nicht soviel Platz, daß sie sich niedersetzen könnten, und welche schliefen in Scheunen und Ställen auf Stroh und beköstigten sich selber so gut wies ging." Der Branntweinverbrauch war erheblich, das Glücksspiel verbreitet, der Ausbruch kleiner, alltäglicher Gewalt nicht selten. Die einbindenden sozialen Netze fehlten, „wir leben hier in Klein-Amerika".[28] Daß ein gutes Dutzend Erd- und Streckenarbeiter auf dem Perron eines kleinen rheinischen Bahnhofs Ende der 60er Jahre mit den Schaufeln auf den Schultern stehenblieben, um sich den einfahrenden Zug anzusehen, mochte „der Bahnhofsvorsteher nicht leiden [...], weil es für die reisenden Herrschaften kein schöner Anblick ist."[29]

Andererseits ist Folgendes zu bedenken: In jenen armutgedrückten Jahrzehnten um die Mitte des Jahrhunderts erreichte man im Eisenbahnbau oftmals einen besseren Verdienst als im Heimgewerbe oder Landhandwerk ringsum. In krisengeschüttelten protoindustriellen Regionen wie Minden-Ravensberg oder Schlesien bedeutete der Eisenbahnbau eine der wenigen rettenden Alternativen. Nicht zufällig beschleunigte Preußen 1848/49 den Eisenbahnbau: um mehr Arbeitsplätze bieten zu können und der Unzufriedenheit entgegenzusteuern.[30] Der Sozialist Joseph Wedemeyer schrieb 1846 im „Westphälischen Dampfboot", der Eisenbahnbau schaffe ein „neues Proletariat". „Mit verhältnismäßig besserm Lohn, als sie bei ihren gewöhnlichen Beschäftigungen finden, sind die Arbeiter an vielen Orten zu Hunderten versammelt. Kräftige Kost und gesunde Arbeit wecken den Muth in der Brust Vieler wieder, die der immerwährende Mangel schon entkräftet hatte. Wer der Unterdrückung früher nur stilles Dulden entgegenzusetzen wußte, tritt jetzt kühn für sein Recht in die Schranken. Die vielen kleinen Aufstände und Unruhen belehren uns hinreichend, daß ein anderer Geist in diesen Regionen herrscht, wie noch vor kurzem."[31]

Daran war etwas, auch aus folgendem Grund: Die Arbeiter der Großbaustellen arbeiteten und lebten in überschaubaren Gruppen zusammen, wenngleich immer nur für wenige Monate oder noch kürzer. Die Binnenkommunikation war dicht, man kannte die Kameraden im „Schacht" und redete viel miteinander, auch wenn sich der arbeitsbedingte Zusammenhalt nicht immer so bruchlos in die Sphäre der Reproduktion, der Erholung und Geselligkeit fortsetzte wie im Wilhelmshavener Fall: Dort waren die Arbeiter „in großen Baracken [...] schachtweise untergebracht. Jeder Schacht bildete zugleich einen Haushalt, dessen Kosten umgelegt wurden. Ein Arbeiter wurde zum Koch gewählt und verwaltete gemeinsam mit dem Schachtmeister die Haushaltskasse."[32] An anderen Orten regte sich in den Schachten mancher kollektive Selbsthilfeversuch zur Vorsorge für den Unfall- und Krankheitsfall.[33] Die partielle Herauslösung der Arbeiter aus ihren herkömmlichen, meist ländlichen Bindungen in einer Ausnahmesituation auf Zeit und damit eine tiefe Veränderbarkeitserfahrung; ihr massenweises Auftreten und die arbeitsplatzbedingte Chance zur kollegialen Kommunikation; Entbehrungen und Ungleichheitserfahrungen einerseits, für sie ungewöhnlich hohe, wenn auch unregelmäßige Verdienste andererseits; die Herkunft aus vorwiegend nicht-kapitalistischen, vorindustriellen Milieus und die Konfrontation mit kapitalistischen Mechanismen von ziemlicher Reinheit, das waren die Bestandteile einer Konstellation, die zahlreiche Eisenbahnbauarbeiter vor allem in der unruhigen Dekade der 40er Jahre – früher und spektakulärer als andere Arbeitergruppen – zu viel beachteten kollektiven Protestaktionen befähigte, wenngleich meist nur im engen Rahmen des einzelnen Schachts, auf Lohnfragen fixiert und außerordentlich kurzzeitig, fast könnte man sagen: explosionsartig, ohne Tendenz zur Überführung in Strategien oder gar Organisationen, die den Protestaugenblick überdauert hätten.[34]

Seit 1844 hielt man es im preußischen Innenministerium für sinnvoll, eine besondere Akte für die „polizeiliche Beaufsichtigung der in großen Massen zusammengebrachten Eisenbahnarbeiter" zu führen. Zu häufig waren ihre

Tumulte geworden, zu brisant und besonders erschienen sie, als daß man sie im allgemeinen Aktenbestand über „Volksaufstände und Tumulte" belassen hätte.[35] So wie die staatliche Macht die Organe der Eisenbahngesellschaften mit quasi-obrigkeitlichen Sanktionskompetenzen ausstattete, um die Disziplin der Arbeiter durchzusetzen und Tumulte zu verhindern, so bemühten sich die Behörden andererseits – übrigens weitgehend erfolglos – darum, gewisse Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeiter zu verankern und sie gegen Vorgesetztenwillkür zu sichern.[36] Ähnlich wie der Bau und Betrieb der Eisenbahnen wurden also die Verhältnisse und die Unruhen der Eisenbahn-Bauarbeiter in den 40er und 50er Jahren zum Gegenstand lebhaften öffentlichen Interesses und halbherziger Behördenintervention. Später, in den sechziger und siebziger Jahren, scheinen die weiterhin auftretenden Eisenbahnbauarbeiterstreiks[37] das Flair des Außerordentlich-Bedrohlichen verloren zu haben und gewissermaßen normal geworden zu sein.

7. Kapitel

Lohnarbeit im zentralisierten Gewerbebetrieb

1. Begriff, Kriterien, Überblick

Das folgende Kapitel handelt nicht nur von den Fabriken und ihren Arbeitern. Sicherlich war die Fabrik – die zentralisierte, größere Produktionsstätte, in der Kraft- und Werkzeugmaschinen eine wichtige Rolle spielten – ein ganz zentrales Signum der hier behandelten Epoche. Die massenhafte Gründung von Fabriken stellte in gewisser Hinsicht den Kern dessen dar, was hier als Industrielle Revolution bezeichnet wird. Denn vor allem in den Fabriken kamen die neuen Energien, Technologien und Organisationsmuster zum Zug – die Dampfkraft, die Maschinen und chemischen Verfahren, die verfeinerte Arbeitsteilung und zweckrationale Disziplin –, die die Produktivität in beispielloser Weise steigerten, wirtschaftliches Wachstum beschleunigten und das Verhältnis der Menschen zur Natur dauerhaft revolutionierten.[1] Auch die Entstehung der Arbeiterklasse war mit diesen langfristigen Umstürzen verknüpft, die die Architektur der Gesellschaft ebenso veränderten wie das Leben der Menschen und ihre Deutungen der Welt – mit Umstürzen, deren vielleicht wesentlichste Triebkräfte in den Fabriken zur Wirksamkeit kamen. Verständlicherweise symbolisierten Fabrik und Maschine für die Zeitgenossen des 19. Jahrhunderts, was an der Industrialisierung bedrohlich oder fortschrittlich, neu und erregend war. An die Maschine knüpfte man die kühnsten Hoffnungen und tiefsten Befürchtungen. Auf die Fabrik konzentrierte sich das Interesse.[2]

Dennoch darf man den Zusammenhang zwischen Maschinisierung der Produktion und Entstehung der Arbeiterklasse nicht als zu eng ansetzen und vor allem nicht per definitionem fixieren, was erst empirisch geprüft und gezeigt werden muß. Denn zum einen weiß man, nicht zuletzt aus Paralleluntersuchungen zu anderen Ländern, daß selbst in den Fabriken jener frühen Zeit meist nur eine Minderheit aller Arbeiter mit Maschinen zu tun hatte. Oft wurde nur ein kleiner Teil ihrer täglichen Verrichtungen von den Anforderungen der Maschinen bestimmt. Von dem Einsatz der ersten Dampf- und Werkzeugmaschine in einer sonst nicht maschinell geprägten Werkstätte bis zur Ausformung eines Maschinen*systems*, das Produktionsprozeß und Arbeitsvollzüge strukturierte und bedingte, war es ein langer Weg, und es ist sehr zu fragen, welche und wieviel Fabriken jener Jahrzehnte ihn tatsächlich zurücklegten.[3]

Zum andern bleibt genau zu überlegen, was denn den Vormarsch der Lohnarbeit und die Herausbildung einer Lohnarbeiterschaft stärker beeinflußte: die Maschinisierung der Produktion *oder* ihre Zentralisierung, die Durchsetzung der Fabrik *oder* die Verbreitung des zentralisierten Gewerbebetriebs generell, der sich zwar immer häufiger als Fabrik etablierte, aber eben auch ohne maschinelle Grundlage existierte. Man denke an die mit der Industrialisierung keineswegs verschwindenden Manufakturen oder auch an die Bergwerke.

Sicher hingen Maschinisierung und Zentralisierung der Produktion eng

zusammen: Maschinisierung setzte – bis zur Einführung des Elektromotors seit dem Ende des 19. Jahrhunderts und abgesehen von bemerkenswerten Übergangsformen – Zentralisation voraus, und wenn diese erst einmal bewerkstelligt war, enthielt die neue Situation angesichts gegebener technologischer Möglichkeiten und drängender Konkurrenz oft den Anreiz zur schrittweisen Maschinisierung. Doch entstanden zentralisierte Produktionsstätten aus den verschiedensten Motiven, und häufig ohne gleichzeitige oder bald folgende Maschinisierung.[4] Und selbst wenn beides Hand in Hand ging, stellt sich die Frage, was die Arbeitssituation und die Arbeitserfahrungen mehr beeinflußte: die maschinelle Produktion als solche *oder* die mit der Zentralisierung gegebene Trennung von Haushalt und Erwerbsarbeit? Die Abhängigkeit von der Maschine und die von ihr verlangte Disziplin *oder* die im größeren, zentralisierten Betrieb ermöglichte und nahegelegte Arbeitsteilung und Abhängigkeitsstruktur generell?

Um diesen Fragen nachgehen zu können, engt das folgende Kapitel die Perspektive nicht auf die Fabrikarbeiter ein, sondern definiert seinen Gegenstand breit. Es behandelt die Arbeiter im zentralisierten Gewerbebetrieb, im zentralisierten Gewerbe. Mit diesen Begriffen ist gemeint, was die Zeitgenossen als „Großgewerbe", „Produktion im Großen" oder manchmal auch mit dem damaligen Begriff der „Fabrik" bezeichneten,[5] jedoch abzüglich des dezentralisierten Großgewerbes, das wir gesondert behandelt haben. Der hier zugrunde gelegte Begriff des „zentralisierten Gewerbebetriebs" umfaßt also ein breites Spektrum für den Markt produzierender, kapitalistischer Gewerbe von den Getreidemühlen und Brauereien, den Tabakmanufakturen und Zuckerfabriken über die Ziegeleien, Glashütten und Maschinenbauanstalten bis hin zu den großen Mechanischen Spinnereien und Webereien, den Bergwerken und den riesigen Werken der Hüttenindustrie. Im empirischen Einzelfall mag die Abgrenzung gegenüber Handwerk und Heimgewerbe verschwimmen. Man denke an das Baugewerbe mit seinen teils handwerklichen, teils das Handwerksmaß sprengenden Betriebsgrößen oder an die ausgedehnten Werkstätten der städtischen Hausindustrie. Und wie ordnet man die mit mechanischer Kraft und einfachen Maschinen arbeitenden Getreidemühlen ein, die Anfang der 60er Jahre im Durchschnitt nur zwei Beschäftigte zählten?[6]

Überhaupt war der Bereich des zentralisierten Gewerbes in sich so vielfältig und voll fließender Übergänge, daß eine scharfe Binnengliederung schwierig ist. Auch das spricht für die Wahl des breiten Begriffs „zentralisierter Gewerbebetrieb". Doch hat es sich durchgesetzt, zwischen Manufakturen, d. h. zentralisierten Gewerbebetrieben im wesentlichen ohne Maschinen, Fabriken, also zentralisierten Gewerbebetrieben auf maschineller Grundlage und Bergwerken zu unterscheiden. Dem folgen auch wir, obwohl die Unterscheidung zwischen Manufaktur und Fabrik in der Wirklichkeit oft unscharf war und einige zentralisierte Betriebe wie Hütten- und Chemiewerke stark durch thermische und chemische Verfahren (aber kaum durch Werkzeugmaschinen) bestimmt waren und nur mit Vorbehalt als Fabriken eingeordnet zu werden pflegen.[7]

Wie aus Tabelle 13 hervorgeht, war die Zahl der im zentralisierten Gewerbe Beschäftigten auf dem Territorium des späteren Deutschen Reichs noch 1835 mit

ca. 300.000 oder 9% aller überhaupt im Gewerbe Beschäftigten bemerkenswert gering. Bis 1850 stiegen die Zahlen auf etwa 600.000 und 16%; damit lag das zentralisierte Gewerbe aber immer noch weit hinter den Anteilen von Handwerk und Heimgewerbe. Aber zwischen 1850 und 1873 verdreifachte sich die Zahl der in Fabriken, Bergwerken und Manufakturen Beschäftigten, von 600.000 auf 1,8 Millionen, von 16 auf 33%. Für 1875 hat man zwei Millionen Erwerbstätige in Betrieben mit mehr als fünf Beschäftigten gezählt und nach Branchen gegliedert. Die große Mehrheit davon, nämlich 1,8 Millionen, gehörte zu Einheiten mit mehr als zehn Beschäftigten, also wohl zweifelsfrei zu „zentralisierten Gewerbebetrieben" im hier gemeinten Sinn. Und um 1900 hatte dieser betrieblich zentralisierte – je später, desto eindeutiger kann man sagen: dieser industrielle – Bereich mit 60% das Handwerk und das Heimgewerbe eindeutig überrundet. Das folgende Kapitel handelt also von einem zunächst sehr kleinen, im dritten Jahrhundertviertel aber explosionsartig wachsenden Bereich. Zweifellos resultierte sein Wachstum primär aus der Zunahme und Ausdehnung der Fabriken und Bergwerke, die bis 1875 die Manufakturen eindeutig in den Hintergrund gedrängt hatten.[7a]

Im folgenden werden sechs unterschiedliche Branchen exemplarisch näher betrachtet. Mit der Zigarrenfabrikation und dem Buchdruck rücken zwei manufakturelle Arbeitsbereiche ins Licht, von denen sich der eine in Richtung auf das Heimgewerbe, der andere in Richtung auf die Fabrik wandelte. Bekanntlich haben Buchdrucker und Zigarrenarbeiter eine führende Rolle in der frühen Arbeiterbewegung gespielt, auch das reizt zur näheren Untersuchung dieser Branchen. Mit den Bergarbeitern kommt die Situation in einem seit langem betrieblich zentralisierten Bereich in den Blick, der mit der Industrialisierung rapide anschwoll und innerhalb dessen sich radikale Veränderungen zutrugen, obwohl die Maschinisierung zunächst ganz am Rande blieb. Wir konzentrieren uns auf den Steinkohlenbergbau, der schon um 1860 etwa die Hälfte aller Bergarbeiter beschäftigte und überdies relativ an Gewicht gewann. Dann werden drei sehr unterschiedliche Typen von Fabrikarbeitern in ihren Arbeitsmilieus und ihren lebensweltlichen Bezügen behandelt: die härteste Körperarbeit leistenden, meist wenig qualifizierten, fast durchweg männlichen *Arbeiter der Hüttenindustrie* (vom Hochofen über die Stahlproduktion bis zum Walzwerk); die vornehmlich hochqualifizierten, handwerklich geprägten, ebenfalls größtenteils männlichen, oft zur Oberschicht der Fabrikarbeiter gehörenden *Maschinenbauarbeiter*; und die primär angelernten *Arbeiter der* früh maschinisierten, mittel- bis großbetrieblichen *Textilindustrie*, die vorwiegend zur breiten, leicht ersetzbaren, oftmals elenden Unterschicht der Fabrikarbeiter gehörte. Ausgehend von der Textilindustrie, in der die Frauenarbeit der Männerarbeit fast die Waage hielt und Kinderarbeit bis zur Jahrhundertmitte häufig war, wird die Problematik von Geschlecht und Alter in der entstehenden Lohnarbeiterschaft diskutiert – ein Problem, das allerdings auch in anderen Abschnitten häufig begegnet, so etwa in dem über die Zigarrenarbeiter. Abschnitt 8 faßt die Ergebnisse des Kapitels unter den Gesichtspunkten zusammen, die auch die Vorstellung der einzelnen Arbeiterkategorien leiten.

2. Manufakturen

a) Zwischen Manufaktur und Heimgewerbe: die Zigarrenarbeiter

Der seit Ende des 16. Jahrhunderts in Deutschland bekannte Tabak wurde bis ins späte 18. Jahrhundert vorwiegend zu Pfeifen-, Schnupf- und Kautabak verarbeitet. Die Zigarette wiederum setzte sich erst im 20. Jahrhundert durch. Das 19. war das Jahrhundert der Zigarre. Seit 1788 entstanden die ersten Zigarrenmanufakturen in Bremen und Hamburg, in enger Verknüpfung mit dem dortigen Import- und Exporthandel. Sie verarbeiteten hochwertige ausländische Rohtabake für den gehobenen Verbrauch. Schon der Vormärz sah eine rasche „Demokratisierung" des Zigarrenkonsums und, damit verbunden, eine Ergänzung der teuren Importe durch billigere inländische Rohtabake, die zu preiswerteren Sorten verarbeitet wurden. 1848 hob man das traditionell von Kirche und Staat verteidigte Rauchverbot auf öffentlichen Plätzen und Straßen auf – eine Errungenschaft der Revolution, für die die Berliner Zigarrenfabrikanten 50.000 Taler der dortigen Armenkasse in Aussicht stellten. Die Gründung des Zollvereins, dem Bremen und Hamburg nicht angehörten, hatte die Verlagerung der expandierenden Zigarrenproduktion ins Innere nahegelegt. Zunächst teilweise auf Bremer und Hamburger Rechnung, teilweise von dort qualifizierten, wandernden Zigarrenmachern angelegt, zunehmend auf anderen Initiativen fußend, etablierte sich seit den 30er und 40er Jahren die Zigarrenherstellung auch in anderen deutschen Städten und vor allem auf dem Lande: in Sachsen, Westfalen und Baden, in Brandenburg, Schlesien und im Rheinland, auch in Thüringen, Hessen-Nassau, Hannover und anderswo. Auf dem Lande waren die Arbeitskräfte billiger, und teilweise – etwa im östlichen Westfalen seit den 60er Jahren – drängten sie sich in das neue Gewerbe wie in ein Rettungsboot, nachdem das traditionelle Textil-Heimgewerbe sie nicht mehr ernährte.

Das Gewerbe wuchs, und es wanderte. 1821 führte man in Bremen 58.000 und 1825 54.000 Doppelzentner Tabakblätter ein, aber 1854 waren es bereits 280.000. 1836 dürften auf dem Gebiet des Zollvereins 15.000 bis 20.000 Personen in der Zigarrenherstellung beschäftigt gewesen sein. 1861 zählte man 3.323 „Tabak- und Zigarrenfabriken" mit zusammen 54.038 Arbeitern. 1875 beschäftigten im Deutschen Reich 10.538 Betriebe schon 110.891 Erwerbstätige. Davon waren ca. neun Zehntel mit der Zigarrenherstellung befaßt. Bis 1895 wuchsen die Zahlen weiter: die der Betriebe um 84%, die der Beschäftigten um 38%. Während zu Beginn des 19. Jahrhunderts neun von zehn Zigarrenmachern in Hamburg und Bremen gearbeitet haben dürften, entfielen auf die beiden Städte 1875 nur noch 5,5% der Betriebe mit 2,5% der Beschäftigten. Jeder zweite einschlägig arbeitende Betrieb stand nun in Preußen, es folgten Baden und Sachsen. Baden avancierte zum Zentrum des deutschen Tabakanbaus und zu einem Schwerpunkt der Zigarrenproduktion. Während 1875 in Hamburg und Bremen kaum mehr als 1%

der Erwerbstätigen und in der Provinz Sachsen 6% von der Tabakverarbeitung lebten, betrug die entsprechende Zahl für Baden 12% (und 1907 gar 18%). In Baden zählte man 1842 28, 1875 246 und 1890 570 Zigarren-„Fabriken" mit 614, 12.148 und 29.430 Arbeitern.[8]

Merkwürdigerweise änderte sich der Arbeitsvorgang in dieser ganzen Periode kaum, bis auf die Durchsetzung der neuen Wickelform vor allem in den 60er Jahren. Werkzeugmaschinen und Motoren zogen erst seit den 1890er Jahren in die Zigarren-Manufakturen ein, die dadurch zu Fabriken wurden. Zigarren stellte man bis dahin nicht-maschinell, in einfacher arbeitsteiliger linearer Kooperation her, wobei die Zurichter der getrockneten Tabakblätter, die Abstreifer und die „Wickelmacher", die die Einlagen formten und preßten, den eigentlichen Zigarrenmachern oder „Rollern" zuarbeiteten, die die Deckblätter zuschnitten und anbrachten, bevor der Sortierer und Packer den Vorgang zu Ende brachten. Fast durchweg wurde im Akkord bezahlt, teilweise nach verschiedenen Einzelakkordsätzen für jede Produktionsstufe; häufiger jedoch bildeten Roller und Wickelmacher, manchmal zusammen mit anderen Helfern, eine Produktionseinheit, und der Fabrikant oder sein Werkmeister zahlten Gruppenakkord zu Händen des Rollers, der selbst am besten verdiente und den Rest an die ihm zuarbeitenden Wickelmacher bzw. Wickelmacherinnen und sonstigen Helfer weitergab.[9]

Mit der Ausweitung, der Hinwendung zum billigeren, qualitativ weniger hohen Produkt und der gleichzeitigen Verlagerung auf das Land hingen zwei wichtige Umstrukturierungen zusammen, die sich trotz kaum veränderter Arbeitsvollzüge bis in die 1870er Jahre weit durchgesetzt hatten. Am Anfang des Jahrhunderts herrschte der Manufakturbetrieb eindeutig vor. Noch für 1841 zeigt das eine Bremer Erhebung, die vielleicht nicht im einzelnen, wohl aber im Umriß zutreffen dürfte:[10]

Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter pro Betrieb	Zahl der Arbeiter in dieser Kategorie
7	50–70	434
18	25–50	666
39	10–25	663
41	5–10	287
73	1– 5	219

Dabei dürften die Arbeiter in den größten Betrieben auf mehrere Häuser verteilt und jeweils zu mehreren in kleinen Zimmern zusammen untergebracht gewesen sein. Seit den 40er Jahren setzte nun die Verlagerung von der Manufaktur ins Heimgewerbe ein. Gute Zahlenreihen besitzen wir für die frühe Zeit nicht, aber der Trend ist klar. Zwar arbeiteten die meisten Zigarrenarbeiter auch noch um 1875 in Manufakturen, meist in solchen mit 30 bis 80 Beschäftigten. Aber die heimgewerblichen Betriebe, entweder rein im Familienbetrieb oder mit einigen

wenigen familienfremden Helfern, nahmen zu. 1875 zählte man im Reich 7.796 Betriebe mit bis zu fünf Gehilfen; hier arbeiteten 14.330 Personen. Dagegen gab es 2.474 Betriebe mit fünf Personen und mehr, sie beschäftigten insgesamt 96.319 Personen. In den folgenden Jahrzehnten wuchs die Zahl der Alleinbetriebe schneller als alle anderen, doch auch noch 1907 gehörten mehr als 50% aller Arbeiter zu Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten.[11]

Dieses Stück Dezentralisierung wurde durch nachlassende Kontrollbedürfnisse beim Übergang zur billigeren Ware, geringe Kapitalerfordernisse, die fehlende Maschinisierung, die Einfachheit der Arbeitsteilung und die ohnehin vorherrschende Form indirekter Personalkontrolle – vor allem durch Akkord – ermöglicht und von mehreren Faktoren nahegelegt: vom „Selbständigkeits"-Wunsch der Produzenten, die oft – besonders die Frauen nach der Verheiratung – die Manufaktur verließen und die einfache Kooperation von Roller, Wickelmacher und sonstigem Helfer lieber im Familienbetrieb fortführten; von der Suche der Fabrikanten nach billigeren Arbeitskräften auf dem Land, die dezentral wohnten und an Heimarbeit gewöhnt waren; und von der zunehmenden Regulierung der Arbeitsverhältnisse in Manufakturen und Fabriken durch die beginnende Arbeiterschutzgesetzgebung. Die Kinderarbeitsverbote und Frauenarbeitsbeschränkungen, z.B. in Preußen – seit 1839, wirksam seit 1853 – oder in Bremen (in anderer Weise ab 1842), konnte man im zentralisierten Betrieb nur schwer umgehen, für das Heimgewerbe aber galten sie nicht.[12]

Zum anderen nahm der Anteil der Frauen an den Zigarrenarbeitern zu, und zwar nicht nur aufgrund des Bodengewinns des Heimgewerbes. In den durchweg zunftfreien Manufakturen fehlte es an Frauen- und Kinderarbeit von Anfang an nicht. Doch noch die Bremer Erhebung von 1841 registrierte neben 1649 männlichen Arbeitern nur 368 Arbeiterinnen. Dagegen zählte die Reichsstatistik von 1875 neben 62.368 männlichen immerhin 48.523 weibliche Arbeitskräfte, die in einzelnen Staaten wie Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen schon die Mehrheit stellten.[13] Wichtig allerdings ist, daß die Positionen der Roller (Zigarrenmacher) bis 1875 weitgehend Domäne der Männer blieben – erst später änderte sich das –, während die von ihnen abhängigen, viel schlechter bezahlten Stellen der Wickelmacher und sonstigen Helfer bis 1875 in großer Mehrheit von Frauen besetzt wurden. Das Über- und Unterordnungsverhältnis und die sehr ausgeprägte Bezahlungsdifferenz zwischen Rollern und Wickelmachern[14] wurde somit durch die Geschlechtsdifferenz überlagert und verstärkt. Dies führte einerseits zu einer spezifischen Verschärfung der damit verbundenen Spannungen: Sexuelle Belästigungen scheinen nicht gerade selten gewesen zu sein, nicht nur die öffentliche Phantasie beschäftigte sich damit.[15] Andererseits dürfte diese mit der Organisation des Arbeitsprozesses gegebene Differenz durch ihre geschlechtsspezifische Ausprägung akzeptabler gemacht und legitimiert worden sein. Entsprach doch die arbeitsorganisatorisch bedingte Ungleichheit jenem Muster an Ungleichheit, das die meisten Männer und Frauen als „natürlich" zu akzeptieren gelernt hatten. Übrigens wandten sich die frühen Zigarrenarbeitergewerkschaf-

ten – durchaus defensiv – sowohl gegen die Ausweitung der Frauenarbeit, unter den qualifizierten Zigarrenmachern jedenfalls, wie gegen die zunehmende Verlagerung der Produktion ins Heimgewerbe.[16]

Nicht nur im heimgewerblichen Teil der Zigarrenherstellung, sondern auch in den Manufakturen[17] waren die Arbeitsbeziehungen und Abhängigkeitsverhältnisse sehr dezentralisiert. Die Fabrikanten gaben den Aufsehern und Werkmeistern, meist älteren, lange erfahrenen, ehemaligen Zigarrenmachern, großen Spielraum und Entscheidungsmacht: Sie hatten etwa 20 bis 50 Arbeiter unter sich, die sie oft selbst anstellten und entließen, deren Akkorde und Strafen sie festsetzten, die sie anlernen und anleiten mochten. Doch in der Regel verkehrten diese „Zwischenmeister" mit den Rollern, die oft „ihre" Wickelmacher und Helfer bezahlten und befehligten, manchmal auch mitbrachten und beim Wechsel in eine andere Manufaktur mitnahmen. Es war also eine mehrstufige Struktur mit Elementen des Zwischenmeistersystems; vom subcontracting spricht man im Englischen. Daraus resultierten vielfältige und wenig verfestigte Spannungslinien, zwischen Vorgesetzten und Arbeitern wie auch innerhalb der nicht homogenen Belegschaft. Von harter oder gar bürokratischer Fabrikdisziplin war man noch weit entfernt. Wenn die Nachfrage stark und die Arbeitskräfte knapp waren, wie in Bremen in den 40er Jahren, mochten sich die Roller relativ spontan freinehmen und vielleicht nur wenige Tage in der Woche am Arbeitsplatz erscheinen, um auf eigene Rechnung andere Aufträge zu erfüllen. Auch Wickelmacher und Abstreifer arbeiteten manchmal für mehrere „Fabrikanten" zugleich.

Die Zigarrenmacher des zweiten Jahrhundert-Drittels galten oft als leichtlebig, schwer disziplinierbar, manchmal auch „unsittlich" oder – demokratisch. Früh arbeiteten und verdienten ihre Kinder mit, oft außerhalb des Familienverbands; früh sah man sie rauchend auf der Straße. Mit dem sozialen Ansehen für Zigarrenarbeiter war es offensichtlich nicht allzu weit her, mit ihren Qualifikationen auch nicht. Die mit teuren Sorten befaßten Roller, die Sortierer und Werkmeister konnten sicherlich oft auf lange Erfahrung zurückblicken. Geschicklichkeit spielte durchaus eine Rolle. Aber im Grunde handelte es sich um Anlernberufe. Viele von ihnen sahen ihre Arbeit in der Manufaktur ohnehin nur als vorübergehend an, bevor sie heirateten und sich als heimindustrielle Familien „selbständig" machten, zum Werkmeister oder Sortierer avancierten oder sich als Tagelöhner, Gastwirte, Maurer, Händler oder dergleichen versuchten.[18]

Trotzdem bestand viel Zusammenhalt in dieser Arbeitergruppe. Die Unternehmer klagten über ihren „starken Korporationsgeist", der sie befähigte, Lohnforderungen durchzusetzen.[19] Wir wissen, daß sie zu den ersten gehörten, die sich schon im Vormärz gewerkschaftlich organisierten und später sozialdemokratisch engagierten.[20] Dazu zwei Gedankengänge, der eine erklärend, der andere relativierend.

Im Unterschied zu den Handwerksgesellen und Heimgewerbetreibenden hatten die meisten Zigarrenarbeiter miteinander zu tun, in – für damalige Verhältnisse – großbetrieblichen Verhältnissen: „statt verschleierndem Integrationsmechanismus, offener Gegensatz zwischen dem noch persönlichen Kapitalisten und

der Gruppe der Manufakturarbeiter; statt Isolierung und Vereinzelung der Gesellen im Handwerksbetrieb, Konzentration von vielen Zigarrenarbeitern in einer Manufaktur; statt handwerklicher Einzelarbeit Arbeitsteilung in linienartiger Kooperation und Gruppenarbeit".[21] Anders als die Handwerksgesellen heirateten die Zigarrenarbeiter jener Jahrzehnte früh und häufig,[22] anders als jene hatten sie keine obligatorische Lehre durchlaufen, auch wenn sie sie zeitweise forderten. Die Zigarrenherstellung war immer ein freies Gewerbe, die Zigarrenarbeiter verfügten selbst über keine zünftige Tradition,[23] auch wenn ihre frühen Gewerkschaften – übrigens vergeblich – nach zunftähnlichen Rechten strebten; das verweist mehr auf die Ausstrahlungskraft des handwerklichen Modells als auf die Handwerkerähnlichkeit der damaligen Zigarrenarbeiter, die eben *keine* Handwerker waren.[24]

Auf der anderen Seite enthielt ihre Arbeitssituation noch viele handwerkliche und heimgewerbliche Elemente, viele Nischen und Poren, viele Möglichkeiten zur selbständigen Gestaltung der eigenen Arbeit, der eigenen Zeit und der Kommunikation mit den Arbeitskollegen. Wie oft es wirklich vorkam, daß, wie gern berichtet wird, ein Mitglied der zusammenarbeitenden Gruppe von den anderen gewissermaßen auf Zeit freigestellt wurde, damit er oder sie allen gemeinsam vorlas, muß offenbleiben. Die räumlich verdichtete, durch Lärm kaum gestörte und sehr poröse Arbeit erlaubte es im Prinzip.[25] Auch überlokale Kontakte auf beruflicher Ebene waren häufig. Wandern kam vor, man besuchte die Herbergen der Handwerker, und zu den frühesten Einrichtungen der Zigarrenarbeiterkassen gehörte die Wanderunterstützung, das „Viatikum".[26]

Vermutlich erklärt sich die überdurchschnittliche kollektive Handlungsfähigkeit der frühen Zigarrenarbeiter aus dieser besonderen Mischung von großbetrieblicher, durchaus unzünftiger Lohnarbeitersituation einerseits und Elementen von Heimarbeiter- und Handwerkerähnlichkeit andererseits, zudem auf dem Hintergrund relativ guter Arbeitsmarktchancen und Löhne, die man allerdings durch Zunahme der Frauen- und Heimarbeit bedroht sah.

Doch ist gleichzeitig einzuschränken. All dies dürfte sehr viel mehr auf Manufakturarbeiter im städtischen Milieu zutreffen, die, wie an Leipzig und Bremen gezeigt worden ist,[27] durch soziale Herkunft, Heiratspartnerwahl, Wohnverhalten und vielfältige Kontakte eng mit anderen Teilen der entstehenden gewerblich-städtischen Arbeiterklasse verknüpft waren. Sehr viel weniger galt es für die Zigarrenarbeiter im neu sich bildenden Heimgewerbe und im neu erschlossenen ländlichen Milieu; hier stand die fortdauernde ländliche Einbindung der kollektiven Identifikation als Berufsgruppe und Teil der entstehenden Arbeiterklasse entgegen.[28] Auch bleibt zu untersuchen, wie weit die ausgeprägte innere Fragmentierung der Zigarrenarbeiterschaft ihr kollektives Auftreten erschwerte. Waren nicht doch nur die Roller und Sortierer erreichbar, sehr viel weniger die Wickelmacher(innen) und andere Helfer? Eine gewerkschaftliche Organisationsquote von 4 bis 8 %[29] war für damalige Verhältnisse ein großer Erfolg. Trotzdem blieben eben mindestens neun von zehn Zigarrenarbeitern unorganisiert. Das darf man nicht aus den Augen verlieren.

b) *Die „Jünger Gutenbergs" und die Teilindustrialisierung des Buchdrucks*

Ähnlich früh wie die Zigarrenarbeiter, jedoch viel erfolgreicher, organisierten sich die hochqualifizierten Gehilfen des Druckgewerbes. Schon 1848/49 und dann wieder 1866 schlossen sich die zahlreichen lokalen Buchdruckervereine auf gesamtdeutscher Ebene zusammen. Mehr als jeder dritte und bisweilen mehr als jeder zweite Schriftsetzer- und Druckergehilfe traten in den 60er und 70er Jahren einer Gewerkschaft bei. In Wien soll 1872 sogar ein Organisationsgrad von 72% erreicht worden sein. Noch um 1900 galten die Buchdrucker, einschließlich der Schriftsetzer, anderen Arbeiterkategorien als Vorbild disziplinierter Organisationsfähigkeit. Der erste große Arbeiterführer war ein Schriftsetzer: Stephan Born.[30]

Ähnlich wie die Tabakarbeiter befanden sich die Arbeiter des graphischen Gewerbes in einer besonderen Übergangssituation, die durch das Fortleben älterer Traditionen und das Aufkommen neuer – in diesem Fall industriekapitalistischer – Arbeitsverhältnisse geprägt war. Doch in vielen Punkten wich die Entwicklungsgeschichte der Schriftsetzer und Drucker von der der Tabakarbeiter ab.

Ihre Zahl war geringer. Nach Viebahn gab es im Zollverein 1861 1.543 Betriebe mit 14.834 Beschäftigten (im Vergleich zu 3.323 „Tabak- und Zigarrenfabriken" mit insgesamt 54.038 Beschäftigten). Blickt man, wie die damaligen Gewerkschaftsfunktionäre, nur auf die Berufsgruppenangehörigen im engeren Sinn – läßt man also die ungelernten Hilfskräfte, die Lehrlinge und die in den Druckereien beschäftigten Angehörigen anderer Berufe, z.B. Mechaniker und Tischler, beiseite –, dann nahm ihre Zahl zwischen 1866 und 1876 von circa 9.000 auf 13.000 zu, und nur auf sie beziehen sich offenbar die oben genannten hohen Organisationsziffern. Circa 73% von ihnen waren in den 60er Jahren Schriftsetzer, 14% bedienten „als Maschinenmeister" Druckpressen, und die übrigen 13% wurden als „Schweizerdegen", „Faktoren" (also wohl Aufsichtspersonen), Schriftgießer und Korrektoren geführt.[31] Zumindest diese Berufe sind im folgenden gemeint, wenn das Wort „Buchdrucker" gebraucht wird: es umfaßt Setzer und Drucker im engeren, tätigkeitsbezogenen Sinn.

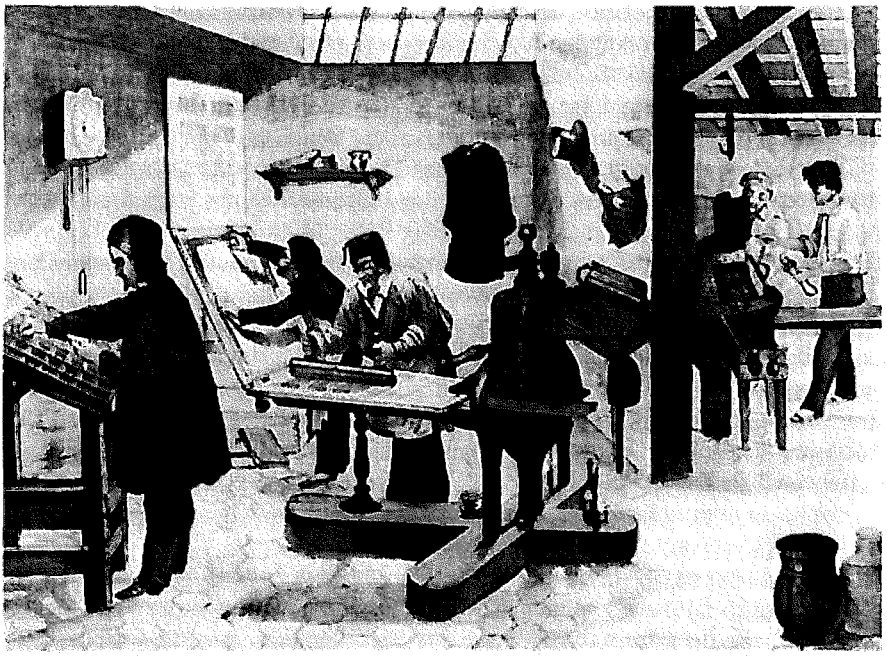
Anders als die Zigarrenherstellung war der Buchdruck in den Städten, vor allem in den größeren und größten, zentriert. Man sieht es schon am Verlagswesen. Von den 10.406 Verlagsartikeln (Bänden oder Heften), die der deutschsprachige Buchhandel 1863 lieferte, entfielen auf Leipzig 1.751, Berlin 1.539, Wien 734, Stuttgart 501, Prag 278, München 255, Hamburg 231 usw. – auf 33 Hauptorte (einschließlich Zürichs und Basels) mehr als drei Viertel aller Lieferungen. Die Zahl der Orte mit Buchdruckgewerbe nahm zwar kräftig zu, aber die Konzentration in den großen Städten blieb ausgeprägt. Um 1840 führte Berlin mit 41 Druckereien und 491 Gehilfen vor Leipzig mit 24 Betrieben und 672 Gehilfen sowie Stuttgart mit 28 Betrieben und 300 Gehilfen. Insgesamt handelte es sich bei den Buchdruckern um eine ausgeprägt städtische Arbeitergruppe.[32]

Anders als die Zigarrenarbeiter verfügten die Buchdrucker über so etwas wie eine handwerklich-zünftige Tradition, das „Postulat", das mit großen regionalen

Unterschieden gegen Ende des 16. Jahrhunderts entstand, im 17. und 18. Jahrhundert florierte und Anfang des 19. Jahrhunderts weitgehend zerbrach. „Postulat" – das bedeutete so viel wie eine aus Reichsrecht, landesherrlichen bzw. städtischen Ordnungen und Satzungen von Buchdruckergesellschaften resultierende Gewerbeordnung, die die Voraussetzungen, die Dauer und die Einzelheiten der Lehre, das mehrstufige, zeremonienreiche „Lossprechen" der Lehrlinge und ihr Eintreten in den Gesellenstand sowie einige Grundsätze des Verhältnisses zwischen „Gehilfen" und „Prinzipalen" regelte.[33]

Vieles von dem, was vorn über die zünftige Organisation des Handwerks ausgeführt worden ist, stimmt insofern auch für die Buchdrucker, besonders, was die Wandergebräuche und die Üblichkeit des Viaticums betrifft.[34] Doch rechnete man sie zeitgenössisch in der Regel nicht zu den „Handwerkern", sondern zusammen mit Feinmechanikern, Kupferstechern, Architekten, Schauspielern u.a. zu den „Künsten" oder zur „Kunstindustrie". Entsprechend unterschied man im Buchdruck zwischen „Prinzipalen" und „Gehilfen", nicht aber zwischen „Meistern" und „Gesellen".[35] In der Tat unterschied sich die Buchdruckerei herkömmlicherweise ganz gravierend vom Handwerk, vor allem in dreierlei Hinsicht:

Erstens unterschied sich das Postulat von der normalen Zunftordnung. Es hielt sich mit der Beschränkung der geschäftlichen Praktiken der Prinzipale in ganz und gar unzünftiger Weise zurück, respektierte sie quasi als kleine Unternehmer. Es regulierte die Stellung der Gehilfen sehr viel weniger als die Zunftordnungen die Stellung der Handwerksgesellen; so gab es für die Gehilfen des Buchdrucks keine Wanderpflicht und häufig auch nicht den Zwang, im Hause des Prinzipals zu logieren. Obwohl das Postulat an der Überordnung der Prinzipale keinen Zweifel ließ und gehörig auf Disziplin und Gehorsam der Gehilfen abzielte, räumte es ihnen doch Rechte und Mitsprachemöglichkeiten ein, die den Gesellen des Handwerks fehlten: Gehilfen oblag in der Regel die Lehrlingsausbildung; manchmal brachten sie „ihre Lehrlinge" mit; sie nahmen an der Verwaltung der Kassen maßgeblich teil; sie gehörten zusammen mit den Prinzipalen den „Buchdruckergesellschaften" als vollberechtigte Mitglieder an, die sich dadurch von normalen Handwerkerzünften unterschieden; sie wirkten in paritätisch zusammengesetzten Schiedsgerichten mit, bis hin zur Aushandlung und Prüfung von Ordnungen, die Löhne und Lohnformen festsetzten. Zwar differierten die Verhältnisse örtlich und zeitlich sehr, und es fanden sich stellenweise auch – neben oder statt der Buchdruckergesellschaften – nur von Prinzipalen gebildete Innungen und Bruderschaften ausschließlich für Gehilfen. Auch muß man sich vor der Idyllisierung des Gehilfenlebens unter dem Postulat hüten, die organisierten Buchdrucker des 19. Jahrhunderts neigten manchmal dazu. Aber fest steht doch, daß die „Zunftordnung" der Buchdrucker, das Postulat also, die Gehilfen als Arbeitnehmer gegenüber den Prinzipalen als Arbeitgebern mit einem Gewicht ausstattete, von dem die Gesellen der frühneuzeitlichen Handwerke gemäß den Zunftordnungen nur träumen konnten.[36] Letztlich standen dahinter die eigentümlichen Produktions- und Arbeitsverhältnisse des Buchdrucks, die die Prinzipale zu kleinkapitalistischen Unternehmern machten und



In einer Buchdruckerwerkstatt. Links der Setzer, in der Mitte der Drucker und rechts hinten der Schriftgießer. Kolorierte Lithographie um 1830

die Gehilfen ein Stück weit den lebenslänglich abhängigen Lohnarbeitern anglichen. Das führt zum *zweiten* Unterschied zwischen dem Buchdruck und dem Normalfall des Handwerks.

Die Produktion von Büchern und Druckerzeugnissen anderer Art geschah von Anfang an für den Markt, kaum auf Bestellung; früh entwickelten sich verlagsmäßige Abhängigkeiten zwischen Buchdruckern und Kaufleuten („Verlegern"!), oder die Buchdrucker entwickelten sich selbst zu marktbezogen wirtschaftenden, kapitalkräftigen Verlegern. – Damit, mit den Untergliederungsmöglichkeiten des Druckvorgangs und den fehlenden oder doch sehr schwachen Zunftbeschränkungen hing es zusammen, daß sich seit dem 16. Jahrhundert klar abgegrenzte Stufen der Arbeitsteilung entwickelten: das Gießen der Lettern, das Setzen, das Drucken, das Schneiden und Binden. Das wiederum führte zur Herausbildung fest umrissener einzelner Berufszweige, vor allem der Schriftgießer, Setzer und Drucker, daneben weiterer Spezialisierungen und Hilfsarbeiten, die zumeist in Werkstätten vereint, selten auf verschiedene Werkstätten verteilt waren. Nur die Buchbinderei spaltete sich zeitig ab und unterlag zünftigen Regeln.

Wenn auch die „Bücherfabrik" von Anton Koberger in Nürnberg Anfang des 16. Jahrhunderts mit 24 Handpressen und 100 Gehilfen für jene Zeit eine Ausnahme dargestellt haben dürfte, legten der Marktbezug und die Möglichkeit zur inneren Arbeitsteilung doch die Errichtung größerer Werkstätten nahe, die sich

der handwerklichen Einheit von Haushalt und Betrieb entzogen und in denen der Prinzipal zum Unternehmer, Arbeitgeber und Dirigenten wurde, ohne noch selbst mit Hand anzulegen. Im Durchschnitt scheinen zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf einen Prinzipal vier Gesellen gekommen zu sein, bei ausgeprägten Schwankungen nach oben und unten.

Auch schon vor der Maschinisierung des 19. Jahrhunderts kostete die Einrichtung einer Druckerei, einer „Offizin", wie es hieß, deutlich mehr als die Einrichtung eines Schneider- oder Schuhmacherbetriebs. Dies reduzierte die Chancen der Gehilfen auf Selbständigkeit und unterstrich die soziale Distanz zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Wenn es auch zahlreiche, in verlagsmäßiger Abhängigkeit arbeitende Kleinst- und Kleinbetriebe gab und ihr Anteil im 17. und 18. Jahrhundert gegenüber der vorhergehenden Zeit eher zugenommen zu haben scheint, existierte die Buchdruckerei während der gesamten Frühen Neuzeit doch immer zugleich in der Form der Manufaktur. Es ist deshalb falsch, die herkömmliche Buchdruckerei als Handwerk zu bezeichnen. Sie war seit Jahrhunderten ein kapitalistisches Gewerbe, in dem es auch früh zur Mitarbeit von Frauen, Kindern und ungelernten Hilfskräften kam.[37]

Die Zuordnung der Buchdrucker zu den „freien Künsten" verweist auf eine *dritte* Unterscheidung gegenüber dem Handwerk. Nach Bildung und Qualifikation ragten die Buchdrucker aus der großen Mehrheit gewerblicher Arbeiter hervor. Die Buchdruckerlehre dauerte lange, in der Regel fünf Jahre. Das Gießen, Setzen und Drucken erforderte gewisse Geschicklichkeit. In Zeiten, in denen die Kunst des flüssigen Lesens und Schreibens nicht allgemein verbreitet war und als Kriterium sozialer Abgehobenheit diente, müssen die Fähigkeiten der Gießer, Setzer und Drucker etwas Auszeichnendes an sich gehabt und sie mit stolzem Bewußtsein erfüllt haben. Nicht selten mußten sie sogar mit fremdsprachigen Texten umgehen können. Das daraus folgende, sie von der großen Masse der Arbeiter abhebende und als Gehilfen des Druckgewerbes trotz aller Arbeitsteiligkeit zusammenhaltende Sonderbewußtsein konkretisierte sich im Gutenberg-Kult.

Als „Jünger Gutenbergs" bezeichneten sie sich bei feierlicher Gelegenheit gern, und von ihren Offizinen sprachen sie als „Kunsttempel". Von Statuen und ikonographischen Verzierungen einschlägiger Schriften schaute Gutenberg als Stammvater herab, mit Anklängen an Gottvater, an Moses oder Johannes den Täufer. 1440 galt als Jahr 1 des Buchdruckerkalenders, der Vortrag von Gutenberg-Legenden zierte das jährliche gemeinsame Fest am Johannestag. Jahrhundertfeiern fanden 1540, 1640, 1740 und 1840 statt, mit festlichem quasi-religiösem Brauchtum, nicht ohne Pathos und messianische Stilisierung. Als Voraussetzung aller Aufklärung – „es werde Licht" –, als Schwester der Pressefreiheit und als Grundlage der Freiheit überhaupt ließ sich die Buchdruckerkunst im späten 18. und 19. Jahrhundert vorzüglich stilisieren. Im Anspruch auf das Recht, einen Degen zu tragen (18. Jahrhundert) und auf den Titel „Herr" (noch im 19. Jahrhundert) zeigte sich dieses berufsgruppenspezifische, ein wenig elitäre Sonderbewußtsein ebensosehr, wie wenn in der zunehmend sozialistisch argumentieren-

den Buchdrucker-Zeitschrift „Typographia" die Buchdrucker 1847 „als Mitglieder der arbeitenden Klassen" bezeichnet wurden. „denen voranzueilen sie berufen sind, als ein Stand, welcher das Glück hat, vor diesen eine erhöhtere Bildung zu genießen [...]". – „Gott hilft denen, die sich selber helfen", lautete das selbstbewußte, geradezu bürgerliche Motto eines Rheinisch-Westfälischen Buchdruckergehilfenverbandes von 1846. Wie der Vergleich mit anderen Arbeitergruppen – jedenfalls für Leipzig – erwiesen hat, stammten Buchdrucker zu Beginn des 19. Jahrhunderts relativ häufig aus Familien kleinbürgerlich-bürgerlichen Zuschnitts; der Anteil der „geborenen Proletarier" unter ihnen war vergleichsweise gering, wenn er auch zunahm. Der Schriftsetzer- und Maklerssohn Stephan Born schrieb im Rückblick auf die Mitte des 19. Jahrhunderts: „Unter den Arbeitern der Stadt Berlin bildeten die Maschinenbauer und die Buchdrucker gewissermaßen die tonangebenden, um nicht zu sagen aristokratischen Elemente." Und die Selbstkritik eines jungen wandernden Buchdruckers von 1847 bestätigt in anderer Weise, daß sich die „Jünger Gutenbergs" durch Eigenarten des Selbstverständnisses und der Lebensführung von der Masse der ländlichen und städtischen Arbeiter abhoben: „Theaterspielen, voreilige Liebschaften anknüpfen, den grünen Tisch (Billard, J. K.) frequentieren, den Stutzer spielen, den Studenten nachäffen, den stillen, frommen, dem Herrn Prinzipal stets ergebenen Diener und Knecht heucheln" – das sei Buchdruckerart, die es abzulegen gelte.[38]

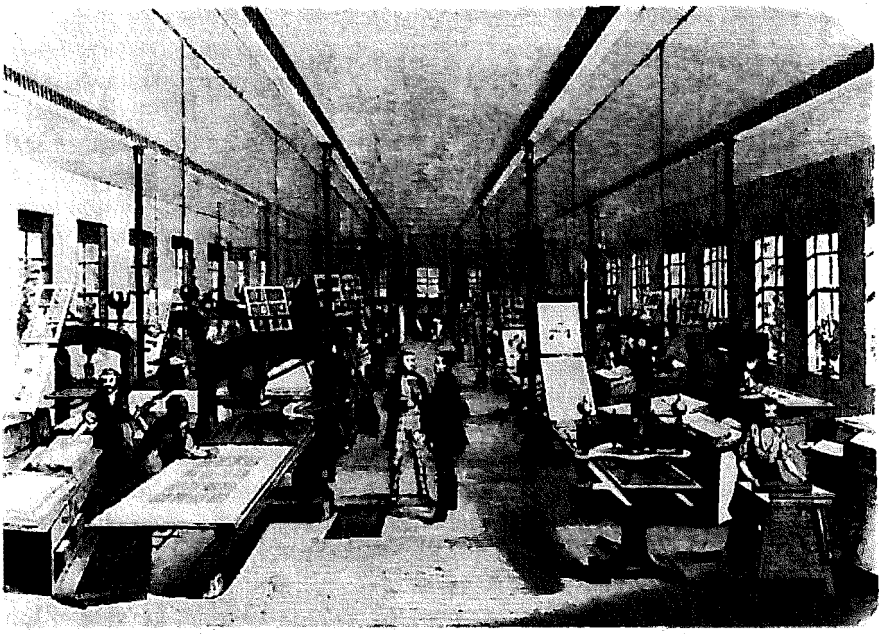
Diese Mischung aus quasi-zünftiger Tradition, langen Erfahrungen mit Lohnarbeit und ausgeprägter Bildung hob die Buchdrucker aus der Masse der gewerblichen Arbeiter hervor. Sie ähnelten schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts dem Typus des Lohnarbeiters mehr als der typische Handwerksgeselle. Andererseits hoben sie sich von der Masse der Manufaktur- und bald auch der Fabrikarbeiter durch eine gewisse Handwerksgesellen-Ähnlichkeit ab. Ihre besondere Qualifikation, ihre Bildung und ihr berufsbezogenes Sonderbewußtsein unterschieden sie von Handwerkern und gewerblichen Arbeitern aller Art und halfen mit, ihr großes Gewicht wie ihre soziale Nähe zu den Prinzipalen zu begründen. Hieraus entstand ihr oft gerühmter Korpsgeist, der die Setzer, Drucker und andere Spezialisten als „Jünger Gutenbergs" zusammenhalten ließ, über Funktionsdifferenzierungen hinweg, die schon um 1800 sehr ausgeprägt waren. All dies charakterisierte die Buchdrucker auch noch im 19. Jahrhundert. Gleichzeitig aber sahen sie sich mit rapidem Wandel konfrontiert und von Herausforderungen bedroht, die dazu tendierten, ihre Statusvorsprünge gegenüber anderen Arbeitern einzuebnen:

Zum einen beseitigten die mehr oder weniger liberalen Gewerbereformen des frühen 19. Jahrhunderts das schon seit einigen Jahrzehnten unter obrigkeitsstaatlichen Druck geratene System des Postulats. Gerade weil dieses den Gehilfen mehr Rechte eingeräumt hatte als die meisten herkömmlichen Zunftordnungen den Handwerksgesellen, bedeutete diese Reform für die Buchdruckergehilfen einen herberen Verlust als für die Handwerksgesellen. Wie diese fanden sich die Buchdruckergehilfen nun entweder mit einem System der individualisierenden Gewerbefreiheit oder mit einem unter Prinzipalskontrolle modifizierten Innungssystem oder mit einer Mischung aus beidem konfrontiert, bis die 60er Jahre den

gründlichen Durchbruch zur Gewerbefreiheit brachten. Ihre herkömmlicherweise weitreichenden Mitsprachemöglichkeiten, ihr Einfluß auf die Arbeitsvermittlung, Lehrlingsausbildung und Unterstützungseinrichtungen gingen verloren oder wurden gefährdet. Ihre Mitgliedschaft in eigenen oder paritätischen Vereinen wurde teilweise verboten, teilweise erschwert, seit den 30er Jahren teilweise wieder ermöglicht, jedoch scharf auf Unterstützungs- und Kassenzwecke begrenzt – ähnlich den Verhältnissen in anderen Gewerben. Allerdings ist nicht zu bezweifeln, daß entgegen der Rechtslage Praktiken der Vereinbarung zwischen Prinzipalen und Gehilfen wie auch Gehilfenorganisationen in diesem Gewerbe kräftiger fortdauerten als in den meisten anderen. Diese realen Kontinuitäten und die lebendig bleibenden Erinnerungen an die Zeit des Postulats haben seit den 30er/40er Jahren geholfen, Vereine und Gewerkschaften in diesem Gewerbe früh entstehen zu lassen. Die Forderungen der Buchdruckergehilfen in der Revolution von 1848/49 und ihrer Gewerkschaften in den 60er und 70er Jahren orientierten sich teilweise an Modellen der Teilhabe, Rechtssicherung und Konfliktaustragung, wie sie aus der Zeit des Postulats bekannt waren.[39]

Während der ersten drei Viertel des 19. Jahrhunderts wurden „die Deutschen aus einem Volk von Nicht-Lesern zu einem Volk von Lesern. Schätzt man grob das Verhältnis von Nicht-Lesern zu potentiellen Lesern um 1800 wie 3:1, so kehrt sich das Verhältnis bis 1870 um. Man kann das mit Recht die ‚Leserevolution' nennen, zumal wenn man auch die qualitative Veränderung des Lesens ins Auge faßt: aus der intensiven, vielfach wiederholten Lektüre weniger Bücher – wie der Bibel – wird das extensive Lesen vieler und immer anderer Druckwerke."[40] Dahinter steckten der Aufstieg der bürgerlichen Kultur und ihre Verbreitung über ihre ursprünglichen Trägergruppen hinaus, die rapide Durchsetzung der öffentlichen Grundschule, der Abbau des Analphabetismus und die Verschriftlichung eines gewichtigen Teils der Kommunikationen und Informationen, die sich zunehmend aus ihrem kleinräumlich-persönlichen Gewohnheitskreis lösten. Die Konsequenzen waren dramatisch, auch für Klassenbildung und Arbeiterbewegung, darauf bleibt später zurückzukommen. Für die „Jünger Gutenbergs" stand als Konsequenz der „Leserevolution" im Vordergrund: die Ausweitung der Nachfrage nach ihren Erzeugnissen.

Zwischen 1821 und 1843 schnellte die Buchproduktion nach oben; die Zahl der jährlich veröffentlichten Titel nahm von 4.505 (1821) auf 14.039 (1843) zu; danach sank die Ziffer zwar wieder und kletterte erst Ende der 60er Jahre erneut über die 10.000er-Grenze, aber da die Auflagen wuchsen, nahm die Produktion auch in der Zwischenzeit zu. 1809 erschien die erste Auflage des „Brockhaus" in sechs Bänden mit 2.000, 1818/19 die fünfte in zehn Bänden mit 32.000 Stück, bis 1870 erschienen 300.000 Exemplare, und viele andere Konversationslexika wie der „Meyer" kamen seit den 30er/40er Jahren dazu. Die Almanache und Romane, belehrende und vor allem unterhaltsame Schriften, auch religiöse und Lebenshilfeliteratur erlebten einen präzedenzlosen Aufstieg, oft in billiger Heftchenform und vom Hausierhandel, den „Kolporteuren", auch in der ländlichen Bevölkerung und in unteren Schichten vertrieben. Mit der bürgerlichen Öffentlichkeit entfaltete sich, obwohl bis in die 60er Jahre durch Zensur gehemmt, das



Im Druckersaal eines Buchverlages. Holzstich 1875

Pressewesen – ein wichtiger Beitrag zur allmählichen Politisierung der Bevölkerung. Die Zahl der Zeitungen wuchs, und ihre Auflagen stiegen. Um dies an Spitzenwerten zu zeigen: Anfang des 19. Jahrhunderts erreichte der „Hamburgische Correspondent" eine Auflage von etwa 10.000, 1848 die „Vossische Zeitung" 24.000, und 1866 die ebenfalls liberale „Kölnische Zeitung" 60.000. Die 1853 gegründete „Gartenlaube" druckte 1863 160.000, 1875 aber 400.000 Stück. „Seit der Jahrhundertmitte kann man von Großverlagen und Massenproduktion sprechen."[41]

Die Zahl der Städte, in denen Bücher gedruckt wurden, verdoppelte sich in der ersten Hälfte des Jahrhunderts von ca. 400 auf über 800. Vor allem in den 20er und 30er Jahren expandierte das Gewerbe. In Württemberg zählte man 1823 45, 1829 79 und 1835 188 Buchdruckereien mit (1829) 375 bzw. (1835) 446 Arbeitern. Nach einer Kontraktion in den 40ern und dem Beginn der betrieblichen Konzentration in den 50er Jahren bestanden im selben Land 1861 106 Betriebe mit 1.013 und 1880 157 Betriebe mit ca. 2.000 Beschäftigten. Wenn Anfang des Jahrhunderts durchschnittlich vier Beschäftigte auf einen Betrieb entfallen waren, kletterte die Ziffer bis 1861 für Württemberg wie für den gesamten Zollverein auf zehn und bis 1880 auf dreizehn Beschäftigte pro Betrieb. In den großen Druckorten hatte man allerdings schon in den 40er Jahren Durchschnittsgrößen von 28 (Leipzig), 12 (Berlin) und 11 (Stuttgart) erreicht. Wie Tabelle 36 zeigt, streute die Betriebsgröße der Leipziger Buchdruckereien 1846 weit. Die kleinsten zählten zwei, die größte 171 Gehilfen (ohne Lehrlinge). Nur fünf von

29 Druckereien gehörten in die Kategorie mit 50 Gehilfen und mehr. Aber sie beschäftigten 62% aller 725 Gehilfen!

Tabelle 36: Leipziger Buchdruckereien und ihre Belegschaften nach Größenklassen 1846

	Zahl der Betriebe	Zahl aller Gehilfen	Zahl aller Lehrlinge
mit weniger als 5 Gehilfen	6	17	12
mit 5 bis 9 Gehilfen	8	52	29
mit 10 bis 15 Gehilfen	3	37	8
mit 1 bis 49 Gehilfen	7	173	36
mit 50 und mehr Gehilfen	5	446	66
insgesamt	29	725	151

Quelle: H. Zwahr, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, Berlin (Ost) 1978, S. 85f.

Die drei großen Druckereien – Brockhaus, Teubner und Breitkopf & Härtel – beschäftigten 1846 allein an Schriftsetzer- und Druckergehilfen (ohne Lehrlinge und sonstige Arbeitskräfte) 171, 90 und 78 Personen. 1875 beschäftigten sie insgesamt 548, 406 und 415 Belegschaftsangehörige.[42]

Die Beschäftigtenziffern wären noch ganz anders gewachsen, hätte nicht die Maschine ihren Einzug in den Buchdruck gehalten. Der Gießlöffel, mit dem der geschickte Gießer täglich 4–6.000 Typen kleiner Schrift hatte anfertigen können, wurde seit 1828 allmählich durch eine Handgießmaschine und seit 1862 durch die „Komplettgießmaschine" verdrängt, mit der bei Brockhaus Mitte der 60er Jahre ein Arbeiter bis zu 40.000 Lettern herstellen konnte, also das sechs- bis siebenfache der mit Handarbeit zu erzielenden Leistung. 1814 meldete die Londoner Times, daß sie erstmals mit der von Friedrich König und A. S. Bauer erfundenen Schnellpresse gedruckt worden sei. Damit druckte man 1.100 und später 2.000 Exemplare pro Stunde, mit der Handpresse hatte man höchstens 300 Exemplare geschafft. In den folgenden Jahrzehnten brachten immer neue technische Verbesserungen an dieser zunächst oft mit Handkraft, später mit Dampf betriebenen Zylindermaschine weitere Vervielfältigungen der Produktionsleistungen, bis in den 70er Jahren die Rotationsmaschine aufkam. 1820 arbeiteten in Preußen 516, 1848 1.275 dieser Druckmaschinen. 1826 stellte Brockhaus die erste Schnellpresse in Leipzig auf. 1833 wurden dort drei, 1875 251 dampfgetriebene Schnellpressen gezählt. 1833 entfielen auf eine Leipziger Buchdruckerei etwa acht Handpressen und 0,1 Schnellpressen, 1875 dagegen 1,5 Handpressen und ca. drei Schnellpressen.

Dagegen gelang es bis zur Einführung der Linotype in den 80er und 90er Jahren trotz vielfacher Bemühungen nicht, die Schriftsetzerei zu mechanisieren. Sie wurde weiter mit der Hand betrieben.[43]

Diese Ungleichzeitigkeit der Industrialisierung innerhalb des Druckereigewerbes war unter arbeiter- und arbeiterbewegungsgeschichtlicher Perspektive von allergrößter Bedeutung. Während die Zahl der Drucker und Gießer langsam

zurückging, stieg die Zahl der Setzer kontinuierlich an: in den 1870er Jahren entfielen auf sie bis zu 80% der Druckereibelegschaften. Zur Zeit der Gewerkschaftsgründung waren die meisten Buchdruckergehilfen Setzer! Die Drucker und teilweise die Gießer erlebten die Konkurrenz der Maschine in voller Härte; die Zusammensetzung der Gruppe veränderte sich: Einer kleinen Zahl von Maschinenaufsehern („Maschinenmeistern"), von denen jeder zwei Schnellpressen beaufsichtigen konnte, wurde eine größere Zahl von „Bedienungsmannschaften" beigegeben, die die Maschinen antrieben – bis dies die Dampfkraft übernahm – und sonstige Hilfsarbeiten leisteten, z.B. das Einlegen und das Auffangen der Bögen. Hierfür setzte man zunehmend auch Frauen und Kinder bzw. Jugendliche ein, die als „Lehrlinge" geführt wurden. Die ehemals die Handpressen bedienenden „Ballen- und Preßmeister" wechselten zum kleinen Teil an die neuen Maschinen, teilweise entwichen sie in den Setzerberuf, teilweise verschwanden sie in andere, oft ungelernte Tätigkeiten. Von ihnen muß die Maschinisierung hauptsächlich als Bedrohung erlebt worden sein, als Ursache des Abstiegs und der Dequalifizierung.[44] Ähnlich dürfte es den Schriftgießern ergangen sein, die immer häufiger getrennt, in spezialisierten Schriftgießereien, arbeiteten.

Die Setzer dagegen hatten dieses Problem nicht. Auch sie klagten zwar, z.B. über rückläufige Löhne vor allem in den 30er und 40er Jahren. Der fortwährende Streit um die Lohnsätze – vorwiegend wurde Stücklohn gezahlt, der für 1.000 „n" (nach Schriftart wechselnd) vom Prinzipal festgesetzt oder zwischen Prinzipal und Gehilfen ausgehandelt wurde – machte auch den Setzern sehr deutlich, daß sie Lohnarbeiter waren, mit Interessen, die sich von denen ihrer Arbeitgeber unterschieden. Überarbeit – mehr als zwölf Stunden pro Tag und auch sonntags – wurde seit dem Vormärz zum Problem. Gegen beides wandten sich die Buchdruckervereine 1848/49 und in den 60er Jahren.[45]

Auch in den Setzer-Abteilungen begannen die Unternehmer spätestens seit den 60er Jahren weibliche Arbeitskräfte einzustellen, gegen die der Buchdrukker-Verband dann kämpfte und streikte.[46] Mit der Vermehrung der Maschinen und der Vergrößerung der Druckereien nahmen auch für die Setzer die Selbständigkeitschancen weiter ab und die Distanzen zum Unternehmer zu. „Bedenken wir, daß jeder Schuhmacher, Schneider, Tischler usw. mit höchstens 100 Talern ein eigenes Geschäft begründen kann [...]. Zum Etablissement einer Druckerei gehört eine Summe von mindestens 800 Talern, und will man etwas Gewinnbringendes unternehmen, will man mit den anderen Druckereien konkurrieren, so gehört manches Tausend von Talern dazu, um selbständig zu werden. Aber Vermögende unter uns Gehilfen sind so rar wie ein Goldstück in der Tasche eines Tagearbeiters. Wir müssen bis zu unserem Lebensende Gehilfen bleiben und sind daher oftmals im 40. Jahre noch gezwungen, den Wanderstab zu ergreifen."[47] Der Verheiratetenanteil unter den Schriftsetzergehilfen Leipzigs war 1875 überdurchschnittlich hoch, wenn auch unterhalb dem der Fabrikarbeiter. Immer häufiger stammten auch Schriftsetzer, die ehemals oft aus kleinbürgerlich-bürgerlichen Häusern gekommen waren, aus Familien der Unterschichten, der entstehenden Arbeiterschaft und von Handwerksgesellen als Vätern. Sicher brök-

kelte im Zuge zunehmender großbetrieblicher Organisation ihrer Arbeit und angesichts immer größerer Verbreitung von Lese- und Schreibkenntnissen in der Bevölkerung manches von ihrem Nimbus ab, den sie einstmals als „Künstler" genossen hatten.

Doch existierten die Setzer, anders als die Drucker, bis gegen Ende des Jahrhunderts als festgefügte, gesuchte und hochqualifizierte Berufsgruppe weiter, kraftvoll und selbstbewußt, ohne von der Maschinisierung bedroht zu sein. Hier lebten die Traditionen der „Jünger Gutenbergs" in sich wandelnder Form weiter. Gleichzeitig blieb aber der Zusammenhalt der Drucker und Setzer bewahrt. „Ihr wißt ja alle, Kollegen, was die armen Drucker gegenwärtig für Aussichten haben", schrieb ein Leipziger Schriftsetzer 1847. „Sie sind in vieler Hinsicht schlimmer daran als wir, die Setzer. Uns steht allenfalls die Welt offen, den Druckern aber nicht so. Wo sie hinkommen, sind Maschinen und wieder Maschinen." Und er bedauerte sie wie Angehörige des eigenen Berufs. Trotz gewisser Ansätze zur Organisation in getrennten Vereinen blieben Setzer und Drucker einander verbunden, dank der gemeinsamen Traditionen und ihrer fortwährenden Nähe am Arbeitsplatz.[48] Die Stärke der einen und die Degradierung der anderen ergaben zusammen jene Mischung aus Kraft und Enttäuschung, aus kollektiver Handlungsfähigkeit und Bedrohung, die die frühe Arbeiterbewegung so häufig angetrieben hat.

3. Ständisch-bürokratische Tradition und kapitalistische Expansion: die Bergarbeiter

An den Druckern und Setzern[49] konnte man es sehen: Überkommene Berufstraditionen – kulturell verfestigte, über Generationen hin tradierte, arbeitsbezogene Erfahrungen und ihre Deutungen in vielfältigen, symbolisch durchsetzten Formen – entschieden darüber mit, wie das Neue, die Durchsetzung von Kapitalismus, Industrialisierung und Lohnarbeit erlebt und verarbeitet wurde. Fortwirkende Traditionsbestände komplexester Art hatten darauf Einfluß, wie die Angehörigen einer Berufsgruppe die aktuellen Wandlungen ihrer Arbeits- und Lebensumstände erfuhren, ob sie sie als Chance oder Bedrohung interpretierten und ob bzw. wie sie sie in kollektives Verhalten umsetzten.

Auch im Falle der Bergarbeiter verschmolzen wichtige Traditionen mit neuen Erfahrungen rasanten Wandels. Auch ihre Existenz war durch eine besondere Mischung von Traditionsbindung und Klassenbildung gekennzeichnet, aber hier handelte es sich um ganz andere Traditionen, und der industrielle Kapitalismus setzte sich im Montanbereich des 19. Jahrhunderts ganz anders durch als in den Druckereien. Entsprechend anders war das Ergebnis.

Um 1800 dürften in Preußen gut 10.000 Personen im Montanbereich beschäftigt gewesen sein, davon ca. 4.500 im Eisenerzbergbau einschließlich des Hüttenwesens und ca. 3.200 in der Steinkohlenförderung. Das waren etwa 0,16 Prozent der Bevölkerung. 1850 zählte man im Zollverein 155.000 Arbeiter dieser Bereiche, das waren 0,5% der Bevölkerung, wobei zwischen Kohle und Erz annähernd Gleichgewicht bestand. Der Anteil hatte sich also in etwa verdreifacht. Und 1875 beschäftigten Bergbau und Hüttenwesen des Deutschen Reichs ca. 400.000 Personen, das entsprach fast einem Prozent der Bevölkerung, wobei etwas mehr als die Hälfte auf die Kohlenförderung entfiel und – auf der Metallseite – das Hüttenwesen die Erzförderung nach Zahl der Beschäftigten deutlich in den Schatten stellte.[50]

Das war ein rasantes Wachstum, vor allem im dritten Viertel des Jahrhunderts. Keine bisher besprochene Arbeitergruppe expandierte ähnlich schnell. Im Zuge dieser Expansion des Montanbereichs verschoben sich die Gewichte vom Erz- zum Kohlenbergbau, vor allem zur Steinkohlenförderung, in der die preußischen Bergbaudistrikte – das Ruhrgebiet, das Saarrevier und Oberschlesien – absolut führend waren. Vier Fünftel der deutschen Steinkohle kamen aus preußischen Bergwerken.[51]

a) Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts

Zwei Tatbestände vor allem verhinderten es, daß sich die Bergarbeiter schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu Lohnarbeitern im Vollsinn des Wortes entwickelten: ihre ländlich-landwirtschaftliche Einbindung und die vorherrschende staatliche Leitung des Bergbaus, das sog. Direktionsprinzip.

Zwar hatte es schon im späten Mittelalter und in der Frühen Neuzeit riesige Montanunternehmen mit weit über 1.000 Beschäftigten gegeben, im alpinen Edelmetallbergbau z. B. Bisweilen hatte sich die an der Lage der Erzvorkommen orientierte, regional zentrierte Siedlung der Bergleute zu ausgesprochenen Knappen- und Bergstädten verdichtet, z. B. im sächsischen Freiberg.[52] Und um die Mitte des 19. Jahrhunderts beschäftigten die größten Steinkohlenzechen im entstehenden Ruhrgebiet um die 500 Bergleute.[53]

Aber betont werden muß, daß der Bergbau nie ein städtisches Gewerbe war und daß er im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert vorwiegend in kleinen und mittelgroßen Betrieben stattfand. Im *Durchschnitt* beschäftigte jede der ca. 150 Steinkohlen-Abbaustätten des Ruhrgebiets Ende des 18. Jahrhunderts nur 9 bis 10 Personen. 1850 war ihre Zahl zwar auf knapp 200 und ihre durchschnittliche Belegschaftsgröße auf 64 geklettert. Aber Mitte der 50er Jahre existierten in vier ausgewählten Revieren, in Dortmund, Brüninghausen, Hörde und Oestlich Witten, neben 14 Großbetrieben mit Belegschaften zwischen 100 und 500 Mann, vier Zechen mit 50 bis 99, 15 mit 10 bis 49 Beschäftigten und immerhin noch 6 Betriebe mit 1 bis 9 Beschäftigten.[54] Im Steinkohlerevier an der Saar war das kleinbetrieblich-dezentralisierte Moment eher noch stärker ausgeprägt, auch im früh zentralisierten Oberschlesien fehlte es nicht.[55] Erst recht galt dies für die Braunkohle-Gebiete z. B. im nordwestlichen Böhmen und für den Erzbergbau. Im Siegener Bergrevier mit seinen Eisenerzen zählte man 1855 245 in Betrieb befindliche Abbaustätten mit 2.184 Arbeitern, im Durchschnitt also nur 9 Beschäftigte pro Betrieb. 1825 beschäftigte jede der 634 Gruben des sächsischen Erzbergbaus im Durchschnitt 13 Personen, und 1845 waren es 420 Betriebe mit durchschnittlich 24 Beschäftigten.[56]

Das bedeutete, daß ein großer wenn auch abnehmender Teil der Bergleute im ländlichen Kontext verbleiben konnte. In der Regel betrieb man etwas Landwirtschaft nebenher, als Kötter im Ruhrgebiet, als Arbeiterbauer an der Saar, als gutsherrschaftlich eingebundener, noch feudalabhängiger Landarbeiter oder Häusler in Oberschlesien. Man wanderte zwischen Landwirtschaft und Bergbau hin und her oder betrieb beides zugleich, wenn auch in saisonal stark schwankenden Mischungsverhältnissen und ein wenig verteilt zwischen den verschiedenen Familienmitgliedern. Die etwa 12.000 Saar-Bergarbeiter des Jahres 1859 wohnten in 392 Orten. 335 davon beherbergten weniger als 50 Bergleute. Nur 11 Städte wiesen Bergarbeiterpopulationen von 150 und mehr auf. Man wohnte also verstreut. Verbreitet war das Pendeln – täglich oder am Wochenende – vom meist ländlichen Heimatort zum Arbeitsort und zurück. Mehr als jeder dritte Saar-Bergarbeiter nahm dies 1875 auf sich. Im selben Jahr hatte fast jeder zweite der 23.000 Saar-Bergarbeiter Haus- oder Feldbesitz oder auch beides.[57] Der

Besitz eines eigenen „Prumenkotten" gehörte zu den begehrtesten Zielen des jungen Schleppers oder Hauers an der Ruhr, der zudem meist aus einer ländlich-landwirtschaftlichen Familie der näheren Umgebung stammte. Man wußte, daß das eigene Stück Acker, der eigene Garten, die Ziege, das Federvieh, später der Taubenschlag etwas zusätzliche Sicherheit und Selbständigkeit verbürgten; zu den Ärmsten gehörten die Bergleute auch in den elenden 40er Jahren nicht. Dieser bergbaulich-landwirtschaftlichen Mischexistenz entsprach ein an dörflichen Werten orientiertes Bewußtsein ebenso wie die Einbettung in die ländliche Nachbarschaft, Seßhaftigkeit und eine oft durch kirchliche Bindungen noch verstärkte Hochschätzung des Herkömmlichen. Dieser Konservatismus konnte zwar, falls verletzt, zur Grundlage vehementer Proteste werden, aber er war doch weit von der gebildeten Urbanität der Drucker und Setzer, der mobilen Ungebundenheit vieler Handwerksgesellen oder der ausgeprägten Abhängigkeit der Arbeiter großer städtischer Textilfabriken entfernt.[58]

Bis Anfang der 50er Jahre unterstanden der Kohlebergbau und ein großer Teil des Erzbergbaus in Preußen, Österreich und den meisten anderen deutschen Staaten – kaum aber in Sachsen – dem staatlichen Direktionsprinzip. Unter Berufung auf das Bergregal, auf die Vorstellung eines fürstlich-staatlichen Verfügungsrechts über die Schätze des Bodens, nahmen die Regierungen seit Jahrhunderten im Erzbergbau, seit dem 18. Jahrhundert auch im Kohlebergbau, effektiv das Recht in Anspruch, selbst als Bergbauunternehmer aufzutreten und die privaten Besitzer, die „Gewerken", auf die Bereitstellung von Kapital, die Entnahme von Erträgen und auf gewisse Mitentscheidungskompetenzen in wenigen Fällen zu beschränken. Es waren im wesentlichen Beamte, die den mitteleuropäischen Bergbau bis zur Jahrhundertmitte leiteten, ohne ihn zu besitzen – eine merkwürdige und frühe Form der Trennung von Besitz und Kontrolle, die im westlichen Europa und in den USA keine Parallele hatte. Für die Bergleute hieß dies, daß sie von staatlichen Behörden und Verwaltungsanordnungen in einer Weise abhängig waren, die ihre Marktabhängigkeit begrenzte und ihrem Status beamtenähnliche Züge verlieh. Eine besondere Mischung von Privilegierung und Disziplinierung, von staatlichen Fürsorgeleistungen und Loyalitätserwartungen kennzeichnete den Status der Bergleute, die sich dadurch klar vom Status der freien Lohnarbeiter in privaten Unternehmen unterschieden.[59]

Schon bei der Annahme zeigte sich das. Der Bergmann hatte zu schwören und zu versprechen, er wolle „insbesondere seinem Landesherren, den oberen Bergbehörden und Revierbeamten sowie dem ihm unmittelbar vorgesetzten Grubenbeamten treu, gehorsam und folgsam sein, sich durch ein gutes Betragen Zutrauen zu erwerben suchen, in seinem Leben und Wandel Sittlichkeit, Ordnung und Rechtschaffenheit beweisen, Zank und Streit und das schädliche Laster der Trunkenheit fliehen und meiden".[60] Das bergbehördliche Reglement regelte die Schichtdauer – meist acht Stunden für die Arbeit vor Ort, vorwiegend im Gedinge, d. h. im Gruppenakkord; 12 Stunden für andere Arbeiten, vor allem über Tage, verkürzbar in Zeiten der Ernte, mit der Möglichkeit von Neben- und Überschichten bei erhöhtem Bedarf; es enthielt Anstellungs- und Kündigungsvorschriften und regelte das gemeinsame Morgengebet, das „Verlesen"

(Abzählen) vor und nach der Schicht, die Lohnberechnungs- und Auszahlungsmodalitäten, Einzelheiten der Ein- und Ausfahrt, Sicherheitsregeln, Grußvorschriften, das Uniformtragen und anderes mehr – all das bis ins einzelne. Die behördlichen Reglements zielten darüber hinaus auf das private Leben der Bergleute, die etwa ohne Zustimmung und ohne gebührenpflichtigen Trauschein des Grubenbeamten nicht heiraten und überdies nicht ohne weiteres den Arbeitsplatz wechseln durften. Verboten war etwa auch, nebenher eine Kneipe zu betreiben. Bestrafung riskierte, wer an Lohntagen ein Wirtshaus besuchte. Die Strafen reichten von der Verwarnung „vor versammelter Mannschaft" über die Prügelstrafe für die Jungen in den ersten Jahrzehnten und Lohnabzüge verschiedener Art und Höhe bis zur „Ablegung" auf Zeit und – nur im Ausnahmefall – bis zur Kündigung. Sie drohten bei Verspätungen und bei Versäumnis des Morgengebets, bei eigenmächtigem Verlassen des Arbeitsplatzes und bei unerlaubtem Feiern, bei Reinlichkeitsverstößen, bei „unbescheidenen und hartnäckigen Gegen-Reden", bei „Äußerung gröblicher Redensarten gegen Vorgesetzte", bei „Widerspenstigkeit".[61]

Im Gegenzug konnten die Bergleute – jedenfalls ihr länger dienender Stamm – erwarten, den Arbeitsplatz nicht zu verlieren. Die jährlich neue Festlegung der Schichtlöhne und Akkordnormen oblag der Behörde, die nicht nur nach Gesichtspunkten des Marktes verfuhr, sondern auch die Bedürfnisse der Arbeiter berücksichtigte. Man nahm sich als Deputat die nötige Brandkohle mit, manchmal erhielt man verbilligtes Getreide, in abgelegenen Gegenden begannen die Bergbehörden für die Bergleute Wohnungen zu bauen.[62] Und vor allem: Wer voll als Bergmann angestellt wurde, durfte und mußte der Knappschaft beitreten, die in Österreich noch „Bruderladen" genannt wurde.[63]

Ursprünglich waren die Knappschaften wohl freie genossenschaftliche Zusammenschlüsse von selbständigen Bergleuten (Eigenlöhnern), dann den Bruderschaften und Laden der Gesellen vergleichbare Zusammenschlüsse von entlohnten Bergleuten nicht zuletzt zum gemeinsamen Schutz gegen Risiken, und schließlich waren sie in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts als obligatorische, obrigkeitlich regulierte, regierungsseitig verwaltete Versicherungs- und Standesorganisationen gewissermaßen verstaatlicht worden. Die Bergleute einerseits, die Gewerke andererseits zahlten staatlich festgesetzte Beiträge ein, und die Knappschaft gewährte ihren Mitgliedern Leistungen, die über das ansonsten im Gewerbe Übliche weit hinausgingen: freie Behandlung und Arzneien durch eigens bestellte Ärzte, Krankengeld, Invalidenrente, Begräbnisgeld, Witwenpension, Kinder- bzw. Waisengeld, auch Schulgeld für die Kinder.

Allerdings stuften die Knappschaften zumindest seit den 1820er Jahren ihre Leistungen ab. Sie schufen – oder präzisierten – dadurch eine ausgeprägte Rangordnung unter den Arbeitern, die nicht nur das Innere der Knappschaften, sondern auch die Personalpolitik der Bergwerksleitungen strukturierte. Man unterschied zwischen „vereidigten" oder „ständigen" Bergleuten – Vollmitgliedern der Knappschaft also – und „unvereidigten" bzw. „unständigen" Bergtagelöhnern, die zwar auch im Laufe der Zeit gewisse Knappschaftsrechte erlangten, aber nicht voll dazu gehörten. Manchmal differenzierte sich diese Zweiklassengliede-

rung in eine dreistufige Rangordnung aus. Der Sinn war ein doppelter: Zur Vollmitgliedschaft in der Knappschaft gehörte nicht nur die Erschwerung des Arbeitsplatzwechsels für den Bergmann, sondern auch die Erschwerung der Kündigung durch den Arbeitgeber. Vor allem verheiratete Vollmitglieder genossen praktisch Unkündbarkeit. Um sich das für einen Wirtschaftsbetrieb unter Bedingungen schnellen Wandels unverzichtbare Maß an Flexibilität zu sichern, schuf man die Kategorie der „unständigen", nicht mit dem oben genannten Eid zu verpflichtenden „Bergtagelöhner", die – so die ursprüngliche Idee – je nach Bedarf kurzfristig angestellt und auch wieder entlassen werden konnten.

Zum zweiten entstanden so eine Hierarchie von Rangpositionen und damit neue Möglichkeiten des Aufstiegs innerhalb der Belegschaft – und der Degradierung bei Verstößen gegen die Bergordnung: ein Anreiz zu stetiger Arbeit, Anhänglichkeit und Bewährung, ein typisch bürokratisches Integrationsmittel. Anfangs stellten die „Unvereidigten" eine Minderheit dar, im Saargebiet 1823 nur 16%. 1839 hielt man es bereits für nötig, die obere Grenze für ihren Anteil bei 25% festzulegen. Doch auch die wurde schnell überstiegen, und 1852 standen im Saarrevier 1.900 vereidigten Vollmitgliedern 4.482 unvereidigte Bergleute zweiter Klasse gegenüber – letztlich ein Zeichen für die Überforderung und allmähliche Aushöhlung des Knappschaftssystems.[64]

Die Knappschaft war mehr als ein bloßes Versicherungsinstitut, sie war gleichzeitig ein Organ zur Pflege der bergmännischen Moral und Gemeinschaft. Sie wurde von den Behörden systematisch genutzt, um den Bergleuten ständisches Sonderbewußtsein, beruflichen Stolz und Distanz zur entstehenden Lohnarbeiterschaft im allgemeinen zu vermitteln: Neben den genannten Verpflichtungen und Sonderrechten dienten dazu die allerdings nie voll durchgeführte Verpflichtung zum Tragen von Knappenuniformen, die Organisation von Bergfesten, die bewußte Pflege von alten bergmännischen Bräuchen und Liedern, das teilweise aus den sehr viel älteren, fester gefügten Erzbergbau-Traditionen übernommen wurde. Vieles davon blieb künstlich und aufgepfropft. Denn von den an Zahl zunehmenden Bergleuten stammte nur ein kleiner Teil aus bergmännischen Familien, die meisten dagegen aus ländlich-unterbäuerlichen oder kleinbäuerlichen Milieus der näheren Umgebung oder auch, so in Zwickau in den 40er Jahren, aus der niedergehenden Textil-Heimindustrie. Ihnen allen waren die Bräuche, Lieder und Legenden der Bergleute sehr fremd.[65] Aber andererseits konnte sich solche berufsständische Bewußtseinspflege auf ein gewisses Zusammengehörigkeitsbewußtsein der Bergleute stützen, das immer wieder durch gemeinsame Arbeitserfahrungen, durch gemeinsam erlebte Gefahren, durch die verbindende Isolation des bergmännischen Arbeitsplatzes gestützt und durch die öffentliche Anerkennung der bergmännischen Arbeit bekräftigt wurde.[66]

Man wird sich das System des vormärzlichen Bergbaus weder als eine heile Welt oder eine Insel der Seligen im Meer des frühindustriellen Pauperismus vorstellen, noch es für durchbürokratisiert oder auch nur für allzu stabil halten dürfen. Das System der bergbaulichen „industrial relations" war voll von unbürokratischen Elementen leistungsbezogener Konkurrenz und ausgeprägter Dezentralisierung. Der Gedingelohn herrschte vor, eine Art von Akkord. In den frühen

Jahrzehnten war es üblich, daß dem im Einzelgedinge arbeitenden Hauer der Lohn für den ihm zuarbeitenden und im Zeitlohn bezahlten Schlepper ebenso abgezogen wurde wie das mit den Kosten für die Unterhaltung der Förderwagen und für die sie ziehenden Pferde geschah: Der Arbeiter kaufte gewissermaßen die Leistung des anderen und mietete Produktionsmittel auf Zeit, nach Preisen, die von der Leitung festgesetzt wurden. Allmählich – in den 40/50er Jahren – bildete sich mit der Ausdehnung der Bergwerke das Kollektivgedinge heraus: die Ertragsbezahlung ganzer „Kameradschaften", die aus je einem Hauer, einem Lehrhauer sowie mehreren Schleppern und Ziehern bestanden, unter Leitung des Hauers – der bei ihrer Zusammenstellung mitwirkte – als relativ selbständige Teams auftraten und sich in den üblichen, vom Obersteiger geleiteten Versteigerungen um ein Hauptgedinge, um den Abbau eines genau bezeichneten Stücks Flöz z. B., bemühten: Das mindestfordernde Team erhielt den Zuschlag, den es dann monatelang in eigener Regie, sehr autonom, unter Leitung des Hauers, auch „Kompagnieführer" genannt, bearbeitete. Den Gedingelohn, den der Hauer in Empfang nahm, teilte die Kameradschaft unter sich auf, in ungleichen, von der Behörde festgesetzten Teilen, nach Abzug der Kosten für verbrauchtes Material, z. B. für Öl und später für Sprengstoff. Lange beschafften sich die Arbeiter einen Teil ihrer Geräte selbst, so z. B. die Grubenlampen; erst im späten 19. Jahrhundert übernahm das die Zeche, aus Gründen verschärfter Sicherheitsbestimmungen.[67] Insgesamt war das im bürokratisch geregelten Rahmen ein höchst dezentralisiertes System, voll von Elementen internen Wettbewerbs, das den einzelnen, vor Ort ohnehin kaum kontrollierbaren Arbeitern und Arbeitergruppen viel Selbständigkeit ließ und sie schon deshalb vor allem *indirekt* motivieren mußte: durch den finanziellen Anreiz streng ergebnisbezogener Bezahlung, durch die Einrichtung sich selbst kontrollierender Gruppen und durch die Pflege von Loyalität gegenüber Bergwerk und Bergbehörden mit Hilfe von Sonderrechten und Sonderverpflichtungen. Diese Instrumente indirekter Motivation und Kontrolle dürften letztlich gewichtiger gewesen sein als die detaillierten, oben gekennzeichneten Strafandrohungen. Wieviele unkontrollierbare Spielräume es gab, wird schlagartig klar, wenn man erfährt, daß die Leitung des Mansfelder Kupferbergbaus das Schlafen während der Arbeitszeit mit harten Strafen bedrohte. Vor Ort war die Zechenleitung eben weit weg und der Aufsicht führende Steiger auch, der mehr als 50, manchmal mehr als 100 Arbeiter unter sich hatte.[68]

Im Grunde scheint diese Mischung aus bürokratisch geregeltem Rahmen und faktischer Dezentralisierung nicht schlecht funktioniert zu haben. Aber natürlich kam es zu Friktionen und Konflikten.

Wie die Beschwerden und Petitionen von Bergleuten an die Bergbehörden belegen, gab es zahlreiche Klagen über Ungerechtigkeit. Man protestierte gegen die Kürzung von Knappschaftsrechten und die Beschneidung von althergebrachten „Privilegien", gegen die Annahme zu vieler neuer Arbeiter und ihre Aufnahme in die Knappschaft. Man klagte über zu geringen Lohn, verspätete Lohnzahlungen und „zu viel Arbeit". Man forderte bessere Versorgung mit Hausbrandkohle oder auch die Aufhebung des – dann doch noch bis 1867 bestehenden

– Heiratsverbots für noch nicht 24 Jahre alte Bergarbeiter. „[...] daß es den Bergmann, wie jedem anderen Staatsbürger gestattet sei, zu heirathen, wann er und seine Eltern es für zweckmäßig erachteten". Konflikte ergaben sich auch über die Art, auf die der Gedingepreis festgelegt wurde. Zum „Probehauen" sollten aus der Sicht der Arbeiter nicht „nur junge, rüstige, kräftige Leute genommen" werden, denn ihre Leistungen könnten die Älteren nicht erbringen. „Geldbedrängnisse in der Familie und Entmuthigung in der Arbeit sind die nächsten Folgen." Immer wieder ging es um Löhne und Arbeitszeit, wenn auch fast durchweg in der Form höflicher Petitionen an das „wohllöbliche Bergamt" oder an den „Allerdurchlauchtigsten, Großmächtigsten, Allergnädigsten König", „in unbegrenztem Vertrauen auf die Gnade Ew. Majestät". Nur hie und da zeigte ein anonymer Drohbrief in gewaltsamer Sprache und ungewöhnlicher Orthographie, daß da auch anderes schlummerte.[69]

Tabelle 37: Förderung, Belegschaften und Produktivität in den Kohlerevieren an Ruhr und Saar 1816–1900

Jahr	Gesamtförderung (in Tonnen)		Gesamtbelegschaft		Jahresleistung pro Kopf (in Tonnen)	
	Saar	Ruhr	Saar	Ruhr	Saar	Ruhr
1816	100.320	427.709	917	3.444	109	149
1830	199.962	571.434	1.245	4.457	161	154
1850	593.856	1.665.662	4.580	12.741	130	157
1870	2.734.019	11.812.528	15.662	51.391	175	226
1890	6.212.540	35.469.290	28.928	127.794	215	278

Quelle: H. Steffens, Autorität und Revolte. Alltagsleben und Streikverhalten der Bergarbeiter an der Saar im 19. Jahrhundert, Weingarten 1987, S. 112f.

Wie Tabelle 37 zeigt, nahmen Produktion und Belegschaften der Kohlereviere im Vormärz kräftig zu, zwischen 1816 und 1850 auf das 4- bis 5fache und die Produktivität stieg, wenn auch nicht ohne Schwankungen.[70] Ständig mußten Neuankömmlinge – zumeist aus dem ländlichen Umland – in das System integriert werden. Das war keine leichte Aufgabe für die Hauer und ihre Kameradschaften, denen dieses Anlernen und die Sozialisation bis dahin berufsfremder Neuankömmlinge größtenteils oblag, denn eine formalisierte Lehre gab es im Kohlebergbau vor der Weimarer Republik nicht.[71] Daß das Wachstum der Belegschaft an die Grenzen des überkommenen Systems stieß, scheint die überproportionale Zunahme der „unvereidigten", „unständigen" Arbeiter zu zeigen.[72]

Auch kam es zu gravierenden technisch-organisatorischen Veränderungen. In den späten 30er Jahren gelang die Durchstoßung der Mergeldecke, der Schachtbau begann, den Stollenbau zu verdrängen, das Ruhrgebiet wuchs nach Norden. Immer tiefer wurden die Schächte, die Dampfmaschinen, von denen es an der Ruhr 1850 123 gab, erlaubten es. Denn nur mit ihnen ließen sich die im Tiefbau auftretenden Wasserhaltungsprobleme und die Fragen der Schachtförderung



Zeche Shamrock 1879. Ansicht mit Kohlenwäsche

über sehr lange Wege hinweg lösen. Vor allem durch die Verbesserung der Abtäuf-, Schachtbau- und Förderverfahren, durch die Verbesserung der Absatzmöglichkeiten mit dem Eisenbahnbau, durch das Wachstum der Bergwerke und die dadurch ermöglichte Verfeinerung der Arbeitsteilung wurden die Produktivitätsfortschritte erzielt, die Tabelle 37 ausweist. Aber für die Bergarbeiter entstanden daraus neuartige Anpassungsprobleme. Die Zufahrten und Abfahrten wurden länger, und Konflikte entstanden wegen der Art der Anrechnung der dafür benötigten Zeiten auf die festgelegte Schichtdauer. Die Einführung der Seilzüge stieß anfangs auf Mißtrauen, sie galten zu Recht als sehr unsicher. Überhaupt wuchs die Unfallgefahr. Die Temperatur am Arbeitsplatz nahm mit der Tiefe zu. Überdies ging das Elend der 40er Jahre auch an den Bergleuten nicht spurlos vorbei. Vor allem die ungesicherten, „unständigen" Arbeiter litten Not und klagten.[73]

Doch insgesamt läßt sich bis zur Mitte des Jahrhunderts im Bergbau kein besonderes Unruhe- und Protestpotential erkennen. Die agrarische Einbindung einerseits, die staatliche Privilegierung und Disziplinierung andererseits haben in Verbindung mit spezifischen Arbeits- und Gemeinschaftserfahrungen der Bergleute zur Entstehung eines bürokratisch durchsetzten, etatistisch gefärbten, oft religiös durchwirkten Standesbewußtseins beigetragen, das weder die scharfen antikapitalistischen, anti-unternehmerischen Frontstellungen des sich später entwickelnden Klassenbewußtseins besaß noch eine emanzipatorisch-obrigkeitskritische Stoßrichtung aufwies. Im Vergleich zu anderen Arbeitergruppen war man vergleichsweise gut gestellt, und man wußte es: ökonomisch wie im Ansehen der Zeitgenossen.[74] Mit Sicherheit wurde die staatliche Leitung des Bergbaus von den allermeisten Bergleuten nicht als Einschränkung bedauert, sondern als

Vorteil begrüßt und dies, so sieht es in der Rückschau aus, nicht zu Unrecht. Ein eindrückliches Beispiel: Die in England und anderen westeuropäischen Ländern zur Normalität des frühindustriellen Bergbaus gehörende Ausbeutung von Kindern unter Tage – sie waren schmächtig genug, die Förderwagen auch noch in den engsten und niedrigsten Stollen zu schieben! – wurde unter dem staatlichen Direktionsprinzip im ganzen verhindert und auf Ausnahmen beschränkt. Ähnliches galt für die Frauenarbeit unter Tage.[75] Überhaupt: Die genannten Rechte und Absicherungen der Bergarbeiter müssen in jenen Jahrzehnten heute schwer vorstellbarer Kargheit und Existenzunsicherheit große Anziehungskraft gehabt haben.

Schließlich: Die enge Verbindung der meisten Bergleute mit dem ländlich-landwirtschaftlichen Milieu – durch Herkunft, Wohnort, landwirtschaftliche Nebenbeschäftigung, Lebensweise und religiöse Orientierung – hat zweifellos nicht spannungsverschärfend gewirkt, ganz im Gegenteil. Sicher wird die erste Schicht unter Tage für den neuankommenden bisherigen Knecht, Häusler, Bauernsohn oder Textil-Heimarbeiter wie ein Schock gewirkt haben: härteste Schwerstarbeit in heißer, staubiger oder feuchter Luft, im Dunkeln, tief unter der Erde.[76] Aber wichtiger war offenbar, daß die ländlich-landwirtschaftliche Herkunft der Bergarbeiter ihre Geduld stärkte, ihre Leidensfähigkeit erhöhte und ihre Erwartungen dämpfte. So scheint es jedenfalls. Zwar sprach der Bürgermeister einer Gemeinde im Saarland 1846 über die „sehr beschwerliche und ungesunde Arbeit [im Bergwerk], der sich nur die unterziehen, welche sich sonst zu Hause nicht zu ernähren wissen".[77] Aber andere werden den Wechsel aus der krisengeschüttelten ländlichen Unterschicht in den Stand mit dem „Paradekittel"[78] trotz aller Härte der Arbeit als Verbesserung erfahren haben, zumal angesichts fehlender besserer Alternativen. Für die Söhne mochte man dann ja schon an eine weniger abnutzende, weniger gefährliche, weniger schmutzige Arbeit denken – und an eine rechtzeitig aufzunehmende Lehre.

An der Revolution von 1848/49 haben die Bergarbeiter jedenfalls einen weit unterdurchschnittlichen Anteil gehabt.[79] Zum Protestieren sahen sie offenbar wenig Anlaß. Die konservativen Zeitgenossen waren sich in ihrem Lob einig. Als „brav" und „ehrenhaft" bezeichnete der Unternehmer Friedrich Harkort den Bergmann 1849, er erschien ihm als positives Gegenbild zum „verwahrlosten" „Proletarier", dem „Krebsschaden der Kommunen". Und Wilhelm Heinrich Riehl war 1850 der Überzeugung, der Bergmann habe „sich doch im Durchschnitt musterhaft gediegen bewährt". Während er „mit Gebet in den Schacht" fahre, gehe „sein Genosse in der Fabrik mit einem Fluch an die Arbeit".[80]

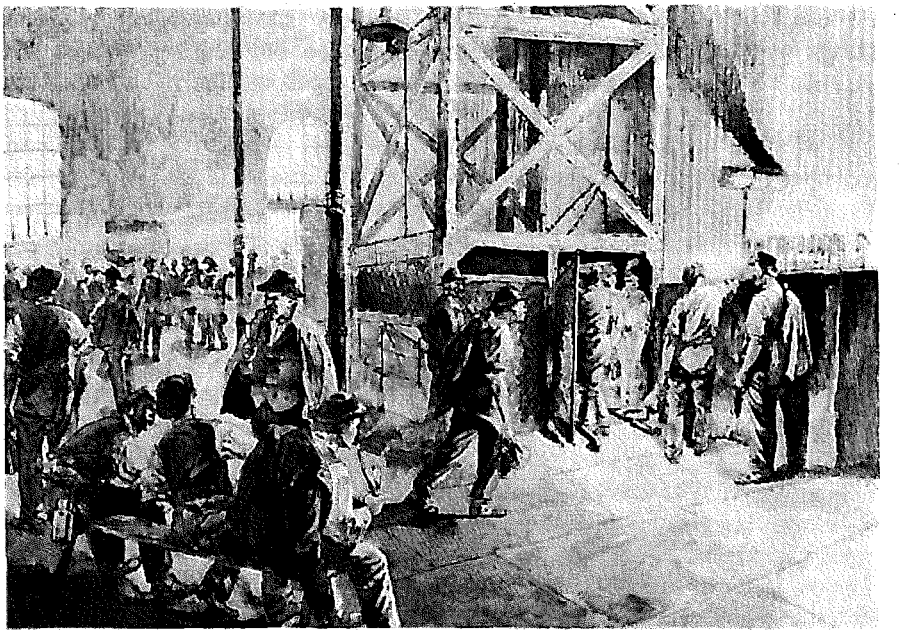
b) Der „Take-off" des Bergbaus im dritten Jahrhundertviertel

Viele Bergarbeiter-Eigenarten blieben auch in den folgenden Jahrzehnten erhalten: die ländlich-landwirtschaftliche Einbindung zum Teil; die prägende Kraft eines sich in den unmittelbaren Arbeitsvorrichtungen nur wenig verändernden

Arbeitsplatzes; auch die bürokratische Tradition schwand nicht zur Gänze dahin. Wie man weiß, ändern sich Mentalitäten nur langsam. Auch 1875 gehörte der Traditionalismus der Bergarbeiter noch nicht der Vergangenheit an.

Und doch war der Kohlebergbau von 1875 mit dem von 1850 kaum noch vergleichbar. Der Wandel war fundamental und rasant. Damit änderten sich auch die Bergarbeiterschaft und ihre Stellung in der entstehenden Arbeiterklasse. Zugrunde lagen dem zum einen die geradezu explosive Expansion der Branche, zum anderen der Rückzug des Staats aus dem Bergbau, seine Liberalisierung und Verwandlung in ein – fast – normales privatkapitalistisches Gewerbe.

Nicht auf das Drängen der Arbeiter, sondern auf den Druck der Gewerken und überhaupt der Bourgeoisie hin wurden zwischen 1851 und 1865 das preußische Bergrecht reformiert, das staatliche Direktionsprinzip beendet und der Kapitalismus im Bergbau zum Durchbruch gebracht. Dies entsprach den unternehmerischen Wünschen nach mehr Autonomie, nach eigenem Gewinn ohne staatliche Begrenzung sowie den sich allmählich durchsetzenden wirtschaftsliberalen Grundsätzen der Zeit, die auch in der Beamtenschaft vertreten wurden. Für die sich mit den 40er Jahren schon deutlich meldenden, 1848/49 nur kurz unterbrochenen Expansionsschübe und Kapitalbedürfnisse der Branche erwiesen sich das Direktionsprinzip und die in ihm verankerten fiskalischen Verwaltungsprinzipien als zu eng und zu hinderlich. Die Liberalisierung stand an, so sahen es viele seit langem. Sie ging schrittweise vonstatten. 1851 gingen die meisten unternehmerischen Rechte von der Bergbehörde auf die Gewerken über, aus denen sich, ergänzt durch einige zusätzliche Namen, die neue Bergbauunternehmerschicht herausbildete: Eigentümer (vor allem als Gewerken, d.h. zusammen mit anderen) und Direktoren, also angestellte Unternehmer oder Manager. Doch die Bergbaubehörde behielt zunächst wichtige Rechte, vor allem bei der Regelung der Verhältnisse der Grubenbeamten und der Arbeiter, bei der Festsetzung ihrer Löhne, ihrer Annahme und Entlassung (soweit sie der Knappschaft angehörten), bei der Regelung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, beim Erlaß der Arbeitsordnungen usw. 1860/61 wurden dann auch die meisten dieser Reste des alten Systems, wiederum auf Drängen der Arbeitgeber, abgebaut. Der „freie Arbeitsvertrag" kam, und 1865 fiel auch das behördliche Recht – zugleich eine behördliche Pflicht – zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Kapital und Arbeit und zur Genehmigung der neu eingeführten Arbeitsordnungen. Die liberalkapitalistische Phase des Bergbaus hatte begonnen, erst nach einem weiteren Vierteljahrhundert und zahlreichen Streiks begannen die staatlichen Behörden Anfang der 1890er Jahre erneut, ihre Eingriffe zu verstärken und wiederum Verantwortung bei der Regelung der innerbetrieblichen Verhältnisse zu übernehmen. Die Reform galt im rechtsrheinischen Preußen, also auch im Ruhrgebiet und in Oberschlesien. An der Saar blieb das Direktionsprinzip dagegen noch in Kraft. Doch auch im dortigen Bergbau setzte sich 1861 der freie Arbeitsvertrag durch. „Das Recht auf Arbeit verwandelte sich in das Recht auf Arbeitsplatzwechsel" – jedenfalls für die, die



Kohlenbergbau. Einfahrt in die Frühschicht. Böhmen Mitte des 19. Jahrhunderts

ihre Pensionsansprüche aufzugeben und zur Abwanderung bereit waren. Auch in den anderen deutschen Staaten einschließlich Österreichs wurden in den 50er und 60er Jahren das Direktionsprinzip abgebaut und der freie Arbeitsvertrag eingeführt.[81]

Die liberalkapitalistische Umgestaltung des Bergbaus mag seine Expansion erleichtert haben, begründet hat sie diese nicht. Entscheidend war vielmehr die Nachfrage. Schließlich beruhte die Industrielle Revolution auf Kohle und Dampfkraft wie die spätere Industrialisierungsphase seit Ende des 19. Jahrhunderts von der Elektrizität abhing. Mit dem Eisenbahnbau, der Hüttenindustrie und den anderen Fabriken, schließlich auch mit dem allmählichen Übergang zur Kohlefeuerung in den Haushalten stieg der Bedarf an dem „schwarzen Gold" sprungartig an.

1850 förderten im Ruhrgebiet 198 Anlagen mit gut 14.000 Beschäftigten 1,384 Mio. t Kohle, 1874 waren es 277 Anlagen mit gut 84.000 Beschäftgten, die 16,984 Mio. t förderten. Von 1875 bis 1882 fiel die Zahl wieder ab: die Wirkung der Gründerkrise. An der Saar wuchs die Förderung von 1850 bis 1874 von 0,594 Mio. t auf 4,230 Mio. t, die Zahl der Arbeiter von 4.580 auf 22.240. In Oberschlesien stieg die Steinkohlenförderung von 0,975 Mio. t 1850 auf 4,632 Mio. t 1863 und 7,777 Mio. t 1873. Die Zahl der Anlagen wuchs von 71 über 93 auf 124. Während sich die Produktion an der Ruhr verzwölffachte, nahm sie im Saargebiet und in Oberschlesien auf das Achtfache zu. Die Arbeiterzahlen versechs- bzw. verfünffachten sich in einem Vierteljahrhundert.[82]

Das Wachstum war ungleichmäßig. Auf einen langen Aufschwung seit 1850

folgte ein tiefer Einbruch von 1857 bis 60. Der freie Arbeitsvertrag wurde in Jahren der Tiefkonjunktur durchgesetzt, in denen Knappschaftszugehörigkeit – mit ihren relativ fixierten Löhnen, der faktischen Unkündbarkeit und der Erschwerung des Wechsels – den damit ausgestatteten Arbeitern tatsächlich Schutz bot aber auch den Gewerken zusätzliche Kosten verursachte, während sie in den vorangehenden Jahren günstiger Konjunktur von den Knappschaftsmitgliedern eher als Fessel empfunden worden war. Bis auf die kriegsbedingten Einbrüche 1866/67 und 1870/71 folgte sodann eine lange Phase schnellen Wachstums, das sich in den Gründerjahren von 1871 bis 73 noch einmal – fieberhaft – steigerte, bevor es sich 1874 krisenhaft überschlug.

1858 schlossen sich zunächst 89 Ruhrgebietszechen zum „Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund" zusammen. 1871 folgte der gewerbeübergreifende „Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen" rheinischer und westfälischer Unternehmer, der mächtige „Langnamverein". Kartellartige Zusammenschlüsse begannen in den 1860er Jahren, die Aktiengesellschaftsgründungen der 60er und 70er Jahre faßten oftmals bestehende Gruben zusammen. Die durchschnittliche Belegschaftsgröße stieg an der Ruhr von 64 (1850) auf 303 (1874) und 314 im ersten Krisenjahr (1875), als Bankrotte und Fusionen schon begonnen hatten, die Zahl der Werke zu reduzieren. Zu den größten Unternehmen gehörte die Zeche „Consolidation" in Gelsenkirchen. Sie beschäftigte 1875 2.145 Personen, darunter 3 Betriebsführer und Obersteiger, 27 Steiger und sonstige Aufsichtspersonen, 922 Hauer und Lehrhauer, 746 Schlepper und andere Grubenarbeiter sowie 447 Leute als Übertagespersonal.[83] Was bedeutete dies alles für die Arbeiter?

c) Lebensverhältnisse im Umbruch

Zunächst: Belegschaften, die sich in 25 Jahren versechs- oder verfünffachen, schichten sich völlig um. Nur eine kleine Minderheit von denen, die 1875 dazugehörten, war schon 1850 dabei gewesen. Und die große Mehrheit der neu hinzugekommenen Bergleute hatte weder persönlich noch der Herkunft nach irgend etwas mit Bergbau zu tun gehabt. Die Belegschaftsexpansion dieses dritten Jahrhundertviertels speiste sich primär aus der Zuwanderung, die bis Anfang der 70er Jahre vorwiegend Nahwanderung war. Man kann beispielsweise schätzen, daß 1850–1875 ins Kohlenrevier knapp 150.000 Menschen migrierten, das entsprach zwei Dritteln der Bevölkerungszahl der Ruhrgebietskernkreise von 1850 oder einem guten Fünftel der Bevölkerungszahl von 1875. Für die Jahre von 1865 bis 1871 liegt eine Aufschlüsselung vor: 78% der Zuwanderer kamen aus den preußischen Westprovinzen, 8% aus Hessen, 4% aus Holland, 2,5% aus der Provinz Sachsen und nur 1,5% aus den preußischen Ostprovinzen. Die bekannte Ost-West-Fernwanderung, die neben vielen deutschsprachigen Angehörigen der ostelbischen Unterschicht auch zahlreiche Polen und Masuren ins Ruhrgebiet brachte, begann erst ansatzweise in den leutehungrigen Gründerjahren von 1871 bis 73, sie

stoppte in der den Bergbau 1874 treffenden Krise, erst seit den 1880er Jahren ist sie ein Massenphänomen geworden. Größtenteils stammte die Zuwanderung des dritten Jahrhundertviertels aus der notleidenden und relativ zu den ländlichen Arbeitsplätzen überzähligen Bevölkerung der Landarbeiter, Häusler, Heuerleute, nicht-erbenden Bauernsöhne und Heimarbeiter des krisengeschüttelten Textilgewerbes, unbeschadet einiger zwischendurch gezielt angeworbener Fachkräfte aus niedergehenden Fördergebieten, vor allem aus dem Salinen- und Erzbergbau. Die Expansion und die primär berufsfremde Zuwanderung lockerten die ohnehin längst prekäre bergmännische Tradition, dem quasi-ständischen Zusammenhang schadeten sie ebenso wie sie die bergmännische Sonderstellung – unmittelbar zum Staat – beseitigten.[84]

Viele Zuwanderer kamen, blieben nur kurz und wanderten weiter. Die Suche nach besserer Arbeit und besserem Verdienst, die Enttäuschung über das Vorgefundene, Schwierigkeiten des Unterkommens angesichts zunehmend knapper Wohnmöglichkeiten und mißtrauischer Einheimischer, die oft ausgeprägte Bindungs- und Bezugslosigkeit der meist jungen, unverheirateten Zuwanderer – all dies mischte sich, und in Jahren schlechter Konjunktur schüttelten überdies die großen Zechen gerade die Neuankömmlinge rücksichtslos wieder ab. Dazu kam die der landwirtschaftlich-bergbaulichen Mischexistenz entsprechende massenhafte Saisonwanderung: „eine schwimmende Bevölkerung" – so eine Ruhrgebietsquelle von 1853 – „die im Frühjahr kam und im Winter in die Heimat (Hessen, Nassau, Waldeck usw.) zurückkehrte" und die einheimischen Arbeiter ein wenig ersetzte, welche sich umgekehrt im Sommer dem Bergbau entzogen, um in der Landwirtschaft Hand anzulegen oder auf Baustellen zu arbeiten. Die Belegschaftsziffern schwankten von Monat zu Monat sehr. Auch das Pendeln nahm zu, wurde weiträumiger und zeitraubender. Die Fluktuation war riesig, die Population in Bewegung, manchmal sehr viel mehr, als es den Zechenverwaltungen lieb war.

Selbst im Saargebiet mit seinem starken Anteil von ländlich wohnenden und haus- bzw. feldbesitzenden Bergleuten lebte 1875 jeder fünfte Bergmann in einem der neu eingerichteten, arbeitsplatznahen, kasernenmäßigen Schlafhäuser mit ihren strengen, ans Militär erinnernden Hausordnungen, ihren Eßsälen und ihrem Mangel an Privatheit. Zuwanderer und Pendler wohnten vor allem da, viele von ihnen verheiratet. 28 solcher „Menagen" gab es Ende der 60er Jahre an der Saar, 35 an der Ruhr. Allein im saarländischen Dudweiler beherbergten in den 80er Jahren 10 Schlafhäuser 700 bis 1.000 Arbeiter. Beliebt waren diese auch noch die Freizeit der Arbeiter regulierenden Heimstätten offenbar nicht, obwohl viele sie nicht nur kurzzeitig bewohnten. Seit Mitte der 70er Jahre ging ihre relative Bedeutung langsam zurück.

Wer unverheiratet war und die Chance dazu sah, zog das Leben als Schlafbursche vor. Schichtweise teilten sich oft zwei dasselbe Bett, das die ansässige Familie aller Enge zum Trotz für wenig Geld vermietete. 14% der Saar-Bergleute waren 1875 „Einlieger bei Privaten", und auch an der Ruhr klagte man Mitte der 70er Jahre über die „ungeheuerliche Ausartung der Kostgänger-Wirtschaft" und ihre „scheußlichen Zustände".

Nach vereinzelten Anfängen im Vormärz beschleunigten einige Bergwerksunternehmen seit den 60er Jahren den werkseigenen Wohnungsbau, zur Vermietung und zum Verkauf an Belegschaftsangehörige, oft in besonderen Kolonien nicht weit vom Betrieb, um die Wohnungsnot zu lindern und sich einen seßhaften Arbeiter- und Beamtenstand zu sichern. Bis 1873 waren im Ruhrgebiet 5.837 zecheneigene Arbeiterwohnungen gebaut worden. Entsprechende Maßnahmen gab es an der Saar seit 1864, aber in sehr viel kleinerem Ausmaß, und vom werkseigenen Wohnungsbau der schlesischen Unternehmen ist zu berichten, daß er von den anfangs dominierenden Riesenhäusern (für bis zu 36 Familien) zu kleineren Größen überging; bald dominierten hier, wie auch in den Kolonien des Ruhrgebiets, die Zwei-Familien-Häuser.[85]

Anders als vor 1850 war das Wachstum der Bergarbeiterschaft im dritten Jahrhundertviertel mit rasanter Verstädterung verbunden, vor allem an der Ruhr. Essen hatte 1800 nur 4.000 Einwohner gezählt, 1850 waren es 9.000, aber bis 1875 schon 75.000. Für Dortmund lauten die Zahlen für die selben Stichjahre: 4.000, 11.000 und 58.000. Auf der Lirich-Lipperner Heide, dem noch ländlichen Territorium der dort bald mit der Schwerindustrie entstehenden Stadt Oberhausen, wohnten 1850 knapp 1.000 Menschen. 1875 waren es mehr als 15.000, 1914 sollten es knapp 100.000 sein. In den stärker ländlich geprägten Revieren an der Saar und in Oberschlesien kam es nicht zu dieser forcierten Verstädterung. Aber auch die Einwohnerschaft der oberschlesischen Ortschaft Siemianowitz-Laurahütte nahm von 1830 bis 1864 von 700 auf 7.500 zu. Und Saarbrückens Einwohnerschaft wuchs von 1850 bis 1870 immerhin um mehr als 100% von 12.000 auf 26.000.

Vor allem in den schnellwachsenden Ruhrgebietsstädten herrschten unbeschreibliche Wohnungsnot und Unterversorgung mit städtischen Leistungen. Vorübergehend expandierten diese Städte unkontrolliert, weitgehend ungeplant, gewissermaßen naturwüchsig. Sie wuchsen den kommunalen Behörden über den Kopf, die gemäß dem herrschenden Zensuswahlrecht sehr stark von den besitzenden Klassen abhängig waren. Obdachlosigkeit war verbreitet. Die hygienischen Verhältnisse reichten bei weitem nicht hin, die Säuglingssterblichkeit wuchs wie die Kriminalität, wohl auch der Alkoholismus. „Dachmansarden und Kellerwohnungen sowie Hinterhäuser wurden vorzüglich gegen hohe Mieten von Arbeiterfamilien bewohnt, und auch die Unsitte des ‚Trockenwohnens', des Vermietens noch feuchter Neubauten gegen geringen Mietpreis, der nach einiger Trockenwohnzeit so erhöht wurde, daß der Arbeiterhaushalt ihn nicht mehr zu tragen vermochte, fand Eingang im Revier." Ein Problemstau entstand, vor allem in den 60er und 70er Jahren; erst seit den 80er Jahren wurde er von reformorientierten, zunehmend leistungskräftigen Stadtverwaltungen mit der Nachhilfe staatlicher Gesetzgebung *allmählich* abgebaut.

Manchmal ging, wie in Oberhausen und Hamborn, die Gründung industrieller Werke der Stadtbildung voraus; das entstehende Stadtmuster richtete sich dann ganz und gar nach den Bedürfnissen der Großindustrie. Aber auch dort, wo sich die neuen Großstädte des als verdichteter Siedlungsraum erst seit 1850 entstehenden Ruhrgebiets aus älteren kleineren Gewerbe- und Handelsstädten entwik-

kelten, wie z. B. in Dortmund, oder aus ehemaligen Kirchdörfern, wie Gelsenkirchen, Bottrop und Herne herauswuchsen, entstand bis 1875 im Ansatz, was 1850 noch ganz gefehlt hatte: Arbeiterviertel und -kolonien, die von den Wohnvierteln der Wohlhabenden räumlich getrennt und im Vergleich zu diesen in jeder Hinsicht unterprivilegiert waren. „Die gesellschaftlich polare Wohnorientierung und -kultur" entstand, „die die Bebauung des Reviers bis heute geprägt hat".[86] Mit diesem Typus der überstürzten Verstädterung einer bis dahin ländlich-kleinstädtischen Region war also für die betreffende Arbeiterbevölkerung nicht nur das Erlebnis katastrophaler Lebensqualitätsverluste verbunden, sondern auch die ausgeprägte Erfahrung sozialer Ungleichheit.

Dies ist im Auge zu behalten, wenn man umgekehrt betont, daß sich die Lebenshaltung der Bergarbeiter in anderen Hinsichten zwischen der Revolution von 1848/49 und dem Einbruch der Krise von 1874 deutlich gehoben hat. In den 50er Jahren wuchsen ihre realen Einkommen zwar, wenn überhaupt, nur sehr langsam und auf niedrigem Niveau. Das bergmännische Einkommen reichte damals nicht aus, eine fünfköpfige Familie allein zu ernähren. Der Nebenerwerb der anderen Familienmitglieder war notwendig. Der Konjunktureinbruch von 1857/58 ging auch an dieser Berufsgruppe nicht spurlos vorbei. Aber der insgesamt im Zeitraum vorherrschende Aufschwung, die rasch wachsende Nachfrage der Bergwerke nach Arbeitskräften und die guten Preise, die diese für Kohlen erzielen konnten, trugen dazu bei, daß trotz steigender Preise für Nahrungsmittel und Mieten die realen Einkommen der Bergleute zwischen 1861 und 1874 – mit der Ausnahme von 1870/71 – deutlich anwuchsen, wenn auch weniger stark als die Produktivität der Zechen und die Gewinne der Zechenleitungen. Letztlich kam, unter Bedingungen wachsender Nachfrage, der Übergang vom teils bedürfnisorientierten Lohn der Zeit bis in die 50er Jahre zum stärker marktorientierten Lohn seitdem auch den Einkommen der Bergleute zugute. Die Not der 40er Jahre wurde überwunden, der Fleischkonsum nahm zu, die Spareinlagen der Bergleute wuchsen. Eine in der Tat „recht gute, für Begriffe eines Brandenburgers oder eines Sachseners luxuriöse" Ernährung der Arbeiter diagnostizierte man auf der Zeche „Nordstern" 1873. Vergleichsweise gut ging es kleinen Familien, Familien mit mehreren Verdienern und Familien mit landwirtschaftlichem Kleinstbesitz; der konnte von weiblichen Familienmitgliedern, die in diesen schwerindustriell-bergbaulich monopolisierten Standorten nur schwer Erwerbsarbeitsplätze fanden, versorgt werden. Ohnehin gehörten die Bergleute bis in die 70er Jahre zu den Spitzenverdienern unter den Arbeitern. An der Saar und an der Ruhr wurden höhere Löhne gezahlt als in Oberschlesien. Bis in die 90er Jahre blieben die Schichtlöhne im weiterhin staatlich gelenkten Saarbergbau nicht hinter den Löhnen im schneller wachsenden, privatkapitalistischen Ruhrbergbau zurück. Die Depression, die gesamtwirtschaftlich 1873 begann und auf den Bergbau mit einjähriger Verspätung durchschlug, ließ allerdings die Bergarbeiterlöhne kräftig abstürzen.[87]

d) Kontinuität und Umbruch am Arbeitsplatz

Die Arbeitsverrichtungen und die Arbeitsgestaltung vor Ort änderten sich kaum bis Mitte der 70er Jahre. Das Dynamit setzte sich zwar als Hilfsmittel durch. Von der Mechanisierung des Abbauvorgangs konnte jedoch noch keine Rede sein. Die Keilhacke blieb das wichtigste Werkzeug des Hauers. Erst seit der Jahrhundertwende sollten sich Abbauhammer und Schrämmaschine durchsetzen. Bohrmaschinen auf Luftdruckbasis kamen in nennenswerter Zahl erst nach 1875 auf. Selbst der Übergang vom Pfeiler- zum Strebbau war erst ein Phänomen der 80er Jahre. Der Transport von Förderwagen mit Pferdekraft auf Schienen war seit dem Vormärz üblich. Daran änderte sich nichts. Die Elektrizität wurde im Bergbau erst seit den 80er Jahren zögernd eingesetzt. Die immer tieferen Schächte bewältigte man mit der altmodisch-zweckdienlichen „Fahrkunst" – gegeneinander bewegten, leiterartigen Gestellen, nach dem Vorbild des Harz-Bergbaus – und der schnelleren, aber unsicheren Seilfahrt. Die Aufbereitung der Kohle geschah durch Auslesen am Schachtmund per Hand, erst seit Ende der 70er Jahre führte man Lesebänder ein. Die meist im Gruppenakkord arbeitenden, vor Ort sehr auf sich gestellten Ortskameradschaften – von meistens drei bis vier Mann – der Hauer als Ortsältester, vielleicht ein zweiter Hauer und ein Lehrhauer, daneben ein oder zwei Schlepper – stellten die in sich hierarchisch strukturierten und ungleich entlohnten Grundeinheiten dar, die gleichzeitig die Jungen und Neuen anlernten. Diese Arbeitsgruppen gewannen sogar an Eigenverantwortlichkeit dazu, die an Umfang wachsenden Zechen lösten ihre Managementprobleme offenbar teilweise durch Dezentralisierung, die Ortsältesten wurden manchmal zu kleinen Zwischenunternehmern.[88]

Aber der Stellenwert der Betriebspunkte und Ortskameradschaften im Gesamtsystem der Zechen änderte sich sehr. Die Ausdifferenzierung zwischen dem immer tiefer unter Tage stattfindenden Abbau und der Produkten-Verwertung und -verwaltung über Tage nahm zu, die Wege wurden länger, das Ganze wurde unüberschaubarer, in den wachsenden Anlagen lohnte die Arbeitsteilung, und neue Spezialberufe entstanden. Neben die Schlepper traten Pferdetreiber und Stallknechte, am Schacht arbeiteten Aufschieber und Ankurbler.

Für die Streckenreinigung und -instandhaltung wurden Jugendliche und Teilinvaliden eingesetzt. In den 70er Jahren arbeiteten 75–80% der gesamten Belegschaften unter Tage, davon die Mehrzahl in der Kohlegewinnung selbst; etwa 20% arbeiteten über Tage, und das Aufsichtspersonal machte gut 3% aller Beschäftigten aus.[89]

Zweifellos stieg der Arbeitsdruck an, die Kontrollen wurden intensiver. Im Zusammenhang mit den verlängerten Wegen nahm die Arbeitszeit zu, eben das wurde zum Zankapfel. Die Zahl der Unfälle stieg mit dem Übergang zum explosionsgefährdeteren Tiefbau und mit dem wachsenden Arbeitsdruck an, von meist unter zwei Unfalltoten pro Jahr und 1.000 Beschäftigten vor 1850 auf zwischen 2 bis 4 Tote in den 60er und 70er Jahren (Ruhrgebiet). Der Staub blieb eine Geißel des Bergmanns. Wegen Nässe, Witterung und Temperaturschäden litten viele unter Rheumatismus und Ischiasbeschwerden. Die durchschnittliche Invaliden-

zahl nahm zu, das Invaliditätsalter sank von erheblich über 50 bis zum Ende der 60er Jahre bis auf 47–49 in den 80er Jahren, wobei dem jedoch auch veränderte, verbesserte ärztliche Beurteilungsmaßstäbe zugrunde gelegen haben mögen. Seit den 60er Jahren ersetzten Markenkontrollen das traditionelle „Verlesen" zu Beginn und zum Ende der Schicht. Seit den 70er Jahren nahmen die Konflikte um die Methoden der Leistungskontrolle zu: Das „Nullen" am Schachtausgang, also die Nicht- oder nur Teilanrechnung nicht voll gefüllter oder zu sehr mit Steinen versetzter Wagenladungen auf das Gedinge, machte viel böses Blut. Riesig war die Distanz zwischen Abbauort und Kontrollpunkt, zwischen Ortskameradschaft und Kontrolleuren geworden.

Der Übergang vom Direktionsprinzip zur Leitung durch Privatunternehmer änderte wenig an den Arbeitsordnungen und ihren Strafbestimmungen. Insofern setzten sich die bürokratisch-militärischen Traditionen trotz Privatisierung bruchlos fort. Mit der Größe der Zechen nahm die Bedeutung des Steigerreviers ebenso wie die Macht der Steiger und der entstehenden Steigerbüros zu, etwa bei der Festsetzung des Gedinges und der Verteilung der Arbeiten. Etwa 80% der Arbeiter wurden vornehmlich im Leistungslohn, im Gedinge, bezahlt, nur 20% im Schichtlohn. Der Lohn-Gehalt-Unterschied zwischen Arbeitern und Steigern nahm zu, während die Bezahlungsunterschiede innerhalb der Arbeiterschaft geringer wurden und die Bergrechtsreform die herkömmliche Klassenunterscheidung zwischen „ständigen" und „unständigen" Belegschaftsmitgliedern abschwächte, schon allein dadurch, daß sie den Stammarbeitern die faktische Unkündbarkeit nahm. Auch die Steiger erhielten nun Prämienentlohnung – neben dem Normalgehalt. „Diese Entlohnungsform machte allzu oft aus Steigern Antreiber und erzeugte Ressentiments auf allen Seiten." Die Macht des Steigers war leicht zu mißbrauchen, über Korruption wurde geklagt, über den rüden Ton unter Tage, über „Grubenmilitarismus" auch. In Oberschlesien wurde das wachsende Spannungsverhältnis zwischen Grubenbeamten und Arbeitern noch dadurch verschärft, daß jene in der Regel deutsch, diese aber meistens polnisch sprachen. Der sich seit Mitte des Jahrhunderts verschärfende Nationalitätengegensatz half mit, die innerbetrieblichen Spannungen zu verschärfen.[90]

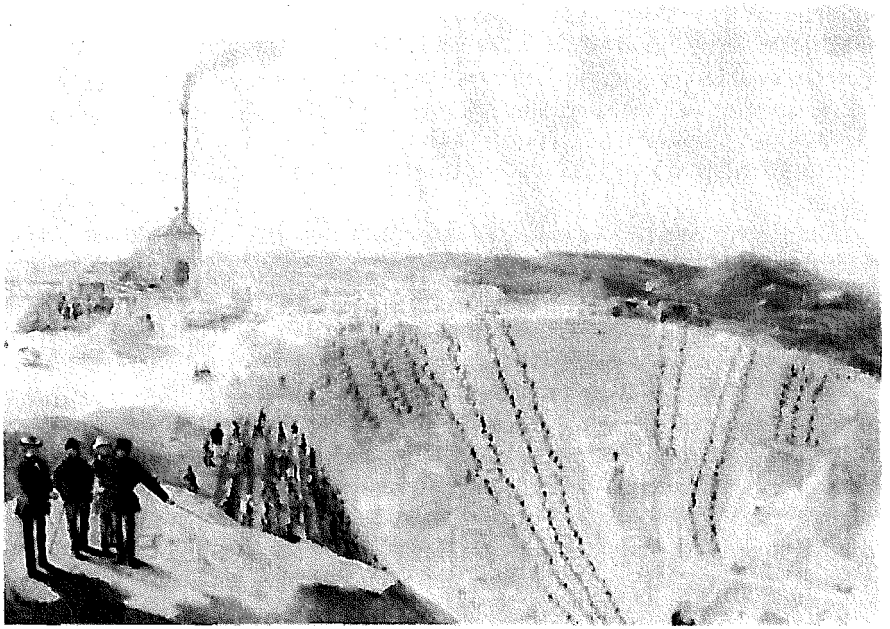
Nach den 50er Jahren als einer Dekade des Übergangs war die Macht über die Arbeiter eindeutig von der Behörde zu den privaten Unternehmensleitungen und ihren „Beamten" übergegangen, die nun ziemlich frei über Anstellung und Entlassung, über Lohnfestsetzung und Disziplinierungsmaßnahmen entschieden. Die Arbeiter merkten dies aber nur allmählich, zunächst schickten sie ihre Beschwerden und ihre Petitionen weiterhin an die Bergbehörde. Insgesamt wurde das Regiment in den Zechen gewinnorientierter und härter, doch nicht weniger bürokratisch. Trotzdem blieben im Vergleich zu mancher zeitgenössischen Fabrik die Disziplinierung begrenzt, die Freiräume spürbar, die Arbeitszeit kurz und klar befristet. Vor Ort blieb die Kontrolle schwierig. Nach den Klagen zu urteilen, gönnten sich die Bergarbeiter auch in den 60er und 70er Jahren manche außertourliche Feierschicht. Sonntagsarbeit blieb weiter die Ausnahme, regelmäßige Montagsarbeit war weiterhin schwer durchsetzbar. Die Belegschaften verteidigten – und die Gewerken beklagten – die große Zahl

zusätzlicher Feiertage. Im überwiegend katholischen Gelsenkirchen ruhte die Zeche Dahlbusch 1874 an 21 Feiertagen, darunter Mariälichtmeß, Karnevalsmontag und -dienstag sowie Aschermittwoch, von Karfreitag bis Osterdienstag, Pfingstsonntag bis -dienstag, und am Tag der Essener Herbstkirmes. Und was Kinder- und Frauenarbeit betraf, blieben sie gegen das Drängen mancher Zechenleitungen unter Tage weiterhin verboten und über Tage aufs engste begrenzt.[91]

Die Reformen der 50er und 60er Jahre haben die Knappschaften als Pflichtversicherungsinstitutionen bestätigt, ihre bisher ständisch-gemeinschaftsbildenden Funktionen nicht mehr kodifiziert, sie der staatlichen Leitung ein Stück weit entzogen und ihren Selbstverwaltungscharakter gestärkt. Die Arbeitnehmer und Arbeitgeber hatten sich die Beträge zu teilen. Auf Renten und Gesundheitspflege entfielen 90% aller knappschaftlichen Ausgaben. Diese Leistungen wurden überdies von freiwilligen Kassen der Unternehmer zunehmend ergänzt: Mitte der 70er Jahre bestanden an der Ruhr 36 Werkskassen „mit oder ohne Zwang", die fast ein Drittel der Gesamtbelegschaft erreichten und, wie es 1866 hieß, mithalfen, daß „die Arbeiter mehr an das Werk gebunden werden". Auch die Knappschaft konnte selbst weiterhin als Mittel zur Beschränkung der Fluktuation eingesetzt werden, denn mit der Kündigung – oder im Arbeitskampf – drohte dem Arbeiter der Verlust angesammelter Ansprüche und Rechte. Die Knappschaften blieben stark von Unternehmereinflüssen abhängig, auch was die Bestellung ihrer Vorstände betraf. Erst 1890 wurde auf Drängen der Arbeiter die geheime Wahl der Knappschaftsältesten durch die Mitglieder durchgesetzt. Trotzdem bildeten die Knappschaften und ihre seit 1870 beobachtbaren überlokalen Zusammenschlüsse weiterhin einen wichtigen Rahmen, in dem so etwas wie ein überlokaler Zusammenhalt der Bergarbeiter erhalten blieb. Die lokalen Knappenvereine sorgten sich überdies weiter um Geselligkeitspflege im ständischen Geist, durch Fahnen, durch bergmännische Feste, Lieder und Umzüge, durch berufsbezogene Vereinstätigkeiten aller Art. Etwas ärgerlich kommentierte 1869 Friedrich Engels „diese aus dem Mittelalter überkommenen Knappschaften": „der mittelalterliche Humbug klebt ihnen noch an in den ‚Einkleidungs- und Paradedienstordnungen, Bergfesten und Kirchenparaden'".[92]

e) Fazit

Die Reform des Bergbaus im dritten Jahrhundertviertel hat den Unternehmern einen erheblichen Machtzuwachs gebracht und die Arbeiter einen guten Teil ihrer Sonderstellung gekostet. Man versteht, daß diese in ihren Äußerungen und Kämpfen der nächsten Jahre sich immer wieder, wenn auch nicht ohne nostalgische Verschönung, nach den Zuständen vor den Reformen zurücksehnten.[93] Vom bürokratisch abgesicherten, immer etwas artifiziellen Stand der Bergleute konnte 1875 sehr viel weniger die Rede sein als um 1850. Der Bergmann war zum Bergarbeiter geworden,[94] der in seiner nunmehr ausgeprägten Marktabhängig-



Bleibergwerk 1854. (J. Leiendecker)

keit und seiner deutlich sichtbaren Abhängigkeit von unternehmerischer Herrschaft anderen Lohnarbeitern glich. Ein Stück Dekorporierung hatte zwischen 1850 und 1875 stattgefunden, der Klassenbildungsprozess Fortschritte gemacht. Wie die Beschwerden, Petitionen und Streikziele der Bergarbeiter im dritten Jahrhundertviertel zeigen, verschmolz die doppelte Frontstellung in eine: der Protest gegen den Verlust ihres Standes und ihres alten Rechts einerseits, die Opposition gegen die Unternehmer im Verteilungs- und Herrschaftskonflikt andererseits.

Auf der anderen Seite wirkte viel Altes fort. Die ländliche Herkunft der Bergarbeiterschaft war 1875 eher noch ausgeprägter als 1850; die landwirtschaftliche Einbindung hatten sie auch 1875 noch längst nicht verloren, vor allem nicht außerhalb der schnell wachsenden Ruhrgebietsstädte. An den trotz aller Binnendifferenzierungen vereinheitlichend wirkenden Arbeitserfahrungen hatte sich wenig geändert. Die Orientierung auf Staat und König war tief eingewurzelt, sie bestand weiter fort – trotz aller Liberalisierung des Bergrechts und trotz der Privatisierung der Bergwerke. Und in weiter verdünnter, aber vermutlich nicht ganz wirkungsloser Form lebten ständische Traditionen in Knappschaft, Brauchtum und Geselligkeit fort, durch die man sich weiterhin von anderen Lohnarbeitern unterschied. So sehr manches davon – z. B. die ländliche Bindung und die traditionelle Geduld – die kollektive Handlungsfähigkeit und die Protestneigungen der Bergarbeiter verringert haben mag, so sehr wird anderes – die aus Arbeit und Tradition stammende Gemeinsamkeit, das Wohnen in enger Nachbarschaft, der Glaube an das eigene gute alte Recht trotz aller Infragestellung – die Bergarbei-

ter zu besonderer Solidarität und gegebenenfalls auch zu gemeinsamem Protest befähigt haben.[95]

4. Schwerarbeit im Großbetrieb: Eisen und Stahl

Im Vorangehenden stand der Steinkohlenbergbau im Vordergrund, dem unter sozial- wie unter wirtschaftshistorischen Gesichtspunkten die größte Bedeutung zukommt. Der Braunkohlenbergbau – mit Schwerpunkten in der preußischen Provinz Sachsen, in Brandenburg, im Königreich Sachsen und für das steinkohlenarme Österreich vor allem in Böhmen – war insgesamt viel weniger umfangreich, zudem verlor er im Untersuchungszeitraum auch weiter an Boden. Vorwiegend wurde er im Tagebau betrieben, typisch in klein- und mittelbetrieblicher Form, meist in noch engerer Verbindung zur Landwirtschaft als der Steinkohlenbergbau.[96]

Auf eine stolze, ins Hochmittelalter zurückreichende Geschichte als selbständiges Gewerbe konnte der Edelmetall-Erzbergbau zurückblicken. Hier hatte es früh Großbetriebe gegeben, mit stark gelockerter Verbindung zur Landwirtschaft; neben genossenschaftlichen und privatkapitalistischen Organisationsformen hatte sich hier das staatlich geleitete Regalgewerbe besonders früh und konsequent durchgesetzt, und in diesem Rahmen war ein staatlich privilegierter, lokal konzentrierter Bergleutestand entstanden. Aber im 19. Jahrhundert waren die meisten Lagerstätten längst erschöpft, um 1850 beschäftigte der Silberbergbau im Zollverein keine 10.000 Leute mehr, und auch die Förderung der Zink-, Zinn-, Blei- und anderen Nicht-Eisen-Erze blieb weit hinter der Förderung von Kohle und Eisenerzen zurück. Es gab viele nach Region und Metall unterschiedene Sonderentwicklungen, auf die hier nicht eingegangen werden kann.[97]

Dagegen verdoppelte sich allein im Jahrzehnt zwischen 1848 und 1857 die Zahl der im Zollverein mit Eisenerzförderung beschäftigten Bergleute (von 15.600 auf 31.300), wobei (1857) der Löwenanteil auf das Rheinland (10.000), Westfalen (10.000) und Schlesien (5.000) entfiel. Auch in Nassau und in Bayern, der Steiermark und Kärnten, in Böhmen und Mähren sowie im 1871 annektierten Lothringen nahm die Eisenerzförderung seit den 1830er Jahren zu – als Antwort auf die einsetzende Industrialisierung, die mit ihren Eisenbahnen und Anlagen aus Stahl den Eisenerzbedarf vehement steigerte. Herkömmlicherweise wurden die Eisenerze in dezentralisierter, klein- bis mittelbetrieblicher Form gefördert, in enger Symbiose mit der Landwirtschaft einerseits, mit dem Verhütten, Veredeln und Weiterverarbeiten andererseits.[98]

a) Eine großbetriebliche Tradition

Die Verhüttung des Eisenerzes zu Roheisen im Hochofen (a) und die Veredelung des zur Bearbeitung noch zu spröden Roheisens in schmiedbares Eisen bzw. Stahl durch verschiedene Formen des Frischens (b) geschahen bis ins zweite Drittel des 19. Jahrhunderts vorwiegend auf Holzkohlen-Basis und natürlich mit der Hand; das schmiedbare Eisen – der Stahl – wurde zu Draht, Blech oder Werkstücken anderer Art in Schmieden und Hammerwerken (c) weiter verarbeitet, die sich vor allem der Wasserkraft bedienten. Die Nähe zum Erz und die Verfügbarkeit von Kohlholz bestimmten den Standort der frühen Eisen- und Stahlproduktion, und so erklärt sich, daß die meisten Eisen produzierenden Werke noch zur Mitte des 19. Jahrhunderts um den Mittelrhein mit seinen Nebenflüssen lokalisiert waren, im Siegerland, in der bayerischen Rheinpfalz, im Saargebiet, in der Eifel, im Lahn-Dill-Revier und im Sauerland, daneben in den Alpen, in den sächsisch-thüringischen Mittelgebirgen und – am jüngsten – in Schlesien.[99]

Die Verfassung des Gewerbes variierte: vom behördlich auf der Basis des Bergregals geleiteten Betrieb – wie in Württemberg und in den staatlichen Hütten Schlesiens – über die Hüttenindustrie unter der Verfügungsgewalt von Großgrundbesitzern (wie in Schlesien, Böhmen und teilweise in Sachsen) und zünftig-genossenschaftliche Organisationsformen – so in den alpinen Gebieten und im Siegerland noch im 19. Jahrhundert – bis hin zum freien, kapitalistischen Mittel- und Großbetrieb, wie er sich etwa in Preußen trotz formal fortbestehenden Bergregals schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durchsetzte. Jedenfalls spielte der staatliche Einfluß für die Eisen- und Stahlherstellung und die dort beschäftigten Arbeiter eine viel geringere Rolle als für den Kohle- oder Edelmetallbergbau und dessen Bergleute. Im Unterschied zu diesen besaßen die Hüttenleute kein gemeinsames, sie von anderen klar abhebendes Recht.[100]

Daß die Eisen- und Stahlarbeiter vor wie nach 1800 im Gegensatz zu den Bergleuten ein sie verbindendes berufsständisches Zusammengehörigkeitsbewußtsein kaum entwickelten, hing mit dieser weitgehend fehlenden staatlichen Privilegierung ihrer Arbeit zusammen, daneben mit ihrer größeren regionalen Zerstreuung und vor allem mit ihrer im Vergleich zum Kohlenbergbau ungleich ausgeprägteren Funktionsvielfalt und Arbeitsteilung. Denn lange bevor sich die Branche in der Industriellen Revolution grundlegend änderte, hatten sich die Arbeitsstufen – Hochofen, Frischen, teilweise Gießerei und Hammerwerk – deutlich ausdifferenziert und in separaten, obwohl oft unternehmerisch und örtlich verbundenen Betrieben institutionalisiert. Jede der genannten Stufen hielt überdies verschiedene Arbeitsplätze bereit, deren Inhaber verschieden qualifiziert und entlohnt wurden, team- und gefügeartig[101] zusammenarbeiteten, unter Aufsicht oder nach Maßgabe der Anlagen und Arbeitsverfahren, oft mit großen Unterbrechungen, doch mit zunehmender Stetigkeit. Zwar mochte ein und dieselbe Person den Arbeitsplatz im Unternehmen oft wechseln, einmal hier, einmal dort eingeteilt sein, besonders im Bereich der un- und angelernten Arbeiten; innerhalb der Teams (Kolonnen), die zwischen drei und acht Beschäftigten zählten, mochte man ab und zu die Arbeitsverteilung freiwillig wechseln. Trotzdem

ist hervorzuheben, daß die Eisen- und Stahlwerke schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts Arbeiter sehr verschiedener Art beschäftigten: Hochqualifizierte, die ihre Tätigkeit mit großer Erfahrung und oft als Geheimnis betrieben, z. B. Schmelzer, dann Puddler; zahlreiche ungelernte oder rasch angelernte, vielleicht gerade aus der Landwirtschaft oder der Tagelöhnerei kommende Transport-, Platz- und andere Hilfsarbeiter; dazwischen Frischer, Schmiede, Röster, Köhler bzw. Kokereiarbeiter, Maurer, Former und natürlich zunehmend Meister und Aufseher, bald auch Anschreiber und Ingenieure, diese mit ansatzweise akademischer Ausbildung, die sie zum Beispiel auf der Berg- und Hüttenakademie in Freiberg (Sachsen) erworben hatten.[102]

Zünftige Traditionen fehlten weitgehend – Ausnahmen gab es im Siegerland und in einigen beteiligten Berufen auch anderswo: vor allem im Hammerwerk, z. B. bei den Schmieden. Die Natur der Arbeit und die Sperrigkeit der Anlagen standen der hauswirtschaftlichen Einbindung dieses Gewerbes von jeher im Wege. Staatlich-behördliche Fürsorge und Disziplinierung blieben, wie schon erwähnt, peripher. Lediglich ihre oft ausgeprägte, wenn auch abnehmende *landwirtschaftliche Einbindung*, die sich als Neigung zur Saisonarbeit, Unregelmäßigkeit der Arbeit im Eisenwerk, landwirtschaftliche Nebenarbeit, viel Fluktuation, in Ostelbien auch als nur langsam verblassende Gutsuntertänigkeit von Hüttenarbeitern und in großen Naturallohnanteilen niederschlug, trennte die Arbeiter dieses Gewerbes vom reinen Typus des Lohnarbeiters, der hier im übrigen bemerkenswert früh entwickelt war – lange vor der Epoche der Industriellen Revolution.

b) Stahlzeit: Wachstum, technologischer Wandel und regionale Verschiebung

„Wir leben jetzt in der Stahlzeit", schrieb Alfred Krupp 1871 an Kaiser Wilhelm I. Er nannte die Eisenbahnen ihr wichtigstes Produkt, das Deutschland gerade geholfen habe, den Sieg über Frankreich zu erringen, und er mochte auch an die gußeisernen Kanonen denken, die seine Werke dafür bereitgestellt hatten.[103] Tatsächlich waren Eisen und Stahl *die* Werkstoffe der Industriellen Revolution, für Eisenbahnen und Werkhallen, Maschinen und Brücken, Waffen, Werkzeuge und Geräte aller Art.

Vor allem der Bedarf der Eisenbahngesellschaften trieb die Nachfrage nach Puddeleisen (Schweißeisen) und Flußeisen (Flußstahl) Ende der 30er/Anfang der 40er Jahre so ruckartig nach oben, daß die einheimische Industrie überfordert war. 1843 wurden nur 10% der preußischen Eisenbahnschienen von deutschen Lieferanten bezogen, 1863 dagegen schon mehr als 85%. 1830 betrug die Produktion aus preußischen Hochöfen 55.000, 1850 135.000 und 1870 1.017.000 t Roheisen – ein Anstieg auf das 18fache. Zwischen 1850 und 1875 stieg die Produktion von Roheisen im deutschen Zollgebiet von 215.000 auf 2 Millionen t. Von 1837 bis 1852 soll die Zahl der preußischen Hüttenarbeiter von 13.000 auf

34.000 gewachsen sein. Im Durchschnitt der 50er Jahre beschäftigte die Eisen- und Stahlindustrie auf dem Territorium des späteren Deutschen Reiches 46.000 Personen, 1871 an die 100.000. Das war zwar nur knapp die Hälfte der Zahl, die zur selben Zeit im Bergbau beschäftigt war, und im dritten Jahrhundertviertel expandierten die Belegschaften der Bergwerke noch ein wenig schneller als die der Eisen- und Stahlindustrie. Doch insgesamt haben wir es auch bei Eisen und Stahl mit einer dramatisch wachsenden Industrie zu tun, die ähnlich dem Kohlenbergbau ihren Arbeitskräftebedarf nur durch massenweise Rekrutierung aus anderen Wirtschaftsbereichen, vor allem aus der Landwirtschaft, und durch Zuwanderung aus näheren und weiter entfernten Gegenden vornehmlich ländlichen Charakters decken konnte.[104]

Hier ist nicht der Ort, die technologische Revolution im einzelnen nach ihren Ursachen, Wechselwirkungen und Folgen darzustellen, die die Eisen- und Stahlindustrie von den 30er Jahren bis in die 70er Jahre durchlief.[105] Im folgenden skizziere ich lediglich die Hauptlinien der Veränderungen, um jeweils die Frage prüfen zu können, was sie für die Arbeitsverhältnisse und die Arbeiter bedeuteten.

Entscheidend war die Umstellung von Holzkohle auf Steinkohle und Koks als vorherrschendes Brennmaterial. Obwohl schon 1796 der erste Kokshochofen in einem staatlichen Eisenwerk bei Gleiwitz angeblasen worden war, verdrängte die Steinkole die Holzkohle in den deutschen bzw. mitteleuropäischen Eisenwerken nur langsam, viel langsamer als im westlichen Europa. Lange wurden beide Brennstoffe nebeneinander und miteinander benutzt. Noch 1837 wurden in Preußen 90% des Roheisens auf Holzkohlefeuern erschmolzen, nur 10% mit Koks oder gemischtem Material; im selben Jahr wurden in den relativ fortschrittlichen Oberbergamtsbezirken Dortmund und Bonn noch 63% des Stabeisens (einer Art Stahl) mit Holzkohle gefrischt, 1825 waren es gar noch 100% gewesen.

Doch dann schritt die Umstellung rapide voran. 1862 kamen nur noch 12%, 1870 nur noch 6% des preußischen Roheisens aus Holzkohle-Hochöfen. Und der Anteil des mit Holzkohle erfrischten Stabeisens sank in den genannten Bezirken 1842 auf 60%, 1847 auf 30% und 1870 auf 9%. In der Weiterverarbeitung, beim Schmieden, Hämmern und Walzen, ersetzten Kohle und Dampfmaschine zunehmend die Wasserkraft. Auch hier lag der Durchbruch in den 40er Jahren: 1837 standen in den preußischen Eisen- und Stahlwerken erst 62 Dampfmaschinen, 1846 aber waren es 208, 1855 schon 622 und 1858 sogar 1.117.[106]

Diese zunächst zögernde, dann rapide Umstellung von Holz- auf Steinkohle ließ zusammen mit dem gleichzeitigen Ausbau der Eisenbahnen die regionale Verlagerung der Eisen- und Stahlproduktion möglich und wirtschaftlich sinnvoll werden: z.B. aus den holzreichen, aber verkehrstechnisch schwer erschließbaren Mittelgebirgen ins holzarme, aber kohlereiche und gut erschließbare Ruhrgebiet. In Zukunft transportierte man lieber das Erz zur Kohle als umgekehrt,[107] es sei denn, beides lag ohnehin beieinander wie teilweise in Oberschlesien oder in Lothringen, besonders als dort – seit den 70er Jahren – die wegen ihres Phosphorreichtums bis dahin nur begrenzt verwendbare Minette-Kohle durch moderne Verfahren leichter verhüttbar wurde. Das Saarrevier blieb – vor allem

mit dem expandierenden Imperium Stumm rund um die Neunkirchener Eisenwerke – ein Zentrum der deutschen Eisen- und Stahlindustrie, obwohl das Erz zunehmend von auswärts bezogen werden mußte, aus Hessen, Luxemburg und Lothringen vor allem. Und das Ruhrgebiet entstand als Zentrum des eisen- und stahlindustriellen Wachstums neu. 1850 waren dort erst 5% der deutschen Produktion, d.h. weniger als gleichzeitig im Siegerland, lokalisiert, 1870 dagegen schon mehr als 25%. Zwar hielten sich manche der älteren Zentren wie das Siegerland noch eine Weile, wenn sie auch ihre Führungsstellung verloren, doch andere ältere Standorte wie die Eifel, der Harz und der Hunsrück ließen rasch nach.

Insgesamt begründete diese fundamentale Standortverschiebung bei gleichzeitiger Expansion sozialgeschichtlich einen erheblichen Traditionsbruch. Die Belegschaften an den neuen, zunehmend verstädterten Standorten mußten neu rekrutiert werden, vorwiegend aus Wirtschaftsbereichen, Regionen und Bevölkerungsgruppen, die bis dahin nichts mit Eisen und Stahl zu tun gehabt hatten: in der großen Mehrheit durch Zuwanderer aus ländlichen Gegenden mit „Überschußbevölkerung", zunächst aus der näheren Umgebung, seit den 70er Jahren zunehmend aus der Fernwanderung. Dadurch entstanden ähnliche Probleme der Entwurzelung und Anpassung, wie sie vorn[108] für die Kohlenbergleute berichtet worden sind. Dagegen brachen generationsübergreifende Traditionen der Arbeit in den mittelgebirglichen Eisengegenden allmählich ab, es sei denn, sie wurden – von der Eifel nach Duisburg zum Beispiel – durch Wanderung verpflanzt.[109] Mehr als andere Teile der sich herausbildenden Arbeiterklasse entstand die Arbeiterschaft dieses Industriezweigs aus einem tiefen Traditionsbruch.

Mit der Veränderung der technologischen Basis und den regionalen Verlagerungen eröffneten sich neue Chancen der Unternehmensexpansion und -kombination. Die ökonomischen Vorteile der Massenfabrikation waren schließlich in dieser Industrie mit ihren relativ homogenen, für Massenabsatz geeigneten Produkten unübersehbar. Allmählich entdeckte man auch, daß die Zusammenfassung verschiedener Produktionsstufen in großen kombinierten Werken nicht nur technisch-organisatorisch möglich, sondern auch ökonomisch günstig sein konnte, denn sie erlaubte es, die kostendrückenden Wirkungen des koordinierten Produktionsflusses zu nutzen und die Ersparnisse wahrzunehmen, die produktionstechnische Verknüpfungen anderer Art boten, z.B. durch Verwendung der Abgase des Hochofens für den Betrieb des Puddelofens oder gewisser Nebenanlagen. Sicher gab es weiterhin auch viele Spezialwerke: reine Hochöfenanlagen, die ihr Produkt, das Roheisen, verkauften; reine Stahlwerke, die ihr Roheisen von außen bezogen; reine Hammer- und Walzwerke neben spezialisierten Bergwerken, die nicht mit Hüttenwerken verbunden waren. Aber dominant war gleichwohl der Trend zum hochkomplexen Großunternehmen (meist in der Rechtsform der Aktiengesellschaft), das unter *einer* Leitung die verschiedensten Produktionsstufen und Unternehmensfunktionen kombinierte.[110] Die Hüttenwerke waren *die* Riesenunternehmen der Industriellen Revolution.

Während das größte Hochofenwerk im Harz (ohne Puddel- und Walzwerk) um 1840 nur 81 Arbeiter zählte, brachten es die größten kombinierten Werke, in



Das Werk Lauchhammer um 1825. Zeitgenössische Lithographie

Westfalen die Hermannshütte, in Schlesien die Laurahütte und Stumm an der Saar, zur selben Zeit auf 400 bis 800 Beschäftigte.[111] Mitte der 50er Jahre gehörten zum Hörder Verein bei Dortmund neben den eigenen Bergwerken – Eisensteinabbau mit 716 und Steinkohlenförderung mit 100 Beschäftigten – eine Hochofenanlage mit vier Öfen und 350 Beschäftigten sowie die „Hermannshütte" mit einem Puddelwerk (52 Öfen), vier verschiedenen Walzwerken für Stabeisen, Schienen, Platten und Achsen, zwei Gießereien, drei Mechanischen Werkstätten für die Anfertigung von Rädern z. B. und für den eigenen Bedarf, einer Modellschreinerei, einer Fabrik für feuerfeste Steine und insgesamt 2.580 Arbeitern; im Ganzen zählte der Hörder Verein also 3.788 Arbeiter zu seiner Belegschaft. – 1864 beschäftigte die Gutehoffnungshütte (GHH) 4.500–5.000 Personen, davon 2.815 allein in Oberhausen, und zwar 1.215 im Stahl- und Walzwerk, 650 in der Eisenhütte und 940 in der Zeche; weitere 2.000 waren auf auswärtigen Erzgruben, Hütten und einer Schiffsbauwerft an der Ruhr beschäftigt. – 1873 betrug die Belegschaft des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation 4.700 Köpfe, davon 4.077 im Hüttenwerk und 625 in den Kohlenzechen. – Die Kruppsche Gußstahlfabrik in Essen beschäftigte 1863 4.229 und 1873 11.916 Personen, die auswärtigen Eisensteingruben, Zechen und Hütten der Firma nicht mitgerechnet, die 1873 noch einmal 16.000 Beschäftigte zählten. Allerdings darf man unter dem Eindruck dieser Angaben nicht vergessen, daß solche Riesenunternehmen jeweils aus mehreren Betrieben bestanden und es selbst in der Hüttenindustrie weiterhin viele kleine und mittlere Unternehmen gab. In Preußen zählte man 1875 in der Branche 349 Hauptbetriebe mit bis zu 10 Beschäftigten, 183 mit 11–50 Beschäftigten, 152 mit 51–200, 90 mit 201–1.000 und nur 17 mit über 1.000 Beschäftigten.[112]

c) *Technologischer Wandel und Veränderungen des Arbeitsprozesses: Schmelzer, Puddler, Hammerschmiede, Walzer und andere*

Was der Wandel der Industrie und das Wachstum der Unternehmen für die Arbeiter bedeutete, läßt sich schwer generalisieren, denn in diesen komplexen Rieseneinheiten befanden sich viele verschiedene Arbeitswelten zugleich, so wie in einer Riesenstadt sehr verschiedene Stadtteile ähnlich Dörfern nebeneinander existieren können. Im folgenden soll kurz erläutert werden, was im zweiten Drittel und dritten Viertel des 19. Jahrhunderts in den drei Hauptabteilungen der Eisen- und Stahlwerke geschah: 1. im Hochofenbereich, 2. beim Frischen bzw. Stahlherstellen und 3. im Hammer- bzw. Walzwerk. Die verschiedensten Details und zahlreiche kleinere Abteilungen bleiben im folgenden beiseite, das Bild ist so schon verwirrend genug.

1. Was die Hochofenanlagen und ihre unmittelbare Umgebung in den Werken angeht, so waren dort ganz unterschiedliche Kategorien von Arbeitern beschäftigt: Verlader, Steinbrecher und Möllerer (die das angelieferte Erz auslasen und für den Hochofen vorbereiteten), Kohlenwäscher, Kokereiarbeiter, Aufgeber, Hüttenknechte, Steinarbeiter, zunehmend auch Maschinisten, zahlreiche Karrenschieber und Handlanger aller Art, vor allem aber Schmelzer, die „Hohepriester des Hochofens", die noch in den 40er und 50er Jahren ein besonderer Nimbus umgeben haben soll, weil sie mit viel Erfahrungen, bisweilen geheimnisvoll bewahrtem Wissen und ausgeprägtem Fingerspitzengefühl die außerordentlich schwere Arbeit des Verhüttens und Abstechens unmittelbar leiteten und betrieben.

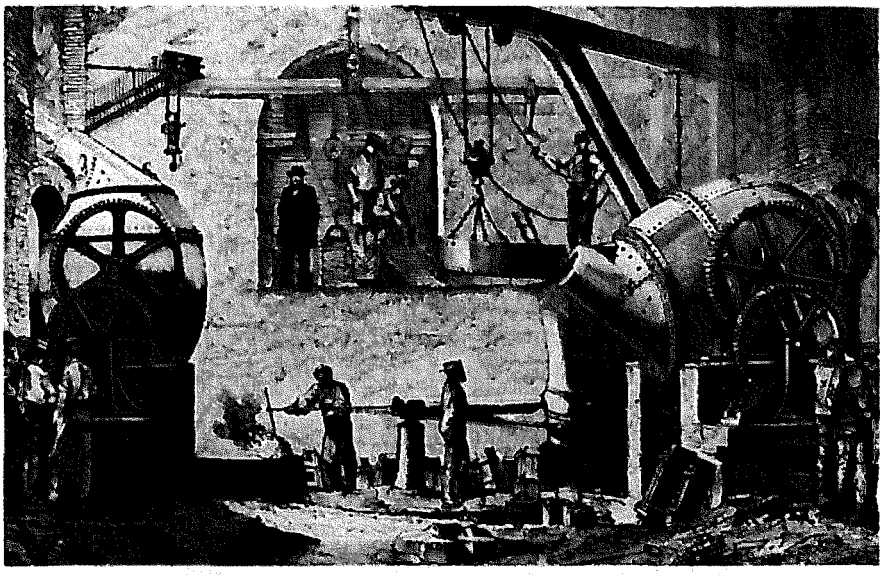
In den Jahrzehnten der Industriellen Revolution wuchs die Zahl der pro Hochofen beschäftigten Arbeiter mit der Größe der Hochöfen. Die Arbeitsteilung zwischen ihnen nahm zu.[113] Auch die unmittelbar zusammenarbeitenden Hochofen-Teams, die „Kolonnen", dehnten sich im Durchschnitt aus – von vier bis fünf auf acht bis zehn Mann –, mit verfeinerter, hierarchischer Binnengliederung, etwa zwischen dem ersten, zweiten und dritten Schmelzer plus Zuarbeiter, die sich alle nach Lohn, Tätigkeit, Entscheidungskompetenz und wohl meist auch nach Erfahrung erheblich unterschieden, aber eng zusammenarbeiteten. Aber insgesamt wuchs die Zahl der Hochofenarbeiter nur wenig, ihr Anteil an allen Eisen- und Stahlarbeitern sank: von etwa 50% in den 1840er Jahren auf knapp 20% Anfang der 70er Jahre, denn gleichzeitig wuchsen Zahl und Anteil der mit der Stahlherstellung und der Weiterverarbeitung, mit Hämmern und Walzen Beschäftigten ganz erheblich.[114]

Technische Verbesserungen des Hochofens, vor allem die Einführung einer neuen Schlackenform in den 60er Jahren und die Schließung der Hochofenbrust etwa zur selben Zeit scheinen zur *Vereinfachung* der Schmelzer-Arbeit beigetragen zu haben. Die Vorrichtungen zur Steuerung von Gebläse, Druck und Temperatur wurden effektiver, und je regelmäßiger der Schmelzprozeß verlief, desto routinisierter wurde die Arbeit der Schmelzer, desto weniger beruhte das Ergebnis auf ihrer Erfahrung und ihrem Improvisationsgeschick. Dadurch verloren sie viel von ihrer herausgehobenen Stellung, sie wurden ersetzbarer und manchmal

fühlten sie sich degradiert: „Die widerstrebenden Schmelzer wurden als Koksbrenner verwendet, und Schlackenfahrer wurden zu Schmelzern gemacht."[115] Schmelzen am Hochofen wurde zum Anlernberuf; wenige Monate reichten, um aus einem Neuankömmling ohne besondere Qualifikation einen ansehnlichen Schmelzer werden zu lassen.

Zwar wurden auch noch in den 80er Jahren die meisten Lasten – etwa Erz zum Hochofen oder die „Masseln" aus Roheisen zum Frisch-Ofen – innerhalb des Werkes mit Handkarren oder dergleichen transportiert,[116] doch einige Hilfs- und Transporttätigkeiten mechanisierte man allmählich, z. B. das Möllern mit Hilfe von Steinbrechmaschinen oder das Beschicken der Hochöfen mit Hilfe von dampfkraftbetriebenen Gichtaufzügen. Zwar ging der hochofentypische Bedarf an harter, ungelernter Muskelarbeit – angesichts anschwellender Transportarbeiten in den sich ausdehnenden Werken – noch nicht zurück, im Gegenteil; doch wurden dadurch neue Maschinisten und Reparaturarbeiter mit besonderer Qualifikation nötig. Parallel zur Dequalifizierung der Schmelzer fanden also Qualifizierungsprozesse in deren unmittelbarer Umgebung statt.[117] Soviel zum Hochofen.

2. Das Frischen – also die Umwandlung des Roheisens in schmiedbares Eisen oder in Stahl – veränderte sich im Untersuchungszeitraum gleich zweimal fundamental, eine Vielzahl kleinerer Verbesserungen nicht gerechnet. Zunächst setzte sich seit Mitte der 20er Jahre – vor allem in den 50er Jahren – das aus Westeuropa kommende Puddelverfahren durch. In den besonders konstruierten, durchweg mit Steinkohle beheizten Puddelöfen wurden Ladungen von mehreren hundert Kilogramm Roheisen geschmolzen, mit Hilfe von Zusätzen und Verbrennungsgasen chemischen Prozessen ausgesetzt und so von einem großen Teil ihres störenden Kohlenstoffgehalts befreit, und dies in einem Durchgang – in einer „Hitze", wie es hieß – von anderthalb bis zweieinhalb Stunden, während die voher bekannte Technik das mehrfache Erhitzen des Roheisens auf dem Holzkohlenfeuer und das wiederholte Zerstoßen der Schlacken mit dem Hammer verlangt und überhaupt mehr Aufwand gekostet hatte. Allerdings erforderte auch das neue Verfahren des Puddelns angestrengteste Schwerstarbeit. Durch die Arbeitsöffnung der Ofentür „rührten" die Puddler mit langen gebogenen Stangen im glühenden Eisenbad, geschickt und im rechten Moment; dann brachen sie die erkaltende Eisenmasse noch im Ofen mit schweren Stangen und Haken mehrfach auf und wendeten die Stücke, um ihre gleichmäßige Entkohlung zu erleichtern. Die Puddler lenkten den ganzen Vorgang. An der Färbung der glühenden Mischung aus Eisen und Schlacke, am Geruch der abströmenden Gase und an anderen Zeichen erkannten sie, wann welcher Arbeitsschritt anstand. Der Vorgang war alles andere als bloße Routine, von den Entscheidungen der Puddler hing die Qualität des Ergebnisses ab. Zugleich war es härteste körperliche Arbeit, meist nur von jungen, gesunden Männern unter 40 zu leisten. Die Kompetenz der Puddler war gesucht, nur durch Praxis und Nachahmung zu erwerben, auf der Grundlage langen Probierens. In der frühen Zeit der 20er und 40er Jahre wurden sie oft aus England, Frankreich und Belgien importiert; wandernd transferierten sie Kenntnisse, die sie gleichwohl als Geheimnisse zu hüten



Stahlherstellung in der Bessemerbirne. Holzstich um 1870

bemüht waren. Aber auch später gehörten sie zu den Spitzenverdienern mit handwerklichem Stolz und beträchtlichem Ansehen.

In der Regel arbeiteten sie in kleinen, hierarchisch geordneten, abgestuft entlohnten Dreiergruppen, wobei der erfahrene 1. Puddler die Rolle des Meisters und oft auch des Subunternehmers spielte, der den Gruppenakkord empfing und weiterverteilte, während die nachgeordneten, teilweise noch lernenden 2. und 3. Puddler im expandierenden Gesamtsystem mittelfristig gute Aufstiegschancen besaßen. Die Hierarchie der Gruppe erinnert an die handwerkliche Abstufung zwischen Meistern, Gesellen und Lehrlingen, jedoch: Wer wann als „Meister" eingesetzt wurde, das entschieden, wie es scheint, die Puddler nicht selbst, sondern das tat der Vorgesetzte, der anstellende Obermeister, der oft 20 bis 30 Puddler-Teams beaufsichtigte. Auch fehlte es an Freisprech-Ritualen, Meisterprüfungen und zunftähnlichen Regeln überhaupt. Bei hohen, aber in den oft seitwärts offenen „Hütten" leicht abstürzenden Temperaturen, angesichts der blendenden Helligkeit der Weißglut, in nächster Nähe zum Feuer, bei teilweise höllischem Lärm, und in heute kaum noch vorstellbarem Staub, vor stinkenden Gasen, unter bemerkenswerter Unfallgefahr und in drangvoller Enge dauerte die viel Konzentration, Geschicklichkeit und körperliche Anstrengung erfordernde, aus zahlreichen koordinierten Schritten bestehende Arbeit am Puddelofen in der Regel zwölf Stunden, mit unregelmäßigen Pausen, und in dieser Zeit schaffte man etwa fünf bis acht „Hitzen", von denen jede aufwendige Vorbereitungs- und Nachbereitungsarbeiten erforderte. „Wenn der Puddler gestorben ist, wird er am Höllenfeuer Heizer, dann hat er es besser."[118] Kontrolliert wurde nicht der Arbeitsvollzug, sondern das Arbeitsergebnis in Form der fertigen „Luppen". Das waren runde Stahlstücke, die dann der Luppenschlepper auf kleinen Wagen den

Hammerschmieden oder Walzern zur Weiterbearbeitung zuführte. Entsprechend groß war die Arbeitsplatzautonomie, die die relativ separat arbeitenden Puddler-Teams durchaus genossen. Übrigens waren sie als Diebe von Eisen bekannt: Was ihnen aus Eisen in die Hände fiel, warfen sie gern in den Ofen, um das Produktionsquantum und damit ihren Lohn zu erhöhen. Das galt als normal.[119]

Der Puddler, diese vielleicht interessanteste Gestalt der frühen Hüttenindustrie, war ein merkwürdiger Übergangsberuf. Zweifellos fehlte es ihm nicht an handwerklichen Zügen: hohe, durch Probieren und Nachahmung erworbene Qualifikation; manuelle Geschicklichkeit, die von Werkzeugen, noch nicht von Maschinen gestützt wurde; ein heterogenes, vielfältiges Tätigkeitsprofil; bemerkenswerte Autonomie am Arbeitsplatz; ans Handwerk erinnernde Abstufung zwischen Älteren und Jüngeren. Zugleich aber galt: Der Puddler war eine moderne Schöpfung der „großen Industrie", die fehlende Zunfttradition zeigt es an. Die Produktionsmittel hat er nie besessen. Auch die ungewöhnlichen körperlichen Anstrengungen, die zu seiner Tätigkeit gehörten, sprengten das handwerklich Übliche. Sie waren Ausdruck seiner Verflechtung mit technisch-chemischen Anlagen und Prozessen, deren Größenordnung neu war und deren Anforderungen vom Menschen nur vorübergehend ertragen werden konnten.

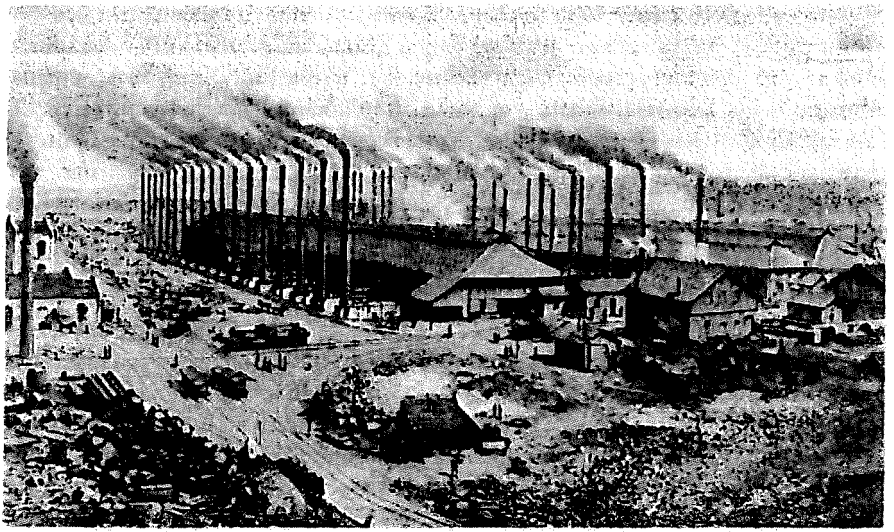
Diese Mischung aus handwerksähnlichen und großbetrieblichen Elementen war labil, bloß eine Lösung auf einige Jahrzehnte. Sie fiel der maschinellen Stahlerzeugung im Konverter-Stahlwerk zum Opfer, das sich seit den frühen 60er Jahren in Deutschland durchzusetzen begann, zunächst nach dem Bessemer-Verfahren, gemäß dem das Roheisen in mehrere Meter hohen, birnenförmigen Konvertern gefrischt wurde, durch deren Boden maschinell Luft geblasen wurde. Solange das Roheisen noch nicht wie später direkt und flüssig aus dem Hochofen in den Konverter geleitet wurde, mußte es zunächst in einem zwischengeschalteten Flamm- oder Kupolofen erneut geschmolzen werden, aus dem dann die glühend-flüssige Masse durch spezielle Rinnen in den tieferstehenden Konverter floß. Die Szene gewann zwar an Dramatik dazu, und die Unfallgefahr wurde eher größer: Auf dem Höhepunkt der nur zehn bis zwanzig Minuten dauernden Entkohlung schoß eine mehrere Meter hohe Flamme aus dem Konverter empor, wobei glühende Schlacke und Eisenstücke herausgeschleudert werden mochten. Aber mit dem anstrengenden Rühren und Umbrechen war es vorbei, und das Fingerspitzengefühl der Puddler wurde – ein wenig, zum Teil – durch das Spektroskop und die Schöpfprobe systematisch ersetzt. Die Arbeitsteilung nahm zu, die komplexe Puddeltätigkeit wurde gewissermaßen zerlegt: in zahlreiche Anlerntätigkeiten einerseits, in einige wenige, neu qualifizierte Maschinenarbeiter- und Aufsehertätigkeiten andererseits. Hunderte von 1. bis 3. Konverterleuten, 1. und 2. Pfannenmännern, Koquillenarbeitern, Lagermachern, Trichterstampfern, Formern, Karrenschiebern und anderen Hilfsarbeitern arbeiteten in einem modernen Stahlwerk der 80er Jahre: in vielfältigen Über- und Unterordnungen, team- und gefügeartig verknüpft, oft auch recht isoliert voneinander, vielfältig differenziert.[120]

Doch die Umstellung brauchte Zeit. Bis 1873 überwog in den deutschen

Stahlwerken noch immer das Puddeln.[121] Das Konverter-Frischen setzte sich erst voll seit Ende der 70er Jahre mit dem neuen Thomas-Gilchrist-Verfahren durch. Und es gab gleichzeitig andere Entwicklungen, so die Einführung des Siemens-Martin-Ofens. Die Herstellung von Stahlsorten höchster Qualität, zum Beispiel des berühmten Krupp-Tiegelstahls, folgte ihren eigenen Regeln und bedurfte weiterhin höchst qualifizierter Ofenarbeiter, Schmelzer und Gießer, die, von Handlangern unterstützt und in selbstverantwortlichen Kolonnen organisiert, an speziellen Schmelzöfen arbeiteten – auf der Basis von langen Erfahrungen und geschütztem Geheimwissen, in arbeitsteiliger, kollektiv-selbstbestimmter und sehr gut bezahlter Tätigkeit.[122]

3. Die Weiterverarbeitung des gefrischten Eisens, des Stahls, geschah bis in die 40er Jahre ganz vorwiegend durch Schmieden und Hämmern, zumeist unter Ausnutzung von Menschen- und Wasserkraft, nach erneuter Erhitzung am Herd oder offenen Feuer, durch handwerklich qualifizierte Arbeiter, teils mit zünftiger Tradition. Die Industrialisierung brachte zwei tiefgreifende Wandlungen. *Einerseits* ließen der Übergang zur Dampfkraft, maschinelle Innovationen und die neue Nachfrage nach riesigen Produkten, wie sie für den Bau von Lokomotiven, Anlagen und Brücken benötigt werden mochten, neue Hammerschmieden riesigen Ausmaßes und großer Komplexität entstehen, Werkhallen mit Maschinen, deren Bedienung an eine obere Schicht von Industrieschmieden und Hammerführern große Anforderungen an Geschicklichkeit und Körperkraft stellte. Das Erhitzen und Schmieden großer Blöcke warf schwierige Probleme der Wärmebehandlung auf, die Störanfälligkeit der sowohl schweren wie präzisen Maschinenhämmer war groß, Fehler kosteten viel Geld. „Die Maschine, die im Mittelpunkt dieses stark auf Einzelstücke ausgerichteten Produktionsbereichs stand, war riesig, aber einfach in der Konstruktion; sie überließ den eigentlichen Formgebungsprozeß noch weitgehend der ‚Kunst' der Hammerschmiede", die auch hier, von zahlreichen Hilfsarbeitern unterstützt, in Kolonnen zusammenarbeiteten. Erst gegen Ende des Jahrhunderts kam es zu neuen Maschinisierungsschritten: die hydraulische Presse und das Blockwalzen tauchten auf. Die Serienproduktion auch in diesem Bereich und die allmähliche Verwissenschaftlichung der Produktionstechnik begannen, die älteren Produktionsformen zu verdrängen und die Arbeit der Hammerschmiede zu zerteilen, stärker zu normieren und enger zu determinieren.[123]

Einen noch tiefgreifenderen Wandel stellte *andererseits* der Übergang vom Hämmern und Schmieden zum Walzen seit den 1840er/50er Jahren dar. Die Verwendung von zunächst oft noch wasserkraft-, bald vorwiegend dampfkraftbetriebenen Walzeinrichtungen bedeutete den Übergang zur Massenproduktion von Stahlschienen, -drähten, -platten und anderen Werkstücken verschiedenster Art und Qualität. Zwischen Puddelofen und Walzstraße durchlief der Stahl noch mehrere Stadien, so z. B. den durch Dreierteams qualifizierter Arbeiter betriebenen Schweißofen, der die Luppen zu Blöcken fürs Walzen zusammenfügte und erneut erhitzte, oder den ebenfalls komplizierten „Wärmeofen" zum Vorheizen. Manchmal schmiedete man die gegossenen Stahlblöcke mühsam vor, bevor sie ins Walzwerk kamen. Die Walzprodukte variierten sehr, entsprechend verschie-



Walzwerk der Burbacher Hütte bei Saarbrücken. Holzstich um 1870

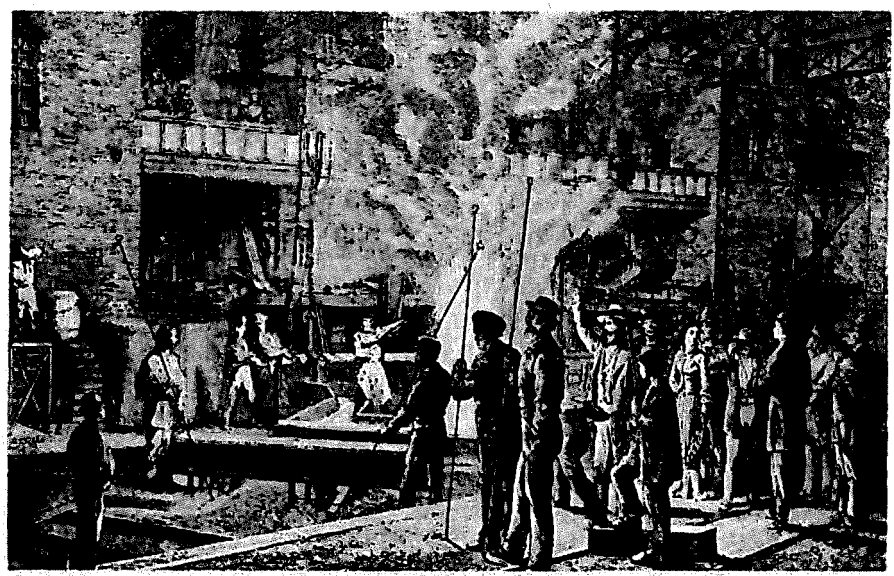
den waren die Walzeinrichtungen, durch die das Walzgut in der Regel mehrfach geschleust werden mußte. Die Arrangements veränderten sich ständig. Vor allem wurde durch die schrittweise Mechanisierung der Transportvorgänge, der Zuführung, Anhebung, Verschiebung, Rückführung und Verkantung des Walzguts, Fortschritte erzielt. Diese reduzierten allmählich die körperlich anstrengendsten Tätigkeiten ein wenig. Doch die Arbeit blieb schwer in den oft heißen, zugigen, staubigen Hallen, voll von riesigen, sich bewegenden Anlagen, in denen sich die vielen Menschen geradezu verloren ausnahmen. Adolph von Menzel hat solch ein Werk 1875 gemalt. Der Übergang vom Hämmern zum Walzen verdrängte die gelernten Schmiede aus ihrer zentralen Stellung. An ihre Stelle trat einerseits eine große Vielzahl von angelernten Berufen: Stangenleute und Hebler, Vorwalzer, Hinterwalzer etc. Andererseits bildete sich die hohe Qualifikation erfordernde und mit Verantwortung verbundene Position des Walzmeisters heraus. Wie wichtig diese war, zeigt sich schon daran, daß etwa beim Hörder Verein um 1850 jeder Walzmeister sein eigenes Fabrikatszeichen besaß.[124]

4. Was läßt sich insgesamt sagen? Im Vergleich zu den Handwerkern, den Heimgewerbetreibenden und den Arbeitern anderer zentralisierter Betriebe, z.B. im graphischen Gewerbe oder in den Maschinenfabriken der Zeit, war die Tätigkeit der Eisen- und Stahlarbeiter wenig qualifiziert. Es gab auffällig viele ungelernte Arbeiten, die jederzeit jedem Neuankömmling ohne einschlägige Qualifikation zugewiesen werden konnten, z.B. beim Transportieren der schweren Werkstücke. Angesichts zunehmender Arbeitsteilung und Vernetzung der Produktionsstufen und -schritte nahm diese Kategorie im Untersuchungszeitraum deutlich zu; die einsetzende Maschinisierung begann erst spät, auf ihre Verringerung hinzuwirken. – Es gab aber auch hochqualifizierte Arbeiter im Hüttenwerk. Die mit handwerklicher Lehre nahmen eher Randpositionen ein (Former,

Schlosser) oder fielen dem technologischen Wandel allmählich zum Opfer (Schmiede). Die mit hoher Qualifikation aufgrund langer Erfahrung waren zahlreicher, aber nahmen ebenfalls ab (Schmelzer, Puddler). Aber andererseits entstand eine neue Oberschicht von gelernten Maschinenarbeitern, zwar meist ohne formalisierte Handwerkslehre, aber durch intensives Training am Arbeitsplatz vorbereitet, mit viel Einfluß und Fehlermöglichkeiten, meist in langjähriger Vertrauensstellung in ein und demselben Unternehmen, gesucht und schwer ersetzbar, mit starker Stellung auf dem Arbeitsmarkt.[125] – Eine große, wachsende, in sich vielfach schattierte Mittelgruppe von Arbeitern war angelernt: für einfache Handarbeiten (z.B. Koksbrenner, Gichtsetzer), für sehr spezielle Maschinenarbeiten (z.B. Konverterarbeiter) oder für einfache Arbeiten mit großer Verantwortung (z.B. der 1. Schweißer). – Anders als im Bergbau fand ständig technologischer Wandel statt, der dauernd die Arbeitsplätze und die Arbeitsprozesse veränderte.

Insgesamt dürften die Dequalifizierungsprozesse mehr Positionen betroffen haben als umgekehrt aufgewertet wurden oder als hochqualifizierte neu entstanden. Unterhalb einer schmalen, in sich differenzierten Schicht von Technikern, Meistern und Maschinisten fand vermutlich so etwas wie Nivellierung statt. Aber dem ist sofort folgendes hinzuzufügen: Anders als im Bergbau war das System der Arbeitsplätze funktional und hierarchisch *hochgradig-feingliedrig* differenziert – vermutlich weil die Aufgaben so viel komplexer waren und sich eher zur Aufspaltung eigneten als die Kohlen- und Erzförderung in den Bergwerken. Das bedeutete *einerseits*, daß große, rasche Fluktuation zwischen Arbeitsplätzen desselben Hüttenwerks stattfand, jedenfalls unterhalb der spezialisiert-hochqualifizierten Positionen. Die große Mehrheit übte ihre jeweilige Tätigkeit nicht als Lebensberuf aus, sondern wechselte: ein Mechanismus, der den Erfahrungsaustausch und den Zusammenhalt innerhalb der differenzierten Belegschaften verstärkt haben muß. *Andererseits* gab es eine Vielzahl kleiner und kleinster Aufstiegsmöglichkeiten, die durch Weiterqualifikation innerhalb begrenzter Zeit erreichbar waren und jedenfalls aus der späteren Sicht der zuständigen Gewerkschaft die Solidarität in den Belegschaften erschwerte:

> „Eine große Schädigung der Hüttenarbeiter wird auch durch die Arbeitsteilung in Hüttenwerken hervorgerufen [...] Dazu kommt die weitere Teilung der Arbeit einer bestimmten Gattung in 1., 2., 3., 4. und sogar 5. Männer. Diese Teilung der Arbeit liegt nicht im Interesse der Arbeiter, denn sie weckt die schlechten Instinkte des Menschen und hat Neid, Mißgunst, Selbstsucht und andere Auswüchse im Gefolge. Der 5. Mann ist naturgemäß bestrebt, bald 4. Mann zu werden und versucht, dieses Ziel mit allen Mitteln zu erreichen. Dasselbe Bestreben hat vielleicht auch der vierte Mann gegenüber dem dritten; der Dritte gegenüber dem Zweiten und so fort. Jeder sucht eine Position zu erringen, die etwas mehr Lohn einbringt, denn Hand in Hand in der Abstufung nach ersten, zweiten und dritten Männern geht die Höhe des Arbeitslohnes."[126]



Gießhalle in der Grusonschen Eisengießerei in Buckau/Magdeburg. Holzstich um 1870

d) Freiräume, Disziplinierung und die Rolle der betrieblichen Sozialpolitik

Die Arbeit im Hüttenwerk war ungewöhnlich hart, schwer und belastend. Sie war gleichzeitig porös und unregelmäßig, voll von Spielräumen, Nischen und Möglichkeiten, sich den noch sehr unvollkommenen Zwängen der Maschinerie und der Aufsicht der Vorgesetzten zu entziehen. Die Werkhallen waren unübersichtlich und dunkel, das Gelände weitläufig, die Arbeitsprozesse oft nur sehr locker oder schlecht koordiniert, Improvisationen die Regel, Fehlleistungen häufig.[127] „Die Ruhezeit für die Hüttenbetriebsarbeiter richtet sich nach ihrer Arbeit. Diese Leute essen und ruhen, wenn es für sie am passendsten ist [...]". So hieß es in der Arbeitsordnung eines großen Hüttenwerks von 1853. Der hochwertige Tiegelstahl wurde bei Krupp in den 50er und 60er Jahren zweimal täglich gegossen. Ein Arbeiter erinnerte sich: „Wenn geschmolzen war, gingen wir nach Haus, ob es drei oder vier Uhr war." Aber auch: „Oftmals mußte ich nachts aufstehen und zum Gießen in den Schmelzbau gehen."[128]

Und wenngleich man sich innerhalb der in den verschiedenen Abteilungen so häufigen, meistens nach Gruppenakkord bezahlten Kolonnen gegenseitig kontrolliert haben mag, die Kolonne als solche arbeitete relativ selbstbestimmt. Weder erfolgte die genaue Zuteilung der Arbeitskräfte zentral, noch wurden die vielfältigen Arbeitsprozesse im einzelnen „von oben" gesteuert. Die wissenschaftlich-technische Erforschung der metallurgisch-chemischen Prozesse war auch noch gar nicht so weit, als daß man sie aufgrund theoretischen Wissens von den Büros her hätte voll planen und steuern können. Manchen Schmelz- und

Schmiedevorgang bewältigte man erfahrungsgemäß, ohne ihn theoretisch voll zu verstehen.[129]

Im Prinzip galt das alles für den ganzen Untersuchungszeitraum, auch noch für die 1870er Jahre und später. Trotzdem nahmen im Lauf der Jahrzehnte die Spielräume der Arbeiter ab, die Disziplinierung schritt voran. Auf dreierlei Weise:

Zum einen gewannen die Arbeitsvorgänge etwas an Stetigkeit, das Streben nach kontinuierlichem Produktionsfluß nahm zu, und je wichtiger die Anlagen wurden – Konverter statt Puddler zum Beispiel –, desto stärker verflocht sich die Tätigkeit des einzelnen Arbeiters mit Prozessen, die ihm gewissermaßen selbständig gegenübertraten und die er nicht recht beeinflussen konnte. Die Pausen, so scheint es, wurden knapper, die Arbeitszeiten länger, der Tag- und Nachtbetrieb setzte sich durch, mit Schichtwechsel natürlich. Der Anordnung von Überstunden kam man wie selbstverständlich nach, und Sonntagsarbeit war kein Tabu. Gefügeartige Kooperationsmuster überlagerten zunehmend die teamartige Form.[130]

Zum anderen ist auf lohnpolitische Instrumente zu verweisen. Prämien für besondere Leistungen und Abzüge für Ausschußarbeit waren früh verbreitet, bei Krupp schon in den 40er Jahren. Zeitlohn und Akkordlohn koexistierten in wechselnden, komplexen Mischungsverhältnissen. Seit den 50er/60er Jahren setzte sich dann immer stärker der Akkordlohn durch, und zwar in der Regel als stark abgestufter Gruppenakkord. Das muß die gegenseitigen Kontrollen innerhalb der Teams und ihre Bereitschaft zur Anstrengung auch ohne direkte Beaufsichtigung gesteigert haben. Die Akkordentlohnung der Arbeiter sei das „Alpha und Omega", um die Selbstkosten zu senken, bemerkte Louis Baare, Generaldirektor des Bochumer Vereins, 1875 vor seiner Generalversammlung. Mit Ausnahme der „feineren mechanischen Arbeiten", bei denen es auf allervorsichtigste und vollkommenste Ausführung ankomme, und mit Ausnahme einfacher Hilfsarbeiten werde die Akkordentlohnung überall im Unternehmen angewendet, „von der Gewinnung des Rohmaterials bis zum Verladen der Fabrikate und zwar in umfangreicherer Weise als in England". Natürlich paßte diese Politik aus unternehmerischer Sicht gut in die Depression, in der man sich 1875 befand. Akkordbezahlung war ja gleichzeitig ein Mittel, die Schwankungen des Marktes an die Arbeiter weiterzugeben. Von 1873 bis 1878 verringerte der Bochumer Verein die Arbeiterbelegschaft des Hüttenwerks von 4.077 auf 2.507 Personen, während sich das Lohnkonto des Unternehmens halbierte und die Stahlerzeugung von 61.000 auf 76.000 t stieg (!). Die rechnerisch auf den einzelnen Arbeiter entfallende Produktion wuchs damit von 15 auf 30 t, 1857 hatte sie nur drei Tonnen betragen. Gleichzeitig sank der Arbeiter-Jahresdurchschnittslohn von 1.152 Mark (1873) auf 909 Mark (1878). Solch eine Krise dürfte mehr als alles andere zur „Disziplinierung" der Arbeiter beigetragen haben.[131]

Schließlich ist auf die Versuche der Unternehmensleitungen zu verweisen, die Disziplin der Belegschaften durch strengere Überwachung und schriftliche Ordnungen zu gewährleisten, daneben auf ihre Anstrengungen, durch betriebliche Sozialpolitik Loyalität, Leistungsfähigkeit und Disziplin zu verstärken:

Wie es scheint, wirkten das anonymisierende Wachstum der Werke und personalpolitische Entscheidungen zusammen, den Meister immer deutlicher aus der Arbeiterschaft herauszuheben – etwa durch Gehalts- statt Lohnzahlung und andere Sonderbehandlung –, ihn deutlicher mit Anordnungs- und Kontrollbefugnissen auszustatten und ihn damit als Aufsichtsbeamten zu akzentuieren, besonders weil er einige seiner arbeitsplanenden und technischen Funktionen bald an spezialisierte Techniker und Ingenieure abzugeben begann. Gleichzeitig prägte sich dadurch die soziale und herrschaftliche Distanz zwischen Arbeiterbelegschaft und Vorgesetzten-Hierarchie ein wenig schärfer aus als zuvor.[132] Neue Kontrollverfahren wurden etabliert, so die Markenkontrolle beim Bochumer Verein im Jahr 1860. Während es in den Hütten der 50er Jahre oft Sache der Meister und Kolonnenführer gewesen war, Arbeitnehmer quasi als Zwischenunternehmer einzustellen, setzte sich in den 60er und 70er Jahren die zentrale Annahme der Arbeiter durch. Bei Krupp legte man die Regeln der „Arbeiter-Annahmekontrolle" 1873 im Detail schriftlich fest, der Portier hatte sie durchzuführen.[133]

Darüber hinaus veranlaßten das Wachstum der Unternehmen, ihr steigender Bedarf an Pünktlichkeit und die exorbitante Fluktuation manche Unternehmensleitungen dazu, schriftliche Werkstatt- und Arbeitsordnungen auszuarbeiten, durch Zirkulare und Anordnungen die Behandlung der Arbeiter zu präzisieren und die Ordnung überhaupt ein Stück zu formalisieren. Insbesondere versuchte man, die fristlose Kündigung und Abwanderung der Arbeiter zu erschweren.[134]

Aber es fällt auf, daß die meisten dieser Ordnungen die Arbeit und das Leben der Arbeiter viel weniger weitgehend zu regeln versuchten, als es im zeitgenössischen Bergbau mit seinen behördlich-bürokratischen Traditionen üblich war. Die bekannten illiberalen Versuche von Krupp und vor allem von Stumm, durch Verbote und Gebote ins Privatleben ihrer Arbeiter einzugreifen – durch das Verbot der Lektüre sozialdemokratischer Zeitungen oder gar durch die Verpflichtung, vor der Heirat die Zustimmung der Unternehmensleitung einzuholen –, standen vermutlich nicht allein, aber typisch waren sie nicht. Den meisten Unternehmern fehlte dafür die Macht – und wohl auch das Interesse. Die Logik ihrer Geschäfte lag ja gerade in der Externalisierung von Moral und Politik, soweit wie möglich. Überdies war die Wirksamkeit der Fabrikordnungen fraglich, wenn ihnen die Arbeitsmarktbedingungen entgegenstanden. Angesichts der gängigen „Vertragsbrüche" und der Widerständigkeit der Arbeiter hielt jedenfalls der Düsseldorfer Fabrikinspektor 1876 die bestehenden Fabrikordnungen für ein „Illusorium". „Daß während der Nachtschicht zu schlafen versucht wurde, wenn es sich einrichten ließ, oder daß im Winter der warme Platz auf den Koksöfen ein zwar verbotener, aber allem Anschein nach dennoch bevorzugter Aufenthaltsort in den Pausen war, sind zwei der vielen, hier aufzählbaren Beispiele."[135]

Die Wirkung der betrieblichen Sozialpolitik jener Zeit läßt sich schwer abschätzen. Zunächst ist folgendes zu bedenken: Nur im Ausnahmefall handelte es sich um gewachsenen, persönlich aktualisierten „Patriarchalismus" nach familialen oder häuslichen Modellen – der schiere Umfang, der sachliche Bezug, die Anonymität und die sozialen Spannungen dieser Unternehmungen machten aus

der Rede vom „Herrn im Haus" notwendig Ideologie. Daran konnten auch die drei Sprechstunden wöchentlich nichts ändern, die Stumm für „seine" Arbeiter abhielt.[136] Vielmehr handelte es sich um bewußt geplante, verwaltungsmäßig exekutierte betriebliche Leistungen, die über das arbeitsvertraglich vereinbarte Minimum freiwillig hinausgingen und im Gegenzug eine das Vertragsminimum übersteigende Loyalität der Arbeiter gegenüber dem Unternehmen erwarteten: „sekundärer Patriarchalismus" bestenfalls.[137] Auch ist zu betonen, daß die betriebliche Sozialpolitik sich selbst in den großen montanindustriellen Unternehmen bis 1875 noch nicht allzu sehr entfaltet hatte. Die von den Unternehmen zu solchen Zwecken durchschnittlich aufgewendeten Kosten waren im ganzen unbedeutend. In einem großen staatlichen Hüttenwerk Württembergs betrugen sie nur zwischen 0,2 und 0,5% der Gesamtkosten bzw. zwischen 1 und 5% der Lohnkosten von 1810 bis 1880, erst seit den 1880er Jahren zogen sie kräftig an, wohl als Folge der staatlichen Versicherungsgesetzgebung.[138]

Doch gab es 1875 in Preußen im Industriezweig „Bergbau, Hütten- und Salinenwesen" unter den etwa 1.700 Betrieben mit mindestens 30 Beschäftigten immerhin 268, die für ihre Belegschaften (oder Teile davon) Werkswohnungen gebaut bzw. angemietet hatten oder ihnen anderweitig „Wohnungsfürsorge" angedeihen ließen; 198 halfen bei der Beschaffung von billigeren Lebensmitteln – durch Konsumanstalten z. B. – oder betätigten sich sonstwie in der „Ernährungsfürsorge"; 209 von ihnen hatten Kranken- und Unterstützungskassen, 186 betriebliche Unfallversicherungen eingerichtet; 105 boten Unterrichtsveranstaltungen, Bildungsveranstaltungen und Kurse für ihre Belegschaften an. Nimmt man diese und einige andere betriebliche „Wohlfahrtseinrichtungen" zusammen, wie es der Sichtweise der Zeit entsprach, dann dürfte jeder dritte größere, d. h. mehr als 30 Leute beschäftigende Betrieb dieses Industriezweiges in irgendeiner Form „Wohlfahrtseinrichtungen" besessen haben.[139]

Immerhin war es für die *größten* Unternehmen der Montanindustrie – und auch der Hüttenbranche – Anfang der 70er Jahre völlig üblich geworden, auf diesem Gebiet irgendwie tätig zu sein. Die aus verschiedenen Vorgängerwerken zusammenwachsende GHH z. B. hatte 1837 mit dem Aufbau von Krankenkasseneinrichtungen begonnen, 1842 eine betriebseigene Sparkasse angefügt, sich seit 1846 im Wohnungsbau engagiert, und seit 1867 betrieb sie eine unternehmenseigene Konsumanstalt. – Die auch auf diesem Gebiet besonders aktive Firma Krupp hatte 1836 mit einer Kranken- und Sterbekasse begonnen, 1858 eine Pensionskasse angegliedert und 1868 den „Essener Consumverein" als unternehmenseigene Konsumanstalt übernommen (wogegen sich Stumm immer wehrte, weil er den Mittelstand nicht untergraben wollte). 1856 baute Krupp eine Menage für 200 ledige von damals insgesamt 1.000 Belegschaftsmitgliedern und sah sich 1884 gezwungen, zu dekretieren, „daß mit Ausschluß der Facharbeiter alle übrigen, neu einzustellenden Arbeiter, welche nicht bei Eltern, Kindern oder Geschwistern Unterkunft finden und wünschen, nur unter der Bedingung angenommen werden, daß dieselben Menagenmitglieder werden". Die mittlerweile für mindestens 500 Personen Platz bietende Arbeiterwohnkaserne (Menage) war eben auch hier ungemein unbeliebt, nicht zuletzt weil in ihr der

Firma in der Tat ein effektives Aufsichtsrecht über das Privatleben der Insassen möglich wurde. Seit 1861/62 baute Krupp Werkssiedlungen, auf 1870 oder 1873 geht die Kruppsche Krankenanstalt zurück, und seit 1875 betrieb die Firma eine Industrieschule besonders für Mädchen. Geldgeschenke für „langjährig treue Dienste" waren in den großen Unternehmen des dritten Jahrhundertviertels nicht unbekannt. – Schließlich ein drittes Beispiel: Die viel kleinere, 1832 gegründete Friedrich-Wilhelms-Hütte in Mülheim/Ruhr mit 1870 550 Arbeitern besaß seit 1841 eine Kranken- und Unterstützungskasse, seit 1856 eine Hütten-Knappschaftskasse (!), seit 1856 einen Werk-Sparverein, und 1872/73 begann sie mit dem Wohnungsbau. „Neben dem Wunsche, unserm wirklich soliden hier angesessenen Arbeiterstande nur solche Elemente zuzugesellen, welche nach vollbrachtem Tagewerk in einer guten Wohnung bei ihrer Familie den angenehmsten Aufenthalt finden, zwang uns die Sorge um genügende Arbeitskraft für den schwunghaften Betrieb unseres vergrößerten Werkes zu energischem Handeln." 1874, nach Einbruch der Krise stagnierte der Werkswohnungsbau allenthalben, schließlich hörte das Wachstum der Belegschaften für einige Jahre auf und wurde oftmals gar rückläufig.[140]

Die Motive dieser betrieblichen Sozialpolitik waren vielfältig. Neben philanthropisch-humanistisch-religiösen Erwägungen, die jedoch eher in den Entscheidungen von Einzelunternehmern als in den Entscheidungsprozessen der Vorstände von Kapitalgesellschaften wirksam gewesen sein werden, fiel einerseits das betriebswirtschaftlich-personalpolitische Kalkül ins Gewicht, die nötigen Arbeitskräfte zu gewinnen, angesichts erheblicher Fluktuation einen qualifizierten Arbeiterstamm auf Dauer ans Unternehmen zu binden, die leistungsförderliche Loyalität der Beschäftigten zum Unternehmen zu stärken und wohl auch dem Herrschaftsanspruch des Unternehmers im Betrieb zusätzliche Rechtfertigung zu verschaffen. Andererseits zielten manche dieser Einrichtungen auf die Erziehung der Arbeiter zu bürgerlichen Verhaltensweisen, die dem ökonomischen Erfolg des Unternehmens nur indirekt helfen mochten. Und seit den späten 60er und frühen 70er Jahren diente schließlich betriebliche Sozialpolitik – wie bald auch Bismarcks Sozialversicherungsgesetzgebung – als „Palliativmittel gegen die den Unternehmer bedrängende Macht der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften", als „Waffe im Kampf um die Seelen der Arbeiter", auch als Instrument zur Verhinderung von Streiks.[141] Oft richtete man betriebseigene Kassen auch deshalb ein, weil man sonst verpflichtet gewesen wäre, zur Versicherung der Belegschaft in kommunalen und später in staatlichen Kassen beizutragen.

Die tatsächliche Wirkung dieser Maßnahmen läßt sich nicht eindeutig feststellen. Sie erreichten vor allem die länger dem Werk angehörende Stammbelegschaft (mindestens fünf Jahre), zu der eine neue Untersuchung der Hütte Phoenix bei Duisburg in den 60er und frühen 70er Jahren nur jeden dritten bis vierten der jeweils anwesenden Arbeiter zählt.[142] Der Vergleich mit den Bergarbeitern, die mit betrieblichen Sozialleistungen nicht weniger bedacht waren, aber gleichwohl die größten Streiks des Jahrhunderts zustande brachten und erfolgreiche Gewerkschaften aufbauten, legt die Vermutung nahe, daß die notorische

Zurückhaltung der Eisen- und Stahlarbeiter gegenüber Streiks und gewerkschaftlicher Organisation *nicht* oder doch *nicht nur* als Erfolg der unternehmenseigenen „Wohlfahrtseinrichtungen" zu erklären ist. Überhaupt haben diese „Wohlfahrtseinrichtungen" den Ausbruch industrieller Konflikte und den Aufstieg der organisierten Arbeiterschaft nicht verhindert, die ihnen äußerst kritisch gegenüberstand.

Auch die Bismarcksche Sozialversicherung hat ihr wichtiges Nahziel, der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen, nicht erreicht. Dennoch hat sie langfristig zur Integration der Arbeiter in die Gesellschaft des Kaiserreichs erheblich beigetragen.[143] Ähnlich werden die geschilderten und seit den 80er Jahren ausgebauten Maßnahmen betrieblicher Sozialpolitik, zusammen mit anderen Faktoren, langfristig zur Milderung der ansonsten sehr ausgeprägten Fremdheit der Arbeiter in diesen montanindustriellen Großbetrieben, zur Legitimierung der ihnen entgegengebrachten Ansprüche und Zumutungen, zu ihrer Eingliederung in ein sich ständig veränderndes, spannungsreiches, aber eben doch überlebensfähiges System von Arbeit und Herrschaft im Unternehmen beigetragen haben.

e) Die fehlende Grundlage der Solidarität

Die Arbeit im Hüttenwerk war porös, aber ungemein schwer. Nicht selten führte sie an den Rand der physischen Erschöpfung – zu Übermüdung, schmerzenden Muskeln, gesundheitlichen Schäden und Abnutzung überhaupt.[144]. Für zahlreiche der schwereren, relativ gut bezahlten Tätigkeiten konnte man nur Jüngere brauchen; oberhalb des 40. Lebensjahrs wurde der Arbeiter häufig in eine einfachere, schlechtere Tätigkeit abgeschoben, wenn er nicht längst entlassen oder aber in eine Meister-, Aufseher- oder Maschinistenposition aufgestiegen war.

Die Herrschaft im Unternehmen wurde vor allem in Form der Meisterbefehle hautnah erfahren. Denn gerade die mangelnde Systematik der innerbetrieblichen Abläufe gab dem Meister viel Spielraum und Macht. Karl Fischer hat es aus seinem Stahlwerk berichtet: Ob sie mit den Arbeitern gegen die kontrollierenden Buchhalter paktierten, um die Akkorde zu halten, oder ob sie sich eher als Vertreter der Firma fühlten und auf das distanzierende „Sie" gegenüber den Arbeitern Wert legten, um sie besser antreiben und härter kontrollieren zu können, das hing weitgehend von den einzelnen Personen ab, die in schneller Aufeinanderfolge das Werkmeisteramt in der Formerei ausübten. Immer aber galt: „Meisters Wille ist Gottes Wille".[145] Karl Fischer wurde herumkommandiert und fühlte sich so.

Wie vorn beschrieben, gab es Dequalifizierungsprozesse, sich allmählich verschärfende Kontrollen und bisweilen harte Strafen gegen Unpünktlichkeit, Schnapstrinken am Arbeitsplatz, Gehorsamsverweigerung und die Zerstörung von Werkzeugen – ob fahrlässig oder gewollt.[146] Es gab Entlassungen und Lohnreduktionen, wenn der Markt danach war.[147]

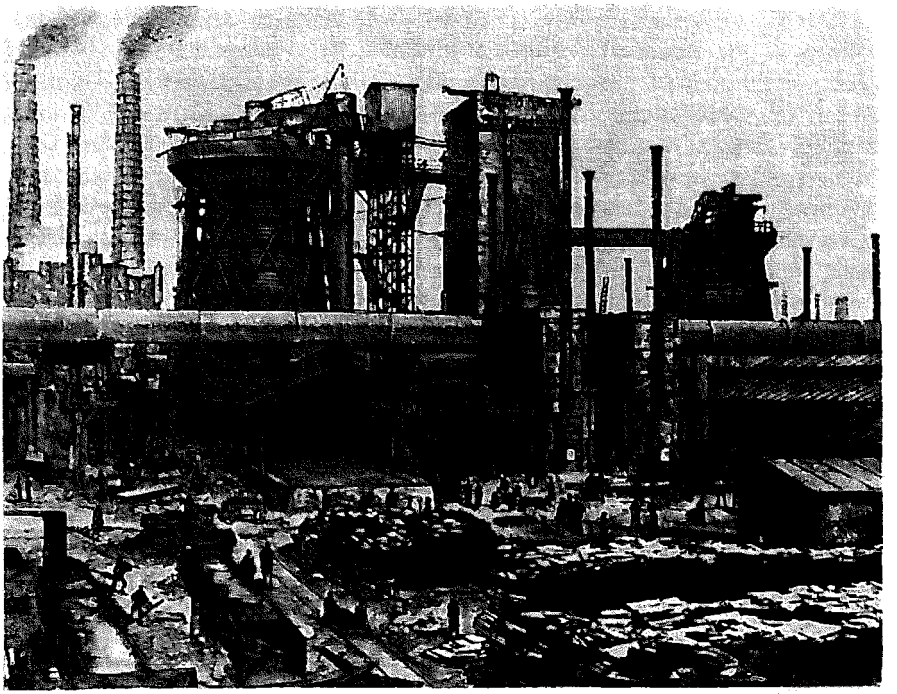
Der Leistungsdruck konnte hoch sein, wie zeitweise für den Former Karl Fischer in der „Steinfabrik" seines Stahlwerks: „[...] hier darf man den ganzen Tag keine Minute versäumen, wenn man zu seinem Gelde kommen will, und ordentlich sprechen kann man hier in dem Staub und Drecke gar nicht, das ist nicht gesund, ich thue den ganzen Tag das Maul nicht auf, wenn ich nicht muß." Der so angesprochene Freund, der ihn am Arbeitsplatz besuchte, beschwor ihn, häufiger wenigstens fünf Minuten lang in der frischen Luft durchzuatmen, er gehe sonst schnell kaputt. Fischer wehrte ab: „in fünf Minuten muß ich beinahe zehn Steine machen", jetzt habe er keine Zeit zur Unterhaltung, der Freund ging verständnislos weg. Fischer kommentierte: „Wer diese Arbeit nicht kennt, der weiß das nicht. Zug muß in der Arbeit sein, und Schlag muß man haben den ganzen Tag, wenn die Steine ordentlich fallen sollen. Aber wenn man darauf vergißt, oder geht davon weg, dann verliert man leicht den Schlag, und hat ihn nicht gleich wieder, wenn man wieder anfängt, und dann fehlen einem Abends die Steine, wiewohl man den ganzen Tag gearbeitet hat. Stets aber weiß man Abends, was man gethan hat und die Arme hängen Einem lang, und es zuckt darin bald hier bald da [...]".[148]

Viel freie Zeit blieb da nicht. Aber zumindest in den neuen Ballungsgebieten hatte auch das Leben vor und nach der Arbeit Abgründiges an sich: die Überfüllung und die schlechte Qualität der Wohnungen, die Unwirtlichkeit der zu schnell expandierenden Städte und ihre Überforderung in bezug auf Infrastruktur und Hygiene, dann die Erfahrung der Entwurzelung und die Knappheit oder doch Unsicherheit des Einkommens.[149]

Andererseits war die Hüttenindustrie im Untersuchungszeitraum und später, anders als der Bergbau, ein Industriezweig ohne viele Streiks und kollektive Proteste, ein Bereich, in dem die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie nur äußerst langsam Fuß fassen konnten. Warum?

Zur Erklärung wird man wohl kaum auf die relativ hohen Hüttenarbeiter-Löhne verweisen können, die seit Mitte der 50er Jahre auch real gestiegen sein dürften und 1870 sogar die ebenfalls hohen Bergarbeiterlöhne hinter sich ließen: Spitzenlöhne einer leutehungrigen Industrie für wenig attraktive Schwerstarbeit, allerdings mit sehr großen unternehmensinternen Unterschieden, die im Untersuchungszeitraum kaum abgenommen haben dürften, weil den geschilderten Nivellierungsprozessen zwischen den Arbeiterkategorien die Differenzierungswirkung der häufiger werdenden Akkordbezahlung innerhalb der einzelnen Tätigkeitsgruppen und manche „künstliche" Management-Entscheidung entgegenwirkten.[150] Angehörige von Berufen, die ein wenig mehr verdienten als der proletarische Durchschnitt, ließen sich dadurch in der Regel nicht von kollektiven Protesten abhalten. Es waren nie die allerärmsten Arbeiterkategorien, die es schafften, sich zu artikulieren und zu organisieren.[151]

Entscheidend war vielmehr – neben der großen Macht der Arbeitgeber in jenen Riesenunternehmen – *zum einen* das soziale Profil der Hüttenarbeiter. Die meisten von ihnen kamen vom Land. Ihre allgemeine Schulbildung war vermutlich gering. Spezialisierte berufliche Ausbildung fehlte; als Knechte, Kleinbauern, Heimarbeiter und Tagelöhner hatten sich die meisten von ihnen durchge-



Königshütte in Oberschlesien – die Hochofenanlage. Holzstich um 1870

bracht, oder sie waren als Handwerker gescheitert. Übung im kollektiven Verhalten auf beruflicher Basis besaßen sie nicht. Viele – so lautet der Bericht über die Verhältnisse beim Bochumer Verein in den 50er Jahren – „kamen für die Sommermonate auf die Fabrik und gingen im Winter, wenn auch in der Industrie eine stillere Zeit einsetzte, in ihre Heimat zurück".[152] Das Muster erinnert an die landwirtschaftlichen Wanderarbeiter[153], nur daß man nicht zur Getreide- und Rübenernte ging und den Sommer hindurch nicht in Schnitter-Kasernen übernachtete, sondern im Industriewerk anschaffte und in dem „Arbeiterkosthaus", in der Menage, oder als Kostgänger wohnte. Der Übergang vom Land zur Fabrik war fließend. Nicht nur bei diesen Saisonarbeitern blieb ein Stück der ländlichen Bindung erhalten, man konnte zurück, wenn man in der Krise den Job verlor oder im Alter an Leistungskraft nachließ. Wer aus dieser Umgebung kam, hatte keine hohen Ansprüche an Arbeit und Leben, war härteste Arbeit gewöhnt, ließ sich vieles zumuten und zog sich im Konflikt lieber zurück, anstatt sich am neuen Ort festzukrallen, einzugraben und – zusammen mit anderen – zu artikulieren.[154]

Diese ländlich-landwirtschaftliche Bindung mochte die Mehrheit der Hüttenleute mit der Mehrheit der Bergleute teilen, in jenem expansiven dritten Viertel des 19. Jahrhunderts mit seinen massenhaften Land-Stadt-Wanderungen. Bei den Hüttenarbeitern kam aber *zweitens* dazu – und dies unterschied sie von den Bergarbeitern –, daß die Arbeitserfahrung im Werk sie eher diffundierte. Denn

mit seinem funktional höchst differenzierten, hierarchisch fein gegliederten, aufgrund sich jagender technisch-organisatorischer Innovation ständig im Wandel befindlichen System von Arbeitsplätzen unterschied sich die Eisen- und Stahlindustrie gründlich vom Bergbau mit seiner relativ homogenen, relativ stabilen und abgeschiedenen Arbeitsplätzestruktur. Dieses engmaschig ausdifferenzierte, mobile System von Arbeitsplätzen begünstigte weder die Identifikation der Arbeiter mit ihren Berufen; dafür war es zu aufgesplittert, und dafür fluktuierten die meisten zu sehr. Noch begünstigte es die Identifikation mit der Arbeiterschaft des Werks insgesamt; denn dafür gab es zu viele Möglichkeiten des Ausweichens, auch die kleinen „Karrieren", die aus gewerkschaftlicher Sicht so sehr störten;[155] und dafür waren die Arbeitserfahrungen viel zu heterogen und schlichtweg trennend.

Zur Bestätigung lese man wiederum Karl Fischers Autobiographie. Es fällt auf, wie wenig er von dem weitläufigen, komplexen Stahlwerk kannte und verstand, in dem er jahrelang als Hilfsarbeiter und Former arbeitete.[156] Aus seiner Sicht wirkte es fremd, unwirtlich, fast ein wenig chaotisch, ja wunderlich. Nur die nächsten Arbeitskollegen gerieten in den Blick dieses angelernten Arbeiters, der vorher als Bursche in einer Wagenfett-Fabrik, dann als Eisenbahnbauarbeiter tätig gewesen war und auch das Obdachlosenleben kennengelernt hatte. Das – offenbar seltene – Zusammentreffen mit Arbeitern anderer Abteilungen wird zum Erlebnis der Differenz:

> „Wir Former und Tagelöhner waren die verachtetsten Arbeiter auf dem Werke, und die Schlosser nebst anderen Vornehmgesinnten nannten uns höhnisch ‚Pottbäcker' und die Steinfabrik ‚Pottbäckerih' [...] Und wenn Zahlung war, dann wurde in der Pförtnerbude, wo Alles durchmußte, ausbezahlt, [...] und wenn ein Meister mit seinen Leuten kam, dann trat er an die Thür und meldete sich [...] Da kamen wir einmal zur Zahlung und kamen grade recht, denn eben war ein Meister mit seinen Leuten abgefertigt, da konnten wir alle gleich direkt in die Pförtnerbude hinein und unser Meister trat an die Thür und meldete sich, da stellte der Kassirer unsern Geldkasten parat, und der Rechnungsführer, der hinter ihm am Tische saß und statt unserer quittirte, der suchte unsere Liste hervor. Aber der Kassirer hatte das Auszahlen noch nicht begonnen, da kam der Obermeister aus der mechanischen Werkstatt mit seinen Leuten, und drängte sich gleich an die Thür und verdrängte unsern Meister, und als dieser ein wenig feststehen wollte, da fragte er ihn stolz: ‚Kommt die Steinfabrik vor der mechanischen Werkstatt?' Das genügte, daß unser Meister zur Seite trat, da mußten wir wieder aus der Bude heraus, damit die Schlosser hineinkonnten. Da beklagte sich am andern Morgen der Meister gegen uns, aber die Leute trösteten ihn, und der eine sagte: der Obermeister käme sonst zu spät in die Gesellschaft, und der andere sagte: ‚Die Schlosser haben mehr Hunger wie wir'."[157]

Sicher gab es die Identifikation mit der eigenen Abteilung und Stolz auf den Vollzug der schwierigen, harten Arbeit, an der man beteiligt war. Gegebenenfalls entstand auch Loyalität mit der eigenen Firma, wie z. B. bei Krupp.[158] Aber diese Arbeitswelt war fragmentiert und hierarchisiert, hochgradig arbeitsteilig, unüberschaubar und ständig im Fluß. Den meisten fehlte es an gemeinsamen

beruflichen Qualifikationen oder gar berufsständischen Traditionen, die zur Grundlage von Vergesellschaftung hätten werden können. Die gemeinsame Abhängigkeit von ein und derselben Unternehmensleitung (die im Großbetrieb selbst schon arbeitsteilig aufgespalten war), der gemeinsame Status als Lohnarbeiter in ein und demselben Großunternehmen – das reichte offenbar nicht, um jene Basis-Gemeinsamkeit zu konstituieren, die man braucht, um kollektiv handlungsfähig zu sein wie die meisten Handwerksgesellen, die Buchdrucker, die Bergarbeiter und andere. Im Konfliktfall reagierte man nicht solidarisch.

Eher ging man weg. In den 60er und 70er Jahren schwankten die Fluktuationsraten in der Phoenix-Hütte zwischen 30 und 77 %, d. h. auf 100 Belegschaftsangehörige kamen zwischen 30 und 77 Austritte, meistens „auf eigenen Wunsch", teilweise nach Kündigung durch die Direktion oder als einfaches Wegbleiben. Diese hohe, in der folgenden Krisenzeit stark rückläufige, seit den 80er Jahren wieder anschwellende Fluktuation hatte viele verschiedene Gründe, die sich nur schwer auseinanderdividieren lassen. Oft ging man, weil man sich anderswo mehr erhoffte, etwa um im Konkurrenzwerk als 2. Konvertermann eingestellt zu werden, während man bisher nur 3. Konvertermann gewesen war. Aber oft ging man auch, weil man es nicht aushielt. Viele kamen, probierten es einige Tage oder Wochen lang aus und wanderten weiter. Andere lösten so ihren Konflikt mit Meister und Management.[159]

Als Karl Fischer nach 16 Jahren im Stahlwerk das Reißen in den Armen hatte und „es den jungen Kerls mit der Schnelligkeit nicht mehr gleichthun" konnte, vom Meister immer schlechtere Akkorde erhielt oder auf den noch schlechteren Tagelohn gesetzt wurde und sich von zwei jungen, frischen Kollegen abgehängt und übervorteilt sah, da sagte er dem Meister einmal ordentlich Bescheid, „überlaut und nicht im Guten". Es half nicht. „Da hatte ich [...] nichts mehr verdient als das Kostgeld und war ganz heruntergekommen, denn ich hatte mir nichts mehr anschaffen können und das Fußwerk war hin und Hemden und Strümpfe in Fetzen. Da war die Zeit ganz ohne Zweifel da, daß ich kaput gehn sollte." Es fehlte ihm das Geld für die Steuer. „Da kam ich mir vor wie Daniel in der Löwengrube und wußte mir nicht zu helfen, da schrie ich zum Herrn, aber der Herr hörte mich nicht. Da arbeitete ich trostlos noch ein Woche weiter bis Sonnabend, wo es wieder Geld gab, aber das langte eben zum Kostgeld und ich konnte die Steuer noch nicht bezahlen." Als er schließlich den Meister bedrohte und, nicht ohne kernige Bibelsprüche, anschrie, erhielt er die Kündigung, unterschrieben vom Direktor Boos, was Fischer sehr irritierte, denn den kannte er – nach 16 Jahren! – ebensowenig wie den Bürobereich überhaupt, und er hatte geglaubt, es allein mit dem Meister abmachen zu müssen, den er verabscheute, aber kannte. Nun wollte er den Direktor zur Rede stellen, mit ihm „abrechnen". Erstmals nach 16 Jahren geriet er in den Bürobereich, in dem er sich nicht zurechtfand, völlig allein. Irgendein Angestellter kam. „Der konnte es ebensogut sein wie Herr Boos, der gehörte ja auch mit dazu [...]". Völlig Objekt der Verhältnisse, hilflos drohend, desorientiert und verletzt, laut brüllend und schimpfend verließ Fischer das Hauptbürogebäude und ging.

Ein paar nahebei beschäftigte Maurer hatten ihm zugehört. „[...] Jedesmal,

wenn ich ein Kraftwort nach dem Fenster hinüberrief, und nach jedem Satzschluß stießen sie immer einen tiefen, aber ganz kurzen Laut aus, der Ho oder Hau klang und klappten dabei jedesmal mit einem Backstein oder mit dem Hammer auf dem Pfeiler auf, und thaten das Alles, während sie fleißig arbeiteten und ohne nach mir hinzusehn. Das war mein Abschied vom Stahlwerk, und hat mich gefreut, daß mir die Maurer noch zuallerletzt zum Abschied haben Beifall gegeben".[160] Mehr Solidarität gab es nicht.

5. Handwerker in der Fabrik: die Industrialisierung des Maschinenbaus

a) Wachstum

Im vorangehenden Abschnitt über die Eisen- und Stahlindustrie wurde *ein Typus* von Fabrikarbeitern vorgestellt: eine rasch wachsende Kategorie vornehmlich an- und ungelernter Arbeiter ohne handwerklich-zünftige Tradition, von ländlicher, oft landwirtschaftlicher Herkunft und mit fortdauernder Verbindung zu diesem Milieu, geprägt durch eine zunehmend großbetriebliche, sehr arbeitsteilige Situation, bestimmt durch sich rasch ändernde Technologien, bei denen Apparaturen für chemische und thermische Verfahren wichtiger waren als Werkzeugmaschinen, sehr viel Platz für nicht-mechanisierte Tätigkeiten blieb und höchste Anforderungen an die physische Leistungsfähigkeit gestellt wurden. Fast ausnahmslos handelte es sich um Männer.[161] Zwar ragten die großen Eisen- und Stahlunternehmen mit ihren Hammerwerken und ihrer oftmals angegliederten Schwermaschinenproduktion in den Bereich des Maschinenbaus hinein, und für die größeren Maschinenbauanstalten der Industriellen Revolution war es üblich, eigene Gießereien zu betreiben. Insofern verfloß die Grenze zwischen Metallproduktion und Metallverarbeitung. Trotzdem repräsentieren die Beschäftigten der Maschinenbauanstalten einen *zweiten Typus* der damaligen Fabrikarbeiterschaft, der jetzt vorgestellt werden soll.

Gemeint sind nicht alle Arbeiter der Abteilungen „Metallverarbeitung" und „Maschinen-, Werkzeug- und Instrumenten-Industrie", die zusammengenommen 1861 ca. 500.000, 1875 fast 700.000 Personen beschäftigten. In diesen Zahlen sind die vielen Beschäftigten der Metallhandwerksbetriebe und der Metallheimgewerbebetriebe enthalten, die bereits behandelt wurden und der Fabrikarbeiterschaft nicht zuzurechnen sind.[162] Gemeint sind auch nicht alle 312.000 (1875) Beschäftigten dieser beiden Abteilungen, soweit sie Betrieben mit mehr als fünf Beschäftigten angehörten.[163] Denn zu diesen Abteilungen rechneten sehr verschiedene Sparten – von der Gold- und Silberverarbeitung über die Uhrmacherei und die Musikinstrumentenherstellung bis zu der Stellmacherei, der Waffenherstellung und dem Maschinenbau. Und sehr oft fanden diese Gewerbe in kleinen Werkstätten mit etwa zehn Beschäftigten ohne Maschinen statt, die bestenfalls als Manufakturen, wenn nicht gar als größere Handwerksbetriebe zu gelten hatten.[164]

Vielmehr konzentrieren wir uns im Folgenden auf den Maschinenbau, auf Betriebe, die Dampfmaschinen, Lokomotiven, Waggons und sonstiges Eisenbahnmaterial, Werkzeugmaschinen aller Art für die entstehende Industrie – zunächst vor allem für die Textil-, später vor allem für die Schwerindustrie und die Maschinenfabriken selbst –, landwirtschaftliche Maschinen, Pressen, Walzen,

Mühlen, Pumpen und ähnliche Produkte herstellten. Zwar gab es auch in dieser Sparte viele größere Handwerksbetriebe und Manufakturen, vor allem auch zahlreiche Mischformen und Übergänge, aber im dritten Jahrhundertviertel setzte sich – nach Anfängen im Vormärz – eindeutig die Fabrik durch. Im Zollverein beschäftigte schon 1846/47 jede der insgesamt 423 Maschinenbauanstalten – Manufakturen und Fabriken – im Durchschnitt knapp 30 Personen. Die meisten zählten zwischen 11 und 50 Beschäftigten, doch immerhin ergab eine Stichprobe für Preußen, daß von 38 ausgewählten Firmen schon 14 mehr als 100 Personen beschäftigten. Zwar wuchsen die meisten Maschinenbauanstalten des Vormärz nur allmählich aus Handwerksbetrieben hervor; andere lösten sich von Textil- und Hüttenwerken, als deren Anhängsel sie entstanden waren. Und für den ganzen Untersuchungszeitraum bleibt es schwierig, die Maschinenfabriken und -manufakturen („Anstalten") von den immer neu entstehenden, zahlreichen einschlägigen Handwerks- und Heimgewerbebetrieben statistisch zu trennen. Aber einige Maschinenbauanstalten jener Zeit wurden sofort als große Manufakturen oder Fabriken gegründet, so etwa 1844 die Maschinenfabrik Esslingen als Aktiengesellschaft mit 450 Arbeitern. Zwischen 1849 und 1871 scheint sich die durchschnittliche Belegschaftsgröße der Maschinenbauanstalten mehr als verdoppelt zu haben. Die größten wie Cramer-Klett in Stuttgart, später ein Teil von MAN, R. Hartmann in Chemnitz und G. Egestorff in Hannover zählten Anfang der 70er Jahre über 3.000 Beschäftigte. Die große Mehrheit der Arbeiter dieser Branche – ca. 90% – gehörte Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten an, knapp 50% der Größenordnung zwischen 100 und 800. Einfache und komplizierte Werkzeugmaschinen gehörten in den 40er Jahren vereinzelt, seit den 50er/60er Jahren in großer Zahl zur Regelausstattung all dieser Unternehmen. In den 50er Jahren verfügten die meisten, in den 70er Jahren so gut wie alle von ihnen über Dampfmaschinen. Es waren Fabriken.[165]

Vor allem von Eisenbahnen und Fabriken erhielt der Maschinenbau seine Aufträge. Damit war er *die* Produktionsgüterindustrie der Industriellen Revolution und gleichzeitig einer ihrer Motoren. Vom Beginn des Jahrhunderts bis in die 30er Jahre blieb die Zahl der größeren Betriebe sehr begrenzt, das Handwerk beherrschte das Feld. Aber seit den 30er/40er Jahren schlug sich die Industrialisierung in der rasanten Expansion der Maschinenbauindustrie unmittelbar nieder. Seit Mitte der 30er Jahre übertraf zudem der Export den Import von Maschinen, Apparaten und Instrumenten. Von Mitte der 40er bis Anfang der 70er Jahre hat sich die Zahl der Maschinenbauanstalten in etwa vervierfacht und die Menge der in ihnen beschäftigten Arbeiter ungefähr verzehnfacht: von ca. 12.500 (1846/47 im Zollverein) über gut 51.000 (1861 im Zollverein) auf 130.000 (1875 im Deutschen Reich).[166] Keine andere Branche wuchs ähnlich schnell.

b) Vormärz

Sieht man von den größten und modernsten Betrieben zunächst einmal ab, stellten die meisten Maschinenbauanstalten im Vormärz eine Mischung aus Manufaktur und Fabrik dar. Zwar bediente man sich schon oft aus England bezogener, zunehmend selbstverfertigter, nicht spezialisierter Werkzeugmaschinen vor allem zum Drehen, Bohren und Hobeln, oft auch schon der Dampfkraft, aber das meiste geschah noch mit der Hand, mit Hammer, Meißel und Feile. Qualifizierte, nicht allzu spezialisierte, zusammengesetzte Tätigkeiten mit viel Dispositionsfreiheit für die Arbeiter herrschten vor, obgleich im Rahmen geregelter, durch das Unternehmen vorgegebener, vom Werkmeister überwachter Kooperation und unter Beteiligung zahlreicher Berufe, also in klarem Unterschied zum Handwerksbetrieb. Die Produktion war vornehmlich Kundenproduktion. So wie die meisten Maschinenbauunternehmer selbst aus dem Handwerk aufgestiegen waren, so wurde die große Mehrzahl der Arbeiter dieser Anstalten aus der Handwerkerschaft rekrutiert. Sei es, daß sie durch die hohen Löhne und das beträchtliche Ansehen der leutehungrigen Manufakturen und Fabriken angezogen, sei es, daß sie durch die prekäre Situation ihres überfüllten Handwerks getrieben wurden, jedenfalls herrschten ehemals kleinbetrieblich sozialisierte, oft noch zünftig geprägte Gesellen und Meister in jenen frühen Maschinenbauanstalten vor. Vor allem kamen sie aus den metall- und holzbearbeitenden Handwerken, aber eben auch aus zahlreichen anderen. Die erste, von einem Müller gegründete und geleitete Nürnberger Maschinenfabrik beschäftigte 1827 21 Personen: einen Rechnungsführer, einen Zeichner, drei Schlossergesellen, zwei Zeugschmiede, sechs Zimmerleute, sechs Schreiner sowie zwei Mühlburschen.[167] Und 1847 generalisierte ein aus Berlin nach Chemnitz wandernder Fabrikschlosser:

> „Die Arbeiter auf Maschinenfabriken teilen sich in drei Klassen, und zwar besteht die erste Klasse aus denen, welche durch ihre Profession auf den Maschinenfabriken unentbehrlich sind (Schmiede, Schlosser, Zeugschmiede, Drechsler und Tischler); in die zweite Klasse rechne ich alle die, welche keiner solchen Profession angehören, sondern einer anderen, die sich auf die Fabrik begaben, wo sie durch günstige Umstände, durch Emsigkeit und Talent sich eine Geschicklichkeit erwarben, die ihnen eine ehrenwerte Existenz sichert. Sie nennen sich Maschinenbauer und finden zwischen sich und der ersten Klasse keinen Unterschied, da ihrer Meinung nach ein Schlosser oder Tischler ebensowenig auf die Fabrik gehört als ein Müller oder Strumpfwirker. Es gibt in dieser Klasse Leute aus allen Professionen: Müller, Formstecher, Spinner, Drucker, Bäcker, Fleischer, Weber, Strumpfwirker u.s.w., die sich meistens an der Drehbank befinden, zuweilen am Schraubstock und der Hobelbank, seltener am Feuer. Die dritte Klasse bilden endlich die Handarbeiter und Tagelöhner, die, wenn auch nicht die zahlreichsten, doch die ärmsten sind."[168]

Wer der ersten Kategorie angehörte, konnte nach relativ kurzer Anlernzeit seine bisher im Handwerksbetrieb ausgeübte Tätigkeit in neuer Umgebung und mit leichten Modifikationen fortsetzen. Angehörige der zweiten Kategorie hatten umzulernen, doch wurde ihnen das durch ihre bisherige handwerkliche Qualifikation ebenso erleichtert wie durch die Überzeugung, daß sie dadurch an Qualifi-

kation und Status nicht verloren. Die dritte Kategorie – ehemalige Dienstboten, Knechte, Tagelöhner, Heimarbeiter u. a., nach Verdienst, Ansehen und Ersetzbarkeit klar unterlegen und von den Arbeitern der ersten beiden Kategorien nicht als Kollegen akzeptiert – blieb in der Minderheit. Selbst in den größten Maschinenfabriken der Zeit verblieb ihr Anteil, wie es scheint, unter 25%.[169] Diese ungelernte Minderheit kam durchweg aus der nächsten Umgebung und zwar meistens vom Land; unter den qualifizierten Arbeitern der ersten und zweiten Kategorie kam Fernwanderung vor, anfangs sogar aus dem weiter entwickelten westeuropäischen Ausland.[170]

Wenn man die Vielfalt der in den Maschinenbauanstalten versammelten Berufe und Qualifikationen bedenkt und hinzunimmt, daß oft die Arbeiter, gleich welche Qualifikation sie mitbrachten, zunächst schlechter bezahlte Anlernphasen durchzustehen hatten[171], daß Alter und Betriebszugehörigkeit die Lohnbemessung beeinflußten und die schon im Vormärz nicht ganz fehlende Akkordbezahlung weitere auftrags- und leistungsbezogene Differenzierungen hinzufügte, dann wird man sich nicht wundern, daß die Lohndifferenzen in jenen frühen Maschinenbauunternehmen äußerst ausgeprägt waren und mit zunehmender Arbeitsteilung bzw. zunehmender Betriebsgröße zunächst noch zunahmen. Der Wochenlohn des bestbezahlten Kesselschmieds oder Modellschreiners und der Wochenlohn des niedrigsten Arbeitsburschen mochten sich wie 6:1 oder gar wie 9:1 zueinander verhalten. Solche „Lohnfächer" waren üblich, wenn sie auch in jedem Unternehmen etwas anders aussahen. Auch ist zu bedenken, daß die meisten Arbeiter mit ihrem Lohn in der unteren Hälfte der Skala rangierten, und daß es auch gleichmäßiger bezahlte Belegschaften gab.[172]

Die geschilderten Verhältnisse blieben grundsätzlich auch im dritten Jahrhundertviertel erhalten. Denn trotz des ungestümen Wachstums jener Jahrzehnte blieb der technologisch-organisatorische Wandel der Branche begrenzt. Die rasanten, ständigen, die Arbeitsverhältnisse durcheinanderwirbelnden und herkömmliche Berufsbilder auflösenden Umstrukturierungen, wie sie für die zeitgenössische Eisen- und Stahlindustrie kennzeichnend waren, fanden jedenfalls bis 1875 im Maschinenbau keine volle Entsprechung. Woran es auch lag: Die qualifizierten Arbeiten in diesem Bereich ließen sich mit den Mitteln der Zeit nur bis zu einem gewissen Punkt aufspalten, maschinisieren und reorganisieren. Im ganzen 19. Jahrhundert – und auf jeden Fall in seinem dritten Viertel – blieb der Maschinenbau das Reich der mehr oder weniger qualifizierten Industriehandwerker. Dies galt selbstverständlich für die vielen, in den 60er und 70er Jahren neu entstehenden, zunächst meist sehr kleinen Betriebe,[173] Mit Einschränkungen galt es aber auch für die Riesenbetriebe der Branche mit ihren mehreren tausend Beschäftigten. Aber eben nur mit Einschränkungen. Denn, blickt man genauer hin, zeigen sich doch Strukturveränderungen, die die Arbeitsverhältnisse und Arbeitserfahrungen der Maschinenbauarbeiter unmittelbar betrafen. Sie begannen schon in den großen Werken des Vormärz und setzten sich im dritten Jahrhundertviertel beschleunigt fort.

Grob vereinfacht, gliederte sich der Arbeitsprozeß in den Maschinenbauanstalten in drei Schritte. 1. Es begann mit der spanlosen Formung des Werkstücks

in der *Gießerei*. Die meist harte Arbeit der hier angestellten Former, Eisengießer, Schmelzer, Kernmacher und Gußputzer glich der in den entsprechenden Abteilungen der Stahlwerke. Die der Former war hochqualifiziert und schwierig, sie leiteten die kolonnenförmigen, oft im Gruppenakkord stehenden Teams, die anderen übten an- oder ungelernte Tätigkeiten aus. Die Arbeit der Gießerei wurde aus der *Modelltischlerei* gelenkt, die sich in den größeren Werken als kleine, höchst qualifizierte, selbständige Abteilung herauskristallisierte. Manche Anstalten ersparten sich das Gießen und bezogen ihre Gußstücke und andere Halbfabrikate aus nahe gelegenen Hüttenwerken oder Gießereien. Das Rohmaterial mochte aber auch in der fabrikeigenen *Schmiede* geformt werden, statt in der Gießerei oder im Anschluß an diese. Hier war große Geschicklichkeit gefordert, herkömmliche Handwerksfertigkeiten herrschten vor, Schirrmeister und Zuschläger arbeiteten ebenso in Gruppen zusammen wie nach Einführung des Dampfhammers der Hammerführer, die Schweißer und Hilfsarbeiter. In der Modelltischlerei waren 1 bis 4 %, in den Gießereien um 10 % und in den Schmieden zwischen 20 und 30 % der Belegschaften beschäftigt. – 2. Dann wanderte das Werkstück in die *Mechanischen Werkstätten*, in denen der Großteil der Belegschaften arbeitete. Hier herrschte das spanabhebende Formen mit Hilfe von Hobel- und Fräsbänken, Bohr- und Drehmaschinen vor. Die hier beschäftigten Dreher, Schlosser und Maschinenbauer leisteten sehr verschiedenartige, zunehmend maschinengesteuerte Arbeiten, zum Teil hochqualifiziert (so vor allem die Dreher), doch von den herkömmlichen Praktiken der Metallhandwerke deutlich unterschieden und schon deshalb in der Fabrik selbst erst angelernt – meist allerdings auf der Grundlage vorausgehender Handwerkslehre. In den Mechanischen Werkstätten herrschte Einzelarbeit vor. – 3. Die bearbeiteten Maschinenteile und andere Werkstücke wurden in den *Montageabteilungen* bzw. in den für die Fertigstellung der einzelnen Produkte (Lokomotiven, Textilmaschinen, Werkzeugmaschinen etc.) zuständigen Werkstätten nachgearbeitet und zusammengesetzt. – Diese in sich sehr differenzierte, von Fall zu Fall variierte Dreierstruktur und damit die Gliederung in hintereinandergeschaltete Werkstätten in separaten Räumen, jeweils unter Leitung eines Werkmeisters oder später eines Werkstattdirektors, schälte sich in den großen Werken immer klarer heraus, in den fünfziger Jahren war sie voll ausgebildet.[174]

c) Ansätze zur „Massenfabrikation" nach 1850

Mit der Intensivierung der Nachfrage wurde die bis dahin vorherrschende Produktion nach Auftrag immer mehr durch Produktion auf Lager ergänzt. Immer mehr Unternehmer bemühten sich um eine partielle Standardisierung ihrer bis dahin höchst individualisierten Produkte und um die Verwendung austauschbarer Teile, denn nur so wurde es möglich, die ökonomischen Vorteile der sich nun durchsetzenden *spezialisierten* Werkzeugmaschinen auszunutzen. Deren Einsatz setzte aber fortgeschrittene Arbeitsteilung voraus und damit eine kritische Masse



Schlosserwerkstatt. Kolorierte Federlithographie um 1870

von Produkten und Herstellungsvorgängen ein und derselben Art, die in großen Betrieben eher erreichbar war als in den kleinen. So griffen Veränderungen des Marktes, Wachstum der Unternehmen, deren Ausdifferenzierung im Innern und Maschinisierung ineinander. Sie trieben sich gegenseitig voran.

Von der Notwendigkeit, zur „detaillierten Massenproduktion" überzugehen, war bei Cramer-Klett in Stuttgart schon 1857 die Rede. Vergleichsweise spät begann Werner Siemens von der „Massenfabrikation" zu schwärmen, als er um 1870 nach dem Vorbild des Berliner Nähmaschinenfabrikanten Loewe seine Telegraphen- und Apparateproduktion auf Serienfertigung umzustellen versuchte, um aus den USA bezogene Fräs-, Bohr- und Hobelmaschinen einsetzen, damit den drückenden Arbeitermangel lindern und in der weltweiten Konkurrenz besser bestehen zu können. Das aber hatte Konsequenzen für die Organisation der Werkstätten und des Unternehmens überhaupt. Wie es ein beteiligter Meister in der Rückschau kommentierte: „Mit der Einführung der Maschine war es natürlich auch nicht getan; diejenigen bislang hauptsächlich mit der Hand fabrizierten Apparate, die jetzt durch Maschinen hergestellt werden sollten, mußten für die Massenfabrikation umkonstruiert werden." Die herkömmlichen „Mechanicus-Konstruktionen", die in den Werkstätten von Arbeitern und Meistern, zum Teil unter Mithilfe des Fabrikanten, selbst angefertigt und meist improvisiert worden waren, hatten sich überlebt: Ein selbständiges Konstruktionsbüro wurde errichtet und mit einem akademisch qualifizierten Konstrukteur, dem bald zusätzliche

Zeichner halfen, besetzt. „Wir verwenden jetzt viel auf gute Konstruktion", schrieb Werner Siemens. „Unser Bestreben geht dahin, Normal-Konstruktionen einzuführen, welche dann billig fabriziert werden können und uns so die Konkurrenz erleichtern." Diesen ersten Schritt vom primär empirisch begründeten zum wissenschaftlich durchdrungenen und systematisch gesteuerten Maschinenbau vollzogen die großen deutschen Unternehmen schon in den 50er Jahren, früher als die englischen Konkurrenten, die so lange als Vorbild und Lehrmeister gegolten hatten.[175]

An den Arbeitsvollzügen in der Gießerei und der Modelltischlerei änderte sich – bis in die 80er/90er Jahre – wenig. Die Montage selbst blieb hochqualifizierte Handarbeit; ihr und der Monteure Stellenwert wuchs, je arbeitsteiliger die Produktion organisiert war. Auch bei den Schmieden änderte sich nur wenig. Aber in den Mechanischen Werkstätten bzw. in den Werkstätten für die einzelnen Produkte, in den Arbeitsbereichen der zahlreichen Schlosser, Dreher, Hobler, Fräser u.a. setzten sich spezialisierte Werkzeugmaschinen durch und zwar in Form ganzer Maschinensysteme. Die Dampfkraft wurde zur Regel, Treibriemen zerschnitten die Säle. Der Lärm nahm zu. Um ein Beispiel zu nennen: 1861/62 beschäftigte die mittelgroße Berliner Maschinenfabrik Wohlert zwar nur 340 bis 380 Arbeitskräfte, aber sie hatte 237 Werkzeugmaschinen aufgestellt, 4 Dampfmaschinen und 5 Dampfhämmer, 23 Hebevorrichtungen und Pressen.[176] Insgesamt verlor der Werkstattbereich – Arbeiter und Werkmeister gemeinsam – an Eigenständigkeit und Kompetenz, und zwar zugunsten der neu entstehenden, von Angestellten besetzten Konstruktions- und Büroabteilungen. Mit der Arbeitsteiligkeit und Teilmaschinisierung der Produktion wuchs das Bedürfnis nach ihrer planvollen Koordination und systematischen Leitung. Die Verwissenschaftlichung der Produktion begann. Die Trennung von Leitung und Ausführung der Arbeit schritt voran.[177]

Mit dieser Teilmaschinisierung ihrer Produktion nahmen die Unternehmensleitungen neue ökonomische Chancen wahr. Unter Konkurrenzbedingungen blieb ihnen auch kaum etwas anderes übrig. Zugleich reagierten sie damit auf das sie in der Expansion und Aufstiegsphase der 60er und frühen 70er Jahre bedrängende Problem des Mangels an qualifizierten Arbeitern. „Wir haben jetzt leere Säle in Menge", schrieb Siemens 1873, „können aber keine Arbeiter zu ihrer Besetzung bekommen". Und die Löhne stiegen. Zugleich fühlte er sich durch Arbeiterforderungen und Streiks bedroht. Die Berliner Metallindustriellen organisierten 1872 eine erste Arbeitgebervereinigung. Man wollte sich nicht „durch brutale Gewaltmanöver zu unbilligen [...] Konzessionen drängen lassen". „Um auch mit schlechten Arbeitern gute Sachen machen zu können" (1872), um sich aus der Abhängigkeit von den knappen qualifizierten Arbeitern und ihren Forderungen zu befreien, trieben Siemens und sicher auch andere Unternehmer die Maschinisierung voran.[178] Die Maschinisierung war also *auch* eine unternehmerische Strategie in der sich allmählich aufladenden Auseinandersetzung zwischen Fabrikanten und Arbeiterschaft.

Umgekehrt blieb sie nicht ohne Auswirkungen auf dieses Verhältnis. In einzelnen Fällen stieß sie auf Widerstand. Bei Siemens wurden die neuen Maschinen



Der Mechaniker und spätere Nähmaschinenfabrikant G. M. Pfaff in patriarchalischer Haltung im Kreis seiner – offensichtlich noch sehr jungen – Mitarbeiter um 1865

1872 in einer neuen Abteilung unter einem neuen Meister aufgestellt, im sog. „amerikanischen Saal". Ein Arbeiter hatte dort zwei bis drei Maschinen zu bedienen. Ein beteiligter Meister berichtete: „Da man für die Maschinen meist gewöhnliche Arbeiter – wenn möglich natürlich von den alten – anlernen mußte und diese dann durchweg im Akkord beschäftigt wurden, so bildete der sog. amerikanische Saal bald einen starken sozialistischen Angriffspunkt. Die starke Arbeitsbeschleunigung paßte eben den Leuten nicht. Es hat lange gedauert, ehe sich die alten Handwerker der Werkstatt damit abfanden".[179]

Doch bleibt unklar, wie häufig solche Spannungssituationen auftraten. Denn es gab starke Faktoren, die ihrer Ausprägung entgegenwirkten, vor allem das rasante Wachstum der Branche, die schnelle Vermehrung der im Maschinenbau zu besetzenden Arbeitsplätze, die durch die damalige Teil-Maschinisierung offensichtlich zwar verändert, aber noch kaum vernichtet wurden.[180] In dieser Situation konnten die neuen, im Vergleich zu früher leicht abgewerteten, stärker fremdbestimmten und eingeengten Arbeitsplätze an den spezialisierten Maschinen mit neu rekrutierten Anfängern besetzt werden, von denen ein zunehmender Anteil nicht aus den hochqualifizierten Handwerksbereichen kam, sondern aus niedergehenden Handwerken und überhaupt aus weniger anspruchs- und erwartungsvollen Milieus, aus den notleidenden Textilgewerben z. B. und aus den son-

stigen Unterschichten. Dieser Typus von Neuankömmlingen hatte sehr wenig dagegen einzuwenden, als Maschinenarbeiter angelernt zu werden, zumal in den Mechanischen Werkstätten dieser Unternehmen die Schlosser, Dreher und anderen Arbeiter den Rhythmus der Maschinen noch weitgehend selber bestimmten und ihnen nicht so untergeordnet waren wie viele Arbeiter im Textilbereich.[181] So stellten viele dieser neuen Arbeitsplätze trotz (und auch: wegen) ihrer engen Verbindung zu komplizierten Maschinen ausgeprägte Anforderungen an die Geschicklichkeit und die Verantwortlichkeit der an ihnen arbeitenden Personen. Auch das mag die beobachtbare Länge der Anlernzeit von bis zu zwei Jahren miterklären und den vergleichsweise hohen Verdienst, den die so angelernten Maschinenbauer später erreichten, zumal in dem Jahrzehnt bis 1875, in dem die Geldeinnahmen der Arbeiter schneller wuchsen als die ebenfalls steigenden Lebenshaltungskosten.[182]

d) Maschinenbauer als Lohnarbeiter

Schon zu Beginn des rasanten Aufstiegs der Maschinenbauindustrie waren die in ihr beschäftigten Arbeiter in hohem Maße Lohnarbeiter gewesen: ohne Produktionsmittelbesitz, weder hauswirtschaftlich noch feudal eingebunden, auch meist ohne jene ländlich-landwirtschaftliche Verwurzelung, die die Berg- und Hüttenarbeiter vom Typus des reinen Lohnarbeiters so oft unterschied. Anders als Bergbau und Hüttenindustrie war der Maschinenbau nach Standort und Herkunft seines Personals eine primär städtische Industrie.

Was die Maschinenbauarbeiter noch im Vormärz um die Jahrhundertmitte dennoch vom Typus des Lohnarbeiters unterschieden hatte, ging bis 1875 weitgehend verloren. *Erstens:* Außerhalb Preußens, in Sachsen z.B., gehörte eine kleine Minderheit der frühen Maschinenbauarbeiter den zuständigen Handwerkszünften an. Am Streit um ihr Anrecht auf die entsprechenden Unterstützungs- und Versicherungsleistungen erwies sich, wie schwer vereinbar die Zugehörigkeit zu einer berufsspezifischen Korporation und zu einer berufsübergreifenden, unzünftigen, industriekapitalistischen Arbeitssituation in der Fabrik letztlich waren. Die Kassen verweigerten die Zahlung, die Fabrik-Gesellen drängten aus der Zunft heraus, berufsübergreifend organisierte Fabrik-, Branchen- oder Lokalkassen traten allmählich an die Stelle der berufsständischen Zwangsorganisationen, die in den sechziger Jahren ohnehin aufgelöst wurden.[183]

Zweitens: Im frühen Maschinenbau fehlte es nicht an verlagsmäßigen Elementen. Maschinenfabriken ließen „selbständige Meister" für sich arbeiten, die ihrerseits Handwerksgesellen beschäftigten. Einige dieser frühen Fabriken hat man deshalb als Vereinigungen von „Handwerksstätten in eigener Verantwortung" bezeichnet.[184] Spätestens die Maschinisierung und die Standardisierung der 50er und 60er Jahre machten dieses dezentrale System obsolet. Aus halb selbständigen „Meistern" wurden qualifizierte Lohnarbeiter, ab und zu mit Werkmeisterfunktion.

Drittens: In den frühen Jahrzehnten kam es vor, daß die Arbeiter der zunächst kleinen Maschinenbauanstalten handwerksgesellen- oder gesindeartig im Hause des Fabrikanten Kost und Logis nahmen.[185] Dieses fabrik- und lohnarbeiterfremde Arrangement war in großen Fabriken undurchführbar, für die Betroffenen zunehmend inakzeptabel und im städtischen Milieu mit Wohnungsmöglichkeiten nicht nötig. Es erwies sich als Übergangsphänomen.

Zwar blieben die Herkunft aus dem handwerklichen Bereich und damit die Erfahrung der kleinbetrieblich-handwerklichen Lehre für die Mehrheit der Maschinenbauarbeiter des 19. Jahrhunderts typisch. Viele von ihnen kannten jenen spezifisch handwerklichen Stolz und jene Reste handwerkstypischer Nahrungsethik, die zum Denken in reinen Kategorien des Tausches – Lohn gegen Leistung – und des Erwerbs auf Distanz standen.[186] Diese Prägung ließ jedoch im Lauf der Jahrzehnte nach. Mit der Maschinisierung wurde das Anlernen in der Fabrik immer wichtiger, wenn auch die Unternehmen solche Bewerber als besonders geeignet und schneller anlernbar vorzogen, die irgendeine Art von Handwerkslehre bereits hinter sich hatten, und sei es in einem ganz anderen Beruf. Seit den 40er Jahren bildeten die großen Maschinenfabriken überdies eigene Lehrlinge aus, wenn auch in kleinen Zahlen (3 bis 5 % der Belegschaft).[187] Je länger es Fabriken gab, desto größer wurde der Anteil solcher Belegschaftsangehöriger, die bereits aus Fabrikarbeiterfamilien stammten. Und auch der Anteil von wenig qualifizierten, schnell angelernten Hilfs- und Routinearbeitern nahm allmählich zu.[188] In die herkömmlicherweise fast ausschließlich männliche – weil so stark handwerklich geprägte – Arbeiterschaft der Branche drangen mit der Zunahme bloßer Anlernarbeiten auch Frauen ein: so etwa bei Siemens seit 1871 als Lackiererinnen und später als Wicklerinnen bei der Herstellung elektrischer Spulen.[189] In den 60er/70er Jahren trat in Esslingen die Selbstbezeichnung „Maschinenfabrikarbeiter" (oder dergleichen) an die Stelle berufsspezifischer Begriffe, wie Schmied oder Schlosser – ein begriffsgeschichtliches Indiz für die relative Bedeutungsabnahme der spezifischen Berufsidentifikation.[190]

Während der landwirtschaftliche Kleinbesitz und Nebenerwerb im Falle der Berg- und Hüttenarbeiter ihren Lohnarbeiterstatus abgeschwächt oder überdeckt hatten, spielten diese Phänomene bei den primär städtischen Maschinenbauarbeitern schon um die Mitte des Jahrhunderts keine wichtige Rolle mehr.[191] Die Marktabhängigkeit dieser Arbeiter war ebenso stark ausgeprägt wie die Konjunkturabhängigkeit ihrer Arbeitsplätze. Temporäre Arbeitslosigkeit muß sehr verbreitet gewesen sein, die Lohneinkommen schwankten wild mit Auftragslage und Konjunktur.[192] Die sich von den 40er bis in die 70er Jahre weitgehend durchsetzende Akkordbezahlung half mit, die Schwankungen des Marktes und der individuellen Leistungsfähigkeit ganz direkt auf die Verdienstkurven der Arbeiter zu übertragen, die überdies, wie man weiß, mit dem Lebensalter variierten.[193] Im ganzen scheinen die sehr ausgeprägten Lohndifferenzen der frühen Jahrzehnte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein wenig abgeschliffen worden zu sein.[194]

Alles das weist darauf hin, daß es sich bei den Arbeitern des Maschinenbaus in ausgeprägter Weise und überdies immer eindeutiger um Lohnarbeiter han-



Belegschaftsfoto der Kesselschmiedegesellen in der Herzoglich-Braunschweigischen Maschinenfabrik in Zorge/Harz um 1872

delte, um Lohnarbeiter allerdings, die sich nach beruflicher Funktion, Qualifikation und Verdienst stark voneinander unterschieden und zum Teil in verschiedenen Werkstätten, also räumlich getrennt voneinander, arbeiteten. Ihrer Identifikation als Lohnarbeiter schlechthin kam dies zweifellos nicht zugute. Wenn sie sich dennoch – und zwar nicht ausschließlich auf einzelberuflicher Basis – zur gemeinsamen Artikulation und Durchsetzung von Interessen als fähiger erwiesen als die Massen der Hütten- oder Textilarbeiter, dann hing das sicher mit ihrer relativ hohen Qualifikation, ihrer starken Stellung auf dem Arbeitsmarkt und ihrer weiterhin wirksamen handwerklichen Prägung zusammen, die sie gegenüber bestimmten Folgen der fabrikindustriellen Modernisierung – „ewige Abhängigkeit" – kritisch sensibilisierte und ihre kollektive Handlungsfähigkeit hob.[195]

6. Das Elend der Fabrikarbeit: Textilindustrie

Im Textilbereich fand sich ein *dritter Typus* von Fabrikarbeitern. Anders als die Hütten- und Maschinenbauunternehmen beschäftigten die Mechanischen Spinnereien und Webereien nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Kinder in großer Zahl. Weder körperliche Schwerarbeit wie bei Eisen und Stahl noch handwerkliche Qualifikation wie im Maschinenbau kennzeichneten die in der Regel wenig qualifizierte Arbeit in den Textilfabriken, die dafür ungleich früher und konsequenter arbeitsteilige Maschinisierung einführten. Anders als die Hüttenindustrie und der Maschinenbau wuchs die Textilindustrie aus einem riesigen, vorher existierenden und durch die Industrialisierung betroffenen Heimgewerbe heraus, dessen tiefe Krise sich in die frühe Textil-Fabrikindustrie übertrug, auch wenn sie mittelfristig – mit dem dritten Jahrhundertviertel beginnend – durch eben diese Industrialisierung überwunden werden sollte. Vergleichsweise schlecht bezahlt, extrem fremdbestimmt, oft zu Anhängseln rücksichtsloser Maschinen degradiert, meist von den ungünstigsten Umständen geprägt, wurde die Arbeit in den Textilfabriken schon für die Zeitgenossen zum „Inbegriff einer erbarmungswürdigen Beschäftigung".[196]

Das Elend der frühen Fabrikarbeit war hier mit Händen zu greifen. Die Verhältnisse in diesem Bereich sind zu Recht zum bevorzugten Gegenstand der zeitgenössischen Fabrikkritik geworden.[197] Wenn sie das generelle Bild von der Fabrik jener Jahrzehnte auch im historischen Bewußtsein geprägt haben, dann ist dies zweifellos einseitig, denn die Fabrikindustrie trat in vielfältigen Formen auf, wie dieses Kapitel zeigt. Andererseits ist es verständlich und nicht ohne Berechtigung. Denn auch in Deutschland setzte sich die Fabrikindustrie als Massenphänomen zuerst im Textilbereich durch. Mehr als die Hälfte aller 272.000 preußischen Fabrik- und Manufakturarbeiter des Jahres 1846 gehörten zur Textilindustrie, und wenn man die Fabrikarbeiter im engen, modernen Sinn, nämlich als Arbeiter größerer zentralisierter Produktionsstätten auf maschineller Grundlage verstanden, zahlenmäßig noch genauer separieren könnte, dann wären davon in den 40er Jahren vermutlich dreiviertel dem Textilbereich, vor allem der Garnherstellung zuzurechnen. Noch 1875 beschäftigte die Textilindustrie, zählt man nur die Beschäftigten von Betrieben mit über 5 Personen, mit knapp 390.000 Arbeitern mehr Köpfe als die Metallverarbeitung und der Maschinenbau zusammen (gut 300.000) und fast so viel wie Bergbau und Hüttenindustrie gemeinsam (gut 400.000).[198] Überdies schälte sich die Lohnarbeit und damit – was die Arbeiterschaft betrifft – der Haupttrend der Fabrikindustrialisierung nirgends klarer und reiner heraus als in den großen Mechanischen Spinnereien und Webereien der Zeit, gerade weil sie von handwerklich-zünftigen Traditionen nur wenig geprägt, ins ländlich-landwirtschaftliche Milieu meist nur geringfügig eingebunden und von konsequenter Maschinisierung früher strukturiert waren als alle

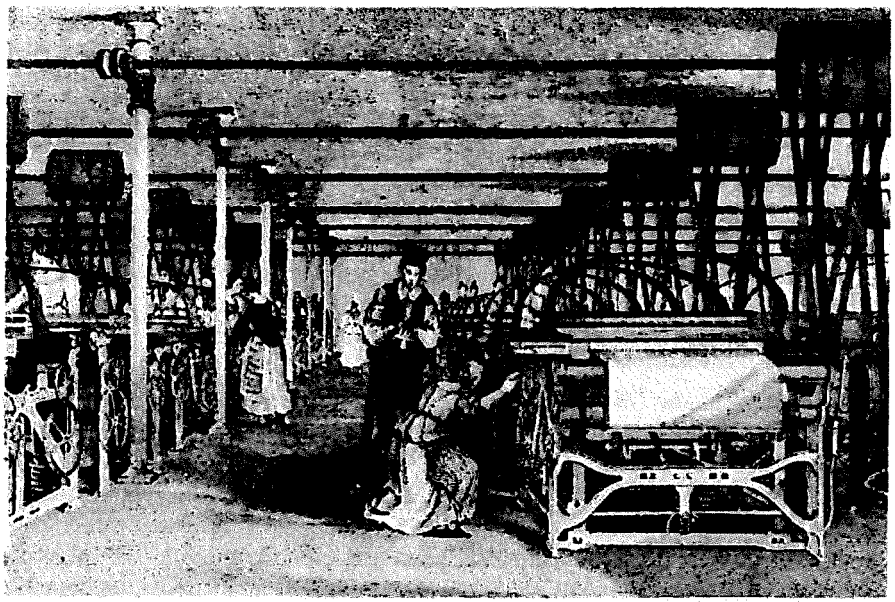
andern. Deshalb behandelt dieser Band, der die Varianten der Handarbeit des 19. Jahrhunderts nach dem Grad ihrer Prägung durch Lohnarbeit einordnet, die Textil-Fabrikarbeiterschaft an letzter Stelle, obwohl sie unter genetisch-chronologischen Gesichtspunkten früher plaziert werden müßte.

a) Spinnereien, Webereien, Veredelung: die Dominanz der angelernten Arbeitskräfte

Die Durchsetzung der Fabrikarbeit im Textilbereich geschah im ganzen 19. Jahrhundert in unmittelbarer Auseinandersetzung, in Kampf und Symbiose mit dem Textil-Heimgewerbe. Dies wurde vorn beschrieben: der Grundriß der Maschinisierung dieses Bereichs, ihre Triebkräfte, Behinderungen und Grenzen.[199] Es sei lediglich daran erinnert, daß die Maschinisierung zuerst die *Spinnerei* erfaßte. Mit Ansätzen im späten 18. Jahrhundert wurde die schnell expandierende Baumwollspinnerei schon im Laufe der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ganz, die Wollgarnspinnerei bis 1850 zu 80–90% – und bis zur Mitte der siebziger Jahre zur Gänze –, die Flachsspinnerei dagegen bis 1850 nur zu 5% und bis 1875 nur zu 25% maschinisiert und fabrikindustriell umgeformt. Vor allem aufgrund technischer Schwierigkeiten setzte die Maschinisierung der *Weberei* vergleichsweise spät und langsam ein. Nach zögernden Anfängen im Vormärz schritt sie erst im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts kräftig voran. Mitte der siebziger Jahre wurden etwa 50% der Baumwollstoffe, ein Drittel der Wollstoffe und 15% des Leinens maschinell in Mechanischen Webereien hergestellt. Erst im letzten Viertel des Jahrhunderts machte die Fabrikweberei den Heimwebern weitgehend den Garaus.

Im Vergleich zu Bergbau, Hüttenwesen und Maschinenbau entwickelte sich die Fabrikindustrie im Textilbereich früher, und sie übertraf jene an Umfang bei weitem. Aber dann expandierte sie langsamer und verlor, relativ zu ihnen, an Boden. Nimmt man Handwerk, Heimgewerbe und zentralisierte Betriebe – Manufakturen und Fabriken – zusammen, dann entfielen nach Hennings Schätzung auf den Bereich „Textil, Leder" 1800 mehr als die Hälfte aller gewerblich Beschäftigten, auf die Metallproduktion und -verarbeitung dagegen weniger als 10%, auf den Bergbau nicht einmal 2%. 1875 dagegen entfielen auf den Bereich „Textil, Leder" nur noch 38% aller im sekundären Sektor Beschäftigten, während Metallproduktion und -verarbeitung ihren Anteil auf über 15% und der Bergbau über 5% gesteigert hatten – Teil einer für die meisten Industrialisierungsprozesse in ihrer frühen Phase typischen Verschiebung von den Verbrauchs- zu den Produktionsgüterindustrien.[200]

Innerhalb des Textilbereichs gewannen der schnell expandierende Baumwollsektor und der etwas langsamer wachsende Wollbereich auf Kosten des notleidenden Leinens.[201] 1875 zählte die Reichsstatistik an hauptberuflichen Arbeitern, die zu Betrieben mit mehr als 5 Beschäftigten gehörten: 148.000 im Bereich der Baumwolle (davon 50% weiblich und 50% männlich), 136.000 in der Woll-



Mechanische Webstühle in einer Baumwollmanufaktur. Stahlstich um 1840

herstellung und -verarbeitung (davon 45 % weiblich und 55 % männlich) und 40.000 im Bereich von Flachs und Leinen (davon 55 % weiblich und 45 % männlich).[202]

In diesem Abschnitt über *Fabrik*arbeiter muß die Entwicklung des Baumwollsektors besonderes Interesse finden, denn in diesem großen, schnell wachsenden Bereich setzte sich die Fabrik als dominante Betriebsform am frühesten und gründlichsten durch. Doch unterschieden sich die drei Branchen Baumwolle, Wolle und Flachs/Leinen zwar sehr nach Chronologie und Ausmaß der Maschinisierung, auch nach Wachstum, Konjunktur und Stellung auf dem Markt, aber die Struktur und die Arbeitsverhältnisse in den Fabriken, sobald und soweit diese erst einmal bestanden, unterschieden sich weniger. Der Unterschied zwischen Spinnerei, Weberei und Veredelungsarbeiten wog dagegen schwerer. Vieles von dem, was über Baumwollfabrikarbeiter gesagt werden kann, gilt deshalb auch für Fabrikarbeiter der anderen beiden Textil-Branchen.[203]

Natürlich sind zwischen 1800 und 1875 in den zentralisierten Spinnereibetrieben bemerkenswerte Wandlungen vor sich gegangen. Vor allem wurden die anfangs vorherrschenden halb-mechanisierten Spinn-Verfahren – etwa mit handgetriebenen Maschinen wie der Hand-Jenny – über mehrere Zwischenschritte zunehmend durch Vollmechanisierung, mit Selfaktor- und Water-Spindeln vor allem, ersetzt. Die Dampfkraft verbreitete sich als wichtigster Antrieb, in Ergänzung und Verdrängung menschlicher, tierischer und hydraulischer Kraftquellen, und zwar vor allem seit den 1840er Jahren, als man von „Mechanischen Spinnereien" zu sprechen begann. Die im Textilbereich nie sehr dominante Belastung durch schwere Muskelarbeit ging dadurch weiter zurück. Vielfältig waren die

Verbesserungen an den Geräten, Vorrichtungen und Maschinen, die das ankommende Rohmaterial lockerten, vorbereiteten und zurechtlegten, die Fasern streckten und vorspannten, nach dem eigentlichen Spinnvorgang haspelten und spulten, vielleicht auch zwirnten. Der Arbeitsablauf wurde kontinuierlicher und fließender, immer eindeutiger dienten die Tätigkeiten der Arbeiter der Unterstützung der den Rhythmus bestimmenden Maschinerie, ihrer Beaufsichtigung, der Überbrückung noch nicht mechanisierter Teilschritte, etwa dem Einfädeln, Auswechseln und Wiederanknüpfen des Fadens, vor allem aber der Behebung von Unterbrechungen und Fehlern. Die Anforderungen an Konzentration und Ausdauer wuchsen, das Tempo nahm zu, und die Produktivität vervielfachte sich.[204]

Hatten die Spinnereien in den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts Mischungen aus Manufaktur und Fabrik dargestellt, mauserten sie sich im dritten Jahrhundertviertel eindeutig zur Fabrik. Schon im ersten Jahrhundertviertel hatten sie für damalige Verhältnisse zu den Großbetrieben gehört: Belegschaften bis zu 600 wurden z. B. im Rheinland gezählt, bis zu 800 im Elsaß; der Durchschnitt lag bei 80 bis 100. Teils waren sie in imposanten, wenn auch nüchtern-zweckmäßig gestalteten, neu errichteten „Hochhäusern" mit zwei bis fünf Stockwerken untergebracht. Teilweise kamen sie in alten Bürger- und Wohnhäusern unter, teils in aufgelassenen Klöstern, ehemaligen Mühlen, verlassenen Gutshöfen oder Residenzbauten. Teilweise drängten sie sich – als kleinere Manufakturen – um städtische Hinterhöfe herum, auf engstem Raum. Die größten Spinnereien dürften Fronten von 50 bis 70 Meter Länge besessen haben. – Später, im dritten Jahrhundertviertel, erreichten die großen rheinischen Spinnereien Belegschaftsgrößen zwischen 1.000 und 2.000; sie zogen an den Stadtrand, immer häufiger in neu für ihre Zwecke gebaute, meist weiterhin mehrgeschossige Gebäude, von denen eines – in Köln – eine Frontlänge von 160 Metern aufwies. Man leistete sich architektonische Dekors, verband Zweckdienlichkeit und Repräsentation. Die 1854 von Bielefelder Kaufleuten und Verlegern gegründete Ravensberger Spinnerei, mit (1874) 1.700 Beschäftigten die größte Flachsspinnerei des Kontinents, wurde etwa mit Anleihen an den Tudor-Stil gebaut, mit Zinnen und Säulen, mit dem Schornstein als massiv-elegantem Turm: Ausdruck bürgerlichen Selbstbewußtseins mit Hilfe von Elementen vorbürgerlicher Herrschaftssymbolik im Medium der Architektur. Doch die meisten Spinnfabriken blieben kleiner: mit Belegschaften zwischen 100 und 800; sie wirkten „bürgerlicher" und weniger ambitiös; oftmals – vor allem auf dem Land – verblieben Fabrik und Fabrikantenwohnhaus noch auf demselben Areal, wenn nicht gar noch baulich integriert.[205]

Trotz dieser und anderer Veränderungen blieb die Grundstruktur der Arbeitsabläufe und damit die Gliederung der Belegschaften in den Spinnereien relativ konstant. Dank der Homogenität der herzustellenden Massenwaren und aufgrund von Eigenarten des Stoffes und der Herstellungsvorgänge wies die Spinnerei schon im frühen 19. Jahrhundert ein hohes Maß an Arbeitsteilung auf, das in den Maschinenbauanstalten der Zeit keine Entsprechung fand und in den Hüttenwerken erst allmählich erreicht wurde. Von der Auflockerung und Reini-

gung des Rohstoffs auf tischähnlichen Rahmen mit Netzen und der folgenden Vorbereitung auf Schlagmaschinen und Kratzen übers Vorspinnen und Feinspinnen bis hin zum Haspeln und Sortieren war der Arbeitsvorgang in viele kleine Schritte eingeteilt, von denen jeder von einer anders angelernten Arbeitskraft – oder Arbeitsgruppe – wahrgenommen wurde, teils mit viel Geschicklichkeit, meist aber mit sehr einfachen, wenn auch viel Aufmerksamkeit erfordernden, spezialisierten, monotonen Handgriffen. Im Lauf der Jahrzehnte wurde die Gliederung verfeinert, die Zahl der Schritte nahm zu, immer mehr von ihnen wurden teilweise oder ganz mechanisiert, aber die Grundstruktur blieb erhalten.[206]

Entsprechend differenziert erscheint das Personal jener frühen Spinnanstalten. Eine Bonner Garn-Manufaktur beschäftigte schon 1805 unterhalb von 2 Meistern (diese mit fixem Jahresgehalt) 53 Arbeiter: 11 Maschinenspinner, 16 Vorspinner, 3 Haspelerinnen, 11 Anmacher, 4 Kratzendreher, 1 Wollklöpfer, 2 Strangaufnehmerinnen, 4 Aufleger und 1 Abnehmer. Teils in Wochenlohn, teils in Tagelohn bezahlt, streute ihr Verdienst im Verhältnis von 1:8,6.[207] – Ungefähr zur gleichen Zeit beschäftigte die mit Dampf- und zahlreichen Werkzeugmaschinen ausgerüstete Baumwollspinnerei Hammerstein bei Elberfeld 357 Personen, darunter einen Direktor, einen Verwalter und 8 Meister, Untermeister, Aufseher und Unteraufseher, die 7 Säle mit je 40 bis 50 vornehmlich angelernten Arbeitern und Arbeiterinnen leiteten. Zu jeder dieser Saalbesetzungen gehörten etwa 12 Spinner, 12 Anmacher, 18 Aufstecher und 1 Zwirnstuhlmädchen. Der Batteursaal, die Carderie (Kratzensaal) und der Haspelsaal waren anders zusammengesetzt, jedoch ebenfalls vor allem aus angelernten Arbeitern und Hilfsarbeitern beiderlei Geschlechts. Daneben existierten die Handwerker der mechanischen Werkstätte (Schlosser, Schmied, Schreiner etc.) sowie das Personal der Bündelkammer und des Hofes. – Für 1878 klassifizierte ein Spinnereibesitzer *das für 1.000 Spindeln erforderliche* Arbeiterpersonal so: 5 Arbeiter für alle Transport-, Misch- und Reinigungsarbeiten; 3 Arbeiter bei den Vorbereitungsmaschinen; 1 Spinner, 4 Andreher und 2 Aufstecker bei den Spinnstühlen; 1 Arbeiter fürs Einräumen und Fortschaffen der Kisten; einer fürs Abwiegen, Stapeln und Aufladen; 2 zur Aufsicht, für Reparatur, zum Schmieren der Maschinen, Auflesen der Hülsen und zur Beleuchtung des Raumes. Ungenannt blieben in dieser Aufstellung die Fabrikhandwerker der mechanischen Abteilung und das Personal des Hofes, des Sortier- und Lagerraums sowie das Aufsichts- und Kontorpersonal. In mittelgroßen Betrieben drehten sich 10.000, in den größten 40.000 Spindeln und mehr.[208]

Insgesamt deuten die Bezeichnungen an, was andere Quellen bestätigen: Unterhalb einer sehr schmalen „Oberschicht" von Meistern, Aufsehern und Fabrikhandwerkern bestand die große Mehrheit der Spinnereibelegschaften aus eng spezialisierten und für ihre relativ einfache, gleichförmige Tätigkeit lediglich angelernten, gering bezahlten Arbeitern und Arbeiterinnen. Die Arbeitsteilung wurde im Lauf der Jahrzehnte immer differenzierter. Der Anteil der Spinner im engeren Sinn nahm mit der Maschinisierung des Spinnvorgangs von 20 auf 10% ab, der Anteil der mit vorbereitenden und nachbereitenden Tätigkeiten befaßten Teilarbeiter nahm ebenso zu wie der sehr kleine Anteil der handwerklich qualifizierten Facharbeiter in den Nebenbetrieben.

Auch wenn von „Gesellen" oder „Lehrmädchen" gesprochen wurde, boten diese Betriebe anders als die Maschinenbauunternehmen in der Regel keine formalisierten Lehrverträge an, die handwerkliche und die schulische Vorbildung spielte, wie es scheint, bei der Rekrutierung der weiblichen und männlichen Anlernarbeiter keine große Rolle. In den Gladbacher Spinnereien sollen in den 70er Jahren fast 50% der Belegschaften nur 4 bis 6 Wochen lang angelernt worden sein, jeder dritte Arbeiter aber 2 bis 4 Jahre. In Bielefeld soll ein halbes Jahr zum Anlernen an den Maschinen gereicht haben. Doch gab es zugleich so etwas wie bescheidene, innerbetriebliche Karrieren: Die vierzehnjährige Schulabgängerin aus der Umgebung Bielefelds mochte in der Ravensberger Spinnerei als Abschneiderin beginnen, die die Spulen von den Maschinen nahm und neue aufsetzte. Mit 16 bis 18 Jahren konnte das Mädchen dann Streckerin, Vorspinnerin oder schließlich auch Feinspinnerin werden. Der Aufstieg zur „Kommandofrau" blieb äußerst selten, schon weil die meisten Aufsichts- und Meisterpositionen von Männern besetzt wurden. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts soll die Anlernzeit zwischen wenigen Tagen und zwei Jahren variiert haben. Das Resümee eines Sachkenners in bezug auf das späte 19. Jahrhundert: „In den meisten Textilfabriken versteht man unter gelernter Arbeit nichts anderes als die Fähigkeit, eine bestimmte Maschine zu bedienen".[209]

Das gilt mehr für die Spinnereien als für die Webereien. Es hing mit der komplexeren Technologie und der größeren Variabilität der Webvorgänge zusammen, daß ihre Maschinisierung in Deutschland erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in Gang kam und dann nur zögernd voranschritt. Die Maschine war der Handarbeit beim Weben an Leistungsfähigkeit nicht so haushoch überlegen wie beim Spinnen, das sich leichter in seine einzelnen Teile aufgliedern ließ. Entsprechend weniger ausdifferenziert stellen sich die Belegschaften der Mechanischen Webereien dar. Die Weber – meist ehemalige Handwerker – stellten etwa 35%, die Spuler vielleicht 25% der Belegschaft, der Rest entfiel auf Kettenscherer, Bäumer, Reparatur- und Hilfsarbeiter, Maschinisten und Meister – so soll die Gliederung einer Weberei in den 70er Jahren ausgesehen haben. Doch bei geringerem Maschinisierungsgrad war der Weber-Anteil viel höher: bis 75%. Ähnlich waren die Belegschaften von Riemendrehereien und anderen spezialisierten Garnverarbeitungsbetrieben organisiert.[210]

Doch auch in den Webfabriken wurde der Arbeitsprozeß zunehmend in seine Schritte zerlegt: vom Umspulen der Garne auf Bobinen (Spulen) bzw. Hülsen in der Winderei über das Anbringen der Bobinen auf dem Scheerrahmen, die chemische Bearbeitung der Kettbaumfäden in der Schlichterei und die nur von Frauen und Mädchen betriebene Andreherei bis in die feuchten, mit ohrenbetäubendem Lärm erfüllten Websäle, wo die Arbeiter und Arbeiterinnen anfangs nur einen, später aber zwei Webstühle übernehmen mußten; sie überwachten den Webprozeß und besserten Fadenbrüche u. ä. aus. Es folgte die Putzerei, wo u. a. die überstehenden Fäden abgeschnitten wurden.[211]

Im Unterschied zu den Heimwebern hatten die Fabrikweber nichts mehr mit den Vor- und Nacharbeiten zu tun. Eben dies steigerte die Produktivität. Ihre Arbeit war stark vereinfacht, zunehmend maschinenabhängig, immer mehr auf

Handgriffe, Aufsicht und Eingriffe bei Störsituationen beschränkt. Während die Wolltuchweber in Handwerk und Heimgewerbe zumeist in dreijähriger Lehre ausgebildet worden waren, genügte in den 60er Jahren eine Anlernzeit von vier bis sechs Wochen, um einen Maschinentuchstuhl bedienen zu können.[212] Oftmals wurden denn auch Frauen und Männer ohne besondere Qualifikation in die Mechanischen Webereien geholt, und zwar an die Webstühle selbst wie zu den vielfältigen Vor- und Nachbereitungsarbeiten. Die aus dem notleidenden Heimgewerbe in die besser zahlende Tuchfabrik überwechselnden Weber erfuhren diesen Übergang verständlicherweise als Dequalifizierung. Oft sträubten sie sich und fuhren „zweigleisig": In schlechten Zeiten suchten sie Unterschlupf in der Baumwollfabrik, in besseren Zeiten wandten sie sich wieder der Heimarbeit zu, vielleicht im Seidengewerbe, in das die Fabrik noch kaum Einbrüche erzielte. Die Unternehmensleitungen zogen oft den unkomplizierteren und anlernbereiten Knecht und die anspruchslose, anstellige Tagelöhnerin dem aus der Heimarbeit kommenden qualifizierten Textilhandwerker vor, der mehr Lohn erwartete und sich nur unter Schwierigkeiten anpaßte.[213]

Wiederum andere Formen und Wirkungen zeitigte die fabrikmäßige Umgestaltung der sog. Veredelungsbetriebe, z.B. der Färbereien und Kattundruckereien. Ob sie nun als kleine selbständige Unternehmen oder als Abteilungen von Webereien oder von kombinierten Spinn- und Webanstalten existierten, bis 1850 herrschte in ihnen ein überschaubarer manufakturartiger Werkstattbetrieb vor, der von gelernten Industriehandwerkern getragen wurde. Die allmählich einsetzende Maschinisierung – oft verbunden mit der Einführung neuer chemischer Verfahren – etwa in der Türkischrotfärberei des Wuppertals seit Mitte des Jahrhunderts – stieß Konzentrationsvorgänge an, erzwang neue Formen der Arbeitsteilung und Akkordbezahlung, bedrohte die „Färbergesellen" und andere Industriehandwerker mit Dequalifizierung und Entlassung und öffnete die Betriebe weit für die Rekrutierung billiger, anzulernender Arbeiter beiderlei Geschlechts. Ohne Unzufriedenheit ging das nicht ab, und wie die „Färbergesellen" schon in den fünfziger Jahren bewiesen hatten, verfügten sie über genügend Zusammenhalt und Energie, um große Ausstände zu organisieren.[214]

b) Zwischen Degradierung und Hoffnung: der Übergang in die Fabrik und das Problem der Dequalifizierung

Die Entwicklung in den Färbereien, Druckereien und in anderen Veredelungsbetrieben glich der im Maschinenbau: In manufakturartigen, handwerklich geprägten und von entsprechend qualifizierten Arbeitern bemannten Werkstätten brachte der Übergang zur Fabrik zunehmende Arbeitsteilung und Maschinisierung mit sich, die von den Industriehandwerkern als Dequalifizierung und Autonomieverlust erfahren werden konnten. Die Zusammensetzung der Belegschaft veränderte sich langfristig, der Anteil der Gelernten nahm ab, der der An- und Ungelernten nahm zu.[215]

Sonst aber unterschied sich der Textilbereich, was das Verhältnis von Qualifikation und Arbeitsteiligkeit, von handwerklicher Prägung und Maschinisierung angeht, vom Maschinenbau diametral. Die Zentralisierung der Produktion war in den Spinnereien und Webereien von Anfang an mit konsequenter Arbeitszergliederung und früher Maschinisierung verbunden. Zugleich wurden Industriehandwerker in den zentralisierten Textilbetrieben nur in kleinsten Anteilen gebraucht; die Spinn- und Webanstalten beschäftigten vielmehr sofort in großer Zahl an- und ungelernte Arbeitskräfte.[216] Letztlich lag dies daran, daß Garne und Stoffe früh in hochstandardisierter Form und serienmäßig hergestellt werden konnten: lager- und transportfähig, für einen wachsenden Massenmarkt; und daran, daß sich die Spinn- und Webvorgänge leichter arbeitsteilig zerlegen ließen als die Produktion anderer Güter. Mit diesem grundsätzlichen Unterschied zwischen Maschinenbau und Textilindustrie hingen eine Reihe weiterer eng zusammen:

Weil das Stadium der von qualifizierten Industriehandwerkern getragenen Manufaktur oder Fabrik im Textilbereich so viel weniger stark entwickelt war als im Maschinenbau, bedeutete der Wechsel vom Handwerk oder Heimgewerbe in die Manufaktur und Fabrik im Textilbereich einen viel tieferen Einschnitt als im Maschinenbau, und zwar einen solchen, der von den dazu gezwungenen Meistern, Gesellen und qualifizierten Heimarbeitern häufig als Abstieg, als Dequalifizierung und Autonomieverlust[217] erlebt wurde. Die Textilfabrik galt ihnen – nicht aber notwendigerweise den aus un- oder wenig qualifizierten Milieus in die Textilfabriken kommenden Tagelöhnern, Mägden, Knechten, Spinnerinnen, Erdarbeitern und Kleinbauern – als möglichst zu vermeidende Arbeitsplatzalternative. Dagegen erschienen vielen Handwerkern aus den Metall- und aus anderen Branchen die Maschinenbauanstalten mit ihren handwerklich geprägten, hochqualifizierten, wenig Arbeitsteilung und viel Autonomie erlaubenden Arbeitsplätzen lange Zeit nicht als abstoßend und der Wechsel dahin nicht als Verlust, sondern oft als Verbesserung und Zugewinn, sofern er nicht ein Wechsel in die wenigen un- und angelernten Stellen war, die es auch in dieser Branche gab. Erst recht für die Neuankömmlinge aus wenig qualifizierten Milieus, also die meisten Angehörigen der ländlichen und städtischen Unterschichten, für Tagelöhner, Gesinde, viele ehemalige Heimarbeiter u.a., galt der Übergang in die Maschinen-Fabrik zumeist als ein Aufstieg.[218]

c) *Die unterschiedliche Bedeutung der Maschinen für die Arbeiter: Entlastung oder Unterjochung und die Tendenzwende in der Arbeitszeit*

Dagegen traten *innerhalb* der Maschinenbauanstalten mit zunehmender Arbeitsteiligkeit und Maschinisierung Qualifikations- und Autonomieverluste auf, die zumindestens mittelfristig zur *kollektiven* Dequalifizierung der Beschäftigten führten und in einer nicht genauer bestimmbaren Minderheit von Fällen auch

individuell, d.h. lebensgeschichtlich erfahrbar, Dequalifizierung und Autonomieverlust bewirkten.[219]

Das daraus entstehende Protestpotential entwickelte sich in den Spinn- und Webfabriken kaum. Denn für deren größtenteils un- und angelernte Arbeiterschaft bedeuteten die weiter fortschreitende Verfeinerung der Arbeitsteilung, die Einführung technisch-ökonomisch leistungsfähiger Maschinen und deren Fortentwicklung zu ganzen Maschinensystemen zwar auch oft zunehmenden Zwang, nämlich Intensivierung und Beschleunigung ihrer Tätigkeiten, doch keine vergleichbare Bedrohung. Denn an Qualifikationen und Gestaltungsfreiräumen hatten sie ohnehin wenig zu verlieren. Vielmehr mag ihnen die neue Maschine nicht selten willkommen gewesen sein, etwa dann, wenn sie von harter, unangenehmer körperlicher Arbeit befreite, wie es nachweislich auch im Textilbereich geschah und in der Schwerindustrie noch viel häufiger war.[220] Vermutlich empfanden ungelernte Arbeiter den Übergang von der einfachen Handlangerei zur Bedienung einer Maschine sogar manchmal als Aufwertung ihrer Tätigkeit, als Grund gesteigerten Selbstbewußtseins und Anlaß zur Genugtuung.

Sicher konfrontrierte auch die Maschinisierung von Hilfsarbeiterstellen deren Inhaber mit neuen Anpassungszwängen, in hohem Maße sogar. Denn zweifellos schrieb der Selfaktor dem Fabrikspinner seine Handgriffe und Eventualreaktionen, z.B. bei Störungen, viel zwingender vor als die Dreh- und Hobelbank die Tätigkeit des Maschinenbauers determinierte. Aber folgendes ist zu bedenken: Im Unterschied zur Maschinisierung hochqualifizierter Industriehandwerkerstellen geschah die Maschinisierung von Hilfsarbeiterpositionen nicht so sehr auf Kosten vorher bestehender Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten, vielmehr als partielle Ersetzung *persönlich* vermittelter Kontrollen, die in Form strenger Aufsicht durch Meister und Aufseher zuvor dominierten, durch neue *anonymere* Kontrollverfahren. Denn das macht die vergleichende Analyse der Fabrikordnungen klar: Die innerbetriebliche Disziplin in Form von Verboten und Geboten, Pünktlichkeits- und Gehorsamsforderungen, Aufsicht und Strafen war in den frühen Textilfabriken ungemein dicht, dichter als im Maschinenbau.[221] Die in Bergbau, Hüttenindustrie und Maschinenbau häufige Form der Kolonnen- oder Teamarbeit, die kleinen Gruppen von Arbeitern meist viel Eigenständigkeit gewährte, fehlte im Textilbereich weitgehend. Arbeit in der Textilfabrik wurde scharf beaufsichtigt. Fortschreitende Maschinisierung linderte diesen Druck sicherlich nicht. Dennoch: Maschinen statt Aufseher, der stumme Zwang der Maschinerie statt der oft willkürlichen Macht des Meisters – das war keine Zunahme der Fremdbestimmung, sondern ein Wandel ihrer Qualität, der in der Regel nicht als Verlust oder Verschlechterung erfahren worden sein dürfte.[222]

Das Leiden der Textilarbeiter an den Maschinen resultierte also nicht aus damit verbundenen Erfahrungen von Dequalifizierung und fortschreitendem Autonomieverlust. Vielmehr war es die rücksichtslose Unterwerfung ausreichend vorhandener, leicht ersetzbarer menschlicher Arbeit unter den Rhythmus einer meist noch sehr unvollkommenen Maschinerie, deren Einsatz im Interesse unternehmerischer Profitmaximierung kaum *mehr* durch Herkommen und Sitte und *noch* kaum durch gesetzliche Schutzbestimmungen gebremst und begrenzt

wurde. Folgendermaßen wird die rheinische Baumwollspinnerei um die Jahrhundertmitte beschrieben:

> Auch der Geräuschpegel in den frühindustriellen Spinnereien war sehr hoch. Die rasselnden und kreischenden Maschinen verursachten einen Lärm, „der für den Neuling ganz unerträglich scheint". In den Dämmerungs- und Nachtstunden machte sich die unzureichende Beleuchtung nachteilig bemerkbar. Wegen der großen Brandgefahr wurden Öllampen, die ohnehin nur ein mattes Licht abgaben, in möglichst geringer Zahl aufgestellt. – Die sanitären und hygienischen Verhältnisse spotteten jeder Beschreibung. An die Errichtung von Umkleide-, Wasch- oder Speiseräumen wurde kein Gedanke, erst recht kein Ziegelstein verschwendet. – Bei diesen Arbeitsbedingungen nimmt es nicht Wunder, daß man die Baumwollspinnerei, „diese für Leib und Seele mörderische Beschäftigungsart", zu den gesundheitsgefährdensten Berufen überhaupt zählte. Schwindsucht, Tuberkulose, Katarrhe der Augen, Nasen, des Kehlkopfes und der Lungen sowie Geschwüre an den Beinen waren häufige und typische Berufskrankheiten. Hauptursachen waren die starke Staubentwicklung, die schwüle Atmosphäre in den Sälen und die ständig stehende Arbeitsverrichtung. Sehschwäche zog die unzureichende Ausleuchtung des Arbeitsplatzes durch die Öllampen nach sich. Besonders in den Handmaschinenspinnereien traten auch häufig chronische Rückenleiden auf, da die Arbeitsmaschinen wegen des großen Anteils der Kinder so niedrig gebaut waren, daß die Erwachsenen sie nur in gebückter Haltung bedienen konnten. – Die rohen, unverkleideten Maschinen, mit denen die Räume bis in den letzten Winkel ausgefüllt waren, bildeten eine ständige Quelle der Unfallgefahr. Quetschungen, Brüche waren an der Tagesordnung, Verletzungen mit Todesfolge zwar ziemlich selten, aber nicht unbekannt. Das größte Gefahrenmoment ging von allen rotierenden Teilen und den Transmissionseinrichtungen aus. Schutzvorrichtungen an den Maschinen wurden jahrzehntelang für überflüssig, unrentabel oder nicht ausführbar gehalten. Alleiniges Kriterium der Maschinenkonstruktion war die technische Funktionsfähigkeit.[223]

In der ersten Hälfte des Jahrhunderts stieg die Arbeitszeit an, und sie blieb, abgesehen von den Jahren um die Revolution, bis in die späten 60er Jahre auf heute fast nicht vorstellbaren Höhen. Sie variierte von Region zu Region und von Fabrik zu Fabrik, sie schwankte zudem mit der Auftragslage und war also übers Jahr hinweg unregelmäßig. In den Spinnereien arbeitete man länger als in den Webereien. Pausen und längere Unterbrechungen waren häufig, wenn auch in den Arbeitsordnungen nicht vorgesehen. Die damalige Arbeitszeit war gewissermaßen porös. Generalisiert man trotzdem, so kann man sagen, daß bei guter Auftragslage die effektive, d.h. nach Abzug der Pausen übrigbleibende, tägliche Arbeitszeit – meist an sechs Arbeitstagen die Woche – im zweiten Jahrhundertdrittel durchschnittlich bei 13 Stunden lag. Die Zahl der traditionellen und kirchlichen Feiertage nahm seit den 20er Jahren ab. Nachtarbeit kam vor, Sonntagsarbeit war eher die Ausnahme, außer bei der Wartung und Reparatur. Bei starkem Bedarf wurden noch längere Zeiten erzwungen, durch Überstunden oder durch Kürzung der Pausen. Aus einer Barmer Riemendreherei wird glaubhaft berichtet, daß sich (im

Akkord arbeitende?) Maschinenarbeiter einen Blechnapf um den Hals hingen, um ohne Arbeitsunterbrechung – wenn gerade kein Faden riß –, einige Bissen hinunterzuschlingen.

Seit den späten 60er Jahren machten sich in den Unternehmen selbst Ansätze zur Arbeitszeitverkürzung bemerkbar. Man begriff, daß Intensivierung und Extensivierung der Arbeitsanforderungen *zugleich* die Leistung nicht steigerten, und unter den neuen, maschinengeprägten Bedingungen eine leichte Reduzierung der Arbeitszeit ökonomisch sein konnte. Sicher spielte auch die wachsende Unwilligkeit der Betroffenen eine Rolle. Mit den Streiks der Reichsgründungszeit wurden deutliche Arbeitszeitverkürzungen erzwungen, seit etwa 1870 setzte sich überdies – jedenfalls in der rheinischen Baumwollindustrie – der „Samstagsfrühschluß" durch, d.h. eine Kürzung am Samstag um ca. ein Viertel, die bald einsetzende Depression reduzierte die Nachfrage, die durchschnittliche Arbeitszeit fiel, und zwar auch später in Zeiten aufsteigender Konjunktur.[224]

Blut- und schmutztriefend sei das Kapital zur Welt gekommen, hat Marx gemeint, und dabei an die menschenverachtenden Mißstände der frühen Textilindustrie gedacht.[225] In der Tat waren das mörderische Verhältnisse, die nur in wenigen anderen Gewerben, z.B. in der Zündholzherstellung, Parallelen hatten. Einigermaßen ertragen werden konnten sie wohl nur deshalb, weil die Arbeit – anders als in der Hüttenindustrie – kaum aus Schwerarbeit, sondern oft aus wenigen Handgriffen, Maschinenbeaufsichtigung und Eingriffen im Störungsfall bestand. Auch wurden diese Belastungen nicht regelmäßig – sechs Tage die Woche und 300 Tage das Jahr – getragen. Der Arbeitsanfall schwankte mit den Aufträgen. Entsprechende Strafbestimmungen und Unternehmervorkehrungen zeigen überdies, daß die Arbeiter häufig zur Selbsthilfe griffen und Arbeitsverhältnisse vertragswidrig unterbrachen oder beendeten.[226] Die durchschnittliche Verweildauer war kurz, die Fluktuation hoch, obgleich nicht höher als in der Hütten- oder Maschinenbauindustrie.[227] Und vor allem: Diese Art von Arbeit betrieb man selten ein Leben lang. Wie der Bürgermeister einer rheinischen Gemeinde 1855 über die Arbeiterschaft der einheimischen Spinnereien bemerkte: „Im allgemeinen besteht aber daselbst kein eigentlicher Fabrikarbeiterstand, da die meisten der aus den umliegenden Landgemeinden stammenden Fabrikarbeiter, sobald sie in das Mannesalter getreten sind, die Fabriken verlassen, um mit mehr Vortheil dem Landbaue, einem Handwerke oder den Hütten- und Grubenarbeiten sich zuzuwenden".[228]

Die besondere Härte der Ausbeutung im Textilbereich hatte mehrere Gründe, u.a. die scharfe, auch internationale Konkurrenz in diesem Industriezweig, der nur durchschnittlich schnell expandierte, in Teilen Not litt und auf dem Hintergrund des krisengeschüttelten Textilheimgewerbes wuchs, im Vergleich zu dem die Fabriken nicht selten als das kleinere Übel erschienen. Vor allem aber fielen die mangelnde Qualifikation und die schwache Arbeitsmarktstellung der Spinnerei- und Webereiarbeiter ins Gewicht, die jedenfalls bis in die 1850er Jahre leicht rekrutierbar und ersetzbar waren. Die Fabrikanten dieser Branche konnten es sich eben erlauben, ihre Leute schlecht zu bezahlen und unter den – im Vergleich zu früher *und* später – bedrückendsten Verhältnissen

schuften zu lassen. So taten sie es. Erst seit den 50er und 60er Jahren mußten die Fabrikanten größere Anstrengungen unternehmen, Arbeiter anzuziehen, denn die durchbrechende Industrialisierung bot auch andere, bessere Arbeitsplätze an. Sie halfen sich mit der verstärkten Anwerbung von jungen Frauen in der näheren und weiteren Umgebung.[229]

Aber zweifellos trugen auch die frühe, massive Maschinisierung und die durch sie veränderte Produktionsweise zu den ungünstigen Arbeitsverhältnissen bei. Man denke an den Staub, die Hitze, den Lärm, die stickige Luft, die Zusammenballung der Menschen, die Unfallgefahr und auch daran, daß die teuren Maschinen vor Einrichtung der Schichtarbeit im Interesse ihrer Auslastung auf lange Arbeitszeiten drängten. Zugleich war es die Unvollkommenheit der Maschinen – mangelnde Eignung zur Lösung technischer Probleme mit weniger Lärm, Staub und Gefahr –, die sie zur besonderen Belastung machte. Langfristig sollte nicht der Abbau der Maschinen, sondern ihre weitere Vervollkommnung Abhilfe schaffen, so wie die Maschinisierung nur bis in die 60er Jahre zur Verlängerung der Arbeitszeit beitrug, seitdem aber ihre Verkürzung erlaubte und nahelegte. Das dritte Jahrhundertviertel war auch in dieser Hinsicht eine äußerst kritische Zeit: zuviel und zuwenig Maschinisierung zugleich.[230]

d) Schlechte Entlohnung und soziale Distanz

Noch ein Grund für die Härte der Arbeitsbeziehungen in der frühen Textilindustrie sei genannt, wiederum im Vergleich zum Maschinenbau. In den frühen Maschinenbauanstalten kamen nicht nur die zahlreichen qualifizierten Arbeiter, sondern auch viele Unternehmer aus dem Metallhandwerk. Der gemeinsame Hintergrund verband und wird, vor allem in kleinen und mittleren Werken, oftmals dazu beigetragen haben, daß die sozialen Kontakte über die Klassenlinie hinweg nicht ganz abrissen und gewisse Rücksichtnahmen geübt wurden. Dieses Bindemittel fehlte in den typischen Textilfabriken. Während hier die meisten Arbeiter nicht aus dem Handwerk kamen, herrschten unter den Textilunternehmern die ehemaligen Kaufleute und Verleger vor. Die meisten Maschinenbauunternehmer kamen aus dem handwerklichen Kleinbürgertum, die meisten Textilfabrikanten aus der kommerziellen Bourgeoisie. Es steht zu vermuten, daß in den frühen Textilunternehmen von Anfang an schärfer gerechnet wurde als in den von Handwerker-Unternehmern geführten Maschinenbauanstalten. Die soziale Distanz zwischen Arbeitern und Unternehmern wird im Textilbereich besonders ausgeprägt gewesen sein, zumal hier der Angestelltenanteil nur 4 bis 8% (in den 1860er Jahren) betrug und damit die Zahl der „intermediären Instanzen" viel kleiner war als im Maschinenbau.[231]

Allerdings hat es in den Textilunternehmen absolut sehr viel mehr und prozentual kaum weniger Versuche zur patriarchalischen Unternehmensführung gegeben als in anderen Branchen. Als Mitte der 70er Jahre die „Einrichtungen für die Wohlfahrt der Arbeiter der größeren gewerblichen Anlagen" in Preußen

gezählt wurden, stellte sich heraus, daß solche in der Textilindustrie ähnlich wie im Maschinenbau überdurchschnittlich häufig vertreten waren.[232]

Natürlich hatte der besonders gedrückte, innerbetriebliche Status der meisten Textilarbeiter Konsequenzen für ihre außerbetriebliche Lage, für ihr Ansehen, ihre Lebensverhältnisse und ihr Verhalten in der Stadt oder im Dorf. Das begann schon mit dem äußeren Erscheinungsbild. Ohne die erst in späteren Jahrzehnten üblich werdenden Wasch- und Umkleideräume, ohne die Möglichkeit zum Wechsel von Straßen- und Arbeitskleidung am Arbeitsplatz, waren Arbeiter als solche auch auf den oft langen Wegen zum und vom Arbeitsplatz identifizierbar. Darüber hinaus konnte man sie selbst am Geruch erkennen.[233] Ihr Ansehen war gering. Vor allem auf die Spinner schauten alle herab, selbst noch die Weber. Das Image der Textilfabriken litt zusätzlich darunter, daß sie mit der Erinnerung an die Arbeitshäuser und Gefängnisse zusammengebracht wurden, in denen herkömmlicherweise anstaltsmäßig gesponnen und gewebt worden war. Tatsächlich brachten die größeren Fabriken die en masse angeworbenen Arbeiter, vor allem die zahlreichen jungen Frauen, in fabrikeigenen Häusern unter, die mit ihren strengen Hausordnungen geschlossenen Anstalten, ja Kasernen, glichen.[234]

Die Textilfabriken waren die Hauptauffangbecken für die Angehörigen der heimgewerblichen und landwirtschaftlichen Unterschicht, die durch Pauperismus und „Überbevölkerung" aus ihren angestammten Milieus vertrieben wurden und in der entstehenden Industrie ein prekäres Auskommen suchten.[235] Auch das half ihrem Ansehen nicht. Wer konnte, wechselte nach einigen in der Textilindustrie verbrachten Jahren wieder oder schickte doch seine Kinder woanders hin. Aus der Heimarbeit und der Tagelöhnerei in die Spinn- und Webfabrik, und von dort nach einigen Jahren in die viel attraktivere Maschinenbaufabrik, so oder so ähnlich sah ein weit verbreitetes Fluktuationsmuster – für Männer – aus.[236]

Natürlich fielen dabei auch die Lohnverhältnisse sehr ins Gewicht. Die Textilarbeiterlöhne schwankten mit Auftragslage, Arbeitszeit und -leistung. Sie variierten mit Funktion und Geschlecht. In der Ravensberger Spinnerei verdiente 1869 ein qualifizierter Handhechler umgerechnet 2,50 Mark pro Tag, eine Spinnerin 90 Pfennig bis 1,20 Mark und ein Abschneider 60 bis 70 Pfennig. In Augsburg erhielten die Frauen in den Spinnereien durchschnittlich 33 bis 46 % weniger als die Männer, die Löhne der Kinder und Jugendlichen lagen noch tiefer.[237]

Durchweg verdienten die Textilarbeiter schlechter als die Arbeiter in den meisten anderen Sparten. In Berlin variierte 1853 der mittlere Wochenlohn in den Maschinenbaubetrieben zwischen (umgerechnet) 10 Mark (Heizer) und 30 Mark (Kesselschmiede), wenn man die 5 Mark der Arbeitsburschen einmal nicht rechnet. Ganz ähnlich verhielten sich die Spannen in den Eisengießereien. In den Chemie- und Farbenfabriken rangierte der Arbeitslohn bei 10 bis 12 Mark. Aber in den Wollwarenmanufakturen und -Fabriken reichte die Lohnstruktur nur von 4,50 Mark (Wicklerinnen) bis zu 9 Mark (Webergesellen), den Schußjungen mit 3 Mark nicht gerechnet. Und in den Tuchmanufakturen streute die Skala von 4 Mark (Hasplerinnen, Sortiererinnen) bis 9,75 Mark (Scherer) ohne die besser verdienenden Meister.[238] Für Bielefeld in den 1860er Jahren hat man folgende Durchschnittszahlen berechnet:

Tabelle 38: Löhne in Bielefeld in den 60er Jahren

Beruf	Tag		Woche		Jahr	
Textilarbeiter	15	Sgr.	3	Taler	150	Taler
Textilarbeiterin	9	Sgr.	2	Taler	100	Taler
Näherin	12 ½	Sgr.	2 ½	Taler	125	Taler
Handwerksgeselle	20	Sgr.	3–4	Taler	150–175	Taler
Maschinenbauarbeiter	20–40	Sgr.	4–5	Taler	200–300	Taler
Tagelöhner	12 ½–15	Sgr.	2 ½–3	Taler	125–150	Taler
Leinenweber (Heimweber)	5–6	Sgr.	1–1 ½	Taler	–	
Plüsch-/Seidenweber (Heimweber)	20	Sgr.	3–4	Taler	–	

Quelle: K. Ditt, Industrialisierung, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Bielefeld, Dortmund 1982, S. 115.

Zwar stiegen auch die Textilarbeiter-Löhne im dritten Jahrhundertviertel an, in den 60er und frühen 70er Jahren zumeist auch etwas schneller als die Lebenshaltungskosten. Trotzdem stellten die so zahlreichen Textilarbeiter in ihrer großen Mehrheit weiterhin die arme Unterschicht innerhalb der Fabrikarbeiterschaft dar.[239] War von diesem wenig qualifizierten, benachteiligten, leidenden Fabrik-Proletariat ohne ländliche Einbindung, handwerkliche Tradition und berufliche Identität ein größerer Beitrag zum Aufbau der Arbeiterbewegung zu erwarten?[239a]

7. Frauen und Männer, Kinder und Erwachsene in der Fabrik

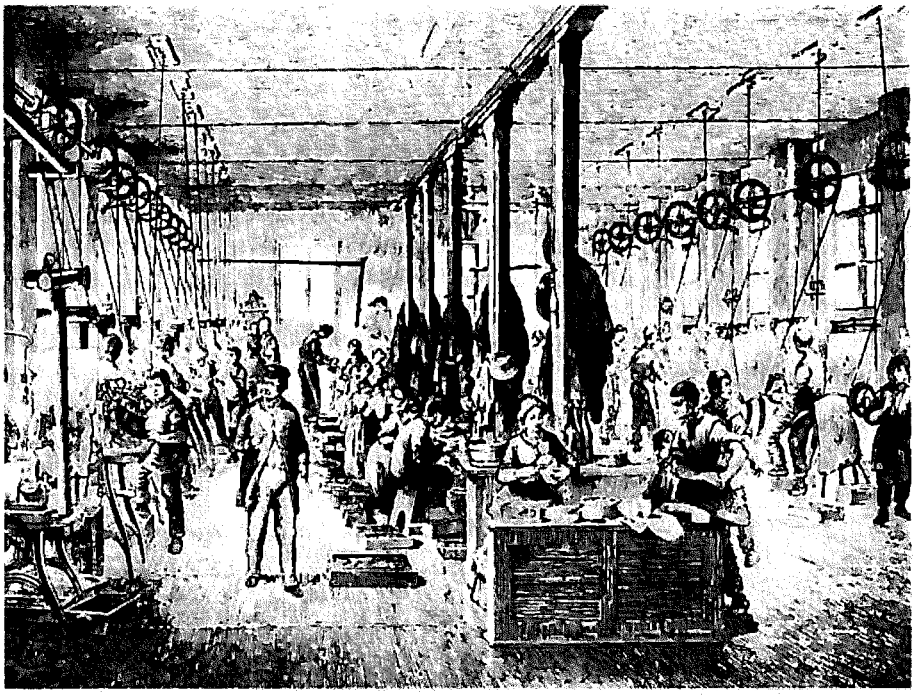
Im Unterschied zum Maschinenbau und zur Hüttenindustrie beschäftigten die Textilfabriken Frauen und Kinder in großer Zahl. In keinem anderen fabrikindustriellen Zweig waren auch nur annähernd so viele Frauen und Kinder beschäftigt. Der Sog der durchbrechenden Lohnarbeit war blind gegenüber den Geschlechts- und Lebensphasenunterschieden. Dies war die eine Seite. Doch in der Art der Beschäftigung und der Höhe der Entlohnung blieben jene Unterschiede wirksam. Die überkommene Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und Lebensaltern wurde vom industriekapitalistischen Arbeitsverhältnis nicht abgeschliffen, sondern einbezogen und dienstbar gemacht. Das war das andere. Und schließlich wurde an der Kinder-Fabrikarbeit erstmals bewiesen, daß außerökonomische Impulse – die Macht von Öffentlichkeit und Politik – die Logik der Lohnarbeit zwar nicht aushebeln, aber doch bremsen, modifizieren und sozial verträglicher machen konnten.

a) Größenordnungen und Entwicklungstendenzen 1800 bis 1850

Die Statistik der Kinderarbeit ist miserabel: In der frühen Zeit lassen die Angaben meist offen, bis zu welchem Alter (12, 14 oder 16 Jahre) jemand als Kind gezählt wurde; darum variieren die Prozentzahlen so sehr. Bis in die 40er Jahre liegen nur Momentaufnahmen von einzelnen Unternehmen und Orten vor. Seit die Kritik an der Kinder-Fabrikarbeit anschwoll und sich – 1839 und 1853 in Preußen, 1840 und 1854 in Bayern, 1842 in Österreich, 1861 in Sachsen – in ersten Schutzgesetzen niederschlug, stieg die Dunkelziffer.

Für die Chemnitzer Baumwoll-Spinnfabriken wurden Kinderanteile an den Belegschaften von 5/6 (?) für 1804, 1/3 um 1812 und noch 1/4 für 1846 genannt. In den Chemnitzer Kattundruckereien brachten die Drucker oft ihre eigenen Kinder mit oder stellten fremde für ein paar Groschen als Helfer ein. Kinder stellten in diesen Betrieben 1/3 bis 1/4 der ganzen Belegschaft, und das bis in die frühen 60er Jahre. In den noch wenig zahlreichen zentralisierten Webereien kam Kinderarbeit seltener vor. Aber in einer Tuchfabrik in Züllichau (Lausitz) waren 23 % der 341 Arbeitskräfte 1818 weniger als 14 Jahre alt. Ende der 40er Jahre soll der Kinderanteil nach offiziellen Angaben in den preußischen Baumwoll-Spinnereien noch 21 % betragen haben, in den Woll-Spinnereien dagegen bereits unter 10 %, in den Flachs-Spinnereien weniger als 5 %.[240]

Man beschäftigte die Kinder mit einfachen, meist monotonen Hilfsarbeiten. Sie fädelten ein, knüpften abgerissene Fäden wieder zusammen, halfen beim Spulen, Klopfen und Fegen, sie strichen im Stoffdruck die Farben auf. Man setzte sie an den verschiedensten Maschinen ein und richtete sie zu ganz mecha-



Kinderarbeit in einer optischen Fabrik. Holzstich um 1840

nischen Tätigkeiten ab. Wie Hardenberg schon 1817 kommentierte, als er eine Umfrage über die Lage der Fabrikkinder veranlaßte und das Thema zur breiten behördeninternen Diskussion stellte: „Die ausschließlich frühe Gewöhnung der Menschen an die unaufhörliche Wiederholung eines einzelnen Handgriffes gibt ihnen zwar in diesem eine unglaubliche Fertigkeit, aber sie macht dieselben auch in gleichem Maße unfähig, zu irgendeiner anderen Verrichtung überzugehen",[241]

Mit der Zeit ging der anfangs beträchtliche Anteil der 6 bis 10jährigen zurück, aber noch 1867 waren drei von vier Chemnitzer „Streichkindern" – Mädchen und Jungen – unter 12 Jahren, ältere arbeiteten kaum für den geringen Lohn.[242]

Die Arbeitszeit der Kinder dauerte teils ebenso lang wie die der Erwachsenen, denen sie zuarbeiteten; teils war sie kürzer, um ihnen den etwa zweistündigen täglichen Besuch in der Fabrik- oder städtischen Abendschule zu erlauben, wenn der Unternehmer sich für so etwas verantwortlich fühlte oder soweit solch ein Minimum-Schulbesuch durch staatliche Verordnung vorgeschrieben war und das Gebot nicht einfach unterlaufen wurde.

Die Lehrer sahen sich mit überanstrengten, bisweilen gesundheitlich angeschlagenen, oft verwahrlosten, „geistig rohen und physisch abgespannten" Kindern konfrontiert, die vor Müdigkeit oft einschliefen. Die Lehrer gehörten bald zu den frühesten und schärfsten Kritikern der Fabrik-Kinderarbeit.[243] Den Tenor hatte Hardenbergs bereits zitiertes Zirkular von 1818 angestimmt: „[Es] scheint [...] mir eine unerläßliche und bisher zu großem Nachteil versäumte Pflicht, zu

verhindern, daß die frühe Gewöhnung zur Fabrikation in eine Verwöhnung ausarte, daß die Erziehung zum Fabrikarbeiter auf Kosten der Erziehung zum Menschen und Staatsbürger betrieben werde und daß der Mensch genötigt werde, die höchste mechanische Fertigkeit in einem einzelnen Handgriff mit dem Verlust seiner moralischen Freiheit zu erkaufen, selbst ehe er erkennen kann, wieviel dieser Kauf ihn kostet".[244]

In den Mechanischen Spinnereien arbeiteten *Frauen* von Anfang an, wie sie schon in den Manufakturen des 18. Jahrhunderts nicht gefehlt hatten. Ein gutes Drittel der Belegschaften stellten sie im frühen 19. Jahrhundert, und bis 1850 wuchs ihr Anteil auf etwa 50%. In den stärker handwerklich bestimmten Veredelungsbetrieben waren sie schwächer vertreten. In den Baumwollstoff- und Wolltuchfabriken blieb der Webvorgang selbst bis 1850 und länger eine Domäne der Männer. Frauen wurden für die zahlreichen Vor- und Nachbereitungsarbeiten gebraucht, soweit diese nicht, wie im Falle der Schlosser, handwerklich hochqualifiziert oder körperlich zu anstrengend waren.

Auch in den Spinnfabriken hatten Frauen traditionsgemäß *bestimmte* Tätigkeiten zu tun. „Sie lasen und klopften Wolle, standen an der Streck-, an der Kannen- oder an der Spulmaschine und bedienten Krempel und Weife." An den Selfaktoren arbeiteten zunächst nur Männer. Sie galten als technisch kompliziert. Wo besondere Fingerfertigkeit und Geduld nötig waren, beschäftigte man Frauen; die waren dazu, so die verbreitete Ansicht, besser geeignet. Gesellschaftsspezifische Erwartungen und Stereotype steuerten also den Plazierungsprozeß mit, erst recht, wenn es um Über- und Unterordnung ging: Fast alle Meister- und Aufseherstellen wurden damals noch mit Männern besetzt, auch in den primär von Frauen bedienten Arbeitsbereichen. „Der Versuch, über die Haspelerinnen in der Gladbacher Aktienspinnerei eine weibliche Aufsicht zu stellen, scheiterte angeblich an Autoritätsmangel" (1874). Die Funktions- und Kompetenzverteilung in der Fabrik reflektierte die in der Gesellschaft üblichen Ungleichheitsmuster und, so ist zu vermuten, verstärkte sie rückwirkend.[245]

b) Geschlechterverhältnis, Lebensalter und Fabrikarbeit um die Mitte des 19. Jahrhunderts

Es ist nicht unproblematisch, Frauen- und Kinder-Fabrikarbeit zusammenzufassen und gemeinsam zu behandeln. Denn nach historischer Entwicklung und gesellschaftlicher Bedeutung unterschieden sie sich, wie noch zu zeigen sein wird. Das Reden von „Frauen- und Kinderarbeit" beruht oft auf einer Perspektive, die Männer-Erwerbsarbeit als Normalität verbucht und die Erwerbsarbeit erwachsener Frauen mit der Erwerbsarbeit von Kindern insofern in derselben geistigen Schublade verstaut, als eben beide nicht Männer-Arbeit sind und somit besonderer Erklärung bedürfen. Verrät also die Kategorisierung nur eine männliche Perspektive, aus der Frauen und Kinder stärker zusammenrücken, als es sich aus Frauen- oder Kinderperspektive darstellen dürfte? Ein Paradebeispiel für den

Zusammenhang zwischen wissenschaftlicher Kategorienbildung und geschlechtsspezifischen Voreinstellungen?[246] Solche Zusammenhänge bestehen zweifellos. Es geht darum, sie zu erkennen, der Kategorisierung ihre Selbstverständlichkeit zu nehmen und sie entweder zu begründen oder zu modifizieren.

In der Tat teilten die Frauen- und die Kinder-Fabrikarbeit im 19. Jahrhundert zentrale Situationsmerkmale, die eine gewisse Ähnlichkeit zwischen ihnen begründen. Zwei solcher Ähnlichkeiten seien genannt:

1. Im Vergleich zur Arbeit der Männer wurden sie beide unterbezahlt; die Löhne der Kinder und Jugendlichen blieben hinter den Löhnen der Männer allerdings meist bedeutend weiter zurück als die der erwachsenen Frauen. Zum Beispiel verhielten sich in niederösterreichischen Baumwollspinnereien des Vormärz die Löhne für Männer, Frauen und Kinder im Durchschnitt wie 4:2:1.[247] Sicher lag dies teilweise an unterschiedlichen Tätigkeiten und Leistungen; gut bezahlte Positionen – von Graveuren und Maschinendruckern z. B. wurden nicht mit Frauen besetzt; die Tätigkeit der Streichkinder war in der Tat absolut untergeordnet, einfach, nicht qualifiziert und leicht ersetzbar. Aber auch wenn Frauen und Männer – als Vorspinner, Krempler oder „Fabrikarbeiter" z. B. – gleiche oder ähnliche Tätigkeiten verrichteten und auch Gleiches leisteten, wurden sie – auch damals – unterschiedlich bezahlt.

Man sieht: Die Löhne variierten nicht bloß nach Leistung; das taten sie auch, etwa im Akkordsystem. Sondern sie richteten sich auch nach dem Marktwert einer Arbeitskraft. Schon weil Frauen wie Kinder im Gewerbe und besonders in der Industrie viel weniger Arbeitsplatzalternativen besaßen, andererseits aber die Löhne der Väter und Ehemänner nur selten ausreichten, eine ganze Familie zu versorgen, war das Angebot weiblicher und kindlicher Arbeitskräfte für textilindustrielle Verwendung sehr groß. Überdies richteten die Löhne sich nach Herkömmlichkeiten, und sie *unterstellten* soziale Bedürfnisse. Sie reflektierten die traditionelle Ungleichheit zwischen Männern und Frauen wie zwischen den Lebensaltern. Sie gingen von der in der Tat nicht völlig unrealistischen Vorstellung aus, daß die Arbeiterinnen und erst recht die Kinder bzw. Jugendlichen ihren Lohn in der Regel in einen Familien- und Haushaltszusammenhang einbrachten, zu dessen Einkünften andere – vor allem der Vater, der Ehemann, der Hausherr – größere Anteile beitrugen. Sie gingen davon aus, daß die Arbeiterin und das arbeitende Kind in geringerem Maße als die männlichen Arbeiter für die Erhaltung ganzer Familien verantwortlich waren. Sie reflektierten soziale Ungleichheit im Familienbereich und verstärkten sie damit zugleich.

Der in sich ungleich strukturierte Familienzusammenhang steuerte die Fabrikarbeit noch in anderer Weise. Von 1.065 Arbeitern in rheinischen Baumwoll-Spinnereien und -Webereien waren 1874 15 % zwischen 14 und 16, 26 % zwischen 16 und 18, 49 % zwischen 18 und 25 und nur 10 % über 25 Jahre alt. In Gladbach waren zur selben Zeit über 10 % der über 16jährigen Arbeiterinnen in den Baumwoll-Spinnereien und nur 6 % der Frauen in den Baumwoll-Webereien verheiratet.[248] Dadurch unterschied sich die weibliche deutlich von der männlichen Fabrikarbeiterschaft, in der der Verheiratetenanteil höher lag. Von 100 über 16 Jahre alten Arbeiterinnen in bayerischen Textilfabriken waren Anfang der 70er

Jahre nur 22%, von 100 über 16 Jahre alten Arbeitern desselben Bereichs immerhin 33% verheiratet. Und blickt man auf die bayerische Fabrikindustrie insgesamt, dann betrug der Verheiratetenanteil bei den Frauen 25%, bei den Männern 42%.[249]

Für die Fabrikindustrie insgesamt, aber vor allem für die Textilindustrie galt noch in den 70er Jahren und erst recht in den vorausgehenden Jahrzehnten: Frauen verließen die Fabrik zumeist bei der Heirat oder spätestens zum Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes, um mit Heimarbeit, Gelegenheitsarbeit, landwirtschaftlicher Hilfstätigkeit, Gesindedienst, Waschen, Putzen oder auch mit einem kleinen Verkaufsgeschäft familienfreundlichere, wenn auch meist bescheidenere Zuverdienstmöglichkeiten zu erschließen, um Erwerbsarbeit und Hausarbeit vereinbarer zu machen. Auch gehörte es zur Politik mancher Unternehmensleitungen dazu, Frauen bei der Verheiratung zu entlassen: weil der Platz der Frau am häuslichen Herd sei oder weil verheiratete Frauen häufig unpünktlicher, müder und zerstreuter seien und eher zum Ungehorsam neigten als ledige.[250] Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts nahm der Verheiratetenanteil unter Fabrikarbeiterinnen zu. Schon weil Fabriken ältere Personen nur im Ausnahmefall neu einstellten, fanden sich Witwen und ältere Ehefrauen (ohne kleine Kinder), wie es scheint, nur wenig in der „großen Industrie".[250a]

2. Frauen- und Kinder-Erwerbsarbeit entstand nicht erst mit der Industrialisierung. Vielmehr hatte die Mitarbeit der Frauen und Kinder in Landwirtschaft und Heimgewerbe und hatten entlohnte häusliche Dienstleistungen von Frauen und manchmal auch Kindern seit langem zum Üblichen gehört, während das Handwerk zu einer Domäne der Männer geworden war, die die Frauen ausschloß, aber für Knaben nicht völlig verschlossen war.[251] Auch im Untersuchungszeitraum arbeiteten mehr Frauen und Kinder in Landwirtschaft, Heimgewerbe und häuslichen Diensten als in der Industrie. Von den 1,9 Millionen „weiblichen Erwerbspersonen" in Preußen 1861 arbeiteten fast 56% als Mägde, Tagelöhnerinnen etc. in der Landwirtschaft, die Bäuerinnen und mithelfenden Familienangehörigen nicht einmal mitgerechnet; 11% als Dienstmädchen in häuslichen Diensten; 28% im nicht-fabrikmäßigen Gewerbe, u.a. im Heimgewerbe, und nur 5% (allerdings steigend) als Fabrikarbeiterinnen.[252] Für die Kinder fehlen entsprechende Statistiken. Die Verteilung der Frauen- und Kinder-Erwerbsarbeit blieb im ganzen bis zum Ende der Industriellen Revolution und im Grunde im ganzen 19. Jahrhundert eher traditionell.

Das gilt letztlich auch für die Industrie selbst. Denn Frauen – und Kinder – befanden sich vor allem in den Manufakturen und Fabriken solcher Gewerbezweige, in denen sie auch schon vor der Industrialisierung, vor allem als Heimgewerbetreibende, stark vertreten gewesen waren, oder die solchen traditionell für Frauen und Kinder zugänglichen Gewerbezweigen ähnelten. 1875 erreichte der Frauenanteil in der Textilindustrie knapp 50%, im Bereich „Bekleidung und Reinigung" 45%, in der Papier- und Lederherstellung 31%, bei der Produktion von Nahrungs- und Genußmitteln 31% und im Gartenbau 29%. – 83% aller Manufaktur- und Fabrikarbeiterinnen gehörten diesen fünf Bereichen an; sämtliche andere Zweige wiesen nur ganz geringe Arbeiterinnenanteile auf, fast durch-

weg unter 10%.[253] Die Affinität zu den herkömmlichen, hausnahen Haupttätigkeitsgebieten erwerbstätiger Frauen und Kinder lenkte also ihre Plazierung im Industriezeitalter mit.

c) *„Sittlichkeit" und „Verwilderung": Das Neue an der Fabrikarbeit und die öffentliche Kritik*

Neu war also weder die Erwerbsarbeit von Frauen und Kinden an sich noch ihre Verteilung auf Sektoren und Branchen. Vermutlich hat sie insgesamt seit dem 18. Jahrhundert nicht einmal zugenommen.[254] Auch härteste Ausbeutung von Frauen und Kindern hatte es in Landwirtschaft und Heimgewerbe seit langem gegeben. Das Neue an der Fabrikarbeit von Frauen und Kindern bestand vielmehr in dem, was die Industrialisierung dem Kapitalismus hinzugefügt hatte: in der relativ klaren Trennung von Wohnplatz und Arbeitsplatz, in der Herauslösung der Arbeit aus dem Familienverband und dem Haushaltszusammenhang, in der Konstituierung der Arbeit als einer separaten und zugleich kollektiven Sphäre. Denn sowohl in der Landwirtschaft als auch im Heimgewerbe wie auch im häuslichen Dienst war die Arbeit der Frauen und Kinder zumeist in familiale, familienbezogene oder familiennahe Zusammenhänge eingebunden gewesen, im Gegensatz zur Arbeit im zentralisierten Betrieb. Zwar kam es vor, daß der Fabrik-Kattundrucker seine eigenen Kinder zum Streichen mitbrachte oder fremde Kinder persönlich anstellte, befehligte, bezahlte und für sie persönlich verantwortlich war; zwar kam es vor, daß ganze Familien in den frühen Textilfabriken arbeiteten, die innerfamiliale Autorität in den Dienst der fabrikinternen Disziplinierung gestellt wurde und so etwas von der elterlichen Erziehungs- und Ausbildungsfunktion im zentralisierten Betrieb erhalten blieb.[255] Aber das waren Ausnahmen. Insgesamt setzte sich die Separierung der Erwerbsarbeit im zentralisierten Betrieb von Familie und Haushalt durch.

Damit aber änderten sich Frauen- und Kinder-Erwerbsarbeit nach sozialer Bedeutung und Qualität. Sie wurden sichtbarer, auffälliger und eindimensionaler. Regelmäßigkeit, Dauer und Intensität nahmen zu. Soziale Begleitumstände traten auf, die von den Zeitgenossen als Verwahrlosung und soziale Gefahr zur Kenntnis genommen und kritisiert wurden. So wurden beide – Kinder- und Frauen-Fabrikarbeit – zum öffentlichen Thema und zum Gegenstand der Politik.

Hierher gehört, was die bürgerlichen Zeitgenossen alarmiert als Probleme der „Sittlichkeit" und der „Verwilderung" debattierten. Die Tatsache, daß in der Fabrik, anders als im häuslichen Gewerbe und größtenteils auch in der Landwirtschaft – miteinander nicht verwandte Personen beiderlei Geschlechts Seite an Seite auf engstem Raume dauerhaft zusammenarbeiteten, wurde als eine Gefahr für die Moral und als ein Nährboden für Laster angesehen. Als 1857 die neu in den Solinger Dampfschleifereien angestellten Mädchen ihre flatternden Gewänder aus Gründen des Unfallschutzes – sie verhedderten sich in den Maschinen – auf Veranlassung des Landrats durch Hosen ersetzten, wurde daraus ein kleiner

Skandal. Der Anblick von Mädchen in Hosen forderte, Thun zufolge, angeblich die mit ihnen zusammenarbeitenden, ihre Anstellung vermutlich ohnehin mißbilligenden männlichen Schleifer zu „allen möglichen Unsittlichkeiten" heraus; „sobald die weiblichen Jungen sich auf der Straße zeigten, wurden sie mit Halloh verfolgt". Sollten sie nicht wenigstens auf der Straße einen Rock überwerfen? Das würde, so fürchtete man, nur zu noch größeren „Unsittlichkeiten" führen. Das Thema hat die Solinger lange beschäftigt.[256] – In Ostwestfalen verbot die Mindener Regierung in den 50er Jahren die Zusammenarbeit von männlichen und weiblichen Zigarrenarbeitern in *einem* Raum; eine Art Schichtarbeit wurde vorgeschrieben, wegen der „Gefahren in sittlicher Beziehung".[257] – Und in den 70er Jahren wurde die „sittliche Verwilderung" der rheinischen Baumwollarbeiter beklagt: „In den Anfängen des Fabriksystems und zum Theil noch heute arbeitete Alles unterschiedslos durcheinander: Kinder, halbwüchsige Burschen und Mädchen, Männer und Frauen, in den überhitzten Räumen nur mit einem Hemde und Rock bekleidet. Jede Scham mußte schwinden, der Ton wurde der Tracht entsprechend ein grenzenlos roher und im Zwielicht bei aufgeregter Nerventhätigkeit und in der Nacht, wo Rücken an Rücken oder Seite an Seite gearbeitet wurde, gingen rohe Worte zu noch roheren Thaten über. Einzelne Fabrikanten hielten sich hübsche Arbeiterinnen in der Fabrik und traten an viele Andere mit ihren Verführungen heran; manche Werkmeister benutzten ihre Herrschaft, um den Mädchen alle Zugeständnisse zu entreißen". Die von weither rekrutierten, aus ihren Familien herausgerissenen Mädchen seien besonders gefährdet, nicht nur bei der Arbeit, sondern erst recht auf den langen Wegen von der Fabrik zur Wohnung zurück.[258] „Die Fabriken, in denen die Knaben und Mädchen der Armen den ganzen Tag hindurch zu Arbeiten verdammt werden, sind in der That die kolossalsten Schulen des Lasters, die Treibhäuser der Prostitution, aus denen vorzugsweise die Schaaren der öffentlichen Dirnen, wie die Polizeiannalen zur Genüge darthun, ihre Lücken doppelt und dreifach ergänzen".[259]

Sicherlich mischten sich in solchen Alarmmeldungen zutreffende Beobachtungen mit wilden Phantasien der männlichen Berichterstatter. Erst recht wurden Ursachen verwechselt: weniger die Nähe der Geschlechter in der Fabrik als Not und Perspektivelosigkeit dürften Mädchen und Frauen zur Prostitution veranlaßt haben.[260] Aber sicher ging es in Hinsicht auf die Sexualmoral in diesem Fabrikmilieu nicht wie in bürgerlichen Vereinen und Haushalten zu. Sicherlich reizte am Wechsel vom gegängelten Gesindestatus in die sozial ungebundenere Fabrikexistenz auch das Stück zusätzlicher Freiheit, das man damit gewann. Und dieses hatte seine sexuell-erotische Dimension. Sexuelle Belästigung und sexuelle Gewalt werden überdies innerhalb der Arbeiterschaft wie zwischen männlichen Vorgesetzten und weiblichen Untergebenen eine große Rolle gespielt haben. Und vor allem sind diese alarmierenden Berichte, bei aller Übertreibung im einzelnen, Indizien: für das verbreitete Gefühl, daß diese neue Arbeits- und Sozialform mit ihrer außerfamilialen Frauen- und Kinderarbeit etwas Sprengendes, Auflösendes, Infragestellendes in sich hatte und die herkömmlichen Verhältnisse auch moralisch bedrohte.

Diese Kritik an der „entsittlichenden" Wirkung der Fabrik hat die industrielle Frauenarbeit weder beseitigt noch reduziert. Angesichts der ökonomischen Zwänge, der Not der Bevölkerung und des Sogs der Fabrikarbeit erwies sich diese Kritik als zu schwach, soweit es um Frauenarbeit ging. Aber sie spielte ihre Rolle beim Kampf gegen die Kinderarbeit. Mit dieser Stoßrichtung erwies sich die Furcht vor der Verwahrlosung durch Fabrikarbeit als um vieles begründeter. Der Kritik an der Kinderarbeit standen nicht nur moralische, sondern zudem auch pädagogische Argumente zur Verfügung. Man fürchtete die langfristige Verwahrlosung einer ganzen Generation von Arbeiterkindern, die als Kinderarbeiter verkümmerten und verwilderten, vor allem weil sie der elterlichen wie der schulischen Erziehung entzogen wurden. Erst in einigen Jahren, so ein bayerischer Distriktschulinspektor 1852, würden die Schäden „in der körperlichen und geistigen Verkommenheit dieser Unglücklichen zum unberechenbaren Nachtheile der Heimatgemeinde zu seiner ganzen Größe hervortreten".[261] Von Lehrern und Pädagogen, Verwaltungsbeamten und Pfarrern, Journalisten und anderen Bürgern wurde dieses Argument immer dringlicher wiederholt: die Prognose großer menschlicher „Kosten" und zukünftigen sozialen Unheils aufgrund des Ausfalls elterlicher Erziehung und schulischer Bildung als Folge der Kinder-Fabrikarbeit. Den gesetzlich vorgeschriebenen, aber faktisch vernachlässigten Schulbesuch klagte man ein. Als die Kompromiß- und Zwischenlösungen der Fabrik-, Abend- und Sonntagsschulen wenig Änderung brachten, forderte man die gesetzliche Einschränkung der Kinderarbeit, um den nötigen Schulbesuch zu ermöglichen.[262]

Solange die Ausbeutung der Kinder im Schoße der landwirtschaftlichen und heimgewerblichen Familien stattfand, hätte diese Kritik an der drohenden Barbarisierung aufgrund ausfallender Sozialisation keinen Ansatzpunkt gehabt. Sie wurde erst sinnvoll und in einer zunehmend bürgerlichen, auf Schule und Bildung setzenden Öffentlichkeit zur bewegenden Kraft, als die Industrialisierung die Kinderarbeit aus dem Kontext des Familienverbandes herausgebrochen und in der Fabrik als einer eigenständigen Sphäre in all ihrer Härte sichtbar gemacht hatte.

d) Rückgang der Kinderarbeit und Ausdehnung der Frauenarbeit seit den 40er Jahren

Die Kinderarbeit in den Fabriken und Manufakturen scheint in den 20er und 30er Jahren des 19. Jahrhunderts ihre größte Ausdehnung erreicht zu haben. Seit den 40er Jahren nahm sie ab. Das war ein allmählicher, gegen zahlreiche Widerstände verlaufender Prozeß. Die meisten einschlägig interessierten Unternehmen verzichteten nur widerstrebend darauf, diese billigen Arbeitskräfte zu rekrutieren, zumal in der Textilindustrie wie in anderen Bereichen der Arbeitsmarkt seit den 50er Jahren angespannter wurde und in Aufschwungjahren Engpässe auch bei weniger qualifiziertem Personal auftreten konnten. Die Eltern der Kinder –

durchweg Arbeiter und andere Angehörige der Unterschichten – glaubten in ihrer Armut und Not, auf den Zuverdienst der Jüngsten nicht verzichten zu können, und der war in den Fabriken nun einmal besser als irgendwo sonst. In der Öffentlichkeit wurde zudem bisweilen die Meinung vertreten, daß ohne die frühe Einbeziehung der Kinder in die Erwerbsarbeit das Heer der Bettler noch anschwellen werde. Gerade in den kleinen und mittleren Betrieben hielt sich die Kinderarbeit noch lange, es gab zwischendurch Rückschläge bei ihrer Zurückdrängung, die Dunkelziffer war zweifellos hoch. Dennoch hatte die Fabrikarbeit der bis 12 Jahre alten Kinder Mitte der 70er Jahre aufgehört, ein quantitativ ins Gewicht fallendes Problem zu sein. Auch der Anteil der 12- bis 14jährigen Mädchen und Jungen war in drastischem Rückgang begriffen. Im Heimgewerbe, in der Landwirtschaft, wohl auch im Handwerk und im Bereich der Dienstleistungen (Botengänge) existierte jedoch die Kinderarbeit kräftig weiter und beschäftigte bis weit ins 20. Jahrhundert hinein als soziales Problem die Debatten der Öffentlichkeit.[263] Wie erklärt sich der Rückgang der Fabrik-Kinderarbeit?

In der Literatur findet sich oft ein ökonomistisches Argument. Danach hat der technische Fortschritt zur Verdrängung der Kinderarbeit geführt, indem er den Produktionsprozeß so umgestaltete, daß der *Bedarf* an Kinderarbeit in den Unternehmen zurückging. Das Argument trifft in vielen einzelnen Fällen zu. Während in der rheinischen Baumwollindustrie zur Bedienung einer Spinnmaschine in den 30er Jahren neben einem Erwachsenen drei Kinder benötigt wurden, verlangte zwanzig Jahre später ein neuer Typus der Spinnmaschinen nur noch die Mithilfe *eines* Kindes. Gerade die zügige Ersetzung der in der ersten Jahrhunderthälfte noch häufigen Handspinnmaschinen durch voll mechanisierte reduzierte die Nachfrage nach Kinderarbeit.[264]

Doch erklärt dieser Faktor den beobachtbaren Rückgang der Fabrik-Kinderarbeit nur zum kleineren Teil. Denn wie auch der gleichzeitige Anstieg des Anteils der jugendlichen Arbeiter im Alter von 12 bis 14, dann von 14 bis 16 Jahren zeigt, bestanden gerade in der Textilindustrie weiterhin sehr zahlreiche Arbeitsplätze, die billig von Kindern hätten ausgefüllt werden können. Entsprechend entschieden meldeten sich auch Unternehmer zu Wort und protestierten, als in Preußen seit 1839 und verschärft ab 1853 die Kinderarbeit gesetzlich und durch obrigkeitliche Kontrollen beschnitten werden sollte. Und wenn man Gegenden *mit* frühem gesetzlichen Kinderarbeitsschutz mit ansonsten ähnlich strukturierten, benachbarten Gegenden *ohne* solche Bestimmungen genau vergleicht, dann sieht man, daß nicht die technologische Entwicklung und die dadurch abnehmende Nachfrage den Rückgang der Kinder-Fabrikarbeit größtenteils erklären, sondern die staatlichen Maßnahmen, so unvollkommen sie zunächst waren und so langsam sie griffen.[265]

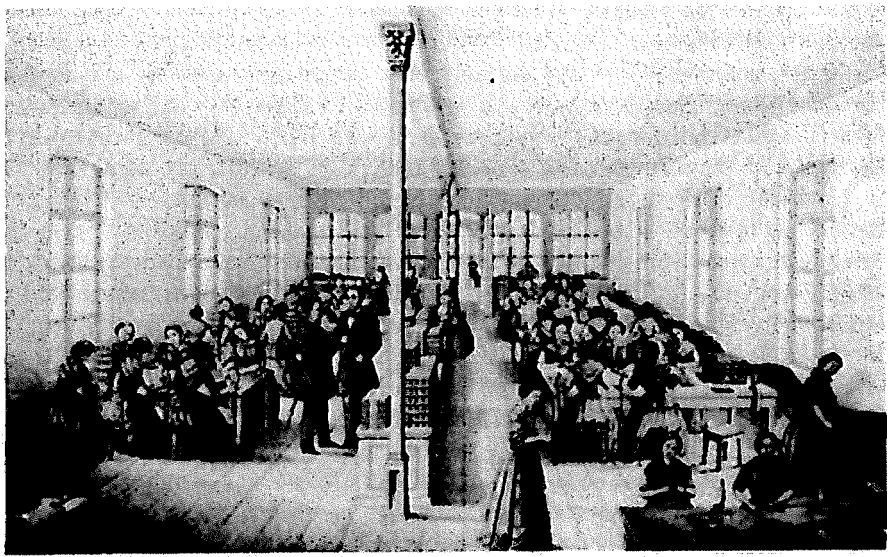
Auf das Verbot der Fabrik-Arbeit vor dem beendeten 9. Lebensjahr, die Begrenzung der Arbeitszeit für 10- bis 16jährige auf maximal zehn Stunden und das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit für Kinder und jugendliche Arbeiter (1839) folgten in Preußen 1853 die Erhöhung des Mindestalters auf 12 Jahre, die Begrenzung der Arbeitszeit der 12- bis 14jährigen auf maximal 6 Stunden, die Vorschrift, jugendlichen Arbeitern bestimmte zusätzliche Pausen zu gewähren,

und die Einsetzung von Fabrikinspektoren, die die Einhaltung des Gesetzes überwachen sollten und in den 70er Jahren obligatorisch wurden. Vor allem gegen die Arbeitszeitbeschränkung für Kinder und Jugendliche richtete sich der Unmut der Fabrikanten, denn damit ließen sich diese billigen Arbeitskräfte nicht mehr so recht in den Arbeitsrhythmus der Erwachsenen eingliedern – Anlaß zu vielfältigen Vertuschungen, die nur schwer nachzuweisen waren, weil sie zumeist von den Betroffenen gedeckt wurden, mittelfristig aber auch Anlaß zum deutlichen Abbau dieser Arbeitergruppe.[266]

Es war primär die Wirkung der auf zentralisierte Betriebe begrenzten und dort schrittweise durchgesetzten staatlichen Gesetzgebung, die den Rückgang der Fabrik-Kinderarbeit vorantrieb. Dahinter traten andere Faktoren zurück.[267] Die staatlichen Eingriffe resultierten weniger aus der Sorge der Generalität, daß die schädliche Kinderarbeit die Qualität des zu rekrutierenden Soldaten-Nachwuchses beeinträchtigen werde.[268] Dieses Argument spielte nur eine periphere Rolle. Zentral war vielmehr die bereits skizzierte, öffentliche, vor allem von Pädagogen und anderen Bildungsbürgern, aber auch von einzelnen Unternehmern, wie etwa von J. Schuchard im Rheinland, vorgebrachte Kritik an der drohenden Verwahrlosung einer ganzen Generation. Die Forderung nach Einhaltung der Schulpflicht wurde zum wichtigsten Hebel. Wenn es nach den Gesetzen der Fabrik und der Lohnarbeit gegangen wäre, hätte die Kinderarbeit vor allem in den textilindustriellen Fabriken noch lange existiert. Ihre Reduktion im Laufe eines Vierteljahrhunderts war der erste Beweis für die Möglichkeit, daß die selbständige Dynamik der Lohnarbeit durch außerökonomische, staatliche, exekutierte Maßnahmen gebremst und ein Stück weit modifiziert werden konnte, jedenfalls wenn die dagegen stehenden ökonomischen Interessen nicht allzu ausgeprägt waren und ihre Übergehung nicht zur Gefährdung der Funktionsvoraussetzungen des Systems führte.[269]

Ganz anders verlief die Entwicklung der Fabrik-Frauenarbeit. Die Kritik an ihr gewann nur allmählich an Schwung, denn die pädagogische Zuspitzung fehlte ihr, die Schulmänner kamen als Verbündete nicht in Frage. In der Tat war ja – ökonomisch, sozial, moralisch – die Fabrikarbeit erwachsener Frauen etwas ganz anderes als die Fabrikarbeit kleiner und größerer Kinder im schulpflichtigen Alter.

Immerhin nahm die Kritik zu. Die Sprecher der männlichen Arbeiter und die entstehende Arbeiterbewegung wandten sich oft gegen die zunehmende Frauenarbeit, zumindest in bisher rein männlichen Bereichen; und nicht selten wurden prinzipiell-moralische Argumente zur Ornamentierung handfest-defensiver Konkurrenzinteressen benutzt.[270] Und die moralisch-soziale Kritik an der außerhäuslichen Erwerbsarbeit, besonders der Fabrikarbeit von Frauen, verlor zwar – mit der Gewöhnung an gemischt-geschlechtliche Arbeitssituationen – manchen schrillen Oberton, aber mit der allgemeinen Durchsetzung des bürgerlichen Familienideals als öffentlich akzeptierter, obgleich nicht verwirklichter Norm gewann sie an zusätzlicher Kraft. „Schaffet die Frauenarbeit ab und ermöglicht es den Frauen, ihren Haushalt selbst zu führen; ermöglicht es dem männlichen Arbeiter, soviel zu verdienen, als er zur Ernährung von Weib und Kind bedarf".



Die Bleistiftfabrikation Faber-Castell um 1850. Frauen beim Verpacken der Bleistifte

Dieser Aufruf eines Augsburger Sozialdemokraten von 1877 dürfte übrigens bei den verheirateten Fabrikarbeiterinnen kaum auf Widerspruch gestoßen sein. Denn wie spätere Umfragen deutlich zeigen, waren es fast ausschließlich ökonomische Motive, die diese Frauen in die Fabrik gehen ließen. Lieber wären sie – nach bürgerlichem Muster – zu Hause geblieben.[271]

Aber einerseits erlaubten es die Verdienste der allermeisten männlichen Arbeiter nicht, auf den Zuverdienst der Töchter und Ehefrauen zu verzichten. Schon in vorindustrieller Zeit war es ein Merkmal aller Unterschichten-Haushalte gewesen, daß alle ihre Angehörigen, soweit sie dem Kleinkindalter entwachsen waren, an ihrer Erhaltung mitwirken und zu ihren Einkünften beitragen mußten. Die Durchsetzung der Lohnarbeit und die Industrielle Revolution änderten daran zunächst wenig.[272]

Und andererseits sprach der Bedarf der Unternehmen eine deutliche Sprache, sehr viel deutlicher und nachdrücklicher als im Falle der Kinderarbeit, deren Reduktion die Einstellung von Jugendlichen und Frauen nur um so wünschenswerter machte. Die Nachfrage nach *industrieller* Frauenarbeit weitete sich in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts aus. Zunächst war sie ja, wie gezeigt, noch ganz in den traditionellen, von Frauen seit langem bearbeiteten Bereichen verortet gewesen, so sehr diese Bereiche sich mit dem Übergang vom Heimgewerbe zur Fabrik auch grundsätzlich änderten. Die zunehmende Arbeitsteilung und Maschinisierung der Industriellen Revolution schaffte nun in vielen Branchen, z.B. im Maschinenbau, neue Arbeitsplätze für angelernte, nicht allzu viel Muskelkraft beanspruchende Tätigkeiten. Und die Unternehmensleitungen zogen es häufig vor, diese Stellen mit leichter rekrutierbaren, billiger arbeitenden und

meist auch leichter lenkbaren Frauen zu besetzen. In der ganzen Textilindustrie wuchsen im dritten Jahrhundertviertel die Anteile jugendlicher und weiblicher Arbeiter, auch die Webereien und die Veredelungsbetriebe hörten auf, Domänen der Männer zu sein. Zunehmend griff nun die Frauen-Fabrikarbeit auch über den Textilbereich hinaus.[273] Gelernte Fabrikarbeiterstellen, die meisten Aufsichts- und Meisterpositionen und die stark handwerklich geprägten wie die Schwerarbeit erfordernden Bereiche blieben den Frauen aber versperrt. Und weiterhin blieb die Fabrikarbeit, wie oben gezeigt, für die meisten Frauen auf eine Lebensphase beschränkt, die zumeist bald nach der Heirat endete und in der Regel weniger als zehn Jahre gedauert haben dürfte. Dies unterschied die Fabrikarbeiterinnen in der Regel auch weiterhin klarer als die meisten ihrer männlichen Kollegen vom reinen Typus des Lohnarbeiters, zu dem Permanenz als Merkmal gehört. Sicher hätte diese Erfahrung die Organisierbarkeit der weiblichen Arbeiter in der entstehenden Arbeiterbewegung auch dann erschwert, wenn nicht rechtliche Hindernisse, andere familiäre Prägungen und die teils skeptische, teils ablehnende und nur ausnahmsweise einladende Haltung der männlichen Arbeiter ihre Einbeziehung in die frühen Gewerkschaften und Arbeiterparteien ohnehin entschieden gebremst hätten.[274]

8. Der Kern der Arbeiterklasse? – Ergebnisse und Ergänzungen

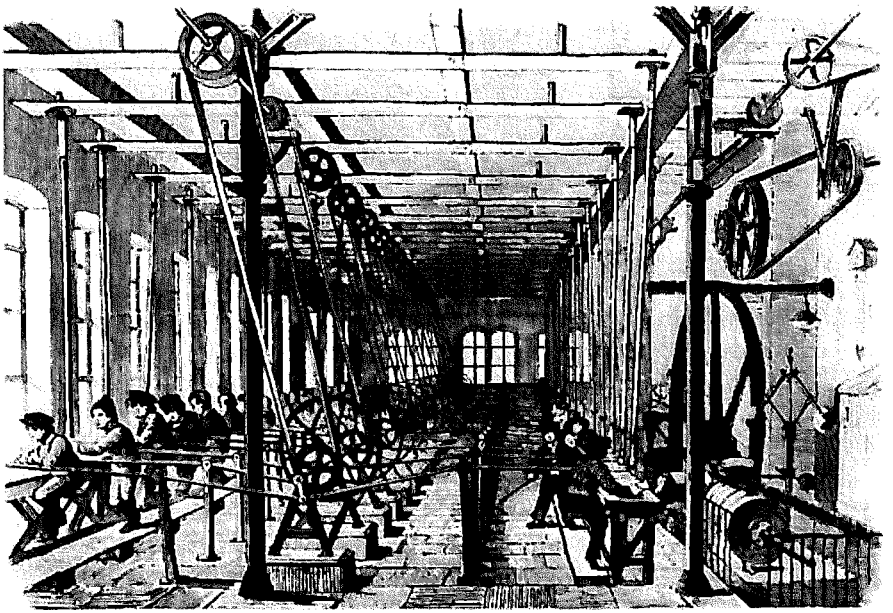
a) Weitere Industrien

Die Variationsbreite ist groß: von den Tabakarbeitern im manufakturartigen, heimarbeitsnahen Werkstattbetrieb über die Kumpel und Stahlkocher in den Großunternehmen des Montanbereichs bis zu den berufsstolzen Fabrikhandwerkern des Maschinenbaus und den angelernten, elend gestellten Arbeitskräften der Textilfabriken, wobei jede dieser Kategorien in sich vielfältig gegliedert war und die Angehörigen jeder dieser Unterkategorien die Industrielle Revolution ein wenig anders erlebten. Selbst wenn man nur auf die Arbeiter im zentralisierten Gewerbe blickt, ist man also weit davon entfernt, eine einförmige proletarische Masse zu entdecken.[275] Und die Palette läßt sich noch unschwer erweitern:

Man könnte etwa die vorwiegend mittelbetriebliche, mit der Nachfrage rasch expandierende, zunehmend Maschinen und neue chemische Verfahren einsetzende Papier- und Pappe-Industrie einbeziehen, die in der Art ihrer Arbeitsvollzüge mit ihrem kleinen handwerklich qualifizierten Arbeiterkern und einem großen, wachsenden Anteil an angelernten Kräften, darunter vielen Frauen, dem Textilbereich ähnelte.[276]

Oder man könnte die mit der Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln beschäftigten Gewerbe vorstellen, in denen der Werkstatt- und Manufakturbetrieb vorherrschte, wie in der vorn behandelten Zigarrenfabrikation, aber doch zunehmend Maschinisierung stattfand. Dies geschah z. B. in der Zuckerindustrie, die mehr Personen beschäftigte als jede andere Branche des Nahrungsmittelbereichs, die Brauereien und Schnapsbrennereien eingeschlossen. In den durchweg landwirtschaftsnahen Zuckerfabriken herrschte grobe, teilweise harte, wenig qualifizierte Handarbeit vor, zunehmend im Rhythmus, den die Förder-, Wasch-, Schneide- und Maischmaschinen, die Schleudern und Filterpressen vorgaben. Diese teilweise im Freien stattfindenden, arbeitsteiligen Tätigkeiten wurden vorwiegend von schnell angelernten Angehörigen der ländlichen Unterschicht aus der Umgebung erledigt, darunter sehr vielen Frauen – oft in Saisonarbeit, nachdem sie im Sommer bei den Erntearbeiten geholfen hatten. Wie im Hütten- und im Textilbereich ragte eine schmale, gut bezahlte Oberschicht von meist männlichen Facharbeitern aus der Menge der Zuckerfabrikarbeiter heraus, die wie die Siedemeister oder die Maschinenschlosser die Arbeitsgänge steuerten und kontrollierten oder hochqualifizierte Erhaltungsarbeiten verrichteten.[277]

Oder man könnte sich die kleine, rasch wachsende Chemie-Industrie näher anschauen. Hart und gesundheitsgefährdend war die Arbeit in den Firnissiedereien und Lackkochereien, den Pulver- und Farbenfabriken verschiedenster Art, besonders in denen, die auf Bleibasis produzierten. Poch-, Sieb- und Mahlwerke



Kinderarbeit in der Buntpapierfabrik Dessauer in Aschaffenburg. Holzstich 1858

wurden frühzeitig benutzt und zunehmend mit Dampfkraft betrieben. Ungelernte und angelernte Arbeitskräfte herrschten vor, vorwiegend aus den ländlichen Unterschichten des jeweiligen Umlands rekrutiert. Sofern es sich um ehemalige Handwerker handelte, hatten sie in aller Regel in der Chemie-Fabrik ganz andere, berufsfremde Tätigkeiten auszuüben als früher. Der Frauenanteil blieb hier gering, meist unter 10%; der Kinderanteil lag selbst im Vormärz noch tiefer. Die Verhältnisse erinnern an das Hochofenwerk, jedoch ohne dessen qualifikationsintensive Kernabteilungen. Die Chemische Industrie setzte weder eine Handwerkstradition fort, wie der Maschinenbau, noch fußte sie auf einem alten Heimgewerbe wie große Teile der Textilindustrie. Auch über eine ständische Tradition, wie der Bergbau, verfügte sie nicht. Die großen Werke waren Fabriken, sie wuchsen aus Manufakturen hervor. Die Größe dieser Werke variierte im dritten Jahrhundertviertel zwischen zehn und mehreren Hundert Beschäftigten. Die meisten Werke zählten weniger als 50 Personen. Die Bezahlung war vergleichsweise schlecht. Daß die Hälfte der Neuankömmlinge innerhalb des ersten halben Jahres wieder verschwanden, war offenbar keine Seltenheit. Arbeitsbedingte Erkrankungen wie Bleikoliken und Vergiftungen traten in den ungesunden Werkstätten mit ihrem Staub und ihren schädlichen Dünsten auf, auch wenn sich die Arbeiter bei manchen Arbeitsgängen Nase und Mund mit nassen Tüchern verbanden und mit Wasser und Essig gurgelten.[278]

Man könnte weitere Varianten der Arbeit im zentralisierten Gewerbebetrieb erörtern.[279] Doch ist Vollständigkeit nicht das Ziel. Was läßt sich an Gemeinsamkeiten der in diesem Kapitel vorgestellten Arbeiter zentralisierter Betriebe

konstatieren? Was läßt sich – unter dem Gesichtspunkt der Klassenbildung – an Generellem festhalten? Was für Schlüsse drängen sich auf?

b) Lohnarbeit, Maschinisierung und Zentralisation

Vor allem in der marxistischen Tradition findet sich die These, das mit der Industriellen Revolution entstehende „Fabrikproletariat" habe „den festen Kern der Arbeiterklasse" dargestellt. „Ohne ihn erscheint die Formierung der Arbeiter zur Klasse ausgeschlossen."[280] Wird diese Sichtweise durch die vorausgehenden Abschnitte bestätigt? In bezug auf die Fabrikarbeiter oder die Arbeiter der zentralisierten Gewerbebetriebe insgesamt? Wenn der Lohnarbeiterstatus dieser Kategorien besonders klar ausgeprägt war, woran könnte es gelegen haben?

Die Maschinisierung als solche kann kaum als zentraler Bedingungsfaktor gelten. Sie betraf in der Industriellen Revolution unmittelbar nur eine Minderheit aller zentralisiert beschäftigten Arbeiter, eine Minderheit allerdings, die schnell wuchs. Je nach Maschinenart, aber auch je nach Herkunft, vorausgehender Tätigkeitsart und damit verbundenen Erwartungen der betroffenen Arbeiter konnte sie primär bedrohen und dequalifizieren oder primär entlasten und sogar aufwerten. Zwar war Dequalifizierung ein häufiges Phänomen: Dequalifizierung durch Aufspaltung, Vereinfachung und genaue Regulierung bis dahin qualifizierter, komplexer und selbstgesteuerter Tätigkeiten. Aber die allmähliche Dequalifizierung des Stellensystems eines *wachsenden* Betriebs oder einer *wachsenden* Branche führte nicht notwendig zu erbitternden Dequalifizierungserfahrungen der Einzelnen.[281] Meistens dürfte die Maschinisierung den Dispositionsspielraum der Arbeiter etwas eingeschränkt haben. Dies bedeutete entweder zusätzliche Disziplinierung oder aber partielle Ersetzung persönlich vermittelter Herrschaft – z.B. des Meisters – durch den stummen Zwang der Maschinen.

Allerdings war die Degradierung der Arbeiter zu bloßen Anhängseln oder Handlangern von Maschinensystemen die Ausnahme. Die Maschinisierung blieb damals sehr unvollkommen, lückenhaft, sogar insulär. Gerade die Unvollkommenheit der Maschinen machte sie oft schwer erträglich, man denke an die von ihnen ausgehenden Gefahren und fehlenden Schutzvorrichtungen, den Lärm, den Staub oder auch daran, daß ihr Arbeitsfluß Lücken ließ, die durch unangenehme, „mechanische", verbildende Menschenarbeit gefüllt werden mußten, bevor sie Jahrzehnte später durch verbesserte Maschinen wegfielen.

Mit der Unvollkommenheit der damaligen Maschinen hing aber auch zusammen, daß die Arbeiter weiterhin relativ viel Spielraum besaßen, den Rhythmus und die Variationen ihrer Verrichtungen selbst zu beeinflussen. Entsprechend wichtig blieb das Moment der persönlichen Herrschaft im frühen Betrieb, etwa die Macht und oft Willkür der Meister. Die „Versachlichung" der innerbetrieblichen Herrschaftsbeziehungen stand noch am Anfang.

Die Ausformung des Lohnarbeiterstatus als solche wurde durch die Maschinisierung vor allem in doppelter Weise gefördert: 1. Die Maschinisierung half mit,

herkömmlich-handwerkliche Tätigkeitsprofile zu zerteilen und aufzuspalten. Damit forderte sie berufsständisches Selbstverständnis nicht nur – oft mit Protestfolgen – heraus, sie trug auch zu seiner Auflösung bei, was die Entstehung einer berufsübergreifenden Lohnarbeiteridentität erleichterte. – 2. Sie war der vermutlich wichtigste Antrieb zur Zentralisierung der Produktion. Die Herausbildung zentralisierter Gewerbebetriebe resultierte aus verschiedenen Motiven und Anstößen. Aber sicher war der Wunsch nach Verwendung von Maschinen eine wichtige Triebkraft. Abgesehen von bemerkenswerten Zwischenlösungen auf Zeit[282] galt bis zur späteren Verbreitung des Elektromotors: keine wirkliche Maschinisierung ohne Zentralisation. Diese aber war es vor allem, die die relativ reine Herausbildung von Lohnarbeit erzwang, wie nun zusammenfassend erörtert werden soll.

c) Besitzlosigkeit

Der zentralisierte Charakter der Produktion machte es äußerst wahrscheinlich, daß die hier beschäftigten Arbeiter – anders als Heimgewerbetreibende, Handwerksmeister, viele Gesellen und zahlreiche Erdarbeiter[283] – die Produktionsmittel nicht selbst besaßen und insofern in reinerer Form Lohnarbeiter waren als jene. Jedenfalls galt das für die Gebäude und Anlagen, in aller Regel auch für Rohstoffe und Geräte, besonders sofern sie aus Maschinen bestanden. Sicher gab es Ausnahmen, etwa wenn die Bergleute der frühen Jahre ihre eigenen Grubenlampen mit in den Schacht nahmen oder qualifizierte Schlosser bisweilen auch noch im Großbetrieb des späten 19. Jahrhunderts ihr eigenes Werkzug verwandten. Aber im Prinzip besaßen die Arbeiter im zentralisierten Betrieb die Produktionsmittel nicht selbst. Um so weniger Illusionen werden sie sich über die Lohnabhängigkeit ihrer Stellung gemacht haben.[284]

d) Die Herauslösung der Arbeit aus der sonstigen Lebenswelt

Im Unterschied zur Situation der Dienstboten, Landarbeiter, Heimgewerbetreibenden und Handwerker fand die Arbeit im zentralisierten Betrieb in relativ deutlicher Distanz zu Haushalt und Heim der Arbeitenden statt. Während die hauswirtschaftliche Einbindung bei Gesinde, Heimarbeitern, oft auch bei Landarbeitern und vielen Handwerksgesellen die klare Herausbildung von Lohnarbeit objektiv und in deren Selbstverständnis begrenzte, spielte diese Grenze bei den Arbeitern des zentralisierten Gewerbes nur eine geringfügige Rolle.

Sicherlich, diese Trennung von Betrieb und Haushalt, von Arbeitswelt und außerbetrieblicher Lebenswelt kristallisierte sich nur allmählich heraus, und perfekt war sie nie. Frühe Manufakturarbeiter galten bisweilen als Gesinde. Nur allmählich lösten sich manche Produktionsstätten aus dem hauswirtschaftlichen

Zusammenhang, der sie ursprünglich umfing.[285] Angesichts überaus langer Arbeitszeiten und weiter Wege zwischen Wohnung und Werk kam es vor, daß man in Phasen besonders ausgedehnter Überarbeit in der Fabrik übernachtete.[286] Es kam außerdem vor, daß ganze Familien gemeinsam in die frühen Textilfabriken arbeiten gingen oder doch Fabrik-Textilarbeiter, z. B. Kattundrucker, ihre eigenen kleinen Kinder als Hilfskräfte mitnahmen. Innerfamiliale Autoritäts- und Abhängigkeitsbeziehungen wurden so in die frühe Fabrik verpflanzt und für die Lösung der sich dort stellenden Aufgaben verwendet.[287] Gleichzeitig mochten das Mitnehmen der Kinder und ihre Beaufsichtigung am Arbeitsplatz die Gefahr verringern, die dem Familien-Zusammenhalt durch die außerhäusliche Erwerbsarbeit der Eltern drohte. Auch in anderer Weise schob sich die Familie ein Stück weit in die Fabrik hinein: Die Frau, die Kinder oder beide zusammen brachten dem Mann und Vater das Essen an den Arbeitsplatz. Bisweilen wurden die noch nicht scharf begrenzten Arbeitspausen zu einem Stück Familienleben genutzt.[288]

Umgekehrt veranlaßten Wohnungsnot, lange Arbeitszeiten sowie unternehmerische Fürsorge- oder Kontrollabsichten vor allem ländliche Manufakturen und Fabriken dazu, Wohnungen und Schlafstellen direkt auf oder ganz nah dem Werksgelände zu bieten.[289] Eine scharfe Trennung zwischen Betrieb und Familie konnte sich in solchen Fällen nicht leicht ergeben. Dies traf erst recht auf die verschiedensten Spielarten des unternehmerischen Patriarchalismus zu. Sei es durch freiwillige Fürsorgeleistungen, sei es durch gängelnde Ver- und Gebote versuchten die Unternehmensleitungen damit, die Grenze zwischen Betrieb und Privatsphäre zu überspringen. Manche – bezeichnenderweise oft „Hausordnung" genannte – Fabrikordnung zielte darauf ab, das Leben der Arbeiter auch außerhalb des Betriebes zu regeln: Familie und Haushalt als Gegenstand unternehmerischer Politik.[290]

Manches davon hielt sich lange: Die Debatte über die illiberalen, die Trennung von Betrieb und außerbetrieblicher Lebenswelt nicht respektierenden Elemente des Patriarchalismus erreichte ihren Höhepunkt erst nach dem Ende des Jahrhunderts. Die mittägliche Versorgung des Fabrikarbeiters aus dem „Henkelmann" durch Mitglieder seiner Familie fand sich auch noch im 20. Jahrhundert. Die Werkswohnung auf dem Fabrikgelände hielt sich ebenfalls, zumindest für den Direktor und die „Beamten" kleinerer Firmen außerhalb der ganz großen Städte. Aber im übrigen blies der Wind in die andere Richtung.

Zwar dehnte sich der Werkswohnungsbau weiterhin aus[291], aber zumeist waren beide Seiten für ein Minimum an örtlicher Distanz dankbar. Die Einrichtung von Kantinen in den Großunternehmen – z. B. 1871 bei der Gutehoffnungshütte in Oberhausen, meist aber viel später – machte den Gang mit dem „Henkelmann" obsolet. Die junge Mutter wich in der Regel aus der Fabrik- in die Heimarbeit aus oder zog sich im Ausnahmefall auf Fabrik-Teilzeit-Arbeit zurück.[292] Oder sie brachte ihr Kind in eine der mit der Industrialisierung entstehenden, aber zunächst sehr wenig zahlreichen Kinderbewahranstalten. Vielleicht überließ sie es auch sich selbst, vielleicht den Verwandten oder Nachbarn. Aber in die Fabrikhalle wurde es bald nicht mehr mitgenommen. Spätestens die gesetz-

lichen Kinderarbeitsbeschränkungen und darauf fußenden Arbeitsordnungen schrieben die Unvereinbarkeit von Fabrik- und Familienleben fest.[293] Je strikter die Organisation der Betriebe Effizienzgesichtspunkten folgte, je kürzer die Pausen und je schärfer die Kontrollen wurden – und trotz aller Einschränkungen war dies der hauptsächliche Trend –, desto direkter schottete sich der Betrieb gegenüber der Familiensphäre ab, die um so „betriebsfremder" erschien.[294] Meist hatte man lange Wege zwischen Betrieb und Zuhause zu überbrücken.

Die Arbeit in den Manufakturen, Bergwerken und Fabriken spielte sich also zunehmend außerhalb des Familien- und Haushaltszusammenhangs ab. Sie geschah in Räumen und zwischen Einrichtungsgegenständen, die den Arbeitern weder gehörten noch von ihnen gestaltet werden konnten. Klarer als die Heimarbeit oder als die Arbeit im meist wohnungsnahen, kleinen Handwerkerbetrieb hob sich die Arbeit im zentralisierten Betrieb von anderen Lebensbereichen ab. Die massiven Fabrikmauern, die klar kontrollierten Zugänge und Ausgänge, die scharfe Markierung des Anfangs und des Endes der Fabrikarbeit durch Glockenzeichen und Pfeifen, die Geltung einer besonderen Ordnung im Innern der Fabrik – all das half mit und signalisierte, daß im zentralisierten Gewerbebetrieb die Arbeit zu einer relativ eigenständigen, aus dem sonstigen Lebenszusammenhang herausgelösten Dimension wurde, zu einer Sphäre mit eigener Zeit, eigener Disziplin und eigenen Gesetzen.[295]

Diese Ausdifferenzierung von Haushalt und Erwerbsarbeit hatte *langfristig* befreiende Folgen. Denn langfristig ermöglichte sie die Entstehung einer Privatsphäre durch Entlastung von Zwängen, die harter, marktorientierter, fremdbestimmter Arbeit innewohnten und sich etwa beim Heimarbeiter ganz unvermittelt auf das gesamte Leben der Familie niederschlugen. *Zunächst* aber hatten die Arbeiter wenig davon: Zu kurz war die Zeit, die der lange Arbeitstag und die langen Wegstrecken übrigließen. Die drückende Bedürftigkeit ließ eine wirkliche Freisetzung der Arbeiterfamilie in der Regel nicht zu. Der Mitverdienst der Frau, die frühe Arbeit der Kinder, vielleicht die Besorgung eines kleinen landwirtschaftlichen Nebenbetriebs, die Aufnahme von Mietern, all dies lief weiter und war lebensnotwendig. Von der Fabrik mochte die Familie separiert sein, von der Erwerbsarbeit generell keinesfalls. Das bürgerliche Familienideal blieb unerreichbar.[296]

Zwar zog mancher Geselle und manches Dienstmädchen die Arbeit in der Fabrik seinen bisherigen Verhältnissen vor, weil sie Emanzipation aus der direkten sozialen Kontrolle des meisterlichen oder herrschaftlichen Haushalts und damit mehr Freiheit in persönlichen Dingen versprach.[297] Aber häufiger ließ die Trennung zwischen Arbeitsplatz und Wohnsphäre das Arbeiten unangenehmer, zwanghafter, fremdbestimmter erscheinen. Viele Heimarbeiter scheinen die Fabrikarbeit solange wie möglich gemieden zu haben, u. a. weil sie außerhalb von Familie und Haushalt stattfand und obwohl sie in der Regel besseren Verdienst abwarf.[298]

Sei es, daß der Wechsel in den haushaltsfernen, zentralisierten Gewerbebetrieb primär als Chance, sei es, daß er vor allem als Verlust erlebt wurde, Lohnarbeit durfte für die hier Beschäftigten *als solche* erlebbarer und damit auch sub-

jektiv prägender geworden sein, als sie es im Heimgewerbe, im Handwerk und in der Landarbeit war, wo sie in vielfältige lebensweltliche Bezüge eingebunden blieb und von diesen relativiert wurde.[299]

Daraus ergab sich eine für die Entstehung des Lohnarbeiter-Klassenbewußtseins kaum überschätzbare Konsequenz: Die Größen oder Werte, die Parameter, in bezug auf die sich der zwischen Unternehmern und Arbeitern angelegte Verteilungskonflikt vor allem äußerte, nämlich *Lohn* und *Zeit* oder *Leistung* wurden als isolierbare Phänomene erlebbar, gestaltbar und umstritten.

Bei Landarbeitern, Handwerksgesellen und Dienstboten stieß es oftmals auf Schwierigkeiten, Arbeitslöhne, -zeiten, und -leistungen genau zu bemessen. Die Löhne waren ja oft ein Teil schwer quantifizierbarer, auch aus Naturalien, Unterkunft und anderen Leistungen bestehender Entgelte; den Arbeitszeiten fehlte es meist am scharf gezogenen Anfang und am klar definierten Ende; die Arbeitsleistung von Gesellen und Gesinde konnten die Beteiligten in der Regel beurteilen, aber nicht genau messen. Die Arbeit war eben noch so sehr Teil des sonstigen Lebens, daß sie sich nicht recht isolieren und quantifizieren ließ. Das, was an Lohnarbeitselementen im Meister-Gesellen- oder im Herr-Knecht-Verhältnis steckte, war eingebettet, verhüllt, überdeckt und selbst für die unmittelbar Beteiligten weder leicht erlebbar noch klar erkennbar. Entsprechend schwer mußte es sein, Lohn und Zeit ohne Rücksicht auf Herkommen und lebensweltliche Auswirkungen ausschließlich nach markt- und zweckrationalen Gesichtspunkten zu verändern. Aufkommende Spannungen und Konflikte – zwischen Meistern und Gesellen zum Beispiel – konnten sich in dieser Situation nicht auf Lohn-, Leistungs- und Arbeitszeitfragen *beschränken*. Sie *hatten* umfassender, mehrdimensionaler, komplexer zu sein. Und das waren sie auch: Sie handelten bekanntlich zumeist *auch* von Ehre und Nahrung, von Recht und Sitte, nicht nur von Lohn und Zeit.[300]

Durch die Herauslösung der Arbeit aus ihren lebensweltlichen Bezügen änderte sich das. Jetzt wurde das Lohnarbeitsverhältnis als Tauschverhältnis erst richtig sichtbar, Lohn und Zeit und teilweise auch Leistung wurden eindeutiger angebbar und tendenziell meßbar. Sie wurden zu möglichen Gegenständen bewußter Gestaltung und gezielten Konflikts. Für die Beteiligten wurde es damit leichter, sich als das zu erkennen, was Meister und Geselle, Bauer und Knecht nur verdeckt – neben anderem – waren, nämlich Käufer und Verkäufer von Arbeit, also „Arbeitgeber" und „Arbeitnehmer", die auf dem Arbeitsmarkt aufeinander verwiesen, doch zugleich auch mit gegenläufigen Interessen ausgestattet waren. Allerdings geschah dies nicht über Nacht, sondern in einem langen Prozeß gegen viele Widerstände. An der Geschichte der Arbeitszeit und der Lohnformen läßt sich das ablesen.

e) Arbeitszeit, Fabrikdisziplin und ihre Grenzen

In der Landwirtschaft waren die Arbeitszeiten im Sommer lang, im Winter kurz und fast durchweg an den natürlichen Wechsel von Tag und Nacht gebunden. Das galt auch noch im 19. Jahrhundert. Landwirtschaftliche Arbeit kannte überdies viele Unterbrechungen.[301]

Auch in großen Teilen des Handwerks, nicht nur im Baugewerbe richtete sich seit jeher – und teilweise auch noch im 19. Jahrhundert – die Arbeitszeit nach der Länge des Tages und wechselte also mit der Jahreszeit. Doch wirkten Herkommen und Handwerksordnungen auf zeitliche Festlegungen hin, mit großen Unterschieden zwischen Regionen, Orten und Branchen. Wenn die Handwerksordnungen etwa in Nürnberg im 18. Jahrhundert von Arbeitszeiten zwischen 12 und 15 Stunden sprachen, ist zu bedenken, daß lange, nicht genau bemessene Pausen und Unterbrechungen aller Art, zusammengenommen 2 bis 3 Stunden täglich, zahlreiche Feiertage und die nie unumstrittene, aber weit verbreitete Sitte des Blauen Montags (nach freiem Sonntag) die Arbeitszeit sehr reduzierten, so daß es realistisch ist, für den Fall gleichmäßiger Beschäftigungslage, im jährlichen Durchschnitt wöchentlich 5 Tage mit je 10 bis 12 Stunden, also eine Wochenarbeitszeit von 50 bis 60 Stunden anzunehmen. Aber saisonale Auftragsschwankungen, die häufigen Wanderungen der Gesellen und anders bedingte Unterbrechungen schränkten die reale Jahresarbeitszeit weiter ein. Umgekehrt konnte kurzfristig harte und ausdauernde Arbeit angesagt sein, wenn die Verhältnisse es geboten.[302]

Zwar dürfte die von Sombart wiedergegebene und seitdem oft wiederholte Schätzung aus dem frühen 18. Jahrhundert, das Arbeitsjahr habe damals nur 180 „wirkliche Arbeitstage" umfaßt, etwas zu niedrig sein. Aber die Natur- und Wetterabhängigkeit zahlreicher Arbeiten, ihre Kopplung an natürliche Rhythmen, vor allem auch die geringe Koordination des damaligen Arbeits- und Wirtschaftslebens mit der Folge zahlreicher Unterbrechungen und Wartephasen – wie im Realsozialismus des 20. Jahrhunderts –, das Brauchtum mit seinen zahlreichen Feiertagen (50 bis 100 pro Jahr mit vielen lokalen Unterschieden), wohl auch die aufgrund schlechter Ernährung geringere Leistungsfähigkeit vieler Zeitgenossen – solche und andere Faktoren außerhalb der Kontrolle der einzelnen Menschen trugen mehr dazu bei als arbeitsskeptische Einstellungen, „irrationale" Mentalitäten oder bewußte Einzelentscheidungen, daß die Arbeitszeit des 17. und 18. Jahrhunderts kürzer und vor allem unregelmäßiger war als die des späteren 19. Jahrhunderts. Aber sicherlich entsprach dieses irreguläre Arbeitsverhalten zugleich der stärker auf angemessene Nahrung statt auf Erwerb und Ersparnis gerichteten handwerklichen Arbeitsmoral wie auch dem mit zukunftsgerichteter Lebensplanung wenig befaßten Selbstverständnis in den unteren Schichten, in denen es gegenwartsorientiert ums Überleben ging.[303] Im übrigen schwankten und variierten die Arbeitszeiten so, daß alle Durchschnittsangaben problematisch sind. Insbesondere im verlegten Heimgewerbe und in den Manufakturen kam es auch schon im 18. Jahrhundert zu ungemein langen, ungemessenen und gemessenen Arbeitszeiten.[304]

Mit Blick auf die ersten zwei Drittel des 19. Jahrhunderts lassen sich, ohne ins Detail zu gehen, drei wesentliche Veränderungen feststellen:

1. Die Arbeitszeit löste sich aus ihren natürlichen Begrenzungen. Tag und Nacht hörten auf, den Rhythmus der Arbeit zu steuern, Bedürfnisse der Menschen wurden immer häufiger hintangestellt, die dynamische Logik des zunehmend kapitalistisch eingebundenen Betriebs setzte sich durch: vor allem in dem aus sonstigen Lebenszusammenhängen tendenziell ausgegrenzten zentralisierten Gewerbe, aber auch im verlagsmäßig betriebenen Heimgewerbe. Allerdings war dies, wie immer, ein ganz allmählicher Prozeß.[305]

2. Die Arbeitszeit wurde länger, vor allem in den Manufakturen, Fabriken und Bergwerken. Dies geschah in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, teilweise auch erst in den 50er und 60er Jahren.[306] Zögernd folgte das Handwerk.[307] Dahinter lag, daß die aus sonstigen Lebenszusammenhängen sich allmählich lösenden Arbeitsbereiche zunehmend ihren eigenen Gesetzen folgten und immer weniger durch Sitte und Herkunft gesteuert wurden. Die immer häufiger verwendeten Maschinen drängten – unter Bedingungen der Konkurrenz und der systemtypischen Rentabilitätsansprüche – auf kontinuierliche, möglichst langzeitige Auslastung. Die extensive Ausnutzung der Arbeitskräfte entsprach damals den kapitalistisch-unternehmerischen Zielsetzungen klarer als später, da man mit schnellem Wechsel und nur vorübergehender Verfügbarkeit der Belegschaftsmitglieder rechnen mußte. Im Grunde waren lange Arbeitszeiten ja auch nichts Neues, wenngleich sie herkömmlicherweise vielfach durchbrochen gewesen waren und in sprunghaftem Wechsel mit Phasen geringerer Arbeitsbelastung gestanden hatten. Und die Not nahm in den 30er und 40er Jahren zu, in den 50er Jahren wich sie noch nicht. Sie erzwang die Bereitschaft, bis zur Erschöpfung zu arbeiten.

3. Vor allem im zentralisierten Gewerbe zeigte sich die Tendenz zur schärferen Abgrenzung und inneren Homogenisierung der Arbeitszeit. Dies ist weitgehend bekannt, und die vorangehenden Abschnitte haben viele Beispiele gebracht: das immer stärkere Streben der Unternehmen nach koordinierter Pünktlichkeit, die Bedeutungszunahme der Uhren, Glocken und Dampfpfeifen in den Werken, die schärfere Kontrolle und Verkürzung der Pausen, die zunehmende Überwachung und Disziplinierung des Arbeiterverhaltens im zentralisierten Betrieb. Die Disziplinierung erstreckte sich auch und besonders auf das Verhältnis der Arbeiter zur Zeit, deren Einteilung immer stärker zur Sache der Meister, der Maschinen, der Fabrikordnung und der Unternehmensleitung wurde, oft gegen den Widerstand der sich nur allmählich anpassenden Arbeiter.[308] Letztlich setzten sich damit die Bedürfnisse der zunehmend arbeitsteiligen und deshalb koordinierungsbedürftigen Betriebe, die Effizienz- und Rentabilitätsbedürfnisse der kapitalistischen Unternehmen durch.

Doch sind sofort einige wichtige Einschränkungen anzufügen. Die Arbeiter hielten gegen diese Disziplinierungstendenzen lange Zeit zäh an traditionalen Verhaltensweisen fest.[309] Unpünktlichkeit war weit verbreitet, „Schlendrian" und Schludrigkeit auch. Viele nahmen sich weiterhin, verstohlen oder ganz offen, das Recht zu eigenmächtigen Arbeitsunterbrechungen, zu kleinen Pausen

oder zum „blauen Montag", der auch in der Industrie nicht verschwand.[310] Zeitkontrollen wurden oftmals unterlaufen. Man kochte, strickte und trank Kaffee während der Arbeitszeit. Manchmal wurden auch alkoholische Getränke verteilt, natürlich in eigener Regie und gegen die Vorschriften. Das Kaffeeholen und die Toilettengänge erwiesen sich als schwer kontrollierbar. 1850 stellte man bei Krupp einen Aufseher an den Abort, „um die Leute herunterzutreiben, die sich zu lange dort aufhielten".[311] Vorzeitig begannen die Arbeiter, das Schichtende vorzubereiten. Es ist bezeichnend, daß bisweilen das Schlafen während der Arbeitszeit ausdrücklich verboten werden mußte und sich die Fabrikordnung einer Maschinenbauanstalt 1846 u.a. gegen „unnötiges Hin- und Herlaufen, Spielereien und Neckereien, Raufen, Zank und Schlägereien, Zerbrechen von Fensterscheiben und Verunreinigung des Etablissements wandte".[312]

Überhaupt verweisen die immer neu formulierten und zunehmend detaillierten Vorschriften auf eine ihnen widersprechende Realität. Ebenso lassen sich die verbreiteten Klagen der Unternehmer deuten: über die Eigenwilligkeit und den Absentismus der schwer ersetzbaren Fachleute im Maschinenbau, über die „Faulheit" der „Herren Künstler" im Telegraphenbau, denen „das Arbeiten nach der Glocke [...] gegen den Künstlerstolz" gehe, über das notorische Trinken am Arbeitsplatz.[313] Noch 1876 klagte Krupp:[314]

> „Der Werth der Zeit ist bisher noch nie verstanden worden, und der Werth des Fleißes. Die Arbeiter kommen nicht regelmäßig an die Arbeit und legen dieselbe nieder vor der Zeit, um sich zu waschen, Pfeife anzuzünden und unter ähnlichen Vorwänden. Ich habe es oft vorgerechnet, wieviel verloren geht, wenn jeder Arbeiter 5 Minuten weniger schafft. Die Meister [...] laufen wie die großen Herren in der Werkstatt und um dieselbe herum und schwatzen und politisieren und glauben sich dazu berechtigt[...]"

Sicherlich konnten sich hochqualifizierte, gesuchte Arbeiter im Maschinenbau effektiver gegen die Fabrikdisziplin zur Wehr setzen und etwa den Montag eigenmächtig blaumachen als die leicht ersetzbaren angelernten Hilfskräfte in den Mechanischen Spinnereien. Wie weit die Arbeiter ihren Zeitrhythmus durchsetzen und ihre Nischen verteidigen konnten, war auch immer eine Frage der Macht und des Kräfteverhältnisses zwischen ihnen und der Unternehmensleitung, das u.a. mit dem Grad ihrer Ersetzbarkeit und der Nachfragesituation schwankte. Letztlich saß der Unternehmer am längeren Hebel. Die Zeitautonomie, die Spielräume der Arbeiter waren auch in der frühen Fabrik begrenzt und nahmen überdies ab. Man sollte sie nicht übertreiben – gewissermaßen im Gegenzug gegen die frühere Überbetonung der damaligen Fabrikdisziplin. Dennoch gilt, daß zwischen dem Text der Fabrik-, Arbeits- und Hausordnungen einerseits und den wirklichen Arbeitsverhältnissen andererseits in jenen Jahrzehnten eine besonders tiefe Kluft bestand. Unterhalb der Schwelle des offenen, kollektiven Protests fand in den Unternehmen ein alltäglicher „Kleinkrieg"[315] zwischen Arbeitern und Aufsichtsführenden statt, dessen Ergebnis jeweils neu darüber entschied, wie tief diese Kluft war.

Im übrigen kam es oft nicht einmal zu diesem „Kleinkrieg". Denn – wie vorn

am Beispiel der Hüttenindustrie gezeigt[316] – die Arbeitsorganisation war oft noch so wenig rigide, so unsystematisch und durchlöchert, daß Arbeiter *ihren* Zeitrhythmus praktizieren konnten, ohne ihn erst hart erkämpfen zu müssen. Man kann sogar noch einen Schritt weitergehen und argumentieren[317], daß diese auffälligen Lücken in der damaligen Fabrikordnung und die begrenzte Nicht-Anpassung der Arbeiter an sie, daß die fortlebenden Reste zeitlicher Selbstbestimmung der Arbeiter und die häufigen, an ihren Bedürfnissen orientierten Unterbrechungen der Fabrikzeit letztlich funktional waren, denn nur so konnte die im Grunde unerträglich lange Arbeitszeit jener Jahrzehnte überhaupt einigermaßen ertragen werden. Die Länge der Arbeitszeit setzte die Extensivität der Arbeiter-Ausnutzung voraus und antwortete auf sie zugleich. Die außerordentliche Länge der Arbeitszeit und ihre häufige Unterbrechung durch eigenmächtige Pausen, hohe Fluktuation und Absentismus bedingten sich gegenseitig.

Genauso kann man die damals vor allem bei weiblichen, aber oft auch bei männlichen Arbeitern vorherrschende Praxis interpretieren, nur einen kürzeren oder längeren Lebensabschnitt in der Fabrik zu verbringen, davor und vor allem danach wie auch in längeren Jahren der Unterbrechung sich mit anderen, meist weniger einbringenden Arbeiten durchzuschlagen: als Handwerker oder Tagelöhner, als Heimarbeiter oder Magd, in der Landwirtschaft, im Transportwesen usw.[318] Nur weil sie weniger diszipliniert angewandt wurden, als es die Fabrikordnungen vorschrieben, und nur weil sie weder das ganze Jahr noch das ganze Leben hindurch praktiziert wurden, waren die in den Quellen überlieferten langen Arbeitszeiten der frühen Industrialisierung möglich.

Vom frühen 19. Jahrhundert bis in die 1840er Jahre nahm die Arbeitszeit zu. Das zur Jahrhundertmitte erreichte Niveau blieb dann bis in die frühen oder mittleren 60er Jahre erhalten. Es ist angesichts der geschilderten Streuungen, Schwankungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten problematisch, Durchschnittszahlen anzuführen. Tabelle 39 versucht es, aber differenziert nach Sparten. Abgesehen von noch längeren Arbeitszeiten in der Textilindustrie und kürzeren im noch nicht liberalisierten Bergbau lag die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in den 40er, 50er und frühen 60er Jahren zwischen 70 und 85 Stunden.[319] Sonntagsarbeit war verbreitet, wenn auch nicht die Regel.[320]

Die Wende kam in den 60er Jahren. Teils seit den frühen, teils seit den späten 60er Jahren (im Maschinenbau wohl schon vor 1860) nahm die Arbeitszeit ab, zunächst ganz langsam, dann – während des Booms, der Lohnsteigerungen und der Streikwelle der frühen 70er Jahre – sehr schnell. Sonntagsarbeit wurde zurückgedrängt, man begann, an Samstagen kürzer zu arbeiten. Dieser Trend zur Arbeitszeitverkürzung wurde in der Depression ab 1873 nicht korrigiert, angesichts abnehmender Nachfrage nach Arbeitskräften kam es jedenfalls nicht zur erneuten Verlängerung der Arbeitszeit, vielmehr punktuell zu weiteren Verkürzungen, etwa in Form von Kurzarbeit. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit betrug nun zwischen 60 und 72 Wochenstunden. Mit der Verkürzung gingen die Durchsetzung eines regelmäßigeren Wechsels von Tag- und Nachtschichten in Teilen der Industrie und die genauere Unterscheidung zwischen Normalarbeitszeit und Überstunden einher.[321]

Tabelle 39: Durchschnittliche Wochenstundenzeit in ausgewählten Branchen, 1840er bis 1880er Jahre

	1840er/50er Jahre	1870er/80er Jahre
Textilfabriken u. -Manufakturen	85–100	66–75
Eisen- u. Stahlwerke		66–75
Steinkohlenbergwerke	60–75	55–70
Maschinenbau	ca. 70	ca. 60 u. tiefer
Druckereien	75–80	60–65
Baugewerbe	mind. 72	66

Quellen: Ch. Deutschmann, Der Weg zum Normalarbeitstag. Die Entwicklung der Arbeitszeiten in der deutschen Industrie bis 1918, Frankfurt 1985, S. 126–168; H. Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiter-Organisation im deutschen Bergbau. Eine geschichtliche Darstellung, Essen 1908 (ND 1980), S. 57–67; C.-L. Holtfrerich, Quantitative Wirtschaftsgeschichte des Ruhrkohlenbergbaus im 19. Jahrhundert. Eine Führungssektoranalyse, Dortmund 1973, S. 62f., 67f.

Kommentar: Die Ziffern nennen die Zahl der Wochenstunden, die ein Arbeiter der jeweiligen Sparte üblicherweise im Betrieb verbrachte, *falls* er und der Betrieb kontinuierlich arbeiteten. Diese doppelte Voraussetzung war jedoch, wie ausgeführt, vor allem in der frühen Zeit meist nicht erfüllt. Die Angaben für den Bergbau beziehen sich nicht nur auf die Schichtzeit vor Ort, sondern versuchen, die zum Teil erheblichen Verlängerungen einzubeziehen, die im Zusammenhang mit den Ein- und Ausfahrten entstanden. Es handelt sich bei diesen Zahlenangaben durchweg um starke Vergröberungen, um Anhaltspunkte, mehr nicht.

In den 80er Jahren scheint es angesichts erneut wachsender Nachfrage nach Arbeitskräften zu einer kleinen Korrektur nach oben gekommen zu sein, jedenfalls sank die durchschnittliche Arbeitszeit bis Ende der 80er Jahre nicht weiter. Erst seit etwa 1890 setzte die Talfahrt wieder ein. Vor Beginn des Ersten Weltkriegs wurden im zentralisierten Gewerbe durchschnittlich nur noch 50–60 Wochenstunden gearbeitet.[322]

Wenn man es trotz der geschilderten Streuungen und Schwankungen wagt, globale Durchschnittsangaben zur täglichen Arbeitszeit in Handwerk und Industrie zu machen, bieten sich die in Tabelle 40 aufgeführten Schätzungen an, jedoch nur als ganz grobe Anhaltspunkte.

Innerhalb des industriellen Bereichs arbeiteten die Textilfabriken am längsten, die Maschinenbauanstalten am kürzesten. In landwirtschaftsnahen Werkstätten, Mühlen und Sägewerken z.B., blieben die Arbeitszeiten unregelmäßig, oftmals durchbrochen und ungemein lang. Bis in die frühen 60er Jahre lag die Arbeitszeit im städtischen Handwerk niedriger als in der Industrie, wobei allerdings die besonders lange arbeitenden Nahrungsmittelhandwerker industrielle Werte durchaus erreichten und überstiegen. Den Rückgang der industriellen Arbeitszeiten seit den 60er Jahren machte man im Handwerk offenbar zunächst nicht mit. Erst seit ca. 1890 begannen auch die Handwerksbetriebe weniger zu arbeiten. Seit den 70er Jahren lagen also die durchschnittlichen Arbeitszeiten im Handwerk – und zweifellos auch im Heimgewerbe – höher als die in Industrie und Bergbau.[323]

Tabelle 40: Tägliche Arbeitszeit in Handwerk und Industrie im 19. Jahrhundert

1800–1820:	10–13 Stunden
1820–1840:	11–15 Stunden
1840–1860:	12–16 Stunden
1860–1870:	12–14 Stunden
1870–1890:	11–13 Stunden
1890–1910:	10–11 Stunden
1910–1914:	10 Stunden

Quelle: In Anlehnung an W.H. Schröder, Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung. Industriearbeiter und Organisationsverhalten im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Frankfurt 1978, S. 194 (auf der Basis der Angaben von J. Kuczynski u. R. Meinert); dazu Deutschmann, Weg zum Normalarbeitstag, S. 125, 226

Wenn die Überlänge der Arbeitszeit, wie vorhin argumentiert, bis 1860 mit dem Disziplinierungsrückstand in den damaligen Betrieben, der Extensität der Arbeiterausnutzung und der mangelnden Permanenz der Fabrikarbeit wechselseitig zusammenhing, dann verweist die Abnahme der Arbeitszeit seit den 60er Jahren darauf, daß nunmehr die seit Jahrzehnten in Gang befindlichen Disziplinierungs-, Systematisierungs- und Verstetigungsversuche allmählich Erfolg zeitigten. Die Zeitkontrollen wurden schrittweise verschärft und weiterentwickelt. Die disziplinierende Wirkung der Maschinen entfaltete sich, wo immer sie aufgestellt wurden. Vermutlich schritt die Anpassung der Arbeiter an die industriellen Disziplinanforderungen voran. Der Arbeitsprozeß wurde stetiger, die Ausnutzung der Arbeiter intensiver.[324]

Der Zusammenhang zwischen Arbeitsintensivierung und notwendiger Arbeitszeitverkürzung wurde sowohl erfahren als auch begriffen. Unternehmer erkannten und Sozialwissenschaftler analysierten, daß Arbeitszeitverkürzungen nicht zu einem Leistungsrückgang führen müßten, im Gegenteil.[325] Umgekehrt: Je intensiver und stetiger man zu arbeiten lernte bzw. gezwungen war, desto unerträglicher mußten die langen Zeiten werden. Wie schon 1848/49 protestierten in den 60er Jahren Belegschaften gegen zu lange Arbeitszeiten.[326] Seit 1870 traten die Sozialdemokraten für den „Normalarbeitstag" von 10 Stunden ein.[327] Was die Häufigkeit der vertretenen Streikforderungen betrifft, stand die nach Arbeitszeitverkürzung während der Streikwelle der frühen 60er Jahre an zweiter Stelle.[328] Die Arbeitszeit an sich war zu einem zentralen Gegenstand des Konflikts zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geworden, und eben dieser sollte ihre weitere Geschichte merklich bestimmen – bis heute.

f) Lohnformen und Löhne

Das galt für Löhne und Lohnformen erst recht. Auch im Gesindeverhältnis, in der Landwirtschaft, im Heimgewerbe und im Handwerk war die Entlohnung ein von gegensätzlichen Interessen bestimmtes, kontroverses und zentrales Moment gewesen. Aber im Vergleich dazu stellte sich die Lohnproblematik im zentralisierten Betrieb in besonderer Weise dar, die sich im Lauf der Zeit änderte. Folgende Tendenzen sind zu unterscheiden:

1. Im Unterschied zum Gesindeverhältnis, zur Landwirtschaft und zum Handwerk spielte der Naturallohn in Form von Unterbringung, Verköstigung und Naturalien im zentralisierten Betrieb keine größere Rolle. Zwar fehlte er auch hier nicht ganz, man denke an das bis zur Jahrhundertmitte auch in Fabriken nicht seltene, in letzten Ausläufern auch noch im späten 19. Jahrhundert auftretende Truck-System, an die Kohledeputate der Bergleute oder die Anrechte von Arbeitern auf verbilligten Bezug des jeweiligen Produkts in landwirtschaftsnahen Sparten, z. B. in Brauereien und Zuckerfabriken. Doch war das vergleichsweise marginal, je später desto mehr. Im zentralisierten Betrieb meinte Lohn grundsätzlich: Bargeld. „Gefühllos" haben es Marx und Engels genannt, Ausdruck der Tatsache, daß die Bourgeoisie „die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen (habe) als das nackte Interesse[...]".[329]

Wie dem auch sei, als Empfänger von Geldlohn konnten sich die Arbeiter sehr viel leichter als Verkäufer ihrer Arbeitskraft erfahren denn als Empfänger von Naturalien und Leistungen. Sehr viel rascher konnte die Entlohnung in Geldform auf Angebot-Nachfrage-Schwankungen reagieren, während Naturallohnbestandteile stärker – und konkreter – an die Bedürfnisse der Empfänger gekoppelt und überdies deutlicher durch Gesichtspunkte des Auskommens und des Herkommens gelenkt wurden. Schließlich hatte die Entlohnung mit Bargeld zur Folge, daß der Empfänger auch zu seiner Versorgung viel eindeutiger auf Markt und Einkauf verwiesen war als die im Meisterhaushalt lebenden Gesellen oder die mit agrarischen Nutzungsrechten und Produkten teilentlohnten Insten oder Mägde: ein Zuwachs an persönlicher Freiheit und Marktabhängigkeit zugleich.[330] Die Entlohnung in barem Geld ließ den gelernten wie den an- oder ungelernten Arbeiter männlichen oder weiblichen Geschlechts sich selbst und anderen gegenüber klar als das erscheinen, was er war: als Lohnarbeiter.

Der meist am Samstag oder Freitag entweder wöchentlich oder vierzehntägig stattfindende Zahltag hatte denn auch besonderes Gewicht. In einem betriebsöffentlichen Akt versammelten sich die Arbeiter werkstattweise oder doch in größeren Gruppen auf dem Kontor. In bestimmter Reihenfolge nahmen sie Lohnrechnung und Bargeld in Empfang, jeder in gleicher Weise, wenn auch sehr unterschiedliche Summen. Was man – abzüglich der Kassenbeiträge, eventueller Strafen, Schadenbegleichungen und Abzüge anderer Art – in den letzten Tagen verdient hatte, erfuhr man oftmals erst jetzt.[331]

2. Im Unterschied zur Entlohnung des Heimgewerbetreibenden durch den

Verleger lieferte der Arbeiter des zentralisierten Betriebs an seinen Arbeitgeber nicht ein selbständig, mit eigenem Werkzeug, zu vorher festgelegten „Preisen" gefertigtes Produkt, sondern er stellte ihm für Lohn seine mehr oder weniger qualifizierte Arbeitskraft zur Verfügung. Der verlegte Heimgewerbetreibende mochte sich noch der Illusion hingeben, seinem Verleger als selbständiger Anbieter entgegenzutreten, obwohl er ihm faktisch schon untergeordnet war.[332] Für den Arbeiter im zentralisierten Betrieb kam diese Selbsttäuschung kaum mehr in Frage, wenn er denn einmal in den Betrieb eingetreten, also angestellt worden war. Nicht einen Stückpreis handelte er aus, er erhielt vielmehr Lohn.[333]

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hieß das vor allem: Zeitlohn. Wie schon im 18. Jahrhundert herrschten bis gegen die Mitte des 19. Jahrhunderts im Handwerk wie im zentralisierten Gewerbe Wochen- und Tagelöhne vor.[334] Wenn auch der Zeitlohn nicht die enge Koppelung zwischen individueller Leistung und Bezahlung erlaubte wie der Stücklohn (Akkord), führte doch die allmähliche Verkürzung der Lohnberechnungszeiten – vom Wochenlohn zum Tagelohn und manchmal auch schon zum Stundenlohn – zur immer engeren Entsprechung zwischen Markt- und Leistungsschwankungen einerseits, dem Inhalt der Lohntüte andererseits. Das war sehr wichtig: Es machte die unternehmerische Lohnpolitik flexibler, fähiger zur Anpassung an schnell sich wandelnde Situationen und damit vermutlich rentabler; es reduzierte die Neigung der Arbeiter zum tagelangen „Feiern", denn dieses bedeutete nun Einbußen an Lohn; es intensivierte die nicht recht voraussehbaren Schwankungen der Löhne; damit wuchsen die Marktabhängigkeit der Lohnarbeiter und ihre konstitutionelle Unsicherheit, die jede langfristig geplante, zukunftsorientierte Lebensführung, wie sie für Bürger typisch war, erschwerte oder unmöglich machte. Dadurch unterschieden sich diese Arbeiter vom Gesinde wie vom Angestellten und Beamten. Denn der bezog ja in der Regel monatlich oder jährlich berechnetes Gehalt, das von kurzfristigen Markt- und Leistungsschwankungen relativ unberührt blieb.[335]

3. Erst recht koppelte die sich durchsetzende Leistungsbezahlung in Form von Stücklohn (Akkord) verschiedenster Art[336] die Höhe der Arbeitereinkünfte eng an die Schwankungen des Marktes und ihrer eigenen Leistungen. Nun war die Bezahlung im Stücklohn kein Produkt der Industrialisierung. Wohl in Anlehnung an den im Grunde verwandten Stückpreis, den Handwerksmeister und Heimgewerbetreibende beim Verkauf bzw. bei der Ablieferung ihrer Produkte erzielten, war die Bezahlung von Handwerksgesellen nach Stücklohn im Handwerk der frühen Jahrhunderte zwar nicht verbreitet, aber auch nicht unbekannt.[337] Im Straßen-, Kanal- und Deichbau trat sie als Gruppenakkord auf, sobald überhaupt Lohnarbeit verwandt wurde.[338] Als Gedinge fand sie in der Großlandwirtschaft des frühen 19. Jahrhunderts Verwendung.[339] Akkordbezahlung existierte in den frühneuzeitlichen Manufakturen wie im frühneuzeitlichen Montanbereich: im Erzbergbau wie in der Eisenindustrie. Eine besondere Art von Leistungsbezahlung herrschte seit langem für die Setzer des Druckgewerbes vor, Leistungslohnelemente fehlten nicht im Gedinge des Bergmanns, und anderes ließe sich nennen.[340]

Umgekehrt verbreitete sich die Stücklohnbezahlung in der Industrialisierung

weder unilinear noch durchgängig. Es kam vor, daß der Zeitlohn den Stücklohn wieder verdrängte, so z. B. in der Eisenhüttenindustrie.[341] Und wo man Akkordlohn verwandte, geschah das meist im Gemenge mit Zeitlohn: Verschiedenförmig entlohnte Arbeiter wurden nebeneinander beschäftigt, der Wechsel ein und derselben Person von einer Lohnform in die andere war nicht selten, und beide Lohnformen traten in zahlreichen Varianten und Mischungsverhältnissen auf.

Über den Haupttrend aber kann kein Zweifel bestehen: Von den 30er/40er Jahren bis in die 70er Jahre breitete sich die Form des Akkords rasch aus: vor allem in den expandierenden Fabriken und Manufakturen, natürlich im Eisenbahnbau und im Bauwesen überhaupt, aber auch in der Landwirtschaft und ansatzweise in den Handwerken, wo der Übergang vom Zeit- zum Stücklohn allerdings oft den Übergang eines Gesellen aus dem Handwerk ins verlegte Heimgewerbe anzeigte.[342] 1868 schrieb Viebahn, der Statistiker des Zollvereins: „In neuerer Zeit dehnt man sowohl im Land- und Bergbau als in den Gewerben die Stücklohnung möglichst auf alle dazu geeigneten Arbeitszweige aus".[343] Mitte der 70er Jahre arbeiteten 77% der Saar-Bergleute im Gedinge.[344] Tabelle 41 läßt erkennen, wie sich die Lohnformen in der bayerischen Industrie 1873/74 verteilten.

Tabelle 41: Verteilung der Lohnformen in der bayerischen Industrie 1873/74 (in %)

	Anteil der Betriebe mit		
	ausschließlich Zeitlohn	ausschließlich Stücklohn	gemischter Lohnzahlung
Industrie Steine/Erden	7	24	69
Metallerzeugung	18	15	67
Maschinenbau und Metallverarbeitung	16	5	79
Chemische Industrie	35	2	63
Industrie Heiz- und Leuchtstoffe	62	–	38
Textilindustrie	15	9	76
Papier, Leder, Gummi	41	1	58
Holzverarbeitung	31	15	54
Nahrungs- u. Genußmittel	67	5	28
Bekleidung und Reinigung	–	17	83
Baugewerbe	57	–	43
Polygraphisches Gewerbe	38	6	56
Insgesamt	29	10	61

Quelle: G. Mayr, Statistik der in bayerischen Fabriken und größeren Gewerbebetrieben zum Besten der Arbeiter getroffenen Einrichtungen, in: Zs. d. kgl. bayerischen statist. Bureau 7, 1875, S. 38–157, 138. Die Gesamtzahl der befragten Unternehmen (Stichprobe) betrug 692.

Die Akkord- oder Stücklohnbezahlung[345] trat in vielfältigen Varianten auf. Am häufigsten war die Festlegung von Akkordsätzen je Produkteinheit. Manchmal waren bestimmte Produktionsleistungen in bestimmten Zeiten zu erreichen, deren Überschreitung zu Verdienstverlust oder längerfristig zur Kündigung, deren Unterschreitung zu Mehrverdienst führte. Prämiensysteme stellten oft den Übergang zur Akkordbezahlung dar.[346] Gewinnbeteiligung der Arbeiter wurde viel diskutiert, aber im Zeitraum, der hier zur Debatte steht, fast gar nicht verwirklicht.[347] Neben dem Einzelakkord war Gruppenakkord häufig, und in diesem Fall ergaben sich fließende Übergänge zum Zwischenmeister-System, nämlich dann, wenn der jeweilige Team-, Kolonnen- oder Schachtmeister das Gedinge, den Gruppenakkord pauschal erhielt und an die ihm unterstehenden Arbeiter weiterverteilte, die er häufig recht selbständig einsetzte und vielleicht sogar anstellte.[348]

Immer jedoch ging es darum, den Verdienst eng von der Arbeitsleistung des Einzelnen und des Teams abhängig zu machen und die Leistung am Arbeitsergebnis zu messen. Obwohl die zu erzielenden Verdienste nicht nur von der Leistung des Individuums abhingen sondern auch von Arbeitsanfall und Marktlage, von der Verteilung der verfügbaren Arbeit durch den Vorgesetzten, von vorweg definierten Rahmenbedingungen (Akkordsatz, Konditionen usw.) und eventuell auch von der Leistung der in der Gruppe mitarbeitenden Kollegen, nahmen die Unternehmer und sonstigen Befürworter des Akkords an, daß die Leistungsabhängigkeit der Bezahlung als finanzieller Anreiz zur Leistungssteigerung führen würde. Und in der Tat: Im Akkord verdienten die Arbeiter nicht nur deutlich mehr als an derselben Arbeit im Zeitlohn – die Differenz betrug 25 bis 50%. Nach allem, was wir wissen, strengten sie sich mehr an und arbeiteten intensiver. Der Übergang zur Leistungsbezahlung war ein zentraler Teil der Arbeitsintensivierung, die mit jenen Arbeitszeitverkürzungen wechselseitig zusammenhing, die bereits besprochen wurden.[349]

Diese Intensivierung der Arbeit wurde ohne gleichzeitige Intensivierung der Aufsicht und der äußeren Kontrollmechanismen erreicht. Im Gegenteil: Sie fußte auf *innerer* Disziplinierung, die die Disziplinierung von außen ein Stück weit ersetzte.[350] Eben deshalb eignete sie sich besonders zur Bezahlung dezentralisiert stattfindender, schwer kontrollierbarer Tätigkeiten (im Bergbau und im Hüttenwerk z. B.). Eben deshalb dürfte sie die unmittelbare Gängelung durch den Meister ein wenig obsolet gemacht und gelockert haben, wenngleich die Macht des Meisters wuchs, weil er Akkorde festsetzte oder aushandelte und individuell verteilte: eine Ursache häufigen Konflikts.[351]

Ganz im Geist des zunehmend liberalen dritten Jahrhundertviertels wurden die größten Hoffnungen an die Einführung des Akkords geknüpft, nicht nur als Mittel der Leistungssteigerung, sondern auch als Beitrag zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und als Zeichen ihrer Anerkennung als vernünftige, interessengeleitete Menschen. Den Akkord bezeichnete der Statistiker Böhmert 1872 als „für den Fortschritt der Cultur vielleicht ebenso bedeutungsvoll wie die technische Erfindung des Dampfes".[352] Und in einem Plädoyer für die stärkere Verbreitung des Akkords in der Landwirtschaft hieß es 1857:

„Ganz abgesehen von dem moralischen Standpunkte, der den Arbeiter aus einer lebenden Maschine zum freien, selbständig thätigen denkenden Menschen erhebt, sind die Accordarbeiten unstreitig sowohl für den Wirth, als auch für den Arbeiter von entschiedenem materiellen Vortheile. Denn für ersteren ist es ein großer Unterschied, ob die eine oder die andere Arbeit zur rechten Zeit geschieht, oder nicht, was sich nur durch Stückarbeiter im vollen Maße thun läßt, die sich nicht an den Glockenschlag der Arbeits- und Feierstunden binden; und für den letzteren macht es schon ein Bedeutendes aus, wenn er sich durch practische Handgriffe, einige Fertigkeiten, so wie durch Unterstützung von Weib und Kindern die Arbeit erleichtern und so schneller zu einem höheren Lohne gelangen kann."[353]

Immer wurde England als Vorbild genannt. Der dortige industrielle Aufschwung sei zum größtenTeil – nach einem Wort von John Stuart Mill – dem Stücklohn zu danken! Vom Hörigen zum freien Arbeiter habe der zivilisatorische Fortschritt geführt, und dem entspreche die Entwicklung von der Fronarbeit über die freie Zeitarbeit zur Stückarbeit.[354]

Andere argumentierten nüchterner: „Das naheliegendste Mittel, eine Steigerung des Verdienstes herbeizuführen, besteht in der Akkordarbeit. Durch sie wird der Arbeiter zur Anspannung und Übung seiner Kräfte, sowie zur sorgsamen Schonung seiner Zeit angeleitet und erhält überdies einen besseren Maßstab zur Beurtheilung der allgemeinen Verhältnisse. Es ist bekannt genug, daß auf diesem Wege schon oft eine Steigerung der Leistung auf das Mehrfache erreicht worden ist. Wo man die Akkordarbeit in Verbindung setzen kann mit eigener Disposition des Arbeiters über Rohmaterial und Hülfsstoffe, so daß er zugleich mit diesen Dingen wirthschaftlich umgehen und sie in möglichst zweckmäßiger Weise behandeln lernt, da wird der Vortheil ein noch größerer sein".[355]

Die Arbeiter reagierten sehr ambivalent. Die meisten schätzten den durch Akkord möglich werdenden Mehrverdienst und waren bereit, die dafür nötigen Zusatzanstrengungen auf sich zu nehmen, die drückend und auslaugend sein konnten. Kein Wunder: Selbst die Akkordlöhne hoben die Arbeiter nicht weit über die Armutsgrenze hinaus, die Not blieb ihnen auf den Fersen. Darüber hinaus: Ein genügend großer Anteil der damaligen Arbeiter verhielt sich bereits kapitalismuskonform, erwies sich als zugänglich für finanzielle Anreize, so daß das System funktionierte.

Andererseits waren es gerade die interessantesten, qualifiziertesten, in sich vielfach zusammengesetzten und schwer standardisierbaren Arbeiten, die neben den im Tagelohn bezahlten einfachsten Hilfs- und Reinigungsarbeiten nicht im Akkord vergeben wurden.[356] Denn der moderne Akkord setzte Arbeitsteilung und Standardisierung voraus. Eben deshalb eroberte er die Maschinenbauanstalten so spät, und in die komplizierten Montageabteilungen drang er kaum ein.[357] Keine Frage auch, daß der Akkordlohn die Ausnutzung der Arbeit steigerte und, viel mehr als der Zeitlohn, zur Abnutzung und Verausgabung zwang. Überdies setzte der Akkord den Unternehmer geradezu automatisch in die Lage, die Schwankungen der Nachfrage auf die Arbeiter zu überwälzen. Deren Unsicherheit stieg.[358]

Vor allem im zweiten Drittel und dritten Viertel des Jahrhunderts, aber auch noch in späteren Jahrzehnten gab es Arbeiter, die um das Recht, im Leistungslohn arbeiten zu dürfen, geradezu kämpften.[359] Andere wollten nur ungern Meister werden, denn als Meister wurde man in der Regel nicht im Akkord, sondern im festen Gehalt bezahlt.[360] Im ganzen überwog wohl in der Industriellen Revolution noch die positive Einschätzung des Akkords. Zumindest einige der frühen Gewerkschaften und die Sozialdemokraten der Eisenacher Richtung stellten sich in den 60er Jahren nicht grundsätzlich gegen den Akkord.[361]

Aber es gab auch früh Proteste gegen die Einführung von Akkordarbeit, z. B. in der Revolution von 1848/49.[362] Wie es scheint, nahm die Skepsis im letzten Jahrhundertviertel zu. Jedenfalls wandten sich die Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, seit den frühen siebziger Jahren immer deutlicher gegen den Akkord. Sie sahen dabei vor allem die abnutzenden Effekte der Akkordarbeit – „Akkord ist Mord" – und betonten ihre vereinzelnden, entsolidarisierenden Effekte. Vielleicht entfernten sie sich damit ein wenig von der Stimmung an ihrer Basis. Auch hat man den Eindruck, daß ihr Kampf gegen den Akkordlohn letztlich halbherzig und unentschieden blieb, daß er eher verbal und programmatisch geführt als in Streiks und Tarifverhandlungen realisiert wurde.[363]

Viele Arbeiter scheinen eben Akkordarbeit *an sich* toleriert oder akzeptiert zu haben. Gleichwohl wandten sie sich gegen die *Art* ihrer Einführung, Durchsetzung und Administration. Sicher kam es vor, daß Akkorde zwischen Arbeitern und Meister, Arbeitern und Werkstattbüro regelrecht ausgehandelt wurden.[364] Aber häufiger war, daß die Vorgesetzten den Akkord diktierten, daß die Arbeiter sich überfahren fühlten, die Festsetzungskriterien nicht recht durchschauten und sich überdies der Verteilungswillkür der Meister ausgeliefert fühlten. Nicht ohne Grund fürchteten sie, daß die Sätze bei zu gutem Verdienst gesenkt würden. Das „Bremsen", d. h. der Verzicht auf die Arbeit mit voller Kraft, um nicht die „Preise" zu verderben und um auf weniger schnell arbeitende Kollegen Rücksicht zu nehmen, wurde als Gegen-Strategie früh entdeckt. Oder man drängte auf Mitbestimmung bei der Festsetzung und Durchführung der Akkorde. Wo immer Mitbestimmungsexperimente stattfanden, Tarife ausgehandelt wurden und Gewerkschaften Fuß zu fassen begannen, gehörten die Akkorde zum regelungsbedürftigen Kernbestand.[365]

Viel deutlicher als der Zeitlohn brachte der Akkordlohn die wirklichen Machtverhältnisse im Unternehmen ans Licht, die die Ergebnisse der zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern stattfindenden Tauschakte (Lohn gegen Leistung) präformierten. Wie andere Formen des Geldlohns machte der Stücklohn diesen Tauschakt erfahrbar. Mehr als andere Lohnformen machte er klar, daß der Tausch auch in seinen Ergebnissen von Bedingungen abhing, über die die ungleiche Machtverteilung mit entschied. Er vermittelte den Beteiligten eine Ahnung davon, daß der Verteilungskonflikt zwischen Verkäufern und Käufern der Arbeitskraft durch einen Herrschaftskonflikt zwischen Untergebenen und Vorgesetzten überlagert war. Die Arbeiter in zentralisierten Betrieben waren dem Kapital und der aus ihm folgenden Verfügungsgewalt eben nicht nur indi-

rekt und „formell", sondern ganz unmittelbar und „reell" untergeordnet. Das unterschied sie prinzipiell auch von den Heimgewerbetreibenden. Der Akkord brachte es ans Licht.[366]

Der Lohn ein und derselben Person konnte von Woche zu Woche stark schwanken, über lange Zeit aussetzen und in Phasen konjunkturgünstiger Über-Arbeit untypische Höhen erklimmen. Löhne differierten stark nach Beruf, Funktion, Lohnart, Geschlecht, Alter, Betriebszugehörigkeit und anderen Faktoren in ein und demselben Unternehmen. Sie unterschieden sich erst recht von einem Unternehmen zum anderen, von Ort zu Ort, von Region zu Region, natürlich von Sparte zu Sparte und innerhalb der Sparten von Zweig zu Zweig. Wer das ernst nimmt, zögert, Durchschnittslöhne für jene frühen Jahrzehnte anzugeben. Denn sie besagen wenig. Viele Wirtschaftshistoriker verzichten deshalb darauf.[367] Wir haben bei der Behandlung der einzelnen Arbeiterkategorien auch Angaben über die jeweiligen Löhne gemacht.[368] Hier seien nur kurz drei Ergebnisse zusammengefaßt.

Der riesige Arbeitskräftebedarf des schnell expandierenden zentralisierten Gewerbes, die relativ geringe Attraktivität der Arbeitsplätze in den Manufakturen, Fabriken und Bergwerken wie auch die relativ hohe Produktivität und Rentabilität vieler dieser Unternehmen führten dazu, daß sie im großen und ganzen höhere Löhne zahlten als man im Handwerk oder Heimgewerbe verdienen konnte. Tabelle 42 macht das am Nürnberger Beispiel deutlich, wenn sie auch die meist schlechter zahlende Textilindustrie nicht berücksichtigt.

Tabelle 42: Durchschnittliche Jahreseinkommen von Gesellen und Fabrikarbeitern in ausgewählten Berufen und Branchen: Nürnberg 1851 (in Mark)

Handwerksgesellen		Fabrik- bzw. Manufakturarbeiter	
Beruf	Einkommen	Branche	Einkommen
Kürschner	446	Maschinenbau	491
Buchbinder	401	Tuchweberei	460
Messerschmiede	343	Bleistiftmanufakturen	377
Drechsler	312	Nadelfabrikation	331
Kammacher	312	Tabakverarbeitung	317
Weber	267		
Nagelschmiede	267		
Feilenhauer	264		
Schachtelmacher	199		

Quelle: R. Gömmel, Wachstum und Konjunktur der Nürnberger Wirtschaft (1815–1914), Stuttgart 1978, S. 11f., 115

Die Arbeiter der Manufakturen, Fabriken und Bergwerke waren alles andere als wohlhabend. Weit über die Armutsgrenze erhoben sie sich nicht. Aber sie gehörten meist auch nicht zum ärmsten Teil der entstehenden Arbeiterklasse.

Innerhalb des zentralisierten Gewerbes waren die branchenmäßigen Ver-

dienstunterschiede groß. Tabelle 43 zeigt das in knapper Auswahl am typischen Berliner Beispiel.

Tabelle 43: Mittlere Wochenlöhne in ausgewählten Produktionszweigen, Berlin 1853 (in Mark)

Maschinenbau	
Kesselschmiede	30,00
Heizer	10,50
Arbeitsbursche	5,00
Eisengießereien	
Hammerschmiede	30,00
Maschinenwärter und Heizer	10,50
Kupferwarenfabriken	
Schmiedegesellen	18,00
Tagelöhner	9,00
Wollwarenfabriken	
Maschinenmeister	15,00
Sortiererinnen, Hasplerinnen	4,00
Baumwollmanufakturen	
Webergesellen	12,00
Kettenscherer	7,50
Schußjunge	3,00
Kattundruckereien	
Musterzeichner	36,00
Arbeiterinnen	4,00
Streichjungen	3,00
Damenmäntelkonfektion	
Zuschneider	15,00
Näherin	6,00
Chemische u. Farbenindustrie	
Fabrikarbeiter	12,00
Tagelöhner	9,00
Knabe	3,00

Quelle: L. Baar, Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution, Berlin (Ost) 1966, S. 245–248

Noch mehr als im Maschinenbau ließ sich in der Montanindustrie verdienen: in Hüttenwerken und im Bergwerk. Seit den 1870er Jahren führten die Steinkohlenbergleute die Statistik der Löhne nach Branchen an.

Schließlich zur Entwicklung der Löhne im Untersuchungszeitraum. Rainer Gömmel hat die derzeit beste Schätzung der jährlichen Nominal- und Realeinkommen von Gesellen und Arbeitern in Handwerk und Industrie vorgelegt.[369] Sie sind in Tabelle 44 wiedergegeben.

Tabelle 44: Jährliche Nominal- und Realeinkommen der Arbeiter und Gesellen in Industrie und Handwerk: Deutschland 1821–1880

Jahr	Nominaleinkommen absolut in Mark	Nominaleinkommen Index (1913 = 100)	Index der Lebenshaltungskosten (1913 = 100)	Realeinkommen Index (1913 = 100)
1810	278	26	45	58
1821	287	27	46	59
22	287	27	48	56
23	287	27	44	61
24	288	27	40	68
25	284	26	44	59
26	284	26	39	67
27	285	26	40	65
28	286	26	49	53
29	287	27	46	59
1830	288	27	51	53
31	292	27	50	54
32	293	27	50	54
33	294	27	48	56
34	295	27	46	59
35	296	27	46	59
36	297	27	49	55
37	301	28	48	58
38	301	28	53	53
39	303	28	54	52
1840	303	28	49	57
41	304	28	47	60
42	305	28	50	56
43	305	28	59	47
44	306	28	57	49
45	307	28	57	49
46	313	29	63	46
47	311	29	61	48
48	312	29	47	62
49	310	29	44	66
1850	313	29	45	64
51	323	30	52	58
52	305	28	62	45
53	320	30	57	53
54	338	31	70	44
55	348	32	75	43
56	357	33	63	52
57	385	36	63	57
58	387	36	56	64
59	386	36	58	66
1860	396	37	62	60
61	400	37	67	55
62	400	37	65	57
63	413	38	62	61
64	414	38	63	60
65	414	38	60	63
66	434	40	62	65
67	445	41	71	58
68	457	42	68	62
69	480	44	66	67
1870	487	45	69	65
71	493	46	80	58
72	606	56	90	62
73	688	64	93	69
74	669	62	96	65
75	651	60	92	65
76	596	55	91	60
77	559	52	89	58
78	562	52	85	61
79	543	50	82	61
1880	545	50	86	58
1890	650	60	82	73
1900	784	72	83	87
1913	1083	100	100	100

Quelle: R. Gömmel, Realeinkommen in Deutschland. Ein internationaler Vergleich (1810–1914), Nürnberg 1979, S. 27f.; siehe Anm. 369.

Die große Not der hungrigen 40er und frühen 50er Jahre, die sich statistisch gesehen, aus steigenden Preisen ergab, ging auch an den Arbeitern des zentralisierten Gewerbes nicht vorbei, wenn auch die Handwerker und Heimgewerbetreibenden stärker litten. Diese Talsohle der Lohnentwicklung wurde nur kurz in den Jahren der Revolution unterbrochen, in denen es zur kurzfristigen konjunkturellen Erholung wie auch zur Erhöhung von Löhnen als Folge von Protesten und politischen Entscheidungen kam. Seit Mitte der 50er Jahre begann dann der Durchschnittslohn nominell kontinuierlich zu wachsen. Nur die konjunkturellen Einbrüche von 1857 und 1873 warfen ihn teils ein wenig, teils kräftig zurück. Doch gleichzeitig stiegen die Preise. Sie fraßen einen großen Teil der Lohnsteigerungen auf. Immerhin stieg auch der durchschnittliche Reallohn deutlich, wenn auch viel langsamer und unregelmäßiger. Am Ende der 50er in den mittleren 60ern und vor allem seit 1873 brach er ein. Aber zweifellos ging es insgesamt aufwärts, wenn auch mit Schwankungen. 1873, also am Ende des Booms der „Gründerjahre" war die Kaufkraft der gewerblichen Arbeiter höher als je zuvor. Und selbst der Absturz der folgenden Jahre drückte sie nicht mehr auf die Talsohle der Not und der Armut zurück, auf der sie sich in den 40er und 50er Jahren befunden hatten. Natürlich galt dies alles nur für die Besitzer von Erwerbsarbeitsplätzen, nicht für die Arbeitslosen.[370]

g) Überberufliche Kontakte

Anders als im Heimgewerbe und Handwerk war es in den zentralisierten Gewerbebetrieben wahrscheinlich, daß in ihnen – unter ein und demselben Dach – Angehörige verschiedener Berufe und Qualifikationsstufen zusammen arbeiteten. Die Arbeitsteiligkeit der meisten Betriebe war dafür verantwortlich. Die vorangehenden Abschnitte haben gezeigt, wie bunt und vielfältig die berufliche und qualifikationsmäßige Zusammensetzung der Arbeiterschaft in den meisten Manufakturen, Bergwerken und Fabriken war. Sicherlich folgte aus der Tatsache ihrer Arbeit in ein und demselben zentralisierten Betrieb nicht, daß sich die Unterschiede zwischen ihnen ausglichen. Auch bedeutete räumliche Nähe nicht automatisch Kommunikation oder gar Solidarität. Wie fremd die Belegschaften verschiedener Werkstätten einander bleiben konnten und wie ungleich sie miteinander verkehrten, wurde oben am Beispiel eines Stahlwerks dokumentiert.[371] Viele Beispiele wurden genannt für die ausgeprägte soziale Distanz zwischen den gelernten, meist handwerklich qualifizierten Arbeitern eines Betriebs und der ungelernten Unterschicht von Hilfsarbeitern und bloßen „hands", die in den Quellen als „Tagelöhner", „Handarbeiter" oder „Fabrikarbeiter" erscheinen, während die anderen meist unter ihren beruflichen oder Funktionsbezeichnungen geführt werden.

Dennoch bot die Arbeitssituation im zentralisierten Gewerbebetrieb mehr als jede andere Arbeitssituation des 19. Jahrhunderts die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und zum solidarischen Verhalten von Arbeitern über Berufs- und

Qualifikationsgrenzen hinweg. Dafür sorgte außer der räumlichen Nähe und den vielfältigen Berührungen im Arbeitsprozeß die gemeinsame Erfahrung unternehmerischer Herrschaftsausübung.

h) Herrschaft, Hierarchie und „Kragenlinie"

Es ist ja ganz unübersehbar, daß jedes zentralisierte Gewerbeunternehmen *einerseits* als Teil der Marktwirtschaft ein funktional gegliedertes Arbeits- und Kooperationssystem zur Produktion von Gütern und zu deren profitablem Verkauf wie *andererseits* – zugleich und in unauflöslicher Durchdringung – ein Herrschaftsverband ist, in dem der – oder mehrere – Unternehmer kraft Eigenbesitzes an Produktionsmitteln oder kraft Delegation seitens der Besitzer, z.B. der Aktionäre, Anordnungsbefugnisse hat (haben), um das Ziel, die Dauer und die Art des Arbeitsprozesses einschließlich der Tätigkeit und der Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer in einer Weise zu bestimmen und durchzusetzen, die dem ebenfalls vom Unternehmer definierten Unternehmensinteresse entspricht.[372] Der Unternehmensleitung, die in kleinen Einheiten in der Hand einer Person oder einer sehr kleinen Personengruppe liegt, sich aber in größeren, meist als Kapitalgesellschaften verfaßten Einheiten nach den Rollen der Kapitaleigner, Unternehmer und Manager ausdifferenziert und dann in jedem Unternehmen von ganzen Personengruppen wahrgenommen wird,[373] stehen die Arbeitnehmer gegenüber, die auf der Basis eines formal freien Arbeitstauschvertrags bzw. ihrer Anstellung dem Unternehmen ihre Arbeitsleistung zur Verfügung stellen und innerhalb zeitlich, räumlich und vom Zweck des Betriebes her gesetzter Grenzen fremdbestimmte Teilarbeit vollbringen.

Die vorangehenden Abschnitte dieses Kapitels dürften klargemacht haben, wie intensiv das Herrschaftsverhältnis die Situation der Arbeiter im zentralisierten Betrieb jener Jahrzehnte prägte und färbte; wie viele Lücken und Unvollkommenheiten ihm gleichwohl eigen waren; und in wieviel verschiedenen Gestalten und Varianten es in Erscheinung trat. Man denke nur an Einstellungs- und Entlassungspraktiken, an die allmähliche Verschärfung und die trotzdem so großen Lücken der innerbetrieblichen Disziplin, an die Einweisung der Arbeiter in bestimmte Tätigkeiten und deren Umstrukturierung, teilweise Dequalifizierung, an die Gebote und Verbote der Arbeitsordnungen, die Rolle der Meister, an die Konflikte um Zeiten und Löhne. All das variierte von Branche zu Branche, von Betrieb zu Betrieb, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt.

In den zahlreichen kleinen und mittleren Unternehmen herrschten persönlich vermittelte Leitungsmethoden vor. Ein Beispiel: Obwohl bei der Ausführung der Arbeiten kaum noch selbst Hand anlegend, wirkten Johann Georg Halske und Werner Siemens in ihrer 1847 gegründeten Berliner Telegraphen-Bauanstalt, die ein paar Jahre lang weniger als 100 Beschäftigte zählte, auch durch ihre dauernde Anwesenheit, durch persönliches Vorbild und direkte Aufsicht. Sie wohnten im Fabrikgebäude. Es kam vor, daß sie in der Werkstatt eine Konstruktionsskizze

mit Kreide auf dem Boden improvisierten. Sie kannten die Materie. Halske kam selbst aus dem Handwerk. Beides dürfte die Akzeptanz ihrer Herrschaft bei den Arbeitern erhöht haben. Auch wenn sich einige wenige Meister, meist aus der Belegschaft rekrutiert, dazwischen schoben und sich ansatzweise eine Angestelltenhierarchie – Buchhalter, Korrespondent, Techniker, Zeichner, Bote, Prokurist usw. – entwickelte, blieb das Unternehmer-Arbeiter-Verhältnis in solchen Fällen relativ persönlich, und es hing nun ganz von der Persönlichkeit der Leiter, den Merkmalen der Branche und den Eigenarten des Einzelfalls ab, was daraus entstand.

Hart und autoritär dürften die Leitungspraktiken fast immer gewesen sein. „Herr im Haus" versuchten gerade die Leiter der kleinen Unternehmen durchweg zu sein. Auch der relativ liberale Siemens wußte die „Hoheitsrechte des Chefs" wohl zu wahren, er betonte die Notwendigkeit des „festen Kommandos". Auch als er noch politisch für Konstitution und etwas mehr Demokratie kämpfte, endeten diese für ihn vor dem Fabriktor. Zweifellos war das Verhältnis dieser frühen Unternehmer zu den Arbeitern sehr oft von Spannungen geprägt, besonders wenn sie sich nach sozialer und beruflicher Herkunft unterschieden und – wie so oft und nicht nur im Textilbereich – aus verschiedenen Klassen kamen. Gerade persönliche Herrschaft war unmittelbar erfahrbar, oftmals bedrückend und nicht klar voraussagbar. Aber andererseits bot diese Situation dem Leiter die oftmals ergriffene Möglichkeit, schon im eigenen Interesse, aber auch im Interesse der Arbeiter, gewisse Zusatzleistungen zu erbringen, die das vertragliche Minimum überstiegen: Interesse für die persönlichen Belange einzelner, Fürsorge im Krankheits- und Krisenfall, vielleicht eine gemeinsame Feier. „Wichtig scheint es mir aber", schrieb Siemens, „durch persönlichen Verkehr mit den Leuten, durch teilnehmendes Eingehen in ihre kleinen Wünsche und Bedürfnisse, durch Aufrechterhaltung ihrer Hoffnungen auf die Zukunft einen guten Geist unter den uns treugebliebenen Leute zu erhalten, resp. zu erwecken".[374]

In der Literatur hat sich für solche persönliche, in Fürsorgeleistungen und Loyalitätserwartungen das vertragliche Minimum übersteigende Führungsmethoden, die sich faktisch immer nur auf den „Stamm", den stetigen Kern der Belegschaften richten konnten, der Begriff des „Patriarchalismus" eingebürgert, weil es so schien, als ob dieser Personalpolitik familienähnliche Beziehungen als Modell dienten. Das mußte nicht sein, mindestens ebensooft stand wohl der Handwerksbetrieb Pate, ein anderes Mal die Gutsherrschaft. Wenn man aber an dem Begriff festhält, dann empfiehlt es sich, in Erinnerung zu behalten, daß solcher „Patriarchalismus" sehr verschiedene soziale Inhalte haben konnte. Er reichte von relativ liberalen Varianten, die die Eigenständigkeit und die Privatsphäre der Arbeiter respektierten, bis zu illiberalen Formen, die fürsorgend, disziplinierend und gängelnd ins Privatleben der Arbeiter eingriffen.[375]

Das schiere Wachstum des Unternehmens, die zunehmende Spezialisierung und der vielfältig bedingte Trend zu immer höheren Leistungs- und Rentabilitätsanforderungen entzogen diesem persönlichen Leitungsstil durchweg den Boden, jedenfalls was die Arbeiterpolitik betraf. In bezug auf die Angestellten mochte er länger aufrechterhalten werden. Die Vergrößerung der Betriebe führte zur

Anonymisierung des Unternehmer-Arbeiter-Verhältnisses. Persönliche Kenntnis und individueller Kontakt wurden zur Ausnahme. Ansätze zur Bürokratisierung des Herrschaftsverhältnisses zeichneten sich ab, die in jenen frühen Jahrzehnten natürlich noch sehr unvollkommen blieben, aber doch in größeren Unternehmen unübersehbar waren. Sie äußerten sich einerseits als Formalisierung, andererseits als Ausdehnung der Industrie-Verwaltung und der Angestelltenschicht.[376]

Die Praxis der Einstellung und Entlassung, der Lohnfestsetzung und -auszahlung wurde in Regeln gefaßt und dafür besonders zuständigen Instanzen übertragen: dem Portier, den Meistern, dem entstehenden Werkstattbüro. Die Verschriftlichung begann. Schriftliche Arbeits- bzw. Fabrikordnungen – mit ideologischem Zungenschlag manchmal auch „Hausordnungen" genannt – gab es zumindest seit den 20er Jahren, vermutlich viel früher. Sie nahmen seit den 40er Jahren beträchtlich zu, wurden zwar noch nicht obligatorisch, aber in den größeren Unternehmen üblich. Man hängte sie aus und ließ sie von den Arbeitern bei der Einstellung unterschreiben. Sie enthielten viel über die Pflichten der Arbeiter, aber wenig über ihre Rechte. In den 60er und 70er Jahren wurden die Fabrikordnungen einander immer ähnlicher. Sie legten den Arbeitern Ordnung und Sauberkeit auf, innerhalb und außerhalb der Fabrik. Sie forderten Gehorsam und Respekt gegenüber dem Meister und den anderen „Beamten", d.h. Fabrikangestellten. Oft verboten sie die Unterhaltung während der Arbeit und den Aufenthalt in anderen Räumen der Fabrik. Den Arbeitern wurde es untersagt, „unproduktive" Dinge zu tun; sie sollten alles unterlassen, was ihnen nicht angeordnet war. Die Werkzeuge sollten nicht für persönliche Zwecke gebraucht werden. Harte Strafen wurden für den Fall der Beschädigung oder der Entwendung von Fabrikeigentum angedroht; manchmal wurden Leibesvisitationen vorgesehen, auch gegen die Proteste der Arbeiter. Sprache, Inhalt und Genauigkeit der Fabrikordnungen waren oft von bürokratischen und militärischen Modellen beeinflußt. Auch wenn, wie gezeigt, ein großer Spalt zwischen den Paragraphen der Arbeitsordnungen und den realen Arbeitsverhältnissen klaffte, weisen der Erlaß und die Geltung dieser gesatzten, durchweg „von oben" oktroyierten Ordnungen doch auf eine gewisse Formalisierung der innerbetrieblichen Herrschaftsverhältnisse und vor allem auf die Existenz zu bekämpfender Unordnung und zu bewältigender Spannung hin.[377]

Die Formalisierung der Arbeiterpolitik zeigte sich auch am Übergang vom persönlich geprägten Patriarchalismus der Kleinbetriebe zum sekundären Patriarchalismus der Großunternehmen. Am Beispiel der Hüttenindustrie wurde das vorn analysiert: der Ausbau betrieblicher Sozialleistungen – „Wohlfahrtseinrichtungen", wie es hieß –, die dahinterliegenden Motive, die vermutlichen Wirkungen auf die Arbeiterschaft. Diese „Wohlfahrtseinrichtungen" setzten die erwähnte patriarchalische Tradition fort, doch in institutionalisierter, tendenziell bürokratisierter Form: Ergebnis bewußter Gründungsentscheidungen, von besonders zuständigen Unternehmensangestellten nach allgemeinen Regeln administriert, deutlich vom gewachsenen Patriarchalismus unterschieden, teils mit ähnlichen Zielen (Fürsorge, Erhaltung eines qualifizierten Arbeiterstammes,

Erziehung), teils neu als antigewerkschaftliche oder antisozialdemokratische Integrationsstrategie konzipiert[378]. Diese Variante unternehmerischer Personalpolitik war am Ende des Untersuchungszeitraums einigermaßen verbreitet. Eine preußische Umfrage unter zentralisierten Gewerbebetrieben mit mindestens 30 Beschäftigten ergab 1875, daß 4.850 dieser größeren Unternehmen insgesamt 11.771 „Wohlfahrtseinrichtungen" betrieben. Dabei waren die Knappschaftseinrichtungen im Bergbau und die gewerblichen „Hilfskassen" nicht einmal mitgerechnet, die von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen lebten, unter staatlicher Aufsicht standen und – auf der Ebene einzelner Gewerbebetriebe oder für mehrere davon zugleich – etwa jeden dritten Handwerksgesellen und Fabrikarbeiter für den Krankheitsfall und gegen Unfallrisiko mehr schlecht als recht versicherten.[379] Unabhängig von diesen örtlich obligatorischen Kassen die sich seit 1845 entwickelt hatten und durch die Gewerbeordnung geregelt wurden, hatten bis Mitte der 70er Jahre 2.828 Unternehmen eigenständige Unfallversicherungen, und 2.048 hatten Kranken- und Unterstützungskassen gegründet. 1.655 Unternehmen stellten Menagen (also Wohnheime), Häuser oder Wohnungen für Belegschaftsmitglieder bereit bzw. gewährten Wohnbeihilfen und -zuschüsse. In 2.530 Fällen meldeten Firmen, daß sie sich bei der Kleidungs- und Gesundheitsfürsorge engagierten: durch Bereitstellung von Arbeitskleidung in 300 Fällen, mit Ankleide- und Waschräumen in ca. 1.300 Fällen, durch Anstellung eines Arztes oder durch regelmäßige ärztliche Sprechstunden und Untersuchungen, durch Lohnfortzahlung an Wöchnerinnen in einzelnen Fällen, durch Bade- und Turnanstalten. Es gab zehn unternehmenseigene Mäßigkeitsvereine und 216 firmeneigene Sparkassen. In 225 Fällen standen Speiseanstalten und dergleichen zur Verfügung, die Zahl der Speisezimmer und Wärmevorrichtungen ging darüber hinaus. Mehrere 100 Konsumanstalten wurden gemeldet, die von Firmen betrieben oder an denen sie beteiligt waren. Etwa 300 besaßen irgendeine Art von Schule, Kindergarten oder andere Bildungseinrichtungen, und 56 organisierten Gottesdienste. Nimmt man all das zusammen und zählt noch – wie die damalige Umfrage – Gewinn- und Kapitalbeteiligungen – knapp 500 Fälle, fast ausschließlich für Angestellte – hinzu, dann ergibt sich, daß sich 621.000 Arbeitnehmer, etwa 2/3 aller in Einheiten mit mindestens 30 Personen beschäftigten, in Unternehmen mit irgendeiner oder mehreren „Wohlfahrtseinrichtungen" befanden.

Fast alle der 1875 bestehenden Einrichtungen waren nach 1840 entstanden, 4/5 nach 1860. Die Gründerjahre des „sekundären Patriarchalismus" fielen also mit der Entstehungsphase der Arbeiterbewegung zusammen. Am stärksten beteiligten sich die Chemie-Industrie und der Maschinenbau, am wenigsten das Handels- und Verkehrsgewerbe, das Bau- und das Bekleidungsgewerbe. Die Textilindustrie und der Bergbau lagen im guten Mittelfeld. Offenbar konnten sich nur größere Unternehmen solche Einrichtungen leisten. Allein 20% davon wurden aus den Regierungsbezirken Düsseldorf und Arnsberg gemeldet.[380]

Selbstverständlich richteten sich die verschiedenen Einrichtungen oftmals an besondere Arbeiterkategorien: eine Fortbildungsschule an die Jungen, die Wöchnerinnenhilfe nur an die daran interessierten Frauen, manche Prämien gin-

gen nur an alte, dem Unternehmen seit langem angehörende, verdiente Belegschaftsmitglieder. Aber in der Regel waren nicht die Angehörigen einzelner Berufe im Unterschied zu anderen Berufen die Adressaten und Empfänger der Sozialleistungen, sondern die Arbeiter des Unternehmens schlechthin. Vereinzelt wandten sich die Einrichtungen an Arbeiter und Angestellte („Beamte") zugleich, zumeist aber waren sie auf die eine oder andere Arbeitnehmerkategorie beschränkt, so daß Arbeiter und Angestellte in den Systemen betrieblicher Sozialleistungen unterschiedliche Rechte, Pflichten und Erwartungen hatten.[381]

Angestellte zwischen Arbeitern und Unternehmensleitung hat es in den Fabriken, Bergwerken und größeren Manufakturen eigentlich von Anfang an gegeben, sieht man von den kleinsten, noch dem Handwerk oder Heimgewerbe ähnlichen Werkstätten ab. Entweder ein kaufmännischer Helfer für Buchhaltung und Vertrieb oder ein technischer Spezialist, und sei es ein Werkmeister – oder auch beides – gehörte zur Grundausstattung von Betrieben dazu, die sowohl produzierten als auch auf dem Markt verkauften wie auch ein Minimum an interner Kontrolle benötigten. Mit dem Wachstum der Unternehmen, sich komplizierender Technik und sich erhöhenden kommerziellen Anforderungen nahm die Kategorie dieser Funktionsträger zu, die man als industrielle Verwaltung bezeichnen kann und die von den zeitgenössischen Statistikern als „Direktions-, Aufsichts- und Rechnungs-Personal" manchmal gesondert ausgewiesen und von der Öffentlichkeit als „Beamte" („Privatbeamte") bezeichnet wurden.

Die Zurechnung einzelner Funktionsträger schwankte. Zum Beispiel wurden Meister manchmal zur Arbeiterschaft, zumeist aber zu den „Beamten" gerechnet; nur allmählich schälte sich ihr Angestelltenstatus zweifelsfrei heraus.[382] Es gab auch Zwischen- und Übergangspositionen. Aber der Prokurist, Buchhalter, Kassierer, Korrespondent, Registrator, Werkstattvorsteher, Schreiber, Materialverwalter und bald auch der Techniker, Chemiker und Ingenieur rechneten zu dieser „unendlich abgestuften Stufenleiter von Existenzen", den „unendlich vielen Mittelgliedern", die Gustav Schmoller schon 1865 in der zeitgenössischen „Großindustrie" beobachtete.[383]

Bei Siemens standen von 1855 bis 1867 den 100–160 Arbeitern 10–14 Angestellte gegenüber. Dieser Anteil von 8–9% war vergleichsweise hoch. In der Dürener klein- und mittelbetrieblichen Industrie kam der Angestelltenanteil 1861 nur auf 2% in der Papierbranche und auf 4% im Textilbereich. Tabelle 45 gibt über den Anteil des „Direktions-, Aufsichts- und Rechnungspersonals" in bayerischen Fabriken und Manufakturen 1873/74 Auskunft. Der Anteil variierte mit der Unternehmensgröße mehr als mit dem Fabrikationszweig.[384]

Dieses technische, kaufmännische, allgemein verwaltende und beaufsichtigende Personal hatte als Teil des Arbeitssystems „Unternehmen" bestimmte, in funktionalen Kategorien beschreibbare Leistungen zu erbringen. Zugleich jedoch und unauflösbar damit verknüpft, funktionierte diese Industrieverwaltung als eines der Instrumente, mit Hilfe dessen die Unternehmensleitung Anordnungen realisierte und überhaupt Herrschaft ausübte. In den Tätigkeits-

Tabelle 45: Numerisches Verhältnis von Arbeitern und Angestellten in bayerischen Fabriken und Manufakturen 1873/74

Unternehmen mit	Zahl der Unternehmen	Angestellte pro Unternehmen	Arbeiter pro Unternehmen
1– 50 Arbeitern	406	2	25
51– 100 "	122	4	72
101– 200 "	74	5	138
201– 300 "	35	11	259
301– 400 "	15	13	340
401– 500 "	8	18	450
501– 600 "	9	19	554
601– 800 "	12	27	698
801–1000 "	5	27	932
über 1000 "	6	92	1218
Industrie Steine/Erden	118	3	75
Metallherstellung	72	3	84
Maschinen- und Werkzeugbau	62	9	198
Chemische Industrie	52	4	88
Textilindustrie	118	8	204

Quelle: G. Mayr, Statistik der in bayrischen Fabriken und größeren Gewerbebetrieben zum Besten der Arbeiter getroffenen Einrichtungen, in: Zs. d. kgl. bayerischen statist. Bureau 7 (1875), S. 38–157, 134

und Kompetenzbereichen der verschiedenen Angestellten verschmolzen das Dienstleistungs- und das Herrschaftsausübungselement in ganz unterschiedlichen Mischungsverhältnissen.[385]

Über diesen Angestelltenbereich der frühen Fabriken, Bergwerke und Manufakturen wäre noch viel zu sagen: über seine funktionale und hierarchische Struktur; seine allmählich wachsende, aber damals doch sehr begrenzt bleibende Ähnlichkeit mit Verwaltungen im öffentlichen Bereich, d. h. seine allmähliche Bürokratisierung; über die Hoffnungen und Sorgen der Angestellten, die oft Aufsteiger waren, sich meist nicht zur Arbeiterschaft rechneten, aber als privatwirtschaftliche Arbeitnehmer doch großen Risiken ausgesetzt waren: letztlich auch der Entlassung, sicherlich dem Verdienstrückgang im Fall schlechter Konjunktur und vor allem der Gängelung durch ihre Vorgesetzten; über das allmähliche Eindringen akademisch qualifizierter Fachleute vor allem in den technischen Bereichen seit Mitte des Jahrhunderts; über die Expansion und Ausdifferenzierung des Angestelltenbereichs sowie die Machterweiterung seiner obersten Ränge, die besonders in den Kapitalgesellschaften stufenlos in die Vorstände und anderen Organe der Unternehmensleitung übergingen;[386] über die Karrieren und Mentalitäten dieser nicht-manuell arbeitenden Arbeitnehmer, die von den Zeitgenos-

sen nicht zufällig als „Privatbeamte" bezeichnet wurden und die, in vielen Variationen technisch-ökonomische Kompetenzen, privatwirtschaftliche Dynamik und beamtenähnliches Selbstverständnis miteinander verknüpften.[387]

Aber hier geht es um die Geschichte der Arbeiter und nicht um die Geschichte der Industrieverwaltung und ihres Personals. Was also bedeuteten der allmähliche Aufstieg der Industrieverwaltung und die Ansätze zu ihrer Bürokratisierung für die Arbeiter des zentralisierten Gewerbes?

Zum einen ist daran zu erinnern, daß die Arbeiter mit der Herrschaft des Unternehmens vor allem in Gestalt der *Meister* in Berührung kamen. Und die Stellung der Meister veränderte sich. Die Situation variierte natürlich von Branche zu Branche, von Fall zu Fall. Es war etwas anderes, wenn, wie bei Siemens, zwischen 1855 und 1867 auf jeden der vier oder fünf Werkmeister zwischen 21 und 38 gelernte Werkstattarbeiter entfielen, während im Kohlebergbau des Saargebiets in den 50er Jahren über 100 Bergleute auf einen Steiger kamen.[388] Technisch qualifizierte Anleitungs- und schlichte Beaufsichtigungsfunktionen dürften sich im Aufgabengebiet jedes Werkmeisters gemischt haben, aber je nach dem Qualifikationsgrad der unterstellten Arbeiter und der technischen Kompliziertheit des jeweiligen Arbeitsgebiets in sehr unterschiedlicher Weise. Werkmeister, die aus dem Handwerk kamen und ehemals selbständig gewesen waren, dürften zu ihren Arbeitern ein anderes Verhältnis gehabt haben als die wenigen unter ihnen, die auf einem Gewerbeinstitut Fachbildung erhalten hatten, oder solche, die aus der Stammbelegschaft desselben Unternehmens rekrutiert und aufgestiegen waren.[389]

Generell gilt, daß die Meister in den frühen zentralisierten Betrieben wichtige Stellungen einnahmen. Je begrenzter die Organisationsmöglichkeiten der Unternehmensleitungen noch waren und je größer die Unternehmen wurden, desto mehr mußte man sich auf dezentrale Management-Lösungen verlegen. Im hochdezentralisierten Zwischenmeistersystem ähnelten die Meister kleinen Unternehmern. Es spielte auch in den frühen Jahrzehnten der deutschen Industrialisierung eine wichtige Rolle.[390] Aber auch sonst hoben sich meistens die Werkmeister schon im Vormärz klar von der Arbeiterschaft ab. Die im Handwerk fest verwurzelte Meister-Gesellen-Differenz dürfte in den zentralisierten Betrieben häufig als Modell gewirkt haben. In einer badischen Fabrik-Arbeitsordnung hieß es 1837: „Der Arbeiter ist dem Meister Achtung und Gehorsam schuldig". Die Preußische Gewerbeordnung von 1845 betonte die Sonderstellung des Werkmeisters, indem sie zwar die Rechte und Pflichten der Gehilfen und Fabrikarbeiter zu regeln begann, das Verhältnis zwischen Meister und Unternehmer jedoch der privaten Abmachung überließ. In anderen Fällen mag die Sonderstellung der Meister umstritten geblieben sein. Bei Siemens aber wiesen Höhe und Art ihrer Bezahlung, die ihnen zugestandene vierwöchige Kündigungsfrist, der Ton der teilweise von Werner Siemens selbst verfaßten Ernennungsschreiben oder auch die Gewohnheit, die Werkstatt am Tag der Beerdigung eines Meisters zu schließen und die Arbeiterschaft auf den Friedhof zu schicken, auf die herausgehobene Stellung der Meister hin.[391] In dieser Telegraphenbauanstalt waren die Meister einerseits die wichtigsten Repräsentanten des technischen „know how"; sie wie-

sen die Neulinge ein, lernten sie an, zeigten den Arbeitern, was sie zu tun hatten und besaßen innerhalb dieser Grenzen die Chance, als technische Neuerer, als Innovatoren, in Erscheinung zu treten. Zum andern stellten sie relativ selbständige Zentren der Arbeiterbehandlung dar: Sie stellten ein und entließen, entschieden über Löhne und Strafen, beaufsichtigten und kontrollierten.

Gewisse Wandlungen deuteten sich schon im dritten Jahrhundertviertel an, doch müssen die Verhältnisse in jedem Unternehmen ein wenig anders gewesen sein. Mit der Entstehung der technischen Büros und ersten Konstruktionsabteilungen seit den 50er/60er Jahren begann die technisch-fachliche Vorrangstellung des Meisters nachzulassen. Die Einstellung akademisch qualifizierter Konstrukteure, Werkstattingenieure und Techniker relativierte die *fachliche* Autonomie des Meisters weiter. Dagegen blieb ihm die zweite Grundlage seiner Macht lange erhalten: Faktisch wurde in den meisten größeren Betrieben des dritten Jahrhundertviertels über Einstellung und Entlassung einzelner Arbeiter, über die Höhe ihrer Löhne, ihre Bestrafungen oder Beförderungen von den Meistern entschieden. Ihre diesbezügliche Macht wuchs sogar, wie erwähnt, mit der Durchsetzung des Akkordlohnes. Und als die Fabriken begannen, die Arbeitsvorgänge in den Werkstätten schriftlich genauer zu begleiten – durch Materialbestellscheine, genauere Kostenrechnungen, Lohnbücher usw. –, wuchsen den Meistern neue Funktionen als unterste Verwaltungspersonen zu.

Aus zwei Gründen dürfte sich die Spannung zwischen Meistern und Arbeitern häufig verschärft haben: Zum einen verlor der Meister mit einem Teil seiner technischen Vorrangstellung etwas von jenen Kompetenzen, die ihm als Fachmann bei den Arbeitern am ehesten Akzeptanz verschafft haben dürften. Was ihm blieb, war die viel konfliktträchtigere, weniger selbstverständlich akzeptierbare Aufsichts-, Kontroll- und Verwaltungsfunktion. Zum andern verschärfte sich die Spannung zwischen Meistern und Arbeitern in dem Maße, in dem Rentabilitätserwägungen auch innerhalb der Werkstätten an Bedeutung gewannen. Die Meister hatten nun strenger als zuvor auf Pünktlichkeit zu achten, für das Verderben von Arbeitsstücken zu bestrafen, die Arbeitsmethoden zu kontrollieren, die Trinkgewohnheiten zu reduzieren. Vor allem mit der zunehmenden Akkordentlöhnung traten Spannungen auf, die den Meister als *den* Vertreter des sich stärker durchsetzenden Prinzips der Rechenhaftigkeit und der Betriebsdisziplin zugleich erscheinen ließen.[392]

Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts begannen neue Arbeiter-, Werkstatt- und Kontrollbüros die Meister auch in ihren administrativ-kontrollierenden Funktionen zu beschneiden. Dadurch verlagerten sich immer mehr der die Arbeiter betreffenden Entscheidungen in einen Bereich, der ihnen unzugänglich und nahezu unbekannt war. Bis dahin blieb viel von der innerbetrieblichen Herrschaft für die Arbeiter persönlich erfahrbar, und im Verhältnis zu den Meistern konkretisierte es sich. Von den Eigenschaften der Meister hing deshalb viel ab. Persönliches zählte. An dieser Stelle schritt die Bürokratisierung nur sehr langsam voran.

In einigen Firmen zählte man, wie gesagt, die Meister erst mit der Zeit eindeutig zu den Angestellten („Beamten"). Auch gab es andere Zwischenpositio-

nen und Unsicherheiten im Einzelfall.[393] Aber generell war die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten schon in jenen Jahrzehnten klar ausgeprägt, sowohl in den Unternehmen wie in der Gesellschaft überhaupt. Zweifellos waren diese Angestellten besitzlose Arbeitnehmer wie die Arbeiter auch. Aber sie erhielten meistens monatlich oder jährlich berechnetes *Gehalt* statt Lohn, und das ersparte ihnen einen guten Teil der Belastungen und Gefahren, die den Lohnarbeiterstatus wesentlich kennzeichneten.[394] Sie arbeiteten ähnlich den Unternehmern und in scharfem Unterschied zu den Arbeitern nicht mit der Hand. Traditionell ist die Unterscheidung zwischen manuell und nicht-manuell arbeitenden Schichten von allergrößter Wichtigkeit gewesen, gerade in den agrarisch-ständischen Gesellschaften des Ancien régime hat sie immer eine deutliche Statusdifferenz markiert. Das galt auch fürs 19. Jahrhundert. Erst im 20. sollte sich diese Grenze verwischen. Die Differenz zwischen Hand- und Maschinenarbeit einerseits, zwischen Kopf-, Schreib- und Aufsichtsarbeit andererseits spaltete auch in den frühen Fabriken, Bergwerken und Manufakturen die Arbeitnehmerschaft in zwei Teile, in eine Welt der Arbeiter und eine der Angestellten. Die eine war eher schmutzig, laut, abnützend und produktiv, die andere sauber, leise, stilisierbar, mit Informationen und Papier, statt mit Sachen und Werkzeugen befaßt, physisch nicht fordernd, oft sitzend, statt stehend. Bis in die Gestik und Kleidung setzte sich dieser Unterschied fort. Angestellte setzten sich in der Regel mit Geringschätzung von den Arbeitern ab, auch wenn sie auf den unteren Rängen nicht mehr, sondern manchmal weniger verdienten als diese. Arbeiter sahen auf die „Federfuchser" im fernen Büro mit Distanz und Mißtrauen. Von „white collars" und „blue collars", von weißen oder blauen Kragen, spricht man in Amerika. In Deutschland war diese „Kragenlinie" besonders tief ausgeprägt. Letztlich lag dies an der hier besonders großen Wirksamkeit bürokratischer Modelle und Leitbilder, die das Innenleben der größeren Betriebe beeinflußten. Sie näherten die Situation und das Selbstverständnis der frühen Angestellten mehr als in anderen Ländern der Situation und dem Selbstverständnis öffentlicher Beamter an. Eben dies trug zur Vertiefung der Arbeiter-Angestellten-Differenz bei.

Die Personalpolitik der Unternehmensleitung wirkte in die gleiche Richtung. Sie gewährte den Angestellten Vorteile, die Arbeiter nicht besaßen: Gehalt statt Lohn, das Essen im „Casino" statt in der Kantine, kürzere und weniger kontrollierte Arbeitszeiten, großzügigere Dienstordnungen statt detaillierter Arbeits- oder Werkstattordnungen, größere Arbeitsplatzsicherheit, Gehaltszuwächse mit zunehmendem Dienstalter, besondere Konditionen in unternehmenseigenen Versicherungskassen, Vertrauensbeweise, oftmals Gewinnbeteiligung usw. Teils hing das mit den besonderen Funktionen zusammen, die die Angestellten wahrnahmen: Einige von ihnen übten Macht aus, viele hatten Vertrauensstellungen inne, ihre Arbeit war schwer zu quantifizieren und oftmals kaum kontrollierbar. Am Anfang waren sie wenige. Überdies reflektierte auch die unternehmerische Personalpolitik die allgemeine Anschauung ihrer Zeit und ihrer Gesellschaft. Jedenfalls: Sowohl nach ihrer objektiven Situation – wenn auch nicht nach ihrer Klassenlage – wie nach ihrem Selbstverständnis wie in der Sicht der anderen

unterschieden sich die Angestellten von den Arbeitern im zentralisierten Gewerbe der Industriellen Revolution sehr.

Die kategoriale Differenz und die soziale Distanz zwischen Gehalt empfangenden Angestellten und im Lohn bezahlten Arbeitern waren sehr ausgeprägt. Das erleichterte es wahrscheinlich den Arbeitern, sich trotz verschiedener Berufszugehörigkeit und verschiedener Qualifikationen, in Abgrenzung zu den „Beamten", als Arbeiter zu identifizieren und zu betonen, was ihnen gemeinsam war, im Unterschied zu „denen da oben".[395]

Auch die Arbeitsordnungen und die „Wohlfahrtspolitik" der damaligen Unternehmen sprachen die Arbeiter nicht in ihrer jeweiligen bestimmten Qualifikation und Berufszugehörigkeit an, sondern als Arbeiter, die *als solche* der Unternehmerherrschaft in ihren vielfältigen Formen unterworfen waren. Aus der Tatsache, daß das Unternehmen zugleich Herrschaftsverband und sein Personal auch hierarchisch differenziert war, ergaben sich also für die Arbeiter wichtige Erfahrungen der Zusammengehörigkeit. Dies ist eine der beiden abschließenden Folgerungen. Zum andern ist für die Geschichte der Proteste und Bewegungen der Arbeiter[396] festzuhalten, daß zwischen Arbeitern und Unternehmern des zentralisierten Gewerbes nicht nur Verteilungskonflikte, sondern auch Herrschaftskonflikte angelegt waren. Nicht nur im umstrittenen Tausch von Arbeit und Lohn trat man sich entgegen, sondern auch als gehorsamspflichtige Untergebene und befehlsberechtigte Vorgesetzte. Beides hing eng zusammen.[397]

Beide strukturellen Bedingungen des Arbeiter-Arbeitgeber-Konflikts traten im Lauf der Jahrzehnte immer schärfer hervor. Immer deutlicher steuerte das kapitalistische Kalkül die unternehmensinternen Verhältnisse. Und die wenigen zeitgenössischen Ansätze zur Arbeiter-Mitbestimmung blieben in der Zeit selbst ohne Bedeutung und Wirkung,[398] während der wachsende Rentabilitätsdruck die unternehmensinterne Disziplinierung allmählich verschärfte und bei zunehmender Größe die hierarchische Struktur des Unternehmens-Innenlebens schärfer hervortrat.

Als allgemeinstes Fazit dieses langen Kapitels über Arbeiter im zentralisierten Gewerbebetrieb läßt sich festhalten, daß diese Arbeiter – vor allem die Fabrikarbeiter, aber nicht nur sie – in der Tat in stärkerem und reinerem Maße zu Lohnarbeitern geworden sind als irgendeine der vorher behandelten Kategorien, seien es die Dienstboten oder Landarbeiter, die Heimgewerbetreibenden, Handwerker oder Eisenbahnbauarbeiter. Dies lag nur zum Teil und dann nur indirekt an der Maschinisierung. Vielmehr war die Zentralisierung entscheidend. Mit dieser hingen die ausgeprägte Besitzlosigkeit an Produktionsmitteln, die Trennung von Arbeit und Haushalt, die überberufliche Mischsituation und die Herrschaftsabhängigkeit dieser Arbeiter kausal zusammen – Situationsfaktoren also, die ihrerseits dafür verantwortlich waren, daß der Lohnarbeiterstatus dieser Arbeiterkategorie objektiv und vermutlich auch subjektiv besonders deutlich hervortrat. Insofern kann man die Arbeiter des zentralisierten Gewerbes in der Tat als „Kern" der entstehenden Arbeiterklasse bezeichnen. Aber daraus ist nicht notwendig zu folgern, daß sie durchweg und insgesamt zum aktiven Kern der entstehenden Arbeiterbewegung rechneten.

Grundlagen der Klassenbildung Ergebnisse und Ausblick

Zwischen 1800 und 1875 änderte sich das deutschsprachige Mitteleuropa radikal. Während um 1800 die Landwirtschaft noch vornehmlich feudal und das städtische Gewerbe noch größtenteils zünftig organisiert waren, setzte sich bis 1875 der Kapitalismus durch. An die Stelle abgestufter feudal-ständischer Rechtsungleichheit trat das moderne, im Prinzip für alle gleich gültige, bürgerliche Recht. Der einstmals einschneidende Stadt-Land-Unterschied verlor damit an Schärfe. Um 1800 existierte eine deutsche Nation erst in Ansätzen. 1875 war der Nationsbildungsprozeß dagegen weit fortgeschritten und ein moderner deutscher Nationalstaat unter preußischer Führung entstanden, der zwar die Deutschen in Österreich hinausdrängte und ausschloß, aber dennoch zum wichtigsten Modell deutscher Staatlichkeit wurde und bis heute wirksam ist, wenn auch in stark veränderten Grenzen und mit radikal gewandelten Inhalten. Eine Mischung aus traditionellen, höchst dezentralisierten, ständischen Herrschaftsformen und monarchisch-bürokratischem Absolutismus wog um 1800 vor: die Herrschaft kleiner Eliten ohne ins Gewicht fallende Partizipation der breiten Bevölkerung. Bis 1875 war dagegen der moderne Rechts- und Verfassungsstaat im wesentlichen durchgesetzt, mit leistungsfähiger Bürokratie, unabhängiger Justiz und parlamentarischem Mitspracherecht, mit einem vergleichsweise demokratischen Wahlrecht und einem Parteiensystem, das im wesentlichen bis zum Ende der Weimarer Republik Bestand haben sollte.

Auf dem Gebiet des späteren Deutschen Reichs gab es um 1800 nur zwei Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern – Berlin und Hamburg –, 1875 dagegen elf. Während um 1800 nur 7 % der Bevölkerung in Städten mit mindestens 10.000 Einwohnern lebten, stieg dieser Anteil bis 1875 auf 18 %, während sich die auf dem Territorium lebende Bevölkerung insgesamt in etwa verdoppelte. Während um 1800 etwa 62 % der Erwerbstätigen vornehmlich zur Landwirtschaft rechneten, sank dieser Anteil bis 1875 auf 50 %. Innerhalb des Gewerbes dominierten um 1800 zu 95 % Handwerk und Heimgewerbe, während 1875 das zentralisierte Gewerbe – vor allem die neue Fabrikindustrie – bereits jede dritte gewerblich tätige Arbeitskraft beschäftigte. Das Sozialprodukt dürfte sich in diesem Zeitraum verdreifacht haben und also auch deutlich pro Kopf gewachsen sein. 1800 hatte die Industrialisierung noch nicht begonnen, 1875 war ihre erste Phase abgeschlossen und sie selbst auf Dauer gestellt.

Zwischen 1800 und 1875 entstand das moderne Deutschland, wobei die von außen und oben initiierten Reformen in den ersten anderthalb Jahren des Jahrhunderts, die Revolution von 1848/49 und das Reichsgründungsjahrzehnt mit seinen drei Kriegen, seinem unübersehbaren Liberalisierungsschub und seiner mitt-

lerweile auf Hochtouren laufenden Industrialisierung noch einmal besondere Beschleunigungsphasen darstellten. All dies wurde im ersten Kapitel dieses Buches im Überblick dargestellt[1].

Die Hypothese

Auch um 1800 gab es riesige Unterschichten. Sie umfaßten etwa zwei Drittel der Bevölkerung und waren durch Armut oder Verarmungsgefahr, Abhängigkeit und Einflußlosigkeit, geringes Ansehen und meist auch durch minderwertige Rechtstellung gekennzeichnet. Die meisten ihrer Angehörigen lebten als Knechte und Mägde, Einlieger und Häusler, Heuerlinge, arme Landhandwerker und Tagelöhner, auch als Kötter, Büdner und Gärtner auf dem Land. In den Städten zählten das Gesinde, die Tagelöhner und viele kleine Handwerksmeister zu den Unterschichten. Innerhalb dieses riesigen Sockels der damaligen Gesellschaft verschwamm aber der Land-Stadt-Unterschied ebenso wie der zwischen Landwirtschaft und Gewerbe, denn die kleinen Leute wanderten viel, wechselten oft die Beschäftigung und sie verbanden überdies mehrere Einkommensquellen zugleich. Die Angehörigen der Unterschichten waren nicht etwa durch gleiche Klassenlage verbunden. Lohnarbeit spielte um 1800 noch kaum eine Rolle. Gemeinsam war den Angehörigen der Unterschichten vielmehr, daß sie über keine Stelle verfügten, die für sie selbst und ihre Familie auskömmlich gewesen wäre, so daß sie von der Möglichkeit, ein wirklich ständisches Leben zu führen, ausgeschlossen waren[2].

Was haben die tiefgreifenden Umwälzungen der Zeit von 1800 bis 1875 für die Unterschichten bedeutet? Wie wurden sie durch den siegreichen Kapitalismus und die mit ihm kommende Industrialisierung, die innere Staatsbildung, das rasche Bevölkerungswachstum und andere Wandlungsprozesse verändert? Wie erlebten sie sie? Wie verhielten sie sich zu ihnen? Das war das Thema dieses Buches.

Allerdings wurde dieser Frage mit Hilfe einer leitenden Hypothese nachgegangen, nämlich der, daß die Umwälzungen jenes Zeitraums aus den Unterschichten und aus einem kleinen Teil der Mittelschichten die Arbeiterklasse entstehen ließen, wenngleich keineswegs zur Gänze und vollkommen, sondern nur schrittweise, der Tendenz nach und innerhalb deutlicher Grenzen[3]. Daraus folgte für das Vorgehen dreierlei.

Zum einen wurden die verschiedenen Unterschichten in ihrer Arbeitswelt aufgesucht, im System der sich entwickelnden, zunehmend arbeitsteiligen, immer stärker marktmäßig orientierten Erwerbswirtschaft. Während nicht arbeitende Arme, Bettler, Vagabunden und ähnliche Randexistenzen als Teile der Unterschichten um 1800 selbstverständlich vorzustellen waren, kann man sie nicht zur entstehenden Arbeiterschaft zählen, die ja nicht nur nach „oben", zu den Besitzenden, Gebildeten und Mächtigen hin abzugrenzen ist, sondern auch nach „unten", gegenüber einer allerdings nur ganz schmalen subproletarischen Schicht; diese blieb in der Darstellung ganz am Rand[4].

Zum anderen wurden unter der Frage nach der entstehenden Klasse auch

solche Arbeiterexistenzen behandelt, die es, wie die Fabrikarbeiter, um 1800 noch so gut wie gar nicht gab, und auch solche, die aus 1800 nicht zu den Unterschichten rechnenden Bereichen – Teilen des besser gestellten Handwerks z. B. – in die entstehende Arbeiterklasse eingeschmolzen wurden.

Drittens folgte aus dem klassenhistorischen Ansatz und der zentralen Bedeutung, die die Lohnarbeit für die proletarische Klassenbildung besitzt[5], daß die Arbeits- und Lebensverhältnisse, die Struktur und die Veränderungen der verschiedenen Teilgruppen – vom häuslichen Gesinde bis zur Fabrikarbeiterschaft – unter der Leitfrage untersucht wurden, ob, bis zu welchem Grad, in welchen Erscheinungen, warum und mit welchen Folgen sich Arbeit für Lohn in ihnen durchsetzte.

Im Ergebnis kann am Siegeszug der Lohnarbeit zwischen 1800 und 1875 gar kein Zweifel bestehen. Das gilt – wenn auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß – für jeden einzelnen der untersuchten Teilbereiche wie für die handarbeitenden Unterschichten – die entstehende Arbeiterklasse – insgesamt. Dabei erwies sich die erste Industrialisierungsphase von den 40er bis in die 70er Jahre nicht nur als kontinuierliche Fortsetzung der in der Tat auch schon vorher beobachtbaren Durchsetzung von Lohnarbeit, sondern auch und vor allem als geradezu ruckartige Beschleunigung dieses Prozesses – ein Grund mehr, jedenfalls für den deutschen Fall, an der Bezeichnung „Industrielle Revolution" für jene erste Industrialisierungsphase festzuhalten[6].

Am Ende jedes der vorangehenden Kapitel wurden die Ergebnisse für die jeweils untersuchte Teilgruppe zusammengefaßt. Deshalb dürfte im Folgenden eine kurze Zusammenfassung der allgemeinsten Resultate ausreichen.

Häusliches Gesinde und Landarbeiter

Für das im 19. Jahrhundert an Umfang stark zunehmende häusliche Gesinde, das vorwiegend und immer eindeutiger aus Mädchen und Frauen zusammengesetzt war, blieb das Moment der Lohnarbeit in andere Beziehungen eingebunden und von ihnen überdeckt: Die Einbindung in den Haushalt der Herrschaft, die persönlich geprägte und vieldimensionale Abhängigkeit von der Herrschaft, auch die fehlende Trennung von Arbeits- und Wohnsphäre, das Sonderrecht des Gesindes, die Begrenzung des Gesindedienstes auf eine Lebensphase in den meisten Fällen – das blieben die wichtigsten, sehr wirksamen Grenzen, die der Herausbildung des Lohnarbeiterstatus im Fall der häuslichen Dienstboten entgegenstanden.

Dennoch, in dem Maß, in dem sich der wichtigste Arbeitsplatz des Gesindes vom alteuropäisch geprägten Haus zum bürgerlichen Haushalt des 19. Jahrhunderts hin verschob, traten die Lohnarbeiterzüge im Gesindestatus stärker hervor. Die innere Homogenität des Gesindes nahm zu. Vielerlei Indizien verweisen auf die zunehmende Lockerung der Beziehung zwischen häuslichem Personal und Herrschaft, auf zunehmende Distanz und Spannungen, auf ein Stückchen Eman-

zipation des Gesindes. Das zeichnete sich vor allem seit der Mitte des Jahrhunderts ab, als mit der endgültig durchbrechenden Industrialisierung alternative Arbeitsplätze entstanden und mit neuen Erfahrungen auch für die zunehmend vom Lande kommenden, wenig anspruchsvoll erzogenen, meist weiblichen Dienstboten das Möglichkeitsbewußtsein wuchs.

Gleichwohl: An kollektiver Identifikation von Dienstboten als Dienstboten oder gar als Teil der entstehenden Arbeiterklasse ist wenig erkennbar. Der Hauptbeitrag der Dienstboten zur proletarischen Klassenbildung dürfte in ihrer Rolle als Vermittler von Klassenkontakten gelegen haben. Aus dem Unterschichtenbereich kommend, lernten sie die Lebensweise, die Kultur, die Ideen nicht-proletarischer Familien kennen. In späteren Lebensjahren verschmolzen sie meist wieder – durch Beschäftigungswechsel und Heirat – mit anderen Gruppen der entstehenden Arbeiterschaft. Sie dürften Erfahrungen, Kenntnisse und Prägungen, auch Erwartungen und Ansprüche, über die Schicht-, später die Klassengrenze hinweg transportiert haben.

Die riesige, in der Arbeitergeschichte zu unrecht meist vernachlässigte Landarbeiterschaft war in sich ungemein heterogen. Wir haben zwischen landwirtschaftlichem Gesinde, also Knechten und Mägden, kontraktlich gebundenen landwirtschaftlichen Arbeitern, z.B. Insten, auch für Lohn arbeitenden Klein- und Kleinstbauern sowie besitzlosen Tagelöhnern, einschließlich der Wanderarbeiter, unterschieden. Diese vier Landarbeiter-Kategorien verhielten sich am Ende des Untersuchungszeitraums wie 12: 5: 4: 4:[7]. Die absolute Zahl der primär landwirtschaftlich tätigen Arbeiter nahm zu, ihr Anteil an der gesamten Arbeiterschaft war aber rückläufig. Unter den Landarbeitern kristallisierte sich das Moment der Lohnarbeit zwar weniger deutlich heraus als im gewerblichen Bereich, aber stärker als im häuslichen Gesindedienst und im ganzen unübersehbar. Letztlich lagen dem die Agrarreformen, die Durchbildung überregionaler Arbeitsmärkte, der zunehmend ausgeprägte saisonale Charakter vieler landwirtschaftlicher Tätigkeiten und der Einfluß der Industrialisierung mit ihren alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten zugrunde. Das landwirtschaftliche Gesinde schrumpfte, die Zahl der „freien" Tagelöhner nahm zu. Die Überreste feudaler Einbindungen wurden schwächer, das Gesinde der großen Güter war, abgesehen von ihrem schlechteren Recht, von Lohnarbeitern kaum noch zu unterscheiden. Die allmähliche Verschiebung vom quasi untertänigen Insten zum Deputatisten und Gutsarbeiter signalisiert denselben Trend. Soziale Distanzen, Spannungen und Konflikte zwischen Arbeitern verschiedener Art einerseits und Landwirten unterschiedlichsten Typs andererseits überlagerten zunehmend die herkömmlichen Spannungen zwischen Herrschaft und ländlichen Untertanen, je mehr die Agrarreformen griffen und die Reste der feudalen Abhängigkeit wegfielen. Ein neues Zusammengehörigkeitsbewußtsein auf Arbeiterseite muß damit verbunden gewesen sein. Schließlich teilte man Arbeits- und Abhängigkeitserfahrungen. Die Individuen wechselten im Lauf ihres Lebens von einer Arbeiterkategorie in die andere. Es gab viele Schattierungen und Übergänge, die Mitglieder ein und derselben Landarbeiterfamilie mochten verschiedenen Landarbeiterkategorien angehören. Das ländliche Proletariat wuchs zusammen, vor allem auf den

Gütern, aber auch in den Dörfern der Regionen mit parzelliertem Kleinstbesitz, am wenigsten noch auf den Höfen der Vollbauern.

Aber die reine, besitzlose und nicht besonders eingebundene Lohnarbeit blieb ein Minderheitsphänomen. Das Gesinde überwog weiterhin, wenn auch mit abnehmendem Trend. Auch der weit verbreitete und durch die Reformen eher vermehrte Kleinstbesitz stand der Herausbildung einer rein proletarischen Existenzform entgegen, die ungemein fein gestufte Besitzverteilung verhinderte die Entstehung scharf entgegengesetzter Lager. Die überkommenen dörflichen Gemeinschaftsbeziehungen bremsten die Entwicklung klassenspezifischer Erfahrungen und Spannungen.

Heimgewerbe und Handwerk

Drei Typen von durchweg verlagsabhängigen und damit kapitalistisch eingebundenen, lohnerhaltenden Heimarbeitern haben wir unterschieden. *Zum einen* gab es da die ländlich eingebundenen, meist aus unterbäuerlich-kleinbäuerlichem Milieu stammenden und ihm weiterhin verbundenen Heimarbeiter, beispielsweise Spinner und Weber, deren Stellen ursprünglich oft aus landwirtschaftlicher Nebenarbeit hervorgegangen war. In ihrem Kreis fanden sich die Hauptopfer der frühen Industrialisierung, die Hauptleidtragenden des Pauperismus, und ihre Zahl ging seit Mitte des Jahrhunderts rapide zurück. *Dann* gab es die verlegten Handwerker, meist in und nahe den Städten, mit hoher Qualifikation und oft mit zünftiger Tradition. Der hochqualifizierte Chemnitzer Wollweber verkörperte diesen Typus ebenso wie der Solinger Messerschleifer oder der neu in Verlagsabhängigkeit geratende großstädtische Möbeltischler der 60er Jahre. Dieser Typus von Heimgewerbetreibenden, der in der Literatur oft und irreführend als Handwerker behandelt wird, dehnte sich in der ersten Industrialisierungsphase aus. Handwerkliche Tradition und Verlagsabhängigkeit verbanden sich hier in brisanter Weise. *Schließlich* war auf einen neuen Typus großstädtischer, hausindustrieller Teilarbeit zu verweisen, die sich seit den siebziger Jahren schnell ausdehnte und vor allem von Frauen wahrgenommen wurde. Die für ein Konfektionshaus im „Schwitzsystem" arbeitende, von einem Zwischen-Unternehmer ausgebeutete, alleinstehende Berliner oder Wiener Näherin kann als Prototyp gelten. Nach Familieneinbindung, ländlich-landwirtschaftlicher Milieubindung, kollektiven Traditionen, Stellung auf dem Arbeitsmarkt, Krisenerfahrungen, Ambitionen und Fähigkeit zum kollektiven Auftreten unterschieden sich die drei Arbeitertypen zutiefst. Nur der zweite Typ scheint den Weg zur Arbeiterbewegung gefunden zu haben.

Im Vormärz nahmen die Heimgewerbetreibenden insgesamt zu, seit etwa 1850 schrumpfte ihre Zahl, sie wurden zu einer typischen Abstromkategorie. Die Einbettung ins ländlich-landwirtschaftliche Milieu und in den Familienverband, die Instabilität und die geringe Formalisierung des Vertragsverhältnisses, die räumliche Trennung vom Arbeitgeber, der Besitz an Produktionsmitteln, der

darauf und häufig auf ausgeprägtem Berufsbewußtsein gründende Selbständigkeitsanspruch sowie in einer Minderheit der Fälle auch die Beschäftigung von Gesellen und Hilfskräften – all dies stand der Umwandlung des Heimarbeiters in einen reinen Lohnarbeiter entgegen. Doch die zahlenmäßige Verschiebung vom ersten zum zweiten und dritten Typ, die Lockerung der gewerblich-ländlichen Symbiose unter dem Ansturm von Pauperismus und Industrialisierung, die schärfere Ausprägung der Heimarbeiter-Verleger-Spannungen, die durchdringende Marktabhängigkeit des Heimarbeiterlebens, die Bezahlungsformen und andere Anzeichen lassen keinen Zweifel daran, daß es sich bei den Heimarbeitern im Kern um Lohnarbeiter handelte und dieser Kern immer erfahrbarer und sichtbarer wurde. Dies war eine für die proletarische Klassenbildung ganz entscheidende Kategorie, nicht zuletzt weil sie nach ihrer Herkunft ins ländliche Milieu und oftmals ins selbständige Handwerk, nach ihrer Hinkunft aber sehr oft in die Fabrikarbeiterschaft hineinreichte.

Das absolut und anteilsmäßig expandierende Handwerk wurde in doppelter Weise in den Prozeß der proletarischen Klassenbildung einbezogen. Einerseits: 70 bis 80 % der Handwerksmeister arbeiteten allein, ohne Gesellen und Lehrlinge. Sie lebten ärmlich, unsicher, proletaroid, nach Lebenszuschnitt und Arbeitserfahrungen von Gesellen und vielen Arbeitern kaum zu unterscheiden. Selbst wenn sie selbständig blieben, war die Abgrenzung zum entstehenden Proletariat oft nur allzu prekär. Sie wurde eindeutig überschritten, wenn der kleine Schneider, Schuster oder sonstige Handwerker von einer Konfektionsfirma, einem Warenhaus oder einem sonstigen Unternehmen verlagsartig abhängig wurde: ein häufiger Übergang in den Status des Heimarbeiters zweiten Typs.

Andererseits: 80–90 % der Gesellen arbeiteten bei 20–30 % aller Meister, bei der eindeutig nicht-proletarischen Minderheit selbständiger Handwerker. Ein immer größerer Anteil des handwerklichen Gesamtpersonals entfiel auf Gesellen und Lehrlinge: 35 Prozent 1800, 56 Prozent 1873 und 66 Prozent 1900. Die durchschnittliche Betriebsgröße wuchs. Zwar unterschied sich die Situation sehr von Branche zu Branche. Aber generell hing die allmähliche Umwandlung der Handwerksgesellen in handwerklich qualifizierte Lohnarbeiter weniger mit abnehmenden Selbständigkeitschancen zusammen als mit der allmählichen Herauslösung des Gesellen aus dem Haushalt des Meisters, mit dem sich über den ganzen Zeitraum erstreckenden Abbau der zünftigen Einbindungen und mit der Aushöhlung der berufsständischen Autonomie der Gesellen im Zangenangriff von Kapitalismus und Obrigkeitsstaat. Die Arbeitsverhältnisse wurden kapitalistischer, die Lohnformen änderten sich – der Tendenz nach vom Wochen- zum Stücklohn. Die Arbeitszeiten wurden schärfer bemessen. Die herkömmliche ständische Differenz zwischen Gesellen und Meistern wurde allmählich klassenmäßig aufgeladen. Die Gesellen-Brüderschaften fielen weithin behördlicher Unterdrückung und Kontrolle zum Opfer.

Aber genug lebte von den ständischen Traditionen fort, um die sich herausbildende Klassenspannung zwischen Gesellen und Meistern in besonderer Weise einzufärben und zu verschärfen. Traditionsbindung und Klassenbildung gingen im Falle des Handwerks ein besonders produktives Verhältnis ein: Hauptursache

des überdurchschnittlichen Engagements vieler Gesellen – aber kaum der Meister – in der frühen Arbeiterbewegung.

Eisenbahnbau

Eisenbahnbauarbeiter glichen den seit langem bekannten Erdarbeitern, die beim Bau von Chausseen, Kanälen, Häfen oder auf anderen Großbaustellen beschäftigt waren. Aber ihre explosionsartige Vermehrung und die strikt kapitalistische Organisation ihrer Arbeitsbeziehungen gaben ihnen eine neue Qualität. Ohne jede hausherrschaftliche Einbindung und handwerklich-zünftige Tradition, meist ohne ländlich-landwirtschaftliche Einbettung und ohne nennenswerten Produktionsmittelbesitz glichen sie dem reinen Typus des Lohnarbeiters stärker als alle zuvor besprochenen Kategorien. Mit einer Einschränkung: Ihre Arbeitsverhältnisse waren durch und durch unstetig. Es handelte sich um Saison- und Wanderarbeit, die man nur für einige Monate oder Jahre betrieb, bevor man in andere Arbeits- und Unterschichten-Milieus zurückkehrte oder wechselte. Beim Eisenbahnbau kamen Arbeiter der verschiedensten Art zusammen, aber nur auf kurze Zeit. Die gemeinsamen Arbeits- und Wohnerfahrungen prägten sie stark, die Binnenkommunikation war dicht, schnell entwickelten sie Formen kollektiver Interessenwahrnehmung bis hin zu Tumulten und Streiks, die in den 40er Jahren von den Regierungen mit wachsender Besorgnis beobachtet wurden. Trotzdem haftete der Eisenbahnbauarbeit etwas Kurzfristig-Vorübergehendes an, das sie daran hinderte, zu einem tragenden Pfeiler proletarischer Klassenbildung zu werden.

Manufaktur-, Berg- und Fabrikarbeiter

Die Arbeiter der zentralisierten Gewerbebetriebe, also der Manufakturen, Fabriken und Bergwerke, stellten um 1800 eine verschwindende Minderheit dar. Noch um 1850 gab es mehr als doppelt soviel Heimarbeiter wie Fabrik-, Manufaktur- und Bergarbeiter, deren Zahl selbst noch hinter der der Gesellen und Lehrlinge des Handwerks zurückblieb. Aber dann machte sich die Industrielle Revolution unübersehbar bemerkbar. Bis 1875 ließ die schnell expandierende Kategorie der Arbeiter zentralisierter Betriebe die nun schrumpfende Heimarbeiterschaft weit hinter sich zurück und überrundete auch deutlich die langsamer wachsende Kategorie der Handwerksgesellen und -lehrlinge. An die zwei Millionen Beschäftigte zählte nun der zentralisierte Gewerbebereich, das war mehr als ein Drittel aller überhaupt im sekundären Sektor Tätigen. Ihr schnelles Wachstum machte die Fabriken, Manufakturen und Bergwerke zu einem Anziehungs- und Aufnahmebereich erster Güte. Arbeiter unterschiedlichster Herkunft aus Stadt und Land strömten hier zusammen, kamen hier miteinander in Berührung und wurden hier mit prinzipiell ähnlichen Erfahrungen konfrontiert.

Natürlich lassen sich die Arbeiter des zentralisierten Gewerbes nicht über einen Leisten schlagen, ihre Entwicklungspfade unterschieden sich. Die zwischen Manufaktur- und Heimarbeit oszillierenden *Zigarrenarbeiter* besaßen keine handwerklich-zünftige Tradition. Doch ihre Tätigkeit hatte stark handwerklichen Charakter und behielt ihn, denn bis ins späte 19. Jahrhundert spielten Maschinen in dieser Branche kaum eine Rolle. Geschlechtsspezifische Differenzierungen unterstrichen arbeitsplatzspezifische Abhängigkeiten und trugen vermutlich zu ihrer Legitimierung bei. Das dezentralisierte, den einzelnen Arbeitergruppen viel Autonomie belassende Arbeitssystem erlaubte die Entwicklung einer Arbeitskultur, die dann der entstehenden Arbeiterbewegung zugute kam, wenngleich immer nur eine kleine Minderheit von Zigarrenarbeitern, vor allem in den Städten, Zugang zu Gewerkschaften und Arbeiterparteien fand.

Zwischen Manufaktur und Fabrik oszillierten die *Buchdrucker* und *-setzer*. In wenigen Städten konzentriert und vergleichsweise gebildet, waren sie an Marktproduktion und große Betriebe gewöhnt. Lohnarbeit gab es hier seit langem, und zwar ohne zünftig-handwerkliches Erbe, aber mit Traditionen der Selbstorganisation und Mitbestimmung gegenüber den Prinzipalen („Postulat"). Diese Traditionen fanden sie nun, zusammen mit hochgeschätzten Eigenarten ihrer Arbeitskultur, durch Gewerbereform, Expansion und sich durchsetzenden Kapitalismus gefährdet. Daß die Maschinisierung die Drucker schwächte und dezimierte, aber die Setzer bis zum Ende des Jahrhunderts ungeschoren ließ, während beide Kategorien durch Arbeitsplatznähe und Postulatstradition engstens verbunden waren, war das Besondere: Die Degradierung der einen und die Handlungsfähigkeit der anderen flossen zusammen und produzierten jene organisierbare Handlungsfähigkeit, die früh zu hohen gewerkschaftlichen Organisationsgraden führte und für die entstehende Arbeiterbewegung sehr wichtig wurde.

Auch im Fall der *Bergarbeiter* erwies sich die Verknüpfung zwischen spezifischen Traditionen und Durchsetzung der Lohnarbeit als zentral. Wiederum bestimmten überkommene, durch Arbeitserfahrungen immer neu belebte, in Bräuchen und Organisationen kulturell verfestigte Traditionen mit, wie das mit Kapitalismus und Industrialisierung aufkommende Neue erlebt, gedeutet und verarbeitet wurde. Hier war es eine rechtlich abgestützte, zugleich obrigkeitsdurchsetzte, berufsständische Tradition – oft auf dem Hintergrund ländlich-landwirtschaftlicher Einbindung –, die zwar nicht wie die Buchdrucker mit Maschinisierung zurechtzukommen hatte. Denn die blieb im Kohlenbergbau des 19. Jahrhunderts marginal, die konkrete Arbeitsplatzstruktur mit ihren großen Spielräumen für die einzelnen Teams unter Tage änderte sich wenig. Aber die überkommenen Traditionen wurden mit rasanter Expansion, mit dem Leben in Ballungsgebieten und der Umwandlung des Bergbaus in eine staatlich nur noch wenig regulierte privatkapitalistische Industrie konfrontiert, in der sich Lohnarbeit ziemlich rein durchsetzte und aus Bergleuten Bergarbeiter wurden: ein Prozeß der Dekorporierung, wie er außerhalb des handwerklichen Bereichs einzigartig war, obwohl auch hier ständische Überreste weiterlebten und die Klassenbildung eher förderten als behinderten.

Dagegen fand sich in den *Eisen- und Stahlwerken* eine rasch wachsende Kate-

gorie vornehmlich an- und ungelernter Arbeiter ohne ständische und meist überhaupt ohne handwerkliche Tradition, von ländlicher, oft landwirtschaftlicher Herkunft und mit fortdauernder Bindung zu diesem Milieu, geprägt durch eine zunehmend großbetriebliche, außerordentlich arbeitsteilige Situation, bestimmt durch sich rasch ändernde Technologien, bei denen Apparaturen für chemische und thermische Verfahren wichtiger waren als Werkzeugmaschinen, sehr viel Platz für nicht-mechanisierte Tätigkeiten blieb und höchste Anforderungen an die physische Leistungsfähigkeit gestellt wurden. Fast ausnahmslos handelte es sich, wie auch im Bergbau und Buchdruck, um Männer. Prozesse der Dequalifizierung und Disziplinierung waren häufiger als solche der Aufwertung von Tätigkeitsbereichen im Hinblick auf geforderte Qualifikationen und Arbeitsplatzautonomie, wenngleich die faktischen Grenzen der innerbetrieblichen Disziplinierung gerade im Montanbereich eindrucksvoll und unübersehbar sind. Anders als die Bergwerke besaßen die Hütten, die Stahl-, Hammer- und Walzwerke eine ungemein fein ausdifferenzierte Arbeitsplatzstruktur, die sich überdies dauernd änderte. Dies scheint neben der landwirtschaftlich-ländlichen Einbindung der Arbeiter zur Schwäche solidarischer Interessenartikulation in diesem Bereich beigetragen zu haben, der trotz seiner Ausbeutungs- und Entfremdungsintensität anders als der Bergbau anscheinend nur wenig zur entstehenden Arbeiterbewegung beigetragen hat.

Der Vergleich zwischen der im 19. Jahrhundert handwerklich geprägten *Maschinenbauindustrie* und der sehr viel umfangreicheren, weniger Qualifikationsanforderungen stellenden *Textilindustrie* macht die große Spannweite unterschiedlicher Fabrikarbeiterexistenzen im 19. Jahrhundert deutlich. Während die Spinnereien und Webereien sehr früh fabrikindustriell arbeiteten, entwickelten sich die Maschinenbauanstalten nur zögernd aus Manufakturen in Fabriken. Jene beschäftigten früh zahlreiche an- und ungelernte Kräfte, darunter von Anfang an viele Kinder und Frauen, die aus ländlich-landwirtschaftlichem Milieu und aus der Heimarbeit kamen, während die Maschinenbauanstalten auf hochqualifizierte, durchweg männliche Arbeitskräfte setzten, die sie vor allem aus dem Handwerk anzogen. Die Mechanischen Spinnereien und Webereien arbeiteten früh mit Maschinensystemen, die den Rhythmus der Arbeit diktierten und die Arbeitskräfte disziplinierten, zugleich aber durch ihre Unvollkommenheit – man denke an den Lärm, den Staub und die Unfallgefahren – das Elend der Fabrikarbeit steigerten. Für innerbetriebliche Dequalifizierung blieb damit nicht mehr viel Platz. Anders die Kraft- und Werkzeugmaschinen im Maschinenbau: Zunächst waren sie selten, und das Arbeitsmilieu in einer frühen Anstalt unterschied sich nur wenig von dem in der Werkstatt eines metallverarbeitenden Handwerks. Auch der Unternehmer war in der Regel „vom Fach", anders als der meist kaufmännisch qualifizierte Textilunternehmer. Der Wechsel in die Maschinenfabrik war für den Mechanikergesellen kein allzugroßer Sprung, anders als der Übergang in die Textilindustrie für den Heimarbeiter. Dieser erlebte den Wechsel in die Fabrik oft als Abstieg und Schock, jener nicht. Dafür kam es in der Maschinenbauindustrie der Industriellen Revolution zu Dequalifizierungsprozessen – und zum allmählichen Eindringen von Frauen in eine Arbeitswelt,

von der sie bis dahin ausgeschlossen gewesen waren. Nach Ausbeutungsintensität, Arbeitszeitlänge, Lohnniveau und Qualität der Arbeitsverhältnisse lag die Textilindustrie mit wenigen Ausnahmen weit unter der Maschinenbauindustrie. Die soziale Distanz zwischen Unternehmensleitung und Arbeiterschaft war dort meist größer als hier. Die viel schlechtere Stellung der Textilarbeiterschaft blieb nicht auf den Arbeitsplatz beschränkt, sondern strahlte aus: auf das Leben, das Ansehen, die Stellung in der Nachbarschaft.

Das Verhältnis von Fabrikarbeit, Geschlecht und Alter stellte sich in der Textilindustrie in besonders klarer Weise dar. Das System der Fabrikarbeit fußte auf überlieferten Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen, Erwachsenen und Kindern; es nutzte sie aus und trug umgekehrt ein wenig zu ihrer Auflösung bei. Vor allem aber veränderten die überkommene Geschlechterdifferenz und die überkommene Kinderarbeit ihre Bedeutung, als sie in die von Haushalt, Reproduktions- und Sozialisationssphäre klar getrennte Fabrik verpflanzt wurden. Das Geschlechterverhältnis wurde zum Problem und zum Stein des Anstoßes: Indiz für die neue, nicht-traditionale Qualität der Fabrikarbeit, aber letztlich ohne Konsequenz. Die Fabrik-Frauenarbeit expandierte im Laufe des ganzen Jahrhunderts; sie drang allmählich auch in einige Bereiche ein, die ihr anfangs fern oder verschlossen waren, wenngleich innerhalb der Werke weiterhin recht strikt zwischen weniger entlohnten, weniger begehrten Frauenarbeitsplätzen und besser entlohnten, besser qualifizierten Männerbereichen unterschieden wurde und die Stellen mit Aufsichts- und Kontrollbefugnissen meistens Männern vorbehalten blieben. Allmählich erstreckte sich die Frauenarbeit in den Fabriken auch über die Kategorie junger unverheirateter Frauen hinaus, auf die sie anfangs – als Lebensphase – beschränkt gewesen war. Dagegen wurde die Fabrik-Kinderarbeit durch ihre Herauslösung aus Familie, Haushalt oder Haushaltsnähe so sehr zum öffentlich kritisierten Skandal, daß sie seit den 50er Jahren rasch zurückging, wenngleich sie in der Heimarbeit kräftig fortlebte. Der Abbau der Kinder-Fabrikarbeit seit den 50er Jahren verdankte sich nur in geringem Maße technologischen Veränderungen, die den Einsatz von Kindern disfunktional und ökonomisch unattraktiv machten. Kinderarbeit verschwand vor allem als Folge der Kinderschutzgesetze, die seit der Einsetzung von Fabrikinspektoren in den 50er Jahren zu greifen begannen.

Man sieht noch einmal, welch unterschiedliche Arbeits- und Lebensformen selbst innerhalb des zentralisierten Gewerbes existierten. Trotzdem teilen die Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Bereichs eine Reihe ins Gewicht fallender Situationsmerkmale und Erfahrungen, die zusammengenommen dafür verantwortlich waren, daß die Lohnarbeit im Bereich des zentralisierten Gewerbes klarer und reiner hervortrat als irgendwo sonst.

Zu diesen Situationsmerkmalen und Erfahrungen gehört *nicht* die häufig überschätzte Abhängigkeit von den Maschinen. Selbst wenn man nur auf Fabrikarbeiter blickt, sieht man, daß verschiedene Arbeiterkategorien die Maschinen ganz unterschiedlich erfuhren, teilweise als Entlastung und Hilfe, teilweise als Instanz der Disziplinierung, Grund zur Dequalifizierung und Anlaß zum Protest, sehr oft aber gar nicht, denn die Maschinisierung blieb damals noch sehr unvoll-

kommen[8]. Vielmehr war es die Zentralisation der Arbeit an sich, die zur vergleichsweise reinen Herausbildung von Lohnarbeit führte.

Denn das Eigentum von Produktionsmitteln und die daraus folgenden Selbständigkeitsansprüche hatten im zentralisierten Betrieb anders als im verlagsabhängigen Heimgewerbe und in der Landwirtschaft keinen Platz. Hier waren die Arbeiter klarer als dort auf die marktmäßige Verwertung ihrer Arbeitskraft, auf den Tausch von Arbeit gegen Lohn verwiesen.[9] Ausnahmen gab es natürlich,[10] und sie mögen Historikern besonders auffallen, die sich vor allem für das interessieren, was den allgemeinen Trends nicht entsprach und in verallgemeinernden Aussagen nicht aufgeht. Doch handelte es sich um rückläufige Randerscheinungen.

Die Zentralisierung der Produktion riß die Arbeit viel eindeutiger und konsequenter als in den anderen Bereichen aus der sonstigen Lebenswelt heraus. Arbeit wurde aus ihren sonstigen Einbettungen gelöst, abstrakter und zugleich als solche erfahrbarer, bewußtseinsprägender und als Basis der Vergesellschaftung gewichtiger. Sicher gab es Einschränkungen und Ausnahmen, etwa wenn ganze Familien von der Heimarbeit in eine frühe Textilfabrik wechselten. Doch dies war zumindest im deutschen Bereich die seltene Ausnahme. Auch ist deutlich geworden, daß die in der Familie geprägten Rollen – von Männern und Frauen, von Erwachsenen und Kindern – in die Fabrik mitgenommen und dort eingesetzt, allerdings auch in ihrer Bedeutung verändert wurden. Die Kontrollversuche der Unternehmensleitungen reichten überdies oft über die Sphäre der Arbeit hinaus und in den privaten Bereich der Arbeiter hinein, man denke nur an manche betrieblichen Sozialleistungen und besonders an den unternehmerischen Patriarchalismus. Unbestreitbar ist auch, daß weiterhin Erwerbsarbeit in den Haushalten und ihrem Umkreis geleistet wurde, vor allem von Frauen, neben und in Verbindung mit ihrer Haus- und Erziehungsarbeit. Trotzdem: Mehr als im Falle der häuslichen Dienste, der landwirtschaftlichen Arbeit, der Heimarbeit und des Handwerks setzte die Arbeit im zentralisierten Gewerbebetrieb wie auf den Großbaustellen die Trennung von Familie, Haushalt und sonstiger Lebenswelt voraus. Arbeit wurde zur eigenständigen Sphäre. Die kapitalistische Logik, der sie unterworfen war, löste sich hier besonders deutlich aus ihren lebensweltlichen Fesseln. Damit hing zusammen, daß Arbeitszeit und Arbeitslohn genauer abgrenzbar, gestaltbarer, meßbarer, unmittelbar erfahrbarer und kontroverser wurden[11]. Damit hing auch zusammen, daß die Disziplin im zentralisierten Betrieb ein vergleichsweise präzises, von der Leitung bewußt zu handhabendes und von den Betroffenen direkt erfahrenes Instrument werden konnte, das zur Kontroverse geradezu einlud. So berechtigt es ist, die Grenzen damaliger Fabrikdisziplinierung zu betonen und die autonom zu gestaltenden Spielräume aufzuzeigen, die die damals noch sehr unvollkommene Fabrikorganisation den Arbeitern ließ, so unbestreitbar ist aber auch, daß die Disziplinierung insgesamt zunahm, direkter und effektiver wurde – sei es durch das Eigengewicht der Anlagen, sei es mit der sich durchsetzenden Leistungsbezahlung, sei es in Form verschärfter Überwachung und formalisierter Kontrollen, sei es durch betriebliche Sozialleistungen besonderer Art. Und wer mit Heimarbeit und Handwerk ver-

gleicht, wird erkennen, daß der zentralisierte Gewerbebetrieb allemal ein Territorium bewußt eingesetzter und scharf erlebbarer Disziplin war.

Weiterhin machte es die Zentralisierung der Produktion – in Verbindung mit ihrer Arbeitsteiligkeit – wahrscheinlicher, daß sich Lohnarbeiter verschiedener Berufszugehörigkeit, unterschiedlicher Qualifikation und verschiedenen Geschlechts bei der Arbeit begegneten. Sicherlich existierten die Abteilungen großer Werke oft relativ kontaktlos nebeneinander, die Departmentalisierung war weit entwickelt, der einzelne Arbeiter übersah oft nur seinen Bereich, oft wurde er systematisch am Überblick gehindert, und wenn sich Arbeiter verschiedener Berufe aus verschiedenen Werkstätten trafen, geschah dies nicht selten mit Indifferenz oder gar mit gegenseitiger Ablehnung. Trotzdem bleibt der zentralisierte, arbeitsteilige, größere Betrieb – und primär die Fabrik – der Ort, an dem überberufliche Erfahrungs- und Kommunikationszusammenhänge am ehesten entstehen und einer berufsübergreifenden Lohnarbeiteridentität Geburtshelferdienste leisten konnten.

Ebendies wurde auch durch die Erfahrung von Herrschaft und sozialer Distanz im Verhältnis zur Unternehmensleitung erleichtert. Auch darin unterschieden sich die Arbeiter der zentralisierten Betriebe von fast allen anderen. Denn anders als im Verlag war der befehls- und kontrollberechtigte Arbeitgeber in den Manufakturen, Fabriken und Bergwerken entweder selbst oder in Gestalt seiner Beauftragten, der Werkstattleiter, Meister, Steiger und anderer Angestellten, anwesend. Nicht nur formell sondern ganz real war damit der Lohnarbeiter kapitalistisch ein- und untergeordnet. Anders als in den meisten Haushalten, anders auch als auf dem Bauernhof oder im Handwerk legte der befehlsberechtigte Chef im zentralisierten Betrieb selbst nicht mit Hand an. Die Trennung zwischen manueller Ausführung und Dispositionsarbeit war ja typisch für Manufakturen, Fabriken und Bergwerke. Dies machte Herrschaft und Abhängigkeit erst richtig erfahrbar und pointierte sie durch soziale Distanz. Sicherlich, die Zwischenmeister und das System des „subcontracting" fehlten auch im deutschen Bereich nicht, und das hieß, daß Herrschaft an teilweise selbständige Zwischenglieder delegiert wurde und einige Arbeiter gleichzeitig Arbeitgeber waren. Überhaupt gab es, wie erwähnt, in den damaligen Werkstätten viele von den Arbeitern autonom zu füllende Spielräume. All dies bezeichnet zweifellos Grenzen der Herrschaftszentralisation im frühen zentralisierten Betrieb, die nur langsam zurückgedrängt wurden. Nur allmählich formalisierte sich die Herrschaft in den großen Betrieben, Industriebürokratie entstand damals nur ansatzweise. Aber in dem Maß, in dem sie in Erscheinung trat, zog sie Kompetenzen an sich, an denen zuvor auch Arbeiter teilgehabt hatten. Diese wurden einander ähnlicher. Auf jeden Fall war der zentralisierte Gewerbebetrieb der Ort, an dem sich die doppelte Abhängigkeit der Lohnarbeiter – vom Markt einerseits, vom Vorgesetzten, dem Kapital besitzenden Arbeitgeber oder seinen Helfern andererseits – besonders klar herausbildete.

Die Durchsetzung der Lohnarbeit: Tendenzen und Grenzen

In jeder der sieben besprochenen Arbeiterkategorien gewann also das Prinzip der Lohnarbeit an Boden, jedoch in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Am eindeutigsten sind die Arbeiter des zentralisierten Gewerbes – und hier vor allem die Fabrikarbeiter – als Lohnarbeiter zu charakterisieren, an zweiter Stelle die Eisenbahnbau- und sonstigen Erdarbeiter. Auch die meisten Handwerksgesellen hatten sich 1875 dem Lohnarbeiterstatus sehr angenähert, ganz anders als 1800, doch weniger eindeutig als die beiden zuerst genannten Kategorien. Noch etwas stärker sind die Grenzen der Transformation im Falle der Arbeiter des Heimgewerbes zu betonen; doch im Kern waren sie ebenfalls Lohnarbeiter, 1875 in ausgeprägterem Maße als 1800. Dagegen bewegte man sich in der Landarbeiterschaft sehr viel langsamer auf den Lohnarbeiterstatus zu, noch zögerlicher verlief diese Umwandlung im Bereich des häuslichen Gesindes. Die kleinen, allein arbeitenden, aber nicht verlagsmäßig gebundenen Handwerksmeister stellten eine nach Klassenlage unterschiedene, nach Lebensführung ähnliche Grenzkategorie dar, aus der die sich herausbildende Lohnarbeiterschaft ständig Nachschub bezog.

Im ganzen dürfte der Siegeszug der Lohnarbeit zu einer begrenzten Angleichung der Verhältnisse und Erfahrungen in den verschiedenen Fraktionen der entstehenden Arbeiterklasse geführt haben. Dies umso mehr, als die Übergänge zwischen den verschiedenen Teilgruppen oftmals zerflossen. Man denke an den Handwerksgesellen, der zwischen Meisterbetrieb, Heimarbeit und Fabrik hin und her wechselte, an die ländliche Familie, deren einzelne Mitglieder verschiedenen Tätigkeitstypen nachgingen und die also verschiedenen Fraktionen der entstehenden Arbeiterklasse zugleich angehörte. Gewerblich-landwirtschaftliche Mischexistenzen waren sehr häufig. Der Gesindedienst, der Gesellenstatus und die Eisenbahnbauarbeit, aber häufig auch die Fabrikarbeit und andere Lohnarbeiten wurden zumeist nur in begrenzten Phasen des Lebens wahrgenommen. Dann wechselte man – aber meist nicht über die Klassengrenze hinweg ins kleinbürgerliche, bürgerliche oder bäuerliche Milieu, sondern innerhalb der entstehenden Klasse. Auch das beförderte deren Zusammenwachsen.

Gleichwohl blieben die Verhältnisse und Erfahrungen in der entstehenden Arbeiterklasse in sich ungemein unterschiedlich. In großen Bereichen blieb ja die Lohnarbeit in andere Strukturen eingebettet, von ihnen begrenzt, in ihnen versteckt, mit ihnen in vielfältigen Mischungsverhältnissen verknüpft. Die deutlichsten Barrieren, die im Untersuchungszeitraum der vollen Umwandlung in Lohnarbeit entgegenstanden, waren in der Reihenfolge ihres relativen Gewichts: 1. *Kleinstbesitz* und daraus folgende *Selbständigkeit,* oder *Selbständigkeitsansprüche,* so bei vielen Landarbeitern und zahlreichen Arbeitern des Heimgewerbes; 2. die *Unstetigkeit*, die *Fluidität* und der vorübergehende Charakter vieler Lohnarbeiterstellen, die sich vor allem an den Eisenbahnbauarbeitern, dem häuslichen Gesinde und vielen Handwerksgesellen zeigten, aber eben auch noch an vielen Fabrikarbeitern und in anderen Kategorien; 3. die *hausherrschaftliche Einbettung* im Fall des häuslichen Gesindes, eines Teils der landwirtschaftlichen

Arbeiter und in ganz anderer Weise bei all denen, die im Verband ihrer Familie produzierten. Dabei denke man vor allem an die Frauen der Heimarbeiterfamilien des ländlichen Typs, die an der Erwerbs-Familienarbeit voll teilhatten und insofern verlegte Lohnarbeiterinnen waren, gleichzeitig aber dem Mann als Haushaltsvorstand unterstanden, der die Beziehungen zum Verleger vermittelte und gewissermaßen mediatisierte; das gleiche galt für andere abhängige Mitglieder der Heimarbeiterfamilien. Schließlich wurde 4. – in deutlich abnehmender Weise – der Übergang in die Lohnarbeit duch zünftige oder quasi *zünftige Zugehörigkeit* gebremst, wie an den frühen Handwerksgesellen und Buchdruckern zu sehen ist. 5. ist an die rasch zurücktretenden Reste der *Erbuntertänigkeit* und 6. an den verblassenden *staatlichen Schutz* zu denken – jene mit Bedeutung für einen kleinen Teil der Landarbeiter und einige ländliche Heimarbeiter in östlichen Regionen bis zur Mitte des Jahrhunderts, dieser mit Bezug auf die Bergarbeiter vor allem vor den Bergrechtsreformen. Auch durch die Fixierung von Sonderrechten für das Gesinde trugen staatliche Interventionen zur Verlangsamung der Umwandlung bei.

Dennoch schritt die Durchsetzung der Lohnarbeit zügig voran: in jeder einzelnen Kategorie und erst recht durch das sehr viel schnellere Wachstum derjenigen Kategorien, in denen sich Lohnarbeit vergleichsweise rein durchgesetzt hatte, nämlich der Arbeiter des zentralisierten Gewerbes, der Eisenbahnbauarbeiter und der Gesellen. Mitte der 70er Jahre hatte sich das numerische Schwergewicht zu Gunsten der lohnarbeiterähnlichsten Kategorien verschoben. Es gab nun etwa 3,5 Millionen landwirtschaftliche Arbeiter einschließlich des landwirtschaftlichen Gesindes und etwa 0,5 Millionen Personen im häuslichen Dienst, einschließlich derer in Häusern von Landwirten, also rund *4 Millionen* Beschäftigte im eher herkömmlichen Bereich. Dagegen standen 2 Millionen Arbeiter des zentralisierten Gewerbes, 1,4 Millionen Gesellen und Lehrlinge des Handwerks, 1,2 Millionen Heimarbeiter und Hausindustrielle im Verlagssystem und über 500.000 Eisenbahnbauarbeiter, zusammen über *5 Millionen*. Arbeiter des noch kleinen Dienstleistungsbereichs, weitere Erdarbeiter und die sehr zahlreichen, schwer einzuordnenden sonstigen Tagelöhner sind dabei nicht mitgezählt. Sie würden, falls faßbar, den Anteil ausgeprägter Lohnarbeit noch einmal verstärken.

1835 hatte es dagegen auf demselben Territorium – Deutsches Reich von 1871 – schätzungsweise nur 350.000 Lohnarbeiter des zentralisierten Gewerbes gegeben, daneben 1,4 Millionen Arbeiter des Heimgewerbes und nur 350.000 Gesellen und Lehrlinge, von denen viele noch zünftig eingebunden waren. Die Eisenbahnbauarbeiter fehlten als Kategorie noch ganz. Die Zahl der Landarbeiter dürfte irgendwo zwischen zwei und drei Millionen gelegen haben, die allermeisten im Gesindeverhältnis. Dazu kamen etwa 280.000 Personen im häuslichen Dienst. Die Gruppen ohne ausgeprägten Landarbeiterstatus überwogen also 1835 bei weitem. Noch viel deutlicher muß dies um 1800 der Fall gewesen sein.[12]

Die Durchsetzung der Lohnarbeit war ein langwieriger, Jahrzehnte lang dauernder Prozeß. Die staatlich initiierten Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts beschleunigten ihn, das Bevölkerungswachstum und die Durchsetzung kapitalistischer Strukturen setzten ihn in den folgenden Jahrzehnten fort. Aber der

Hauptschub kam erst mit den Jahrzehnten der Industriellen Revolution von etwa 1840 bis zur Mitte der 70er Jahre. Das beschleunigte Bevölkerungswachstum, staatlich initiierte antifeudale und antiständische Rechtsreformen und der Aufstieg des Kapitalismus wirkten seit langem zusammen, doch erst die Industrialisierung mit ihrer raschen Zentralisierung eines großen Teils des Gewerbes und der Entstehung eines neuen Transportsystems brachte den wirklichen Durchbruch.

Proletarisierung als Grundlage der Klassenbildung

Man kann die Dekorporierungs- und anderen Auflösungsprozesse, die die unteren Schichten schon im 18. Jahrhundert trafen, ihre ständischen, gemeindlichen, obrigkeitlichen, beruflichen und familiären Bindungen lockerten und sie zur krisenhaft desintegrierten, unterständischen Schicht werden ließen,[13] als negative – auflösende – Proletarisierung bezeichnen. Dieser Entstrukturierungsprozeß setzte sich im 19. Jahrhundert fort, aufgrund der anti-feudalen und anti-ständischen Reformen, des raschen Bevölkerungswachstums und der Wühlarbeit des kapitalistischen Prinzips. Doch gleichzeitig entstanden mit der Durchsetzung der Lohnarbeit neue Strukturen: Bindungen, Zugehörigkeiten und Abgrenzungen, eben Grundlagen der Klassenbildung. Das setzte die vorangehende Entstrukturierung voraus und wirkte ihr gleichzeitig entgegen. Man kann die Durchsetzung der Lohnarbeit als positive – strukturierende – Proletarisierung bezeichnen.[14] Beide Dimensionen der Proletarisierung hingen offenkundig engstens zusammen.

Proletarisierung *konnte* Abstieg bedeuten und als Verlust erlebt werden. Im deutschen Fall kann man dabei allerdings kaum auf die Proletarisierung zuvor selbständiger Bauern verweisen; mit deren Selbständigkeit war es vor den Reformen des frühen 19. Jahrhunderts bekanntlich nicht weit her, und im scharfen Unterschied zu den agrarkapitalistischen Einhegungen (enclosures) Englands haben die Agrarreformen im deutschen Bereich nicht zu einer Verringerung der Bauern- und Kleinbauernstellen geführt. Zu denken ist vielmehr an selbständige Handwerker, die sich gezwungen sahen, zur verlagsmäßigen Heimarbeit oder in die Fabrik überzuwechseln, oder an Heimarbeiter beim ökonomisch erzwungenen Gang in die Fabrik. Doch nicht jeder dieser Übergänge ist als Abstieg und Verlust erlebt worden, erst recht nicht von den Söhnen und Töchtern solcher Familien, es hing ganz von den Umständen ab. Überdies rekrutierten sich die Angehörigen der entstehenden Arbeiterklasse nur zum kleineren Teil aus diesem Reservoir vorher selbständiger oder halbselbständiger Existenzen und ihrer Nachkommen. Zum größeren Teil speiste sich der Proletarisierungsprozeß im deutschen Bereich aus der Umwandlung sehr wenig selbständiger, armer und armutsgefährdeter, wenig anspruchsvoller Unterschichten in Lohnarbeiter. Man erinnere sich an das Heer unterbeschäftigter Kleinstbauern und ländlicher Tagelöhner verschiedenster Art, an die Gelegenheitsarbeit suchenden, zwischendurch

bettelnden Wanderer zwischen Landwirtschaft und Gewerbe, zwischen Land und Stadt, an die Massen der abhängig gehaltenen Mägde, Knechte und Dienstboten, an die Insten und Heuerlinge minderen Rechts, an die zahlreichen landwirtschaftlich-gewerblichen Mischexistenzen kärglichsten Zuschnitts, an die verlegten Heimarbeiter und an die selbständigen Alleinmeister der wenig lukrativen Massenhandwerke. All dies war im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert weit vom Idealbild des respektablen, wohlgenährten, angesehenen, auf seinen Beruf und seine Selbständigkeit stolzen Handwerksmeisters entfernt, für den die Proletarisierung tatsächlich Abstieg und Verlust dargestellt haben muß. Aber nur wenige dieser bürgerlich bis kleinbürgerlich geprägten Existenzen wurden in den Proletarisierungsprozeß eingesogen.

Kam man dagegen aus jenen prekären, oft krisenhaften, beengten, bedürftigen Milieus, dann mag die Proletarisierung gleichwohl als Zumutung des Wechsels und als Entwurzelung, auch als Konfrontation mit neuen Zwängen und als Disziplinierung erfahren worden sein, je nach den Umständen. Aber mindestens ebenso häufig dürfte sie für diese Personen und ihre Nachkommen ein Schritt der Befreiung gewesen und als solcher erfahren worden sein: aus Untertänigkeit, hausherrschaftlicher Abhängigkeit und anderen außerökonomischen Zwängen.

Überdies: So prekär, unstetig und abnutzend die meisten Formen der frühen Lohnarbeit auch waren, für die unterbeschäftigten, unstetigen, mehrere unzureichende Einkommensquellen mühsam und in raschem Wechsel kombinierenden Unterschichtexistenzen des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts brachte der Übergang zur Lohnarbeit – vor allem in den zentralisierten Gewerbebetrieben – ein bißchen mehr Auskömmlichkeit und Stetigkeit, etwas weniger Not. Der Höhepunkt des Elends wurde in den 40er und 50er Jahren erreicht. Als die Industrialisierung Tritt faßte und die strukturierende Proletarisierung an Schwungkraft gewann, begann seit den fünfziger Jahren ein sehr allmählicher, ungleicher aber unübersehbarer Prozeß der Notverringerung. Der war bescheiden genug, besonders wenn man bedenkt, daß gleichzeitig von Minderheiten Reichtümer akkumuliert wurden und die Ungleichheit stieg. Aber er dürfte sich doch für die meisten Fraktionen der entstehenden Arbeiterklasse vor allem in den 60er und frühen 70er Jahren als bescheidene Lebensstandardverbesserung ausgewirkt haben.[15] Und so unbestreitbar die Disziplinierung, Intensivierung und Denaturalisierung der Arbeit fortschritten, vor allem im zentralisierten Gewerbebetrieb, so unübersehbar ist andererseits, daß die jahrzehntelange Ausdehnung der Arbeitszeit seit den 1860er Jahren durch beginnende Arbeitszeitverkürzung abgelöst wurde. Wenn man nicht von einem falschen, idyllisierten Bild der Zustände am Ende des 18. Jahrhunderts ausgeht, kann man die Proletarisierung des 19. Jahrhunderts nicht schlechtweg als Verelendung oder Abstieg deuten.

Die Arbeiter des zentralisierten Gewerbebetriebs und vor allem die der Fabrik, näherten sich dem Typus des Lohnarbeiters am eindeutigsten an: Besitzlosigkeit, das Prinzip des Tausches von Arbeit gegen Lohn, die doppelte Abhängigkeit von den Marktmechanismen und der Herrschaft des Arbeitgebers, damit verbundene Interessenlagen, Erfahrungen und Konfliktdispositionen, die Herauslösung der Arbeit aus der sonstigen Lebenswelt und ihre Organisation nach

Kriterien kapitalistisch-industrieller Logik, der Kontakt mit Lohnarbeitern anderen Berufs und anderer Qualifikation sowie die Abgrenzung von manuell nicht mitarbeitenden, jedoch ständig präsenten, anordnenden und kontrollierenden Arbeitgebern – diese Merkmale waren im Fall der Arbeiter des zentralisierten Betriebs besonders klar ausgeprägt, ohne wie im Fall der Eisenbahnbauarbeiter notwendig auf kurze Phasen beschränkt zu sein. Insofern ist es nicht falsch, die Arbeiter des zentralisierten Gewerbebetriebs und vor allem die Fabrikarbeiter als Kern der entstehenden Arbeiterklasse zu bezeichnen. Wo die Industrialisierung wie in Frankreich oder auch in der Frühzeit in England weniger deutlich auf einem schnell entstehenden Fabriksystem fußte, muß dies anders gewesen sein. So dürfte sich erklären, daß in der frühen Arbeitergeschichte Englands und Frankreichs der Fabrikarbeiter als Typus eine viel geringere Rolle spielt als er sie in den deutschen Darstellungen spielen muß.[16]

Aber daraus folgt nicht automatisch, daß die Arbeiter des zentralisierten Gewerbebetriebs und besonders die Fabrikarbeiter auch den Kern der entstehenden Arbeiterbewegung bildeten. Die kollektive Handlungsfähigkeit entweder auf Berufsgruppen- oder auf Klassenbasis wurde zwar durch die Proletarisierung prinzipiell gefördert. Die ausgeprägte Aktions- und Organisationsschwäche des häuslichen Gesindes und der Landarbeiter resultierte zweifellos auch aus der vergleichsweise geringen Durchsetzung des Lohnarbeitsprinzips in ihren Reihen. Und sicherlich waren für die entstehende Arbeiterbewegung solche Gesellen erreichbarer, die sich aus dem Haushalt des Meisters gelöst hatten, über Privatsphäre verfügten und den Zunftregeln nicht mehr unterstanden, als solche, die wie meistens im kleinstädtischen Nahrungsgewerbe noch ganz in den alten Traditionen standen. Aber im übrigen war die Proletarisierung nur die notwendige, aber nicht die hinreichende Voraussetzung für die Mobilisierung in der Arbeiterbewegung. Zu den weiteren förderlichen Faktoren gehörten sicherlich hohe Qualifikation und gute Stellung auf dem Arbeitsmarkt; daneben Eigenarten des Arbeitsplatzes und der Wohnsituation, die bei gleichzeitiger Abgrenzung von Arbeitgebern und Bürgertum Kommunikation und Zusammenhalt erleichterten; und vor allem gewisse berufskulturelle Traditionen, die einerseits ein relativ hohes Anspruchsniveau der jeweiligen Gruppe begründeten – dessen Verletzung dann zu Unzufriedenheit und Protestbereitschaft führen konnte – und die andererseits den inneren Zusammenhang und damit die kollektive Handlungsfähigkeit der betreffenden Arbeiterkategorie verstärkten. So erklärt sich, daß viele teil-proletarisierte Handwerksgesellen mit – genügend gelockerter – berufsständischer Tradition für die entstehende Arbeiterbewegung leichter zu gewinnen waren als die meisten voll-proletarisierten Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen ländlicher Herkunft.[17]

Die Neigung und Fähigkeit zu kollektivem Protest und kollektiver Selbsthilfe, zum Konflikt und zum Zusammenschluß, zur genossenschaftlichen, gewerkschaftlichen und parteipolitischen Organisation hingen im übrigen von vielen weiteren Faktoren ab, die sich nur durch die Untersuchung der ganzen proletarischen Lebenswelt erschließen lassen, auch soweit sich diese außerhalb der Erwerbsarbeit entfaltete. Diese Dimensionen sind in den vorangehenden Kapi-

teln immer wieder angesprochen, aber noch nicht abschließend behandelt worden.

Der Ansatz: Berechtigung und Grenzen

Die Fragestellung, die die vorangehende Darstellung leitete, war nicht ökonomistisch. Zwar stand die Frage nach sozialökonomischen Veränderungen, der Geschichte der Arbeit, der Herausbildung von Lohnarbeit und den damit verknüpften Wandlungen in Situation, Struktur, Erfahrungen und Lebensweise der Arbeiter im Zentrum. Aber um dieser Frage unter dem Gesichtspunkt der Klassenbildung nachgehen zu können, war es immer wieder notwendig, ausführlich auf Fragen der Kultur und der Tradition, auf den Staat, seine Setzungen und Interventionen, auf Familie und Haushalt und vieles andere einzugehen. Verfolgt man eine leitende Frage dieser Art, merkt man schnell, daß sich die Wirklichkeit nur sehr schlecht in ökonomische, soziale, kulturelle und politische Teilbereiche zerlegen läßt. Überdies wurden Ungleichheiten in der Darstellung immer wieder berücksichtigt, die quer zum Klassenunterschied standen. Vor allem der Geschlechterdifferenz wurde gehörige Aufmerksamkeit gewidmet. Auch liegt auf der Hand, daß sich bei den meisten der hier untersuchten Arbeitergruppen – außer bei den Arbeitern des zentralisierten Gewerbebetriebs und des Eisenbahnbaus – noch keinerlei Trennung von Arbeitsplatz einerseits, Familie und Haushalt andererseits vollzogen hatte. Schon deshalb ließ sich die Geschichte der Arbeitswelt von der Geschichte der Lebenswelt keinesfalls trennen. Durchweg wurde versucht, die Untersuchung der Strukturen und Prozesse mit der Untersuchung der Arbeits- und Lebensweise, der Erfahrungen, Deutungen und Verhaltensweisen zu verknüpfen.

Allerdings stand die Frage nach dem Arbeitsverhältnis und der Lohnarbeit im Mittelpunkt. Wir sind das Thema von seiner sozialökonomischen Basis her angegangen. Für eine Geschichte der Arbeiter und Arbeiterbewegung ist das auch unerläßlich. Weder von der Alltagskultur noch vom Geschlechterverhältnis her läßt sich entschlüsseln, was Arbeitersein hieß.[18] Nicht als Männer- oder Frauenbewegung, nicht als Volk, nicht als Konsumentenvereinigung oder als Unterhaltungsbewegung hat sich das konstituiert, was wir hier untersuchen, sondern eben als *Arbeiter*klasse und *Arbeiter*bewegung. Von der Arbeit her verstanden, bezeichneten und konstituierten sie sich, wie es schon der semantische Befund signalisiert. Das ist erklärlich: Die Arbeit füllte im 19. Jahrhundert einen sehr viel größeren Teil des Lebens der meisten als heute. In jenen Zeiten verbreiteter Not entschied sie noch viel unmittelbarer und erfahrbarer als heute über das Schicksal der einzelnen und ihrer Familien. Für die Mehrheit der Menschen bestimmte sie stärker als jeder andere Faktor – und stärker als alle anderen Faktoren zusammen – darüber mit, wie die Lebenschancen verteilt waren, von wem man abhängig war, mit wem man verkehrte und welche Erfahrungen man machte. Ohne ins einzelne gehende Analysen der Arbeitsverhältnisse und Arbeitserfahrungen bleibt jede Arbeitergeschichte blind.[19]

Umgekehrt ist noch einmal zu betonen, daß die mit diesem Buch vorgelegte Untersuchung der Arbeitswelt und Proletarisierung der Arbeiterschaft das Thema der Klassenbildung nicht erschöpft. Was die Veränderung der Arbeitsverhältnisse, die neuen Arbeitserfahrungen und die Durchsetzung der Lohnarbeit für die Lebensweise und das Bewußtsein, die Proteste und die Solidarität, die kollektive Handlungsfähigkeit und die Organisationen der Arbeiter bedeuteten, wurde immer wieder angeschnitten, aber nicht abschließend beantwortet.

In welchem Ausmaß und in welcher Form schlug die immer mehr Arbeiter einbeziehende Erfahrung der Proletarisierung auf das kollektive Selbstverständnis, die sozialen Verkehrskreise, die Artikulation gemeinsamer Ziele und die politischen Orientierungen durch? Dies ist eine nur empirisch zu klärende Frage. Proletarisierung – im hier benutzten Sinn der Auflösung älterer Einbindungen und der Durchsetzung von Lohnarbeit – übersetzte sich nicht automatisch in Klassenbewußtsein und Klassenbewegung. Schließlich gehörte niemand ausschließlich der Lohnarbeiterschaft an. Vielmehr war man zugleich Mann oder Frau, Katholik oder Protestant, Deutscher oder Pole, Rheinländer, Sachse oder Böhme usw. Welche Dimension der eigenen Identität, andere Dimensionen überdeckend und relativierend, vor allem bewußtseins- und verhaltensprägend wurde, welche sich als Grundlage der kulturellen Identität, der sozialen Kommunikation und der politischen Vergesellschaftung durchsetzte, und ob, bis zu welchem Grad und in welchen Mischungsverhältnissen dies die Klassenzugehörigkeit war, das hing von einer Vielzahl von Faktoren auch außerhalb der Arbeitswelt ab.

Es wird nötig sein, die Arbeiter im Bereich ihrer Familie, ihres Haushalts und ihrer Nachbarschaft aufzusuchen, ihre Sozialisation und ihre Bildung zu studieren. Es wird nötig sein, ihre Stellung und ihr Verhalten als Einwohner von Dörfern und Städten zu untersuchen, ihren Platz in der Öffentlichkeit und ihr Verhältnis zur Staatsgewalt. Und es wird darum gehen, ihre Kultur auch außerhalb der Arbeitswelt zu erfassen, ihre Religiosität und ihre Geselligkeit, ihre Vergnügungen, ihre Eß-, Trink- und Kleidungsgewohnheiten, ihre Deutungen, ihre Selbstverständlichkeiten und ihre Gefühle – soweit das rückblickend überhaupt möglich ist. Aufstiege, Abstiege und Wandlungen gilt es zu untersuchen. Die Sprache der Zeit wird darauf abzuklopfen sein, was sie über den Prozeß der proletarischen Klassenbildung und dessen Grenzen mitzuteilen hat. Die Spannungen und Konflikte, die Proteste und Selbsthilfeeinrichtungen, die Vereine, Genossenschaften, Gewerkschaften und Parteien der Arbeiter werden vorzustellen und damit die Geschichte der Arbeiterbewegung im Rahmen der Geschichte der Klassenbildung darzustellen sein.[20] Deren Grundlagen, nämlich die Durchsetzung der Lohnarbeit und die weitgehende Proletarisierung der Arbeiterexistenz in den ersten drei Vierteln des 19. Jahrhunderts, sind in diesem Buch dargelegt worden.

Nachwort und Danksagung

Dies ist der zweite Band einer vierbändigen Geschichte der Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis 1875. Der erste Band erscheint gleichzeitig im selben Verlag: Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800. Der anschließende dritte Band, der weitere Aspekte der proletarischen Klassenbildung behandeln wird, und der abschließende vierte Band über die Entstehung der Arbeiterbewegung sind in Vorbereitung. Sie tragen vorläufig die Titel „Arbeiterleben und Protest. Entstehung einer sozialen Klasse" und „Zwischen Volksbewegung und Klassenbewegung. Arbeiterorganisationen vom Vormärz bis 1875".

Die vier Bände hängen eng zusammen. Doch ist jeder von ihnen in sich geschlossen, allein verständlich und für sich lesbar.

Diese Bände, die den Zeitraum bis 1875 behandeln, sind Teil einer Reihe, die die Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland von etwa 1800 bis 1933 behandelt. Die Folgebände für die Zeit von 1875 bis 1933 werden derzeit von Gerhard A. Ritter und Klaus Tenfelde vorbereitet, die Bände über die Jahre der Weimarer Republik hat Heinrich August Winkler verfaßt. Ihnen, aber vor allem Gerhard A. Ritter, dem Herausgeber des Gesamtwerks, danke ich für viele Anregungen und gute Zusammenarbeit, der Friedrich-Ebert-Stiftung für Förderung und Geduld.

Die Arbeit an diesem Projekt ist durch andere Verpflichtungen immer wieder unterbrochen worden. Drei Institutionen verdanke ich vor allem, daß zwei Bände nunmehr vorgelegt werden können. Während eines anderthalbjährigen Akademiestipendiums der Stiftung Volkswagenwerk von Ende 1980 bis Anfang 1982 habe ich einen guten Teil des Materials gesammelt, das Projekt konzipiert und einen Grundriß der Darstellung verfaßt, der 1983 unter dem Titel „Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875" und 1986 auch auf englisch erschien. Das akademische Jahr 1983/84 konnte ich als Stipendiat des Historischen Kollegs in München verbringen. Neben dem ersten Band über Unterschichten um 1800 („Weder Stand noch Klasse") entstanden dort die ersten zweieinhalb Kapitel des vorliegenden Bandes. Dessen Hauptteil habe ich jedoch im Wissenschaftskolleg zu Berlin geschrieben, dem ich 1988/1989 als Fellow angehörte. Ich danke den genannten Institutionen für großzügige Unterstützung wie auch – im Fall von Historischem Kolleg und Wissenschaftskolleg – für die Chance, unter ausgezeichneten Bedingungen und in intellektuell produktiver Atmosphäre arbeiten zu können. Ich danke der Universität Bielefeld, der ich von 1973 bis 1988 angehört habe, für viel Unterstützung und gute Forschungsbedingungen. Mein neuer Arbeitsplatz, die Stiftungsprofessur für Geschichte der industriellen Welt an der Freien Universität Berlin, hat es mir erlaubt, das Manuskript abzuschließen und zur Veröffentlichung vorzubereiten.

Den Freunden und Kollegen, Mitarbeitern und Studenten an der Bielefelder Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie verdanke ich sehr viel: Anregung und Kritik, Hilfe und Kooperation, an vorderster Stelle Hans-Ulrich Wehler, der auch – ähnlich wie Gerhard A. Ritter, Christiane Eisenberg, Dieter Dowe und Karl Ditt – das Manuskript kritisch gelesen hat. Rudolf Boch, Friedrich Lenger, Josef Mooser und Thomas Welskopp haben Teile des Manuskripts gelesen und kommentiert. Es würde zu weit führen, alle zu nennen, die mir dankenswerterweise über die Jahre an zahlreichen Orten und bei den verschiedensten Gelegenheiten geholfen, geraten und Anregungen gegeben haben. Martin Geyer und Dirk Schumann haben mir in München bei der Materialbeschaffung geholfen, Karl Ditt, Christiane Eisenberg und Reinhard Schüren in Bielefeld. Gunilla Budde und Volker Then halfen bei der Fertigstellung des Manuskripts hier in Berlin. Gunilla Budde hat überdies das Register hergestellt. Angelika Brandes in Bielefeld, Mathild Reuter, Inge Brauer und Hanna Dehne – alle Berlin – haben das Manuskript geschrieben. Karsten Borgmann, Oliver Finck und Ralf Wolz haben am Quellen- und Literaturverzeichnis gearbeitet. Ihnen allen sei hiermit gedankt.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
AfK	Archiv für Kulturgeschichte
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
ALR	Allgemeines Landrecht
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
ASS	Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik
Bd./Bde.	Band/Bände
bes.	besonders
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BHS	Beiträge zur Historischen Sozialkunde
BllDLg	Blätter für Deutche Landesgeschichte
BZG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
CEHE	Cambridge Economic History of Europe
Diss.	Dissertation
DMV	Deutscher Metallarbeiterverband
dt.	deutsch
DVS	Deutsche Vierteljahrsschrift
ebd.	ebenda
EHR	Economic History Review
FBPG	Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte
FEHE	Fontana Economic History of Europe, 6 Bde.
fl.	Gulden
Fs.	Festschrift
Fst.	Fürstentum
GdS	Grundriß der Sozialökonomie, Abt. 1–9
Geb.	Geburtstag
GG	Geschichte und Gesellschaft
GGr	Geschichtliche Grundbegriffe
GHH	Gutehoffnungshütte
Habil.	Habilitationsschrift
HbDM	Handbuch zur Deutschen Militärgeschichte, 9 Bde.
HbDWS	Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 2 Bde.
HS	Historische Sozialforschung
HSR	Historical Social Research
HWJ	History Workshop Journal
HZ	Historische Zeitschrift
Hzgt.	Herzogtum
IESS	International Encyclopedia of the Social Sciences, 17 Bde.
IWK	Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
Jb./Jbb.	Jahrbuch/Jahrbücher
JbbNS	Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik
JbG	Jahrbuch für Geschichte
JbGMO	Jahrbuch für Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands
JbIDG	Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte in Tel Aviv; ab 1987 (Bd. 16): Tel Aviver Jahrbuch für Deutsche Geschichte
JbSPS	Jahrbuch für die amtliche Statistik des Preußischen Staates
JbVK	Jahrbuch für Volkskunde
JbWG	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
JEEH	Journal of European Economic History

JEH	Journal of Economic History
Jg.	Jahrgang
IRSH	International Review of Social History
JMH	Journal of Modern History
JSH	Journal of Social History
Kap.	Kapitel
Kgl.	königlich
kr.	Kreuzer
KZSS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie
LG	Landesgeschichte
MAN	Maschinenfabrik Augsburg Nürnberg
MEGA	Marx-Engels Gesamtausgabe
MEW	Marx-Engels, Werke, 39 Bde.
MIÖG	Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung
Mio.	Millionen
Ms./MS	Manuskript
MWGA	Max Weber-Gesamtausgabe
ND	Neu-/Nachdruck
NDB	Neue Deutsche Biographie, bisher 14 Bde.
NF	Neue Folge, Neue Fassung
Nr.	Nummer
NSD	Neuer Social-Demokrat
PJbb	Preußische Jahrbücher
PP	Past and Present
PS	Pferdestärken
RhVjBll.	Rheinische Vierteljahresblätter
S., s.	Seite, siehe
Schmollers Jb.	Schmollers Jahrbuch
SchrVfS	Schriften des Vereins für Sozialpolitik
SD	Social-Demokrat
SDG	Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft, 7 Bde.
Sgr.	Silbergroschen
Sowi	Sozialwissenschaftliche Informationen
SSH	Social Science History
StdDtR	Statistik des Deutschen Reichs
Tab.	Tabelle
t	Tonne
urspr.	ursprünglich
VfS	Verein für Sozialpolitik
vgl.	vergleiche
VR	Volksrepublik
VS	Volksstaat
VSDR	Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs
VSWG	Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
ZAA	Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie
ZBL	Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZfO	Zeitschrift für Ostforschung
ZfSowi	Zeitschrift für Sozialwissenschaft
ZfU	Zeitschrift für Unternehmensgeschichte
ZfV	Zeitschrift für Volkskunde
ZGO	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins
ZGS	Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft
ZKPSB	Zeitschrift des königlich Preußischen Statistischen Bureaus
ZSSD	Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege
Zs.	Zeitschrift
ZVdS	Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik

Anmerkungen zur Einleitung

1. Ausführlich in J. Kocka, Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800, Bonn 1990.
2. Ausführlicher und mit Literaturhinweisen ebd., S. 25–28.
3. Die Geschichte der Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland von 1875 bis 1918 wird im Rahmen desselben Projektes durch Bände behandelt, die derzeit von Gerhard A. Ritter und Klaus Tenfelde vorbereitet werden. Vgl. G. A. Ritters Einleitung zum Gesamtwerk in dem Anm. 1 genannten Band, S. 11–21.
4. Vgl. aber E. Engelberg, Immer noch Meinungsverschiedenheiten über die Epoche der sozialen Revolution von 1789 bis 1871, in: W. Küttler (Hg.), Marxistische Typisierung und idealtypische Methode in der Geschichtswissenschaft, Berlin (Ost) 1986, S. 255–270; zuletzt auch D. Langewiesche (Hg.), „Revolution von oben"? Krieg und Nationalstaatsgründung in Deutschland, in: ders. (Hg.), Revolution und Krieg. Zur Dynamik historischen Wandels seit dem 18. Jahrhundert, Paderborn 1989, S. 117–133.
5. In der Zeitung der von August Bebel und Wilhelm Liebknecht geleiteten SDAP hieß es 1874: „Arbeiterpartei nennen wir uns, weil das arbeitende Volk das nächste Interesse und, Kraft seiner Zahl, allein die Macht hat, eine [gerechte, vernunftgemäße, menschenwürdige Ordnung von Staat und Gesellschaft] herzustellen. Und, wohlgemerkt, unter arbeitendem Volk verstehen wir nicht blos die Industriearbeiter, sondern Jeden, der nicht von der Arbeit Anderer lebt, also außer den städtischen und ländlichen Lohnarbeitern auch die Kleinbauern und Kleingewerbtreibenden". Der Volksstaat. Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerksgenossenschaften, Nr. 151, 30. 12. 1874, S. 1.
6. Vgl. als Überblick aus dem angedeuteten klassengeschichtlichen Blickwinkel: J. Kocka, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875, Berlin (West) 1983. Ähnlich H. Zwahr, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, Berlin (Ost) 1978; zuletzt die Aufsätze von J. Breuilly, H. Konrad und A. Zarnowska in H. Konrad (Hg.), Probleme der Herausbildung und politischen Formierung der Arbeiterklasse. Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung, 24. Linzer Konferenz 1988, Wien 1989, S. 1–51 (mit Literatur). – Einführend in die kaum noch überschaubare Literatur zu Teilproblemen der Geschichte von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung: D. Dowe, Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, sozialistischen und kommunistischen Bewegung von den Anfängen bis 1863 unter Berücksichtigung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen. Berichtszeitraum 1945–1975, Bonn 1981[3] (erw. u. bearb. v. V. Mettig); K. Tenfelde u. G. A. Ritter (Hg.), Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung 1863–1914. Berichtszeitraum 1945–1975, Bonn 1981; K. Tenfelde, Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich. Berichte zur internationalen historischen Forschung (= HZ, Sonderht. 15), München 1986; H.-J. Steinberg, Die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung bis 1914. Eine bibliographische Einführung, Frankfurt 1979; Th. Meyer u.a. (Hg.), Lern- und Arbeitsbuch deutsche Arbeiterbewegung. Darstellung, Chroniken, Dokumente, 4 Bde., Bonn 1984 u.ö.; K. Tenfelde, Die Geschichte der Arbeiter zwischen Strukturgeschichte und Alltagsgeschichte in: W. Schieder u. V. Sellin (Hg.), Sozialgeschichte in Deutschland, Bd. 4, Göttingen 1987, S. 81–107; zuletzt ders., Art. „Arbeiter, Arbeiterbewegung" in: R. van Dülmen (Hg.), Fischer Lexikon Geschichte, Frankfurt 1990, S. 120–131.
7. Vgl. J. Kocka, Stand – Klasse – Organisation. Strukturen sozialer Ungleichheit in Deutschland vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert im Aufriß, in: H.-U. Wehler (Hg.), Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, Göttingen 1979, S. 137–165; Kocka, Lohnarbeit (Anm. 6), S. 9–30; ders., Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918, Göttingen (1973) 1978[2] (Frankfurt 1988), S. 3–6. – W. Spohn, Klassentheorie und Sozialgeschichte. Ein kritischer Vergleich der klassengeschichtlichen Interpretation der Arbeiterbewegung durch E. P. Thompson und J. Kocka, in: Prokla. Zs. f. politische Ökonomie u. sozialistische Politik 15, 1985, S. 126–138; J. Breuilly, The Making of the German Working Class, in: AfS 27, 1987, S. 534–552; eine Besprechung von Kocka, Lohnarbeit (Anm. 6) und H. Zwahr, Konstitutierung (Anm. 6).
8. Zu dieser dritten, die klassengesellschaftlichen Strukturen allmählich auflösenden Phase: J. Moo-

ser, Auflösung proletarischer Milieus. Klassenbindung und Individualisierung in der Arbeiterschaft. Vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik Deutschland, in: Soziale Welt 34, 1983, S. 270ff.; ders., Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt 1984.

9. Vgl. P. A. Berger, Klassen und Klassifikationen. Zur neuen „Unübersichtlichkeit" in der soziologischen Ungleichheitsdiskussion, in: KZSS 39, 1987, S. 59–85; U. Beck, Jenseits von Stand und Klasse?, in: R. Kreckel (Hg.), Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983, S. 35ff.
10. Neben den in Anm. 13 genannten Titeln vgl. K. Marx, Lohnarbeit und Kapital (1849) in: MEW, Bd. 6, Berlin (Ost) 1973, S. 397–423; F. Engels, Einführung von 1891 ebd., S. 593–599; natürlich auch K. Marx, Das Kapital, Bd. 1 (= MEW 23), bes. S. 181–191. Zu den Begriffen „Stand" und „Klasse" bei Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, Köln 1964, S. 224ff., 678ff., 995f. – Zu den Klassenbegriffen bei Marx und Weber vgl. die Art. von W. Küttler u. G. Lozek sowie H.-U. Wehler in: J. Kocka (Hg.), Max Weber, der Historiker, Göttingen 1986, S. 173–203. – Weiterhin: I. Katznelson u. A. R. Zolberg (Hg.), Working Class Formation. Nineteenth Century Patterns in Western Europe and the United States, Princeton, N. J. 1986, bes. S. 3–41 (mit Lit.). – Mittlerweile klassisch: E. P. Thompson, *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse*, 2 Bde., Frankfurt 1987 (zuerst engl. 1963). Berechtigte Kritik an Thompsons Kulturalismus und Historismus: R. Johnson, Edward Thompson, Eugene Genovese, and Socialist-Humanist History, in: HWJ 6, 1978, S. 79–100 (dt. leicht gekürzt in: Das Argument 22, 1980, S. 39–49); G. Stedman Jones, History and Theory, in: HWJ 8, 1979, S. 198–202; G. Eley, Sammelrez., in: AfS 21, 1981, S. 427–457, 437ff. – Ebenfalls unter Betonung kultureller Dimensionen aber begrifflich schärfer: P. Bourdieu, Zur Soziologie der symbolischen Formen, Frankfurt 1974, S. 42–74, 125–158 („Habitus"); ders., Sozialer Raum und „Klassen", Frankfurt 1985, S. 7–46. Dazu die Aufsätze in K. Eder (Hg.), Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis. Theoretische und empirische Beiträge zur Auseinandersetzung mit Pierre Bourdieu, Frankfurt 1989. – Weiterhin sehr brauchbar: A. Giddens, Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften, Frankfurt 1979. – Ch. Tilly, As Sociology Meets History, New York 1981, S. 179–190 (Proletarianization: Theory and Research). – N. Luhmann (Hg.), Zum Begriff der sozialen Klasse, in: ders. (Hg.), Soziale Differenzierung. Zur Geschichte einer Idee, Opladen 1985, S. 119–162. – A. Giddens u. D. Held (Hg.), Classes, Power, and Conflict. Classical and Contemporary Debates, London 1983²; in die neueste, diskursgeschichtlich verengte Klassengeschichte einführend: P. Schöttlers Einleitung zu G. Stedman Jones, Klassen, Politik und Sprache. Für eine theorieorientierte Sozialgeschichte, Münster 1988, S. 9–41. – Im übrigen mit weiterer Lit. H.-U. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1: Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700–1815, München 1987, S. 125–139. – Daß gemeinsame Klassenlage ebenfalls Gemeinsamkeiten der Lebensführung, dichte Kommunikationsbeziehungen und klassenspezifische Kultur – also gewissermaßen „ständische" Vergesellschaftung hervorbringen kann und eben dies den Klassenbildungsprozeß – von der „Klasse an sich" zur „Klasse für sich" nach Marx, von der „Marktklasse" zur „sozialen Klasse" nach Weber – fördert, ist unbestritten. Insofern verschwimmt die kategoriale Unterscheidung zwischen Klasse und Stand in der sozialen Wirklichkeit ein wenig. Aber gemeinsame Lebensführung und spezifische Kultur sind in dem hier vertretenen Klassenbildungsansatz nicht Definitionsmerkmale, sondern eher sich einstellende Folgen sozialökonomisch begründeter gemeinsamer Klassenlage. Damit unterscheidet sich dieser Ansatz von demjenigen Thompsons, der zwar zur kultur- und erfahrungsgeschichtlichen Bereicherung der Arbeitergeschichte geführt und zu Recht große Wirkung entfaltet, dafür aber mit begrifflicher und theoretischer Unklarheit gezahlt hat. Sehr viel schärfer: E. Hobsbawm, The Making of the Working Class 1870–1915, in: ders., Worlds of Labour. Further Studies in History of Labour, London 1984, S. 194–213.
11. Das ist der rationale Kern der „Mehrwert-Theorie", deren übrige Dimensionen und Implikationen *hier nicht übernommen werden. Anders gesagt: Mehrwert in diesem Sinn ist an sich weder* ungerecht noch unmoralisch, sondern als Bedingung von Investitionen und Kapitalbildung in industriellen Systemen notwendig. Andererseits ist der Streit über seine Höhe, seine Verwendung und die Frage, wer über die Verwendung bestimmen soll, angelegt und vermutlich sinnvoll. – Was hier als Durchsetzung von Lohnarbeit und als Herausbildung einer Lohnarbeiterschaft beschrieben wird, kann man im Anschluß an Marx auch als „Proletarisierung" fassen. Vgl. K. Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1 (= MEW, Bd. 23), Kap. 24: Die sogenannte

ursprüngliche Akkumulation; weiterhin Ch. Tilly, Proletarianization: Theory and Research, in: ders., Sociology (Anm. 10), S. 179–190.

12. Das ist die Sprache der Zeit. Vgl. Staats- und Gesellschafts-Lexikon, hg. v. H. Wagener, Bd. 2, Berlin 1859, S. 489 (Art. „Arbeitslohn").
13. Vergleiche zur theoretischen Begründung K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Zweiter Teil), in: MEGA II, Bd. 1.2, Berlin (Ost) 1981, S. 401, 405, 412, 413; M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriß der verstehenden Soziologie, Studienausg. hg. v. J. Winckelmann, Köln 1964, S. 440; G. Lenhardt u. C. Offe, Staatstheorie und Sozialpolitik, in: KZSS, Sonderht. 19, 1977, S. 98–127, bes. 102ff. – Sehr gut bereits G. Briefs, Das gewerbliche Proletariat, in: GdS, Abt. IX, T. 1, S. 145–240, hier S. 147 zur prinzipiellen Lebenslänglichkeit des Lohnarbeiter-Status angesichts der Unmöglichkeit, aus dem Lohn hinreichend Vermögen zu akkumulieren. – L. Brentano, Über Arbeitseinstellungen und Fortbildung des Arbeitsvertrags, in: ders. (Hg.), Arbeitseinstellungen und Fortbildung des Arbeitsvertrags, Leipzig 1890, S. IX–LXXVIII, bes. XVIff.
14. J. Kocka, Arbeiterleben und Protest. Entstehung einer sozialen Klasse; und ders., Zwischen Volksbewegung und Klassenbewegung. Arbeiterorganisationen vom Vormärz bis 1875 (beide Bde. in Vorb.).
15. Weder Stand (Anm. 1), S. 39–42. – Zu weiteren Perspektiven und methodischen Entscheidungen, die auch den hier vorgelegten Band leiten, vgl. ebd. S. 29–32, 38f.
16. Vgl. oben Anm. 14.
17. Diese Zielsetzung bestimmt die Auswahl der Darstellung in Kap. 1. Es wurde deshalb darauf verzichtet, hier schon Abschnitte zur Geschichte der Kultur und Religion, aber auch der Vereine und der Öffentlichkeit, der Parteien und der Verfassung, der Revolution und des Nationalismus einzufügen. Diese sind im Anschlußband (siehe Anm. 14) notwendig, wenn die entstehende Arbeiterklassse nicht mehr von der Arbeitswelt her erschlossen wird und Probleme der Kultur, Öffentlichkeit und Politik wie überhaupt die nicht arbeitsplatzbezogenen Aspekte der Arbeiterexistenz und die Arbeiterbewegung im Vordergrund stehen.
18. Vgl. Kocka, Weder Stand (Anm. 1), Kap. 6.

Anmerkungen zum 1. Kapitel

1. So H.-U. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1: Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700–1815, München 1987, S. 347ff.; vgl. auch ders., Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution" 1815–1845/49, München 1987.
2. „Revolution von außen und von oben" bei J. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Teil I, Bd. 1, Berlin (Ost) 1961, S. 45ff. – Von „Revolution" soll hier nicht gesprochen werden, da der Umsturz jener Jahre nicht von einer Volksbewegung getragen wurde und er sich jedenfalls rechts des Rheins von einer Revolution wie der französischen und auch durch weitgehenden Verzicht auf Rechtsbrüche unterschied, soweit diese nicht – wie der Untergang des Alten Reichs und die Neugestaltung der territorialen Ordnung – aus militärischer Überwältigung resultierten.
3. Vgl. dazu und zu den folgenden Abschnitten als neueste Gesamtdarstellungen: Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1 (Anm. 1), S. 363ff. (mit tiefer Literaturerschließung); Th. Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983, Kap. 1; H. Möller, Fürstenstaat und Bürgernation: Deutschland 1763–1815, Berlin (West) 1989, S. 360ff.; Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaft der DDR (Hg.), Deutsche Geschichte in zwölf Bänden, Bd. 4: Die bürgerliche Umwälzung von 1789 bis 1871, Berlin (Ost) 1984, S. 47ff..
4. Nach G. v. Viebahn, Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschlands, Bd. 1, Berlin 1858, S. 23, 28–32, 37, 40, 103; Bd. 2, Berlin 1862, S. 21.
5. Vgl. ebd., Bd. 2, S. 56–65 (Stand Mitte des 19. Jahrhunderts). Die stark polnisch besiedelten

preußischen Provinzen Westpreußen und Posen gehörten dem Deutschen Bund ebenso wenig an wie die vorwiegend nicht-deutschen Gebiete des Kaisertums Österreichs.

6. Vgl. W. Heße, Rheinhessen in seiner Entwicklung von 1798 bis Ende 1834. Ein statistisch staatswirthschaftlicher Versuch, Mainz 1835, S. 90–118; A. Henß, Aus dem Tagebuch eines reisenden Handwerkers, Friedberg 1923, S. 88f., 176 zu den sich wandelnden Erfahrungen mit der Mainzer Republik aus der Sicht eines Handwerksgesellen. Dazu auch J. Weitzel, Das Merkwürdigste aus meinem Leben und aus meiner Zeit, Bd. 1, Leipzig 1821, S. 143–147. K. Julku, Die revolutionäre Bewegung im Rheinland am Ende des achtzehnten Jahrhunderts, Bd. 2, Helsinki 1969; M. Springer, Die Franzosenherrschaft in der Pfalz 1792–1814, Berlin 1926; H. Molitor, Vom Untertan zum Administré. Studien zur französischen Herrschaft und zum Verhalten der Bevölkerung des Rhein-Mosel-Raumes von den Revolutionskriegen bis zum Ende der napoleonischen Zeit, Wiesbaden 1980; an einer Stadt: Th. Kohl, Familie und soziale Schichtung. Zur historischen Demographie Triers 1730–1870, Stuttgart 1985, S. 51–64. – M. Müller, Säkularisation und Grundbesitz. Zur Sozialgeschichte des Saar-Mosel-Raumes 1794–1813, Boppard 1980; W. Schieder u. A. Kube, Säkularisation und Mediatisierung. Die Veräußerung der Nationalgüter im Rhein-Mosel-Departement 1803 bis 1813, Boppard 1987. – H. Scheel, Süddeutsche Jakobiner. Klassenkämpfe und Republikanische Bestrebungen im deutschen Süden am Ende des 18. Jahrhunderts, Berlin (Ost) 1979[3]; W. Grab, Ein Volk muß seine Freiheit selbst erobern. Zur Geschichte der deutschen Jakobiner, Frankfurt 1985.
7. Vgl. W. K. Blessing, Staatsintegration als soziale Integration. Zur Entstehung einer bayerischen Gesellschaft im frühen 19. Jahrhundert, in: ZBL 41, 1978, S. 633–700; ders., Umbruchkrise und „Verstörung". Die „Napoleonische" Erschütterung und ihre sozialpsychologische Bedeutung (Bayern als Beispiel), in: ZBL 42, 1979, S. 75–106. Über die Reformen in den Rheinbundstaaten: H. Berding u. H.-P. Ullmann, Veränderungen in Deutschland an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, in: dies. (Hg.), Deutschland zwischen Revolution und Restauration, Königstein 1981, S. 11–42, bes. 13–24 sowie die dort S. 393f. aufgeführten Bücher von Blanning, Borck, Büttner, Fehrenbach und Klueting. Weiterhin M. Botzenhart, Wandlungen der ständischen Gesellschaft im Deutschland der preußischen und rheinbündischen Reformen, in: Von der ständischen Gesellschaft zur bürgerlichen Gleichheit, Berlin (West) 1980, S. 55–75; E. Fehrenbach, Traditionale Gesellschaft und revolutionäres Recht. Die Einführung des Code Napoléon in den Rheinbundstaaten, Göttingen (1974) 1983[3]; H. Berding, Napoleonische Herrschafts- und Gesellschaftspolitik im Königreich Westfalen 1807–1813, Göttingen 1973; M. Lahrkamp, Münster in napoleonischer Zeit 1800–1815. Administration, Wirtschaft und Gesellschaft im Zeichen von Säkularisation und französischer Herrschaft, Münster 1976.
8. Außer den in Anm. 1, 3 u. 7 aufgeführten Titeln vgl. B. Wunder, Privilegierung und Disziplinierung. Die Entstehung des Berufsbeamtentums in Bayern und Württemberg (1780–1825), München 1978; H.-P. Ullmann, Staatsschulden und Reformpolitik. Die Entstehung moderner öffentlicher Schulden in Bayern und Baden 1780–1820, 2 Bde., Göttingen 1986; ders., Die öffentlichen Schulden in Bayern und Baden 1780–1820, in: HZ 442, 1986, S. 31–68; E. Weis, Bayern und Frankreich in der Zeit des Konsulats und des Ersten Empire (1799 bis 1815), München 1984; ders. u. E. Müller-Luckner (Hg.), Reformen im rheinbündischen Deutschland, München 1984; Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons (Ausstellungskatalog württembergisches Landesmuseum Stuttgart), 3 Bde., Stuttgart 1987, bes. Bd. 2 (Aufsätze); H. Klueting, Die Säkularisation im Herzogtum Westfalen 1802 bis 1834, Köln 1980.
9. Vgl. J. B. Pflug, Erinnerungen eines Schwaben 1780–1830. Kulturbilder aus der Kloster-, Franzosen- und Räuberzeit Oberschwabens. Nach den Erinnerungen eines Maler-Romantikers, Ulm 1936[3], S. 116–124, S. 124. Pflug war Genremaler; seine Erinnerungen auf der Basis von erstmals 1874 veröffentlichten Gesprächen. Die bayerischen Beispiele nach Blessing, Staatsintegration (Anm. 7). Vgl. die geringen Auswirkungen des Herrscherwechsels auf die Einwohner des schwäbischen Dorfes Kiebingen, als es 1806 aus österreichischer Herrschaft zum Kgr. Württemberg kam: U. Jeggle, Kiebingen – eine Heimatgeschichte. Zum Prozeß der Zivilisation in einem Schwäbischen Dorf, Tübingen 1977, S. 55ff. Vgl. auch H. Koenig, Auch eine Jugend, Leipzig 1852, S. 135, 139f., 146–149, 155f.: Säkularisierung und Reformen im Fürstentum Fulda.
10. Als guten Überblick zu 1830ff. mit Lit.: K.-G. Faber, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Restauration und Revolution. Von 1815 bis 1851 (= Hb. d. Dt. Geschichte, hg. v. O. Brandt u. a.,

Bd. 3/1/2. Teil), Wiesbaden 1979, S. 136ff. – Im übrigen zu den Reformen vor 1815 die Übersicht bei Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1 (Anm. 1), S. 368ff., sowie: H. Rössler, Österreichs Kampf um Deutschlands Befreiung 1805 bis 1815, 2 Bde., Hamburg 1947².

11. Aus der umfangreichen Literatur vgl. R. Koselleck, Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791–1848, Stuttgart 1967 u.ö., Kap. 2; Die wichtigsten Aufsätze und die Literatur in B. Vogel (Hg.), Preußische Reformen 1807–1820, Königstein 1980; H. Schissler, Preußische Agrargesellschaft im Wandel. Wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Transformationsprozesse von 1763 bis 1847, Göttingen 1978, T. 3. – Überblicke über die Reformen in verschiedenen Staaten: K. G. A. Jeserich u.a. (Hg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 2: Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, Stuttgart 1983, S. 122–154, sowie Kap. VII.
12. Vgl. Nipperdey, Geschichte (Anm. 3), S. 38 (Zitat von J. G. Frey, Mitarbeiter Steins). H. Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert. Geschichte der Ideen und Institutionen, Stuttgart 1950; H. Croon u.a., Kommunale Selbstverwaltung im Zeitalter der Industrialisierung, Stuttgart 1971; J. Ziekursch, Das Ergebnis der friderizianischen Städteverwaltung und die Städteordnung Steins. Am Beispiel der schlesischen Städte dargestellt, Jena 1908; H. Schinkel, Polizei und Stadtverfassung im frühen 19. Jahrhundert. Eine historisch-kritische Interpretation der preußischen Städteordnung von 1808, in: Der Staat 3, 1964, S. 315–334; J. M. Diefendorf, Businessmen and Politics in the Rhineland, 1789–1843, Princeton 1980. – Zur Fortdauer der Unterschiede zwischen privilegiertem Stadtbürgertum und sonstiger Einwohnerschaft bis in die 1850er/60er Jahre jetzt eindringlich Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2 (Anm. 1), S. 175–185. – W. Imhof, Die geschichtliche Entwicklung des Gemeinderechts im rechtsrheinischen Bayern seit dem Jahre 1818, jur. Diss. München 1927; H. G. Reichard, Statistik und Vergleichung der jetzt geltenden städtischen Verfassungen in den monarchischen Staaten Deutschlands. Ein Beitrag zur Kenntniß des bisher Geschehenen und zur Auffassung künftiger Fortschritte, Altenburg 1844. – Seit 1831 setzten sich schrittweise, vor allem im Rheinland und in Preußen, zensusbezogene, d. h. steuerpflichtiges Einkommen als Maßstab nehmende Wahlordnungen durch. Vgl. H. Croon, Die gesellschaftlichen Auswirkungen des Gemeindewahlrechts in den Gemeinden und Kreisen des Rheinlandes und Westfalen im 19. Jahrhundert, Köln 1960. Eine Fallstudie: G. Filbry, Die Einführung der Revidierten Preußischen Städteordnung von 1831 in der Stadt Münster, in: Westfälische Zs. 107, 1957, S. 169–234. Zur vergleichsweise demokratischen badischen Entwicklung: F. Dürr, Die geschichtliche Entwicklung der Gemeindevertretung in Baden, jur. Diss. Heidelberg 1933; sowie zuletzt M. Hettling, Reform ohne Revolution. Bürgertum, Bürokratie und kommunale Selbstverwaltung in Württemberg von 1800 bis 1850, Göttingen 1990. – Die Auswirkungen des ungleichen Wahlrechts, besonders in den Gemeinden, auf die in der Regel ausgegrenzten Handwerksgesellen, Tagelöhner, Dienstboten und Handarbeiter überhaupt, werden im Zusammenhang der Klassenbildung zu betrachten sein. Dazu J. Kocka, Arbeiterleben und Protest. Entstehung einer sozialen Klasse (in Vorber.).
13. Vgl. unten S. 33ff.
14. Vgl. Koselleck, Preußen (Anm. 11), Kap. 2. H. Obenaus, Verwaltung und ständische Repräsentation in den Reformen des Freiherrn vom Stein, in: Jb. f. d. Geschichte Mittel- und Osteuropas 18, 1969, S. 130–179; Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1 (Anm. 1), S. 445f.; E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 1: Reform und Restauration 1789 bis 1830, Stuttgart 1967², S. 145ff.
15. Als guten Überblick mit weiterer Lit. vgl. Faber, Geschichte (Anm. 10), S. 101ff.; auch Huber, Verfassungsgeschichte Bd. 1 (Anm. 14), S. 314ff.
16. Kurz aber treffend: Berding u. Ullmann, Veränderungen (Anm. 7), S. 11–40, hier 22–24; E. Fehrenbach, Verfassungs- und sozialpolitische Reformen und Reformprojekte in Deutschland unter dem Einfluß des napoleonischen Frankreich, in: ebd., S. 65–90; V. Press, Landstände des 18. und Parlamente des 19. Jahrhunderts, in: ebd., S. 133–157; E. Weis, Zur Entstehungsgeschichte der bayerischen Verfassung von 1818. Die Debatten der Verfassungskommission von 1814/15, in: A. Mechler u.a. (Hg.), Historische Studien in Politik und Verfassung. Fs. f. R. Dietrich, Frankfurt 1976, S. 325–359; ders. in M. Spindler (Hg.), Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert 1800–1970, 2 Teilbde., München 1974/75, S. 79–84; L. Gall, Der Liberalismus als regierende Partei. Das Großherzogtum Baden zwischen Restauration und Reichsgründung, Wiesbaden 1968; F.

Wintterlin, Die württembergische Verfassung 1815–1819, in: Württembergische Jbb. f. Statistik und Landeskunde 1, 1912, S. 47–83; H. Obenaus, Finanzkrise und Verfassungsgebung. Zu den sozialen Bedingungen des frühen deutschen Konstitutionalismus, in: G. A. Ritter (Hg.), Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, Düsseldorf 1974, S. 57–75; H. Brandt, Parlamentarismus in Württemberg 1819–1870. Anatomie eines deutschen Landtags, Düsseldorf 1987; Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2 (Anm. 1), S. 297 ff.

17. Nipperdey, Geschichte (Anm. 3), S. 50–56 (Scharnhorst-Zitat S. 51), 82–85; Jeggle, Kiebingen (Anm. 9), S. 52–54; Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2 (Anm. 1), S. 380–394, bes. S. 393 f.; R. Wohlfeil, Vom stehenden Heer des Absolutismus zur Allgemeinen Wehrpflicht (1789–1814), Frankfurt 1964; W. Petter, Deutscher Bund und deutsche Mittelstaaten, in: HbDM, Bd. 4/II, München 1976, S. 226–301, 262–264; M. Messerschmidt, Die politische Geschichte der preußisch-deutschen Armee, in: ebd., Bd. 4/I, 1975, S. 3–380, 87 f., 103–108.
18. Als Einführung R. Vierhaus, Art. „Bildung", in: GGr, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 508–551, bes. 508–534; Nipperdey, Geschichte (Anm. 3), S. 56–65 (auch zum Folgenden). N. setzt m. E. Aufklärungs- und Bildungsidee zu schroff voneinander ab; vgl. H. Weil, Die Entwicklung des deutschen Bildungsprinzips, Bonn 1930; R. Koselleck (Hg.), Bildungsgüter und Bildungswissen, Stuttgart vorauss. 1990.
19. K. Frh. vom Stein, Über die zweckmäßige Bildung der obersten und der Provinzial-, Finanz-, und Polizei-Behörden in der preußischen Monarchie (1807), in: ders., Briefe und amtliche Schriften, Bd. 2/I, Stuttgart 1959, S. 391.
20. Zit. bei W. Conze, Sozialgeschichte 1800–1850, in: HbDWS, Bd. 2, S. 426–494, 485; Vierhaus, Art. „Bildung" (Anm. 18), S. 530.
21. Vgl. Nipperday, Geschichte (Anm. 3), S. 454–462, bes. 459 f.; R. Vierhaus, Bürgerliche Hegemonie oder proletarische Emanzipation: der Beitrag der Bildung, in: J. Kocka u. E. Müller-Luckner (Hg.), Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert. Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich, München 1985, S. 53–64; zu Universität und Gymnasium: Conze, Sozialgeschichte (Anm. 20), S. 484–489; D. K. Müller, Sozialstruktur und Schulsystem. Aspekte zum Strukturwandel des Schulwesens im 19. Jahrhundert, Göttingen 1977; sowie die einschlägigen Artikel in: K.-E. Jeismann u. P. Lundgreen (Hg.), Hb. d. dt. Bildungsgeschichte, Bd. 3: 1800–1870. Von der Neuordnung Deutschlands bis zur Gründung des Deutschen Reiches, München 1987.
22. Vgl. Conze, Sozialgeschichte (Anm. 20), S. 489–491. Die Frage wird wieder aufgenommen in Kocka, Arbeiterleben (Anm. 12).
23. Gemeint sind Märkte fragmentierende Stadt-Land-Abgrenzungen, Binnenzölle, Stapelrechte u. dgl. Vor 1800 gab es auf dem Rhein ca. 30 Zollstellen, von Bingen bis Koblenz, d. h. auf einer Strecke von 5 Meilen immerhin 9. „Öfters lagen die Zollhäuser, je nachdem die Landesgrenzen wechselten, ziemlich nahe beieinander, aber auf dem entgegengesetzten Ufer, so daß die Schiffer genötigt waren, hin und her zu kreuzen." A. Sartorius von Waltershausen, Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815–1914, Jena 1923², S. 25. Zwischen Dresden und Magdeburg wurden 16, von Wertheim bis Mainz 7 Zölle erhoben. W. Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts. Eine Einführung in die Nationalökonomie, Darmstadt 1954⁸, S. 6. Vgl. auch O. Stolz, Zur Entwicklung des Zollwesens innerhalb des alten Deutschen Reiches, in: VSWG 41, 1954, S. 1 ff.
24. Die Gewährung verfassungsmäßiger Mitspracherechte an die Interessenten hätte leicht deren Macht zur Blockierung mißliebiger Reformen erhöht.
25. Vgl. F. Lütge, Geschichte der deutschen Agrarverfassung vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart 1967², S. 249 ff.; W. Conze, Quellen zur Geschichte der deutschen Bauernbefreiung, Berlin (West) 1957, bes. die Einführung S. 11–40; Ch. Dipper, Die Bauernbefreiung in Deutschland 1790–1850, Mainz 1980, S. 50–93 (Zitat S. 93); G. Franz, Landwirtschaft 1800–1850, in: HbDWS, Bd. 2, S. 276–320, 294–307. Sehr gut W. v. Hippel, Napoleonische Herrschaft und Agrarreform in den deutschen Mittelstaaten 1800–1815, in: Berding u. Ullmann (Hg.), Deutschland (Anm. 7), S. 296–310. Koselleck, Preußen (Anm. 11); Schissler, Agrargesellschaft (Anm. 11); zu Österreich: E. Bruckmüller, Sozialgeschichte Österreichs, München 1985, S. 291–302; K. Grünberg, Die Bauernbefreiung und die Auflösung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Böhmen, Mähren und Schlesien, Bd. 1, Leipzig 1894; J. Blum, Noble Landowners and Agriculture in Austria, 1815–1848. A Study in the Origins of the Peasant Emanci-

pation of 1848, Baltimore 1948. – W. v. Hippel, Die Bauernbefreiung im Königreich Württemberg, 2 Bde., Boppard 1977. – Generell zum Problem des Widerspruchs zwischen fortschrittlichem, von Aufklärung und Revolution geprägtem Gesellschaftsentwurf (etwa im Code Civil) und Herrschaftsinteressen der napoleonischen Besatzungspolitik: Berding, Herrschafts- und Gesellschaftspolitik (Anm. 7) und Fehrenbach, Gesellschaft (Anm. 7). Zu Bayern und anderen Rheinbundstaaten: H. H. Hofmann, Adelige Herrschaft und souveräner Staat. Studien über Staat und Gesellschaft in Franken und Bayern im 18. und 19. Jahrhundert, München 1962; Spindler (Hg.), Geschichte (Anm. 16), S. 740f. – W. Goldmann, Die Gesetzgebung des Großherzogtums Hessen in Beziehung auf Befreiung des Grundeigentums und der Person von alten drückenden Beschränkungen und Lasten, Bd. 1, Darmstadt 1831; R. Gross, Die bürgerliche Agrarreform in Sachsen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Weimar 1968. – Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1 (Anm. 1), S. 378ff., 409ff.; R. Rürup, Deutschland im 19. Jahrhundert 1815–1871, Göttingen 1984, S. 33–60.

26. Vgl. J. Kocka, Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800, Bonn 1990, S. 54.
27. Vgl. ebd. S. 205ff.
28. Aber erst nach dem Ende des hier interessierenden Untersuchungszeitraums, frühestens seit den späten 70er Jahren mit dem aufsteigenden Interventionsstaat als Antwort. Zur Problemstellung – aber ohne überzeugende Antwort – N. Luhmann, Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat, München 1981. Siehe auch zur Ausdifferenzierung in Teilsysteme als Grundmerkmal der bürgerlichen Gesellschaft: Nipperdey, Geschichte (Anm. 3), S. 255ff. Der Grundgedanke bereits bei W. Conze, Sozialgeschichte, in: H.-U. Wehler (Hg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln 1966, S. 19–26, 21f.; S. Landshut, Kritik der Soziologie, Neuwied 1969, S. 40–53. Zur davon betroffenen Oberschicht: H. Gollwitzer, Die Standesherren. Politische und gesellschaftliche Stellung der Mediatisierten 1815–1918. Ein Beitrag zur deutschen Sozialgeschichte, Göttingen 1964[2].
29. Siehe z. B. St. Genzmer, Entstehung und Rechtsverhältnis der Gutsbezirke in den 7 östlichen Provinzen des Preußischen Staats, dargestellt unter Berücksichtigung der Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891, Berlin 1891, bes. S. 13–21; H. L. Hofmann, Die Rittergüter des Königreichs Sachsen, Dresden 1901 (Einleitung); H. Zwahr, Über Agrarstruktur und bäuerliche Klassenverhältnisse in den Kreisen Bautzen und Kamenz (1882–1914), in: Letopis 8, 1961, S. 18–72, 22–25.
30. Zitate nach Koselleck, Preußen (Anm. 11), S. 589; ebd., S. 588–598 auch zum Folgenden. W. Treue, Wirtschafts- und Technikgeschichte Preußens, Berlin (West) 1984, S. 260–261, 285ff., 315ff., 456ff. zur weiteren Entwicklung. Sehr gute Fallstudie: J. Bergmann, Das Berliner Handwerk in den Frühphasen der Industrialisierung, Berlin (West) 1973.
31. Dazu Koselleck, Preußen (Anm. 11), S. 595f.; H. Rachel, Beiträge zur preußischen Handwerkerpolitik vom Allgemeinen Landrecht bis zur Allgemeinen Gewerbeordnung von 1845, Leipzig 1900, S. 119.
32. Vgl. als Überblick G. v. Viebahn, Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschland, Bd. 3, Berlin 1868, S. 539–558; zu ergänzen für die 60er Jahre durch: L. Beringer, Die Gesetzgebung der Innungen in Deutschland und der gewerblichen Genossenschaften in Österreich während der letzten 100 Jahre, Mainz 1906, S. 8f. – H. A. Mascher, Das Deutsche Gewerbewesen von der frühesten Zeit bis auf die Gegenwart, Potsdam 1866, S. 605–662 (sehr genau). – Siehe informativ auch R. Berléung, Entwicklungsgeschichte des Arbeitsvertrags in den deutschen Territorien seit dem Reichsschluß von 1731 bis zur Einführung der Reichsgewerbeordnung von 1870/71, o. O., o. J. Gute Fallstudie: J. Jeschke, Gewerberecht und Handwerkswirtschaft des Königreichs Hannover im Übergang 1815–1866, Göttingen 1977. – Zu den eng verknüpften, kaum in Preußen, aber stark im Süden vorhandenen Niederlassungs- und Heiratsbeschränkungen: A. Kraus, Die rechtliche Lage der Unterschicht im Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft, in: H. Mommsen u. W. Schulze (Hg.), Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung, Stuttgart 1981, S. 243–258; K.-J. Matz, Pauperismus und Bevölkerung. Die gesetzlichen Ehebeschränkungen in den süddeutschen Staaten während des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1980.
33. Vor allem F.-W. Henning, Die Einführung der Gewerbefreiheit und ihre Auswirkungen auf das Handwerk in Deutschland, in: W. Abel (Hg.), Handwerksgeschichte in neuer Sicht, Göttingen 1978, S. 147–177.
34. Vgl. J. Kocka, Traditionsbindung und Klassenbildung. Zum sozialhistorischen Ort der frühen deutschen Arbeiterbewegung, in: HZ 241, 1986, S. 333–376.

35. Man denke an den Abbau der Binnenzölle in den einzelnen Staaten bis ca. 1820, die Gründung des Zollvereins seit den späten zwanziger Jahren bis 1834 und seinen graduellen Ausbau bis hin zur Schaffung des einheitlichen kleindeutsch-nationalen Marktes 1871.
36. Bei sich kaum ändernder Altersverteilung der Bevölkerung wuchs die allerdings ungemein kleine Zahl der Gymnasiasten noch schneller: von 24.344 (1822) auf 119.641 (1871) und 135.777 (1875), so daß auf 100 Einwohner 1822 0,21, 1871 0,49 und 1875 0,53 Gymnasiasten entfielen. Die Zahl der Studenten an den Universitäten fiel (nach raschem Aufstieg vorher) mit den späten 20er Jahren, hielt sich dann 1835–1862 zwischen 11.000 und 13.000 und begann erst seitdem langsam, seit 1870 schneller, zu wachsen, nämlich auf 16.357 im Jahr 1875. Nach W. Fischer u. a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 1: Materialien zur Statistik des Deutschen Bundes 1815–1870, München 1982, S. 224–230; G. Hohorst u. a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 2: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870–1914, München 1978², S. 157–161.
37. Unter den neu eingestellten preußischen Rekruten lag 1865–1875 mit Ausnahme der östlichen Provinzen Posen, Preußen und Schlesien, die einen hohen Anteil polnischer Bevölkerung ohne Schulbesuch aufwiesen, der Anteil derer, die gar keine Schule besucht hatten, fast durchweg unter 2%, meist unter 1%. Nach zeitgenössischen Erhebungen konnten 1871 nur noch 2% der Berliner weder lesen noch schreiben, wobei der Prozentsatz bei den älteren deutlich höher als bei den jüngeren lag (10% Analphabeten bei denen über 60 Jahre, unter 1% in der Altersgruppe unter 25). Vgl. Fischer u. a., Arbeitsbuch (Anm. 36), S. 232, 234. Zum internationalen Vergleich: P. Lundgreen, Alphabetisierung und Schulbildung im internationalen Industrialisierungsprozeß, in: Sowi 3, 1974, S. 17–21; zu hoch und ohne Beleg die Schätzung für Preußen 1871 bei Nipperdey, Geschichte (Anm. 3), S. 463.
38. Dazu unten S. 68ff.
39. Vgl. A. Kraus, Heimat- und Niederlassungsrecht in ausgewählten deutschen Ländern, gedr. als Anl. 3 zu W. Köllmann, Bevölkerung und Arbeitskräftepotential in Deutschland 1815–1865. Ein Beitrag zur Analyse der Problematik des Pauperismus, in: Jb. f. Forschung des Landes NRW 1968, S. 209–254, 252–254; A. Kraus, „Antizipierter Ehesegen" im 19. Jahrhundert. Zur Beurteilung der Illegitimität unter sozialgeschichtlichen Aspekten, in: VSWG 66, 1979, S. 174–215; dies., Rechtliche Lage (Anm. 32); Matz, Pauperismus (Anm. 32); J. Knodel, Law, Marriage und Illegitimacy in Nineteenth Century Germany, in: Population Studies 20, 1967, S. 279–294.
40. Vgl. Henning, Einführung (Anm. 33), S. 147–177; P. Ch. Martin, Die Entstehung des preußischen Aktiengesetzes von 1843, in: VSWG 56, 1969, S. 499–542; ders., Frühindustrielles Gewerbe in der Rechtsform der AG, in: W. Fischer (Hg.), Beiträge zu Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur im 16. und 19. Jahrhundert, Berlin (West) 1971, S. 195–314; K. P. Bösselmann, Die Entwicklung des deutschen Aktienwesens im 19. Jahrhundert, Berlin 1939; generell: J. Kocka, Preußischer Staat und Modernisierung im Vormärz: Marxistisch-leninistische Interpretationen und ihre Probleme, in: H.-U. Wehler (Hg.), Sozialgeschichte Heute. Fs. f. Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, Göttingen 1974, S. 211–227.
41. Überblick bei Faber, Deutsche Geschichte (Anm. 10), S. 13–38.
42. Vgl. die oben Anm. 7, S. 534 genannte Literatur sowie: W. Köllmann, Bevölkerungsgeschichte 1800–1970, in: HbDWS, Bd. 2, S. 9–50; ders., Bevölkerung in der industriellen Revolution, Göttingen 1974. Als hervorragende Quellengrundlage: A. Kraus (Bearb.), Quellen zur Bevölkerungsstatistik Deutschlands 1815–1875 (= Quellen zur Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsstatistik Deutschlands 1815–1875, hg. v. W. Köllmann, Bd. 1), Boppard 1980 u. dies. (Bearb.), Quellen zur Berufs- und Gewerbestatistik Deutschlands 1816–1875: Preußische Provinzen (= Quellen zur Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsstatistik Deutschlands 1815–1875, hg. v. W. Köllmann, Bd. 2), Boppard 1989; weiterhin unverzichtbar: A. v. Fircks (Bearb.), Rückblick auf die Bewegung der Bevölkerung im preußischen Staate während des Zeitraums vom Jahre 1816 bis zum Jahre 1874 (= Preußische Statistik. Amtliches Quellenwerk, Bd. 48a), Berlin 1879; (Regierungsrat) Zahn, Die Bevölkerung des Deutschen Reichs im 19. Jahrhundert auf Grund der deutschen und der internationalen Bevölkerungsstatistik, in: VSDR 11, 1902, Ht. 1, S. 161–226. – H. Harnisch, Bevölkerungsgeschichtliche Probleme der industriellen Revolution in Deutschland, in: K. Lärmer (Hg.), Studien zur Geschichte der Produktivkräfte. Deutschland zur Zeit der industriellen Revolution, Berlin (Ost) 1979, S. 267–339; W. R. Lee, Germany, in: ders. (Hg.), European Demography and Economic Growth, London 1979, S. 144–195; ders., Population Growth, Eco-

nomic Development and Social Change in Bavaria, 1750–1850, New York 1977; G. Lommatzsch, Die Ergebnisse der Volkszählungen im Freistaat Sachsen in den Jahren 1834–1925, in: Zs. d. Sächsischen Statistischen Landesamtes 72/73, 1926/27, S. 2–27; Stand und Bewegung der Bevölkerung des Deutschen Reichs und fremder Staaten in den Jahren 1841–1886 (= StdDtR, NF, Bd. 44), Berlin 1892; G. Hohorst, Wirtschaftswachstum und Bevölkerungsentwicklung in Preußen 1816–1914, New York 1977; P. Marschalck, Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt 1984.

43. F.-W. Henning, Die Industrialisierung in Deutschland 1800–1914, Paderborn 1973, S. 17.
44. Vgl. S. Pollard, Peaceful Conquest. The Industrialization of Europe 1760–1970, Oxford 1981, S. 148: Die europäische Bevölkerung betrug 1750 156 Mio., 1800 205 Mio., 1850 275 Mio., 1900 414 Mio. und 1913 481 Mio.
45. Zum Nachholbedarf vgl. v. Fircks (Bearb.), Rückblick (Anm. 42), S. 16; zum Zusammenhang zwischen ostelbischen Agrarverhältnissen und Bevölkerungswachstum vgl. Köllmann, Bevölkerungsgeschichte 1800–1970 (Anm. 42), S. 12f.; vorher vor allem G. Ipsen, Art. Bevölkerung, in: Hdw. d. Grenz- und Auslandsdeutschtums 1, 1933, S. 426ff.; die häufige Überbetonung der Wirkung der Reform korrigiert überzeugend Harnisch, Bevölkerungsgeschichtliche Probleme (Anm. 42), S. 282f., 294f., 309f.
46. Deutlich an den Zahlen für Bayern abzulesen: Kraus, Quellen, Bd. 1 (Anm. 42), S. 76. Zu den Heiratsbeschränkungen oben Anm. 39; bes. Matz, Pauperismus (Anm. 32), S. 254.
47. Auch dazu für Preußen mit rechnerischem Beleg v. Fircks (Bearb.), Rückblick (Anm. 42), S. 137.
48. Insgesamt schwankte der Anteil der unehelich Geborenen an allen lebend Geborenen 1841–1872 zwischen 10 und 13%. Vgl. Fischer u.a., Arbeitsbuch (Anm. 36), S. 29. Ihre sehr starken regionalen und lokalen Unterschiede hingen mit der sozialökonomischen Struktur und den mit ihr gegebenen Verheiratungshindernissen vor allem für Teile der Unterschichten, mit verschieden intensiven, im Ganzen nachlassenden Mechanismen sozialer Kontrolle (durch Familie, Grundherrn, Kirche) und gesetzlichen Ehebeschränkungen zusammen, die es in fast allen deutschen Gebieten außer Preußen und dem linken Rheinufer gab. Im rechtsrheinischen Bayern mit seinen rigiden Heiratsbeschränkungen pendelte die Unehelichenrate zwischen 22 und 25%, im linksrheinischen Bayern (Pfalz), wo es keine rechtlichen Ehehindernisse gab, zwischen 8 und 11%, im rigiden Mecklenburg zwischen 19 und 22%, in Preußen insgesamt dagegen nur zwischen 7 und 8% (Ostpreußen zwischen 8 und 9, Rheinprovinz zwischen 3 und 4%, alle Angaben für 1850–1860). Nach Kraus, Quellen, Bd. 1 (Anm. 42), pass.; Lee, Germany (Anm. 42), S. 191. Als Einführung in die Grundlinien des Problems und in die umfangreiche Literatur zum Thema vgl. M. Mitterauer, Ledige Mütter. Zur Geschichte illegitimer Geburten in Europa, München 1983, S. 86–113 (der Untertitel bezeichnet den Inhalt dieses Buches richtiger als der Haupttitel). Zum Einfluß der gesetzlichen Ehehindernisse auch Matz, Pauperismus (Anm. 32), S. 244ff.
49. V. Fircks (Bearb.), Rückblick (Anm. 42), S. 48–50. An Cholera-Epidemien starben in Preußen 1831 32.600, 1837 13.300, 1848 26.200, 1849 45.300, 1850 14.900, 1852 41.200, 1855 30.600, 1866 114.700 und 1873 28.700 Menschen. Kleinere Epidemien (mit jeweils unter 10.000 Opfern) registrierte man zusätzlich 1832, 1853, 1857 und 1859. Nachdem die Pocken-Sterblichkeit vor allem durch die Impfungen seit Beginn des Jahrhunderts stark zurückgegangen war, trat im Zusammenhang des Krieges 1870/71 eine Pockenepidemie auf, die in Preußen allein 1871 60.000 Menschen dahinraffte. Kindbett-Fieber trat epidemisch 1819/20, 1833, 1857/58 und 1872/73 auf. Es raffte in diesen Jahrzehnten mehr Frauen dahin, als Cholera und Pocken zusammengenommen. Vergleichsweise bescheiden sieht dagegen die Zahl der Kriegstoten aus. Die Preußische Armee verlor

	1866	1870/71
durch Gefechtstod und nach Verwundung	4.400	21.908
durch Cholera, andere Krankheiten u. Unfälle	6.330	8.218

Insgesamt dürften in Preußen vor allem 1831, 1848, 1849, 1852, 1866 und 1871 Epidemien und Kriegsfolgen die Zahl der Gestorbenen erhöht haben. Teuerungsbedingte Erhöhungen der Sterbeziffern zeichnen sich vor allem 1819, 1847/48 sowie Mitte der 50er Jahre ab, wobei hohe Sterblichkeit die Teuerungen oft noch um ein Jahr überdauerte.
50. F. Burgdörfer, Die Wanderungen über die deutschen Reichsgrenzen im letzten Jahrhundert, in: Allgemeines Statistisches Archiv 20, 1930, S. 161–196, 383–419, 537–551; ders., Migrations

(s. Anm. zu Graphik I); die wichtigsten Zahlen leicht erreichbar in Fischer u.a., Arbeitsbuch (Anm. 36), S. 34f.; Hohorst u.a., Arbeitsbuch (Anm. 36), S. 38. – A. Markow, Das Wachstum der Bevölkerung und die Entwicklung der Aus- und Einwanderungen: Ab- und Zuzüge in Preußen und Preußens einzelnen Provinzen, Bezirken und Kreisgruppen von 1824–1885, Tübingen 1889; M. Walker, Germany and the Emigration 1816–1885, Cambridge, Mass. 1964; P. Marschalck, Deutsche Überseewanderung im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1973; W. D. Kamphoefner, Westfalen in der Neuen Welt, Münster 1982; W. v. Hippel, Auswanderung aus Südwestdeutschland. Studien zur Württembergischen Auswanderung und Auswanderungspolitik im 18. und 19. Jahrhundert, Stuttgart 1984; W. Helbich (Hg.), „Amerika ist ein freies Land ...". Auswanderer schreiben nach Deutschland, Darmstadt 1985.

51. Geborene und Gestorbene jeweils ohne Totgeburten; Ziffer für Geborenenüberschuß 1874 korrigiert. Auswanderungszahlen nach den in Anm. 50 genannten Arbeitsbüchern.
52. Falsch ist deshalb die gegenteilige Aussage bei Nipperdey, Geschichte (Anm. 3), S. 107.
53. Dazu vor allem Harnisch, Bevölkerungsgeschichtliche Probleme (Anm. 42), S. 287: Geborenenziffer in Pommern 1791/95: 35,0; 1796/1800: 37,6; 1801/05: 40,0. Für die Neumark entsprechend 35,7; 38,4; 40,6. Ebd., S. 289f., 291, 293 zur Beschleunigung des Wachstums in verschiedenen preußischen Regionen im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert. Das Sinken des Getreidepreises ab 1807 scheint zur Zunahme von Heiraten und Geburten geführt zu haben. S. ebd., S. 294f. Die negativen Wirkungen der Kriegswirren werden in der Literatur oft überbetont. Sie waren sehr begrenzt, mit Ausnahme des Jahres 1813.
54. Vgl. Kocka, Weder Stand (Anm. 26), S. 196ff.
55. Vgl. zu diesem „demographischen Übergang" („demographischen Wandel"): Marschalck, Bevölkerungsgeschichte (Anm. 42), S. 41–71 (mit Literatur); grundlegend G. Mackenroth, Bevölkerungslehre, Berlin (West) 1953.
56. Zum folgenden vor allem Köllmann, Bevölkerung und Arbeitskräftepotential (Anm. 39).
57. K. Braun, *Der Zwangs-Zölibat für Mittellose in Deutschland*, in: Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft u. Kulturgeschichte 20, 1867, Ht. 4, S. 1–80; E. Schübler, Die Gesetze über Niederlassung und Verehelichung in den verschiedenen deutschen Staaten, Stuttgart 1855; Matz, Pauperismus (Anm. 32), bes. S. 176f.
58. J. E. Wappäus, Allgemeine Bevölkerungsstatistik, Bd. 2, Leipzig 1861, S. 219, 223 zit. nach Harnisch, Bevölkerungsgeschichtliche Probleme (Anm. 42), S. 299 (Verehelichungsquoten) u. 303. Daß diese in Bayern besonders illiberalen Ehebeschränkungen (seit 1818, verschärft 1825) nicht nur die Unehelichenzahlen steigen, sondern auch die Geborenenziffern ein wenig sinken ließen, ist wahrscheinlich.
59. Vgl. Lee, Germany (Anm. 42), S. 149.
60. Vgl. dazu Kocka, Weder Stand (Anm. 26), S. 200ff.; Köllmann, Bevölkerungswachstum und Arbeitskräftepotential (Anm. 39), S. 216f. (zur Altersstruktur, Heiratsziffer und Unehelichenquote im Vergleich zwischen Rheinland und Ostpreußen). – Zum Vergleich von Fabrikgebieten und heimgewerblichen Gebieten Harnisch, Bevölkerungsgeschichtliche Probleme (Anm. 42), S. 304f., 325–29.
61. Vgl. Kocka, Weder Stand (Anm. 26), S. 200ff.
62. Daß Mitte des 19. Jahrhunderts überall in Europa die Zahl der Kinder pro Ehe und erst recht die Zahl der überlebenden Kinder pro Ehe auf dem Land höher lag als in den Städten zeigt: Fr. Oesterlen, Handbuch der medicinischen Statistik, Tübingen 1874², S. 259.
63. Wie Anm. 61. – Weiter das sehr negative Urteil des Statistikers Süßmilch über die Städte (Göttliche Ordnung..., Berlin 1761/62, § 150); Harnisch, Bevölkerungsgeschichtliche Probleme (Anm. 42), S. 286, 290 zu den deutlich geringeren Heirats- und Geborenenziffern sowie den deutlich höheren Sterbeziffern in den Städten der Kurmark im Vergleich zum „platten Land" in den 1780er und 1790er Jahren; W. Franke, Die Volkszahl deutscher Städte Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts, in: Zs. d. Preuß. Statist. Amtes 62, 1922, S. 102–117, 108f.; v. Fircks (Bearb.), Rückblick (Anm. 42), S. 64; Oesterlen, Handbuch (Anm. 62), S. 258f.
64. Vgl. J. Knodel, Stadt und Land im Deutschland des 19. Jahrhunderts: Eine Überprüfung der Stadt-Land-Unterschiede im demographischen Verhalten, in: W. H. Schröder (Hg.), Moderne Stadtgeschichte, Stuttgart 1979, S. 238–265, 256ff.
65. Das zeigt F. Prinzing, Handbuch der medizinischen Statistik, Jena 1906, S. 540 für alle preußi-

schen Provinzen seit 1849 (ebd., S. 541 einige Zahlen zu süddeutschen Ländern im Vergleich). Vgl. auch M. R. Haines, Population und Economic Change in Nineteenth-Century Eastern Europe: Prussian Upper Silesia, 1840–1913, in: JEH 36, 1976, S. 334–358, 329, 342, 345: abnehmende Sterblichkeit vor allem der Kinder (nicht der Säuglinge) und der Jugendlichen in Oberschlesien seit den 1860er Jahren; 347f. zu den vermutlichen Ursachen.

66. Dazu Prinzing, Handbuch (Anm. 65), S. 531–533; Lee, Germany (Anm. 42), S. 155. Vgl. Harnisch, Bevölkerungsgeschichtliche Probleme (Anm. 42), S. 276 zur Säuglingssterblichkeit in verschiedenen Ländern um 1840/45: England 14,7, Frankreich 15,9, Preußen 18,3 und Sachsen 26,3 pro 1.000.
67. Ebd., S. 321 (für die Zeit ab 1849), 327: In Sachsen lag die Verehelichungsquote noch 1849 in den Städten tiefer als auf dem Land. Ebd., S. 329: Ein Zeitgenosse erklärt, warum in Düsseldorf die Verehelichungsquote 1822–1861 absank (von 33,1 auf 31,7‰): z. T. liege es an der Unsicherheit der Konjunkturen und der Schwierigkeit der Arbeiter, eine Familie zu ernähren; z. T. aber auch daran, daß das städtische Leben „gleichen und mehreren Comfort auch ohne Gründung eines Hausstandes gewährt". Ebd., S. 330 zur Steigerung der Verehelichungsquote in Barmen und Aachen seit den 1850er bzw. 1860er Jahren. – Vgl. die Zahlenreihen bei v. Fircks (Bearb.), Rückblick (Anm. 42), S. 146f. (große Unterschiede zwischen preußischen Städten). Aber insgesamt lagen die Heiratsziffern (pro 1.000 Einwohnern) 1858–1875 in den preußischen Städten bereits höher als auf dem Lande, weil in den Städten mehr Menschen im heiratsfähigen Alter lebten.
68. Vgl. Oesterlen, Handbuch (Anm. 62), S. 258.
69. Nach v. Fircks (Bearb.), Rückblick (Anm. 42), S. 61.
70. Bis in die 70er Jahre: ebd. Zur weiteren Entwicklung: Hohorst u. a., Arbeitsbuch (Anm. 36), S. 36; R. Spree, Soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod. Zur Sozialgeschichte des Gesundheitsbereichs im Deutschen Kaiserreich, Göttingen 1981, S. 169, 49ff. – Daß die Fruchtbarkeit und damit die Geburtlichkeit seit den 1870er Jahren zuerst in den Städten wieder zu sinken begann und sich damit der Land-Stadt-Unterschied vorübergehend wieder verstärkte, weil Geburtenregelungen sich früher in der Stadt als auf dem Lande durchsetzten, sei wenigstens erwähnt. Vgl. Knodel, Stadt (Anm. 64), S. 246ff. Diese zweite Phase des demographischen Übergangs – Absinken der Geborenenrate – fand erst nach dem hier interessierenden Zeitraum statt.
71. Zu Berlin: Fischer u. a., Arbeitsbuch (Anm. 36), S. 36; zu Hamburg: Kraus, Quellen, Bd. 1 (Anm. 42), S. 263; H. Matzerath, Industrialisierung, Mobilität und sozialer Wandel am Beispiel der Städte Rheydt und Rheindahlen, in: H. Kaelble u. a., Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1978, S. 13–79, 44f.
72. F. Lenger, Zwischen Kleinbürgertum und Proletariat. Studien zur Sozialgeschichte der Düsseldorfer Handwerker 1816–1878, Göttingen 1986, S. 235ff.
73. W. Köllmann, Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert, Tübingen 1960, S. 70f.
74. Im Unterschied zu „Urbanisierung", womit die Herausbildung städtischer Kultur und Lebensweise gemeint sein soll. Ähnlich J. Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt 1985, S. 10f. Andere Autoren benutzen dagegen „Verstädterung" und „Urbanisierung" synonym. Vgl. z. B. H. Matzerath, The Influence of Industrialization on Urban Growth in Prussia (1815–1914), in: H. Schmal (Hg.), Patterns of European Urbanization since 1500, London 1981, S. 145–179, 146. Zu alternativen Definitionen, die durchweg fürs 19. Jahrhundert nicht recht brauchbar sind, vgl. H. A. Diederiks, Foreword, in: ebd. S. 3–29, 4f.; H.-J. Teuteberg (Hg.), Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und geographische Aspekte, Köln 1983.
75. Dabei liegt der zeitgenössische rechtliche Stadtbegriff zugrunde. Nach F. W. A. Bratring, Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg. Für Statistiker, Geschäftsmänner, bes. für Kameralisten, Bd. 1, Berlin 1804, S. 77–79.
76. Nach Franke, Volkszahl (Anm. 63), S. 109 sowie Tab. 1a und 1b. Vgl. auch A. F. Weber, The Growth of Cities in the 19th Century. A Study in Statistics (1899), ND Ithaca, N. Y. 1963, S. 95: Der Anteil der Städte mit 10.000 und mehr an der Bevölkerung Österreichs (Erstreckung vor 1900) blieb zwischen 1800 und 1821 konstant (bei 4,4%).
77. Dies scheint Tab. 7 zu zeigen.
78. So gab es in Preußen 1849 noch 71 Städte mit weniger als 1.000, davon 15 sogar mit weniger als 600 Einwohnern, während zahlreiche Landgemeinden mit mehr als 1.000 oder auch 2.000 Einwohnern existierten. Vgl. H. Matzerath, Von der Stadt zur Gemeinde. Zur Entwicklung des Stadtbegriffs

im 19. und 20. Jahrhundert, in: Archiv f. Kommunalwissenschaften 13, 1974, S. 17–46, 26. Zu ganz ähnlichen Phänomenen in Sachsen K. Blaschke, Vom Dorf zur Landgemeinde. Struktur- und Begriffswandel zwischen Agrar- und Industriegesellschaft, in: H. Haushofer u. W. A. Boelcke (Hg.), Wege und Forschungen der Agrargeschichte. Fs. z. 65. Geb. v. G. Franz, Frankfurt 1967, S. 230–241, 235. Daß die rechtliche Differenz zwischen Stadt und Dorf (oder Landgemeinde) zu Beginn des 19. Jahrhunderts ruckartig (mit Gewerbefreiheit und Konzessionssystem, im Süden mit den von Frankreich beeinflußten Gemeindeordnungen), danach schrittweise (mit der allmählichen Angleichung der Selbstverwaltungsstrukturen) an Realitätsgehalt verlor, zeigen beide Autoren. Das entwertet die Untersuchungen aber nicht für den Langzeitvergleich. Die durch politisch-administrative Entscheidung bedingten Verschiebungen – einigen kleineren Orten wurde die Stadteigenschaft aberkannt, anderen der Status einer Stadt verliehen – blieben eng begrenzt. Vgl. Matzerath, Influence (Anm. 74), S. 153, 156, 160, 170f.; Zur Brauchbarkeit des rechtlichen Stadtbegriffs zumindest für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts auch Weber, Growth (Anm. 76), S. 80–85.

79. Dies auch das Ergebnis für Preußen bei H. Harnisch, Die Bedeutung der kapitalistischen Agrarreform für die Herausbildung des inneren Marktes und die industrielle Revolution in den östlichen Provinzen Preußens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: JbWG 1977/IV, S. 63–82, 71.
80. S. W. Schubert stellte 1847 fest, daß in der Provinz Preußen 1819 auf 100 Städter 315, 1843 aber 380 Landbewohner entfielen. Zit. b. A. Neumann, Die Bewegung der Löhne der ländlichen „freien" Arbeiter im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Königreich Preußen gegenwärtigen Umfangs, Berlin 1911, S. 141. – Der geringere Verstädterungsgrad der westlichen Provinzen Preußens im Vergleich zu den mittleren und östlichen für 1816 (Tabelle 8) ist auf administrativ-politische Entscheidungen zurückzuführen. Offenbar waren im Osten mehr kleinere Orte als Städte anerkannt als im Westen. Könnte man einen statistischen Stadtbegriff zugrunde legen, wäre das Bild anders. Insgesamt: H. Matzerath, Urbanisierung in Preußen 1815–1914, Stuttgart 1985.
81. Der Anteil der in Städten mit 10.000 Einwohnern und mehr lebenden Bevölkerung betrug im Königreich Sachsen 1815 8,9, 1834 9,0, 1849 13,6 und 1890 34,8%. Errechnet aus Weber, Growth (Anm. 76), S. 93.
82. In Baden lebten 1812 23% der Gesamtbevölkerung in den 114 Städten (rechtliche Definition), und 1849 waren es 24%. Die Durchschnittsgröße der Stadt wuchs allerdings von 2.034 auf 2.829. Vom Bevölkerungszuwachs dieser Jahre wurden 90.000 von den Städten, aber 320.000 vom Lande aufgenommen. W. Fischer, Der Staat und die Anfänge der Industrialisierung in Baden 1800–1850, Bd. 1, Berlin (West) 1961, S. 289.
83. Nach Weber, Growth (Anm. 76), S. 95. – Die Vergleichszahlen zu Sachsen oben Anm. 81: 1834 9%; 1890 34,8%. Dieselbe Maßzahl (Bevölkerungsanteil von Städten mit 10.000 Einwohnern und mehr) ergibt für Preußen die Werte 7,25 (1816), 10,6 (1849) und 30,0 (1890). Nach Weber, Growth (Anm. 76), S. 92.
84. Vgl. ebd., S. 94. – Diese Konzentrationstendenz zugunsten der größeren und größten Städte ist weniger klar in Österreich: ebd., S. 99. Allerdings hängt viel davon ab, ob man die bereits vor 1870 entstehenden Wohn-Vorstädte separat zählt oder den Großstädten zurechnet.
85. Vgl. die Langzeitreihen für Preußen von 1816–1939 in Matzerath, Influence (Anm. 74), S. 173, sowie Tab. 9 auf S. 56.
86. Oesterlen, Handbuch (Anm. 62), S. 256f.
87. S. Tab. 11 u. Weber, Growth (Anm. 76), S. 90.
88. Vgl. J. J. Lee, Aspects of Urbanization and Economic Development in Germany 1815–1914, in: Ph. Abrams u. E. A. Wrigley (Hg.), Towns in Societies. Essays in Economic History and Historical Sociology, Cambridge 1978, S. 279–293, 281 (interessante Städte-Typologie).
89. Über Wanderungen in Deutschland am besten St. L. Hochstadt, Migration in Germany. An Historical Study, Ph. D. Thesis Brown University 1983; ders., Migration and Industrialization in Germany, 1815–1977, in: SSH 5, 1981, S. 445–468; ders. u. J. H. Jackson, New Sources for the Study of Migration in Early Nineteenth-Century Germany, in: HS 31, 1984, S. 85–92. – Weiterhin: J. H. Jackson, Migration and Urbanization in the Ruhr Valley, 1850–1900, Ph. D. Thesis University of Minnesota 1980; ders., Wanderungen in Duisburg während der Industrialisierung 1850–1910, in: Schröder (Hg.), Moderne Stadtgeschichte (Anm. 64), S. 217–237. Als gewichtige

Fallstudie über Rheydt und Rheindahlen: Matzerath, Industrialisierung (Anm. 71); weiter ders., Urbanisierung (Anm. 80); W. H. Hubbard, Binnenwanderung und berufliche Mobilität in Graz um die Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Teuteberg (Hg.), Urbanisierung (Anm. 74) S. 117–129; W. H. Hubbard, Auf dem Weg zur Großstadt. Eine Sozialgeschichte der Stadt Graz 1850–1914, Wien 1984, S. 18ff.; J. Brockstedt (Hg.), Regionale Mobilität in Schleswig-Holstein 1600–1900, Neumünster 1979; P. Borscheid, Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung. Soziale Lage und Mobilität in Württemberg (19. Jahrhundert), Stuttgart 1978. Zur späteren Zeit: D. Langewiesche, Wanderungsbewegungen in der Hochindustrialisierungsperiode. Regionale, interstädtische und innerstädtische Mobilität in Deutschland 1880–1914, in: VSWG 64, 1977, S. 1–40; ders., Mobilität in deutschen Mittel- und Großstädten. Aspekte der Binnenwanderung im 19. und 20. Jahrhundert, in: W. Conze u. U. Engelhardt (Hg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten, Stuttgart 1979, S. 70–93; D. Crew, Regionale Mobilität und Arbeiterklasse. Das Beispiel Bochum 1880-1901, in: GG 1, 1975, S. 99–120. Sehr gut auch Lenger, Kleinbürgertum (Anm. 72). Allgemein: Ch. Tilly, Migration in Modern European History, in: W. H. McNeill u. R. S. Adams (Hg.), Human Migration. Patterns and Policies, Bloomington, Ind. 1978, S. 48–72.

90. Vgl. K. Bücher, Die Entstehung der Volkswirtschaft. Sechs Vorträge, Tübingen 1893, S. 299ff.; Kocka, Weder Stand (Anm. 26), S. 197f.
91. Hochstadt, Migration and Industrialization (Anm. 89), S. 96.
92. Lenger, Kleinbürgertum (Anm. 72), S. 245, 247ff.
93. Hochstadt, Migration and Industrialization (Anm. 89), S. 226.
94. Ebd., S. 229f.
95. Langewiesche, Wanderungsbewegungen (Anm. 89), S. 19f.
96. Vgl. die Tabelle bei Hochstadt, Migration and Industrialization (Anm. 89), S. 173 (über Preußen 1859–65).
97. Vgl. ebd., S. 166.
98. Vgl. Matzerath, Industrialisierung (Anm. 71), S. 47ff. (dort Anm. 63 zu Berlin); Hochstadt, Migration and Industrialization (Anm. 89), S. 173, 179, 181.
99. Ebd., S. 174; Köllmann, Bevölkerungsgeschichte 1800–1970 (Anm. 42), S. 20.
100. Um 1970 dagegen ca. 6%. Vgl. Hochstadt, Migration and Industrialization (Anm. 89), S. 291; 251ff. zum Rückgang der Mobilität in Deutschland seit dem Ende des Ersten Weltkriegs (natürlich unterbrochen durch die riesigen Verschiebungen im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren danach). Zum Anstieg des Wanderungsvolumens in deutschen Großstädten zwischen 1881–1910: Langewiesche, Wanderungsbewegungen (Anm. 89), S. 6ff.; Matzerath, Industrialisierung (Anm. 71), S. 48.
101. Vgl. Bücher (Anm. 90), S. 290–294, 299–303 zum Vergleich von Wanderungsdistanzen in einzelnen Fällen über die Jahrhunderte. Lenger, Kleinbürgertum (Anm. 72) hat für Düsseldorf 1849–65 die Wanderungsdistanzen untersucht. Die Zuwanderung aus anderen Regierungsbezirken schwankte zwischen 27 und 43%, die Abwanderung in andere Regierungsbezirke zwischen 14 und 47%; aus dem Ausland (außerhalb Preußens) kamen zwischen 2 und 8%; kein Trend war erkennbar (S. 70ff., 80ff.). Hochstadt, Migration and Industrialization (Anm. 89), S. 147f.: „Wanderungen im agrarischen Osten waren schwergewichtig lokal, während die westlichen Provinzen weniger rein lokale Mobilität hatten, sondern mehr Fernwanderer anzogen." Übertrieben wird die Änderung des Charakters der Mobilität in den 70er Jahren (angeblich vom Pionier- zum Massenphänomen) bei Jackson, Wanderungen (Anm. 89), S. 217–237.
102. Demn. in Kocka, Arbeiterleben (Anm. 12).
103. Das vermutete Bücher (Anm. 90), S. 302ff. Er prognostizierte 1893 (auf dem Höhepunkt der Wanderungen), daß dies nur ein Übergangszustand sei und die Gesellschaft bald stärker zur Ruhe kommen werde. In der Tat ging die Wanderungshäufigkeit seit ca. 1920 zurück.
104. Die Existenz von Märkten für Güter und Leistungen, Boden, Sachkapital und Arbeitskräfte; Gewinnorientierung, Konkurrenz und Tausch, Privatbesitz an Produktionsmitteln und daraus folgende Verfügungsmacht über sie; die dezentrale Struktur der wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse; schließlich der systematische, auf Zukunft gerichtete Charakter des wirtschaftlichen Verhaltens, das sind die wichtigsten Merkmale der kapitalistischen Wirtschaftsweise, wie sie hier verstanden wird. Zu deren allmählichen, aber gebremsten Durchsetzung lange vor 1800 vgl.

Kocka, Weder Stand (Anm. 26), S. 201 ff. Dort S. 285 f., Anm. 25 zur wichtigsten Literatur. Vgl. auch o. S. 1–9 (Einleitung).

105. Vgl. M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. Studienausgabe, Köln 1964, S. 489–493. Grundsätzlich auch: W. Sombart, Der moderne Kapitalismus. Historisch-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, Bd. 2/1, München 1924[6], S. 185–189; Bd. 3/II, München 1927, S. 527 f. – J. Kuczynski, Hilfsmittel, Voraussetzungen, Parameter und Gesetzmäßigkeiten bei der Herausbildung des nationalen Marktes im Kapitalismus, in: JbWG 1973/III, S. 11–16.
106. Sicher spiegelt es nicht nur veränderte Erfassungsweisen, sondern auch Veränderungen in der Realität, wenn die Zahl der in den offiziellen Berufszählungen aufgeführten Berufe schrittweise zunahm. Zu Preußen 1849–1858: H. Reinke, The Analysis of Change and Persistence in German Society: The German Census of Occupations as a New Data Base, in: J. M. Clubb u. E. K. Scheuch (Hg.), The Use of Historical and Process-Produced Data, Stuttgart 1980, S. 501–509, 504. Zur wachsenden Marktquote landwirtschaftlicher Betriebe in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vgl. F.-W. Henning, Kapitalbildungsmöglichkeiten der bäuerlichen Bevölkerung in Deutschland am Anfang des 19. Jahrhunderts, in: Fischer (Hg.), Beiträge (Anm. 40) S. 57–81, bes. 62–64. – In Deutschland seien um 1800 4–5, um 1835 ca. 10 und in Preußen Mitte der 70er Jahre ca. 15 Händler auf 1.000 Einwohner entfallen. Diese Schätzung bei Henning, Industrialisierung (Anm. 43), S. 97, 178.
107. Vgl. Sombart, Volkswirtschaft (Anm. 23), S. 238–275 („Der Verkehr"); einschlägige Zahlenreihen bei Fischer u. a., Arbeitsbuch (Anm. 36), S. 80–84. – Zur Zunahme der überregionalen Komponente im Nachrichtenwesen vgl. H.-F. Meyer, Zeitungspreise in Deutschland im 19. Jahrhundert und ihre gesellschaftliche Bedeutung, Phil. Diss. Münster 1967, S. 264 ff., 285 ff., 529 ff. – R. Tilly, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Handel, Geld-, Kredit- und Versicherungswesen 1850–1914, in: HbDWS, Bd. 2, S. 563–596, bes. S. 564–583.
108. So ebd., S. 579.
109. Eine geradezu sprunghafte Zunahme des Pro-Kopf-Verbrauchs an Baumwollwaren von 1806 (0,5 m) bis 1851 (10,7 m pro Kopf) weist für Preußen nach: H. Harnisch, Bedeutung (Anm. 80), S. 63–82, 78 (bei gleichbleibendem Leinwandverbrauch). Angesichts der regionalen Schwerpunktbildung der Baumwollverarbeitung (früh fabrikindustriell und kaum im landwirtschaftlichen Nebenbetrieb lokal gestreut) weist dies auf die Vermehrung von überlokalen Kaufvorgängen hin. – Zu regionalen Preis- und Lohnunterschieden: C.-L. Holtfrerich u. W. Forstmann, Zur Entwicklung der Einkommensdifferenzen in den ersten Jahrzehnten der deutschen Industrialisierung. Eine Auswertung der Eisenbahnstatistik, in: HSR 27, 1983, S. 38–62; R. Fremdling u. G. Hohorst, Marktintegration der preußischen Wirtschaft des 19. Jahrhunderts. Skizze eines Forschungsansatzes zur Fluktuation der Roggenpreise zwischen 1821 und 1865, in: R. Fremdling u. R. H. Tilly (Hg.), Industrialisierung und Raum. Studien zur regionalen Differenzierung im Deutschland des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1979, S. 56–104, 100–101. – Die ältere Forschung glaubte dagegen, abnehmende Lohn- und Preisunterschiede als Folge des Ausbaus des Verkehrswesens und der Marktbildung zu erkennen. Vgl. etwa E. Sax, Die Eisenbahnen, Wien 1879, bes. S. 20–28, 58–61; Sartorius von Waltershausen, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, (Anm. 23), S. 97. – Prüft man die Entwicklung der Roggenpreise in Berlin, Königsberg, Hamburg, Mannheim und München, so verringerte sich die Standardabweichung (ein Maß für den Preisunterschied zwischen den Städten) am Anfang des Jahrhunderts: von 1801/05 (s = 32,0) über 1811/15 (s = 29,0) bis 1821/25 (s = 7,4), wobei gleichzeitig die durchschnittlichen Roggenpreise von 188,7 Mark für 1.000 kg auf 130,4 und 71,8 Mark sanken. 1831/35 betrug der durchschnittliche Roggenpreis wieder 111,7 Mark, und auch die Standardabweichung wuchs wieder auf s = 17,9. Nur ganz langsam sank sie in den folgenden Jahrzehnten, bis auf 14,3 (1861/65) und stieg dann noch einmal an auf s = 19,4 (1871/75). Erst im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts kam es zu einem deutlichen regionalen Ausgleich der Roggenpreise. 1901/05 betrug s = 6,7. Die Parallelität der Getreidepreisbewegungen war zu Beginn des Jahrhunderts ebenso gegeben wie 1871/75, ohne daß sie sich im Lauf der Zeit deutlicher ausprägte. Errechnet nach: Die Getreidepreisentwicklung in Deutschland seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts. . ., in: VSDR 44, 1935, Ht. 1, S. 273–321. Ich danke M. Geyer für die Berechnung.
110. Vgl. F. Blaich, Der Einfluß der Eisenbahnpolitik auf die Struktur der Arbeitsmärkte im Zeitalter

der Industrialisierung, in: H. Kellenbenz (Hg.), Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt, München 1974, S. 86–109; K. Harney, Arbeitskräftebeschaffung, Wanderung, Belegschaftsorganisation und Ausbildung im Hinblick auf die Entstehung schulischen Angebots, in: ZfU 28, 1983, S. 1–38.

111. Vgl. aus der umfangreichen, jedoch meist andere Fragen verfolgenden Literatur: F. Zunkel, Der rheinisch-westfälische Unternehmer, 1834–1879. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert, Köln 1962; H. Kaelble, Berliner Unternehmer während der frühen Industrialisierung. Herkunft, sozialer Status und politischer Einfluß, Berlin (West) 1972; H. Jaeger, Unternehmer in der deutschen Politik, 1890–1918, Bonn 1967; Diefendorf, Businessmen (Anm. 12); H. Hesselmann, Das Wirtschaftsbürgertum in Bayern 1890–1914. Ein Beitrag zur Analyse der Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaft und Politik am Beispiel des Wirtschaftsbürgertums im Bayern der Prinzregentenzeit, Wiesbaden 1986.

112. Vgl. die Zahl der Nachweise für „Industrialisierung" und „Kapitalismus" im Index von W. Fischer (Hg.), Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 5: Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1985, S. 796, 798; ebenso in: C. M. Cipolla u. K. Borchardt (Hg.), Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 4: Die Entwicklung der industriellen Gesellschaften, Stuttgart (1977) 1985 (Taschenbuch), S. 543 u. 544; zuletzt H. Kiesewetter, Industrielle Revolution in Deutschland 1815–1914, Frankfurt 1989, S. 13ff., 64ff.: ganz traditionelle Begrifflichkeit. – Anders: Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR (Hg.), Handbuch Wirtschaftsgeschichte, Berlin (Ost) 1981, Bd. 2, S. 1090, 1092. – Vgl. den Überblick über die Akzentverschiebungen in der Erforschung der Industrialisierung bei S. Pollard, The Industrialization of Europe, in: J. Kocka u. G. Ránki (Hg.), Economic Theory and History, Budapest 1985, S. 47–68.

113. Vgl. die begriffsgeschichtlichen Bemerkungen aus polemischer Perspektive bei M.-E. Hilger, Art. „Kapital, Kapitalist, Kapitalismus", in: GGr, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 399–454, bes. 442–451. – Nur mit Anführungsstrichen als Bezeichnung für die Periode von 1835 bis 1878 bei: Henning, Industrialisierung (Anm. 43), S. 168. – Verbreitet ist die unsaubere Vermengung der Begriffe „Industrialisierung" und „Kapitalismus", z. B. bei Nipperdey, Geschichte (Anm. 3), S. 178f., 193. – Zutreffend dagegen mit klarer Unterscheidung der beiden Begriffe: Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2 (Anm. 1), S. 589ff.

114. Dazu grundsätzlich C. M. Cipolla, Die Industrielle Revolution in der Weltgeschichte, in: ders. u. K. Borchardt (Hg.), Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 3: Die Industrielle Revolution, Stuttgart (1976) 1985, S. 1–10.

115. Das gilt z. B. für Angaben zur Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Spezialisierung wie der Marktbildung. Vgl. auch den kritisch rückblickenden Literaturüberblick bei R. Tilly, Kapital, Staat und sozialer Protest in der deutschen Industrialisierung. Gesammelte Aufsätze, Göttingen 1980, S. 210–251. – Vgl. aber K. Borchardt, Die Industrielle Revolution in Deutschland 1740–1914, in: Cipolla/Borchardt, Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 4 (Anm. 112), S. 135–202, 145, der von einem „Ökonomisierungsprozeß" vor der Industrialisierung spricht. Auch in der Debatte über die Entwicklung der „Property Rights" kamen Themen zum Zuge, die traditionell unter dem Stichwort „Kapitalismus" diskutiert wurden. Vgl. K. Borchardt, Der „Property Rights-Ansatz" in der Wirtschaftsgeschichte – Zeichen für eine systematische Neuorientierung des Faches?, in: J. Kocka (Hg.), Theorien in der Praxis des Historikers. Forschungsbeispiele und ihre Diskussion (= GG, Sonderh. 3), Göttingen 1977, S. 140–156.

116. Als kurze Umschreibung der hier benutzten Bedeutung vgl. J. Kocka, Art. „Industrialisierung/Industrielle Revolution", in: Th. Meyer u. a. (Hg.), Lexikon des Sozialismus, Köln 1986, S. 265f.

117. Vgl. Pollard, Peaceful Conquest (Anm. 44); sowie ders., Industrialization and the European Economy, in: EHR 26, 1973, S. 636–648; ders. (Hg.), Region und Industrialisierung. Studien zur Rolle der Region in der Wirtschaftsgeschichte der letzten zwei Jahrhunderte, Göttingen 1980.

118. So z. B. W. Fischer, Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Aufsätze, Studien, Vorträge, Göttingen 1972, S. 15–39, 60–74, 464–473. Diese Position gewinnt in der internationalen Industrialisierungsgeschichte zweifellos an Boden. Vgl. mit weiterer Literatur R. Cameron, A New View of European Industrialization, in: EHR 38, 1985, S. 1–23. Starke Argumente für die Kontinuität: E. Schremmer, Die badische Gewerbesteuer und die Kapitalbildung in gewerblichen Anlagen und Vorräten in Baden und in Deutschland 1815 bis 1913, in: VSWG 74, 1987, S. 18–61.

119. So bereits in J. Kocka, Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847–1914. Zum Verhältnis von Kapitalismus und Bürokratie in der deutschen Industrialisierung, Stuttgart 1969, S. 43–45 (mit Lit.). Zuletzt als eindrucksvolle Zusammenfassung der Argumente und des Forschungsstands: Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2 (Anm. 1), S. 589–640. – Angesichts der geschilderten Diskussionssituation verwundert es wenig, daß die Zäsur in der Literatur nicht ganz einheitlich datiert wird und die Begrifflichkeit wechselt. Einige Beispiele: K. Borchardt, Die Industrielle Revolution in Deutschland (Anm. 115), S. 135–137 unterscheidet eine Anlaufperiode bis 1850 und eine darauf folgende Industrielle Revolution, die er nicht nur bis 1873, sondern mindestens bis zum Ende des 19. Jahrhunderts datiert; grundsätzlich dazu ders., Wirtschaftliches Wachstum und Wechsellagen 1800–1914, in: HbDWS Bd. 2, S. 198–275, bes. 198–204. – Vgl. H. Mottek, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 2, Berlin (Ost) 1964, Kap. 5–7; sowie ders., Einleitende Bemerkungen. Zum Verlauf und zu einigen Hauptproblemen der industriellen Revolution in Deutschland, in: ders. u. a., Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin (Ost) 1960, S. 11–63; M. unterscheidet eine Vorbereitungsperiode bis zur Mitte der 30er Jahre und die Phase der „industriellen Revolution" (als erster Industrialisierungsphase) von Mitte der 30er Jahre (Zollverein, erste Eisenbahngründungen) bis 1873. – Ähnlich Henning, Industrialisierung (Anm. 43), S. 15–17, der zwischen dem „Aufbruch aus der traditionellen Gesellschaft und Wirtschaft" von etwa 1780/1800 bis etwa 1835, einer „ersten Industrialisierungsphase" von 1835–1873 und der Phase des „Ausbaus der Industrie" von 1873–1914 unterscheidet. Im Grunde findet sich eine ähnliche Einteilung in dem sehr anregenden und einflußreichen, wenn auch im einzelnen stark kritisierten und mittlerweile in der Literatur kaum noch verteidigten Buch von W. W. Rostow, Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie, Göttingen 1967[2] (zuerst auf engl. 1960). Rostow unterscheidet zwischen fünf Phasen: der traditionellen Gesellschaft, der Schaffung der Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg, der Phase des wirtschaftlichen Aufstiegs („take-off"), der Entwicklung zur Reife und dem Zeitalter des Massenkonsums. Deutschland habe die Phase des „take-off" 1850–1873 durchlaufen (S. 56, hier auch zur vergleichenden Datierung für andere Länder und zur Definition der Kriterien). Zur empirischen Anwendung des Konzepts auf Deutschland vgl. W. G. Hoffmann, The Take-Off in Germany, in: ders. (Hg.), The Economics of Take-Off into Sustained Growth. Proceedings..., London 1964, S. 85–118. Während Rostow als Stufentheoretiker die Phasen des wirtschaftlichen Aufstiegs überall ähnlich, wenn auch zeitverschoben annahm, betonte A. Gerschenkron, daß die zeitliche Versetzung des Industrialisierungsbeginns (und die gegenseitigen Einflüsse zwischen den unterschiedlichen Industrialisierungsprozessen) zu Unterschieden in der Substanz der Industrialisierungen in den verschiedenen Ländern führten. Doch hielt er an der Abgrenzbarkeit einer Durchbruchsphase fest, die er auch „großen Spurt" oder „großen Sprung" nannte und in Deutschland etwa 1850 beginnen sah. Vgl. A. Gerschenkron, Economic Backwardness in Historical Perspective, Cambridge, Mass. 1962; ders., Wirtschaftliche Rückständigkeit in historischer Perspektive, in: R. Braun u. a. (Hg.), Industrielle Revolution. Wirtschaftliche Aspekte, Köln 1972, S. 59–78. – Zwischen Vorbereitungsphase bis 1850, industrieller Revolution oder Durchbruchsphase 1850–1873, einer durch langsameres Wachstum charakterisierten Phase der Großen Depression 1873 bis Mitte der 90er Jahre und einer erneuten beschleunigten Wachstumsphase des „Organisierten Kapitalismus" und Aufstiegs des Interventionsstaates unterschied, unter Verwendung konjunkturhistorischer Unterscheidungskriterien: H.-U. Wehler, Theorieprobleme der modernen deutschen Wirtschaftsgeschichte (zuerst 1970), in: ders., Historische Sozialwissenschaft und Geschichtsschreibung. Studien zu Aufgaben und Traditionen deutscher Geschichtswissenschaft, Göttingen 1980, S. 106–125; vgl. auch ders., Bismarck und der Imperialismus, Köln 1969, S. 43ff.; ders., Der Aufstieg des Organisierten Kapitalismus und Interventionsstaates in Deutschland, in: H. A. Winkler (Hg.), Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen 1974, S. 36–57. – Grundlegend dazu H. Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin (West) 1967, bes. S. 30ff. (unter Verwendung konjunkturgeschichtlicher Einsichten von Spiethoff, Schumpeter, Kondratieff und Rostow). Diese Datierung nach „langen Wellen" ist umstritten, aber keineswegs erledigt. Kritisch: Borchardt, Wirtschaftliches Wachstum (Anm. 119), S. 204ff.; V. Hentschel, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im wilhelminischen Deutschland. Organisierter

Kapitalismus und Interventionsstaat?, Stuttgart 1978, S. 205ff.; W. Feldenkirchen, Die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes 1879–1914. Wachstum, Finanzierung und Struktur ihrer Großunternehmen, Wiesbaden 1982, S. 90, 123f., 182. pass. – Vgl. aber R. H. Tilly, Capital Formation in Germany in the 19th Century, in: CEHE 7/I, 1978, S. 382–441, bes. 383–387; zur Kritik an Feldenkirchen auch C.-L. Holtfrerich in: HZ 238, 1984, S. 191–193. – Man kann – wie Rosenberg selbst (Vorwort zur 2. Aufl. von „Große Depression" und Bismarckzeit, Frankfurt 1976) – von der Bezeichnung „Große Depression" als überdramatisierend abrücken, ohne doch die Grundvorstellung der Gliederung in „lange Wellen" aufzugeben. Kritisch dazu: R. Spree, Wachstumstrends und Konjunkturzyklen in der deutschen Wirtschaft von 1820 bis 1913. Quantitativer Rahmen für eine Konjunkturgeschichte des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1978; W. H. Schröder u. R. Spree (Hg.), Historische Konjunkturforschung, Stuttgart 1980. Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2 (Anm. 1), S. 26, 589 sieht jetzt den Einschnitt in den 40er Jahren.

120. Zit. nach Borchardt, Die Industrielle Revolution in Deutschland (Anm. 115), S. 149f. – Zur Spekulation: Sombart, Volkswirtschaft (Anm. 23), S. 75ff.

121. Wie stark die Kriege die Bevölkerung belasteten und der wirtschaftlichen Entwicklung schadeten, zeigen beispielsweise: K. Böhme, Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse in Ostpreußen während der Reformzeit von 1770 bis 1830, Leipzig 1902, S. 61–68; oder: I. Mieck, Von der Reformzeit zur Revolution (1806–1847), in: W. Ribbe (Hg.), Geschichte Berlins, Bd. 1: Von der Frühgeschichte bis zur Industrialisierung, München 1987, S. 407–602, hier S. 428–440. Dagegen ein Beispiel städtischen Gedeihens unter französischer Herrschaft: C. Erdmann, Aachen im Jahre 1812. Wirtschafts- und sozialräumliche Differenzierung einer frühindustriellen Stadt, Stuttgart 1986.

122. Vgl. K. W. Hardarch, Anglomanie und Anglophobie während der Industriellen Revolution in Deutschland, in: Schmollers Jb. 91, 1971, S. 153–181.

123. Zahlen nach Franz, Landwirtschaft 1800–1850 (Anm. 25), S. 276–320, bes. 309, 312f.; H. W. Finck von Finckenstein, Die Entwicklung der Landwirtschaft in Preußen und Deutschland 1800–1930, Würzburg 1960, S. 16; G. Helling, Zur Entwicklung der Produktivität in der deutschen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert, in: JbWG 1966/I, S. 129ff.; Schissler, Agrargesellschaft (Anm. 11), S. 153ff.; zuletzt Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2 (Anm. 1), S. 40ff.

124. Preise nach A. Jacobs u. H. Richter, Die Großhandelspreise in Deutschland von 1792 bis 1934 (Sonderht. 37 der Vierteljahrshefte für Konjunkturforschung), Berlin 1935; Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2 (Anm. 1), S. 28. – F.-W. Henning, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2: 1750 bis 1976, Paderborn 1978, S. 110: Der Export von Nahrungsmitteln habe allenfalls bei 5%, meist nur bei 2% der inländischen Produktion gelegen.

125. Sartorius von Waltershausen, Wirtschaftsgeschichte (Anm. 23), S. 231., 78, 106ff.; Henning, Industrialisierung (Anm. 43), S. 82f.; E. Sax, Land- und Wasserstraßen, Post, Telegraph, Telefon, Berlin 1920², S. 322; F. Voigt, Verkehr, Bd. 2: Die Entwicklung des Verkehrssystems, Berlin (West) 1965, S. 240–255, 430–437.

126. Vgl. Tab. unten S. 77; Henning, Industrialisierung (Anm. 43), S. 130. Im Vergleich dazu mit etwas anderer Kategorisierung: K. H. Kaufhold, Handwerk und Industrie 1800–1850, in: HbDWS, Bd. 2, S. 321–368, 322, 354. Zur frühindustriellen Entwicklung in Baden: Fischer, Staat (Anm. 82), S. 269–293.

127. Allerdings ist das sehr niedrige Ausgangsniveau in Rechnung zu stellen. Zahlen bei Fischer u. a., Arbeitsbuch (Anm. 36), S. 68, 70.

128. Vgl. Kaufhold, Handwerk und Industrie (Anm. 126), S. 328ff.; H. Blumberg, Die deutsche Textilindustrie in der industriellen Revolution, Berlin (Ost) 1965; E. Kirchhain, Das Wachstum der deutschen Baumwollindustrie im 19. Jahrhundert. Eine historische Modellstudie zur empirischen Wachstumsforschung, Diss. Münster 1973. – H. Wagenblass, Der Eisenbahnbau und das Wachstum der deutschen Eisen- und Maschinenbauindustrie 1835 bis 1860. . ., Stuttgart 1937; A. Schröter u. W. Becker, Die Maschinenbauindustrie in der industriellen Revolution, Berlin (Ost) 1962.

129. Vgl. Wagenblass, Eisenbahnbau (Anm. 128), S. 8; D. Baedeker, Alfred Krupp. Die Entwicklung der Gußstahlfabrik zu Essen, Essen 1912, Tab. 4. Noch 1846 hatten die 1.296 Eisenwerke des Zollvereins im Durchschnitt je 27 Beschäftigte, die 3.193 Mechanischen Spinnereien im Durchschnitt je 19, die 405 Maschinenfabriken im Durchschnitt je 31 und die 706 Papierfabriken im Durchschnitt je 17 Beschäftigte. Nach G. Neuhaus, Die berufliche und soziale Gliederung der

Bevölkerung im Zeitalter des Kapitalismus, in: GdS, Abt. IX/1, Tübingen 1926, S. 360–459, 364 f. Preußische Durchschnittszahlen für Betriebsbelegschaften 1846 bei G. Hardach, Klassen und Schichten in Deutschland 1848–1970. Probleme einer historischen Sozialstrukturanalyse, in: GG 3, 1977, S. 503–524, 513. – In Baden hatte zwar schon 1809 die größte Eisenhütte (mit Hammerwerk) 141 Arbeiter und Angestellte gezählt; im Durchschnitt beschäftigten aber die acht badischen Eisenhütten 1829 je 29 Personen und die 33 Eisenwerke von 1840 je 39 Personen. Textilunternehmen und Glashütten waren größer, aber teilweise als Verlage organisiert. 1840 beschäftigten die badischen Fabriken im Durchschnitt 45 Personen. Nach Fischer, Staat (Anm. 81), S. 276, 284, 295.

130. Sartorius von Waltershausen, Wirtschaftsgeschichte (Anm. 23), S. 87, 93; G. Niedhart, Geschichte Englands im 19. und 20. Jahrhundert, München 1987, S. 29.
131. Fischer u. a., Arbeitsbuch (Anm. 36), S. 57. Insgesamt auch Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2 (Anm. 1), S. 64–94.
132. Vgl. in: Cipolla u. Borchardt, Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 4 (Anm. 112), die Art. von Ph. Deane u. K. Borchardt sowie die vergleichenden Statistiken von B. R. Mitchell, S. 1 ff., 135 ff., 485 ff. – Als klassische Darstellung weiterhin: D. S. Landes, Der entfesselte Prometheus. Technologischer Wandel und industrielle Entwicklung in Westeuropa von 1750 bis zur Gegenwart, Köln 1973.
133. Zu Unterbeschäftigung: W. Köllmann, Bevölkerung in der industriellen Revolution (Anm. 42), S. 61–98. Weiterhin unten S. 666, Anm. 370. Zum Pauperismus der 30er bis 50er Jahre demn. noch einmal in Kocka, Arbeiterleben (Anm. 12).
134. Vgl. Borchardt, Wirtschaftliches Wachstum und Wechsellagen (Anm. 119), S. 202 f.; Henning, Industrialisierung (Anm. 43), S. 25. Zahlen nach Fischer u. a., Arbeitsbuch (Anm. 36), S. 80.
135. R. Fremdling, Eisenbahnen und deutsches Wirtschaftswachstum 1840–1879. Ein Beitrag zur Entwicklungstheorie und zur Theorie der Infrastruktur, Dortmund 1985², S. 48.
136. Vgl. J. Kocka, Unternehmer in der deutschen Industrialisierung, Göttingen 1975, S. 69, 148 (Anm. 54); Sombart, Volkswirtschaft (Anm. 23), S. 241 f.; E. Klein, Zur Frage der Industriefinanzierung im frühen 19. Jahrhundert, in: H. Kellenbenz (Hg.), Öffentliche Finanzen und privates Kapital im späten Mittelalter und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1971, S. 119–128.
137. Vgl. aber oben S. 61, bes. Anm. 107.
138. Vgl. Sax, Eisenbahn (Anm. 109), S. 18–28. Zur Zunahme regionaler Unterschiede in der Verteilung der Gewerbe bereits Sombart, Volkswirtschaft (Anm. 23), S. 28 f.; F. B. Tipton, Regional Variations in the Economic Development of Germany During the Nineteenth Century, Middletown 1976; P. B. Huber, Regionale Expansion und Entleerung im Deutschland des 19. Jahrhunderts: eine Folge der Eisenbahnentwicklung?, Fremdling u. Tilly (Hg.), Industrialisierung und Raum (Anm. 109), S. 27–55. – H. Pohl (Hg.), Gewerbe und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Stuttgart 1986.
139. Vgl. Henning, Industrialisierung (Anm. 43), S. 150 f.; H. Sedatis, Liberalismus und Handwerk in Südwestdeutschland. Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeption des Liberalismus und die Krise des Handwerks im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1979, S. 159 f.
140. Zahlen nach Fischer u. a., Arbeitsbuch (Anm. 36), S. 63 f.; – D. Sternberger, Panorama oder Ansichten vom 19. Jahrhundert, Hamburg 1938, (ND Frankfurt 1981), S. 22. – Vgl. C.-L. Holtfrerich, Quantitative Wirtschaftsgeschichte des Ruhrkohlenbergbaus im 19. Jahrhundert, Dortmund 1973; generell, auch zum Folgenden, W. Fischer, Bergbau, Industrie und Handwerk 1850–1914, in: HbDWS, Bd. 2, S. 527–562; ders. Deutschland 1850–1914, in: ders. (Hg.), Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg (= Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, Bd. 5), Stuttgart 1985, S. 357–442.
141. Nach v. Viebahn, Statistik (Anm. 32), Bd. 3 (1868), S. 952, gab es in den Staaten des Zollvereins Mitte der 60er Jahre *in der Leinenherstellung* nur 350 Maschinenstühle, dagegen etwa 120.000 hauptberuflich betriebene und 371.000 nebenberuflich betriebene Hand-Webstühle. Vgl. auch F.-W. Henning, Industrialisierung und dörfliche Einkommensmöglichkeiten. Der Einfluß der Industrialisierung des Textilgewerbes in Deutschland im 19. Jahrhundert auf die Einkommensmöglichkeiten in den ländlichen Gebieten, in: H. Kellenbenz (Hg.), Agrarisches Nebengewerbe

und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20.Jahrhundert, Stuttgart 1975, S. 155–173,bes. 163; H. Blumberg, Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Leinenindustrie von 1834–1870, in: H. Mottek u.a., Studien (Anm. 119), S. 65–143; ders., Textilindustrie (Anm. 128); Kirchhain, Baumwollindustrie (Anm. 128). A. Bohnsack, Spinnen und Weben. Entwicklung von Technik und Arbeit im Textilgewerbe, Reinbek 1981.

142. Diese Trennung von Ausführung und Leitung kennzeichnete allerdings auch bereits die – ebenfalls zentralisierte, großbetriebliche, aber nicht-maschinelle – Manufaktur. Vgl. Kocka, Weder Stand (Anm. 26), S. 154ff.; sowie G. Jahn, Die Entstehung der Fabrik, in: Schmollers Jb. 69, 1949, S. 89–116, 193–228; W. Ruppert, Die Fabrik. Geschichte von Arbeit und Industrialisierung in Deutschland, München 1983, S. 9–20.
143. Zit. aus: Alfred Krupps Briefe 1827–1887, Hg. v. W. Berdrow, Berlin 1928, S. 259. – Zur Gußstahlfabrik Baedeker, Krupp (Anm. 129). – Deutscher Metallarbeiterverband (Hg.), Die Schwereisenindustrie im deutschen Zollgebiet, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter, Stuttgart 1912; St. Jersch-Wenzel u.a. (Bearb.), Die Produktion der deutschen Hüttenindustrie 1850–1914. Ein historisch-statistisches Quellenwerk, Berlin (West) 1984; J. J. Beer, The Emergence of the German Dye Industry, Urbana 1959.
144. Zit. nach R. Koselleck u. Ch. Meier, Art. „Fortschritt", in: GGr, Bd. 2, S. 351–423, 409.
145. Nach Hoffmann u.a., Wachstum (Anm. 51), S. 825; Borchardt, Wirtschaftliches Wachstum und Wechsellagen (Anm. 119), S. 217. Zur Bedeutung dieses Kriteriums vgl. Rostow, Stadien (Anm. 119), S. 59ff. – Als zuverlässige Übersicht: Tilly, Capital Formation (Anm. 119).
146. Vgl. eine sehr langsam industrialisierende Region das Großherzogtum Baden bei: Fischer, Staat (Anm. 81), S. 312, 315, für die beschleunigte Zunahme der Fabriken (Betriebe mit 20 und mehr) seit den 1830er Jahren.
147. Vgl. dazu Henning, Industrialisierung und dörfliche Einkommensmöglichkeiten (Anm. 141), S. 159. Zu Sachsen unten S. 98.
148. Wir folgen den Zahlen von Hoffmann u.a., Wachstum (Anm. 51), S. 824ff.; und darauf fußend: Henning, Industrialisierung (Anm. 43), S. 25. – Etwas andere Zahlen bei P. Bairoch, Europe's Growth National Product, 1800–1975, in: JEEH 5, 1976, S. 273–340, 286 (umgerechnet in US $ von 1960): ähnlich hohe, sogar höhere Steigerungsraten für Deutschland von ca. 1830–1870, aber bereits eine deutlichere Steigerung in den 40er Jahren, deshalb etwas geringere Prozentzahlen für 1850–1870. Ihm folgt H. Kaelble, Der Mythos von der rapiden Industrialisierung in Deutschland, in: GG 9, 1983, S. 106–118. Höhere Raten für 1850–1870 errechnet zuletzt C.-L. Holtfrerich, The Growth of Net Domestic Product in Germany 1850–1913, in: R. Fremdling u. P. O'Brien (Hg.), Productivity in the Economies of Europe in the 19th and 20th Centuries, Stuttgart 1983, S. 124–132. – Auf der Grundlage von Gewerbesteuerakten kommt E. Schremmer, Gewerbesteuer (Anm. 118), S. 49ff. zu höheren Wachstumsraten bereits vor 1850 und damit zur Betonung eines prinzipiell *graduellen* Übergangs zwischen vorindustriellem und industriellem Wachstum.
149. Vgl. R. Gömmel, Realeinkommen in Deutschland. Ein internationaler Vergleich (1810–1914), Nürnberg 1979; W. Fischer, Deutschland 1850–1914 (Anm. 140), S. 387–390.
150. Die Getreidepreisentwicklung in Deutschland seit dem Ausgang des 18.Jahrhunderts..., in: VSDR 44, 1935, Ht. 1, S. 273–321, bes. 276, 284f., 290f. – Weiterhin Jacobs u. Richter, Großhandelspreise (Anm. 124). Zu den Krisen des alten Typs W. Abel, Massenarmut und Hungerkrise im vorindustriellen Europa. Versuch einer Synopsis, Hamburg 1974, S. 302–396. – Zur Konjunkturentwicklung die oben zit. (Anm. 119) Werke von Spree und Schröder u. Spree. Für den Sozialhistoriker lesbarer und weiterhin zu empfehlen: A. Spiethoff, Die wirtschaftlichen Wechsellagen. Aufschwung, Krise, Stockung, Bd. 1, Tübingen 1955, S. 110–147; J. Schumpeter, Business Cycles. A Theoretical, Historical and Statistical Analysis of the Capitalist Process, Bd. 1, New York 1939, S. 220–448; dt.: Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses, Göttingen 1961; Rosenberg, Große Depression (Anm. 119), S. 30–37. Vor allem Borchardt, Wirtschaftliches Wachstum und Wechsellagen (Anm. 119), S. 201–216; zuletzt Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2 (Anm. 1), S. 27ff.
151. Neben der in der letzten Anm. zit. Literatur vgl. Tilly, Capital Formation (Anm. 119), S. 387; die Wachstumsraten des Nettosozialprodukts schätzt er 1850–74 auf 2,5%, 1875–1891 auf 1,9% und 1892–1913 auf 3,2% im Jahr (pro Kopf: 1,7%, 1,0%, 1,7%). Die Höhe der Zahl für 1850–1874

ist natürlich stark durch die besonders hohen Raten 1871–73 bedingt. Würde man die Zäsur nicht 1873, sondern drei Jahre früher oder drei Jahre später setzen, kämen andere Durchschnittswerte heraus. Zur Problematik des Ausdrucks „Große Depression" vgl. oben Anm. 119. Jedenfalls sank das jährliche Wachstum 1875 auf fast 0; 1876 und 1877 lagen die Raten zwischen 0 und −1%. Zweifellos endet der Untersuchungszeitraum dieser Darstellung mit einer tiefen Krise. – Zur Konjunkturentwicklung in einer Stadt vgl. R. Gömmel, Wachstum und Konjunktur der Nürnberger Wirtschaft (1815–1914), Stuttgart (1978), S. 12–20.

152. So vor allem mit Bezug auf die Sozialprodukt-Schätzungen. Vgl. auch die kritischen Anmerkungen bei Borchardt, Wirtschaftliches Wachstum und Wechsellagen (Anm. 119), S. 198.

153. So könnte das zögernde Wachstum des Fabrikarbeiteranteils an der französischen erwerbstätigen Bevölkerung zwar die relativ schwache Tendenz der französischen Wirtschaft zur Zentralisierung der Produktion in Fabriken indizieren, doch scheint industrialisierungstypisches Wachstum (wenn auch tatsächlich etwas langsamer) auch in Frankreich erzielt worden zu sein, wenn auch stärker in dezentralisierten Gewerbeformen. Dies betonen P. O'Brien u. C. Keyder, Economic Growth in Britain and France 1780–1914. Two Paths to the 20th Century, London 1978. Vergleichsweise geringe Wachstumsraten zeigt aber F. Caron, Histoire économique de la France XIX^e–XX^e siècles, Paris 1981, S. 11–34.

154. Einige Vergleichsschätzungen:

	Frankreich	Deutschland (Grenzen 1914)	Vereinigtes Königreich	
1. *Roheisenproduktion* (in 1.000 t/Jahr)				
1835/39	327	146	1.142	
1870/74	1.211	1.579	6.480	
1910/13	4.664	14.836	9.792	
2. *Rohbaumwollverbrauch* (in 1.000 t/Jahr)				
1835/44	54,3	11,1	191,6	
1865/74	85,9	85,6	475,8	
1905/13	231,1	435,4	868,8	
3. *Länge der betriebenen Eisenbahnstrecken* (am Ende des angegebenen Jahres, in km)				
1835	141	6	544	
			Großbritannien	Irland
1867	15.000	15.679	19.837	3.105
1900	38.109	51.678	30.079	5.125

4. *Anteil der Bevölkerung in Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern*

	Frankreich	Preußen	Sachsen	England/Wales
1800	9,5	7,3 (1816)	8,9 (1815)	21,3
1850	14,4	10,6 (1849)	13,6 (1849)	39,5
1890	25,9	30,0	34,7	61,7

Die Zahlen unter 1., 2. und 3. nach B. R. Mitchells statistischem Anhang in Cipolla u. Borchardt (Hg.), Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 4 (Anm. 112), S. 504 f., 509, 515 ff. Die Zahlen unter 4. nach Weber, Growth (Anm. 77), S. 144. – Bestätigend auch S. Kuznets, Modern Economic Growth, New Haven 1966, S. 206. Vgl. auch die entsprechende Beobachtung eines Zeitgenossen, der deutsches und französisches Wirtschaftswachstum verglich: H. Hauser, Les méthodes allemandes d'expansion économique, Paris 1915, S. 1–6. Auch die auf Bairochs Berechnungen fußenden Vergleiche bei Kaelble, Mythos (Anm. 148), S. 108, 111, widersprechen den obigen Aussagen zum deutsch-französisch-englischen Vergleich nicht. Das gilt auch für die auf denselben Bairochschen Angaben fußenden Zahlen bei W. Fischer, Wirtschaft und Gesellschaft Europas 1850–1914, in: ders. (Hg.), Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte (Anm. 140), S. 1–207, 114. Allerdings zeigen diese Neuberechnungen auch, daß die Wirtschaft in Deutschland nicht schneller wuchs als die mancher anderen später startenden, kleineren Länder. Und es

ist einzuräumen, daß „der Unterschied zwischen den frühindustrialisierten Ländern des Westens und den sog. Spätkommern in Mitteleuropa (Deutschland, Österreich-Ungarn und Holland) nicht so groß [war], wie oft angenommen wird" (ebd., S. 111), vor allem wenn man Wachstumsraten *pro Kopf* vergleicht und damit unberücksichtigt läßt, daß die deutsche Bevölkerung zwischen 1830 und 1910 schneller wuchs als die englische und vor allem als die französische. Noch einmal sei auf die Unsicherheit der nachträglichen Berechnungen des Bruttosozialprodukts und seiner Wachstumsraten verwiesen.

155. Vgl. das Reden vom „deutschen Manchester" bei Besuchern des Bergischen Landes in den 1820er und 1840er Jahren, in: J. Reulecke u. B. Dietz (Hg.), Mit Kutsche, Dampfroß, Schwebebahn. Reisen im Bergischen Land, II (1750–1910), Neustadt/Aisch 1984, S. 118, 197. Zur belgisch-nordfranzösisch, rheinischen Industrieregion vgl. Pollard, Peaceful Conquest (Anm. 44), S. 87 ff., 96 ff.

156. Vgl. unten S. 81 ff. sowie Borchardt, Wirtschaftliches Wachstum und Wechsellagen (Anm. 119) S. 198–275, hier 212–214.

157. Vgl. auch die Schätzungen bei Henning, Landwirtschaft (Anm. 124) S. 30 f.: Eine landwirtschaftliche Vollarbeitskraft produzierte danach die Nahrungsmittel 1750/1800 für drei Personen, 1850/1870 für vier Personen, 1905/1914 für fünf Personen, 1948/53 für sechs Personen, 1960/62 für zehn Personen und 1973/75 für 35 Personen. Vgl. auch ders., Der Beginn der modernen Welt im agrarischen Bereich, in: R. Koselleck (Hg.), Studien zum Beginn der modernen Welt, Stuttgart 1977, S. 97–114.

158. So Kaufhold, Handwerk (Anm. 126), S. 321–368, 354. Mit dieser – die hier gewählte Datierung bekräftigenden – Einsicht in den Umbruchcharakter der 30er Jahre bräuchte Kaufhold den Begriff der „industriellen Revolution" nicht abzulehnen, wie er es ebd., S. 357 unter Betonung der langen Kontinuitäten tut. Genauer ders., Das Gewerbe in Preußen um 1800, Göttingen 1978; ders., Inhalt und Probleme einer preußischen Gewerbestatistik vor 1860, in: I. Bog u. a. (Hg.), Wirtschaftliche und soziale Strukturen im saekularen Wandel. Fs. f. Wilhelm Abel z. 70. Geb., Bd. 3, Hannover 1974, S. 707–719.

159. Auf der Grundlage von E. Engel, Die deutsche Industrie 1875 und 1861, Berlin 1881, S. 240 f.; StdDtR 35, Berlin 1879, T. 1, S. 852. Vgl. im einzelnen unten Tab. 16.

160. *Diese* Schätzungen auf der Grundlage der Zahlen für Preußen. Dort gab es 15.191 Betriebe mit 6–10 Personen, 17.972 mit 11–50, 4.232 Betriebe mit 51–200, 894 mit 201–1.000 Personen und 87 mit mehr als 1.000 (71 davon im Bergbau). Ungefähr 1,3 Mio. Arbeiter waren in diesen Betrieben beschäftigt. Nur 9% von ihnen arbeiteten in Betrieben mit 6–10 Personen, 29% in Betrieben mit 11–50. Die Mehrheit von ihnen war in mittelgroßen und großen Betrieben beschäftigt: 27% in Betrieben mit 51–200, 25% in Betrieben mit 201–1.000 und 9% in Betrieben mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Preußische Statistik 40 (= Die definitiven Ergebnisse der Gewerbezählung vom 1. December 1875 im Preußischen Staate). Berlin 1878, T. 1, S. 15.

161. Sämtliche Erhebungen vor den 1840er Jahren müssen als sehr unsicher gelten. Über die Jahrzehnte hinweg veränderten sich die Erhebungskategorien, teilweise als Reflex auf die Veränderungen in der sozialen Wirklichkeit. Von Region zu Region variierten Erhebungsmethoden und -kategorien. Es ergeben sich schwierige Umrechnungsprobleme. Das Urmaterial ist zumeist nicht mehr zugänglich.

162. Vgl. Kocka, Weder Stand (Anm. 26), S. 164 ff.

163. Vgl. Hoffmann u. a., Wachstum (Anm. 51), S. 16–18, 35; Hardach, Klassen (Anm. 129), S. 509.

164. v. Viebahn, Statistik (Anm. 4), Bd. 2, S. 602 f.: Zu den „Berufsklassen", bei denen landwirtschaftliche Nebenbeschäftigung häufig vorkomme, rechnet dieser sachkundige preußische Beamte und Statistiker: „Fabrikanten", die landwirtschaftsnahe Produkte herstellen (z. B. Branntweinbrenner, Bierbrauer, Zucker- und Ziegelfabrikanten, auch Hüttenbesitzer); gewisse Kaufleute wie Korn-, Holz- und Viehhändler; gewisse Klassen von Beamten, Landpfarrer, Schullehrer, Förster, Strom-, Kanal- und Schleusenwärter, Gast- und Schankwirte sowie Landhandwerker (Schmiede, Stellmacher, Zimmerleute, Maurer, Müller, Bäcker).

165. JbSPS 4, 1876, S. 134 (8). Vgl. auch Preußische Statistik. Hg. in zwanglosen Heften vom Kgl. Statist. Bureau in Berlin. 40: Die definitiven Ergebnisse der Gewerbezählung vom 1. Dec. 1876 im preussischen Staate, I. Theil. Berlin 1878, S. 5: „Die Maurer und Zimmerer sind im Winter, wenn das Baugewerbe ruht, häufig Fleischer oder Weber oder Holzschuhmacher. Ebenso ergrei-

fen Fischer, Schiffer, Ziegler und eine Menge anderer, im freien oder an offenem Wasser arbeitender Gewerbetreibender im Winter andere Nahrungszweige[...] die Gehülfen in Baugewerben, die nicht Inhaber selbständiger Betriebe dieser Gewerbe repräsentieren, sind nämlich in ihren Winterbeschäftigungen häufig selbständig[...]". – Nur wenn man bedenkt, daß große Teile der in Tabelle 17 als nicht-landwirtschaftlich eingestuften Bevölkerung mit einem Teil ihrer Zeit und ihres Einkommens faktisch doch zur Landwirtschaft gehörten, sind die Angaben der Tabelle 17 mit denen in Tabelle 14 vereinbar. Diese nennt einen viel höheren landwirtschaftlichen Anteil.

166. v. Viebahn, Statistik (Anm. 4), Bd. 2, S. 603.

167. Vgl. Kocka, Weder Stand (Anm. 26), S. 89 mit Bezug auf das späte 18. Jahrhundert. 1862 schrieb Viebahn, Statistik (Anm. 4), Bd. 2, S. 555: Vom Großbesitz (z. B. Rittergüter) einerseits und Kleinbesitz (z. B. Häusler, Gertner, Parzellenbesitzer) andererseits unterscheiden sich spannfähige Bauernhöfe (eigenes Zugvieh, eigenes Gesinde, Besitzer arbeitet mit): „Die Größe des zu einer bäuerlichen Nahrung, zur Erhaltung eines Gespannes erforderlichen Areals hing von der Fruchtbarkeit und Bewirthschaftungsart des Bodens, der Gelegenheit zu Nebenbeschäftigungen des Zugviehs ab und ist deshalb sowohl in den einzelnen Ländern, als auch in den einzelnen Gemeinden sehr verschieden[...]. Im allgemeinen werden indessen in Deutschland Besitzungen von 30–600 Morgen dieser Kategorie zugezählt werden können." Siehe aber ebd., S. 557f., „Kleinbesitzer mit 25 Morgen Mittelboden können auch ohne auswärtigen Nebenverdienst von ihren Grundstücken leben, wenn sie die Ackerarbeit und Wirthschaftsfuhren mit Kühen verrichten; ihr Bestehen wird wesentlich gefördert, wenn sie durch Wiesen oder Düngerankauf die Ertragsfähigkeit des Bodens vermehren können. Sinkt das eigene Areal des Kleinbesitzes unter jenen Bestand herab, so pflegt er selbst zu hohen Preisen Grundstücke zuzupachten[...]". Weiterhin unten S. 183ff., bes. 185.

168. Die Tendenz setzte sich 1861–1875 fort: Insgesamt nahmen in den meisten Branchen sowohl die Zahl wie auch die durchschnittliche Größe der Betriebe zu. Deutlich weniger Betriebe als 1861 gab es 1875 nur in den folgenden Sparten: Kohlen- und Eisenerzbergbau, Kalk und Zement, Porzellan, Bleiproduktion, Nadel- und Drahtwaren, Seifensiederei, Ölmühlen, Kammgarnspinnerei, Färbe-, Druck- und Apparaturanstalten für Leinen- und Wollstoffe, Baumwoll-Webereien und -spinnereien, Flachsspinnereien, Lohmühlen und Gärbereien, Brennereien und Brauereien, Getreidemühlen und Handelsvertretungen. In der Regel verdankte sich die geringfügige Zunahme der durchschnittlichen Betriebsgröße dem inneren Wachstum der Unternehmen, nicht dem Zusammenschluß bereits bestehender Betriebe. Auch die Zahl der *Selbständigen* im Bereich Transport, Verkehr und Handel wuchs langsamer als die Bevölkerung insgesamt. – Weitere Details und die Belege zu diesem sich im dritten Jahrhundertviertel bereits abzeichnenden *Konzentrationstrend* außerhalb der Landwirtschaft: J. Kocka, Zur Schichtung der preußischen Bevölkerung während der industriellen Revolution, in: W. Treue (Hg.), Geschichte als Aufgabe. Fs. f. Otto Büsch zu seinem 60. Geb., Berlin (West) 1988, S. 357–390, hier S. 386 (Anm. 25–27).

169. Vgl. Kaufhold, Handwerk und Industrie (Anm. 126), S. 339, 354. S. auch die Tab. bei Fischer u. a., Arbeitsbuch (Anm. 36), S. 57. Zwischen 1,6 und 1,5 pendelte die Zahl der Beschäftigten (einschließlich Meister) pro Handwerksbetrieb zwischen 1816 und 1834. Ab dann läßt sich eine langsame Steigerung beobachten, die sich ab Mitte der 50er Jahre beschleunigte, bis auf 2,0 im Jahr 1861 (1895: 2,8).

170. Dies auch in Korrektur von J. Kocka, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875, Berlin (West) 1983, S. 66. Die dort als Ausgangsbasis genommene Zahl von 44.000 Fabrikarbeitern für 1816 stammt aus JbSPS 2, 1867, S. 242. Sie liegt wohl zu niedrig; richtiger ist die sich aus der dortigen Tab. 125 ergebende Zahl von 95.000: ebd., S. 261. Dadurch verringert sich die Steigerungsdifferenz 1816–61, von 848% auf 346%. Sicherlich zu hoch und Heimarbeiter einschließend die Zahlen in: Mittheilungen des statistischen Bureau's in Berlin 1, 1848, S. 83: 186.612 (1816) und 553.542 (1846) Fabrikarbeiter. Die darauf fußende Steigerungszahl von 100 auf 243 (etwa bei W. Conze, Vom „Pöbel" zum „Proletariat". Sozialgeschichtliche Voraussetzungen für den Sozialismus in Deutschland [1954], in: Wehler [Hg.], Moderne deutsche Sozialgeschichte (Anm. 28), S. 111–136, 121) bedarf der Korrektur. Im ganzen zutreffend die Tab. bei Hardach, Klassen und Schichten (Anm. 129), S. 512.

171. Immerhin ist in diesen vergleichenden Bemerkungen der Begriff von „Unterschicht" einigermaßen konstant gehalten. Dazu und zum Umfang der Unterschicht Ende des 18. Jahrhunderts vgl. Kocka, Weder Stand (Anm. 26), S. 134ff. – Zur Kategorie „Unterschicht" in den vorausgehenden Tabellen: Kocka, Schichtung (Anm. 168), S. 357–363.
172. Vgl. R. Schüren, Soziale Mobilität, Muster, Veränderungen und Bedingungen im 19. und 20. Jahrhundert, St. Katharinen 1989.
173. Siehe das langsame Wachstum eines Teils der Angestellten bis 1861 in Tabelle 18. – Es ist einzuräumen, daß solche Aussagen nur relativ zur jeweils gewählten Definition von „Unterschicht" gelten. Aber es wurde versucht, diese Definition konstant zu halten (erst dies ermöglicht den Vergleich über die Zeit), und es wurde versucht, die Defintion zu begründen. Vgl. die Hinweise in Anm. 171.
174. Addiert man – nach Tab. 18 – Tagelöhner/Handarbeiter (etwa zur Hälfte gewerblich), Gesellen, Fabrikarbeiter, Bergarbeiter und sonstige Gewerbegehilfen zusammen, dann stellten Frauen 1816 und 1846 ca. 28%, 1861 32%. Für 1858 und 1861 trennte die Statistik zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Tagelöhnern (in 1.000):

	in Landwirtschaft	in anderen Gewerben
Männer (1858)	437	789
Frauen (1858)	402	598
Männer (1861)	575	638
Frauen (1861)	566	450

175. Der folgende Abschnitt vor allem nach v. Viebahn, Statistik (Anm. 4), Bd. 2, S. 597–619. – Regionale Unterschiede der Landwirtschaft und ländlichen Gesellschaft arbeitet sehr gut heraus: I. Weber-Kellermann, Erntebrauch in der ländlichen Arbeitswelt des 19. Jahrhunderts aufgrund der Mannhardtbefragung in Deutschland von 1865, Marburg 1965. Im übrigen unten Kap. 3.
176. 10 Handarbeiter und Gesindepersonen entfielen 1846
- in Preußen auf 60 Einwohner
- in Bayern auf 60 Einwohner
- in Sachsen auf 70 Einwohner
- im Großherzogtum Hessen auf 90 Einwohner
- in Kurhessen auf 100 Einwohner
- in Nassau auf 120 Einwohner
- in Baden auf 150 Einwohner

Nach – allerdings nicht sehr vollkommenen – Aufnahmen im Zollverein, mitgeteilt von Dieterici in: Mittheilungen des statistischen Bureau's in Berlin 4, 1851, S. 300.
177. Nach v. Viebahn, Statistik (Anm. 4), Bd. 2, S. 611. Andere Zahlen bei P. Fried, Die Sozialentwicklung in Bauerntum und Landvolk, in: Spindler (Hg.), Bayerische Geschichte (Anm. 16), S. 751–780, 764.
178. Von „Fabrikarbeitern" spricht Viebahn, meint aber das großgewerbliche Personal, einschließlich Heimarbeiter. Statistik (Anm. 32), Bd. 3, S. 1028.
179. Ebd., S. 1034.
180. Die gesamte Darstellung nach ebd., S. 517ff., 736–747, 1026–1038, 1113–1120.
181. Zu Sachsen zuletzt H. Kiesewetter, Industrialisierung und Landwirtschaft. Sachsens Stellung im regionalen Industrialisierungsprozeß Deutschlands im 19. Jahrhundert, Köln 1988.
182. v. Viebahn, Statistik (Anm. 32), Bd. 3, S. 753.
183. Diethericis Zollvereinsstatistik in: Mittheilungen des statistischen Bureau's in Berlin 4, 1851, S. 283f., 306f. (die Zahlen für Thüringen lasse ich als besonders unzuverlässig beiseite). Unter den preußischen Provinzen war die Handwerkerdichte überdurchschnittlich in der Provinz Sachsen, Brandenburg, Rheinprovinz und Westfalen, unterdurchschnittlich in Schlesien, Pommern, Provinz Preußen und Posen: eine mit der Tab. 21 für 1861 fast ganz übereinstimmende Reihenfolge. Nach ebd. 2, 1849, S. 13.
184. Nach Engel, Deutsche Industrie 1850 und 1861 (Anm. 159), S. 208f.
185. Errechnet aus: Preußische Statistik 40 (Anm. 165), S. 92: Danach ergibt sich als gesamtpreußische Zunahme des Personals in Handwerk, Fabriken, Handel und Bergbau 1861–1875: 27%. Die entsprechende Zahl lautet für Brandenburg 43%, Westfalen 38%, Schlesien 32%, Rhein-

land und Hessen-Nassau je 27%, die Provinz Preußen 21%, Hannover 17%, die Provinz Sachsen 16%, Pommern 12% und Posen 9%. Ebd., S. 93 zur Dampfkraft-Entwicklung in den einzelnen Provinzen.

186. Im einzelnen: Engel, Deutsche Industrie (Anm. 159), S. 311–313; Beiträge zur Statistik der inneren Verwaltung des Großherzogtums Baden. Hg. v. d. Handelsministerium, Ht. 41: Gewerbestatistik... nach der Aufnahme vom 1. December 1875, Karlsruhe 1880, S. XCI. – Zur regionalen Differenzierung der Gewerbeentwicklung generell: Tipton, Variations (Anm. 138); Pohl (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften (Anm. 138); Pollard, Peaceful Conquest (Anm. 44); ders. (Hg.), Region (Anm. 117).
187. Vgl. oben S. 20–33.
188. Zur Definition von „Kapitalismus" oben Anm. 104, im übrigen S. 61 ff.
189. Dazu oben S. 64 ff.
190. Was später „mithelfende Familienangehörige" genannt wurde, läßt diese Tabelle allerdings unberücksichtigt. Sie dürfte deshalb die Erwerbsarbeit von Frauen deutlich untertreiben.
191. Dazu das Nötigste oben S. 89–100.
192. Vgl. oben S. 3 ff.

Anmerkungen zum 2. Kapitel

1. Sehr gut als Einstieg: R. Engelsing, Zur Sozialgeschichte deutscher Mittel- und Unterschichten, Göttingen 1978², S. 180–283 („Dienstbotenlektüre im 18. und 19. Jahrhundert", „Das häusliche Personal in der Epoche der Industrialisierung", „Die Vermögen der Dienstboten"); ders., Einkommen der Dienstboten in Deutschland zwischen dem 16. und 20. Jahrhundert, in: JbIDG 2, 1973, S. 11–65; ders., Der Arbeitsmarkt der Dienstboten im 17., 18. und 19. Jahrhundert, in: H. Kellenbenz (Hg.), Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt, Wien 1974, S. 159–237; H. Müller, Dienstbare Geister. Leben und Arbeitswelt städtischer Dienstboten, Berlin (West) 1981. – Mit ausführlicher Bibliographie: D. Müller-Staats, Klagen über Dienstboten. Eine Untersuchung über Dienstboten und ihre Herrschaften, Frankfurt 1987. – Wichtig auch für häusliches Gesinde: S. Musiat, Zur Lebensweise des landwirtschaftlichen Gesindes in der Oberlausitz, Bautzen 1964; K.-S. Kramer, Einiges über die Lage des Gesindes in einem ostholsteinischen Gutsbezirk, in: ZfV 70, 1974, S. 20–38; D. Sauermann, Das Verhältnis von Bauernfamilie und Gesinde in Westfalen, in: Niedersächsisches Jb. f. Landesgesch. 50, 1978, S. 27–44 (mit Beispielen für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts). – Stärker aus frauengeschichtlicher Perspektive: U. Ottmüller, Die Dienstbotenfrage. Zur Sozialgeschichte der doppelten Ausnutzung von Dienstmädchen im deutschen Kaiserreich, Münster 1978; R. Schulte, Dienstmädchen im herrschaftlichen Haushalt. Zur Genese ihrer Sozialpsychologie, in: ZBL 41, 1978, S. 897–920; dies., Bauernmägde in Bayern am Ende des 19. Jahrhunderts, in: K. Hausen (Hg.), Frauen suchen ihre Geschichte. Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, München 1983, S. 110–127; D. Wierling, Vom Mädchen zum Dienstmädchen. Kindliche Sozialisation und Beruf im Kaiserreich, in: K. Bergmann u. R. Schörken (Hg.), Geschichte im Alltag – Alltag in der Geschichte, Düsseldorf 1982, S. 57–87. – H. Stekl, Hausrechtliche Abhängigkeit in der industriellen Gesellschaft. Das häusliche Personal vom 18. bis ins 20. Jahrhundert, in: Wiener Geschichtsblätter 30, 1975, S. 301–313; K. Tenfelde, Dienstmädchengeschichte. Strukturelle Aspekte im 19. und 20. Jahrhundert, in: H. Pohl (Hg.), Die Frau in der deutschen Wirtschaft..., Wiesbaden 1985, S. 105–126; D. Wierling, Mädchen für alles. Arbeitsalltag und Lebensgeschichte städtischer Dienstboten um die Jahrhundertwende, Berlin (West) 1987. – Die älteren Untersuchungen sind häufig rechtsgeschichtlich orientiert, manchmal auch sozialgeschichtlich ergiebig. Vgl. W. Kähler, Gesindewesen und Gesinderecht in Deutschland, Jena 1896 (mit historischer Einleitung, nach Einzelstaaten differenziert); P. Kollmann, Geschichte und Statistik des Gesindewesens in Deutschland, in: JbbNS 10, 1868, S. 237–301 (sehr gehaltvoll); O. Könnecke, Rechtsgeschichte des Gesindes in West- und Süd-Deutschland, Marburg 1912 (mit Schwerpunkt auf Hessen, jedoch mit Vergleichen); als interessante Regionalstudie: B. Runne, Die rechtliche Lage der Dienstboten im Lande Hadeln vom 16. bis 19. Jahrhun-

dert, in: Jb. der Männer v. Morgenstern 37, 1956, S. 69–84; Th. Vormbaum, Politik und Gesinderecht im 19. Jahrhundert (vornehmlich in Preußen 1810–1918), Berlin (West) 1980. – Über den Untersuchungszeitraum handelt die historisch nicht genau einzuordnende Autobiographie von M. Sans Gêne, Jugenderinnerungen eines armen Dienstmädchens (1906), hg. v. C. Meyer, Bremen (1973). Authentischer dagegen die Lebenserinnerungen der Sophia Lemitz: G.-F. Budde (Hg.), In Träumen war ich immer wach. Das Leben des Dienstmädchens Sophia von ihr selbst erzählt, Bonn 1990². – Die Zeit des Kaiserreichs ist besser bekannt als der Untersuchungszeitraum dieses Buches, nicht zuletzt dank O. Stillich, Die Lage der weiblichen Dienstboten in Berlin, Berlin 1902 (aufgrund systematischer Erhebungen). Vgl. etwa T. Pierenkemper, „Dienstbotenfrage" und Dienstbotenarbeitsmarkt am Ende des 19. Jahrhunderts, in: AfS 28, 1988, S. 173–201.

2. Engelsing, Sozialgeschichte (Anm. 1), S. 226–230; zur Multifunktionalität adliger und bürgerlicher Häuser und des darin beschäftigten, oft hochqualifizierten Gesindes im 18. Jahrhundert.
3. Vgl. oben S. 61.
4. Vgl. H. Hattenhauer, Geschichte des Beamtentums, Köln 1980, S. 91–204; B. Wunder, Privilegierung und Disziplinierung. Die Entstehung des Berufsbeamtentums in Bayern und Württemberg (1780–1825), München 1978; klassisch H. Rosenberg, Bureaucracy, Aristocracy and Autocracy. The Prussian Experience 1660–1815 (1958), Boston 1966.
5. Vgl. D. Schwab, Art. „Familie", in: GGr 2, 1975, S. 253–301; Engelsing, Sozialgeschichte (Anm. 1), S. 232ff.
6. Die frühe Einbindung gewerblicher Arbeiter in den Haushalt mit Hilfe des Gesindestatus beschreibt M. Mitterauer, Auswirkungen von Urbanisierung und Frühindustrialisierung auf die Familienverfassung an Beispielen des österreichischen Raums, in: W. Conze (Hg.), Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen, Stuttgart 1976, S. 53–146.

6a. Zu den Varianten und Unschärfen des Begriffs vgl. Kähler, Gesindewesen (Anm. 1), S. 128ff.; Vormbaum, Politik (Anm. 1), S. 22–25. – Eine zeitgenössische Definition bei B. Emminghaus, Art. „Gesinde, Gesindevertrag, Gesinderecht, Gesindeordnungen", in: Allgemeine Encyklopädie der Wissenschaften und der Künste 1, Leipzig 1857, S. 236–263, 236.

7. J. D. F. Rumpf, Der Haus-, Brot- und Lehrherr in seinen ehelichen, väterlichen und übrigen Verhältnissen gegen Gesinde, Gesellen und Lehrlinge. Nach allgemeinen und insbesondere nach Preußischen Gesetzen, Berlin 1823. Vgl. Kollmann, Geschichte (Anm. 1), S. 269f. zu Hessen; Stekl, Abhängigkeit (Anm. 1), S. 302 zur älteren Situation in Österreich. Weiterhin Schwab, „Familie" (Anm. 5), S. 275ff. In Preußen rechnete das ALR 1794 wohl die Lehrlinge, nicht aber die Gesellen und Fabrikarbeiter zum Gesinde. Vgl. vor allem Vormbaum, Politik (Anm. 1), S. 22ff., 28ff. mit Angaben zu dem auch regional unterschiedlichen Bedeutungsumfang des Gesinde-Begriffs.
8. J. G. Hoffmann, Die Bevölkerung des preußischen Staates nach dem Ergebnis der zu Ende des Jahres 1837 amtlich aufgenommenen Nachrichten, Berlin 1839, S. 196–203; siehe auch Kollmann, Geschichte (Anm. 1), S. 264–277 über die unklare, wechselnde, sich wandelnde Praxis der verschiedenen statistischen Büros jener Zeit.
9. Zitate und Berechnung nach JbSPS 2, 1867, S. 231–265, 261. Ich benutze die von den preußischen Statistikern der 60er Jahre selbst – so gut wie möglich – durchgeführten Rückberechnungen (S. 261), nicht aber die an anderen Stellen derselben Publikation (S. 238, 255) mit Hilfe anderer Kategorien gemachten Angaben. So erklären sich Differenzen zu den Zahlenreihen bei K. Tenfelde, Ländliches Gesinde in Preußen. Gesinderecht und Gesindestatistik 1810 bis 1861, in: AfS 19, 1979, S. 189–229, 208ff. Von 1858 bis 1861 nahm die Zahl des männlichen gewerblichen Gesindes leicht (von 280.000 auf 279.000), die Zahl des weiblichen gewerblichen Gesindes stark ab: von 210.000 auf 85.000 (JbSPS 2, 1867, S. 237, 255) – zweifellos eine Folge der allmählichen Verengung des Gesindebegriffs.
10. Vgl. ebd., S. 236: Der Begriff eines gewerblichen Dienstboten sei nicht genau festgestellt. – In Bayern sollen die Dienstboten in Handel, Gewerbe und Industrie dagegen bereits 1840 und 1852 mit den „Gehilfen, Gesellen und Lehrlingen" zusammengezählt worden sein. Nach Kähler, Gesindewesen (Anm. 1), S. 15. 1896 hieß es: Das gewerbliche Gesinde „gehört einer vergangenen Organisation der Volkswirtschaft an". Nur als kleine, abnehmende Minderheit existiere es noch. Man rechnet dazu Personen, die „eine spezifisch technische Durchbildung nicht besaßen –

eine solche auch nicht, wie die Lehrlinge, erst erwerben wollten –, und unter Aufnahme in den Hausstand eines Gewerbetreibenden niedere Dienstleistungen in dessen Gewerbebetrieb und Haushalt verrichteten[...]". Ebd., S. 27.

11. Nach Kollmann, Geschichte (Anm. 1), S. 265.
12. Zu Preußen: Tenfelde, Gesinde (Anm. 9), S. 199f., bes. Anm. 50.
13. Vgl. Engelsing, Arbeitsmarkt (Anm. 1), S. 166.
14. Vgl. Schwab, „Familie" (Anm. 5), S. 275ff. – Th. v. d. Goltz, Die sociale Bedeutung des Gesindewesens. Zwei Vorträge, Danzig 1873, S. 8f. rechnet neben Kutschern und Gärtnern auch Laufburschen, Faktoren sowie Gesellen und Ladendiener zum Gesinde, sofern sie beim Dienstherrn wohnten. – Die Berliner Dienstboten-Statistik von 1867 kommentiert der Herausgeber: „Obgleich in den einzelnen Berufszweigen Dienstboten und Gewerbsgehilfen streng geschieden, namentlich beim Verkehr die Kutscher, in den Hotels die Haus- und Stubenmädchen etc., bei den Schlächtern die Verkäuferinnen, in den Brauereien die Kutscher usw. zu den Gewerbsgehilfen gerechnet worden sind, so war die Scheidung doch in vielen Fällen nicht ausführbar, namentlich da, wo Dienstboten auch zu Gewerbsarbeiten, so in Brauereien, Gastwirthschaften, Conditoreien und Destillationen zum Reinigen der Gefäße und Geschirre, in den Bade-Anstalten zum herstellen der Badewäsche etc. verwendet werden; es wird wohl mit diesem Umstande zusammenhängen, daß einzelne Berufszweige im Verhältnis zu anderen eine sehr grosse Anzahl von Dienstboten aufweisen." (Kommentar zur Dienstboten-Statistik von 1867). Gemeint sind Berufsgruppen wie „Erquickung und Beherbung", Brauer, Bäcker, Transport- und Handels-Vermittlung, Destillateure, Bade-Anstalten. H. Schwabe, Die Resultate der Berliner Volkszählung vom 3. December 1867, Berlin 1867, S. XCIX–CI. Kähler, Gesindewesen (Anm. 1), schrieb noch 1896, daß man auf großen Gütern Gutshandwerker wie Schmiede und Stellmacher, aber auch Gärtner als zum Gesinde gehörig betrachtete (S. 105f.).
15. Vgl. oben S. 80, Tab. 16; JbSPS 2, 1867, S. 234–237, 252–255. Vgl. auch Tenfelde, Gesinde (Anm. 9), S. 208–222; Kähler, Gesindewesen (Anm. 1), S. 16f., 24, 25, 60f.; außerdem für 1882: Statistik des deutschen Reichs, NF 4/III, 1884, S. 1848.
16. Nach Kähler, Gesindewesen (Anm. 1), S. 26.
17. Jedenfalls in Preußen. Vgl. JbSPS 2, 1867, S. 261.
18. Vgl. Kähler, Gesindewesen (Anm. 1), S. 16 (absoluter Rückgang des landwirtschaftlichen Gesindes in Bayern seit den 40er Jahren), 21 (in Sachsen spätestens seit den 60er Jahren), 24 (ebenso in Hessen), 30 (in Mecklenburg, jedenfalls seit den 70er Jahren, leicht abnehmende Tendenz), 13 (in Preußen leichte, absolute Zunahme bis Anfang der 60er Jahre, vermutlich Abnahme seitdem); dazu auch Tenfelde, Gesinde (Anm. 9), S. 213.
19. Vgl. Tab. 24 oben S. 116. Anders (und nicht überzeugend): Engelsing, Sozialgeschichte (Anm. 1), S. 253, der den Rückgang des häuslichen Gesindes schon Mitte des 19. Jahrhunderts beginnen sieht.
20. Vgl. G. Hohorst u. a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 2: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870–1914, München 1978², S. 66, 68. Die Kategorie „häusliche Dienste" enthält auch Dienende, die außerhalb des Haushalts ihrer Herrschaft lebten. Nimmt man nur die im Haushalt der Herrschaft lebenden Gesindepersonen in den Blick, so sank die Zahl noch schneller: von 1.325.000 (1882) über 1.339.000 (1895) auf 1.265.000 (1907). Nach Handbuch der Frauenbewegung, hg. v. H. Lange u. G. Bäumer, T. 4, Berlin 1906, S. 132; Ottmüller, Dienstbotenfrage (Anm. 1), S. 42f., 58.
21. Vgl. zuletzt K. Hausen, Große Wäsche. Technischer Fortschritt und sozialer Wandel in Deutschland vom 18. bis ins 20. Jahrhundert, in: GG 13, 1987, S. 273–303; die Hinweise bei Engelsing, Sozialgeschichte (Anm. 1), S. 234; S. Meyer, Die mühsame Arbeit des demonstrativen Müßiggangs. Über die häuslichen Pflichten der Beamtenfrauen im Kaiserreich, in: Hausen (Hg.), Frauen suchen (Anm. 1), S. 172–195. Anhand ausländischer Beispiele: S. J. Kleinberg, Technology and Women's Work: The Lives of Working-Class Women in Pittsburgh, 1870–1900, in: M. Moore Trescott (Hg.), Dynamos and Virgins Revisited: Women and Technological Change in History. An Anthology, Metuchen, N. J. 1979, S. 185–204; sowie R. S. Cowan, The „Industrial Revolution" in the Home. Household Technologies and Social Change in the 20th Century, in: ebd., S. 205–232; weiterhin G. Bäumer, Die Frau in Volkswirtschaft und Staatsleben der Gegenwart, Stuttgart 1914, S. 58; S. Giedion, Die Herrschaft der Mechanisierung. Ein Beitrag zur

anonymen Geschichte, Frankfurt 1982 (engl. 1948), S. 557ff.; zutreffend auch Ottmüller, Dienstbotenfrage (Anm. 1), S. 58f.

22. Als Bestätigung erscheint die ebd., S. 52–57 beschriebene Tatsache, daß von 1882 bis 1907 die Dienstbotenhaltung bei Selbständigen der Berufsabteilung C (einschließlich Gastwirten, Ladenbesitzern, Fuhrunternehmern) überproportional stark zurückging.
23. Für Bonn, das in den 1790er Jahren aufhörte, fürstliche Residenzstadt zu sein, zeigt das D. Höroldt, Die Sozialstruktur der Stadt Bonn vom ausgehenden 18. bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts, in: E. Ennen u. D. Höroldt (Hg.), Aus Geschichte und Volkskunde von Stadt und Raum Bonn. Fs. Josef Dietz zum 80. Geb. am 8. April 1973, Bonn 1973, S. 282–331, Tab. 1:

	1790	1798	1816	1822	1840	1858
Einwohnerzahl	10.233	7.986	9.300	10.062	13.741	17.477
Dienstboten:						
– abs.	1.376	937	606	823	1.284	1.570
– in %	13	12	7	8	9	9

In der Angabe für 1790 sind zahlreiche Hof-Bedienstete nicht enthalten. – Zur Freisetzung von 200 Gesindepersonen allein aus einem Klosterdorf (Niederalteich in Oberbayern) im Zuge der Säkularisierung und zur so bedingten Zunahme F. M. Phayer, Religion und das Gewöhnliche Volk in Bayern 1750–1850, München 1970, S. 122ff.

24. Vgl. Th. M. McBride, The Domestic Revolution. The Modernization of Household Service in England and France 1820–1920, London 1976, S. 18ff.; Engelsing, Sozialgeschichte (Anm. 1), S. 238ff., 247f.
25. Ebd., S. 248–254 (auch zum folgenden). Der Dienstbotenanteil betrug in Wien 1810 etwa 10%. Nach H. Hülber, Arbeitsnachweise, Arbeitsvermittlung und Arbeitsmarktgeschehen in Österreich in vorindustrieller Zeit unter bes. Berücksichtigung Wiens (= Wiener Geschichtsblätter 30, 1975, Sonderht. 1), S. 42; Kähler, Gesindewesen (Anm. 1), S. 31. – Im viel ärmeren Berlin betrug der Dienstbotenanteil 1816 nur 6% und 1861 7% (nach JbSPS 2, 1867, S. 235, 252 – dort weitere Zahlen für preußische Städte 1816 und 1861). Vgl. oben Anm. 22 und Höroldt, Sozialstruktur (Anm. 23), S. 299.
26. Nach JbSPS 2, 1867, S. 234, 252f., 263f.
27. Der Anteil gesindehaltender Haushalte nahm in Berlin spätestens seit 1861 ab: von 23,9 (1861) und 21,5 (1864) auf 20,8 (1867) und 17,3 (1871): Schwabe, Resultate (Anm. 14), S. CXLI.
28. Vgl. Engelsing, Sozialgeschichte (Anm. 1), S. 240. Immerhin fällt auf, daß einschlägige Studien den Anteil der Ober- und Mittelschicht an der Stadtbevölkerung – obwohl sie andere Kriterien benutzen – für jene Zeit auch mit ca. 20% bestimmen. So für Bonn (1867) Höroldt, Sozialstruktur (Anm. 23), S. 324. Vgl. auch McBride, The Domestic Revolution (Anm. 24), S. 18–21. Hier finden sich auch Einschränkungen dieser These: 1856 hatten in Paris etwa 11% aller Ärzte und 38% aller Rechtsanwälte keine Dienstboten. Ähnliche Ergebnisse für Hamburg: B. Dornseifer, Soziale Differenzierung und Integration des Bildungsbürgertums im 19. Jahrhundert..., Ärzte und Rechtsanwälte in Hamburg 1816–1880, Staatsexamensarbeit Bielefeld 1986, S. 30ff. – Umgekehrt hielten sich auch in der Stadt manche Familien der Unterschicht Dienstboten, z. B. wenn sie, um ihr kleines Einkommen zu verbessern, trotz engsten Raums mehrfach vermieteten. Nach Schwabe, Resultate (Anm. 14), S. CXXVIII.

28a. Für Berlin vgl. ebd., S. LIV u. CXXVIII; für Hamburg: Dornseifer, Differenzierung (Anm. 28), S. 32f.; weiterhin Kähler, Gesindewesen (Anm. 1), S. 33.

29. Schwabe, Resultate (Anm. 14), S. LIV, CXXXIV.
30. Ebd., S. LXLIX–CI.
31. Vgl. K. Hausen, Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere". – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Conze (Hg.), Sozialgeschichte der Familie (Anm. 6), S. 363–393; U. Frevert, Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit, Frankfurt 1986, S. 33ff., 63ff. Vgl. D. Mühlberg u. a., Arbeiterleben um 1900, Berlin (Ost) 1983, S. 177f.
32. Für Düsseldorf nannte die Statistik 1816 788 männliche und 839 weibliche „Dienstboten zur persönlichen Bequemlichkeit der Herrschaft", für 1861 aber 584 und 2.165. Nach JbSPS 2, 1867, S. 234f., 252f. Ausführliche Vergleiche bei Kollmann, Geschichte (Anm. 1), S. 287ff.

33. Nach Tab. 16 oben S. 80.
34. Engelsing, Arbeitsmarkt (Anm. 1), S. 181, 192f.; S. 166–170 zur differentiellen Behandlung von männlichen und weiblichen Dienstboten bei der Stellenvermittlung. – Budde (Hg.), In Träumen (Anm. 1), S. 72.
35. Schwabe, Resultate (Anm. 14), S. CXXXIX–CXL. Das allein dienende Mädchen für alles war im 19. Jahrhundert auch in Frankreich und England die Regel: McBride, The Domestic Revolution (Anm. 24), S. 19f.
36. Bei all dem ist die innerfamiliale und häusliche Frauenarbeit (auch durch „Mithelfen der Familienangehörigen") nicht mitgerechnet. – Vgl. A. Willms, Die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit im Deutschen Reich, Nürnberg 1980, S. 104, 151; U. Knapp, Frauenarbeit in Deutschland, Bd. 2, München 1984, S. 656. 1882 arbeiteten im Deutschen Reich 1.612.000 (oder 34,9% der erwerbstätigen Frauen) in der Landwirtschaft; 164.000 (oder 3,6%) als Heimarbeiterinnen; 1.399.000 (oder 30,3%) im Bereich „Persönliche Dienste"; 766.000 (oder 16,6%) als Arbeiterinnen in Gewerbe, Handel und sonstigen Dienstleistungen; 635.000 (oder 13,8%) als Selbständige in diesen Bereichen; und 43.000 (0,9%) als Angestellte/Beamte in denselben Bereichen.
37. So meist bei jenem Drittel des häuslichen Gesindes, das bei Landwirten diente.
38. Die längsten Arbeitszeiten großstädtischen Gesindes registrierte man 1895 in Berlin in den Gaststätten und Gewerben mit verbreiteter Nachtarbeit. Vgl. Stillich, Lage (Anm. 1) S. 121.
39. Nach Arbeitszeit und Bezahlung stand sich das „Mädchen für alles" i. d. R. viel schlechter als die gelernte Köchin. Vgl. ebd.
40. Vgl. neben den in Anm. 1 genannten Autobiographien: D. Viersbeck, Erlebnisse eines Hamburger Dienstmädchens, München 1910; Geschichte eines Berliner Dienstmädchens, bei Stillich, Lage (Anm. 1), S. 324–347; ganz anders: K. v. Holtei, Erlebnisse eines Livreedieners. Roman in drei Theilen, Breslau 1868; weiterhin die Hinweise bei Müller-Staats, Klagen (Anm. 1), S. 53ff., 252–259.
41. Vgl. J. Kocka, Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800, Bonn 1990, S. 144ff.
42. Die Gesindeverhältnisse regelte das ALR in Teil II, Abschnitt 5 („Von den Rechten und Pflichten der Herrschaften und des Gesindes"), also innerhalb seiner Haus und Familie betreffenden Vorschriften (Titel 1–5 von Teil II, während sich die folgenden Titel 6–20 mit Korporationen und Gemeinden, Ständen und Staat befaßten). Verhältnisse des Zwangsgesindes auf dem Lande regelte daneben ALR II, Tit. 7, § 185ff. („Gesindedienste der Untertanenkinder"). Zum Aufbau des ALR und zur Stellung des Familienrechts darin vgl. H. Dörner, Industrialisierung und Familienrecht. Die Auswirkungen des sozialen Wandels, dargestellt an den Familienmodellen des ALR, BGB und des französischen Code Civil, Berlin (West) 1974, S. 31f. Als Textausgabe z. B.: H. Hattenhauer (Hg.), Das Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794, Frankfurt 1970. Vgl. auch R. Koselleck, Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848, Stuttgart 1967, S. 62ff. – Textausgaben der Gesindeordnung von 1810 in ihren sich leicht verändernden Fassungen und nebst einschlägigen anderen Gesetzen, Verordnungen etc. nennt Tenfelde, Gesinde (Anm. 9), S. 199f. (Anm. 50); leicht zugänglich bei U. Gerhard, Verhältnisse und Verhinderungen. Frauenarbeit, Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert. Mit Dokumenten, Frankfurt 1978, S. 261–277 (vollständig mit der Verordnung vom 29. 9. 1846 über die Einführung von Gesindebüchern); sowie bei: H. Hübner u. H. Kathe (Hg.), Lage und Kampf der Landarbeiter im ostelbischen Preußen (vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zur November-Revolution 1918/19), 2 Teilbde., Vaduz 1977, S. 55ff., 96ff. – Zu den kleinen Differenzen zwischen ALR und preußischer Gesindeordnung: Vormbaum, Politik (Anm. 1), S. 166. Zum Einfluß der preußischen Gesindeordnung, deren Geltung auf die nach 1815 erworbenen Landesteile und – in kürzerer, etwas liberalerer Form – 1844 auch auf die Rheinprovinz ausgedehnt wurde, auf andere Staaten, Städte und Territorien: Kähler, Gesindewesen (Anm. 1), S. 107–123 (dort auch zur Datierung der Ordnungen in den anderen Staaten). Tenfelde, Gesinde (Anm. 9), S. 200 zur Zahl der Gesindeordnungen vor 1914.
43. Zur Entstehung von Gesindeordnungen vgl. M. Rumler, Die Bestrebungen zur Befreiung der Privatbauern in Preußen, 1797–1806, in: FBPG 37, 1925, S. 31–76, bes. 35, 44; E. Lennhoff, Das ländliche Gesindewesen in der Kurmark Brandenburg vom 16. bis 19. Jahrhundert, Breslau 1906, S. 135; Kollmann, Geschichte (Anm. 1), S. 260; Vormbaum, Politik (Anm. 1), S. 164–169. Rechtstechnisch bestand nach der Bauernbefreiung die Notwendigkeit, die Gesindeordnung zumindest

zu redigieren, weil die Frage nach der rechtlichen Behandlung des bislang als Zwangsgesinde behandelten Personenkreises neu geregelt werden mußte. Zum Zwangsgesindedienst Kocka, Weder Stand (Anm. 41), S. 56f., zu seiner Aufhebung im Prinzip zusammen mit der Erbuntertänigkeit (1810 in Preußen, 1835 in Sachsen, 1849/50 in Mecklenburg und Österreich) auch R. Wuttke, Gesindeordnungen und Gesindezwangsdienst in Sachsen bis zum Jahre 1835, Leipzig 1893; Emminghaus, „Gesinde. . ." (Anm. 6a), S. 265f.; F. Mager, Geschichte des Bauerntums und der Bodenkultur im Lande Mecklenburg, Berlin (Ost) 1955, S. 482; W. Conze (Hg.), Quellen zur Geschichte der deutschen Bauernbefreiung, Göttingen 1957, S. 38; Tenfelde, Gesinde (Anm. 9), S. 179f.

44. Die preußische Gesindeordnung von 1810 kannte schon einen engeren Begriff der Familie, der das Gesinde ausschloß (§ 58).
45. Vgl. vor allem Vormbaum, Politik (Anm. 1), S. 116–133. A. Menger, Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen, Tübingen 1908[4]; E. Wulffen, Zur Psychologie des Dienstboten. Ein Beitrag zur Reform des Gesinderechtes, in: Gesetz und Recht, Zs. f. allg. Rechtskunde 10, 1908, S. 153–165; F. Mehring, Eine feudale Ruine. (Zum 100. Geb. der preußischen Gesindeordnung) (1910), in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 6, Berlin (Ost) 1976, S. 292–295. Kritik am rechtlichen Minderstatus des Gesindes spielte beim Beginn der Dienstbotenbewegung (Versammlungen 1899 und 1900, Vereine und seit 1904 freigewerkschaftliche Organisationsversuche) eine große Rolle. Vgl. A. Pieper, Dienstbotenfrage und Dienstbotenvereine, M.-Gladbach 1908; Ottmüller, Dienstbotenfrage (Anm. 1), S. 108ff.
46. Vgl. die §§ 40, 41, 114 und 115 bei L. Eggert, Das heutige Gesinde-Recht in den Königlich-Preußischen Staaten. Eine Zusammenstellung und Bearbeitung der verschiedenen Gesinde-Ordnungen. . ., Berlin 1851, S. 19f., 44.
47. Ebd., S. 21; §§ 42 u. 43.
48. Ebd., S. 23, 54f. zu den §§ 51 u. 167 mit Durchführungsbestimmungen. Vgl. auch Hübner u. Kathe (Hg.), Lage (Anm. 42), S. 218: In den Verhandlungen einer Ministerialbeamten-Kommission zur Landarbeiterfrage vom 30. 7.–9. 9. 1873 ging es kontrovers um die Frage, ob diese Regelung (polizeiliche Entscheidung von Arbeitsstreitigkeiten ohne gerichtliches Verfahren) über das Gesinde (und die Insten der Provinz Preußen seit 1837) hinaus auch auf die Landarbeiter allgemein Anwendung finden sollte. Dies war der Wunsch der meisten landwirtschaftlichen Unternehmer; ebd., S. 181f. zu einer entsprechenden Landbesitzerforderung von 1852. Vgl. auch die Autobiographie des Knechtes und späteren Vorsitzenden einer gewerkschaftlichen Organisation der Erd- und Abbruchsarbeiter: F. Lüth, Aus der Jugendzeit eines Tagelöhners, hg. v. W. H. Michelis, Berlin [ca. 1910], S. 29f.: Der mißhandelte Jung-Knecht stellt seinen Fluchtplan zurück, denn „unterwegs packte ihn sicher ein Gendarm und transportierte ihn zurück zu seinen Peinigern."
49. Gesetz vom 24. 4. 1854, betr. die Verletzungen der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter. Vgl. Hübner u. Kathe (Hg.), Lage (Anm. 42), S. 183–193; weiterhin Vormbaum, Politik (Anm. 1), S. 71–73, 166: Die Provinziallandtage Westfalens und der Rheinprovinz lehnten das Gesetz ab: Man brauche es nicht; das Gesinde gehöre noch zur Familie. Kritisch zu diesem Gesetz auch die sozialreformerischen „Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen", NF 2, 1855 (ND Hagen 1980), S. 344–345. Im Hessischen verschärfte die Regierung 1857 ebenfalls die polizeilichen Maßnahmen gegen Vertragsbrüche des Gesindes: Könnecke, Rechtsgeschichte (Anm. 1), S. 165ff.
50. Vgl. Eggert, Gesinde-Recht (Anm. 46), S. 8f. zur Verordnung vom 29. 9. 1846; weiterhin Hübner u. Kathe (Hg.), Lage (Anm. 42), S. 97–102. Der rheinische Provinziallandtag lehnte die Übernahme dieser Bestimmung ab: Sie verletze das Ehrgefühl der Dienstboten. – Gesindebücher gab es auch in anderen Staaten, so in Sachsen schon 1835. Dazu vgl. Musiat, Lebensweise (Anm. 1), S. 50. Zu den Verhältnissen im Hessischen: Könnecke, Rechtsgeschichte (Anm. 1), S. 159; R. Summa, Kasseler Unterschichten im Zeitalter der Industrialisierung. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Stadt Kassel von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs, Darmstadt 1978, S. 83. – Ein Beispiel der Anstellung ohne Zeugnis bei Budde (Hg.), In Träumen (Anm. 1), S. 64.
51. Vgl. die §§ 57, 58 u. 34 bei Eggert, Gesinde-Recht (Anm. 46), S. 24, 18.
52. So § 20 der Gesindeordnung der Rheinprovinz von 1844: ebd., S. 65f.
53. Insgesamt 19 Gründe für die sofortige Entlassung wurden genannt (§§ 117–135), demgegenüber

nur sieben Gründe, die die sofortige Auflösung des Dienstverhältnisses seitens des Gesindes rechtfertigten (§§ 136–142).

54. C. Th. E. Heinze (Bearb.), Die Preußische Gesinde-Ordnung nebst den dazugehörigen Erläuterungen und späteren Verordnungen..., Liegnitz 1833[5], S. 49.
55. Vgl. Eggert, Gesinde-Recht (Anm. 46), S. 30; Koselleck, Preußen (Anm. 42), S. 67, 650–52; Hübner u. Kathe (Hg.), Lage (Anm. 42), S. 90–91; Stekl, Abhängigkeit (Anm. 1), S. 312f. Zum Züchtigungsrecht der Herrschaft gegenüber dem Gesinde in anderen Staaten vgl. Emminghaus, „Gesinde..." (Anm. 6a), S. 246.
56. Dagegen mußte die Herrschaft nicht das Begräbnis des Gesindes bezahlen (§ 100). Sämtliche Paragraphennennungen im Text beziehen sich auf die preußische Gesindeordnung in der bei Eggert, Gesinde-Recht (Anm. 46) 1851 abgedruckten Form, auch im folgenden.
57. Heinze (Bearb.), Gesinde-Ordnung (Anm. 54), S. 45.
58. Vgl. Eggert, Gesinde-Recht (Anm. 46), S. 67 (§ 27).
59. Zum Begriff des Patriarchalismus vgl. M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. Studienausgabe hg. v. J. Winckelmann, Köln 1964, S. 170f., 739f.
60. Überblick über die verschiedenen Gesindeordnungen bei Emminghaus, „Gesinde..." (Anm. 6a), S. 236–263. Für die spätere Zeit Kähler, Gesindewesen (Anm. 1), S. 107ff.; Müller, Dienstbare Geister (Anm. 1), S. 22f. Könnecke, Rechtsgeschichte (Anm. 1) behandelt fast nur die Zeit bis Anfang des 19. Jahrhunderts (außer Hessen bis 1866). Große Teile Hessens kamen in den 20er Jahren und später ganz ohne Gesindeordnungen aus (ebd., S. 158ff.). Zum Königreich Sachsen: Musiat, Lebensweise (Anm. 1), S. 45ff. Weiterhin: R. A. Berger, Die rechtliche Lage der Dienstboten in sozial-ökonomischer Beleuchtung, M.-Gladbach 1915; Hülber, Arbeitsnachweise (Anm. 25), S. 46ff. zur Wiener Ordnung von 1810 (zum Zweck der Regulierung der Gesindemakler und der damit verbundenen Kuppelei). H. Morgenstern, Gesindewesen und Gesinderecht in Österreich, Wien 1902; S. Göttsch, Beiträge zum Gesindewesen in Schleswig-Holstein zwischen 1740 und 1840, Neumünster 1978; K. Suchsland, Das Recht des Gesindes in allen Bundesstaaten des deutschen Reiches, Berlin 1895; Gerhard, Verhältnisse (Anm. 42), S. 49–62.
61. A. Meitzen, Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Preußischen Staates, Bd. 2, Berlin 1869, S. 120f. Ähnlich schon G. Schmoller, Die ländliche Arbeiterfrage mit besonderer Rücksicht auf die norddeutschen Verhältnisse, in: ZGS 22, 1866, S. 171–233, 179 (betr. Dienstboten) u. 182 (über die Gesindeordnung generell).
62. Vgl. oben Anm. 48.
63. Die These von einem „Defizit an Bürgerlichkeit" in der deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts im internationalen Vergleich bei G. A. Ritter u. J. Kocka (Hg.), Deutsche Sozialgeschichte 1870–1914. Dokumente und Skizzen, München 1982[3], S. 69; Kocka, Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Europäische Entwicklungen und deutsche Eigenarten, in: ders. (Hg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert, München 1988, Bd. 1, S. 11–76.
64. Zum Vergleich auch Vormbaum, Politik (Anm. 1), S. 15, pass.
65. Ein Drittel Geldlohnbestandteil schätzt v. d. Goltz, Die sociale Bedeutung (Anm. 14), S. 19, für den Anfang der 70er Jahre. Mitte der 90er Jahre lag der Geldlohnanteil am Einkommen *daraufhin befragter Berliner Dienstmädchen näher an 25% als an 33%*. Vgl. Stillich, Lage (Anm. 1), S. 159, 167ff.; Ottmüller, Dienstbotenfrage (Anm. 1), S. 95. – Im übrigen ist auf die große Schwierigkeit der Berechnung von Naturallöhnen zu verweisen. Vgl. dazu Th. v. d. Goltz (Hg.), Die Lage der ländlichen Arbeiter im Deutschen Reich. Ergebnis einer reichsweiten Enquête des Congresses deutscher Landwirthe im Frühjahr und Sommer 1873 auf der Grundlage von etwa 2.000 Antworten landwirtschaftlicher Vereine und Arbeitgeber, Berlin 1875, S. 452: Befragungen führten zu verschiedenartigen Ergebnissen, je nachdem, ob der Naturallohn als Kostenfaktor des Arbeitgebers oder als Einkommen des Empfängers berechnet wurde.
66. Vgl. Sans Gêne, Jugenderinnerungen (Anm. 1), S. 92f.: In einem „feinen Haus" (eines pensionierten Generals) gehörte sie in vielem zur Familie und genoß sehr gute Behandlung. Aber: „[...]ich mußte mich allein mit meiner kleinen Portion Mittag begnügen, die ich, wie die Näterin, die täglich ins Haus kam, erhielt. Ich empfing nämlich außer 8 bis 10 Mark monatlichen Lohn noch wöchentlich 2 Mark Kostgeld für erstes und zweites Frühstück, Vesperbrot und

Abendessen und hatte nur Anspruch auf Mittagessen. Dieses mußte ich nun zwar mit der Näterin in der Küche ebenfalls an einem gedeckten Tisch einnehmen[...]". Anders war die Behandlung des Gesindes in bäuerlichen Haushalten. Vgl. unten S. 155ff.

67. Vgl. v. d. Goltz, Die sociale Bedeutung (Anm. 14), S. 48f.: Plädoyer für die Wiederherstellung des gemeinsamen Tisches, der meist (anfangs der 70er Jahre) schon verschwunden sei. – „Dieselbe Kost" wie die Herrschaft erhielten dagegen noch Mitte der 90er Jahre ca. dreiviertel der befragten Berliner Dienstboten. Vgl. Stillich, Lage (Anm. 1), S. 176.
68. Ohne diese Konsequenz zu ziehen, zeigt dies Müller, Dienstbare Geister (Anm. 1), S. 179–188. Zu den sehr stark variierenden Wohnverhältnissen von Dienstboten siehe auch V. Gläntzer, Ländliches Wohnen vor der Industrialisierung, Münster 1980, S. 65, 150f.: Gesinde und alle Kinder wohnen zusammen; H.-J. Rach, Bauernhaus, Landarbeiterkaten und Schnitterkasernen. Zur Geschichte von Bauen und Wohnen der ländlichen Agrarproduzenten in der Magdeburger Börde des 19. Jahrhunderts, Berlin (Ost) 1974, S. 2–5, 21f., 33: Wohnen des ländlichen Gesindes in der Kammer oder im Stall. – Nach Stillich, Lage (Anm. 1), S. 200, schliefen Mitte der 90er Jahre 44% der befragten Berliner Dienstmädchen auf dem Hängeboden, im Bad oder auf dem Korridor. Vgl. auch Ottmüller, Dienstbotenfrage (Anm. 1), S. 93.
69. Zur Zunahme der Gesindelöhne in diesem Zeitraum, vgl. Engelsing, Einkommen (Anm. 1), S. 37–46 (mit vielen Beispielen).
70. Als Beispiel Th. Lindemann, Die Eigenthumslosen im Amte Eutin, Eutin 1832, S. 9; wd. bei: C. Jantke u. D. Hilger (Hg.), Die Eigentumslosen. Der deutsche Pauperismus und die Emanzipationskrise in Darstellungen und Deutungen der zeitgenössischen Literatur, München 1965, S. 59.
71. Vgl. Engelsing, Einkommen (Anm. 1), S. 14–17 zum späten 18. und frühen 19. Jahrhundert; Mitte der 90er Jahre lag das – bei der Einstellung im Grundsatz, aber oft nicht exakt im Ausmaß vereinbarte – Weihnachtsgeld für Berliner Dienstboten zwischen 10 und 25% des Jahreseinkommens (Stillich, Lage, Anm. 1, S. 167). Ein anschauliches Beispiel bei Budde (Hg.), In Träumen (Anm. 1), S. 65f.
72. So Sans Gêne, Jugenderinnerungen (Anm. 1), S. 122, die, 1853 in Danzig geboren, ab 1867 in sieben Jahren bei elf Dienstherrschaften Stellung nahm. Einmal wechselte sie, als Dienstmädchen und Aushilfe in eine Raucherei, „weil ich nun auch dieses Handwerk kennenlernen wollte" (S. 81), doch der Mann, ein Trinker, mißhandelte nicht nur Frau und Tochter, er drohte auch, das zu diesen haltende Dienstmädchen zu tyrannisieren; nach sechs Monaten ging sie. Später nahm sie sehr gern an, als ihr eine Generalsfrau ein Angebot machte. Es sei schon immer ihr Wunsch gewesen, „in ein feines Haus als Dienstmädchen oder Köchin zu kommen und alles, was dazu gehört, gründlich zu lernen" (S. 90). Ungern ging sie nach zwei Jahren, u. a. weil die Mutter mehr Unterstützung brauchte und sie eine Stelle suchte, die mehr Lohn und mehr Freizeit brachte, besonders abends. „Die ganze Familie ließ mich ungern ziehen, und vielleicht wäre es auch für mich besser gewesen, in diesem anständigen Hause, wo ich doch recht viel gelernt habe, noch länger zu bleiben. Aber Veränderung und Abwechslung ist in allen Stellungen eines beschwerlichen und eintönigen Dienstes schon eine Erholung, wie eine Last, die man zu tragen hat, leichter wird, wenn man sie von der einen Schulter auf die andere nimmt, und ein jugendlicher und wißbegieriger Geist will auch neue Menschen und Verhältnisse kennenlernen. So kam ich nun in ein Leder-Engros- und Detailgeschäft als Mädchen für den Haushalt." Doch dort stellte ihr der Mann bald nach, und sie flüchtete. Vorher war sie bei einem Fischer auf einem nahen Dorf gewesen, wo sie viel von der Landwirtschaft gelernt hatte; aber sie sehnte sich in die Stadt zurück und ging nach einem Jahr; sie wollte mehr Menschen sehen, u. a. Soldaten (!) (S. 71). Die Stelle in einem Milchgeschäft verließ sie, weil das Bett verwanzt war (S. 55f.). – Kündigungen aufgrund von Vernachlässigung und Überforderung, schlechter Versorgung und Ausbeutung, persönlicher Kränkung und lange schwelender Enttäuschungen berichtet und betont fürs späte 19. Jahrhundert Schulte, Dienstmädchen (Anm. 1), S. 905f.: „Der Stellenwechsel, die Kündigung ist also einmal ein Befreiungsversuch aus den Zwängen des einzelnen Haushaltes, oft die einzige Möglichkeit für das Mädchen, sein Leben wieder selbst in die Hand zu nehmen." – Zur Verkürzung der Vertragsdauer und zunehmenden Fluktuation sehr informativ Engelsing, Arbeitsmarkt (Anm. 1), S. 196–200.
73. Vgl. Stillich, Lage (Anm. 1), S. 389; Ottmüller, Dienstbotenfrage (Anm. 1), S. 180: Ende des Jahrhunderts sorgten in den Urlaubsmonaten des Sommers vorübergehend arbeitslose Dienstmädchen für starken Andrang auf Berliner Dienstbotenversammlungen. – Zur Sommerreise vgl.

Th. Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983, S. 139.

74. Engelsing, Arbeitsmarkt (Anm. 1), S. 200.
75. Diese und weitere Angaben ebd., S. 198–201; Könnecke, Rechtsgeschichte (Anm. 1), S. 160–162, 165 über hohe Fluktuationszahlen des Gesindes in Hessen, z. T. unter dem Einfluß von gewerbsmäßigen Gesindemaklern in den 1850er Jahren sowie zu Klagen über „leichtfertige" Auflösungen des Dienstverhältnisses; S. 168: Die Hanauer Polizeidirektion schreitet 1858 gegen den „muthwilligen Dienstwechsel von seiten der hiesigen Dienstboten ein".
76. Symptomatisch zeigte sich dies auch daran, daß die Aufbewahrung der Gesinde-Ersparnisse durch die Herrschaft seltener wurde. Vgl. Engelsing, Sozialgeschichte (Anm. 1), S. 267f.
77. Der Aufschwung der seit den 60er Jahren freigegebenen, davor staatlich beaufsichtigten gewerblichen Stellenvermittlung („Gesindemakler") und des Stellenanzeigenwesens – meist nur für weibliche Dienstboten – weisen auf diese stärkere Marktabhängigkeit des häuslichen Gesindes hin. Vgl. Engelsing, Arbeitsmarkt (Anm. 1), S. 169–175; Könnecke, Rechtsgeschichte (Anm. 1), S. 161 zu Hessen; Hülber, Arbeitsnachweise (Anm. 25), S. 41–50 (auch zur Nähe zwischen Dienstbotenmaklern und Zuhältern in Wien). – Beispiele für Stellenanzeigen und die darin sich ausdrückenden Vorstellungen der Herrschaften bei Müller-Staats, Klagen (Anm. 1), S. 157–163; Pierenkemper, „Dienstbotenfrage" (Anm. 1).
78. Eindeutiger als im Fall der „Mädchen für alles" setzte sich diese Tendenz der Annäherung an den Lohnarbeiterstatus bei den viel weniger zahlreichen, vornehmlich großstädtischen, stunden- und tageweise zu mietenden Lohndienern, Putzfrauen und dergleichen durch, die bei besonderem Bedarf (Große Einladung, viele Gäste etc.) die fest angestellten Dienstmädchen ergänzten und erst seit Ende des 19. Jahrhunderts häufiger wurden; sie wohnten für sich selbst. Vgl. Engelsing, Arbeitsmarkt, (Anm. 1), S. 203.
79. Vgl. ebd., S. 203, 235; Ottmüller, Dienstbotenfrage (Anm. 1), S. 63f.; Kähler, Gesindewesen (Anm. 1).
80. Verteilung der Bevölkerung und der Dienstboten auf Stadtgrößenklassen im Deutschen Reich 1882

Stadtgrößenklasse	Bevölkerung	Dienstboten	Dienstboten in % d. Bevölkerung
100.000 u. mehr	3.327.435 (= 7,4%)	187.655 (= 14,2%)	5,6
20–100.000	4.147.533 (= 9,2%)	186.740 (= 14,1%)	4,5
5– 20.000	5.694.383 (= 12,6%)	212.448 (= 16,0%)	3,7
2– 5.000	5.734.344 (= 12,7%)	165.211 (= 12,5%)	2,9
unter 20.000	26.318.418 (= 58,2%)	572.870 (= 43,2%)	2,2
insgesamt	45.222.113 (= 100,0%)	1.324.924 (= 100,0%)	2,9

Quelle: Statistik des Deutschen Reichs, NF 4/III, Berlin 1884, S. 1848f.; 4/I, S. 6f.

81. Vgl. vor allem Engelsing, Arbeitsmarkt (Anm. 1), S. 204–210 (auch zu den Zahlen); Schulte, Dienstmädchen (Anm. 1), S. 896ff. zu den Entwurzelungserfahrungen der vom Lande in die Stadt ziehenden, oftmals sehr jungen Mädchen, zu ihren Hoffnungen und Enttäuschungen, sowie S. 904f. zur Bewunderung der ländlichen Freundinnen für das auf Besuch zurückkommende, mittlerweile großstädtische Dienstmädchen, das ihnen wie eine große Dame erschien.
82. Vgl. Engelsing, Arbeitsmarkt (Anm. 1), S. 210–216; Ottmüller, Dienstbotenfrage (Anm. 1), S. 65–71; Müller, Dienstbare Geister (Anm. 1), S. 33–40.
83. Sämtliche Angaben nach Engelsing, Einkommen (Anm. 1), S. 38–51.
84. Zit. nach Budde (Hg.), In Träumen (Anm. 1), S. 72. Schulte, Dienstmädchen (Anm. 1), S. 908f.; M. Tichy, Alltag und Traum. Leben und Lektüre der Dienstmädchen im Wien der Jahrhundertwende, Wien 1984; auch auf die früheren Jahrzehnte bezogen: Engelsing, Arbeitsmarkt (Anm. 1), S. 230–234; ders., Sozialgeschichte (Anm. 1), S. 262–283. – Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, N F 4 (1853/54), S. 106f.: Bericht über Sparkasseneinlagen des Gesindes im Regierungsbezirk Arnsberg: Landwirtschaftlich-gewerbliches Gesinde könne wohl kaum sparen, eher schon *einige* der Dienstboten zur persönlichen Bequemlichkeit der Herrschaft. Es gebe im Bezirk 54.400 Dienstboten (1849), die große Mehrzahl landwirtschaftlich-gewerblich;

3.139 Sparkassen-Einlagen entfielen auf Dienstboten, mit einer durchschnittlichen Höhe von 57 Talern. Zu den Spareinlagen einer Minderheit von Dienstboten in anderen Städten: Engelsing, Sozialgeschichte (Anm. 1), S. 270–272; hier auch Beispiele für die Berücksichtigung von Dienstboten in Testamenten der Herrschaft; ebd., S. 275: „Manche Dienstboten besaßen bei ihrer Heirat so viel Vermögen, daß sie in der Hauptstadt ein kleines Geschäft eröffnen konnten." – Sehr stark betont die Chance der Dienstboten, durch Heirat aufzusteigen, anhand französischer und englischer Beispiele: McBride, The Domestic Revolution (Anm. 24), S. 82ff. Skeptischer: P. Branca, Women in Europe since 1750, London 1978, S. 34f., 37; Ottmüller, Dienstbotenfrage (Anm. 1), S. 75ff.; D. Wierling, „Ich hab meine Arbeit gemacht – was wollte sie mehr?". Dienstmädchen im städtischen Haushalt der Jahrhundertwende, in: Hausen (Hg.), Frauen suchen (Anm. 1), S. 144–171, hier 147, 168f. (Anm. 10); dies., Mädchen für alles (Anm. 1), S. 262.

85. Vgl. Engelsing, Arbeitsmarkt (Anm. 1), S. 236f.: In Berlin wurde 1873 festgestellt, daß auf 1.000 Dienstboten 17, auf 1.000 Arbeiterinnen 13 Prostituierte kämen. Von 2.224 Berliner Prostituierten waren 1873 43% Heimarbeiterinnen und Verkäuferinnen, 36% Dienstmädchen, 16% Fabrikarbeiterinnen und 6% Kellnerinnen. Vgl. auch R. Schulte, Sperrbezirke. Tugendhaftigkeit und Prostitution in der bürgerlichen Welt, Frankfurt 1979, S. 69ff. – Vgl. auch die Beispiele für Dienstbotenelend bei K. Vanja, Dörflicher Strukturwandel zwischen Übervölkerung und Auswanderung. Zur Sozialgeschichte des oberhessischen Postortes Halsdorf, 1785–1867, Marburg 1978, S. 153ff., 162; sowie Schulte, Dienstmädchen (Anm. 1), S. 910–920 und Wierling, Mädchen für alles (Anm. 1), S. 223–235 (über Selbstmorde, Prostitution und Krankheiten von Dienstmädchen).

86. Vgl. oben Anm. 81.

87. Dienstmädchenbriefe nach Stillich, Lage (Anm. 1), S. 125; auch bei Schulte, Dienstmädchen (Anm. 1), S. 891.

88. Sans Gêne, Jugenderinnerungen (Anm. 1), S. 71, 100f., 103f.; Engelsing, Sozialgeschichte (Anm. 1), S. 222f. zum Theaterbesuch der Dienstboten seit dem späten 18. Jahrhundert. – Gerhard, Verhältnisse (Anm. 42), S. 59. Im Bericht einer anonymen Schreiberin der „Frauen-Zeitung" (von 1850) hieß es: „Je weiter gegen Osten, je kleiner das Krähwinkel, desto größer der philisterhafte Kastengeist, die Absonderung der Stände, desto größer auch die Geringschätzung, mit der die kleinbürgerliche Welt in ihrer Beschränktheit auf die dienende Klasse herabsieht." Gedruckte Einladungen zu Konzerten im hinterpommerschen Köslin enthielten die Schlußformel „Dienstboten werden nicht zugelassen". – Generell zu Arbeit und Freizeit: Engelsing, Arbeitsmarkt (Anm. 1), S. 191–196; Müller, Dienstbare Geister (Anm. 1), S. 143–171 (sehr informativ, jedoch, wie die meisten anderen Darstellungen, vor allem über Dienstboten zur Zeit des Wilhelminischen Reichs). So auch Stillich, Lage (Anm. 1), S. 115ff. 419ff.

89. Vgl. M. Freudenthal, Gestaltwandel der städtischen bürgerlichen und proletarischen Hauswirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Typenwandels von Frau und Familie, I. [Einziger] Teil: 1760–1910, Diss. Frankfurt, Würzburg 1934; die Beschreibung „bürgerlicher Kost" in Hamburg Anfang der 70er Jahre bei Budde (Hg.), In Träumen (Anm. 1), S. 81f., Nipperdey, Geschichte (Anm. 73), S. 139ff.; Giedion, Die Herrschaft (Anm. 21), S. 557–675.

90. Vgl. Budde (Hg.), In Träumen (Anm. 1), S. 61f.: „Doch in einem Monat war ich eingeübt und ich war stolz, es nun schon soweit zu können, ohne immer wieder zu fragen." – Viersbeck, Erlebnisse (Anm. 40), S. 6f. über ihren ersten Tag als Köchin in einem Hamburger Haushalt der 1870er Jahre; Sans Gêne, Jugenderinnerungen (Anm. 1), S. 142ff.: zu ihrem Wettbewerb mit der jungen Frau eines Lehrers in Danzig, die wenig vom Haushalt verstand. Das obige Zitat aus einem Zeugnis von 1911 nach Müller, Dienstbare Geister (Anm. 1), S. 156.

91. H. Davidis, Die Hausfrau. Praktische Anleitung zur selbständigen und sparsamen Führung von Stadt- und Landhaushalten, Leipzig 1860, S. 253, 263, zit. nach Müller, Dienstbare Geister (Anm. 1), S. 152.

92. Vgl. ebd., S. 143–165; Wierling, „Ich hab. . ." (Anm. 84), S. 148–155 (mit weiterer Literatur).

93. Vgl. dies., Vom Mädchen (Anm. 1), S. 57–87; Budde (Hg.), In Träumen (Anm. 1), S. 59.

94. Vgl. als Beispiel ebd., S. 71f. – K. v. Rosen, Zur Dienstbotenfrage. Eine Erwiderung an Dr. Oscar Stillich, Leipzig 1903, S. 14f.; nach Schulte, Dienstmädchen (Anm. 1), S. 901.

95. Vgl. ebd., S. 903: Die Kritikerin Stillichs (vgl. Anm. 94) schrieb 1903: „Unsere schlechten Wohnungsverhältnisse zwingen uns, mit den Dienstboten in fortwährende Berührung zu kommen. Wir

leben mit ihnen[...]. Wir alle, ob wir unsere Dienstboten gut oder schlecht behandeln, sind in ihren Händen und ihrer Klatsch- und Verleumdungssucht preisgegeben[...]"

96. Daß die Hausfrau die Bezugsperson war, mit der es das Mädchen ständig zu tun hatte, zeigt jede Lektüre der vorhandenen autobiographischen Zeugnisse. Dies betont auch die sehr gute Untersuchung über US-amerikanische Dienstmädchen: D. M. Katzman, Seven Days a Week. Women and Domestic Service in Industrializing America, New York 1978, S. 153.
97. Vgl. Sans Gêne, Jugenderinnerungen (Anm. 1), S. 81ff., 122ff., 142ff.: Beispiele für alle drei Fälle. Zum sexuellen Übergriff des Herrn auf das Mädchen siehe auch Schulte, Dienstmädchen (Anm. 1), S. 909 und die Hinweise dort Anm. 119.
98. Dies nach den Untersuchungen von P. Kottmann, der in seiner Diss. „Studien zur Verrechtlichung und Reproduktion unter besonderer Berücksichtigung der Kindestötung in Deutschland vom 18. zum 19. Jahrhundert" (Bielefeld 1985) die Schicksale von 37 jungen Frauen genauer untersucht hat, die wegen Kindestötung zwischen 1823 und 1845 angeklagt wurden. 26 von ihnen lebten zum Zeitpunkt der Schwängerung als Dienstboten im Haushalt ihrer Herrschaft. In 13 Fällen war ein Hausangehöriger der (uneheliche) Vater: in zwei Fällen der Dienstherr, in elf Fällen Mitdienende. Die in den ausgewerteten Gerichtsberichten zutage tretenden physischen und psychischen Notsituationen dieser Frauen, die fast durchweg als unehelich Schwangere bzw. als uneheliche Mütter aus ihrer Stelle entlassen wurden, sind erschütternd.
99. Beispiele bei Budde (Hg.), In Träumen (Anm. 1), S. 71, 73; v. d. Goltz, Die soziale Bedeutung (Anm. 14), S. 46ff.
100. Angestrengte Bürgerlichkeit dieser Art beschreibt O. v. Leixner, Soziale Briefe aus Berlin. 1888–1891 mit bes. Ber. der sozialdemokratischen Strömungen, Berlin 1891, S. 172–180 (zum Haushalt eines Staatsdieners, zu dem gleichwohl ein „Mädchen für alles" gehört); teilweise abgedruckt bei Ritter u. Kocka (Hg.), Sozialgeschichte (Anm. 63), S. 345–348; vor allem auch Schulte, Dienstmädchen (Anm. 1), S. 882ff.
101. E. Laddey, Aus dem Reiche der Frau. Bilder aus dem Frauenleben, Stuttgart 1873, S. 329, zit. nach Müller, Dienstbare Geister (Anm. 1), S. 144.
102. Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung, Nr. 222, 22. 9. 1867 (Hinweis v. Gunilla Budde).
103. Vgl. Engelsing, Sozialgeschichte (Anm. 1), S. 187f., 192, pass. Zur großen Bedeutung der Bildung für die Bürgerlichkeit des deutschen Bürgertums vgl. J. Kocka (Hg.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987, S. 35ff., 147f., R. Vierhaus, Art. „Bildung", in: GGr, Bd. 1, S. 508–551.
104. Vgl. H. Rosenbaum, Formen der Familie. Untersuchungen zum Zusammenhang von Familienverhältnissen, Sozialstruktur und sozialem Wandel in der deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, Frankfurt 1982, S. 251–380, bes. 285ff., 373ff. (zur bürgerlichen Familie). – Katzman, Seven Days (Anm. 96), S. 117: „She [das Dienstmädchen, J. K.] is in the family, but not of it."
105. Vgl. Engelsing, Sozialgeschichte (Anm. 1), S. 238, 240, 260; Schulte, Dienstmädchen (Anm. 1), S. 883ff.; Wierling, „Ich hab..." (Anm. 84), S. 157, 164f. Generell zur Notwendigkeit von Form, Spiel und Repräsentation als Moment der bürgerlichen Kultur und des bürgerlichen Habitus vgl. P. Bourdieu, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt 1983[2] (frz. 1979), S. 288–322, 332f., 396, 408ff.; F. H. Tenbruck, Bürgerliche Kultur, in: F. Neidhardt u. a. (Hg.), Kultur und Gesellschaft (= KZSS, Sonderht. 27), Opladen 1986, S. 263–285.
106. V. d. Goltz, Die soziale Bedeutung (Anm. 14), S. 28–31, 35.
107. So etwa L. Büchner, Die Frauen und ihr Beruf, Leipzig 1872[4], S. 175–201: Neben einem neuen „Verhältnis der Feindschaft" beobachtet sie, daß sich im Gesinde ein geldorientiertes Äquivalenz-Denken durchsetze, das sich in einem ständigen Gehen und Kommen spiegele. Sie fordert bessere Erziehung für die Töchter der unteren Schichten und kritisiert die Selbstüberhebung der Herrschaften, die sich angesichts der Leuteknappheit geradezu auf einen „Mägdekrieg" einließen. – Vgl. auch Könnecke, Rechtsgeschichte (Anm. 1), S. 163ff.: sehr kritische Berichte hessischer Lokalbehörden über die Gesindeverhältnisse 1857. – Siehe auch die kritischen Beobachtungen bei O. Bähr, Eine deutsche Stadt vor sechzig Jahren. Kulturgeschichtliche Skizze, Leipzig 1886[2], S. 188f.: „Welche Ansprüche erheben nicht heute unsere Dienstboten! Ansprüche, an welche sie vor zwei Menschenaltern noch nicht dachten[...]. In unglaublichem Putze gehen die Frauen einher. Dienstmädchen[...] verschwenden ihren Lohn für elegante Kleider, kaufen sich falsche Zöpfe, lassen sich Visitenkarten drucken, tragen Hüte und Glacéhandschuhe, so daß sie

von ihrer Herrin kaum zu unterscheiden sind." – Vgl. auch M. Stephan, Die unbotmäßige Dienstbotin, in: C. Lipp (Hg.), Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen. Frauen im Vormärz und in der Revolution 1848/49, Baden-Baden 1985, S. 56–75. – Vgl. Der Arbeitgeber. Archiv für die gesammte Volkswirthschaft. Centralanzeiger für Stellen- und Arbeitsgesuche, hg. v. M. u. F. Wirth, Frankfurt 1856ff.: Nr. 8 (19. 11. 1856), S. 57 über die weitverbreiteten Klagen der Herrschaften, daß Dienstboten nicht mehr arbeiteten, daß sie veruntreuten, anspruchsvoll würden und den Moden folgten. – Nr. 56 (21. 10. 1857), S. 471 zu den täglichen Klagen in Chemnitz über den Mangel an weiblichen Dienstboten, „da die große Mehrzahl junger Mädchen sich vernünftigerweise lieber der Industrie als dem Dienen zuwendet". Es sei „freudig zu begrüßen, daß die Industrie endlich auch verbessernd in das Schicksal armer junger Mädchen eingegriffen hat, indem sie ihnen Gelegenheit in vollem Maße bietet, sich selbständig zu ernähren." „Störend ist dies allerdings für diejenigen, welche Dienstmädchen gebrauchen, einmal weil sie schwer zu bekommen sind und dann, weil der Dienstlohn dadurch immer höher steigt." – Nr. 83 (28. 4. 1858), S. 664: Über neue „Dienstbotenvereine", die sich um die „Verbesserung des Dienstbotenwesens mit öffentlich vertheilten Ehrenpreisen in Geld oder anderen Geschenken" kümmern, „die denen zuerkannt werden, die sieben Jahre oder mehr bei einer und derselben Herrschaft zu deren Zufriedenheit ausgehalten haben". Der liberale „Arbeitgeber" kritisiert das: „Der beschleunigte Wechsel der Zeit hat uns alle ergriffen[...], und kann die Dienenden allein nicht unberührt gelassen haben. Der Markt hat sich sehr zu ihrem Vortheil erweitert, auf dem sie ihre Leistungen anzubieten haben; ihre Rechtssphäre hat sich ausgedehnt; und ihr Gesichtskreis hat, sei es vermöge besseren Volksunterrichts oder vermöge anderer Lichter, vorher unbekannte Fernen für immer in sich aufgenommen."

108. Beispiele entsprechender Klagen über Dienstboten im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit bei Frauenstädt, Zur Geschichte des ländlichen Gesindewesens in den preußischen Ostprovinzen, in: Zs. f. Socialwissenschaft 3, Berlin 1900, S. 871–887; Vormbaum, Politik (Anm. 1), S. 120ff.: Klagen über die zunehmende Eitelkeit, Üppigkeit, Verschwendung und Wechselhaftigkeit der Dienstboten 1803; sowie vor allem Müller-Staats, Klagen (Anm. 1), S. 22ff., 170ff. über Kritik an Dienstboten seit Luther.
109. Vgl. Stillich, Lage (Anm. 1), S. 74, 385, 390; Engelsing, Sozialgeschichte (Anm. 1), S. 333, Anm. 158; S. Schulz, Die Entwicklung der Hausgehilfinnen-Organisation in Deutschland, Rechts- und Wirtschaftswiss. Diss. Tübingen 1961.
110. Durch „exit" statt durch „voice", durch Abwanderung statt durch Widerspruch. Vgl. A. O. Hirschman, Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmen, Organisationen und Staaten, Tübingen 1974.
111. Vgl. Engelsing, Sozialgeschichte (Anm. 1), S. 184–189. – Vgl. auch U. Jeggle, Kiebingen. Eine Heimatgeschichte. Zum Prozeß der Zivilisation in einem schwäbischen Dorf, Tübingen 1977, S. 80: Über eine Dienstmagd (1851) als „schlechte Person", die dem 15jährigen Sohn zumutet, „bey ihr zu liegen, bis sie warm sey etc.".
112. Vgl. Engelsing, Sozialgeschichte (Anm. 1), S. 180–224, bes. 183f., 189, 192, 195. Die „Modernisierungswirkungen" des Dienstes in bürgerlichen Häusern auf die Mädchen aus dem Volke betont Branca, Women (Anm. 84), S. 34–39. – Zur Gesamtproblematik des Klassenkontakts: J. Kocka u. E. Müller-Luckner (Hg.), Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert. Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich, München 1986.

Anmerkungen zum 3. Kapitel

1. Sehr brauchbare Kurzbeschreibung der verschiedenen landwirtschaftlichen Regionen unter den Gesichtspunkten der Besitzverteilung, Arbeitsformen und sozialen Eigenarten in I. Weber-Kellermann, Erntebrauch in der ländlichen Arbeitswelt des 19. Jahrhunderts auf Grund der Mannhardtbefragung in Deutschland von 1865, Marburg 1965, S. 48–92, 172–204, 240–256, Anhang: Karte 1 (aber ohne Baden und Österreich). Die Besitzgrößenverteilung in den verschiedenen Staaten und Regionen des Zollvereins um 1860, soweit überhaupt statistisch vergleichbar zu

erschließen, bei: G. v. Viebahn, Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschlands, Bd. 2, Berlin 1862, S. 552–559 (kategoriale Erläuterungen), 559–565 (Preußen), 565–574 (sonstiger Zollverein, meist mit sehr viel schlechteren Statistiken); 597–619 (zusammenfassend). Sehr nützliche Zusammenstellung zur regionalen Differenzierung der Betriebsgrößenstatistik: S. Dillwitz, Die Struktur der Bauernschaft von 1871–1914. Dargestellt auf der Grundlage der deutschen Reichsstatistik, in: JbG 9, 1973, S. 47–127. – Überholt: B. Huppertz, Räume und Schichten bäuerlicher Kulturformen in Deutschland. Ein Beitrag zur deutschen Bauerngeschichte, Bonn 1939. Insgesamt: Th. v. d. Goltz, Geschichte der deutschen Landwirtschaft, 2 Bde., Stuttgart 1902/03. Schöne Synthese aufgrund intensiver Forschungen: Ch. Dipper, Die Bauernbefreiung in Deutschland 1790–1850, Stuttgart 1980.

2. Dazu D. Sabean, Intensivierung der Arbeit und Alltagserfahrung auf dem Lande, in: Sowi 6, 1977, S. 148–152; auch u. d. T.: Small Peasant Agriculture in Germany at the Beginning of the 19th Century: Changing Work Patterns, in: PS 7, 1978, S. 218–224. Durchbrochen wurde die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern vor allem zu Erntezeiten und beim Anbau von Spezialkulturen. Genauer: I. Weber-Kellermann, Landleben im 19. Jahrhundert, München 1987, S. 132ff., 144ff., 167ff.
3. Zur zunehmenden Marktquote F.-W. Henning, Kapitalbildungsmöglichkeiten der bäuerlichen Bevölkerung in Deutschland am Anfang des 19. Jahrhunderts, in: W. Fischer (Hg.), Beiträge zu Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur im 16. und 19. Jahrhundert, Berlin (West) 1971, S. 57–81, 63; ders., Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2: 1750 bis 1976, Paderborn 1978, S. 95, 100. v. Viebahn, Statistik, Bd. 2 (Anm. 1), S. 953 schätzte 1862 für den Zollverein, daß ein Drittel der erzeugten landwirtschaftlichen Güter auf den Markt gebracht wurden. S. auch S. v. Ciriacy-Wantrup, Agrarkrisen und Stockungsspannen. Zur Frage der langen „Welle" in der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin 1936, S. 92f.
4. Vgl. F.-W. Henning, Die Entwicklung des Grundstückverkehrs vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts, in: H. Coing u. W. Wilhelm (Hg.), Wissenschaft und Kodifikation des Privatrechts im 19. Jahrhundert: Die rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Grundeigentums und Grundkredits, Frankfurt 1976, S. 172–198. Zum Vergleich zwischen ostdeutschen Gütern und west- bzw. nordwestdeutschen Höfen: A. Neumann, Die Bewegung der Löhne der ländlichen „freien" Arbeiter im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Königreich Preussen gegenwärtigen Umfangs vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis 1850, Berlin 1911, S. 134f., 148.
5. Diese Kategorien finden sich schon, mit kleinen Abweichungen, in den drei grundlegenden Quellenwerken zum Thema: A. v. Lengerke (Hg.), Die ländliche Arbeiterfrage. Ergebnisse einer gesamtpreußischen Enquête des Königlichen Landes-Oekonomie-Kollegiums vom Juni 1848 auf der Grundlage von insgesamt 168 Antworten landwirtschaftlicher Vereine und Arbeitgeber, Berlin 1849; Th. v. d. Goltz (Hg.), Die Lage der ländlichen Arbeiter im Deutschen Reich, Berlin 1875 (Ergebnis einer reichsweiten Enquête des Congresses deutscher Landwirthe im Frühjahr und Sommer 1873 auf der Grundlage von etwa 2.000 Antworten landwirtschaftlicher Vereine und Arbeitgeber); Die Verhältnisse der Landarbeiter in Deutschland, 3 Bde. (= SchrVfS 53–55), Leipzig 1892 (auf der Grundlage einer reichsweiten Enquête des VfS 1891/92 mit etwa 2.500 Antworten von Landwirten): Bd. 1 behandelt Nordwestdeutschland, Bd. 2 das westliche und südliche Deutschland, und Bd. 3 ist identisch mit M. Weber, Die Verhältnisse der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland, jetzt als: ders., Die Lage der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland 1892, 2 Halbbde., hg. v. M. Riesebrodt (= MWGA I/3), Tübingen 1984. – Als einzigartige Quelle zum Thema: F. Rehbein, Das Leben eines Landarbeiters, hg. v. P. Göhre, Leipzig 1911 (ND Berlin (Ost) 1955; Darmstadt 1973). – Weiterhin: A. Meitzen, Der Boden und die landwirthschaftlichen Verhältnisse des Preußischen Staates, Bd. 2, Berlin 1869; G. Schmoller, Die ländliche Arbeiterfrage mit besonderer Rücksicht auf die norddeutschen Verhältnisse, in: ZGS 22, 1866, S. 171–233; Th. v. d. Goltz, Die ländlichen Arbeiterverhältnisse, in: Concordia. Zs.f. d. Arbeiterfrage 1, 1871, S. 33f.; ders., Die einzelnen Klassen der ländlichen Arbeiter, in: ebd., S. 55–57; ders., Die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung, Danzig 1872, 1874²; ders (Hg.), Die Verhandlungen der Berliner Conferenz ländlicher Arbeitgeber, Danzig 1872; ders., Die ländliche Arbeiterfrage und der preußische Staat, Jena 1893; M. Weber, Die ländliche Arbeitsverfassung (1893), in: ders., Ges. Aufsätze z. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Tübingen 1924, S. 444–469; ders.,

Entwicklungstendenzen in der Lage der ostelbischen Landarbeiter (1894), in: ebd., S. 470–501; H. E. Fiedler, Die Arbeiterfrage auf dem Lande und Vorschläge zur Reform des ländlichen Arbeiterwesens, Leipzig 1895. – Weber-Kellermann, Erntebrauch (Anm. 1); G. Franz, Landwirtschaft 1800–1850; u. M. Rolfes, Landwirtschaft 1850–1914, in: HbDWS II, S. 276–320, 495–526, bes. 301–304, 506–510; Th. Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983, S. 145–178; zuletzt H.-U. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution" 1815–1845/49, München 1987, S. 162–174 (mit Literatur). – Besonders wichtige Regionalstudien: H. Bielefeldt, Das Eindringen des Kapitalismus in die Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Sachsen und der angrenzenden Gebiete, Diss. Berlin 1910; H. Plaul, Landarbeiterleben im 19. Jahrhundert. Eine volkskundliche Untersuchung über Veränderungen in der Lebensweise der einheimischen Landarbeiterschaft in den Dörfern der Magdeburger Börde unter den Bedingungen der Herausbildung und Konsolidierung des Kapitalismus in der Landwirtschaft. Tendenzen und Triebkräfte, Berlin (Ost) 1979; H.-J. Rach u. B. Weissel (Hg.), Bauer und Landarbeiter im Kapitalismus in der Magdeburger Börde. Zur Geschichte des dörflichen Alltags vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, Berlin (Ost) 1982; dies. (Hg.), Landwirtschaft und Kapitalismus. Zur Entwicklung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse in der Magdeburger Börde vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des ersten Weltkrieges, 2 Bde., Berlin (Ost) 1978; U. Bentzien, Landbevölkerung und agrartechnischer Fortschritt in Mecklenburg vom Ende des 18. bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts. Eine volkskundliche Untersuchung, Berlin (Ost) 1983; R. Berthold, Zur Herausbildung der kapitalistischen Klassenschichtung des Dorfes in Preußen, in: ZfG 25, 1977, S. 556–574; H. Harnisch, Kapitalistische Agrarreform und Industrielle Revolution. Agrarhistorische Untersuchungen über das ostelbische Preußen zwischen Spätfeudalismus und bürgerlich-demokratischer Revolution von 1848/49 unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Brandenburg, Weimar 1984; E. Jordan, Die Entstehung der Konservativen Partei und die preußischen Agrarverhältnisse von 1848, München 1914, S. 38–82; H. Schissler, Preußische Agrargesellschaft im Wandel. Wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Transformationsprozesse von 1763 bis 1847, Göttingen 1978, bes. S. 177–185; K. Blaschke, Grundzüge und Probleme einer sächsischen Agrarverfassungsgeschichte, in: Zs. d. Savigny Stiftung f. Rechtsgeschichte/German. Abt. 82, 1965, S. 223–287; P. Fried, Die Sozialentwicklung im Bauerntum und Landvolk, in: M. Spindler (Hg.), Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 2, München 1974/75, S. 749–780; S. M. Phayer, Religion und das Gewöhnliche Volk in Bayern 1750–1850, München 1970; W. v. Hippel, Die Bauernbefreiung im Königreich Württemberg, 2 Bde., Boppard 1977; H.-G. Husung, Zur ländlichen Sozialschichtung im norddeutschen Vormärz, in: H. Mommsen u. W. Schulze (Hg.), Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung, Stuttgart 1981, S. 259–273; E. Katz, Landarbeiter und Landwirtschaft in Oberhessen, Berlin 1904; J. Mooser, Ländliche Klassengesellschaft 1770–1848. Bauern und Unterschichten, Landwirtschaft und Gewerbe im östlichen Westfalen, Göttingen 1984; G. Schildt, Tagelöhner, Gesellen, Arbeiter. Sozialgeschichte der vorindustriellen und industriellen Arbeiter in Braunschweig 1830–1880, Stuttgart 1986, S. 31–155; J. Šolta, Die Bauern der Lausitz. Eine Untersuchung des Differenzierungsprozesses der Bauernschaft im Kapitalismus, Bautzen 1968; J. Purš, Die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft der böhmischen Länder in der Zeit von 1849 bis 1879, in: JbWG 1963/II, S. 31–96, bes. 47ff. – O. Kodedová, Die Lohnarbeit auf dem Großgrundbesitz in Böhmen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Historica 14, 1967, S. 123–147, bes. S. 146ff. – Weiterhin F. Wunderlich, Farm Labour in Germany 1810–1945. Its Historical Development Within the Framework of Agricultural and Social Policy, Princeton 1961; R. G. Moeller (Hg.), Peasants and Lords in Modern Germany, Boston 1986; R. J. Evans u. W. R. Lee (Hg.), The German Peasantry. Conflict and Community in Rural Society from the Eighteenth to the Twentieth Centuries, London 1986. Zu Österreich: J. Ehmer u. M. Mitterauer (Hg.), Familienstruktur und Arbeitsorganisation in ländlichen Gesellschaften, Wien 1986, S. 185–234; A. Hoffmann (Hg.), Österreich-Ungarn als Agrarstaat. Wirtschaftliches Wachstum und Agrarverhältnisse in Österreich im 19. Jahrhundert, Wien 1978.

6. Sp. I enthält nur „Selbständige, welche nicht nebenher landwirtschaftliche Tagelöhnerei treiben, auch sonstige Geschäftsleiter". Davon waren im Reichsdurchschnitt 83% reine Bauern oder Gutsbesitzer, 17% gaben irgendeinen Nebenerwerb an (in Sachsen 20%, in Württemberg 10%). –

Nicht mitgezählt sind in der Tabelle jene Personen, die nach ihren Angaben nur nebenberuflich in der Landwirtschaft tätig waren, also etwa gewerbliche Arbeiter mit einem kleinen landwirtschaftlichen Nebenbetrieb. Neben den 2,25 Mio. selbständigen Bauern und Gutsbesitzern der Sp. 1 gab es im Deutschen Reich 1882 immerhin 2,12 Mio. nebenberufliche Landwirte (Selbständige). Das Zahlenverhältnis von hauptberuflichen zu nebenberuflichen Landwirten lautete für Ostpreußen 1:0,4; für Bayern 1:0,5; dagegen für die preußische Provinz Sachsen 1:1,8 und fürs Rheinland 1:1,3. – Auch die Nebenberuflichen unter den „mithelfenden Familienangehörigen" (Reich: 627.000 gegenüber 1.873.000 Hauptberuflichen) sind in der Tab. nicht aufgeführt. – In den anderen Kategorien spielten die Nebenberuflichen eine viel kleinere Rolle (281.000 nebenberufliche im Vergleich zu 1.570.000 hauptberuflichen landwirtschaftlichen Gesindepersonen) oder eine verschwindende Rolle (nur 9.000 nebenberufliche im Vergleich zu 8.665.000 hauptberuflichen Häuslern, nur 67.000 nebenberufliche im Vergleich zu 1.374.000 hauptberuflichen freien und kontraktlich gebundenen Tagelöhnern).

7. Einführend sehr gut K. Tenfelde, Ländliches Gesinde in Preußen. Gesinderecht und Gesindestatistik 1810–1861, in: AfS 19, 1979, S. 189–229; sowie weiterhin: W. Kähler, Gesindewesen und Gesinderecht in Deutschland, Jena 1896; Th. Vormbaum, Politik und Gesinderecht im 19. Jahrhundert (vornehmlich in Preußen 1810–1918), Berlin (West) 1980. – S. Musiat, Zur Lebensweise des landwirtschaftlichen Gesindes in der Oberlausitz, Bautzen 1964; D. Sauermann, Das Verhältnis von Bauernfamilie und Gesinde in Westfalen, in: Niedersächsisches Jb. f. Landesgeschichte 50, 1978, S. 27–44; R. Schulte, Bauernmägde in Bayern am Ende des 19. Jahrhunderts, in: K. Hausen (Hg.), Frauen suchen ihre Geschichte. Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, München 1983, S. 110–127; O. Könnecke, Rechtsgeschichte des Gesindes in West- und Süd-Deutschland, Marburg 1912 (vor allem über Kurhessen); E. Lennhoff, Das ländliche Gesindewesen in der Kurmark Brandenburg vom 16.–19. Jahrhundert, Breslau 1906; B. Runne, Die rechtliche Lage der Dienstboten im Lande Hadeln vom 16. bis 19. Jahrhundert, in: Jb. der Männer v. Morgenstern 37, 1956, S. 69–84; J. Walleitner, Der Knecht. Lebens- und Volkskunde eines Berufsstandes im Oberpinzgau, Salzburg 1947; J. Grießmair, Knecht und Magd in Südtirol, dargestellt am Beispiel der bäuerlichen Dienstboten im Pustertal, Innsbruck 1970. – K.-S. Kramer, Einiges über die Lage des Gesindes in einem ostholsteinischen Gutsbezirk, in: ZfV 70, 1974, S. 20–38; M. Scharfe, Bäuerliches Gesinde im Württemberg des 19. Jahrhunderts. Lebensweise und Lebensperspektiven. Erste Annäherung an das Problem, in: H. Haumann (Hg.), Arbeiteralltag in Stadt und Land, Berlin (West) 1982, S. 40–60; ders., „Gemühtliches Knechtschaftsverhältnis"? Landarbeiterfahrungen 1750–1900, in: K. Tenfelde (Hg.), Arbeit und Arbeitserfahrung in der Geschichte, Göttingen 1986, S. 32–50. – H. Morgenstern, Gesindewesen und Gesinderecht in Österreich, Wien 1902.

7a. Vgl. oben S. 125ff.

8. Nach StdDtR 212/II, 1912, Anh. S. 22*f. gehörten 58% der knapp 5,3 Mio. landwirtschaftlichen Betriebe (einschließlich derer von nebenberuflichen Landwirten) im Deutschen Reich 1882 zu den Kleinstbetrieben bis 2 ha, weitere 18,6% zu den Kleinbetrieben (2–4 ha) und weitere 17,6% zu den Größenklassen 5–20 ha. Nur knapp 6% gehörten zu den Großbetrieben mit 20 ha und mehr. Umgekehrt entfielen auf die Kleinstbetriebe (bis 2 ha) knapp 6%, auf die Kleinbetriebe (2–5 ha) 10%, auf die Mittelbetriebe mit 5–20 ha knapp 30% und auf die Großbetriebe mit 20 ha und mehr 55% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Vgl. auch unten S. 183ff. Zwei Drittel der Betriebe zwischen 5 und 10 ha beschäftigten *Ende des Jahrhunderts* keine ständigen familienfremden Arbeitskräfte, wahrscheinlich war der Anteil der gesindehaltenden Betriebe dieser Größenordnung vor 1875 ein wenig höher. In der Größenordnung über 10 ha waren ein oder mehrere ständige familienfremde Arbeitskräfte dagegen die Regel. Die großbäuerlichen Betriebe mit 20–50 ha beschäftigten im Durchschnitt je 2,2 ständige und 1,2 zeitweilige familienfremde Arbeitskräfte. Zweifellos lagen diese Prozentzahlen für Höfe gleicher Größe vor 1875 – also bevor landwirtschaftliche Maschinen nennenswert eingeführt wurden und als die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte noch billiger waren – höher. Vgl. Dillwitz, Struktur (Anm. 1), S. 71ff. – Musiat, Lebensweise (Anm. 7), S. 35ff.: beim Großbauern je zwei Knechte und zwei Mägde, mit deutlichen Ansätzen zur Arbeitsteilung zwischen ihnen; beim mittleren Bauern ein Knecht und eine Magd; 5–15 Mägde und Knechte auf den Gütern. Weiterhin W. Kuhne, Landarbeiter. Ein Beitrag zur Geschichte eines Berufsstandes, München 1977, S. 15 mit Zahlen für Westfalen. – Zum 18. Jahrhundert Kocka, Weder Stand (Anm. 41), S. 144ff.

9. Doch hing dies auch von der aktuellen Zusammensetzung der Familie ab. – Vgl. oben Anm. 2.

10. Sehr genau zu den Rangstufen und Aufgaben verschiedener Gesindepersonen bei Salzburger Großbauern: Walleitner, Knecht (Anm. 7), S. 25ff.
11. Rehbein, Leben (Anm. 5), S. 73. – Weber-Kellermann, Erntebrauch (Anm. 1), 72f., 77f., 81, 84f., 176, 179, 187, 196, 200f., 243, 248, 251, 254 zur Spezialisierung des Gesindes auf Bauernhöfen und Gütern in verschiedenen Regionen. Weiter Meitzen, Boden, Bd. 2 (Anm. 5), S. 109; Spezialisierung des Gesindes im Münsterland; Musiat, Lebensweise (Anm. 7), S. 38ff.; K. Vanja, Dörflicher Strukturwandel zwischen Übervölkerung und Auswanderung. Zur Sozialgeschichte des oberhessischen Postortes Halsdorf, 1785–1867, Marburg 1978, S. 137ff. (S. 140 zur Bedeutung des Pferdeknechts); Bentzien, Landbevölkerung (Anm. 5), S. 73, 159f.; Kähler, Gesindewesen (Anm. 7), S. 99.
12. Die folgenden Zahlen nach StdDtR 4, 1884, S. 14f. (für 1882). Vgl. auch Kähler, Gesindewesen (Anm. 7), S. 62f.: Im Reichsdurchschnitt zählten 1882 83% des häuslichen und 81% des landwirtschaftlichen Gesindes 30 Lebensjahre und weniger. 95,5% des häuslichen und 94% des landwirtschaftlichen Gesindes waren unverheiratet. Leider fehlen vergleichbare Zahlen für frühere Jahre. Aber im Vormärz lag der Anteil der Älteren und der Verheirateten sicherlich höher. – Vgl. Musiat, Lebensweise (Anm. 7), S. 60ff., 70ff. (Wohnen), 83ff. (Essen), 120ff. (Kleidung), 129ff. (Bräuche, u. a. Spinnstuben). – Autobiographisch: Rehbein, Leben (Anm. 5), S. 71ff. – Gemeinsamer Essenstisch nach W. Asmis, Zur Entwicklung der Landarbeiterlöhne in Preußen, in: Landwirtschaftliche Jbb. 52, 1919, S. 457–614, 573; ähnlich: A. Wreilmann, Die sozialen Wirkungen der Industrialisierung auf die landwirtschaftliche Bevölkerung im Emschergebiet, in: Vestisches Jb. 51, 1949, S. 5–43, 8; Kähler, Gesindewesen (Anm. 7), S. 61, 79, 81f., 93; Vanja, Strukturwandel (Anm. 11), S. 137–142. Fürs späte 19. Jahrhundert: R. Schulte, Dienstmädchen im herrschaftlichen Haushalt. Zur Genese ihrer Sozialpsychologie, in: ZBL 41, 1978, S. 897–920; A. Schnorbus, Die ländlichen Unterschichten in der bayerischen Gesellschaft am Ausgang des 19. Jahrhunderts, in: ZBL 30, 1967, S. 824–852, 847. – Zur Geschlechterzusammensetzung auch die Tabellen in JbSPS 2, 1867, S. 236f., 254f. – Generell auch: H. Linde, Das Gesinde in der bäuerlichen Familienwirtschaft, in: Schriftenreihe f. ländliche Sozialfragen, Ht. 9, Hannover 1953, S. 69–79.
13. Vgl. Schulte, Bauernmägde (Anm. 7), S. 114f.; Kramer, Einiges (Anm. 7), S. 28f.; Sauermann, Verhältnis (Anm. 7), S. 33. – Gängige Gesinde-Wechseltermine waren Lichtmeß (2. Feb.) und Michaelis (1. Okt.), also der Beginn und das Ende des bäuerlichen Wirtschaftsjahres, doch gab es vielfache regionale Besonderheiten. Weber-Kellermann, Landleben (Anm. 2), S. 164f.; Plaul, Landarbeiterleben (Anm. 5), S. 91f.
14. Vgl. v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 484f.: Im nordöstlichen Deutschland liege das Heiratsalter der männlichen landwirtschaftlichen Arbeiter häufig unter 25, fast niemals über 30 Jahren; im südöstlichen Deutschland dagegen selten unter 25, häufig über 30 und manchmal sogar zwischen 35 und 40. Zu den regionalen Unterschieden im Bevölkerungswachstum oben S. 41ff.
15. Vgl. Schulte, Bauernmägde (Anm. 7), S. 122–125 (an bayrischen Beispielen des späten 19. Jahrhunderts); ähnlich über ein protestantisches Gebiet in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts: K.-S. Kramer, Gutsherrschaft und Volksleben. Ein Forschungsprojekt im SFB 17, dargest. an einem Beispiel aus Ostholstein, in: Rhein.-Westf. ZfV 22, 1976, S. 14–33, 30f.; Weber-Kellermann, Landleben (Anm. 2), S. 178ff.. – Generell M. Mitterauer, Ledige Mütter. Zur Geschichte illegitimer Geburten in Europa, München 1983.
16. „In allen Kirchspielsgerichten sind Akten über die Wiederzuführung entlaufener Dienstboten vorhanden[...] Widerstand wird durch die Dienstboten eigentlich nie geleistet, da sie es ja nicht anders gewohnt sind und wohl selbst von der Rechtmäßigkeit dieses Verfahrens überzeugt sind [1. Hälfte des 19. Jhs.]. Anzeigen über entlaufende Dienstboten werden auch in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts noch als Strafsache behandelt." Nach Runne, Lage der Dienstboten (Anm. 7), S. 78. – Zur Züchtigung auch Rehbein, Leben (Anm. 5), S. 52f. (Prügelszenen auf einem pommerschen Gut Anfang der 70er Jahre); Musiat, Lebensweise (Anm. 7), S. 46; Tenfelde, Gesinde (Anm. 7), S. 200f.; Plaul, Landarbeiterleben (Anm. 5), S. 125ff. – Die Debatte um die Verschärfung des Kontraktbruchverbots von 1854 (Preußen) stellt sich ganz als ein landwirtschaftlich-ländliches Problem dar. Siehe die Quellen bei H. Hübner u. H. Kathe (Hg.), Lage und Kampf der Landarbeiter im ostelbischen Preußen (vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zur November-Revolution 1918/19), 2 Teilbde., Vaduz 1977, S. 181ff.
17. Gemeint sind das bürgerliche Familienideal und die Intimisierung der Familienbeziehungen mit

ausgrenzender Wirkung; die Aufwertung von Bildung und Umgangsformen, an denen das Dienstmädchen wenig teilhatte; das Bedürfnis nach bestimmten Formen der Repräsentation, zu der demonstrative Verfügung über und Abgrenzung gegenüber Dienstpersonal gehörte; Ausdifferenzierung von Arbeit und Freizeit für bürgerliche Berufe. Dazu oben S. 140ff.

18. Das Folgende nach Kramer, Gutsherrschaft (Anm. 15), S. 20f; ders., Einiges (Anm. 7), S. 22ff.; ders., Ländliche Wohnverhältnisse in holsteinischen Gutsbezirken von 1650 bis 1850, in: H.-J. Teuteberg (Hg.), Homo habitans. Zur Sozialgeschichte des ländlichen und städtischen Wohnens in der Neuzeit, Münster 1985, S. 29–42. Zur Bauernbefreiung in Schleswig-Holstein Dipper, Bauernbefreiung (Anm. 1), S. 71–74.
19. Beispiele der Arbeitsteilung und Rangordnung innerhalb des Gesindes von Gütern: H. Wendorff, Zwei Jahrhunderte landwirtschaftlicher Entwicklung auf drei gräfl. Stolberg-Wernigeroder Domänen. Auf Grund archivalischen Materials und der Wirtschaftsbücher, Berlin 1890, S. 194ff.; G. Lange, Die Entwickelung der landwirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere der Viehzucht, auf dem Rittergute Bersdorf in Schlesien 1770 bis zur Gegenwart, Königsberg 1908, S. 96ff.; Musiat, Lebensweise (Anm. 7), S. 35–38.
20. Vgl. die Schilderung der Kartoffelernte auf einem hinterpommerschen Gut bei Rehbein, Leben (Anm. 5), S. 34ff. (das Gesinde nimmt teil).
21. Ebd., S. 39ff. (hier Zit. S. 40); Kramer, Einiges (Anm. 7), S. 23ff.; Musiat, Lebensweise (Anm. 7), S. 68–70, 74, 90f. (Alkohol auf Rittergütern). Vgl. auch v. d. Goltz, Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 65; negativ zur Institution des Scharwerkers (1872).
22. Rehbein, Leben (Anm. 5), S. 40, 55.
23. Schilderung nach Kramer, Gutsherrschaft (Anm. 15), S. 21ff.. Vgl. auch H. Zwahr, Über Agrarstruktur und bäuerliche Klassenverhältnisse in den Kreisen Bautzen und Kamenz (1882–1914), in: Lětopis 8, 1961, S. 18–72, 18ff., 32ff.; J. Nichtweiss, Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches. Ein Beitrag zur Geschichte der preußisch-deutschen Politik von 1890–1914, Berlin (Ost) 1959, S. 9ff., 68ff.; R. Koselleck, Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791–1848, Stuttgart 1967, S. 448ff., 487ff.; Tenfelde, Gesinde (Anm. 7), S. 203–06 zu Mecklenburg. Generell oben S. 26ff. zu den Unvollkommenheiten und Verzögerungen der Agrarreformen.
24. Vgl. R. Pfahl, Landarbeiterlöhne und ihre Bewegung vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges. Eine Studie zur Lage kontraktgebundener Landarbeiter auf den domanialen Pachthöfen des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin, in: JbWG 1973/IV, S. 79–124, 84f. – Bestätigend die Zahlen für Knecht und Magd, in: Lange, Entwickelung (Anm. 19), S. 98f. (kaum Steigerung bzw. Abnahme der Nominallöhne 1837–1852 bzw. 1859 auf einem schlesischen Rittergut); ähnlich die Barlohnanteile für Pferdeknechte und Pferdejungen im Vergleich von 1834/35 und 1860/65 auf Gütern des Regierungsbezirks Magdeburg: Wendorff, Zwei Jahrhunderte (Anm. 19), S. 184f (anders der Lohn der Kuh- und Ochsenknechte ebd.); ähnlich die Angaben für Knechte und Mägde in Gelsenkirchen und Recklinghausen bei Jordan, Entstehung (Anm. 5), S. 62.
25. Vgl. die Zusammenstellung bei Wendorff, Zwei Jahrhunderte (Anm. 19), S. 184f.
26. Neben der Arbeitslosigkeit, der Unterbeschäftigung und den rückläufigen Weltmarktpreisen für Textilstoffe im Falle der Heimweber etc.
27. Die Eigenthumslosen im Amte Eutin. Vom Advocaten Lindemann, Eutin 1832, S. 8f.: eine Klage und Petition von 326 Heuerinsten (Gutstagelöhnern) aus mehreren Dörfern an den „Durchlauchtigsten Großherzog, Gnädigsten Fürsten und Herrn".
28. Vgl. Lengerke (Hg.), Arbeiterfrage (Anm. 5).
29. Vgl. v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 482f., 496ff. zum Gesamtergebnis. – Die Landarbeiter-Enquête des „Vereins für Sozialpolitik" 1891/92 berücksichtigte ebenfalls das Gesinde als eine Kategorie ländlicher Arbeiter und betonte seinen Verdienstzuwachs (s. Anm. 5). Darauf fußt Weber, Lage (Anm. 5), bes. S. 932ff. (Lohnvergleiche 1849 – 1873 – 1892 an Beispielen).
30. Der Taler (= 30 Silbergroschen) entsprach drei Mark. Nach v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 453f. Als Beköstigung des Knechtes werden aufgezählt: 14 Pfund Brot pro Woche im Sommer, 12 Pfund im Winter; ein Pfund Butter bzw. Schmalz pro Woche; 26 Scheffel Kartoffeln und 100 Pfund Fleisch und Speck im Jahr; 1 1/2 Pott Milch pro Tag, Heringe und Gemüse und Zutaten für

insgesamt 14 T. 18 Sgr. Bier und Branntwein für sechs Taler, Suppenmehl für drei Taler. – Für die Magd wurden dieselben Posten (außer Branntwein), nur in geringeren Quantitäten, angesetzt. – Ebd., S. 446, 452f. zur grundsätzlichen Problematik der Umrechnung von gewährter Kost in Geldwerte. Der Verlust, den der Arbeitgeber durch Darreichung der Kost erlitt (diesen beziffern die obigen Zahlen), war nicht immer gleich dem Gewinn, der dem Empfänger daraus erwuchs. – Im hessischen Halsdorf erhielt ein Knecht schon 1858 neben der Verköstigung jährlich 24 Taler in bar, ein Paar Schuhe, 20 Ellen Leinwand, zwei Pfund Wolle, etwas Lein zum Säen und einen Taler Mietgeld, also insgesamt 30 Taler. Eine Magd erhielt zehn Taler bar (Mietgeld wohl einbegriffen), zwei Paar Schuhe, 27 Ellen Leinwand, vier Pfund Wolle, einen Taler zu Neujahr und einen Korb Kartoffeln, zusammen also 20 Taler pro Jahr (neben der Verköstigung). Nach Vanja, Strukturwandel (Anm. 11), S. 138.

31. Dazu W. G. Hoffmann u. a., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin (West) 1965, S. 589f., 594f., 598f. (Preissteigerungen für einzelne Verbrauchsgruppen seit 1850).

32. Vgl. Asmis, Entwicklung (Anm. 12), S. 582: Steigerung der Knechte- und Mägde-Barlöhne im rheinischen Geldern 1843 bis 1908; Pfahl, Landarbeiterlöhne (Anm. 24), S. 116. Entsprechende Steigerungen der Gesindelöhne auf einigen Gütern zeigen: Wendorff, Zwei Jahrhunderte (Anm. 19), S. 182–189, 196f. Lange, Entwickelung (Anm. 19), S. 98f.

33. Vgl. v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 452: „Die Gesindelöhne sind im Verhältnis zu den Tagelöhnen ungemein hoch, wenn man erwägt, daß der Gesindelohn bei der Mehrzahl der Dienstboten lediglich zur Beschaffung der Kleidung und einiger kleiner Bedürfnisse eines einzelnen Menschen bestimmt ist, während der Tagelohn sämmtliche Bedürfnisse einer ganzen Familie decken soll." Bestätigend Jordan, Entstehung (Anm. 5), S. 70f. – Zur Steigerung der Gesindelöhne ab ca. 1850 auch P. Ilisch, Zum Leben von Knechten und Mägden in vorindustrieller Zeit, in: Rhein.-Westf. ZfV 22, 1976, S. 255–265, 264. Zum späteren 19. Jahrhundert v. d. Goltz, Arbeiterfrage (Anm. 5) (1893), S. 123; Musiat, Lebensweise (Anm. 7), S. 94ff.

34. Vgl. oben Tab. 24 auf S. 116. Wo es herkömmlicherweise viel landwirtschaftliches Gesinde gab und der industrielle Wandel schon in den 50er Jahren sehr fühlbar wurde, begann die Schrumpfung des landwirtschaftlichen Gesindes früher, etwa in der Provinz Sachsen – vgl. Bielefeldt, Eindringen (Anm. 5), S. 131 – und wohl auch in Westfalen (s. Anm. 42 unten). Für die 1860er/70er Jahre auch: v. Viebahn, Statistik, Bd. 2 (Anm. 1), S. 271ff.; v. d. Goltz, Arbeiterfrage (Anm. 5) (1872), S. 64f.; Weber, Entwicklungstendenzen (Anm. 5), S. 479f.; oben S. 153 Tabelle 25. – Zum Wachstum bis 1861: JbSPS 2, 1867, S. 236f.; sowie Tenfelde, Gesinde (Anm. 7), S. 209 (Tabelle). Die Zahlen sind nicht ganz eindeutig, da sie bis 1858 nicht zwischen landwirtschaftlichem und gewerblichem Gesinde trennen. – Zum drastischen Rückgang des Gesindes in den 1820er Jahren bes. im Osten vgl. K. Böhme, Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse in Ostpreußen während der Reformzeit von 1770–1830. Gefertigt nach den Akten der Gutsarchive zu Angerapp und Gr.-Steinort, Leipzig 1902, S. 89.

34a. Das betonen Bielefeldt, Eindringen (Anm. 5), S. 131; v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 451. Für die ebd. ausgewertete Enquête von 1873 war Gesinde- und Arbeitermangel auf dem Lande ein großes Thema, für die entsprechende Enquête von 1849 – s. Lengerke (Hg.), Arbeiterfrage (Anm. 5) – noch gar nicht. v. Viebahn, Statistik, Bd. 2 (Anm. 1), S. 619 berichtet 1862 von einem neuen „Übelstand": „Was die Arbeiterfrage[...] betrifft, so hat der vielfach behauptete Übervölkerung unerachtet, der vermehrte Bedarf [der Landwirtschaft an Arbeitskräften], die Konkurrenz mit anderen höher lohnenden Beschäftigungen, die Anziehungskraft des Stadtlebens und die Auswanderung in manchen Gegenden einen temporären Mangel hervorgerufen[...]". Eine Versammlung deutscher Land- und Forstwirte habe bereits darüber beraten. Vgl. auch Schildt, Tagelöhner (Anm. 5), S. 141ff. 1866 schrieb Schmoller, Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 178f.: „Die Klage über mangelnde Knechte und Mägde sind nun auch das Hervortretendste in den Berathungen und Berichten der letzten Jahre." Die Dienstbücher (seit 1846 in Preußen gesetzlich eingeführt) trügen wenig dazu bei, die immer häufigeren Kontraktbrüche zu vermeiden. „Jeder ist froh, einen Knecht mit oder ohne Dienstbuch zu finden; wie soll man da strafen, daß er ihn ohne Dienstbuch annahm?"

35. V. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 503. – Zur Abwanderung in die Städte auch Asmis, Entwicklung (Anm. 12), S. 504 (aus Pommern), 517 (aus Posen), 524f. (aus Schlesien) und 549 (aus

Schleswig-Holstein). – Über die „jetzt besonders den Nordosten Deutschlands entvölkernde Auswanderung" klagte 1872 eine Berliner „Conferenz ländlicher Arbeitgeber", aus der ein Deutscher Verein ländlicher Arbeitgeber hervorging. Vgl. v. d. Goltz (Hg.), Verhandlungen (Anm. 5), S. 87.

36. V. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 451.
37. Lengerke (Hg.), Arbeiterfrage, (Anm. 5), S. 171–233, 171; S. 177: „Jeder will womöglich selbständig, lieber Taglöhner als Knecht sein, sich nicht einer fremden Hausordnung fügen, sich nicht in allen Kleinigkeiten des täglichen Lebens hofmeistern lassen."
38. Vgl. W. Heße, Rheinhessen in seiner Entwicklung von 1798 bis Ende 1834. Ein statistisch staatswirthschaftlicher Versuch, Mainz 1835, S. 75; Archiv der Landwirthschaft in den Kgl. Preußischen Staaten VII/13, 1849, S. 101f.: Prämien (Mantel mit Mütze) für Dienstjubiläen und Mützen mit Farben des fürstlichen Hauses als „Dienstauszeichnung". S. auch H. Plaul, Grundzüge der Entwicklung von Lebensweise und Kultur der einheimischen Landarbeiterschaft in den Dörfern der Magdeburger Börde, in: Rach u. Weissel (Hg.), Bauer (Anm. 5), S. 79–116, 87: Dienstbotenverbesserungsvereine Ende der 30er Jahre.
39. Schmoller, Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 180–182.
39a. Braunschweiger und sächsische Beispiele: Schildt, Tagelöhner (Anm. 5), S. 73–75; Bielefeldt, Eindringen (Anm. 5), S. 132; Plaul, Landarbeiterleben (Anm. 5), S. 125ff.
40. In der Umgebung großer Städte berichteten die Landwirte 1873 besonders häufig über das Wegwandern der Arbeitskräfte und die Notwendigkeit, aus anderen Gegenden Nachschub zu beschaffen. Vgl. v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 187, 189, 191, 193 (Reg. Bez. Potsdam, Abwanderung nach Berlin, besonders im Winter; Nachschub aus dem Warthebruch und Schlesien); S. 271, 273 (Reg. Bez. Düsseldorf: Abwanderung ins Ruhrgebiet, Zuzug aus Holland, aus der Eifel und vom Westerwald, bes. für die Ernte). Oder Runne, Lage (Anm. 7), S. 79f.: Im Lande Hadeln, links von der Elbmündung, nicht weit von Hamburg, Cuxhaven und Bremen, wurden ab 1868 schwedische Dienstboten importiert. 1875 hieß es in einem Vertrag, der für Hadeln 83 westpreußische Dienstboten verpflichtete: „Herr Dolberg (der Vermittler) verpflichtet sich zur Besorgung... der Dienstboten franco Cuxhaven." Zur Sogkraft Magdeburgs vgl. Plaul, Grundzüge (Anm. 38), S. 87.
41. Vgl. Weber-Kellermann, Erntebrauch (Anm. 1), S. 395; Sauermann, Verhältnis (Anm. 7), S. 35–45. Umgekehrt duzte die Bauernfamilie das Gesinde weiter. Wie die Bauern des Ruhrgebiets 1840–1870 in die Geldwirtschaft einbezogen werden (aufgrund ihrer regulierungsbedingten Verschuldung, neuer Verkehrsverbindungen und Verbrauchsgewohnheiten) zeigt F. Beckmann, Der Bauer im Zeitalter des Kapitalismus, in: Schmollers Jb. 50, 1926, S. 719–748, bes. 729ff. – Lockerungen des Gesinde-Herrschaft-Verhältnisses seit den 1870er Jahren beschreibt: M.-L. Hopf-Droste, Das bäuerliche Tagebuch. Fest und Alltag auf einem Artländer Bauernhof 1873–1919, Museumsdorf Cloppenburg 1981, S. 66–72: die Hälfte aller Dienstverhältnisse werden nach einem Jahr gekündigt.
42. Darauf verweist die Entwicklung im Reg. Bez. Münster, wo 1819–1855 die Zahl der Knechte geringfügig abnahm (von 18.500 auf 17.500), aber dies durch eine leichte Zunahme der Mägde (24.600 auf 26.700) mindestens ausgeglichen wurde, bevor beide Zahlen 1855–1861 scharf sanken. Nach JbSPS 2, 1867, S. 236f., 254f. Es handelt sich um die durch das Kgl. Preuß. Statist. Büro selbst überarbeiteten Zahlen; ich halte sie für zuverlässiger als die leicht abweichenden Reihen, auf die sich Tenfelde, Gesinde (Anm. 7), S. 216f. stützt und die aus ebd. 1, 1863, stammen.
43. Zit. nach Vormbaum, Politik (Anm. 7), S. 206. – Zum bäuerlichen Gesinde in anderen Regionen vgl. Musiat, Lebensweise (Anm. 7), S. 131–133, 142 (zur Ausdifferenzierung der Spinten); Zwahr, Agrarstruktur (Anm. 23), S. 32 (Gesindestuben bei Großbauern); Ilisch, Leben (Anm. 33), S. 263f. zu den Veränderungen im 19. Jahrhundert (u. a. zunehmende Rekrutierungsdistanz im Münsterland); Schnorbus, Unterschichten (Anm. 12) über die noch recht intakten Verhältnisse in Bayern im späten 19. Jahrhundert; Runne, Lage (Anm. 7) über ein nordwestdeutsches Bauernland (S. 81f. über Knechtemärkte und Gesindemakler). Sehr beständig wirkt das Herrschaft-Gesinde-Verhältnis in der Beschreibung bei Kähler, Gesindewesen (Anm. 7), S. 79 (Hannover), S. 83f. (Westfalen), S. 92f. (Oldenburg), S. 94 (Lippe), S. 100f. (Bayern).
44. Vgl. oben Anm. 1.
45. Vgl. Katz, Landarbeiter (Anm. 5), S. 16.

46. C. Arnold, in: Archiv der Landwirtschaft in den Kgl. Preußischen Staaten VIII/15, 1850, S. 107–150, 112f.
47. V. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 451. Ebd. wird festgestellt, daß der Übergang zu kurzfristigeren Vertragsverhältnissen und Auszahlungsformen vor allem in Süddeutschland zu beobachten sei. Vgl. aber Kähler, Gesindewesen (Anm. 7), S. 101, der für Bayern Anfang der 90er Jahre feststellt, daß der Gesindelohn meist noch jährlich festgesetzt und ausgezahlt werde. Er bestätigt jedoch, was von der Goltz berichtet, für Hessen, Württemberg und Baden: S. 99, 102–104.
48. Vgl. z. B. v. Hippel, Bauernbefreiung (Anm. 5), S. 545.
49. Kähler, Gesindewesen (Anm. 7), S. 104; 99: Anfang der 90er Jahre holte man in Hessen Ost- und Westpreußen, Posener, Schlesier, Schweizer und Schweden ins Land. Vorwiegend „drängt die Entwicklung auf die Umgestaltung in ein ganz loses Vertragsverhältnis unter besonderer Betonung des geldwirtschaftlichen Moments". Weiterhin: Verhältnisse I (Anm. 5), S. 329 (Baden), 299 (Württemberg).
50. Vgl. Weber-Kellermann, Erntebrauch (Anm. 1), S. 246–249, 278–281.
51. Reste von Fronarbeit bestanden etwa in Schlesien und Posen, aber auch in Hannover und anderswo mindestens bis in die 1850er Jahre fort; vermutlich wirkten sie lohndrückend. Vgl. Neumann, Bewegung (Anm. 4), S. 170, 193, 205f., 217–221, 226f. zum Zusammenhang der Ablösung von Diensten mit der Erhöhung der Löhne. – Die Löhne für „Zwangsgesinde" lagen deutlich niedriger als die Löhne für freiwillig dienendes Gesinde (zu Beginn des 19. Jahrhunderts, auf einem Gut in der Nähe Leipzigs): H.-C. Krug v. Nidda u. v. Falkenstein, Die Organisation des Landwirtschaftsbetriebes auf dem Rittergute Frohburg in den letzten beiden Jahrhunderten, Diss. Leipzig 1927, S. 195.
52. Vgl. oben S. 116.
53. Dazu P. Kollmann, Geschichte und Statistik des Gesindewesens in Deutschland, in: JbbNS 10, 1868, S. 237–301, 287ff. Siehe auch Tab. 25 (zu 1882) und Kähler, Gesindewesen (Anm. 7), S. 61.
54. Vgl. JbSPS 2, 1867, S. 262, 264. 1861 betrug der Anteil der Knechte an der männlichen erwachsenen Bevölkerung (über 14 Jahre): 15,5% im Reg. Bez. Gumbinnen, 14,3% in Königsberg und 10,7% in Danzig im Vergleich zu 10,4% in Münster und 3,7% in Koblenz. Im selben Jahr betrug der Anteil der Mägde an der gesamten Bevölkerung: 10,8% in Gumbinnen, 9,8% in Königsberg und 8,4% in Danzig im Vergleich zu 13,2% in Münster und 6,0% in Koblenz. – In der Grundtendenz ähnlich Tenfelde, Gesinde (Anm. 7), S. 216f. Siehe auch Schmoller, Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 176: Die Tabelle bestätigt, daß es 1858 in der Landwirtschaft Ostelbiens mehr „Knechte, Mägde, Jungen" als „Taglöhner und Handarbeiter" gab. Wenn man in Rechnung stellt, daß der nicht-landwirtschaftliche Anteil in der Kategorie „Taglöhner und Handarbeiter" deutlich höher lag als in der Kategorie „Knechte, Mägde, Jungen", dürfte dies auch für 1861 gegolten haben (gegen die Schlußfolgerung Schmollers).
55. Vgl. Tab. 25, S. 153, sowie Kähler, Gesindewesen (Anm. 7), S. 61: 1882 ist der Gesindeanteil im Osten bereits deutlich hinter dem in Westfalen zurückgeblieben. Zeitgenössische Aussagen bestätigen dies für die 60er und 70er Jahre; vgl. oben Anm. 34.
56. So M. Sering, Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland, Leipzig 1893, S. 71; Neumann, Bewegung (Anm. 4), S. 148 sowie S. 88–92 zur Spekulation vor 1820; Dipper, Bauernbefreiung (Anm. 1), S. 125; W. Abel, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter, Hamburg 3. neubarb. u. erw. Aufl. 1978, S. 231: In Ostfriesland gingen in der Agrarkrise der 1820er Jahre über die Hälfte der Grundbesitzer (meist Bauern) in Konkurs. Vgl. auch G. F. Knapp, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Theilen Preußens (1882), München 1927², 1, S. 236. – Steigende Bodenpreise seit den 1830er Jahren dokumentiert: v. Ciriacy-Wantrup, Agrarkrisen (Anm. 3), S. 35, 117. – Die 1.287 Rittergüter in der Provinz Sachsen wiesen 1835–1864 2.160 Besitzveränderungen auf, darunter 1.144 freiwillige Verkäufe. Der durchschnittliche Kaufpreis pro ha eines Ritterguts betrug 1841–1860 1.216, 1861–1880 2.135 und 1881–1895 2.945 Mark. Nach J. Conrad, Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie, Bd. 1, Jena 1907, S. 130.
57. So bereits der Gutsverwalter A. Rothe, Beitrag zu der Zeitfrage: über den Verfall der ländlichen Dienstboten, in: Archiv der Landwirtschaft in den Kgl. Preußischen Staaten VII/13, 1849, S. 98–103, 100.
58. Nach Neumann, Bewegung (Anm. 4), S. 254, 255, 256, 194. Weitere Belege zur zunehmenden

Prägung der Gutsbesitzer durch kapitalistisch-unternehmerische Einstellungen: Weber-Kellermann, Erntebrauch (Anm. 1), S. 53–56. H. Rosenberg, Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse, in: Zur Geschichte und Problematik der Demokratie. Fs. f. Hans Herzfeld, Berlin (West) 1958, wieder in: ders., Probleme der deutschen Sozialgeschichte, Frankfurt 1969, S. 7ff.

58a. Die Ersetzung von Verköstigung durch Barlohn und Naturaldeputate um 1870 beschreibt Wendorff, Zwei Jahrhunderte (Anm. 19), S. 170, 176–89, 196.

59. Vgl. v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 451f.: Verheiratete männliche Dienstboten (eine Minderheit) nenne man im nordöstlichen Deutschland Deputatisten. „[...] letztere empfangen einen *festen Jahreslohn in Geld und außerdem ein bestimmtes Deputat in Naturalien* (Viehfutter, Kartoffelland, Getreide, Wohnung u.s.w.)[...]. Die Deputatisten nehmen gewissermaßen eine Zwischenstellung zwischen Gutstagelöhnern und eigentlichem Gesinde ein. Vielfach hat man aber auch in Norddeutschland jetzt [1875] das Institut der verheiratheten Knechte eingeführt und denselben eine ähnliche, wenn auch etwas weniger günstige, Stellung wie den Deputatisten gegeben. Man ist dazu durch den Mangel an unverheiratheten Knechten gezwungen worden; verheirathete Knechte sind im Ganzen zuverlässiger, wechseln auch nicht so leicht den Dienst als Unverheirathete." – Lebensverhältnisse von Knechtsfamilien: G. Dyhrenfurth, Ein schlesisches Dorf und Rittergut. Geschichte und soziale Verfassung, Leipzig 1906, S. 69ff.

60. Nach Hübner u. Kathe (Hg.), Lage (Anm. 16), S. 183–193 zum Gesetz vom 24. 4. 1854 und seiner Vorgeschichte. Vgl. unten Anm. 75a.

61. V. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 454 zum Stand 1873: „In den preussischen Provinzen Preussen, Pommern, Posen und Brandenburg, sowie in den Großherzogthümern Mecklenburg bilden sie das Hauptcontingent der landwirthschaftlichen Arbeitskräfte; auch in einzelnen Theilen Hannovers, in Lauenburg und Schleswig-Holstein sind sie sehr zahlreich vorhanden. In den Provinzen Schlesien und Sachsen treten sie an Zahl und Bedeutung gewöhnlich schon hinter den freien Tagelöhnern zurück; noch mehr ist dies im Herzogthum Braunschweig der Fall. Im mittleren Deutschland spielen die Gutstagelöhner nur eine untergeordnete Rolle, in Süddeutschland kommen sie fast gar nicht vor."

62. Zu Mecklenburg Mitte des Jahrhunderts Bentzien, Landbevölkerung (Anm. 5), S. 95; zu Schleswig-Holstein: G. Hanssen, Die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Umgestaltung der *gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse überhaupt in den Herzogthümern Schleswig und Holstein*, St. Petersburg 1861, S. 106f. 192; Neumann, Bewegung (Anm. 4), S. 24ff.; zu den Bezeichnungen v. d. Goltz, Arbeiterfrage (1893) (Anm. 5), S. 98. Vgl. auch Meitzen, Boden, Bd. 2 (Anm. 5), S. 97: Meist wurde in der Provinz Preussen auf je 100–150 Morgen eine fest engagierte Arbeiterfamilie angesetzt.

63. Einerseits handelte es sich um Gutsbauern, andererseits um andere nicht-spannfähige, nicht-regulierungsfähige Kleinbauern, deren Stellen jetzt von den Gütern teilweise eingezogen wurden oder die anders in Schwierigkeiten kamen, u. a. weil sie ihr bisheriges Nutzungsrecht am Gemeindeland – als Folge der Reform – verloren. Auch bis dahin auf dem Gut arbeitende und lebende besitzlose oder fast besitzlose untertänige „Tagelöhner", „Losleute" und dergleichen gingen in diese neue Kategorie ein; zur Herausbildung der Kategorie in der Provinz Sachsen: Bielefeldt, Eindringen (Anm. 5), S. 11f.

64. Vgl. v. d. Goltz, Arbeiterfrage (1872) (Anm. 5), S. 5ff.; Jordan, Entstehung (Anm. 5), S. 61ff.

65. Vgl. v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 454f.: „Der Scharwerker ist meist ein halberwachsener Bursche oder junges Mädchen und entweder das eigene Kind des Gutstagelöhners oder häufiger ein gemietheter Dienstbote. In den Provinzen Preußen, Pommern, Posen und Brandenburg, sowie in Mecklenburg pflegt den Dienstleuten allgemein die Verpflichtung zur Haltung eines Scharwerkers obzuliegen; in den übrigen Gegenden, wo Gutstagelöhner vorkommen, braucht außer dem Manne gewöhnlich blos die Ehefrau, soweit als möglich, zur Arbeit zu erscheinen. Allgemeine Sitte ist es, daß die unerwachsenen Kinder der Dienstleute, insofern sie arbeitsfähig und schulfrei sind, in dringenden Arbeitszeiten gegen entsprechenden Tagelohn in der Gutswirthschaft des Herrn *beschäftigt werden*."

66. Vgl. Lengerke (Hg.), Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 13f., 29ff., pass.; Knapp, Bauernbefreiung, Bd. 1 (Anm. 56), S. 333ff. (Gutstagelöhner in der Neumark 1842); A. Thaer, Über die Stellung der Tagelöhner insbesondere in der Mark Brandenburg, Berlin 1865 (nur über Drescher); v. d.

Goltz, Arbeiterfrage (1872) (Anm. 5), S. 8f.; ders. (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 454ff.; Bentzien, Landbevölkerung (Anm. 5), S. 95–97: Bei der Einführung von Maschinen wurde der Drescherlohn zunächst vom bis dahin üblichen 16. bis 18. Scheffel auf den 25. Scheffel verringert (etwa ab 1850 in Mecklenburg), bevor er in ein Fixum umgewandelt oder abgeschafft wurde. Vgl. Schildt, Tagelöhner (Anm. 5), S. 55: der Geldlohn von „festen Tagelöhnern" auf den Gütern tiefer als der freier Tagelöhner. – Der freie Verkauf des überschüssigen Produkts aus der „eigenen" kleinen Wirtschaft konnte durch ein Vorkaufsrecht des Gutsherrn eingeschränkt sein. Das hieß: Begrenzung des Zugangs zum Markt für den Insten und zusätzliche Zwischenhändlergewinne für den Herrn. Vgl. A. Hoffmann, Die Grundherrschaft als Unternehmen, in: ZAA 6, 1958, S. 123ff., 126. – Zwei Instenverträge von 1868 und 1870 abgedruckt bei H. Rüdel, Landarbeiter und Sozialdemokratie in Ostholstein 1872–1878. Erfolg und Niederlage der sozialistischen Arbeiterbewegung in einem großagrarischen Wahlkreis zwischen Reichsgründung und Sozialistengesetz, Neumünster 1986, S. 305–310.

67. Vgl. v. d. Goltz, Arbeiterfrage (1872) (Anm. 5), S. 14f.: 40 Scheffel Getreide als Drescherlohn und 60 Scheffel Kartoffeln aus eigener Ernte in einem Jahr, die Hälfte davon im andern – solche Schwankungen kamen vor. Nach der schlechten Ernte von 1867 kamen viele Familien mit ihren vertraglich festgelegten Einkommen nicht aus. Die Gutsbesitzer mußten mit Vorschüssen einspringen, die zum Teil nie zurückgezahlt wurden.

67a. Die Erlebnisse eines Aushilf-Scharwerkers auf einem hinterpommerschen Gut Ende der 1870er Jahre schildert Rehbein, Leben (Anm. 5), S. 42–50. Er betont, wie sehr sich die Gespräche der Instenfamilie, die ihn beschäftigte und beherbergte, um den Verkauf des Kleinviehs drehten, und wie sehr sie auf hohe Viehpreise hoffte (S. 47f.).

68. Nach W. Hucho, Die Naturalentlohnung in der deutschen Landwirtschaft, in: Berichte über Landwirtschaft, hg. v. Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, NF II, Berlin 1925, S. 571–650, 64f.; weiteres Material bei v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 455.

69. Vom „Halbgesinde" sprach denn auch Fiedler, Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 22.

70. Zur Diskussion um die „halboffene Familienstruktur" in *gewerblichen* Arbeiterhaushalten, die „Schlafgänger" aufnahmen: L. Niethammer u. F. Brüggemeier, Wie wohnten die Arbeiter im Kaiserreich?, in: AfS 16, 1976, S. 61–134. – Zu den Wohnverhältnissen von Drescherfamilien in Brandenburg 1865 genau: Thaer, Stellung (Anm. 66), 7ff.: die durch die Wohnverhältnisse bedingte Verwilderung der Jugendlichen kritisiert v. d. Goltz, Arbeiterfrage (1872) (Anm. 5), S. 17, 28. Franz Rehbein arbeitete und lebte in den 1870er Jahren als Aushilf-Scharwerker (der Sohn des Insten war erkrankt) auf einem hinterpommerschen Gut. Er beschreibt die Wohnverhältnisse der Instenfamilie, bei der er lebte: In Sichtweite des hohen, „schloßartigen" Herrenhauses mit großen Seitenflügeln, breiter Freitreppe und gepflegtem Vorgarten, nicht weit von den Scheunen und Ställen, der Gutsbrennerei und dem Gesindehaus entfernt, stand die unregelmäßige Reihe der Insten-Katen, aus Lehm und Fachwerk gebaut, mit niedrigem Strohdach und holprigem Lehmfußboden ausgestattet. Eine Stube, ein schmaler Flur und eine fensterlose Kammer hatten Mann, Frau, vier Kinder, einen Hilfsknecht und vorübergehend auch den hinzukommenden Scharwerker-Jungen zu beherbergen. Dazu kam zeitweise ein erkranktes Ferkel, das man auf keinen Fall verlieren wollte. An die Kammer grenzte der Stall, z. T. nur durch Torfziegeln abgegrenzt, für die kontraktlich erlaubten vier Schweine, eine Kuh, ein Kalb, Kaninchen, Hühner und Gänse. Der Herd, ein steinerner Ofen, selbstgemachte Bettgestelle, ein paar Stühle, ein großer Tisch, eine Ofenbank werden als Mobiliar genannt, dazu ein Webstuhl, ein Spinnrad und zwischen den Betten die beiden „Laden", „die der Inste und seine Frau bereits besessen hatten, als sie noch Knecht und Magd gewesen waren." Die Wände waren innen feucht und schimmlig, im Winter glitzerte an ihnen das Eis. An Privatheit war nicht zu denken, auch fehlten Vorhänge am Fenster. Rehbein, Leben (Anm. 5), S. 44–46. – Auf die späteren Jahrzehnte bezieht sich: Hofgängerleben in Mecklenburg. Selbst Erlebtes und selbst Erschautes von einem Berliner Arbeitslosen. Mit einem Vorwort von A. Bebel, Berlin 1896.

71. Nach v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 457f., 486 (Zitat). Zahlreiche Einnahme- und Ausgaberechnungen für 1849 und die 1850er Jahre: Lengerke (Hg.), Arbeiterfrage (Anm. 5); Dyhrenfurth, Dorf (Anm. 59), S. 65ff.

71a. Insten wurden denn auch noch oftmals als „Froner" bezeichnet. Vgl. Knapp, Bauernbefreiung,

Bd. 1 (Anm. 56), S. 294. Fiedler, Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 23: „Das Instwesen trägt noch[...] die Eierschalen der Gutsuntertänigkeit an sich".

71b. Vgl. v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 458f. zu einem Vergleich der Kosten kontraktlich gebundener und freier Tagelöhner für den Gutsherrn 1873 (ohne eindeutiges Ergebnis).

71c. Thaer, Stellung (Anm. 66) beschrieb dies 1865 genau für die Mark Brandenburg; er sah (S. 5) in der fehlenden Sonntagsruhe den „Kernpunkt der ganzen Tagelöhnerfrage".

72. Dazu plastisch Rehbein, Leben (Anm. 5), S. 52f.: die zu Tätlichkeiten ausufernde Beschimpfung einer angeblich zu langsam arbeitenden Tagelöhnerfrau beim Dreschen mit der pferdegetriebenen Göpelmaschine durch den Inspektor des Gutes, der hilflose Protest des Insten, die Züchtigung beider mit der Peitsche, die Drohung mit der sofortigen Entlassung, die Bitte um Entschuldigung durch das Tagelöhnerpaar. „[...]keiner der anderen Männer wagte es, *ihrem mißhandelten* Arbeitskollegen beizuspringen[...]" – Zur drückenden Abhängigkeit der Insten (Kätner), die von der Herrschaft Vorschuß nahmen, um Futter für ihr Vieh zu kaufen oder den Hofgänger zu bezahlen, zu dessen Bereitstellung sie verpflichtet waren: ebd., S. 49 und: A. v. Wolff-Laitzen, Beitrag zur ländlichen Arbeiterfrage in Pommern, Diss. Leipzig, Dessau 1875, S. 6.

73. Lengerke (Hg.), Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 94.

74. V. d. Goltz, Arbeiterfrage (1872) (Anm. 5), S. 39, 41.

75. Das Problem wurde bereits 1849 gesehen. Vgl. Lengerke (Hg.), Ländliche Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 94, 95f. über den Reg. Bez. Gumbinnen: Entlassung von Dienstleuten und Feldgesinde „infolge des neuen Armengesetzes, wegen vorgerückten Alters". „Die Besorgnis [der landwirtschaftlichen Arbeitgeber], ernähren zu müssen (ohne das Aequivalent einer Arbeitsleistung) ist so groß, daß die Familien auf den Gütern u.s.w. oft um die Hälfte reducirt sind, in den Dörfern Wohnungen weggebrochen werden, oder leer stehen[...]. Jetzt nimmt Niemand bei Annahme einer Familie [als Gutstagelöhner] die Alten mit auf und so wird – traurig genug! – practisch docirt, daß Kinderliebe und Kinderpflicht Chimäre ist." Vgl. auch Schmoller, Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 191 (1866); ganz eindeutig auch Meitzen, Boden, Bd. 2, (Anm. 5), S. 97 (1869); v. d. Goltz, Arbeiterfrage (1872) (Anm. 5), S. 38–41 (hier Zitate). Ebd., S. 38f. zur Verpflichtung des Gutsherrn, einen entlassenen Insten, der keine neue Stelle findet, zurückzunehmen. Die Praxis der Entlassung von älteren Insten bestätigt mit weiteren Quellen (und Einschränkungen) Jordan, Entstehung (Anm. 5), S. 79f. Zum Zusammenhang: Ch. Sachße u. F. Tennstedt, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Vom Spätmittelalter bis zum 1. Weltkrieg, Stuttgart 1980, S. 195–204, 275–281.

75a. Einige Bestimmungen der Gesindeordnung wurden auf Wunsch der durch Großgrundbesitzerinteressen dominierten Stände in der Provinz Preußen schon 1837 auf die Insten ausgeweitet, etwa auch Polizeihilfe bei Vertragsbruch. Vgl. Hübner u. Kathe (Hg.), Lage (Anm. 16), S. 92 sowie oben S. 171.

76. Lengerke (Hg.), Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 13f., 17 (zu 1848/49); auch bereits A. v. Haxthausen, Die ländliche Verfassung in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Königsberg 1839, S. 106: Der Übergang zum „Instmannstande" werde von vielen Bauern (Kleinbauern?) weder als unvorteilhaft noch als herabwürdigend erachtet. Zum Zuwachs 1849–1873: Asmis, Entwicklung (Anm. 12), S. 479, 501, 548; ebd., S. 492, 516, 521f., 535, 557, 563 zu anderen preußischen Provinzen. Den Zuwachs der Einkommen vor allem seit 1860 bestätigt: Wendorff, Zwei Jahrhunderte (Anm. 19), S. 189ff. (hier auch zur wachsenden Jahreslohn-Differenz von Männern und Frauen). Zitat nach v. d. Goltz, Arbeiterfrage (1872) (Anm. 5), S. 45ff. Ausführlicher dazu ders. (Hg.), Lage (1875) (Anm. 5), S. 454ff., 143f. (Tab. zum Vergleich der Einkommen der drei Landarbeiterkategorien), 486ff. (Budgets). Abweichend kommt Pfahl, Landarbeiterlöhne (Anm. 24), S. 105ff. zu sinkenden Reallöhnen für kontraktgebundene Gutstagelöhner in Mecklenburg zwischen 1849 und 1875.

77. Vgl. Lengerke (Hg.), Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 110: Vorwurf der Indolenz, Schlaffheit, Genügsamkeit, Gleichgültigkeit (bei gleichzeitigem Mißtrauen gegen alle Höherstehenden); ganz ähnlich Schmoller, Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 188. Zur Auswanderung von mecklenburgischen Insten und ihren Motiven vgl. v. d. Goltz, Arbeiterfrage (1872) (Anm. 5), S. 24; ausführlicher dazu ders., Arbeiterfrage (1874^2) (Anm. 5), S. 117ff.

78. Vgl. ebd., S. 111f., 123; ders., Arbeiterfrage (1872) (Anm. 5), S. 35f.; Schmoller, Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 185, 188, 206; Jordan, Entstehung (Anm. 5), S. 78.

79. Eindrucksvoll zeigt die Steigerung der Lohnkosten pro Morgen und Jahr von 1809/10 bis 1902/03

für ein schlesisches Rittergut: Lange, Entwickelung (Anm. 19), S. 79; ähnlich für drei Domänen im Reg. Bez. Magdeburg: Wendorff, Zwei Jahrhunderte (Anm. 19), S. 195. – Zur Zunahme des Saisoncharakters landwirtschaftlicher Arbeit in der Provinz Sachsen seit ca. 1850 vorzüglich: Bielefeldt, Eindringen (Anm. 5), S. 59–77, 125 (Verhältniszahlen); Schildt, Tagelöhner (Anm. 5), S. 136f. (ähnlich für Braunschweig). – Generell auch G. Meyer, Über die Schwankungen in dem Bedarf an Handarbeit in der deutschen Landwirtschaft und die Möglichkeit ihrer Ausgleichung, Jena 1893. E. J. T. Collins, Labour Supply and Demand in European Agriculture 1800–1880, in: E. L. Jones u. S. J. Woolf (Hg.), Agrarian Change and Economic Development. The Historical Problem, London 1969, S. 61–94, bes. 72–82. – Zur Maschinisierung des Dreschens und den sozialen Folgen in Mecklenburg sehr gut: Bentzien, Landbevölkerung (Anm. 5), bes. S. 95–116; F. Mager, Geschichte des Bauerntums und der Bodenkultur im Lande Mecklenburg, Berlin (Ost) 1955, S. 482f.; Plaul, Grundzüge (Anm. 38), S. 87f. (zur Magdeburger Börde).

80. Vgl. Schmoller, Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 188; Meitzen, Boden, Bd. 2 (Anm. 5), S. 95, 98: „Man sucht jetzt [1869] durch Akkordarbeiten wenigstens die Masse der Leistung zu steigern; indess widerstreben die Gewohnheiten der Bevölkerung dieser Art der Thätigkeit; sie zieht eine kärgliche aber mit Ruhe verbundene Lebensweise dem nur mit besonderen Anstrengungen zu erreichenden größeren Verdienste vor, mißtraut den Anerbietungen, zeigt auch Mangel an Verständnis für die Arbeit selbst und läßt sich schwer über ihren Vortheil belehren. Namentlich wird in Westpreußen über die Trägheit und Unordnung der Frauen geklagt [...]". – V. d. Goltz, Arbeiterfrage (1872), (Anm. 5), S. 37f.: zur mangelnden Motivation der Insten, schneller und besser zu arbeiten. „Ihre Leistungen sind bei 14–16 stündiger Tagesarbeit durchschnittlich nicht höher, in vielen Fällen niedriger, als die freier Arbeiter bei 10–12 stündiger." Zur Verbreitung der Akkordbezahlung in der Landwirtschaft 1873: v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 470f. (bes. stark beim Anbau von Handelspflanzen im Süden und Südwesten). Akkorde im Vormärz: Neumann, Bewegung (Anm. 51), S. 217, 232, 241, 243 (nicht mehr im Westen als im Osten); Lengerke (Hg.), Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 55, 88, 101 (Akkord 1848/49 auch im Osten); v. Münchhausen, Die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter in der Grafschaft Glatz, in: Archiv der Landwirtschaft VI/12 (1848), S. 272–296, 294: man verdiene mehr im Akkord. In bezug auf die gräflich Stolberg-Wernigeroder Domänen zeigt Wendorff, Zwei Jahrhunderte (Anm. 19), S. 193f., daß Akkord in der Gestalt des Drescherlohnes, der Löhnung des Saatmeisters und bei der Ernte seit langem in der Landwirtschaft vorkam und schließlich der größte Teil der Ernte (Mähen, Binden etc.) im Akkord bezahlt wurde, wobei er die Mehrleistung bei Akkordarbeit auf 25 bis 33% der bei Tagelohn geleisteten Arbeit ansetzt. Akkordbezahlung kam seit den 1870er Jahren auch bei der Durchführung von Meliorationen und beim Schlachten vor. Vgl. auch Lange, Entwickelung (Anm. 19), S. 94f.

80a. Vgl. Meitzen, Boden, Bd. 2 (Anm. 5), S. 95f.; v. d. Goltz (Hg.), Verhandlungen (Anm. 5), S. 54. – F. Aereboe, Agrarpolitik. Ein Lehrbuch, Berlin 1928, S. 157: steigendes Interesse der Gutsherren an Eigenbewirtschaftung angesichts fortschreitender Landbautechnik.

81. Dazu generell Weber, Entwicklungstendenzen (Anm. 5), S. 479f. und Neumann, Bewegung (Anm. 4), S. 19; A. Skalweit, Gutsherrschaft und Landarbeiter in Ostdeutschland, in: Schmollers Jb. 35, 1911, S. 303–331, 318ff. Zum „Gutsarbeiter" und zu den „Lehrgängen" Bielefeldt, Eindringen (Anm. 5), S. 61, 122f., 131f., 143; Plaul, Grundzüge (Anm. 38), S. 81f., 88–91. Braunschweiger Beispiele für „feste" (kontraktgebundene) Tagelöhner, die ausschließlich für ein und denselben Betrieb (Gut, Hof, Domäne) als „Knechte", Kutscher, Hirten etc. arbeiteten, aber als „Häuslinge" separat auf Miete wohnten: Schildt, Tagelöhner (Anm. 5), S. 33, 36, 64 (auskömmliches, stetiges Leben eines solchen). Weiterhin: v. d. Goltz, Arbeiterfrage (1893) (Anm. 5), S. 479f., 487–500.

82. Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 190.

83. Vgl. Mooser, Klassengesellschaft (Anm. 5), S. 271, 440 (Anm. 93); Weber-Kellermann, Erntebrauch (Anm. 1), S. 179, 201.

84. J. N. v. Schwerz, Beschreibung der Landwirtschaft in Westfalen und Rheinpreußen, Stuttgart 1836, S. 4f.

85. Zu Minden-Ravensberg vgl. vor allem Mooser, Klassengesellschaft (Anm. 5), S. 246–280; W. Mager, Spenge vom frühen 18. Jahrhundert bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, in: ders. (Hg.), Geschichte der Stadt Spenge, Spenge 1984, S. 93–194, hier S. 145–162. – Zu den etwas anderen

Osnabrückischen Verhältnissen: J. Schlumbohm, Bauern und Heuerlinge in Landwirtschaft und Leinengewerbe: Das Kirchspiel Belm um 1810, in: Heimatbuch Belm, Bd. 2, 1985, S. 225–245; ders., Bauern – Kötter – Heuerlinge. Bevölkerungsentwicklung und soziale Schichtung in einem Gebiet ländlichen Gewerbes: das Kirchspiel Belm bei Osnabrück, 1650–1860, in: Niedersächsisches Jb. f. Landesgeschichte 58, 1986, S. 77–88, bes. 86–88; weiter: A. Wrasmann, Das Heuerlingswesen im Fürstentum Osnabrück, Bd. 2, in: Mitteilungen des Vereins f. Geschichte u. Landeskunde v. Osnabrück 44, 1921, S. 1–154; H.-J. Seraphim, Das Heuerlingswesen in Nordwestdeutschland, München 1948. – Zur Ähnlichkeit von Insten und Heuerlingen auch Neumann, Bewegung (Anm. 4), S. 20ff.

86. Dazu weiter unten Kap. 4.
87. Vgl. z.B. das Schreiben des Kgl. Landes-Oeconomie-Collegiums an sämmtliche landwirthschaftliche Central-Vereine, die Verbesserung der materiellen Lage der ländlichen Arbeiter betreffend, in: Archiv der Landwirthschaft in den Kgl. Preuß. Staaten VI/12, 1848, S. 188–192: Die Arbeiter seien in gewisse Klassen aufgeteilt: in Arbeiter ohne Grundeigentum, aber in kontraktlichem Dienstverhältnis zur Gutsherrschaft; in Häusler und Kolonisten mit kleinem Eigentum, das sie aber nicht ernähre sowie in Arbeiter ohne festes Dienstverhältnis und ohne eigenes Grundstück, die zur Miete wohnten und sich Arbeit suchen müßten, um sich zu ernähren. Ähnlich Lengerke (Hg.), Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 17ff.; v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 445ff.; ders., Arbeiterfrage (1893) (Anm. 5), S. 99ff.; die Zuordnung dieser Kategorie zu den „Arbeitern" nicht mehr ganz so klar 1892 in: Verhältnisse der Landarbeiter (Anm. 5).
88. Vgl. Knapp, Bauern-Befreiung, Bd. 1 (Anm. 56), S. 291.
89. Vgl. J. Kocka, Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800, Bonn 1990, S. 89.
90. Lengerke (Hg.), Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 75, 77, 354. 15 Morgen als Grenze nennt für die Ostprovinzen 1816: H. Harnisch, Bevölkerungsgeschichtliche Probleme der industriellen Revolution in Deutschland, in: K. Lärmer (Hg.), Studien zur Geschichte der Produktivkräfte. Deutschland zur Zeit der industriellen Revolution, Berlin (Ost) 1979, S. 267–339, 301 (vielleicht das Minimum etwas unterschätzend).
91. V. d. Goltz, Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 49.
92. V. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 448: ein nach zahlreichen Angaben konstruiertes Modellbudget.
93. Vgl. oben Tab. 25; StdDtR 5, 1885, S. 6*; Berthold, Herausbildung (Anm. 5), S. 556; Dillwitz, Struktur (Anm. 1), S. 54.
94. A. v. Baumbach, Die bäuerlichen Verhältnisse im Reg. Bez. Kassel, Leipzig 1883, S. 121.
95. Vgl. Henning, Kapitalbildungsmöglichkeiten (Anm. 3), S. 63: 2–3 ha um 1850 als Minimum; E. Schremmer, Das 18. Jahrhundert, das Kontinuitätsproblem und die Geschichte der Industrialisierung: Erfahrungen für die Entwicklungsländer, in: ZAA 29, 1981, S. 58–78, 66f.: 2–5 ha als Grenzen für 1895. – Dagegen spricht G. Weippert, Strukturwandlungen im ländlichen Lebensbereich, in: ZAA 3, 1955, S. 169–185, 177, von 7,5 ha als Grenze. – Wieder anders U. Jeggle, Kiebingen. Eine Heimatgeschichte. Zum Prozeß der Zivilisation in einem schwäbischen Dorf, Tübingen 1977, S. 182f.: Besitztümer mit 1 ha und weniger zählt er zur Unterschicht, Besitztümer mit 1–3 ha zur Mittelschicht, mit 3 ha und mehr zur Oberschicht. Dipper, Bauernbefreiung (Anm. 1), S. 132: die für die Ernährung einer Familie nötige Fläche sank von 7–8 auf 2–3 ha.
96. Vgl. auch Dillwitz, Struktur (Anm. 1), S. 62, 65, 108: unter den 3 Mio. Betrieben bis 2 ha (im Reich 1895) waren nur knapp 13% nicht auf Nebenerwerb angewiesen. Aber in Württemberg und in Baden betrug dieser Anteil der lebensfähigen Kleinbetriebe 25%, im Reg. Bez. Wiesbaden immerhin 19%, in Westfalen dagegen nur 8% und in Anhalt gar nur 3%. Von den Inhabern der Höfe mit 2–5 ha hatten im selben Jahr immerhin etwas mehr als die Hälfte Einkünfte aus einem anderen Haupt- oder Nebenerwerb.
97. Zwischen 1837 und 1851 wuchs nämlich die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe nur noch um 12%. Im selben Zeitraum ging die Zahl der Rittergüter leicht zurück, wuchs die Zahl der spannfähigen Bauernwirtschaften um 1% und stieg die der nicht-spannfähigen Besitztümer um 21%. Diese vermehrten sich im selben Zeitraum in Pommern um 43%, in der Provinz Preußen um 49% und in Posen um 39%, dagegen in Schlesien nur um 9%, in der Provinz

Sachsen und in Westfalen um 17%. Mittheilungen des Statistischen Bureau's in Berlin 11, 1858, S. 225.

98. Ebd., S. 170f. für 1849 und 1855; Harnisch, Probleme (Anm. 90), S. 301f.; ders., Agrarreform (Anm. 5), S. 272–302, bes. 272f., 280–287.
99. Nach Viebahn, Statistik, Bd. 2 (Anm. 1), S. 564–574 (drei Tagwerke als vier Morgen gerechnet).
99a. Zur Bodenpreisentwicklung Ciriacy-Wantrup, Agrarkrisen (Anm. 3), S. 35, 117f., 131.
100. StdDtR 212/II, 1912, Anh. S. 16*f., 22*f. (dort auch Angaben zu den anderen Staaten und Verwaltungsbezirken).
100a. Vgl. oben Tab. 25 und Anm. 6 auf S. 567f.
101. Nach Berthold, Herausbildung (Anm. 5), S. 567; H. Harnisch, Die Herrschaft Boitzenburg. Untersuchungen zur Entwicklung der sozialökonomischen Struktur ländlicher Gebiete in der Mark Brandenburg vom 14. bis zum 19. Jahrhundert, Weimar 1968, S. 251–257; kritisch gegenüber Berthold, aber zumindest die Tendenz bestätigend und mit vielen zusätzlichen Detailzahlen ders., Agrarreform (Anm. 5), S. 286f., 278–283, S. 291ff. – Natürlich sah die Flächenverteilung ganz anders aus. Von der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche entfielen 1858 67,9% auf Großbauernhöfe und Güter mit 300 Morgen und mehr, 27,3% auf mittelgroße Höfe mit 30–300 Morgen und nur 3,8% bzw. 0,8% auf Kleinbauernstellen mit 5–30 ha bzw. Zwergbetriebe mit weniger als 5 ha. Nach Viebahn, Statistik, Bd. 2 (Anm. 1), S. 564.
102. Vgl. Mooser, Klassengesellschaft (Anm. 5), S. 113ff., 227ff.; Fried, Sozialentwicklung (Anm. 5), S. 749–780, 727, 756, 759, 764, pass.; ders., Die Bauernbefreiung in Bayern. Ergebnisse und Probleme, in: E. Weis (Hg.), Reformen im rheinbündischen Deutschland, München 1984, S. 123–129; zu Oberhessen: Katz, Landarbeiter (Anm. 5), S. 20ff.; zu Württemberg: v. Hippel, Bauernbefreiung (Anm. 5), S. 545ff.
102a. Dazu Plaul, Landarbeiterleben (Anm. 5), S. 44f., 64, 84ff.
103. Dieses Gemeindeland entsprach im Umfang etwa dem Ackerland der Güter und Bauern zusammen. Vgl. D. Saalfeld, Zur Frage des bäuerlichen Landverlustes im Zusammenhang mit den preußischen Agrarreformen, in: ZAA 11, 1963, S. 163–171, 170 (ein sehr guter Überblicksartikel).
104. Siehe auch den Vergleich bei Harnisch, Bevölkerungsgeschichtliche Probleme (Anm. 90), S. 300f.
105. Diese Dimension, die Tolerierung der Kleinstellen seitens der Großgrundbesitzer aus eigenem Interesse, wird m.E. noch zuwenig beachtet bei H. Harnisch, Probleme junkerlicher Agrarpolitik im 19. Jahrhundert, in: Wiss. Zs. d. Univ. Rostock 21, 1972: Gesellsch.- u. Sprachwiss. Reihe, Ht. 1/II, S. 99–117. – Zu den Umverteilungswirkungen der Reform in Preußen auch Saalfeld, Frage (Anm. 103) (Kritik an älteren Auffassungen z.B. bei Knapp sowie an einzelnen Ergebnissen von Finck, der sich auf Meitzen stützte). Nipperdey, Geschichte (Anm. 5), S. 158–167. Zuletzt mit tiefer Literaturerschließung: H.-U. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1: Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700–1815, München 1987, S. 417ff. Siehe auch Dipper, Bauernbefreiung (Anm. 1) als Einführung mit Literatur.
106. Vgl. zu Württemberg v. Hippel, Bauernbefreiung (Anm. 5), bes. S. 539–586 (545f.: Güterzerstückelung fortschreitend, S. 559f.: Abnahme der Kleinstbetriebe seit den 70er/80er Jahren); zu Oberhessen: Katz, Landarbeiter (Anm. 5), S. 20–36: die Reform förderte zunächst die Zersplitterung; seit den 1840er Jahren Verminderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung und insbesondere der Kleinstbesitzer u.a. durch Auswanderung, in Verbindung mit der Krise der Heimarbeit und den Mißernten der 40er/50er Jahre. – Daß im gewerblich besonders fortschrittlichen Königreich Sachsen die landwirtschaftliche Bevölkerung 1849–1875 bereits leicht abnahm, erklärte der dortige Chefstatistiker Böhmert u.a. auch aus dem „Verschwinden mancher kleinen Oekonomien unter den Eisenbahndämmen, den Bahneinschnitten und Bahnhofs- und Fabrikanlagen", daneben „aus dem gewaltigen Wachstum der Städte und dem vorherrschenden Zuge der niederen Bevölkerung nach Erlangung größerer Selbständigkeit oder nach leichtem Verdienste in den industriellen oder Handelsgewerben". Vgl. V. Böhmert, Die Hauptergebnisse der sächsischen Berufsstatistik von 1875, verglichen mit 1849, 1861 und 1871, in: Zs. d. Kgl. Sächsischen Statist. Bureau's 25, 1879, S. 175ff., hier S. 180.
107. Vgl. v. d. Goltz, Arbeiterfrage (1872) (Anm. 5), S. 49: Die Häusler mit fast ausreichender Fläche

(10–20 Morgen) „gehen im Ganzen nur selten und ungerne auf fremde Arbeit. Sie leben lieber als ihre eigenen Herren; es scheint ihnen leichter und angenehmer, bei der Bestellung ihrer kleinen Fläche Landes ein bequemes aber kümmerliches Leben zu führen, als sich durch Tagelohnarbeit einen Nebenverdienst und damit ein reichliches Auskommen zu verschaffen. Es ist diese Erscheinung noch ein Rest der mit der Leibeigenschaft immer verbundenen Anschauung, als ob Arbeit für andere eine Schande und als ob es das Ziel menschlichen Strebens sein müßte, sich sein Brod mit möglichst wenig Arbeit zu verdienen. Das früher von den Gutsherren gegebene Beispiel trägt nun zu deren eigenem Nachtheil eine böse Frucht: noch heute versteht der ländliche Tagelöhner unter dem oft im Munde geführten Ausdruck ‚einen Herrentag leben', ein Leben was in Nichtsthun sowie in gutem Essen und Trinken besteht." – Ähnlich bereits 1849 Lengerke (Hg.), Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 75: „Hat er es auch noch bis zu einer Kuh gebracht, dann ist er obenauf. Er kann arbeiten, wenn, was, und wieviel er will." – Siehe auch Jordan, Entstehung (Anm. 5), S. 67ff., bes. 78.

108. Lengerke (Hg.), Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 114. Siehe auch v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 483.

109. Selbst die kleinsten Katen nahmen noch „Einlieger" auf, auch wenn dies hieß, den oft einzigen Wohnraum mit einem Fremden zu teilen. Vgl. z. B. ebd., S. 75 zu Häuslern im Reg. Bez. Königsberg. Die „halboffene" Familienstruktur hatte in den Unterschichten eine lange Tradition. Siehe auch zu den überfüllten und armseligen Wohnverhältnissen in märkischen Dörfern des Vormärz: C. Büchsel, Erinnerungen aus dem Leben eines Landgeistlichen, Bd. 1, Berlin (1861) 1880², S. 135.

110. Lengerke (Hg.), Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 80. – Das Buch ist voll von solchen Armutsschilderungen. Vgl. S. 14ff. (allgemein), 74ff. (zu einzelnen Regierungsbezirken im Osten), S. 354ff. und 377ff. (differenzierter zu den Häuslern in Westfalen und im Rheinland). S. auch die Schilderungen bei Büchsel, Erinnerungen, Bd. 1 (Anm. 109), S. 129–149. B. wirkte als pietistisch orientierter Landgeistlicher in märkischen Dörfern des Vormärz.

111. So in Württemberg: v. Hippel, Bauernbefreiung (Anm. 5), S. 565. Für die Dörfer im Braunschweigischen betont Schildt, Tagelöhner (Anm. 5), S. 127–132, daß die „Häuslinge" durch die Separationen an Land kamen und Arbeit fanden, dagegen durch die Aufteilung der Gemeindeweiden nicht allzu sehr geschädigt wurden.

112. Lengerke (Hg.), Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 78 über das Dorf Kraupischkehnen im Kreise Ragnit, Reg. Bez. Gumbinnen. Ähnlich auch Knapp, Bauernbefreiung I (Anm. 56), S. 290, und an hessischen Beispielen: Katz, Landarbeiter (Anm. 5), S. 37f. – Ähnlich zur Provinz Sachsen Bielefeldt, Eindringen (Anm. 5), S. 386. – Wo Kleinstbesitz vorherrschte und Einfluß ausübte, gingen die Separationen nur langsam voran. Vgl. F. Steinbach, Die Veränderungen der Agrarverhältnisse im 18. Jahrhundert unter der Fremdherrschaft und im 19. Jahrhundert, in: A. Schulte (Hg.), 1000 Jahre deutsche Geschichte und deutsche Kultur am Rhein, Düsseldorf 1925, S. 454–463, 459; zu Württemberg auch W. Conze, Die Wirkungen der liberalen Agrarreform auf die Volksordnung in Mitteleuropa im 19. Jahrhundert, in: VSWG 38, 1952, S. 2–43, 15f.

113. Vgl. auch Jordan, Entstehung (Anm. 5), S. 113; Schissler, Agrargesellschaft (Anm. 5), S. 179f.

114. W. Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 1, Stuttgart 1947, S. 16. Die sehr grob geschätzten Jahreseinkommenszahlen nach v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 143f., 471ff. (Im Osten lag der Jahresverdienst der kontraktgebundenen Arbeiter meist noch vor dem der Häusler, doch gab es Ausnahmen: ebd., S. 446ff.). Zur Provinz Sachsen und zum Hzgt. Braunschweig: Bielefeldt, Eindringen (Anm. 5), S. 84–90; Schildt, Tagelöhner (Anm. 5), S. 150f.

115. Vgl. z. B. Harnisch, Probleme (Anm. 105), S. 114ff. zu solchen Vorschlägen von Osterroth, Reichensperger und Lette um 1850. Im übrigen die Schilderungen des höheren Lebensstandards der südwestdeutschen Häusler bei v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 448f.; ders., Ländliche Arbeiterfrage 1872 (Anm. 5), S. 50ff. Zur relativ günstigen Situation linksrheinischer Häusler im Vormärz: Heße, Rheinhessen (Anm. 38), S. 73ff.

116. Nach v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 448, 336, 488; zur Zuverlässigkeit der Angaben ebd., S. 486, 489f. (eher seien die Einnahmen zu niedrig angegeben). – Vgl. Verhältnisse der Landarbeiter, Bd. 2 (Anm. 5), u. a. über Hessen, Bayern, Sachsen, die Provinz Sachsen, die Rheinprovinz. Über diese u. Württemberg auch Weber-Kellermann, Erntebrauch (Anm. 1), S. 246–252.

117. Weber, Arbeitsverfassung (Anm. 5), S. 444f. Vgl. auch die Beschreibung des Lebens in einem

solchen Dorf bei Jeggle, Kiebingen (Anm. 95), S. 98ff. (zum frühen 19. Jahrhundert); sowie W. Kaschuba u. C. Lipp, Dörfliches Überleben. Zur Geschichte materieller und sozialer Reproduktion ländlicher Gesellschaft im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Tübingen 1982, u.a. S. 104ff. Vgl. auch F. Lütge, Die mitteldeutsche Grundherrschaft und ihre Auflösung, Stuttgart 1957², S. 218.

118. Bes. 1848/49 als sozial pazifizierende Reaktion auf die Revolution und wiederum (im Osten) im letzten Jahrhundertviertel, um die Landflucht der deutschen Bevölkerung und den Zustrom von Polen und anderen Slawen zu verlangsamen. Vgl. Bielefeldt, Eindringen (Anm. 5), S. 28f.; dann in den 1870er Jahren: R. Meyer, Der Emancipationskampf des vierten Standes, Bd. 1, Berlin 1882², S. 415–421; v. d. Goltz (Hg.), Verhandlungen (Anm. 5), S. 87; Sering, Kolonisation (Anm. 56); H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914), Bonn 1975², S. 246ff.

119. Dagegen sprachen die Zeitgenossen manchmal von „freien Tagelöhnern mit" und „freien Tagelöhnern ohne Grundbesitz". So v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 143, pass. „Tagelöhner mit Grundbesitz" haben wir als „Häusler" etc. im vorhergehenden Abschnitt behandelt.

120. Vgl. Kocka, Weder Stand (Anm. 89), S. 157; im Detail Neumann, Bewegung (Anm. 4), S. 31–67. Vgl. auch die große Zahl der „Einlieger" (46%) in einigen Kreisen des mittleren Brandenburg 1805 bei Harnisch, Agrarreform (Anm. 5), S. 283. Ein guter Teil davon gehörte sicherlich zu den „freien Tagelöhnern".

121. Bielefeldt, Eindringen (Anm. 5), S. 26f.; Plaul, Landarbeiterleben (Anm. 5), S. 95ff.; ähnlich für das Herzogtum Braunschweig: Schildt, Tagelöhner (Anm. 5), S. 36–43. Zu hessischen Beispielen: Katz, Landarbeiter (Anm. 5), S. 43ff.; Vanja, Strukturwandel (Anm. 11), S. 91ff. – Böhme, Verhältnisse (Anm. 34), S. 88. Zu Preußen allgemein v. d. Goltz, Arbeiterklasse (Anm. 5), S. 19f.; Phayer, Religion (Anm. 5), S. 122f. zu Bayern.

122. V. d. Goltz, Arbeiterklasse (Anm. 5), S. 99.

123. v. Haxthausen, Verfassung (Anm. 76), S. 115; Lengerke (Hg.), Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 17, 90. – Die Not war weniger ausgeprägt in Gebieten mit relativ langsam wachsender Bevölkerung (Westfalen, Bayern) und noch weniger in Gebieten mit Alternativen, d.h. in den gewerblich durchsetzten, stadtnahen Parzellenregionen im westlichen und südwestlichen Deutschland, wo eher die Möglichkeit zu nicht-landwirtschaftlichen Ergänzungsverdiensten oder zur Abwanderung bestand und der Lebensstandard ohnehin ein wenig höher lag.

124. Zur Provinz Sachsen Bielefeldt, Eindringen (Anm. 5), S. 131; zu Preußen insgesamt auch Schmoller, Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 176ff. – Zahlenreihen, die die Spanne von den frühen 1860er Jahren bis 1875 überbrücken, fehlen. Siehe auch die entsprechende Bemerkung bei v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 476; auch oben Anm. 61.

125. Nach Tab. 25 oben, in der allerdings die Spalte 6 auch die Insten und Gutstagelöhner enthält; daneben nach v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 146–441, 454.

126. Zum Gesinde vgl. oben S. 164ff.; v. Viebahn, Statistik, Bd. 2 (Anm. 1), S. 619 (neuer Arbeitskräftemangel 1862); Schmoller, Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 178f. (zu 1866). Daß regional ländlicher Arbeitskräftemangel schon ein paar Jahre früher auftrat, zeigt für Braunschweig: Schildt, Tagelöhner (Anm. 5), S. 141ff.

127. Vgl. ebd., S. 56–63, bes. 60.

127a. Vor allem seit Anfang der 60er Jahre. Vgl. Lange, Entwickelung (Anm. 19), S. 93; Wendorff, Zwei Jahrhunderte (Anm. 19), 189ff.; Pfahl, Landarbeiterlöhne (Anm. 24), S. 102ff.

128. Nach den Angaben aus der Enquête von 1873 bei v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 446–449, 464–473, 470f. zu den Akkordlohndifferenzen. Zunahme der Frauenarbeit (jedenfalls seitens der Frauen von Insten) entdeckt Dyhrenfurth, Dorf (Anm. 59), S. 98f.

129. v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 143f. mit den entsprechenden regionalen Differenzierungen. Nur in acht der 74 Verwaltungsbezirke des Reiches rangierte das Durchschnittseinkommen der Tagelöhner 1873 nicht an letzter Stelle.

130. Zu einem ähnlichen Befund für die – relativ wohlhabende – Magdeburger Börde kommt Plaul, Landarbeiterleben (Anm. 5), S. 204–209; ähnlich für die östlichen Provinzen, aber auch Westfalen: Jordan, Entstehung (Anm. 5), S. 67ff.

131. Zur Wanderarbeit vgl. unten S. 205ff. und Anm. 137.

132. Vgl. F. Bensing, Der Einfluß der landwirtschaftlichen Maschinen auf Volks- und Privatwirt-

schaft, Breslau 1897, S. 39–42; Bielefeldt, Eindringen (Anm. 5), S. 125ff.; sehr gut auch S. L. Hochstadt, Migration in Germany. A Historical Study, Ph. D. Thesis Brown University 1983, S. 304–312.

133. 1882 zählte man im Deutschen Reich 785.794 männliche und 587.980 weibliche freie und kontraktlich gebundene Tagelöhner ohne selbständigen landwirtschaftlichen Besitz. Für Ostpreußen lauteten die Zahlen 96.239 und 57.782, für die Provinz Sachsen umgekehrt 47.719 und 50.221 sowie für Bayern 69.591 und 60.017.
134. Vanja, Strukturwandel (Anm. 11), S. 31, 34, 94f., 142ff. – Halsdorff lag in einem Gebiet mit Anerbenrecht.
135. Rehbein, Leben (Anm. 5), S. 24, 34–42, 60.
136. Kaschuba u. Lipp, Überleben (Anm. 117), S. 105–122, 149–153; zum selben Dorf auch Jeggle, Kiebingen (Anm. 95). Zum Wandern aus Taunusdörfern um 1880 vgl. G. Schnapper-Arndt, Hoher Taunus, Eine sozialstatistische Untersuchung in fünf Dorfgemeinden, Allensbach 1963 (urspr. 1883), S. 75ff.
137. Dazu und zum folgenden v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 146–441, jeweils Sp. 9: „Werden zeitweise aus anderen Gegenden Arbeiter bezogen, oder umgekehrt, wandern Arbeiter zeitweise weg?" – Auf dieser Grundlage und nach der Mannhardtbefragung der 60er Jahre: Weber-Kellermann, Erntebrauch (Anm. 1), S. 287–308 sowie dort Karte 3 im Anhang. Dies., Landleben (Anm. 2), S. 375ff. – Weiterhin: K. Kaerger, Die Sachsengängerei. Aufgrund persönlicher Ermittlungen und statistischer Erhebungen, in: Landwirtschaftl. Jbb. Zs. f. Wiss. Landwirtschaft u. Arch. d. kgl. Preuß. Landes-Oekonomie-Kollegiums 19, 1890, S. 239–522; Nichtweiss, Saisonarbeiter (Anm. 23); Ch. Heinrich, Lebensweise und Kultur der in- und ausländischen landwirtschaftlichen Saisonarbeiter von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1918, in: Rach u. Weissel (Hg.), Bauer (Anm. 5), S. 117–162.
138. So der Bericht aus dem Reg. Bez. Münster 1849 bei Lengerke (Hg.), Arbeiterfrage (Anm. 5), S. 359. S. auch J. Tack, Die Hollandgängerei in Hannover und Oldenburg, Leipzig 1902; F. Fleege-Althoff, Die lippischen Wanderarbeiter, Detmold 1928, bes. S. 38ff., 81ff.
139. H. Godehardt, Die Produktionsverhältnisse in der eichsfeldischen Flachsspinnerei und im Leinengewerbe. Ein Beitrag zur allgemeinen Entwicklung der Leinwandproduktion auf dem Eichsfeld bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Eichsfelder Heimathefte, Ht. 4, Worbis 1971, S. 325–334.
140. Dazu ausführlich Weber-Kellermann, Erntebrauch (Anm. 1), S. 322–349, 297: „Sommerfrau".
141. Rehbein, Leben (Anm. 5), S. 61–67.
142. So etwa ebd., S. 117f. die Beschreibung der Unterkunft einer Schnittergruppe von 30 Personen auf einem schleswig-holsteinischen Gut noch Mitte der 1880er Jahre: „Dort oben lag nun alles in trautem Durcheinander: Mann und Frau, Sohn und Tochter. Zu den Familien gehörten jedoch außer den erwachsenen und unerwachsenen Kindern auch noch mehrere ledige junge Männer und Mädchen, die sich dem Trupp auf Anwerben des Vorschnitters angeschlossen hatten. Was sich unter solchen Verhältnissen auf dem Boden für ein rühriges Familienleben entwickelte, kann sich jeder denken."
143. Dazu rückblickend Kaerger, Sachsengängerei (Anm. 137), S. 56.
144. Dies vor allem mit Bezug auf die Magdeburger Börde: Heinrich, Lebensweise (Anm. 137), bes. S. 144–157; im selben Bd. S. 373ff. die genannte Polizei-Verordnung von 1874 sowie die Abb. 46, 47 und 49 zu „Saisonarbeiterkasernen", die in den 1860er Jahren gebaut wurden (Fotos und Grundriß). H.-J. Rach, Schnitterkasernen in der Magdeburger Börde. Die Unterkünfte der landwirtschaftlichen Saisonarbeiter in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in: JbVK 17, 1975, S. 171–192; bereits Bielefeldt, Eindringen (Anm. 5), S. 138ff. Die Ziffer 100–300 Mk. (im Durchschnitt 150 Mk.) nach Kaerger, Sachsengängerei (Anm. 137), S. 59 für die späten 80er Jahre.
145. Vgl. die vielfältigen, kurzräumigen Wanderarbeiterwege im Süden und Südwesten bei K. Frankenstein, Die ländlichen Arbeiterverhältnisse in Hohenzollern, Reg. Bez. Wiesbaden, Thüringen, Bayern, Großhzgt. Hessen, Reg. Bez. Kassel, Kgr. Sachsen, in: Verhältnisse der Landarbeiter, Bd. 2 (Anm. 5), S. 1–400, 151f.; im übrigen v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 479; Weber-Kellermann, Erntebrauch (Anm. 1), S. 293–296, 301–305; Rehbein, Leben (Anm. 5), S. 227; J. Scheffler, „Dampdöscher", „Dagglöhner" und „Monarchen". Technischer Wandel,

Arbeitsmarkt und Arbeiterschaft in der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins 1870–1914, in: R. Paetau u. H. Rüdel (Hg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert, Neumünster 1987, S. 179–215. Vgl. auch ders., „Es war sauer Brot". Wanderarbeit und Familienwirtschaft in einem lippischen Zieglerdorf, in: Gezeiten. Archiv regionaler Lebenswelten, Oldenburg Dez. 1986, Ht. 7, S. 60–72; dazu auch Fleege-Althoff, Wanderarbeiter (Anm. 138), bes. S. 103ff., 386ff.; B. Ebert u. M. Vogtmeier, Die lippischen Wanderziegler, Detmold 1980; P. Steinbach, Der Eintritt Lippes in das Industriezeitalter. Sozialstruktur und Industrialisierung des Fürstentums Lippe im 19. Jahrhundert, Lemgo 1976, S. 124ff.

146. Folgt man der reichsweiten Enquête von 1873, die sich auch dieser Frage annahm, dann stand die Hausindustrie nicht (mehr) an erster Stelle unter den Nebenbeschäftigungen der Landarbeiter. Wichtiger waren Waldbau, Wegebau und andere Bauarbeiten, daneben auch Fabrik- und Bergarbeit. Vgl. v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 492.

147. Ders., Arbeiterverhältnisse (Anm. 5), S. 34. – Vgl. auch W. v. Hippel, Industrieller Wandel im ländlichen Raum. Untersuchungen im Gebiet des mittleren Neckar 1850–1914, in: AfS 19, 1979, S. 43–122, 68, 76f., 99ff.; Kleinbauern-Arbeiter-Mischexistenzen, Pendlertum und bescheidener, ausgeglichener Wohlstand in diesem städtisch-ländlichen Mischbereich um Esslingen. Dazu auch H. Schomerus, Die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen. Forschungen zur Lage der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1977, S. 43ff., 57ff., 263ff.; P. Borscheid, Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung. Soziale Lage und Mobilität in Württemberg (19. Jahrhundert), Stuttgart 1978, Kap. III u. IV. – K. Ditt, Industrialisierung, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Bielefeld 1850–1914, Dortmund 1982, S. 79ff., 105ff.; G. Angermann, Land-Stadt-Beziehungen, Bielefeld und sein Umland 1760–1860 unter bes. Berücksichtigung von Markenteilungen und Hausbau, Münster 1982, S. 182ff. – K. Fehn, Das saarländische Arbeiterbauerntum im 19. und 20. Jahrhundert, in: H. Kellenbenz (Hg.), Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jahrhundert, Stuttgart 1975, S. 195–214, 197.

148. So ausdrücklich 1875 v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 492.

149. Ders., Arbeiterverhältnisse (Anm. 147), S. 34; ders. (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 492, 220, 308, 380. Als ein Beispiel gelungener ländlicher Industrialisierung im braunschweigischen Raum: Schildt, Tagelöhner (Anm. 5), S. 138ff.

150. Vorbemerkung [zum Zweiten Abdruck (1870) von „Der deutsche Bauernkrieg"], in: MEW 16, Berlin (Ost) 1962, S. 393–400, 400.

151. Vgl. etwa „Die ländlichen Arbeiter", in: SD, Nr. 19, 12. 2. 1869; „Die Kleinbauern", in: ebd., Nr. 144, 9. 12. 1870; „Der Rittergutsbesitzer und der Landarbeiter", in: ebd., Nr. 11, 26. 7. 1871; „Die elende Lage der deutschen Landarbeiter", in: NSD, Nr. 100, 25. 8. 1875; – VS, Nr. 14, 16. 2. 1870, S. 3 (Bebel über Schwierigkeiten der Landarbeiteragitation); ebd., 27. 3. 1872, Beil.: „Parteigenossen, nehmt Euch der so gedrückten ländlichen Proletarier an[. ...] (B)edenkt, ohne dieselben sind wir ohnmächtig!"; „Situation der Landarbeiter", in: VS, Nr. 16, 10. 2. 1875, S. 4. – Generell: H. G. Lehmann, Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und internationalen Sozialdemokratie, Tübingen 1970, S. 1–11; als Fallstudie über Ostholstein 1872–1878: Rüdel, Landarbeiter (Anm. 66), bes. S. 127ff.

152. Die reichsweite Enquête des Congresses der Landwirthe von 1873 stellte u. a. die Frage: „Hat die socialistische Agitation bei den Arbeitern begonnen? Erfolg?" Zu den Ergebnissen: v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 499ff.; sowie ders. (Hg.), Verhandlungen (Anm. 5), S. 88 über die Beschäftigung der Berliner Konferenz ländlicher Arbeitgeber 1872 mit diesem Thema. Dazu kritisch: SD, Nr. 65, 9. 6. 1872, S. 3.

152a. Vgl. unten S. 669, Anm. 4.

153. Dagegen rechnete man in der reinen Weidewirtschaft nur 1–2 Handarbeitstage pro Morgen und Jahr. Vgl. H. Settegast, Die Landwirtschaft und ihr Betrieb, Breslau 1885³, S. 495, 280ff.; Bielefeldt, Eindringen (Anm. 5), S. 75f., 138. – Mit Material zu den 1880er Jahren: Meyer, Schwankungen (Anm. 79). – Vgl. Wendorff, Zwei Jahrhunderte (Anm. 19), S. 196: Es entfielen auf je 100 ha Gesamtfläche von drei Gütern im Reg.-Bez. Magdeburg, die zum Zuckerrübenbau übergingen:

1798–1810	25
1861–1965	39

1871–1888 46
1887–1888 50 Arbeiter.

Vgl. auch D. Sabean, Unehelichkeit: Ein Aspekt sozialer Reproduktion kleinbäuerlicher Produzenten. Zu einer Analyse dörflicher Quellen um 1800, in: R. Berdahl u. a., Klassen und Kultur, Frankfurt 1982, S. 54–76, 59f.

154. Dazu am Beispiel der Provinz Sachsen: Bielefeldt, Eindringen (Anm. 5), S. 62–69; zu Braunschweig: Schildt, Tagelöhner (Anm. 5), S. 136–138; zu Mecklenburg: Bentzien, Landbevölkerung (Anm. 5).

154a. Im einzelnen dargestellt und interpretiert bei Weber-Kellermann, Erntebrauch (Anm. 1), S. 93–171, 360–372.

155. An braunschweigischen Beispielen: Schildt, Tagelöhner (Anm. 5), S. 75–121; an westfälischen Beispielen: J. Mooser, Gleichheit und Ungleichheit in der ländlichen Gemeinde. Sozialstruktur und Kommunalverfassung im östlichen Westfalen vom späten 18. bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts, in: AfS 19, 1979, S. 231–262; ders., Familie und soziale Plazierung in der ländlichen Gesellschaft am Beispiel des Kirchspiels Quernheim im 19. Jahrhundert, in: J. Kocka u. a., Familie und soziale Plazierung. Studien zum Verhältnis von Familie, sozialer Mobilität und Heiratsverhalten an westfälischen Beispielen im späten 18. und 19. Jahrhundert, Opladen 1980, S. 127–213; E. W. Buchholz, Ländliche Bevölkerung an der Schwelle des Industriezeitalters. Der Raum Braunschweig als Beispiel, Stuttgart 1966; Berthold, Herausbildung (Anm. 5), mit der nicht überzeugenden These, daß die Herausbildung der kapitalistischen Klassenschichtung im wesentlichen bis 1860 abgeschlossen gewesen sei; Harnisch, Probleme (Anm. 90), S. 105; Jordan, Entstehung (Anm. 5), S. 60; W. Jacobeit, Bauern und dörfliche Bevölkerung in der Epoche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus in Deutschland (1750er bis 1830er Jahre), in: Ethnologie et histoire. Forces productives et problèmes de transition, Paris 1975, S. 397–443, 410f.; Phayer, Religion (Anm. 5), S. 129ff.; Schnorbus, Unterschichten (Anm. 12), S. 849; Fried, Sozialentwicklung (Anm. 5), S. 753, 756, 772f. – Auch in Realteilungsgebieten ähnliche Tendenzen: v. Hippel, Bauernbefreiung (Anm. 5), S. 565 (Kampf um Land und Gemeindegerechte); Jeggle, Kiebingen (Anm. 95), S. 127, 161, 167, 264, 182; Kaschuba u. Lipp, Überleben (Anm. 117), S. 104ff.; H.-V. Findeisen, Pietismus in Fellbach 1750 bis 1820. Zwischen sozialem Protest und bürgerlicher Anpassung. Zur historisch-sozialen Entwicklungsdynamik eines millenaristischen Krisenkults, Diss. Stuttgart 1985 (Scheidung in proletaroide und „bürgerliche" Kultur in einem Württemberger Weinbaudorf).

156. Dagegen fehlten Frauen und Dorfarme. Weber-Kellermann, Landleben (Anm. 2), S. 345 (nach einer Quelle von 1864).

157. „Weil euch noch die Eigenthumssucht und die Lust ein Bischen den Herrn zu spielen verblendet, so habt Ihr keinen Wahrnehmungssinn für die allmähliche Hinabdrückung des Mittelstandes in die Tiefe des Elends." (VS, Nr. 16, 23. 2. 1870, S. 3).

158. V. d. Goltz, Arbeiterklasse (Anm. 5), S. 56f. Einschränkend aber die in Anm. 155 genannten Belege nach v. Hippel, Jeggle und Kaschuba/Lipp. Auch im schwäbischen Dorf Neckarhausen nach 1800: Tendenz zur Verschärfung des Klassenunterschieds mit zunehmender Lohnarbeit. So *Sabean, Unehelichkeit (Anm. 153)*, S. 60f., 66.

159. So etwa Plaul, Landarbeiterleben (Anm. 5), S. 118f.

160. Diese Zahlen für Anfang der 70er Jahre nach v. d. Goltz (Hg.), Lage (Anm. 5), S. 480f.

161. Vgl. NSD, Nr. 122, 22. 10. 1873, S. 3 und Nr. 123, 24. 10. 1873, S. 2f.: Voraussage der baldigen Zerreibung des Kleinbauerntums zwischen ländlichen Aktiengesellschaften und besitzlosem ländlichen Proletariat.

162. Die sozialdemokratische Agitation malte die dequalifizierenden und Arbeitslosigkeit hervorbringenden Folgen der Maschinisierung an die Wand. Vgl. unter vielen Beispielen ebd., Nr. 5, 14. 1. 1874, S. 3f. Dies entsprach, etwa in bezug auf die Drescher, der Realität. Vgl. oben S. 178. Aber die Bedienung und die Wartung der nicht billigen Maschinen benötigten zugleich auch neue Qualifikationen und einen neuen Grad an Zuverlässigkeit. In dem so wenig durch spezialisierte Qualifikationen geprägten landwirtschaftlichen Bereich war dies meinem Eindruck nach die sozial relevantere Folge.

163. Vgl. oben S. 179. Dazu gehörte auch die zunehmende Zahl der unteren Aufsichtspersonen auf den Gütern. Als Beispiel vgl. Lange, Entwickelung (Anm. 19), S. 96f.

Anmerkungen zum 4. Kapitel

1. G. Schmoller, Die geschichtliche Entwicklung der Unternehmung, in: Schmollers Jb. 14, 1890, S. 735–783, 1036–1076, bes. 1058–1076 (Zit. S. 1059).
2. Vgl. D. Hilger, Art. ‚Fabrik, Fabrikant', in: GGr, Bd. 2, 1975, S. 229–252, bes. 238f.
3. Generell sehr gut J. Ehmer u. M. Mitterauer, Zur Einführung, in: dies. (Hg.), Familienstruktur und Arbeitsorganisation in ländlichen Gesellschaften, Wien 1986, S. 7–30; hier auch die Beiträge von M. Mitterauer u. A. Tanner, S. 185–324 u. 449–494.
4. M. Mohl, Über die württembergische Gewerbs-Industrie. Erste Abtheilung, Stuttgart 1828, S. 187, 191f., 199f. – G. Schmoller, Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert, Halle 1870 (ND Hildesheim 1975), S. 502, zur Statistik-Konferenz des Zollvereins 1854, die für die Weberei zwischen Unternehmen mit mechanischen Stühlen oder mehr als zehn Stühlen (Fabriken) und allen anderen (Handwerksbetrieben) unterschied, ohne eine besondere Bezeichnung für Hausindustrie zu benutzen. Schmoller selbst unterschied die „handwerksmäßige lokale Weberei" (vor allem für den lokalen Bedarf arbeitend und an Verbraucher verkaufend) von der Weberei „für den Absatz im Großen". Zu dieser rechnete er „Hausindustrie, welche für den großen Markt arbeitet" und „die fabrikmäßige Weberei" (S. 511ff., 533ff., Zit. 535).
5. Dies zuerst und am klarsten im sächsischen „Gewerbsgesetz" vom 15. 10. 1861, § 6 in Verbindung mit der (98.) Ausführungsverordnung vom selben Tag, § 4, in: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen vom Jahre 1861, 1stes bis 18tes Stück, Dresden [1862], S. 189, 228. In der auf der preußischen Gewerbeordnung fußenden Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes von 1869 (später des Reiches) fehlte ein ähnlich klarer Begriff der Hausindustrie noch. Erst die Rechtsprechung zu den Sozialversicherungsgesetzen ab 1882 scheint die Begriffe präzisiert zu haben (ebenfalls bei der Klärung der Frage, welche Gewerbetreibenden als „selbständig" zu betrachten seien.) Vgl. dazu W. Kähler, Materialien zur Beurteilung der rechtlichen Stellung der Hausindustrie in Deutschland, in: Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich, Bd. 4, Leipzig 1899, S. 1–20, bes. 1–8.
6. Die Belege bei W. Stieda, Litteratur, heutige Zustände und Entstehung der deutschen Hausindustrie, Leipzig 1889 (= Die deutsche Hausindustrie 1 = SchrVfS 39), S. 1–49; 49ff. zu entsprechenden Entwicklungen in Österreich und in der Schweiz. – A. Thun, Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter. Erster Theil: Die linksrheinische Textilindustrie. Zweiter Theil: Die Industrie des Bergischen Landes, Leipzig 1879, bes. Bd. 2, S. 133, 143–148, 241. – O. Schwarz, Die Betriebsformen der modernen Großindustrie, in: ZGS 25, 1896, S. 535–629, bes. 542–549; Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 30, 204f. – Zur Statistik der Hausindustrie W. Sombart, Art. „Verlagssystem", in: HwbStW 8, 1911[3], S. 233–261, bes. 239–247 (zu den Jahren 1882, 1905 u. 1907).
7. Dazu W. Stieda, Deutsche Fabrikzustände, in: Preußische Jbb. 51, 1883, S. 48–63, 54ff.; Fabrikinspektoren, die seit 1878 obligatorisch waren, forderten die Klärung des Begriffs „Fabrik" bzw. die Ausdehnung der Schutzbestimmungen (Truckverbot, Kinderarbeitsverbot) auf die Hausindustrie, denn dort seien diese Mißstände besonders häufig.
8. Siehe die Varianten bei H. Koch, Die deutsche Hausindustrie, Mönchen-Gladbach 1905, S. 8–10; Sombart, „Verlagssystem" (Anm. 6), S. 237. – K. H. Kaufhold, Das Gewerbe in Preußen um 1800, Göttingen 1978, S. 226ff. reserviert „Heimgewerbe" bzw. „Hausindustrie" für nebenberufliche Tätigkeit im Unterschied zur hauptberuflichen Arbeit im Verlag und Handwerk.
9. Das erste hat Schwarz, Großindustrie (Anm. 6), S. 546 getan; zur Kritik Stieda, Litteratur (Anm. 6), S. 5; das zweite bei Sombart, „Verlagssystem" (Anm. 6), S. 233.
10. Unter den älteren Werken sei neben Stieda, Koch und Sombart vor allem verwiesen auf: R. Liefmann, Über Wesen und Formen des Verlags, Freiburg 1899, S. 14–27; daneben auf E. Schwiedland, Kleingewerbe und Hausindustrie in Österreich, Leipzig 1894, S. 83ff.; E. Jaffé, Hausindustrie und Fabrikbetrieb in der deutschen Zigarrenfabrikation, in: Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich, Bd. 3 (= SchrVfS 86), Leipzig 1899, S. 279–341, bes. 299f.; J. V. Bredt, Die Lohnindustrie dargestellt an der Garn- und Textilindustrie von Barmen, Berlin 1905, S. 1–9, 48ff.; K. Bücher, Art. „Gewerbe", in: HwbStW 4, Jena 1927[4], S. 966–999, bes. 986ff. – In der jüngeren Literatur bes. nützlich: Kaufhold, Gewerbe (Anm. 8),

S. 220–242; vgl. auch G. Lange, Das ländliche Gewerbe in der Grafschaft Mark am Vorabend der Industrialisierung, Köln 1976, S. 93ff.

11. Vgl. J. Kocka, Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800, Bonn 1990, S. 140–157.
12. In der Diskussion über Protoindustrialisierung werden in der Regel Handwerker im Kaufsystem und Heimarbeiter im Verlag als eine Kategorie zusammengefaßt. Vgl. P. Kriedte u. a., Industrialisierung vor der Industrialisierung. Gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalismus, Göttingen 1977. Hier wird diese begriffliche Entscheidung nicht geteilt, statistisch müssen wir ihr teilweise folgen. Vgl. dazu J. Kocka, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875, Berlin (West) 1983, S. 85f., Anm. 70. – Vgl. v. Viebahn, Statistik (Anm. 32), S. 654 zur Einrechnung der Weber in die „Fabrikentabelle" nach 1861.
13. Vgl. Kaufhold, Gewerbe (Anm. 8), S. 233.
14. Vgl. unten S. 462, 478.
15. Vgl. unten S. 256ff.
16. Vgl. R. Boch, Was macht aus Arbeit industrielle Lohn-„Arbeit"? Arbeitsbedingungen und -fertigkeiten im Prozeß der Kapitalisierung. Die Solinger Schneidewarenfabrikation 1850–1920, in: Sowi 9, 1980, S. 61–66; sowie unten S. 252f.
17. Vgl. K. Marx, Das Kapital, Bd. 1 (= MEW 23), S. 533; Hb. d. Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin (Ost) 1981, S. 608f.; H. Zwahr, Zum Gestaltwandel von gewerblichen Unternehmern und kapitalabhängigen Produzenten. Entwicklungstypen gewerblicher Warenproduktion in Deutschland, in: JbG 32, 1985, S. 9–64, 22f., 51;
18. Vgl. auch Tab. 13 oben sowie F.-W. Henning, Industrialisierung und dörfliche Einkommensmöglichkeiten, in: H. Kellenbenz (Hg.), Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jahrhundert, Stuttgart 1975, S. 155–176, S. 160. – Die von Henning für 1873 geschätzte Zahl wurde um 100.000, die für 1900 um 200.000 erhöht. Zur Begründung vgl. unten S. 603f., Anm. 14 von Kap. 5.
19. Schätzung für 1800 aufgrund von Kaufhold, Gewerbe (Anm. 8), S. 73, 96ff., 245ff., 301f. – Für 1882: Sombart, „Verlagssystem" (Anm. 6), S. 240.
20. Vgl. Kaufhold, Gewerbe (Anm. 8), S. 88, 108 u. 97f. im Vergleich zu 487. Kaufhold schätzt für die Kerngebiete Preußens um 1800 knapp 200.000 in der Spinnerei Beschäftigte und daneben 117.000 für überlokalen Absatz („Fabrikation") Beschäftigte (Verlag, Manufaktur, Kaufsystem).

20a. Sehr genau an württembergischen Beispielen: P. Borscheid, Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung. Soziale Lage und Mobilität in Württemberg (19. Jahrhundert), Stuttgart 1978, S. 70ff., 107ff., 108, 112.

21. Vgl. G. v. Gülich, Über die gegenwärtige Lage des Ackerbau's, der Gewerbe und des Handels im Regierungsbezirk Minden, Rinteln 1843, S. 111; J. Mooser, Ländliche Klassengesellschaft 1770–1848. Bauern und Unterschichten, Landwirtschaft und Gewerbe im östlichen Westfalen, Göttingen 1984, S. 346f. Zu den Heuerlingen, die in Wahrheit nur noch Einlieger waren, ebenso ders., Der Weg vom proto-industriellen zum fabrik-industriellen Gewerbe in Ravensberg, 1830–1914, in: K. Düwell u. W. Köllmann (Hg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 1, Wuppertal 1983, S. 73–95, hier S. 83.
22. Vgl. die Übersichten bei K. H. Kaufhold, Gewerbelandschaften in der frühen Neuzeit (1650–1800), in: H. Pohl (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Stuttgart 1986, S. 112–202, 171–173; ders., Gewerbe (Anm. 8), S. 96ff., 245ff. – G. Adelmann, Die ländlichen Textilgewerbe des Rheinlandes vor der Industrialisierung, in: RhVjBll. 43, 1979, S. 260–288; W. Achilles, Die Bedeutung des Flachsanbaus im südlichen Niedersachsen für Bauern und Angehörige der unterbäuerlichen Schicht im 18. und 19. Jahrhundert, in: Kellenbenz (Hg.), Nebengewerbe (Anm. 18), S. 109–124; F. Fleege-Althoff, Die lippischen Wanderarbeiter, Detmold 1928, S. 46f.; W. Mager (Hg.), Geschichte der Stadt Spenge, Spenge 1984, S. 137f.; A. Salz, Geschichte der Böhmischen Industrie in der Neuzeit, München 1913, S. 365ff.; A. Klima, The Role of Rural Domestic Industry in Bohemia in the Eighteenth Century, in: EHR 27, 1974, S. 48–56; A. Wichgraf, Geschichte der Weber-Colonie Nowawes bei Potsdam..., Berlin 1862.
23. Einführend vgl. D. S. Landes, Der entfesselte Prometheus. Technologischer Wandel und indu-

strielle Entwicklung in Westeuropa von 1750 bis zur Gegenwart, Köln 1973, S. 166–174. Kurz und treffend auch Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 450–465 (hier S. 465 zum Leistungsvergleich zwischen Hand- und Maschinenspinnern). Die wichtigsten Erfindungen und Verbesserungen der Spinn-Technik im 18. und 19. Jahrhundert, durchweg England, kurz bei: R. Schüren, Staat und ländliche Industrialisierung. Sozialer Wandel in zwei Dörfern einer deutsch-niederländischen Textilgewerberegion 1830–1914, Dortmund 1985, S. 15ff.

24. Vgl. G. Kirchhain, Das Wachstum der deutschen Baumwollindustrie im 19. Jahrhundert. Eine historische Modellstudie zur empirischen Wachstumsforschung, Diss. Münster 1973, bes. S. 113; Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 453ff.; K. Emsbach, Die soziale Betriebsverfassung der rheinischen Baumwollindustrie im 19. Jahrhundert, Bonn 1982; Borscheid, Textilarbeiterschaft (Anm. 20a), S. 26–50; W. Zorn, Handels- und Industriegeschichte Bayerisch-Schwabens 1648–1870, Augsburg 1961, S. 143ff.; H. Krüger, Zur Geschichte der Manufakturen und der Manufakturarbeiter in Preußen. Die mittleren Provinzen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Berlin (Ost) 1958, S. 46ff.; Henning, Industrialisierung (Anm. 18), S. 161f., 164.
25. Vgl. ebd., S. 163, 165; H. Blumberg, Die deutsche Textilindustrie in der industriellen Revolution, Berlin (Ost) 1965; ders., Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Leinenindustrie von 1834–1870, in: H. Mottek u. a., Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin (Ost) 1960, S. 65–143; K. H. Kaufhold, Handwerk und Industrie 1800–1850, in: HbDWS, Bd. 2, S. 321–368, 329–331; Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 456–471; A. Gladen, Der Kreis Tecklenburg an der Schwelle des Zeitalters der Industrialisierung, Münster 1970, S. 55ff.; Mooser, Weg (Anm. 21), S. 76–80; C. Biller, Der Rückgang der Hand-Leinwandindustrie des Münsterlandes, Leipzig 1906; A. Zimmermann, Blüthe und Verfall des Leinengewerbes in Schlesien. Gewerbe- und Handelspolitik dreier Jahrhunderte, Breslau 1885, S. 401ff.
26. Natürlich nicht ohne Ausnahmen. Vgl. H. Gebauer, Die Volkswirtschaft im Königreiche Sachsen. Historisch, geographisch und statistisch dargestellt, 3 Bde., Dresden 1893, Bd. 2, S. 496–534, 504, 506f. für Reste der verlegten Baumwoll-Handspinnerei noch 1882.
27. Vgl. die Graphik bei Kaufhold, Handwerk (Anm. 25), S. 330; Preisrückgang beim schlesischen Leinengarn 1801 bis 1850 um 45%; vgl. entsprechend Biller, Rückgang (Anm. 25), S. 47; C. H. Bitter, Bericht über den Notstand in der Senne zwischen Bielefeld und Paderborn (1853), in: 64. Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg 1964/65, Bielefeld 1966, S. 1–108, 38f. – Rapide sinkende Preise und schwindelerregende Steigerungen der Produktionsmenge zugleich dokumentiert Mager, Spenge (Anm. 22), S. 139: „Je weniger die Spinner je Stück verdienten, desto mehr produzierten sie, nur so konnten sie ihren Lebensunterhalt sichern."
28. Vgl. Kaufhold, Gewerbe (Anm. 8), S. 102–123, 255ff.; Mooser, Klassengesellschaft (Anm. 21), S. 48ff., 146ff., 282ff.; J. Schlumbohm, Bauern und Heuerlinge in Landwirtschaft und Leinengewerbe: Das Kirchspiel Belm um 1810, in: Heimatbuch Belm, Bd. 2, 1985, S. 225–244; ders., Agrarische Besitzklassen und gewerbliche Produktionsverhältnisse: Großbauern, Kleinbesitzer und Landlose als Leinenproduzenten im Umland von Osnabrück und Bielefeld während des frühen 19. Jahrhunderts, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Rudolf Vierhaus zum 60. Geb., Göttingen 1982, S. 315–334; H. Medick, Privilegiertes Handelskapital um „kleine Industrie". Produktion und Produktionsverhältnisse im Leinengewerbe des alt-württembergischen Oberamts Urach im 18. Jahrhundert, in: AfS 23, 1983, S. 261–310; Adelmann, Textilgewerbe (Anm. 22).
29. Kaufhold, Gewerbe (Anm. 8), S. 123ff., 264ff.; Adelmann, Textilgewerbe (Anm. 22), S. 168; M. Barkhausen, Aus Territorial- und Wirtschaftsgeschichte. Ausgewählte Aufsätze, Krefeld 1963, S. 160–199; Bilder aus der Krefelder Seidenindustrie vor 100 Jahren. Nach den Erinnerungen von Karl Weiß (bes. S. 162–175). – Zu Tuchmacherei und Baumwolle vgl. L. Bein, Die Industrie des sächsischen Voigtlandes. Wirthschaftsgeschichtliche Studie. Zweiter Theil: Die Textilindustrie, Leipzig 1884; s. auch: A. Beutler, Die Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Weber im sächsischen Vogtland, Diss. Greifswald 1921; Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 1, S. 7ff., 86ff., 158ff. zur Aachener Tuchindustrie, Krefelder Seide und zum Baumwollgewerbe um Gladbach und Rheydt; G. Demmering, Die Glauchau-Meeraner Textil-Industrie. Eine wirtschaftsgeschichtliche Studie unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Textil-Veredelungs-Industrie, Leipzig 1928.
30. Noch viel deutlicher fiel allerdings im gleichen Zeitraum der Preis für die zunehmend maschinell

hergestellten Baumwollstoffe. Nach J. G. Hoffmann, Nachlaß kleiner Schriften staatswirthschaftlichen Inhalts, Berlin 1847, S. 163f.

31. Vgl. die zutreffende Kritik bei Schüren, Staat (Anm. 23), S. 24–26 an M. Medick, Die protoindustrielle Familienwirtschaft, in Kriedte u. a., Industrialisierung (Anm. 12), S. 90–154.
32. Henning, Industrialisierung (Anm. 18), S. 163 (hier auch Prozentschätzungen zu 1850 und 1873). Im übrigen auf der Grundlage von Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 492–614; ders., Die Entwicklung und die Krise der deutschen Weberei im 19. Jahrhundert, Berlin 1873; G. v. Viebahn, Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschlands, Bd. 3, Berlin 1868, S. 898–953; H. Grothe, Der Einfluß des Manchesterthums auf Handwerk und Hausindustrie, gezeigt an dem Ergehen der Hand- und Hausindustrie, Berlin 1884², S. 204–239. Aus der neueren Literatur vor allem E. Harder-Gersdorf, Leinen-Regionen im Vorfeld und im Verlauf der Industrialisierung 1780–1940, in: Pohl (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften (Anm. 22), Stuttgart 1986, S. 203–253.
33. Vgl. neben den in der letzten Anm. zit. Werken (bes. Schmoller, Harder-Gersdorf und Grothe) Mooser u. v. Gülich (Anm. 21), Schüren (Anm. 23) und Schlumbohm (Anm. 28). Weiterhin Fleege-Althoff, Wanderarbeiter (Anm. 22), S. 49; Gladen, Kreis Tecklenburg (Anm. 25), S. 62ff.; Blumberg, Textilindustrie (Anm. 25), S. 40ff.; Salz, Geschichte (Anm. 22), S. 365–395; Borscheid, Textilarbeiterschaft (Anm. 20a), S. 121–135; K.-H. Kabisch, Das Ende des Wollgewerbes und seine sozialen Folgen für die Heimweber im Obereichsfeld (1820–1835), in: Eichsfelder Heimathefte 4, Worbis 1964, S. 47–57, 105–113; O. Dascher, Das Textilgewerbe in Hessen-Kassel vom 16. bis 19. Jahrhundert, Marburg 1968, S. 156ff.; A. Swaine, Die Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse der Einzelsticker in der Nordost-Schweiz und Vorarlberg, Straßburg 1895, S. 15–21; W. Bührig, Die Hirschberger Spitzen-Hausindustrie, in: Schmollers Jb. 38, 1914, S. 225–256; F. Sloßarek, Die Heimarbeit in der Spitzenindustrie des deutsch-böhmischen Erzgebirges, Jena 1922.
34. Vgl. Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 560–575; v. Viebahn, Statistik (Anm. 32), S. 923–929; Grothe, Einfluß (Anm. 32), S. 240f.; E. Gröllich, Die Baumwollweberei der sächsischen Oberlausitz und ihre Entwicklung zum Großbetrieb, Leipzig 1911; Borscheid, Textilarbeiterschaft (Anm. 20a), S. 51ff.; Salz, Geschichte (Anm. 22), S. 330–364. Weiterhin die Arbeiten von Schüren (Anm. 23), Kirchhain und Emsbach (Anm. 24).
35. Vgl. Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 570; Henning, Industrialisierung (Anm. 18), S. 162; Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 66. Nach Borscheid, Textilarbeiterschaft (Anm. 20a), S. 64 standen in der württembergischen Baumwollweberei:

	Zentralisiert		Handwerksmäßig
	Kraftstühle	Handstühle	Handstühle
1852	673	5.540	6.051
1861	2.251	3.469	9.217
1875	5.430	1.663	3.772

36. Für den Vergleich 1800 und 1850: Kaufhold, Gewerbe (Anm. 8), S. 118; ders., Handwerk (Anm. 25), S. 328–330; für 1861: Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 556, 562, 579. Weiterhin Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 35: Die Zahl der Webstühle für Baumwolle und Halbbaumwolle in Preußen nahm recht kontinuierlich von 12.690 (1816) auf 78.260 (1861) zu. Vgl. im übrigen Bein, Industrie, Bd. 2 (Anm. 29), und Demmering, Textilindustrie (Anm. 29), über Baumwollgebiete mit Zunfttraditionen, die aus dem 18. Jahrhundert stammten. Grothe, Einfluß (Anm. 32), S. 215 zum krisenhaften Einbruch Mitte der 70er Jahre. R. Liefmann, Die Hausweberei im Elsaß, in: Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich, Bd. 1, Leipzig 1899, S. 191–247.
37. Blumberg, Textilindustrie (Anm. 25), S. 41.
38. Ebd., S. 70ff.; Grothe, Einfluß (Anm. 32), S. 206f.
39. Zahlen nach Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 562, 578; Grothe, Einfluß (Anm. 32), S. 215; Borscheid, Textilarbeiterschaft (Anm. 20a), S. 104f.; Blumberg, Textilindustrie (Anm. 25), S. 314, 326–337.
40. Vgl. Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 520–525, 576–584, hier 586f. zur Transmission von

Dampfkraft in hausindustrielle Werkstätten und 580f. zur Zentralisierung vor der Maschinisierung; ähnliche Beispiele bei Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 1, S. 161, 8–72 (zum Aachener Wollgewerbe); Bd. 2, S. 202; zu den „Mietfabriken" in der Wuppertaler Bandwirkerei: Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 394f., 405ff. Weiterhin Bein, Industrie (Anm. 29), Bd. 2, S. 118–324; Demmering, Textilindustrie (Anm. 29), S. 25–95 und Beutler, Entwicklung (Anm. 29), S. 3–21 über Baumwolle und Wolle im Gemenge; Salz, Geschichte (Anm. 22), S. 291–330, bes. 317–330. Zu Württemberg: Mohl, Gewerbs-Industrie (Anm. 4), S. 222ff.; Borscheid, Textilarbeiterschaft (Anm. 20a), S. 89–105. Zu Hessen-Kassel: Dascher, Textil-Gewerbe (Anm. 33), S. 124–126. Mit weiterer Spezialliteratur Blumberg, Textilindustrie (Anm. 25), S. 94–144. Sehr instruktiv auch R. Isenburg, Untersuchungen über die Entwicklung der bergischen Wollenindustrie, Diss. phil. Heidelberg 1906. Hier S. 38 zum Ausbleiben der Jungen seit Ende der 60er Jahre. Daß in den württembergischen Mechanischen Webereien und Manufakturen 1861 971 Handstühle und nur 76 Kraftstühle standen (Borscheid, S. 104), macht eindrucksvoll klar, wie sehr es in der Wollweberei zur (partiellen) Zentralisierung der Produktion noch vor ihrer Maschinisierung kam. 1832 beschäftigten 45 württembergische Betriebe der Wollverarbeitung neben 1.300 Heimarbeitern immerhin schon 1.000 Werkstattarbeiter. Diese Zentralisierung vor der Maschinisierung war in der Baumwoll- und in der Leinenweberei viel weniger ausgeprägt: 36 württembergische Baumwollwebereien beschäftigten im selben Jahr neben 1.570–1.850 Heimarbeitern nur ca. 400 Werkstattarbeiter. Und für 19 ausgewählte Leinenwebereien waren im selben Jahr 700 bis 800 Heimarbeiter gegenüber 300 Werkstattarbeitern tätig. Vgl. auch oben Anm. 35.

41. Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 592f.; Grothe, Einfluß (Anm. 32), S. 315.
42. Neben Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 591–597 vor allem Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 1, S. 86–153 (zu Krefeld und Umgebung); v. Viebahn, Statistik (Anm. 32), S. 933–938; Borscheid, Textilarbeiterschaft (Anm. 20a), S. 136ff. Zum 18. Jahrhundert: H. Kisch, Die hausindustriellen Textilgewerbe am Niederrhein vor der industriellen Revolution. Von der ursprünglichen zur kapitalistischen Akkumulation, Göttingen 1981, S. 66–161; G. Schmoller u. O. Hintze (Hg.), Die preußische Seidenindustrie im 18. Jahrhundert und ihre Begründung durch Friedrich den Großen, 3 Bde., Berlin 1892.
43. Überblick bei v. Viebahn, Statistik (Anm. 32), S. 902ff., 910ff., 923ff., 933ff.
44. Nach ebd., S. 932, gab es 1861 im Zollverein unter insgesamt 210.000 im Baumwollbereich beschäftigten Arbeitern (einschließlich Meistern und Gehilfen) 16.000 Bandwirker und Posamentierer. Vgl. Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 597–603; B. Schöne, Kultur und Lebensweise Lausitzer Bandweber (1750–1850), Berlin (Ost) 1977; ders., Posamentierer – Strumpfwirker – Spitzenklöpplerinnen. Zu Kultur und Lebensweise von Textilproduzenten im Erzgebirge und im Vogtland während der Periode des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, in: R. Weinhold (Hg.), Volksleben zwischen Zunft und Fabrik. Studien zu Kultur und Lebensweise werktätiger Klassen und Schichten während des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, Berlin (Ost) 1982, S. 107–165.
45. Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 603–613; Schöne, Posamentierer (Anm. 44), S. 127ff.
46. Vgl. v. Viebahn, Statistik (Anm. 32), S. 907, 952: 10.000 Beschäftigte dieses Bereichs 1861 im Zollverein. Weiterhin: H. Bodemer, Die industrielle Revolution mit bes. Berücksichtigung der erzgebirgischen Erwerbsverhältnisse, Dresden 1856, bes. S. 48ff.; Bühring, Spitzen-Hausindustrie (Anm. 33).
47. Vgl. auch v. Viebahn, Statistik (Anm. 32), S. 909, 923, 932; Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 556, 562, 579, 593. Die Tabelle rundet die bei Viebahn gegebenen Zahlen auf bzw. ab; dadurch ergeben sich scheinbare Unstimmigkeiten in den Summenziffern. – Nicht enthalten dürften die Verlags-, Manufaktur- und Fabrikunternehmer mit ihrem Rechnungs- und Aufsichtspersonal sein. – Viebahns Kategorien lauten (1) „Meister auf eigene Rechnung arbeitend", (2) „Gesellen und Gehülfen" und (3) „Fabrikpersonal". Jedoch müssen unter (1) neben den für lokalen Absatz und im Kaufsystem arbeitenden Handwerksmeistern sehr viele verlegte Handwerker enthalten sein; anders wäre etwa die hohe Ziffer (1) für Baumwolle nicht zu erklären. – Unter (3) sind die Beschäftigten von Verlagen, Manufakturen mit und ohne Verlagsanteil sowie von Fabriken mit und ohne Verlagsanteil zusammengefaßt.
48. Vgl. Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 115–125 mit ebd., S. 416–422; sowie Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 1, S. 163. Dafür nahm das Verwaltungs-, Aufsichts- und Führungspersonal

beim Übergang in die Fabrik zu (z. B. Emsbach, S. 422ff.). – Zum Rückgang der qualifizierten *Hilfs*gewerbe seit den 1830er Jahren: Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 524f.

49. Hinweise auf das Verhältnis von Meistern und Gesellen innerhalb der Hausindustrie bei Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 1, S. 32f. (Gladbacher Färbergesellen), 101ff. u. 108f. (Seide), 163f. (Baumwolle); Bd. 2, S. 180 (Färbergesellen), 203 (Bandwirker in Barmen), 209f.: Erst mit der Maschinisierung wird in der Barmer Riemendreherei der Meister-Gesellen-Unterschied eingeebnet. – W. Köllmann (Hg.), Wuppertaler Färbergesellen-Innung und Färbergesellen-Streiks 1848–1857. Akten zur Frühgeschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wiesbaden 1962. – Zu Sachsen: Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 605ff.; Bein, Industrie (Anm. 29), Bd. 2, S. 285f., 310ff.; Demmering, Textil-Industrie (Anm. 29), S. 79f.; P. Horster, Die Entwicklung der Sächsischen Gewerbeverfassung (1780–1861), Krefeld 1908, S. 308ff.: Lockerung der Gesellenpflichten innerhalb von Weberinnungen im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert.
50. Vgl. Kaufhold, Gewerbelandschaften (Anm. 22), S. 186ff.; Schwiedland, Kleingewerbe (Anm. 10), S. 59–68.
51. Vgl. K. H. Kaufhold, Das Metallgewerbe der Grafschaft Mark im 18. und frühen 19. Jahrhundert, Dortmund 1976, S. 42ff.; ders., Gewerbe (Anm. 8), S. 144ff., 286f. Sehr gut: S. Gorißen u. G. Wagner, Protoindustrialisierung in Berg und Mark? Ein interregionaler Vergleich am Beispiel des neuzeitlichen Eisengewerbes, in: Zs. des Bergischen Geschichtsvereins 92, 1986, S. 163–171, bes. 167f. Dazu mit Belegen: L. H. W. Jacobi, Das Berg-, Hütten- und Gewerbewesen des Regierungs-Bezirks Arnsberg in statistischer Darstellung, Iserlohn 1857, S. 324–326, 332–419, bes. 365f. zur Hohenlimburger Kettenindustrie; E. Voye, Geschichte der Industrie im Märkischen Sauerland, 4 Bde., Bd. 3: Kreis Iserlohn, Hagen 1908, bes. S. 210ff. – A. Mosser, Alpenländische Eisenindustrie und sozialer Wandel im 19. Jahrhundert, in: Österreich in Geschichte und Literatur 15, 1971, S. 604–616; A. Paulinyi, Der technische Fortschritt im Eisenhüttenwesen der Alpenländer und seine betriebswirtschaftlichen Auswirkungen (1600–1860), in: M. Mitterauer (Hg.), Österreichisches Montanwesen. Produktion, Verteilung, Sozialformen, München 1974, S. 144–180; O. Pickl, Die Steiermark als Gewerbe- und Industrielandschaft vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart, in: Pohl (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften (Anm. 22), S. 16–38, bes. 36–38.
52. Vgl. vor allem R. Boch, Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft. Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870 bis 1914, Göttingen 1985, S. 79–94; ders., Zunfttradition und frühe Gewerkschaftsbewegung. Ein Beitrag zu einer beginnenden Diskussion mit besonderer Berücksichtigung des Handwerks im Verlagssystem, in: U. Wengenroth (Hg.), Prekäre Selbständigkeit. Zur Standortbestimmung von Handwerk und Kleinbetrieb im Industrialisierungsprozeß, Stuttgart 1989, S. 37–69; ders. u. M. Krause, Historisches Lesebuch zur Geschichte der Arbeiterschaft im Bergischen Land, Köln 1983, S. 13–30 (Quellen). Viele Hilnweise dazu bereits bei Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 2, S. 7ff., 23ff., 54ff., 109ff., 34. – Gorißen u. Wagner, Protoindustrialisierung (Anm. 51), S. 168f.; Kaufhold, Metallgewerbe (Anm. 51), S. 50–68; W. Wernekinck, Die Kleineisenindustrie an der Enneperstraße vom Beginn bis zur Gegenwart, Diss. Berlin 1937, S. 43ff.; E. Voye, Die Industrie im südlichen Theile der Grafschaft Mark, in: Die Grafschaft Mark. Fs. z. Gedächtnis der 300jährigen Vereinigung mit Brandenburg-Preußen, hg. v. A. Meister, Bd. 1, Dortmund 1909, S. 463–534, S. 509f. – Vgl. auch C. Vogelsang, Die Aachener Nadelindustrie. Beiträge zur Geschichte ihrer Entwicklung, Heidelberg 1913, S. 65–68: Beschreibung verlagsmäßig koordinierter, arbeitsteiliger Nadelherstellung im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert; G. Schnapper-Arndt, Fünf Dorfgemeinden auf dem Hohen Taunus. Eine sozialstatistische Untersuchung über Kleinbauernthum, Hausindustrie und Volksleben, Leipzig 1883, hier nach 2. bearb. Aufl. u. d. T.: Hoher Taunus. Eine sozialstatistische Untersuchung in fünf Dorfgemeinden, hg. v. E. P. Neumann, Allensbach 1963, S. 33ff. zu Nagelschmieden im Kaufsystem, die sich zum Teil mit staatlich finanzierten Rohstoff- und Warenmagazinen (S. 38) erfolgreich gegen das Verlegtwerden wehrten. Ebd., S. 71ff. zur Herstellung von Nadeln, Schnallen, Oesen etc. in Form der „dezentralisierten Manufaktur". Vgl. auch W. Hoth, Die Industrialisierung einer rheinischen Gewerbestadt. Dargestellt am Beispiel Wuppertal, Köln 1975, S. 18. – Zu österreichischen Beispielen: E. Pfeil, Die Notlage der Kleineisen- und Stahlindustrie in Niederösterreich, Wien 1887; V. Hack, Die oberösterreichische Messerindustrie. Vom Handwerk zur Industrie, Diss. Innsbruck 1957; G. Sprengnagel, Fabrikarbeiter auf dem Land.

Materialien zur Lebensweise des ländlichen Industrieproletariats im 19. Jahrhundert. Am Beispiel der Metallarbeiter des oberen Traisentals,. Diss. Wien 1983, bes. 181–198 (zünftige Warenproduktion und „moderne Industrie" am Beispiel des Sensenhandwerks).

53. Die Zahlen für Remscheid nach J. Prell, Die soziale Lage der Arbeiter im Remscheider Raum im 19. Jahrhundert, Staatsexamensarbeit Köln WS 1975/76 (aus dem Stadtarchiv Remscheid), S. 9; Zollvereinsangaben nach Viebahn, Statistik (Anm. 32), S. 966–979 (ohne Pulvermühlen und Fabriken für Schrot, Kugeln und Zündhütchen); hier zugleich eine Übersicht über die große Vielfalt der zu dieser Branche gehörenden Produkte – bis hin zum Kochapparat und zu den Schlittschuhen – in ihrer regionalen Verbreitung.
54. Vgl. Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 2, S. 7–23, 86f. (Henckels), 127f. (Mannesmann); K. Frankenstein, Bevölkerung und Hausindustrie im Kreise Schmalkalden seit Anfang dieses Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Socialstatistik und zur Wirthschaftsgeschichte Thüringens, Tübingen 1887, S. 65; v. Viebahn, Statistik (Anm. 32), S. 966–989, bes. 967 (landwirtschaftliche Maschinen), 969 (Werkstätten mit Dampfbetrieb für Sensen, Sicheln und dergl. „nach steyrischer Art"), 974f. (zur Geschirr- und Geräteherstellung aus Gußeisen), 977f. (Waffen), 987 (Nähnadelherstellung in Iserlohn mit Maschinisierung seit 1839, bei Fortdauer dezentraler Produktion daneben); R. Bettger, Das Handwerk in Augsburg beim Übergang der Stadt an das Königreich Bayern. Städtisches Gewerbe unter dem Einfluß politischer Veränderungen, Augsburg 1979, S. 79–85, bes. 84 zum Verlag im städtischen Metallgewerbe schon vor 1830; zu verlegten Metallhandwerkern in der Umgebung Nürnbergs schon zu Beginn des Jahrhunderts: A. Henß, Aus dem Tagebuch eines reisenden Handwerkers [1845], bearb., eingel. u. erl. v. K. Esselborn, Friedberg 1923, S. 124; dazu auch wichtig: P. Schröder, Die Entwicklung des Nürnberger Großgewerbes 1806–1870. Studien zur Frühindustrialisierung, Nürnberg 1971, S. 25f., 29f., 31f., 142ff. Schnapper-Arndt, Hoher Taunus (Anm. 52), S. 38; Vogelsang, Nadelindustrie (Anm. 52), S. 68f.; Fabriken seit den 1850er Jahren. Weiterhin Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 656–660.
55. Boch, Handwerker-Sozialisten (Anm. 52), S. 28–40, Zit. S. 30; F. Hendrichs, Die Schleifkotten an der Wupper, Köln 1922; H. Tegtmeier, Der Übergang von der Hausindustrie zum Fabrikbetrieb in der Solinger Stahlwarenindustrie, Diss. Köln 1927, S. 19–22; Fortexistenz der Hausindustrie noch im frühen 20. Jahrhundert.
56. „Nicht minder sind sämmtliche Schmiede in ihrer Kraft gebrochen, und zwar durch Anwendung der maschinellen Vorrichtungen. Ihre Anzahl hat sich ganz erheblich verringert; Höfe, die früher nur von ihnen bewohnt wurden, zählen jetzt kaum einige Meister; theils sind sie in die Fabriken gewandert, theils gestorben, ihre Söhne sind fast alle Arbeiter in Fabriken geworden, wo sie sofort zu Verdienst gelangen, ohne eine Lehrzeit von drei Jahren." Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 2, S. 90 über Solingen in den 70er Jahren.
57. Nach ebd., S. 90f., 40–101, bes. 73 (Arbeit für mehrere Auftraggeber), 101 (Einschränkung dieses Prinzips durch Bindung an den Fabrikanten, der den Dampf lieferte); 91, 109ff.: zur andersartigen Situation in Remscheid. Im übrigen Boch, Handwerker-Sozialisten (Anm. 52), S. 35–38.
58. Vgl. die Beispiele bei Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 2, S. 109–133, bes. 122–124 zur zunehmenden Differenzierung zwischen kleinen und größeren Meistern.
59. Vgl. ebd., S. 139f.
60. Vgl. ebd., S. 87f. u. 127f. zur Rolle von Henckels in Solingen und Mannesmann in Remscheid. Weiterhin Frankenstein, Bevölkerung (Anm. 54), S. 96–101; Schnapper-Arndt, Hoher Taunus (Anm. 52), S. 71ff.
61. Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 2, S. 89 zu Solingen im Vormärz; entsprechend zur Schmalkaldener Kleineisenindustrie in den 60er Jahren: Frankenstein, Bevölkerung (Anm. 54), S. 95f.
62. Vgl. Salz, Geschichte (Anm. 22), S. 269–75; K. Kostka, Die Heimarbeit in der Hohlglasindustrie Nordböhmens, in: Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich, Bd. 3, Leipzig 1899, S. 481–550; E. Gothein, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes und der angrenzenden Landschaften (1892), ND New York 1970, S. 806ff. zur Glasindustrie im Schwarzwald.
63. Vgl. Bein, Industrie (Anm. 29), Bd. 1, bes. S. 2–26, 56–75, 83–90, Tab. VI, VII u. IX.
64. Vgl. E. Sax, Die Hausindustrie in Thüringen. Wirtschaftsgeschichtliche Studien. 1. Theil: Das Meininger Oberland, Jena 1885, S. 11–57, 24 (Zahlen), 15f. (zum Kampf der Bossierer).
65. Vgl. H. Loth, Die Uhrenindustrie im badischen Schwarzwald, in: Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich, Bd. 1, Leipzig 1899, S. 249–359; 310 (Zitat). Schätzungsweise vari-

ierte die Zahl der in diesem Gewerbe Beschäftigten zwischen 1.300 (1800) und 4.000 bis 5.000 (zwischen den 1840er und 1860er Jahren). Die Zahl der selbständigen „Meister" sank aber von 1.700 um 1860 auf nur noch 336 in den 1880er Jahren (S. 262, 313, 314, 318). Zum Übergang in verlagsartige Abhängigkeit mit Trucksystem S. 295ff., zur Durchsetzung der Fabriken S. 310ff. – Zu etwa der gleichen Zeit machte die Fabrikkonkurrenz den hausindustriellen Schachtelmachern und Schnitzern arg zu schaffen. Zum Zentrum dieser Gewerbe im thüringischen Kreis Sonneberg: Sax, Hausindustrie (Anm. 64), S. 87f. Zur Entwicklung der Holzwaren-, Papier- und Kurzwarengewerbe v. Viebahn, Statistik (Anm. 32), Bd. 3, S. 993ff., 1009ff.

66. Vgl. Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 622ff., 625f. Sehr instruktiv E. Francke, Die Hausindustrie in der Schuhmacherei Deutschlands, in: Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich, Bd. 4, Leipzig 1899, S. 21–53, bes. 21–30; ders.; Die Schuhmacherei in Bayern. Ein Beitrag zur Kenntnis unsrer gewerblichen Betriebsformen, Stuttgart 1893, S. 13–59 (auch zu Pirmasens); Schwiedland, Kleingewerbe (Anm. 10), S. 48f., 54–61, 88–89 (zu Wien); J. Bergmann, Das Berliner Handwerk in den Frühphasen der Industrialisierung, Berlin (West) 1973, S. 279ff., 287f.; zu Düsseldorf: F. Lenger, Zwischen Kleinbürgertum und Proletariat. Studien zur Sozialgeschichte der Düsseldorfer Handwerker 1816–1878, Göttingen 1986, S. 47. – H. Kanter, Die Schuhmacherei in Breslau, in: Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland, Bd. 4/II, Leipzig 1895, S. 23–78, bes. 26–31; M. Schöne, *Die moderne Entwicklung des Schuhmachergewerbes* in historischer, statistischer und technischer Hinsicht, Jena 1888, bes. S. 50ff. zu den technischen Veränderungen und 55ff. zu den neuen Formen der Arbeitsteilung. Generell F. Lenger, Sozialgeschichte der deutschen Handwerker seit 1800, Frankfurt 1988, S. 95f.; J. Ehmer, Schuster zwischen Handwerk und Fabrik. Zum Verhältnis von sozialem Profil und politisch-organisatorischem Verhalten einer Berufsgruppe, in: H. Konrad u. W. Maderthaner (Hg.), Neuere Studien zur Arbeitergeschichte, Wien 1984, S. 3–23.

67. Vgl. Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 633–640; P. Voigt, Das Tischlergewerbe in Berlin, in: Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland, Bd. 4/II, Leipzig 1895, S. 325–498, bes. 330–349 (Zitat 344f.), 377ff., 400ff.; ders., Die Hausindustrie in der deutschen Möbelfabrikation, in: Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich, Bd. 4, Leipzig 1899, S. 55–76; ebd., S. 98–128; C. Rosenberg, Die Kürschnerei und Mützenmacherei; Lenger, Kleinbürgertum (Anm. 66), S. 55f.; Bergmann, Handwerk (Anm. 66), S. 288ff.; zu entsprechenden Klagen Kasseler Schreinermeister: R. Bovensiepen, Die kurhessische Gewerbepolitik und die wirtschaftliche Lage des zünftigen Handwerks in Kurhessen von 1816–1867, Marburg 1909, S. 82f. (schon in den 1830er Jahren).

68. Dazu jetzt am besten Ch. Eisenberg, Deutsche und englische Gewerkschaften. Entstehung und Entwicklung bis 1878 im Vergleich, Göttingen 1986, S. 30–39; bereits Bergmann, Handwerk (Anm. 66), S. 286f., 290f.

69. Dazu sehr gut K. Hausen, Technischer Fortschritt und Frauenarbeit im 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte der Nähmaschine, in: GG 4, 1978, S. 148–169, bes. 163f. (hier auch das Zitat).

70. E. Herrmann, Naturgeschichte der Kleidung. Wien 1878, S. 20, nach Eisenberg, Gewerkschaften (Anm. 68), S. 31.

71. Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 642–650 (646 Zitat); sowie: Schwiedland, Kleingewerbe (Anm. 10), S. 88; zu den anderen Städten Eisenberg, Gewerkschaften (Anm. 68), S. 40 (aufgrund eigener Auszählungen und Angaben bei Lenger, Ayçoberry u. a.). Weiterhin: H. Grandke, Berliner Kleiderkonfektion, in: Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich, Bd. 2, Leipzig 1899, S. 129–389, bes. 132–136; L. Baar, Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution, Berlin (Ost) 1966, S. 73–85; Lenger, Sozialgeschichte (Anm. 66), S. 94f.

72. F. Saß, Berlin in seiner neuesten Zeit und Entwicklung (1846), ND Berlin (West) 1983, S. 157f. schätzte, daß die meisten der formal selbständigen Schneider und Tischler Berlins „proletarisiert" waren, und zwar im Sinn der Abhängigkeit von Magazinen, Konfektionshäusern, größeren Meistern etc. Vgl. vor allem auch Bergmann, Handwerk (Anm. 66), S. 282f. F. Lenger, Polarisierung und Verlag: Schuhmacher, Schneider und Schreiner in Düsseldorf 1816–1861, in: U. Engelhardt (Hg.), Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984, S. 127–145, bes. 136ff.; Eisenberg, Gewerkschaften (Anm. 68), S. 40.

73. Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 648.

74. Grundlegend A. Weber, Die Entwicklungsgrundlagen der großstädtischen Frauenindustrie, in: Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich, Bd. 2, Leipzig 1899, S. XIII–LX. Dann auch Hausen, Fortschritt (Anm. 69), S. 161f. Männeranteile nach Stieda, Litteratur (Anm. 6), S. 66–68.
75. Eindrückliche Schilderungen dieses äußerst arbeitsteiligen, von Zwischenmeistern und Subunternehmern hart gesteuerten Ausbeutungssystems z. B. bei Grandtke, Kleiderkonfektion (Anm. 71), S. 136, 167f., 202f. usw. – Zwei Einzelbeispiele: P. Löbe, Der Weg war lang. Lebenserinnerungen, Berlin (West) 1954, S. 9f. (Löbes Mutter um 1880); O. Baader, Ein steiniger Weg. Lebenserinnerungen einer Sozialistin, Berlin (West) 1979, S. 14f. (60er Jahre).
76. Vgl. Jaffé, Hausindustrie (Anm. 10), S. 285–296. Ähnliche Beispiele aus der Stickerei besonders Sachsens und Vorarlbergs: Bein, Industrie (Anm. 29), Bd. 2, S. 394ff.; Swaine, Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse (Anm. 33), S. 21ff.
77. Dazu gehörte auch die nicht viel kleinere Handschuhmacherei, das einzige ältere (und um 1880 wohl schrumpfende) Heimgewerbe in dieser Kategorie.
78. Die einschlägigen Tabellen der Berufs- und Gewerbezählungen im Deutschen Reich 1882 und 1895 in StdDtR NF, Bd. 111, 1899, S. 218–237; Bd. 119, 1899, S. 192–205. Brauchbare Zusammenfassungen und Auswertungen bei Stieda, Litteratur (Anm. 6), S. 60–66; sowie bei Sombart, „Verlagssystem" (Anm. 6), S. 239–243. Zum nur scheinbaren Absinken der Zahl der Näherinnen vgl. ebd. S. 243. Für Österreich gibt es im Grundsatz übereinstimmende Vergleichszahlen für 1841 und 1890 bei Schwiedland, Kleingewerbe (Anm. 10), S. 126–143.
79. Nach Stieda, Litteratur (Anm. 6), S. 60 (auch zu den anderen Branchen, in denen der hausindustrielle Anteil zwischen 1% und 5% schwankte).
80. So auch Kaufhold, Gewerbelandschaften (Anm. 22), S. 185.
81. Zu diesem Entmischungsprozeß vgl. bereits oben S. 239. Der Anteil nebenberuflicher Leinenwebstühle war vielerorts rückläufig, jedenfalls nach 1850; vgl. z. B. zu Schlesien und Westpreußen C. Frahne, Die Textilindustrie im Wirtschaftsleben Schlesiens. Ihre wirtschaftlichen und technischen Grundlagen, historisch-ökonomische Gestaltung und gegenwärtige Bedeutung, Tübingen 1905, S. 118f.; v. Gülich, Lage (Anm. 21), S. 110f. zum Rückgang der Nebenbetriebe und umgekehrt des Landbesitzes in Weber-Hand in Bielefeld; weiterhin P. Fried, Reagrarisierung in Südbayern seit dem 19. Jahrhundert, in: Kellenbenz (Hg.) Agrarisches Nebengewerbe (Anm. 18), S. 177–194, bs. 180–186.
82. StdDtR 111, 1899, S. 132f.; Stieda, Litteratur (Anm. 6), S. 99–103; Sombart, „Verlagssystem" (Anm. 6), S. 246.
83. Das folgende im Prinzip bereits bei Kocka, Lohnarbeit (Anm. 12), S. 86–90. Vgl. auch Stieda, Litteratur (Anm. 6), S. 108ff.; Schwiedland, Kleingewerbe (Anm. 10), S. 22ff. u. 97ff.; Koch, Hausindustrie (Anm. 8), S. 11–19.
84. Zentral zum Problem der Protoindustrialisierung: Kriedte u. a., Industrialisierung (Anm. 12). Zuletzt in der dadurch ausgelösten Debatte: W. Mager, Protoindustrialisierung und Protoindustrie. Vom Nutzen und Nachteil zweier Konzepte, in: GG 14, 1988, S. 275–303. Es muß betont werden, daß das Konzept „Protoindustrialisierung" fast ausschließlich auf diesen Typus von Heimgewerbetreibenden, auf ländliche Heimarbeiter, bezogen ist, nicht auf die weiter unten zu behandelnden Typen. Ähnlich betonen Mager (in dieser Anm.), Gorißen u. Wagner, Protoindustrialisierung (Anm. 51) und Boch, Zunfttradition (Anm. 52), die Grenzen des Protoindustrialisierungsansatzes im Bezug auf die Analyse des Heimgewerbes insgesamt. Vgl. auch H.-U. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1: Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700–1815, München 1987, S. 97ff.
85. Vgl. oben S. 239, auch Anm. 81. Wichtig: Adelmann, Textilgewerbe (Anm. 22); Mooser, Klassengesellschaft (Anm. 21), S. 246–280, 298–316, 342ff., 350–367; W. Mager, Haushalt und Familie in protoindustrieller Gesellschaft: Spenge (Ravensberg) während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Eine Fallstudie, in: N. Bulst u. a. (Hg.), Familie zwischen Tradition und Moderne. Studien zur Geschichte der Familie in Deutschland und Frankreich vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, Göttingen 1981, S. 141–181; sehr gut an Schweizer Beispielen: R. Braun, Sozialer und kultureller Wandel in einem ländlichen Industriegebiet (Zürcher Oberland) unter Einwirkung des Maschinen- und Fabrikwesens im 19. und 20. Jahrhundert, Erlenbach-Zürich 1965; A. Tanner, Spulen – Weben – Sticken. Die Industrialisierung in Appenzell Ausserrhoden, Zürich 1982; ders., Arbeit,

Haushalt und Familie in Appenzell-Außerrhoden. Veränderungen in einem ländlichen Industriegebiet im 18. und 19. Jahrhundert, in: J. Ehmer u. M. Mitterauer (Hg.), Familienstruktur und Arbeitsorganisation in ländlichen Gesellschaften, Wien 1986, S. 449–494; R. Jäger u. a., Baumwollgarn als Schicksalsfaden. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen in einem ländlichen Industriegebiet (Zürcher Oberland) 1750 bis 1920, Zürich 1987. – Die klassischen Studien zum Thema beziehen sich auf die Zeit vor 1800. Vgl. R. Braun, Industrialisierung und Volksleben. Veränderungen der Lebensformen unter Einwirkung der verlagsindustriellen Heimarbeit in einem ländlichen Industriegebiet (Zürcher Oberland) vor 1800, (1960), Göttingen 1979[2]; Kisch, Textilgewerbe (Anm. 42); Kriedte u. a., Industrialisierung (Anm. 12). – Zu den Arbeits- und Familienverhältnissen dieses Heimarbeitertyps vgl. auch Bitter, Bericht (Anm. 27), bes. S. 40; v. Gülich, Lage (Anm. 21), S. 47–50, 109–113; Schnapper-Arndt, Hoher Taunus (Anm. 52), S. 145ff.; Sax, Hausindustrie (Anm. 64), S. 55, 77, 91f.; Schöne, Kultur (Anm. 44), Kap. 3, bes. S. 51ff. zur großen Autorität der Frau in Bandwirkerfamilien. Zur frühen Heirat u. a.: ders., Posamentierer (Anm. 44), S. 138ff., 146ff.; Henning, Industrialisierung (Anm. 18), S. 160, Anm. 20 über spinnende und strickende „Mannsleute" in den westlichen Bereichen des Fürstentums Paderborn, nach Haxthausen von 1829. Weiterhin Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 1, S. 169, usw. – Zur Rückläufigkeit der landwirtschaftlichen Einbindung dieser Heimarbeiter vgl. oben S. 232ff. und Schüren, Staat (Anm. 23), S. 60 zur Zunahme der reinen „Mietmänner" ohne Acker und Hausbesitz unter den Borghorster Heimarbeitern zwischen 1810 und 1850; Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 234–237. – Medick, Handelskapital (Anm. 28); ders., Freihandel für die Zunft. Ein Kapitel aus der Geschichte der Parteikämpfe im württembergischen Leinengewerbe des 18. Jahrhunderts, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Beispiele aus der Sozialgeschichte der Neuzeit. Rudolf Vierhaus zum 60. Geburtstag, Göttingen 1982, S. 277–294.

86. F. Engels, Ergänzung in: Das Kapital, Bd. 3 (= MEW 25), S. 914f.
87. Die Schriften von Thun (Anm. 6) geben am meisten zum Thema her. Fürs 18. Jahrhundert vor allem Kisch, Textilgewerbe (Anm. 42), Kap. 2, 3 u. 4. Konkrete Schilderung des Arbeitsablaufs in einer Seidenweber-Familie bei Barkhausen, Territorial- und Wirtschaftsgeschichte (Anm. 29), S. 171f. Siehe auch die Autobiographie eines 1846 geborenen Wuppertaler Webersohns: H. Enters, Die kleine, mühselige Welt des jungen Hermann Enters. Erinnerungen eines Amerika-Auswanderers an das frühindustrielle Wuppertal, hg. v. H. Born, Wuppertal 1971[2], bes. S. 27–32, 44f. Typische Unterschiede zwischen den städtischen Baumwollwebern Wuppertals und den ländlichen Baumwollwebern des Rheinlands und des Bergischen Landes (in Bezug auf Gesellenhaltung und Fähigkeit zu kollektiven Selbsthilfeeinrichtungen) arbeitet heraus: Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 212–247.
88. Vgl. oben S. 256ff.. Zum negativen Bild beispielsweise F. Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 1 (1897), Berlin (Ost) 1960, S. 48: „Nun ist die Hausindustrie, wie die älteste so die rückständigste Form der kapitalistischen Produktionsweisen [...]. Die Zersplitterung der Hausarbeiter lähmt ihre Widerstandskraft gegen das Kapital, und der fortwährende Druck auf die Löhne zwingt sie, den Arbeitstag bis an die Grenzen der physischen Möglichkeit auszudehnen, Weib und Kinder in das gleiche Joch zu spannen, sich und ihre Familien einem schnellen Siechtum, einem frühen Tode zu opfern: nicht nur durch das Übermaß der Arbeit, sondern auch den Mangel an Licht, Luft, Ventilation in der engen Behausung, die Wohnung und Werkstätte in einem ist, oft genug auch durch die gesundheitsgefährliche Beschäftigung. Dazu kommen Unregelmäßigkeit der Arbeit, Truck und Wucher, parasitisches Faktorenwesen, hundert andere Übelstände. Die hoffnungslosesten aller Proletarier, stehen die Hausarbeiter gleichwohl dem proletarischen Klassenbewußtsein am fernsten. Sie prunken mit dem Schein der Selbständigkeit, während ihr federleichter Besitz sie wie ein schweres Bleigewicht in den Abgrund reißt."
89. Etwa solche, deren Arbeitsplätze aus der Dezentralisation bereits bestehender zentralisierter Unternehmen hervorging. Vgl. oben S. 263 und Anm. 76. Unter anderen Fragestellungen geschieht das bei Stieda und Koch. Vgl. Anm. 83 oben. Doch blieb dies ein Minderheitsphänomen, und die daraus resultierende Art von Heimgewerbetreibenden (Tabakarbeiter z. B.) stellte eine Mischung der drei aufgeführten Typen dar.
90. Wie verwickelt und variationenreich die Besitzverhältnisse im einzelnen sein konnten, zeigt das rheinische Baumwoll-Heimgewerbe Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 77–88.

91. Zu diesem Ergebnis kommen Harder-Gersdorf, Leinen-Regionen (Anm. 32) sowie U. Lewald, Die Entwicklung der ländlichen Textilindustrie im Rheinland und in Schlesien. Ein Vergleich, in: ZfO 10, 1961, S. 601–630. Positive Auswirkungen des Verlagssystems in Württemberg betont auch Borscheid, Textilarbeiterschaft (Anm. 20a), S. 389.
92. A. Schneer, Über die Noth der Leinen-Arbeiter in Schlesien und die Mittel ihr abzuhelfen. Ein Bericht . . ., Berlin 1844, S. 39f.; S. 42ff. Schilderungen des Elends der nicht verlegten Leinenweber. Vgl. zu Schlesien auch Frahne, Textilindustrie (Anm. 81), S. 425; Der Lohnweber verdiente 1851/52 5 bis 8 und der selbständige Weber 4,5 bis 10 Sgr. Dazu auch Zimmermann, Blüthe (Anm. 25), S. 425.
93. Vgl. Boch, Handwerker-Sozialisten (Anm. 52), S. 81–85; Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 2, S. 27, 34, 37; Bd. 1, S. 8–18; weiterhin Bredt, Lohnindustrie (Anm. 10), S. 355ff.; W. Dietz, Die Wuppertaler Garnnahrung. Geschichte der Industrie und des Handels von Elberfeld und Barmen 1400 bis 1800, Neustadt (Aisch) 1957, S. 115; Der Kaufmann-Verleger, später Spinnereibesitzer Brügelmann 1781: „Was sind das für Herren von der Zunft? Sind es Herren? Leineweber sind es, Handwerksleute, die von mir und von anderen Kaufleuten ihr Brot haben." Vgl. auch Demmering, Textilindustrie (Anm. 29), S. 25ff. – Zur Elberfelder Weberzunft 1725–1783 jetzt M. Henkel, Zunftmißbräuche. Arbeiterbewegung im Merkantilismus, Frankfurt 1989, S. 150ff.
94. Vgl. Boch, Handwerker-Sozialisten (Anm. 52), S. 85ff. (zu entsprechenden Forderungen der Solinger Schleifer in ihrem Streik von 1826) und S. 89ff. (zu 1848 und danach); ders., Ehrenräte und Tarifverträge in der Revolution 1848/49; demn. in: Neues Bergisches Jb. (vorauss. 1990); auch Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 2, S. 62ff., 209; Bd. 1, S. 114ff., 194ff. sowie Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 223f., 248f. zu entsprechenden Forderungen der Seidenweber in Krefeld und anderen Städten 1848/49 (auch zum Fehlen solcher Forderungen bei den ländlichen Baumwollwebern); weiterhin P. Schöttler, Die rheinischen Fabrikengerichte im Vormärz und in der Revolution von 1848/49. Zwischenergebnisse einer sozialgeschichtlichen Untersuchung, in: Zs. f. Neuere Rechtsgeschichte 7, 1985, S. 160–180, bes. 165ff.; H. Brauns, Der Übergang von der Handweberei zum Fabrikbetrieb in der Niederrheinischen Samt- und Seiden-Industrie und die Lage der Arbeiter in dieser Periode, Leipzig 1906, S. 94–124; Demmering, Textilindustrie (Anm. 29), S. 79ff.; R. Strauß, Die Lage und die Bewegung der Chemnitzer Arbeiter in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Berlin (Ost) 1960, S. 131. H. Zwahr, Zur Genesis der deutschen Arbeiterklasse. Stadiale und regionale Entwicklungsformen des deutschen Proletariats im Vergleich, in: Zur Entstehung des Proletariats. Untersuchungen zu den Vorformen, der Entwicklung, der Lage und der Struktur der Arbeiterklasse bis zum 19. Jahrhundert, Magdeburg 1980, S. 25–49, bes. S. 28–33; ders., Die Synchronisierung des Entwicklungsgangs von Bourgeoisie und Proletariat als Forschungsproblem und Aufgabe, in: BZG 23, 1981, S. 803–824, bes. 812ff.; ders., Gestaltwandel (Anm. 17), bes. 21ff., 52ff., 59ff. – Frankenstein, Bevölkerung (Anm. 54), S. 95: In den 1860er Jahren forderten Schmalkaldener Kleineisenarbeiter die Wiedererrichtung des bis 1827 existierenden Zunftamtes; vgl. auch Eisenberg, Gewerkschaften (Anm. 68), S. 59: Konfektionäre erhalten Aufträge 1848/49 über die wiedererstandene Berliner Schneiderzunft.
95. Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 1, S. 114; Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 248f.; Mooser, Klassengesellschaft (Anm. 21), S. 308ff. zur Mentalität der Selbständigkeit bei den Leinenwebern Ostwestfalens; Schöne, Kultur (Anm. 44), S. 29; Demmering, Textilindustrie (Anm. 29, S. 88f.
96. Vgl. O. Stillich, Die Lage der weiblichen Dienstboten in Berlin, Berlin 1902, S. 66–69 (Anm.): Heimarbeit als Ausweg aus der noch weniger geschätzten Dienstbotenarbeit. Die Abneigung auch verlegter Heimarbeiter gegen Feldarbeit und Fabrikarbeit ist häufig belegt, z. B.: Strauß, Lage (Anm. 94), S. 131. Lewald, Entwicklung (Anm. 91), S. 617; Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 1, S. 131f. Ottilie Baader, vorübergehend Näherin in der Berliner Konfektionsindustrie, klagte über vieles, nicht aber über die Beeinträchtigung ihres Selbständigkeitswunsches oder Berufsstolzes durch Zwischenmeisterin und Verlagssystem (Ein steiniger Weg [Anm. 75], S. 14f.).
97. Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 151.
98. Dies lag nicht nur (aber auch) an der verbreiteten landwirtschaftlichen Nebenbeschäftigung, die, manchmal zum Ärger der Verleger, zur Erntezeit die Arbeitskraft der Familie ganz beanspruchen mochte. Zum schwierigen Problem der Arbeitszeitschätzung vgl. ebd., S. 163–171, mit berechtigter Kritik an der Neigung der Literatur, einzelne Beispiele extrem langer Arbeitszeiten (15, 16

oder 17 Stunden), die sicher vorkamen, zu generalisieren. Vgl. etwa J. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland unter dem Kapitalismus, Bd. 1, Berlin 1961, S. 265; R. Meinert, Die Entwicklung der Arbeitszeit in der deutschen Industrie 1820–1956. Diss. Münster 1958, S. 57.

99. Nach Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 80–111, bes. 94–96.

100. Ebd., S. 125–129, 140–142, 151–183, 198–205, 200 das Zitat aus einem Gutachten der Elberfelder Handelskammer 1839, 201f. zu den gegenseitigen Betrügereien; zu diesen auch Demmering, Textilindustrie (Anm. 29), S. 84f.; Schöttler, Fabrikengerichte (Anm. 94), S. 166ff. – Enters, Welt (Anm. 87), S. 53f., 32, 36, 39. Vgl. auch oben Anm. 93 Brügelmanns distanzierten Kommentar über die Weber-Zunft; Mooser, Klassengesellschaft (Anm. 21), S. 314f. zum Bewußtsein der Ausbeutung durch die Kaufleute bei den ostwestfälischen Heuerlingen 1847: Wenn das Testament eines Kaufmanns eröffnet werde, „wird man gewahr, wo unsere saueren Schweißtropfen gesammelt und aufgespeichert werden." Ein harmonischeres Bild (Kaufleute bei den Webern unter Spitznamen bekannt) für Bielefeld und Umgebung bei E. Schoneweg, Das Leinengewerbe in der Grafschaft Ravensberg. Ein Beitrag zur Niederdeutschen Volks- und Altertumskunde (1923), ND Osnabrück 1985, S. 217f.; sehr gut Mager, Spenge (Anm. 22), S. 182–89: Anatomie des Aufruhrs von Heuerlingen u.a. gegen Kaufleute (1848). – Notruf der Weber des Niederrheins 1880/81. Mitgeteilt von J. Lichtenberg, in: Zs. f. Niederrheinische Heimatpflege 40, 1969, S. 105–107 (an den Kaiser gerichtete Petition).

101. Dazu und zu den an sich gesetzlich geforderten, aber kaum realisierten Arbeitsbüchern im einzelnen: Bein, Industrie (Anm. 29), Bd. 2, S. 242 u. 308ff. (in Sachsen während der 50er und 60er Jahre); fürs Rheinland: Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 158ff.; 179f. zu den Vorschüssen; 84f. zum „Scheerzettel" in der Weberei (Spezifizierung); 140f. und Demmering (Anm. 29), 85f., 93 zu den Lohnabzügen. Dazu auch Notruf (Anm. 100), S. 106f.; zur Klage über mangelnde Bezahlung der „Vorricht"-Arbeiten z. B. B. Dietz u. H. F. Becker, Zur sozialen Lage der heimgewerbetreibenden Textilarbeiter im „gesegneten Wupperthal" – ein Bericht aus der Barmer Zeitung (1844/45), in: Neues Bergisches Jb. 2, 1985/86, S. 272–291.

102. Gesellschaftsspiegel. Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklasse und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart, Bd. 1ff., Elberfeld 1845ff. (ND. Amsterdam 1979), Bd. 1, S. 14–18, 39–42. Hier 41f. u. Emsbach (Anm. 24), 660f.; Abdruck solch einer Ordnung (Wuppertal 1845). – Ein Beispiel für nicht erfüllbare Kontrollbedürfnisse des Verlegers gegenüber Schleifern in der Solinger Messerherstellung der 1840er Jahre: H. Kelleter, Geschichte der Familie J. A. Henckels in Verbindung mit einer Geschichte der Solinger Industrie, Solingen 1924, S. 164f.

103. Vgl. Kuczynski, Geschichte (Anm. 98), Bd. 1, S. 269–277; Bd. 2, S. 151; Frankenstein, Bevölkerung (Anm. 54), S. 96f. zu Konflikten zwischen Kleinfeuerleuten und Verlegern ums Trucksystem. Weiterhin G. K. Anton, Geschichte der preußischen Fabrikgesetzgebung bis zu ihrer Aufnahme in die Reichsgewerbeordnung (1891), Berlin (Ost) 1953, S. 174–183 (auch zur Verordnung von 1846); Thun, Industrie (Anm. 6) Bd. 2, S. 71ff.; Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 193–197.

104. Eindrucksvoll Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 553-555. „Der Hauptübelstand der Faktorenwirthschaft ist der, daß dadurch jeder sittliche Zusammenhang zwischen Arbeitgeber und Arbeiter aufgehoben ist. Der Fabrikant kennt seine Arbeiter nicht[...]" (555); Bein, Industrie (Anm. 29), Bd. 2, S. 277; Demmering, Textilindustrie (Anm. 29), S. 92–94: Weberprotest gegen Faktoren; Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 2, S. 78ff.: Zwischenunternehmer im Schneidegewerbe Solingens; Bodemer, Revolution (Anm. 46), S. 48f.: Abhängigkeit der Heimarbeiter von der „Faktoren-Klasse"; Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 142–44, 150–52; Schwiedland, Kleingewerbe (Anm. 10), S. 78ff.: Zum „Schweißtreiber" und zur „Hausindustrie in Werkstättensystem" u. a. in Wien Sombart, „Verlagssystem" (Anm. 6), S. 238f.

105. Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 555; ähnlich Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 2, S. 89f. („wirtschaftlicher Faustkampf"). – Das Mönchengladbacher Zitat nach Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 204.

106. Dazu in den oben S. 533 Anm. 14 genannten Büchern.

107. Mohl, Gewerbs-Industrie (Anm. 4), S. 199–242. Zitate 221, 235. S. 205 die desillusionierende Beschreibung einer ungesunden, überfüllten Mehrzweck-Wohnung mit 1½ Zimmer für eine grö-

ßere Familie. Ähnlich Borscheid, Textilarbeiterschaft (Anm. 20a), S. 364. Hier auch weitere spätere Beispiele enger, ärmlicher, unhygienischer Heimarbeiterwohnungen u.a. in Kellern (wegen der vom Gewebe benötigten Feuchtigkeit).

108. Vgl. B. Hildebrand, Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft (1848) und andere gesammelte Schriften, hg. v. H. Gehrig, Bd. 1, Jena 1922, S. 140–150; G. v. Hirschfeld, Die rheinische Haus-Industrie (Weberei und Schlosserei), ihre Entstehung und Verbreitung, sowie die materielle, ethische und geistige Lage der in derselben thätigen Bevölkerung, in: Concordia, Zs. f. d. Arbeiterfrage 4, 1874, S. 140–141, 145–146, 148, 152–154, 161, 169–170, 179–180; 5, 1875, S. 6–7, 10, 13–14, bes. S. 13f.; Sax, Hausindustrie (Anm. 64), S. 55ff.

109. Vgl. als Einführung mit Literatur: A. Herzig, Unterschichtenprotest in Deutschland 1790–1870, Göttingen 1988, S. 63–70, 125f.; auch Zwahr, Gestaltwandel (Anm. 17), S. 53f. Eindrucksvoll der anonyme Drohbrief im Namen von Spinnern und Webern an einen Bielefelder Unternehmer 1850 bei Schoneweg, Leinengewerbe (Anm. 100), S. 237f.

110. Vgl. ebd., S. 229ff.; Gröllich, Baumwollweberei (Anm. 34), S. 41f.; Mooser, Weg (Anm. 21), S. 79; Fleege-Althoff, Wanderarbeiter (Anm. 22), S. 50.

111. Gröllich, Baumwollweberei (Anm. 34), S. 80. Zur Verachtung der Fabrikarbeit durch Krefelder Seidenweber: Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 1, S. 131f.; zum Widerstand Solinger Schleifer gegen beginnende Zentralisierung: ebd., Bd. 2, S. 100f.; N. Sahrhage, Spenge, 1860–1918, in: Mager, Spenge (Anm. 22), S. 195–286, hier 234 zur Dezentralisierung des Tabakgewerbes auch auf Drängen der Arbeiter.

112. Vgl. einführend D. Geary, Arbeiterprotest und Arbeiterbewegung in Europa 1848–1939, München 1983, S. 31ff.; E. J. Hobsbawm, The Machine Breakers, in: Labouring Men. Studies in History of Labour, London 1974, S. 5–22; D. Dowe, Aktion und Organisation. Arbeiterbewegung und kommunistische Bewegung in der preußischen Rheinprovinz 1820–1852, Hannover 1970, S. 25–32; M. J. Thomis, The Luddites. Machine-Breaking in Regency England, London 1970; M. Henkel u. R. Taubert, Maschinenstürmer. Ein Kapitel aus der Sozialgeschichte des technischen Fortschritts, Frankfurt 1979, S. 9–29. Im übrigen unten S. 455ff.

113. Vgl. oben S. 232ff.

114. Sehr gut am Einzelfall dokumentiert bei Demmering, Textilindustrie (Anm. 29), S. 75f., 107f. – Wie 1870 der plötzliche Übergang zur Maschinenarbeit in einer Türkischrotfärberei und einer Riemendreherei der bis dahin geltenden Ausbildungsordnung ein Ende setzte und den Zustrom angelernter Frauen und Mädchen eröffnete, berichtet Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 226ff.

115. Gröllich, Baumwollweberei (Anm. 34), S. 41, 80f., 19 zu Seifhennersdorf/Oberlausitz, einem Dorf mit knapp 6.000 Einwohnern (1849), in dem die Weber (vor allem Baumwolle) mehr als 50% der „Selbstthätigen" stellten.

116. Vgl. Bein, Industrie (Anm. 29), Bd. 2, S. 392ff. (zum Einsatz von Strickmaschinen in den Behausungen von Heimarbeiterinnen in Plauen während der 50er Jahre); Swaine, Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse (Anm. 33), S. 15–21.

117. Vgl. oben S. 244. Weitere Beispiele: Isenburg, Untersuchungen (Anm. 40), S. 370f.; Gröllich, Baumwollweberei (Anm. 34), S. 78–83, bes. zur Skepsis vieler Handweber gegenüber gewerblichen Neuerungen; Loth, Uhrenindustrie (Anm. 65), S. 312f. Zur Gründung von Uhrenfabriken im Schwarzwald in den 1860er Jahren, als die Händler die Anfertigung bestimmter moderner „Amerikaneruhren" anregten. – Die These vom Rückgang des Arbeitsangebots bei steigenden Einnahmen (und umgekehrt) sehr eindringlich bei H. Medick, Die proto-industrielle Familienwirtschaft, in: Kriedte u.a., Industrialisierung (Anm. 12), S. 90–154, 98f., 141–144 etc. (im Anschluß an A. V. Čajanov). Kritisch zu dieser These: J. Schlumbohm ebd., S. 206; Schüren, Staat (Anm. 23), S. 24f.; unterstützend: Borscheid, Textilarbeiterschaft (Anm. 20a), S. 363.

118. Vgl. ebd., S. 361ff. Wie der Übergang in die Fabrik den schmerzlich empfundenen Verlust familialer Einbindung bedeuten konnte, zeigt für die Lausitzer Bandweber Schöne, Kultur (Anm. 44), S. 63–68.

119. Sax, Hausindustrie (Anm. 64), S. 56; hier auch zur Sonneberger Spielwaren-Manufaktur mit Fenstern aus mattem Glas. Borscheid, Textilarbeiterschaft (Anm. 20a), S. 363 zu Versuchen, Mädchen die Abneigung gegen die Fabrikarbeit einzureden, um sie für landwirtschaftliche Sommerarbeit nicht zu verlieren.

120. So für die Oberlausitz Gröllich, Baumwollweberei (Anm. 34), S. 50; ein anderes Beispiel: L. Th. Hisserich, Die Zöblitzer Serpentinsteinindustrie. Eine frühere Hausindustrie, in: Schmollers Jb. 18, 1894, S. 229–255, bes. S. 252: Auflösung der Innung dieses lokalen Steindrechslergewerbes 1862, danach Gründung eines Großbetriebes und allmählicher Übergang aus der Heimarbeit in die Fabrik. Vgl. Borscheid, Textilarbeiterschaft (Anm. 20a), S. 363, 389, Kap. III, u. IV.
121. Vgl. oben S. 232ff.; Mooser, Weg (Anm. 21), S. 79–81; K. Ditt, Industrialisierung, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Bielefeld 1850–1914, Dortmund 1982, S. 49ff.
122. Der Sekretär des Breslauer Vereins zur Abhilfe der Noth unter den Webern und Spinnern schrieb nach intensiver Erkundigungsreise durch die schlesischen Textildestrikte 1844 über den stark von verlegten Baumwollwebern bevölkerten Kreis Glatz: „Seit sieben und mehr Jahren haben sich die Unglücklichen nicht mehr irgendein Kleidungsstück anschaffen können; ihre Bedeckung besteht aus Lumpen, ihre Wohnungen verfallen, da sie die Kosten der Herstellung nicht aufbringen; die mißrathenen Erndten der Kartoffeln, namentlich in den beiden letzten Jahren, haben sie auf die billigeren wilden oder Viehkartoffeln und auf das Schwarz- oder Viehmehl zur Nahrung angewiesen; Fleisch kommt nur bei Einigen zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten ins Haus, und dann für eine Familie von fünf bis sechs Personen ein halbes Pfund! Schenkt der Bauer ihnen ein Quart Buttermilch oder tauschen sie es für die Kartoffelschaalen bei ihm nach langem Aufsammeln ein; so ist dies ein Festtag. Wenn es zuweilen zu etwas Butter noch ausreicht, so zehrt die ganze Familie an einem Viertel Pfund die Woche. Den Kirchenrock haben viele schon lange verkauft oder versetzt; sie schämen sich in ihren Lumpen zur Kirche zu gehen, und so entbehren sie auch noch des geistigen Trostes bei diesem Elend. Im letzten Winter hat man von wirklicher Hungersnoth unter diesen Armen sprechen können; so sagte mir der 67 Jahr alte Weber Anton Berner wohnhaft No. 107 in Schömberg, mit Freudenthränen in den Augen: er hätte bei der mangelnden Arbeit das Glück gehabt, daß in der Nähe zwei Pferde crepiert wären, deren Fleisch ihn, sein Weib Antonie und seine drei Kinder eine Zeitlang erhalten [...] (A)us einem wahrheitsliebenden Munde hörte ich von einer Familie, die ich selbst nicht mehr besuchen konnte, welche, sechs Jahre verheirathet nach mehrtägigem Hunger das Stück Brodt hervorsuchte, welches sie, dem abergläubischen Gebrauche folgend, bei ihrer Verheirathung im Hause versteckt, damit es ihnen nie an Brodt fehle. Dieses sechs Jahr alte verschimmelte Brodt war ihnen ein glücklicher Fund, als sie sich an dessen Vorhandensein erinnerten." Der Polizist eines Gebirgsdorfes sagte: „Die Noth [...] hat die Unglücklichen nur deshalb nicht zu allerhand Verbrechen getrieben, weil die lange Gewohnheit des Elends sie körperlich und moralisch deprimiert hat, und es ihnen bereits an der zum Verbrechen nöthigen Thatkraft fehlt." Nach Schneer, Noth (Anm. 92), S. 43–45.
123. Vgl. z.B. Kuczynski, Lage (Anm. 98), Bd. 1, S. 316–341; Bd. 2, S. 145–173 (neben Handwerkern und Landarbeitern).
124. Vgl. die Kindheitserinnerungen des Wuppertaler Webersohns Hermann Enters aus den 50er Jahren (Anm. 87), S. 27–48: Der Vater verdient nebenher durch Haarschneiden und Zigarrenverkauf, die Mutter hilft beim Weben, geht waschen und verkauft Backwaren. Die Mietwohnungen wechseln, zeitweise ist man ohne Behausung, in der Regel hält man etwas Kleinvieh und bebaut ein Stück Garten. Fleisch gibt es nur einmal die Woche, aber Hunger wird nicht erwähnt. Der Junge sammelt Pferdedreck als Brennstoff. Die Eltern gehen nie auf Feste, machen und bekommen niemals Besuch. „Wir führten ein armseliges Leben, Holzschuhe waren unsere Fußbekleidung und dementsprechend auch unsere übrigen Kleider. Vater machte mein Kamisol und Hosen selbst von altem Zeug, und nichts paßte recht, sodaß die Besser-Situierten sich immer lustig über meine Kleider machten. Wir waren natürlich nicht die einzigen, die so arm waren, und der Effekt war nicht so groß, weil wir immer reinlich waren." (S. 35). – Der Familie ging es seit Anfang der sechziger Jahre viel besser, als nunmehr Tochter und Sohn auf separaten Arbeitsplätzen – die Tochter als Näherin, der Sohn als Geselle und bald als Fabrikarbeiter – mitverdienten, aber noch unverheiratet zu Hause wohnten und den größten Teil des Geldes ablieferten.
125. Vgl. beispielsweise Gröllich, Baumwollweberei (Anm. 34), S. 501: Verdienstdifferenzen bei Fabrik- und Heim-Baumwollwebern 25–50%; noch größere Unterschiede sieht für die 60er

und 70er Jahre Bein, Industrie (Anm. 29), Bd. 2, S. 383f. – In diesem vogtländischen Bezirk kam 1819 ein Kattun-Handweber auf 1.25 Taler Wochenlohn, ein Maschinenspinner aber auf 2–3 Taler (ebd. S. 277).

126. Vgl. Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 463ff.; Achilles, Bedeutung (Anm. 22), S. 120f.; Bitter, Bericht (Anm. 27), S. 38f.

127. Vgl. zu den Spinnern Schmoller, Kleingewerbe (Anm. 4), S. 466; zu den Meeraner Webern, deren Verdiensteinbruch in den 50er und 60er Jahren besonders gravierend war: Demmering, Textilindustrie (Anm. 29), S. 83.

128. Vgl. F. Tennstedt, Vom Proleten zum Industriearbeiter. Arbeiterbewegung und Sozialpolitik in Deutschland 1800 bis 1914, Köln 1983, S. 90ff., 242ff., 305ff.; ders., Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, Göttingen 1981, S. 81–113.

129. Dazu Enters, Welt (Anm. 87), S. 27f., 51. 97f. Zur Kinderarbeit im Heimgewerbe weiterhin Blumberg, Textilindustrie (Anm. 25), S. 350ff.; Schnapper-Arndt, Hoher Taunus (Anm. 52), S. 60–66; Frankenstein, Bevölkerung (Anm. 54), S. 75. Zur Verbreitung und Einschränkung der Kinderarbeit generell unten S. 462ff. u. 469ff.

130. Dazu Ch. Sachße u. F. Tennstedt, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Vom Spätmittelalter bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1980, S. 181–195.

131. Vgl. oben S. 232ff. und Schneer, Noth (Anm. 92), S. 33, 38f., 44ff.; sowie Zimmermann, Blüthe (Anm. 25), S. 301ff. zum Elend im schlesischen Leinengewerbe, das bekanntlich bis ca. 1850 kaum im Verlag organisiert war. Dasselbe gilt für die Leinengebiete um Bielefeld, in denen der Regierungsrat C. H. Bitter 1853 geradezu unmenschliche Zustände beobachtete: Bericht (Anm. 27), S. 11–18. Vgl. auch v. Gülich, Lage (Anm. 21), S. 118–122 (zur selben Gegend in den 30er und 40er Jahren).

132. Vgl. ZGS 21, 1865, S. 258/59 (Lohnverhältnisse und Selbsthilfe):

Regierungsbezirk/Kreis	Beruf	Verdienst pro Tag (Silbergroschen)
Liegnitz	Handweber	4–7
Liegnitz	Damastweber	10–12
Breslau (Glatz)	Baumwollweber	3–4
Düsseldorf	Seidenweber	30
Düsseldorf (Gladbach)	Handweber	10–18
Aachen	Landweber	12–14
Eupen	Landweber	22

133. Vgl. Borscheid, Textilarbeiterschaft (Anm. 20a), S. 140–165, 384–401 zu württembergischen Beispielen; zum Rheinland Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 184ff.; zu Schlesien Frahne, Textilindustrie (Anm. 81), S. 123–138. Zum Elend in der oberhessischen Leinenindustrie schon 1820 vgl. E. Katz, Landarbeiter und Landwirtschaft in Oberhessen, Stuttgart 1904, S. 33ff.; und auf dem Eichsfeld: Kabisch, Ende (Anm. 33), bes. S. 109: Absinken des Spinnerlohns von 1820–1850 von 10 bis 12 auf zwei Silbergroschen. Die Lebensverhältnisse der Lausitzer Bandweber werden bei Schöne, Kultur (Anm. 44), S. 43ff., 75ff. u. 165ff. als eng, aber keineswegs als elend oder krisenhaft geschildert. Vgl. auch ders., Posamentierer (Anm. 44), S. 139ff.; im Tenor ähnlich: Schüren, Staat (Anm. 23), S. 81ff.

134. Vgl. Frankenstein, Bevölkerung (Anm. 54), S. 52ff., 61ff., 71ff., 89ff. – F. Le Play, Les ouvriers européens, Bd. 3, Tours 1877², S. 153–203, bes. 153–188. Auch bei Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 2 finden sich zwar Schilderungen sehr ungesunder, sehr harter, wenig erhaltenswerter, teils staubiger, teils feuchtnasser Arbeitsverhältnisse in den Schleifkotten (S. 92, 94), aber keine Not- und Elendsschilderungen, wie sie aus Textilregionen bekannt sind. – Vgl. die Schilderungen zum Todeskampf des Schwarzwälder Uhrenmacher-Heimgewerbes in den 1870er Jahren bei Loth, Uhrenindustrie (Anm. 65), S. 314ff. mit der sehr genauen Darstellung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse einer Uhrschildmaler-Familie im Schwarzwald 1877, die ausgesprochen auskömmlich erscheinen bei: G. Schnapper, Beschreibung der Wirthschaft und Statistik der Wirthschaftsrechnungen der Familie eines Uhrschildmalers im badischen Schwarzwald, in: ZGS 36, 1880, S. 133–156.

135. So berichtet Bein, Industrie (Anm. 29), Bd. 2, S. 277–280, 382–387, daß der durchschnittliche Wochenverdienst von Baumwollwebern im sächsischen Vogtland von 0,5–0,75 (1828) und 0,75 (Ende der 50er Jahre) über 1–1,5 Taler (1862/63) bis auf 4 Taler 1871 stieg, und dies dem Wert von 27 bis 29 Liter Roggen (1828), 15 (Ende 50er Jahre), 23 bis 35 (1862/63) und 75 Liter (1871 entsprochen habe. 1875 sei es dann zum Einbruch gekommen. – Durchweg besser als die Baumwollweber standen sich die heimgewerblichen Musikinstrumentenmacher derselben Region. Ihre Nominallöhne verdoppelten bis verdreifachten sich zwischen 1864 und 1874 (ebd., Bd. 1, S. 86f.). Zum Sinken der Baumwollweber-Reallöhne im Rheinland in den 30er und 40er Jahren wie zu ihrem Aufstieg seit Ende der 40er Jahre: Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 188.
136. Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 1, S. 153.
137. Demmering, Textilindustrie (Anm. 29), S. 92f. (Zitat von 1865). Vgl. die Berichte und Briefe in A. Bebel, Wie unsere Weber leben, Leipzig (ca. 1880).
138. Adelmann, Textilgewerbe (Anm. 22), S. 283 (zu 1822); Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 202 (zu 1841); Schüren, Staat (Anm. 23), S. 25.
139. Le Play, Ouvriers (Anm. 134), Bd. 3, S. 160; zur Borgwirtschaft der Unterschichten auch: Mooser, Klassengesellschaft (Anm. 21), S. 305f., 336ff.
140. Vgl. Sax, Hausindustrie (Anm. 64), S. 18ff., 42ff. Zur allgemeinen Konjunkturentwicklung vgl. H.-U. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution" 1815–1845/49, München 1987, S. 27–33; K. Borchardt, Wirtschaftliches Wachstum und Wechsellagen 1800–1914, in: HbDWS, Bd. 2, S. 198–275, besonders 204ff. Eine gute Schilderung der Baumwollkonjunktur und insbesondere der Baumwollkrise 1861 bei Schüren, Staat (Anm. 23), S. 67ff.
141. Vgl. Le Play, Ouvriers (Anm. 134), S. 168. Generell zu den knappen Heimarbeitereinkommen auch: L. Schneider, Der Arbeiterhaushalt im 18. und 19. Jahrhundert. Dargestellt am Beispiel der Heim- und Fabrikarbeiter, Berlin (West), 1967, S. 41–45. Weitere Beispiele bei Ditt, Industrialisierung (Anm. 121), S. 18f. Vgl. auch das Porträt einer kärglich lebenden Weberfamilie in Bad Godesberg 1847 bei Le Play, Ouvriers (Anm. 134), Bd. 5 (1878^2), S. 60–102.
142. Vgl. oben Anmerkung 117; R. Stadelmann u. W. Fischer, Die Bildungswelt des deutschen Handwerkers um 1800. Studien zur Soziologie des Kleinbürgers im Zeitalter Goethes, Berlin (West) 1955, S. 67–94. Vgl. E. P. Thompson, Die „moralische Ökonomie" der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert, in: ders., Plebeische Kultur und moralische Ökonomie, Aufsätze, hg. v. D. Groh, Frankfurt 1980, S. 66–129.
143. Vgl. Medick, Familienwirtschaft (Anm. 117), S. 90–154, bes. S. 138ff.; Schöne, Kultur (Anm. 44), S. 106ff.; Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 1, S. 150f.; Schneider, Arbeiterhaushalt (Anm. 141), S. 82ff. Vor allem aber: Mooser, Klassengesellschaft (Anm. 21), S. 299–308; sowie Tanner, Spulen (Anm. 85), S. 264–298.
144. Vgl. den Anstieg der Einlagen in den Sparkassen von Kleinstädten der Instrumentenmacher-Bezirke des Vogtlandes: Bein, Industrie (Anm. 29), Bd. 1, Tab. IV u. S. 83; K. Ditt, „Soziale Frage", Sparkassen und Sparverhalten der Bevölkerung im Raum Bielefeld um die Mitte des 19. Jahrhunderts, in: W. Conze u. U. Engelhardt (Hg.), Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert. Lebensstandard und Lebensgestaltung deutscher Arbeiter und Handwerker, Stuttgart 1981, S. 516–538; weiterhin Schnapper, Beschreibung (Anm. 134), S. 144f.
145. Vgl. den Untertitel der Schrift v. Gülichs (Anm. 21); Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 154; Le Play, Ouvriers (Anm. 134); Adelmann, Textilgewerbe (Anm. 22), S. 283 zur Äußerung der Handelskammer in Gladbach 1850.
146. Schwarz, Großindustrie (Anm. 6), S. 547f.; Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 1, S. 2, 19 usw.; B. Burchardt, Die Lage der Arbeiter in der Berliner Tischlerei, in: Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland, Bd. 4/II, Leipzig 1895, S. 499–562.
147. Vgl. oben S. 269ff.
148. Einschränkend oben S. 267.
149. Vgl. oben Seite 265ff.
150. Vgl. Le Play, Ouvriers (Anm. 134), Bd. 3, S. 153, 189ff.
151. Zu den Restbeständen feudaler Verpflichtungen („Stuhlgelder" etc.) für Heimarbeiter in gutsherrschaftlichen Gebieten, in denen sich die Agrarreform verzögerte (etwa in der sächsischen Lausitz zumindest bis 1832), vgl. vor allem Zwahr, Gestaltwandel (Anm. 17), S. 30–52. Doch war

diese „doppelte Abhängigkeit" von Heimarbeitern gegenüber Verleger *und* Herrschaft (die besonders drückend werden konnte, wenn beide Rollen im Ausnahmefall durch ein und dieselbe Person oder Institution wahrgenommen wurden) doch eher ein Problem der Frühneuzeit als des 19. Jahrhunderts. Dazu vor allem die grundsätzlichen Diskussionen (vor allem die Auseinandersetzung mit J. Kuczynski) ebd., S. 9–13, 23–25, 50–52.

152. Vgl. oben S. 267 ff.

153. Vgl. Stieda, Litteratur (Anm. 6), S. 99 f.; Zwahr, Gestaltwandel (Anm. 17), S. 32, 51 zur phasenverschobenen „Entfeudalisierung".

154. Bein, Industrie (Anm. 29), Bd. 2, S. 241.

155. Vgl. oben S. 273 und Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 650 f., 655 u. 155 ff.; Strauß, Lage (Anm. 94), S. 141.

156. Vgl. Gröllich, Baumwollweberei (Anm. 34), S. 1–9: es gab zum Beispiel in der Oberlausitz Dörfer von 1.200 bis 5.000 Einwohnern, in denen bis zu 87% aller „Selbstthätigen" der Weberei nachgingen, d. h. bis zu 2.500 Weberfamilien und Weber lebten in einem Dorf. Ähnliches gilt für die Weberdörfer in Minden-Ravensberg (z. B. Schildesche) und im Rheinland (z. B. Ronsdorf, Wermelskirchen).

157. Vgl. Bein, Industrie (Anm. 29), Bd. 2, S. 241: „Vor Allem fehlte der für eine Korporation durchaus unentbehrliche Gemeingeist, dessen Ausbildung aber auch nach den gegebenen Verhältnissen unmöglich war, wenn wir unter Anderem nur der zerstreuten Wohnsitze der Würker in Stadt und Land und deren verschiedenartiger Lebensansprüche gedenken".

158. Vgl. Mooser, Klassengesellschaft (Anm. 21), S. 71–80, 351 f.; Schöne, Kultur (Anm. 44), S. 63 ff.; W. H. Schröder, Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung. Industriearbeit und Organisationsverhalten im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Frankfurt 1978, S. 101–109.

159. Vgl. Stieda, Litteratur (Anm. 6), S. 66, 68 f., 73. Von 100 Gehilfen und Arbeitern waren 1882 (in %):

	im Heimgewerbe	im Gewerbe insgesamt
ledig	40	59
verheiratet	47	39
verwitwet	13	2
weiblich	44	20
männlich	56	80
bis 20 Jahre	12	28
20–40 Jahre	46	52
40–60 Jahre	31	17
über 60 Jahre	11	3

160. Es ist das Verdienst von R. Boch, dies in mehreren Arbeiten gezeigt zu haben, wenn auch seine Interpretation m. E. zu wenig in Rechnung stellt, daß es sich in diesen Innungen immer auch um Strategien handelte, die Entwicklung zum Lohnarbeiterstatus aufzuhalten, und Privilegien auch gegen Gesellen, Lehrlinge und andere Arbeitnehmer zu verteidigen. Vgl. Boch, Handwerker – Sozialisten; ders., Zunfttradition (beide in Anm. 52). Siehe auch Zwahr, Gestaltwandel (Anm. 17), S. 26, 61. Die ganze Ambivalenz dieser Innungen wird sehr klar am Beispiel der Chemnitzer Weber, im Detail untersucht bei Strauß, Lage (Anm. 94), S. 131–164: Die Gesellen setzten zur Gründung einer eigenen Organisation an (157–164), weil sie in der von verlegten Webern (teilweise „arbeitgebenden Meistern") beherrschten Innung nicht zum Zuge kamen. – Bemerkenswerterweise wurden die Solinger Innungen der verlegten Schwertschmiede und Schleifer 1848 auf Initiative eines Verleger-Kaufmanns neu eingerichtet! Nach R. Schaberg, Die Geschichte der Solinger Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Diss. Graz 1958, S. 30 f., 23.

161. Diese Beispiele nach Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 217–232; Bredt, Lohnindustrie (Anm. 10), S. 127 ff. – Ein Webstuhl kostete in den 40er Jahren etwa 6 Taler, das entsprach 2–4 Wochenverdiensten eines Webers. Mit Schnellschützen: 12 Taler. Ein Jacquardstuhl kostete 60–150 Taler, eine Bandmühle noch mehr, gut und gern den Jahresverdienst eines Bandwirkers.

162. Vgl. V. A. Huber, „Arbeitende Klassen", in: J. C. Bluntschli u. K. Brater (Hg.), Deutsches Staats-Wörterbuch, Bd. 1, Stuttgart 1857, S. 279–310, 291: „Durch die Stückarbeit außer dem Hause verschmilzt allmählich der kleine Meister und der selbständige Gesell in eine und dieselbe Kategorie [...]". Bergmann, Handwerk (Anm. 66), S. 245 zur verdienstmäßigen Angleichung von Gesellen und verlegten „Meistern"; Eisenberg, Gewerkschaften (Anm. 68), S. 44–46 (zur objektiven Angleichung von verlegten „Meistern" und verlegten Gesellen im Schneidergewerbe). Vgl. oben S. 247 und Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 24), S. 215ff.: von den untersuchten rheinischen Baumwollwebern dürfte im Vormärz jeder Dritte, 1875 nur noch jeder Fünfte einen Gehilfen gehabt haben. Formalisierte Lehr- und Gesellenverhältnisse nach handwerklicher Tradition findet Emsbach innerhalb des rheinischen Baumwoll-Heimgewerbes nur in einigen Städten, vor allem in Wuppertal (S. 219ff.). S. 233 zum Zusammenbruch des Prüfungs- und Berechtigungswesens im Heimgewerbe schon in den 50er Jahren. Vgl. auch Le Play, Ouvriers (Anm. 134), S. 156f., 160f.: Dem Familienvorstand (Vater) halfen in dieser Solinger Reider-Familie zwei Söhne und ein weiterer Gehilfe; alle leisteten die gleiche Arbeit. Die Frauen der Familien waren mit Transport- und anderen Hilfsarbeiten beschäftigt. – Im übrigen Thun, Industrie (Anm. 6), Bd. 1, S. 108ff. zu den „Gehülfinnen" des Familienbetriebs in der Seidenweberei; Bd. 2, S. 40f., 133, 140 zu „Meistern", Gesellen und Lehrlingen im Solinger und Remscheidter Metallgewerbe.

Anmerkungen zum 5. Kapitel

1. Vgl. J. Kocka, Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800, Bonn 1990, S. 149ff.; 179ff. Zu den Zahlen um 1800 K. H. Kaufhold, Umfang und Gliederung des deutschen Handwerks um 1800, in: W. Abel (Hg.), Handwerksgeschichte in neuer Sicht, Göttingen 1978, S. 28–63, 37; ders., Wandlungen in den Stadt-Land-Beziehungen des Handwerks und des Heimgewerbes in Deutschland 1750–1850, in: G. Kaufmann (Hg.), Stadt-Land-Beziehungen. Verhandlungen des 19. Deutschen Volkskundekongresses in Hamburg vom 1. bis 7. Oktober 1973, Göttingen 1975, S. 171–189, 174f.
2. O. Behre, Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen bis zur Gründung des Königlichen Statistischen Bureaus, Berlin 1905, S. 345 (Zitat). Nach K. H. Kaufhold, Inhalt und Probleme einer preußischen Gewerbestatistik vor 1860, in: I. Bog u. a. (Hg.), Wirtschaftliche und soziale Strukturen im saekularen Wandel. Fs. f. Wilhelm Abel zum 70. Geb., Bd. 3, Hannover 1974, S. 707–719, 710. Zur viel verwickelteren Geschichte der Begriffe „Fabrik" und „Manufaktur" nur zum Teil in Abgrenzung von „Handwerk": D. Hilger, Art. „Fabrik, Fabrikant", in: GGr 2, Stuttgart 1979, S. 229–252, bes. 232–239.
3. Mittheilungen des statistischen Bureau's in Berlin 1, 1848, Nr. 14, S. 213–291, 214. Siehe auch R. Koselleck, Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848, Stuttgart 1975², S. 697ff.; Hilger, Art. „Fabrik..." (Anm. 2), S. 231f., 240ff.: moderner Begriff von „Fabrik" seit Mitte der 30er Jahre mit Vorläufern im 18. Jahrhundert. Weiterhin ders. u. L. Hölscher, Art. „Industrie, Gewerbe", in GGr 3, Stuttgart 1982, S. 237–304, bes. 246–249, 278–283.
4. Vgl. die Belege vom 18. Jahrhundert bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts bei Hilger, Art. „Fabrik..." (Anm. 2), S. 246f. Diese Verbindung bestätigt und kritisiert F. W. Stahl, Das deutsche Handwerk, Bd. 1, Gießen 1874, S. 1–6, 26f. Und zum entsprechenden Selbstverständnis der Handwerkerbewegung seit Mitte des Jahrhunderts W. Stieda, Art. „Handwerk", in: HwbStW 5, 1910³, S. 377–393.
5. Dazu oben S. 228ff.
6. JbSPS 1, 1863, S. 438. In der Tendenz ähnlich G. v. Viebahn, Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschlands, Bd. 3, Berlin 1868, S. 57. Trotzdem unterschied er zwischen einem Abschnitt über „Handwerk, Gewerbe für den örtlichen Bedarf" und einem über „Fabriken, Gewerbsanstalten für Massenproduktion" (S. 578ff., 748ff.). Vgl. auch G. Schmoller, Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert (1870), ND Hildesheim 1975, S. 9.
7. Vgl. Gewerbe-Ordnung für den Norddeutschen Bund in: JbbNS 13, Jena 1869, S. 114ff., Tit. 1, § 4 u. Tit. VII.
8. Vgl. sehr gut H. Steindl, Die Einführung der Gewerbefreiheit, in: H. Coing (Hg.), Handbuch der

Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte, Bd. 3/III, München 1986, S. 3527–3625, bes. 3564–3575 (mit Quellen und Literatur).

9. Vgl. A. Noll, Wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Handwerks in der zweiten Phase der Industrialisierung, in: H.-G. Haupt (Hg.), „Bourgeois und Volk zugleich?" Zur Geschichte des Kleinbürgertums im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt 1978, S. 90–109, 94f. (zu entsprechenden Urteilen des Reichsgerichts und daraus resultierenden Kriterien für die Abgrenzung von Handwerk und Fabrik um 1900); H. A. Winkler, Der rückversicherte Mittelstand. Die Interessenverbände von Handwerk und Kleinhandel im deutschen Kaiserreich, in: W. Rüegg u. O. Neuloh (Hg.), Zur soziologischen Theorie und Analyse des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1971, S. 163–179; ders., Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, bes. S. 40–64; A. v. Saldern, Mittelstand im „Dritten Reich", Frankfurt 1985[2]; W. Wernet, Handwerkspolitik, Göttingen 1952. Schließlich H. Sinz, Das Handwerk. Geschichte, Bedeutung und Zukunft, Düsseldorf 1977, bes. S. 243ff. zur Handwerksordnung 1953; S. 259f. zum Verzicht auf ein eigenständiges Handwerksrecht in den meisten anderen Ländern; S. 374 zur Begriffsabgrenzung heute.
10. Vgl. E. F. Goldschmidt, Die deutsche Handwerkerbewegung bis zum Sieg der Gewerbefreiheit, München 1916; Stieda, Art. „Handwerk" (Anm. 4).
11. So auch die im übrigen sehr gelungene Einführung von F. Lenger, Sozialgeschichte der deutschen Handwerker seit 1800, Frankfurt 1988. Vgl. auch oben S. 76ff. und die letztlich vergeblichen Bemühungen des preußischen Chefstatistikers Dr. Engel (Die deutsche Industrie 1875 und 1861. Statistische Darstellung der Verbreitung ihrer Zweige über die einzelnen Staaten des Deutschen Reichs, mit Hervorhebung Preußens, Berlin 1881, S. Vf., 204–214, bes. 214). – Zur Entwicklung der preußischen Gewerbestatistik im 19. Jahrhundert auch O. Thissen, Beiträge zur Geschichte des Handwerks in Preußen, Tübingen 1901, S. 3–9. Vgl. auch den Abbruch der Zeitreihen zur sächsischen Handwerksgeschichte mit dem Stichjahr 1861 bei H. Kiesewetter, Industrialisierung und Landwirtschaft. Sachsens Stellung im regionalen Industrialisierungsprozeß Deutschlands im 19. Jahrhundert, Köln 1988, S. 364–377.
12. Vgl. etwa unter industrialisierungs- und wachstumsgeschichtlichen Perspektiven die eher optimistische Sicht bei W. Fischer, Die Rolle des Kleingewerbes im wirtschaftlichen Wachstumsprozeß in Deutschland 1850–1914, in: ders., Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung, Göttingen 1972; ähnlich ders., Bergbau, Industrie und Handwerk, in HbDWS 2, S. 527–562. Ähnlich Noll, Entwicklung (Anm. 9); ders., Sozio-ökonomischer Strukturwandel des Handwerks in der zweiten Phase der Industrialisierung unter bes. Berücksichtigung der Regierungsbezirke Arnsberg und Münster, Göttingen 1975; sowie Kiesewetter, Industrialisierung (Anm. 11). Auf die Aushöhlung des Handwerks durch das Eindringen des Kapitalismus verweist dagegen eindrucksvoll W. Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts. Eine Einführung in die Nationalökonomie, Darmstadt 1954[8] (ND der 7. Aufl.; 1. Aufl. 1903), S. 279ff.; ähnlich die neuere sozialgeschichtliche Forschung. Vgl. etwa F. Lenger, Zwischen Kleinbürgertum und Proletariat. Studien zur Sozialgeschichte der Düsseldorfer Handwerker 1816–1878, Göttingen 1986; ders., Sozialgeschichte (Anm. 11), S. 54f., 94ff., 119ff. u. bes. 141f.
13. Vgl. oben S. 226ff., auch zu den Indizien von „Selbständigkeit". Diese Umschreibung ist übereinstimmend oder doch vereinbar mit: Kaufhold, Umfang (Anm. 1), S. 28; ders., Handwerkliche Tradition und industrielle Revolution, in: ders., u. F. Riemann (Hg.), Theorie und Empirie in Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte. Fs. f. Wilhelm Abel z. 80. Geb., Göttingen 1984, S. 169–188, 170f.; J. Bergmann, Das Berliner Handwerk in den Frühphasen der Industrialisierung, Berlin (West) 1973, S. 132; Lenger, Sozialgeschichte (Anm. 11), S. 10f. – Ein anderer Zugriff bei A. Grießinger, Das symbolische Kapital der Ehre. Streikbewegungen und kollektives Bewußtsein deutscher Handwerksgesellen im 18. Jahrhundert, Frankfurt 1981, S. 41–47.
14. Hennings Schätzungen, auf denen Tabelle 30 beruht, sind im Detail nicht unbestritten. Siehe etwa Kaufhold, Umfang (Anm. 1), S. 37; ders., Handwerk und Industrie 1800 bis 1850, in: HbDWS 2, S. 321–368, 354 (wo für 1800 und 1846/49 leicht höhere Ziffern gegeben werden, aber offenbar unter sehr starker Einrechnung von Heimgewerbetreibenden). Auch Hennings Ziffern dürften zahlreiche Heimgewerbetreibende enthalten: verlegte Massenhandwerke, wie sie oben S. 256ff. beschrieben und von der Forschung erst in den letzten Jahren in ihrem ganzen Umfang herausge-

arbeitet wurden (s. vor allem Lengers Arbeiten in Anm. 12 u. Eisenbergs Studie in Anm. 20). Um dem Rechnung zu tragen, habe ich Hennings Handwerkerziffern für 1873 um 100.000 und für 1900 um 200.000 reduziert und die Ziffern für Heimgewerbetreibende entsprechend erhöht (vgl. oben Tabelle 28 und Anm. 18 auf S. 586). Dies ist eine sehr zurückhaltende Korrektur. Umgekehrt wurde eine unbestimmte Zahl von nicht verlegten Textilhandwerkern (Webern etc.) von den Zeitgenossen noch 1861 den „Fabrikentabellen" zugeschlagen. Sie fehlen in Tabelle 30 und stecken in Tabelle 28 (oben S. 231). Dazu ganz deutlich v. Viebahn, Statistik (Anm. 6), S. 654 u. 900. – Die Gesellen- und Lehrlingsanteile in Spalte 4 nach Kaufhold, Umfang (Anm. 1), S. 37 (für 1800); Schmoller, Geschichte (Anm. 6), S. 65 u. 71 (für 1835 u. 1850 auf der Basis Preußens); dazu auch J. Kocka, Zur Schichtung der preußischen Bevölkerung während der industriellen Revolution, in: W. Treue (Hg.), Geschichte als Aufgabe. Fs. f. Otto Büsch zu seinem 60. Geb., Berlin 1988, S. 357–390, 377. Für 1873 Extrapolation auf der Grundlage von Baden nach H. Sedatis, Liberalismus und Handwerk in Südwestdeutschland. Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeptionen des Liberalismus und die Krise des Handwerks im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1979, S. 156 (wo 1864 auf die Gehülfen nur 38%, 1875 aber 43% entfielen) und v. Viebahn, Statistik (Anm. 6), S. 737 (nur für den Zollverein 1861, wo für Preußen wie für den Zollverein 1861 ein Gesellen- und Lehrlingsanteil von 50% belegt ist). Neu erschlossene Ziffern für Sachsen bestätigen die Schätzungen in Spalte 4: Der Anteil der Gesellen und Lehrlinge an allen im Handwerk Beschäftigten betrug dort 1810 32%, 1840 42%, 1850 46%, 1856 47% und 1861 63%. Nach Kiesewetter, Industrialisierung (Anm. 11), S. 365, 375. Für 1900: Schätzung auf der Grundlage preußischer Zahlen im Anschluß an Thissen, Beiträge (Anm. 11), S. 32, wo sich für 1895 ein Anteil der „Abhängigen" von 65% ergibt. Zu niedrige Zahlen bei Fischer, Bergbau (Anm. 12), S. 558.

15. Vgl. v. Viebahn, Statistik (Anm. 6), S. 578–743; Lenger, Sozialgeschichte (Anm. 11), S. 51ff., 93ff.
16. Vgl. oben S. 303 sowie Anm. 14 zu den Webern, die insgesamt zu den Heimgewerben gerechnet wurden und deshalb in Tab. 31 ganz fehlen. Was die Woll- und Flachsspinner und -stricker angeht, nahm die Statistik von 1861 und nimmt Tab. 31 nur jene Minderheit auf, die dem Handwerk (nicht dem Heimgewerbe) angehörten, was sich schon an der relativ hohen Zahl von Gesellen und Lehrlingen zeigt. Natürlich bestehen auch da Unschärfen.
17. Vgl. v. Viebahn (Anm. 6), S. 1039ff., 766ff.
18. Es wurde versucht, die Zahlen Viebahns zu 1861 so umzuordnen, daß sie Kaufholds Schätzungen für 1816 und 1846 vergleichbar wurden. Siehe Fußzeile zu Tab. 32 und zu Kaufholds Schätzungen: ders., Das preußische Handwerk in der Zeit der Frühindustrialisierung. Eine Untersuchung nach den Preußischen Gewerbetabellen 1815–1858, in: W. Fischer (Hg.), Beiträge zum Wirtschaftswachstum, Berlin (West) 1971, S. 169–193, 174. Ganz gelang dies nicht, wie der sprunghafte Anstieg der Zeile „Sonstige" deutlich macht. Nach v. Viebahn, Statistik (Anm. 6), S. 737, gab es an selbständigen Handwerkern 1861 (in %):

	Zollverein	Preußen
Nahrungsmittelhandwerke	11,4	10,9
Textil- und lederverarb. Handwerke	42,2	43,5
Holzverarb. Handwerke	20,4	20,7
Metallverarb. Handwerke	12,7	13,5
Bauhandwerke	11,8	10,6

1861 unterschied sich auch die Meister-Hilfskräfte-Relation im Zollverein und in Preußen fast gar nicht. Im Zollverein standen 1.101.714 Meistern 1.099.080 Gesellen und Lehrlingen gegenüber. Für Preußen werden 523.481 Meister und 519.412 Hilfskräfte (v. Viebahn, Statistik [Anm. 6], S. 743), bzw. 534.556 Meister und 558.321 Hilfskräfte (Schmoller, Geschichte, [Anm. 6], S. 71) angegeben. Die Relation beträgt also in beiden Fällen 1:1, bei verschwindenden Unterschieden im Kommabereich. Die Vergleichbarkeit zwischen den Zahlen in Preußen (1816 und 1846) und für den Zollverein (1861) ist also grundsätzlich gegeben.

19. Vgl. oben S. 256ff.
20. Den besten Zugang bietet jetzt Lenger, Sozialgeschichte (Anm. 11), S. 53ff. u. 94ff. zu Schneidern und Schustern, 52f. u. 98 zu den Metallhandwerkern, 55ff. zu den Tischlern, 58f. u. 97ff. zu

den Bauhandwerkern sowie 51f. u. 93f. zu den Nahrungsmittelhandwerkern, jeweils mit weiterführender Literatur. – Brauchbar die Übersichten bei v. Viebahn, Statistik (Anm. 6), S. 582–735 (zu den Schneidern und Schustern, Sattlern, Kürschnern, Handschuhmachern und Riemern: 668–688). Viel Material in: Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland mit bes. Rücksicht auf seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Großindustrie, 10 Bde. (= SchrVfS 62–71), Leipzig 1895–1897 (Bd. 71 über Österreich): Viele Einzelbeiträge reichen in die vorangehenden Jahrzehnte zurück. Einzelnes auch in: Die deutsche Hausindustrie, 4 Bde. (= SchrVfS 39–42), Leipzig 1889–1890; sowie in: Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich, 4 Bde. (= SchrVfS 84–88), Leipzig 1899–1900. – Ein Überblick: Kaufhold, Das preußische Handwerk (Anm. 18); U. Engelhardt (Hg.), Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984 (viele wichtige Einzelbeiträge). Voll von Materialien und Einsichten: R. Wissell, Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit, 2 Bde., Berlin 1929; jetzt in 2. erw. Ausg., hg. v. E. Schraepler, 6 Bde., Berlin (West) 1971–1988. Zu den verschiedenen Handwerken auch sehr viel in den Regional- bzw. Stadtstudien: Bergmann, Berliner Handwerk (Anm. 13); Lenger, Kleinbürgertum (Anm. 12); J. Jeschke, Gewerberecht und Handwerkerwirtschaft des Königreichs Hannover im Übergang 1815 bis 1866, Göttingen 1977; G. Schwarz, „Nahrungsstand" und „erzwungener Gesellenstand". Mentalité und Strukturwandel des bayerischen Handwerks im Industrialisierungsprozeß um 1860, Berlin (West) 1974; O. Windmüller, Das Handwerk in Schwäbisch-Hall vom Ende der Reichsstadtzeit bis zur Einführung der Gewerbefreiheit im Jahr 1862, St. Katharinen 1987; M. Birnbaum, Das Münchener Handwerk im 19. Jahrhundert (1799–1868). Beiträge zu Politik, Struktur und Organisation des städtischen Handwerks im beginnenden Industriezeitalter, Diss. München 1984; R. Bovensiepen, Die Kurhessische Gewerbepolitik und die wirtschaftliche Lage des zünftigen Handwerks in Kurhessen von 1816–1867, Marburg 1909. – All dies auch zu den folgenden Abschnitten. – Am besten zu den Schneidern: Ch. Eisenberg, Deutsche und englische Gewerkschaften. Entstehung und Entwicklung bis 1878 im Vergleich, Göttingen 1986. Eine neuere Untersuchung zum Schuhmachergewerbe insgesamt fehlt. Siehe M. Schöne, Die moderne Entwicklung des Schuhmachergewerbes in historischer, statistischer und technischer Hinsicht, Jena 1888. J. Ehmer, Schuster zwischen Handwerk und Fabrik. Zum Verhältnis von sozialem Profil und politisch-organisatorischem Verhalten einer Berufsgruppe, in: H. Konrad u. W. Maderthaner (Hg.), Neuere Studien zur Arbeitergeschichte, Wien 1984, Bd. 1, S. 3–23; W. H. Schröder, Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung. Industriearbeit und Organisationsverhalten im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Frankfurt 1978, S. 87ff. – Zu Schustern und Schneidern weiterhin: Schmoller, Geschichte (Anm. 6), S. 615–52; zu Schneidern auch Renzsch, Handwerker (Anm. 24), S. 70ff.

21. Vgl. oben S. 249ff. und unten S. 437ff. (Heimgewerbe/Metall und Fabrik/Metall), v. Viebahn, Statistik (Anm. 6), S. 689–711; P. Schröder, Die Entwicklung des Nürnberger Großgewerbes, Diss. München 1970, S. 232 (Tabelle). Sehr gut: M. J. Neufeld, From Artisans to Workers: The Transformation of the Skilled Metalworkers of Nuremberg, 1835–1905, Ph. Thesis, The Johns Hopkins University, Baltimore 1984, S. 21–35. – Siehe die Autobiographie eines 1836 geborenen Schlossergesellen bei O. Borst, Der Weg in die Welt. Geschichte der Pressenfabrik Fritz Müller Esslingen am Neckar, München 1964, S. 117–149.
22. Vgl. u. a. v. Viebahn, Statistik (Anm. 6), S. 711–725. – Weiterhin die Ausführungen zur Möbelschreinerei in Mainz und zum Schreinergewerbe in Augsburg, in: Untersuchungen über die Lage des Handwerks (Anm. 20), Bd. 3, S. 287ff. u. 499ff.
23. Vgl. Sedatis, Liberalismus (Anm. 14), S. 145 u. 147: in Württemberg entfielen 1861 auf einen Meister bei den Maurern nur 1,7 und bei den Zimmerleuten nur 1,6 Gesellen und Lehrlinge. In Baden betrugen 1861 die gleichen Relationen gar nur 1:1,1 und 1:0,9. Preußische Zahlen nach Kaufhold, Das preußische Handwerk (Anm. 18), S. 172. Es ist nicht auszuschließen, daß diese ungewöhnlich große Differenz teilweise auf unterschiedliche Zähltechniken zurückzuführen ist.
24. Vgl. Kiesewetter, Industrialisierung (Anm. 11), S. 375: In fast allen Berufen überstieg in Sachsen 1861 die Zahl der städtischen Gesellen die der ländlichen bei weitem. Neben den Hufschmieden und den Stellmachern machten lediglich die Maurer und Zimmerleute eine Ausnahme:

	Stadt		Land	
	Meister	Gesellen/Lehrlinge	Meister	Gesellen/Lehrlinge
Maurer	420	5.619	243	17.930
Zimmerleute	350	3.738	305	12.082

Weiterhin v. Viebahn, Statistik (Anm. 6), S. 627–653, bes. 630; J. Naumann, Arbeitswelt und Lebensformen des Bauhandwerks im wittgensteinischen Territorialstaat der Neuzeit (1550–1850), Diss. Marburg 1972; zuletzt vor allem W. Renzsch, Handwerker und Lohnarbeiter in der frühen Arbeiterbewegung. Zur sozialen Basis von Gewerkschaften und Sozialdemokratie im Reichsgründungsjahrzehnt, Göttingen 1980, S. 35ff. zum Bauhandwerk in Berlin.

25. Vgl. v. Viebahn, Statistik (Anm. 6), S. 582–599, 588f. zu einzelnen Fabriken und Aktienbäckereien um 1860; 583, 588 zum sich ändernden Verbrauchsverhalten; dazu auch H. J. Teuteberg, *Die Nahrung der sozialen Unterschichten im späten 19. Jahrhundert*, in: D. Langewiesche u. K. Schönhoven (Hg.), Arbeiter in Deutschland, Paderborn 1981, S. 182–186. Sehr gut Schmoller, Geschichte (Anm. 6), S. 393–430.
26. Zum folgenden Schmoller, Geschichte (Anm. 6), S. 49–98, bes. die Tabellen auf S. 65 u. 71; Kaufhold, Das preußische Handwerk (Anm. 18), bes. S. 175 (Tab. 2); ders., Handwerk und Industrie (Anm. 14), S. 322–328, 353f.; Lenger, Sozialgeschichte (Anm. 11), S. 36ff., 88f. – Sehr aufschlußreich K. Aßmann u. G. Stavenhagen, Handwerkereinkommen am Vorabend der industriellen Revolution. Materialien aus dem Raum Braunschweig-Wolfenbüttel, Göttingen 1969; Jeschke, Gewerberecht (Anm. 20), S. 342 u. 418ff. (zur konjunkturellen Entwicklung); F.-W. Henning, Die Einführung der Gewerbefreiheit und ihre Auswirkungen auf das Handwerk in Deutschland, in: W. Abel (Hg.), Handwerksgeschichte in neuer Sicht, Göttingen 1978, S. 147–177.
27. Kaufhold, Das preußische Handwerk (Anm. 18), S. 176; zum Rückgang der Meister, aber nicht der Hilfskräfte 1858–61: Schmoller, Geschichte (Anm. 6), S. 71.
28. In Baden zeigte sich 1864–75 eine Abnahme der durchschnittlichen Betriebsgröße nur bei den Schuhmachern, den Küfern und den Sattlern. Bei weiteren 19 aufgeführten Berufen zeigte sich Konzentration. Durchweg nahm die Zahl der Selbständigen ab, während die Zahl der Gehilfen in 13 Fällen stieg und in 6 Fällen langsamer fiel als die der Selbständigen. Vgl. auch zu Württemberg Sedatis, *Liberalismus* (Anm. 14), S. 156ff. Siehe zur besonders schnellen Konzentration und vorübergehenden Kontraktion in den 60er und 70er Jahren in München auch Abel, Ortsbestimmung (Anm. 35), S. 78.
29. Diese Differenzierungen nach Thissen, Beiträge (Anm. 11), S. 32–36, der mit komplizierten Umrechnungen einen Vergleich des preußischen Handwerks 1849 und 1895 versucht; leider fehlen bei ihm fast alle Metallhandwerke; so auch bei Fischer, Bergbau (Anm. 12), S. 559f., der diese Zahlen übernimmt. Zu Konzentrationstendenzen in den 60er und 70er Jahren im Braunschweiger Raum: Aßmann u. Stavenhagen, Handwerkereinkommen (Anm. 26), S. 111ff. (dort auch zu leicht abweichenden Umverteilungen zwischen den Handwerken). Ebd., S. 103: Von 1835 bis 1871 schrumpften in Wolfenbüttel die Zahlen der Zinngießer, Weber, Schneider und Böttcher. In allen anderen Berufen nahm die Zahl der Betriebe zu. Eine Reihe von Sonder- und Spezialhandwerken, die sich mit der Industrialisierung positiv entwickelten, untersucht: D. Gessner, „Industrialisiertes Handwerk" in der Frühindustrialisierung. Ein Beitrag zu den Anfängen der Industrie an Mittelrhein und Untermain, in: Archiv f. Hessische Geschichte u. Altertumskunde 40, 1982, S. 251–301.
30. Vgl. zum Landhandwerk Kaufhold, Wandlungen (Anm. 1), bes. S. 177ff.; Lenger, Sozialgeschichte (Anm. 11), S. 18ff., 44ff. Vgl. auch zur früheren Zeit A. Skalweit, Vom Werdegang des Dorfhandwerks, in: ZAA 2, 1954, S. 1–17; ders., Das Dorfhandwerk vor Aufhebung des Städtezwangs, Frankfurt 1942; H. Schultz, Landhandwerk im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. Vergleichender Überblick und Fallstudie Mecklenburg-Schwerin, Berlin (Ost) 1984. Kiesewetter, Industrialisierung (Anm. 11), S. 375 findet, daß 1861 in Sachsen die Meister-Hilfskräfte-Relation auf dem Lande 1:2, in der Stadt dagegen nur 1:1,5 betrug. Das liegt an der Zurechnung der großen Zahl von Maurer- und Zimmergesellen zum Land, wo sie wohnten, obwohl sie größtenteils in den Städten beschäftigt gewesen sein dürften. Siehe oben Anm. 24. – Zur zunehmend ländlichen Rekrutierung der Gesellen in Südwestdeutschland, Zürich und Österreich: J. Ehmer, Die Herkunft der Handwerker in überregionalen städtischen Zentren: Zürich, Wien und

Zagreb zur Mitte des 19. Jahrhunderts, in: K. Roth u. a. (Hg.), Handwerk in Mittel- und Südosteuropa. Mobilität, Vermittlung und Wandel im Handwerk des 18. bis 20. Jahrhunderts, München 1987, S. 47–67. Vgl. auch Jeschke, Gewerberecht (Anm. 20), S. 237ff.

31. Dazu oben S. 94f.
32. v. Viebahn, Statistik (Anm. 6), S. 582–736 (pass.): Zollverein; Schmoller, Geschichte (Anm. 6), S. 118–127 (Bayern), 132ff. (Pfalz), 139–151 (Sachsen), 369–371 (Preußen, Württemberg, Berlin); Kiesewetter, Industrialisierung (Anm. 11), S. 375: Sachsen; Henning, Einführung (Anm. 26), S. 161–164 (Bayern), 164ff. (zu weiteren Ländern); Sedatis, Liberalismus (Anm. 14), S. 144, 147, 156 zu Baden und Württemberg; Birnbaum, Münchener Handwerk (Anm. 20), S. 296f. Betriebsgröße heißt: Beschäftigte (einschließlich Meister) pro Handwerksbetrieb. – Großstädtische Verhältnisse schildert auch Ehmer, Schuster (Anm. 20) am Beispiel Wiens. Dort beschäftigten die Schuhmacher 1828 im Durchschnitt 1,2 Lehrlinge und Gesellen, 1857 aber schon 4,8 (S. 6ff.).
33. Allerdings betont die neuere Literatur die angeblich fehlende oder doch sehr geringe Auswirkung des Gewerberechts auf Wachstum und Struktur von Handwerk und Industrialisierung. Vgl. bes. Henning, Einführung (Anm. 26); W. Fischer, Das deutsche Handwerk in den Frühphasen der Industrialisierung, in: ders., Wirtschaft (Anm. 12), S. 315–337, 321; ähnlich bereits Schmoller, Geschichte (Anm. 6), S. 107, 113ff., 152ff.
34. Die Quellenlage machte es notwendig, im Vorangehenden den Zollverein und seine Mitgliedsstaaten vor allem zu berücksichtigen. Das Bild würde sich jedoch kaum ändern, könnte man Schleswig-Holstein, die Hanse-Städte und das cisleithanische Österreich einbeziehen, dessen ökonomische Entwicklung sich im Laufe des Jahrhunderts allerdings zunehmend von der im Gebiet des Reiches von 1870 unterschied. Vgl. zu Österreich A. Brusatti (Hg.), Die wirtschaftliche Entwicklung (= Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 1), Wien 1973; M. Matis, Österreichs Wirtschaft 1848–1913, Berlin (West) 1972; T. W. Teifen, Handwerk und Handwerker in Österreich, Wien 1888; J. Ehmer, Ökonomischer und sozialer Strukturwandel im Wiener Handwerk – von der industriellen Revolution zur Hochindustrialisierung, in: Engelhardt (Hg.), Handwerker (Anm. 20), S. 78–104. Ein Überblick bei Kaufhold, Handwerk und Industrie (Anm. 14), S. 358–368. Mit neuerer Literatur: E. Bruckmüller, Sozialgeschichte Österreichs, München 1985, S. 383ff.
35. So Kaufhold, Handwerk und Industrie (Anm. 14), S. 327; Fischer, Bergbau (Anm. 12), S. 527–562, 558. Ebd. u. ders., Das deutsche Handwerk (Anm. 33), S. 317ff. zur Auseinandersetzung mit älteren Lehrmeinungen. Vgl. auch die klassische Formulierung der Frage bei W. Abel, Die Ortsbestimmung des Handwerks vor dem Hintergrund seiner Geschichte, in: ders. u. a. (Hg.), Das Handwerk in der modernen Wirtschaft und Gesellschaft, Bad Wörishofen 1966, S. 48–81, bes. 48ff. (durch Entgegensetzung der Thesen von F. Engels und B. Hildebrand). Vgl. aber einschränkend oben S. 604f., Anm. 14. Auch schon S. Angel-Volkov, „The Decline of the German Handicrafts" – Another Reappraisal, in: VSWG 61, 1974, S. 165–184.
36. Natürlich weisen darauf auch jene Autoren hin, die insgesamt die Stabilität der handwerklichen Verhältnisse betonen. Siehe z. B. die Zusammenfassung wichtiger Veränderungstendenzen bei Fischer, Bergbau (Anm. 12), S. 558f.
37. Vgl. oben S. 30ff. Weiterhin Steindl, Einführung (Anm. 8); aus der älteren Literatur: v. Viebahn, Statistik (Anm. 6), S. 539ff.; L. v. Rönne, Die Gewerbe-Polizei des Preußischen Staates, Bd. 2, Breslau 1851, S. 742–787; H. A. Mascher, Das Deutsche Gewerbewesen von der frühesten Zeit bis auf die Gegenwart. Geschichte, Recht, Nationalökonomie und Statistik, Potsdam 1866, S. 481ff.; R. Berléung, Entwicklungsgeschichte des Arbeitsvertrags in den deutschen Territorien seit dem Reichsschluß von 1731 bis zur Einführung der Reichsgewerbeordnung von 1870/71, o. J. (nach 1895). – Zum internationalen Vergleich (auch Österreich) vgl. G. v. Schönberg, Handbuch der Politischen Oekonomie, Bd. 2/1, Tübingen 1896, S. 567–661.
38. J. G. Hoffmann, Über das Verhältnis der Anzahl der Meister gegen die Anzahl der Gesellen in den gemeinsten Handwerken (1829), in: ders., Nachlaß kleiner Schriften staatswirthschaftlichen Inhalts, Berlin 1847, S. 395–410, 396f.; Schmoller, Geschichte (Anm. 5), S. 340.
39. Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft (1848) und andere gesammelte Schriften, hg. v. H. Gehrig, Bd. 1, Jena 1922, S. 140f.; vgl. auch Abel, Ortsbestimmung (Anm. 35), S. 49.
40. Standesgemäße Lebensführung als Funktionsbedingung der Lebens- und Arbeitswelt des Handwerks analysiert Grießinger, Kapital (Anm. 13), u. a. S. 42ff. Im übrigen weiterhin vorzüglich: R. Stadelmann u. W. Fischer, Die Bildungswelt des deutschen Handwerkers um 1800. Studien zur

Soziologie des Kleinbürgers im Zeitalter Goethes, Berlin (West) 1955. Zur ökonomischen Sicherheit und Planbarkeit des Lebens als Bedingungen bürgerlicher Existenz: J. Kocka, Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Europäische Entwicklungen und deutsche Eigenarten, in: ders. (Hg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Bd. 1, München 1988, S. 11–76, 26–33.

41. Vgl. oben, bes. Tabellen 30 und 31.
42. Daß die durchschnittliche Betriebsgröße auf dem Lande schneller wuchs – vgl. oben S. 313 –, beweist angesichts der Zusammenballung einer größeren Zahl von Gesellen in einer Minderheit von größeren Betrieben nicht das Gegenteil.
43. R. Bettger, Das Handwerk in Augsburg beim Übergang der Stadt an das Königreich Bayern. Städtisches Gewerbe unter dem Einfluß politischer Veränderungen, Augsburg 1979, S. 87, 38.
44. Dies nach P. Ayçoberry, Probleme der Sozialschichtung in Köln im Zeitalter der Frühindustrialisierung, in: W. Fischer (Hg.), Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Probleme der frühen Industrialisierung, Berlin (West) 1968, S. 512–528, 519–523. Ausführlicher: P. Ayçoberry, Cologne entre Napoléon et Bismarck. La croissance d'une ville rhénane, Paris 1981.
45. Bergmann, Berliner Handwerk (Anm. 13), S. 202–218 mit einer genauen Rangordnung der Handwerkerberufe (1841) nach dem Kriterium „Gewerbesteuer".
46. Ebd., S. 218–220. Funktionierende Zunftregeln (bis 1864), hohe Berufsvererbung, einheitliche Betriebsgröße (1–2 Gesellen) und gewisser Wohlstand sind für die Frankfurter Nahrungsmittelhandwerke festgestellt worden (im Unterschied zu den dortigen Schuhmachern und Schneidern). Vgl. A. N. Sharlin, Social Structure and Politics: A Social History of Frankfurt am Main, 1815–1864, Ph. D. Thesis University of Wisconsin 1976, S. 73ff. 1840–1861 waren 42 der neu auftretenden Bäckerlehrlinge Söhne von Bäckern. Von 15 Fleischermeistern, die 1849–1851 in Frankfurt heirateten, waren 13 Söhne von Fleischern. Dagegen waren von 468 neu installierten Schuhmacher-Meistern 1800–1864 nur 154 Söhne von Meistern desselben Berufs, 95 stammten von anderen Frankfurter Bürgern und 219 kamen von außerhalb.
47. Jedenfalls bis 1843. Nach Bergmann, Berliner Handwerk (Anm. 13), S. 219–235, 222.
48. F. Huschner, Veränderungen der Sozialstruktur, innerstädtische Volksbewegungen und Verfassungskämpfe in der Stadt Wismar vom Ende des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, Diss. Rostock 1972 (MS), S. 209ff.
49. Nach R. Reith, Auswirkungen der Not- und Teuerungskrise 1846/47 auf Erzeuger und Verbraucher am Beispiel Konstanzer Handwerkerhaushalte, in: T. Pierenkemper (Hg.), Haushalt und Verbrauch in historischer Perspektive. Zum Wandel des privaten Verbrauchs in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, St. Katharinen 1987, S. 125–147, 145, Tab. 35 (%):

	Ohne Ges.		Mit 1 Ges.		Mit 2 Ges.		Mit 3 Ges.		Mit 4 Ges.		Mit 5 u. mehr Ges.	
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B
1815	32	53	45	18	14	29	9	–	–	–	–	–
1843	30	33	32	33	8	11	19	4	3	7	8	11
1851	40	71	29	18	6	–	11	–	2	–	11	11

Die Gesamtzahlen beliefen sich bei den Schuhmachern auf 22 bis 37, bei den Schneidern auf 17 bis 28.

A = Schuhmacher
B = Schneider

50. Jeschke, Gewerberecht (Anm. 20), S. 358f.
51. Vgl. J. Kocka, Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800, Bonn 1990, S. 133 zum 18. Jahrhundert.
52. Vgl. Jeschke, Gewerberecht (Anm. 20), S. 116ff.: seit den 40er Jahren Verknüpfbarkeit der Produktions- und Handelsfunktion in Stade. Zum Düsseldorfer Bauhandwerk: Lenger, Kleinbürgertum (Anm. 12), S. 60f.
53. Sehr gut Bergmann, Berliner Handwerk (Anm. 13), S. 261–306.
54. Details bei Aßmann u. Stavenhagen, Handwerkereinkommen (Anm. 26), S. 37–41, 48ff. zum Raum Braunschweig-Wolfenbüttel; Jeschke, Gewerberecht (Anm. 20), S. 424f.

55. Das ist wenig untersucht. Vgl. aber zu Köln Ayçoberry, Probleme (Anm. 44), S. 523f.
56. Das galt teilweise selbst für eine sich schnell wandelnde Großstadt im prinzipiell gewerbefreien Preußen. Siehe im einzelnen, allerdings auch zu den Grenzen der Wirkung von Zünften und Innungen: Bergmann, Berliner Handwerk (Anm. 13), S. 35–101. Das Beispiel einer bis 1862 noch relativ konsequent nach Zunftregeln organisierten, kleinstädtischen Handwerkerschaft bei Windmüller, Handwerk in Schwäbisch-Hall (Anm. 20), bes. S. 12–37, 90ff., 133ff.; zum zünftigen München sehr gut Birnbaum, Münchener Handwerk (Anm. 20), S. 137ff.
57. An einem Beispiel, analysiert bei Birnbaum, Münchener Handwerk (Anm. 20), S. 137–168, bes. 156–164; für Hannover Jeschke, Gewerberecht (Anm. 20), S. 265–271. Zu der sehr begrenzten Wirkung der ohnehin nicht für alle Berufe bestehenden Zünfte am lokalen Beispiel: Windmüller, Handwerk in Schwäbisch-Hall (Anm. 20), S. 22ff., 34. Zünfte und Innungen verschwanden im preußischen Rheine so gut wie ganz. Vgl. H. Kaiser, Handwerk und Kleinstadt. Das Beispiel Rheine/Westf., Münster 1978, S. 280ff., bes. 286; 292ff. zur recht zurückhaltenden Wiedereinrichtung von Innungen nach 1845/49 in Westfalen (Liste).
58. Vgl. Bergmann, Berliner Handwerk (Anm. 13), S. 44f., 74f., 79, 97 zum numerischen Verhältnis zünftiger und unzünftiger Meister in Berlin 1827, 1845, 1849, Ende der 1850er und in den 1890er Jahren; S. 99 zum Übergewicht der wohlhabenden Meister gegenüber den proletaroiden Kleinmeistern in den Innungen; S. 40, 65 zur zünftigen Verachtung gegenüber den Unzünftigen.
59. Dazu sehr gut Kaiser, Handwerk und Kleinstadt (Anm. 57), S. 102–111; 300ff. zu den Schützenvereinen und zur Distanz gegenüber den Honoratioren. Weiterhin T. Braatz, Das Kleinbürgertum in München und seine Öffentlichkeit von 1830–1870. Ein Beitrag zur Mentalitätsforschung, München 1977, S. 23ff. (zu Handwerkern und Vereinen 1830–70), 92ff. zu Brauchtum und öffentlicher Geselligkeit; 126ff. zur Mitwirkung in der Politik; 74ff. das Verhältnis zur Kirche. Ayçoberry, Probleme (Anm. 44), S. 525f. zum Gymnasialbesuch und zum Aufstieg aus dem bessergestellten Handwerk; dazu auch Bergmann, Berliner Handwerk (Anm. 13), S. 109f.; bereits Stadelmann u. Fischer, Bildungswelt (Anm. 40), S. 235. Siehe auch H. Henning, Sozialgeschichtliche Entwicklungen in Deutschland von 1815 bis 1860, Paderborn 1977, S. 138f., 143–146 (jedoch die Homogenität der Handwerkerschaft überzeichnend). Ebd., S. 145: Die Wahlgesetze und die Inanspruchnahme in der eigenen Werkstatt hinderten auch die wohlsituierten Meister in der Regel daran, staatliche und kommunale Ehrenämter und Mandate wahrzunehmen. Es gab Ausnahmen, vor allem im Süden und Südwesten, aber auch in bezug auf kirchliche Ämter. Reichhaltig am Düsseldorfer Beispiel: Lenger, Kleinbürgertum (Anm. 12), Kap. V–IX.
60. Für Frankfurt hat man eine gewisse Affinität zwischen wohlhabenden Handwerkern und defensiv-zünftig-konservativen Orientierungen schon für Vormärz und Revolution herauszuarbeiten versucht. So Sharlin, Social Structure (Anm. 46), S. 54ff., 68, 75ff. Ähnlich – mit Verallgemeinerungen und vielen Differenzierungen – J. Bergmann, Das Handwerk in der Revolution, in: Engelhardt (Hg.), Handwerker (Anm. 20), S. 320–346, bes. 341–345. Vgl. dagegen die überzeugenden Modifikationen am Düsseldorfer Beispiel bei Lenger, Kleinbürgertum (Anm. 12), S. 150–187, bes. 184–187; ders., Sozialgeschichte (Anm. 11), S. 103ff., 154ff.; weiterhin Braatz, Kleinbürgertum (Anm. 59), S. 135–162 (am Münchener Beispiel); Neufeld, From Artisans (Anm. 21), S. 119f. (Nürnberg 1848/49).
61. Das Herbergswesen der Handwerksgesellen. Gotha 1856, S. 5f.
62. Hildebrand, Nationalökonomie (Anm. 39), S. 140f.; Schmoller, Geschichte (Anm. 6), S. 82; H. Schwabe, Die Resultate der Berliner Volkszählung vom 3. December 1867, Berlin 1869, S. XCIII; Düsseldorfer Schreiner- und Schneider-Zitate 1855 nach Lenger, Kleinbürgertum (Anm. 12), S. 48, 56; ebd., S. 97, 113, 141, 62f. zur Frage der Rentner, der Berufsvererbung, der Wohnverhältnisse und der Viertelbildung. Zur unterschiedlichen Berufsvererbung auch Sharlin, Social Structure (Anm. 46), S. 63f., 73 sowie oben (Anm. 46). Zur Armut Aßmann u. Stavenhagen, Handwerkereinkommen (Anm. 26), S. 68ff.; Bergmann, Berliner Handwerk (Anm. 13), S. 241–245. Zur oft festgestellten Ähnlichkeit von kleinen Meistern und Gesellen nach Einkommen und Lebensverhältnissen auch Jeschke, Gewerberecht (Anm. 20), S. 456–458. Sehr instruktiv und reichhaltig Ayçoberry, Cologne (Anm. 44), S. 84–108, 175–191. Zum Wechsel zwischen prekärer Selbständigkeit und verschiedenen Formen der Abhängigkeit auch Eisenberg, Gewerkschaften (Anm. 20), S. 50f.; Neufeld, From Artisans (Anm. 21), S. 34f.
63. In Kap. 4.

64. Vgl. Renzsch, Handwerker (Anm. 24), S. 85ff., 93f., 102; S. Volkov, The Rise of Popular Anti-Modernism in Germany. The Urban Master Artisans, 1873–1896, Princeton 1978, S. 229ff.; Eisenberg, Gewerkschaften (Anm. 20), S. 64. – S. Paletschek, Frauen und Dissens. Frauen im Deutschkatholizismus und in den freien Gemeinden 1841–1852, Diss. Hamburg 1988 (MS), S. 184: Als „Proletarier" bezeichnete sich ein armer Zirkelschmiedemeister, ein Mitglied der Nürnberger deutsch-katholischen Gemeinde. Die Arbeit zeigt die starke Vertretung von Handwerkern und Arbeitern, Frauen und Männern, im damaligen Deutsch-Katholizismus.
65. A. Bebel, Aus meinem Leben, Stuttgart 1910, Bd. 1, S. 181; Eisenberg, Gewerkschaften (Anm. 20), S. 64 u. 292f. (Anm. 176). Umgekehrt Lenger, Kleinbürger (Anm. 12), S. 185; H. Stuke, Materielle Volksinteressen und liberale Ideale 1848, in: W. Klötzer u.a. (Hg.), Ideen und Strukturen der deutschen Revolution 1848, Frankfurt 1974, S. 29–42.
66. Der Wecker. Organ für die Schuhmacher Deutschlands, Jg., Nr. 13, 1. 10. 1875. Der Einsender fuhr fort: „Allerdings haben auch die Herren Meister schon Versuche gemacht, mit den Gesellen zu harmonieren; aber bloß deshalb, um dieselben zu ihren Gunsten auszunützen. Das sehen die Gesellen, und kehren den Meistern den Rücken, und zwar wird das solange geschehen, bis die Kleinmeister zu der Einsicht gekommen sind, daß ihnen die Rohstoff- und andere Vereinigungen [Genossenschaften, J. K.] auf die Dauer nichts nutzen, sondern nur Palliativmittel sind. Haben sie das erst eingesehen, so werden sie gleich uns für Gleichberechtigung eintreten." – Ganz ähnlich P. I. Geißler, Der Indifferentismus oder: Die Lage der Schuhmacher Deutschlands. Ein Wort zur Verständigung und Beleuchtung der Gewerkschaft, sowie der Central-Kranken- und Sterbekasse, Würzburg 1878, S. 9f.: Die Kleinmeister des Schuhmachergewerbes stünden zwar „um keinen Fingerbreit besser [...] als die Gehilfen", aber „auf uns're Organisation", der Verfasser war Gewerkschafter, seien sie nicht gut zu sprechen. „[...] aber als patentirter Meister mit dem Arbeiter, gegen die ungerechten Verhältnisse zu kämpfen, hält man unter seiner Würde." Am besten zu diesen Zusammenhängen Eisenberg, Gewerkschaften (Anm. 20), S. 47–66, bes. 65 zur starken Unterrepräsentation der kleinen Meister im Allgemeinen Deutschen Schneiderverein 1869 (nur 9%!), zur Kooperation von „selbständigen Schneidermeistern und Inhabern von Schneidergeschäften" und zur Klage der Gewerkschaftszeitung „Union" über den „blinden Haß" der Kleinmeister „gegen die Bestrebungen der Arbeiter" (1874). Diese Problematik wird zuwenig berücksichtigt bei Lenger, Kleinbürgertum (Anm. 12). – Wie wenig die mitteleuropäische Unterscheidung zwischen Meistern und Gesellen in England ausgeprägt war, zeigt jetzt J. Ehmer, Das Heiratsverhalten und die Traditionen des Kapitalismus. England und Mitteleuropa im 19. Jahrhundert, Habil. Schrift Wien 1988; zuvor schon: Ch. Eisenberg, Handwerkstradition und Gewerkschaftsentwicklung im 18. und frühen 19. Jahrhundert. Deutschland und England im Vergleich, in: JbIDG 16, 1987, S. 177–199.
66a. Bestätigend im Vergleich von Fabrikarbeitern und selbständigen Handwerkern im Esslinger Metallgewerbe: H. Schomerus, Die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen. Forschungen zur Lage der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1977, S. 264–267: Handwerker-Arbeiter-Unterschiede in der sozialen Herkunft und im sozialen Heiratsverhalten.
67. Vgl. Kocka, Weder Stand (Anm. 51), S. 149ff. Dazu Ehmer, Heiratsverhalten (Anm. 66), S. 263–293. Weiterhin Bettger, Handwerk in Augsburg (Anm. 43), S. 33, 89, 96–99, 93: Bei Erlangung des Meisterrechts in Augsburg zu Beginn des Jahrhunderts waren knapp 50% 20 bis 30, weitere 40% 31 bis 40 Jahre alt. K. Schwarz, Die Lage der Handwerksgesellen in Bremen während des 18. Jahrhunderts, Bremen 1975, S. 36, 323, 334, 343, 355, 362; ders., Der Familienstand der Handwerksgesellen in Bremen während des 17. und 18. Jahrhunderts, in: Jb. d. Wittheit zu Bremen 16, 1972, S. 43–63; Th. Hanstein, Das Handwerk in Münster im 18. Jahrhundert. Soziale Lage und zünftige Organisation unter den Bedingungen von Stadtentwicklung und Gewerbepolitik, in: Quellen u. Forschungen zur Geschichte der Stadt Münster, NF 12, 1987, S. 34–138, 72: 1770 lebten mindestens 90% der gewerblichen Hilfskräfte bei den Meistern. H. Schultz, Berlin 1650–1800. Sozialgeschichte einer Residenz, Berlin (Ost) 1987, Tabellen: Die Verf. zeigt, daß von 1650 bis 1799 im Durchschnitt mehr als 10% aller in zwei Berliner Kirchengemeinden heiratenden Männer Gesellen waren, davon mehr als die Hälfte Maurer und Zimmerleute, und jeder fünfte aus dem Bekleidungsgewerbe (vor allem Schuhmacher und Schneider). Hofmann, Nachlaß (Anm. 38), S. 400f. zur Unbeliebtheit älterer, verheirateter Gesellen.
68. Für Konstanz, Zürich und Wien Ehmer, Heiratsverhalten (Anm. 66), S. 291ff.; Nürnberg 1790

nach E. Wiest, Die Entwicklung des Nürnberger Gewerbes zwischen 1648 und 1806, Stuttgart 1968, S. 55f.; Durlach nach O. K. Roller, Die Einwohnerschaft der Stadt Durlach im 18. Jahrhundert in ihren wirtschaftlichen und kulturgeschichtlichen Verhältnissen dargestellt aus ihren Stammtafeln, Karlsruhe 1907, S. 306f.; Kiel nach J. Brockstedt, Familiengröße und Wohnsituation von Handwerkern und Arbeitern in Kiel 1800–1867, in: W. Conze u. U. Engelhardt (Hg.), Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert. Lebensstandard und Lebensgestaltung deutscher Arbeiter und Handwerker, Stuttgart 1981, S. 138–162; Berlin nach Bergmann, Berliner Handwerk (Anm. 13), S. 55; Chemnitz nach H. Bräuer, Gesellenmigration in der Zeit der industriellen Revolution. Meldeunterlagen als Quellen zur Erforschung der Wanderbeziehungen zwischen Chemnitz und dem europäischen Raum, Karl-Marx-Stadt 1982, S. 20. – Vgl. auch P. Kampffmeyer, Vom Frankfurter Zunftgesellen zum klassenbewußten Arbeiter (= Anhang zu: Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands/Arbeitersekretariat (Hg.), Jahresbericht 1, Frankfurt 1899), S. 82–110, 84f.: „Es wohnten [in Frankfurt 1847] im Hause ihrer Meister und Fabrikherren 2.838 Gesellen, 653 Lehrlinge und 474 Knechte und Arbeiter", also 3.965 Personen. Daneben gab es 3.214 „Schläfer"; das waren unverheiratete Knechte, Gesellen und Handlanger, „die den Tag über ausarbeiten, und des Abends bloß zum Schlafen in Herbergen und andere Miethhäuser gehen, wo sie oft zu mehreren in einer Kammer, auch zuweilen zu mehreren in einem Bette schlafen." Weiterhin Birnbaum, Münchener Handwerk (Anm. 20), S. 166f.

69. Eine Aufzählung der Berufe mit und ohne Wohnung und/oder Kosten für Belrin 1827 bei Bergmann, Berliner Handwerk (Anm. 13), S. 55.
70. Deutlich höher lag der Anteil der beim Meister wohnenden Gesellen im Wiener Stadtteil Schottenfeld 1857: Bäcker 100%, Fleischer 61%, Schneider 52%, Schuhmacher 81%, Tischler 69%, Schlosser 50% und Maurer 19% (allerdings ohne Lehrlinge). Nach Ehmer, Heiratsverhalten (Anm. 66), S. 291f.
71. Vgl. H. Zwahr, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, Berlin (Ost) 1978, S. 124: Während 65% der Maurer- und 56% der Zimmerergesellen 1849 in Leipzig älter als 30 Jahre waren, galt dies nur für 25% der Schneider-, 22% der Schuhmacher- und 18% der Fleischergesellen.
72. Zahlen nach Ehmer, Heiratsverhalten (Anm. 66), S. 282, 295.
73. S. Born, Erinnerungen eines Achtundvierzigers, hg. v. H. J. Schütz, Berlin (West) 1978, S. 72.
74. All dies nach Ehmer, Heiratsverhalten (Anm. 66), S. 295–308. Auf der Basis einer Reihe nicht völlig belegbarer Voraussetzungen fußend, schätzt Ehmer (S. 301), daß von allen Schneiderlehrlingen, die 1882 17 Jahre alt waren, 1895 – sie waren jetzt 30jährig – 35% „selbständig" geworden waren, sicherlich teilweise im Heimgewerbe. 30% seien in andere Berufe abgewandert, und somit sei nur jeder Dritte als Geselle der Schneiderei treu geblieben. Bei Bäckern und Schuhmachern dürfte es noch mehr Abwanderung gegeben haben, während die Maurer und Zimmerer als Gesellen in ihrem Beruf alt wurden.
75. Zu Düsseldorf vgl. Lenger, Kleinbürgertum (Anm. 12), S. 122: die dort genannten hohen Verheiratungsquoten – zwischen 30 und 86% – beziehen sich nur auf *selbständig wohnende* Gesellen; ebd., S. 124 zu den Altersunterschieden zwischen Meistern und Gesellen. Vgl. auch Lenger, Sozialgeschichte, S. 61: Die auf den Forschungen Kabus' fußende Angabe, daß von 144 Handwerksgesellen, die 1845 bis 1850 in Görlitz als Schutzverwandte aufgenommen wurden, 103 verheiratet waren, kann nicht ohne weiteres als Beleg für eine generell hohe Verheiratetenquote unter den damaligen Gesellen benutzt werden, da vermutlich verheiratete Gesellen sehr viel eher zu Schutzverwandten wurden als unverheiratete.
76. Zwahr, Konstituierung (Anm. 71), S. 123.
77. Vgl. oben S. 320 zu Berlin und Huschner, Veränderungen (Anm. 48), S. 211 zu Wismar.
78. So 1835 eine Petition Bremer Schneidermeister an den Magistrat nach H.-L. Schaefer, Bremens Bevölkerung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Bremen 1957, S. 101 u. Ehmer, Heiratsverhalten (Anm. 66), S. 273f. – Ph. Schnell, Das Frankfurter Handwerk von 1816–1848. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte, Diss. Frankfurt 1936, S. 16, 56, 82–85: Gesellen finden im Meisterhaushalt nicht Platz und weichen auf die Herbergen aus, wo sie „Klassenbewußtsein" lernten (aber in Absetzung zu den Tagelöhnern).
79. Sehr gut Kampffmeyer, Vom Frankfurter Zunftgesellen (Anm. 68), S. 83–95, 97f.; auch J. Kocka, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875, Ber-

lin (West) 1983, S. 98f.; ders., Einführung und Auswertung, in: Engelhardt (Hg.), Handwerker (Anm. 20), S. 462; P. Heumos, Zur Sozialstruktur von Kleingewerbe und Handwerk in Prag 1890–1910, in: ebd., S. 165–183, 178f.; B. Fritzsche, Das Quartier als Lebensraum, in: Conze u. Engelhardt (Hg.), Arbeiterexistenz (Anm. 68), S. 92–113, 97f.; Zwahr, Konstituierung (Anm. 71), S. 60f.

80. „Der Geselle, genötigt, sich irgendwo eine kümmerliche Schlafstelle zu suchen, in Bezug auf Sitte, Zucht und Ordnung alles dessen entbehrend, was er vormals in so wohltuender Weise im Hause des Meisters genoß, steht jetzt vereinsamt und von Allen verlassen, vielfach verachtet in der Welt dar. Statt der Gesellschaft, die er ehemals in den Meisters Familie fand, sucht er sich jetzt andere, aber welche." So der Aufruf zur Gründung eines katholischen Gesellenhauses in München in den 60er Jahren. Nach Braatz, Kleinbürgertum (Anm. 59), S. 41.
81. An Nürnberger Beispielen: R. Gömmel, Wachstum und Konjunktur der Nürnberger Wirtschaft (1815–1914), Stuttgart 1978, S. 105; an hannoverschen Beispielen: Jeschke, Gewerberecht (Anm. 20), S. 442.
82. Vgl. K. Bücher, Frankfurter Buchbinder-Ordnungen vom XVI. bis zum XIX. Jahrhundert, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, 3. Folge 1, 1888, S. 224–292, 244. Vgl. auch zur „halben Kost" als weiterer Abstufung Lenger, Sozialgeschichte (Anm. 11), S. 99.
83. Schmoller, Geschichte (Anm. 6), S. 348–351, 349 (Zitat).
84. Vgl. Schmoller, Geschichte (Anm. 6), S. 351f.; Bergmann, Berliner Handwerk (Anm. 13), S. 124ff.
85. Vgl. Jeschke, Gewerberecht (Anm. 20), S. 79ff.; Birnbaum, Münchener Handwerk (Anm. 20), S. 185; A. Bringmann, Geschichte der deutschen Zimmerer-Bewegung, Bd. 1, Hamburg 1903 (ND Berlin [West] 1981), S. 69; Die Verbindungen der Maurergesellen, oder authentische Darstellung der bei diesen Verbindungen üblichen Gebräuche, nebst Mittheilungen über die neueste Geschichte derselben, Lübeck 1841. Zur älteren Tradition dieses Gegensatzes: K. Schwarz, Familienstand (Anm. 67), S. 55; Ehmer, Heiratsverhalten (Anm. 66), S. 278f.
86. Wenn auch Einzelheiten überholt sein mögen, ist Webers knapper Abschnitt über die Zünfte nach wie vor in seiner Klarheit, Kürze und vergleichenden Perspektive unübertroffen. M. Weber, Wirtschaftsgeschichte. Abriß der universalen Sozial- und Wirtschafts-Geschichte, München 1923, S. 127–148. Weiterhin W. Zorn, Art. „Zünfte", in: HwbStW 12, 1965, S. 484–489 (mit Lit.). Im übrigen vor allem O. G. Oexle, Die mittelalterliche Zunft als Forschungsproblem. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Moderne, in: BllDLg 118, 1982, S. 1–44: In Übereinstimmung mit v. Gierke und Weber betont O. die „freie Einung" als eine Quelle der Zünfte und relativiert die Gegenüberstellung von obligatorischer, obrigkeitlich abgestützter Korporation und freier Assoziation. Doch trifft diese Gegenüberstellung für das späte 18. und das 19. Jahrhundert zu.
87. In höherem Ausmaß als die Meister, denn auf dem großteils unzünftigen Lande gab es vergleichsweise wenig Gesellen, jedoch zahlreiche, meist unzünftige Alleinmeister. Aus der riesigen Literatur vgl. W. Reininghaus, Die Entstehung der Gesellengilden im Spätmittelalter, Wiesbaden 1981; ders., Vereinigungen der Handwerksgesellen in Hessen-Kassel vom 16. bis zum frühen 19. Jahrhundert, in: Hess. Jb. f. Landesgeschichte 31, 1981, S. 97–148; K. Schulz, Handwerksgesellen und Lohnarbeiter. Untersuchungen zur oberrheinischen und oberdeutschen Stadtgeschichte des 14. bis 17. Jahrhunderts, Sigmaringen 1985; G. Schanz, Zur Geschichte der deutschen Gesellenvereine im Mittelalter, Leipzig 1876 (ND Glashütten 1973); R. S. Elkar (Hg.), Deutsches Handwerk in Spätmittelalter und Früher Neuzeit. Sozialgeschichte – Volkskunde – Literaturgeschichte, Göttingen 1983; M. Stürmer (Hg.), Herbst des Alten Handwerks. Quellen zur Sozialgeschichte des 18. Jahrhunderts, München 1979; J. Schwarzlmüller, Die Berufslaufbahn Lehrling – Geselle – Meister in den Handwerkzünften Oberösterreichs, Wien 1979.
88. Entscheidende Fingerzeige wieder bei Weber, Wirtschaftsgeschichte (Anm. 86), S. 140–148; Eisenberg, Gewerkschaften (Anm. 20), S. 44–129; dies., Handwerkstradition (Anm. 66), S. 177–199; J. Ehmer, Heiratsverhalten (Anm. 66); zum fehlenden Wanderzwang in Frankreich und zur dortigen geringeren Institutionalisierung des Wanderns überhaupt (18. Jh.) vgl. U.-Ch. Pallach, Fonctions de la mobilité artisanale et ouvrière-compagnons, ouvriers et manufacturiers en France et aux Allemagne (17e–19e siècles). Premièr partie: De la fin du 17e siècle au début de l'époque révolutionaire en 1789, in: Francia 11, 1983, S. 365–406, 368f. F. Lenger, Die handwerkliche Phase der Arbeiterbewegung in England, Frankreich, Deutschland und den USA – Plädoyer

für einen Vergleich, in: GG 13, 1987, S. 232–243; B. Schoenlank u. G. Schanz, Die Gesellenverbände in Deutschland und Frankreich, in: HwbStW 4, Jena 1909[3], S. 662–677; Roth u. a. (Hg.), Handwerk in Mittel- und Südosteuropa (Anm. 30); G. Unwin, Industrial Organization in the Sixteenth and Seventeenth Centuries, Oxford 1904; J. P. Bayard, Le compagnonnage en France, Paris 1977; H. U. Thamer, Arbeit und Solidarität. Formen und Entwicklungen der Handwerkermentalität im 18. und 19. Jahrhundert in Frankreich und Deutschland, in: Engelhardt (Hg.), Handwerker (Anm. 20), S. 469–496; M. Schulte Beerbühl, Kontinuität im Wandel der Londoner Gesellenorganisationen im 18. Jahrhundert, in: ebd., S. 242–261; A. Black, Guilds and Civil Society, in: European Political Thought from the Twelveth Century to the Present, Ithaca, N.Y. 1984. Vgl. auch die Beiträge von E. J. Hobsbawm u. W. Mager in: H.-U. Wehler (Hg.), Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, Göttingen 1979. Zahlreiche Beiträge zur Geschichte des Handwerks in verschiedenen Ländern, besonders auch in Ost-Mitteleuropa in: II. Internationales handwerksgeschichtliches Symposium. Veszprém, 21. bis 26. 8. 1982, Veszprém 1983, 2 Bde.

89. Vgl. Henning, Einführung (Anm. 26); K. H. Kaufhold, Gewerbefreiheit und gewerbliche Entwicklung in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: BllDLg 118, 1982, S. 73–114.

90. Z. B. Ch. Mengers, Aus den letzten Tagen der Zunft. Erinnerungen eines alten Handwerkers aus seinen Wanderjahren, Leipzig 1910, S. 1 (über eine Klempnerlehre in den 1850er Jahren); Zunftgebräuche der alten Steinhauer- und Maurer-Gilde, in: Braunschweigisches Magazin 7, 1901, S. 165–168, 173–175, hier S. 165; P. Adam, Lebenserinnerungen eines alten Kunstbuchbinders, Stuttgart 1951[3], S. 33f.; Lenger, Sozialgeschichte (Anm. 11), S. 31 zum frühen 19. Jahrhundert; Ergebnisse der über die Verhältnisse der Lehrlinge, Gesellen und Fabrikarbeiter auf Beschluß des Bundesraths angestellten Erhebungen, zusammengestellt im Reichskanzler-Amt, Berlin 1877, S. 5 für die frühen 70er Jahre.

91. Vgl. H. Ch. Hensoldt, Das Zunftwesen wie es war, wie es jetzt ist, und wie es werden muß, Coburg 1840, S. 79 über die herkömmliche soziale Distanz zwischen Gesellen und Lehrlingen. – Ein Lehrling im Wolfenbütteler Zimmererhandwerk wohnte um 1850 nicht mehr beim Meister, aber hatte jeden Sonntag in dessen Wohnung zu erscheinen, um Stiefel zu putzen, Botengänge zu üben und andere Dienste zu übernehmen. Vgl. J. Merckel, Zunftgebräuche bei dem Hauszimmererhandwerk im 19. Jahrhundert, in: Braunschweigisches Magazin 6, 1900, S. 81–86, 81f. (hier auch zur Unterordnung der Lehrlinge unter die Gesellen). G. E. Herold, Die Rechte der Handwerker und ihrer Innungen. Nach den im Königreiche Sachsen gültigen Gesetzen, Leipzig 1835, S. 36–38: zum Recht der Meister gegenüber ihren Lehrlingen. Sehr instruktiv: U. Ludwig, Die soziale Lage und soziale Organisation des Kleingewerbes in Göttingen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1981, S. 100–149.

92. Dies nach R. Jessen, Handwerksmeister und Gesellen. Die Entwicklung der Beziehungen beider Gruppen in den deutschen Staaten zwischen 1806 und 1871. Staatsexamensarbeit Universität Bielefeld 1984, S. 50ff., 82ff., 116ff.

93. Vgl. G. Emig, Die Berufserziehung bei den Handwerkerzünften in der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt und im Großherzogtum Hessen vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis zur Einführung der Gewerbefreiheit 1866, Diss. Frankfurt 1967, S. 434f. Als 1866 die Gewerbefreiheit eingeführt wurde und Meisterprüfungen nicht mehr obligatorisch waren, ging der Besuch schlagartig zurück; W. Jost, Gewerbliche Schulen und politische Macht. Zur Entwicklung des gewerblichen Schulwesens in Preußen in der Zeit von 1850–1880, Weinheim 1982; O. Simon, Die Fachbildung des preußischen Gewerbe- und Handelsstandes im 18. und 19. Jahrhundert, Berlin 1902; ders., Das gewerbliche Fortbildungs- und Fachschulwesen in Deutschland, Berlin 1903; D. Axmacher, Widerstand gegen Handwerkerfortbildung im 19. Jahrhundert. Eine historisch-systematische Fallstudie, in: Zs. f. Pädagogik 33, 1987, S. 675–691; F. Haverkamp, Staatliche Gewerbeförderung im Großherzogtum Baden unter besonderer Berücksichtigung des gewerblichen Bildungswesens im 19. Jahrhundert, Freiburg 1979.

94. So in Hamburg bis 1864 nach Jessen, Handwerksmeister (Anm. 92), S. 84f.; ähnlich in Sachsen bis 1861: ebd., S. 118f.

95. Vgl. die Rede O. v. Bismarcks im Preußischen Abgeordnetenhaus am 19. 10. 1849: Er kritisiert, daß sich Meister „fortwährend die wohlfeilere Arbeit durch die Lehrlinge unangemessen zu verschaffen" versuchen und empfiehlt die Rückkehr zum Zunftzwang. Fürst Bismarck's gesammelte Reden, Bd. 1, hg. Walden, Berlin o. J., S. 38. – Die verbreitete Verwahrlosung der Lehrlinge nach

Aufhebung des Zunftzwangs kritisiert als soziale Gefahr der Aufsatz „Die Lehrlinge und die Gesellen des Handwerks. Eine sociale Frage" in: DVS 1850, Ht. 1, S. 314–322, 315f.

96. Dazu Jeschke, Gewerberecht (Anm. 20), S. 237ff.; J. Ehmer, Herkunft der Handwerker (Anm. 30) in bezug auf Wien; Perthes, Herbergswesen (Anm. 61), S. 13.

97. Ergebnisse (Anm. 90), S. 5f. Einschränkend fuhr der Text fort: „Anders ist es dagegen dort, wo das Handwerk seine alte Natur eingebüßt hat, indem entweder die Arbeiter ausnahmelos, ob Lehrling, ob Geselle, in Tagelohn stehen, wie namentlich in den Baugewerben, oder indem der Betrieb des Gewerbes sich an die Fabrikindustrie anschließt. In diesen Betriebszweigen sind die Lehrlinge im Vergleich zu den übrigen Lehrlingen in vielen Beziehungen nur als jugendliche Arbeiter zu bezeichnen." – Vgl. insgesamt zur späteren Zeit auch W. Stieda, Art. „Lehrlingswesen", in: HwbStW 6, Jena 1910[3], S. 453–474. – Generell: R. Reith, Zur beruflichen Sozialisation im Handwerk vom 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, in: VSWG 76, 1989, S. 1–27.

97a. So die Scheibenzieher und Metallschläger in Nürnberg seit den 20er Jahren: M. Held, Das Arbeitsverhältnis im Nürnberger Handwerk von der Einverleibung der Stadt in Bayern bis zur Einführung der Gewerbefreiheit, Stuttgart 1909, S. 58, 83.

98. Die Beschreibung einer solchen Lossprechung bei Anwesenheit des Magistratsbeamten im Haus der Zimmerer-Zunft in Wolfenbüttel um die Mitte des Jahrhunderts bei Merckel, Zunftgebräuche (Anm. 91), S. 82ff. Sehr viel nüchterner ein Berliner Beispiel 1851: Bergmann, Berliner Handwerk (Anm. 13), S. 126. – Ganz anders die Freisprechung eines Buchdruckerlehrlings 1895: P. Löbe, Der Weg war lang, Lebenserinnerungen, Berlin (West) 1954, S. 22f.

99. Vgl. Bettger, Handwerk (Anm. 43), S. 93: In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts waren in Augsburg ca. 50% der frischgebackenen Meister 20 bis 30 Jahre, 40% aber 30 bis 40 Jahre alt, etwa 10% noch älter. Ebd., S. 95: Lehrlinge im Alter von 12 bis 18 Jahren. Vgl. auch Eisenberg, Gewerkschaften (Anm. 20), S. 74. Ein Einzelbeispiel: Der Esslinger Handwerkersohn und Schlosser Fritz Müller (geb. 1836) begann sein Wandern als 19jähriger (1855) und machte sich als 27jähriger (1863) seßhaft: Vgl. seine Erinnerungen bei Borst, Weg (Anm. 21), S. 117–149.

100. Vgl. H. Lenhard, 150 Jahre Gesellenwandern nach Frankfurt am Main. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte des deutschen Handwerks nach den Fremdenbüchern des Frankfurter Buchbinderhandwerks von 1712–1868, Frankfurt 1938, S. 16: Statistik von 519 ausländischen, d.h. nicht aus Gebieten des späteren Deutschen Reichs kommenden Gesellen, die im 18. Jahrhundert nach Frankfurt wanderten. Meist stammten sie aus Mitteleuropa. Daneben waren Schweden und Dänen gut vertreten, weiterhin Ungarn (einschließlich Siebenbürgen). Einzelne kamen aus Belgien und den Niederlanden, Polen und der baltischen Region, aber Franzosen, Engländer und Südeuropäer fehlten ganz. Zu England auch E. J. Hobsbawm, The Tramping Artisan, in: ders., Labouring Men, Studies in the History of Labour, London (1964), 1971, S. 34–63.

101. Vgl. R. S. Elkar, Wandernde Gesellen in und aus Oberdeutschland. Quantitative Studien zur Sozialgeschichte des Handwerks vom 17. bis zum 19. Jahrhundert, in: Engelhardt (Hg.), Handwerker (Anm. 20), S. 262–293; ders., Die Mühsal der Walz. Selbstzeugnisse wandernder Handwerksgesellen als Quellen für die Sozial- und Bildungsgeschichte des Handwerks im 19. Jahrhundert, in: II. Internationales Handwerksgeschichtliches Symposium (Anm. 88), Bd. 1, S. 293–314. Ludwig, Lage (Anm. 91), S. 90–97. K. J. Bade, Altes Handwerk, Wanderzwang und Gute Policey: Gesellenwanderung zwischen Zunftökonomie und Gewerbereform, in: VSWG 69, 1982, S. 1–37. – Noch keinen Rückgang des Wanderns notieren: Perthes, Herbergswesen (Anm. 61), S. 18ff. (50er Jahre) und Viebahn, Statistik (Anm. 6), S. 747 (Mitte der 60er Jahre). Dagegen Jeschke, Gewerberecht (Anm. 20), S. 431: Quantitativer Höhepunkt in den 40er Jahren; Birnbaum, Münchener Handwerk (Anm. 20), S. 182ff.: Rückgang des Wanderns seit den 50er Jahren. Für die Gesellenenquête von 1877 ist das Wandern kein Problem mehr. Vgl. Ergebnisse (Anm. 90).

102. So eine Stimme von 1796 nach Bade, Altes Handwerk (Anm. 101), S. 3.

103. So 1856 Perthes, Herbergswesen (Anm. 61), S. 28f. mit Rückblick auf die Erfahrungen der 1830 und 40er Jahre. Eine scharfe Kritik am Gesellenwandern aus wirtschaftsliberaler Perspektive: V. Böhmert, Freiheit der Arbeit! Beiträge zur Reform des Gewerbegesetzes, Bremen 1858, S. 35ff. – Umgekehrt konnte die bedrohliche Masse „der Gesellen, welche auf den Landstraßen ihr Brod suchen" und die „häusliche Abhängigkeit [...] vom Meister" hinter sich gelassen haben, auch als

Argument für die Restauration der Zunftordnung benutzt werden. Nach H. P. Franck, Zunftwesen und Gewerbefreiheit. Zeitschriftenstimmen zur Frage der Gewerbeverfassung im Deutschland der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Diss. Hamburg 1971. S. 125, 123 Anm. 3. In aller Schärfe gegen die „Mißbräuche" und für die enge polizeiliche Überwachung des Gesellenwanderns tritt 1840 der thüringische Beamte Hensoldt ein: Zunftwesen (Anm. 91), S. 74–85.

104. Vgl. Bade, Altes Handwerk (Anm. 101), S. 31; G. S. Werner, Travelling Journeymen in Metternichian South Germany, in: Proceedings of the American Philosophical Society 125, 1981, S. 190–219, 201.

105. Vgl. Mengers, Letzte Tage (Anm. 90), S. X, 59 zur Arbeit in einer Chemnitzer Lampenfabrik, in die er aus Lernbegierde zog und die er enttäuscht verließ, weil man neben fast 100 Klempnern zwar gut verdiente, aber wenig lernte. Zur Lernbegierigkeit eines 1855 wandernden Schlossers vgl. Borst, Weg (Anm. 21), S. 130f. Vgl. auch zu der Wanderführer- und Reiseliteratur, die in den 40er Jahren Hochkonjunktur hatte, sowie zu bevorzugten Routen W. Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Juli-Revolution von 1830, Stuttgart 1963, S. 88f.

106. Vgl. ebd., S. 86f.; G. Hetzer, Sozialer Protest und neues ständisches Selbstbewußtsein von Handwerkern in der Maschinenzeit – dargestellt an Beispielen aus Nordschwaben 1815–1850, in: Wanderstab und Meisterbrief. Rieser Handwerk im Wandel der Zeit 1700–1850. Ausstellung des Staatsarchivs Neuburg a. d. Donau ..., Nördlingen 1986, S. 134–185, 139: Die 1807 auch aufs Inland bezogenen, im Interesse der besseren Wehrerfassung verordneten Wanderbeschränkungen wurden bis 1826 aufgehoben. 1834 wurde, wie im ganzen Deutschen Bund, das Verbot des Wanderns nach Frankreich, in die Schweiz und nach Belgien erlassen, 1837 verschärft, 1840 wieder aufgehoben, 1845 wieder erlassen (in Bayern). Vgl. auch Werner, Journeymen (Anm. 104), S. 216–228. – Die Wanderjahre als Bildungsreise bei F. Beumer, Die Wanderjahre des hamburgischen Schneidergesellen Friedrich Rudolph Michaelsen 1834–1839. Auszug aus einer Familienchronik und seinem Reisetagebuch, in: Hamburgische Geschichts- und Heimatblätter 4, 1929, S. 38–43, 93–95, 111–112; 5, 1930, S. 190–192; 6, 1931, S. 209–212, 226–231. Hier S. 191 zum ersten Besuch in Berlin, S. 226 zur Besichtigung von Naturschönheiten zwischen Laibach und Triest, S. 227 Venedig, S. 229f. Paris und S. 231 zum Rundblick vom Straßburger Münster – um nur einige Stationen zu nennen. Der Mann reiste mit einem französischen Sprachbuch, einer Miniaturausgabe von Seume's Gedichten, „Auszügen aus anderen Freiheitsdichtern" und Ehrenbergs „Karakter und Bestimmung des Mannes" im Felleisen (S. 39). Dies war kein absoluter Einzelfall, obgleich sicher nicht die Regel. Vgl. Stadelmann u. Fischer, Bildungswelt (Anm. 40), S. 179ff. – Vgl. auch Ch. W. Bechstedt, Meine Handwerksburschenzeit 1805–1810, Köln 1925, S. 62f.: Theaterbesuche in Berlin. Mengers, Letzte Tage (Anm. 90), S. 40: Der wandernde Klempner fand 1866 Arbeit in Leipzig und kommentierte: „Ich war herzensfroh, denn wer damals nicht in Leipzig, der berühmten Metropole Deutschlands, gearbeitet hatte, war überhaupt nicht in der Fremde gewesen."; S. 53ff. zum Besuch Dresdens, „der schönsten Stadt Deutschlands".

107. In diesem Sinn schon Stahl, Handwerk (Anm. 4), S. 254, 261; Eisenberg, Gewerkschaften (Anm. 20), S. 77ff.; Bade, Altes Handwerk (Anm. 101), bes. S. 8f., 12 u. 19ff., wo gezeigt wird, daß die Länge der vorgeschriebenen Wanderzeiten und die Chance zum Dispens im 18. Jahrhundert nicht mit den Qualifikationsanforderungen der Handwerke variierte, eher schon mit dem Grad ihrer Bedrängnis. – Wie sehr das Gesellenwandern ein Instrument der lokalen Arbeitsmarktkontrolle der Meister war, zeigt sich auch an anderen Regeln, die im 19. Jahrhundert noch galten: vgl. Böhmert, Freiheit der Arbeit (Anm. 103), S. 36 zur Pflicht der die Arbeit bei ihrem Meister kündigenden Gesellen, sofort die Stadt zu verlassen. So konnten sie nicht am Ort einen Meister gegen den anderen ausspielen, um höhere Löhne zu erreichen. Bezeichnend für die Arbeitsmarktfunktion des Gesellenwanderns ist auch, daß Preußen nach Abschaffung des noch im ALR verankerten Wanderzwangs an dessen Stelle durch Kabinettsordre (1831) eine variable Wartezeit bis zur Zulassung als Meister einführte. Vgl. v. Rönne, Gewerbe-Polizei (Anm. 37), S. 754. *Daß Gesellen einen Ort, an den sie kamen, um Arbeit zu finden, bei erfolgloser Arbeitsplatzsuche nach wenigen Tagen mit einer Wegzehrung verlassen mußten, dürfte im Interesse des kommunalen Armenfonds und der einheimischen Gesellen gelegen haben.* Vgl. Jeschke, Gewerberecht (Anm. 20), S. 428f.

108. Vgl. Bergmann, Berliner Handwerk (Anm. 13), S. 249ff.; W. Gerber, Die Bauzünfte im alten Hamburg. Entwicklung und Wesen des vaterstädtischen Maurer- und Zimmerergewerbes während der Zunftzeit, Hamburg 1933, S. 221: 1861 arbeiteten 8.668 Gesellen in den Hamburger Zunfthandwerken, davon 80% Fremde. Im selben Jahr zogen über 44.700 Arbeit suchende Gesellen durch die Stadt. Übrigens betrug die Zahl der im Hamburger Polizeibüro mit Visum versehenen Pässe und Wanderbücher 1821–25 jährlich 21.490, 1836–40 jährlich schon 25.492 und von 1856–60 jährlich 40.112. – Zu Frankfurt vgl. Lenhardt, 150 Jahre (Anm. 100), S. 8. – Erfahrungen vergeblicher Arbeitssuche werden häufig in den Autobiographien erwähnt. Vgl. z. B. B. Riedel, Gut Gesell', und du mußt wandern. Aus dem Reisetagebuche des wandernden Leinewebergesellen Benjamin Riedel 1803–1816, bearb. u. hg. v. F. Zollhoefer, Goslar 1938, S. 34, 47, 128 u. ö.
109. Beispiele für die 1860er Jahre in den Erinnerungen des wandernden Schlossers Mengers, Letzte Tage (Anm. 90), S. 10f. (Bremen), 21 (Magdeburg), 27 (Dessau): „In den kleinen Städten, wo keine Lade, d. h. eine eigene Krankenkasse desselben Berufes bestand, gab es das sog. Handgeschenk, jeder Meister und Geselle zahlte dem fremden Kollegen einen Neugroschen [...], ebenso war es auf den Dörfern." Ebd., S. 53 (Dresden), 90. Nach der für den Verfasser überraschend kommenden und von ihm abgelehnten Gewerbefreiheit erhielt er in Kassel kein Geschenk mehr (S. 110). Vgl. zur früheren Zeit: Riedel, Gut Gesell' (Anm. 108), S. 48 (Gumbinnen vor Erlaß der Gewerbefreiheit), 122 (Leipzig). Weiterhin Werner, Journeymen (Anm. 104), S. 208f. (Polizeibüro in Stuttgart, das jedem Ankömmling vier Kronen zahlte); [C. Kanapka], Memoiren eines österreichischen Handwerksburschen (1876–1880). Selbsterlebt und selbsterzählt von einem Schriftsetzer, Edenkoben 1885, S. 9 (späte Beispiele aus österreichischen Städten); Ludwig, Lage (Anm. 91), S. 93f.
110. Vgl. Jeschke, Gewerberecht (Anm. 20), S. 430; Bergmann, Berliner Handwerk (Anm. 13), S. 253: 1927 schrieb J. G. H. Hoffmann: „Schon jetzt durchzieht eine große Schaar von Gesellen arbeitslos, gelegentlich bettelnd, das Land." Früher habe der Militärdienst überschüssige Gesellen abgezogen, das falle nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht aus. Vgl. auch für 1803 bis 1816 Riedel, Gut Gesell' (Anm. 108), S. 37, 47 u. 122 über eine Leipziger Herberge mit zahlreichen jüngeren und älteren Fechtbrüdern, die fürchten mußten, vom Bettelvogt gefaßt und einer mehrmonatigen Haft im Korrektionshaus zugeführt zu werden; ebd. S. 21 zu Basel, wo der Geselle nach Erhalt einer Armenverpflegung von der Stadtpolizei ans Tor gebracht und abgeschoben wird, aber durchs andere Tor zurückkommt. Zum „Fechten" auch Mengers, Letzte Tage (Anm. 90), S. 40, 100f.; Merckel, Zunftgebräuche, S. 85; Memoiren (Anm. 109), S. 21, 22–25, 49, 55–64: böse Erfahrungen mit dem „Fechten" und Abgeschobenwerden in den 1870er Jahren.
111. Siehe die lebhafte Schilderung bei Perthes, Herbergswesen (Anm. 61), S. 18–22; Werner, Journeymen (Anm. 104), S. 209; Bade, Altes Handwerk (Anm. 101), S. 18. Insgesamt C. Küther, Menschen auf der Straße. Vagierende Unterschichten in Bayern, Franken und Schwaben in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Göttingen 1983.
112. Zu Chemnitz vgl. Bräuer, Gesellenmigration (Anm. 68), S. 23f.; ebd. S. 41f., Anm. 87: Fünf von dreizehn 1840/41 ankommenden Lohgerbergesellen blieben nur einen Monat oder weniger auf ihrer Arbeitsstelle, vier weitere zwischen einem Monat und einem Jahr, vier weitere zwischen dreizehn und vierzehn Monaten. – Von sechzehn 1850/51 in Chemnitz anfangenden Bürstenmachergesellen blieben zehn weniger als drei Monate und drei weitere weniger als ein Jahr. – Bräuer (S. 23) nennt eine durchschnittliche Wanderdauer von 40,8 Monaten für die Zeit bis zur Ankunft in Chemnitz (nicht identisch mit der durchschnittlichen Wanderzeit).
113. Vgl. K. Stopp, Die Handwerkskundschaften mit Ortsansichten. Beschreibender Katalog der Arbeitsatteste wandernder Handwerksgesellen (1731–1830), Bd. 1, Stuttgart 1982, S. 296: Sprachgrenzen waren wichtiger als Staatsgrenzen; Wien hatte besondere Anziehungskraft, Wanderungen nach Böhmen, Mähren und Westungarn waren häufig. Vgl. Bade, Altes Handwerk (Anm. 101), S. 17 zu den Routen ungarischer Gesellen; zum 18. Jahrhundert Lenhardt, 150 Jahre (Anm. 100), S. 14–22: Herkunft und Routen der in Frankfurt faßbar werdenden Gesellen. Weiterhin Lenger, Sozialgeschichte (Anm. 11), S. 31.
114. Bräuer, Gesellenmigration (Anm. 68), S. 25–27.
115. Mengers, Letzte Tage (Anm. 90), S. 27–29.

116. So in Augsburg zu Beginn des Jahrhunderts, vgl. Bettger, Handwerk (Anm. 43), S. 96f.; Adam, Lebenserinnerungen (Anm. 90), S. 47f. zu ordentlichen „christlichen" Herbergen (statt berufsspezifischer) um 1870; S. 49: bei den Buchbindern nur noch Reste zünftigen Grüßens. Zur (schmutzigen) Schneiderherberge in Wien vgl. Beumer, Wanderjahre (Anm. 106), S. 211 (in den 1830er Jahren). Eine Hamburger Schlosserherberge ist für die 1850er Jahre erwähnt bei Borst, Weg (Anm. 21), S. 134; Zwahr, Konstituierung (Anm. 71), S. 53, 56.
117. Vgl. Bechstedt, Handwerksburschenzeit (Anm. 106), S. 57: Zwei wandernde Bäckergesellen machen sich mit Hilfe von Spruchformeln „Mit Gunst [...]" bekannt, dann aber zeigen sie sich auch gegenseitig ihre Kundschaften.
118. Den freundschaftlichen Verkehr mit Landsleuten über Berufsgrenzen hinweg erwähnen die Erinnerungen häufig. Vgl. etwa Mengers, Letzte Tage (Anm. 90), S. 48; F.-W. Fritzsche, Weihnachtsbilder aus einem Proletarier-Leben, in: Der Arme Conrad. Illustrierter Calender für das arbeitende Volk auf die Jahre 1878 (Jg. 3) und 1879 (Jg. 4), S. 82–92, 98–104, 85.
119. Vgl. die konkreten Schilderungen des Lebens eines wandernden Schlossergesellen im stark hierarchisch strukturierten Milieu der Berufsgenossen in Stuttgart, Frankfurt und Hamburg Mitte der 50er Jahre bei Borst, Weg (Anm. 21), S. 124–138; Mengers, Letzte Tage (Anm. 90), S. 3, 11, 21, 27, 38 etc. (zu den 60er Jahren). Fritzsche, Weihnachtsbilder (Anm. 118), S. 64: „Es war Brauch, die scheidenden Kameraden eine Strecke Weges unter obligatem Gesang von Liedern zu geleiten [...]". – Aber der Gerbergeselle Dewald berichtet schon für die 30er Jahre, daß in München die alten Handwerksgebräuche ausgestorben seien. Vgl. G. M. Hofmann (Hg.), Biedermeier auf Walze. Aufzeichnungen und Briefe des Handwerksburschen Johann Eberhard Dewald 1836–1838, Berlin 1936, S. 85f. – Vgl. systematisch S. Fröhlich, Die soziale Sicherung bei Zünften und Gesellenverbänden. Darstellung, Analyse, Vergleich, Berlin (West) 1976, bes. S. 123ff.
120. Merckel, Zunftgebräuche (Anm. 91), S. 85, gibt folgende Beschreibung fürs Zimmererhandwerk in Wolfenbüttel Mitte des 19. Jahrhunderts: „Arbeiten in einer Stadt eine größere Anzahl fremder zünftiger Gesellen, so wählen sich diese für sich einen Altgesellen und haben in der Regel alle Wochen zwei Mal, gewöhnlich Mittwoch und Sonnabend, Zusammenkünfte in der Herberge, wo sie nach zünftigen Regeln verkehren und es auch gestatten, daß jüngere Gesellen, welche in der Stadt ansässig sind, an ihren Zusammenkünften Theil nehmen [...] An solchen Abenden findet auch Schlichtung von Streitigkeiten unter den Gesellen statt. Der Altgeselle beordert die Gesellenschaft auf den Handwerkssaal und nimmt an seinem Tische Platz, vor ihm steht die geöffnete Zunftlade. Er klopft mit dem Regimentsholz drei Mal auf den Tisch und hält die Umfrage [...] Hat nun ein Geselle eine Klage gegen einen Mitgesellen, so tritt er vor und bringt seine Sache an." Es folgt die Beschreibung eines Ringkampfs. „Der Unterliegende gilt als überführt und zahlt eine Geldbuße in die Büchse, das sogenannte Stubenrecht, oder er stiftet den Anwesenden Getränke. Ist einer von beiden Theilen dem anderen an Kräften sichtlich nicht gewachsen, so darf ein Anderer für ihn eintreten und die Angelegenheit für ihn abmachen, wozu sich stets Jemand bereitfindet. Ein Verträgniß muß aber unter allen Umständen erfolgen. Der Unversöhnliche würde Arbeit und Stadtgebiet verlassen müssen." – Die Verbindungen der Maurergesellen, oder authentische Darstellung der bei diesen Verbindungen übliche Gebräuche, nebst Mittheilungen über die neueste Geschichte derselben, Lübeck 1841. Weiterhin Bergmann, Berliner Handwerk (Anm. 13), S. 111–117; Jessen, Handwerksmeister (Anm. 92), S. 100ff. (zu Hamburger Gesellenorganisationen). – Der wandernde Schlosser Fritz Müller stellte für die 50er Jahre fest, daß es im Norden noch mehr Handwerkerbräuche gebe als in Süddeutschland. Vgl. Borst, Weg (Anm. 21), S. 122. Im übrigen enthalten die Autobiographien wenig Hinweise auf Gesellenorganisationen.
121. So F. Boll in einer demnächst erscheinenden vergleichenden Untersuchung über Streiks im 19. Jahrhundert.
122. Zur Tradition der Gesellen-Exklusivität vgl. H. Bopp, Die Entwicklung des deutschen Handwerksgesellentums im 19. Jahrhundert unter dem Einfluß der Zeitströmungen, Paderborn 1932, S. 7ff.; Bettger, Handwerk (Anm. 43), S. 98 zur abschätzigen Haltung gegenüber Fabrikarbeit und -arbeitern; dazu auch Borst, Weg (Anm. 21), S. 129; sowie F. Fuhse, Die Tischlergesellen-Bruderschaft im 18. Jahrhundert und ihr Ende. Nach den herzoglichen Polizeiakten, in: Jb. des Geschichtsvereins f. d. Hzgt. Braunschweig 10, 1911, S. 1–45, 16f.; Bergmann, Berliner Hand-

werk (Anm. 13), S. 66: Geldstrafen für Gesellen, die Anfang des 19. Jahrhunderts in der Fabrik arbeiteten. – Hofmann (Hg.), Biedermeier (Anm. 119), S. 88: „Aber das Reisen ist nit für Weiberleut [...]". – Hensoldt, Zunftwesen (Anm. 91), S. 79 zur scharfen Abgrenzung gegenüber den Lehrlingen. A. Henß, Aus dem Tagebuch eines reisenden Handwerkers (1845), bearb., eingel. u. erl. v. K. Esselborn, Friedberg 1923, S. 54: Die Handwerksgesellen wähnten die Berufe der Dienstboten, Tagelöhner, Holzspalter, Nachtwächter und Kohlenbrenner Ende des 18. Jahrhunderts weit unter sich. Vgl. auch Mengers, Letzte Tage (Anm. 90), S. 72–76 zu einem Treffen zweier wandernder Gesellen mit Zigeunern (Kesselflikker darunter), die als „Schweinevolk", „halbe Kulturmenschen" und „Wegelagerer" perzipiert werden. Ebd., S. 77f. zur Fremdheit des Klempnergesellen gegenüber Heimarbeitern (Spielzeugmachern) im Erzgebirge; ebd., S. 84 zur standesgemäßen Distanz gegenüber abgerissenen Handwerksburschen, die auf einem großen Handwerkerfest in Zwickau 1866 nicht mittanzen dürfen. Vgl. auch Perthes, Herbergswesen (Anm. 61), S. 23 (1856): Oft findet der Geselle keine Arbeit, besonders wenn er „noch auf Handwerksehre hält", weil es ihm dann schwerfalle, „als Hausknecht oder Eisenbahnarbeiter ein vorübergehendes Unterkommen anzunehmen"; Stahl, Handwerk (Anm. 4), S. 294–296 zum Pathos der Handwerksgesellen.

123. Vgl. am lokalen Beispiel 1848/49: Bergmann, Berliner Handwerk, (Anm. 13), S. 124. Insgesamt Schieder, Anfänge (Anm. 105).

124. Dazu J. Kocka, Traditionsbindung und Klassenbildung. Zum sozialhistorischen Ort der frühen deutschen Arbeiterbewegung, in: HZ 241, 1986, S. 333–376, 358ff.

125. Dazu Kocka, Traditionsbindung (Anm. 124), S. 360ff.; Lenger, Sozialgeschichte (Anm. 11), S. 63–65; demn. J. Kocka, Arbeiterleben und Protest. Entstehung einer sozialen Klasse (in Vorb.). Recht genau zu den Verbotspraktiken Wissell, Recht und Gewohnheit, (Anm. 20), Bd. 1 (1971^2), S. 579–591. – Fuhse, Tischlergesellen-Bruderschaft (Anm. 122), S. 40ff. zum Verbot der Tischler-Brüderschaften in Braunschweig 1802–1804 (die gleichwohl geheim weiterbestehen); Jeschke, Gewerberecht (Anm. 20), S. 147ff. zur Auflösung der Gesellenorganisationen in Hannover in den 1840er Jahren. Birnbaum, Münchener Handwerk (Anm. 20), S. 170ff.: Fortbestehen der Gesellenverbindungen im Untergrund trotz Verbots. Neufeld, From Artisans (Anm. 21) zum weitgehenden Abbruch der Organisationstradition in Nürnberg (S. 76–96).

126. Dazu generell J. Kocka, Stand – Klasse – Organisation. Strukturen sozialer Ungleichheit in Deutschland vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert im Aufriß, in: Wehler (Hg.), Klassen (Anm. 88), S. 137–165.

127. Sehr plastisch die Erfahrung des wandernden Klempners Mengers, Letzte Tage (Anm. 90), S. 110f.: „Bald darauf kam ich in Kassel an und suchte den Altgesellen auf, um mein Gesellengeschenk aus der Lade zu empfangen. Ich zeigte ihm meinen Gesellenschein: ‚Ja, lieber Freund, sprach der Altgeselle, die Zunft ist seit einem Jahre aufgehoben, die „Bundeslade" existiert nicht mehr, der Gesellenschein hat heutzutage keinen Wert mehr. Ich habe den meinen längst in den Lötofen gesteckt; wir haben ja jetzt Gewerbefreiheit. Die Klempner in Kassel haben eine freie Vereinigung gegründet. Wir geben noch ein kleines Handgeschenk von 5 Groschen, und auch dieses wird nicht von langer Dauer sein, denn es kommen in dieser Zeit so viel arbeitslose Klempner, daß unsere kleine Kasse wohl bald gesprengt sein wird.' – So ging es nun fortan in allen Städten, Geschenke gab es nicht mehr [...]". – In Preußen war das Geschenk schon früher aus der Mode gekommen. Vgl. v. Rönne, Gewerbe-Polizei (Anm. 37), S. 753f. Um so nötiger hatte man die Neueinrichtung von Kassen gehabt. Vgl. auch Bergmann, Berliner Handwerk (Anm. 13), S. 43: Die Berliner Schuhmacher gaben schon in den 1830er Jahren keine Geschenke mehr. Es könne sich ja jetzt jeder als Schuhmacher niederlassen, und aufgrund zunehmender Armut sei das Geschenk nicht mehr aufzubringen.

128. Vgl. etwa für die 30er Jahre Hofmann, Biedermeier (Anm. 119), S. 72f. (scharf gegen Schlagbäume, die man in Brennholz verwandeln solle und über die Behandlung durch Soldaten, als sei man ein gemeiner Verbrecher), S. 81 (splitternackt bei der Leibesvisitation auf dem Stadthaus, Verdruß über das „unaufhörliche Passiren von Schlagbäumen, und das Durchschnüffeln des Wanderbuchs, Androhung von Zwangsarbeit für den Fall, daß man nicht genug Reisegeld besitze"); 83f.: Man raucht, trinkt und palavert mit den Stadtsoldaten, tauscht Erinnerungen

an den Krieg von 1814 aus; 171 (Verbot der Einreise in die Schweiz). – Zu den 60er Jahren Mengers, Letzte Tage (Anm. 90), S. 23 (zur häufigen Kontrolle des Wanderbuchs durch Gendarmen auf der Landstraße), 40 (Wanderbücher, Arbeitsscheine, Fremdzettel), 67 u. 87 (zum Visieren der Wanderbücher auf dem Rathaus, Details der vorweg vorgeschriebenen Routen), 101 (Strafandrohung bei Beamtenbeleidigung und „Fechten").

129. Perthes, Herbergswesen (Anm. 61), S. 19; v. Rönne, Gewerbe-Polizei (Anm. 37), S. 751f.; Herold, Rechte (Anm. 91), S. 17–22 über detaillierte Wanderkontrollen in Sachsen 1835; dazu auch im einzelnen – bis zur Abschaffung der Wanderbücher und ihre Ersetzung durch Arbeitsbücher 1861 in Sachsen – Bräuer, Gesellenmigration (Anm. 68), S. 11–14. Weiterhin Stopp, Handwerkskundschaften (Anm. 113), S. 3, 5, 13, 25ff.; Wissell, Des alten Handwerks Recht (Anm. 20), Bd. 1 (1971²), S. 312–336; M. J. Neufeld, German Artisans and the Political Repression: The Fall of the Journeymen's Associations in Nuremberg 1806–1868, in: JSH 19, 1985/86, S. 491–502, 493f.; Werner, Traveling Journeymen (Anm. 104); sehr gut und detailliert Bopp, Entwicklung (Anm. 122), S. 34–36; Kampffmeyer, Vom Frankfurter Zunftgesellen (Anm. 68), S. 91f.; Fuhse, Tischlergesellen-Bruderschaft (Anm. 122), S. 15f. zur „Kundschaft" als Mittel der Kontrolle einzelner Gesellen durch Gesellenbrüderschaften. Als Aufruf zur schärferen polizeilichen Gesellenkontrolle Hensoldt, Zunftwesen (Anm. 91); Zwahr, Konstituierung (Anm. 71), S. 52. Weiterhin R. Specht, Die Beaufsichtigung der wandernden Handwerksgesellen durch preußische Staatsorgane, in: Archivalische Forschungen z. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1, 1954, S. 83–88; R. Wissell, Koalitionen und Koalitionsverbote, in: HwbStW 5, Jena 1923⁴, S. 734–756; W. Kaschuba, Aufbruch in die Moderne – Bruch der Tradition? Volkskultur und Staatsdisziplin in Württemberg während der napoleonischen Aera, in: Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons, Stuttgart 1987, S. 669–689, 676ff. Vgl. auch Braatz, Kleinbürgertum (Anm. 59), S. 38 zu einer Münchener Anklage von 1857 gegen die Ruhestörung durch einen Handwerkerverein, in der es u. a. hieß: „Der ledige Schuhmachergeselle Thomas Buchberger, welcher mit seiner Geliebten der Caroline Giechenbach wegen Liederlichkeit sowie ein weiteres Mitglied der genannten Gesellschaft Michael Mooser und dessen Konkubine Anna Reichelmeier wegen Sicherheitsgefährlichkeit unter spezieller Polizeiaufsicht stehen [...]".

130. Böhmert, Freiheit der Arbeit (Anm. 103), S. 36f.

131. Die unter staatlicher Aufsicht stehenden gewerblichen Hülfskassen für Arbeitnehmer (mit Ausschluß der sog. Knappschaftskassen) und die Versicherung gewerblicher Arbeitnehmer gegen Unfälle im preußischen Staate. Bearb. im Auftr. d. Ministers f. Handel, Gewerbe u. öffentl. Arbeiten, Berlin 1876, S. I–XIV, 14–16; U. Frevert, Krankheit als politisches Problem 1770–1880. Soziale Unterschichten in Preußen zwischen medizinischer Polizei und staatlicher Sozialversicherung, Göttingen 1984, Kap. 4; eine sehr gute Fallstudie: W. Reininghaus, Die Unterstützungskassen der Handwerksgesellen und Fabrikarbeiter in Westfalen und Lippe (1800–1850), in: Westfälische Forschungen 35, 1985, S. 131–163; zu den Kassen, die in Chemnitz Handwerksgesellen und Fabrikarbeiter organisierten, aber bei der Zunft geführt wurden: Bräuer, Gesellenmigration, (Anm. 68), S. 18. – Was mit der Berufsgruppen übergreifenden, anti-berufsständischen Wirkung des entstehenden Arbeitsrechts gemeint ist, wird klar, wenn man an die entsprechenden Paragraphen der preußischen Gewerbeordnung von 1845 und später denkt. Vgl. v. Rönne, Gewerbe-Polizei (Anm. 37), S. 571ff.: sie stellte bestimmte Vergehen der Arbeitnehmer unter Strafe (wie Streik, das Verlassen der Arbeit, Ungehorsam etc.) und bezog sich dabei auf Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter gemeinsam (nicht aber, natürlich, auf Meister und Unternehmer).

132. Vgl. oben S. 256ff.

133. Nach Bergmann, Berliner Handwerk (Anm. 13), S. 43, 66, 255f.; Leipziger Beispiele bei Zwahr, Konstituierung (Anm. 71), S. 66f.

134. Nach Bräuer, Gesellenmigration (Anm. 68), S. 17, 19; S. 8 zur Spannung zwischen Handwerks- und Fabrikgesellen: diese erzwangen in den 50er Jahren ihren Austritt aus der Innung und der zugehörigen Krankenkasse.

135. Zu Hannover vgl. Jeschke, Gewerberecht (Anm. 20), S. 136, 144, 306ff. Zu Nürnberg: Neufeld, From Artisans (Anm. 21), S. 92. Zu Bielefeld vgl. K. Ditt, Industrialisierung, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Bielefeld 1850–1914, Dortmund 1982, S. 105–107: Während die Bielefelder

Textilfabriken massenweise vor allem Heimarbeiter und ländliche Bevölkerung anwarben, hatten die metallverarbeitenden Fabriken keine Schwierigkeiten, Nachwuchs im lokalen Handwerk zu rekrutieren.

136. Hofmann (Hg.), Biedermeier (Anm. 119), S. 101 über eine „Fabrik" in Prag; 82f., 85f., 108 zu anderen „Fabriken".
137. Vgl. Mengers, Letzte Tage (Anm. 90), S. 29f. zu seinem großen Interesse (1866) an der Arbeit in einer größeren Lampenfabrik, um viel zu lernen und „um späterhin, vielleicht wenn ich Glück hätte, entweder selber in der Heimat ein solches Geschäft etablieren zu können, oder um einmal in einer ähnlichen Metallwaren-Fabrik als tüchtiger Werkmeister fungieren zu können". Außerdem verdiente er in dieser Chemnitzer Fabrik, teilweise in Akkord, so gut, „daß ich mich zunächst einmal ordentlich in ‚Kluft' setzen konnte, mir noch ein paar Taler Reisegeld zurücklegen, und zu Weihnachten meinen Eltern, die es bedürftig waren, noch 5 Taler nach Hause schicken konnte." Bestätigend zur Anziehungskraft von Maschinenfabriken auf Handwerksgesellen verschiedener Berufe: Renzsch, Handwerker (Anm. 24), S. 153–155. – Vgl. auch Fuhse, Tischlergesellen-Bruderschaft (Anm. 122), S. 31 zur Flucht aus handwerklichen Mißfälligkeiten in die „Fabrik" um 1800; sowie Riedel, Gut Gesell' (Anm. 108), S. 16f., 100, 109f.: Der wandernde Handwerksgeselle (Leineweber) suchte 1803 Arbeit in oberösterreichischen Manufakturen und lernte dabei viel. Vgl. auch Schwarz, „Nahrungsstand" (Anm. 20), S. 225 zur Fabrikexistenz als einer freieren Alternative zur beengten Handwerksexistenz.
138. Vgl. auch Kaufhold, Tradition (Anm. 13), S. 184; sowie klassisch W. Fischer, Innerbetrieblicher und sozialer Status der frühen Fabrikarbeiterschaft, in: ders., Wirtschaft (Anm. 12), S. 258–284. Stärker durchmechanisiert und handwerksfremder waren dagegen bereits die großen Textilfabriken, die es denn offenbar auch schwerer hatten, Handwerker zu rekrutieren. Vgl. oben Anm. 135 (zu Bielefeld).
139. Vgl. Eisenberg, Gewerkschaften (Anm. 20), S. 98ff. – Die Situation und Aktionen einer solchen Gruppe zwischen Handwerk und Fabrik behandelt: W. Köllmann (Hg.), Wuppertaler Färbergesellen-Innung und Färbergesellen-Streiks 1848–1857. Akten zur Frühgeschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wiesbaden 1962.
140. Vgl. oben Anm. 122 und Mengers, Letzte Tage (Anm. 90), S. 110f. zur Empörung dieses wandernden Klempners 1867, als er auf Grund der neuerklärten Gewerbefreiheit kein „Geschenk" mehr erhielt. „Ja, ‚die Gewerbefreiheit', sie öffnete jedem ‚Pfuscher' Tor und Tür. Jeder konnte von nun an auf eigene Faust anfangen was er wollte, es brauchte kein Gesellenstück und kein Meisterstück mehr gemacht zu werden, es war die reine Niedertracht [...] und wer trug nun die Schuld an diesem ganzen gewaltigen Umsturz? – einzig und allein der vermaledeite Bismarck [...]". Vgl. auch Hofmann (Hg.), Biedermeier (Anm. 119), S. 170 zu Dewalds Erfahrungen in Mailand um 1838. Er litt geradezu unter dem dort weit fortgeschrittenen Verfall der Zunftordnung: „Anderen Morgen kam ich in die Residenz und war froh, in die Herberge schlupfen zu können. Aber das gleiche Elend mit den Gesellen, wie überall in der letzten Zeit. Die meisten Einlogierten glichen in keiner Weise ordentlichen Gesellen, schienen mir auch ihre Profession nit zu ehren und führten sich nit nach ihrer Zunft auf. Keine Frage nach woher oder wohin, dabei aber ein wüster Spectakel in ordinärster Art. Der alte Handwerksbrauch ist hier ganz im Schwinden. Kein Zusammenhalt und die übelste Aufführung. Glich doch die Herberge vielmehr einer Spelunke, als einer anständigen Unterkunft. Als ich gar merkte, daß die Burschen beim Spiel ihre Mädchen als einen Einsatz gaben, davon sich mehrere an einem Nebentisch recht anzüglich unterhielten, war es mir denn doch zuviel. Ich nahm mein Felleisen und suchte mir in einem Fremdenhaus eine Unterkunft. Dann zog ich umschauen durch die Stadt. Aber man hielt mich in den Fabriken, denn Meisterhäuser gibt es hier garnit, für einen Bettler und glaubte, ich frage um Almosen. Ist schon ganz geschwunden, daß der Gesell ein Recht auf sein zünftiges Zeichen hat. und steht da als ein Faulenzer, so man vorspricht. Habe es drangegeben, weil ich lieber hungern wollte, als solcherlei Unehr ertragen. Ist aber noch nit soweit und hab noch Gulden in der Tasch."
141. Zu diesem Argument vgl. Kocka, Traditionsbindung (Anm. 124), S. 346–357 (mit entsprechenden Verweisen, u.a. auf die Werke von R. Boch und H. Zwahr).
142. Vgl. oben S. 319ff.
143. Vgl. oben S. 329ff.

144. Vgl. Schmoller, Geschichte (Anm. 5), S. 349–352; Wissell, Des alten Handwerks Recht (Anm. 20), Bd. 1, S. 355ff. zu den verschiedenen Lohnformen, 372ff. zur Arbeitszeit, 458f. zur Veränderung des Meister-Gesellen-Verhältnisses, 378ff. zum Blauen Montag. Dazu auch K. Kohne, Studien zur Geschichte des blauen Montags, in: ZfSowi 11, 1920, S. 268–287; H. F. Singer, Der Blaue Montag. Eine kulturgeschichtliche und soziale Studie. Nach den Zeitquellen bearbeitet, Mainz 1917, bes. S. 87–98; zum langen Kampf um den Blauen Montag, der in Bayern aber auch noch in den 70er Jahren weit verbreitet war: Held, Arbeitsverhältnis (Anm. 97a), S. 58f., 88ff.; Birnbaum, Münchener Handwerk (Anm. 20), S. 176ff.; und vor allem Neufeld, From Artisans (Anm. 21), S. 96–110 zur verschärften Verfolgung des „Blauen Montags" in Nürnberg in den 1850er und 1860er Jahren. Vgl. auch Perthes, Herbergswesen (Anm. 61), S. 15 (Stücklohn) u. 7 zur Klassentrennung im Handwerk. Jeschke, Gewerberecht (Anm. 20), S. 133ff. zu Arbeitszeitregelungen, 136–141 (Leistungslohn, einvernehmliche Aufhebung der Lohntaxen in den 1860er Jahren); Gömmel, Wachstum (Anm. 81), S. 118: Aufhebung der staatlichen Lohnfestsetzung im Baugewerbe in den 50er Jahren (Nürnberg). Bergmann, Berliner Handwerk (Anm. 13), S. 240 (Lohnformen) u. 127–130: der Berliner Magistrat bestätigte in den 60er Jahren, das Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen sei „sehr schroff geworden". Die Berliner Schmiedegesellen erklärten 1848, da sie den Meistern das Brot erwürben, müsse man ihnen als Gegenleistung die Arbeitszeit verkürzen und den Lohn erhöhen, damit auch sie etwas mehr Zeit für ihre Bildung hätten. Zum Stand 1875: Ergebnisse (Anm. 90), S. 6–8. – L. Machtan, Streiks und Aussperrungen im Deutschen Kaiserreich. Eine sozialgeschichtliche Dokumentation für die Jahre 1871 bis 1875, Berlin (West) 1984, z. B. S. 61, 62, 122, 178 u. 489. – Zur Arbeitszeitverlängerung im Nürnberger Handwerk von 61 auf 66–67 Wochenstunden von 1845 bis 1869/70: R. Gömmel, Wachstum und Konjunktur der Nürnberger Wirtschaft (1815–1914), Stuttgart 1978, S. 72.

145. Vgl. oben S. 332 u. Kocka, Lohnarbeit (Anm. 79), S. 100f.; zutreffend auch Ludwig, Lage (Anm. 91), S. 78ff. (kein Trend zu lebenslangen Gesellen in Göttingen vor 1850, außer im Bauhandwerk); Lenger, Sozialgeschichte (Anm. 11), S. 61–63, 101–103; ders., Kleinbürgertum (Anm. 12), S. 106–116. – W. H. Hubbard, Auf dem Weg zur Großstadt. Eine Sozialgeschichte der Stadt Graz 1850–1914, Wien 1984, S. 136f.

146. Mengers, Letzte Tage (Anm. 90), S. 33ff.

147. Dies ist die Hauptaussage bei Lenger, Kleinbürgertum (Anm. 12), Kap. V–VIII.

148. Nach den Angaben bei Gömmel, Wachstum (Anm. 81), S. 204–207 (Langzeitreihen zu Nürnberg, auf der Grundlage der Bauhandwerker-Löhne); Aßmann u. Stavenhagen, Handwerkereinkommen (Anm. 26), S. 33: 1822–1855 sanken die realen Einkommen der steuerpflichtigen Meister um 22%, der steuerpflichtigen Handwerksgesellen (vor allem Baugewerbe) um 25%. Henning, Einführung (Anm. 26), S. 179f. schätzt dagegen den Rückgang der Handwerkerlöhne 1825–1857 auf 20%. Viel Material bei D. Saalfeld, Handwerkseinkommen in Deutschland vom ausgehenden 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, in: W. Abel (Hg.), Handwerksgeschichte in neuer Sicht, Göttingen 1978², S. 65–120; M. Scale, Zur Entwicklung von Handwerk und Industrie in einer niedersächsischen Kleinstadt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts – dargestellt am Beispiel der Stadt Alfeld in: ebd., S. 180–209, 199f.; D. Saalfeld, Die sozialökonomischen Lebensbedingungen der Unterschichten Deutschlands im 19. Jahrhundert, in: K. H. Kaufhold u. F. Riemann (Hg.), Theorie und Empirie in Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte. Fs. f. Wilhelm Abel zum 80. Geburtstag, Göttingen 1984, S. 189–213, bes. 201. Bergmann, Berliner Handwerk (Anm. 13), S. 241 zum Anstieg der realen Gesellenverdienste in den 60er Jahren. – Die Einkommen der Gesellen unterschieden sich von Beruf zu Beruf sehr, wenn auch nicht so extrem wie die der Meister. In Nürnberg verdienten 1851 Kürschner- und Buchbindergesellen mit ca. 400 Mark pro Jahr doppelt soviel wie die Teppichmacher- und Schachtelmachergesellen mit ca. 200 Mark pro Jahr, mit den Drechslern und Kammachern in der Mitte, den Messerschmieden im oberen und den Webern im unteren Drittel. Das häufigste Geselleneinkommen betrug 305 Mark pro Jahr (alle Angaben einschließlich Kost und Logis, in Geldwert umgerechnet). Es lag deutlich unter dem, was gleichzeitig ein Arbeiter in der Maschinenfabrik MAN verdiente, nämlich 450 Mark. Nach Gömmel, Wachstum (Anm. 81), S. 111f. Weitere Lohnangaben nach Berufen aufgegliedert bei Bergmann, Berliner Handwerk (Anm. 13), S. 237–246; I. Fischer, Industrialisierung, sozialer Konflikt und politische Willensbildung in der Stadtge-

meinde. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte Augsburgs 1840–1914, Augsburg 1978, S. 171–173; Jeschke, Gewerberecht (Anm. 20), S. 440 zu Stade 1839. Vgl. mit vielen weiteren Beispielen L. H. W. Jacobi, Die Arbeitslöhne in Niederschlesien, in: Zs. d. Königl. Preuss. Statistischen Büros 8, 1868, S. 326–351, bes. 350; genaue Angaben zu den Gesellenlöhnen in Liegnitz.

149. Für Wolfenbüttel Aßmann u. Stavenhagen, Handwerkereinkommen (Anm. 26), S. 10 u. 33: Das durchschnittliche Meistereinkommen stieg 1825–1855 nominal von 180 auf 228 Reichstaler pro Jahr; das entsprach einem Realeinkommensverlust von 22%. Das durchschnittliche Gesellencinkommen fiel nominal von 105 auf 94 Reichstaler pro Jahr; das entsprach einem Realeinkommensverlust von 45%. Bergmann, Berliner Handwerk (Anm. 13), S. 245f. stellt für Berlin „gegenläufige Verdienstentwicklung und die Verschärfung des sozioökonomischen Gegensatzes zwischen Gesellen und begüterten Meistern" fest. Eine Momentaufnahme für Wismar 1831 bietet Huschner, Veränderungen (Anm. 77), S. 172: Das durchschnittliche Einkommen der Handwerksmeister betrug 1831 190, das der Handwerksgesellen 90 Reichstaler. Die Handwerksmeister lagen mit den Fuhrleuten, Gärtnern und Schiffern gleichauf, jedoch weit hinter den Gastwirten und Kaufleuten. Wenn man die Einkommen aus Miete und Vermögen berücksichtigen könnte, wäre die Differenz zwischen Meistern und Gesellen noch deutlicher. – Zu Nürnberg wiederum Gömmel, Wachstum (Anm. 81), S. 107f.

150. Schmoller, Geschichte (Anm. 6), S. 351f.; Ergebnisse (Anm. 90), S. 7. Zur Streikwelle und zur Teilnahme von Handwerkern Machtan, Streiks (Anm. 144), S. 489.

151. Einschränkungen finden sich zum Beispiel bei Lenger, Sozialgeschichte (Anm. 11), S. 63ff., 103ff.

152. Dies weist im einzelnen, auch mit sprachgeschichtlichen Befunden, nach: Eisenberg, Gewerkschaften (Anm. 20), S. 44–46; weiterhin Lenger, Handwerkliche Phase (Anm. 88), mit Literatur, auch zu den USA. Breit vergleichend, jedoch unter anderen Fragestellungen: J. Breuilly, Artisan Economy, Artisan Politics, Artisan Ideology: The Artisan Contribution to the Nineteenth-Century European Labour Movement, in: C. Emsley u. J. Walvin (Hg.), Artisans, Peasants and Proletarians, 1760–1860: Essays presented to G. A. Williams, London 1985, S. 187–225.

153. Vgl. oben S. 328, 355f.

154. Diese Beispiele nach Jessen, Handwerksmeister (Anm. 92), vor allem an Hamburger und sächsischen Beispielen (bis in die 1860er Jahre); unterschiedlich lange Kündigungsfristen für Gesellen und Meister belegt für Nürnberg: Held, Arbeitsverhältnis (Anm. 97a), S. 12, 60. Weiterhin Bettger, Handwerk in Augsburg (Anm. 43), S. 89 zum differentiellen Bürgerrecht; Braatz, Kleinbürgertum (Anm. 59), S. 34 zur verschiedenartigen Vereinsmitgliedschaft von Meistern und Gesellen in München. Zum Wahlrecht oben S. 324f.

155. Zum 18. Jahrhundert am besten Grießinger, Kapital (Anm. 13); zur Kontinuitätsproblematik zuletzt A. Herzig, Unterschichtenprotest in Deutschland 1790–1870, Göttingen 1988; H. Volkmann u. J. Bergmann (Hg.), Sozialer Protest. Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung, Opladen 1984, darin u. a. M. Gailus, Soziale Protestbewegungen in Deutschland 1847–1849 (S. 76–106); K. Tenfelde u. H. Volkmann (Hg.), Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981; U. Engelhardt, Zur Entwicklung der Streikbewegungen in der ersten Industrialisierungsphase und zur Funktion von Streiks bei der Konstituierung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, in: IWK 15, 1979, S. 547–569.

156. O. Schade (Hg.), Deutsche Handwerkslieder, Leipzig 1865, S. 227–231 sowie 219–222 („Die lustigen Gesellen" und „Der Bettelvogt"). – Die Politisierung der Gesellenunzufriedenheit im Rahmen der frühen Arbeiterbewegung zeigen dagegen die Lieder, die abgedruckt sind bei: W. v. Hippel, Politische Handwerkerlyrik aus der Zeit des Vormärz. Die „Gedichtssammlung" des Mannheimer Gesellenvereins (1844/47), in: ZGO 125, 1977, S. 275–295 (dort Anm. 4 zu weiterer Literatur).

157. Dies ist hier nicht auszuführen. Vgl. zunächst M. Simon, Handwerk in Krise und Umbruch. Wirtschaftliche Forderungen und sozialpolitische Vorstellungen der Handwerksmeister im Revolutionsjahr 1848/49, Köln 1983; J. Bergmann, Handwerk in der Revolution (Anm. 60); C. Lipp, Württembergische Handwerker und Handwerkervereine im Vormärz und in der Revolution 1848/49, in: ebd., S. 347–380; W. Kaschuba, Vom Gesellenkampf zum sozialen Protest.

Zur Erfahrungs- und Konfliktdisposition von Gesellen-Arbeitern in den Vormärz- und Revolutionsjahren, in: ebd., S. 381–406; M. Quark, Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49, Leipzig 1924; ders., Von der Zunft zur Arbeiterbewegung, in: Kölner Sozialpolitische Vierteljahresschrift 3, 1923, S. 87–91; H. Meusch, Die Handwerkerbewegung von 1848/49. Vorgeschichte – Verlauf – Ergebnisse, Alfeld 1949; P. H. Noyes, Organization and Revolution. Working-Class Associations in the German Revolution of 1848/49, Princeton 1966; W. Schieder, Die Rolle der deutschen Arbeiter in der Revolution von 1848/49, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 54, 1974, S. 43–56. Wichtigste Quelle: D. Dowe u. T. Offermann (Hg.), Deutsche Handwerker- und Arbeiterkongresse 1848–1852. Protokolle und Materialien, Berlin (West) 1983; C. Luft (Hg.), Die stenographischen Verhandlungen des deutschen Handwerkertags zu Weimar vom 5. bis 8. September 1862. Im Auftrage des deutschen Handwerkerbundes, Berlin 1862; Der zweite deutsche Handwerkertag zu Frankfurt a. M. vom 25. bis 28. September 1863, Frankfurt 1863; N. Schüren (Hg.), Der dritte Deutsche Handwerkertag zu Cöln vom 26. bis 28. September 1864, o. O. o. J.; Neufeld, From Artisans (Anm. 21), S. 110–137.

Anmerkungen zum 6. Kapitel

1. B. R. Mitchell, European Historical Statistics 1750–1970 (1975), New York 1978, S. 317; W. Fischer u. a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 1: Materialien zur Statistik des Deutschen Bundes 1815–1870, München 1982, S. 80.
2. Vgl. die Tab. bei R. Fremdling, Eisenbahnen und deutsches Wirtschaftswachstum 1840–1879. Ein Beitrag zur Entwicklungstheorie und zur Theorie der Infrastruktur, Dortmund 1975, S. 98.
3. Ebd., S. 102; J. Kocka, Eisenbahnverwaltung in der Industriellen Revolution. Deutsch-amerikanische Vergleiche, in: H. Kellenbenz u. H. Pohl (Hg.), Historia socialis et oeconomica. Fs. f. Wolfgang Zorn z. 65. Geb., Stuttgart 1987, S. 259–277, 262; K. Obermann, Zur Rolle der Eisenbahnarbeiter im Prozeß der Formierung der Arbeiterklasse in Deutschland, in: JbWG 1970/II, S. 129–140, 134 f.
4. Vgl. S. 178 f. zum Gedinge in der Landwirtschaft.
5. Vgl. oben Tab. 17 u. 19.
6. Vgl. oben S. 201 ff.
7. Fliegende Blätter 11, 1854, S. 159, zit. nach A. Kraus, Arbeiteralltag auf einer Großbaustelle des neunzehnten Jahrhunderts, in: Hamburger Jb. f. Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 24, 1979, S. 109–119, 111. Dieser Artikel ist für das Thema bahnbrechend und rückt den (von ihm nicht behandelten) Eisenbahnbau in eine breitere Perspektive.
8. Ebd., S. 112 f. Die Beschreibung einer Chaussee-Baustelle im Regierungsbezirk Stralsund, in: F. Tennstedt, Vom Proleten zum Industriearbeiter. Arbeiterbewegung und Sozialpolitik in Deutschland bis 1914, Köln 1983, S. 140 f. – Zum Deichbau: F.-W. Schaer, Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Deicharbeiter an der oldenburgisch-ostfriesischen Küste in der vorindustriellen Gesellschaft, in: Niedersächsisches Jb. f. Landesgeschichte 45, 1973, S. 115–144; H.-G. Husung, Protest der Eisenbahnarbeiter im Vormärz, in: ders., Protest und Repression im Vormärz. Norddeutschland zwischen Restauration und Revolution, Göttingen 1983, S. 13 ff.
9. Eindrucksvoll geschildert von dem 1841 geborenen Karl Fischer, der nach einer Lehre in einer Wagenfettfabrik etwa 6 Jahre lang – in den sechziger Jahren – auf mehreren Eisenbahn-Baustellen als einfacher Erdarbeiter gearbeitet hat; Denkwürdigkeiten und Erinnerungen eines Arbeiters [Karl Fischer], hg. v. P. Göhre, Leipzig 1903, S. 124–220, bes. 124 ff., 134, 131 f. sowie 137 f.: zur Auswahl und Anstellung durch den Schachtmeister, der einen Bildhauer und einen schmächtigen Sattler ablehnt, einen stämmigen „Ackersmann" aber gern nimmt. – D. Eichholtz, Bewegungen unter den preußischen Eisenbahnbauarbeitern im Vormärz: Beiträge zur dt. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. u. 19. Jahrhunderts, Berlin (Ost) 1962, S. 251–287, 260; A. J. Liebel, „Dann ging das Werfen wieder los". Eisenbahnarbeiter, in: W. Ruppert (Hg.), Die Arbeiter. Lebensformen, Alltag und Kultur von der Frühindustrialisierung bis zum „Wirtschaftswunder",

München 1986, S. 79–83, 81. – Neben den Erdarbeitern waren Maurer, Zimmerleute und Steinmetzen, Schlosser und Schmiede, Springmeister, Baumeister und Ingenieure beschäftigt, besonders zahlreich an den Streckenstücken mit Brücken und Tunneln. Daß diese technische Pionierleistungen darstellten und zusammen mit den landschaftsverändernden Trassenführungen als dramatische Zeichen der neuen Zeit gefeiert und beklagt wurden, muß nicht besonders betont werden. Vgl.: Zug der Zeit – Zeit der Züge. Deutsche Eisenbahn 1835–1985, 2 Bde., Berlin (West) 1985, Bd. 1, S. 24–38, 206–217; 210 die damals berühmte Göltzschtalbrücke in Sachsen (1845–51). Dazu E. Wolfgramm u. a., Die sozialökonomischen Kämpfe der Eisenbahnbauarbeiter in Sachsen 1844–1848, in: Aus der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (Ost) 1964, S. 65–101, 81 f.

10. Fliegende Blätter 27, 1870, S. 160, zit. nach Kraus, Arbeiteralltag (Anm. 7), S. 110.
11. K. Marx, Das Kapital I (= MEW 23), S. 693: „Die Wanderarbeit wird verbraucht für verschiedene Bau- und Drainierungsoperationen, Backsteinmachen, Kalkbrennen, Eisenbahnbau usw."
12. Viele Beispiele in: Denkwürdigkeiten und Erinnerungen (Anm. 9), S. 140, 150, 169, 174 f., 180 f., 198 f., 205.
13. Zur Rekrutierung vgl. Wolfgramm u. a., Kämpfe (Anm. 9), S. 76 ff.; Ch. Sachße u. F. Tennstedt, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland vom Spätmittelalter bis zum Ersten Weltkrieg, Berlin (West) 1980, S. 206 f.; Obermann, Rolle (Anm. 3), S. 136 ff.; K. Kumpmann, Die Entstehung der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft 1830–1844. Ein erster Beitrag zur Geschichte der Rheinischen Eisenbahn, Essen 1910, S. 183 f.; Kraus, Arbeiteralltag (Anm. 7), S. 111, zu den Schlesiern und Italienern, die in Norddeutschland von Baustelle zu Baustelle wanderten. Vgl. auch D. Eichholtz, Junker und Bourgeoisie vor 1848 in der preußischen Eisenbahngeschichte, Berlin (Ost) 1962, S. 184.
14. So ein schlesischer Geistlicher 1842 bei Obermann, Rolle (Anm. 3), S. 136–138.
15. Vgl. zur Unterscheidung zwischen der stärker behördlichen Leitung (Regie) und der Delegation an Sub-Unternehmer (Entreprise) vor allem M. v. Ditfurth, Die Fürsorge für das Loos der Eisenbahnarbeiter, in: DVS 1847/2, S. 86–122, 93 ff.; W. Wortmann, Eisenbahnbauarbeiter im Vormärz. Sozialgeschichtliche Untersuchung der Bauarbeiter der Köln-Mindener Eisenbahn in Minden-Ravensberg 1844–1847, Köln 1972, S. 46 ff. – Schon die Rheinische Eisenbahn wurde in den späten 30er Jahren nach dem dezentralisierten System erbaut. Kumpmann, Entstehung (Anm. 13), S. 184. Das in Deutschland seltene, in England und USA vorherrschende System des Pauschal-Akkords bzw. der General-Entreprise wird beschrieben in: Dr. Strousberg und sein Wirken von ihm selbst geschildert, Berlin 1876, S. 121–35. Weiterhin E. Sax, Die Eisenbahnen, Wien 1879, S. 297–303. Der Bau einer Eisenbahn durch eine bayerische Behörde Anfang der vierziger Jahre in: F. W. v. Reden, Die Eisenbahnen in Deutschland. Statistisch-geschichtliche Darstellung ihres Verhältnisses zu der Staatsgewalt, so wie ihrer Verwaltungs- und Betriebs-Einrichtungen. Zweiter Abschnitt: Die Eisenbahnen in den einzelnen Staaten Deutschlands, Berlin 1845, S. 2.137 ff. Weiterhin Kocka, Eisenbahnverwaltung (Anm. 3), S. 271 f. (auch zum Vergleich mit den USA). Ebd. S. 264–268 zur Mischung von Privat- und Staatsbahnsystemen in Deutschland (mit Zahlen).
16. Zit. nach Obermann, Rolle (Anm. 3), S. 139. Wie das im einzelnen in einer Kleingruppe von Kippkarren-Schiebern funktionierte, wird ganz deutlich in der Autobiographie Karl Fischers: Denkwürdigkeiten und Erinnerungen (Anm. 9), S. 124 ff., 130 (Arbeits- und Leistungskriterien zur Beurteilung des Arbeitskameraden). Zur Position des Schachtmeisters, der oftmals selbst mitarbeiten mußte: Wortmann, Eisenbahnbauarbeiter (Anm. 15), S. 70 ff.; Wolfgramm u. a., Kämpfe (Anm. 9), S. 83 ff.
17. Denkwürdigkeiten und Erinnerungen (Anm. 9), S. 134.
18. Vgl. Wortmann, Eisenbahnbauarbeiter (Anm. 15), S. 83. Oben S. 275 f. zu den Spannungen im Zwischenmeistersystem des Heimgewerbes.
19. Vgl. die starken Schwankungen der durchschnittlichen jährlichen Arbeitskräftezahlen und der durchschnittlichen Jahresverdienste nach den Berechnungen von Fremdling, Eisenbahnen (Anm. 2), S. 98, 94.
20. Sehr schön wird das klar in Fischers Autobiographie: Denkwürdigkeiten und Erinnerungen (Anm. 9), S. 134, 140 (hier zu den regenbedingten Ausfällen und Schulden), 209: zwischendurch wird gebettelt („gefochten").

21. Denkwürdigkeiten und Erinnerungen (Anm. 9), S. 197, 161 zu einer anderen Schlafstelle mit Stroh, 139 zu einer zu teuren Unterkunft im Wirtshaus. Zur Versorgung des von auswärts kommenden Erdarbeiters über den Markt z. B. S. 144 beim „Budiker", 160 beim Trödler. Vgl. auch Wortmann, Eisenbahnbauarbeiter (Anm. 15), S. 111 ff.
22. Denkwürdigkeiten und Erinnerungen (Anm. 9), S. 174 f.
23. Ebd., S. 137 f.
24. Wir finden ihn unten als angelernten Hüttenarbeiter wieder: S. 431 ff.
25. Vgl. die instruktiven Beispiele in ebd., S. 124, 127, 130, 161, 174.
26. Vorwort zu ebd., S. VIII f.
27. Ebd. S. 206 (Krätze), 186, 146 f. (andere Erkrankungen und Unfälle); Kraus, Arbeiteralltag (Anm. 7), S. 114, 116 zu den Baracken, der mangelnden Privatheit und den Krankheiten in Wilhelmshaven. Beim Bau einer großen Brückenanlage der Eisenbahn Leipzig-Hof fand angeblich 1850 jeder 75. Arbeiter durch Unfall oder Krankheit den Tod. Nach Wolfgramm u. a., Kämpfe (Anm. 9), S. 87. – Zur fehlenden sozialen Sicherheit des Arbeitsinvaliden vgl. das Beispiel bei A. J. Liebel, Aufgeh'n wird die Erde im Rauch. Geschichte der ersten privaten Eisenbahnen in Bayern, München 1985, S. 128 f. – Vgl. auch U. O. Ringsdorf, Der Eisenbahnbau südlich Nürnbergs, 1840–1849. Organisatorische, technische und soziale Probleme, Nürnberg 1978. – Zum Vergleich: H. Frey u. E. Gättli, Schaufeln – sprengen – karren. Arbeits- und Lebensbedingungen der Eisenbahnbauarbeiter in der Schweiz um die Mitte des 19. Jahrhunderts, Zürich 1987.
28. Diese Redensart nach Kraus, Arbeiteralltag (Anm. 7), S. 118; zum Wirtshaus und Alkoholkonsum: Denkwürdigkeiten und Erinnerungen (Anm. 9), S. 130, 132 f., 135 f., („alle machen zwei Tage blau nach dem Besuch des Wiesenmarktes"), 140 f. (unzureichende Bezahlung und Betrug), 150 (Diebstahl), 154 (Schlägerei am Arbeitsplatz), 175 ff. (Schnaps zu Weihnachten und Unfall zu Sylvester). Weiterhin Wortmann, Eisenbahnbauarbeiter (Anm. 15), S. 123.
29. Denkwürdigkeiten und Erinnerungen (Anm. 9), S. 182.
30. Zur Verdienstentwicklung in den vierziger Jahren vor allem Wortmann, Eisenbahnbauarbeiter (Anm. 15), S. 107 ff.; Fremdling, Eisenbahnen (Anm. 2), S. 94.
31. Armuth und Proletariat, in: Das Westphälische Dampfboot. Eine Monatsschrift 2, Paderborn 1846 (ND Glashütten/Ts. 1972), S. 543–548, 545.
32. Kraus, Arbeiteralltag (Anm. 7), S. 117. Die entsprechenden Passagen in Fischers Autobiographie sind voll von Berichten über vielfältige, persönliche Kontakte mit Arbeitskollegen, Vorgesetzten und Nachbarn, auch und gerade außerhalb der Arbeitszeit. Hinter der spröden und ungeschickten Darstellung deuten sich die Umrisse dichter, obwohl schnell vorübergehender sozialer Beziehungen an, z. B. S. 137 f., 150, 151 ff. (gemeinsame Freizeitgestaltung, Erzählungen), 170 f., 182–184 (eine Situation voller Freundlichkeit), 206 (im Heu). Nichts davon findet sich in den Passagen derselben Autobiographie über die späteren Jahre im Stahlwerk. Vgl. unten Seite 431 ff.
33. Wortmann, Eisenbahnbauarbeiter (Anm. 15), S. 116 f.
34. Am besten: Husung, Protest (Anm. 8), S. 7 f. zur Bedeutung des Schachts als Protestbasis, die nur selten, wie in Schildesche bei Bielefeld 1845, ausgeweitet wurde. Dazu Wortmann, Eisenbahnbauarbeiter (Anm. 15), S. 129 ff. – Mit der Tendenz zur Überschätzung der Modernität und Intensität dieser Unruhen vgl. Eichholtz, Bewegungen (Anm. 9); Wolfgramm u. a., Kämpfe (Anm. 9) u. Obermann, Rolle (Anm. 3). – H.-G. Husung, Protest und Repression im Vormärz. Norddeutschland zwischen Restauration und Revolution, Göttingen 1983, S. 163–170. Demn. J. Kocka, Zwischen Volksbewegung und Klassenbewegung. Arbeiterorganisationen vom Vormärz bis 1875 (in Vorb.).
35. Eichholtz, Bewegungen (Anm. 9), S. 252, dort Anm. 4.
36. Vgl. Wortmann, Eisenbahnbauarbeiter (Anm. 15), S. 60 ff., 67 ff., 85 ff. zur staatlich-bürokratischen Verstärkung der Unternehmermacht und zum Versuch der Regelung der Arbeiterbehandlung. 1846 wurde dekretiert, daß jeder Schacht zwei Arbeiter wählen sollte, die mit dem Schachtmeister den Empfang des Lohns kontrollieren und ggf. Beschwerden vortragen sollten. Preußische Gesetzes-Sammlung 1847, S. 21; Husung, Protest (Anm. 8), S. 14.
37. Vgl. L. Machtan, Streiks und Aussperrungen im Deutschen Kaiserreich. Eine sozialgeschichtliche Dokumentation für die Jahre 1871 bis 1875, Berlin (West) 1984, S. 69, 121, 137, 164, 191 f., 263, 313, 314 f., 371, 417 f., 445 f., 473.

Anmerkungen zum 7. Kapitel

1. Vgl. oben S. 64ff.
2. „Die Maschine ist [...] der Sclave der Zukunft, der jede schwere Arbeit für den Menschen verrichtet. Der Gedanke aber, der sie schuf und den wir in ihr ehren, dieser Geist, der in ihr fortarbeitet, indem er die Aufmerksamkeit vielleicht nur eines Tagelöhners erfordert, dieser Geist wird allmählich [!] auf diesen Arbeiter Einfluß gewinnen, auf seinen Schultern wird sich der Sohn behender aufschwingen und so fortbauend wird sich ein thatkräftiges Geschlecht heranbilden, das durch eigene Entwicklung, durch selbsterworbene Kenntnis und Geschicklichkeit eine Bildungsstufe erreicht, die ihm eine edle Selbständigkeit für alle Zeiten sichert." Der Arbeitgeber. Archiv für die gesammte Volkswirthschaft, hg. v. F. u. M. Wirth, Jg. 8, Nr. 318, 26. 2. 1863, S. 3087. Vgl. auch als Lob des industriellen Fortschritts von Georg Weerth: „Die Industrie" (1845), in: B. Kaiser (Hg.), Die Achtundvierziger. Ein Lesebuch für unsere Zeit. Weimar 1958, S. 283–286. Viele umgekehrte Beispiele bei J. Goebel, Die Geschichte der Industriegegnerschaft unter bes. Berücksichtigung der deutschen Literatur, Mainz 1936. – Weiterhin C. Ergang, Untersuchungen zum Maschinenproblem der Volkswirtschaftslehre. Rückblick und Ausblick. Eine dogmengeschichtliche Studie mit bes. Berücksichtigung der klassischen Schule, Karlsruhe 1911; H. A. Wulf, „Maschinenstürmer sind wir keine". Technischer Fortschritt und sozialdemokratische Arbeiterbewegung, Frankfurt 1987. M. Berg, The Machinery Question and the Making of Political Economy, 1815–1845, Cambridge 1980. Weiterhin S.-J. Motz, Fabrikdarstellungen in der deutschen Malerei von 1800 bis 1850, Frankfurt 1980, bes. S. 15ff., 68, 70f., 76f.
3. Vgl. E. P. Thompson, The Making of the English Working Class, New York 1963, S. 192f. dt.: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, 2 Bde., Frankfurt 1987; R. Samuel, Workshop of the World: Steampower and Hand Technology in Mid-Victorian Britain, in: History Workshop 3, 1977, S. 6–72. Im Prinzip gelten ähnliche Argumente in bezug auf die deutsche Entwicklung. Vgl. z.B. D. Dowe, Der Arbeitskampf in den Tuchfabriken des Kreises Lennep, Bergisches Land (1850), in: K. Tenfelde u. H. Volkmann (Hg.), Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, S. 31–51.
4. Vgl. dazu oben S. 279f.
5. Vgl. M. Mohl, Über die württembergische Gewerbs-Industrie. Erste Abth., Stuttgart 1828, S. 199ff., der im Hinblick auf die Mechanischen Spinnereien die Maschinen als Kriterium der Fabrik sah. Dazu O. Schwarz, Die Betriebsformen der modernen Großindustrie, in: ZGS 25, 1869, S. 535–529, 542ff., der diese Definition (am Beispiel von Ure) zurückwies und unter „Fabrik" „eine geschlossene Anlage zur industriellen Production nach den Grundsätzen des Großbetriebs" verstand. Weiterhin G. A. Grotefend, Das Recht der Fabriken nach der preußischen und deutschen Gewerbegesetzgebung für den praktischen Gebrauch der Polizeibehörden, Baubeamten und Fabrikanten, Düsseldorf 1872, S. 6f.: Die „Produktion im Großen", die „Zuhülfenahme von Maschinen" und die Arbeitsteilung charakterisieren für ihn den „fabrikmäßigen Gewerbebetrieb", doch dann rückte er soziale Kategorien in den Vordergrund: „Das den Fabrikbetrieb bedingende Erfordernis größerer Mittel und Arbeitskräfte spiegelt sich in dem Verhältnis von Kapital und Arbeit. Je großartiger der Betrieb, desto schärfer prägen sich diese beiden Mittel des Fabrikbetriebes wie in ihrer Wechselwirkung so auch in ihrer Gegensätzlichkeit aus." – G. v. Viebahn, Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschlands, Bd. 3, Berlin 1868, S. 518: „Als Großgewerbe – hinsichts des Personals – kann dasjenige bezeichnet werden, worin unter einem wirklichen, von der manuellen Mitarbeit freien Dirigenten, welches der Fabrikant selbst oder dessen Stellvertreter sein kann, ein unter seiner Leitung und Aufsicht beschäftigter Arbeiterstamm sich befindet; bei weiterem Anwachsen stehen dem Dirigenten Techniker, Komtoiristen, Kassenführer, Reisende und Aufseher zur Seite, während das übrige Personal nach seinen verschiedenen Arbeitszweigen organisirt ist und innerhalb derselben sich weiter abstuft. Kleingewerbe ist dagegen ein solches, wobei der Geschäftsinhaber selbst mitarbeitet und wo die Gehülfen (bei den Handwerkern Gesellen und Lehrlinge genannt) unter seiner Leitung in der Aussicht arbeiten, dereinst selbst zu derselben Stufe zu gelangen – eine Aussicht, welcher beim Fabrikarbeiter das zum Selbstbetriebe erforderliche Kapital, die Vorbildung, auch wohl die Verschiedenheit der socialen Stellung entgegensteht." – Überzeugend gegen die Überschätzung des Unter-

schieds zwischen Manufaktur und Fabrik: K. Bücher, Art. „Gewerbe", in: HwbStW 4, Jena 1909³, S. 847–880, 870–873; ähnlich G. Jahn, Die Entstehung der Fabrik, in: Schmollers Jb. 69, 1949, S. 89–116, 193–228. Siehe auch D. Hilger, Art. „Fabrik, Fabrikant", in: GGr, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 229–252; sowie oben S. 224ff. u. 299ff.

6. Vgl. oben S. 307ff. u. 261; sowie v. Viebahn, Statistik (Anm. 5), S. 754ff., 1027.
7. Zur Definition oben S. 71 u. die Beiträge von Bücher und Jahn in Anm. 5. Weiterhin K. H. Kaufhold, Das Gewerbe in Preußen um 1800, Göttingen 1978, S. 231f. – Vgl. W. Sombart, Der moderne Kapitalismus 2/II, München 1924⁶, S. 704, der Werke auf chemisch-technischer Grundlage den Fabriken zurechnet.

7a. Vgl. oben S. 78–80.

8. Am besten E. Jaffé, Hausindustrie und Fabrikbetrieb in der deutschen Cigarrenfabrikation, in: Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich 3: Mittel- und Westdeutschland, Österreich (= SchrVfS 86), Leipzig 1899, S. 279–341, 287f., 293; W. H. Schröder, Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung, Industriearbeit und Organisationsverhalten im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Frankfurt 1978, S. 120–141, 237–253, bes. 125 u. 238 (hier auch die Schätzung für 1836). D. Burgdorf, Blauer Dunst und rote Fahnen. Ökonomische, soziale, politische und ideologische Entwicklung der Bremer Zigarrenarbeiterschaft im 19. Jahrhundert, o. O. 1984, S. 27f.; I. Gensewich, Die Tabakarbeiterin in Baden 1870–1914, Mannheim 1986, S. 30–61, 55. Den Stand von 1861 dokumentiert v. Viebahn, Statistik (Anm. 5), S. 767–773.
9. Gut beschrieben bei Schröder, Arbeitergeschichte (Anm. 8), S. 129–134; Gensewich, Tabakarbeiterin (Anm. 8), S. 64–73. Zuletzt, auch zu den Löhnen der verschiedenen Arbeiterkategorien: G. Schildt, Tagelöhner, Gesellen, Arbeiter. Sozialgeschichte der vorindustriellen und industriellen Arbeiter in Braunschweig 1830–1880, Stuttgart 1986, S. 348–352.
10. Burgdorf, Blauer Dunst (Anm. 8), S. 68.
11. Zahlen nach Jaffé, Hausindustrie (Anm. 8), S. 290; Schröder, Arbeitergeschichte (Anm. 8), S. 123; ebd., S. 125 zu den riesigen regionalen Unterschieden in der durchschnittlichen Betriebsgröße. Belegschaften für Firmen im dritten Jahrhundertviertel nennt für Lippe W. Reininghaus, Die Lippische Tabakindustrie vom 17. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, in: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde 51, 1982, S. 63–126, 77, 79, 95ff.; 97 zur Raumnot und den vielen kleinen Zimmern als Produktionsräumen.
12. Dazu im einzelnen für Bremen und das dort von 1842 bis 1862 in Kraft befindliche Zigarrenfabrikgesetz, das seit 1850 explizit auf größere „Fabriken" beschränkt war, das Konzessionssystem festschrieb, Arbeitsbücher vorsah und eine Inspektionsbehörde errichtete, die Strafen verhängte und aussagekräftige Protokolle über alle Mißstände hinterließ: Burgdorf, Blauer Dunst (Anm. 8), S. 93–100. Für Preußen G. K. Anton, Geschichte der preußischen Fabrikgesetzgebung bis zu ihrer Aufnahme durch die Reichsgewerbeordnung, Berlin (Ost) (ND) 1953 (1. Aufl. 1891). Daß diese Gesetze in bezug auf Kinderarbeit durchaus Wirkung zeigten, belegt e contrario der Lipper Fall, wo eine solche Gesetzgebung zunächst fehlte, erst 1858 in abgeschwächter Form kam und die Kinderarbeit entsprechend auch außerhalb des Heimgewerbes bis in die 80er Jahre verbreitet blieb. Vgl. Reininghaus, Lippische Tabakindustrie (Anm. 11), S. 99ff.
13. So nach Jaffé, Hausindustrie (Anm. 8), S. 288 (allerdings für die Tabakindustrie insgesamt). Offenbar unter Beschränkung auf die reine Zigarrenherstellung leicht abweichend Gensewich, Tabakarbeiterin (Anm. 8), S. 454f. Zu Bremen Burgdorf, Blauer Dunst (Anm. 8), S. 68.
14. In Bremen verdienten 1852/53 Zigarrenmacher (Roller) vier bis fünf Taler die Woche, Wickelmacher(-innen) ein bis zwei Taler und Sortierer drei bis vier Taler die Woche. Maurergesellen verdienten zwei bis drei Taler die Woche ohne Verpflegung; ein Polizei-Diener brachte es auf 300 Taler das Jahr, und bei 200 Talern wird das Minimum-Ausgaben-Budget einer vierköpfigen Arbeiterfamilie angesetzt. Nach Burgdorf, Blauer Dunst (Anm. 8), S. 79, 160–162. Deutlich niedriger, aber prinzipiell ähnlich gestuft die Löhne in Hamburg und Göttingen: N. Sahrhage, Zigarrenarbeiter und Zigarrenarbeiterbewegung vom Vormärz bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Bremen und Baden, Staatsexamensarbeit Bielefeld 1979, S. 75f.; W. Frisch, Die Organisationsbestrebungen der Arbeiter in der deutschen Tabakindustrie, Leipzig 1905, S. 131.; K. Aßmann u. G. Stavenhagen, Handwerkereinkommen am Vorabend der industriellen Revolution. Materialien aus dem Raum Braunschweig-Wolfenbüttel, Göttingen 1969, S. 36. Die hohen Bremer Löhne reflektierten eine unge-

wöhnlich starke Arbeitsmarktlage der dortigen Zigarrenmacher selbst in den 40er Jahren, die mit den dortigen Freizügigkeitsbeschränkungen zu tun gehabt haben dürfte.

15. Vgl. dazu aus den Inspektionsprotokollen im einzelnen für Bremen Burgdorf, Blauer Dunst (Anm. 8), S. 86–92; Gensewich, Tabakarbeiterin (Anm. 8), S. 73–77, 457f., allerdings meist zur späteren Zeit. 1875 waren nur 23,5% der über 18 Jahre alten Frauen in der Badener Zigarrenherstellung verheiratet.
16. Vgl. F. Dahms, Geschichte der Tabakarbeiterbewegung, Hamburg [1965], S. 46; F. Klüss, Die älteste deutsche Gewerkschaft: Die Organisation der Tabak- und Zigarrenarbeiter bis zum Erlasse des Sozialistengesetzes, Karlsruhe 1905, S. 39f.; Burgdorf, Blauer Dunst, (Anm. 8), S. 91f.
17. Zum bisweilen fließenden Übergang zwischen beidem vgl. Reininghaus, Lippische Tabakindustrie (Anm. 11), S. 95ff., 98.
18. Vgl. Sahrhage, Tabakarbeiter (Anm. 14), S. 77–81; zu Bremen auch C. Achtermann, Der Entwicklungsgang der Bremischen Zigarrenindustrie und die soziale Lage der Bremischen Zigarrenarbeiter, Göttingen 1921, S. 16. Fabrikanten sahen sich montags oftmals vor leeren Fabrikräumen; Burgdorf, Blauer Dunst (Anm. 8), S. 55f. (zu den Positionen, auf die Zigarrenarbeiter wechselten), 77f., 86f., 98–100 (zu den wenig stetigen Arbeitsverhältnissen der 40er und 50er Jahre); ebd., S. 101ff.; Dahms, Geschichte (Anm. 16), S. 16; Sowie F. Tennstedt, Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, Göttingen 1981, S. 59 (zum Vorwurf des unsittlichen Lebens). Die Schilderung der Lebensweise, des Ansehens und der Qualifikationen auch nach Zwischenergebnissen von G. Kister-Schuler (jetzt Tübingen), die über Zigarrenarbeiter in Ost-Westfalen forscht.
19. Frisch, Organisationsbestrebungen (Anm. 14), S. 24.
20. Vgl. die Übersicht bei Schröder, Arbeitergeschichte (Anm. 8), S. 241–253, die bereits zitierten Schriften von Frisch, Dahms und Burgdorf sowie: H. Bürger, Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865 bis 1899. Nebst einer grafischen Darstellung der Streiks und Aussperrungen in den Jahren 1885 bis 1890, Hamburg 1899, S. 11ff.; C. Hirsch, Die Organisation der Deutschen Arbeiterpartei, Berlin 1869, S. 20: „[...] viele Cigarrenarbeiter sagen mir, daß wohl über ⅓ ihres Vereins, also gegen 2.000 Cigarrenarbeiter, korrekte Sozialdemokraten sind." – H. Demme, Zur Lage der Zigarrenarbeiter des Kreises Worbis in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: H. Godehardt u. a. (Hg.), Beiträge zur Lage und zum Kampf der Arbeiter des Eichsfeldes, Worbis 1967, S. 77–124; H. Hoffmann u. K. H. Kabisch, Der deutsche Tabakarbeiterverband und sein Wirken auf dem Eichsfeld in: Eichsfelder Heimathefte, Ht. 12, 1972, S. 119–129.
21. Schröder, Arbeitergeschichte (Anm. 8), S. 238.
22. H. Zwahr, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, Berlin (Ost) 1978, S. 126f.; J. Kocka, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875, Berlin (West) 1983, S. 140; Burgdorf, Blauer Dunst (Anm. 8), S. 100f., 145f.
23. Anders die Tabakspinner. Vgl. Dahms, Geschichte (Anm. 16), S. 9ff.
24. v. Viebahn (Anm. 5) stuft die „Tabacks- und Zuckerfabriken" weder bei den „Handwerkern" noch bei der „Kunstindustrie", sondern in sein Kapitel „Fabriken, Manufakturen..." ein. Vgl. auch zutreffend Ch. Eisenberg, Deutsche und englische Gewerkschaften. Entstehung und Entwicklung bis 1878 im Vergleich, Göttingen 1986, S. 134. – Zu den handwerksorientierten Forderungen der Zigarrenarbeiter 1848/49 u. a. Frisch, Organisationsbestrebungen (Anm. 14), S. 7–30; auf einer anderen Ebene Burgdorf, Blauer Dunst (Anm. 8), S. 132f.; T. Offermann, Materialien zur Geschichte der Assoziation der Zigarrenarbeiter Deutschlands 1841–1848 in: IWK 22, 1986, S. 84–97.
25. Vgl. J. Bruhns, „Es klingt im Sturm ein altes Lied!". Aus der Jugendzeit der Sozialdemokratie, Stuttgart 1921, S. 13f.
26. Vgl. F. Klüss, Gewerkschaft (Anm. 16), S. 2–4; Schröder, Arbeitergeschichte (Anm. 8), S. 241; Reininghaus, Lippische Tabakindustrie (Anm. 11), S. 111.
27. Zwahr, Konstituierung (Anm. 22), S. 92–98, 146; Burgdorf, Blauer Dunst (Anm. 8), S. 134–159.
28. Ich folge hier N. Sahrhage (Anm. 14): Vergleich der Entwicklungen (bis 1878) in Bremen und Baden.
29. So Schröder, Arbeitergeschichte (Anm. 8), S. 242, 239 (schätzt Organisationsgrad auf 4% für 1849). Sahrhage, Zigarrenarbeiter (Anm. 14), S. 182f. schätzt für 1876 7%.

30. Organisationsgrad-Angaben nach W. Krahl, Der Verband der Deutschen Buchdrucker. Geschichte der ältesten deutschen Gewerkschaft, Bd. 2, Berlin 1933, T. 3, S. 72 sowie Beilage neben S. 176; J. Ehmer, Rote Fahnen – Blauer Montag. Soziale Bedingungen von Aktions- und Organisationsformen der frühen Wiener Arbeiterbewegung, in: D. Puls (Hg.), Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert, Frankfurt 1979, S. 143–174, 167. Als Vorbild für die Hafenarbeiter 1899: M. Grüttner, Arbeitswelt an der Wasserkante. Sozialgeschichte der Hamburger Hafenarbeiter 1886–1914, Göttingen 1984, S. 100. Zur Organisationsgeschichte dem. genauer Kocka, Zwischen Volksbewegung und Klassenbewegung. Arbeiterorganisationen vom Vormärz bis 1875 (in Vorb.); ausführlich neben dem genannten Buch von Krahl: ders., Der Verband der Deutschen Buchdrucker. Fünfzig Jahre gewerkschaftliche Arbeit mit einer Vorgeschichte, Bd. 1, Berlin 1916; sehr gut: G. Beier, Schwarze Kunst und Klassenkampf. Geschichte der Industriegewerkschaft Druck und Papier und ihrer Vorläufer seit dem Beginn der modernen Arbeiterbewegung, Bd. 1: Vom Geheimbund zum königlich-preußischen Gewerkverein 1840–1890, Frankfurt 1966; U. Engelhardt, Gewerkschaftliches Organisationsverhalten in der ersten Industrialisierungsphase, in: W. Conze u. U. Engelhardt (Hg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten, Stuttgart 1979, S. 372–402, 382–387.
31. Nach v. Viebahn, Statistik (Anm. 5), S. 1113; Krahl, Verband (Anm. 30), Bd. 2, T. 3, S. 72, 168. Von 10.000 bis 15.000 im Buchdruckergewerbe Beschäftigten um 1850 spricht Beier, Schwarze Kunst (Anm. 30), S. 70; die Zahl sei bis 1870 auf 70.000 gewachsen.
32. Vgl. dazu auch den relativ geringen Anteil der täglich vom Umland nach Leipzig pendelnden Personen unter den Buchdruckern, Schriftsetzern und Schriftgießern im 19. Jahrhundert bei Zwahr, Konstituierung (Anm. 22), S. 199f. Obige Zahlen nach v. Viebahn, Statistik (Anm. 5), S. 1113f.; Krahl, Verband, Bd. 1 (Anm. 30), S. 171f. (Tabelle über Druckorte 1844), 105f., 165.
33. Vgl. W. Reuter, Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Buchdruckergewerbes im Rheinland bis 1800 (Köln-Bonn-Düsseldorf) in: Archiv f. Geschichte des Buchwesens 1, 1958, S. 642–736; G. Beier, Zünftige Ordnung der Buchdruckerei, in: ders. (Hg.), Geschichte und Gewerkschaft, Köln 1981, S. 87–118; Quellen in: Ch. F. Gessner u. J. G. Hager, Die so nöthig als nützliche Buchdruckerkunst und Schriftgießerey, 2. Theil, dem eine kurtz gefaßte Nachricht von einigen Buchdruckern so wohl inn- als außerhalb Teutschland vorgesetzt und mit Kupfern ausgeziret, Leipzig 1740.
34. Zur Arbeitsvermittlung, zum Wandern und zum Viaticum Krahl, Verband, Bd. 1 (Anm. 30), S. 109ff.; Beier, Schwarze Kunst (Anm. 30), S. 101ff. – Vgl. auch C. Kahapka, Memoiren eines österreichischen Handwerksburschen (1876–1880), Selbsterlebt und Selbsterzählt von einem Schriftsetzer, Edenkoben (Rheinpfalz) 1885, S. 462: In den späten 70er Jahren habe er das Viaticum nur noch bei Buchdruckern und Hutmachern gefunden.
35. Vgl. z. B. v. Viebahn, Statistik (Anm. 5), S. 1039ff., 1098ff.
36. Ich verdanke wichtige Informationen der Zwischenprüfungsarbeit von H. Franz, Die Bedeutung der Zunfttradition für die frühe Gewerkschaftsbewegung der Buchdrucker, Bielefeld 1986 (Ms). Im übrigen Krahl, Verband, Bd. 1 (Anm. 30), S. 61–98, der jedoch in seiner Interpretation die Ähnlichkeit des Postulats mit den Zunftordnungen überbetont. Ähnlich F. Zahn, Die Organisation der Prinzipale und Gehülfen im deutschen Buchdruckergewerbe, in: L. Brentano (Hg.), Arbeitseinstellungen und Fortbildung des Arbeitsvertrags, Leipzig 1890, S. 329–470, 331–338. Dagegen M. Schröter, Die gewerkschaftliche Tätigkeit der Buchdruckergehilfen Württembergs im neunzehnten Jahrhundert. Festgabe zum vierzigjährigen Jubiläum des Gauvereins Württemberg, Verband der Deutschen Buchdrucker, Stuttgart 1907, S. 15: Es habe keine zünftige Tradition im Buchdruckergewerbe gegeben. Beier, Ordnung (Anm. 33), S. 109, scheint mir den Formalisierungsgrad des Postulats zu unterschätzen. Weiter F. Martin, Zur Geschichte der Lohnkämpfe der Buchdrucker von 1848 bis auf den heutigen Tag, Basel 1890, S. 21f.; J. Steim, Die Geschichte des ersten fachlichen Wirtschaftsverbandes in Deutschland, Wiesbaden 1969, S. 22; W. G. Oschilewski, Der Buchdrucker. Brauch und Gewohnheit in Alter und Neuer Zeit, Berlin-Grunewald (neue verb. u. erw. Aufl.) 1955; G. Maier, Vom Postulat zum Verband der deutschen Buchdrucker. Mitgliedschaft Augsburg. In organisatorischer und wirtschaftlicher Bedeutung dargestellt, Augsburg 1927; F. Neuland, Die Frankfurter Buchdruckerordnungen, Frankfurt 1972. – Manchmal wird das Postulat als Gehilfenorganisation verkannt und mit den Gesel-

lenbruderschaften analog gesetzt. Das ist nicht zu halten. Vgl. etwa L. Rexhäuser, Zur Geschichte des Verbandes der deutschen Buchdrucker. Seine Einrichtungen, sein Wirken und seine Bedeutung. Eine Gedenkschrift zur 500jährigen Jubelfeier der Buchdruckerkunst, Berlin 1906, S. 7. Zutreffend Eisenberg, Gewerkschaften (Anm. 24), S. 135f.

37. Am besten jetzt Reuter, Wirtschafts- und Sozialgeschichte (Anm. 33), z. B. S. 669, 671; Krahl, Verband, Bd. 1 (Anm. 30), S. 82f. (zu Kapitalbedürfnissen 1775), 129 (Druckergehilfe bezahlt eigenen Lehrling selbst), 148f. (frühe Frauen- und Kinderarbeit, wenngleich eher als Ausnahme); zum „frühindustriellen" Charakter der Buchdruckerkunst auch Beier, Schwarze Kunst (Anm. 30), S. 58ff. (hier auch „Bücherfabrik"); K. Faulmann, Illustrierte Geschichte der Buchdruckerkunst, Wien 1882. – *Ganz anders die Verhältnisse bei den Buchbindern:* E. Kloth, Geschichte des Deutschen Buchbinderverbandes und seiner Vorläufer, 2 Bde., Berlin 1910/1913.
38. All dies mit Bezug auf das späte 18. und die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts nach Beier, Schwarze Kunst (Anm. 30), S. 120–130, 136–145, 155f. (Zitate 141, 145, 155); Zwahr, Konstituierung (Anm. 22), S. 132, 140, 147; S. Born, Erinnerungen eines Achtundvierzigers hg. v. H. J. Schütz, Berlin (West) 1978, S. 65; Schröter, Tätigkeit (Anm. 36), S. 15ff.; W. Wagner, Die Gutenbergfeiern in Leipzig 1640-1740-1840, in: Leipziger Jb. 1940, S. 93–98. Kahapka, Memoiren (Anm. 34), S. 198: Ein in Not geratener, wandernder Schriftsetzer, der sich in den späten 1870er Jahren zwischendurch als Landarbeiter verdingen mußte, beklagte seine „Lage, die mir als Schriftsetzer und gebildeten Menschen natürlich nicht zusagen konnte". Er werde etwa auch nicht mit „Herr" angesprochen, was einem Schriftsetzer zukomme. Vgl. Maier, Postulat (Anm. 36), Augsburg 1927, S. 50: Selbstbezeichnung als „Kunstgenossen" 1848, zugleich aber als „Arbeiter". – Adolf May, 75 Jahre Organisation der Düsseldorfer Buchdrucker 1849–1924. Mit einer Darstellung aus der Geschichte des Düsseldorfer Buchdrucks, Düsseldorf (1925): zwischen den S. 24 u. 25 ein Photo der „Buchdrucker der Voß'schen Offizin aus dem Jahre 1854". Es zeigt bürgerlich gekleidete, gepflegt aussehende junge Herren, die man sich ebenso als Redakteure oder Handlungsgehilfen vorstellen könnte.
39. Dazu demn. Kocka, Zwischen Volksbewegung und Klassenbewegung (Anm. 30).Im übrigen vor allem: Krahl, Verband, Bd. 1 (Anm. 30), S. 159–165, 177–185 (bes. zu Sachsen); Schröter, Tätigkeit (Anm. 36), S. 16 zum fortdauernden Einfluß der Gehilfen auf die Lossprache der Lehrlinge in Württemberg, trotz fehlender Rechtsgrundlage; Beier, Schwarze Kunst (Anm. 30), S. 106f. zur Situation der Lehrlinge nach Aufhebung des Postulats; S. 173–203 zur Zerstörung und zum partiellen Fortleben der vom Postulat geprägten Verhältnisse sowie zu neuen Organisationsversuchen auf dieser Grundlage bis 1848; S. 203ff. zur Revolution. Vgl. auch Zahn, Organisation (Anm. 36), S. 338ff. zur „Herrschaft der Innung" auf Kosten der Gehilfen seit 1810; S. 244f. zum Fortleben des Viaticums. Weiter auch W. Maier, 60 Jahre Bezirksverein Karlsruhe nebst der Entwicklung der Buchdruckerkunst und der ältesten Buchdruckereien in Karlsruhe, Karlsruhe 1928; May, 75 Jahre Organisation (Anm. 38), S. 23–52; Hundert Jahre Kampf der Gewerkschaften der graphischen Arbeiter. Beiträge zur Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen in der graphischen Industrie seit der Gründung des Deutschen Buchdrucker-Verbandes im Jahre 1866 bis zur Gegenwart, Berlin (Ost) 1966, S. 7–65.
40. Th. Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983, S. 587.
41. Überblick ebd., S. 587–594, bes. 588 (Zitat), 592, 593; H.-U. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2, München 1987, S. 524–532, bes. 524, 528f. – Im übrigen I. Rarisch, Industrialisierung und Literatur. Buchproduktion, Verlagswesen und Buchhandel in Deutschland im 19. Jahrhundert, Berlin (West) 1976; R. Engelsing, Analphabetentum und Lektüre. Zur Sozialgeschichte des Lesens in Deutschland zwischen feudaler und industrieller Gesellschaft, Stuttgart 1973; R. Schenda, Volk ohne Buch. Studien zur Sozialgeschichte der populären Lesestoffe 1770–1910, München 1977; K. Koszyk, Deutsche Presse im 19. Jahrhundert, Berlin 1966; R. A. Fullerton, The Development of the German Bookmarket 1815–88. Ph. D. Thesis Univ. of Wisconsin, Madison 1975.
42. Zahlen nach Schröter, Tätigkeiten (Anm. 36), S. 11; Krahl, Verband, Bd. 1, (Anm. 30), S. 165; Zwahr, Konstituierung (Anm. 22), S. 85–87.
43. v. Viebahn, Statistik (Anm. 5), S. 1104, 1107; Beier, Schwarze Kunst (Anm. 30), S. 60–70 (dort auch über die Maschinisierung der Buchbinderei und Lithographie in den 60er und 70er Jahren);

Zwahr, Konstituierung (Anm. 22), S. 80–82 zu Leipzig; Schröter, Tätigkeiten (Anm. 36), S. 6–11 (zur technischen Entwicklung); A. Klemm, Die Buchdruckschnellpresse, Würzburg 1927.

44. „Was war unsere Kunst, was ist aus unserer Kunst geworden, was wird aus unserer Kunst noch werden?" Dies war die Konstellation, aus der Maschinenfeindschaft und Ansätze zum Maschinensturm hervorgingen, so vor allem in den 1830er und 40er Jahren. Aus diesen Erfahrungen ergaben sich 1848/49 die – vergeblichen – Forderungen nach Begrenzung der Maschinenarbeit, nach besonderen Maschinen-Abgaben, nach Begrenzung der „Lehrlings"-Zahl. „Auch unser Beruf, einer der schönsten und der Vorzüge so manche bietend, ist in den letzten Jahren *bis zur Fabrikarbeit herabgedrückt* worden. Wir sahen den Wohlstand unserer Principale von Jahr zu Jahr sich mehren [...]". Zitate über „unsere Kunst" nach einem Wortführer der Leipziger Gehilfenschaft 1846 und über „Fabrikarbeit" aus einer Petition der Deutschen Buchdruckerversammlung von 1848 nach Zwahr, Konstituierung (Anm. 22), S. 89 sowie Krahl, Verband, Bd. 1 (Anm. 30), S. 219. Weiterhin Zwahr 82, 85, 87; Beier, Schwarze Kunst (Anm. 30), S. 64f. u. Tafel 15 nach S. 136: ein Maschinensaal in Leipzig 1862.

45. Krahl, Verband, Bd. 1, (Anm. 30), S. 168. – Zu den Löhnungsmethoden ebd., S. 119, 130; bis 1830 herrschte die Lohnberechnung nach Bogen vor, danach die Berechnung der Sätze für 1000 „n" (erneut modifiziert in den 1870er Jahren); daneben gab es „Kostgeld" (als Ablösung des Kost- und Logisrechts), jedenfalls zu Beginn des Jahrhunderts, und in Auftragsflauten „Wartegeld", S. 338, 343–347 zu den Tarifauseinandersetzungen 1868–1871. Vgl. auch W. May, Die deutschen Buchdrucker in ihren Kämpfen gegen das Kapital, Berlin 1891, S. 12–28; A. Flügler, Geschichte des Verbandes der deutschen Buchdrucker und der Lohnbewegung im Buchdruckergewerbe, Diss. Heidelberg, Mannheim 1908, S. 1–5. – Maier, Vom Postulat (Anm. 36), S. 50ff.: Forderungen der Gehilfen an die Prinzipale 1848, die „Norm der Preise für Setzer" betreffend. „Unbedingtes wöchentliches Rechnen und Auszahlen des ganzen Verdienstes am Samstag Abend soll ohne Ausnahme eingeführt werden [...]". – Beier, Schwarze Kunst (Anm. 30), S. 90–98: 1881 rangierten die nach Produkt und Lohnform differenzierten Setzerlöhne deutlich vor denen der Drucker. Insgesamt verdienten Buchdrucker ein wenig besser als die meisten anderen Kategorien gelernter Arbeiter. – Ebd., S. 98–100 zu Fragen der Arbeitszeit.

46. 1865 hieß es in der Buchdrucker-Zeitung: „Die Einführung der Frauen in unseren Beruf bekämpfen wir von dem allgemein moralischen Standpunkt aus; wir setzen der frechen, geldgierigen Hand, welche das Weib den Fabriken überantworten will, um durch dieses Mittel den Mann zu unterdrücken, unser Veto entgegen, aber nicht etwa nur darum, weil wir Buchdrucker sind und die Frauen uns Concurrenz machen, sondern weil wir überhaupt zum Arbeiterstande gehören". In Berlin richtete dagegen 1867 der Lette-Verein eine Setzerinnen-Schule ein. Nach Krahl, Verband, Bd. 1 (Anm. 30), S. 326, auch 340.

47. Aus der Typographia von 1847, bei Zwahr, Konstituierung (Anm. 22), S. 88f. Zum folgenden ebd., S. 54, 126f., 132, 140, 147.

48. Zu den vielfältigen Separierungstendenzen auf lokaler Ebene zwischen Druckern, Schriftgießern und Setzern vgl. Krahl, Der Verband, Bd. 2 (Anm. 30), Teil 2, S. 3–9, 29–33, 64ff. – Zitat nach Zwahr, Konstituierung (Anm. 22), S. 82.

49. Vgl. den vorangegangenen Abschnitt.

50. K. H. Kaufhold, Handwerk und Industrie 1800–1850, in: HbDWS Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 321–368, 334f.; W. G. Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin (West) 1965, S. 194, 196. Weiterhin oben zur Entwicklung in Preußen bis 1861, Tab. 18 (S. 84).

51. 1857 wurden von den 169.000 im Bergbau des Zollvereins beschäftigten Personen 78.000 der Steinkohle, 18.000 der Braunkohle, 31.000 den Eisenerzen und 14.000 den Bleierzen zugerechnet (ohne Verhüttung). Die Steinkohlenförderung verteilte sich 1857 folgendermaßen:

	Förderung in 1.000 t	Bergwerke	Beschäftigte in 1.000 t
Zollverein	11.279	639	78
davon:			
Preußen	9.710	503	65
Kgr. Sachsen	1.125	75	9
Bayern	187	45	2

nach G. v. Viebahn, Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschlands, Bd. 2, Berlin 1862, S. 407, 362–365. Zum Vergleich: Die Steinkohlenförderung der gesamten Habsburgermonarchie betrug 1855 800.000 und 1867 2.440.000 t (in Böhmen, Mähren, Schlesien und Galizien). H. Matis u. K. Bachinger, Österreichs industrielle Entwicklung, in: A. Brusatti (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 1: Die wirtschaftliche Entwicklung, Wien 1973, S. 105–232, 152f.

52. Vgl. M. Mitterauer, Produktionsweise, Siedlungsstruktur und Sozialformen im österreichischen Montanwesen des Mittelalters und der frühen Neuzeit, in: ders. (Hg.), Österreichisches Montanwesen. Produktion, Verteilung, Sozialformen, München 1974, S. 234–315, 237: in der „Alten Zeche" nahe bei Schwaz in Tirol arbeiteten um 1550 fast 1.900 Bergleute. F. Krumbiegel, Zur Lage und Entwickelung der Stadt Freiberg mit besonderer Bezugnahme auf Bergbau und Industrie, Freiberg 1885. H. Meidinger, Deutschlands Eisen- und Steinkohlenproduction in der Neuzeit, Gotha 1857; W. Weber, Innovationen im frühindustriellen deutschen Bergbau und Hüttenwesen. Friedrich Anton von Heynitz, Göttingen 1976.

53. L. H. W. Jacobi, Das Berg-, Hütten- und Gewerbewesen des Regierungs-Bezirks Arnsberg in statistischer Darstellung, Iserlohn 1857, S. 227: Die Tiefbauzeche Friedrich Wilhelm bei Dortmund, eine der bedeutendsten der Grafschaft Mark, beschäftigte 1855 478 Arbeiter und förderte 432 t Kohle aus zwei Schächten mit je einer Dampffördermaschine. Die benachbarte Zeche Louise beschäftigte 465 Mann und förderte 435 t. Auf eine Belegschaft von 804 Mann brachte es 1848 die Zeche „Ver. Präsident" Bochum. Nach G. Gebhardt, Ruhrbergbau. Geschichte, Aufbau und Verflechtung seiner Gesellschaften und Organisationen, Essen 1957, S. 504.

54. Nach Jacobi, Berg-, Hütten- und Gewerbewesen (Anm. 53), S. 226–238. Insgesamt: 48 Zechen, einschließlich 9 ohne Belegschaftsangabe. – Durchschnittsangaben nach K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, Bonn 1977, S. 602f.

55. Zum Saargebiet: E. Müller, Der Steinkohlenbergbau des Preussischen Staates in der Umgebung von Saarbrücken. VI. Teil, Berlin 1904; K.-M. Mallmann, Die Anfänge der Bergarbeiterbewegung an der Saar (1848–1904), Saarbrücken 1981; H. Steffens, Autorität und Revolte. Alltagsleben und Streikverhalten der Bergarbeiter an der Saar im 19. Jahrhundert, Weingarten 1987; K.-M. Mallmann u. H. Steffens, Lohn der Mühen. Geschichte der Bergarbeiter an der Saar, München 1989; E. Wächter, Zur Geschichte der Lage und des Kampfes der Bergleute im Staatsbergbau an der Saar von 1789 bis 1848, in: JbWG 1961/II, S. 231–294. – Für Oberschlesien: K. Franzke, Die oberschlesischen Industriearbeiter von 1740–1886, Breslau 1936; K. Fuchs, Vom Dirigismus zum Liberalismus. Die Entwicklung Oberschlesiens als preußisches Berg- und Hüttenrevier. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 18. und 19. Jahrhundert, Wiesbaden 1970; L. Schofer, The Formation of a Modern Labor Force. Upper Silesia, 1865–1914, Berkeley 1975. – Zum Ruhrgebiet am besten: Tenfelde, Sozialgeschichte (Anm. 54).

56. Vgl. N. Englisch, Braunkohlenbergbau und Arbeiterbewegung. Ein Beitrag zur Bergarbeitervolkskunde im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier bis zum Ende der österreichisch-ungarischen Monarchie, Wien 1982, S. 66ff.. Zum Siegener Bergrevier: Jacobi, Berg-, Hütten- und Gewerbewesen (Anm. 53), S. 12–17, 170; H. Kruse, Das Siegerland unter preußischer Herrschaft 1815–1915, Siegen 1915, S. 69ff. – H. Kiesewetter, Industrialisierung und Landwirtschaft. Sachsens Stellung im regionalen Industrialisierungsprozeß Deutschlands im 19. Jahrhundert, Köln 1988, S. 398.

57. Steffens, Autorität (Anm. 55), S. 112, 180f.; H. Horch, Der Wandel der Gesellschafts- und Herrschaftsstrukturen in der Saarregion während der Industrialisierung (1740–1914), St. Ingbert 1985, S. 273ff.: Von den Bergarbeiter*familien* besaßen 1875 sogar 71 % ein eigenes Haus. K. Fehn, Das Saarländische Arbeiterbauerntum im 19. und 20. Jahrhundert, in: H. Kellenbenz (Hg.), Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jahrhundert, Stuttgart 1975, S. 195–217. Grundlegend: H. Junghann, Das Schlafhaus- und Einliegerwesen im

Bezirk der Kgl. Bergwerksdirektion Saarbrücken, Berlin 1912. – Schofer, Formation (Anm. 55), S. 39f. Zum dörflichen Wohnen im Mansfelder Kupferbergbaugebiet vgl. K. Lärmer, Vom Arbeitszwang zur Zwangsarbeit. Die Arbeitsordnungen im Mansfelder Kupferschieferbergbau von 1673 bis 1945, Berlin (Ost) 1961, S. 24, 124.

58. Vgl. Tenfelde, Sozialgeschichte (Anm. 54), S. 114–122; W. Brepohl, Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung. Beiträge zur deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Recklinghausen 1948; W. Köllmann, Industrielle Unterschichten im Bergischen Land und im Ruhrgebiet in der Früh- und Hochindustrialisierung, in: H. Mommsen u. W. Schulze (Hg.), Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung, Stuttgart 1981, S. 319–333, 327–329; Köllmann, Die Geschichte der Bergarbeiterschaft, in: W. Först (Hg.), Ruhrgebiet und neues Land, Köln 1968, S. 49–114, 54.

59. Einführend O. Hue, Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit, Bd. 2, Stuttgart 1913, S. 9–22; H. Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiter-Organisationen im deutschen Bergbau. Eine geschichtliche Darstellung (1908), ND Berlin 1980, S. 17–20, 39–42; Müller, Steinkohlenbergbau (Anm. 55), S. 5–39; Tenfelde, Sozialgeschichte (Anm. 54), S. 63–86; W. Weizsäcker u. K. Zimmer, System des tschechoslowakischen Bergrechts unter Berücksichtigung des österreichischen, Prag 1933; W. Zorn, Bayerns Gewerbe, Handel und Verkehr (1806–1970), in: M. Spindler (Hg.), Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert 1800–1970, München 1975, Teilbd. 2, S. 782–845, 789; F. G. Wieck, Industrielle Zustände Sachsens. Das Gesammtgebiet des sächsischen Manufaktur- und Fabrikwesens, Handels und Verkehrs. Historisch, statistisch und kritisch beleuchtet, Chemnitz 1840, S. 405; R. Wolf, Arbeit und Arbeitsgesellung der Zwickauer Steinkohlenbergarbeiter in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Wissenschaftliche Zs. d. Humboldt-Universität zu Berlin, Gesellschafts- und Sprachwiss. Reihe 20, Berlin (Ost) 1971, S. 83–98, 87f. zum nicht-staatlichen, privatkapitalistischen Charakter des sächsischen Kohlebergbaus, der aber dennoch der staatlichen Berginspektion unterstand. Zum internationalen Vergleich vgl. W. Berg, Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland und Großbritannien im Übergang zum „organisierten Kapitalismus". Unternehmer, Angestellte, Arbeiter und Staat im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebietes und von Südwales 1850–1914, Berlin (West) 1984; K. Tenfelde, Comparative Research in the History of Mining Workers: Some Problems and Perspectives, in: G. Schmidt (Hg.), Bergbau in Großbritannien und im Ruhrgebiet. Studien zur vergleichenden Geschichte des Bergbaus 1850–1930, Bochum 1985, S. 18–35.

60. So für die Saarbergleute das Reglement von 1819 bei Müller, Steinkohlenbergbau (Anm. 55), S. 9; anders in Sachsen: Wolf, Arbeit (Anm. 59), S. 85, 86.

61. Zu den Strafen besonders intensiv am Beispiel des Mansfelder Kupfererzbergbaus: Lärmer, Arbeitszwang (Anm. 57), S. 78–112; zu den Bestimmungen des preußischen Berg-Reglements an der Saar: Müller, Steinkohlenbergbau (Anm. 55), S. 5–39; zur Ruhr: Tenfelde, Sozialgeschichte (Anm. 54), S. 87–106; zu Oberschlesien: Franzke, Industriearbeiter (Anm. 55), S. 50ff.

62. Vgl. zu Oberschlesien: Schofer, Formation (Anm. 55), S. 85.

63. Dies nach Englisch, Braunkohlenbergbau (Anm. 56), S. 20. – Zur Knappschaft: Müller, Steinkohlenbergbau (Anm. 55), S. 25ff.; Imbusch, Arbeitsverhältnis (Anm. 59), S. 139–152; H.J. Teuteberg, Geschichte der industriellen Mitbestimmung in Deutschland. Ursprung und Entwicklung ihrer Vorläufer im Denken und in der Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts, Tübingen 1961, S. 131–153; W. Bülow, Das Knappschaftswesen im Ruhrkohlebezirk bis zum allgemeinen preußischen Berggesetz vom 24. 6. 1865, [Diss. Tübingen] Borna-Leipzig 1905.

64. Zur Klasseneinteilung in Knappschaft und Bergwerk Hue, Bergarbeiter, Bd. 2 (Anm. 59), S. 29–33; Müller, Steinkohlenbergbau (Anm. 55), S. 6–11: Hauer – Lehrhauer – Schlepper und Zieher (erneut in sich abgestuft); Mallmann, Anfänge (Anm. 55), S. 28f.; Steffens, Autorität (Anm. 55), S. 116–118 (Zahlen; Entlassung fast aller unständigen Arbeiter 1846/47). Der Unterschied zwischen ständigen und unständigen Bergarbeitern verblaßte in den 1850/60er Jahren, aber erst 1890 wurde er völlig aufgehoben.

65. Vgl. zur Herkunft von ca. 750 zwischen 1842 und 1851 neu angelegten Bergarbeitern des „Erzgebirgischen Steinkohlenbau-Verein" in Zwickau: Wolf, Arbeit (Anm. 59), S. 84: 495 ehemals im Textilgewerbe und als Tagelöhner, 175 vorher im Kohlenbergbau tätig und 128 aus dem niedergehenden sächsischen Erzbergbau; fast alle aus Sachsen.

66. Vgl. K. Tenfelde, Bergarbeiterkultur in Deutschland. Ein Überblick in: GG 4, 1979, S. 12–53;

ders., Das Fest der Bergleute. Studien zur Geselligkeit der Arbeiterschaft während der Industrialisierung am Beispiel des deutschen Bergbaus in: G. A. Ritter (Hg.), Arbeiterkultur, Königstein 1979, S. 209–245; ders., Streik als Fest. Zur frühneuzeitlichen Bergarbeiterkultur, in: La cultura operaia nella società industrializzata (= mezzo secolo 5, 1985), S. 129–151; ders., Sozialgeschichte (Anm. 54), S. 90–97; E. Wächtler, *Fortschritt und Tradition im deutschen Bergbau von 1807 bis 1848*. Studien zur Rolle der Tradition in der Geschichte, Leipzig 1970. G. Heilfurth, Der Bergbau und seine Kultur. Eine Welt zwischen Dunkel und Licht. Zürich 1981. Sehr starke Betonung des künstlichen Charakters und der Vergeblichkeit obrigkeitlicher Versuche, reglementierend so etwas wie Bergarbeiterkultur hervorzubringen, bei: Steffens, Autorität (Anm. 55), S. 222–246; 224 zum Scheitern des Uniformzwangs an der Armut von Saar-Bergleuten in den 1850er Jahren.

67. Genauso im privatkapitalistischen sächsischen Bergbau: Wolf, Arbeit (Anm. 59), S. 86. 88f. (Beschreibung des Geräts, des „Gezähes").
68. Gute Schilderungen der hier nur angedeuteten Einzelheiten bei Müller, Steinkohlenbergbau (Anm. 55), S. 13–21; Lärmer, Arbeitszwang (Anm. 57), S. 112; Tenfelde, Sozialgeschichte (Anm. 54), S. 101–106, 250 (zur numerischen Relation von Steigern und Arbeitern von 1:58 im Durchschnitt der 50er Jahre; 1890 stand sie bei 1:80). Weiterhin Imbusch, Arbeitsverhältnis (Anm. 59), S. 81–97; Schofer, Formation (Anm. 55), S. 144; Steffens, Autorität (Anm. 55), S. 127ff.: große Selbständigkeit der Teams vor Ort an der Saar (1853: 138 Arbeiter entfielen auf 1 Aufsichtbeamten).
69. Vor allem nach K. Tenfelde u. H. Trischler (Hg.), Bis vor die Stufen des Throns. Bittschriften und Beschwerden von Bergleuten im Zeitalter der Industrialisierung, München 1986, S. 67–112: 28 Petitionen und Bittschriften der Jahre 1816–1850 aus dem Saarrevier und dem Ruhrgebiet. Bes. 69f., 76, 82, 86f. (Drohbrief), 98 (die zit. Anreden), 103–106 (Kollektivbeschwerde vom März 1848). Für die Jahre vor Beginn der Bergreform (1851) zählte Tenfelde im Ruhrgebiet nur 2 übrigens erfolglose Streiks: für Lohnerhöhung und gegen Schichtzeitverlängerung. Sozialgeschichte (Anm. 54), S. 629.
70. In Oberschlesien förderten 1800 18 Steinkohlegruben 36.500 t; 1850 waren es 71 Gruben, die 975.000 t förderten. Nach Franzke, Industriearbeiter (Anm. 55), S. 40. 1852 beschäftigte der Ruhrkohlenbergbau 15.212 Personen, die Kohlengruben in Oberschlesien 7.418, also etwa die Hälfte. Bis 1870 stieg diese Ziffer für Oberschlesien auf 23.000, im Vergleich zu knapp 16.000 an der Saar und gut 51.000 an der Ruhr. Vgl. Schofer, Formation (Anm. 55), S. 14.
71. Zur in sich hierarchisch gegliederten, vom Hauer geleiteten, arbeitsteiligen Kameradschaft, in die die Jungen und Neulinge eingeordnet wurden z. B. Wolf, Arbeit (Anm. 59), S. 92f.; K. Tenfelde, Der bergmännische Arbeitsplatz während der Hochindustrialisierung (1890–1914), in: W. Conze u. U. Engelhardt (Hg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozeß, Stuttgart 1979, S. 283–335.
72. Vgl. oben S. 396f.
73. Vgl. F. Schunder, Tradition und Fortschritt. Hundert Jahre Gemeinschaftsarbeit im Ruhrbergbau, Stuttgart 1955, S. 74ff. zu den technischen Veränderungen beim Übergang zum Schachtbau im Ruhrgebiet. Anpassungsprobleme an der Saar: Müller, Steinkohlenbergbau (Anm. 55), S. 11ff.; Steffens, Autorität (Anm. 55), S. 118f. zur Not der „Unständigen" und ihren Klagen 1848.
74. Vgl. Tenfelde, Sozialgeschichte (Anm. 54), S. 128 mit Hinweis auf A. Bebel, Aus meinem Leben, Bd. 1, Berlin 1946, S. 54: Die Fabrikarbeit sei von Handwerksgesellen um 1860 mit Geringschätzung angesehen worden, mit Ausnahme der Arbeit im Bergbau und der schweren Industrie.
75. Vgl. Hue, Bergarbeiter, Bd. 2 (Anm. 59), S. 143ff., auch zu vereinzelten Beispielen von Frauen- und Kinderarbeit unter Tage (z. B. in Schlesien und Österreich); Imbusch, Arbeitsverhältnis (Anm. 59), S. 152f., 213; Ch. Vanja, Bergarbeiterinnen. Zur Geschichte der Frauenarbeit im Bergbau, Hütten- und Salinenwesen. Teil I u. Teil II, in: Der Anschnitt, Zs. f. Kunst u. Kultur im Bergbau 39, 1987, S. 2–15; 40, 1988, S. 128–143 (international vergleichend). G. D. Feldmann u. K. Tenfelde (Hg.), Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau. Industrielle Arbeitsbeziehungen im internationalen Vergleich, München 1989.
76. Für einen späteren Zeitpunkt beschrieben bei F.L. Fischer, Arbeiterschicksale, Berlin 1906, S. 65.
77. Mallmann, Anfänge (Anm. 55), S. 22.
78. Eindrucksvoll über das „Standesbewußtsein" der „vollberechtigten" Bergleute und ihre Absonderung von der sonstigen Arbeiterbevölkerung: O. Hue, Die Bergarbeiter. Historische Darstellung

der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit, Bd. 1, Stuttgart 1910, S. 421.

79. Vgl. Hue, Bergarbeiter, Bd. 2 (Anm. 59), S. 22–33 (mit dem Hinweis auf die Ausnahme aktivistischer Arbeiter aus dem privaten Bergbau Sachsens); Tenfelde, Sozialgeschichte (Anm. 54), S. 132–160; Mallmann, Anfänge (Anm. 55), S. 47ff.
80. Aus Friedrich Harkorts „Bienenkorbbrief" vom Mai 1849 (W. Schulte, Volk und Staat. Westfalen im Vormärz und in der Revolution 1848–49, Münster 1954, S. 319–322); W.H. Riehl, Der Vierte Stand, in: DVS 1850, Hft. 4, S. 182–268, 254; diese und weitere Belege bei Tenfelde, Sozialgeschichte (Anm. 54), S. 126f.
81. Vgl. im einzelnen Imbusch, Arbeitsverhältnis (Anm. 59), S. 17–48 (bes. Preußen); Hue, Bergarbeiter, Bd. 2 (Anm. 59), S. 46–55 zu Sachsen; 56 zu anderen deutschen Staaten; 56–70 zu Preußen; dazu am besten, auch hinsichtlich der seit dem Vormärz stärker werdenden und in der Revolution hervortretenden bürgerlichen Triebkräfte hinter der Reform: Tenfelde, Sozialgeschichte (Anm. 54), S. 164–191. Vorher bereits und weiterhin zur wirtschaftsgeschichtlichen Einordnung: W. Fischer, Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung, Göttingen 1972, S. 138–178. Aus der älteren Literatur: H.D. Krampe, Der Staatseinfluß auf den Ruhrkohlenbergbau in der Zeit von 1800–1865, Köln 1961; G. Adelmann, Die soziale Betriebsverfassung des Ruhrbergbaus von Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen, 2 Bde., Bonn 1962; ders. (Hg.), Quellensammlung zur Geschichte der sozialen Betriebsverfassung. Ruhrindustrie unter besonderer Berücksichtigung des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen, 2 Bde., Bonn 1960 u. 1965. – Zur Saar (auch Zitat) Mallmann, Anfänge (Anm. 55), S. 30; zu Oberschlesien: Franzke, Industriearbeiter (Anm. 55), S. 50ff.; G. Boldt, Die Einwirkungen der industriellen Revolution auf das Bergarbeitsrecht in Deutschland, in: Der Anschnitt 29, 1977, S. 88–101. Zur Entwicklung in Österreich und besonders in Böhmen (Abschaffung des Direktionsprinzip 1854): Englisch, Braunkohlenbergbau (Anm. 56), S. 30ff.
82. Ruhrgebiet: Tenfelde, Sozialgeschichte (Anm. 54), S. 602f.; zur Saar: Müller, Steinkohlenbergbau (Anm. 55), S. 153f.; zu Oberschlesien: Franzke, Industriearbeiter (Anm. 55), S. 40.
83. Tenfelde, Sozialgeschichte (Anm. 54), S. 191–202, 214; Zahlen 248 u. 603. Die beste Wirtschaftsgeschichte des Steinkohlenbergbaus am Beispiel der Ruhrindustrie: C.L. Holtfrerich, Quantitative Wirtschaftsgeschichte des Ruhrkohlenbergbaus im 19. Jahrhundert. Eine Führungssektoranalyse, Dortmund 1973. S. auch Schunder, Tradition (Anm. 73), S. 201–213. Zur Entwicklung des Saarreviers im Überblick am besten Mallmann, Anfänge (Anm. 55), S. 20–42; Oberschlesien: Fuchs, Dirigismus (Anm. 55), S. 201–221, 247ff. – Vgl. Gebhardt, Ruhrbergbau (Anm. 53), S. 504–508: die Gründungsmitglieder des Vereins für die bergbaulichen Interessen 1858; genannt sind die Vertreter von 89 Zechen und deren Belegschaftszahlen von den 2 Mann der Zeche Mühle bei Bredeney bis zu den 804 Beschäftigten der Zeche „Ver. Präsident", Bochum. – In Oberschlesien erreichten die größten Kohlebergwerke wie auch die größten Hüttenwerke um 1880 Belegschaften von 600–700 Mann. Schofer, Formation (Anm. 55), S. 140.
84. Die Zahlen zum Ruhrgebiet nach K. Degen, Die Herkunft der Arbeiter in den Industrien Rheinland-Westfalens bis zur Gründerzeit, [Diss. Bonn] Essen 1916, S. 26; vgl. auch W. Fischer, Herz des Reviers. 125 Jahre Wirtschaftsgeschichte des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen, Mühlheim, Oberhausen, Essen 1965, S. 253. Tenfelde, Sozialgeschichte (Anm. 54), S. 230–238, 244; zum Beginn der Ruhrgebietseinwanderung aus den Ostgebieten ebd. S. 238–240; Adelmann (Hg.), Quellensammlung (Anm. 81), Bd. 2, S. 86, 89. Zur gezielten Anwerbung von Fachkräften auch Steffens, Autorität (Anm. 55), S. 169–171; Franzke, Industriearbeiter (Anm. 55), S. 45f., 49; im Kreise Beuthen lebten 1806 21.000, 1858 aber 134.000 Personen: Zuwanderung vor allem aus den landwirtschaftlichen Kreisen des Regierungsbezirks Oppeln, nach 1870 vor allem aus dem östlichen Ausland (Ruthenien und Galizien), auch um die einsetzende Abwanderung nach Westen auszugleichen. Insgesamt Ch. Kleßmann, Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft, Göttingen 1978.
85. Vgl. Steffens, Autorität (Anm. 55), S. 173–213, bes. 178, 198ff., 203; Franzke, Industriearbeiter (Anm. 55), S. 57, 59; Schofer, Formation (Anm. 55), S. 85; Tenfelde, Sozialgeschichte (Anm. 54), S. 323–331 (Zitate und Zahlen zum Kostgängerwesen: 329f.).

86. Tenfelde, Sozialgeschichte (Anm. 54), S. 327–333 (Zitate 329 zum „Trockenwohnen" 1865 und 332); H. Croon, Städtewandlung und Städtebildung im Ruhrgebiet im 19. Jahrhundert, in: Aus Geschichte und Landeskunde. Forschungen und Darstellungen. Fs. f. Franz Steinbach zum 65. Geburtstag. Bonn 1960, S. 484–501. Jetzt am besten zum Gesamtproblem: H. Reif, Industrialisierung, Städtebildung und Arbeiterschaft in der Ruhrgebietsstadt Oberhausen 1850–1914, Habil.-Schrift Bielefeld 1985 (Druckfassung in Vorb.); hier auch die Belege zu den keineswegs erfolglosen Organisationsbemühungen der Stadtverwaltungen seit den 80er Jahren. Insofern modifizierend gegenüber der zu pessimistischen Sicht bei L. Niethammer, Umständliche Erläuterungen der seelischen Störungen des Communalbaumeisters in Preußens größtem Industriedorf, oder: Die Unfähigkeit zur Stadtentwicklung, Frankfurt 1979. Sehr gut auch: D. F. Crew, Bochum. Sozialgeschichte einer Industriestadt 1860–1914, Frankfurt 1980. Generell J. Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt 1985; W. R. Krabbe, Die deutsche Stadt im 19. Jahrhundert und 20. Jahrhundert, Göttingen 1989.

87. Holtfrerich, Wirtschaftsgeschichte (Anm. 83), S. 54ff. (Löhne und Arbeitseinkommen), 66ff. (Arbeitsproduktivität), 44ff. u. 80ff. (Kapitaleinsatz und Investitionen), 86ff. (Kapitaleinkommen). Tenfelde, Sozialgeschichte (Anm. 54), S. 293–299, bes. 294 (zum Übergang vom bedürfnis- zum marktorientierten Lohn in den 50er Jahren), 306 zur Parallelität zwischen Lohn- und Produktivitätsentwicklung; 307–320: sehr gut zur sich verbessernden Lebenshaltung; 310, 320, 321: zum Vergleich mit anderen Arbeitern. – Vgl. aber relativierend die Schilderung von Not und Elend in Bergarbeiterkolonien an der Saar als Boden einer Typhusepidemie 1867/68: Steffens, Autorität (Anm. 55), S. 184f. – Franzke, Industriearbeiter (Anm. 55), S. 62f. zur viel weniger aufwärts gerichteten Lohnentwicklung in den oberschlesischen Gebieten. Zum Vergleich der Schichtlöhne in den drei Bergbaugebieten: Schofer, Formation (Anm. 55), S. 108.

88. Vor allem Tenfelde, Sozialgeschichte (Anm. 54), S. 205, 219f., 223f., 250; zum sächsischen Steinkohlenbergbau Wolf, Arbeit (Anm. 59), S. 86ff.; zum Vergleich die Arbeit im nordwestböhmischen Braunkohlenabbau: Englisch, Braunkohlenbergbau (Anm. 56), S. 47–86.

89. Tenfelde, Sozialgeschichte (Anm. 54), S. 248; Wolf, Arbeit (Anm. 59), S. 88.

90. Vgl. vor allem Tenfelde, Sozialgeschichte (Anm. 54), S. 226ff. (Unfälle), 286f. (Invalidität), 250ff., 260 u. 278f. („Grubenmilitarismus") zu den Steigern und ihrer zunehmenden Absetzung von der Arbeiterschaft, 260. Weiterhin H. Trischler, Steiger im deutschen Bergbau. Zur Sozialgeschichte der technischen Angestellten 1815–1945, München 1988; E.G. Spencer, Between Capital and Labor: Supervisory Personnel in Ruhr Heavy Industry Before 1914, in: JSH 9, 1975/76, S. 178–192; Wolf, Arbeit (Anm. 59), S. 92: Prämien für Steiger. Hue, Bergarbeiter, Bd. 2 (Anm. 59), S. 71–84 zur Weiterentwicklung der Arbeitsordnungen nach der Reform, auch in ihrer Neigung zur Kontrolle des außerbetrieblichen Verhaltens; 114–141 für die hier nur angedeuteten regionalen Besonderheiten; 149–161: Arbeitszeitentwicklung; 162–167 zur Lohnfestsetzung und zum Wagen-„Nullen". – Zu den Arbeitsordnungen auch viel bei Adelmann, Quellensammlung, Bd. 2 (Anm. 81), S. 18–21, 23–26, 168–71 usw.; L. Rothert, Umwelt und Arbeitsverhältnisse von Ruhrbergleuten in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dargest. an den Zechen Hannover und Hannibal in Bochum, Münster 1976, S. 95–102 (Arbeitsordnungen von 1865 u. 1902); zu Details der Arbeitsordnungen, zur Fortführung ihrer bürokratisch-militärischen Einfärbung und zur Härte der Ausbeutung im Mansfelder Kupferbergbau: Lärmer, Arbeitszwang (Anm. 57), S. 118–151 (149: neues Markensystem 1875). – Deutsch-polnische Differenzen in Oberschlesien: Schofer, Formation (Anm. 55), S. 32f. 146, 152f.; W. Długoborski u. K. Popiołek, A Study on the Growth of Industry and the History of the Working Classes in Silesia, in: Annales Silesiae 1, 1960, S. 82–112. – Englisch, Braunkohlenbergbau (Anm. 56), S. 25f. (zu Böhmen).

91. Hue, Bergarbeiter, Bd. 2 (Anm. 59), S. 143–148 zur Kinder- und Frauenarbeit; Tenfelde, Sozialgeschichte (Anm. 54), S. 272; Steffens, Autorität (Anm. 55), S. 123; Franzke, Industriearbeiter (Anm. 55), S. 65 zu Feiertagen, Montagsarbeit, Feierschichten etc.

92. An K. Marx am 21. 2. 69, in: MEW 32, S. 258. Zur Knappschaftsentwicklung Hue, Bergarbeiter, Bd. 2 (Anm. 59), S. 84–105 (auch zum Wahlmodus der Ältesten); Imbusch, Arbeitsverhältnis (Anm. 59), S. 145ff.; D. Kiefer, Die Organisationsbestrebungen der Saarbergleute, ihre Ursachen und Wirkungen auf dem Bereich des Saarbrücker Bergbaues und ihre Berechtigung, [Diss.] Straßburg 1912, S. 10–19; Tenfelde, Sozialgeschichte (Anm. 54), S. 282ff.

93. Hue, Bergarbeiter, Bd. 2 (Anm. 59), S. 77: „Die Bergleute kamen vom Regen unter die Traufe."

Vgl. auch G. Adelmann, Die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Ruhrindustrie vor 1914, in: JbbNS 175, 1963, S. 412–427; ders., Betriebsverfassung (Anm. 81); Köllmann, Geschichte (Anm. 58), S. 57ff.

94. Eben gegen die Bezeichnung „Bergarbeiter" protestierten Bergleute im Ruhrgebiet 1858: Imbusch, Arbeitsverhältnis (Anm. 59), S. 126.

95. Mehr in Kocka, Volksbewegung (Anm. 39). Vor allem Tenfelde, Sozialgeschichte (Anm. 54); ders., Gewalt und Konfliktregelung in den Arbeitskämpfen der Ruhrbergleute bis 1918, in: F. Engel-Janosi u. a. (Hg.), Gewalt und Gewaltlosigkeit. Probleme des 20. Jahrhunderts, Wien 1977, S. 185–236; auch bereits ders., Arbeiterschaft, Arbeitsmarkt und Kommunikationsstrukturen im Ruhrgebiet in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts, in: AfS 16, 1976, S. 1–59; ders. u. H. Trischler, Stufen (Anm. 69); D. Milles, „... aber es kam kein Mensch nach den Gruben, um anzufahren". Arbeitskämpfe des Ruhrbergbaus 1867–1878, Frankfurt 1978. K. Hartmann, Der Weg zur gewerkschaftlichen Organisation. Bergarbeiterbewegung und kapitalistischer Bergbau im Ruhrgebiet 1851–1889, München 1977. D.F. Crew, Berufliche Lage und Protestverhalten Bochumer Bergleute und Metallarbeiter im ausgehenden 19. Jahrhundert, in: H. Mommsen u. U. Borstdorf (Hg.), Glückauf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland, Köln 1979, S. 71–86; zu den Massenstreiks 1872 (Ruhrgebiet) und 1889 (alle größeren Bergbaugebiete): Tenfelde, Sozialgeschichte (Anm. 54), S. 464ff., 573ff.; Hue, Bergarbeiter, Bd. 2, (Anm. 59), S. 304ff., 354ff.; W. Köllmann (Hg.), Der Bergarbeiterstreik von 1889 und die Gründung des „Alten Verbandes" in ausgewählten Dokumenten der Zeit, Bochum 1969; K. Ditt u. D.H. Kift (Hg.), 1889. Bergarbeiterstreik und Wilhelminische Gesellschaft, Hagen 1989. Weiterhin L. Schofer, Patterns of Worker Protest: Upper Silesia 1865–1914 in: JSH 5, 1972, S. 447–463.

96. Im Zollverein beschäftigte 1857 der Steinkohlenbergbau 77.847, der Braunkohlenbergbau 17.776 Arbeiter. Für die Habsburgermonarchie 1872 lauteten dagegen die Zahlen: 24.645 Arbeiter in der Steinkohle und 37.232 in der Braunkohle. Nach v. Viebahn, Statistik (Anm. 51), S. 365, 371; Brusatti (Hg.), Entwicklung (Anm. 51), S. 153. – Im braunkohlereichen Sachsen gab es 1875 89 Steinkohlengruben mit insgesamt 17.272 Beschäftigten (durchschnittliche Betriebsgröße also 194), dagegen 165 Braunkohlengruben mit 3.083 Beschäftigten (durchschnittliche Betriebsgröße also 19). Nach H. Gebauer, Die Volkswirtschaft im Königreiche Sachsen. Historisch, geographisch und statistisch dargestellt, Bd. 1, Dresden 1893, S. 592, 601.

97. Zahlen zum Zollverein 1848 und 1857 in v. Viebahn, Statistik (Anm. 51), S. 407. Sächsische Beispiele bei Gebauer, Volkswirtschaft, Bd. 1 (Anm. 51), S. 488–497; ebd., Bd. 2, S. 442–446. Zu Obersehlesien: Fuchs, Vom Dirigismus (Anm. 55), S. 179ff. (Zink, Blei); H. Dennert, Kleine Chronik der Oberharzer Bergstädte und ihres Erzbergbaus, Clausthal-Zellerfeld 1974[3]; W. Bornhardt, Geschichte des Rammelsberger Bergbaues von seiner Aufnahme bis zur Neuzeit, Berlin 1931.

98. Vgl. v. Viebahn, Statistik (Anm. 51), S. 407, 373–377; Brusatti (Hg.), Entwicklung (Anm. 51), S. 159–161; O. Pickel, Die Steiermark als Gewerbe- und Industrielandschaft vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Zur Entstehung moderner Industriereviere in alten Fortschrittsregionen, in: H. Pohl (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Stuttgart 1986, S. 16–38; R. Fremdling, Eisen, Stahl und Kohle, in: ebd., S. 347–370; ders., Technologischer Wandel und internationaler Handel im 18. und 19. Jahrhundert. Die Eisenindustrien in Großbritannien, Belgien, Frankreich und Deutschland, Berlin (West) 1984, S. 164–175 zur traditionellen „Haubergswirtschaft" des Siegerlandes (mit Lit.); dazu auch Kruse, Siegerland (Anm. 56), Kap. 5, bes. S. 85–111 zum Fortbestehen des staatlichen Einflusses und der Zünfte nach 1819 und zur Hütten- und Hammerordnung von 1830 wie zur Durchsetzung rein marktwirtschaftlicher, großbetrieblicher Unternehmensformen seit den 40er Jahren. Zwischen 1860 und 1870 hat sich die im Siegerland geförderte, zunehmend zur Verhüttung ins Ruhrgebiet transportierte Erzmenge verfünffacht (S. 110); der Tagebau war durch Stollenbau seit den 1820er Jahren ergänzt worden. – Zum vorwiegend im Tagebau, teilweise im Stollenbau betriebenen, seit 1860 schnell rückläufigen Abbau von Eisenerz in Württemberg: G. Plumpe, Die württembergische Eisenindustrie im 19. Jahrhundert. Eine Fallstudie zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Wiesbaden 1982, S. 12–21. – H. Seeling, Die Eisenhütten in Heerdt und Mülheim am Rhein, Köln 1972, S. 45–54: zum „Mutungsfieber" der 50er Jahre, zur Erschließung neuer Raseneisenerz-Vorkommen im Rheinland und zum Bezug des Großteils der Erze für die Hütten-

industrie der Region aus dem Siegerland und Nassau. – F. Hellwig, Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg 1836–1901, Heidelberg 1936, S. 289ff.: wie die Stumm'schen Eisen- und Stahlwerke nach der Erschöpfung der Lahnerze seit den 60er Jahren zunehmend Erzlager in Kurhessen und im Odenwald, schließlich in Lothringen und Luxemburg erwarben. Koch (Bergassessor), Geschichtliche Entwicklung des Bergbaus und Salinenbetriebes in Elsaß-Lothringen, in: Zeitschrift für Bergrecht 15, 1874, S. 159–192. W. Kohlmann u. H. Jahns, Der Eisenerzbergbau, in: M. Schlenker, Die wirtschaftliche Entwicklung Elsaß-Lothringens 1871 bis 1918, Frankfurt 1931, S. 53–84. – Zum sächsischen Erzbergbau (bes. Harz): Gebauer, Volkswirtschaft, Bd. 1 (Anm. 96), S. 502–532.

99. Vgl. Fremdling, Eisen (Anm. 98), S. 347ff. und die dort genannte Arbeit von Heinrich Meidinger von 1857; s. auch R. Fremdling, Standorte und Entwicklung der Eisenindustrie, in: H.-J. Teuteberg (Hg.), Westfalens Wirtschaft am Beginn des „Maschinenzeitalters", Dortmund 1988, S. 297–316.

100. H. Ehrenberg, Die Eisenhüttentechnik und der deutsche Hüttenarbeiter, Stuttgart 1906, S. 1f., 62–67, 76f. Während in Preußen die Hochöfen im 18. und frühen 19. Jahrhundert dem Bergrecht unterstanden, war dies für die Frischfeuer fraglich. In den 1840er/50er Jahren stieg die Unsicherheit. Nur ausnahmsweise besaßen Hüttenwerke Knappschaftskassen. 1861 wurde das Hüttenwesen endgültig aus dem Bereich der Bergdirektionen ausgeklammert, danach unterstanden die Eisen- und Stahlwerke eindeutig dem allgemeinen Gewerberecht. – Ganz anders in Württemberg, wo der Staat die Hütten besaß und staatliche Beamte die Oberleitung betrieben. Vgl. Plumpe, Eisenindustrie (Anm. 98), S. 68ff. – Zu Oberschlesien, wo staatliche Werke mit solchen in der Hand adliger und bürgerlicher Rittergutsbesitzer im Gemenge lagen: Fuchs, Vom Dirigismus (Anm. 55).

101. Vgl. H. Popitz u. a., Technik und Industriearbeit. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie, Tübingen 1964², S. 47ff., 66f., 82f., 178ff.

102. Vor allem nach Ehrenberg, Eisenhüttentechnik (Anm. 100), S. 20–51 (dort S. 47f. zum frühen Eindringen akademisch ausgebildeter Techniker seit dem späten 18. Jahrhundert); L. Beck, Die Geschichte des Eisens in technischer und kulturgeschichtlicher Beziehung. 4. Abt.: Das XIX. Jahrhundert von 1801 bis 1860, Braunschweig 1899, bes. S. 173–187, 344–368; A. Paulinyi, Der technische Fortschritt im Eisenhüttenwesen der Alpenländer und seine betriebswirtschaftlichen Auswirkungen (1600–1860), in: M. Mitterauer (Hg.), Österreichisches Montanwesen, Wien 1974, S. 144–180. – Zur frühen Ausbildung von Berg- und Hüttentechnikern in Preußen und Schlesien: Weber, Innovationen (Anm. 52), S. 152ff., 217ff. – Eine sehr gute Quelle ist F.A.A. Eversmann, Die Eisen- und Stahlerzeugung auf Wasserwerken zwischen Lahn und Lippe und in den vorliegenden französischen Departements, Dortmund 1804, S. 305ff.; auch bei Adelmann, Quellensammlung, Bd. 2 (Anm. 81), S. 467ff.: Aufstellung des Personals (80 Personen) der St. Anthony-Eisenhütte in Osterfeld (später GHH), nach Berufen. – Plumpe, Eisenindustrie (Anm. 98), S. 68ff.: Herausbildung der Angestelltenschaft eines großen Hüttenwerkes (jedoch ohne Meister und Zeichner). – Zur zentralen Rolle ausländischer Facharbeiter in der Aufbauphase der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie und zu ihrem Status als hochbezahlte, manchmal „arrogante" Experten siehe vor allem: L. Beck, Die Einführung des englischen Flammofenfrischens in Deutschland durch Heinrich Wilhelm Remy & Co. auf dem Rasselstein bei Neuwied, in: Beiträge zur Geschichte der Technik und Industrie 3/4, 1911/12, S. 86–130. Daneben: R. Fremdling, Die Rolle ausländischer Facharbeiter bei der Einführung neuer Techniken im Deutschland des 19. Jahrhunderts (Textilindustrie, Maschinenbau, Schwerindustrie), in: AfS 29, 1984, S. 1–45.

103. Vgl. oben S. 71f. Zu Krupps Waffenproduktion und -lieferungen an die verschiedensten Länder in den kriegerischen 60er Jahren vgl. D. Baedeker, Alfred Krupp und die Entwicklung der Gußstahlfabrik zu Essen, Essen 1912, S. 41–94.

104. Zur Deckung des frühen Schienenbedarfs aus ausländischen Quellen H. Wagenblass, Der Eisenbahnbau und das Wachstum der deutschen Eisen- und Maschinenbauindustrie 1835 bis 1860. Ein Beitrag zur Geschichte der Industrialisierung Deutschlands, Stuttgart 1973, S. 338; U. Wengenroth, Unternehmensstrategien und technischer Fortschritt. Die deutsche und die britische Stahlindustrie 1865–1895, Göttingen 1986, S. 330. Die übrigen Zahlen nach ebd., S. 338; St. Jersch-Wenzel u. J. Krengel, Die Produktion der deutschen Hüttenindustrie 1850–1914. Ein historisch-

statistisches Quellenwerk. Berlin (West) 1984, S. 128; Ehrenberg, Eisenhüttentechnik (Anm. 100), S. 59, 132; B. Martin, Industrialisierung und regionale Entwicklung. Die Zentren der Eisen- und Stahlindustrie im Deutschen Zollgebiet. 1850–1914. [Diss. FU] Berlin 1983, S. 60.

105. Vgl. als gute Einführung D.S. Landes, Der entfesselte Prometheus. Technologischer Wandel und industrielle Entwicklung in Westeuropa von 1750 bis zur Gegenwart. Köln 1973, S. 91–97; Wengenroth, Unternehmensstrategien (Anm. 104), bes. S. 23–37; insgesamt Fremdling, Technologischer Wandel (Anm. 98); weiterhin N.J.G. Pounds u. W.N. Parker, Coal and Steel in Western Europe. The Influence of Resources and Techniques on Production, London 1957.

106. Das Letzte nach A. Huyssen, Die allgemeinen Verhältnisse des preußischen Bergewesens, Essen 1864, S. 41; sonst die Zahlen nach Fremdling, Technologischer Wandel (Anm. 98), S. 163, 359 (dort auch Vergleichszahlen zu Belgien und Frankreich).

107. Doch galt dies nicht immer. Die Ilseder Hütte in Peine bei Hannover fußte z.B. auf lokalem Erzabbau und führte Kohle und Koks aus Westfalen heran, wohin sie auch den größten Teil ihres Roheisens zur Verarbeitung absetzte. W. Treue, Die Geschichte der Ilseder Hütte, Peine 1960, bes. S. 198f.

108. Vgl. S. 404ff.

109. Vgl. U. Zumdick, Arbeit und Arbeiter in der Hüttenindustrie des Ruhrgebiets im 19. Jahrhundert. [Diss. Bochum] 1985; jetzt in erw. Fassg. als: Hüttenarbeiter im Ruhrgebiet. Die Belegschaft der Phoenix-Hütte in Duisburg-Laar 1853–1914, Stuttgart 1990. Er zeigt (S. 113ff.), daß in der zweiten Jahrhunderthälfte 85% der Arbeiter dieser Hütte Zuwanderer waren, ganz vorwiegend aus ländlichen Gebieten, mit einem kleinen, abnehmenden Anteil aus älteren Eisengebieten (Eifel, Hunsrück). Zwei Drittel der (männlichen) Neuanfänger waren ledig (182), 29% waren unter 21, weitere 50% 21–30 Jahre alt. S. 128ff. zur Wohnungsnot in Meiderich, Beeck und Laar, wo die Phoenix-Arbeiter vornehmlich wohnten. Die Werkswohnungen (bei Phoenix bis 1875 76 Wohnhäuser) linderten den Mangel nur zum kleinen Teil. Das Schlafgängerwesen war verbreitet, daneben bestanden „Menagen". – Zur De-Industrialisierung der Eifel: R. Graafen, Die Aus- und Abwanderung aus der Eifel in den Jahren 1815–1955. Eine Untersuchung der Bevölkerungsentwicklung eines deutschen Mittelgebirges im Zeitalter der Industrialisierung, Bad Godesberg 1961, S. 16ff., 56ff. Generell zur Standortverlagerung der Eisen- und Stahlindustrie seit der Mitte des Jahrhunderts: Fremdling, Eisen (Anm. 98), S. 347–359; ders., Technologischer Wandel (Anm. 98), S. 138ff., 325ff. – Zur Entwicklung des Ruhrgebiets die oben (Anm. 53, 54, 58, 86, 95) zit. Werke von Gebhardt, Tenfelde, Reif, Croon, Köllmann, Crew u.a. – Zum Fortbestand älterer Eisenregionen unter neuen Verhältnissen beispielsweise: M. Schlenker, Das Eisenhüttenwesen in Elsaß-Lothringen, in: ders. (Hg.), Die wirtschaftliche Entwicklung Elsaß-Lothringens 1871–1918, Frankfurt 1931, S. 169–232, bes. 169–187; W. Schuster (Hg.), Die Erzbergbaue und Hütten der Österreichisch-Alpinen Montangesellschaft 1881–1931, Wien 1931. – Zur Eisenindustrie an der Saar (Zunahme der Arbeiter 1855–1873 von ca. 2.600 auf 7.000): Horch, Wandel (Anm. 57), S. 216–225, 221 (Zahlen).

110. Vgl. J. Kocka, Unternehmer in der deutschen Industrialisierung, Göttingen 1975, S. 82–84; ders. u. H. Siegrist, Die hundert größten deutschen Industrieunternehmen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: N. Horn u. J. Kocka (Hg.), Recht und Entwicklung der Großunternehmen 1860–1920, Göttingen 1979, S. 55–122. – Vor allem T. Pierenkemper, Struktur und Entwicklung der Schwerindustrie in Oberschlesien und im westfälischen Ruhrgebiet 1852–1913, in: ZfU 24, 1979, S. 1–28, bes. S. 4f., wo betont wird, daß die gemischten Werke in der oberschlesischen Schwerindustrie besonders früh auftraten.

111. Ehrenberg, Eisenhüttentechnik (Anm. 100), S. 55.

112. Hörder Verein nach Jacobi, Berg-, Hütten- und Gewerbewesen (Anm. 53), S. 391–399; GHH nach Adelmann, Quellensammlung, Bd. 2 (Anm. 81), S. 466; W. Däbritz, Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation in Bochum. Neun Jahrzehnte seiner Geschichte im Rahmen der Wirtschaft des Ruhrbezirks, Düsseldorf 1934, Anh. Tab. 8; Baedecker, Alfred Krupp (Anm. 103), S. 305. Preussische Statistik (Amtliches Quellenwerk). Hg. vom Kgl. Statist. Bureau in Berlin, Bd. 40: Die definitiven Ergebnisse der Gewerbezählung vom 1. Dez. 1875 im preussischen Staate, Theil I, Berlin 1878, Tabellen (I. Theil), S. 2.

113. Vgl. Zumdick, Arbeit (Anm. 109), S. 43: 1859 wurden beim Hörder Verein an vier Hochöfen 309 Arbeiter beschäftigt, die in 16 Kategorien aufgeteilt waren. 1878 beschäftigte der Bochumer

Verein pro Hochofen 70 Arbeiter und 23 Kategorien. Dies nach A. Huyssen, Beiträge zur Kenntniss der Lage der Berg- und Hüttenleute, bes. in Bezug auf die Knappschaftsvereine, in: Zs. f. d. Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Deutschen Reich 8, 1860, S. 205–225, 206; Eisen-Enquête-Kommission. Bericht und stenographische Protokolle über die Vernehmung der Sachverständigen 1878 (und statistische Notizen), Berlin 1879, S. 789.

114. Zahlen bei Ehrenberg, Eisenhüttentechnik (Anm. 100), S. 132f. Nach Huyssen, Beiträge (Anm. 113), S. 205f. wurden 1859 in der Hermannshütte des Hörder Vereins neben 309 Hochofenarbeitern 207 Puddler, 194 Schweißer, 200 Walzer, 182 Schmiede und Zuschläger sowie 122 Dreher, Bauarbeiter und Schlosser beschäftigt. Vgl. Zumdick, Arbeit (Anm. 109), S. 191. Anm. 17.
115. Das habe zu viel Aufregung geführt, berichtete 1891 rückschauend einer der für diese Änderung in der Osnabrücker Georgsmarienhütte Verantwortlichen (Lürmann), im Rückblick auf die Mitte der 60er Jahre. Nach Zumdick, Arbeit (Anm. 109), S. 41f. Vgl. R. Ott, Kohle, Stahl und Klassenkampf. Montanindustrie, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung im Osnabrücker Land 1857–1878, Frankfurt 1982, S. 162f.
116. Ehrenberg, Eisenhüttentechnik (Anm. 100), S. 86.
117. Eine schöne Beschreibung des Hüttenwerks Phoenix in Laar durch den späteren Direktor des Fördervereins: J. Massenez, Die Hochofen- und Walzwerksanlage Phönix zu Laar bei Ruhrort, in: Die Baulichen Anlagen auf den Berg-, Hütten- und Salinenwerken in Preußen, Jg. 3, 1. Liefg., Berlin 1863, S. 1–14; weiterhin: Die Johannishütte bei Duisburg. Der Deutsch-Holländischen Aktiengesellschaft gehörig, in: ebd., Jg. 1, Berlin 1861, S. 4–22. Zentral sind Ehrenberg, Eisenhüttentechnik (Anm. 100), S. 26, 43–47, 53, 86–89; Zumdick, Arbeit (Anm. 109), S. 24ff., 41–52. Weiterhin Seeling, Eisenhütten (Anm. 98), S. 29–31; vielfältige Beschreibungen westfälischer Werke Mitte der 1850er Jahre in Jacobi, Berg-, Hütten- und Gewerbewesen (Anm. 53), S. 332–414; ein schlesisches Beispiel: 1872–1922. Donnersmarckhütte. Denkschrift zum 50jährigen Bestehen der Aktien-Gesellschaft, Berlin 1923, bes. S. 20–23 zu den Anlagen der Kokerei und der Hütte um 1850, auf der Grundlage schon länger bestehenden Kohlenbergbaus; Treue, Geschichte (Anm. 107), S. 64ff.
118. Diesen jedenfalls später unter Puddlern gebräuchlichen Sarkasmus zitiert Zumdick, Arbeit (Anm. 109), S. 53, nach: Die Schwereisenindustrie im deutschen Zollgebiet, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter. Nach vorgenommenen Erhebungen im Jahre 1910 bearb. u. hg. vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart 1912, S. 631.
119. Zum Puddler vor allem Fremdling, Technologischer Wandel (Anm. 98), S. 176–214; ähnlich ders., Der Puddler – Zur Sozialgeschichte eines Industriehandwerkers, in: U. Engelhardt (Hg.), Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984, S. 637–665 (allerdings mit starker Betonung der frühesten Jahrzehnte); jetzt am besten: A. Paulinyi, Das Puddeln. Ein Kapitel aus der Geschichte des Eisens in der Industriellen Revolution, München 1987. Weiter: K. von Borries, Das Puddelverfahren in Rheinland und Westfalen, volkswirtschaftlich betrachtet, [Diss. Bonn] Düsseldorf 1929; Ehrenberg, Eisenhüttentechnik (Anm. 100), S. 32ff., 53ff., 94ff. Zumdick, Arbeit (Anm. 109), S. 52–65, 56 zu den Diebereien. Zum Vergleich: G. Hardach, Der soziale Status des Arbeiters in der Frühindustrialisierung. Eine Untersuchung über die Arbeitnehmer in der französischen eisenschaffenden Industrie zwischen 1800 und 1870, Berlin (West) 1969.
120. Vgl. Ehrenberg, Eisenhüttentechnik (Anm. 100), S. 97–103; Zumdick, Arbeit (Anm. 109), S. 58–64; Däbritz, Bochumer Verein (Anm. 112), S. 109–114 als Beispiel für die frühe Einführung des Bessemer-Verfahrens (gleichzeitig mit Krupp) 1862, bei gleichzeitiger weiterer Ausdehnung des Puddelbetriebs! Vgl. auch R. Köhne-Lindenlaub, Art. Krupp, in: NDB 13, 1982, S. 128–145, 133: Mit dem Bessemer-Verfahren konnte man pro Zeiteinheit die 70fache Stahlmenge gegenüber dem Puddel-Verfahren herstellen. – Weiterhin A. Ledebur, Die Verarbeitung der Metalle auf mechanischem Wege. Ein Handbuch der mechanisch-metallurgischen Technologie, Braunschweig 1877; H. Wedding, Grundriß der Eisenhüttenkunde, 2 Bde., Berlin 1871–1880.
121. Ehrenberg, Eisenhüttentechnik (Anm. 100), S. 97.
122. Sorgfältig beschrieben und analysiert bei H. Reif, „Ein seltener Kreis von Freunden". Arbeitsprozesse und Arbeitserfahrungen bei Krupp 1840–1914, in: K. Tenfelde (Hg.), Arbeit und

Arbeitserfahrung in der Geschichte, Göttingen 1986, S. 51–91, 58–68. Die Erfahrungen in dieser Elite-Abteilung waren jedoch für die Industrie nicht typisch, nicht einmal für Krupp insgesamt. Vgl. auch Wengenroth, Unternehmensstrategien (Anm. 104), S. 28f.; Däbritz, Bochumer Verein (Anm. 112), S. 20–24.

123. Dies auf der Grundlage der Beschreibung der Kruppschen Hammerschmiede durch Reif, „Ein seltener Kreis ..." (Anm. 122), S. 68–76 (Zitat 72f.); Däbritz, Bochumer Verein, S. 115–116 sowie Bild neben 116.

124. Zum Übergang vom Schmieden zum Walzen vor allem Ehrenberg, Eisenhüttentechnik (Anm. 100), S. 54f., 103ff., 110ff.; K.W. Bosak, Die Geschichte der Walzwerktechnik und die Entwicklung der Walzwerkindustrie im 19. Jahrhundert in Deutschland bis zur Wirtschaftskrisis 1873, Diss. Hannover 1970; Zumdick, Arbeit (Anm. 109), S. 66–73; A. Woltmann u. F. Fröhlich, Die Gutehoffnungshütte Oberhausen. Zur Erinnerung an das 100jährige Bestehen 1810–1910, Oberhausen 1910, S. 116ff. Adolph von Menzels bekanntes Bild „Eisenwalzwerk" z. B. im Katalog: Aus Schacht und Hütte. Ein Jahrhundert Industriearbeit im Bild 1830–1930. 4. Mai–18. Juni 1980. Städtische Kunsthalle Recklinghausen (Ruhrfestspiele Recklinghausen '80), Nr. 99. Hier auch weitere frühe Industrie- und Arbeitsdarstellungen.

125. Zur sorgfältigen Qualifikation der Facharbeiter bei Krupp vgl. Reif, „Ein seltener Kreis ...," (Anm. 122), S. 57, 64, 66. – Adelmann, Quellensammlung, Bd. 2 (Anm. 81), S. 383: Seit 1864 wurden bei Krupp Lehrverträge abgeschlossen. Im ersten Jahr wurden 54 Lehrlinge angenommen, jedoch bezeichnenderweise als Schlosser, Dreher, Modelltischler und Konstrukteure, nicht aber im eigentlichen Kernbereich der Hochofen-, Stahl- und Walzwerkarbeiter. Zur starken Stellung und wenig bekannten Streikfähigkeit dieser oberen Schicht von Eisen- und Stahlarbeitern vgl. die Befragung des Düsseldorfer Stahl-Unternehmers Poensgen zur Situation Mitte der 1870er Jahre in: Eisen-Enquête-Kommission (Anm. 113), S. 30: „Herr Stumm: Die Herunter-setzung [der Löhne] würde wohl zur Folge haben, daß die Leute weggingen, aber sie würden noch nicht hungern? Oder sind die Lebensmittel in Düsseldorf so theuer, daß eine Herabsetzung des Lohnes ein Darben der Arbeiter zur Folge hätte? – Herr Poensgen: Bei den höheren Facharbeitern nicht, aber die würden ganz einfach streiken." Diesen und andere Hinweise zum laufenden Kapitel verdanke ich Thomas Welskopp, der gegenwärtig an einem Vergleich der Verhältnisse in der amerikanischen und der deutschen Eisen- und Stahlindustrie des 19. und 20. Jahrhunderts arbeitet. Vgl. auch seine Magisterarbeit: Technik, Arbeit und Macht im industriellen Produktionsprozeß, Bielefeld 1988, MS.

126. So der DMV 1910, in: Die Schwerindustrie (Anm. 118), S. 331f. Zit. nach Zumdick, Arbeit (Anm. 109), S. 65.

127. Dies ist ein Eindruck bei der Lektüre der Autobiographie Karl Fischers, der in den 70er Jahren als Hilfsarbeiter und Former in der „Steinfabrik" eines Hüttenwerks bei Osnabrück (vermutlich Georgsmarienhütte) arbeitete. Denkwürdigkeiten und Erinnerungen eines Arbeiters, hg. v. P. Göhre, Leipzig 1903, S. 242–390. Ad hoc wurde er zu irgendwelchen neuen Arbeiten geholt, von irgendeinem Vorgesetzten (S. 243). Man schlief zwischendurch am Arbeitsplatz, und sei es aus Übermüdung. Es gab Pausen voll Langeweile (S. 245). Oder S. 246: „Da kam ich am andern Morgen wieder und war allein, da suchte ich mir Arbeit, weil ich keine hatte, und räumte etwas auf vor dem Ofen und fegte die Bretterbude aus, und holte eine Schubkarre und fuhr Asche und Schlacken weg." S. 250: Die Frau und die zwei kleinen Kinder eines Kollegen kamen ins Werk und brachten Essen. „Da machte ihnen der Brenner einen Sitz vor der Thür im Schatten zurecht und er setzte sich dabei und aß mit den Kindern, und da hörte ich, daß die Frau solange warten wollte oder sollte, bis der Ofen gut wäre, was nicht länger als bis vier Uhr dauern sollte [...]". – S. 251: Tonbrennen im Ofen nach dem Trial- und Error-Verfahren – S. 253: Der Anschreiber dirigierte ihn zur Transportkolonne um, er fehlte aber am Ofen usw. – Vgl. auch Ehrenberg, Eisenhüttentechnik (Anm. 100), S. 92 zur Zeit-Autonomie der Kokereiarbeiter.

128. Die Bestimmungen von 1853 bei Huyssen, Beiträge (Anm. 106), S. 207 (mit Festsetzung bestimmter Zeiten für andere Arbeiterkategorien); die Beispiele von Krupp bei Reif, „Ein seltener Kreis ..." (Anm. 122), S. 65, 86. Die Grenzen der damaligen Fabrikdisziplin betont auch – im Grunde gegen die ältere Sichtweise bei E. P. Thompson und S. Pollard – A. Lüdtke, Arbeitsbeginn, Arbeitspausen, Arbeitsende. Skizzen zu Bedürfnisbefriedigung und Industriearbeit im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: G. Huck (Hg.), Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchun-

gen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, Wuppertal 1980, S. 95–122, wobei er die Unregelmäßigkeit der Arbeit aber zu sehr als Widerstand interpretiert. Vgl. zum Thema auch L. Machtan, Zum Innenleben deutscher Fabriken im 19. Jahrhundert, in: AfS 21, 1981, S. 179–236.

129. Vgl. Reif, „Ein seltener Kreis ..." (Anm. 122), S. 56. Notwendigerweise lag da viel Kompetenz bei den 1. Schmelzern, Puddlern, Schweißern etc. in ihren Kolonnen. Gewissermaßen war an sie eine komplexe Aufgabe delegiert, die sie dann mit ihrem Team in eigener Regie erfüllten, wenn natürlich auch im Rahmen der vorgegebenen Anlagen und der von der Leitung gesetzten Grundregeln.
130. Vgl. Adelmann, Quellensammlung, Bd. 2 (Anm. 81), S. 351: Die Arbeitszeit betrug bei Krupp ab 1835 12 Stunden, 1845–1871 13 Stunden, jeweils einschließlich einer Pause von 1,5 Stunden. Reif, „Ein seltener Kreis ..." (Anm. 122), S. 65 zur Einführung der Tag- und Nachtschicht. – Generell Ehrenberg, Eisenhüttentechnik (Anm. 100), S. 122f., 98f. zum Wegfall der Mittagspause im Maschinenbetrieb des Bessemer-Werks; Zumdick, Arbeit (Anm. 109), S. 74–80.
131. Däbritz, Bochumer Verein (Anm. 112), S. 184, Anhang Tab. 4, 6, 7 u. 8. – Insgesamt zur Durchsetzung der Akkordarbeit Ehrenberg, Eisenhüttentechnik (Anm. 100), S. 93, 140–153; Zumdick, Arbeit (Anm. 109), S. 81ff. – Daß Unternehmensleitungen die Krise und die Entlassungen bewußt zur Disziplinierung und Auslese benutzten, wundert wenig. Vgl. Alfred Krupps Brief an die Prokura vom 11. 11. 1873 bei Adelmann, Quellensammlung, Bd. 2 (Anm. 81), S. 324f.: „In erster Linie müssen wir die Gelegenheit benutzen, rücksichtslos zu säubern. Wer nicht die Kraft, die Fähigkeit, nicht den Fleiß und Ordnungssinn im notwendigen Maße hat, jeder Faule, jeder Widerspenstige, jeder der den Geist der Feindlichkeit gegen seinen Arbeitgeber atmet, jeder der kein ordentliches Leben führt, dessen Haus schlecht bestellt ist, dessen Weib nichts taugt, muß die Revue passieren und alle, die zu wünschen übrig lassen, müssen ersetzt werden durch Bessere, solange die Besseren sich melden. – Äußerste aufopfernde Güte möge immer gegen treue bewährte Leute geübt werden, auch wenn sie diese Bedingungen der Leistungsfähigkeit nicht erfüllen, aber äußerste Strenge werde geübt gegen jeden, der Unzufriedenheit mit seinem oder seines Hauses Tun und Treiben rechtfertigt." Ergänzend ebd., S. 326. – 1867 war in der Kruppschen Gußstahlfabrik Akkordbezahlung üblich (S. 400); zur Entstehung der Akkordbezahlung bei Krupp: R. Ehrenberg, Krupp-Studien (III). Die Frühzeit der Kruppschen Arbeiterschaft, in: Archiv für exakte Wirtschaftsforschung (Thünen-Archiv) 3, 1911, S. 1–164, 89ff. – Zur Frage der zunehmenden Kostenkontrolle und zu den Schwierigkeiten, diese auch in der Arbeitsorganisation durchzusetzen: W. Bongartz, Unternehmensleitung und Kostenkontrolle in der rheinischen Montanindustrie vor 1914. Dargestellt am Beispiel der Firmen Krupp und Gutehoffnungshütte, in: ZfU 29, 1984, S. 33–55, 73–113.
132. Man kann dies gut für Krupp nachvollziehen: Adelmann, Quellensammlung, Bd. 2 (Anm. 81), S. 342f., 339; sowie im Vergleich der Arbeitsordnungen von Krupp bei O. Neuloh, Die deutsche Betriebsverfassung und ihre Sozialformen bis zur Mitbestimmung, Tübingen 1956, S. 72–75.
133. Däbritz, Bochumer Verein (Anm. 112), S. 87; zu Krupp Adelmann, Quellensammlung, Bd. 2 (Anm. 81), S. 322ff.; zur allmählichen Zentralisierung der Arbeiter-Annahme in der Phoenix-Hütte und bei GHH: Zumdick, Arbeit (Anm. 109), S. 146ff. – Frühe Zwischenmeister-Elemente erwähnt bei R. Schmiede u. E. Schudlich, Die Entwicklung der Leistungsentlohnung in Deutschland. Eine historisch-theoretische Untersuchung zum Verhältnis von Lohn und Leistung unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, Frankfurt 1977², S. 86ff.
134. Offenbar am weitesten ging Krupp, der schon 1838 ein „Reglement für Fabrikarbeiter" entwarf und dann 1856, 1885 und 1892 Arbeitsordnungen erließ. Dazu Neuloh, Betriebsverfassung (Anm. 132), S. 154–157. Krupps „Generalregulativ" von 1872, mit dem er die organisatorische Grundstruktur des Unternehmens zu objektivieren und von seiner Person unabhängiger zu machen suchte, folgte bürokratischen Modellen. Abgedruckt mit einer Vorbemerkung von E. Schröder, in: Tradition 1, 1956, S. 35–57. Vgl. Adelmann, Quellensammlung, Bd. 2 (Anm. 81), S. 334ff., 339 zu Alfred Krupps in den 60er Jahren zunehmenden schriftlichen Interventionen zur Sicherung von Pünktlichkeit, Ordnung und Prozeduren; S. 348: „Wir können nur prosperieren bei militärischer Ordnung und steter Kontrolle, die durch Bestimmungen für alle Zeit eingeführt werden muß" (12. 3. 1883). – In den 1870er Jahren beschwor auch Stumm die Notwendigkeit von Autorität, Disziplin und militärischer Ordnung: „Wenn ein Fabrikunternehmen gedeihen soll, so muß es militärisch, nicht parlamentarisch organisiert sein." Nach Hellwig, Stumm-Halberg

(Anm. 98), S. 295f. – Andere Unternehmensleitungen verhielten sich moderater, aber es fällt doch auf, daß die überlieferten Fabrikordnungen der GHH in schneller Folge 1870, 1875, 1883 und 1892 erlassen wurden. Die erste Hüttenordnung von Phoenix (1856) war knapp und schlank (neun Artikel auf einem Blatt), die von 1875 (Entwurf) und 1885 dagegen ausführlich und penibel. Ich danke U. Zumdick für die Einsicht in diese Quellen. Um 1890 entwarf der „Verein deutscher Eisenhüttenleute" für seine Mitglieder eine „Normalarbeitsordnung". Dazu auch Zumdick, Arbeit (Anm. 109), S. 227ff.

135. So Zumdick, Arbeit (Anm. 109), S. 85 aufgrund von GHH-Akten selbst noch 1885–1897; ebd., S. 84 das Zitat aus dem Jahres-Bericht der Fabriken-Inspektoren für das Jahr 1876, Berlin 1877, S. 266f. – Vgl. auch noch für die Zeit nach 1900: O. Jeidels, Methoden der Arbeiterentlöhnung in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie, Berlin 1907, S. 193: „Ein Walzwerk in Hochfeld [Duisburg] hat überhaupt keine Torkontrolle; die Arbeiter ließen es sich nicht gefallen, Puddlern, Walzern und Kettenschmieden könne man nicht so viele Vorschriften machen; außerdem sorge schon die Akkordarbeit für zeitiges Kommen."
136. Hellwig, Stumm-Halberg (Anm. 98), S. 305.
137. Begriff bei R. Braun, Sozialer und kultureller Wandel in einem ländlichen Industriegebiet (Zürcher Oberland) unter Einwirkung des Maschinen- und Fabrikwesens im 19. und 20. Jahrhundert, Erlenbach-Zürich 1965, S. 96ff., 208, 214ff., auch zu den Motiven; J. Kocka, Management und Angestellte im Unternehmen der Industriellen Revolution, in: R. Braun u. a. (Hg.), Gesellschaft in der industriellen Revolution, Köln 1973, S. 162–201, 172–175. Mit weiteren Differenzierungen: L.H.A. Geck, Die sozialen Arbeitsverhältnisse im Wandel der Zeit. Eine geschichtliche Einführung in die Betriebssoziologie, Berlin 1931, S. 71ff.; G. Briefs, Betriebsführung und Betriebsleben in der Industrie, Stuttgart 1934, S. 109; sehr gut R. Reichwein, Funktionswandlungen der betrieblichen Sozialpolitik. Eine soziologische Analyse der zusätzlichen betrieblichen Sozialleistungen, Köln 1965.
138. Vgl. Plumpe, Eisenindustrie (Anm. 98), S. 67. Bestätigend für die Phoenix-Hütte in Laar: Zumdick, Arbeit (Anm. 109), S. 235 (4% der Lohnkosten 1895).
139. Die Einrichtungen für die Wohlfahrt der Arbeiter der größeren gewerblichen Anlagen im preußischen Staate. Bearb. im Auftrage des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. In drei Theilen, Berlin 1876; Theil 2, S. 88f.; zum Vergleich: Preußische Statistik 40 (Anm. 112), S. 15. Die genaue Zahl der Betriebe mit mindestens 30 Beschäftigten ist nicht bekannt. Es gab in dem Industriezweig 2.120 Hauptbetriebe mit mehr als zehn und 1.529 mit mehr als 50 Beschäftigten. Ich danke Dr. Christiane Eisenberg für die Berechnungen.
140. Die Beispiele nach Adelmann, Quellensammlung, Bd. 2 (Anm. 81), S. 381–438 (zu Krupp, Zit. v. 1884 auf S. 418), 521–548 (GHH) und 615–617 (Friedrich-Wilhelms-Hütte, Zit. S. 615). Die Literatur zur betrieblichen Sozialpolitik ist ausgedehnt und oft sehr unkritisch. Als Einführung s. W. Fischer, Die Pionierrolle der betrieblichen Sozialpolitik im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, in: Betriebliche Sozialpolitik deutscher Unternehmen seit dem 19. Jahrhundert (= Beih. 12), Wiesbaden 1978, S. 34–51. I. Steinisch u. K. Tenfelde, Technischer Wandel und soziale Anpassung in der deutschen Schwerindustrie während des 19. und 20. Jahrhunderts, in: AfS 28, 1988, S. 27–74. Sehr gut auch L. Puppke, Sozialpolitik und soziale Anschauungen frühindustrieller Unternehmer in Rheinland-Westfalen, Köln 1966.
141. Zitate nach Puppke, Sozialpolitik (Anm. 140), S. 254f.; und nach H. v. Gruben, Die Werkzeitschrift als Mittel der betrieblichen Sozialpolitik. Die historische Entwicklung und der heutige Stand des Werkzeitschriftenwesens, [Diss.] München 1957, S. 90.
142. Zumdick, Arbeit (Anm. 109), S. 282f. Die Massenentlassungen nach 1874 verschonten diesen Stamm, der entsprechend für 1879 auf zwei Drittel beziffert wird, für 1896–1902 wiederum nur auf knapp 40%.
143. Vgl. G. A. Ritter, Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich, München 1983; ders., Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München 1989, S. 84ff.
144. Karl Fischer, damals Former im Stahlwerk bei Osnabrück, schrieb: „Das war himmelschreiend, was man da für Überschichte machen mußte und man durfte sich nicht weigern, und es ging nicht bloß allein bei uns so, sondern überall, und besonders auch die Maurer mußten noch Tag und Nacht in den Betrieben und Werkstätten arbeiten. Da mußte Jeder zusehn, wie ers trieb und wo

er blieb, und es waren immer meine schlechtesten Nachtschichte, wenn man die ganze Nacht mit der Schubkarre rumfuhrwerken mußte, nach dem Kollergang, und mußten bald über dies Gleis wegsetzen und bald über jenes, und war dabei stockfinster, denn Laternen waren noch nicht angebracht [...]". Denkwürdigkeiten und Erinnerungen (Anm. 127), S. 258.

145. Ebd., S. 304, s. auch 290, 301 ff., 312, 359 ff. zu den verschiedenen Meistern.
146. Beispiele bei Krupp nach Neuloh, Sozialpolitik (Anm. 132), S. 154.
147. Vgl. oben S. 427 zum Bochumer Verein ab 1874.
148. Denkwürdigkeiten und Erinnerungen (Anm. 127), S. 315 f.
149. Oben in bezug auf die Bergarbeiter beschrieben und dokumentiert (S. 405 ff.).
150. Zu den starken Abstufungen der Löhne und ihrer Entwicklung 1844–1893 am Beispiel des Hörder Vereins vgl. Ehrenberg, Eisenhüttentechnik (Anm. 100), S. 148 f., dazu 153, 163 und 140–153; 95 f. (zur Nivellierung in den 60er und 70er Jahren). Ein Vergleich der Lohnreihen im Bergbau und in ausgewählten Hüttenwerken an der Ruhr: Zumdick, Arbeit (Anm. 109), S. 78 und Anh., Tab. 1 u. 2.
151. Dazu mehr in Kocka, Arbeiterleben und Protest. Entstehung einer sozialen Klasse (in Vorb.)
152. Däbritz, Bochumer Verein (Anm. 112), S. 86.
153. Vgl. oben S. 201 ff.
154. Vgl. A. O. Hirschman, Abwanderung und Widerspruch, Tübingen 1974.
155. Vgl. oben S. 425.
156. Bestätigend konstatiert Ehrenberg, Eisenhüttentechnik (Anm. 100), S. 100: „Dagegen macht man die Erfahrung, daß selbst die intelligenten Arbeiter fast nie etwas von denjenigen Betrieben desselben Unternehmens wissen, in denen sie nicht selbst gearbeitet haben, mögen sie auch nur wenige Schritte von dem ihren entfernt liegen".
157. Denkwürdigkeiten und Erinnerungen (Anm. 127), S. 312 f.
158. Beschrieben bei Reif, „Ein seltener Kreis ..." (Anm. 122), S. 58–68, 51–58.
159. Im einzelnen untersucht bei Zumdick, Arbeit (Anm. 109), S. 195 ff. u. Tab. II, 67 im Anh. Nur 30% der Neuzugänge blieben länger als ein Jahr, jeder vierte von ihnen verließ das Werk bereits innerhalb von drei Monaten (im Durchschnitt der zweiten Jahrhunderthälfte).
160. Denkwürdigkeiten und Erinnerungen (Anm. 127), S. 368–371, 372, 375, 385, 390.
161. Vgl. StdDtR 35/I, 1879, S. 862: 1875 lag der weibliche Anteil an den Eisen- und Stahlarbeitern bei knapp 2%.
162. Vgl. oben S. 79 f. Zahlen zum Territorium des Deutschen Reiches nach E. Engel, Die deutsche Industrie 1875 und 1861. Statistische Darstellung der Verbreitung ihrer Zweige über die einzelnen Staaten des Deutschen Reichs, mit Hervorhebung Preussens, Berlin 1881, S. 204 f.
163. Vgl. oben Tab. 16, S. 80.
164. Instruktiv am Beispiel Berlins O. Wiedfeldt, Statistische Studien zur Entwickelungsgeschichte der Berliner Industrie von 1720 bis 1890, Leipzig 1898, S. 227–277: Die durchschnittlichen Betriebsgrößen der Branchen in den Abteilungen „Metallverarbeitung" und „Maschinen-, Werkzeug- und Instrumentenbau" lagen 1875 durchweg zwischen 1 und 8, lediglich die Betriebe des Maschinenbaus und der Lampenfabrikation überragten dieses Feld mit durchschnittlich 38 und 42 Beschäftigten.
165. Zahlen nach A. Schröter u. W. Becker, Die deutsche Maschinenbauindustrie in der industriellen Revolution, Berlin (Ost) 1962, S. 84, 174, 213, 279 (meist auf der Grundlage von Stichproben von 83 bzw. 234 Anstalten). Weiter die Angaben von Fischer und Kaufhold im HbDWS 2, S. 338 u. 550 f.; H.-J. Rupieper, Arbeiter und Angestellte im Zeitalter der Industrialisierung. Eine sozialgeschichtliche Studie am Beispiel der Maschinenfabriken Augsburg und Nürnberg (MAN) 1837–1914, Frankfurt 1982, S. 258; H. Schomerus, Die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen. Forschungen zur Lage der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1977, S. 57 f. – Zur Maschinenausstattung Schröter u. Becker, Maschinenbauindustrie, S. 89 ff., 180 f.; zu den Produkten ebd., S. 94–102.
166. Personalzahlen: Kaufhold in HbDWS 2, S. 338 (1846/47); v. Viebahn, Statistik (Anm. 5), S. 1116 (1861); StdDtR 35/I, 1879, S. 864 (1875); Vervierfachung der Betriebe: Schröter u. Becker, Maschinenbauindustrie (Anm. 165), S. 173. – Dort S. 17–40, 111, 171–177 zum Wachstum der Branche; 40 f. u. 167–171 zum Export. Die Entwicklung in Berlin beschreibt sehr gut L. Baar, Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution, Berlin (Ost) 1966, S. 89–104, bes. 92, 95:

Der Berliner Maschinenbau beschäftigte 1840 518 und 1871 7.854 Personen (in Korrektur der Zahlen bei Wiedfeldt, S. 259 und Schröter u. Becker, S. 55). Berlin war ein Hauptstandort der Branche neben dem sächsischen Industriegebiet um Chemnitz, Rheinland-Westfalen, Nürnberg und Augsburg. Die wichtigsten Standorte der Maschinenbauindustrie der Habsburgermonarchie lagen in Wien, Niederösterreich und Böhmen (bes. Prag), daneben Triest. Die Belegschaft von Josef Werndls „Österreichischer Waffenfabriks-Gesellschaft" in Steyr (Oberösterreich) wuchs bis 1873 auf über 5.000, dank der Aufträge der nach der Niederlage von 1866 umrüstenden österreichisch-ungarischen Armee. Vgl. J. Teirich, Die Entwicklung der österreichischen Maschinen-Industrie; R. Hotowetz u. C. Ludwik, Die böhmische Maschinenindustrie; H. Strachowsky, Die Waffenindustrie in Österreich, alles in: Die Groß-Industrie Österreichs, 6 Bde., Wien 1898, hier Bd. 3, S. 3ff., 21ff. u. 135ff.

167. Zur Firma Späth vgl. P. Schröder, Die Entwicklung des Nürnberger Großgewerbes 1806–1870. Studien zur Frühindustrialisierung, Nürnberg 1971, S. 116. In der Dreherei der Firma standen eine große und eine kleine Drehbank für Holz und Metall, eine Bohrmaschine, die mit Wasserkraft arbeitete sowie eine Maschine zum Einschneiden kleinerer Räder. Die Schlosserei/Schmiede besaß eine Esse und Ambosse, die Schreinerei 6 Hobelbänke.

168. Teilweise zit. bei R. Strauss, Die Lage und die Bewegung der Chemnitzer Arbeiter in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Berlin (Ost) 1960, S. 59 sowie bei Schröter u. Becker, Maschinenbauindustrie (Anm. 165), S. 89. Zur Gänze bei W. Fischer, Innerbetrieblicher und sozialer Status der frühen Fabrikarbeiterschaft (1964), in: ders., Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Aufsätze – Studien – Vorträge, Göttingen 1972, S. 258–284, 263; sowie bei W. Renzsch, Handwerker und Lohnarbeiter in der frühen Arbeiterbewegung. Zur sozialen Basis von Gewerkschaften und Sozialdemokratie im Reichsgründungsjahrzehnt, Göttingen 1980, S. 152f. Quelle: Einige Mittheilungen über Arbeiterzustände in Chemnitz, Deutsche Gewerbezeitung, Leipzig u. Chemnitz 1847, Nr. 45. Hier zit. nach: Beiträge zur Heimatgeschichte von Chemnitz, Ht. 1: Quellen zur Lage der Chemnitzer Arbeiter in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Chemnitz 1952, S. 34.

169. So Schomerus, Arbeiter (Anm. 165), S. 126 zur Maschinenfabrik Esslingen mit 1853 542 Arbeitern. Zur sozialen Distanz zwischen den qualifizierten Arbeitern und dieser Unterschicht von Fabrikarbeitern, die sich u.a. in der Anredeform (Verweigerung des kollegialen „du") ausdrückte: Renzsch, Handwerker (Anm. 168), S. 153, zumeist auf der Basis späterer Evidenz, z.B. bei P. Göhre, Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerksbursche, Leipzig 1891, S. 79. Vgl. auch W. Fischer, Die Anfänge der Fabrik von St. Blasien (1809–1848), Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Industrialisierung, in: ders., Wirtschaft (Anm. 168), S. 408–427; sie beschäftigte bei ihre Gründung 1809 32 Arbeiter in 10 Kategorien, durchweg Handwerker bis auf 2 Hilfsarbeiter (1 Gärtner und 1 Handlanger). Als sich die Arbeiterzahl auf 74 erhöht hatte, überwogen Schlosser (21) und Schreiner (16), daneben fanden sich Drechsler, Gießer, Zeugschmiede, Kupferschmiede, Nagler, Spengler, Feilenhauer und Mühlenmacher – insgesamt 12 Meister, 24 Gesellen und 24 Lehrlinge –, daneben nur 14 (= 9%) „Nebenarbeiter". Vgl. auch ders., Status (Anm. 168), S. 264.

170. Siehe Rupieper, Arbeiter (Anm. 165), S. 72 (zu Cramer-Klett); Schomerus, Arbeiter (Anm. 165), S. 107 zu Esslingen. Gute Beschreibung der noch stark manufakturell geprägten vormärzlichen Situation in Berlin: Baar, Berliner Industrie (Anm. 166), S. 104–115; sowie Schröter u. Becker, Maschinenbauindustrie (Anm. 165), bes. S. 85–94 (mit Beschreibungen früher Fabriken); ebd., S. 64–75 zur primär handwerklichen Herkunft der Maschinenbau-Unternehmer jener Zeit; S. 75–85 zum Sozialprofil der Maschinenbau-Arbeiter. Dazu auch K. Ditt, Industrialisierung, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Bielefeld 1850–1914, Dortmund 1982, S. 75ff., 105ff.; Beschreibungen und Bilder bei W. Ruppert, Die Fabrik. Geschichte von Arbeit und Industrialisierung in Deutschland, München 1983, S. 61ff.

171. In der Maschinenfabrik Esslingen dauerten sie bis zu 2 Jahren. So lange wurden die Arbeiter als „Tagelöhner" geführt und um ca. 20% schlechter bezahlt als die Vollarbeiter des jeweiligen Berufs, die meist im Akkord standen: Schomerus, Arbeiter (Anm. 165), S. 144, 147f. – Daneben gab es weniger zahlreiche, schlechter bezahlte Lehrlinge.

172. Dazu mit vielen Beispielen Fischer, Status (Anm. 168), S. 266–280, vor allem auf Ehrenbergs Daten zur Kruppschen Gußstahlfabrik fußend, die 1844 einen Lohnfächer von 1:4,2 und 1855

von 1:6,6 aufwies, aber eher ein Eisen- und Stahlwerk als ein Maschinenbauunternehmen war. Fischers Konsequenz (S. 280), „daß es so etwas wie eine gemeinsame wirtschaftliche Klassenlage nicht gegeben hat", überzeugt nicht. – Lohndifferenzen bis zu 1:8,5 zeigt Schomerus, Arbeiter (Anm. 165), S. 127ff. für die Maschinenfabrik Esslingen Mitte des Jahrhunderts. Aus den Lohnlisten der Maschinenfabrik Friedrich Harkorts in Wetter a. d. Ruhr ergibt sich für die 70 bis 100 Arbeiter in den 1840er Jahren ein Lohnfächer von 1:6 bis 1:7,5; mit den Schreinern und Schmieden an der Spitze, danach den Drechslern, Feilern und (maschinell arbeitenden) Schraubenschmieden und der Kategorie „verschiedene Arbeiter" am Ende. Nach S. Eisenberger, Industriebetrieb und Klassenbildung. Seminararbeit Universität Bielefeld 1987. Siehe auch Baar, Berliner Industrie (Anm. 166), S. 245 zu Wochenlöhnen in Berliner Maschinenbaubetrieben 1853 zwischen (umgerechnet) 36 Mark (Maximum der Kesselschmiede, Schmiedegesellen am Feuer) und 7,50 bzw. gar 3 Mark (Minimum bei Tagelöhnern und Arbeitsburschen). – Sehr viel einheitlicher die Lohnstruktur in der Berliner Telegrafenbauanstalt Siemens & Halske in den fünfziger Jahren (um 100 Beschäftigte, Manufaktur): J. Kocka, Von der Manufaktur zur Fabrik. Technik und Werkstattverhältnisse bei Siemens 1847–1873, in: K. Hausen u. R. Rürup (Hg.), Moderne Technikgeschichte, Köln 1975, S. 267–290, 272 (*nur 1:2,3*). Schließlich die ebenfalls einheitlichere (1:3) Lohnstruktur der Reichenbachschen Maschinenfabrik Augsburg 1850 nach I. Fischer, Industrialisierung, sozialer Konflikt und politische Willensbildung in der Stadtgemeinde. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte Augsburgs 1840–1914, Augsburg 1978, S. 166. (Der Gulden [fl.] hatte 60 Kreuzer [kr.] und entsprach 0,57 Talern oder – später – 1,71 Mark.) Die durchschnittlichen Tagesverdienste betrugen:

Mechaniker	42 kr.–1 fl.	Kesselschmiedegehilfe	42 kr.
Schlosser	42 kr.–1 fl.	Drechsler	48 kr.
Gießer	54 kr.–1 fl. 24 kr.	Schreiner	42 kr.
Dreher	54 kr.–1 fl. 6 kr.	Maurer	36 kr.
Kernmacher	54 kr.	Tagelöhner	30–36 kr.

173. Vgl. z. B. C. Matschoß, Die Maschinenfabrik R. Wolf Magdeburg-Buckau 1862–1912. Die Lebensgeschichte des Begründers, die Entwicklung der Werke und ihr heutiger Stand. Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens, Magdeburg 1912, S. 31. Ende 1862 zählte die im selben Jahr gegründete Anstalt 25 Arbeiter: 5 Tischler, 2 Schmiede, 1 Helfer, 2 Dreher, 1 Zeugschmied, 6 Schlosser, 1 Hobler, 1 Bohrer, 1 Maschinisten, 2 Arbeiter, 1 Wächter und bereits 2 Lehrlinge.
174. Vgl. Schröter u. Becker, Maschinenbauindustrie (Anm. 165), S. 199f.; Renzsch, Handwerker (Anm. 168), S. 150f.; Rupieper, Arbeiter (Anm. 165), S. 99–108; M. J. Neufeld, From Artisans to Workers: The Transformation of the Skilled Metalworkers of Nuremberg, 1835–1905, Ph.D. Thesis The Johns Hopkins University Baltimore 1984, S. 44–54; Schomerus, Arbeiter (Anm. 165), S. 116–126: Von den 542 Arbeitern der Maschinenfabrik Esslingen waren 1853 23 % Dreher, 22 % Schlosser, 9 % Schmiede und 4 % Schreiner, daneben 23 % „Tagelöhner und Hilfsarbeiter". Diese Arbeiter waren zu 1,1 % in der Modellschreinerei, zu 9,4 % in der Gießerei, zu 29 % in 3 verschiedenen Schmieden, zu 19,2 % in der Dreherei, zu 12,7 % in der Schlosserei und zu 21 % in der Montierwerkstatt beschäftigt (S. 126). Zur leicht andersartigen Gliederung der Fa. Hartmann, Chemnitz 1873 (2.975 Arbeiter) vgl. Renzsch, Handwerker (Anm. 168), S. 152.
175. Zu Cramer-Klett vgl. Neufeld, From Artisans (Anm. 174), S. 39. Zu Siemens Kocka, Manufaktur (Anm. 172), S. 280, 282 (hier Zitate); ders., Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847–1914. Zum Verhältnis von Kapitalismus und Bürokratie in der deutschen Industrialisierung, Stuttgart 1969, S. 62ff., 120ff., 135ff. Etwa zur selben Zeit richteten Siemens & Halske ein Technisches Vertriebsbüro und ein erstes Labor ein (um 1870). *Generell und zum Vergleich mit England:* Schröter u. Becker, Maschinenbauindustrie (Anm. 165), S. 200; Renzsch, Handwerker (Anm. 168), S. 146.
176. Dieses und andere Beispiele bei Baar, Berliner Industrie (Anm. 166), S. 110, 113: 1837 gab es in der Berliner Maschinenbau- und Metallindustrie 30, 1849 114, 1858 246 und 1875 1.055 Dampfmaschinen. Die Zeit der von Pferden betriebenen Göpelwerke und durch Soldaten bewegten Blasebalge (so anfangs noch bei Borsig in Berlin) war vorbei.
177. Im einzelnen dazu Kocka, Unternehmensverwaltung (Anm. 175), S. 117–314. Informativ zur

Angestelltenschaft eines großen Maschinenbauunternehmens jener Zeit: Schomerus, Arbeiter (Anm. 165), S. 172ff.

178. Kocka, Manufaktur (Anm. 172), S. 279f.
179. Ebd., S. 281. Dazu auch Renzsch, Handwerker (Anm. 168), S. 146, 153f., 170: 1870 klagten Chemnitzer Maschinenbauarbeiter: „Der Arbeiter wird zum Maschinenhandlanger und durch das immerwährende Einerlei der Arbeit stumpft er geistig ab, verliert er das Selbstbewußtsein des Menschen".
180. Vgl. Schomerus, Arbeiter (Anm. 165), S. 121ff. zur Zunahme der Arbeiterzahl pro Maschine im Zuge der partiellen Maschinisierung.
181. Vgl. K. Ditt, Technologischer Wandel und Strukturveränderung der Arbeiterschaft in Bielefeld 1860–1914, in: W. Conze u. U. Engelhardt (Hg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten, Stuttgart 1979, S. 237–261, 244–246; zur Rekrutierung von billigeren, anspruchsloseren Heimarbeitern nach 1850 auch Schröter u. Becker, Maschinenbauindustrie (Anm. 165), S. 227; I. Thienel, Städtewachstum im Industrialisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts. Das Berliner Beispiel, Berlin (West) 1973, S. 79. – Zur Wanderung aus dem Bau- und Textilgewerbe in den viel attraktiveren Maschinenbau auch Schomerus, Arbeiter (Anm. 165), S. 107ff., 262ff. – Zur Art der Maschinisierung auch Samuel, Workshop (Anm. 3), S. 40; Renzsch, Handwerker (Anm. 168), S. 154.
182. Vgl. Schomerus, Arbeiter (Anm. 165), S. 144, 147f. zur Anlernzeit; 136ff. zur Nominal- und Reallohnentwicklung; 221ff. zur aufwärtsgerichteten Vermögensentwicklung der Esslinger Maschinenbauarbeiter 1856–1877. Bestätigend Rupieper, Arbeiter (Anm. 165), S. 115. Zahlreiche Lohnangaben für die 50er und 60er Jahre, nach Berufen und Werkstätten differenziert, bei Schröter u. Becker, Maschinenbauindustrie (Anm. 165), S. 272–74.
183. Ausführlich für Chemnitz: Strauss, Lage (Anm. 168), S. 191–94; Schröter u. Becker, Maschinenbauindustrie (Anm. 165), S. 77f., 225.
184. Mit Bezug auf Nürnberg in den 40er Jahren: Rupieper, Arbeiter (Anm. 165), S. 67.
185. In der abgeschiedenen ländlichen Maschinenfabrik von St. Blasien im Schwarzwald wohnten die Arbeiter im Fabrikgebäude, d.h. in einem aufgelassenen Kloster. Vgl. Fischer, Anfänge (Anm. 169), S. 421. Ein weiteres Beispiel von 1827 berichtet Schröter in Schröter u. Becker, Maschinenbauindustrie (Anm. 165), S. 80.
186. Vgl. ebd., S. 80f. zur unregelmäßigen Arbeit und zum mehrtägigen Fernbleiben früher Maschinenbauarbeiter, wenn sie ein paar Tage genug verdient hatten.
187. Rupieper, Arbeiter (Anm. 165), S. 82ff.; Schomerus, Arbeiter (Anm. 165), S. 146f., 126.
188. Dies sehr deutlich für die Jahrzehnte um 1900 bei Ditt, Industrialisierung (Anm. 170), S. 246f. – Ambivalent: Rupieper, Arbeiter (Anm. 165), S. 70ff. – Wenn Schomerus, Arbeiter (Anm. 165), S. 143 die Abnahme der Unqualifizierten diagnostiziert, widerspricht dies nicht notwendig der Annahme, daß gleichwohl die Zahl der schnell angelernten Hilfskräfte zugenommen hat.
189. Kocka, Unternehmensverwaltung (Anm. 175), S. 126, 211ff. – E. Plößl, Augsburg auf dem Weg ins Industriezeitalter, München 1985, S. 42: In Augsburg beschäftigte die Maschinenbauindustrie 1861 1.172 Männer und 1 Frau, 1873 aber 2.262 Männer und 110 Frauen. Im Chemnitzer Maschinenbau waren 1861 von 3.331 Arbeitskräften nur 7, 1875 von 7.448 Beschäftigten 100 weiblich. Kinder waren nicht beschäftigt. Dagegen betrug der Anteil der Frauen an den Beschäftigten der Chemnitzer Textilfabriken 1875 61 %, der der Kinder fast 7 %. Nach Schröter u. Becker, Maschinenbauindustrie (Anm. 165), S. 241. Weitere Zahlen zur Verteilung von Männern und Frauen in den Belegschaften der Maschinenbauindustrie in den Staaten des Zollvereins 1846 und 1861 ebd., S. 278.
190. Schomerus, Arbeiter (Anm. 165), S. 215.
191. Siehe aber zu den Esslinger Maschinenbauarbeitern ebd. S. 259: In der „Aufzuchtphase" der Kinder pachteten die Arbeiterfamilien, soweit möglich, ein Stückchen Land, das sie wieder abstießen, wenn die Kinder das Haus verlassen hatten.
192. Die Belegschaftszahlen der Werke gingen in Rezessionen rapide zurück; in der Maschinenfabrik Esslingen von 1859 bis 1860 von 1.120 auf 713, bei Cramer-Klett in Stuttgart von 1858 bis 1860 auf 2.000 auf 1.166, von 1872/73 auf 1879/80 von 3.300 auf weniger als 1.000, in der Fa. Hartmann, Chemnitz von 1873 bis 1877 von 2.975 auf 1.515. Schomerus, Arbeiter (Anm. 165), S. 296; Rupieper, Arbeiter (Anm. 165), S. 258; Renzsch, Handwerker (Anm. 168), S. 152.

193. Dazu bahnbrechend Schomerus, Arbeiter (Anm. 165), S. 147–152: Eine Niedrigverdienstphase während der Lehre und der Anlernzeit bis etwa zum Zeitpunkt der Heirat (bei Männern durchschnittlich im Alter von 25–27 Jahren) wurde durch eine Hochverdienstphase (vorwiegend Akkordbezahlung) abgelöst, die je nach Beruf im Alter zwischen 40 und 55 in eine alterstypische Niedrigverdienstphase überging, in der man überflüssige Haushalts- und Ausstattungsgegenstände in der Regel abstieß und trotzdem häufig verarmte. Zur Altersarmut in einer anderen Branche: H. Reif, Soziale Lage und Erfahrungen des alternden Fabrikarbeiters in der Schwerindustrie des westlichen Ruhrgebiets während der Hochindustrialisierung, in: AfS 22, 1982, S. 1–94. – H. Schäfer, Die Industriearbeiter. Lage und Lebenslauf im Bezugsfeld von Beruf und Betrieb, in: H. Pohl (Hg.), Sozialgeschichtliche Probleme in der Zeit der Hochindustrialisierung (1870–1914), Paderborn 1979, S. 143–216.
194. So Schomerus, Arbeiter (Anm. 165), S. 133, 227. Als Vermutung schon bei Fischer, Status (Anm. 168), S. 281. Vgl. vor allem A. Lüdtke, „Gefühllose ‚bare Zahlung'"? Geldlohn und Bargeld im Erfahrungszyklus städtischer Lohnabhängiger, 1870–1930, in: M. Gleitler u.a. (Hg.), Zentrale Städte und ihr Umland. Wechselwirkungen während der Industrialisierungsperiode in Mitteleuropa, St. Katharinen 1985, S. 312–336, 315–322: In der Maschinenbauabteilung der GHH verdienten 1869–1872 gelernte Arbeiter im Akkord doppelt so viel wie solche im Zeitlohn, Dreher vier- bis fünfmal soviel wie Hilfsarbeiter, und überdies schwankte der ausgezahlte Lohn ein und desselben Arbeiters von einer 14tägigen Bezahlungsperiode zur nächsten ganz erheblich. – Aber diese großen Spannen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die meisten Verdienste in einem sehr viel engeren Mittelfeld befanden. Am Beispiel einer großen Teerfarbenfabrik der späten 70er Jahre: Der Arbeiterlohn variierte zwischen 1 und 5,20 Mark pro Tag. Aber 85% der 876 Arbeiter erhielten zwischen 2,20 und 3,20 Mark. Nach Dr. Grandhomme, Die Theerfarben-Fabriken der Herren Meister, Lucius & Brüning zu Höchst a. Main in sanitärer und socialer Beziehung, in: Vierteljahresschrift für gerichtliche Medizin und öffentliches Sanitätswesen, N F 32, Berlin 1880, S. 120–125, 280–320; Bd. 33, 1881, S. 78–126, hier S. 69 f. – Für die Berliner Maschinenbauarbeiter der frühen siebziger Jahre gibt Renzsch, Handwerker (Anm. 168), S. 148–150 gute Zahlen. Am besten verdienten die Monteure, d. h. hochqualifizierte Schlosser und Mechaniker (30–42 Mark pro Woche). Die Former und Schmiede verdienten fast ebenso viel. Daran schlossen sich die Dreher (27–36 Mark), sowie die Modelltischler, Nieter und Kesselschmiede (24–30 Mark pro Woche) an. Die meisten angelernten Arbeiter an den Werkzeugmaschinen (Maschinenschlosser, Hobler, Fräser und Bohrer) brachten es auf 18–30, die verschiedenen Helfer, Zuarbeiter, Transportarbeiter etc. auf 12–21 Mark.
195. Vgl. ebd. S. 155–173, 170 zusammenfassend zur Rolle der handwerklichen Prägung. Dazu auch J. Kocka, Einführung und Auswertung, in: U. Engelhardt (Hg.), Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984, S. 461–468, 465; demn. ders., Arbeiterleben (Anm. 151).
196. K. Emsbach, Die soziale Betriebsverfassung der rheinischen Baumwollindustrie im 19. Jahrhundert, Bonn 1982, S. 295.
197. Als einflußreiches Beispiel sehe man Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1 durch: Zumeist steckt die Textilfabrik hinter seiner Kritik an der Fabrik und ihren Arbeitsverhältnissen. MEW, Bd. 23, S. 56 f., 400 f., 441–450, 474, 484, 508.
198. Für 1847 vgl. JbSPS 2, 1867, S. 244 und oben Tab. 17. Für 1875 oben Tab. 16 auf S. 80.
199. Oben S. 232–249.
200. F.-W. Henning, Die Industrialisierung in Deutschland 1800 bis 1914, Paderborn 1973, S. 137.
201. Oben S. 241 f.
202. StdDtR 35/I, 1879, S. 866. Ebd. auch zum hier nicht behandelten, noch kaum fabrikmäßig organisierten Seidengewerbe. Viele Unternehmen mischten oder wechselten die Rohstoffe, entsprechend unmöglich ist eine saubere Abgrenzung zwischen den drei Branchen. Auch enthalten die Zahlen nicht die nebengewerblichen Arbeiter (besonders zahlreich im weiterhin stark heimgewerblichen Flachs- und Leinensektor).
203. Die Baumwollindustrie ist auch am besten untersucht. Vgl. G. Kirchhain, Das Wachstum der deutschen Baumwollindustrie im 19. Jahrhundert. Eine historische Modellstudie zur empirischen Wachstumsforschung, Diss. Münster 1973; Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196); G. Adelmann, Strukturwandlungen der rheinischen Leinen- und Baumwollgewerbe zu Beginn der Indu-

strialisierung, in: VSWG 53, 1966, S. 162–184; R. Schüren, Staat und ländliche Industrialisierung. Sozialer Wandel in zwei Dörfern einer deutsch-niederländischen Textilgewerberegion 1830–1914, Dortmund 1985. – Zur Wolle: H. Blumberg, Die deutsche Textilindustrie in der industriellen Revolution, Berlin (Ost) 1965. – Zum Leinen vgl. die entsprechenden Kapitel bei Ditt, Industrialisierung (Anm. 170). – Über alle drei Branchen: P. Borscheid, Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung. Soziale Lage und Mobilität in Württemberg (19. Jahrhundert), Stuttgart 1978, S. 21–139. – Im übrigen die Literatur zu Kap. 4 oben. – Kirchhain, Wachstum, S. 73: In der Baumwoll*spinnerei* waren 1820 12.000, Mitte der 30er Jahre 18.000, um 1850 20.000 und Mitte der 70er Jahre 51.000 beschäftigt; ab 1850 gilt die Baumwollspinnerei als vollmaschinisiert. Die Baumwoll*weberei* beschäftigte zu denselben Stichjahren etwa 80.000, 130.000, 210.000 und 227.000 Menschen (nach Kirchhain). Schätzungsweise 80 bis 90.000 dieser 227.000 Baumwollweber von 1875 dürften Fabrikarbeiter gewesen sein. Zur österreichischen Entwicklung vgl. Brusatti, Entwicklung (Anm. 51), S. 196–205.

204. Relativ genau bei Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 265–269, 275–294, 378–382, 432–438. Zum Produktivitätsgewinn die Schätzungen bei Kirchhain, Wachstum (Anm. 203), S. 95.

205. Bau, Größe und Aussehen von Spinnereien: H. Schäfer, Fabrikkultur im Elsaß während der Industrialisierung. Eine Annäherung an die Frage nach der Kultur des industriellen Arbeitsplatzes, in: Technikgeschichte 52, 1985, S. 275–298, 277–283 (mit Bildern); Ruppert, Fabrik (Anm. 170), S. 155ff.; Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 261–264, 270–275, 412ff., 425–427; zur Ravensberger Spinnerei: Ditt, Industrialisierung (Anm. 170), S. 64–67 sowie Umschlagsbild; G. Engel, Ravensberger Spinnerei AG Bielefeld. Fs. zum 100jährigen Bestehen 5. Nov. 1954, Bielefeld 1954.

206. Man vgl. für die Baumwollspinnerei die Arbeitsablaufbeschreibungen, wie sie für den Vormärz und für das Ende des 19. Jahrhunderts überliefert sind, bei Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 292–295 u. 432–438; nach H. B. [Hermann Busch], Zur Technik und Geschichte der Baumwoll-Handspinnerei des M.-Gladbacher Bezirks (1800–1860), M. Gladbach 1909, S. 2ff.; M. Bernays, Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie. Dargestellt an den Verhältnissen der „Gladbacher Spinnerei und Weberei" AG zu München Gladbach im Rheinland, Leipzig 1910, S. 251ff.; G. Baum, Die Baumwoll-Spinnerei und Weberei in ihrer bautechnischen und maschinellen Entwicklung, Berlin 1913, S. 32ff. (mit Abbildungen); die Beschreibung des Arbeitsgangs in der Flachsspinnerei (vom Hecheln bis zur Bleiche) bei Ditt, Industrialisierung (Anm. 170), S. 102; vgl. auch Baar, Berliner Industrie (Anm. 166), S. 42–46 (Baumwoll- und Wollspinnerei in Berlin).

207. Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 265. Weitere Beispiele bei Strauss, Lage (Anm. 168), S. 48f. (Chemnitz der 30er Jahre); Fischer, Status (Anm. 168), S. 271f.: Danach verhielt sich in Chemnitz 1847 die Bezahlung eines Andrehkindes zu der Durchschnittsbezahlung eines Krempelmeisters wie 1:14. Sieht man von den Extremen (Kinder, Meister) ab, verhielt sich der Lohn jugendlicher Arbeiterinnen zum Lohn von männlichen Facharbeitern wie 1:3,3.

208. Nach Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 268f., 420, 414, 423.

209. E. Gottheiner, Studien über die Wuppertaler Textilindustrie und ihre Arbeiter in den letzten zwanzig Jahren, Leipzig 1903, S. 58; zu den 1870er Jahren: A. Thun, Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter, 2 Bde., Leipzig 1879, Bd. 1, S. 163; zu Bielefeld Ditt, Technologischer Wandel (Anm. 181), S. 248f.; Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 422, 501–503; Bernays, Auslese (Anm. 206), S. 15f.

210. Thun, Industrie (Anm. 209), Bd. 1, S. 163; Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 386–395, 20–21.

211. Dies als Beschreibung einer Bielefelder Leinenweberei nach Ditt, Industrialisierung (Anm. 170), S. 103.

212. Blumberg, Textilindustrie (Anm. 203), S. 309.

213. Vgl. Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 390; E. Gröllich, Die Baumwollweberei der sächsischen Oberlausitz und ihre Entwicklung zum Großbetrieb, Leipzig 1911, S. 50ff., 74; L. Bein, Die Industrie des sächsischen Voigtlandes. Wirtschaftsgeschichtliche Studie. Zweiter Theil. Die Textilindustrie, Leipzig 1884, S. 343ff.; oben S. 277ff. zu weiteren Motiven der Ablehnung der Textilfabriken durch qualifizierte Textil-Heimarbeiter. Zur Rekrutierungspraxis Ditt,

Industrialisierung (Anm. 170), S. 105–108; S. 65ff. zur Bielefelder Mechanischen Weberei von 1862 (mit 1865 400 und 1874 500 Arbeitern). – Borscheid, Textilarbeiterschaft (Anm. 203), S. 307–331 (zur sozialen Herkunft der württembergischen Textilarbeiterschaft).

214. Dazu W. Köllmann (Hg.), Wuppertaler Färbergesellen-Innung und Färbergesellen-Streiks 1848–1857. Akten zur Frühgeschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wiesbaden 1962. In diesen Streiks forderten die Färber allerdings vor allem bessere Löhne. Zu den hier nur angedeuteten Industrialisierungsprozessen im Veredelungsbereich: Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 398–403 (Färbereien und Stoffdruckereien um Wuppertal); Strauss, Lage (Anm. 168), S. 25–39 (Kattundrucker in Chemnitz); Blumberg, Textilindustrie (Anm. 203), S. 304f.

215. Vgl. oben S. 243f. Insofern bestätigt die Entwicklung in einigen Branchen die ältere Lehrmeinung, die vom „Auszug der Gelernten und Einzug der Ungelernten" in der frühen Industrialisierung sprach. So – oft zitiert und viel kritisiert – R. Dahrendorf, Industrielle Fertigkeiten und soziale Schichtung, in: KZSS 8, 1956, S. 540–568, bs. 542–547. Zur Kritik etwa Fischer, Status (Anm. 168), S. 258ff. – Der 2. Teil von Dahrendorfs These – eine Rückkehr der Gelernten und ein Auszug der Ungelernten hätten in späteren Phasen der Industrialisierung stattgefunden – dürfte ebenfalls im Groben zutreffen, obgleich die beiden Phasen weniger klar unterschieden waren, als der Soziologe meint. Schon in der ersten Phase fanden *auch* Qualifizierungsprozesse statt (vgl. oben S. 420, 424f.). Umgekehrt kam es auch in späteren Phasen zu Dequalifizierungsprozessen. Auf jeden Fall viel zu einfach die generelle Dequalifizierungsthese bei H. Braverman, Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß (Labor and Monopoly Capital, 1974), Frankfurt 1977.

216. Vgl. G. Schulz, Die betriebliche Lage der Arbeiter im Rheinland vom 19. bis zum beginnenden 20. Jahrhundert, in: RhVjBll. 50, 1986, S. 150–189, 171f. zur weit unterdurchschnittlichen Bereitschaft der Textilindustrie, Lehrlinge auszubilden.

217. Dequalifizierung und Autonomieverlust gingen meist, aber nicht notwendigerweise, Hand in Hand. Zumindest gab es Prozesse der Dequalifizierung ohne gleichzeitigen Autonomieverlust, wie an bestimmten Maschinenarbeitern mit Aufsichtsfunktion in der Eisen- und Stahlindustrie gezeigt wurde (oben S. 419ff.). Vgl. dazu systematisch H. Kern u. M. Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein, Bd. 1, Frankfurt 1970, S. 134–140, bes. 135f.; 87–93; 97–105.

218. Vgl. oben S. 349f. und sehr gut Ditt, Industrialisierung (Anm. 170), S. 105–108.

219. Wie gezeigt, mußte die (kollektive) Dequalifizierung einer Belegschaft dann nicht zur (individuellen) Dequalifizierung einzelner Arbeiter führen, wenn der betreffende Arbeitsmarkt expandierte und die Ersetzung von Stellen für Gelernte durch Stellen für Angelernte nicht abrupt erfolgte. Vgl. oben S. 444f.

220. Das Klopfen der Baumwolle gehörte zur Vorbereitung des Spinnens; es war harte, „fürchterliche Arbeit", anstrengend, ungesund wegen der Staub- und Flockenentwicklung, dem Getreidedreschen nicht unähnlich. Seit den 1850er Jahren wurde es allmählich maschinisiert. Vgl. H. Herkner, *Die oberelsässische Baumwollindustrie und ihre Arbeiter aufgrund der Thatsachen dargestellt*, Straßburg 1887, S. 298; Schäfer, Fabrikkultur (Anm. 205), S. 287.

221. Der Vergleich bei Ditt, Industrialisierung (Anm. 170), S. 108–112; weiterhin Fischer, Industrialisierung Augsburg (Anm. 172), S. 121–126; Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 319–321, 455ff.; W. Eberwein u. a. Belegschaft und Unternehmer: Über die Entstehung, Entfaltung, Durchsetzung und Integration des betrieblichen Mitbestimmungsstrebens der industriellen Belegschaften, Bd. 1, Universität Bremen 1982, S. 251ff.; zu den milderen württembergischen Verhältnissen vgl. Borscheid, Textilarbeiterschaft (Anm. 203), S. 374–379. Generell P.N. Stearns, The Unskilled and Industrialization. A Transformation of Consciousness, in: AfS 16, 1976, S. 249–282.

222. Jedenfalls weist die negative Beurteilung von Meisterwillkür durch Arbeiter in anderen Branchen in diese Richtung. Vgl. Kocka, Unternehmensverwaltung (Anm. 175), S. 223–225.

223. Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 296–298 mit weiterer Literatur. Daran besserte sich bis zur Mitte der 70er Jahre wenig, abgesehen von der häufigen Umstellung auf Gasbeleuchtung seit Mitte der 50er Jahre. Dazu ebd., S. 427ff. Erst mit den späten 70er Jahren setzen Verbesserungen ein, die durch den Einfluß der Sozialgesetzgebung vorangetrieben wurden. – Bestätigend

die Schilderung der Bielefelder Flachsspinnerei im dritten Jahrhundertviertel bei Ditt, Industrialisierung (Anm. 170), S. 102.

224. Nach Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 306–311, 461–478; Schüren, Staat (Anm. 203), S. 134; K. Ditt, Arbeitsverhältnisse und Betriebsverfassung in der deutschen Textilindustrie des 19. Jahrhunderts unter bes. Ber. der Bielefelder Leinenindustrie, in: AfS 21, 1981, S. 55–75, 63–66; Thun, Industrie (Anm. 209), Bd. 2, S. 210 zur Blechvorrichtung, die den „graubleichen, muskellosen Arbeitern" umgebunden war, welche von 6 bis 21 Uhr arbeiteten. – Zur Arbeitszeit vor allem Kirchhain, Wachstum (Anm. 203), S. 86 (mit tieferen Schätzungen für die deutsche Baumwollindustrie insgesamt); und R. Meinert, Die Entwicklung der Arbeitszeit in der deutschen Industrie 1820–1956, Diss. Münster 1958, S. 57, 60 mit höheren Schätzungen; J. Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1849 bis 1870 (= Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 2), Berlin (Ost) 1962, S. 178, 182, der für die 1860er Jahre eine dreizehn- bis vierzehnstündige Arbeitszeit berichtet und den Rückgang in den sechziger Jahren einsetzen sieht. So auch mit einem württembergischen Beispiel Borscheid, Textilarbeiterschaft (Anm. 203), S. 367. Zuletzt Ch. Deutschmann, Der Weg zum Normalarbeitstag. Die Entwicklung der Arbeitszeiten der deutschen Industrie bis 1918, Frankfurt 1985, S. 149ff.

225. Wenngleich an die englische und amerikanische, im Zusammenhang mit Sklavenhandel und Sklavenarbeit. Das Kapital, Bd. 1 (MEW 23), S. 788.

226. Siehe Kirchhain, Wachstum (Anm. 203), S. 78; W. Sombart, Die Arbeiterverhältnisse im Zeitalter des Frühkapitalismus, in: ASS 44, 1917/18, S. 19–51, 41f.; Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 314 (Lohnschwankungen), 300ff. zu den Versuchen der Unternehmer im Vormärz, die Arbeiter durch langfristige Verträge, lange Kündigungsfristen, Einbehaltung von Lohnbestandteilen und Polizei am Weglaufen zu hindern.

227. Soweit dies aufgrund punktueller Vergleiche gesagt werden kann, 40% der Neuankömmlinge verließen die Baumwollfabrik von Kuchen (Württemberg) innerhalb eines Jahres, im Durchschnitt der Periode von 1871 bis 1914; weitere 16% im 2. Jahr; immerhin 25% blieben über 5 Jahre. Frauen verweilten länger als Männer. Nach Borscheid, Textilarbeiterschaft (Anm. 203), S. 282. Vgl. oben S. 435 zu einem Beispiel aus der Hüttenindustrie. – In Bielefeld war im späten 19. Jahrhundert die Verweildauer der Metallarbeiter kürzer als die der Textilarbeiter. Vgl. Ditt, Technologischer Wandel (Anm. 181), S. 256–259.

228. Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 322.

229. Beispiele für die 60er und 70er Jahre bei Thun, Industrie (Anm. 209), Bd. 1, S. 172f.

230. Zur näheren Ausführung dieses Gedankens mit zahlreichen Beispielen vgl. J. Kocka, Technik und Arbeitsplatz im 19. Jahrhundert, in: T. Buddensieg u. H. Rogge (Hg.), Die Nützlichen Künste. Gestalten der Technik und Bildende Kunst seit der Industriellen Revolution, Berlin (West) 1981, S. 117–121. Vgl. F.-W. Henning, Humanisierung und Technisierung der Arbeitswelt. Über den Einfluß der Industrialisierung auf die Arbeitsbedingungen im 19. Jahrhundert (1976), in: J. Reulecke u. W. Weber (Hg.), Fabrik – Familie – Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, Wuppertal 1978, S. 57–88.

231. Zur sozialen Herkunft der Textilunternehmer vgl. H. Wutzmer, Die Herkunft der industriellen Bourgeoisie Preußens in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts, in: H. Mottek u. a., Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin (Ost), 1960, S. 145–163; Kocka, Unternehmer (Anm. 110), S. 43ff.; H. J. Teuteberg, Westfälische Textilunternehmer in der Industrialisierung. Sozialer Status und betriebliches Verhalten im 19. Jahrhundert, Dortmund 1980. – Zur vergleichsweisen unterentwickelten Angestelltenschicht im Textilbereich Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 413f.

232. Die Einrichtungen für die Wohlfahrt der Arbeiter (Anm. 139), S. 188f. im Vergleich zur Preußischen Statistik 40 (Anm. 112), S. 15: In 1.143 Fällen besaßen textilindustrielle Betriebe (mit mindestens 30 Beschäftigten) betriebliche Sozialeinrichtungen, wie oben S. 429 definiert. Das entsprach 20% der größeren (10 Beschäftigte und mehr) Textilbetriebe. Die entsprechenden Prozentzahlen für den Maschinenbau lauteten 32%, für das Polygraphische Gewerbe dagegen nur 11%, für Bergbau und Hüttenwesen 20%, für die Chemie 41,5% und für den Durchschnitt aller Unternehmen 19%. Vgl. zur Erläuterung oben Anm. 139. – Frühe Beispiele u. a. bei H. J. Teuteberg, Geschichte (Anm. 63), S. 221ff.; Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 361ff. (seit den vierziger Jahren), 539ff.; Schulz, Betriebliche Lage (Anm. 216), S. 167–170.

233. 1872 schrieb der Bürgermeister im rheinischen Engelskirchen: „Die Anhäufung so vieler Personen in den einzelnen Räumen, der Geruch des Oels, der Staub, die Ausdünstung der bei schlechtem Wetter durchnäßten Kleidungsstücke der Arbeiter, verunreinigen die Luft in einer jeder Ventilation spottenden Weise, wie solches der den Arbeitern und Arbeiterinnen anhaftende Geruch beweist, den man an denselben beim Verlassen der Fabrik jederzeit wahrzunehmen Gelegenheit hat." Nach Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 428.
234. Beispiele bei Thun, Industrie (Anm. 209), Bd. 1, S. 173; Fischer, Status (Anm. 168), S. 262; Ditt, Technologischer Wandel (Anm. 181), S. 255 zur Diskriminierung der Spinnerei in Bielefeld im späten 19. Jahrhundert. Man sprach von „Spinnerschicksen" und von der Ravensberger Spinnerei als „Zuchthaus".
235. Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 322ff., 504ff., 517ff.; Borscheid, Textilarbeiterschaft (Anm. 203), S. 307ff.
236. So Ditt für Bielefeld in: Technologischer Wandel (Anm. 181), S. 253–261; Schomerus, Arbeiter (Anm. 165), S. 262ff.
237. Nach Ditt, Industrialisierung (Anm. 170), S. 114; Fischer, Industrialisierung Augsburg (Anm. 172), S. 163, 160.
238. Nach Baar, Berliner Industrie (Anm. 166), S. 245–248 mit vielen weiteren Angaben.
239. Zur Lohnentwicklung vgl. Fischer, Industrialisierung Augsburg (Anm. 172), S. 159ff.; Ditt, Industrialisierung (Anm. 170), S. 113ff. – Zahlreiche Lohnangaben auch für Textilarbeiter im Vergleich zu anderen Sparten (mit insgesamt skeptischerer Einschätzung der Entwicklung): Kuczynski, Geschichte, Bd. 2 (Anm. 224), S. 224–228, 226; Blumberg, Textilindustrie (Anm. 203), S. 316ff.; Borscheid, Textilarbeiterschaft (Anm. 203), S. 379ff.

239a. Dazu demn, Kocka, Volksbewegung (Anm. 39).

240. Siehe auch die Beispiele für Köln bei H. Milz, Das Kölner Großgewerbe von 1750 bis 1835, Köln 1962, S. 34, 94; zu Chemnitz Strauss, Lage (Anm. 168), S. 53, 341., 358; für Preußen und Züllichau: Blumberg, Textilindustrie (Anm. 203), S. 352, 354, 359; zu Glauchau-Meerane: M. Hilbert, Kinderarbeit im Industriebezirk Glauchau, in: Sächsische Heimatblätter 9, 1963, S. 15–24, S. 19f.
241. Zitiert nach J. Kuczynski, Hardenbergs Umfrage über die Lage der Kinder in den Fabriken und andere Dokumente aus der Frühgeschichte der Lage der Arbeiter (= ders., Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 8), Berlin (Ost) 1960, S. 24. Hardenbergs Zirkular an die Oberpräsidenten der gewerbereichen preußischen Provinzen wurde von dem Verwaltungsbeamten J.G. Hoffmann verfaßt. Vgl. R. Koselleck, Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848, Stuttgart 1967, S. 624.
242. Strauss, Lage (Anm. 168), S. 135; Beschreibung und Verteidigung der Kinderarbeit in den Spinnereien: Mohl, Gewerbs-Industrie (Anm. 5), S. 243ff., 362ff. – Zur Kinderarbeit im Heimgewerbe und in den (wenigen) Fabriken des Reg.-Bez. Arnsberg 1825 (mit Altersangaben, Art der Tätigkeit und Arbeitszeit): Anton, Geschichte (Anm. 12), S. 24–33; 34–41 zu anderen Teilen Preußens. Weiter Beispiele in: J. Kuczynski, Studien zur Geschichte der Lage des arbeitenden Kindes in Deutschland von 1700 bis zur Gegenwart (= ders., Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 19), Berlin (Ost) 1968, S. 70–77.
243. Am Beispiel von Chemnitz Strauss, Lage (Anm. 168), S. 36–39.
244. Kuczynski, Hardenbergs Umfrage (Anm. 241), S. 25. Kuczynskis Interpretation ebd. S. 4–21 ist mißlungen. Interessant: Koselleck, Preußen (Anm. 241), S. 624–627: die Sorge um die Verkümmerung der Kinder als Ausdruck eines noch nicht vom Wirtschaftsliberalismus geprägten, älteren, die Sozialverantwortlichkeit des Staates betonenden Beamtenbewußtseins, das in den folgenden Jahrzehnten der industriekapitalistischen Revolution verschüttet wurde.
245. Strauss, Lage (Anm. 168), S. 53 (Zitat), 34, 358; Mohl, Gewerbs-Industrie (Anm. 5), S. 200; regionale Unterschiede bei Blumberg, Textilindustrie (Anm. 203), S. 344–348; Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 325ff.; Kuczynski, Lage des arbeitenden Kindes (Anm. 242), S. 43ff., 69ff.; Plößl, Augsburg (Anm. 189), S. 48 zu den geschlechtsspezifischen Vorannahmen; Emsbach, S. 425 zum primär männlichen Aufsichtspersonal (auch Zitat); 432–441 zur Geschlechterverteilung in den Arbeitsabläufen von Spinn- und Webfabriken um 1900; vor allem nach Bernays, Auslese (Anm. 206), S. 251ff.

246. Vgl. K. Hausen, Einleitung, in: dies (Hg.), Frauen suchen ihre Geschichte. Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, München 1983, S. 7–20, 8.

247. Vgl. oben S. 460 sowie Strauss, Lage (Anm. 168), S. 49 zur Abstufung der Wochenlöhne in Chemnitzer Spinnfabriken 1847 (1 Taler = 3 Mark):

Meister	6–7 Taler
Maschinenschlosser	über 3 Taler
Tagelöhner und Spinner (an Maschinen)	2–2½ Taler
Kremplerin, Weiferin	1 Taler
Andrehkind	½ Taler

Nach Baar, Berliner Industrie (Anm. 166), S. 247 verdiente man in Berliner Kattundruckereien 1853 folgende Wochenlöhne:

Graveure	18–30 Mark
Walzendrucker	13,50–27 Mark
Fabrikarbeiter	9 Mark
Arbeiterin	3–4,50Mark
Streichjungen	2–3 Mark

In Augsburger Baumwollwebereien erhielten Frauen 1874 zwischen 7,80 und 12 Mark, 12–14jährige „Jugendliche" (in Wahrheit: Kinder) zwischen 4,45 und 5,40 Mark, 14–16jährige Jugendliche 6,20–9,85 Mark. Nach Fischer, Industrialisierung Augsburg (Anm. 172), S. 160, 163. – Vgl. die sehr instruktive Aufstellung zur Verteilung von Männern, Frauen und Kindern in den verschiedensten Sparten der Augsburger Fabrikindustrie 1840 mit Lohnangaben in: K.v. Zwehl u. S. Boenke (Hg.), Aufbruch ins Industriezeitalter, Bd. 3: Quellen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, München 1985, S. 197. – G. Meissl, Arbeitslohn und Arbeitsleistung, in: Beiträge zur historischen Sozialforschung 10, 1980, S. 54–58 (Niederösterreich).

248. Vgl. Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 531; Thun, Industrie (Anm. 209), Bd. 1, S. 172.

249. G. Mayr, Statistik der in bayrischen Fabriken und größeren Gewerbebetrieben zum Besten der Arbeiter getroffenen Einrichtungen, in: Zs. d. Kgl. bayerischen statist. Bureau 7, 1875, S. 38–157, 137. – Vgl. auch Zwahr, Konstituierung (Anm. 22), S. 126f. zu unterschiedlichen Verheiratetenquoten der verschiedenen Berufsgruppen in Leipzig 1849 und 1875: 38 und 88% bei den „Fabrikarbeitern", dagegen 0 und 1% bei den „Fabrikarbeiterinnen", 0 und 8% bei den Spinnerinnen. – Von 226.000 „Fabrikarbeiterinnen" im Deutschen Reich 1875 waren insgesamt 34% über 25 Jahre alt und 24% verheiratet; insgesamt waren 55% der über 25 Jahre alten Frauen verheiratet. Nach: Ergebnisse der über die Frauen- und Kinder-Arbeit in den Fabriken auf Beschluß des Bundesraths angestellten Erhebungen, zus.-gest. im Reichskanzler-Amt, Berlin 1877, S. 15f.

250. Beispiele bei Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 533f. – Die umgekehrte Argumentation kam ebenfalls vor. Vgl. Deutschmann, Weg (Anm. 224), S. 96.

250a. Vgl. die Arbeitsgebiete der erwerbstätigen (immerhin 67%) Witwen in Berlin 1867 bei H. Schwabe, Resultate der Berliner Volkszählung vom 3. Dec. 1867, Berlin 1869, S. CXII.

251. Dazu und zum vornehmlich von Mädchen und Frauen besetzten häuslichen Gesindedienst vgl. oben Kap. 2–5.

252. Vgl. oben Tab. 16 auf S. 80 und U. Frevert, Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit, Frankfurt 1986, S. 82.

253. Nur die Chemie-Fabriken und das Polygraphische Gewerbe brachten es auf einen Verheiratetenanteil von 15–16%. Vgl. oben S. 80, Tab. 16, bezogen auf Belegschaften von Betrieben mit über 5 Beschäftigten. Könnte man einen engeren Begriff von Fabrik wählen und die kleineren Betriebe ausschalten, käme man zu einer noch stärkeren Konzentration der Arbeiterinnen im Textilbereich. Siehe Ergebnisse (Anm. 249), S. 15: Von 226.000 Fabrikarbeiterinnen waren danach 128.500 in der Textilindustrie und 34.000 in der Zigarrenindustrie. – Vgl. zu den nach Arbeiterinnenanteil führenden *größeren* Zweigen 1861: v. Viebahn, Statistik (Anm. 5), S. 1030: Baumwollspinnereien, Tabakverarbeitung, Zuckerfabriken und Strumpfwarenherstellung lagen an der Spitze, was die Beschäftigung von Frauen betraf. Vgl. weiterhin die instruktiven Tabellen zu den Männer- und Frauenanteilen in verschiedenen Branchen der Augsburger Industriearbeiterschaft

1847, 1861, 1873, 1901 und 1908 bei Plößl, Augsburg (Anm. 189), S. 42; sowie in der Rheinprovinz 1875 und 1895 bei Schulz, Betriebliche Lage (Anm. 216), S. 166.

254. Vgl. Sombart, Arbeiterverhältnisse (Anm. 226), S. 47ff., 49ff.; ders., Kapitalismus, Bd. 2/II (Anm. 5), S. 837–840.

255. Vereinzelte Beispiele bei Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 328, Anm. 1230; Strauss, Lage (Anm. 168), S. 34f., 53 (zur Anwendung der Prügelstrafe in der Fabrik); H. Matzerath, Industrialisierung, Mobilität und sozialer Wandel am Beispiel der Städte Rheydt und Rheindahlen in: H. Kaelble u. a., Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1978, S. 13–79, 55. – Englische Beispiele bei N.J. Smelser, *Social Change in the Industrial Revolution. An Application of Theory to the Lancashire Cotton Industry 1770–1940*, London 1967, S. 180–265.

256. Thun, Industrie (Anm. 209), Bd. 2, S. 91f.

257. Auskunft von G. Kister, jetzt Tübingen.

258. Thun, Industrie (Anm. 209), Bd. 2, S. 173–175. Zu weiteren Beispielen dieser Art von Kritik vgl. Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 442–445, 331.

259. A. Schmidt, Die Zukunft der arbeitenden Klassen und die Vereine für ihr Wohl. Eine Mahnung an die Zeitgenossen, Berlin 1845, S. 25. Der Autor war Geschichtsprofessor an der Universität zu Berlin.

260. Vgl. A. Ulrich, Bordelle, Straßendirnen und bürgerliche Sittlichkeit in der Belle Epoque, Zürich 1985; R. Schulte, Sperrbezirke. Tugendhaftigkeit und Prostitution in der bürgerlichen Welt, Frankfurt 1979.

261. Fischer, Industrialisierung Augsburg (Anm. 172), S. 145 (Zitat). Sehr instruktiv der kritische Rückblick von Hermann Enters, einem später erfolgreichen Schlosser, auf seine Kindheit Mitte des Jahrhunderts. Der Vater, ein Wuppertaler Heimweber (verlegt) nutzte das Kind früh aus (am Spulrad seit dem fünften Lebensjahr z. B.), zugleich blieb es der strengen, harten elterlichen Erziehung ausgesetzt. Die kleine, mühselige Welt des jungen Hermann Enters, Erinnerungen eines Amerika-Auswanderers an das frühindustrielle Wuppertal, hg. v. H. Born, Wuppertal 1971², bes. S. 24–32, 51–58, 97f.

262. Im Grund hatte schon Hardenbergs Zirkular von 1818 das Thema angeschlagen. Vgl. oben S. 463f. u. Anm. 241. Ansätze des Arguments bereits in einer Warnung des Magdeburger Magistrats vor der Einrichtung größerer Tabakfabriken 1799 bei Dahms, Geschichte (Anm. 16), S. 13. – Weitere Beispiele bei Tennstedt, Sozialgeschichte (Anm. 18), S. 158, 105f., 108f.; sowie vor allem bei Anton, Geschichte (Anm. 12), S. 41–77. – Vgl. auch A. Diesterweg, Ueber den Gebrauch der Kinder zur Fabrik-Arbeit. Aus pädagogischem Gesichtspunkt betrachtet, in: Rheinisch-Westfälische Monatsschrift für Erziehung und Volksunterricht, Aachen, März 1826, S. 161ff.; wd. in: R. Alt (Hg.), Kinderausbeutung und Fabrikschulen, Berlin (Ost) 1958, S. 179f. (hier auch viele weitere Quellen). – A. Meyer, Schule und Kinderarbeit. Das Verhältnis von Schul- und Sozialpolitik in der Entwicklung der preußischen Volksschule zu Beginn des 19. Jahrhunderts, Diss. Hamburg 1971.

263. Zum Rückgang in den verschiedensten Bereichen: Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 334–339, 524–528; Tennstedt, Sozialgeschichte (Anm. 18), S. 109; zum sehr langsamen Rückgang in sächsischen Städten: Strauss, Lage (Anm. 168), S. 34ff., 358; Hilbert, Kinderarbeit (Anm. 240), S. 15–24; Blumberg, Textilindustrie (Anm. 203), S. 353–359; Fischer, Industrialisierung Augsburg (Anm. 172), S. 144ff.; G. Schulz, Integrationsprobleme der Arbeiterschaft in der chemischen Industrie und im Maschinenbau des Rhein-Main-Gebiets 1870–1914, in: H. Pohl (Hg.), Forschungen zur Lage der Arbeiter im Industrialisierungsprozeß, Stuttgart 1978, S. 65–106, 83f. (auch zur Papierindustrie). Kuczynski, Lage des arbeitenden Kindes (Anm. 242), S. 103–114 (mit gegenläufigen, für die Gesamttendenz nicht repräsentativen Beispielen); Anton, Geschichte (Anm. 12), S. 134–147.

264. Das ökonomistische Argument im marxistischen Umkreis z. B. bei Blumberg, Textilindustrie (Anm. 203), S. 353; aber auch bei K.-H. Ludwig, Die Fabrikarbeit von Kindern im 19. Jahrhundert. Ein Problem der Technikgeschichte, in: VSWG 52, 1965, S. 63–85. Beispiele für die partielle Triftigkeit des Arguments u. a. bei Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 234ff.

265. Dieser Vergleich zwischen dem west-münsterländischen Textilgebiet (mit preußischer Gesetzgebung) und dem angrenzenden, ähnlich strukturierten holländischen Twente sehr gut bei Schü-

ren. Staat (Anm. 203), S. 131–133. Der offenbar in Sachsen besonders langsame Rückgang der Kinderarbeit dürfte mit dem dort sehr späten Erlaß eines Schutzgesetzes (erst 1861) zusammenhängen. Vgl. Hilbert, Kinderarbeit (Anm. 240), bes. S. 19, 22f.

266. Zur Gesetzgebung in Preußen vgl. Anton, Geschichte (Anm. 12); einen Überblick über die Gesetzgebung in verschiedenen deutschen Einzelstaaten und anderen europäischen Staaten gibt R. Friderici, Kinderarbeit in kurhessischen Fabriken und Bergbaubetrieben (1841–1866) in: Hessisches Jb. f. LG 12, 1962, S. 211–229. In Kurhessen fehlte es an einer Schutzgesetzgebung bis zur Übernahme der preußischen im Jahre 1866, und so zeigte sich bis in die 1860er Jahre (S. 227) keine Änderung. Vgl. auch J. Kermann, Vorschriften zur Einschränkung der industriellen Kinderarbeit in Bayern und ihre Handhabung in der Pfalz, in: Jb. f. westdeutsche LG 2, 1976, S. 311–374; G. Marckhgott, Kinderarbeit am Beispiel Österreich, in: Arbeit – Mensch – Maschine. Der Weg in die Indutriegesellschaft, Steyr 1988², S. 83–90 (gesetzliche Regelung erst 1859, nach Verbreitung in einzelnen Regionen, z.B. Oberösterreich 1845: S. 89); W. Schulze, Kinderarbeit und Erziehungsfragen in Preußen zu Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Soziale Welt 9, 1958, S. 299–309; zum Protest der Fabrikanten gegen die gesetzliche Einschränkung der Kinderarbeit bzw. der Kinder-Arbeitszeit vgl. Ludwig, Kinderarbeit (Anm. 264), S. 74; Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 333, 336ff.

267. Wenig ins Gewicht fielen wohl auch die Proteste der entstehenden Arbeiterbewegung. Vgl. zu 1848 in Wien: G. Otruba, Wiener Flugschriften zur Sozialen Frage 1848, Bd. 1: Arbeiterschaft, Handwerk und Handel, Wien 1978, S. XXIV.

268. Zu diesem in der Literatur häufig in den Vordergrund gestellten Motiv des Generalleutnants Horn 1828: Anton, Geschichte (Anm. 12), S. 50f.

269. Aus der breiten Literatur zum Thema vgl. weiterhin H.W. Erdbrügger, Kinder im Fabriksystem, in: Zur Geschichte und Problematik der Demokratie. Festgabe f. Hans Herzfeld, Berlin (West) 1958, S. 431–444; W. Feldenkirchen, Kinderarbeit im 19. Jahrhundert. Ihre wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen, in: ZfU 26, 1981, S. 1–41; R. Hoppe, Dokumente zur Geschichte der Lage des arbeitenden Kindes in Deutschland von 1700 bis zur Gegenwart (= J. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 20), Berlin (Ost) 1969; S. Quandt (Hg.), Kinderarbeit und Kinderschutz in Deutschland 1783–1976. Quellen und Anmerkungen, Paderborn 1978; G. Wanner, Kinderarbeit in Vorarlberger Fabriken im 19. Jahrhundert, Feldkirch 1986; S. Lange, Zur Bildungssituation der Proletarierkinder im 19. Jahrhundert. Kinderarbeit und Armenschulwesen der sächsischen Elbestadt Pirna, Berlin (Ost) 1978. – Zahlen zum Vormärz auch bei W. Conze, Sozialgeschichte 1800–1850, in: HdDWS 2, 1976, S. 426–494, S. 452f. Zum Beginn der 1860er Jahre: v. Viebahn, Statistik (Anm. 5), S. 1.032. – Zur sehr großen Verbreitung bezahlter Kinderarbeit als Erfahrung späterer Sozialdemokraten vgl. J. Loreck, Wie man früher Sozialdemokrat wurde. Das Kommunikationsverhalten in der deutschen Arbeiterbewegung und die Konzeption der sozialistischen Parteipublizistik durch August Bebel, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 130f.: 17 von 19 Unterschichten-Kindern, 4 von 9 Kleinbürger-Kindern aber keines der aus den Mittel- und Oberschichten stammenden Kinder hatten die Erfahrung bezahlter Erwerbsarbeit vor Beendigung der Schulzeit gemacht. Ebd. u. 126f. zur Erfahrung der Erniedrigung und sozialen Ungleichheit durch frühe Kinderarbeit.

270. Aus den zahlreichen Beispielen von Kritik unorganisierter und organisierter männlicher Arbeiter an industrieller Frauen-Erwerbsarbeit vgl. nur: Otruba, Wiener Flugschriften (Anm. 267), S. XXIV (1848); Frisch, Organisationsbestrebungen (Anm. 14), S. 19 (eine Arbeiter-Assoziation 1849 mit moralischen Argumenten gegen Frauenarbeit); ähnlich bei den Buchbinder-Gehilfen: Beyer, Schwarze Kunst (Anm. 30), S. 253f. – Vgl. Krahl, (Anm. 30), S. 325ff., 340f.; Moralischer Protest und Streiks gegen Frauenarbeit bei den Buchdruckern; ähnliches bei Schneidern, Maurern und Steinhauern 1865 und 1872: E. Bernstein, Die Schneiderbewegung in Deutschland. Ihre Organisation und Kämpfe, Bd. 1, Berlin 1913, S. 96; F. Paeplow, Zur Geschichte der deutschen Bauarbeiterbewegung. Werden des Deutschen Baugewerksbundes, Berlin 1932, S. 249. Generell: U. Gerhard, Verhältnisse und Verhinderungen. Frauenarbeit, Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert, Frankfurt 1978, bes. S. 16–73, 119ff., 165, 166–198; G. Loseff-Tillmanns, Frauenemanzipation und Gewerkschaften, Wuppertal 1978; Frevert, Frauen-Geschichte (Anm. 252), S. 92–104. Um so eindrucksvoller der Einsatz von Führern der Arbeiterbewegung zugunsten der Frauen-Gleichstellung, klassisch: A. Bebel, Die Frau und der Sozialismus (erst-

mals 1878); W. Thönnessen, Frauenemanzipation, Politik und Literatur der Deutschen Sozial-Demokratie zur Frauenbewegung 1863–1933. Frankfurt 1969; R. J. Evans, Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich. Berlin (West) 1979.

271. Entsprechende Umfrageergebnisse von 1899 sowie das Zitat bei Fischer, Industrialisierung Augsburg (Anm. 172), S. 139f.

272. Vgl. als vorzügliche Längsschnittuntersuchung J. Ehmer, Frauenarbeit und Arbeiterfamilie in Wien. Vom Vormärz bis 1934, in: GG 7, 1981, S. 438–473, bes. 448–452 (über 1867–1890): 40% der verheirateten Arbeiterfrauen gingen „voller", weitere 40% „wechselnder" Erwerbstätigkeit nach, nur 10 bis 20% waren auf Hausfrauentätigkeit beschränkt. Aber sie trugen nur etwas mehr als 10% zum Familieneinkommen bei, vorwiegend durch Erwerbsarbeit außerhalb der Fabrik. Vgl. auch Loreck, Wie man früher (Anm. 269), S. 128f.; Schildt, Tagelöhner (Anm. 9), S. 371–377.

273. Zum Textilbereich: Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 526–531; Blumberg, Textilindustrie (Anm. 203), S. 344–350. – Zur Verbreitung in anderen Branchen oben S. 446; v. Viebahn, Statistik (Anm. 5), S. 1030; R. Summa, Kasseler Unterschichten im Zeitalter der Industrialisierung. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Stadt Kassel von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs, Darmstadt 1978, S. 128, 136, 139f.; Chemie-, Papier- und Nadelindustrie: H. Pohl u. a., Die chemische Industrie in den Rheinlanden während der industriellen Revolution. Bd. 1: Die Farbenindustrie, Wiesbaden 1983, S. 126–130; F. Dekker, Die betriebliche Sozialordnung der Dürener Industrie im 19. Jahrhundert, Köln 1965, S. 156; Schulz, Integrationsprobleme (Anm. 263), S. 85f. Zu den weiterhin großen Lohnnachteilen der Frauen und ihrem quantitativen Beitrag zum Familieneinkommen: E. Plössl, Weibliche Arbeit in Familie und Betrieb. Bayerische Arbeiterfrauen 1870–1940, München 1983; A. Dodd, Die Wirkung der Schutzbestimmungen für die jugendlichen und weiblichen Fabrikarbeiter und die Verhältnisse im Konfektionsbetriebe in Deutschland. Vergleichende Untersuchungen, Jena 1908; A. Willms, Entwicklung der Frauenarbeit im Deutschen Reich, Nürnberg 1980; H. Pohl (Hg.), Die Frau in der Deutschen Wirtschaft. Referate und Diskussionsbeiträge, Wiesbaden 1985; Frauenarbeit in der Geschichte (= BHS 11, 1981, Nr. 3); P. Branca, Women in Europe since 1750, London 1978, S. 17–47; U. Knapp, Frauenarbeit in Deutschland, 2 Bde., München 1984. – Weiterhin wichtig mit zahlreichen Quellen: J. Kuczynski, Studien zur Geschichte der Lage der Arbeiterin in Deutschland von 1700 bis zur Gegenwart (= ders., Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 18), Berlin (Ost) 1963.

274. Zur Bedeutung des Geschlechterverhältnisses für die Familie, das Arbeiterleben außerhalb der Arbeit, die Arbeiterbewegung und die Klassenbildung generell demn. Kocka, Arbeiterleben (Anm. 151).

275. Zu Recht wendet sich Fischer, Status (Anm. 168), gegen dieses Fehlurteil, das aber in der ernsthaften Sozialgeschichte ohnedies keine Rolle mehr spielt.

276. 1.900 Männer und 12.500 Frauen gehörten 1875 zur Arbeiterbelegschaft dieser Branche: StdDtR 35/I, 1879, S. 866. – Zur Papierindustrie Decker, Sozialordnung (Anm. 273); Gebauer, Volkswirtschaft (Anm. 96), Bd. 1, S. 624–643. Für die frühere Zeit materialreich: G. Bayerl, Die Papiermühle. Vorindustrielle Papiermühlen auf dem Gebiet des Alten Deutschen Reiches, Frankfurt 1987.

277. Vgl. Schildt, Tagelöhner (Anm. 9), S. 344–348. – E. Engel, Die Brantweinbrennerei in ihren Beziehungen zur Landwirtschaft, zur Steuer und zum öffentlichen Leben, Dresden 1853. 1875 beschäftigten die Zuckerfabriken im Deutschen Reich 48.355 Männer und 15.970 Frauen, die Brauereien 11.120 Männer und 10.512 Frauen. Zum Vergleich: In der Tabakverarbeitung arbeiteten 43.800 Männer und 46.506 Frauen. StdDtR 35/I, S. 868. – Vgl. auch E. Backert, Geschichte der Brauereiarbeiterbewegung, Berlin 1916, S. 52–73.

278. Insgesamt beschäftigte die Chemische Industrie 1875 nur etwa 28.000 männliche und 5.000 weibliche Arbeiter. StdDtR 35/I, S. 864. Vgl. vor allem Pohl, Chemische Industrie (Anm. 273), bes. S. 115–159, 127f. zu den Frauenanteilen, 139ff. zur Fluktuation, 133ff. u. 147ff. zu den gesundheitlichen Gefährdungen, die zwar durch lokale Behördenmaßnahmen seit den 1820er Jahren angegangen wurden. Aber diese blieben ganz halbherzig und bis in die 60/70er Jahre offenbar weitgehend wirkungslos. Wichtig auch H. Amendt, Die inner- und außerbetriebliche Lage der Arbeitnehmer in der Glas-, Papier-, Zucker- und chemischen Industrie der Regierungsbezirke

Köln, Düsseldorf und Aachen zur Zeit der frühen Industrialisierung (ca. 1800–1875), Diss. Bonn 1975. Sehr informativ: Grandhomme, Theerfarben-Fabriken (Anm. 194), S. 309 zur beruflichen Herkunft der Belegschaft dieses Großunternehmens mit Ende der 70er Jahre knapp 800 Beschäftigten, 306 zur Fluktuation, 313 zum Wohnstatus, 78ff. zu Arbeitszeit und Löhnen, 102ff. zu den Erkrankungen. Zur späteren Zeit auch U. Riemer-Schäfer, Sozialstatistik und Sozialstruktur der Arbeiterschaft in der chemischen Industrie und im Maschinenbau des Rhein-Main-Gebiets 1870–1914, in: Pohl (Hg.), Forschungen (Anm. 263), S. 107–117.

279. Etwa die sich nur ganz allmählich zentralisierende, mit genossenschaftlichen Elementen durchsetzte Arbeitsverfassung der Ziegeleien, in denen Saison- und Wanderarbeit eine große Rolle spielte. Vgl. vor allem P. Steinbach, Der Eintritt Lippes in das Industriezeitalter. Sozialstruktur und Industrialisierung des Fürstentums Lippe im 19. Jahrhundert, Lemgo 1976, S. 132–155; ebd., S. 103–104 zu einer Stärkefabrik. Zu den Glashütten vergl. u.a. A. Salz, Geschichte der böhmischen Industrie in der Neuzeit, München 1913, S. 236–288.
280. Zwahr, Konstituierung (Anm. 22), S. 44; W. Schmidt, Zu einigen Fragen der sozialen Struktur und der politischen Ideologie in der Zeit des Vormärz und der Revolution von 1848/49, in: BZG 7, 1965, S. 645–660, 649.
281. Vgl. zur Erläuterung oben S. 444f.
282. Vgl. oben S. 253f.
283. Daß die Eisenbahnbauarbeiter oftmals ihr eigenes Werkzeug mit auf die Baustellen brachten, wurde S. 364 erwähnt.
284. Vgl. dagegen oben S. 272 zur Orientierung von Heimgewerbetreibenden am Modell des selbständigen Kleinmeisters. – Aus dem zentralisierten Charakter der Räume und Anlagen ergab sich die hohe Unwahrscheinlichkeit des Individualbesitzes an Produktionsmitteln. Dagegen waren genossenschaftliche Besitz- und Verfügungsformen mit Zentralisierung prinzipiell vereinbar. Warum sie keine größere Rolle in jenen Jahrzehnten spielten, zeigt: Ch. Eisenberg, Frühe Arbeiterbewegung und Genossenschaften. Theorie und Praxis der Produktivgenossenschaften in der deutschen Sozialdemokratie und den Gewerkschaften der 1860er/1870er Jahre, Bonn 1985, bes. 63–82.
285. Vgl. oben S. 114; Decker, Sozialordnung (Anm. 273), S. 81.
286. Für die Bielefelder Textilindustrie bis in die 70er Jahre belegt bei: K. Ditt, Arbeitsverhältnisse und Betriebsverfassung in der deutschen Textilindustrie des 19. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung der Bielefelder Leinenindustrie, in: AfS 21, 1981, S. 55–75, 67.
287. Vgl. oben S. 462ff.
288. Vgl. oben S. 426f. (Stahlwerk); A. Lüdtke, Arbeitsbeginn (Anm. 128), S. 110ff.
289. Vgl. z.B. Grandhomme, Theerfarben-Fabriken (Anm. 194), Bd. 33, S. 81: Bei einer Belegschaft von knapp 800 besaß die Fabrik in den späten 70er Jahren 50 Wohnungen und 51 Schlafstellen (diese in 8 getrennten Zimmern), zum Teil „im directen Anschluß an die Fabrik", die anderen fünf Minuten entfernt. Für ein frühes Beispiel (St. Blasien) vgl. Fischer, Anfänge (Anm. 169), S. 421. Im Ausnahmefall verbrachten Manufaktur- und Fabrikarbeiter auch die Nacht an ihrem Arbeitsplatz: Thun, Industrie (Anm. 209), Bd. 1, S. 63; H. Matis, Über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse österreichischer Fabrik- und Manufakturarbeiter um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert in: VSWG 53, 1966, S. 433–476.
290. Vgl. oben S. 428ff.
291. Noch einmal als Beispiel Fischer, Anfänge (Anm. 169), S. 408–427: die Fabrik von St. Blasien, 1809–1848. – Von allen preußischen Unternehmen mit mehr als 30 Beschäftigten boten 1.655 ihren Arbeitern im Jahre 1875 Häuser, Wohnungen und/oder Schlafgelegenheiten. Nach: Einrichtungen (Anm. 139), Bd. 1, S. 1–32, 76–163. Vgl. auch oben S. 429.
292. Sie gab es jedenfalls seit den 70er Jahren, sofern es sich nicht um Arbeit in gefügeartigen Beziehungen oder an Maschinen handelte, die Regelmäßigkeit forderten. Vgl. Ergebnisse (Anm. 249), S. 32, 36: Im Akkord arbeitenden Frauen wurden auf Wunsch seitens der Unternehmen kürzere Arbeitszeiten und ggf. spezieller Urlaub – bei Lohnkürzung natürlich – zur Wahrnehmung häuslicher Pflichten gewährt. Dazu auch Deutschmann, Weg (Anm. 224), S. 94ff. – Zu den Kleinkinderbewahranstalten in Preußen seit 1834 vgl. A. Meitzen, Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Preußischen Staates, Bd. 2, Berlin 1869, S. 121.

293. Immerhin hielten dies sächsische Tabakmanufakturen noch 1869 für nötig. Vgl. Zwahr, Konstituierung (Anm. 22), S. 110.
294. Vgl. mit späteren Beispielen Lüdtke, Arbeitsbeginn (Anm. 128); H. Reif, Fabrikarbeit und Mittagsmahlzeit in der Ruhrindustrie 1895–1914 (MS 1982): Bei der Gutehoffnungshütte Oberhausen wurden 1871 ein „Speiseraum für Arbeiter nahe der Pforte und ein Casino" für die Beamten einschl. der Meister eingerichtet, zugleich wurde die Mittagspause auf eine halbe Stunde verkürzt.
295. T.K. Hareven, Family Time and Industrial Time: The Relationship between the Family and Work in a New England Industrial Community, Cambridge/Mass. 1982.
296. Vgl. zusammenfassend H. Rosenbaum, Formen der Familie. Untersuchungen zum Zusammenhang von Familienverhältnissen, Sozialstruktur und sozialem Wandel in der deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, Frankfurt 1982, Kap. 5; R. Sieder, Sozialgeschichte der Familie, Frankfurt 1987, Kap. V. Ausführlicher zum Problem der Arbeiterfamilie in Kocka, Arbeiterleben (Anm. 151)
297. Vgl. oben S. 350 und O. Baader, Ein steiniger Weg. Lebenserinnerungen einer Sozialistin, Berlin 1979[3] (1. Aufl. 1921), S. 15–19. – Bürger, Hamburger Gewerkschaften (Anm. 20), S. 3, 14 in bezug auf die 50er Jahre.
298. Vgl. oben S. 277 ff. u. Loreck, Wie man früher (Anm. 269), S. 142: Ein Arbeiter rät seinem Sohn, Schuhmacher zu werden, da ihn dieses Handwerk weder zur Fabrikarbeit noch zur Arbeit im Freien nötigen werde (1880er Jahre). Weitere Beispiele bei Deutschmann, Weg (Anm. 224), S. 117.
299. Vgl. H. Steffens, Arbeitstag, Arbeitszumutungen und Widerstand. Bergmännische Arbeitserfahrungen an der Saar in der zweiten Hälfte des 19. Jahrunderts, in: AfS 21, 1981, S. 1–54, bes. 1 (und dort die Hinweise in den Anmerkungen 2 und 3).
300. Vgl. A. Grießinger, Das symbolische Kapital der Ehre. Streikbewegungen und kollektives Bewußtsein deutscher Handwerksgesellen im 18. Jahrhundert, Frankfurt 1981.
301. Als guten Einstieg in die Problematik der Arbeitszeit in verschiedenen Wirtschafts- und Lebensbereichen vgl. H. Bausinger, Arbeit und Freizeit, in: W. Conze u.a. (Hg.), Funk-Kolleg Geschichte 1, Frankfurt 1981, S. 114–135; H. Herkner, Art. „Arbeitszeit" in: HwbStW 1, Jena 1923[4], S. 889–916. – Vgl. F.W.v. Reden in Zs. d. Ver. f. dt. Statistik 1, 1847, S. 634–639: Im Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen arbeitete man in der Landwirtschaft (40er Jahre) in etwa von 6 bis 19 Uhr im Frühjahr und Herbst, von 4 oder 5 Uhr bis zur Dämmerung während der Erntezeit und von 7 bis 17 Uhr im Winter (unbeschadet der Pausen). Landwirtschaftliche Tagelöhner brachten es bei sehr guter Witterung auf 290 Arbeitstage nach Abzug der Sonn- und Feiertage. – Für die frühen 70er Jahre ergab eine landwirtschaftliche Enquête 10–16 Arbeitsstunden im Sommer und 7–10 im Winter. Im Norden Deutschlands waren die saisonalen Arbeitszeitunterschiede ausgeprägter als im Süden. Überstunden wurden nicht entlohnt aber faktisch geleistet, eben wenn es die Verhältnisse nahelegten. Die Zahl der Arbeitstage erreichte 290–300 in protestantischen Gegenden, in katholischen weniger (angesichts zahlreicher Feiertage). Th.v.d. Goltz (Hg.), Die Lage der ländlichen Arbeiter im Deutschen Reich. Ergebnis . . ., Berlin 1875, S. 480 f.
302. Die Angaben zur Arbeitszeit im älteren Handwerk sind zahlreich. Hier nach E. Wiest, Die Entwicklung des Nürnberger Gewerbes zwischen 1648 und 1806, Stuttgart 1968, S. 114 f.; R. Wissell, Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit, Bd. 1, Berlin 1929, S. 372–390, 492 f. (zu den Schneidern); J. Jeschke, Gewerberecht und Handwerkswirtschaft des Königreichs Hannover im Übergang 1815–1866, Göttingen 1977, S. 133 ff. (Vormärz); Kloth, Geschichte (Anm. 37), S. 26 f.; A. Knoll, Geschichte der Deutschen Steinsetzerbewegung, Bd. 1: Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter, Berlin (1929), S. 487 f.; A. Bringmann, Geschichte der Deutschen Zimmerer-Bewegung, Bd. 1, Stuttgart 1903 (ND nach der 2. Aufl. zus. mit Bd. 2: Berlin (West) 1981), S. 10, 67; Paeplow, Bauarbeiter-Bewegung (Anm. 270), S. 145 f.; J. Schwarzlmüller, Die Berufslaufbahn Lehrling – Geselle – Meister – in den Handwerkszünften Oberösterreichs, Wien 1979, S. 97 ff. – Zum Blauen Montag oben S. 353 und Anm. 144; sowie: H.F. Singer, Der Blaue Montag. Eine kulturgeschichtliche und soziale Studie, Mainz 1917; J. Reulecke, Vom Blauen Montag zum Arbeitsurlaub. Vorgeschichte und Entstehung des Erholungsurlaubs für Arbeiter vor dem Ersten Weltkrieg, in: AfS 16, 1976, S. 205–248.

303. Vgl. oben S. 286f.
304. Vgl. vor allem H. Freudenberger, Das Arbeitsjahr, in: I.Bog u.a. (Hg.), Wirtschaftliche und soziale Strukturen im saekularen Wandel, Fs. f. Wilhelm Abel z. 70. Geb., Bd. 2, Hannover 1974, S. 307–320; Sombart, Kapitalismus II/2 (Anm. 7), S. 815–832 (dort S. 831 Vaubans Schätzung von 180 Arbeitstagen aus dem Jahr 1707 und S. 830 die Irrationalitätsthese). Freudenberger spricht nach Abzug der Feiertage und Sonntage von 5 Arbeitstagen und 50 Arbeitsstunden die Woche. – Interessant zu den „organischen Zeitstrukturen" vor-kapitalistischer Arbeit: A.J. Gurjewitsch, Das Weltbild des mittelalterlichen Menschen, München 1980, S. 111; Deutschmann, Weg (Anm. 224), S. 73ff.; K.H. Kaufhold, Wirtschaftswachstum, Technologie und Arbeitszeit. Ausgangssituation im 18. Jahrhundert und Entwicklung bis ca. 1835 in: H. Pohl (Hg.), Wirtschaftswachstum, Technologie und Arbeitszeit im internationalen Vergleich, Wiesbaden 1983, S. 17–54; F.M. Phayer, Religion und das Gewöhnliche Volk in Bayern 1750–1850, München 1970, S. 35f., 68ff. zu den Festtagen vor 1800; E. Schremmer, Die Wirtschaft Bayerns. Vom hohen Mittelalter bis zum Beginn der Industrialisierung. Bergbau, Gewerbe, Handel, München 1970, S. 341: Bei oberpfälzischen Webern, die zugleich Bauern waren und vor allem im Winter webten, zählte man 140–150 gewerbliche Arbeitstage pro Jahr. – Weiterhin H.H. Gellbach, Arbeitsvertragsrecht der Fabrikarbeiter im 18. Jahrhundert, Diss. Bonn, München 1939, S. 33–35; K. Thomas, Work and Leisure in Pre-Industrial Society, in: PP 29, 1964, S. 50–66.
305. Vgl. Borscheid, Textilarbeiterschaft (Anm. 203), S. 368f.
306. Zum Textilbereich auch Deutschmann, Weg (Anm. 224), S. 150; zum Bergbau Imbusch, Arbeitsverhältnis (Anm. 59), S. 53–63; so wie oben S. 408.
307. Vgl. R. Gömmel, Wachstum und Konjunktur der Nürnberger Wirtschaft (1815–1914), Stuttgart 1978, S. 190f., der in Nürnberg die durchschnittliche Wochenarbeitszeit im Handwerk erst seit den 50er und 60er Jahren steigen sieht (und dies nicht in jeder Branche).
308. Vgl. z.B. oben S. 427ff. Dies ist ein oft behandeltes Thema. Klassisch: S. Pollard, Die Fabrikdisziplin in der industriellen Revolution, in: W. Fischer u. G. Bajor (Hg.), Die soziale Frage. Neuere Studien zur Lage der Fabrikarbeiter in den Frühphasen der Industrialisierung, Stuttgart 1967, S. 159–185; ders., The Genesis of Modern Management. A Study of the Industrial Revolution in Great Britain, Harmondsworth 1968; E.P. Thompson, Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus, in: R. Braun u.a. (Hg.), Gesellschaft in der industriellen Revolution, Köln 1973, S. 81–112; Stearns, The Unskilled (Anm. 221); Deutschmann, Weg (Anm. 224), S. 80, 89, 90.
309. Zum folgenden P. Caspard, Die Fabrik auf dem Dorf, in: D. Puls (Hg.), Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert, Frankfurt 1979, S. 105–142; Lüdtke, Arbeitsbeginn (Anm. 128); L. Machtan, Zum Innenleben deutscher Fabriken im 19. Jahrhundert. Die formelle und die informelle Verfassung von Industriebetrieben, anhand von Beispielen aus dem Bereich der Textil- und Maschinenbauproduktion (1869–1891), in: AfS 21, 1981, S. 179–236, bes. 207ff.; Deutschmann, Weg (Anm. 224), S. 76–92 (mit vielen weiteren Beispielen).
310. Vgl. ebd., S. 84 und oben S. 409f.
311. Lüdtke, Arbeitsbeginn (Anm. 128), S. 105f. (auch zur Bedeutungen des „Abtritts" für die Agitation der Sozialdemokraten).
312. Schomerus, Arbeiter (Anm. 165), S. 316.
313. Das Siemens-Zitat nach Deutschmann, Weg (Anm. 224), S. 84, 90; Mohl, Gewerbs-Industrie (Anm. 5), S. 232: Maschinenarbeiter benutzten 1828 die Zeit starker Nachfrage, um 4 Tage pro Woche nicht zu arbeiten, weil sie in den übrigen 3 Tagen genug verdienten.
314. Deutschmann, Weg (Anm. 224), S. 91.
315. Vom betrieblichen „Kleinkrieg" spricht Machtan, Innenleben (Anm. 309), S. 216. Vgl. auch Lüdtke, Arbeitsbeginn (Anm. 128), S. 102. Umstritten war z.B. auch, ob das oft aufwendige Aufräumen und Reinigen des Arbeitsplatzes innerhalb der Arbeitszeit erledigt werden durfte oder nicht. – Vom „Guerilla-Krieg" sprach Thun, Industrie I (Anm. 209), S. 34 im Hinblick auf die Aachener Tuchindustrie der 70er Jahre.
316. Vgl. oben S. 426f.
317. So überzeugend Deutschmann, Weg (Anm. 224), S. 76–120, der die Komplementarität von Fabrikdisziplin und „zweitem Arbeitsrhythmus" betont, von einer „gespaltenen Zeitstruktur" spricht und darin den Kern des „frühindustriellen Zeitarrangements" erkennt, das er bis in die

1890er Jahre vorherrschen sieht. (M.E. gewichtet er den auch bei ihm belegten Wandel seit den 60er Jahren zu wenig.)

318. Ebd. S. 101–119, zu der auch in diesem Zusammenhang wichtigen hohen Fluktuation der damaligen Belegschaften. Dazu oben S. 435, 651. Zur Beschränkung der Fabrikarbeit auf einzelne Lebensphasen vgl. Schomerus, Arbeiter (Anm. 165), S. 148ff.; dies., Saisonarbeit und Fluktuation. Überlegungen zur Struktur der mobilen Arbeiterschaft 1850–1914, in: W. Conze u. U. Engelhardt (Hg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten, Stuttgart 1979, S. 113–118. Zum häufigen Ausscheiden von Arbeitern aus der Fabrik nach dem 40. Lebensjahr: Reif, Soziale Lage (Anm. 193). – Das durchschnittliche Alter einer Stichprobe von Stamm-Arbeitern, die im 19. Jahrhundert längerfristig bei Krupp arbeiteten, war bei ihrem Ausscheiden aus dem Betrieb (durch Pensionierung, Tod oder seltenen Weggang) immerhin 57,6 Jahre. Errechnet aus den Daten bei R. Ehrenberg u. H. Racine, Kruppsche Arbeiterfamilien. Entwicklung und Entwicklungsfaktoren von drei Generationen deutscher Arbeiter (= Archiv für exakte Wirtschaftsforschung, 6. Erg. Ht.), Jena 1912.

319. Die Arbeitszeitverlängerungen im Bergbau fielen größtenteils erst in die Zeit seiner Liberalisierung, also in die 50er und 60er Jahre.

320. Vgl. als derzeit besten Überblick über Stundenzahl, Pausen, Sonntagsarbeit und Wochenarbeitszeit vom Vormärz bis ca. 1890 Deutschmann, Weg (Anm. 224), S. 121–223 (mit vielen Einzelhinweisen und breiter Literaturerschließung).

321. Zum Schichtbetrieb und zu den Überstunden 1875 vgl. Ergebnisse (Anm. 249), S. 18, 20, 21; Ehrenberg, Eisenhüttentechnik (Anm. 100), S. 123; Deutschmann, Weg (Anm. 224), S. 160f.

322. Vgl. die Globalzahlen für Industrie und Handwerk bei Meinert, Arbeitszeit (Anm. 224), S. 5, 10, 12, 21, 23; sowie bei Schröder, Arbeitergeschichte (Anm. 8), S. 194; ders. Die Entwicklung der Arbeitszeit im sekundären Sektor in Deutschland 1871–1913, in: Technikgeschichte 47, 1980, S. 252–302; Deutschmann, Weg (Anm. 224), S. 124ff., 223ff.; weiterhin E.K. Seifert, Arbeitszeit in Deutschland. Herausbildung und Entwicklung industrieller Arbeitszeiten von der frühen Industrialisierung bis zum Kampf um die 35-Stunden-Woche, Diss. Wuppertal 1985, bes. S. 147–198; R. Kuczynski, Arbeitslohn und Arbeitszeit in Europa und Amerika 1870–1909, Berlin 1913; E.H. Phelps Brown u. M.H. Brown, Labor Hours: Hours of Work, in: IESS 8, 1968, S. 487–491.

323. Das zeigt Gömmel, Wachstum (Anm. 307), S. 190f. jedenfalls für Nürnberg.

324. Vgl. die Beispiele oben S. 408f., 427ff.; Deutschmann, Weg (Anm. 224), S. 89, 92, 99, 103ff., 157; Hue, Bergarbeiter (Anm. 59), Bd. 2, S. 149–161; vom gemeinsamen Gebet zur Markenkontrolle vor Einfahrt in den Schacht. Vgl. auch zur Intensivierung der Ausbeutungsweise, zum Zuwachs der Produktivität und zur Verkürzung der Arbeitszeit: Kuczynski, Geschichte, Bd. 2 (Anm. 224), S. 174–189; G. Meißl, Harte Zeiten. Arbeitsdauer und -intensität als Konfliktfeld der industriellen Gesellschaft, in: W. Sauer (Hg.), Der dressierte Arbeiter. Geschichte und Gegenwart der industriellen Arbeitswelt, München 1984, S. 94–110.

325. L. Brentano, Über das Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung, in: Schmollers Jb. 4, 1876, S. 190–213, bes. 208ff.: gegen Treitschke, der über die verbreitete Faulheit der Arbeiter klagt; G.v. Schultze-Gaevernitz, Der Großbetrieb, Leipzig 1892, S. 167: „Der Handweber kann 13 Stunden den Tag arbeiten, einen Sechsstuhlweber 13 Stunden arbeiten zu lassen, ist eine physische Unmöglichkeit"; Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 463: 1867 traten rheinische Textilunternehmer für Arbeitszeitverkürzungen ein. – Bericht der Commission für Arbeiter-Angelegenheiten des Mittelrheinischen Fabrikanten-Vereins zu Mainz, Mainz 1871, S. 31f.: „Daß die Arbeitszeit, wie wir sie zur Zeit in Deutschland fast durchgängig haben, ohne Produktionsverminderung eine geringere sein könnte, ist durch viele Erfahrungen festgestellt [...]. Eine gesetzliche Normierung der Arbeitszeit würde indessen ihren Zweck nicht erreichen und nur nachtheilig wirken. Als durchaus falsch, verwerflich und sinnlos müssen die Bestrebungen der Arbeiter, durch Arbeitseinstellungen u. dgl. eine Lohnerhöhung gewaltsam und einseitig zu erzwingen, angesehen werden."

326. Vgl. Blumberg, Textilindustrie (Anm. 203), S. 408ff.: Übersicht über Streiks von Arbeitern der Textilindustrie 1839–1873; Hue, Bergarbeiter (Anm. 59), Bd. 2, S. 169ff. zur Petition Essener Bergleute an den König 1867; Jeschke, Gewerberecht (Anm. 302), S. 136: Seit 1839 waren im Hannoveraner Handwerk 14 bis 15 Stunden (einschl. Pausen) pro Tag üblich. Erst 1865 petitio-

nierten Gesellen an den Magistrat um Verkürzung. Die Arbeit sei zu anstrengend geworden, „namentlich in der Fabrik".

327. Vgl. D. Zinner, Geschichte der deutschen Schuhmacherbewegung, Gotha 1904, S. 46.

328. Am häufigsten wurde die Verbesserung der Löhne oder gegen ihre Absenkung gekämpft. Vgl. L. Machtan, Streiks und Aussperrungen im Deutschen Kaiserreich. Eine sozialgeschichtliche Dokumentation für die Jahre 1871 bis 1875, Berlin (West) 1984; B. Uhlmannsiek, Handwerksgesellenausstände und Arbeiterstreiks in Deutschland vom späten 18. Jahrhundert bis zum Ende der ersten Industrialisierungsphase: Grundlinien der Entwicklung und Probleme der Forschung, Staatsexamensarbeit, Bielefeld 1981; auf der Grundlage von Machtans Material berechnete Uhlmannsiek, daß es in drei von vier Streiks der frühen 70er Jahre um Lohn-, in einem um Arbeitszeitfragen ging, nach den manifesten Streikzielen geurteilt (Doppelzählung möglich).

329. Manifest der kommunistischen Partei, in: MEW 4, S. 459–493, 464. – Lüdtke, Zahlung (Anm. 194), S. 312f. Zum Truck-System oben S. 275f. – Zum Recht der Knappschaftsgenossen auf „freye Kohlen" zum Hausbrand, zum Entzug dieses Rechtes (1861 in Essen) und zum dagegen geführten Streik: Hue, Bergarbeiter (Anm. 59), Bd. 2, S. 168; zum Recht der Nürnberger Brauereiarbeiter auf einen Freitrunk: Gömmel, Wachstum (Anm. 307), S. 103.

330. Dies galt mit gewisser Einschränkung auch dann, wenn die Lohnarbeiterfamilie etwa am Stadtrand ein Stückchen Garten nutzte und sich zu einem kleinen Teil selbst versorgte.

331. Vgl. oben S. 366 zur schlechten Voraussagbarkeit der Löhne bei den Erdarbeitern. Ein anderes Beispiel – in einer Chemnitzer Maschinenfabrik um 1890 – findet sich bei Göhre, Fabrikarbeiter (Anm. 169), S. 62f., interpretiert bei Lüdtke, Zahlung (Anm. 194), S. 321. – Die Akkordarbeiter erhielten Abschlagszahlungen, die genaue Berechnung erfolgte nach Fertigstellung der Aufgabe. Ein Teil des Lohns wurde oft zur Sicherheit des Arbeitgebers bis zur Lösung des Arbeitsverhältnisses einbehalten. Vgl. Mayr, Statistik (Anm. 249), S. 139: Eine Umfrage bei 692 Bayerischen Fabriken und Manufakturen ergab Mitte der 70er Jahre, daß in 56% der Fälle wöchentlich, in 25% vierzehntägig und in 13% monatlich entlohnt wurde. – Die Lohnauszahlungsfristen waren mit den Lohnberechnungsspannen oft nicht identisch.

332. Vgl. oben S. 272.

333. Vgl. zum Unterschied zwischen Stückpreis (Verlag) und Stücklohn (Fabrik oder Manufaktur) die Einleitung von F. Engels zu K. Marx „Lohnarbeit und Kapital" von 1891, in: MEW 6, S. 593–599, hier 597; weiterhin Schmiede u. Schudlich, Entwicklung (Anm. 133), S. 53–57.

334. Vorherrschen des Wochenlohns im Handwerk des 18. Jahrhunderts am Beispiel Nürnbergs: Wiest, Entwicklung (Anm. 302), S. 115f.; Schwarzmüller, Berufslaufbahn (Anm. 302), S. 104f.; Singer, Der Blaue Montag (Anm. 302), S. 1, 3; J.A. Ortloff, Das Recht der Handwerker ..., Erlangen 1803, S. 208, 170: Tagelohn besonders im Baugewerbe; Wissell, Des alten Handwerks Recht, Bd. 1 (Anm. 302), S. 355–372, 493; Beispiele für Tagelohn etc. W. Ritscher, Koalitionen und Koalitionsrecht in Deutschland bis zur Reichsgewerbeordnung, Diss. München 1917, S. 16f.; Paeplow, Geschichte (Anm. 270), S. 145–151 (Tagelohn üblich im Baugewerbe, mit Meistergroschen). Sehr genau: O.K. Roller, Die Einwohnerschaft der Stadt Durlach im 18. Jahrhundert in ihren wirtschaftlichen und kulturgeschichtlichen Verhältnissen, dargest. aus ihren Stammtafeln ..., Karlsruhe 1907, S. 294ff. – Das Gesinde erhielt Zeitlohn. Vgl. oben S. 131f. – Vgl. Schröter u. Becker, Maschinenbauindustrie (Anm. 165), S. 244: Zeitlohn dominierte bis in die 1850er Jahre: Akkordlohn kam seit den 1840er Jahren stärker auf. – Daß kleinere, dem Handwerk noch nahe Betriebe länger beim Zeitlohn blieben als die größeren Betriebe zeigt Tabelle 41. Warum und in welchen Fällen Zeitlohn vorzuziehen war, diskutiert im einzelnen L. Bernhard, Handbuch der Löhnungsmethoden (= Eine Bearb. v. D. S. Schloss, Methods of Industrial Remuneration, 1898), Leipzig 1906, S. 30ff. – Wenn der Akkordlohn schon im frühen 19. Jahrhundert weiter verbreitet gewesen wäre, wäre unverständlich, daß man ihn im 2. Jahrhundertdrittel so oft als etwas Neuartiges – vielversprechend oder bedrohlich – zur Kenntnis nahm.

335. Zum immer nur tendenziellen Übergang vom Wochen- zum Tage- und ansatzweise zum Stundenlohn: Kocka, Unternehmensverwaltung (Anm. 175), S. 68f. (am Beispiel Siemens). – Schwankungen des Lohns betonen: Lüdtke, Zahlung (Anm. 194), S. 318ff.; Schomerus, Arbeiter (Anm. 165), S. 136ff. – Umgekehrt zur Stetigkeit des Einkommens als Grundlage bürgerlicher Lebensführung: J. Kocka, Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft im 19. Jahrhundert.

Europäische Entwicklungen und deutsche Eigenarten, in: ders. (Hg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Bd. 1, München 1988, S. 11–76, 30f. – Den Übergang vom Jahreslohn zum Wochenlohn und ansatzweise zum Stundenlohn erwähnt auch Decker, Sozialordnung (Anm. 273), S. 81f.; sowie A. Bringmann, Geschichte der deutschen Zimmererbewegung, Bd. 2 (Anm. 302), S. 19ff., 171, 187: Übergang zum Stundenlohn im sächsischen Baugewerbe 1850. – R. Strauss, Löhne in Chemnitz, in: JbWG 1962/IV, S. 144f.: Seit 1837 wurden in den städtischen Lohnlisten nicht mehr Tagelöhne, sondern Summen nach geleisteten Arbeitsstunden angegeben. – Vgl. D. Dowe, Legale Interessenvertretung und Streik. Der Arbeitskampf in den Tuchfabriken des Kreises Lennep (Bergisches Land) 1850, in: K. Tenfelde u. H. Volkmann (Hg.), Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, S. 31–51, S. 42f.: Ein Wuppertaler Arbeiterverein forderte 1850 den gleichmäßigeren Wochenlohn statt des üblichen Tagelohns, differenziert nach Arbeiterkategorien. Weiterhin Knoll, Geschichte, Bd. 1 (Anm. 302), S. 243f.: Früher sei man neben dem Akkord im Tagelohn bezahlt worden, jetzt (ca. 1890) stehe man im Stundenlohn. Jetzt werde auch die Zeit, die man für Leichenbegräbnisse benötige, vom Lohn abgezogen, früher nicht.

336. Zur Unterscheidung zwischen Stückgeldakkord, Stückzeitakkord und Gruppenakkord vgl. Schröder, Arbeitergeschichte (Anm. 8), S. 204, 366.

337. Beispiele aus dem Handwerk des 18. Jahrhunderts: F. Fuhse, Die Tischlergesellen-Brüderschaft im 18. Jahrhundert und ihr Ende, in: Jb. d. Geschichtsvereins f. d. Herzogtum Braunschweig 10, 1911, S. 1–45, 16f.; K. Böhme, Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse in Ostpreußen während der Reformzeit von 1770 bis 1830, Leipzig 1902, S. 51 (für Schuster); B. Schoenlank u. G. Schanz, Die Gesellenverbände in Deutschland und Frankreich, in: HwbStW 4, Jena 1909[3], S. 662–667, 66f. (seit Beginn des 15. Jahrhunderts); H. Grosz, Die Geschichte der Deutschen Schiffszimmerer mit bes. Berücksichtigung der Hamburgischen Verhältnisse, Stuttgart (1896), S. 7ff., 10; Paeplow, Geschichte (Anm. 270), S. 151 zu den Berliner Steinmetzen um 1800; Jeschke, Gewerberecht (Anm. 302), S. 365f. für den Beginn des 19. Jahrhunderts, besonders bei den Tischlern; Schwarzlmüller, Berufslaufbahn (Anm. 302), S. 104f.; Wiest, Entwicklung (Anm. 302), S. 116f.; Knoll, Geschichte, Bd. 1 (Anm. 302), S. 432ff., 436, 438, 441; J. Naumann, Arbeitswelt und Lebensformen des Bauhandwerks im wittgensteinischen Territorialstaat der Neuzeit (1550–1850), Diss. Marburg 1972, S. 143.

338. A. Kraus, Arbeiteralltag auf einer Großbaustelle des neunzehnten Jahrhunderts, in: Hamburger Jb. f. Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 24, 1979, S. 109–120, 110f.

339. Zur Landwirtschaft vgl. oben S. 178f., 207; G. F. Knapp, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Theilen Preußens (1882), München 1927[2], Bd. 1, S. 339; W. Christiani, Die Accordarbeiten im landwirthschaftlichen Gewerbe, Berlin (1855), 1857[2].

340. Schmiede u. Schudlich, Entwicklung (Anm. 133), S. 56–62 (Erzbergbau, frühe Eisenindustrie); zum Buchdruck seit dem 17. Jahrhundert Zahn, Organisation (Anm. 36), S. 329–470, 334f.; oben S. 391. Hue, Bergarbeiter, Bd. 2 (Anm. 59), S. 162–167; oben S. 397–399. – Milz, Kölner Großgewerbe (Anm. 240), S. 92f.: „In den Manufakturen und Fabriken herrschte der Stücklohn und in den Handwerksbetrieben der Zeitlohn vor." Gellbach, Arbeitsvertragsrecht (Anm. 303), S. 36f.: Stücklohn für Fabrik- und Manufakturarbeiter im 18. Jahrhundert angeblich vorwiegend; O. Reuter, Die Manufaktur im Fränkischen Raum. Eine Untersuchung großbetrieblicher Anfänge in den Fürstentümern Ansbach und Bayreuth als Beitrag zur Gewerbegeschichte des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1961, S. 88: Stückakkord herrschte in fränkischen Manufakturen um 1800 vor; V. Böhmert, Urkundliche Geschichte und Statistik der Meissner Prozellanmanufaktur von 1710 bis 1880, in: Zs. d. Königl. Sächsischen Bureaus 26, 1880, S. 44–93, 67, 69: Stücklohn seit den 1720er Jahren und seine genaue Verbreitung im Unternehmen 1878. Zur Zunahme des Akkords in Gewerbe und Landwirtschaft seit den 40er Jahren L. Bernhard, Die Akkordarbeit in Deutschland, Leipzig 1903, S. 9ff., 43–50.

341. Ehrenberg, Eisenhüttentechnik (Anm. 100), S. 77–84, 140–153. Andere Beispiele: U. Hartmann, Die Lage des Sattler- und Tapezierer-Handwerks in Mosbach, in: Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland mit bes. Rücksicht auf seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Großindustrie, Bd. 8 (= SchrVfS 69), Leipzig 1897, S. 147–190, 153 (1860er Jahre) im Vergleich zu S. 168 (90er Jahre); Ph. Stein, Das Dachdeckergewerbe in Frankfurt a.

M., in: ebd., Bd. 1 (= SchrVfS 62), Leipzig 1895, S. 311–370, 351: In den 70er Jahren sei vielfach Akkordlohn gezahlt worden, in den 90er Jahren herrsche der Zeitlohn vor. Als Grund wird die Schwierigkeit genannt, eine Normalleistung zu berechnen, die Dächer seien zu verschieden. Vermutlich spielte der Widerstand der Gewerkschaften ebenfalls eine Rolle. – Schließlich L. Wörner, Das Schlosserhandwerk in Donaueschingen, in: Ebd. Bd. 8 (=SchrVfS 69), Leipzig 1897, S. 77–84, 83: „Accordarbeit ist bei der Vielseitigkeit der jetzigen Arbeit nicht mehr möglich" (über die 90er Jahre).

342. Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen 1–5, Berlin 1848/49 – 1855/58 (ND. hg. v. W. Köllmann u. J. Reulecke, Hagen 1980), hier Bd. 1, 1848/49, S. 117f. zur Häufigkeit und Beliebtheit des Gedinges (Akkord) bei Erdarbeiten; 206, 237: Der Entwurf der Gewerbeordnung des Handwerkerkongresses in Frankfurt 1848 erwähnte sowohl Wochenlohn als auch Akkordarbeit; 242: zur Verbreitung des Akkords im Baugewerbe; 461: Arbeiter seien „alle Diejenigen, die durch Tage-, Stück- und Wochenlohn auf einen ungewissen Erwerb angewiesen sind". – Ebd. Bd. 5, 1855/58, S. 2669: Landarbeiter verdienen mehr im Akkord; 2808: Erd- und Chausseearbeiter meist im Akkord. – Vgl. R. Mohl, Über die Nachtheile, welche sowohl den Arbeitern selbst, als dem Wohlstande und der Sicherheit der gesamten bürgerlichen Gesellschaft von dem fabrikmäßigen Betriebe der Industrie zugehen, in: Archiv der politischen Ökonomie und der Polizeiwissenschaft 2, 1835, S. 141–203, 178: Der Hg. (K. H. Rau) notiert, daß die Stückarbeit in den Fabriken immer häufiger werde und leistungsanreizend wirke. – Reden beschreibt 1847 für Hohenzollern-Sigmaringen, daß das Holzmachen und Drechseln im Akkord geschehe. Landliche Arbeiten brächten im Tagelohn 12–16, im Akkord 16–20 Schilling. Frauen stünden selten im Akkord (Zs. d. Ver. f. dt. Statistik 1, 1847, S. 635, 658). – Emsbach, Betriebsverfassung (Anm. 196), S. 178f.: In der rheinischen Baumwollindustrie sei schon in den 40er Jahren fast durchweg Stücklohn bezahlt worden. – V. Böhmert, Freiheit der Arbeit!, Bremen 1850, S. 27: „In der Fabrik arbeiten die Gesellen meist auf Stücklohn [...]". – Viele im einzelnen beschriebene Beispiele aus den 60er/70er Jahren bei H. Frommer, Die Gewinnbetheiligung, ihre praktische Anwendung und theoretische Berechtigung, Leipzig 1886, S. 95, 118, 120, grundsätzlich: 126–131; Schröter u. Becker, Maschinenbauindustrie (Anm. 165), S. 244: Durchsetzung des Akkords im Maschinenbau seit den 1840er Jahren. – Thun, Industrie, Bd. 2 (Anm. 209), S. 90f., 100f. (zur Fa. Henckels 1875), 180. – Böhmert, Meissner Porzellanmanufaktur (Anm. 340), S. 75–83. – Frisch, Organisationsbestrebungen (Anm. 14), S. 11: Bremer Zigarrenmacher erhalten vom „Fabrikanten" Lohn nach Stückzahl und bezahlen ihrerseits die Wickelmacher und Abstreifer (1841); vgl. oben S. 379. Anders Klüss, Gewerkschaft (Anm. 16), S. 58, 68. – Baader, Ein steiniger Weg (Anm. 297), S. 17: Gruppenlohn in der Maschinennäherei. – G. Horn, Die Geschichte der Glasindustrie und ihrer Arbeiter. Soziale Studie aus historischen und authentischen Quellen dargestellt, Stuttgart 1903, S. 56: Hier sei der Akkord ein Produkt des 19. Jahrhunderts. – Zum Druckereigewerbe: Beier, Schwarze Kunst (Anm. 30), S. 241, 245, 430, 444 (Leistungsbezahlung), berechnet nach 1000 „n", früh in kollektiv ausgehandelten Tarifvereinbarungen festgeschrieben; dazu auch K. Engelbrecht (Hg.), 50 Jahre Geschichte Verein Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießer-Gehilfen, Fs. zur 50. Jubel-Feier, Leipzig 1912, S. 18, 31, 41, 441., 52; bes. Krahl, Verband (Anm. 30), Bd. 1, S. 115ff., 129, 132f., 167f., 203ff., 221ff., 282ff., 324ff.ff., 338f., 343–347, 365–378, 380, 383ff. – G. Schildt, Ein Mitbestimmungsmodell im Kaiserreich. Die Magazinarbeiterkorporation bei der Braunschweigischen Eisenbahn 1875–86, in: AfS 21, 1981, S. 77–96, 77, 79: Verbreitung des Akkords in den 70er Jahren, u. a. in Ziegeleien; Fischer, Industrialisierung Augsburg (Anm. 172), S. 157–159 (Prämiensysteme seit 1845). – 1857 schrieb die Deutsche Vierteljahrs-Schrift, der Stücklohn habe eine „Umwälzung" in die arbeitenden Klassen gebracht; nach T. Offermann, Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850–1863, Bonn 1979, S. 152; auch 150 (Anm. 700): Hasenhaarschneider im Akkord. – A. Flor, Arbeitslöhne und Lebensmittelpreise, auch Wohlthätigkeits-Anstalten in Altona, in: Zs. d. Vereins f. dt. Statistik 1, 1847, S. 900–911, 901: Meist erhalten Gesellen Tageslohn, aber Schneider und Schuhmachergesellen, die nicht im Meister-Haus arbeiten, erhalten Stücklohn. Wollkratzer, Zigarrenmacher, Tabakschneider, Brettschneider und Steinarbeiter erhalten Akkord. – Zs. d. Statist. Bureaus d. Kgl. Sächs. Ministeriums des Innern 6, 1860, Nr. 9–12, S. 136: Akkordarbeit werde auch im Handwerk immer häufiger. – P. Kampffmeyer, Vom Frankfurter Zunftgesellen zum klassenbewußten Arbeiter [= Generalkommission/Arbei-

tersekretariat (Hg.), Jahresbericht 1], Frankfurt 1899, S. 82–110, S. 92f.: zur Häufigkeit des Stücklohns für Gesellen im Vormärz; Jeschke, Gewerberecht (Anm. 302), S. 136–141: Akkordbezahlung bei Tischlern 1839. – A. C. Maier, Der Verband der Glacéhandschuhmacher und verwandten Arbeiter Deutschlands 1869–1900, Leipzig 1901, S. 124, 136, 150f., 154f.: Stücklöhne 1870; L. Grünwaldt, Zur Geschichte des Tapezierer-Gewerbes und der Organisation der Deutschen Tapezierer-Gehülfen, Hamburg 1902, S. 6: Die Magazine übernehmen nun häufig (1870er Jahre) die Gehilfen direkt und zahlen ihnen fast ausschließlich Akkord. – Bernstein, Schneiderbewegung (Anm. 270), S. 96, 98, 99, 103, 104: Stücklohn häufig in den 60er Jahren; Bürger, Hamburger Gewerkschaften (Anm. 20), S. 12: Bezahlung der Tabakarbeiter „pro Mille" (vor 1850), 25: „Stücklohntarif" für Schuhmachergesellen, Akkord bei Eisenbahn-Werkstattarbeitern 1865, 53: Schiffszimmerleute „akkordieren" seit 1867; 54, 101, 106f.: Akkord bei Maurern seit 1842; Knoll, Geschichte, Bd. 1 (Anm. 302), 157f., 299, 463, 493–495: Akkord bei den Steinsetzern seit 1843 üblich. – Zum Bergbau Imbusch, Arbeitsverhältnis (Anm. 59), S. 81–97; Steffens, Arbeitstag (Anm. 299), S. 43.

343. Zit. nach Tennstedt, Sozialgeschichte (Anm. 18), S. 120.
344. Brentano, Verhältnis (Anm. 325), S. 194.
345. Mir scheint die Unterscheidung zwischen einem älteren Stück- und einem neueren Akkord-Lohn nicht gut begründet. So etwa Schmiede u. Schudlich, Entwicklung (Anm. 133), S. 96ff. Ich gebrauche beide Begriffe synonym. Übersicht über die Formen des Akkords bei Bernhard, Handbuch (Anm. 334), S. 34ff., 110ff.
346. Vgl. Fischer, Industrialisierung Augsburg (Anm. 172), S. 157–159.
347. In der bayerischen Stichprobe von 692 Betrieben – vgl. Tab. 41 – fanden sich 1873/74 nur sieben mit Gewinnbeteiligung (S. 139f.); Bernhard, Handbuch (Anm. 334), S. 217–225; liberale Befürwortung bei B. Miller, Die deutsche Arbeiterbewegung, Leipzig 1863; E. Pfeiffer, Über Genossenschaftswesen, Leipzig 1863; V. Böhmert, Die Gewinnbetheiligung. Untersuchungen über Arbeitslohn und Unternehmergewinn, 2 Bde., Leipzig 1878 (aufgrund einer Enquête, die vom VfS 1873ff. initiiert wurde und insgesamt 81 Fälle von „Gewinnbetheiligung" international fand). Ein frühes Beispiel: U. Engelhardt, „Verschmelzung der Interessen" statt „unseliger Konflikte zwischen Kapital und Arbeit"? Zur Konfliktprophylaxe im frühindustriellen Betrieb: Das erste „Industrial-Partnership"-Experiment in Deutschland (1867–1873), in: AfS 21, 1981, S. 97–178 (Fa. Borchert, Berlin).
348. Oben wurde dieses System in seiner reinen Form im Eisenbahnbau geschildert (S. 365f.). In Ansätzen bestand es aber auch in der Hüttenindustrie, im Bergbau, in der frühen Textilindustrie (Kattundrucker brachten ihre eigenen Helfer, oft ihre eigenen Kinder, mit), im Bauwesen und in zahlreichen anderen Branchen. Vgl. auch Bernhard, Handbuch (Anm. 334), S. 135ff., 157ff., 225ff. zu weiteren Beispielen noch gegen Ende des Jahrhunderts.
349. Vgl. oben S. 484ff.
350. Vgl. H. Helwig, Das deutsche Buchbinder-Handwerk. Handwerks- und Kulturgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1965, S. 267.
351. So etwa Fischer, Industrialisierung Augsburg (Anm. 172), S. 166 über Konflikte bei der Bewertung von Einzelleistungen durch Gruppenführer und Meister im Rahmen des Gruppenakkords bei MAN in den 40er Jahren.
352. Schweizerische Arbeiterverhältnisse in den letzten Jahren, Zürich 1872, Bd. 1, S. 1, zit. nach E. Gruner, Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert. Soziale Lage, Organisation, Verhältnis zu Arbeitgeber und Staat, München 1980, S. 101f.; hier auch Angaben zur Verbreitung des Akkordlohns in der Schweiz: 20% aller Baumwollspinnerei- und 95% aller Baumwollwebereiarbeiter seien 1876 im Akkord entlohnt worden.
353. Christiani, Accordarbeiten (Anm. 339), S. VIIIf.
354. Der Arbeitgeber Nr. 24, 11. 3. 1857, S. 185f.; auch bei Bernhard, Akkordarbeit (Anm. 340), S. 7ff.
355. Bericht der Commission (Anm. 325), S. 30.
356. Ebd. S. 30; ähnlich Frommer, Gewinnbetheiligung (Anm. 342), S. 126ff. (1886).
357. R. Hirsch, Die Möbelschreinerei in Mainz, in: Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland mit bes. Rücksicht auf seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Großindustrie, Bd. 3 (= SchrVfS 64), Leipzig 1895, S. 287–364, 346: Als der Großbetrieb den Kleinbetrieb

gegen Ende der 1840er Jahre verdrängte, wurde der Wochenlohn durch den Stücklohn ersetzt. Gleichzeitig fielen Kost und Logis beim Meister weg. Der Wochenlohn hielt sich in den kleineren Betrieben. Bei kleinen Meistern ist die Entlohnung im Stücklohn nicht möglich, weil dort nur wenige Gesellen beschäftigt sind und nicht ständig an ein und demselben Stück arbeiten. „Aber nur wo irgend der Arbeiter bei einem begonnenen Möbel bleiben kann, hat sich der Stücklohn festgesetzt".

358. Vgl. oben S. 365ff. am Beispiel des Eisenbahnbaus. Die Serie der Arbeitereinwände gegen Akkordbezahlung bei Bernhard, Handbuch (Anm. 334), S. 41–78.

359. Mittheilungen des Centralvereins (Anm. 342) 1, 1848/49, S. 117f.: Erdarbeiter wollten nur im „Gedinge" arbeiten, 113, 115; P. Rocke, Das Leipziger Schlossergewerbe, in: Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland, Bd. 2 (= SchrVfS 63), Leipzig 1895, S. 95–134, 110f.: Nach Auskunft des zuständigen Leipziger Obermeisters von 1892 empfanden es die Gesellen in den frühen 1840er Jahren noch als Auszeichnung, wenn sie mit Akkordarbeit betraut worden seien; in der Gegenwart würden Akkordarbeiten jedoch als Strafe angesehen, der man sich sobald wie möglich zu entziehen versuche. – H.-G. Husung, Protest und Repression im Vormärz. Norddeutschland zwischen Restauration und Revolution, Göttingen 1983, S. 166 zum frühen Eisenbahnbau; zu den Hamburger Hafenarbeitern um 1890: Grüttner, Arbeitswelt (Anm. 30), S. 94f. (Gelegenheitsarbeiter für Akkord); auch Offermann, Arbeiterbewegung (Anm. 342), S. 255.

360. Kocka, Unternehmensverwaltung (Anm. 175), S. 68f.

361. Berichte über die Verhandlungen der Vereinstage Deutscher Arbeitervereine 1862 bis 1869. ND, hg. v. D. Dowe. Berlin (West) 1980, S. 86 und S. 88f. zu 1865; Offermann, Arbeiterbewegung (Anm. 342), S. 255; F. Immle, Gewerbliche Friedensdokumente. Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen der Tarifgemeinschaften in Deutschland, Jena 1905, S. 271: Tapezierer für Akkord. – Bei den Buchdruckern und -Setzern war von Widerstand gegen Leistungsbezahlung nicht die Rede, man bemühte sich vielmehr um Tarife.

362. Vgl. Otruba, Wiener Flugschriften (Anm. 267), S. XXIV, XXXIX, 114; Krahl, Verband, Bd. 1 (Anm. 30), S. 197: Im April 1848 formulierten Tischler „das einige vierzig Jahre später erst aktuell werdende, jetzt aber längst wieder von der Tagesordnung verschwundene Verlangen auf Abschaffung der Akkordarbeit" (so 1916).

363. Am besten J. Cassau, Gewerkschaften und Akkordarbeit. Diss. Berlin 1923, S. 3ff., 79f., 8–78: Stellungnahmen der verschiedenen Berufs- und Branchengewerkschaften zum Akkordlohn im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Vgl. auch Paeplow, Geschichte (Anm. 270), S. 248: Ablehnung des Akkords durch Maurer und Steinhauer im ADAV 1872; ähnlich Grosz, Schiffszimmerer (Anm. 337), S. 55 zur Ablehnung des Akkords durch den ADAV-nahen Schiffszimmererverband; W. Kuhlemann, Die Berufsvereine, Abt. I, Bd. 2/II, Jena 1908, S. 50 zur Ablehnung des Akkords durch den Gewerkschaftskongreß 1891 in Halberstadt. – Hohe Ablehnungsquoten fand Levenstein 1905 unter gewerkschaftlich organisierten Metallarbeitern. A. Löhr, Beiträge zur Würdigung der Akkordlohnmethode im rheinisch-westfälischen Maschinenbau, M. Gladbach 1912, S. 33ff.

364. Vgl. Kocka, Unternehmensverwaltung (Anm. 175), S. 68.

365. Mittheilungen des Centralvereins (Anm. 342) 1, 1848/49, S. 117–118: Akkord sei für Erdarbeiter akzeptabel, falls Mitbestimmung (über gewählte Schachtmeister) und Transparenz gewährleistet würden. – Der Gewerkverein 5, Berlin 1875, Nr. 30, S. 26: Ein Schiffszimmerer schreibt in dieser liberalen Gewerkschaftszeitung, man sei nicht gegen Akkord an sich, aber gegen die einseitige Art seiner Einführung, denn dabei achte der Unternehmer nur auf seinen Vorteil; er habe oft vorweg Probearbeiten durchführen lassen und fordere schließlich, daß die im Akkord bewiesene Leistungsfähigkeit auch im Tagelohn praktiziert werde. – Vgl. auch Cassau, Gewerkschaften (Anm. 363), S. 3ff.: Schlimm sei der Akkord für die Arbeiter in der vor-gewerkschaftlichen Zeit gewesen, weil er Unsicherheit, Willkür und Undurchschaubarkeit bedeutet habe. E. Bernstein hielt 1904 (anders als 1893) Akkord für akzeptabel, wenn er einen beidseitig vereinbarten und kontrollierten Tarif zur Grundlage habe. – Vgl. E. Basner, Geschichte der deutschen Schmiedebewegung. Bd. 1, Hamburg 1912, S. 34: Streik 1869 gegen 25%ige Akkordreduktion in einer Hamburger Wagenfabrik. – Teuteberg, Mitbestimmung (Anm. 63), S. 22ff., 223ff., 257ff.: frühe Mitbestimmungspläne und -experimente, die konsequent an der Festsetzung und Änderung der

Akkordsätze ansetzten; ähnlich Mittheilungen des Centralvereins (Anm. 342) Bd. 1, 1848/49, S. 237.

366. Vgl. zur Terminologie K. Marx, Das Kapital (=MEW 23), S. 533, sowie oben S. 230 u. 586 (Anm. 17).
367. Z.B. Sombart, Der moderne Kapitalismus 2/II (Anm. 7), S. 809f.
368. Genauer demn. in: Kocka, Arbeiterleben (Anm. 151), im Abschnitt über Armut, Lebensstandard, Haushaltsführung und Konsum. Vgl. als Überblick D. Saalfeld, Lebensstandard in Deutschland 1750–1860. Einkommensverhältnisse und Lebenshaltungskosten städtischer Populationen in der Übergangsperiode zum Industriezeitalter in: I. Bog u.a. (Hg.), Strukturen (Anm. 303) Bd. 2, S. 417–443.
369. Die Zahlen bis 1849 sind von Gömmel neu berechnet und basieren vor allem auf Einkommensangaben für Bauhandwerker in acht Städten. Die Zahlen von 1850–1870 stützen sich auf die Berechnungen von W.G. Hoffmann. Die Angaben für die Zeit ab 1871 sind repräsentativer und gesicherter als die vorhergehenden; Gömmel hat sie von Desai zusammen mit einer von Orsagh vorgeschlagenen Modifikation übernommen. Die Zahlenreihen von J. Kuczynski, G. Bry und F. Grumbach/H. König müssen als überholt gelten. Zur kritischen Diskussion dieser verschiedenen Ansätze vgl. G. Hohorst u.a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 2: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870–1914, München 1978², S. 107f.; Gömmels Berechnungen und Grundlagen finden sich in der unter Tab. 44 angegebenen Schrift, S. 19–26. Noch nicht eingearbeitet sind die zahlreichen Daten, die besonders fürs Handwerk zusammengestellt sind bei: H.-J. Gerhard (Hg.), Löhne im vor- und frühindustriellen Deutschland. Materialien zur Entwicklung von Lohnsätzen von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1984. – Vgl. Die Einrichtungen für die Wohlfahrt der Arbeiter ... (Anm. 139), T. II, S. 54: Durchschnittslöhne ausgewählter Arbeiterkategorien in Köhlerei, Eisenstein-Bergbau, Walzwerk, Maschinenfabrik und Gießerei/Hochofen der Gräflich Stolberg-Wernigerodischen Hüttenwerke in Ilsenberg am Harz für 1860 bis 1874.
370. Die verfügbaren Arbeitslosigkeitszahlen spiegeln nicht die sehr zahlreiche verdeckte Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Kurzarbeit. Sie werden für die 1850er Jahre mit 16 bis 17%, für die 60er Jahre mit 10%, für 1870/74 mit 1 bis 2% und für 1875/79 mit 5% angegeben. Erst in den frühen 80er Jahren stieg die Quote wieder auf 15% und fiel dann langsam (1895/99: 4 – 5%). Nach P. Marschalck, Deutsche Überseewanderung im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1973, S. 113. Vgl. auch als Fallstudie B. Balkenhol, Armut und Arbeitslosigkeit in der Industrialisierung, dargest. am Beispiel Düsseldorf 1850–1900, Düsseldorf 1976; vgl. Ch. Sachße u. F. Tennstedt, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland vom Spätmittelalter bis zum 1. Weltkrieg, Berlin (West) 1980, S. 209f. – Entsprechend für Nürnberg: Gömmel, Wachstum (Anm. 307), S. 64f., 69ff., 186. – Zum Problem der Nicht-Meßbarkeit von „Arbeitslosigkeit" in vor- und frühindustrieller Zeit: W. Köllmann, Bevölkerung und Arbeitskräftepotential in Deutschland 1815–1865 in: ders., Bevölkerung in der industriellen Revolution. Studien zur Bevölkerungsgeschichte Deutschlands, Göttingen 1974, S. 61–98, 79, 82; zur Beschäftigungslosigkeit einer Berufsgruppe: Beier, Schwarze Kunst (Anm. 30), S. 100–103. Generell: J.A. Garraty, Unemployment in History, New York 1978. Eine amerikanische Fallstudie zur Arbeitslosigkeit im frühen 19. Jahrhundert: A. Keyssar, Out of Work. The First Century of Unemployment in Massachusetts, Cambridge, Mass. 1986.
371. Vgl. oben S. 434f.
372. Es versteht sich, daß diese Entscheidungs- und Anordnungsbefugnis der Unternehmer nicht absolut ist, sondern sich innerhalb der damals sehr weiten, durch die Gesetzgebung und gewisse gesellschaftliche Normen abgesteckten Grenzen zu bewegen hat. Zum Unternehmensmodell: K. Marx, Das Kapital (=MEW 23), S. 192–213; M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. Studienausgabe hg. v. J. Winckelmann, 2 Halbbde., Köln 1964, S. 77f.; S. Braun, Zur Soziologie der Angestellten, Frankfurt 1964, S. 106ff.; F. Fürstenberg, Grundfragen der Betriebssoziologie, Köln 1964, S. 26–29; R. Dahrendorf, Industrie- und Betriebssoziologie, Berlin (West) 1965, S. 72ff., 92ff.; Reichwein, Funktionswandlungen (Anm. 137), S. 53–63. – Unter Herrschaft soll nicht nur (jedoch auch) die „Chance" verstanden werden, „für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden" (Max Weber). Innerbetriebliche Herrschaft aktualisiert sich bereits beim Eintritt eines Arbeit-

nehmers, für den die Zugehörigkeit zu einer Organisation, in der er seine Arbeitskraft verwerten kann, Lebensbedingung ist, und der sich im Arbeitsvertrag „unter die formale Autorität des Vorgesetzten [stellt], während konkrete Ausübung offen bleibt". Vgl. N. Luhmann, Funktionen und Folgen formaler Organisation, Berlin (West) 1964, S. 93. Diese Unterwerfung im formal freien Arbeitskontrakt wie auch mannigfache Anreize und indirekte Disziplinierungsmaßnahmen (patriarchalische Methoden, finanzielle Anreize, Treueprämien, Indoktrination) können ein Reservoir für potentiellen Gehorsam schaffen, das direkte Befehle weitgehend überflüssig macht und dennoch die Verfügungsgewalt der Unternehmensleitung über die Arbeit des Arbeitnehmers im Dienst an Zielen, die dieser nicht bestimmt, und an Interessen, die nicht immer die seinen sind, gewährleistet. Im übrigen vgl. Kocka, Unternehmensverwaltung (Anm. 175), S. 24ff.

373. Das kann hier nicht ausgeführt werden. Vgl. F. Redlich, Der Unternehmer. Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Studien, Göttingen 1964, S. 96f.; Kocka, Unternehmer (Anm. 110), S. 14ff.
374. Vgl. Kocka, Unternehmensverwaltung (Anm. 175), S. 80, 82.
375. Zu Siemens, seinem „liberalen Patriarchalismus" und den frühen Arbeiterverhältnissen in diesem Unternehmen vgl. ebd., S. 62–82; zu den eher illiberalen Beispielen Krupp und Stumm vgl. oben S. 428f. – Über die Firmenfeste in der Maschinenfabrik Esslingen bis in die 1860er Jahre: Schomerus, Arbeiter (Anm. 165), S. 204ff.
376. Dazu J. Kocka, Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850–1980. Vom Privatbeamten zum angestellten Arbeitnehmer, Göttingen 1981, S. 12ff.; Braun, Soziologie (Anm. 372), S. 110ff.
377. Umfassende Analysen von Arbeitsordnungen bei Ditt, Arbeitsverhältnisse (Anm. 224) sowie Machtan, Innenleben (Anm. 309). Stärker zur späteren Zeit, aber intensiv zu den einschlägigen Bestimmungen die Gewerbeordnungen auch vor 1880 vgl. W. Hromadka, Die Arbeitsordnung im Wandel der Zeit am Beispiel der Hoechst AG, Köln 1979. Zu bürokratischen und militärischen Traditionen vgl. Kocka, Unternehmensverwaltung (Anm. 175), S. 86–92, 115f.; Ch. Helfer, Über militärische Einflüsse auf die industrielle Entwicklung Deutschlands, in: Schmollers Jb. 83, 1963, S. 597–609.
378. Vgl. oben S. 428ff.
379. Dazu: Die unter staatlicher Aufsicht stehenden gewerblichen Hülfskassen für Arbeitnehmer (mit Ausschluß der sog. Knappschaftskassen) und die Versicherung gewerblicher Arbeitnehmer gegen Unfälle im preußischen Staate, Berlin 1876; Tennstedt, Sozialgeschichte (Anm. 18), S. 110–113; Fischer, Pionierrolle (Anm. 140), S. 41.
380. Sämtliche Angaben nach: Einrichtungen (Anm. 139). Ich danke Dr. Christiane Eisenberg für die Berechnungen und Zusammenstellungen. – Ähnlich, aber nicht ganz vergleichbar: Mayr, Statistik (Anm. 249); Fischer, Pionierrolle (Anm. 379), S. 40f.
381. Vgl. beispielsweise Kocka, Unternehmensverwaltung (Anm. 175), S. 127ff.
382. Vgl. zu den frühen Meistern und anderen Angestellten in der Hüttenindustrie: Ehrenberg, Eisenhüttentechnik (Anm. 100), S. 43, 115–117, 121 sowie oben S. 424; Plumpe, Württembergische Eisenindustrie (Anm. 98), S. 81–85; Machtan, Innenleben (Anm. 309), S. 193, 203ff. zur Inkompetenz und Macht der Meister; weiterhin ders., „Im Vertrauen auf unsere gerechte Sache . . .". Streikbewegungen der Industriearbeiter in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts, in: K. Tenfelde u. H. Volkmann (Hg.), Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, S. 60; zur wechselnden Einstufung von Meistern: Fischer, Industrialisierung Augsburg (Anm. 172), S. 153–155, 175–178. – Zum Gehaltsempfängerstatus von Meistern schon im 18. Jahrhundert: Gellbach, Arbeitsvertragsrecht (Anm. 303), S. 36f., 42. Zu MAN und den dortigen Meistern als Angestellten: Rupieper, Arbeiter (Anm. 165), S. 52ff.; Kocka, Unternehmensverwaltung (Anm. 175), S. 72–75, 134, 218, 229–233 (mit der dort angegebenen Literatur).
383. Die Arbeiterfrage I, in: Preußische Jbb. 14, 1864, S. 393–424, 405.
384. Vgl. zu Düren: Decker, Sozialordnung (Anm. 273), S. 158; insgesamt: v. Viebahn, Statistik (Anm. 5), S. 1030ff. – Zu den Beamten des Bergbaus jetzt am besten Trischler, Steiger (Anm. 90), Spencer, Capital (Anm. 90), S. 178–192.
385. Vgl. Kocka, Die Angestellten (Anm. 376), S. 14–63.
386. Der Begriff „Management" reflektiert diesen fließenden Übergang zwischen Unternehmenslei-

tung und leitenden Angestellten besser als der Begriff „Industrieverwaltung". Vgl. Kocka, Management und Angestellte (Anm. 137), S. 162f.

387. Zu den frühen Angestellten vgl. Kocka, Unternehmensverwaltung (Anm. 175); G. Schulz, Die Arbeiter und Angestellten bei Felten & Guilleaume, Wiesbaden 1979; ders., Die industriellen Angestellten. Zum Wandel einer sozialen Gruppe im Industrialisierungsprozeß, in: H. Pohl (Hg.), Sozialgeschichtliche Probleme in der Zeit der Hochindustrialisierung (1870–1914), Paderborn 1979, S. 217–266; Rupieper, Arbeiter (Anm. 165), S. 25ff., Schomerus, Arbeiter (Anm. 165), S. 144f., 172ff. Schomerus modifiziert die These vom scharfen Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten ein wenig durch Hinweis auf norddeutsch-süddeutsche Unterschiede. Insgesamt kann ihre Kritik nicht überzeugen, denn sie verwechselt die Lohn-Auszahlungsfristen mit den Lohnberechnungseinheiten (S. 144f.), in bezug auf die sich Arbeiter und Angestellte durchaus unterscheiden.
388. Zu Siemens vgl. Kocka, Management (Anm. 137), S. 182; zum Bergbau oben S. 398 (Anm. 68).
389. Die Herkunft aus dem Handwerk betont Rupieper für den Nürnberger Maschinenbau: Arbeiter (Anm. 165), S. 67. – Zu Absolventen des Berliner Gewerbeinstituts, die als Meister unterkamen: C. Matschoß, Preußens Gewerbeförderung und ihre großen Männer. Dargestellt im Rahmen der Geschichte des Vereins zur Beförderung des Gewerbefleißes 1821–1921, Berlin 1921, S. 147f., 158. – Im Bergbau waren Aufstiege aus der Belegschaft in der frühen Zeit häufig, doch nahmen sie mit der Anhebung und Formalisierung der Steiger-Schulausbildung allmählich ab. Vgl. Trischler, Steiger (Anm. 90), S. 91. – Bei Siemens wurden vor allem gelernte Arbeiter der eigenen Werkstätten zu Meistern gemacht: Kocka, Unternehmensverwaltung (Anm. 175), S. 73. Vgl. auch T. Pierenkemper, Arbeitsmarkt und Angestellte im Deutschen Kaiserreich 1880–1913. Interesse und Strategien als Elemente der Integration eines segmentierten Arbeitsmarktes, Stuttgart 1987, S. 183 (sowie die ebd., S. 378 aufgeführten Aufsätze desselben Autors). – Nur 10% der Kruppschen Arbeiter, die 1906 über 30 Jahre lang der Firma angehörten (und das war eine kleine, besonders gut gestellte Minderheit aller Krupp-Arbeiter), waren von der Arbeiter-Position in die Meisterposition aufgestiegen. Dies nach Ehrenberg u. Racine, Krupp'sche Arbeiterfamilien (Anm. 318), S. 31. Eine eigene Auswertung der Daten von Ehrenberg u. Racine ergab, daß von 175 beständigen Arbeitern der Krupp'schen Fabrik in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts (zusammengenommen) 12% in den (meist niederen) Angestelltenbereich, aber 34% *innerhalb* der Arbeiterschaft aufstiegen. Von den gelernten Arbeitern stiegen 20%, von den angelernten 12,5% und von den ungelernten 7% in den Angestellten-Bereich auf. Wie gesagt, es handelte sich um eine Minderheit besonders stetiger und gut gestellter Arbeiter, die von Ehrenberg u. Racine dokumentiert wurde. Von stärker fluktuierenden, weniger untypischen Arbeitern dürften sehr viel weniger aufgestiegen sein. Ich danke Dr. Reinhard Schüren und Wolfgang Schröder für Berechnungen.
390. Vgl. z. B. Hilbert, Kinderarbeit (Anm. 240), S. 18; Schildt, Mitbestimmungsmodell (Anm. 342), S. 77–79 über Zwischenmeister in verschiedenen Branchen; K. Harney, Arbeitskräftebeschaffung, Wanderung, Belegschaftsorganisation und Ausbildung im Hinblick auf die Entstehung schulischen Angebots, in: ZfU 28, 1983, S. 1–38, 11, 13f., 19f., 33.; Mayr, Statistik (Anm. 249), S. 139: Von 697 „Etablissements" hatten 60 „Subakkord", in allen Zweigen, besonders aber in Glasfabriken und im Bereich Steine/Erden.
391. Vgl. W. Fischer, Der Staat und die Anfänge der Industrialisierung in Baden 1800–1850, Bd. 1, Berlin (West) 1962, S. 357; Kocka, Die Angestellten (Anm. 376), S. 30f.: „[...]ernennen wir Sie hiermit definitiv zum Werkführer und bewilligen Ihnen vom 1. Juli ab ein Gehalt von 350 Talern. Wir erwarten, daß Sie fortfahren werden, mit Eifer und Energie Ihr Amt zu führen und uns dadurch Veranlassung zu ferneren Auszeichnungen bieten werden" (Siemens & Halske an einen Mechaniker bei der Ernennung zum Meister 1858).
392. Vgl. Kocka, Unternehmensverwaltung (Anm. 175), S. 217–228 sowie oben S. 444. Zum Verhältnis zwischen Ingenieuren, Meistern und Facharbeitern in der frühen Eisen- und Stahlindustrie findet sich viel in der Autobiographie des Ingenieurs F.W. Lürmann, Lebensbeschreibung, Osnabrück 1919.
393. Vgl. z. B. die Zwischenstellung des „Diätars" bei Siemens: Kocka, Unternehmensverwaltung (Anm. 175), S. 255.
394. Vgl. oben S. 106f.

395. Anders war es mit den Handlungsgehilfen und ähnlichen Funktionsträgern im Handel und in anderen Bereichen außerhalb der Industrie, die keine Arbeiter unter sich hatten und deren Angestellten-Status in jenen frühen Jahrzehnten noch unklar war. – Insgesamt zur Problematik Kocka, Unternehmensverwaltung (Anm. 175), Kap. IV.
396. Dazu demn. Kocka, Arbeiterleben (Anm. 151) u. ders., Volksbewegung (Anm. 39).
397. Vgl. Weber, Wirtschaft (Anm. 372), S. 77: „Strenge Kapitalrechnung ist ferner sozial an ‚Betriebsdisziplin' und Appropriation der sachlichen Beschaffungsmittel, also: an den Bestand eines Herrschaftsverhältnisses gebunden".
398. Das schließt nicht aus, daß sie in einer Traditionsgeschichte der Mitbestimmung – aus der Rückschau des 20. Jahrhunderts – großes Interesse verdienen. Zu frühen Mitbestimmungsversuchen und freiwilligen Schritten einzelner Unternehmer, die Mitwirkungsrechte an Belegschaften vergaben und damit auf eine zweiseitige Betriebsverfassung (Neuloh) zugingen, immer noch am besten: Teuteberg, Geschichte (Anm. 63), S. 212–261 (z. B. Degenkolb in Eilenburg, die Ideen der „konstitutionellen Fabrik" bei Karl Mez und Louis Piette, Fa. König & Bauer bei Würzburg, die Mechan. Webereien von David Peters in Neviges und Franz Brandts in M.-Gladbach, Eisenwerk Marienhütte). Sehr schwach die Einwirkungsrechte von Arbeitern im gewerblichen Kassenwesen vor der Bismarck'schen Gesetzgebung: ebd. S. 153–211.

Anmerkungen zu: Grundlagen der Klassenbildung: Ergebnisse und Ausblick

1. Vgl. oben S. 11–107.
2. Vgl. J. Kocka, Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800, Bonn 1990. Zur Umschreibung und Definition von Unterschichten dort bes. Kap. 4.
3. Näher erläutert und begründet oben in der Einleitung sowie S. 106f.
4. Vgl. dazu demn. J. Kocka, Arbeiterleben und Protest. Entstehung einer sozialen Klasse. Dort werden Lebensstandard und Armut zu behandeln sein, wobei auf die im 19. Jahrhundert schrumpfende Schicht der Bettler und Arbeitslosen einzugehen sein wird.
5. Zur Definition und Begründung noch einmal S. 5ff., 106f.
6. Dazu kritisch R. Cameron, A New View of European Industrialization in: EHR 38, 1985, S. 1–23; P. K. O'Brien, Do We Have a Typology for the Study of European Industrialization in the XIXth Century? in: JEEH 15, 1986, S. 291–334; vgl. auch oben S. 64ff.
7. Wobei auch das häusliche Gesinde der Bauern zum landwirtschaftlichen Gesinde gerechnet wird. Vgl. o. S. 152 und Tab. 25.
8. Dazu vor allem S. 390f. (Buchdruck), 419ff. (Eisen und Stahl), 441ff. (Maschinenbau), 455ff. (Textil), 476ff. (Zusammenfassung). Zum andersartigen Verhältnis der Heimarbeit und des Handwerks zur Maschinisierung: S. 277ff.
9. Vgl. S. 477.
10. Vgl. ebd.
11. Vgl. zur Entwicklung von Arbeitszeiten, Lohnformen und Löhnen oben S. 481–496.
12. Diese Schätzungen – ohne Familienangehörige – nach den Tabellen 18, 19, 24, 25, 28, 30 sowie o. S. 362.
13. Vgl. Kocka, Weder Stand (Anm. 2), S. 215–219.
14. Vgl. C. Tilly, Proletarianization: Theory and Research, in: ders., As Sociology Meets History, New York 1981, S. 179–189; Lenhardt u. Offe, Staatstheorie (Anm. 13), S. 533.
15. Dazu näher Kocka, Arbeiterleben (Anm. 4).
16. Vgl. W. H. Sewell, Jr., Artisans, Factory Workers and the Formation of the French Working Class, 1789–1848, in: I. Katznelson u. A. R. Zolberg (Hg.), Working-Class Formation. Nineteenth-Century Patterns in Western Europe and the United States, Princeton 1986, S. 45–70; E. P. Thompson, Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse (engl. 1963), 2 Bde., Frankfurt 1987. – Dagegen fehlt der Heimgewerbetreibende des ersten Typs in der frühen amerikanischen Arbeiterklasse weitgehend, denn in den USA gab es kaum Protoindustrialisierung. Vgl. S.

Wilentz, The Rise of the American Working Class, 1776–1877: A Survey, in: J. C. Moody u. A. Kessler-Harris (Hg.), Perspektives on American Labor History. The Problem of Synthesis, De Kalb, Ill. 1989, S. 83–151.

17. Vgl. J. Kocka, Traditionsbindung und Klassenbildung. Zum sozialhistorischen Ort der frühen deutschen Arbeiterbewegung, in: HZ 241, 1986, S. 333–376.
18. Der lange spürbare, stark von E.P. Thompsons Werken geprägte „Kulturalismus" in der Arbeitergeschichte nähert sich zu Recht seinem Ende. Vgl. die Belege der Ernüchterung im Bericht über eine Konferenz amerikanischer Arbeiterhistoriker: A. Kessler-Harris, A New Agenda for American Labor History: A Gendered Analysis and the Question of Class, in: Moody u. Kessler-Harris (Hg.), Perspectives (Anm. 16), S. 217–234.
19. Deshalb kann auch die neueste Mode auf diesem Gebiet, der Rückzug in die Sprachanalyse im Zuge des „linguistic turn", nicht überzeugen, jedenfalls solange sie darauf verzichtet, nach dem Wechselverhältnis zwischen Sprache und nicht-sprachlichen Dimensionen der Wirklichkeit zu fragen. Vgl. G. Stedman Jones, Languages of Class. Studies in English Working Class History 1832–1982, Cambridge 1983; ähnlich enttäuschend: ders., Klassen, Politik und Sprache. Für eine theorieorientierte Sozialgeschichte, Münster 1988, S. 133–229.
20. Diese Fragen und Themen werden in den beiden Anschlußbänden erörtert, deren Titel S. 526 genannt sind. Vorläufig sei auf die Skizze verwiesen in: J. Kocka, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875, Bonn 1983, S. 125–198.

Quellen- und Literaturverzeichnis[1]

I. Allgemeine Probleme und einzelne Aspekte (S. 671–681)

II. Geschichte der Arbeiter und Unterschichten (S. 681–712)
1. Allgemein und einzelne Aspekte (S. 681–687)
2. Hausarbeit und häusliches Gesinde (S. 687–688)
3. Landarbeiter (S. 688–695)
4. Heimarbeiter (S. 695–699)
5. Handwerker (S. 699–704)
6. Manufaktur-, Fabrik- und Bergarbeiter (S. 704–712)
7. Eisenbahnbauarbeiter und andere (S. 712)

I. Allgemeine Probleme und einzelne Aspekte

Abel, W., Wachstumsschwankungen mitteleuropäischer Völker seit dem Mittelalter. Ein Beitrag zur Bevölkerungsgeschichte und -lehre, in: JbbNS 142, 1935, S. 670–692

Abel, W., Die Lage in der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft um 1800, in: JbbNS 175, 1963, S. 319-334

Abel, W., Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Europa. Versuch einer Synopsis. Hamburg 1974

Abel, W., Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart 3. Aufl. 1978

Abel, W., Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter, Hamburg 3. neubearb. u. erw. Aufl. 1978

Abrams, Ph./Wrigley, E.A. (Hg.), Towns in Societies. Essays in Economic History and Historical Sociology, Cambridge 1978

Aretin, K.O.v., Vom Deutschen Reich zum Deutschen Bund, Göttingen 1980

Aubin, H./Zorn, W. (Hg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 2 Bde., Stuttgart 1971/1976 [= HbDWS]

Ayçoberry, P., Probleme der Sozialschichtung in Köln im Zeitalter der Frühindustrialisierung, in: W. Fischer (Hg.), Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Probleme der frühen Industrialisierung, Berlin (W) 1968, S. 512–528

Ayçoberry, P., Cologne entre Napoléon et Bismarck. La croissance d'une ville rhénane, Paris 1981

Baar, L., Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution, Berlin (O) 1966

Bäumer, G., Die Frau in Volkswirtschaft und Staatsleben der Gegenwart, Stuttgart 1914

Bajor, G./Fischer, W. (Hg.), Die soziale Frage, Stuttgart 1967

Bebel, A., Die Frau und der Sozialismus, Stuttgart 1878

Berdahl, R. u.a. (Hg.), Klassen und Kultur. Sozialanthropologische Perspektiven in der Geschichtsschreibung, Frankfurt 1982

Berding, H., Napoleonische Herrschafts- und Gesellschaftspolitik im Königreich Westfalen 1807–1813, Göttingen 1973

1 Das Verzeichnis führt die ausgewerteten und zu Rate gezogenen Schriften an, ausgenommen einige eher spezialisierte Quellen und Abhandlungen, die nur in den Anmerkungen nachgewiesen sind.

Berding, H./Ullmann, H.P. (Hg.), Deutschland zwischen Revolution und Restauration, Königstein 1981
Bergmann, J., Wirtschaftskrise und Revolution. Handwerker und Arbeiter 1848/49, Stuttgart 1987
Bezucha, J. (Hg.), Modern European Social History, Lexington, Mass. 1972
Bittermann, E., Die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland 1800–1950, Halle 1956
Blaschke, K., Bevölkerungsgeschichte von Sachsen bis zur industriellen Revolution, Weimar 1967
Blessing, W.K., Staatsintegration als soziale Integration. Zur Entstehung einer bayerischen Gesellschaft im frühen 19. Jahrhundert, in: ZBL 41, 1978, S. 633–700
Blessing, W.K., Staat und Kirche in der Gesellschaft. Institutionelle Autorität und mentaler Wandel in Bayern während des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1982
Blumberg, H., Die deutsche Textilindustrie in der industriellen Revolution, Berlin (O) 1965
Bodemer, H., Die industrielle Revolution mit bes. Berücksichtigung der erzgebirgischen Erwerbsverhältnisse, Dresden 1856
Böhmert, V., Die Hauptergebnisse der sächsischen Berufstatistik von 1875, verglichen mit 1849, 1861 und 1871, in: Zs. des Kgl. Sächsischen Statist. Bureau's 25, 1879, S. 175ff.
Boehnke, S./v. Zwehl, H. (Hg.), Aufbruch ins Industriezeitalter, Bd. 3: Quellen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, München 1985
Bösselmann, K.P., Die Entwicklung des deutschen Aktienwesens im 19. Jahrhundert, Berlin 1939
Bolte, K.N. u.a., Soziale Ungleichheit, Opladen 4. Aufl. 1975
Borscheidt, P./Teuteberg, J. (Hg.), Ehe, Liebe, Tod. Zum Wandel der Familie, der Geschlechts- und Generationsbeziehungen in der Neuzeit, Münster 1983
Bourdieu, P., Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt 2. Aufl. 1983 [franz.: 1979]
Branca, P., Women in Europe. Since 1750, London 1978
Brandlmeier, P., Medizinische Ortsbeschreibungen des 19. Jahrhunderts im deutschen Sprachgebiet, Berlin 1942
Brandt, H., Parlamentarismus in Württemberg 1819–1870. Anatomie eines deutschen Landtags, Düsseldorf 1987
Bratvogel, F.W., Stadtentwicklung und Wohnverhältnisse in Bielefeld unter dem Einfluß der Industrialisierung im 19. Jahrhundert, Dortmund 1989
Braun , R., Sozialer und kultureller Wandel in einem ländlichen Industriegebiet (Zürcher Oberland) unter Einwirkung des Maschinen- und Fabrikwesens im 19. und 20. Jahrhundert, Zürich 1965
Braun, R. u.a. (Hg.), Industrielle Revolution. Wirtschaftliche Aspekte, Köln 1972
Braun, R. u.a. (Hg.), Gesellschaft in der industriellen Revolution, Köln 1973
Brepohl, W., Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung. Beiträge zur deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Recklinghausen 1948
Breuilly, J., The Making of the German Working Class, in: AfS 27, 1987, S. 534–552
Brockstedt, J. (Hg.), Regionale Mobilität in Schleswig-Holstein 1600–1900, Neumünster 1979
Bruckmüller, E., Sozialgeschichte Österreichs, München 1985
Brunner, O. u.a. (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland bish. 5 Bde., Stuttgart 1975–1984 [=GGr]
Brusatti, A. (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 1: Die wirtschaftliche Entwicklung, Wien 1973
Bücher, K., Art.„Gewerbe", in: HwbStW, Bd. 4, Jena 4. Aufl. 1909, S. 847–880
Büchner, L., Die Frauen und ihr Beruf, Leipzig 4. Aufl. 1872
Bulst, N. u.a., Bevölkerung, Wirtschaft und Gesellschaft. Stadt-Land- Beziehungen in Deutschland und Frankreich. 14. bis 19. Jahrhundert, Trier 1983
Bulst, N. u.a. (Hg.), Familie zwischen Tradition und Moderne. Studien zur Geschichte der Familie in Deutschland und Frankreich vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, Göttingen 1981
Burgdörfer, F., Die Wanderungen über die deutschen Reichsgrenzen im letzten Jahrhundert, in: Allgemeines Statistisches Archiv 20, 1930, S. 161–196, 383–419, 537–551
Cameron, R., A New View of European Industrialization, in: EHR 38, 1985, S. 1–23
Cipolla, C.M./Borchardt K. (Hg.), Europäische Wirtschaftsgeschichte Bd. 3–5, Stuttgart 1976–1980 [engl.: FEHE, Bd. 3–5, London 1973–1977]

Conze, W., Die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters als Aufgabe für Forschung und Unterricht, Köln 1957
Conze, W. (Hg.), Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart 1976
Conze, W./Engelhardt, U. (Hg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten, Stuttgart 1979
Conze, W./Kocka, J. (Hg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil 1: Bildungssystem und Professionalisierung im internationalen Vergleich, Stuttgart 1985
Crew, D.F., Bochum. Sozialgeschichte einer Industriestadt 1860–1914, Frankfurt 1980
Croon, H., Städtewandlung und Städtebildung im Ruhrgebiet im 19. Jahrhundert, in: Aus Geschichte und Landeskunde. Forschungen und Darstellungen. Fs. f. Franz Steinbach zum 65. Geburtstag, Bonn 1960, S. 484–501
Croon, H. u.a., Kommunale Selbstverwaltung im Zeitalter der Industrialisierung, Stuttgart 1971
Dahrendorf, R., Industrielle Fertigkeiten und soziale Schichtung, in: KZSS 8, 1956, S. 540–568
Dahrendorf, R., Industrie- und Betriebssoziologie, Berlin (W) 1965
Dobb, M. u.a., The Transition from Feudalism to Capitalism, London 1976 [dt.: Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, Frankfurt 1978]
Dörner, H., Industrialisierung und Familienrecht. Die Auswirkungen des sozialen Wandels, dargestellt an den Familienmodellen des ALR, BGB und des französischen Code Civil, Berlin (W) 1974
Eder, K. (Hg.), Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis. Theoretische und empirische Beiträge zur Auseinandersetzung mit Pierre Bourdieu, Frankfurt 1989
Engel, [E.], Die deutsche Industrie 1875 und 1861. Statistische Darstellung der Verbreitung ihrer Zweige über die einzelnen Staaten des Deutschen Reiches mit Hervorhebung Preussens, Berlin 1880
Engelberg, E., Theorie, Empirie und Methode in der Geschichtswissenschaft, Berlin (O) 1980
Engelsing, R., Analphabetentum und Lektüre. Zur Sozialgeschichte des Lesens in Deutschland zwischen feudaler und industrieller Gesellschaft, Stuttgart 1973
Evans, R.J./Lee, W.R. (Hg.), The German Family. Essays on the Social History of the Familiy in 19th and 20th Century Germany, London 1981
Eversley D.E.C./Glass D.V. (Hg.), Population in History, London 1965
Faber, K.-G., Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Restauration und Revolution. Von 1815 bis 1851, Wiesbaden 1979 [= Hb. d. Dt. Gesch., hg. v. O. Brandt u.a., Bd. 3/I/2. Teil]
Fehrenbach, E., Traditionale Gesellschaft und revolutionäres Recht. Die Einführung des Code Napoléon in den Rheinbundstaaten, 3. Aufl. 1988 [1. Aufl. 1974]
Finck von Finckenstein, H.W.v, Die Entwicklung der Landwirtschaft in Preußen und Deutschland 1800–1930, Würzburg 1960
Fircks, A.v. (Bearb.), Rückblick auf die Bewegung der Bevölkerung im preußischen Staate während des Zeitraumes vom Jahre 1816 bis zum Jahre 1874, Berlin 1879 [= Preußische Statistik. Amtliches Quellenwerk, Bd. 48a]
Fischer, I., Industrialisierung, sozialer Konflikt und politische Willensbildung in der Stadtgemeinde. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte Augsburgs 1840–1914, Augsburg 1978
Fischer, W., Der Staat und die Anfänge der Industrialisierung in Baden 1800–1850, Bd. 1, Berlin (W) 1961 [einziger Bd.]
Fischer, W., Herz des Reviers. 125 Jahre Wirtschaftsgeschichte des Industrie- und Handelskammerbezirkes Essen-Mülheim-Oberhausen, Essen 1965
Fischer, W., Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Aufsätze – Studien – Vorträge, Göttingen 1972
Fischer, W., Rural Industrialization and Population Change, in: CSSH 15, 1973, S. 158–170
Fischer, W. (Hg.), Beiträge zu Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur im 16. und 19. Jahrhundert, Berlin (W) 1971
Fischer, W. (Hg.), Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 5: Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1985
Fischer, W. u.a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 1: Materialien zur Statistik des Deutschen Bundes 1815–1870, München 1982
Flinn, M.W., The European Demographic System, 1500–1820, Baltimore 1981
Först, W. (Hg.), Ruhrgebiet und neues Land, Köln 1968

Forstmann, W./Holtfrerich, C.-L., Zur Entwicklung der Einkommensdifferenzen in den ersten Jahrzehnten der deutschen Industrialisierung. Eine Auswertung der Eisenbahnstatistik, in: HSR 27, 1983, S. 38–62
Foucault, M., Überwachen und Strafen, Frankfurt 1976
Franke, W., Die Volkszahl deutscher Städte Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts, in: Zs. d. preußischen Statistischen Landesamtes 62, 1922, S. 102–121
Fremdling, R./O'Brien, P. (Hg.), Productivity in the Economies of Europe in the 19th and 20th Centuries, Stuttgart 1982
Fremdling, R./Tilly, K.H. (Hg.), Industrialisierung und Raum. Studien zur regionalen Differenzierung im Deutschland des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1979
Freudenthal, H., Vereine in Hamburg. Ein Beitrag zur Geschichte und Volkskunde der Geselligkeit, Hamburg 1968
Freudenthal, M., Gestaltwandel der städtischen bürgerlichen und proletarischen Hauswirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Typenwandels von Frau und Familie. 1. Teil: 1760–1910. Diss. Frankfurt 1934 [einziger Teil]
Frevert, U., Krankheit als politisches Problem. Soziale Unterschichten in Preußen zwischen medizinischer Polizei und staatlicher Sozialversicherung, Göttingen 1984
Frevert, U., Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit, Frankfurt 1986
Fürstenberg, F., Grundfragen der Betriebssoziologie, Köln 1964
Gall, L., Europa auf dem Weg in die Moderne 1850–1890, München 1984
Gebauer, H., Die Volkswirtschaft im Königreiche Sachsen. Historisch, geographisch und statistisch dargestellt, 3 Bde., Dresden 1893
Gerhard, U., Verhältnisse und Verhinderungen. Frauenarbeit, Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert, Frankfurt 1978
Gerschenkron, A., Economic Backwardness in Historical Perspective, Cambridge, Mass. 2. Aufl. 1965
Giddens, A., The Class Structure of Advanced Societies, New York 1973 [dt.: Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften, Frankfurt 1979]
Giedion, S., Die Herrschaft der Mechanisierung. Ein Beitrag zur anonymen Geschichte, Frankfurt 1982 [engl. 1948]
Gömmel, R., Wachstum und Konjunktur der Nürnberger Wirtschaft (1815–1914), Stuttgart 1978
Gömmel, R., Realeinkommen in Deutschland. Ein internationaler Vergleich (1810–1914), Nürnberg 1979
Gothein, E., Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes und der angrenzenden Landschaften (1892), ND New York 1970
Graafen, R., Die Aus- und Abwanderung aus der Eifel in den Jahren 1815–1955. Eine Untersuchung der Bevölkerungsentwicklung eines deutschen Mittelgebirges im Zeitalter der Industrialisierung, Bad Godesberg 1961
Grab, W., Ein Volk muß seine Freiheit selbst erobern. Zur Geschichte der deutschen Jakobiner, Frankfurt 1985
Gülich, G.v., Über die gegenwärtige Lage des Ackerbau's, der Gewerbe und des Handels im Regierungsbezirk Minden, Rinteln 1843
Habermas, J., Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bde., Frankfurt 1981
Habermas, J., Kleine politische Schriften (I–IV), Frankfurt 1981
Handl, J. u.a., Klassenlagen und Sozialstruktur. Empirische Untersuchungen für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1977
Hardach, G., Klassen und Schichten in Deutschland 1848–1970. Probleme einer historischen Sozialstrukturanalyse, in: GG 3, 1977, S. 503–524
Hausen, K. (Hg.), Frauen suchen ihre Geschichte. Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, München 1983
Heffter, H., Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert. Geschichte der Ideen und Institutionen, Stuttgart 1950
Helbich, W. (Hg.), „Amerika ist ein freies Land ..." Auswanderer schreiben nach Deutschland, Darmstadt 1985

Helfer, C., Über militärische Einflüsse auf die industrielle Entwicklung Deutschlands, in: Schmollers Jb. 83, 1963, S. 597–609
Henning, F.-W., Die Wirtschaftsstruktur mitteleuropäischer Gebiete an der Wende zum 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung des gewerblichen Bereiches, in: W. Fischer (Hg.), Beiträge zu Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur im 16. und 19. Jahrhundert, Berlin (W) 1971, S. 101–167
Henning, F.-W., Die Industrialisierung in Deutschland 1800–1914, Paderborn 1973
Henning, F.-W., Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2: 1750 bis 1976, Paderborn 1978
Henning, H., Sozialgeschichtliche Entwicklungen in Deutschland von 1815 bis 1860, Paderborn 1977
Heße, W., Rheinhessen in seiner Entwicklung von 1798 bis Ende 1834. Ein statistisch staatswirthschaftlicher Versuch, Mainz 1835
Hildebrand, B., Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft und andere gesammelte Schriften, Bd. 1, Jena 1922
Hilger, D., Art. „Fabrik, Fabrikant", in: GGr, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 229–252
Hilger, D./Hölscher, L., Art. „Industrie, Gewerbe", in: GGr, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 237-304
Hilger, M.-E., Art. „Kapital, Kapitalist, Kapitalismus", in: GGr, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 399-454
Hintze, O., Staat und Verfassung. Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte, Göttingen 2. Aufl. 1962 [1. Aufl. Leipzig 1941]
Hippel, W.v., Auswanderung aus Südwestdeutschland. Studien zur württembergischen Auswanderung und Auswanderungspolitik im 18. und 19. Jahrhundert, Stuttgart 1984
Hirschman, A.O., Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmen, Organisationen und Staaten, Tübingen 1974 [engl. 1970]
Hobsbawm, E.J., The Age of Revolution 1789–1848, London 1977 [1. Aufl. 1962; dt.: Europäische Revolutionen, Zürich 1962]
Hobsbawm, E.J., The Age of Capital 1848–1875, London 1976 [dt.: Die Blütezeit des Kapitals. Eine Kulturgeschichte der Jahre 1848–1875, München 1977]
Hochstadt, S.I., Migration in Germany. A Historical Study, Ph. D. Thesis Brown University 1983
Hörning, K.H. (Hg.), Soziale Ungleichheit. Strukturen und Prozesse sozialer Schichtung, Darmstadt 1976
Höroldt, D., Die Sozialstruktur der Stadt Bonn vom ausgehenden 18. bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts, in: E. Ennen/D. Höroldt (Hg.), Aus Geschichte und Volkskunde von Stadt und Raum Bonn. Fs. Josef Dietz zum 80. Geburtstag am 8. April 1973, Bonn 1973, S. 282–331
Hoffmann, W.G. u.a., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin (W) 1965
Hofmann, H.H., Adelige Herrschaft und souveräner Staat. Studien über Staat und Gesellschaft in Franken und Bayern im 18. und 19. Jahrhundert, München 1962
Hohorst, G., Wirtschaftswachstum und Bevölkerungsentwicklung in Preußen 1816–1914, New York 1977
Hohorst, G. u.a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 2: Materialien zur Statistik des Kaiserreiches 1870–1914, München 2. Aufl. 1978
Hondrich, K.O. (Hg.), Soziale Differenzierungen, Frankfurt 1982
Horch, H., Der Wandel der Gesellschafts- und Herrschaftsstrukturen in der Saarregion während der Industrialisierung (1740–1914), St. Ingbert 1985
Hoth, W., Die Industrialisierung einer rheinischen Gewerbestadt, Dargestellt am Beispiel Wuppertal, Köln 1975
Hubbard, W.H., Auf dem Weg zur Großstadt. Eine Sozialgeschichte der Stadt Graz 1850–1914, Wien 1984
Huber, E.R., Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Stuttgart: Bd. 1, ND d. 2. verb. Aufl. 1975; Bd. 2, 3. wesentl. überarb. Aufl. 1988; Bd. 3, 3. wesentl. überarb. Aufl. 1988
Huck, G. (Hg.), Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, Wuppertal 1980
Imhof, A.E., Historische Demographie als Sozialgeschichte. Gießen und Umgebung vom 17. zum 19. Jahrhundert, Darmstadt 1975
Imhof, A.E., Mortalität in Berlin vom 18. bis 20. Jahrhundert, in: Berliner Statistik 31, Ht. 8, 1977, S. 138–145

Imhof, A.E., Die gewonnenen Jahre. Von der Zunahme unserer Lebensspanne seit dreihundert Jahren oder von der Notwendigkeit einer neuen Einstellung zu Leben und Sterben, München 1981
Inst. f. Wirtschaftsgesch. d. Akad. d. Wiss. d. DDR (Hg.), Handbuch der Wirtschaftsgeschichte, Bd. 2, Berlin (O) 1981
Jacobs, A./Richter, H., Die Großhandelspreise in Deutschland von 1792 bis 1934, Berlin 1935 [Sonderht. 37 d. Vierteljahreshefte für Konjunkturforschung]
Jahrbuch für die amtliche Statistik des Preußischen Staats, Bd. 1–3, Berlin 1863–1869
Jeismann, K.-E./Lundgreen, P. (Hg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 3: 1800–1870. Von der Neuordnung Deutschlands bis zur Gründung des Deutschen Reiches, München 1987
Jeserich, K.G.A. (Hg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 2 u. 3, Stuttgart 1983/84
Kaelble, H., Industrialisierung und soziale Ungleichheit, Göttingen 1983
Kaelble, H., Der Mythos von der rapiden Industrialisierung in Deutschland, in: GG 9, 1983, S. 106–118
Kaelble, H. u.a., Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1978
Kaschuba, W., Aufbruch in die Moderne – Bruch der Tradition? Volkskultur und Staatsdisziplin in Württemberg während der napoleonischen Aera, in: Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons, Stuttgart 1987, S. 669–689
Kaufhold, K.H., Inhalt und Probleme einer preußischen Gewerbestatistik vor 1860, in: I. Bog. u.a. (Hg.), Wirtschaftliche und soziale Strukturen im saekularen Wandel. Fs. f. Wilhelm Abel z. 70. Geb., Bd. 3, Hannover 1974, S. 707–719
Kaufhold, K.H., Das Gewerbe in Preußen um 1800, Göttingen 1978
Kayser, E., Bevölkerungsgeschichte Deutschlands, Leipzig 1938
Kellenbenz, H. (Hg.), Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt, München 1974
Kiesewetter, H., Industrialisierung und Landwirtschaft. Sachsens Stellung im regionalen Industrialisierungsprozeß Deutschlands im 19. Jahrhundert, Köln 1988
Kiesewetter, H., Industrielle Revolution in Deutschland 1815–1914, Frankfurt 1989
Koch, R., Grundlagen bürgerlicher Herrschaft. Verfassungs- und sozialgeschichtliche Studien zur bürgerlichen Gesellschaft in Frankfurt am Main (1612–1866), Wiesbaden 1983
Kocka, J., Unternehmer in der deutschen Industrialisierung, Göttingen 1975
Kocka, J., Theorien in der Sozial- und Gesellschaftsgeschichte. Vorschläge zur historischen Schichtungsanalyse, in: GG 1, 1975, S. 9–42
Kocka, J., Stand – Klasse – Organisation. Strukturen sozialer Ungleichheit in Deutschland vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert im Aufriß, in: H.-U.Wehler (Hg.), Klassen in der Europäischen Sozialgeschichte, Göttingen 1979, S. 137–165
Kocka, J., Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850–1980. Vom Privatbeamten zum angestellten Arbeitnehmer, Göttingen 1981
Kocka, J., Capitalism and Bureaucracy in German Industrialization before 1914, in: EHR 33, 1981, S. 453–468
Kocka, J., Art. „Industrialisierung/Industrielle Revolution", in: Th. Meyer u.a. (Hg.), Lexikon des Sozialismus, Köln 1986
Kocka, J., Sozialgeschichte. Begriff, Entwicklung, Probleme, Göttingen 2. Aufl. 1986
Kocka, J. (Hg.), Theorien in der Praxis des Historikers. Forschungsbeispiele und ihre Diskussion, Göttingen 1977 [= GG Sonderht. 3]
Kocka, J. (Hg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, 3. Bde, München 1988
Kocka, J. u.a., Familie und soziale Plazierung. Studien zum Verhältnis von Familie, sozialer Mobilität und Heiratsverhalten an westfälischen Beispielen im späten 18. und 19. Jahrhundert, Opladen 1980
Köllmann, W., Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert, Tübingen 1960
Köllmann, W., Bevölkerung und Raum in neuerer und neuester Zeit, Würzburg 3. Aufl. 1965 [= Raum und Bevölkerung in der Weltgeschichte. Bevölkerungsploetz 4]
Köllmann, W., Bevölkerung in der industriellen Revolution. Studien zur Bevölkerungsgeschichte Deutschlands, Göttingen 1974
Koenig, H., Auch eine Jugend, Leipzig 1852

Kohl, Th., Familie und soziale Schichtung. Zur historischen Demographie Triers 1730–1870, Stuttgart 1985
Koselleck, R., Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791–1848, Stuttgart 2. Aufl. 1975 [1. Aufl. 1967; 3. Aufl. 1981]
Koselleck, R. (Hg.), Studien zum Beginn der modernen Welt, Stuttgart 1977
Koselleck, R./Meier, Ch., Art. „Fortschritt", in: GGr, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 351–423
Kossok, M. (Hg.), Vergleichende Revolutionsgeschichte – Probleme der Theorie und Methode, Berlin (O) 1988
Krabbe, W.R., Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1989
Kraus, A. (Bearb.), Quellen zur Bevölkerungsstatistik Deutschlands 1815–1875, Boppard 1980 [= Quellen zur Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsstatistik Deutschlands 1815–1875, hg. v. W. Köllmann, Bd. 1]
Kraus, A. (Bearb.), Quellen zur Berufs- und Gewerbestatistik Deutschlands 1816–1875: Preußische Provinzen, Boppard 1989 [= Quellen zur Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsstatistik Deutschlands 1815–1875, hg. v. W. Köllmann, Bd. 2]
Kreckel, R. (Hg.), Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983
Kruse, H., Das Siegerland unter preußischer Herrschaft 1815–1915, Siegen 1915
Kuczynski, J., Geschichte des Alltags des deutschen Volkes 1600–1945. Studien, Bd. 1–5 u. Nachträgliche Gedanken, Berlin (O) 1981–1985
Küther, C., Räuber und Gauner in Deutschland. Das organisierte Bandenwesen im 18. und frühen 19. Jahrhundert, Göttingen 1976
Küttler, W. (Hg.), Marxistische Typisierung und idealtypische Methode in der Geschichtswissenschaft, Berlin (O) 1986
Kulischer, J., Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, Bd. 2: Die Neuzeit, München 3. Aufl. 1965 [1. Aufl. 1929]
Kumpmann, K., Die Entstehung der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft 1830–1844. Ein erster Beitrag zur Geschichte der Rheinischen Eisenbahn., Essen 1910
Kuznets, S., Modern Economic Growth, New Haven 1966
Lahrkamp, M., Münster in napoleonischer Zeit 1800–1815. Administration, Wirtschaft und Gesellschaft im Zeichen von Säkularisation und französischer Herrschaft, Münster 1976
Landes, D.S., Der entfesselte Prometheus. Technologischer Wandel und industrielle Entwicklung in Westeuropa von 1750 bis zur Gegenwart, Köln 1973 [engl.: 1969]
Langewiesche, D., Europa zwischen Restauration und Revolution 1815–1849, München 1985
Langewiesche, D. (Hg.), Revolution und Krieg. Zur Dynamik historischen Wandels seit dem 18. Jahrhundert, Paderborn 1989
Lee, W.R., Population Growth, Economic Development and Social Change in Bavaria, 1750–1850, New York 1977
Lee, W.R., The Mechanism of Mortality Change in Germany 1750–1850, in: Medizinhistorisches Journal 15, 1980, S. 244–278
Lee, W.R. (Hg.), European Demography and Economic Growth, London 1979
Lenski, G., Macht und Privileg. Eine Theorie der sozialen Schichtung, Frankfurt 1973
Lopreato, J./Lewis, S. (Hg.), Social Stratification: A Reader, New York 1974
Lüdtke, A. (Hg.), Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt 1989
Lütge, F., Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Berlin (W) 3. Aufl. 1966
Luhmann, N., Funktionen und Folgen formaler Organisation, Berlin (W) 1964
Lundgreen, P., Alphabetisierung und Schulbildung im internationalen Industrialisierungsprozeß, in: Sowi 3, 1974, S. 17–21
Lundgreen, P. u.a., Bildungschancen und soziale Mobilität in der städtischen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1988
Mager, W. (Hg.), Geschichte der Stadt Spenge, Spenge 1984
Mann, G., Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt 1958
Markow, A., Das Wachstum der Bevölkerung und die Entwicklung der Aus- und Einwanderungen: Ab- und Zuzüge in Preußen und Preußens einzelnen Provinzen, Bezirken und Kreisgruppen 1824–1885, Tübingen 1889

Marschalk, P., Deutsche Überseewanderung im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1973
Marx, K., Das Kapital, Bd. 1–3, Berlin (O) 1962–1964 [MEW 23–25]
Mathias, P./Postan, M.M (Hg.), The Cambridge Economic History of Europe (CEHE), Bd. 7/1 u. 7/2, Cambridge 1978
Matis, H., Österreichs Wirtschaft 1848–1913, Berlin (W) 1972
Matz, K.-J., Pauperismus und Bevölkerung. Die gesetzlichen Ehebeschränkungen in den süddeutschen Staaten während des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1980
Matzerath, H., Urbanisierung in Preußen, 1815–1914, Stuttgart 1985
Matzerath, H., Von der Stadt zur Gemeinde. Zur Entwicklung des Stadtbegriffs im 19. und 20. Jahrhundert, in: Archiv f. Kommunalwissenschaften 13, 1974, S. 17–46
Matzerath, H./Ogura, K., Moderne Verstädterung in Deutschland und Japan, in: ZSSD 2, 1975, S. 228–253
Mayer, A.J., The Persistence of the Old Regime. Europe to the Great War, New York 1981
Merkel, G., Briefe über Hamburg und Lübeck, Leipzig 1801
Mitchell, B.R., European Historical Statistics 1750–1970, New York 1978 [1. Aufl. 1975]
Mitterauer, M., Ledige Mütter. Zur Geschichte illegitimer Geburten in Europa, München 1983
Mitterauer, M./Sieder, R., Vom Patriarchat zur Partnerschaft. Zum Strukturwandel der Familie, München 3. Aufl. 1984
Möller, H., Fürstenstaat oder Bürgernation. Deutschland 1763–1815, Berlin (W) 1989
Mohl, M., Über die württembergische Gewerbs-Industrie. Erste Abtheilung, Stuttgart 1828
Mohnhaupt, H. (Hg.), Zur Geschichte des Familien- und Erbrechts, Frankfurt 1987
Molitor, H., Vom Untertan zum Administré. Studien zur französischen Herrschaft und zum Verhalten der Bevölkerung des Rhein-Mosel-Raumes von den Revolutionskriegen bis zum Ende der napoleonischen Zeit, Wiesbaden 1980
Moore, B.Jr., Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie. Die Rolle der Grundbesitzer bei der Entstehung der modernen Welt, Frankfurt 1974 [engl.: 1966]
Mooser, J., Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt 1984
Mooser, J., Ländliche Klassengesellschaft 1770–1848. Bauern und Unterschichten, Landwirtschaft und Gewerbe im östlichen Westfalen, Göttingen 1984
Mottek, H., Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 1 u. 2, Berlin (O) 1957 u. 1964
Mottek, H. u.a., Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin (O) 1960
Müller, D.K., Sozialstruktur und Schulsystem. Aspekte zum Strukturwandel des Schulwesens im 19. Jahrhundert, Göttingen 1977
Neuhaus, G., Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung im Zeitalter des Kapitalismus, in: GdS, Abt. IX/1, Tübingen 1926, S. 360–459
Niethammer, L., Anmerkungen zur Alltagsgeschichte, in: Geschichtsdidaktik 3, 1980, S. 231–242
Nipperdey, Th., Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983
Nipperdey, Th., Nachdenken über die Deutsche Geschichte. Essays, München 1986
North, D.C./Thomas, R.T., The Rise of the Western World. A New Economic History, Cambridge 1973
O'Brien, P.K., Do We Have a Typology for the Study of European Industrialization in the XIXth Century?, in: JEEH 15, 1986, S. 291–334
Oesterlen, F., Handbuch der medicinischen Statistik, Tübingen 2. Aufl. 1874
Oppermann, A. (Hg.), Ernst Ritschel, Leipzig 1865
Parsons, T., Equality and Inequality in Modern Society, or Social Stratification Re-Visited, in: E.O. Laumann (Hg.), Social Stratification: Research and Theory for the 1970s, Indianapolis 1970, S. 13–72
Pflug, J.B., Erinnerungen eines Schwaben 1780–1830. Kulturbilder aus der Kloster-, Franzosen- und Räuberzeit Oberschwabens. Nach den Erinnerungen eines Maler-Romantikers, hg. v. M. Gerster, Ulm 3. Aufl. 1936
Phayer, F.M., Religion und das Gewöhnliche Volk in Bayern 1750–1850, München 1970
Plößl, E., Augsburg auf dem Weg ins Industriezeitalter, München 1985
Pohl, H. (Hg.), Sozialgeschichtliche Probleme in der Zeit der Hochindustrialisierung (1870–1914), Paderborn 1979

Pohl, H. (Hg.), Die Frau in der Deutschen Wirtschaft, Stuttgart 1985
Pohl, H. (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Stuttgart 1986
Pollard, S., Industrialization and the European Economy, in: EHR 26, 1973, S. 636–648
Pollard, S., Peaceful Conquest. The Industrialization of Europe 1760–1970, Oxford 1981
Prinzing, F., Handbuch der medizinischen Statistik, Jena 1906
Rehm, H., Der Erwerb von Staats- und Gemeinde-Angehörigkeit in geschichtlicher Entwicklung nach römischem und deutschem Staatsrecht. Im Abriß dargestellt, in: Annalen des Deutschen Reiches für Gesetzgebung, Verwaltung und Statistik 25, 1892, S. 137–282
Reif, H., Industrialisierung, Städtebildung und Arbeiterschaft in der Ruhrgebietsstadt Oberhausen 1850–1914, Habil.-Schrift Bielefeld 1985 [Veröff. in Vorb.]
Reif, H. (Hg.), Räuber, Volk und Obrigkeit. Studien zur Geschichte der Kriminalität seit dem 18. Jahrhundert, Frankfurt 1984
Reinhard, M. u.a., Histoire générale de la population mondiale, Paris 3. Aufl. 1968
Reulecke, J./Weber, W. (Hg.), Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, Wuppertal 1978
Reulecke, J., Sozialer Frieden durch soziale Reform. Der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen in der Frühindustrialisierung, Wuppertal 1983
Reulecke, J., Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt 1985
Ribbe, W. (Hg.), Geschichte Berlins, 2 Bde., München 1987
Ritter, G.A., Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich, München 1983
Ritter, G.A., Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München 1989
Ritter, G.A. (Hg.), Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, Düsseldorf 1974
Ritter, G.A./Kocka J.(Hg.), Deutsche Sozialgeschichte 1870–1914, Dokumente und Skizzen, München 3. Aufl. 1982
Rosenbaum, H., Formen der Familie. Untersuchungen zum Zusammenhang von Familienverhältnissen, Sozialstruktur und sozialem Wandel in der deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, Frankfurt 1982
Rosenberg, H., Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin (W) 1967 [2. Aufl. 1975]
Rostow, W.W., Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie, Göttingen 2. Aufl. 1967 [engl. 1960]
Rürup, R., Deutschland im 19. Jahrhundert, 1815–1871, Göttingen 1984
Runciman, W.G., Class, Status and Power?, in: J.A. Jackson (Hg.), Social Stratification, Cambridge 1968, S. 25–68
Saalfeld, D., Methodische Darlegungen zur Einkommensentwicklung und Sozialstruktur 1760–1860 am Beispiel einiger deutscher Städte, in: H. Winkel (Hg.), Vom Kleingewerbe zur Großindustrie. Quantitativ-regionale und politisch-rechtliche Aspekte zur Erforschung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur im 19. Jahrhundert, Berlin (W) 1975, S. 227–259
Sagarra, E., A Social History of Germany 1648–1914, London 1977
Salz, A., Geschichte der Böhmischen Industrie in der Neuzeit, München 1913
Sartorius von Walthershausen, A., Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815–1914, Jena 2. Aufl. 1923
Schaefer, H.-L., Bremens Bevölkerung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Bremen 1957
Schenda, R., Volk ohne Buch. Studien zur Sozialgeschichte der populären Lesestoffe 1770–1910, München 1977
Schieder, W./Kube, A., Säkularisation und Mediatisierung. Die Veräußerung der Nationalgüter im Rhein-Mosel-Department 1803 bis 1813, Boppard 1987
Schlenker, M. (Hg.), Die wirtschaftliche Entwicklung Elsass-Lothringens 1871–1918, Frankfurt 1931
Schmal, H. (Hg.), Patterns of European Urbanisation since 1500, London 1981
Schmidt, W., Zu einigen Fragen der sozialen Struktur und der politischen Ideologie in der Zeit des Vormärz und der Revolution von 1848/49, in: BZG 7, 1965, S. 644–660
Schröder, W.H. (Hg.), Moderne Stadtgeschichte, Stuttgart 1979

Schüren, R., Soziale Mobilität. Muster, Veränderungen und Bedingungen im 19. und 20. Jahrhundert, St. Katharinen 1989
Schulte, W., Volk und Staat. Westfalen im Vormärz und in der Revolution 1848/49, Münster 1954
Schumpeter, J., Sozialismus und Demokratie, München 2. Aufl. 1950 [3. Aufl. 1972]
Schwab, D., Art. „Familie", in: GGr, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 253–301
Schwabe, H., Die Resultate der Berliner Volkszählung vom 3. Dec. 1867, Berlin 1867
Schwarz, O., Die Betriebsformen der modernen Großindustrie, in: ZGS 25, 1869, S. 535–629
Sharlin, A.N., Social Structure and Politics: A Social History of Frankfurt am Main, 1815–1864, Ph. D. Thesis Univ. of Wisconsin Madison 1976
Sieder, R., Sozialgeschichte der Familie, Frankfurt 1987
Simon, O., Die Fachbildung des Preußischen Gewerbe- und Handelsstandes im 18. und 19. Jahrhundert, Berlin 1902
Sombart, W., Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts. Eine Einführung in die Nationalökonomie, ND Darmstadt 1954 [ND d. 7. Aufl.]
Spamer, A., Bairische Dokumente aus der „theuren Zeit" vor 100 Jahren, in: Bayrische Hefte für Volkskunde 3, 1916, S. 145–266
Spiethoff, A., Die wirtschaftlichen Wechsellagen. Aufschwung, Krise, Stockung, 2 Bde., Tübingen 1955
Spindler, M. (Hg.), Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert 1800–1970, 2 Teilbde., München 1975
Spree, R., Wachstumstrends und Konjunkturzyklen in der deutschen Wirtschaft von 1820 bis 1913. Quantitativer Rahmen für eine Konjunkturgeschichte des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1978
Spree, R., Soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod. Zur Sozialgeschichte des Gesundheitsbereichs im Deutschen Kaiserreich, Göttingen 1981
Stearns, P. N., Lives of Labour, London 1975 [dt.:Arbeiterleben. Industriearbeit und Alltag in Europa 1890–1914, Frankfurt 1980]
Steinbach, P., Der Eintritt Lippes in das Industriezeitalter. Sozialstruktur und Industrialisierung des Fürstentums Lippe im 19. Jahrhundert, Lemgo 1976
Sternberger, D., Panorama oder Ansichten vom 19. Jahrhundert, Hamburg 1981
Stieda, W., Deutsche Fabrikzustände, in: PJbb 51, 1883, S. 48–63
Tenfelde, K., Schwierigkeiten mit dem Alltag, in: GG 10, Ht. 3, 1984, S. 376–394
Teuteberg, H.-J. (Hg.), Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert, Köln 1983
Teuteberg, H.-J. (Hg.), Westfalens Wirtschaft am Beginn des „Maschinenzeitalters", Dortmund 1988
Therborn, G., Why Some Classes Are More Successful than Others, in: New Left Review 138, 1983, S. 37–55
Thienel, I., Städtewachstum im Industrialisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts. Das Berliner Beispiel, Berlin (W) 1973
Thümmler, H., Zur regionalen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 1816–1871, in: JbWG, 1977/I, S. 55–72
Tipton, F.B., Regional Variations in the Economic Development of Germany During the Nineteenth Century, Middletown 1976
Treue, W., Wirtschafts- und Technikgeschichte Preußens, Berlin (W) 1984
Viebahn, G. v., Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschlands, Theil I–III, Berlin 1858, 1862, 1868
Vierhaus, R., Art. „Bildung", in: GGr, Bd. 1, 1972, S. 508–551
Vogel, B. (Hg.), Preußische Reformen 1807–1820, Königstein 1980
Wagenblass, H., Der Eisenbahnbau und das Wachstum der deutschen Eisen- und Maschinenbauindustrie 1835–1860. Ein Beitrag zur Geschichte der Industrialisierung Deutschlands, Stuttgart 1973
Walker, M., Germany and the Emigration 1816–1885, Cambridge, Mass. 1964
Weber, A.F., The Growth of Cities in the 19th Century. A Study in Statistics, ND Ithaca, N.Y. 1967 [1. Aufl. 1899]
Weber, M., Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. 1–3, Tübingen 1922–23
Weber, M., Wirtschaftsgeschichte. Abriß der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, München 1923

Weber, M., Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. Studienausgabe, hg. v. J. Winckelmann. 2 Halbbde., Köln 1964
Weber, W., Innovationen im frühindustriellen deutschen Bergbau und Hüttenwesen. Friedrich Anton v. Heynitz. Göttingen 1976
Wehler, H.-U., Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen 1975
Wehler, H.-U., Historische Sozialwissenschaft und Geschichtsschreibung. Studien zu Aufgaben und Traditionen deutscher Geschichtsschreibung, Göttingen 1980
Wehler, H.-U., Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 1: Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700–1815; Bd. 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution" 1815–1845/49, München 1987
Wehler, H.-U. (Hg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln 1966
Weis, E., Bayern und Frankreich in der Zeit des Konsulats und des Ersten Empire (1799 bis 1815), München 1984
Weis, E./Müller-Luckner, E. (Hg.), Reformen im rheinbündischen Deutschland, München 1987
Wengenroth, U., Unternehmensstrategien und technischer Fortschritt. Die deutsche und britische Stahlindustrie 1865–1895, Göttingen 1986
Wohlfeil, R., Vom stehenden Heer des Absolutismus zur Allgemeinen Wehrpflicht (1789–1814), Frankfurt 1964
Wunder, B., Geschichte der Bürokratie in Deutschland, Frankfurt 1986
Zentralinst. f. Gesch. d. Akad. d. Wiss. d. DDR (Hg.), Deutsche Geschichte in zwölf Bänden, Bd. 4: Die bürgerliche Umwälzung von 1789–1871; Bd. 5: Der Kapitalismus der freien Konkurrenz und der Übergang zum Monopolkapitalismus im Kaiserreich von 1871–1897, Berlin (O) 1984/1988
Zwahr, H., Die Synchronisierung des Entwicklungsgangs von Bourgeoisie und Proletariat als Forschungsproblem und Aufgabe, in: BZG 23, 1981, S. 803–824

II. Geschichte der Arbeiter und Unterschichten

1. Allgemein und einzelne Aspekte

Alt, R. (Hg.), Kinderausbeutung und Fabrikschulen, Berlin (O) 1958
Anton, G.K., Geschichte der preußischen Fabrikgesetzgebung bis zu ihrer Aufnahme in die Reichsgewerbeordnung, Berlin (O) 1953 [1. Aufl. 1891]
Die Arbeiterfrage I, in: PJbb. 14, 1864, S. 393–424
Arbeit – Mensch – Maschine. Der Weg in die Industriegesellschaft, Steyr 2. Aufl. 1988
Bauer, O., Ein steiniger Weg. Lebenserinnerungen einer Sozialistin, Berlin (W) 3. Aufl. 1979
Balkenhol, B., Armut und Arbeitslosigkeit in der Industrialisierung: dargestellt am Beispiel Düsseldorf 1850–1900, Düsseldorf 1976
Bausinger, H., Arbeit und Freizeit, in: W. Conze u.a. (Hg.), Funk-Kolleg Geschichte 1, Frankfurt 1981, S. 114–135
Bebel, A., Aus meinem Leben, 3 Teile, Berlin 1946 [1. Aufl. 1910]
Bergmann, J./Volkmann, H. (Hg.), Sozialer Protest. Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung, Opladen 1984
Boch, R./Krause, M., Historisches Lesebuch zur Geschichte der Arbeiterschaft im Bergischen Land, Köln 1983
Born, S., Erinnerungen eines Achtundvierzigers, hg. v. H.J. Schütz, Berlin (W) 1978
Brentano, L., Über das Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung, in: Schmollers Jb. 4, 1876, S. 190–213
Conze, W., Vom „Pöbel" zum „Proletariat". Sozialgeschichtliche Voraussetzungen für den Sozialismus in Deutschland, in: H.-U. Wehler (Hg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln 1966, S. 111–136 [urspr. in: VSWG 41, 1954, S. 333–364]
Conze, W./Engelhardt, U. (Hg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten, Stuttgart 1979
Conze, W./Engelhardt, U. (Hg.), Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert. Lebensstandard und Lebensgestaltung deutscher Arbeiter und Handwerker, Stuttgart 1981

Degen, K., Die Herkunft der Arbeiter in den Industrien Rheinland-Westfalens bis zur Gründerzeit. [Diss. Bonn] Essen 1916

Denkwürdigkeiten und Erinnerungen eines Arbeiters [K. Fischer], hg. v. P. Göhre, Leipzig 1903

Deutschmann, C., Der Weg zum Normalarbeitstag. Die Entwicklung der Arbeitszeiten in der deutschen Industrie bis 1918, Frankfurt 1985

Dhugoborski, W./Popiolek, K., A Study on the Growth of Industry and the History of the Working Classes in Silesia, in: Annales Silesiae 1, 1960, S. 82–112

Dowe, D., Aktion und Organisation. Arbeiterbewegung, sozialistische und kommunistische Bewegung in der preußischen Rheinprovinz 1820–1852, Hannover 1970

Dowe, D., Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, sozialistischen und kommunistischen Bewegung von den Anfängen bis 1863 unter Berücksichtigung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen. Berichtzeitraum 1945–1975, Bonn 3. Aufl. 1981 [erw. u. bearb. v. V. Mettig]

Dowe, D. (Hg.), Berichte über die Verhandlungen der Vereinstage deutscher Arbeitervereine: 1863 bis 1869, ND Berlin (W) 1980

Dowe, D./Offermann T. (Hg.), Deutsche Handwerker- und Arbeiterkongresse 1848–1852. Protokolle und Materialien. Berlin (W) 1983

Eberwein, W. u.a., Belegschaften und Unternehmer. Die geschichtlich-gesellschaftliche Herausbildung der aktuellen Betriebsverfassung und betrieblichen Mitbestimmung in Deutschland, 5 Bde., Univ. Bremen 1982/83 [Forschungsberichte der zentralen wissenschaftlichen Einrichtung „Arbeit und Betrieb" Universität Bremen]

Eggebrecht, A. u.a., Geschichte der Arbeit. Vom Alten Ägypten bis zur Gegenwart, Köln 1980

Ehmer, J., Frauenarbeit und Arbeiterfamilie in Wien. Vom Vormärz bis 1934, in: GG 7, 1981, S. 438–473

Eisenberg, Ch., Frühe Arbeiterbewegung und Genossenschaften. Theorie und Praxis der Produktivgenossenschaften in der deutschen Sozialdemokratie und den Gewerkschaften der 1860er/1870er Jahre, Bonn 1985

Eisenberg, Ch., Deutsche und englische Gewerkschaften. Entstehung und Entwicklung bis 1878 im Vergleich, Göttingen 1986

Engelhardt, U., Zur Entwicklung der Streikbewegungen in der ersten Industrialisierungsphase und zur Funktion von Streiks bei der Konstituierung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, in: IWK 15, 1979, S. 547–569

Engelsing, R., Zur Sozialgeschichte deutscher Mittel- und Unterschichten, Göttingen 2. Aufl. 1978

Enters, H., Die kleine mühselige Welt des jungen Hermann Enters. Erinnnerungen eines Amerika-Auswanderers an das frühindustrielle Wuppertal, Wuppertal 3. Aufl. 1979

Fischer, W., Armut in der Geschichte. Erscheinungsformen und Lösungsversuche der „Sozialen Frage" in Europa seit dem Mittelalter, Göttingen 1982

Flor, A., Arbeitslöhne und Lebensmittelpreise, auch Wohlthätigkeits-Anstalten in Altona, in: ZVdS 1, 1847, S. 900–911

Freudenberger, H., Das Arbeitsjahr, in: I. Bog u.a. (Hg.), Wirtschaftliche und soziale Strukturen im saekularen Wandel. Fs. f. W. Abel z. 70. Geb., Bd. 2, Hannover 1974, S. 307–320

Gailus, M., Poebelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1830–1980), Berlin (W) 1984

Garraty, J.A., Unemployment in History, New York 1978

Geary, D., Arbeiterprotest und Arbeiterbewegung in Europa 1848–1939, München 1983 [engl.: 1981]

Geck, L.H.A., Die sozialen Arbeitsverhältnisse im Wandel der Zeit. Eine geschichtliche Einführung in die Betriebssoziologie, Berlin 1931

Gerhard, H.-J. (Hg.), Löhne im vor- und frühindustriellen Deutschland. Materialien zur Entwicklung von Lohnsätzen von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1984

Gerschenkron, A., Economic Backwardness in Historical Perspective. A Book of Essays, Cambridge, Mass. 1966

Godelfroy, C., Theorie der Armut. Ein Versuch, Hamburg 1834

Göhre, P., Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerksbursche. Eine praktische Studie, Leipzig 1891

Gruner, E., Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert. Soziale Lage, Organisation, Verhältnisse und Wirtschaft in der Schweiz, Bern 1968

Gruner, E. (Hg.), Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880–1914. Soziale Lage, Organisation und Kämpfe von Arbeitern und Unternehmern, politische Organisation und Sozialpolitik, 3 Bde., Zürich 1987–88

Harney, K., Arbeitskräftebeschaffung, Wanderung, Belegschaftsorganisation und Ausbildung im Hinblick auf die Entstehung schulischen Angebots, in: ZfU 28, 1983, S. 1–38

Haumann, H. (Hg.), Arbeiteralltag in Stadt und Land. Neue Wege der Geschichtschreibung, Berlin (W) 1982 [= Argument Sonderbd. 94]

Herkner, H., Art. „Arbeitszeit", in: HwbStW, Bd. 1, Jena 4. Aufl. 1923, S. 889–916

Herzig, A., Die Reaktion der Unterschichten auf den technologischen Wandel in der Proto- und Frühindustrialisierungsphase in Deutschland, in: AfS 28, 1988, S. 1–26

Herzig, A., Unterschichtenprotest in Deutschland 1790–1870, Göttingen 1988

Hilger, D./Jantke, C. (Hg.), Die Eigentumslosen. Der deutsche Pauperismus und die Emanzipationskrise in Darstellungen und Deutungen der zeitgenössischen Literatur, München 1965

Hobsbawm, E.J., Labouring Men. Studies in the History of Labour, London 2. Aufl. 1971 [1. Aufl. 1964]

Hobsbawm, E.J., Worlds of Labour. Further Studies in the History of Labour, London 1984

Hoppe, R., Dokumente zur Geschichte der Lage des arbeitenden Kindes in Deutschland von 1700 bis zur Gegenwart, Berlin (O) 1969 [= J. Kuczynski, Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus I, Bd. 20]

Huber, V.A., „Arbeitende Klassen", in: J.L. Bluntschli (Hg.), Deutsches Staats-Wörterbuch, Bd. 1, Stuttgart 1857, S. 279–310

[Hülfskassen]. Die unter staatlicher Aufsicht stehenden gewerblichen Hülfskassen für Arbeitnehmer (mit Ausschluß der sog. Knappschaftskassen) und die Versicherung gewerblicher Arbeitnehmer gegen Unfälle im preußischen Staate, Berlin 1876

Husung, H.-G., Protest und Repression im Vormärz. Norddeutschland zwischen Restauration und Revolution, Göttingen 1983

Imle, F., Gewerbliche Friedensdokumente. Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen der Tarifgemeinschaften in Deutschland, Jena 1905

Jacobi, L.H.W., Die Arbeitslöhne in Niederschlesien, in: ZKPSB 8, 1868, S. 326–351

Katznelson, I./Zolberg, A., Working-Class Formation. Nineteenth Century Patterns in Western Europe and the United States, Princeton 1986

Kaufhold, K.H., Entstehung, Entwicklung und Gliederung der gewerblichen Arbeiterschaft in Nordwestdeutschland 1800–1875. Unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses staatlicher Maßnahmen, in: H. Kellenbenz (Hg.), Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt, München 1974, S. 69–85

Kaufhold, K.H., Wirtschaftswachstum, Technologie und Arbeitszeit. Ausgangssituation im 18. Jahrhundert und Entwicklung bis ca. 1835, in: H. Pohl (Hg.), Wirtschaftswachstum, Technologie und Arbeitszeit im internationalen Vergleich, Wiesbaden 1983, S. 17–54

Keil, W., Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 1, Stuttgart 1947

Knapp, U., Frauenarbeit in Deutschland, 2 Bde., München 1984

Kocka, J., Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875. Berlin (W) 1983

Kocka, J., Weder Stand noch Klasse. Unterschichten in Deutschland um 1800, Bonn 1990

Kocka, J., Traditionsbindung und Klassenbildung. Zum sozialhistorischen Ort der frühen deutschen Arbeiterbewegung, in: HZ 241, 1986, S. 333–376

Kocka, J., Technik und Arbeitsplatz im 19. Jahrhundert, in: T. Buddensieg/H. Rogge (Hg.), Die Nützlichen Künste. Gestaltende Technik und Bildende Kunst seit der Industriellen Revolution, Berlin (W) 1981, S. 117–121

Kocka, J., Klassen oder Kultur? Durchbrüche und Sackgassen in der Arbeitergeschichte, in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken 36, 1982, S. 955–965

Kocka, J. (Hg.), Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert. Deutschland, Österreich, England und Frankreich im Vergleich, Göttingen 1983

Kocka, J./Müller-Luckner, E. (Hg.), Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert. Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich, München 1986

Köllmann, W., Industrielle Unterschichten im Bergischen Land und im Ruhrgebiet in der Früh-

und Hochindustrialisierung, in: H. Mommsen/W. Schulze (Hg.), Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung, Stuttgart 1981, S. 319–333
Konrad, H. (Hg.), Probleme der Herausbildung und politische Formierung der Arbeiterklasse. Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung. 24. Linzer Konferenz 1988, Wien 1989
Kraus, A., Die Unterschichten Hamburgs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Entstehung, Struktur und Lebensverhältnisse. Eine historisch-statistische Untersuchung, Stuttgart 1965
Kuczynski, J., Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Teil I, Bd. 1–3, 8–10, 18–19, 36, Berlin (O) 1961–1968
Kuczynski, J., Das Verhältnis von Arbeit und Freizeit, in: JbWG, 1980/I, S. 7–21
Kuczynski, R., Arbeitslohn und Arbeitszeit in Europa und Amerika 1870–1909, Berlin 1913
Lärmer, K. u.a., Zur Haltung von Klassen und Schichten zum produktionstechnischen Fortschritt in Deutschland, in: JbWG, 1986/I, S. 109–130
Lange, S., Zur Bildungssituation der Proletarierkinder im 19. Jahrhundert. Kinderarbeit und Armenschulwesen der sächsischen Elbestadt Pirna, Berlin (O) 1978
Langewiesche, D./Schönhoven, K. (Hg.), Arbeiter in Deutschland, Paderborn 1981
Le Play, F., Les ouvriers européens, 6 Bde., Tours 2. Aufl. 1877–1879 [6 Bde.]
Löbe, P., Der Weg war lang. Lebenserinnerungen, Berlin (W) 1954
Loreck, J., Wie man früher Sozialdemokrat wurde. Das Kommunikationsverhalten in der deutschen Arbeiterbewegung und die Konzeption der sozialistischen Parteipublizistik durch August Bebel, Bonn 1977
Loseff-Tillmanns, G., Frauenemanzipation und Gewerkschaften, Wuppertal 1978
Lüth, F., Aus der Jugendzeit eines Tagelöhners, hg. v. W.H. Michelis, Berlin 1910
Machtan, L., Streiks und Aussperrungen im Deutschen Kaiserreich. Eine sozialgeschichtliche Dokumentation für die Jahre 1871 bis 1875, Berlin (W) 1984
Meinert, R., Die Entwicklung der Arbeitszeit in der deutschen Industrie 1820–1956, Diss. Münster 1958
Meißl, G., Arbeitslohn und Arbeitsleistung, in: BHS 10, 1980, S. 54–58
Meyer, A., Schule und Kinderarbeit. Das Verhältnis von Schul- und Sozialpolitik in der Entwicklung der preußischen Volksschule zu Beginn des 19. Jahrhunderts, Diss. Hamburg 1971
Michaelis, C., Über den Einfluß einiger Industriezweige auf den Gesundheitszustand. Ein Beitrag zur offiziellen Gesundheitspflege und zur Lösung der Arbeiterfrage, Glauchau 1866
Miller, B., Die deutsche Arbeiterbewegung, Leipzig 1863
Mommsen, H./Schulze, W. (Hg.), Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung, Stuttgart 1981
Moody, J.C./Kessler-Harris, A. (Hg.), Perspectives on American Labor History. The Problem of Synthesis, De Kalb, Ill. 1989
Mooser, J., Gewalt und Verführung, Not und Getreidehandel. Ein Versuch über den politischen Zusammenhang von bürgerlicher Revolutionsrezeption, Reformen und Unterschichten in Deutschland 1789–1820, in: H. Berding (Hg.), Soziale Unruhen in Deutschland während der Französischen Revolution, Göttingen 1988, S. 218–236
Mooser, J., Unterschichten in Deutschland 1770–1820, in: H. Berding u.a. (Hg.), Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Französischen Revolution, Frankfurt 1989, S. 339–369
Nitsche, J., Die wirtschaftliche und soziale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin von 1800–1830, Diss. Berlin (O) 1965
Noyes, P.H., Organization and Revolution. Working-Class Associations in the German Revolution of 1848/49, Princeton 1966
Obermann, K., Die Arbeitermigrationen in Deutschland im Prozeß der Industrialisierung und die Entstehung der Arbeiterklasse (1815–1867), in: JbWG, 1972/I, S. 135–181
Offermann, T., Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850–1863, Bonn 1979
Offermann, T., Die regionale Ausbreitung der frühen deutschen Arbeiterbewegung 1848/49–1860/64, in: GG 13, 1987, S. 419–447
Otruba, G., Wiener Flugschriften zur sozialen Frage 1848. Bd. 1: Arbeiterschaft, Handwerk und Handel, Wien 1978
Phelps Brown, E.H./Brown, M.H., Labour Hours: Hours of Work, in: IESS 8, 1968, S. 487–491

Plößl, E., Weibliche Arbeit in Familie und Betrieb. Bayerische Arbeiterfrauen 1870–1940, München 1983

Puls, D. (Hg.), Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert, Frankfurt 1979

Quandt, S. (Hg.), Kinderarbeit und Kinderschutz im Deutschland 1783–1976. Quellen und Anmerkungen, Paderborn 1978

Quark, M., Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49, Leipzig 1924

Renzsch, W., Handwerker und Lohnarbeiter in der frühen Arbeiterbewegung. Zur sozialen Basis von Gewerkschaften und Sozialdemokratie im Reichsgründungsjahrzehnt, Göttingen 1980

Reulecke, J., Vom Blauen Montag zum Arbeiterurlaub. Vorgeschichte und Entstehung des Erholungsurlaubes für Arbeiter vor dem Ersten Weltkrieg, in: AfS 16, 1976, S. 205–248

Reulecke, J./Köllmann, W. (Hg.), Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. 5 Bde., ND Hagen 1980 [Berlin 1848/49–1855/58]

Riehl, W.H., Der Vierte Stand, in: DVS 4, 1850, S. 182–268

Ritscher, W., Koalitionen und Koalitionsrecht in Deutschland bis zur Reichsgewerbeordnung, Diss. München 1917

Ritter, G.A., Probleme der Erforschung von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, in: JbIDG 16, 1987, S. 369–397

Ritter, G.A., Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive, in: HZ 249, 1989, S. 295–362

Ritter, G.A. (Hg.), Arbeiterkultur, Königstein 1979

Rudé, G., Die Volksmassen in der Geschichte. Unruhen, Aufstände und Revolutionen in England und Frankreich 1720–1848, Frankfurt 1977 (2. Aufl. 1979; engl.: 1964)

Ruppert, W. (Hg.), Die Arbeiter. Lebensformen, Alltag und Kultur von der Frühindustrialisierung bis zum „Wirtschaftswunder", München 1986

Saalfeld, D., Lebensstandard in Deutschland 1750–1860. Einkommensverhältnisse und Lebenshaltungskosten städtischer Populationen in der Übergangsperiode zum Industriezeitalter, in: I. Bog u.a. (Hg.), Wirtschaftliche und soziale Strukturen im saekularen Wandel. Fs. f. Wilhelm Abel z. 70. Geb., Bd. 2, Hannover 1974, S. 417–443

Saalfeld, D., Die sozialökonomischen Lebensbedingungen der Unterschichten Deutschlands im 19. Jahrhundert, in: K.H. Kaufhold/F. Riemann (Hg.), Theorie und Empirie in Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte. Fs. f. Wilhelm Abel zum 80. Geb., Göttingen 1984, S. 189–213

Sachße, Ch./Tennstedt, F., Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Vom Spätmittelalter bis zum 1. Weltkrieg, Stuttgart 1980

Sauer, W. (Hg.), Der dressierte Arbeiter. Geschichte und Gegenwart der industriellen Arbeitswelt, München 1984

Scheffler, J. (Hg.), Bürger und Bettler. Materialien und Dokumente zur Geschichte der Nichtseßhaftenhilfe in der Diakonie, Stuttgart 1978

Schildt, G., Tagelöhner, Gesellen, Arbeiter. Sozialgeschichte der vorindustriellen und industriellen Arbeiter in Braunschweig 1830–1880, Stuttgart 1986

Schmidt, A., Die Zukunft der arbeitenden Klassen und die Vereine für ihr Wohl. Eine Mahnung an die Zeitgenossen, Berlin 1845

Schmiede, R./Schudlich, E., Die Entwicklung der Leistungsentlohnung in Deutschland. Eine historisch-theoretische Untersuchung zum Verhältnis von Lohn und Leistung unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, Frankfurt 2. Aufl. 1977

Schmoller, G., „Die Arbeiterfrage", in: PJbb 14, 1864, S. 393–422, 513–547; 15, S. 32–62

Schmoller, G., Die Tatsachen der Lohnbewegung in Geschichte und Gegenwart, in: Schmollers Jb. 38, 1914, S. 525–556

Schnapper-Arndt, G., Fünf Dorfgemeinden auf dem Hohen Taunus. Eine sozialstatistische Untersuchung über Kleinbauernthum, Hausindustrie und Volksleben, Leipzig 1883 [2. bearb. Aufl. u.d.T.: Hoher Taunus. Eine sozialstatistische Untersuchung in fünf Dorfgemeinden, Allensbach 1963]

Schneider, L., Der Arbeiterhaushalt im 18. und 19. Jahrhundert. Dargestellt am Beispiel des Heim- und Fabrikarbeiters, Berlin (W) 1967

Schremmer, E., Die Wirtschaft Bayerns. Vom hohen Mittelalter bis zum Beginn der Industrialisierung. Bergbau, Gewerbe, Handel, München 1970
Schröder, W.H., Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung. Industriearbeit und Organisationsverhalten im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Frankfurt 1978
Schröder, W.H., Die Entwicklung der Arbeitszeit im sekundären Sektor in Deutschland 1871–1913, in: Technikgeschichte 47, 1980, S. 252–302
Schulz, G., Die betriebliche Lage der Arbeiter im Rheinland vom 19. bis zum beginnenden 20. Jahrhundert, in: RhVjBll 50, 1986, S. 150–189
Schulze, W., Kinderarbeit und Erziehungsfragen in Preußen zu Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Soziale Welt 9, 1958, S. 299–309
Seifert, I.K., Arbeitszeit in Deutschland. Herausbildung und Entwicklung industrieller Arbeitszeiten von der frühen Industrialisierung bis zum Kampf um die 35-Stunden Woche, Diss. Wuppertal 1985
Singer, H.F., Der blaue Montag. Eine kulturgeschichtliche und soziale Studie. Nach den Zeitquellen bearbeitet, Mainz 1917
Steinberg, H.-J., Die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung bis 1914. Eine bibliographische Einführung, Frankfurt 1979
Stekl, H. Österreichs Zucht- und Arbeitshäuser 1671–1920. Institutionen zwischen Fürsorge und Strafvollzug, Wien 1978
Strauss, R., Die Lage und die Bewegung der Chemnitzer Arbeiter in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Berlin (O) 1960
Strauss, R., Löhne sowie Brot- und Kartoffelpreise in Chemnitz, in: JbWG, 1962/IV, S. 144–190
Summa, R., Kasseler Unterschichten im Zeitalter der Industrialisierung. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Stadt Kassel von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges, Darmstadt 1978
Tenfelde, K., Arbeiterschaft, Arbeitsmarkt und Kommunikationsstrukturen im Ruhrgebiet in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts, in: AfS 16, 1976, S. 1–59
Tenfelde, K., Wege zur Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung. Regional- und lokalgeschichtliche Forschungen (1945–1975) zur deutschen Arbeiterbewegung bis 1914, in: H.-U. Wehler (Hg.), Die moderne Geschichte in der internationalen Forschung 1945–1975, Göttingen 1978, S. 197–255 [= GG Sonderht. 4]
Tenfelde, K. (Hg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich. Berichte zur internationalen historischen Forschung, München 1986 [HZ Sonderht. 15]
Tenfelde, K. (Hg.), Arbeit und Arbeitserfahrung in der Geschichte, Göttingen 1986
Tenfelde, K./Volkmann H. (Hg.), Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981
Tenfelde, K./Ritter, G.A. (Hg.), Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1863 bis 1914. Berichtszeitraum 1945 bis 1975. Mit einer forschungsgeschichtlichen Einleitung, Bonn 1981
Tennstedt, F., Vom Proleten zum Industriearbeiter. Arbeiterbewegung und Sozialpolitik in Deutschland bis 1914, Köln 1983
Teuteberg, H.-J., Geschichte der industriellen Mitbestimmung in Deutschland. Ursprung und Entwicklung ihrer Vorläufer im Denken und in der Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts, Tübingen 1961
Tilly, C., Proletarienization, in: As Sociology Meets History, New York 1981, S. 179–189
Thönnessen, W., Frauenemanzipation. Politik und Literatur der Deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863–1933, Frankfurt 1969
Wegrainer, M., Der Lebensweg einer Arbeiterfrau, hg. v. L. Ziegenbalg u.a., Frankfurt 1979
Willms, A., Die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit im Deutschen Reich. Eine historisch-soziologische Studie, Nürnberg 1980
Wissel, R., Koalitionen und Koalitionsverbote, in: HwbStW, Bd. 5, Jena 4. Aufl. 1923, S. 734–756
Wulf, H.A., „Maschinenstürmer sind wir keine". Technischer Fortschritt und sozialdemokratische Arbeiterbewegung, Frankfurt 1987
Zwahr, H., Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, Berlin (O) 1978 u. München 1981
Zwahr, H., Zur Genesis der deutschen Arbeiterklasse, in: Zur Entstehung des Proletariats. Untersuchungen zu den Vorformen, der Entwicklung, der Lage und der Struktur der Arbeiterklasse bis zum 19. Jahrhundert, Magdeburg 1980, S. 25–49

Zwahr, H., Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands im stadial-regionalen Vergleich (1875). Resumee, in: Konstituierungsprozeß der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland und Österreich, Leipzig 1984
Zwahr, H., Zum Gestaltwandel von gewerblichen Unternehmern und kapitalabhängigen Produzenten. Entwicklungstypen gewerblicher Warenproduktion in Deutschland, in: JbG 32, 1985, S. 9–64
Zwahr, H., Die Konstituierung der Arbeiterklasse in revolutionsgeschichtlicher Sicht, in: M. Kossok/M. Zenske, Die proletarische Revolution, Leipzig 1985, S. 32–69 [Protokoll des 4. internationalen Kolloquiums der Forschungsgruppe vergleichende Geschichte der neuzeitlichen Revolutionen des interdisziplinären Zentrums für vergleichende Revolutionsforschung (IZR) an der Karl-Marx-Universität Leipzig]
Zwahr, H., Die deutsche Arbeiterbewegung im Länder- und Territorienvergleich 1875, in: GG 13, 1987, S. 448–507

2. Hausarbeit und häusliches Gesinde

Budde, G.-F. (Hg.), In Träumen war ich immer wach. Das Leben des Dienstmädchens Sophia von ihr selbst erzählt, Bonn 2. durchges. Aufl. 1990
Davidis, H., Die Hausfrau. Praktische Anleitung zur selbständigen und sparsamen Führung von Stadt- und Landhaushalten, Leipzig 1860
Deutelmoser, M., „Die ausgebeutetsten aller Proletarierinnen". Dienstmädchen in Hamburg vor dem Ersten Weltkrieg, in: A. Herzig u.a. (Hg.), Arbeiter in Hamburg, Hamburg 1983, S. 319–329
Egner, E., Entwicklungsphasen der Hauswirtschaft, Göttingen 1964
Engelsing, R., Einkommen der Dienstboten in Deutschland zwischen dem 16. und 20. Jahrhundert, in: JbIDG 2, 1973, S. 11–65
Engelsing, R., Der Arbeitsmarkt der Dienstboten im 17., 18. und 19. Jahrhundert, in: H. Kellenbenz (Hg.), Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt, Wien 1974, S. 159–237
Goertz, H., Mariechen saß weinend im Garten, München 1963
Holtei, K.v., Erlebnisse eines Livreedieners. Roman in drei Theilen, Breslau 1868
Horn, P., The Rise and Fall of the Victorian Servant, Dublin 1975
Katzman, D.M., Seven Days a Week. Women and Domestic Service in Industrializing America, New York 1978
Koch, R., Zum Gesindewesen in Frankfurt a.M. (17.–19. Jh.), in: Archiv f. Frankfurts Geschichte und Kunst 59, 1985, S. 231–250
Kollmann, P., Geschichte und Statistik des Gesindewesens in Deutschland, in: JbbNS 10, 1868, S. 237–301
Lamouille, M., Wir werden Sie Marie nennen. Erinnerungen eines Zimmermädchens, hg. v. Luc Weibel, Zürich 1980
Löbe, W., Das Dienstbotenunwesen unserer Tage oder was hat zu geschehen, um in jeder Beziehung gute Dienstmädchen heranzuziehen, Leipzig 1855
McBride, T., The Domestic Revolution. The Modernization of Household Service in England and France 1820–1920, London 1976
Meyer, S., Das Theater mit der Hausarbeit, Frankfurt 1982
Müller, H., Dienstbare Geister. Leben und Arbeitswelt städtischer Dienstboten, Berlin (W) 1981
Müller-Staats, D., Klagen über Dienstboten. Eine Untersuchung über Dienstboten und ihre Herrschaften, Frankfurt 1987
Ottmüller, U., Die Dienstbotenfrage. Zur Sozialgeschichte der doppelten Ausnutzung von Dienstmädchen im deutschen Kaiserreich, Münster 1978
Pieper, A., Dienstbotenfrage und Dienstbotenvereine, München-Gladbach 1908
Pierenkemper, D., „Dienstbotenfrage" und Dienstmädchenmarkt, in: AfS 28, 1988, S. 173–201
Sachse, J.Ch., Der deutsche Gil Blas. Eingeführt von Goethe. Oder Leben, Wanderungen und Schicksale Johann Christoph Sachses, eines Thüringers. Von ihm selbst verfaßt (1822), Frankfurt 1925
Sagarra, E., Die Dienstboten im deutschen Roman von Immermann bis Fontane, in: R. Goffin u.a. (Hg.), Literature et culture allemandes, Brüssel 1985, S. 165–181

Sans Gène, M., Jugenderinnerungen eines armen Dienstmädchens. Hg. v. C. Meyer, Bremen 1973 [1. Aufl. 1906]
Schlegel, K., The Experience of Hamburg Maids: Relationships between Employers and Employees within Domestic Service in Nineteenth Century Hamburg, Norwich 1980
Schulte, R., Dienstmädchen im herrschaftlichen Haushalt. Zur Genese ihrer Sozialpsychologie, in: ZBL 41, 1978, S. 879–920
Schultz, S., Die Entwicklung der Hausgehilfinnen-Organisation in Deutschland, Diss. Tübingen 1961
Sproll, H., Die sozioökonomische und sozio-kulturelle Struktur von häuslichen Dienstboten und Hausangestellten in Baden im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt 1977
Stephan, M., Die unbotmäßige Dienstbotin, in: C. Lipp (Hg.), Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen. Frauen im Vormärz und in der Revolution 1848/49, Baden-Baden 1985, S. 56–75
Stillich, O., Die Lage der weiblichen Dienstboten in Berlin, Berlin 1902
Tenfelde, K., Dienstmädchengeschichte. Strukturelle Aspekte im 19. und 20. Jahrhundert, in: H. Pohl (Hg.), Die Frau in der deutschen Wirtschaft, Wiesbaden 1985, S. 105–126
Tichy, M., Alltag und Traum. Leben und Lektüre der Dienstmädchen im Wien der Jahrhundertwende, Wien 1984
Viersbeck, D., Erlebnisse eines Hamburger Dienstmädchens, München 1910
Walser, K., Dienstmädchen, Frauenarbeit und Weiblichkeitsvorstellungen um 1900, Frankfurt 1985
Wetzorke, F., „...aber ein eigener Haushalt wär' schöner." Dienstmädchen in Braunschweig um die Jahrhundertwende, Frankfurt 1988
Wierling, D., Vom Mädchen zum Dienstmädchen. Kindliche Sozialisation und Beruf im Kaiserreich, in: K. Bergmann/R. Schörken (Hg.), Geschichte im Alltag – Alltag in der Geschichte, Düsseldorf 1982, S. 57–87
Wierling, D., „Ich hab meine Arbeit gemacht – was wollte sie mehr?". Dienstmädchen im städtischen Haushalt der Jahrhundertwende, in: K. Hausen (Hg.), Frauen suchen ihre Geschichte. Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, München 1983, S. 144–171
Wierling, D., Mädchen für alles. Arbeitsalltag und Lebensgeschichte städtischer Dienstmädchen um die Jahrhundertwende, Berlin (W) 1987
Zull, G., Das Bild vom Dienstmädchen um die Jahrhundertwende. Eine Untersuchung der stereotypen Vorstellungen über den Charakter und die soziale Lage des städtischen weiblichen Hauspersonals, München 1984

3. Landarbeiter

Abel, W., Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart 3. Aufl. 1978
Achilles, W., Die niedersächsische Landwirtschaft im Zeitalter der Industrialisierung 1820–1914, in: Niedersächsisches Jb. 50, 1978, S. 7–25
Asmis, W., Zur Entwicklung der Landarbeiterlöhne in Preußen, in: Landwirtschaftl. Jbb. 52, 1919, S. 457–614
Becker, G., Antifeudale Petitionen preußischer Bauern vom März 1848, in: ZfG 16, 1968, S. 182–197
Beckmann, F., Der Bauer im Zeitalter des Kapitalismus, in: Schmollers Jb. 50, 1926, S. 719–748
Bensing, F., Der Einfluß der landwirtschaftlichen Maschinen auf Volks- und Privatwirtschaft, [Diss. Heidelberg] Breslau 1897
Bentzien, U., Landbevölkerung und agrartechnischer Fortschritt in Mecklenburg vom Ende des 18. bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts. Eine volkskundliche Untersuchung, Berlin (O) 1983
Berthold, R., Der sozioökonomische Differenzierungsprozeß der Bauernwirtschaft in der Provinz Brandenburg während der industriellen Revolution (1816 bis 1878/82), in: JbWG, 1974/II, S. 13–50
Berthold, R., Die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweisen in der deutschen Landwirtschaft und die Veränderungen in der Sozialstruktur des Dorfes, in: Deutsche Historikergesellschaft der DDR. Mitteilungen, 1976, Ht. 2/3, S. 47–65
Berthold, R., Zur Herausbildung der kapitalistischen Klassenschichtung des Dorfes in Preußen, in: ZfG 25, 1977, S. 556–574
Bielefeldt, H., Das Eindringen des Kapitalismus in die Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Sachsen und der angrenzenden Gebiete, Diss. Berlin 1910

Blaschke, K., Vom Dorf zur Landgemeinde. Struktur- und Begriffswandel zwischen Agrar- und Industriegesellschaft, in: H. Haushofer/W.A. Boelcke (Hg.), Wege und Forschungen der Agrargeschichte. Fs. z. 65. Geburtstag v. G. Franz. Frankfurt 1967, S. 230–241 [= Sonderht. 3 der ZAA]
Bleiber, H., Zwischen Reform und Revolution. Lage und Kämpfe schlesischer Bauern und Landarbeiter im Vormärz, 1840–1847, Berlin (O) 1966
Bleiber, H., Zum Anteil der Landarbeiter an den Bewegungen der Dorfbevölkerung der deutschen Revolution 1848/49, in: JbWG, 1975/IV, S. 65–81
Böhme, K., Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse in Ostpreußen während der Reformzeit von 1770 bis 1830. Gefertigt nach den Akten der Gutsarchive zu Angerapp und Gr.-Steinort, Leipzig 1902
Boelcke, W., Bauer und Gutsherr in der Oberlausitz. Ein Beitrag zur Wirtschafts-, Sozial- und Rechtsgeschichte der ostelbischen Gutsherrschaft, Bautzen 1957
Breilmann, A., Die sozialen Wirkungen der Industrialisierung auf die landwirtschaftliche Bevölkerung im Emschergebiet, in: Vestisches Jb. 51, 1949, S. 4–43
Buchholz, E.W., Ländliche Bevölkerung an der Schwelle des Industriezeitalters. Der Raum Braunschweig als Beispiel, Stuttgart 1966
Büchsel, C., Erinnerungen aus dem Leben eines Landgeistlichen, Bd. 1, Berlin 6. Aufl. 1880 [1. Aufl. 1861]
Christiani, W., Die Accordarbeiten im landwirthschaftlichen Gewerbe, Berlin 2. Aufl. 1857 [1. Aufl. 1855]
Collins, E.J.T., Labour Supply and Demand in European Agriculture 1800–1880, in: E.L. Jones/S.J. Woolf (Hg.), Agrarian Change and Economic Development. The Historical Problem, London 1969, S. 61–94
Conze, W., Die Wirkungen der liberalen Agrarreform auf die Volksordnungen in Mitteleuropa im 19. Jahrhundert, in: VSWG 38, 1952, S. 2–43
Conze, W., Art. „Bauer, Bauernstand, Bauerntum", in: GGr, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 407–439
Conze, W. (Hg.), Quellen zur Geschichte der deutschen Bauernbefreiung, Göttingen 1957
Dillwitz, S., Die Struktur der Bauernschaft von 1871 bis 1914. Dargestellt auf der Grundlage der deutschen Reichsstatistik, in: JbG 9, 1973, S. 47–127
Dipper, Ch., Die Bauernbefreiung in Deutschland 1790–1895, Stuttgart 1980
Dipper, Ch., Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft um 1800, in: H. Berding/H.P. Ullmann (Hg.), Deutschland zwischen Revolution und Restauration, Königstein 1981, S. 281–295
Dückers, P., Das Koalitionsrecht und die Organisation der Landarbeiter, [Diss. Berlin] Krefeld 1910
Dyhrenfurth, G., Ein schlesisches Dorf und Rittergut. Geschichte und soziale Verfassung, Leipzig 1906
Eggert, L., Das heutige Gesinde-Recht in den Königlich Preußischen Staaten. Eine Zusammenstellung und Bearbeitung der verschiedenen Gesinde-Ordnungen, Berlin 1851
Ehmer, J./Mitterauer, M. (Hg.), Familienstruktur und Arbeitsorganisation in ländlichen Gesellschaften, Wien 1986
Emminghaus, B., Art.„Gesinde, Gesindevertrag, Gesinderecht, Gesindeordnungen", in: Allgemeine Encyklopädie der Wissenschaften und der Künste, Bd. 1, Leipzig 1857, S. 236–263
Evans, R.J./Lee, W.R. (Hg.), The German Peasantry. Conflict and Community in Rural Society from the Eighteenth to the Twentieth Centuries, London 1986
Fehn, K., Das Saarländische Arbeiterbauerntum im 19. und 20. Jahrhundert, in: H. Kellenbenz (Hg.), Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jahrhundert, Stuttgart 1975, S. 195–217
Flemming, J., Die vergessene Klasse: Literatur zur Geschichte der Landarbeiter in Deutschland, in: K. Tenfelde (Hg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland, München 1986, S. 385–418 [= HZ Sonderht. 15]
Franz, G., Die agrarische Bewegung im Jahre 1848, in: ZAA 7, 1959, S. 176–193
Franz, G., Geschichte des deutschen Bauernstandes vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart 2. Aufl. 1976
Franz, G. (Hg.), Bauernschaft und Bauernstand 1500–1970. Büdinger Vorträge 1971–1972, Limburg a.d. Lahn 1975
Franz, G. (Hg.), Quellen zur Geschichte des deutschen Bauernstandes in der Neuzeit, Darmstadt 1976

Frauenstädt, Dr., Zur Geschichte des ländlichen Gesindewesens in den preußischen Ostprovinzen, in: ZfSowi 3, 1900, S. 871–887

Gagliardo, J.G., From Pariah to Patriot. The Changing Image of the German Peasant 1770–1840, Lexington 1969

Göttsch, S., Beiträge zum Gesindewesen in Schleswig-Holstein zwischen 1740 und 1840, Neumünster 1978

Goltz, Th. v.d., Die ländlichen Arbeiterverhältnisse, in: Concordia. Zs. f. d. Arbeiterfrage 1, 1871, S. 331.

Goltz, Th. v.d., Die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung, Danzig 1872 [2. Aufl. 1874]

Goltz, Th. v.d., Die sociale Bedeutung des Gesindewesens. Zwei Vorträge, Danzig 1873

Goltz, Th. v.d., Die ländliche Arbeiterklasse und der preußische Staat, Jena 1893

Goltz, Th .v.d., Geschichte der deutschen Landwirtschaft, 2. Bde., Stuttgart 1902/03

Goltz, Th. v.d. (Hg.), Die Verhandlungen der Berliner Conferenz ländlicher Arbeitgeber, Danzig 1872

Goltz, Th. v.d. (Hg.), Die Lage der ländlichen Arbeiter im Deutschen Reich. Ergebnis einer reichsweiten Enquête des Congresses deutscher Landwirthe im Frühjahr und Sommer 1873 auf der Grundlage von etwa 2000 Antworten landwirtschaftlicher Vereine und Arbeitgeber, Berlin 1875

Goodman, D./Redclift, M., From Peasant to Proletarian. Capitalist Development and Agrarian Transition, Oxford 1981

Grießmair, J., Knecht und Magd in Südtirol, dargestellt am Beispiel der bäuerlichen Dienstboten im Pustertal, Innsbruck 1970

Gross, R., Die bürgerliche Agrarreform in Sachsen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Weimar 1968

Grünberg, K., Die Bauernbefreiung und die Auflösung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Böhmen, Mähren und Schlesien, 2 Bde., Leipzig 1893–94

Haenlein, W., Die deutsche Landarbeiterbewegung in ihrem Werden, Wesen und der Entfaltung ihrer Ideologie. Ein Beitrag zur Geschichte und Soziologie der landwirtschaftlichen Klassen und Berufsstände, Diss. Frankfurt 1933

Hanssen, G., Die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Umgestaltung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse überhaupt in den Herzogtümern Schleswig und Holstein, St. Petersburg 1861

Harnisch, H., „Die Herrschaft Boitzenburg". Untersuchungen zur Entwicklung der sozialökonomischen Struktur ländlicher Gebiete in der Mark Brandenburg vom 14. bis zum 19. Jahrhundert, Weimar 1968

Harnisch, H., Statistische Untersuchungen zum Verlauf der kapitalistischen Agrarreformen in den preußischen Ostprovinzen 1811–1865, in: JbWG, 1974/IV, S. 149–182

Harnisch, H., Die agrarpolitischen Reformmaßnahmen der preußischen Staatsführung in dem Jahrzehnt vor 1806/07, in: JbWG, 1977/III, S. 129–153

Harnisch, H., Die Bedeutung der kapitalistischen Agrarreform für die Herausbildung des inneren Marktes und die Industrielle Revolution in den östlichen Provinzen Preußens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: JbWG, 1977/IV, S. 63–82

Harnisch, H., Kapitalistische Agrarreform und Industrielle Revolution. Agrarhistorische Untersuchungen über das ostelbische Preußen zwischen Spätfeudalismus und bürgerlich-demokratischer Revolution von 1848/49 unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Brandenburg, Weimar 1984

Haxthausen, A.v., Die ländliche Verfassung in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Königsberg 1839

Heinze, C.Th.E. (Bearb.), Die Preußische Gesinde-Ordnung nebst den dazugehörigen Erläuterungen und späteren Verordnungen, Liegnitz 5. Aufl. 1833

Heitz, G., Varianten des preußischen Weges, in: JbWG, 1969/III, S. 99–109

Heitz, G. u.a. (Hg.), Der Bauer im Klassenkampf, Berlin (O) 1975

Henning, F.-W., Kapitalbildungsmöglichkeiten der bäuerlichen Bevölkerung in Deutschland am Anfang des 19. Jahrhunderts, in: W. Fischer (Hg.), Beiträge zu Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur im 16. und 19. Jahrhundert, Berlin (W) 1971, S. 57–81

Henning, F.-W., Die Innovation in der deutschen Landwirtschaft im ausgehenden 18. und im 19. Jahrhundert, in: Innovationsforschung als multidisziplinäre Aufgabe. Red. v. F.R. Pfetsch, Göttingen 1975, S. 155–168

Henning, F.-W., Die Entwicklung des Grundstückverkehrs vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis

gegen Ende des 19. Jahrhunderts, in: H. Coing/W. Wilhelm (Hg.), Wissenschaft und Kodifikation des Privatrechts im 19. Jahrhundert, Bd. 3: Die rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Grundeigentums und Grundkredits, Frankfurt 1976, S. 172–198
Henning, F.-W., Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2: 1750 bis 1976, Paderborn 1978
Hering, F., Die Gewerkschaftsbildung in der deutschen Landwirtschaft, Diss. Berlin 1929
Hippel, W.v., Die Bauernbefreiung im Königreich Württemberg, 2 Bde., Boppard 1977
Hirdt, W. (Hg.), Der Bauer im Wandel der Zeit, Bonn 1986
Hörger, H., Mentale Umschichtungen im Dorf des 19. Jahrhunderts – zum Wandel bäuerlichen Namensgutes und seiner gesellschaftlichen Hintergründe im südbayrischen Raum, in: ZAA 24, 1976, S. 161–179
Hoetzsch, O., Der Bauernschutz in den deutschen Territorien vom 16. bis ins 19. Jahrhundert, in: Schmollers Jb. 26, 1902, S. 1136–1169
Hoffmann, A. (Hg.), Österreich-Ungarn als Agrarstaat. Wirtschaftliches Wachstum und Agrarverhältnisse in Österreich im 19. Jahrhundert, Wien 1978
Hofgängerleben in Mecklenburg. Selbst Erlebtes und selbst Erschautes von einem Berliner Arbeitslosen. Mit einem Vorwort v. A. Bebel, Berlin 1896
Hofmann, H.H., Bauer und Gesellschaft in Franken, in: ZAA 14, 1966, S. 1–29
Holtz, G., Die mecklenburgischen Landarbeiter und die Kirche. Die geschichtliche Entwicklung, in: Beitr. z. Kirchengeschichte 10, 1975/76, S. 49–76
Hucho, W., Die Naturalentlohnung in der deutschen Landwirtschaft, in: Berichte über Landwirtschaft, hg. v. Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, NF 2, 1925, S. 571–650
Hübner, H., Die ostpreußischen Landarbeiter im Kampf gegen junkerliche Ausbeutung und Willkür (1848–1914), in: ZfG 11, 1963, S. 552–570
Hübner, H., Die mecklenburgischen Landarbeiter in der Revolution von 1848/49, in: BZG 10, 1968, S. 858–875
Hübner, H./Kathe, H. (Hg.), Lage und Kampf der Landarbeiter im ostelbischen Preußen (vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zur November-Revolution 1918/19), 2 Teilbde., Vaduz 1977
Huppertz, B., Räume und Schichten bäuerlicher Kulturformen in Deutschland. Ein Beitrag zur Deutschen Bauerngeschichte, Bonn 1939
Husung, H.-G., Zur ländlichen Sozialschichtung im norddeutschen Vormärz, in: H. Mommsen/W. Schulze (Hg.), Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung, Stuttgart 1981, S. 259–273
Jacobeit, W., „Traditionelle" Verhaltensweisen und konservative Ideologie. Marginalien aus dem Bereich der bäuerlichen Arbeit und Wirtschaft, in: H. Bausinger/W. Bruckner (Hg.), Kontinuität? Geschichtlichkeit und Dauer als volkskundliches Problem, Berlin (W) 1969, S. 67–75
Jacobeit, W., Bauern und dörfliche Bevölkerung in der Epoche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus (1750er bis 1830er Jahre), in: Ethnologie et histoire. Forces productives et problèmes de transition, Paris 1975, S. 397–443
Jeggle, U., Kiebingen – Eine Heimatgeschichte. Zum Prozeß der Zivilisation in einem schwäbischen Dorf, Tübingen 1977
Jordan, E., Die Entstehung der Konservativen Partei und die preußischen Agrarverhältnisse von 1848, München 1914
Kähler, W., Gesindewesen und Gesinderecht in Deutschland, Jena 1896
Kaerger, K., Die Sachsengängerei. Aufgrund persönlicher Ermittlungen und statistischer Erhebungen, in: Landwirtschaftl. Jbb. Zs. f. Wiss. Landwirtschaft u. Arch. d. kgl. Preuß. Landes-Oekonomie-Kollegiums 19, 1890, S. 239–522
Kahlden, E.v., Die ländlichen Arbeiter, in: A. Meitzen (Hg.), Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Preussischen Staates, Bd. 8, Berlin 1908, S. 383–436
Kaschuba, W./Lipp, C., Dörfliches Überleben. Zur Geschichte materieller und sozialer Reproduktion ländlicher Gesellschaft im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Tübingen 1982
Katz, E., Landarbeiter und Landwirtschaft in Oberhessen, Stuttgart 1904
Kirchner, H. (Hg.), Dorfgeschichte aus dem Vormärz, 2 Bde., Frankfurt 1982
Knapp, G.F., Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Theilen Preußens, 2 Bde., Leipzig 1887

Knapp, G.F., Die Bauernbefreiung in den östlichen Provinzen des preußischen Staates, in: HwbStW, Bd. 2, Jena 3. Aufl. 1909, S. 541–550
Kodedová, O., Die Lohnarbeit auf dem Großgrundbesitz in Böhmen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Historica 14, 1967, S. 123–147
Könnecke, O., Rechtsgeschichte des Gesindes in West- und Süd-Deutschland, Marburg 1912
Kollmann, P., Geschichte und Statistik des Gesindewesens in Deutschland, in: JbbNS 10, 1868, S. 237–301
Koppe, J.G., Das ländliche Gesinde-Wesen, Denkschrift, Berlin 1850
Kossok, M./Loch, W. (Hg.), Bauern und bürgerliche Revolution, Vaduz 1985
Kramer, K.-S., Einiges über die Lage des Gesindes in einem ostholsteinischen Gutsbezirk, in: ZfV 70, 1974, S. 20–38
Kramer, K.-S., Gutsherrschaft und Volksleben. Ein Forschungsprojekt im SFB 17, dargestellt an einem Beispiel aus Ostholstein, in: Rhein.-westf. ZfV 22, 1976, S. 14–33
Krug v. Nidda u.v. Falkenstein, H.–C., Die Organisation des Landwirtschaftsbetriebes auf dem Rittergute Frohburg in den letzten beiden Jahrhunderten, Diss. Leipzig 1927
Kuhne, W., Landarbeiter. Ein Beitrag zur Geschichte eines Berufsstandes, München 1977
Laer, W.v., Beiträge zur Geschichte des westfälischen Bauernstandes, Berlin 1912
Landsberger, H.A., Peasant Unrest: Themes and Variations, in: ders. (Hg.), Rural Protest: Peasant Movement and Social Change, London 1974, S. 1–64
Lange, G., Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere der Viehzucht, auf dem Rittergute Bersdorf in Schlesien 1770 bis zur Gegenwart, Königsberg 1908
Laspeyres, E., Zur wirthschaftlichen Lage der ländlichen Arbeiter im deutschen Reich, in: ZGS 32, 1876, S. 183–215
Lehmann, H.G., Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie. Vom Marxismus zum Revisionismus und Bolschewismus, Tübingen 1970
Lengerke, A.v. (Hg.), Die ländliche Arbeiterfrage. Ergebnisse einer gesamtpreußischen Enquête des Kgl. Landes-Oekonomie-Kollegiums vom Juni 1848 auf der Grundlage von insgesamt 168 Antworten landwirtschaftlicher Vereine und Arbeitgeber, Berlin 1849
Lennhoff, E., Das ländliche Gesindewesen in der Kurmark Brandenburg vom 16.–19. Jahrhundert, Breslau 1906
Lindemann, Th., Die Eigenthumslosen im Amte Eutin, Eutin 1832
Ludwig, F., Die Gesindevermittlung in Deutschland, Tübingen 1903
Lütge, F., Die mitteldeutsche Grundherrschaft und ihre Auflösung, Stuttgart 2. Aufl. 1957
Mager, F., Geschichte des Bauerntums und der Bodenkultur im Lande Mecklenburg, Berlin (O) 1955
Mager, W., Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft auf dem Weg in die Moderne: Umwälzung und Reform im Zeitalter der Französischen Revolution, in: H. Berding u.a. (Hg.), Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Französischen Revolution, Frankfurt 1989, S. 59–99
Maurer, G.L.v., Geschichte der Dorfverfassung in Deutschland, 2 Bde., ND Aalen 1961 [1. Aufl. Erlangen 1965/66]
Meitzen, A., Der Boden und die landwirthschaftlichen Verhältnisse des Preussischen Staates Bd. 1–8, Berlin 1868–1908
Michalkiewicz, S., Bemerkungen zur Lage und zum antifeudalen Kampf der Bauern und Landarbeiter in Schlesien in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts, in: JbWG, 1970/II, S. 269–272
Mitterauer, M., Arbeitsteilung im ländlichen Raum, in: BHS 11, 1981, S. 45–53
Moeller, R.G. (Hg.), Peasants and Lords in Modern Germany, Boston 1986
Moll, G., Zum „preußischen Weg" der Entwicklung des Kapitalismus in der deutschen Landwirtschaft, in: ZfG 26, 1978, S. 52–62
Mooser, J., Gleichheit und Ungleichheit in der ländlichen Gemeinde. Sozialstruktur und Kommunalverfassung im östlichen Westfalen vom späten 18. bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts, in: AfS 19, 1979, S. 231–262
Mooser, J., Holzdiebstahl und sozialer Konflikt, in: BHS 11, S. 20–27
Mooser, J., Rebellion und Loyalität 1789–1848. Sozialstruktur, sozialer Protest und politisches Verhalten ländlicher Unterschichten im östlichen Westfalen, in: P. Steinbach (Hg.), Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß, Stuttgart 1982, S. 57–87
Mooser, J., Property and Wood Theft: Agrarian Capitalism and Social Conflict in Rural Society,

1800–1850: A Westphalian Case Study, in: R.G. Moeller (Hg.), Peasants and Lords in Modern Germany, Boston 1986, S. 52–80

Morgenstern, H., Gesindewesen und Gesinderecht in Österreich, Wien 1902

Müller, H.-H., Die Entwicklung des Ackerbaus und der Aufschwung der landwirtschaftlichen Nebenindustrie von 1800 bis 1870. (Die Bedeutung des Kartoffel- und Zuckerrübenanbaus), in: K. Lärmer (Hg.), Studien zur Geschichte der Produktivkräfte. Deutschland zur Zeit der industriellen Revolution. Berlin (O) 1979, S. 215–243

Musiat, S., Zur Lebensweise des landwirtschaftlichen Gesindes in der Oberlausitz, Bautzen 1964

Neumann, A., Die Bewegung der Löhne der ländlichen „freien" Arbeiter im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Königreich Preussen gegenwärtigen Umfangs vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis 1850, Berlin 1911

Nichtweiss, J., Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches. Ein Beitrag zur Geschichte der preußisch-deutschen Politik von 1890–1914, Berlin (O) 1959

Paetau, R./Rüdel, H. (Hg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert, Neumünster 1987

Pfahl, R., Landarbeiterlöhne und ihre Bewegung vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges. Eine Studie zur Lage kontraktgebundener Landarbeiter auf den domänialen Pachthöfen des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin, in: JbWG, 1973/IV, S. 79–124

Pierenkemper, T. (Hg.), Landwirtschaft und industrielle Entwicklung. Zur ökonomischen Bedeutung von Bauernbefreiung, Agrarreform und Agrarrevolution, Wiesbaden 1988

Platzer, H., Geschichte der ländlichen Arbeitsverhältnisse in Bayern, München 1904

Plaul, H., Landarbeiterleben im 19. Jahrhundert. Eine volkskundliche Untersuchung über Veränderungen in der Lebensweise der einheimischen Landarbeiterschaft in den Dörfern der Magdeburger Börde unter den Bedingungen der Herausbildung und Konsolidierung des Kapitalismus in der Landwirtschaft. Tendenzen und Triebkräfte, Berlin (O) 1979

Purš, J., Die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft der böhmischen Länder in der Zeit von 1849–1879, in: JbWG, 1963/II, S. 31–96

Rach, H.-J., Bauernhaus, Landarbeiterkate und Schnitterkasernen. Zur Geschichte von Bauen und Wohnen der ländlichen Agrarproduzenten in der Magdeburger Börde des 19. Jahrhunderts, Berlin (O) 1974

Rach, H.-J., Schnitterkasernen in der Magdeburger Börde. Die Unterkünfte der landwirtschaftlichen Saisonarbeiter in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in: JbVK 17, 1975, S. 171–192

Rach, H.-J./Weissel, B. (Hg.), Landwirtschaft und Kapitalismus. Zur Entwicklung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse in der Magdeburger Börde vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, 2 Bde., Berlin (O) 1978

Rach, H.-J./Weissel, B. (Hg.), Bauer und Landarbeiter im Kapitalismus in der Magdeburger Börde. Zur Geschichte des dörflichen Alltags vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, Berlin (O) 1982

Rehbein, F., Das Leben eines Landarbeiters, hg. v. P. Göhre, ND Darmstadt 1973 [1. Aufl. Leipzig 1911; ND Berlin (O) 1955]

Riehl, W.H., Der deutsche Bauer und der moderne Staat, in: DVS 3, 1850, S. 67–130

Rosenberg, H., Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse, in: Zur Geschichte und Problematik der Demokratie, Fs. f. Hans Herzfeld, Berlin (W) 1958, S. 459–486

Rüdel, H., Landarbeiter und Sozialdemokratie in Ostholstein 1872 bis 1878. Erfolg und Niederlage der sozialistischen Arbeiterbewegung in einem großagrarischen Wahlkreis zwischen Reichsgründung und Sozialistengesetz, Neumünster 1986

Rumler, M., Die Bestrebungen zur Befreiung der Privatbauern in Preußen, 1797–1806, 3 Teile, in: FBPG 33, 1925, S. 179–192, S. 327–367; 34, 1922, S. 1–24

Runne, B., Die rechtliche Lage der Dienstboten im Lande Hadeln vom 16. bis 19. Jahrhundert, in: Jb. der Männer v. Morgenstern 37, 1978, S. 69–84

Saalfeld, D., Zur Frage des bäuerlichen Landverlustes im Zusammenhang mit den preußischen Agrarreformen, in: P. Borowsky u.a. (Hg.), Einführung in die Geschichtswissenschaft, Bd. 2, Opladen 1975, S. 98–108

Sabean, D., Intensivierung der Arbeit und Alltagserfahrung auf dem Lande, in: Sowi 6, 1977, S. 148–152
Sakai, E., Der kurhessische Bauer im 19. Jahrhundert und die Grundlastenablösung, Melsungen 1967
Sauermann, D., Das Verhältnis von Bauernfamilie und Gesinde in Westfalen, in: Niedersächsisches Jb. f. Landesgeschichte 50, 1978, S. 27–44
Schaaf, F., Der Kampf der deutschen Arbeiterbewegung um die Landarbeiter und werktätigen Bauern 1848–1890, Berlin (O) 1962
Scharfe, M., Bäuerliches Gesinde in Württemberg des 19. Jahrhunderts. Lebensweise und Lebensperspektiven. Erste Annäherungen an das Problem, in: H. Haumann (Hg.), Arbeiteralltag in Stadt und Land, Berlin (W) 1982, S. 40–60 [= Argument Sonderbd. 94]
Scharfe, M., „Gemüthliches Knechtschaftsverhältnis"? Landarbeitererfahrungen 1750–1900, in: K. Tenfelde (Hg.), Arbeit und Arbeitserfahrung in der Geschichte, Göttingen 1986, S. 32–50
Scheffler, J., „Dampdöscher", „Dagglöhner" und „Monarchen". Technischer Wandel, Arbeitsmarkt und Arbeiterschaft in der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins 1870–1914, in: R. Paetau u. H. Rüdel (Hg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert, Neumünster 1987, S. 179–215
Schissler, H., Preußische Agrargesellschaft im Wandel. Wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Transformationsprozesse von 1763 bis 1847, Göttingen 1978
Schmidt, G., Lohnformen und Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft, Berlin 1913
Schmoller, G., Die ländliche Arbeiterfrage mit besonderer Rücksicht auf die norddeutschen Verhältnisse, in: ZGS 22, 1866, S. 171–233
Schnorbus, A., Die ländlichen Unterschichten in der bayrischen Gesellschaft am Ausgang des 19. Jahrhunderts, in: ZBL 30, 1967, S. 824–852
Schütze, P., Studien über die Entwicklung der Lohnverhältnisse ländlicher Arbeiter in Norddeutschland seit 1870, Königsberg 1914
Schulte, R., Bauernmägde in Bayern am Ende des 19. Jahrhunderts, in: K. Hausen (Hg.), Frauen suchen ihre Geschichte. Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, München 1983, S. 110–127
Schulte, R., Das Dorf im Verhör. Brandstifter, Kindsmörderinnen und Wilderer vor den Schranken des bürgerlichen Gerichts. Oberbayern 1848–1910, Reinbek 1989
Schwerz, J.N.v., Beschreibung der Landwirtschaft in Westfalen und Rheinpreußen, Bd. 1, Stuttgart 1836
Shanin, Th., The Nature and Logic of the Peasant Economy, in: Journal of Peasant Studies 1, 1973/74, S. 63–80, 186–206
Shanin, Th. (Hg.), Peasants and Peasant Societies. Selected Readings, Harmondsworth 1971
Skalweit, A., Landarbeiterfrage, in: Handwörterbuch der Arbeitswissenschaft, Bd. 2, Halle 1930, S. 3020–3033
Šolta, J., Die kapitalistische Klassendifferenzierung der Bauernschaft von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges, dargestellt vornehmlich am Beispiel der Lausitz, in: Lětopis. Jahresschrift d. Inst. f. sorbische Volksforschung. Reihe B: Geschichte 15/2, 1968, S. 235–245
Šolta, J., Die Bauern der Lausitz. Eine Untersuchung des Differenzierungsprozesses der Bauernschaft im Kapitalismus, Bautzen 1968
Sternkicker, E., Bäuerliche Ablösegelder, ihre Empfängergruppen und Verwendungsarten in Preußen nach 1850, in: JbWG, 1986/III, S. 71–89
Tack, J., Die Hollandgängerei in Hannover und Oldenburg, Leipzig 1902
Tenfelde, K., Ländliches Gesinde in Preußen. Gesinderecht und Gesindestatistik 1810 bis 1861, in: AfS 19, 1979, S. 189–229
Tipton, F.B., Farm Labour and Power Politics, 1850–1914, in: JEH 34, 1974, S. 951–979
[Die] Verhältnisse der Landarbeiter in Deutschland, 3 Bde., Leipzig 1892 [SchrVfS 53–55]
Vogtherr, H.-J., Die Geschichte des Brümmerhofes. Untersuchungen zur bäuerlichen Geschichte in der Lüneburger Heide, Uelzen 1986
Voigtländer, L., Das Dorf Breitenhagen, der Halbspänner Johann Christian Westphal und sein Einschreibebuch 1811–1845. Eine agrar- und kulturgeschichtliche Untersuchung, Ostfildern 1983
Vormbaum, T., Politik und Gesinderecht im 19. Jahrhundert (vornehmlich in Preußen 1810–1918), Berlin (W) 1980

Walleitner, J., Der Knecht. Lebens- und Volkskunde eines Berufstands im Oberpinzgau, Salzburg 1947
Walleitner, J., Treue Helfer am Hof. Beitrag zur Lebens- und Volkskunde des Land- und Forstarbeiter-Berufsstandes, Salzburg 1950
Weber, M., Die ländliche Arbeitsverfassung (1893), in: ders., Ges. Aufsätze z. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Tübingen 1924, S. 444–469
Weber, M., Entwicklungstendenzen in der Lage der ostelbischen Landarbeiter (1864), in: Ges. Aufsätze z. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Tübingen 1924, S. 470–501
Weber, M., Die Lage der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland 1892, 2 Halbbde., hg. v. M. Riesebrodt, Tübingen 1984 [= MWGA I/3]
Weber-Kellermann, I., Erntebrauch in der ländlichen Arbeitswelt des 19. Jahrhunderts auf Grund der Mannhardtbefragung in Deutschland von 1865, Marburg 1965
Weber-Kellermann, I., Die Familie auf dem Lande in der Zeit zwischen Bauernbefreiung und Industrialisierung, in: ZAA 26, 1978, S. 66–76
Weber-Kellermann, I., Saure Wochen, Frohe Feste. Fest und Alltag in der Sprache der Bräuche, München 1985
Weber-Kellermann, I., Landleben im 19. Jahrhundert, München 1987
Weippert, G., Strukturwandlungen im ländlichen Lebensbereich, in: ZAA 3, 1955, S. 169–185
Wendorff, H., Zwei Jahrhunderte landwirtschaftlicher Entwicklung auf drei gräfl. Stolberg-Wernigeroder Domänen. Auf Grund archivalischen Materials und der Wirtschaftsbücher, Berlin 1890
Wiatrowski, L., Zur Entwicklung des schlesischen Dorfes in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: JbWG, 1970/II, S. 253–268
Wolff-Laitzen, A.v., Beitrag zur ländlichen Arbeiterfrage in Pommern, [Diss. Leipzig] Dessau 1875
Wreilmann, A., Die sozialen Wirkungen der Industrialisierung auf die landwirtschaftliche Bevölkerung im Emschergebiet, in: Vestisches Jb. 51, 1949, S. 5–43
Wunderlich, F., Farm Labour in Germany 1810–1945. Its Historical Development Within the Framework of Agricultural and Social Policy, Princeton 1961
Zeise, R., Der Kampf um die Mobilisierung der Landbevölkerung in Sachsen im Frühjahr 1848, in: Sächsische Heimatblätter 12, 1966, S. 429–444
Zwahr, H., Über Agrarstruktur und bäuerliche Klassenverhältnisse in den Kreisen Bautzen und Kamenz (1882–1914), in: Lětopis 8, 1961, S. 18–72

4. Heimarbeiter

Adelmann, G., Strukturwandlungen der rheinischen Leinen- und Baumwollgewerbe zu Beginn der Industrialisierung, in: VSWG 53, 1966, S. 162–184
Adelmann, G., Strukturelle Krisen im ländlichen Textilgewerbe Nordwest-Deutschlands zu Beginn der Industrialisierung, in: H. Kellenbenz (Hg.), Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt, Wien 1971, S. 110–198
Adelmann, G., Die ländlichen Textilgewerbe des Rheinlandes vor der Industrialisierung, in: RhVjBll 43, 1979, S. 260–288
Adelmann, G., The Business Climate of the German Cotton Industry 1850–1914, in: A. Okochi/S. Yonekawa (Hg.), The Textile Industry and its Business Climate, Proceedings of the Fuji Conference, Tokyo 1982, S. 93–138
Adelmann, G., Zur regionalen Differenzierung der Baumwoll- und Seidenverarbeitung und der textilen Spezialfertigungen Deutschlands 1846–1907, in: H. Pohl (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften bis ins 20. Jahrhundert, Stuttgart 1986, S. 284–346
Arndt, P. (Hg.), Heimarbeit und Verlag in der Neuzeit, Schriftenfolge, 20 Hefte, Jena 1922–1935
Bebel, A., Wie unsere Weber leben. Private Enquête über die Lage der Weber in Sachsen, Leipzig 2. Aufl. 1880 [1. Aufl. Dresden 1879]
Beier, R., Frauenarbeit und Frauenalltag im Deutschen Kaiserreich. Heimarbeiterinnen in der Berliner Bekleidungsindustrie 1880–1914, Frankfurt 1983
Bein, L., Die Industrie des sächsischen Voigtlandes. Wirtschaftsgeschichtliche Studie. Erster Theil: Die Musikinstrumenten-Industrie, Leipzig 1883

Bein, L., Die Industrie des sächsischen Voigtlandes. Wirtschaftsgeschichtliche Studie. Zweiter Theil: Die Textilindustrie, Leipzig 1884
Bender, G., Die Uhrenmacher des hohen Schwarzwaldes und ihre Werke, 2 Bde., Villingen 1975/1978
Berg M. u. a. (Hg.), Manufacture in Town and Country before the Factory, Cambridge 1983
Beutler, A., Die Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Weber im sächsischen Vogtland, Diss. Greifswald 1921
Biller, C., Der Rückgang der Hand-Leinwandindustrie des Münsterlandes, Leipzig 1906
Bitter, C.H., Bericht über den Notstand in der Senne zwischen Bielefeld und Paderborn (1853), in: 64. Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensburg 1964/65, Bielefeld 1966, S. 1–108
Boch, R., Was macht aus Arbeit industrielle Lohn-„Arbeit"? Arbeitsbedingungen und -fertigkeiten im Prozeß der Kapitalisierung. Die Solinger Schneidewarenfabrikation 1850–1920, in: Sowi 9, 1980, S. 61–66
Boch, R., Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft. Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870 bis 1914, Göttingen 1985
Boch, R., Zunfttradition und Gewerkschaftsbewegung. Ein Beitrag zu einer beginnenden Diskussion unter besonderer Berücksichtigung der Handwerker im Verlagssystem, in: U. Wengenroth (Hg.), Prekäre Selbständigkeit. Zur Standortbestimmung von Handwerk und Kleinbetrieb im Industrialisierungsprozeß, Stuttgart 1989, S. 37–69
Boch, R., Tarifvereinbarungen und „Ehrenräte" zwischen Unternehmern und Arbeitern im Regierungsbezirk Düsseldorf während der Revolutionsjahre 1848/49, demn. in: Neues Bergisches Jb. (vorauss. 1990)
Borscheid, P., Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung. Soziale Lage und Mobilität in Württemberg (19. Jahrhundert), Stuttgart 1978
Brauns, H., Der Übergang von der Handweberei zum Fabrikbetrieb in der Niederrheinischen Samt- und Seiden-Industrie und die Lage der Arbeiter in dieser Periode, Leipzig 1906
Bredt, J.V., Die Lohnindustrie dargestellt am Beispiel der Garn- und Textilindustrie von Barmen, Berlin 1905
Bühring, W., Die Hirschberger Spitzen-Hausindustrie, in: Schmollers Jb. 38, 1914, S. 225–256
Demmering, G., Die Glauchau-Meeraner Textil-Industrie. Eine wirtschaftsgeschichtliche Studie unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Textil-Veredelungs-Industrie, Leipzig 1928
Dodd, A., Die Wirkung der Schutzbestimmungen für die jugendlichen und weiblichen Fabrikarbeiter und die Verhältnisse im Konfektionsbereich in Deutschland. Vergleichende Untersuchungen, Jena 1908
Frankenstein, K., Bevölkerung und Hausindustrie im Kreise Schmalkalden seit Anfang dieses Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Social-Statistik und zur Wirtschaftsgeschichte Thüringens, Tübingen 1887
Funke, G.L., Über die gegenwärtige Lage der Heuerlinge im Fürstentum Osnabrück, Osnabrück 1847
Gladen, A., Der Kreis Tecklenburg an der Schwelle des Zeitalters der Industrialisierung, Münster 1970
Godehardt, H., Zur Lage der Weber, Kämmer und Spinner des Eichsfeldes während der ersten preußischen Herrschaft (1802–1806), in: Eichsfelder Heimathefte, Worbis 1970, Ht. 1, S. 63–75
Godehardt, H., Die Produktionsverhältnisse in der eichsfeldischen Flachsspinnerei und im Leinengewerbe. Ein Beitrag zur allgemeinen Entwicklung der Leinwandproduktion auf dem Eichsfeld bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Eichsfelder Heimathefte, Worbis 1971, Ht. 4, S. 325–334
Godehardt, H., Der Markt für Erzeugnisse des eichsfeldischen Leinengewerbes am Ende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Eichsfelder Heimathefte, Worbis 1979, Ht. 4, S. 344–353
Göhre, P., Die Spielwarenmacher, in: ders., Die Heimarbeit im Erzgebirge und ihre Wirkungen, o.O.u.J., S. 4–21
Gorißen, S./Wagner, G., Protoindustrialisierung in Berg und Mark? Ein interregionaler Vergleich am Beispiel des neuzeitlichen Eisengewerbes, in: Zs. d. Bergischen Geschichtsvereins 92, 1986, S. 103–171
Gröllich, E., Die Baumwollweberei der sächsischen Oberlausitz und ihre Entwicklung zum Großbetrieb, Leipzig 1911
Grothe, H., Der Einfluß des Manchesterthums auf Handwerk und Hausindustrie, gezeigt an dem Ergehen der Hand- u. Hausindustrie, Berlin 2. Aufl. 1884

Grünfeld, F.V., Streiks in der schlesischen Leinen- und Baumwollindustrie. Ein sozialhistorischer Beitrag zur Geschichte des schlesischen Weberelends, Diss. Greifswald 1920

Hausen, K., Technischer Fortschritt und Frauenarbeit im 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte der Nähmaschine, in: GG 4, 1978, S. 148–169

Die deutsche Hausindustrie, 4 Bde., Leipzig 1889–1890 [= SchrVfS 39–42]

Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich, 4 Bde., Leipzig 1899–1900 [= SchrVfS 84–87]

Hendrichs, F., Die Schleifkotten an der Wupper, Köln 1922

Henning, F.-W., Industrialisierung und dörfliche Einkommensmöglichkeiten. Der Einfluß der Industrialisierung des Textilgewerbes in Deutschland im 19. Jahrhundert auf die Einkommensmöglichkeiten in den ländlichen Gebieten, in: H. Kellenbenz (Hg.), Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jahrhundert, Stuttgart 1975, S. 155–175

Horn, G., Die Geschichte der Glasindustrie und ihrer Arbeiter. Soziale Studie, aus historischen und authentischen Quellen dargestellt, Stuttgart 1903

Jäger, P. u.a., Baumwollgarn als Schicksalsfaden. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen in einem ländlichen Industriegebiet (Zürcher Oberland), 1750–1920, Zürich 1987

Kabisch, K.-H., Das Ende des Wollgewerbes und seine sozialen Folgen für die Heimweber im Obereichsfeld (1820–1835), in: Eichsfelder Heimathefte, Worbis 1964, Ht. 4, S. 47–57, 105–113

Kaufhold, K.H., Das Metallgewerbe der Grafschaft Mark im 18. und frühen 19. Jahrhundert, Dortmund 1976

Kellenbenz, H. (Hg.), Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jahrhundert, Stuttgart 1975

Kelleter, H., Geschichte der Familie J.A. Henckels in Verbindung mit einer Geschichte der Solinger Industrie, Solingen 1924

Kerkhoff-Hader, B., Linksrheinische Textilzentren im 18./19. Jahrhundert. Produktionsverhältnisse und Lebensstrukturen. Ein Problemaufriß, in: A. Lehmann (Hg.), Studien zur Arbeiterkultur ..., Münster 1984, S. 384–426

Koch, H., Die deutsche Hausindustrie, München-Gladbach 1905

Köllmann, W. (Hg.), Wuppertaler Färbergesellen-Innung und Färbergesellen-Streiks 1848–1857. Akten zur Frühgeschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wiesbaden 1962

Kriedte, P. u.a., Industrialisierung vor der Industrialisierung. Gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalismus, Göttingen 1977

Kroneberg, L./Schloesser, R., Weber-Revolte 1844, Opladen 1979

Kunze, A., Die nordböhmisch-sächsische Leinwand und der Nürnberger Großhandel. Mit besonderer Berücksichtigung des Friedland-Reichenberger Gebietes, Reichenberg 1926

Lewald, U., Die Entwicklung der ländlichen Textilindustrie im Rheinland und in Schlesien. Ein Vergleich, in: ZfO 10, 1961, S. 601–630

Liefmann, R., Über Wesen und Formen des Verlags (der Hausindustrie), Freiburg 1899

Mager, W., Proto-Industrialisierung und agrarisch-heimgewerbliche Verflechtung in Ravensberg während der frühen Neuzeit. Studien zu einer Gesellschaftsformation im Übergang, in: GG 8, 1982, S. 435–474

Mager, W., Protoindustrialisierung – eine Zwischenbilanz, in: 35. Versammlung deutscher Historiker in Berlin 1984, Stuttgart 1985, S. 90–95

Mager, W., Protoindustrialisierung und Protoindustrie. Vom Nutzen und Nachteil zweier Konzepte, in: GG 14, 1988, S. 275–303

Meerwarth, R., Neuere Literatur und Gesetzgebung auf dem Gebiet der Hausindustrie und Heimarbeit, in: ASS 28, 1909, S. 278–332

Mendels, F.F., Proto-Industrialization: The First Phase of the Industrialization Process, in: JEH 32, 1972, S. 241–261

Mooser, J., Widerstand und Untergang der Handspinner 1840–1870. Das Beispiel Minden-Ravensberg, in: Journal f. Geschichte, 1983, Ht. 4, S. 24–28

Mooser, J., Der Weg vom proto-industriellen zum fabrik-industriellen Gewerbe in Ravensberg, 1830–1914, in: K. Düwell/W. Köllmann (Hg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 1: Von der Entstehung der Provinzen bis zur Reichsgründung, Wuppertal 1983, S. 73–95

Nichaus, H., Das Heuerleutesystem und die Heuerleutebewegung. Ein Beitrag zur Lösung der Heuerleutefrage, Quakenbrück 1924

Popitz, H. u.a., Technik und Industriearbeit. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie, Tübingen 2. Aufl. 1964 [1. Aufl. Tübingen 1957]

Sax, E., Die Hausindustrie in Thüringen. Wirtschaftsgeschichtliche Studien. I. Theil: Das Meininger Oberland, Jena 1885

Schaberg, R., Die Geschichte der Solinger Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Diss. Graz 1958

Schachtner, S., Märkische Hausbandweber. Arbeit und berufsbezogene Einstellungen „selbständiger Lohnarbeiter", Münster 1986

Schlumbohm, J., Agrarische Besitzklassen und gewerbliche Produktionsverhältnisse: Großbauern, Kleinbesitzer und Landlose als Leinenproduzenten im Umland von Osnabrück und Bielefeld während des frühen 19. Jahrhunderts, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Rudolf Vierhaus zum 60. Geb., Göttingen 1982, S. 315–334

Schlumbohm, J., Bauern und Heuerlinge in Landwirtschaft und Leinengewerbe: Das Kirchspiel Belm um 1810, in: Heimatbuch Belm, Bd. 2, 1985, S. 225–245

Schlumbohm, J., Bauern-Kötter-Heuerlinge. Bevölkerungsentwicklung und soziale Schichtung in einem Gebiet ländlichen Gewerbes: Das Kirchspiel Belm bei Osnabrück, 1650–1860, in: Niedersächsisches Jb. f. Landesgeschichte 58, 1986, S. 77–88

Schmitz, E., Leinengewerbe und Leinenhandel in Nordwestdeutschland (1650–1850), Köln 1907

Schmoller, G., Die Entwicklung und die Krisis der deutschen Weberei im 19. Jahrhundert, Berlin 1873

Schnapper, G., Beschreibung der Wirthschaft und Statistik der Wirthschaftsrechnungen der Familie eines Uhrschildmalers im badischen Schwarzwald, in: ZGS 36, 1880, S. 133–156

Schneer, A., Über die Noth der Leinen-Arbeiter in Schlesien und die Mittel ihr abzuhelfen. Ein Bericht ..., Berlin 1844

Schöne, B., Kultur und Lebensweise Lausitzer Bandweber (1750–1850), Berlin (O) 1977

Schöne, B., Posamentierer-Strumpfwirker-Spitzenklöpplerinnen. Zu Kultur und Lebensweise von Textilproduzenten im Erzgebirge und im Vogtland während der Periode des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, in: R. Weinhold (Hg.), Volksleben zwischen Zunft und Fabrik. Studien zu Kultur und Lebensweise werktätiger Klassen und Schichten während des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, Berlin (O) 1982, S. 107–165

Schoneweg, E., Das Leinengewerbe in der Grafschaft Ravensberg. Ein Beitrag zur Niederdeutschen Volks- und Altertumskunde, Osnabrück 1923

Schüren, R., Staat und ländliche Industrialisierung. Sozialer Wandel in zwei Dörfern einer deutsch-niederländischen Textilgewerberegion 1830–1914, Dortmund 1985

Schwiedland, E., Kleingewerbe und Hausindustrie in Österreich, Leipzig 1894

Seraphim, H.-J., Das Heuerlingswesen in Nordwestdeutschland, Münster 1948

Sloßarek, F., Die Heimarbeit in der Spitzenindustrie des deutsch-böhmischen Erzgebirges, Jena 1922

Sprengnagel, G., Fabrikarbeiter auf dem Land. Materialien zur Lebensweise des ländlichen Industrieproletariats im 19. Jahrhundert. Am Beispiel der Metallarbeiter des oberen Traisentals, Diss. Wien 1983

Stieda, W., Litteratur, heutige Zustände und Entstehung der deutschen Hausindustrie, Leipzig 1889 [= Die deutsche Hausindustrie, Bd. 1 u. SchrVfS 39]

Swaine, A., Die Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse der Einzelsticker in der Nordost-Schweiz und Vorarlberg, Straßburg 1895

Tanner, A., Spulen-Weben-Sticken. Die Industrialisierung in Appenzell-Ausserrhoden, Zürich 1982

Tanner, A., Arbeit, Haushalt und Familie in Appenzell-Außerrhoden. Veränderungen in einem ländlichen Industriegebiet im 18. und 19. Jahrhundert, in: J. Ehmer/M. Mitterauer (Hg.), Familienstruktur und Arbeitsorganisation in ländlichen Gesellschaften, Wien 1986, S. 449–494

Tegtmeier, H., Der Übergang von der Hausindustrie zum Fabrikbetrieb in der Solinger Stahlwaren-Industrie, Diss. Köln 1927

Thun, A., Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter. Erster Theil: Die linksrheinische Textilindustrie, Leipzig 1879

Thun, A., Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter. Zweiter Theil: Die Industrie des oberbergischen Landes, Leipzig 1879

Viebahn, G. v., Über Flachsanbau und Leinenmanufaktur in Westfalen im Vergleich zu denselben Industriezweigen in Belgien, in: ZVdS 2, 1848, S. 654–665

Vogelsang, C., Die Aachener Nadelindustrie. Beiträge zur Geschichte ihrer Entwicklung, Heidelberg 1913
Wernekinck, W., Die Kleineisenindustrie an der Enneperstraße vom Beginn bis zur Gegenwart, Diss. Berlin 1937
Wichgraf, A., Geschichte der Weber-Colonie Nowawes bei Potsdam, und Darstellung der von der Regierung zur Aufhilfe ihrer verarmten Bewohner ergriffenen Maßregeln. Ein praktischer Beitrag zur staatswirthschaftlichen Lösung der Frage: Wie dem Pauperismus zu begegnen? Im amtlichen Auftrage verfasst, Berlin 1862
Wrasmann, A., Das Heuerlingswesen im Fürstentum Osnabrück II, in: Mitteilungen des Vereins f. Geschichte u. Landeskunde v. Osnabrück 44, 1921, S. 1–154
Zimmermann, A., Blüthe und Verfall des Leinengewerbes in Schlesien. Gewerbe- und Handelspolitik dreier Jahrhunderte, Breslau 1885

5. Handwerker

Abel, W., Die Ortsbestimmung des Handwerks vor dem Hintergrund seiner Geschichte, in: ders. u. a. (Hg.), Das Handwerk in der modernen Wirtschaft und Gesellschaft, Bad Wörishofen 1966, S. 48–81
Abel, W. (Hg.), Handwerksgeschichte in neuer Sicht, Göttingen 2. Aufl. 1978
Abraham, K., Der Strukturwandel im Handwerk in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und seine Bedeutung für die Berufserziehung, Köln 1955
Adam, P., Lebenserinnerungen eines alten Kunstbuchbinders, Stuttgart 3. Aufl. 1951 [Leipzig 1925]
Angel-Volkov, S., The „Decline of the German Handicrafts" – Another Reappraisal, in: VSWG 61, 1974, S. 165–184
Aßmann, K./Stavenhagen, G., Handwerkereinkommen am Vorabend der industriellen Revolution. Materialien aus dem Raum Braunschweig-Wolfenbüttel, Göttingen 1969
Aßmann, K., Zustand und Entwicklung des städtischen Handwerks in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts dargestellt am Beispiel der Städte Lüneburg, Celle, Göttingen und Duderstadt, Göttingen 1971
Axmacher, D., Widerstand gegen Handwerkerfortbildung im 19. Jahrhundert. Eine historisch-systematische Fallstudie, in: Zs. f. Pädagogik 33, 1987, S. 675–691
Bade, K.J., Altes Handwerk, Wanderzwang und Gute Policey: Gesellenwanderung zwischen Zunftökonomie und Gewerbereform, in: VSWG 69, 1982, S. 1–37
Bayard, J.P., Le compagnonnage en France, Paris 1977
Bechstedt, C.W., Meine Handwerksburschenzeit 1805–1810, Köln 1925
Bergmann, J., Das Berliner Handwerk in den Frühphasen der Industrialisierung, Berlin (W) 1973
Beringer, L., Die Gesetzgebungen der Innungen in Deutschland und der gewerblichen Genossenschaften in Österreich während der letzten hundert Jahre. Eine rechtshistorische und vergleichende Darstellung unter besonderer Berücksichtigung der stenografischen Berichte, Mainz 1906
Bettger, R., Das Handwerk in Augsburg beim Übergang der Stadt an das Königreich Bayern. Städtisches Gewerbe unter dem Einfluß politischer Veränderungen, Augsburg 1979
Birnbaum, M., Das Münchener Handwerk im 19. Jahrhundert (1700–1868). Beiträge zu Politik, Struktur und Organisation des städtischen Handwerks im beginnenden Industriezeitalter, Diss. München 1984
Black, A., Guilds and Civil Society in European Political Thought from the Twelfth Century to the Present, New York 1984
Blackbourn, D., Between Resignation and Volatility: The German Petite Bourgeoisie in the Nineteenth Century, in: G. Crossick/H.-G. Haupt, Shopkeepers and Master Artisans in Nineteenth-Century Europe, London 1984, S. 35–61
Böhmert, V., Briefe zweier Handwerker. Ein Beitrag zur Lösung gewerblicher und sozialer Fragen, Dresden 1854
Böhmert, V., Beiträge zur Geschichte des Zunftwesens, ND Leipzig 1969 [1. Aufl. Leipzig 1862]
Bopp, H., Die Entwicklung des deutschen Handwerksgesellentums im 19. Jahrhundert unter dem Einfluß der Zeitströmungen, Paderborn 1932
Borst, O., Zunft und Industrialisierung. Zur Begegnung zweier Epochen, in: ders., Babel oder Jerusalem? Sechs Kapitel Stadtgeschichte, Stuttgart 1984, S. 353–432

Bovensiepen, R., Die Kurhessische Gewerbepolitik und die wirtschaftliche Lage des zünftigen Handwerks in Kurhessen von 1816–1867, Marburg 1909

Braatz, Th., Das Kleinbürgertum in München und seine Öffentlichkeit von 1830–1870. Ein Beitrag zur Mentalitätsforschung, München 1977

Bräuer, H., Gesellenmigration in der Zeit der Industriellen Revolution. Meldeunterlagen als Quellen zur Erforschung der Wanderbeziehungen zwischen Chemnitz und dem europäischen Raum, Karl-Marx-Stadt 1982

Breuilly, J., Artisan Economy, Artisan Politics, Artisan Ideology: The Artisan Contribution to the Nineteenth-Century Labour Movement, in: C. Emsley/J. Walvin (Hg.), Artisans, Peasants and Proletarians, 1760–1860. Essays presented to G.A. Williams, London 1965, S. 187–225

Bringmann, A., Geschichte der Deutschen Zimmerer-Bewegung, Bd. 1, ND Berlin (W) 1981 [1. Aufl. Stuttgart 1903]

Bücher, K., Frankfurter Buchbinder-Ordnungen vom 16. bis zum 19. Jahrhundert, in: Archiv f. Frankfurts Geschichte und Kunst, 3. Folge, 1, 1888, S. 224–292

Crossick, G./Haupt, H.-G. (Hg.), Shopkeepers and Master Artisans in Nineteenth-Century Europe, London 1984

Dammann, A.W., Chronik der Maurer- und Steinmetzen. Nebst einer Übersicht der Geschichte der Baukunst aller Zeiten und Völker, St. Gallen o.J.

Dannenberg, J.F.H., Das deutsche Handwerk und die sociale Frage, Leipzig 1872

Deter, G., Handwerksgerichtsbarkeit zwischen Absolutismus und Liberalismus. Zur Geschichte der genossenschaftlichen Jurisdiktion in Westfalen im 18. und 19. Jahrhundert, Berlin (W) 1987

Die Verbindungen der Maurergesellen oder authentische Darstellung der bei diesen Verbindungen üblichen Gebräuche, nebst Mittheilungen über die neueste Geschichte derselben. Größtenteils aus den Acten, Lübeck 1841

Ehmer, J., Zur Rolle handwerklicher Arbeiter bei der Entstehung der Wiener Arbeiterbewegung, in: Der Konstitutierungsprozeß der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland und Österreich. Referate des 3. bilateralen Seminars von Historikern der DDR und der Republik Österreich, veranstaltet von der Sektion Geschichte der Karl-Marx-Univ., Leipzig 1984, S. 58–74

Ehmer, J., Ökonomischer und sozialer Strukturwandel im Wiener Handwerk – von der industriellen Revolution zur Hochindustrialisierung, in: U. Engelhardt (Hg.), Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984, S. 78–104

Ehmer, J., Schuster zwischen Handwerk und Fabrik. Zum Verhältnis von sozialem Profil und politisch-organisatorischem Verhalten einer Berufsgruppe, in: H. Konrad/W. Maderthaner (Hg.), Neuere Studien zur Arbeitergeschichte. Zum 25. Bestehen des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd. 1, Wien 1984, S. 3–23

Ehmer, J., Das Heiratsverhalten und die Traditionen des Kapitalismus. England und Mitteleuropa im 19. Jahrhundert, Habil.-Schrift Wien 1988, Ms.; veröff. vorauss. Göttingen 1991

Ehmer, J., Arbeitswelt im Handwerk, in: Arbeit – Mensch – Maschine. Der Weg in die Industriegesellschaft. Industrielle Arbeitswelt, Steyr 2. Aufl. 1988, S. 63–72

Eisenberg, Ch., Handwerkstradition und Gewerkschaftsentwicklung im 18. und frühen 19. Jahrhundert. Deutschland und England im Vergleich, in: JbIDG 16, 1987, S. 177–199

Emig, G., Die Berufserziehung bei den Handwerkerzünften in der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt und im Großherzogtum Hessen vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis zur Einführung der Gewerbefreiheit 1866, Diss. Frankfurt 1967

Engelhardt, U. (Hg.), Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984

Ergebnisse der über die Verhältnisse der Lehrlinge, Gesellen und Fabrikarbeiter auf Beschluß des Bundesraths angestellten Erhebungen, zusammengestellt im Reichskanzler-Amt, Berlin 1877

Fischer, W., Handwerksrecht und Handwerkswirtschaft um 1800. Studien zur Sozial- und Wirtschaftsverfassung vor der industriellen Revolution, Berlin (W) 1955

Fischer, W., Quellen zur Geschichte des deutschen Handwerks. Selbstzeugnisse seit der Reformationszeit, Göttingen 1957

Fischer, W./Stadelmann, G., Die Bildungswelt des deutschen Handwerkers um 1800. Studien zur Soziologie des Kleinbürgers im Zeitalter Goethes, Berlin (W) 1955

Franck, H.P., Zunftwesen und Gewerbefreiheit. Zeitschriftenstimmen zur Frage der Gewerbeverfassung im Deutschland der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Diss. Hamburg 1971

Francke, E., Die Schuhmacherei in Bayern. Ein Beitrag zur Kenntnis unsrer gewerblichen Betriebsformen. Stuttgart 1893

Fröhlich, S., Die soziale Sicherung bei Zünften und Gesellenverbänden. Darstellung, Analyse, Vergleich. Berlin (W) 1976

Geißler, P.I., Der Indifferentismus oder: Die Lage der Schuhmacher Deutschlands. Ein Wort zur Verständigung und Beleuchtung der Gewerkschaft sowie der Central-, Kranken- und Sterbekasse. Würzburg 1878

Gerber, W., Die Bauzünfte im alten Hamburg. Entwicklung und Wesen des vaterstädtischen Maurer- und Zimmerergewerbes während der Zunftzeit. Hamburg 1933

Gessner, D., „Industrialisiertes Handwerk" in der Frühindustrialisierung. Ein Beitrag zu den Anfängen der Industrie am Mittelrhein und Untermain, in: Archiv f. Hessische Geschichte u. Altertumskunde 40, 1982, S. 251–301

Goldschmidt, E.F., Die deutsche Handwerkerbewegung bis zum Sieg der Gewerbefreiheit, München 1916

Handwerkertag. Der dritte deutsche Handwerkertag zu Cöln vom 26. bis 28. September 1864. Nach den stenographischen Aufzeichnungen im Auftrage des Präsidiums des Deutschen Handwerkerbundes, hg. v.N. Schüren, Aachen 1864

Handwerkertag.Die stenographischen Verhandlungen des deutschen Handwerkertages zu Weimar vom 5. bis 8. September 1862. Im Auftrage des deutschen Handwerkerbundes hg. v. C. Luft. Berlin 1862

Handwerkertag. Der zweite deutsche Handwerkertag zu Frankfurt vom 25. bis 28. September 1863. Nach den stenographischen Aufzeichnungen, hg. v. Präsidium des deutschen Handwerkerbundes, Frankfurt 1863

Hanf, G., Handwerkerausbildung in Berlin während der Industriellen Revolution (1787–1873). Eine Untersuchung zur Frühgeschichte des gewerblichen Schulwesens. Diss. TU Berlin 1985

Haupt, H.-G. (Hg.), „Bourgeois und Volk zugleich?" Zur Geschichte des Kleinbürgertums im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt 1978

Held, M., Das Arbeitsverhältnis im Nürnberger Handwerk von der Einverleibung der Stadt in Bayern bis zur Einführung der Gewerbefreiheit, Stuttgart 1909

Henning, F.-W., Die Einführung der Gewerbefreiheit und ihre Auswirkungen auf das Handwerk in Deutschland, in: W. Abel (Hg.), Handwerksgeschichte in neuer Sicht. Göttingen 2. Aufl. 1978, S. 147–177

Hensoldt, H.Ch., Das Zunftwesen. Wie es war, wie es jetzt ist und wie es werden muß, Coburg 1840

Henß, A., Aus dem Tagebuch eines reisenden Handwerkers (1845), bearb., eingel. u. erl. v. K. Esselborn, Friedberg 1923

Herold, G.E., Die Rechte der Handwerker und ihrer Innungen. Nach den im Königreich Sachsen gültigen Gesetzen, Leipzig 1835

Hetzer, G., Sozialer Protest und neues ständisches Selbstbewußtsein von Handwerkern in der Maschinenzeit – dargestellt an Beispielen aus Nordschwaben 1815–1850, in: Wanderstab und Meisterbrief. Rieser Handwerk im Wandel der Zeit 1700–1850. Ausstellung des Staatsarchivs Neuburg a.d. Donau, Nördlingen 1986, S. 134–185

Heumos, P., Bruderlade und proletarischer Tabor. Soziale Bedingungen von Organisations- und Aktionsformen tschechischer Kleingewerbe-Arbeiter in Böhmen 1850–1870, in: VSWG 69, 1982, S. 339–372

Hofmann, G.M. (Hg.), Biedermeier auf Walze. Aufzeichnungen und Briefe des Handwerksburschen Johann E. Dewald 1836–1838, Berlin 1936

Internationales handwerksgeschichtliches Symposium. Veszprém, 20.–24. 11. 1978, Veszprém 1979

II. Internationales handwerkgeschichtliches Symposium. Vészprem, 21.–26. 8. 1982, 2 Bde., Veszprém 1983

III. Internationales handwerksgeschichtliches Symposium. Veszprém 18.–24. 10. 1986. 2 Bde., Veszprém 1987

Jäger, E., Die Handwerkerfrage. I. Abteilung: Geschichte der Handwerkerbewegung bis zum Jahre 1884. Berlin 1887

Jeschke, J., Gewerberecht und Handwerkswirtschaft des Königreiches Hannover im Übergang 1815–1866, Göttingen 1977
Jessen, R., Handwerksmeister und Gesellen. Die Entwicklung der Beziehung beider Gruppen in den deutschen Staaten zwischen 1806 und 1871, Staatsexamensarbeit Bielefeld 1984, Ms.
Jost, W., Gewerbliche Schulen und politische Macht. Zur Entwicklung des gewerblichen Schulwesens in Preußen in der Zeit von 1850–1880, Weinheim 1982
Kaiser, H., Handwerk und Kleinstadt. Das Beispiel Rheine/Westf., Münster 1978
Kampffmeyer, P., Vom Frankfurter Zunftgesellen zum klassenbewußten Arbeiter, Frankfurt 1899 [= Anhang zu: Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands/Arbeitersekretariat (Hg.), Jahresbericht 1, S. 82–110]
Kaufhold, K.H., Wandlungen in den Stadt – Land – Beziehungen des Handwerks und des Heimgewerbes in Deutschland 1750–1850, in: G. Kaufmann (Hg.), Stadt – Land – Beziehungen. Verhandlungen des 19. Deutschen Volkskundekongresses in Hamburg vom 1. bis 7. Oktober 1973, Göttingen 1975, S. 171–189
Kaufhold, K.H., Umfang und Gliederung des deutschen Handwerks um 1800, in: W. Abel (Hg.), Handwerksgeschichte in neuer Sicht, Göttingen 2. Aufl. 1978, S. 28–63
Kaufhold, K.H., Das Handwerk zwischen Anpassung und Verdrängung, in: H. Pohl (Hg.), Sozialgeschichtliche Probleme der Hochindustrialisierung (1870–1914), Paderborn 1979, S. 103–141
Kaufhold, K.H., Gewerbefreiheit und gewerbliche Entwicklung in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: BllDLg 118, 1982, S. 73–114
Kaufhold, K.H., Handwerkliche Tradition und industrielle Revolution, in: ders./F. Riemann (Hg.), Theorie und Empirie in Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte. Fs. f. Wilhelm Abel zum 80. Geburtstag, Göttingen 1984, S. 169–188
Köhne, K., Studien zur Geschichte des blauen Montags, in: ZfSowi 11, 1920, S. 268–287
Lenger, F., Zwischen Kleinbürgertum und Proletariat. Studien zur Sozialgeschichte der Düsseldorfer Handwerker 1816–1878, Göttingen 1986
Lenger, F., Städtische Handwerker und frühe Arbeiterbewegung. England, Frankreich, Deutschland im Überblick, in: BHS 2, Wien 1986, S. 36–41
Lenger, F., Die handwerkliche Phase der Arbeiterbewegung in England, Frankreich, Deutschland und den USA. Plädoyer für einen Vergleich, in: GG 13, 1987, S. 232–243
Lenger, F., Sozialgeschichte der deutschen Handwerker seit 1800, Frankfurt 1988
Lenhardt, H., 150 Jahre Gesellenwandern nach Frankfurt am Main: Ein Beitrag zur Kulturgeschichte des deutschen Handwerks nach den Fremdenbüchern des Frankfurter Buchbinderhandwerks von 1712–1868, Frankfurt 1938
Ludwig, U., Die soziale Lage und soziale Organisation des Kleingewerbes in Göttingen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Diss. Göttingen 1981
Lutum, P., Schneidermeisterinnen in Münster. Untersuchung zur historischen Entwicklung und aktuellen Berufsstruktur der selbständigen Frauenarbeit im Schneiderhandwerk, Münster 1987
Marlow, J.C., Die geheimen Gebräuche und Ceremonien der Maurergesellen bei ihren Verbindungen. Nach mündlichen Mittheilungen und Thatsachen an das Licht gestellt, Hamburg 1868
Mascher, H.A., Das deutsche Gewerbewesen von der frühesten Zeit bis auf die Gegenwart. Geschichte, Recht, Nationalökonomie und Statistik, Potsdam 1866
Mengers, C., Aus den letzten Tagen der Zunft. Erinnerungen eines alten Handwerkers aus seinen Wanderjahren, Leipzig 1910
Merckel, I., Zunftgebräuche bei dem Hauszimmererhandwerk im 19. Jahrhundert, in: Braunschweigisches Magazin 6, 1900, S. 81–86
Mitterauer, M., Zur familienbetrieblichen Struktur im zünftischen Handwerk, in: H. Knittler (Hg.), Wirtschafts- und sozialhistorische Beiträge. Fs. f. Alfred Hoffmann zum 75. Geburtstag, München 1979, S. 190–219
Naumann, J., Arbeitswelt und Lebensformen des Bauhandwerks im wittgensteinischen Territorialstaat der Neuzeit (1550–1850), Diss. Marburg 1972
Neufeld, M.J., German Artisans and Political Repression: The Fall of the Journeymen's Associations in Nuremberg, 1806–1868, in: JSH 19, 1985/86, S. 491–502
Noll, A., Sozio-ökonomischer Strukturwandel des Handwerks in der zweiten Phase der Industrialisierung unter besonderer Berücksichtigung der Regierungsbezirke Arnsberg und Münster, Göttingen 1975

Ortloff, J.A., Das Recht der Handwerker . . ., Erlangen 1803
Paeplow, F., Zur Geschichte der deutschen Bauarbeiter-Bewegung. Werden des Deutschen Baugewerksbundes, Berlin 1932
Perthes, C.T., Das Herbergswesen der Handwerkergesellen, Gotha 1856
Pieper-Lippe, M./Anhauer, O., Oberdeutsche Bauhandwerker in Westfalen. Untersuchungen zur gewerblichen Wanderbewegung, besonders vom 17. bis zum 19. Jahrhundert . . ., in: Westfälische Forschungen 20, 1967, S. 119–193
Putsch, J., Vom Handwerk zur Fabrik. Ein Lese- und Arbeitsbuch zur Solinger Industriegeschichte, Solingen 1985
Quark, M., Von der Zunft zur Arbeiterbewegung, in: Kölner Sozialpolitische Vierteljahresschrift 3, 1923, S. 87–91
Reininghaus, W., Die Unterstützungskassen der Handwerksgesellen und Fabrikarbeiter in Westfalen und Lippe (1800–1850), in: Westfälische Forschungen 35, 1985, S. 131–163
Reininghaus, W., Wanderungen von Handwerkern zwischen hohem Mittelalter und Industrialisierung, in: G. Jaritz/A. Müller (Hg.), Migration in der Feudalgesellschaft, Frankfurt 1988, S. 179–215
Reith, R., Zur beruflichen Sozialisation im Handwerk vom 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, in: VSWG 76, 1989, S. 1–27
Riedel, B., Gut Gesell', und du mußt wandern. Aus dem Reisetagebuche des wandernden Leinewebergesellen Benjamin Riedel 1803–1816, bearb. u. hg. v. F. Zollhoefer, Goslar 1938
Roehl, H., Beiträge zur preußischen Handwerkspolitik vom Allgemeinen Landrecht bis zur Allgemeinen Gewerbeordnung 1845, Leipzig 1900
Rohrscheidt, K.v., Vom Zunftzwange zur Gewerbefreiheit, Berlin 1898
Roth, K. u.a. (Hg.), Handwerk in Mittel- und Südosteuropa. Mobilität, Vermittlung und Wandel im Handwerk des 18. bis 20. Jahrhunderts, München 1987
Saalfeld, D., Handwerkseinkommen in Deutschland vom ausgehenden 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Bewertung von Handwerkerlöhnen in der Übergangsperiode zum industriellen Zeitalter, in: W. Abel (Hg.), Handwerksgeschichte in neuer Sicht, Göttingen 2. Aufl. 1978, S. 65–120
Seale, M., Zur Entwicklung von Handwerk und Industrie in einer niedersächsischen Kleinstadt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts – dargestellt am Beispiel der Stadt Alfeld, in: W. Abel (Hg.), Handwerkergeschichte in neuer Sicht, Göttingen 2. Aufl. 1978, S. 179–207
Schade, O., Deutsche Handwerkslieder. Gesammelt und hg. v. Oskar Schade, Leipzig 1865
Schanz, G./Schoenlank, B., Die Gesellenverbände in Deutschland und Frankreich, in: HwbStW, Bd. 4, Jena 3. Aufl. 1909, S. 662–677
Scheffler, J., Vom Herbergswesen für Handwerksgesellen zur Fürsorge für wandernde Arbeiter: Herbergen zur Heimat im Zeitalter der Industrialisierung, 1854–1914, in: ders., Bürger und Bettler. Vom Herbergswesen für Handwerksgesellen zur Nichtseßhaftenhilfe in der Diakonie, Bielefeld 1986
Schieder, W., Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Juli-Revolution von 1830, Stuttgart 1963
Schmoller, G., Zur Geschichte des deutschen Kleingewerbes im 19. Jahrhundert, ND Hildesheim 1975 [1. Aufl. Halle 1870]
Schnell, P., Das Frankfurter Handwerk von 1816–1848. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte, Diss. Frankfurt 1936
Schöne, M., Die moderne Entwicklung des Schuhmachergewerbes in historischer, statistischer und technischer Hinsicht, Jena 1888
Schwarz, G., „Nahrungsstand" und „erzwungener Gesellenstand", Mentalité und Strukturwandel des bayrischen Handwerks im Industrialisierungsprozeß um 1860, Berlin (W) 1974
Schwarz, K., Die Lage der Handwerksgesellen in Bremen während des 18. Jahrhunderts, Bremen 1975
Schwarzlmüller, J., Vom Lehrling zum Meister im alten Schneiderhandwerk Oberösterreichs (vom Mittelalter zur Gewerbeordnung 1859), Linz 1984
Sedatis, H., Liberalismus und Handwerk in Südwestdeutschland. Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeptionen des Liberalismus und die Krise des Handwerks im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1979
Simon, M., Handwerk in Krise und Umbruch. Wirtschaftliche Forderungen und sozialpolitische Vorstellungen der Handwerksmeister im Revolutionsjahr 1848/49, Köln 1983
Sinz, H., Das Handwerk. Geschichte, Bedeutung und Zukunft, Düsseldorf 1977

Specht, R., Die Beaufsichtigung der wandernden Handwerksgesellen durch preußische Staatsorgane, in: Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1, 1953, S. 83–88

Stahl, Fr.W., Das deutsche Handwerk, Bd. 1, Gießen 1874 [einziger Teil]

Stavenhagen, G., Die Industrialisierung und ihre handwerksfördernden Kräfte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, dargestellt am Beispiel des Herzogtums Braunschweig, in: Neues Archiv f. Niedersachsen 19, 1970, S. 38–61

Steindl, H., Die Einführung der Gewerbefreiheit, in: H. Coing (Hg.), Handbuch der Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte, Bd. 3: Das 19. Jahrhundert, 3. Teilbd.: Gesetzgebung zu den privatrechtlichen Sondergebieten, München 1986, S. 3527–3625

Steinkamp, A., Stadt- und Landhandwerk in Schaumburg-Lippe im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert, Göttingen 1970

Stieda, W., Art. „Handwerk", in: HwbStW, Bd. 5, Jena 3. Aufl. 1910, S. 377–393

Stieda, W., Art. „Lehrlingswesen", in: HwbStW, Bd. 6, Jena 3. Aufl. 1910, S. 453–474

Stopp, K., Die Handwerkskundschaften mit Ortsansichten. Beschreibender Katalog der Arbeitsattestate wandernder Handwerksgesellen 1731–1830, bish. 14 Bde., Stuttgart 1982–1988

Stürmer, M. (Hg.), Herbst des alten Handwerks. Quellen zur Sozialgeschichte des 18. Jahrhunderts, München 1979

Teifen, T.W., Handwerk und Handwerker in Österreich, Wien 1888.

Thissen, O. (Hg.), Beiträge zur Geschichte des Handwerks in Preußen, Tübingen 1901

Truant, C.M., Solidarity and Symbolism among Journeymen Artisans: The Case of Compagnonnage, in: CSSH 21, 1979, S. 214–226

Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland mit besonderer Rücksicht auf seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Großindustrie, 10 Bde., Leipzig 1895–1897 [= SchrVfS 62–71]

Volkov, S., The Rise of Popular Antimodernism in Germany. The Urban Master Artisans 1873–1896, Princeton 1978

Werner, G.S., Travelling Journeymen in Metternichian South Germany, in: Proceedings of the American Philosophical Society 125, 1981, S. 190–219

Wernet, W., Handwerkspolitik, Göttingen 1952

Wiest, E., Die Entwicklung des Nürnberger Gewerbes zwischen 1648 und 1806, Stuttgart 1968

Windmüller, O., Das Handwerk in Schwäbisch Hall vom Ende der Reichsstadtzeit bis zur Einführung der Gewerbefreiheit im Jahre 1862, St. Katharinen 1987

Winkler, H.A., Der rückversicherte Mittelstand: Die Interessenverbände von Handwerk und Kleinhandel im deutschen Kaiserreich, in: W. Rüegg/O. Neuloh (Hg.), Zur soziologischen Theorie und Analyse des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1971, S. 163–179

Winkler, H.A., Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972

Zinner, D., Die Geschichte der deutschen Schuhmacherbewegung, Gotha 1904

Zunftgebräuche der alten Steinhauer- und Maurer-Gilde, in: Braunschweigisches Magazin 7, 1901, S. 165–168, 173–175

6. Manufaktur-, Fabrik- und Bergarbeiter

Achtermann, C., Der Entwicklungsgang der Bremischen Zigarrenindustrie und die soziale Lage der Bremischen Zigarrenarbeiter, Göttingen 1921

Adelmann, G., Die soziale Betriebsverfassung des Ruhrbergbaus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung des Industrie- und Handelskammerbezirkes Essen, Bonn 1962

Adelmann, G., Die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Ruhrindustrie vor 1914, in: JbbNS 175, 1963, S. 412–427

Adelmann, G. (Hg.), Quellensammlung zur Geschichte der sozialen Betriebsverfassung. Ruhrindustrie unter besonderer Berücksichtigung des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen, Bonn 1960/1965

Adelmann, G., Die soziale Betriebsverfassung des Ruhrbergbaus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen, Bonn 1962

Amendt, H., Die inner- und außerbetriebliche Lage der Arbeitnehmer in der Glas-, Papier-, Zucker- und chemischen Industrie der Regierungsbezirke Köln, Düsseldorf und Aachen zur Zeit der frühen Industrialisierung, Diss. Bonn 1975

Baedeker, D., Alfred Krupp und die Entwicklung der Gußstahlfabrik zu Essen, Essen 1912

Beck, L., Die Geschichte des Eisens in technischer und kulturgeschichtlicher Beziehung. 4. Abt. Das XIX. Jahrhundert. Von 1801 bis 1860, Braunschweig 1899

Beer, J.J., The Emergence of the German Dye Industry, Urbana 1959

Behr, M.v., Die Entstehung der industriellen Lehranstalt. Materialien und Analysen zur beruflichen Bildung im 19. Jahrhundert, Frankfurt 1981

Beier, G., Schwarze Kunst und Klassenkampf. Geschichte der Industriegewerkschaft Druck und Papier und ihrer Vorläufer seit dem Beginn der modernen Arbeiterbewegung. Bd. 1.: Vom Geheimbund zum königlich-preußischen Gewerkverein 1830–1890, Frankfurt 1966 [einzig erschienener Band]

Beier, G., Zünftige Ordnung der Buchdruckerei, in: ders. (Hg.), Geschichte und Gewerkschaft, Köln 1981, S. 87–118

Berdrow, W. (Hg.), Alfred Krupps Briefe 1826–1887, Berlin 1928

Berg, M., The Machinery Question and the Making of Political Economy, 1815–1845, Cambridge 1980

Berg, W., Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland und Großbritannien im Übergang zum „organisierten Kapitalismus". Unternehmer, Angestellte, Arbeiter und Staat im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebietes und von Südwales 1850–1914, Berlin (W) 1984

Bernays, M., Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie. Dargestellt an den Verhältnissen der „Gladbacher Spinnerei und Weberei" AG zu München Gladbach im Rheinland, Leipzig 1910

Bernhard, L., Die Akkordarbeit in Deutschland, Leipzig 1903

Bernhard, L., Handbuch der Löhnungsmethoden, Leipzig 1906 [Bearb. von D.S. Schloss, Methods of Industrial Remuneration, 1898]

Blum, J., Noble Landowners and Agriculture in Austria, 1815–1848. A Study in the Origins of the Peasant Emancipation of 1848, Baltimore 1948

Böhmert, V., Die Gewinnbetheiligung. Untersuchungen über Arbeitslohn und Unternehmergewinn, 2 Bde., Leipzig 1878

Böhmert, V., Urkundliche Geschichte und Statistik der Meissner Porzellanmanufaktur von 1710 bis 1880, in: Zs. d. Königl. Sächsischen Bureaus 26, 1880, S. 44–93

Bohnsack, A., Spinnen und Weben. Entwicklung von Technik und Arbeit im Textilgewerbe, Reinbek 1981

Boldt, G., Die Einwirkungen der industriellen Revolution auf das Bergarbeitsrecht in Deutschland, in: Der Anschnitt. Zs. f. Kunst und Kultur im Bergbau 29, 1977, S. 88–101

Bongartz, W., Unternehmensleitung und Kostenkontrolle in der rheinischen Montanindustrie vor 1914. Dargestellt am Beispiel der Firmen Krupp und Gutehoffnungshütte, in: ZfU 29, 1984, S. 33–55, 73–113

Borries, K.v., Das Puddelverfahren in Rheinland und Westfalen, volkswirtschaftlich betrachtet, [Diss. Bonn] Düsseldorf 1929

Borst, O., Der Weg in die Welt. Geschichte der Pressenfabrik Fritz Müller Esslingen am Neckar, München 1964

Bosak, K.W., Die Geschichte der Walzwerktechnik und die Entwicklung der Walzwerkindustrie im 19. Jahrhundert in Deutschland bis zur Wirtschaftskrisis 1873, Diss. Hannover 1970

Braverman, H., Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt 1977 [Labour and Monopoly Capital, 1974]

Briefs, G., Betriebsführung und Betriebsleben in der Industrie, Stuttgart 1934

Bülow, W., Das Knappschaftswesen im Ruhrkohlenbezirk bis zum allgemeinen preußischen Berggesetz vom 24.6.1865, [Diss. Tübingen] Borna-Leipzig 1905

Burgdorf, D., Blauer Dunst und rote Fahnen. Ökonomische, soziale, politische und ideologische Entwicklung der Bremer Zigarrenarbeiterschaft im 19. Jahrhundert, o.O.1984

Cassau, J., Gewerkschaften und Akkordarbeit, Diss. Berlin 1923
Däbritz, W., Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation in Bochum. Neun Jahrzehnte seiner Geschichte im Rahmen der Wirtschaft des Ruhrbezirks. Düsseldorf 1934
Dahms, F., Geschichte der Tabakarbeiterbewegung, Hamburg 1965
Decker, F., Die betriebliche Sozialordnung der Dürener Industrie im 19. Jahrhundert, Köln 1965
Demme, H., Zur Lage der Zigarrenarbeiter des Kreises Worbis in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: H. Godehardt u.a. (Hg.), Beiträge zur Lage und zum Kampf der Arbeiter des Eichsfeldes, Worbis 1967, S. 77–124
Ditt, K., Arbeitsverhältnisse und Betriebsverfassung in der deutschen Textilindustrie des 19. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung der Bielefelder Leinenindustrie, in: AfS 21, 1981, S. 55–75
Ehrenberg, H., Die Eisenhüttentechnik und der deutsche Hüttenarbeiter, Stuttgart 1906
Ehrenberg, R., Krupp-Studien (III). Die Frühzeit der Kruppschen Arbeiterschaft, in: Archiv für exakte Wirtschaftsforschung (Thünen-Archiv), Bd. 3, 1911, S. 1–164
Ehrenberg, R./Racine, H., Kruppsche Arbeiterfamilien. Entwicklung und Entwicklungsfaktoren von drei Generationen deutscher Arbeiter, Jena 1912 [= Archiv für exakte Wirtschaftsforschung 6. Erg.-Ht.]
Die Einrichtungen für die Wohlfahrt der Arbeiter der größeren gewerblichen Anlagen im preußischen Staate. Bearb. im Auftrage des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. In drei Theilen, Berlin 1876
Eisen-Enquête-Kommission. Bericht und stenographische Protokolle über die Vernehmung der Sachverständigen 1878 (und statistische Notizen), Berlin 1879
Emsbach, K., Die soziale Betriebsverfassung der rheinischen Baumwollindustrie im 19. Jahrhundert, Bonn 1982
Engel, G., Ravensberger Spinnerei AG Bielefeld. Fs. zum 100jährigen Bestehen, Bielefeld 1954
Engelhardt, U., „Verschmelzung der Interessen" statt „unseliger Konflikte zwischen Kapital und Arbeit"? Zur Konfliktprophylaxe im frühindustriellen Betrieb: Das erste „Industrial Partnership"-Experiment in Deutschland (1867–1873), in: AfS 21, 1981, S. 97–178
Englisch, N., Braunkohlenbergbau und Arbeiterbewegung. Ein Beitrag zur Bergarbeitervolkskunde im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier bis zum Ende der österreichisch-ungarischen Monarchie, Wien 1982
Erdbrügger, H.W., Kinder im Fabriksystem, in: Zur Geschichte und Problematik der Demokratie. Fs. f. H. Herzfeld, Berlin (W) 1958, S. 431–444
Ergang, C., Untersuchungen zum Maschinenproblem der Volkswirtschaftslehre. Rückblick und Ausblick. Eine dogmengeschichtliche Studie mit besonderer Berücksichtigung der klassischen Schule, Karlsruhe 1911
Ergebnisse der über die Frauen- und Kinder-Arbeit in den Fabriken auf Beschluß des Bundesraths angestellten Erhebungen, zusammengestellt im Reichskanzler-Amt, Berlin 1877
Faulmann, K., Illustrierte Geschichte der Buchdruckerkunst, Wien 1882
Feldenkirchen, W., Kinderarbeit im 19. Jahrhundert. Ihre wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen, in: ZfU 26, 1918, S. 1–41
Feldman, G.D./Tenfelde, K. (Hg.), Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau. Industrielle Arbeitsbeziehungen im internationalen Vergleich, München 1989
Fischer, W., Innerbetrieblicher und sozialer Status der frühen Fabrikarbeiterschaft, in: ders., Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Aufsätze – Studien – Vorträge, Göttingen 1972, S. 258–284
Fischer, W., Die Pionierrolle der betrieblichen Sozialpolitik im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, in: Betriebliche Sozialpolitik deutscher Unternehmen seit dem 19. Jahrhundert, Wiesbaden 1978 (= ZfU, Beih. 12), S. 27–74
Franzke, K., Die oberschlesischen Industriearbeiter von 1740–1886, Breslau 1936
Feldmann, G.D./Tenfelde, K. (Hg.), Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau. Industrielle Arbeitsbeziehungen im internationalen Vergleich, München 1989
Frederici, R., Kinderarbeit in kurhessischen Fabriken und Bergbaubetrieben (1841–1866), in: Hessisches Jb. f. Landesgeschichte 12, 1962, S. 211–229
Fremdling, R., Die Rolle ausländischer Facharbeiter bei der Einführung neuer Techniken im

Deutschland des 19. Jahrhunderts (Textilindustrie, Maschinenbau, Schwerindustrie), in: AfS 29, 1984, S. 1–45
Fremdling, R., Der Puddler – Zur Sozialgeschichte eines Industriehandwerkers, in: U. Engelhardt (Hg.), Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984, S. 637–665
Fremdling, R., Technologischer Wandel und internationaler Handel im 18. und 19. Jahrhundert. Die Eisenindustrien in Großbritannien, Belgien , Frankreich und Deutschland, Berlin (W) 1986
Fremdling, R., Eisen, Stahl und Kohle, in: H. Pohl (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Stuttgart 1986, S. 347–370
Frisch, W., Die Organisationsbestrebungen der Arbeiter in der deutschen Tabakindustrie, Leipzig 1905
Fritzsche, F.-W., Weihnachtsbilder aus einem Proletarierleben, in: Der Arme Conrad. Illustrierter Calender für das arbeitende Volk auf die Jahre 1878 (Jg. 3) und 1879 (Jg. 4), S. 82–92; 98–104
Fröhlich, F./Woltmann, A., Die Gutehoffnungshütte Oberhausen. Zur Erinnerung an das 100jährige Bestehen 1810–1910, Oberhausen 1910
Frommer, H., Die Gewinnbetheiligung, ihre praktische Anwendung und theoretische Berechtigung, Leipzig 1886
Fuchs, K., Vom Dirigismus zum Liberalismus. Die Entwicklung Oberschlesiens als preußisches Berg- und Hüttenrevier. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 18. und 19. Jahrhundert, Wiesbaden 1970
Gebhardt, G., Ruhrbergbau. Geschichte, Aufbau und Verflechtung seiner Gesellschaften und Organisationen, Essen 1957
Gensewich, I., Die Tabakarbeiterin in Baden 1870–1914, Mannheim 1986
Goebel, J., Die Geschichte der Industriegegnerschaft unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Literatur, Mainz 1936
Die Groß-Industrie Österreichs, 6 Bde., Wien 1898
Grosz, H., Die Geschichte der deutschen Schiffszimmerer mit besonderer Berücksichtigung der Hamburgischen Verhältnisse. Ein Mahnwort an alle im Schiffbau-Gewerbe beschäftigten Arbeiter, sich zu einer gewerkschaftlichen Organisation zusammenzuschließen, Stuttgart 1896
Grotefend, G.A., Das Recht der Fabriken nach der preußischen und deutschen Gewerbegesetzgebung für den praktischen Gebrauch der Polizeibehörden, Baubeamten und Fabrikanten, Düsseldorf 1872
Gruben, H.v., Die Werkzeitschrift als Mittel der betrieblichen Sozialpolitik. Die historische Entwicklung und der heutige Stand des Werkzeitschriftenwesens, Diss. München 1957
Hardach, G., Der soziale Status des Arbeiters in der Frühindustrialisierung. Eine Untersuchung über die Arbeitnehmer in der französischen eisenschaffenden Industrie zwischen 1800 und 1870, Berlin (W) 1969
Hareven, T.K., Familiy Time and Industrial Time: The Relationship between the Family and Work in a New England Industrial Community, Cambridge, Mass. 1982
Hartmann, K., Der Weg zur gewerkschaftlichen Organisation. Bergarbeiterbewegung und kapitalistischer Bergbau im Ruhrgebiet 1851–1889, München 1977
Heilfurth, G., Der Bergbau und seine Kultur. Eine Welt zwischen Dunkel und Licht, Zürich 1981
Hellwig, F., Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg 1836–1901, Heidelberg 1936
Henning, F.-W., Humanisierung und Technisierung der Arbeitswelt. Über den Einfluß der Industrialisierung auf die Arbeitsbedingungen im 19. Jahrhundert, in: J. Reulecke/W. Weber (Hg.), Fabrik. Familie. Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, Wuppertal 1978, S. 57–88
Herkner, H., Die oberelsässische Baumwollindustrie und ihre Arbeiter aufgrund der Thatsachen dargestellt, Straßburg 1887
Hilbert, M., Kinderarbeit im Industriebezirk Glauchau, in: Sächsische Heimatbll. 9, 1963, S. 15–24
Hoffmann, H./Kabisch, K.H., Der deutsche Tabakarbeiterverband und sein Wirken auf dem Eichsfeld, in: Eichsfelder Heimathefte, 1972, S. 119–129
Holtfrerich, C.L., Quantitative Wirtschaftsgeschichte des Ruhrkohlenbergbaus im 19. Jahrhundert. Eine Führungssektoranalyse, Dortmund 1973
Horch, H., Der Wandel der Gesellschafts- und Herrschaftsstrukturen in der Saarregion während der Industrialisierung (1740–1914), St. Ingbert 1985

Hromadka, W., Die Arbeitsordnung im Wandel der Zeit am Beispiel der Hoechst AG, Köln 1979
Hue, O., Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit, 2 Bde., Stuttgart 1910/1913
Huyssen, A., Beiträge zur Kenntniss der Lage der Berg- und Hüttenleute, besonders in Bezug auf die Knappschaftsvereine, in: Zs. f. das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Deutschen Reich 8, 1860, S. 205–225
Huyssen, A., Die allgemeinen Verhältnisse des preußischen Bergwesens, Essen 1864
Imbusch, H., Arbeitsverhältnis und Arbeiter-Organisationen im deutschen Bergbau. Eine geschichtliche Darstellung, ND Berlin (W) 1980 [1. Aufl. 1908]
Jacobi, L.H.W., Das Berg-, Hütten- und Gewerbewesen des Regierungs-Bezirks Arnsberg in statistischer Darstellung, Iserlohn 1857
Jaffé, E., Hausindustrie und Fabrikbetrieb in der deutschen Zigarrenfabrikation, in: Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich, Bd. 3, Leipzig 1899, S. 279–341 [= SchrVfS 86]
Jahn, G., Die Entstehung der Fabrik, in: Schmollers Jb. 69, 1949, S. 89–116, 193–228
Jahns, H./Kohlmann, W., Der Eisenerzbergbau, in: M. Schlenker, Die wirtschaftliche Entwicklung Elsaß-Lothringens 1871 bis 1918, Frankfurt 1931, S. 53–84
Jersch-Wenzel, S./Krengel, J., Die Produktion der deutschen Hüttenindustrie 1850–1914. Ein historisch-statistisches Quellenwerk, Berlin (W) 1984
Junghann, H., Das Schlafhaus- und Einliegerwesen im Bezirk der Königlichen Bergwerksdirektion Saarbrücken, Berlin 1912
[Kahapka, C.], Memoiren eines österreichischen Handwerksburschen (1876–1880). Selbsterlebt und selbsterzählt von einem Schriftsetzer, Edenkolben 1885
Kermann, J., Vorschriften zur Einschränkung der industriellen Kinderarbeit in Bayern und ihre Handhabung in der Pfalz, in: Jb. f. westdt. Landesgeschichte 2, 1976, S. 311–374
Kern, H./Schumann, M., Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein, Bd. 1, Frankfurt 1970
Kirchhain, G., Das Wachstum der deutschen Baumwollindustrie im 19. Jahrhundert. Eine historische Modellstudie zur empirischen Wachstumsforschung, Diss. Münster 1973
Klemm, A., Die Buchdruckschnellpresse, Würzburg 1927
Kleßmann, Ch., Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft, Göttingen 1978
Klüss, F., Die älteste deutsche Gewerkschaft: Die Organisation der Tabak- und Zigarrenarbeiter bis zum Erlasse des Sozialistengesetzes, Karlsruhe 1905
Kocka, J., Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847–1914. Zum Verhältnis von Kapitalismus und Bürokratie in der deutschen Industrialisierung, Stuttgart 1969
Kocka, J., Management und Angestellte im Unternehmen der Industriellen Revolution, in: R. Braun u.a. (Hg.), Gesellschaft in der industriellen Revolution, Köln 1973, S. 162–201
Kocka, J., Von der Manufaktur zur Fabrik. Technik und Werkstattverhältnisse bei Siemens 1847–1873, in: K. Hausen/R. Rürup (Hg.), Moderne Technikgeschichte, Köln 1975, S. 267–290
Köllmann, W., Die Geschichte der Bergarbeiterschaft, in: W. Först (Hg.), Ruhrgebiet und neues Land, Köln 1968, S. 49–114
Krahl, W., Der Verband der Deutschen Buchdrucker. Fünfzig Jahre gewerkschaftliche Arbeit mit einer Vorgeschichte, Bd. 1, Berlin 1916
Krahl, W., Der Verband der Deutschen Buchdrucker. Geschichte der ältesten deutschen Gewerkschaft, Bd. 2, Berlin 1933
Krampe, H.D., Der Staatseinfluß auf den Ruhrkohlenbergbau in der Zeit von 1800–1865, Köln 1961
Lärmer, K., Vom Arbeitszwang zur Zwangsarbeit. Die Arbeitsordnungen im Mansfelder Kupferschieferbergbau von 1673 bis 1945, Berlin (O) 1961
Ludwig, K.-H., Die Fabrikarbeit von Kindern im 19. Jahrhundert. Ein Problem der Technikgeschichte, in: VSWG 52, 1965, S. 63–85
Lüdtke, A., Arbeitsbeginn, Arbeitspausen, Arbeitsende. Skizzen zu Bedürfnisbefriedigung und Industriearbeit im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: G. Huck (Hg.), Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, Wuppertal 1980, S. 95–122
Lüdtke, A., „Gefühllose ‚bare Zahlung'"? Geldlohn und Bargeld im Erfahrungszyklus städtischer

Lohnabhängiger, 1870–1930, in: M. Glettler u.a. (Hg.), Zentrale Städte und ihr Umland. Wechselwirkungen während der Industrialisierungsperiode in Mitteleuropa, St. Katharinen 1985, S. 312–336

Machtan, L., Zum Innenleben deutscher Fabriken im 19. Jahrhundert. Die formelle und die informelle Verfassung von Industriebetrieben, anhand von Beispielen aus dem Bereich der Textil- und Maschinenbauproduktion (1869–1891), in: AfS 21, 1981, S. 179–236

Maier, G., Vom Postulat zum Verband der Deutschen Buchdrucker. Mitgliedschaft Augsburg. In organisatorischer und wirtschaftlicher Bedeutung dargestellt, Augsburg 1927

Mallmann, K.-M., Die Anfänge der Bergarbeiterbewegung an der Saar (1848–1904), Saarbrücken 1981

Mallmann, K.-M./Steffens, H., Lohn der Mühen. Geschichte der Bergarbeiter an der Saar, München 1989

Martin, F., Zur Geschichte der Lohnkämpfe der Buchdrucker von 1848 bis auf die heutigen Tage, Basel 1890

Massenez, J., Die Hochofen- und Walzwerksanlage Phönix zu Laar bei Ruhrort, in: Die Baulichen Anlagen auf den Berg-, Hütten- und Salinenwerken in Preußen, 3. Jg., 1. Lieferung, Berlin 1863, S. 1–14

Matis, H., Über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse österreichischer Fabrik- und Manufakturarbeiter um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, in: VSWG 53, 1966, S. 433–476

Matschoß, C., Die Maschinenfabrik R. Wolf Magdeburg-Buckau 1862–1912. Die Lebensgeschichte des Begründers, die Entwicklung der Werke und ihr heutiger Stand. Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens, Magdeburg 1912

May, A., 75 Jahre Organisation der Düsseldorfer Buchdrucker 1849–1924. Mit einer Darstellung aus der Geschichte des Düsseldorfer Buchdrucks, Düsseldorf 1925

May, W., Die deutschen Buchdrucker in ihren Kämpfen gegen das Kapital, Berlin 1891

Mayr, G., Statistik der in bayerischen Fabriken und größeren Gewerbebetrieben zum Besten der Arbeiter getroffenen Einrichtungen, in: Zs. d. Kgl. bayerischen statistischen Bureau 7, 1875, S. 38–157

Meidinger, H., Deutschlands Eisen- und Steinkohlenproduktion in der Neuzeit, Gotha 1857

Milles, D., „...aber es kam kein Mensch nach den Gruben um anzufahren". Arbeitskämpfe des Ruhrbergbaus 1867–1878, Frankfurt 1978

Milz, H., Das Kölner Großgewerbe von 1750 bis 1835, Köln 1962

Mitterauer, M. (Hg.), Österreichisches Montanwesen. Produktion, Verteilung, Sozialformen, München 1974

Mohl, R., Über die Nachteile, welche sowohl den Arbeitern selbst, als dem Wohlstande und der Sicherheit der gesammten bürgerlichen Gesellschaft vom dem fabrikmäßigen Betriebe der Industrie zugehen, in: Archiv der politischen Ökonomie und der Polizeiwissenschaft 2, 1835, S. 141–203

Mommsen, H./Borstdorf, U. (Hg.), Glückauf Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland, Köln 1979

Mosser, A., Alpenländische Eisenindustrie und sozialer Wandel im 19. Jahrhundert, in: Österreich in Geschichte und Literatur 15, 1971, S. 604–616

Motz, S.-J., Fabrikdarstellungen in der deutschen Malerei von 1800 bis 1850, Frankfurt 1980

Müller, E., Der Steinkohlenbergbau des preußischen Staates in der Umgebung von Saarbrücken, Teil IV, Berlin 1904

Neufeld, M.J., The Skilled Metalworkers of Nuremberg: Craft and Class in the Industrial Revolution, New Brunswick 1989.

Neuland, F., Die Frankfurter Buchdruckerordnungen, Frankfurt 1972

Neuloh, O., Die deutsche Betriebsverfassung und ihre Sozialformen bis zur Mitbestimmung, Tübingen 1956

Offermann, T., Materialien zur Geschichte der Assoziation der Zigarrenarbeiter Deutschlands 1841–1848, in: IWK 22, 1986, S. 84–97

Oschilewski, W.G., Der Buchdrucker. Brauch und Gewohnheit in Alter und Neuer Zeit (Neue verb. u. erw. Aufl.), Berlin (W) 1955

Ott, R., Kohle, Stahl und Klassenkampf. Montanindustrie, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung im Osnabrücker Land 1857–1878, Frankfurt 1982

Paulinyi, A., Das Puddeln. Ein Kapitel aus der Geschichte des Eisens in der Industriellen Revolution, München 1987
Pierenkemper, T., Struktur und Entwicklung der Schwerindustrie in Oberschlesien und im westfälischen Ruhrgebiet 1852–1913, in: ZfU 24, 1979, S. 1–28
Plumpe, G., Die württembergische Eisenindustrie im 19. Jahrhundert. Eine Fallstudie zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Wiesbaden 1982
Pohl, H. (Hg.), Forschungen zur Lage der Arbeiter im Industrialisierungsprozeß, Stuttgart 1978
Pohl, H. u.a., Die chemische Industrie in den Rheinlanden während der industriellen Revolution, Bd. 1: Die Farbenindustrie, Wiesbaden 1983
Pollard, S., Die Fabrikdisziplin in der industriellen Revolution, in: W. Fischer/G. Bayor (Hg.), Die soziale Frage. Neuere Studien zur Lage der Fabrikarbeiter in den Frühphasen der Industrialisierung, Stuttgart 1967, S. 159–185
Pollard, S., The Genesis of Modern Management. A Study of the Industrial Revolution in Great Britain, Harmondsworth 1968
Pounds, N.J.G./Parker, W.N., Coal and Steel in Western Europe. The Influence of Recources and Techniques on Production, London 1957
Puppke, L., Sozialpolitik und soziale Anschauungen frühindustrieller Unternehmer in Rheinland-Westfalen, Köln 1966
Reichwein, R., Funktionswandlungen der betrieblichen Sozialpolitik. Eine soziologische Analyse der zusätzlichen betrieblichen Sozialleistungen, Köln 1965
Reif, H., Soziale Lage und Erfahrungen des alternden Fabrikarbeiters in der Schwerindustrie des westlichen Ruhrgebiets während der Hochindustrialisierung, in: AfS 22, 1982, S. 1–94
Reif, H., „Ein seltener Kreis von Freunden". Arbeitsprozesse und Arbeitserfahrungen bei Krupp 1840–1914, in: K. Tenfelde (Hg.), Arbeit und Arbeitserfahrung in der Geschichte, Göttingen 1986, S. 51–91
Reininghaus, W., Die Lippische Tabakindustrie vom 17. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, in: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde 51, 1982, S. 63–126
Rothert, L., Umwelt und Arbeitsverhältnisse von Ruhrbergleuten in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dargestellt an den Zechen Hannover und Hannibal in Bochum, Münster 1976
Rüpieper, H.-J., Arbeiter und Angestellte im Zeitalter der Industrialisierung. Eine sozialgeschichtliche Studie am Beispiel der Maschinenfabriken Augsburg und Nürnberg (MAN) 1837–1914, Frankfurt 1982
Ruppert, W., Die Fabrik. Geschichte von Arbeit und Industrialisierung in Deutschland, München 1983
Sahrhage, N., Zigarrenarbeiter und Zigarrenarbeiterbewegung vom Vormärz bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Bremen und Baden, Staatsexamensarbeit Bielefeld 1979, Ms.
Samuel, R., Workshop of the World: Steampower and Hand Technology in Mid-Victorian Britain, in: History Workshop 3, 1977, S. 6–72
Schäfer, H., Die Industriearbeiter. Lage und Lebenslauf im Bezugsfeld von Beruf und Betrieb, in: H. Pohl (Hg.), Sozialgeschichtliche Probleme in der Zeit der Hochindustrialisierung (1870–1914), Paderborn 1979, S. 143–216
Schäfer, H., Fabrikkultur im Elsaß während der Industrialisierung. Eine Annäherung an die Frage nach der Kultur des industriellen Arbeitsplatzes, in: Technikgeschichte 52, 1985, S. 275–298
Schmidt, G. (Hg.), Bergbau in Großbritannien und im Ruhrgebiet. Studien zur vergleichenden Geschichte des Bergbaus 1850–1930, Bochum 1985
Schofer, L. Patterns of Worker Protest. Upper Silesia 1865–1914, in: JSH 5, 1972, S. 447–463
Schofer, L., The Formation of a Modern Labour Force. Upper Silesia 1865–1914, Berkeley 1975
Scholz, T., Produktivkraftentwicklung, Arbeitskräftestruktur und betriebliche Lohnarbeitsverhältnisse in der Porzellanmanufaktur Meissen im 18. und 19. Jahrhundert, in: JbWG, 1981/II, S. 51–103
Schomerus, H., Die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen. Forschungen zur Lage der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1977
Schröder, P., Die Entwicklung des Nürnberger Großgewerbes 1806–1870. Studien zur Frühindustrialisierung, Nürnberg 1971
Schröter, A./Becker, W., Die deutsche Maschinenbauindustrie in der industriellen Revolution, Berlin (O) 1962

Schultze-Gaevernitz, G.L.v., Der Großbetrieb, Leipzig 1892
Schulz, G., Integrationsprobleme der Arbeiterschaft in der chemischen Industrie und im Maschinenbau des Rhein-Main-Gebiets 1870–1914, in: H. Pohl (Hg.), Forschungen zur Lage der Arbeiter im Industrialisierungsprozeß, Stuttgart 1978, S. 65–106
Schulz, G., Die Arbeiter und Angestellten bei Felten & Guilleaume, Wiesbaden 1979
Schunder, F., Tradition und Fortschritt. Hundert Jahre Gemeinschaftsarbeit im Ruhrbergbau, Stuttgart 1955
Seeling, H., Die Eisenhütten in Heerdt und Mülheim am Rhein, Köln 1972
Spencer, E.G., Between Capital and Labour. Supervisory Personnel in Ruhr Heavy Industry Before 1914, in: JSH 9, 1975/76, S. 178–192
Stearns, P.N., The Unskilled and Industrialization. A Transformation of Consciousness, in: AfS 16, 1976, S. 249–282
Steffens, H., Arbeitstag, Arbeitszumutungen und Widerstand. Bergmännische Arbeitserfahrungen an der Saar in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: AfS 21, 1981, S. 1–54
Steffens, H., Autorität und Revolte, Alltagsleben und Streikverhalten der Bergarbeiter an der Saar im 19. Jahrhundert, Weingarten 1987
Steinisch, I./Tenfelde, K., Technischer Wandel und soziale Anpassung in der deutschen Schwerindustrie während des 19. und 20. Jahrhunderts, in: AfS 28, 1988, S. 27–74
Tenfelde, K., Gewalt und Konfliktregelung in den Arbeitskämpfen der Ruhrbergleute bis 1918,in: F. Engel-Janosi u.a. (Hg.), Gewalt und Gewaltlosigkeit. Probleme des 20. Jahrhunderts, Wien 1977
Tenfelde, K., Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, Bonn 1977
Tenfelde, K., Das Fest der Bergleute. Studien zur Geselligkeit der Arbeiterschaft während der Industrialisierung am Beispiel des deutschen Bergbaus, in: G.A. Ritter (Hg.), Arbeiterkultur, Königstein 1979, S. 209–245
Tenfelde, K., Comparative Research in the History of Mining Workers. Some Problems and Perspectives, in: G. Schmidt (Hg.), Bergbau in Großbritannien und im Ruhrgebiet. Studien zur vergleichenden Geschichte des Bergbaus 1850–1930, Bochum 1985, S. 18–35
Tenfelde, K./Trischler, H. (Hg.), Bis vor die Stufen des Throns. Bittschriften und Beschwerden von Bergleuten im Zeitalter der Industrialisierung, München 1986
Die Theerfarben-Fabrik der Herren Meister, Lucius & Brüning zu Höchst a. Main in sanitärer und socialer Beziehung, in: Vierteljahresschrift für gerichtliche Medicin und öffentliches Sanitätswesen, N.F., 32, Berlin 1880, S. 120–125, S. 280–320; n.F. 33, 1881, S. 78–126
Thompson, E.P., Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus, in: R. Braun u.a. (Hg.), Gesellschaft in der industriellen Revolution, Köln 1973, S. 81–112
Treue, W., Die Geschichte der Ilseder Hütte, Peine 1960
Trischler, H., Steiger im deutschen Bergbau. Zur Sozialgeschichte der technischen Angestellten 1815–1945, München 1988
Trischler, H., Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten im Bergbau 1851–1945. Bergbehördliche Sozialpolitik im Spannungsfeld von Sicherheit und Produktionsinteressen, in: AfS 28, 1988, S. 111–151
Vanja, C., Bergarbeiterinnen. Zur Geschichte der Frauenarbeit im Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, in: Der Anschnitt. Zs. f. Kunst und Kultur im Bergbau 39, 1987, S. 2–15; 40, 1988, S. 128–143
Wächtler, E., Zur Geschichte der Lage und des Kampfes der Bergleute im Staatsbergbau an der Saar von 1789 bis 1848, in: JbWG, 1961/II, S. 231–294
Wächtler, E., Forschritt und Tradition im deutschen Bergbau von 1807 bis 1848. Studien zur Rolle der Tradition in der Geschichte, Leipzig 1970
Wagner, K., Die Gutenbergfeiern in Leipzig 1640–1740–1840, in: Leipziger Jb., 1940, S. 93–98
Wanner, G., Kinderarbeit in Vorarlberger Fabriken im 19. Jahrhundert, Feldkirch 1986
Wolf, R., Arbeit und Arbeitsgesellung der Zwickauer Steinkohlenbergarbeiter in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Wissenschaftliche Zs. d. Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe 20, Berlin (O) 1971, S. 83–98
Wulf, H.A., „Maschinenstürmer sind wir keine". Technischer Fortschritt und sozialdemokratische Arbeiterbewegung, Frankfurt 1987
Zahn, F., Die Organisation der Prinzipale und Gehülfen im deutschen Buchdruckergewerbe, in: L. Brentano (Hg.), Arbeitseinstellungen und Fortbildung des Arbeitsvertrags, Leipzig 1890, S. 329–470

Zumdick, U., Arbeit und Arbeiter in der Hüttenindustrie des Ruhrgebietes im 19. Jahrhundert, Diss. Bochum 1985; jetzt in erw. Fassg.: Hüttenarbeiter im Ruhrgebiet. Die Belegschaft der Phoenix-Hütte in Duisburg-Laar 1853–1914, Stuttgart 1990

7. Eisenbahnbauarbeiter und andere

Ebert, B./Vogtmeier, M., Die lippischen Wanderziegler, Detmold 1980

Eichholtz, D., Bewegungen unter den preußischen Eisenbahnbauarbeitern im Vormärz, in: Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Berlin (O) 1962, S. 251–287

Fleege-Althoff, F., Die lippischen Wanderarbeiter, Detmold 1928

Frey, H./Gättli, E., Schaufeln – sprengen – karren. Arbeits- und Lebensbedingungen der Eisenbahnbauarbeiter in der Schweiz um die Mitte des 19. Jahrhunderts, Zürich 1987

Grüttner, M., Arbeitswelt an der Wasserkante. Sozialgeschichte der Hamburger Hafenarbeiter 1886–1914, Göttingen 1984

Kraus, A., Arbeiteralltag auf einer Großbaustelle des neunzehnten Jahrhunderts, in: Hamburger Jb. f. Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 24, 1979, S. 109–119

Liebl, A.J., Aufgeh'n wird die Erde im Rauch. Geschichte der ersten privaten Eisenbahn in Bayern, München 1985

Obermann, K., Zur Rolle der Eisenbahnarbeiter im Prozeß der Formierung der Arbeiterklasse in Deutschland, in: JbWG, 1970/II, S. 129–140

Ringsdorf, U.O., Der Eisenbahnbau südlich Nürnbergs, 1840–1849. Technische und soziale Probleme, Nürnberg 1978

Schaer, F.-W., Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Deicharbeiter an der oldenburgisch-ostfriesischen Küste in der vorindustriellen Gesellschaft, in: Niedersächsisches Jb. f. Landesgeschichte 45, 1973, S. 115–144

Scheffler, J., „Es war sauer Brot". Wanderarbeit und Familienwirtschaft in einem lippischen Zieglerdorf, in: Gezeiten. Archiv regionaler Lebenswelten, Ht. 7, Oldenburg 1986, S. 60–72

Schildt, G., Ein Mitbestimmungsmodell im Kaiserreich. Die Magazinarbeiterkorporation bei der Braunschweigischen Eisenbahn 1875–86, in: AfS 21, 1981, S. 77–96

Wolfgramm, E. u.a., Die sozialökonomischen Kämpfe der Eisenbahnbauarbeiter in Sachsen 1844–1848, in: Aus der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (O) 1964, S. 65–101

Wortmann, W., Eisenbahnbauarbeiter im Vormärz. Sozialgeschichtliche Untersuchung der Bauarbeiter der Köln-Mindener Eisenbahn in Minden-Ravensberg 1844–1847, Köln 1972

Sach-, Personen- und Ortsregister

Aachen 49–51, 57f., 242, 273, 599
Absolutismus 22, 101f., 507
ADAV (s. auch „Social-Demokrat"/„Neuer Socialdemokrat") 3, 211
Adel (s. auch Großgrundbesitz, Gutsherrschaft, Familie) 17, 19, 21–23, 29–31, 123, 188
Agenten 167, 206f., 582
Agrarreformen 27–30, 102, 154, 169, 172, 183, 188–190, 192, 197, 214, 521
Akkordlohn (s. Lohnformen)
Aktiengesellschaften 35, 68f., 259, 404, 417, 438
Alkohol/Alkoholkonsum 127, 159, 166, 207, 340, 369, 395, 406, 431, 483
Allgemeines Landrecht (ALR) 125, 555, 558
Alleinmeister (s. Meister)
Allmende 27, 169, 183f., 188f., 192f., 214, 216, 267, 289
Alphabetisierung 34f., 388, 392, 538
Amerika 40, 52, 102, 177, 241, 356, 395, 442
Ancien régime/Altes Reich 1f., 13–16, 29, 33, 101, 111, 141, 160, 176, 505
Anerbenrecht 48f., 156, 194, 216
Angestellte 79, 106, 118, 443, 459, 498f., 501–506, 668
– Angestellte-Arbeiter-Verhältnis 435f., 501–506
Anhalt 21, 93f., 96, 99
Arbeiterbewegung (s. auch Sozialdemokratie, SDAP, ADAV, Arbeiterklasse) 3, 5, 62, 211, 269, 288, 325, 328, 345, 377, 382, 390–392, 471f., 473, 500, 506, 511–513, 515
Arbeiterfamilie (s. Familie)
Arbeiter/innen (s. Fabrikarbeiter/innen, Bergarbeiter, Zigarrenarbeiter/innen, Buchdrucker, Eisen- und Stahlarbeiter, Textilarbeiter/innen)
Arbeiterklasse (s. auch Klasse/Klassenbildung) 11., 5, 62f., 105f., 209, 211, 369, 375, 402, 417, 476, 506, 508, 519, 521–525
Arbeiterkultur (s. Volk/Volkskultur)
Arbeiterpartei (s. ADAV, SDAP, SPD)
Arbeiterschutzgesetze (s. auch Betriebliche Sozialpolitik, Fabrikinspektoren) 225f., 283, 380, 462, 470f., 478f.
Arbeitgeber (s. Unternehmer)
Arbeitsbücher/„Losscheine" 275
Arbeitsteilung 61, 71, 112, 122, 260, 262, 375f., 379f., 385, 408, 414, 419, 422, 424f., 434, 440f., 448, 451–456, 464, 491, 496
– Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung 122, 149f., 155, 206, 380, 391, 453, 464, 473
Arbeitszeit 273, 284, 353, 391, 408, 457f., 481–486, 660
Arme/Armut/Armenrecht (s. auch Bettler/Vaganten/Vagabunden, Pauperismus, Unterschichten) 40, 68, 76, 156, 170, 175f., 205, 216, 218, 269, 282f., 493
Arnsberg 49–51, 500
Aufklärung 17, 24f.
Aufstiegschancen (s. Mobilität, soziale)
Augsburg 54, 57f., 234, 236, 239, 319
Auswanderung 39–41, 43f., 52, 76, 102f., 190

Baden 14, 22, 27, 29, 31, 44, 46–48, 55, 71, 91, 93f., 98f., 128f., 168f., 189, 193, 199, 209, 217, 241, 245, 314f., 378–380
Bäcker (s. Handwerk)
Barmen 53, 55, 57f., 75, 96, 120
Bauern (s. auch Gesinde, Landarbeiter) 27–29, 149–151, 155, 180f., 184–190, 212, 216
Bauernbefreiung (s. Agrarreformen)
Baumwollgarnspinnerei (s. Spinnen/Spinnerei)
Baumwollweberei (s. Weben/Weberei)
Bayern 13f., 18, 22, 26f., 29, 31f., 44, 46–49, 56f., 71, 75, 91–94, 96, 99, 129, 149, 156, 166, 186, 189, 199, 241f., 245, 264, 313f., 380, 462, 466, 489, 502
Beamte (s. auch Bürokratisierung, Fürstendiener) 16f., 19f., 30–32, 35f., 106, 112, 118, 262, 395, 402
Bebel, August 285, 328
Belgien 7, 57, 420
Berg 14, 17, 250
Bergarbeiter (s. auch Bergbau) 377, 393–412
– Löhne 407
– Landwirtschaftliche Einbindung 394f., 400f., 411
– Knappschaft/Knappschaftskassen 396–398, 402, 404, 410f.
– Direktionsprinzip 394–398, 400f., 402f.
– Klassenbildung 393, 395, 398, 400f., 410–412, 514
Bergbau/Bergwerke 99f., 393–395, 398–400, 402–404, 408f.
Berlin 25, 31, 41, 46–54, 57f., 59, 69, 81, 89, 93, 103, 121, 123, 133–135, 207, 233f., 236, 245, 250, 259, 261f., 268, 314, 319–321, 330f., 333, 342, 349, 353, 383, 389, 443, 460, 494, 497, 507, 557
Beschäftigtenstruktur, sektorale 76–80, 84, 184f.
– primär 76f., 83, 90–92, 211f., 553
– sekundär 67, 76–80, 93–98, 553
– tertiär 76f., 97
Betriebliche Sozialpolitik (s. auch Arbeiter-

schutzgesetzgebung, Fabrikinspektoren) 427–431, 459f., 498–500
Bettler/Vaganten/Vagabunden (s. auch Arme/Armut/Armenrecht, Unterschichten) 1, 201, 342, 508, 616
Bevölkerungswachstum 37–55, 102
Bielefeld 49, 229, 451, 453, 460f.
Bildung 24f., 141f., 469, 570
Bildungsbürgertum (s. Bürgertum)
Bismarck, Otto von 35, 102, 134, 208, 348, 430f., 613
„Blauer Montag" 353, 367, 409, 481, 483
Bochum 56, 120
Bochumer Verein 427f., 433
Böhmen 69, 91, 232, 236, 239, 242, 245, 255, 394
Böhmert, Victor 348, 490, 579
Bonn 273, 557
Born, Stephan 331, 383, 387
Bottrop 407
Boykott (s. Protestformen)
Brandenburg 69, 91, 93, 95f., 98, 152, 164, 173, 198f., 242, 378
Braunschweig 19, 22, 41, 44, 58, 69, 91, 93f., 96, 99, 128, 152, 166, 187, 193, 199, 206, 218
Bremen 21, 31, 41, 54, 58, 120f., 134f., 187, 378–380, 382
Breslau 57f., 599
„Brockhaus" 72, 388, 390
Buchdrucker (s. auch Postulat, Prinzipal, Gutenberg-Kult, Zeitung) 377, 383–392, 514
– Elitäres Sonderbewußtsein 384, 386–388, 391f.
– Klassenbildung 392
Buchproduktion 388
Bürgerliche Gesellschaft (s. auch Bildung, Geschlechterpolarisierung) 4, 17, 33, 112, 125, 128, 139
– Bürgerliche Kultur 1, 120, 138, 141f., 145, 289, 388, 471, 569
– Bürgerliche Moral 139f., 157, 467–469, 488
– Familienideal 122, 137f., 140f., 167, 191, 333
– Defizit an Bürgerlichkeit 129f.
Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) 129
Bürgertum 22, 85–87, 105, 117, 120–122, 133, 139–142
– Bildungsbürgertum 25, 106, 120f., 123
– Wirtschaftsbürgertum/Bourgeoisie 31–33, 62, 120f., 123, 402, 459
– Kleinbürgertum 118, 120f., 324f., 459
Bürokratie/Bürokratisierung (s. auch Beamte) 17, 19f., 63f., 397f., 442f., 499, 502–505, 507, 518

Chemieindustrie 474f.
Chemisch-technische Innovationen 71f., 250, 255, 375, 419–423
Chemnitz 57f., 103, 234, 236, 271, 330, 342, 349, 462f., 649, 653
Code Napoléon 16f.

Dampfmaschine (s. Maschine)
Demokratisierung (s. auch Wahlrecht) 22–24, 34, 101f., 507
Deputat/Deputatisten (s. auch Landarbeiter) 179, 219, 574
Deutscher Bund 7, 13–15, 35f., 41–43, 45, 57, 69, 89, 101, 347, 362
Deutsches Reich 7, 35, 37, 57, 73, 76, 152, 156, 186f., 301, 376, 393
Dienstherrschaft 111, 117f., 122–124, 126–133, 135–143
– Rechte und Befugnisse 113, 126–130
– Pflichten 113, 126f.
– Verhältnis zu den Dienstboten 128, 131, 137–143, 563
– Klagen über Dienstboten 133, 141, 143, 166, 564f.
Dienstmädchen (s. auch Dienstherrschaft, Dienstbotenfrage, Gesinde, Gesindeordnungen, Gesindebücher, Gesindevermittlungsbüros, „Zichtage") 120–145, 509f.
– Soziale Rekrutierung und Sozialisation 117, 134–136, 139, 144
– Arbeitszeit 123, 136
– Arbeitsspektrum 124, 136–139
– Kost, Logis und Lohn 131–133, 135, 561
– Verhältnis zur Herrschaftsfamilie 126–129, 131, 137–145, 560f., 563f.
– Hausrechtliche Einbindung 125
– Dienst als Lebensphase 133–136, 144
– „Mädchen für alles" 120, 123f., 136f., 139
– Klassenbildung 143–145, 509f.
„Dienstbotenfrage" (s. auch „Leutemangel") 118, 125, 129, 144f., 564f., 571
Dieterici, Karl F. W. 81–83, 300
Dienstbuch (s. Gesindebücher)
Direktionsprinzip (s. Bergbau/Bergwerke)
Disziplin/Disziplinierung (s. auch Fabrikdisziplin) 18, 102, 154, 275, 353, 370f., 395, 408f., 517
Dortmund 56–58, 394, 404, 406f., 418
Dreiklassenwahlrecht (s. Wahlrecht)
Drescherlohn (s. auch Insten) 173f., 178, 180, 575
Düsseldorf 49–51, 53, 58f., 91, 257, 261, 273, 322, 355, 500, 557, 599
Duisburg 56, 59, 120

„Ehehalten" (s. Heiratsverhalten)
Eichsfeld 15, 205, 239
Eisenbahn/Eisenbahnbau/Eisenbahngesellschaften 55, 65, 68f., 72, 104, 205, 237, 362, 364, 370, 415
Eisenbahnbauarbeiter 361, 365–371
– Lebensverhältnisse 369f.
– Protestpotential 370f.
– Eisenbahnbau als Lebensphase 365, 367f.
– Klassenbildung 370f., 430–436, 513

Eisen- und Stahlarbeiter 414–436
- Innerbetriebliche Hierarchie 419–421, 425, 431f., 434–436
- Schmelzer und Puddler 415, 419–423, 425
- Löhne 426f.
- Klassenbildung 415, 430–436, 514f.
Eisen- und Stahlindustrie 99f., 413–436
Elberfeld 58, 96, 245
Elektromotor (s. Maschine)
Elsaß 15, 241, 285, 451
Engel, Ernst 71, 225
Engels, Friedrich 211, 267, 270, 410, 487
England 20, 32, 35, 48, 57, 66–68, 74f., 130, 188, 233f., 237–239, 289, 328f., 336, 339, 356, 358, 401, 420, 427, 491, 550
Epidemien 39, 43f., 539
Ernte/Erntebräuche 159, 203f., 205f., 208, 210, 215
Essen 56–58, 68, 72, 103, 406, 429
Europa 1, 13, 15, 19, 33, 56, 101, 120, 395

Fabrik 31, 55, 63, 65, 71–73, 78f., 96–100, 165, 209f., 224, 229, 233–237, 241, 243f., 252–254, 256, 269, 299f., 349, 375–377, 438–440, 451, 482, 517
- Zeitgenössische Ängste und Hoffnungen 166, 277–281, 349f., 375, 448
- Fabrik und Familie 467, 477–479
- Bürgerliche Kritik 448, 467–469
- Fabrikarchitektur 72, 451, 479
Fabrikant (s. auch Unternehmer) 224, 270, 288, 381, 458f.
Fabrikarbeiter/innen (s. auch Eisen- und Stahlarbeiter, Maschinenbauarbeiter, Textilarbeiter/innen) 72f., 79f., 224, 375–377, 474–506, 509, 522–524
- Verhältnis zum Fabrikunternehmer 459–461, 480, 486, 492f., 497–500, 518
- Fabrikarbeit als Lebensphase 458f., 466, 473, 484
- Klassenbildung 472f., 476, 479f., 506, 513–518
Fabrikdisziplin (s. Fabrikordnungen, Disziplin/Disziplinierung)
- Einführung und Verbreitung 279–281, 375f., 408f., 426–428, 431, 456, 467, 479, 482–486, 488, 490, 497, 504, 517f.
- Grenzen und Nischen 481–483
Fabrikinspektoren (s. auch Kinderarbeit) 428, 471, 516, 585
Fabrikordnungen 427f., 456, 478, 482–484, 499
Fabrikschulen 463, 469, 500
Faktoren (s. Zwischenmeister-System/„subcontracting")
Familie
- Privatisierung der Familie 112, 118, 122, 140, 333
- Adelsfamilie 111, 123f., 138, 141, 159
- Bürgerfamilie 111, 122, 124, 137f., 140–142, 471f.
- Bäuerliche Familie 141, 155, 265
- Landarbeiterfamilie 173–177, 179, 191, 217
- Heimarbeiterfamilie 252f., 265f., 268, 282, 284, 291, 598
- Handwerkerfamilie 324, 326, 333
- Arbeiterfamilie 465, 467, 472, 477–479
Feiertage (s. auch Arbeitszeit, „Blauer Montag") 18, 409f., 457, 481
Feste 138, 155f., 159, 194, 215, 267, 397, 410
Feudalismus 27–30, 214
Fischer, Karl 366f., 369, 431f., 434f.
Flachsanbau 233, 236f.
Flachsgarnspinnerei (s. Spinnen/Spinnerei)
Fleischer (s. Handwerk)
Fluktuation 129, 133, 143, 156, 166–171, 201, 338, 405, 425, 430, 435, 458, 460, 484, 561f., 651
Fortschrittseuphorie 71f.
Frankfurt 14, 21, 31, 41, 58, 95, 123, 342
Frankfurter Nationalversammlung 27
Frankreich 13f., 20, 27, 32, 48, 57, 66, 68, 74f., 102, 130, 336, 339, 358, 429, 550
Französische Revolution 2, 13, 20, 34, 101, 336
Frauenarbeit (s. auch Dienstmädchen, „Schwitzsystem", Textilarbeiter/innen) 80f., 88, 96f., 105, 117, 377, 401, 466
- in der Landwirtschaft 175, 191, 209
- im Tagelohn 202–204
- im Heimgewerbe 232, 247, 252, 257f., 261f., 380f.
- im Handwerk 391
- in der Fabrik 209, 448, 452–454, 460, 462, 464, 471–475, 515f.
- Frauen und Unternehmer 468
- Zeitgenössische Kritik an der Frauenfabrikarbeit 467f., 471f.
Frauen und Arbeiterbewegung 471–473
Frauen und Männer (s. auch Familie, Geschlechterpolarisierung, Arbeitsteilung, Löhne) 26, 59, 80, 122, 139f., 266f., 465
„Freisprechung" (s. Handwerk)
Freizeit 123, 136f., 141, 144f., 207, 216f., 282, 387, 405, 481, 485, 641
Frondienste (s. Gutsherrschaft)
Fürstendiener (s. auch Beamte) 17, 19, 112
Fürth 68, 250

Geburtenkontrolle 48f., 543
Gedinge (s. Lohnformen)
Gendarmerie-Edikt 30
„Geschenk" 127, 132f., 163, 286, 342f., 347, 618
Geschlechterpolarisierung 122, 266f., 380, 464–466, 516
Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung (s. Arbeitsteilung)
Gesellen 297–317, 329–358

- Berufsständische Tradition 339f., 342–347
- Geselle-Meister-Verhältnis 297, 329, 331–334, 337–339, 345, 351–358, 610
- Hausrechtliche Eingebundenheit 297, 329–333, 337f., 351
- Lehre 337–339
- Gesellenstatus als Lebensphase 297, 329f., 334, 341
- Junggesellenkultur 329–332, 345, 350, 354
- Obrigkeitsstaatliche Kontrolle 346–348
- Fabrik als Herausforderung 349f.
- Klassenbildung 334, 336, 342–344, 345–351

Gesellenbruderschaften 336, 341, 344, 346f., 357
Gesellenwandern 336, 339–344, 347f., 615
Gesinde (s. auch Gesinderecht, Gesindebücher, Dienstmädchen, Landarbeiter, „Ziehtage")
- Wandlungen des Gesindebegriffs 112–115
- Quantitative Entwicklung des häuslichen, landwirtschaftlichen und gewerblichen Gesindes 115–121

Gesinde, häusliches (s. auch Dienstmädchen)
- Verstädterung und Feminisierung 117, 120–123, 134, 139

Gesinde, landwirtschaftliches (s. auch „Scharwerker"/„Hofgänger") 151, 153–172, 189, 555
- Hausrechtliche Einbindung 111, 126, 131
- Verhältnis zur Bauernfamilie 155–158, 167f., 170, 215
- Verhältnis zur Gutsherrschaft 158, 159–161, 170, 215f.
- Kost, Logis und Lohn 126, 158f., 161–164, 167, 570
- Aufgabenspektrum 155, 158
- Gesindestatus als Lebensphase 111, 156
- Klassenbildung

Gesindebücher 126, 137f., 166, 561, 571
Gesindeordnungen 28, 115, 125–130, 154f., 157, 161, 170f., 558f.
Gesindevermittlungsbüros 129, 132f., 166f., 562
Gewerbefreiheit (s. auch Kapitalismus, Marktwirtschaft) 2, 30–32, 254, 271, 300f., 322, 325, 347, 620
Gewerbeordnungen 32, 114f., 337
Gewerkschaften 3, 272, 292, 345, 347, 383, 432, 434, 473, 492, 610
Glauchau 242, 271, 285
Göhre, Paul 369
Goltz, Theodor von der 175, 177, 185, 209, 217
„Große Depression" (s. Konjunktur/Konjunktureinbruch)
Großgrundbesitz 19, 43f., 83, 92, 149f., 158, 187f.
Grundherrschaft (s. Gutsherr/Gutsherrschaft)
Gülich, Gustav von 288
Gumbinnen 49, 50f., 192
Gutehoffnungshütte (GHH) 418, 429, 478
Gutenberg-Kult 386–388
Gutsherr/Gutsherrschaft 31, 112, 149, 167, 170, 176–178, 189, 212, 362, 414
- Gutsherrliche Befugnisse 17, 28f., 160, 176
- Verhältnis zum Gutsgesinde 159–161
- Patrimonialgerichtsbarkeit 17, 29f., 160

Gutshof/Gutswirtschaft 158f., 169, 180, 203f., 214f.
Gymnasium 25f., 538

Häusler/Eigenkätner (s. auch Landarbeiter) 151, 183–195
- Zahlenmäßige Entwicklung 153, 186f., 189
- Wechselnde Arbeitsinhalte 183, 191
- Bedeutung des Landbesitzes 190f., 572
- Lebensstandard 185f., 191f., 194
- Wirtschaftliche und soziale Aufstiegschancen 190, 193f.

Halske, Johann Georg 497f.
Hamburg 21, 31, 41, 46f., 53, 57f., 66, 120f., 123, 134, 254, 342, 378, 383, 507
Handwerk (s. auch Geselle, Meister, Zunft) 65, 300–317, 485f.
- Quantitative Entwicklung 299, 303f., 306–316
- Stadthandwerk-Landhandwerk 297, 312f., 315, 319
- Regionale Unterschiede 313–315
- Nahrungmittelhandwerk 305f., 309, 316f., 325, 330
- Bekleidungs-(Textil und Leder)handwerk 305f., 311f., 317, 327, 329f.
- Holzverarbeitendes Handwerk 305–307, 312, 316f.
- Metallverarbeitendes Handwerk 305–307, 311, 316f.
- Bauhandwerk 305–311, 316f., 329f., 352f.
- Fabrik als Konkurrenz 306f., 349f.
- Zugangsbeschränkungen 335, 337f.

Handwerkerbewegung 301, 325, 328
Handwerksgesellen (s. Gesellen)
Handwerksmeister (s. Meister)
Hannover 13, 15, 19, 21f., 28, 31f., 54, 56, 58, 92f., 95, 99, 151f., 156, 164, 166, 187, 198f., 205f., 238, 378
Hardenberg, Karl August von 13, 21, 30
Hardenbergsches Zirkular 463f.
Harkort, Friedrich 401
Hausherrschaft (s. Dienstherrschaft, Dienstmädchen, Gesinde, Gesellen)
Heimarbeiterfamilie (s. Familie)
Heimgewerbe/Hausindustrie/Heimarbeit 65, 223–293, 379, 481f., 585, 594
- Begriffsgeschichte und Definitionen 224–226
- Quantitative Entwicklung 231, 263f.
- Älteres Heimgewerbe (Metallgewerbe u. a.) 249–256
- Neueres Heimgewerbe des 19. Jahrhunderts 256–262
- Maschinisierung 250, 252–254

- Verstädterung 263f., 267, 289
Heimgewerbetreibende/Hausindustrielle/Heimarbeiter/innen (s. auch Textilarbeiter/innen, „Schwitzsystem") 223
- Definition 226–230
- Ländlich eingebundene Heimarbeiter/innen 265–267, 289
- Verlegte Handwerker (städtisch bzw. stadtnah) 267f., 270–272, 289–291
- Hausindustrielle städtische Teilarbeiter/innen 268f., 289
- Selbständigkeitsideal und Fabrikskepsis 230, 271–273, 277, 279–281, 292f.
- Löhne und Lohnentwicklung 282–287
- Verhältnis zum Verleger 230, 269–276, 288–290, 292
- Klassenbildung 269, 288–290, 511–513
Heiratsbeschränkungen 35, 38f., 44, 48, 165, 357, 396, 398f., 428, 539
Heiratsverhalten 38f., 46–49, 51f., 134, 156f., 176, 216, 266, 331f., 391, 465f., 541
Herbergen 343f., 350, 382, 617
Herford 277
Herne 407
„Herr im Haus"-System (s. Patriarchalismus)
Hessen 13, 19, 22, 28f., 91, 93f., 116, 149, 164, 168f., 187, 190, 193, 217, 236, 239, 337, 378, 417
Heuerlinge (s. auch Landarbeiter) 151, 180–182
Hildebrand, Bruno 318, 321, 327
Hildesheim 15, 92
Hochofen 416f., 419–423
Hoffmann, Johann Gottfried 113, 318
„Hollandgänger" (s. Saisonarbeit/Saisonarbeiter)
Holstein 15, 27, 128, 155
Hüttenarbeiter (s. Fabrikarbeiter)
Hygiene 51, 369, 406

Individualisierung der Eigentumsrechte (s. auch Kapitalismus) 27f., 33f., 61, 64, 189, 192
Industrialisierung 2, 32, 37, 53, 64–75, 74f. (deutsche Verspätung), 103f., 311, 314–316, 364, 403, 413, 415, 423, 438, 546
- Begriff und Phasen 62–71
- Kosten für die Unterschichten 53, 281
„Industrie" 224, 301f.
Industriebürokratie (s. Bürokratie/Bürokratisierung)
Innungen (s. auch Zünfte) 30–32, 257, 271, 276, 301, 323f., 357
Insten/Gutstagelöhner (s. auch Landarbeiter, Familie) 151, 165, 172–180, 189, 575
- Verhältnis zum Gutsherrn 215
- Löhne 173–177
- Arbeitsspektrum 175
- Analogien und Differenzen zu Heuerlingen 176, 180f.
- Klassenbildung 179f.
Irland 68, 237, 550

Kapitalismus 2, 26, 61–64 (Definition), 103f., 254, 316, 335, 349, 402, 507, 543
Kassen 348, 410, 429f., 445, 500
Kaufsystem (s. auch Verlagssystem, Protoindustrialisierung) 229, 233, 236, 254, 271
Kiebingen 24, 204
Kinderarbeit 377, 401, 466, 470
- in der Landwirtschaft 155f., 175, 192f., 204, 209, 470
- im Tagelohn 204
- in der Hausindustrie 229, 232, 247, 252, 282f., 381, 470
- in der Fabrik 209, 448, 457, 462–471, 516
- Zeitgenössische Kritik 463f., 467–469
- Rückgang 469–471, 516
Kindersterblichkeit (s. auch Säuglingssterblichkeit) 51, 103, 540
Kindsmörderinnen 140, 564
Klasse/Klassenbildung 3–9, 34f., 106, 507–525, 532
Klassengesellschaft 1, 4
Kleidermagazine (s. Konfektionshäuser)
Klerus 17
Knappschaft/Knappschaftskassen (s. Bergarbeiter)
Knecht (s. Gesinde)
Koalitionsverbot 30, 128f., 176, 215, 254
Koblenz 91, 168
Köln 57f., 120, 261, 273, 319
Königsberg 49, 51, 57
Kohlebergbau (s. Bergbau)
Kommunikation 34, 61, 370, 496, 518
Konfektionshäuser 229f., 258–261, 269, 272, 276
Konjunktur/Konjunktureinbruch 72–74, 104, 117f., 132f., 188, 190, 242, 284f., 289, 407, 427, 484, 550
Kontinentalsperre 66, 233, 236
„Kragenlinie" (s. Angestellte-Arbeiter-Verhältnis)
Krefeld 55, 58, 236, 245, 284
Krupp Stahlwerk 68, 72, 418, 426–430, 434
Krupp, Alfred 71f., 415, 428, 483, 642
„Kundschaften" (s. Wanderbücher)

„Lade" 343, 346, 357, 396, 618
Landarbeiter (s. Insten, Häusler/Eigenkätner, Heuerlinge, Gesinde, „Scharwerker"/„Hofgänger") 18, 149, 151, 163, 211, 215–219, 510f.
„Landarbeiterfrage" 195, 197, 199, 211, 216–219, 559, 583
Landwirtschaft 76, 122, 209f., 211f., 481, 490f.
- Landwirtschaft als Nebengewerbe 81–83, 85, 89–92, 250, 289f.
- Verbesserung der Anbaumethoden 66, 161, 178, 184, 186, 212, 218f.
- Maschinisierung 66f., 161, 178, 212f., 218f.
Lausitz 91, 232, 236, 239, 242, 272, 290
„Legge" 229, 238

Lehrer/innen 26, 115, 121, 135, 145, 204, 463, 469, 471
Leipzig 57 f., 198, 332, 354, 382 f., 387, 389, 390, 392
Leinenweberei (s. Weben/Weberei)
Le Play, Ferdinand 286, 288
„Leutemangel" (s. auch Dienstbotenfrage) 125, 154, 164–167, 177, 199
Liberalisierung 31–33, 35, 48, 126, 128 f., 507
Lippe 19, 93 f., 99, 169, 187, 205, 264, 277
Löhne (s. auch Lohnformen) 493–496, 653
- Nominal- und Realeinkommen 104, 161, 176 f., 273, 282, 284, 355, 494–496
- Lohnentwicklung 74, 104, 135, 199–201, 496
- Männerlöhne-Frauenlöhne-Kinderlöhne 164 f., 168, 194, 200, 282, 460 f., 465, 649

Lohnarbeit 2 f., 5–9, 28, 63, 106 f., 473, 487 f., 506
- in der Landwirtschaft 149–151, 161, 170, 179 f., 183, 196–201, 212–214
- bei der Gesindearbeit 133, 143, 150, 161, 168–171
- in der Hausindustrie 230, 288–293
- im Handwerk 297, 317, 334, 336, 349–353
- im Eisenbahnbau 365 f.
- in der Fabrikindustrie 445–449, 476 f., 479 f., 489, 506, 519, 521–523

Lohnformen (s. auch „Geschenk")
- Akkordlohn/Stücklohn 178, 200, 206 f., 230, 270, 275, 334, 353, 379, 432, 488–493, 665
- Zeitlohn/Tagelohn/Wochenlohn/Stundenlohn 131 f., 334, 353, 452, 488 f., 491, 494
- Naturallohn 131, 151, 162 f., 165, 179, 200, 487
- Barlohn 163, 170, 179, 487
- Gedinge (Gruppenakkord) 178 f., 206 f., 362, 365 f., 395, 397–399, 409, 426 f., 488–491, 577
- Gewinnbeteiligung 175, 177, 179, 490
- Prämien 166, 168, 427, 490

Lothringen 99, 416 f.
Lübeck 21, 31, 162, 187

„Mädchen für alles" (s. Dienstmädchen)
Männerarbeit 80, 97, 105, 122 f., 187, 205, 268, 339, 363–365, 377, 420, 437, 464
Magd (s. Gesinde)
Magdeburg 57 f., 169, 187, 197, 199, 426
Malthus, Thomas Robert 35, 154
Mannesmann 252
Manufaktur 224, 256, 299, 376, 379 f., 438 f., 481 f.
Mark 249 f.
Markt/Marktwirtschaft (s. auch Kapitalismus, Gewerbefreiheit) 34, 61 f., 64 f., 69, 230, 322, 385
Marx, Karl 63, 111, 224, 230, 365, 458, 476, 487, 532
Maschine (s. auch Maschinisierung, „Maschinenstürmer")
- Dampfmaschine 67 f., 71 f., 94 f., 96, 99, 250, 253, 259, 375, 399, 416
- Dreschmaschine 178
- Elektromotor 376
- Fräs- und Sägemaschine 259
- Spinnmaschine 71, 233 f.
- Mechanische Webstühle 71, 236, 238, 241–243
- Nähmaschine 260
- Rotationspresse/Schnellpresse 71, 390 f.
- Drehbänke 71
- Zeitgenössische Phantasien, Ängste und Hoffnungen 277–279, 375, 391, 456 f., 626

Maschinenbau 437–447
Maschinenbauarbeiter (s. auch Fabrikarbeiter/innen) 377, 437–447
„Maschinenstürmer" 277–279, 289, 631
Maschinisierung (s. auch Maschine) 71, 94–96, 104, 233 f., 375 f., 422–424, 442 f., 455 f., 459, 476 f., 482, 516 f., 589
Massenfabrikation 441–445
Mecklenburg 13, 31 f., 21, 46 f., 35, 41, 91 f., 162 f., 187
Medikalisierung 51 f., 71, 175, 194
Meerane 242, 271, 285
Meister (s. auch Werkmeister) 292 f.
- Alleinmeister 297, 306, 319–322, 325–327
- Meisterlöhne 319, 321
- Soziale und ökonomische Ausdifferenzierung 323–327
- Verhältnis zu den Gesellen 297, 309, 335, 352–358, 480, 610
- Politische Orientierung 272, 325–327
- Selbständigkeitsideal 272, 327 f., 350, 353 f.
- Klassenbildung 327 f.

Meliorationen (s. Landwirtschaft)
„Menage" (s. auch Werkswohnungen) 405, 429 f., 433, 500, 639
Metzger (s. Handwerker, Heimgewerbetreibende/Hausindustrielle/Heimarbeiter/innen)
Militär (s. auch Heeresreform, Wehrpflicht) 24, 76, 165, 177, 259, 471, 499
Minden 49–51, 92, 168, 180, 232, 271, 288, 370
Mißernten 67, 74, 192
Mitgift (s. Sparen/Sparverhalten)
Mobilität, soziale 88, 106, 135 f., 201
Mode 237, 259, 261, 275
Modernisierung 1 f., 9, 13, 16–19, 29 f., 33–35, 102, 104
„Monarchen" (s. Saisonarbeit/Saisonarbeiter)
München 56–58, 120, 314, 383
Münster 15, 49 f., 120, 169, 236, 239, 273

Näherinnen (s. Heimgewerbetreibende/Hausindustrielle/Heimarbeiter/innen/„Schwitzsystem")
Nähmaschine (s. Maschine)
Nahrungsmittelpreise 40, 44, 51, 67, 74, 161, 163, 186, 199–201, 544
Napoleon I., Bonaparte 13 f., 18 f., 23, 34, 101
Nationalisierung der Massen 23 f.

Nation/Nationalisierung/Nationalstaatsbildung 2, 16, 35, 101, 507
Naturalentlohnung (s. Lohnformen)
Nassau 22, 31, 41, 93, 99
Norddeutscher Bund 32, 301
„Normalarbeitstag" (s. Arbeitszeit, Sozialdemokratie)
Nürnberg 54, 58, 68, 120, 250, 330, 439, 493

Obrigkeitsstaat/Obrigkeitsstaatliche Gängelung 16, 20, 25f., 34–36, 370f.
Öffentlichkeit-Privatheit/Arbeitswelt-Familienwelt 8, 111f., 115, 121f., 144, 376, 467, 477, 479, 482, 517
Österreich 7, 13–15, 18, 21, 28, 31, 35f., 38, 44, 48, 56, 89, 127, 149, 156, 189, 236, 245, 462
„Offizin" 386
Oldenburg 93f., 96, 99, 151, 166f., 206
Osnabrück 92, 229, 264

Paderborn 15, 169, 180
Partizipation, politische (s. auch Demokratisierung, Politisierung) 20–23, 25f., 34, 507
Parzellierung 91, 168, 190, 195, 209
Patriarchalismus 128, 149, 159, 428f., 459, 478, 498–500, 642
Patrimonialgerichtsbarkeit (s. Gutsherr/Gutsherrschaft)
Pauperismus 40, 68, 103f., 161, 192, 197, 213, 238, 242, 282, 310, 316, 496, 522
Peterswaldau 274
„Pfuscher" 259, 326f., 335, 620
Pirmasens 257, 262
Polen 15, 40, 208f., 404, 409
Politisierung 20, 35, 102, 389
Polizei 16, 126–129, 133, 137, 157, 160, 162, 166, 171, 347f., 370, 559, 627
Polizeihoheit 17, 30f., 160
Pommern 41, 44, 46f., 75, 95, 152, 164, 166, 170, 173, 187, 199, 206, 575
Posen 41, 58, 92, 95, 164, 170, 175f., 199, 206
„Postulat" 383f., 387f.
Preußen 13–15, 18–24, 26f., 29–32, 34, 36, 41, 44, 46–48, 52, 55–57, 71, 81–91, 93–96, 98f., 102, 115, 117, 122, 125, 127–129, 152f., 156, 164f., 167, 176, 185f., 188f., 197, 206, 235, 243, 245, 254, 271, 275, 310, 313f., 324, 337, 340, 365, 370, 378, 380, 390, 393, 402, 415, 418, 429, 462, 539, 550
„Prinzipal" 384–388, 391
„Privatbeamte" (s. Angestellte)
„Proletarisierung" 521–525, 532
Protestformen (s. auch „Maschinenstürmer", „Blauer Montag") 3, 239, 370
- Streik/Streikforderungen 3, 297, 328, 345, 355, 371, 391, 402, 411, 430, 432, 458, 486, 641
- Gesellenboykotte/-proteste 329, 346, 357
- Bauernproteste 28f.
- Handwerkerproteste 31, 239f., 327f.

Protoindustrialisierung (s. auch Kaufsystem, Verlagssystem, Heimgewerbe/Hausindustrie/Heimarbeit) 63f., 67, 265–267
Puddler (s. Eisen- und Stahlarbeiter)
Putzmacherinnen (s. Heimgewerbetreibende/Hausindustrielle/Heimarbeiter/innen)

Qualifikation/Qualifikationsunterschiede 17, 113, 115, 133, 135, 138, 179, 217f., 232, 235f., 282, 303, 307, 337, 367, 381, 386, 415, 419f., 422–425, 432, 435, 439f., 452–456, 496, 563, 650

Ravensberger Spinnerei 451, 453, 460
Reaktion 2f., 31f., 35f.
Reformen (s. auch Agrarreformen) 2, 13, 16–20, 33f., 101, 507
- Bildungsreform 24–26, 34f., 102
- Heeresreform 23f.
- Gewerbereform 30–33, 102
- Kommunalreform 20, 102

Rehbein, Franz 155, 159, 204, 207
Religion/Religiosität 17, 25, 395, 401
Remscheid 250–253
Restauration 19, 32
Revirement 14f.
Revolution 2, 19
Revolution von 1848/49 23, 28f., 31f., 162, 214, 245, 272f., 292, 301, 355, 357f., 388, 391, 401, 507
Rheinland 41, 48, 51, 55, 65, 69, 75, 93, 99, 156, 164, 168, 193, 199, 236, 239, 241, 271, 275, 378, 451, 471
Rheinprovinz 15, 42f., 44–48, 57, 89–91, 93, 95f., 98, 153, 166, 169, 198, 217
Rheydt 53, 59
Riehl, Wilhelm Heinrich 401
Rittergüter 30, 150, 170, 185, 187f., 573f., 578
Rostock 54
Ruhrgebiet 69, 99f., 393f., 399, 402–407, 416–418
Rußland 14f., 206

Saarbrücken 406, 424
Saargebiet 393f., 397, 399, 403, 405f., 416
Sachsen 15, 17, 19, 28, 30–32, 41, 43f., 46–48, 52, 55–57, 65, 69, 73, 89, 91–96, 98f., 128, 149, 152, 156, 164, 166, 168, 173, 180, 190, 193, 195, 199, 206, 209, 218, 231, 239f., 243, 251, 285, 313–315, 337, 378f., 394, 462, 550
„Sachsengänger" (s. Saisonarbeit/Saisonarbeiter)
Säkularisierung 13f., 17, 29, 120
Säuglingssterblichkeit 44, 51f., 406
Saisonarbeit/Saisonarbeiter (s. auch Eisenbahnbauarbeiter, Tagelöhner) 152, 167f., 178, 202–210, 215, 362f., 433
- „Monarchen" 208
- „Hollandgänger" 205
- „Sachsengänger" 207

- „Sommerfrau" 206
Schachtmeister (s. auch Eisenbahnbauarbeiter) 265–367, 370
„Scharwerker"/„Hofgänger" (s. auch Landarbeiter, Insten, Gesinde) 159, 172–175, 177, 204, 215, 574
„Schlafgänger"/„Kostgänger" 331, 334, 405, 479, 611, 639
Schleifkotten 230, 252f.
Schlesien 69, 93, 95, 98–100, 149, 152, 164, 168, 170, 173, 175f., 198, 201, 206, 233, 236–239, 271f., 274, 282, 364, 370, 378, 393, 402f., 406, 416, 418
Schleswig 15, 128
Schleswig-Holstein 152, 164, 166, 173, 180, 187, 199, 206
Schmalkalden 250, 252, 284
Schmelzer (s. Eisen- und Stahlarbeiter)
Schmied/Schmiede (s. Handwerker)
Schmoller, Gustav 165f., 180, 224, 232f., 261f., 276, 318, 327, 355, 501
Schneider (s. Handwerker, Heimgewerbetreibende/Hausindustrielle/Heimarbeiter/innen)
Schuhmacher (s. Handwerker, Heimgewerbetreibende/Hausindustrielle/Heimarbeiter/innen)
Schule/Schulpflicht (s. auch Gymnasium) 18, 25f., 30, 112, 175, 204, 388, 463, 471
„Schwitzsystem" 229f., 261f., 268f., 272, 276
SDAP (s. auch Sozialdemokratie, „Volksstaat", Arbeiterbewegung) 2, 211, 492, 531
Segregation 407
Selbstverwaltung 17, 20f.
Seidengarnspinnerei (s. Spinnen/Spinnerei)
Seidenweberei (s. Weben/Weberei)
Sexualität 139f., 145, 380, 468
Siemens, Werner 442f., 497f., 503
Siemens & Halske 69, 446, 497f., 501, 503
„Social-Democrat"/„Neuer Social-Democrat" 211
Soldaten (s. Militär, Wehrpflicht)
Solingen 96, 230, 250, 252f., 284, 286, 288
Sonnenberg 255f.
Sombart, Werner 63, 481
„Sommerfrau" (s. Saisonarbeit/Saisonarbeiter)
Sozialdemokratie (s. auch ADAV, SDAP) 2, 126, 216–218, 327f., 355, 381, 430, 444, 486, 492
Soziale Schichtung (Preußen) 81–89
Soziale Ungleichheit 4, 25f., 216
Spannfähigkeit (s. auch Bauern) 184–188
Sparen/Sparverhalten 135, 157, 286f., 407, 500, 562f.
SPD 2f.
Spielzeugmacher 255f., 258, 286
Spinnen/Spinnerei 232–235, 265, 282f., 449–451
- Flachsgarnspinnerei 232f., 449f.
- Baumwollgarnspinnerei 233f., 449f.
- Wollgarnspinnerei 234, 449f.
- Seidengarnspinnerei 233–235, 449–452
Spitzenklöppler/-klöppelei 225, 239, 247
Staat 16–18, 20, 29, 31, 112
Stadt-Land-Unterschiede 52f., 540–542
Städte/Städteordnung 20f., 30f., 53
Stahlwerk (s. Eisen- und Stahlindustrie)
Stand/Ständegesellschaft 1, 3f., 21f., 159f., 214, 335, 532
Steiger (s. Bergbau/Bergwerke)
Stein, Lorenz von 13, 20, 25
Stein-Hardenbergsche-Reformen (s. Reformen)
Steuern 16, 19, 22
- Gewerbesteuer 19, 319–321
- Einkommensteuer 19
- Vermögensteuer 19
- Klassensteuer 19
Streik (s. Protestformen)
Stumm, Karl Ferdinand Frh. von 417, 428f., 641
Stuttgart 58, 383, 389

Tagelöhner (s. auch Landarbeiter, Gesinde, Saisonarbeit/Saisonarbeiter) 151f., 165, 172, 196–202
- Zahlenmäßige Entwicklung 153, 158, 171, 189
- Tagelohnsätze 199–201
Telegraphen (s. auch Kommunikation) 34, 69, 72
Textilindustrie 67, 72, 377, 448–473
Textilarbeiter/innen (s. auch Fabrikarbeiter/innen, Frauenarbeit, Kinderarbeit) 448–473
- Quantitative Entwicklung 246, 448–452
- Problem der Dequalifizierung 454–456, 458
- Löhne 460f.
- Leiden an der Maschine 456–458
- Verhältnis zum Unternehmer 468
- Klassenbildung 471–473, 515f.
Thüringen 93f., 96, 98, 149, 193, 255, 378
Thun, Alfons 225, 272, 284, 288, 468
Tirol 208, 236, 242, 245
Trennung von Wohnplatz und Arbeitsplatz (s. Öffentlichkeit-Privatheit/Arbeitswelt-Familienwelt)
Truck-System 275f., 366, 487

„Übersetzung" 67, 191, 197, 255f., 311
Uneheliche Geburten 39, 135f., 140, 156f., 337, 539
Unternehmer (s. auch Patriarchalismus) 6, 62, 64, 71, 79, 85, 224–226, 270, 288, 307f., 365, 381, 386, 402, 404, 417, 428–430, 432, 435, 443, 458f., 468, 470f., 482, 486, 666
- Unternehmer-Arbeiter-Verhältnis 443f., 459f., 480, 483, 486, 492f., 497–500, 518
Unterschichten (s. auch Landarbeiter, Gesinde, Dienstmädchen, Heimgewerbetreibende/Hausindustrielle/Heimarbeiter/innen, Handwerker, Fabrikarbeiter/innen) 18, 34, 44, 48f.,

53, 59, 81–83, 85, 88f., 91f., 103, 105, 107, 113, 122, 134–136, 166, 191, 265, 321, 365, 367f., 470, 481, 521f.
- Definition 1, 202, 508
Untersuchungsraum 7f.
Urbanisierung (s. auch Verstädterung) 57, 217, 541
USA (s. Amerika)

Vereine 163, 166, 324, 355, 404, 410, 418, 468, 500, 565
Verein für Sozialpolitik 225, 288, 570
Verfassung 2, 21–23, 101f.
Verkehrswege (s. auch Eisenbahnbau) 34, 61, 67, 69–71, 104, 362–364
Verlagssystem/Verleger (s. auch Heimgewerbetreibende/Hausindustrielle/Heimarbeiter/innen, Protoindustrialisierung) 224f., 230, 236, 249, 254, 257, 267, 269f. (Definition) 271–276
- Gegensätze und Spannungen zum Verleger 254, 273–276
Verstädterung (s. auch Urbanisierung) 53–60, 75, 103, 406
Verwaltung 17–19
„Viaticum" 382, 384
Viebahn, Georg von 81, 83, 98, 237, 261, 383
Vogt 159, 203f.
Vogtland 236, 242, 255
Volk/Volkskultur (s. auch Ernte/Erntebräuche) 18, 20, 23f., 26, 72, 102, 145, 216, 266f., 289, 357f., 397, 410f., 481
„Volksstaat" (s. auch SDAP) 211, 531
Vorarlberg 208, 236, 239

Wahlrecht 21f., 357, 507
- Ständisches Wahlrecht 22
- Zensuswahlrecht 22, 324, 406, 535
- Allgemeines Männerwahlrecht 102, 507
Waldeck 22, 93f., 99, 166
Walzwerke 250, 417–419, 423f.
Wanderarbeiter (s. Saisonarbeit/Saisonarbeiter, Tagelöhner)
Wanderbücher/„Kundschaften" 342–344, 347–349, 619
Wanderungen (s. auch Auswanderungen, Saisonarbeit/Saisonarbeiter, Gesellenwandern) 40, 44f., 49f., 50, 53, 205, 365, 382, 543
- Land-Stadt-Wanderungen 53f., 57–59, 136, 190, 193
- Nah- und Fernwanderungen 60, 103, 404f., 416f., 440, 543
Wanderungsmobilität (s. Wanderungen)
Weber, Max 63, 180, 195, 532
Weberaufstand 239f., 274, 282
Weben/Weberei (s. auch Heimgewerbe/Hausindustrie/Heimarbeit, Heimgewerbetreibende/Hausindustrielle/Heimarbeiter/innen) 232, 235–246, 248f., 265, 282–286, 288, 449f.
- Regionale Schwerpunkte 236
- Wollweberei 236, 242–244, 450
- Baumwollweberei 236, 239–241, 450
- Seidenweberei 236, 245
- Leinenweberei 228f., 236–239, 450
- Maschinisierung 237–245, 248, 283, 449, 453
Wehrpflicht (s. auch Reformen) 23f., 102
Weimar 120, 169
Werkmeister 415, 428, 431, 435, 439, 441, 445, 476, 483, 490, 492, 497–499, 503f.
- Verhältnis zu den Fabrikarbeiter/innen 503f.
Werkswohnungen (s. auch „Menage") 396, 406f., 429f., 460, 478, 500, 639
Westfalen 14f., 17, 41, 43f., 46–48, 51, 55, 69, 93, 95f., 98, 149, 151, 156, 164, 166f., 176, 180, 187, 205, 271f., 378, 418
„Wiegkammer" 273f.
Wien 15, 35, 54, 69, 128, 134, 199, 225, 236, 239, 242, 257, 261f., 268, 330f., 383, 557
Wiener Kongreß 13, 35
Wismar 321, 333, 355
Württemberg 14f., 22, 24, 29, 31, 46–48, 52, 57, 91, 93f., 96, 98f., 129, 156, 168f., 186f., 189f., 193, 199, 217, 239, 242, 314f., 380, 389, 429

Zechen (s. Bergbau/Bergwerke)
Zeitungen (s. auch Buchdruckerei, „Social-Demokrat"/„Neuer Social-Demokrat", „Volksstaat") 389
Zensuswahlrecht (s. Wahlrecht)
Zentralisierter Gewerbebetrieb (s. Manufakturen, Fabriken, Bergwerke)
Zeugnisse (s. Gesindebücher)
„Ziehtage" 126, 128, 168
Zigarrenarbeiter/innen 377–382
- Roller 379f.
- Wickelmacher/innen 379f.
- Klassenbildung 381f., 514
Zigarrenmanufakturen 379f.
Zimmerleute (s. Handwerk, Meister, Gesellen)
Zollverein 69, 306, 378, 383, 438, 489, 632
Zuckerindustrie 83, 187, 202, 207, 210, 474
Züchtigungsrecht 127, 129, 144, 157, 166, 338, 396, 576
Zunft 30–32, 250f., 271, 292, 300f., 322–324, 327, 335–338, 340, 349, 358, 415
- Zunfttradition und Klassenbildung 9, 336
- Abbau der Zunftordnungen 30, 237, 243, 254, 347, 351, 354, 358
- Zunftehre 335
- Zunftregeln 255f., 323, 338, 350
Zwischenmeistersystem/„subcontracting" (s. auch „Schwitzsystem") 106f., 206f., 230, 233, 260, 262, 268f., 275f., 381, 408, 428, 503, 518

Bildnachweis

Bildarchiv Graf v. Faber-Castell, Stein/Nürnberg: S. 472
Bildarchiv Ernst Hirsch: S. 203
Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin: S. 114, 132, 150, 198, 226, 247, 251, 258, 260, 266, 308, 310, 312, 315, 320, 325, 338, 385, 389, 403, 418, 421, 424, 426, 433, 442, 447, 450, 463, 475, Umschlagseite 1, Umschlagseite 4
Deutsches Bergbau-Museum, Bochum: S. 40
Kreismuseum Burg Mylau, Mylau/Vogtland: S. 363
G. M. Pfaff AG, Kaiserslautern: S. 444
Staatsarchiv Schwerin: S. 162
Stadt Mechernich: S. 411
Städelsches Kunstinstitut, Frankfurt am Main: S. 206
VG Bild-Kunst, Bonn, 1990: S. 240

Zum Autor

Jürgen Kocka, geboren 1941, Studium der Geschichte und der Politischen Wissenschaft in Marburg, Wien, Berlin und Chapel Hill, N. C. (USA), dort M. A. 1965, Promotion 1968 an der Freien Universität Berlin, Habilitation 1973 an der Universität Münster. 1973–1988: Professur für Allgemeine Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Sozialgeschichte, Universität Bielefeld; 1983–1988: Direktor am dortigen Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF). Ab 1988: Stiftungsprofessur für Geschichte der industriellen Welt, FU Berlin. *Gastprofessuren:* University of Chicago (1984), Hebräische Universität Jerusalem (1985) und New School of Social Research, New York (1990). Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin (1988/89). Dr. h. c. Erasmus-Universität Rotterdam (1988).

Buchveröffentlichungen u. a.: Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847–1914 (1969); Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914 bis 1918 (1973, 1978², engl. 1984); Sozialgeschichte (1977, 1986²); Unternehmer in der deutschen Industrialisierung (1975, engl. 1977); Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie. Zur politischen Sozialgeschichte der Angestellten: USA 1890–1940 im internationalen Vergleich (1977, engl. 1980, ital. 1982); Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850–1980. Vom Privatbeamten zum angestellten Arbeitnehmer (1981, frz. 1989); Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875 (1983); Bürgertum im 19. Jahrhundert (1988). – Mitherausgeber der „Kritischen Studien zur Geschichtswissenschaft" (1972ff.) und von „Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft" (ab 1975).

Bayerische
Staatsbibliothek
München